This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

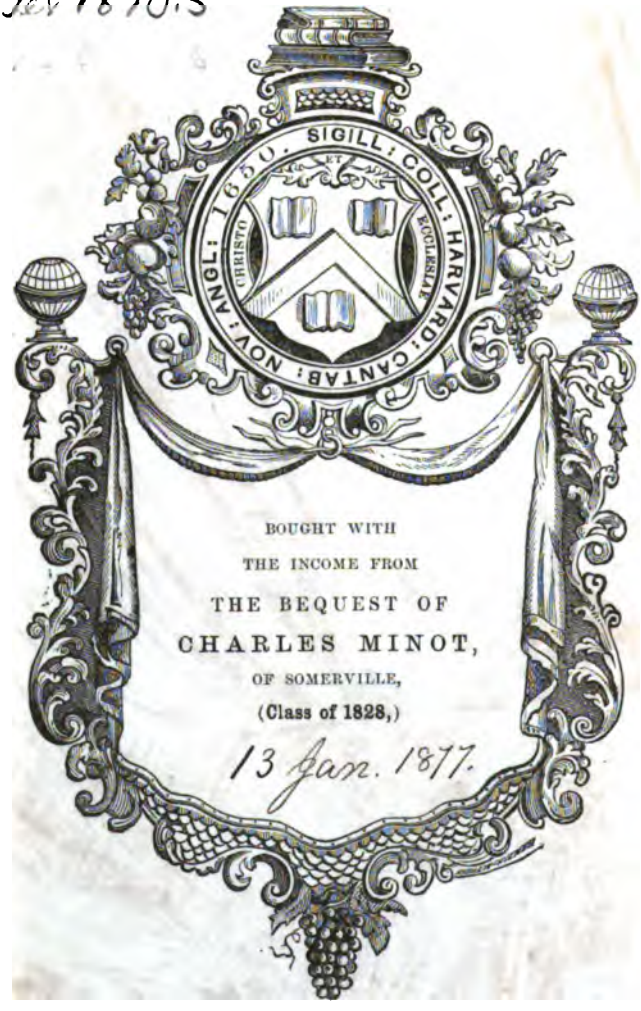
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

E 44

Gov 1870.5



BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)
13 Jan. 1877.

Der niedersächsisch-dänische Krieg.

Von

Julius Otto Opel.

Erster Band.

Der niedersächsische Krieg 1621—1623.

Halle,
Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses.

1872.

~~I, 41~~
~~14584.16~~
Ger 1870.5

1877, Jan. 13.
Minot fund.
(I er Bd.)

Meinen Freunden

Heinrich Gustav Brecht,
Burgemeister von Quedlinburg,

und

Friedrich Adolf Richter,
Dr. med. und pract. Arzt in Zeitz.

Inhaltsangabe.

Erstes Buch.

Die deutschen Habsburger im Anfange des siebzehnten Jahrhunderts bis zum Tode des Kaisers Matthias. S. 1—32.

Das Haus Habsburg und die Reformation in den östreichischen Landen. S. 1—10. Die Gründung der Union und der Liga und der habsburgische Bruderzwist bis zum Jahre 1612. S. 10—22. Kaiser Matthias und sein Verhältniß zu Union und Liga. S. 23—32.

Zweites Buch.

Die protestantischen Großmächte Europa's bis zum böhmischen Aufruhr. S. 33—65.

Jacob I. von Großbritannien als Gegner des Hauses Habsburg. Katholische und protestantische Heirathen. Jacobs I. Beziehungen zu Frankreich bis zum Jahre 1618. S. 33—44. Die Generalstaaten und ihr Bündniß mit den Hansestädten. Moriz von Oranien und sein Staatsstreich. S. 44—50. Christian IV. und seine Anschläge auf den niedersächsischen Kreis. S. 50—65.

Drittes Buch.

Von der Kaiserwahl bis zur Schlacht am weißen Berge. S. 65—126.

Kurpfalz und die Union bis zur Schlacht am weißen Berge. S. 65—71. Ferdinand II. im Bunde mit Spanien und der Liga. S. 71—75. Ober- und Niedersachsen. S. 75—88. Die protestantischen Großmächte und der Neutralitätsvertrag der Union. Bethlen Gabor und Gustav Adolf. S. 88—121. Aufbruch der Baiern und Sachsen nach Oestreich und der Lausitz. Ankunft der Spanier im Reich. S. 121—126.

Viertes Buch.

Nach der Schlacht am weißen Berge bis zur Besetzung der Oberpfalz durch Baiern. S. 127—174.

Der segeberger Congreß und die Auflösung der Union. S. 127—144. Christian IV. und Jacob I. Auch die Stände des niedersächsischen Kreises entwaffnen. S. 144—152. Mansfeld in der Oberpfalz. Der englische Gesandte Digby in Wien. S. 152—167. Die Besetzung der Oberpfalz durch die Baiern. S. 167—174.

Fünftes Buch.

Herzog Christian von Braunschweig, Bischof von Halberstadt, und sein Bisthum. S. 175—284.

Aus der Jugendzeit des Herzogs Christian von Braunschweig. S. 175—193. Christians Wahl zum Bischof von Halberstadt. S. 193—211. Die ersten Regierungsjahre des jungen Bischofs. Die bischöfliche Verwaltung. S. 211—235. Das Kipper- und Wipperwesen im Stift Halberstadt. S. 236—264. Domcapitel, Bürgerschaft und städtische Prediger. S. 264—276. Unsicherheit im Stift Halberstadt seit dem Beginn des böhmischen Krieges. Bischöfliche Truppen im Stift. S. 276—284.

Sechstes Buch.

Der pfälziſche Krieg in den Jahren 1621 und 1622 bis zur Fürſtenverſammlung von Regensburg. S. 285—383.

Mansfeld im Elſaß. Seine Unterhandlungen mit den katholiſchen Gegnern (1621). S. 285—290. Der Vormarſch des Herzogs Chriſtian von Braunſchweig gegen die Pfalz. S. 290—308. Neue Niederlagen der proteſtantiſchen Heere während der brüſſeler Verhandlungen. Die Schlacht von Wimpfen. S. 308—316. Mansfelds Einbruch in das Gebiet von Heſſen-Darmſtadt. S. 316—319. Chriſtian von Braunſchweig in Weſtfalen. S. 319—343. Chriſtians Zug nach dem Main und ſeine Niederlage bei Höchſt. S. 343—352. Der Verluſt der Pfalz. S. 353—359. Die Entlaſſung Mansfelds und Chriſtians von Braunſchweig. Der Marſch der deutſch-proteſtantiſchen Heere durch Frankreich in die Niederlande. S. 359—371. Die Schlacht von Fleurus. S. 371—373. Der Fürſtentag von Regensburg und die Uebertragung der pfälziſchen Kur an Baiern. S. 373—384.

Siebentes Buch.

Herzog Chriſtian von Braunſchweig und ſein Aufenthalt im niederſächſiſchen Kreiſe bis zur Schlacht von Stadtlohn. S. 384—550.

Der Kreistag von Braunſchweig. Herzog Wilhelm von Weimar und Mansfeld bieten dem niederſächſiſchen Kreiſe ihre Dienſte an. S. 384—403. Chriſtian von Braunſchweig im Dienſte ſeines Bruders Friedrich Ulrich. S. 404—421. Chriſtians Verbindung mit Herzog Wilhelm von Weimar. S. 421—434. Herzog Chriſtian im Stift Halberſtadt. S. 434—451. Sühneverſuche der braunſchweigiſchen Fürſtenfamilie und des Königs von Dänemark. Der Kreistag von Gardelegen. S. 451—459. Der Kreistag zu Lüneburg. Chriſtians Aufbruch. S. 459—472. Die Beſetzung der Grafſchaft Oſtfriesland. Mansfeld im Dienſte der antiſpaniſchen Liga. S. 472—492. Chriſtians Einbruch in den niederſächſiſchen Kreis in Verbindung mit andern Plänen gegen das Haus Habsburg während des Sommers 1623. S. 492—517. Die engliſche Politik im Jahre 1623. Spaniſche Heirath. S. 517—533. Die Schlacht von Stadtlohn. Die erneſtiniſchen Fürſten in der Gefangenſchaft. S. 533—550.

Achtes Buch.

Der niederſächſiſche Kreis nach der Schlacht von Stadtlohn. S. 550—589.

Der Kreistag von Braunſchweig in den Monaten Juli und Auguſt. Die Kreisarmee. Niederſächſiſche und däniſche Geſandte in Wien. Die Auflöſung der Kreisarmee. Der Herzog Chriſtian von Celle legt das Kreisoberſtenamt nieder. S. 550—571. Herzog Chriſtian und ſein Verhältniß zu ſeiner Familie nach der Schlacht von Stadtlohn. S. 571—580. Der Ehehandel des Herzogs Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel. S. 580—583. Herzog Chriſtian von Braunſchweig in Holland und ſeine Reſignation. S. 583—589.

Schlußwort. S. 590—594.

Erſtes Buch.

Die deutſchen Habsburger im Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts bis zum Tode des Kaiſers Matthias.

Das Haus Habsburg und die Reformation in den öſtreichiſchen Landen.

Das politiſche Uebergewicht des habsburgiſchen Hauſes in Europa, wie es Karl V. geſchaffen hatte, war auch nicht weſentlich vermindert worden, als die ungeheure Ländermaſſe ſeiner Beſitzungen unter zwei Linien, eine deutſche und eine ſpaniſche, dauernd getheilt wurde. Trotz der Niederlage des Kaiſers in Deutſchland erlangten ſein Bruder, deſſen Sohn und drei ſeiner Enkel hinter einander die Krone des römiſchen Reichs, die man bereits als unlösbar mit Oeſtreich verbunden dachte.

In einer Beziehung freilich — als Schutzherrn der Kirche und des Glaubens — hatten die Beherrſcher des römiſchen Reichs deutſcher Nation nach Karl V. ihre Machtbefugniſſe ſich ſchmälern ſehen. Die Reformation war trotz der äußeren Schranke, welche ihr der Religionsfriede von Augsburg ſetzen ſollte, ſiegreich weiter vorgedrungen; bis gegen das letzte Drittel des 16. Jahrhunderts ſpürt man im Reiche kaum einen merklichen Verſuch der Reichsgewalt ihr entgegenzutreten. In den öſtreichiſchen Landen ſelbſt erlangte „ſie erſt um dieſe Zeit ihre weiteſte Verbreitung und ſchuf ſogar ganz neue politiſche Verhältniſſe, welche der Dynaſtie keineswegs genehm waren. Zu dieſen Einbußen, welche die deutſche Linie des Hauſes Habsburg nicht nur im Reich, ſondern auch in ihren eigenen Territorien über ſich ergehen laſſen mußte, kam ein anderer noch ſchwererer Verluſt des ſpaniſchen Zweiges durch die Gründung des niederländiſchen Freiſtaats. Zwei europäiſche Großmächte, eine katholiſche und eine proteſtantiſche, das romaniſche Frankreich und das germaniſche England waren es vornehmlich, welche dem Hauſe Habsburg dieſen ſchweren Schlag beibrachten. Freilich wird

der Verlust der nördlichen Niederlande auch dem Umstande mit zuzuschreiben sein, daß in jenen kritischen Jahren ein Erzherzog die Krone des römischen Reiches trug, der den an ihn herantretenden Pflichten des eigenen Hausinteresses auch in weniger kritischen Zeiten nicht gewachsen gewesen wäre, Rudolf II. Alle diese Verhältnisse verminderten das Gewicht der ungeheuren Besitzungen, die dem habsburgischen Scepter immer noch gehorchten, bedeutend. — Im inneren Deutschland selbst richtete der Territorialismus, der in protestantischen Gebieten nun auch eine religiös-dogmatische Färbung annahm, so feste Schranken zwischen den einzelnen Staaten und dem Reichsoberhaupte auf, daß die Reichsgewalt auch in der Hand eines kräftigeren und zu planvollem Handeln geeigneteren Regenten, als Rudolf II. es war, unfähig gewesen wäre sie zu durchbrechen. Die Kaisergewalt begnügte sich daher das Schema der alten Reichsordnung äußerlich aufrecht zu halten, und namentlich das hergebrachte Verhältniß der Stimmen auf den Reichstagen und bei den höchsten Gerichten zu bewahren. Und so darf es nicht Wunder nehmen, daß sich allmählich das Gefühl verbreitete, als befinde man sich in einem Zustande der politischen Erstarrung, welcher beiden großen Parteien, Katholiken wie Protestanten, gleich unbequem war. Die ersteren forderten von dem Kaiser doch wenigstens eine Widerherstellung der kirchlichen Verhältnisse, wie sie durch den Religionsfrieden festgesetzt waren, und eine Durchführung des Tridentinums; den letzteren kam es gerade darauf an, die Veränderungen nach jenem Frieden in irgend einer Weise zu legalisieren.

Maximilian II. und sein Nachfolger Rudolf II. verwirklichten jedoch nicht im Entferntesten die Anschauungen, wie sie der durch den Jesuitenorden in so kurzer Zeit zu neuem Leben widergeborene Romanismus von der Kirche verbreitete. Und wenn sich auch beide den Restaurationsplänen der mit jugendlichem Feuer vorwärtsdrängenden Reformpartei zeitweise förderlich erwiesen, so waren sie doch ganz ungeeignet dieselbe zu führen und ihr vornehmlich im Reiche selbst breiteres Terrain zu gewinnen. Alle die Siege, welche der Romanismus über den in Territorialkirchen zersplitterten Protestantismus gewann, waren während dieser ersten Zeit in der Hauptsache eine Frucht des neuen Lebens in Wissenschaft und praktischer Bethätigung, welches auch der Katholicismus aus der Reformation gewonnen hatte, nicht ein Ausfluß des kaiserlichen Schirmrechts über die Kirche selbst.

Zwei Fürsten sind es hauptsächlich, welche, von diesem idealen Aufschwunge des Katholicismus getragen, noch in ziemlich jugendlichem Alter

sich zu Bannerträgern der streitenden Kirche aufwarfen, der habsburgische Erzherzog Ferdinand II. und sein naher Verwandter Maximilian, Herzog von Baiern.

In diesen beiden Fürsten hatten die neuen Ideen des universalen Romanismus eine so lebensvolle, das Gefühl und die Praxis des Handelns in gleicher Weise vollständig ausfüllende und leitende Gestalt gewonnen, wie sie der ideenlose, von dogmatischen Formeln lebende Protestantismus des ausgehenden 16. Jahrhunderts in keinem protestantischen Fürsten zu erzeugen vermochte. Von diesen beiden Fürsten gingen daher auch Bewegungen aus, welche durch ihre weithin kreisenden Wellen das Gefühl der Unsicherheit und Gefahr bis in die fernsten protestantischen Landstriche Europas hintrugen.

Der spätere Kaiser Ferdinand II., ein Sohn des Erzherzogs Karl und seiner Gemahlin Maria, einer Tochter des Herzogs Albrecht von Baiern, war am 9. Juli 1578 geboren, von fünfzehn Kindern das sechste. Als Knabe besaß er eine so zarte, schwächliche Natur, daß man mehrere Male für seine gedeihliche körperliche Entwickelung nicht geringe Besorgnisse hegte. In diesen Jahren zeigte er wol oft ein sehr lebhaftes Naturell, welches auch zu Ausschreitungen geneigt war, aber sich doch vor dem Eindruck der Strafe zurückzog. Als Haupttugenden seines Charakters werden jedoch in dieser Zeit Gehorsam und Bescheidenheit gerühmt. Von zartester Jugend an wurde er in strengstem Gehorsam gegen die Kirche erzogen, deren Forderungen bald der ausschließliche Lebensinhalt seines ganzen inneren Menschen wurden. Da sein Vater bereits im Jahre 1590 starb, war er den Einflüssen seiner energischen Mutter, die mit seltenem Feuer für die Restauration der Kirche ausgezeichnete Familientugenden verband, und ihrer Umgebung anheim gegeben. Noch vor seines Vaters Tode bezog Ferdinand, als er eben sein zwölftes Jahr zurückgelegt hatte, unter der Führung des Freiherrn Balthasar von Schrattenbach zu seiner wissenschaftlichen Ausbildung die Universität Ingolstadt, wohin ihn auch sein Lehrer, Johann Wagenring, ein Schüler des Collegii germanici, begleitete. Diese Hochschule stand damals vollständig unter dem Einflusse des Jesuitenordens, welche daselbst auch durch ihr Wissen ausgezeichnete Vertreter hatte. In Ingolstadt blieb Ferdinand bis zum zweiten Monat des Jahres 1595. Sein langer Aufenthalt an der berühmten Jesuitenuniversität war vornehmlich eine Bestimmung der ver-

der Verlust der nördlich
sein, daß in jenen krit
Reiches trug, der den
interesses auch in wen
Rudolf II. Alle dies
heuren Besitzungen, di
bedeutend. — Im in
der in protestantischen
annahm, so feste
Reichsoberhaupte auf
geren und zu planvol
war, unfähig gewesen
sich daher das Sch
halten, und namen
Reichstagen und bei
nicht Wunder neh
befinde man sich in
beiden großen Part
war. Die ersteren
derherstellung der li
den festgesetzt waren,
kam es gerade darauf
einer Weise zu legali

Maximilian II.
nicht im Entferntesten
orden in so kurzer Z
der Kirche verbreitete.
der mit jugendlichem
förderlich erwiesen, so
und ihr vornehmlich u
Alle die Siege, welche
zersplitterten Protestant
in der Hauptsache eine
praktischer Bethätigung, u
mation gewonnen hatte,
über die Kirche selbst.

Zwei Fürsten sind es
schwunge des Katholicismus

den ganzen Vorgang als ein Privatabkommen zwischen sich und den Abgeordneten angesehen wissen.

Diese selbst betrachteten jedoch natürlich diese Freilassung als einen staatsrechtlichen Act, auf Grund dessen während der letzten Lebensjahre des Erzherzogs Karl bis zum wirklichen Regierungsantritt Ferdinands der Katholicismus in diesen Landen immer weiter zurückgedrängt wurde, obwol schon Karl selbst kräftige Gegenmaßregeln ergriff. Nachdem er von der Schuld, welche er durch Gewährung der brucker Forderungen auf sich geladen hatte, vom Papste freigesprochen war,[1] reformierte er zunächst sein Hofgesinde, befahl dann im Jahre 1584 allen Einwohnern von Grätz binnen einem halben Jahre in den Schoß der Kirche zurückzukehren oder die Stadt zu verlassen und verschaffte auch der katholischen Confession im Stadtrathe die überwiegende Majorität. 12,000 ketzerische Bücher, die man allein in Grätz zusammengebracht hatte, wurden dem Feuer geopfert. Trotzdem erfreute sich der Erzherzog bei seinen reformatorischen Bemühungen nur geringer Erfolge. Um so mehr mußte ihm daran gelegen sein diesen Bestrebungen eine Dauer auch über sein Leben hinaus zu sichern. Deshalb versah er sein Testament noch mit einem besonderen Codizill, das die Worte des ersteren, welche seine Nachkommen ermahnten, nach Möglichkeit zu verhüten, daß einer andern Religion außer der katholischen Duldung gewährt werde,[2] dahin deutete, daß „seine Erben keine andere als die katholische Religion zu dulden schuldig sein sollten."

Eine derartige Ermahnung war jedoch für einen der treuesten Söhne, welche die katholische Kirche jemals gehabt hat, für einen Fürsten, der sich bereit erklärte, für jeden Glaubensartikel jede Pein, selbst den Tod zu erdulden, nicht von Nöthen.[3] Er sah in der Ausführung der letztwilligen Verfügung des Vaters recht eigentlich seine Lebensaufgabe. Bevor er sie angriff, unternahm er eine Art Pilgerfahrt nach Loreto, auf welcher er auch nach Rom geführt wurde. Man hat sie immer mit der kurz darauf erfolgten Restauration, durch welche Ferdinand sich recht eigentlich

1) Gregors XIII. Worte über Karls Sinnesänderung sind: Ea propter Deo arcanorum conscientiae suae perscrutatore ac judice in testem invocato, declarat sua Serenitas et publice profitetur, se non debuisse nec potuisse provintialibus suis quicquam in religionis libertate permittere. Hurter I, 635.

2) Hurter II, 535.

3) Hurter IV, 41.

witweten Erzherzogin und ihrer Umgebung, wie aus einem Schreiben an Kaiser Rudolf hervorgeht.[1]

Hier lernte Ferdinand auch den jungen Baiernherzog Maximilian kennen, der jedoch bereits im Jahre 1591 nach Hause zurückberufen wurde. Das Einvernehmen der beiden jugendlichen Prinzen mag in der That ein ziemlich herzliches gewesen sein, obwol ein Vorgang in der Kirche nicht gerade studentische Vertraulichkeit bekundet. Der zwölfjährige Erzherzog zwang den fünf Jahre älteren Maximilian, ihm, obwol er später als jener erschien, den Vorrang zu überlassen. Man rühmte schon damals Ferdinands Eifer in Betreibung wissenschaftlicher Studien;[2] noch inniger war jedenfalls die Hingabe an das religiöse Ideal, von dem er seit frühster Jugend erfüllt war. Schon jetzt war er bemüht von dieser Sinnesweise auch äußerlich Zeugniß abzulegen. Für die Summe von 1000 Ducaten, mit welcher ihn die inneröstreichischen Stände im Jahre 1593 zu einer Fastnachtslustbarkeit erfreuten, erbaute er in der Jesuitenkirche zu Ingolstadt einen Hochaltar.

Obwol er noch nicht volljährig war, setzte ihn der Kaiser doch kurz darauf zum Regenten der von dem Vater ererbten Landschaften Steiermark, Kärnthen und Krain wenn auch zunächst nur in der Weise eines Stellvertreters ein. Hier hatte der Protestantismus seit dem Jahre 1578, wo der Erzherzog Karl den protestantischen Predigern und Lehrern in Grätz, Laibach, Klagenfurt und Judenburg Duldung zusagte und Rittern und Herren die Religionsübung freigab, eine gesetzliche Stellung erlangt. Ob Karl hierbei in der That die Worte „für seine Erben und Nachkommen," welche das betreffende Schriftstück enthielt, vor den Augen der Abgeordneten durchstrich, bleibt selbst nach Hurters Ausführung[3] zweifelhaft; dagegen versagte er dem Originaldocument, welches nach Hurter nicht mehr aufzufinden ist, seine Namensunterschrift und wollte überhaupt

1) Grätz 11. März 1593. Hurter, Gesch. K. Ferdinands II.; II, 561 f.

2) Ob er jedoch in der That so bedeutend gewesen ist, wird durch einen Brief seiner Mutter — Hurter II, 557 — zweifelhaft gemacht. Sie schreibt (im J. 1590): den du derfts dirs nit gedennken, das du von inglstatt genommen wierst, pis du dein studieren vollendts; darumb so due nur das deinige dazue, so kumbst du dester e davon. du weist und erkennst noch nit wie nuz es dir ist; . . . ich erman dich ganz muedterlich, das du deine gedanken auf nix anderst, den auf das studiren wilts geben . . . wan du mir folgts, so solst du ein dreue muedter an mir haben; wonit, so wierst du noch inen werdten mit deinen schaden, was ich dain will.

3) Bd. I, 347—349.

den ganzen Vorgang als ein Privatabkommen zwischen sich und den Abgeordneten angesehen wissen.

Diese selbst betrachteten jedoch natürlich diese Freilassung als einen staatsrechtlichen Act, auf Grund dessen während der letzten Lebensjahre des Erzherzogs Karl bis zum wirklichen Regierungsantritt Ferdinands der Katholicismus in diesen Landen immer weiter zurückgedrängt wurde, obwol schon Karl selbst kräftige Gegenmaßregeln ergriff. Nachdem er von der Schuld, welche er durch Gewährung der brucker Forderungen auf sich geladen hatte, vom Papste freigesprochen war,[1] reformierte er zunächst sein Hofgesinde, befahl dann im Jahre 1584 allen Einwohnern von Grätz binnen einem halben Jahre in den Schoß der Kirche zurückzukehren oder die Stadt zu verlassen und verschaffte auch der katholischen Confession im Stadtrathe die überwiegende Majorität. 12,000 ketzerische Bücher, die man allein in Grätz zusammengebracht hatte, wurden dem Feuer geopfert. Trotzdem erfreute sich der Erzherzog bei seinen reformatorischen Bemühungen nur geringer Erfolge. Um so mehr mußte ihm daran gelegen sein diesen Bestrebungen eine Dauer auch über sein Leben hinaus zu sichern. Deshalb versah er sein Testament noch mit einem besonderen Codizill, das die Worte des ersteren, welche seine Nachkommen ermahnten, nach Möglichkeit zu verhüten, daß einer andern Religion außer der katholischen Duldung gewährt werde,[2] dahin deutete, daß „seine Erben keine andere als die katholische Religion zu dulden schuldig sein sollten."

Eine derartige Ermahnung war jedoch für einen der treuesten Söhne, welche die katholische Kirche jemals gehabt hat, für einen Fürsten, der sich bereit erklärte, für jeden Glaubensartikel jede Pein, selbst den Tod zu erdulden, nicht von Nöthen.[3] Er sah in der Ausführung der letztwilligen Verfügung des Vaters recht eigentlich seine Lebensaufgabe. Bevor er sie angriff, unternahm er eine Art Pilgerfahrt nach Loreto, auf welcher er auch nach Rom geführt wurde. Man hat sie immer mit der kurz darauf erfolgten Restauration, durch welche Ferdinand sich recht eigentlich

1) Gregors XIII. Worte über Karls Sinnesänderung sind: Ea propter Deo arcanorum conscientiae suae perscrutatore ac judice in testem invocato, declarat sua Serenitas et publice profitetur, se non debuisse nec potuisse provintialibus suis quicquam in religionis libertate permittere. Hurter I, 635.

2) Hurter II, 535.

3) Hurter IV, 41.

Gottes Willen auszuführen bewußt war, in Verbindung gebracht. In treuer Befolgung der Vorschriften, welche ihm der von seinem Oheim Wilhelm von Baiern übergebene „Regentenspiegel" zur Pflicht machte, nach sorgfältiger Berathung mit seinen Räthen, unter denen hierbei vornehmlich der Bischof von Lavant hervortritt, ging der zwanzigjährige Erzherzog vor. Am 23. September 1598 erhielten sämtliche protestantische Prediger und Lehrer der Hauptstadt Grätz den gemessenen Befehl, im Verlauf von 8 Tagen bei Lebensstrafe das landesherrliche Gebiet zu verlassen, und fünf Tage darauf erfolgte die Weisung, „die Prädikanten hätten sich noch heutiges Tages bei scheinender Sonne" aus Grätz und seinem Burgfrieden aufzumachen und binnen 8 Tagen das Land zu räumen. Darauf wurde befohlen, bei Vakanzen nur katholische Pfarrer zu präsentieren, die kirchlichen Feste zu feiern, kurz alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Unterthanen möglichst bald dem Schoße der Kirche wider zuzuführen; und binnen wenigen Jahren hatte Ferdinand nicht nur Grätz fast vollständig, sondern überhaupt den größten Theil seiner Unterthanen wider katholisiert. In der Hauptstadt selbst beichteten Ostern 1601 über 4100 Personen, während gerade hier wenige Jahre vorher der alte Glaube nur noch in den dem Hofe nahe stehenden Kreisen einige Anhänger zählte. Mit Staunen bewunderte man in katholischen Landen die glücklichen Erfolge dieser nachhaltigen Strenge.

Kurze Zeit nach diesen steirischen Vorgängen verbreitete sich — es war etwa um das Jahr 1600 — die Kunde von der tiefen, nur durch Ausbrüche der Tobsucht unterbrochenen Melancholie des Kaisers Rudolf II., und Rom und Madrid sowie die habsburgischen Erzherzöge begannen an einen Nachfolger in den Erblanden und im Reiche zu denken. Bald sprach der spanische Gesandte in Prag sogar von Rudolfs Absetzung. Und hiermit beginnen denn jene österreichischen Thronstreitigkeiten, welche einen so gewichtigen Einfluß auch auf das Reich ausübten. Rudolfs eigenes unbedachtes Handeln riß ihn auf der Bahn des Verderbens vorwärts. Auch er faßte den Plan, den Protestantismus in den Reichen Böhmen, Mähren und Ungarn, und zwar mit Gewalt zu stürzen.[1] Mit dem letzteren dachte er zu beginnen. Er forderte von den Lutheranern der Stadt Kaschau eine Kirche und ließ durch seinen Bruder Matthias die Zurückführung der Ungarn zum alten Glauben auf einem Reichstage zu Preßburg direct betreiben. Er wollte Ungarn dasselbe Loos bereiten, wie Mähren, wo er

1) Gindely, Rudolf II. und seine Zeit. I, 67.

schon seit längerer Zeit die Verfassung und die Cultusfreiheit zugleich zu vernichten bestrebt war. Ja er suchte durch einen den preßburger Reichstagsbeschlüssen aus eigener Machtvollkommenheit zugefügten Artikel solchen Forderungen Gesetzeskraft zu verleihen. Die Ungarn antworteten, nachdem sie mit den Türken Frieden geschlossen hatten, mit einem Aufstande unter Botskay, der selbst die deutsch-östreichischen Lande zu verheeren begann. Da vereinigten die vier Erzherzoge, Matthias und Maximilian, sowie Ferdinand und Maximilian Ernst sich in der Forderung, demselben Matthias, welcher die Aufträge Rudolfs II. in Preßburg ausgeführt hatte, Ungarn einzuräumen und Bestimmungen über die Nachfolge im Reich zu treffen. Bald forderten sie auch Oestreich und die Nachfolge für denselben Erzherzog. Und als ein in Wien verabredeter Friede mit den Ungarn Rudolfs Zustimmung nicht fand, obwol er Matthias als Statthalter anerkannte, wurde am 25. April 1606 von denselben Erzherzögen Matthias zum Haupte der deutschen Lande des Hauses Habsburg erkoren, und ihm zugleich die kräftigste Unterstützung bei einer Kaiserwahl zugesichert.[1] Darauf schloß Matthias den wiener Frieden, durch welchen Botskay Siebenbürgen, das linke Theißufer und auch Theile des rechten erhielt, und den Ungarn die alte verfassungsmäßige Ordnung der Dinge mit der Reformation gewährleistet wurde. Rudolf versagte ihm seine Bestätigung wenigstens nicht in allen Punkten, konnte aber Monate lang nicht dazu gebracht werden, den hiermit in Verbindung stehenden türkischen Frieden zu ratificieren.

Daß die Stimmung des Kaisers gegen den Bruder und seine Räthe hierdurch noch verbitterter wurde, ist leicht erklärlich. In seiner Verblendung dachte er sogar daran, den Erzherzog Leopold aus der steiermärkischen Linie zum Nachfolger zn ernennen. Er bereitete sich vor, die Verluste in Ungarn durch einen neuen Krieg wider einzubringen. Um die Verwirrung unter den Gliedern des habsburgischen Hauses noch zu steigern, nahmen jetzt der Kurfürst von der Pfalz und Christian von Anhalt den Erzherzog Maximilian als Rudolfs Nachfolger in Aussicht und fingen

1) Zuletzt von den Erzherzögen gab Ferdinand Matthias seine Stimme. Er that es jedoch endlich desto lieber, weil er sich dadurch von dem Verdachte, als strebe er selbst nach der Krone, reinigte. Ferd. an Kaiser Rudolf — d. d. 3. März 1608, bei Hurter V, 513. In einem andern Schreiben vom 4. März erklärt Ferdinand Matthias selbst für den Autor und Stifter des ganzen Werkes und behauptet samt seinem Bruder Maximilian fast wider Zuversicht dazu gezogen worden zu sein.

Gottes Willen auszuführen bewußt wa.
treuer Befolgung der Vorschriften, r
Wilhelm von Baiern übergebene „N.
nach sorgfältiger Berathung mit seinen
nehmlich der Bischof von Lavant herv
herzog vor. Am 23. September 15
Prediger und Lehrer der Hauptstadt
lauf von 8 Tagen bei Lebensstrafe de
und fünf Tage darauf erfolgte die
noch heutiges Tages bei scheinender
frieden aufzumachen und binnen 8
wurde befohlen, bei Vakanzen nur
kirchlichen Feste zu feiern, kurz alle
Unterthanen möglichst bald dem Sch
binnen wenigen Jahren hatte Ferd
sondern überhaupt den größten Th
In der Hauptstadt selbst beichteten
während gerade hier wenige Jahr
den dem Hofe nahe stehenden Kreis
bewunderte man in katholischen
nachhaltigen Strenge.

Kurze Zeit nach diesen steiris
etwa um das Jahr 1600 — die R
der Tobsucht unterbrochenen Mele
und Madrid sowie die habsburgis
folger in den Erblanden und im
nische Gesandte in Prag sogar von
nen denn jene östreichischen Thron
Einfluß auch auf das Reich ausüb
deln riß ihn auf der Bahn des
den Plan, den Protestantismu
Ungarn, und zwar mit Gewal
er zu beginnen. Er forderte
eine Kirche und ließ durch seine
Ungarn zum alten Glauben
betreiben. Er wollte Ungarn b

1) Gindely, Rudolf II. und

handlung dahin bedacht sei, damit sie lernen, welcher Gestalt sie hinfüro einen Fürsten des Reichs und kaiserlichen Kommissar respectieren [illegible]. Da man an den Rüstungen Maximilians wahrnahm, daß er zum Kriege entschlossen sei, trafen der Pfalzgraf Philipp Ludwig, sowie der Herzog von Würtemberg als Oberster des schwäbischen Kreises kriegerische Gegenmaßregeln. Längere Zeit zögerte Rudolf zum großen Verdruß Maximilians, die diesem gegebene Kommission zu erweitern, bis sie endlich am 3. August 1607 die Acht über die unglückliche Stadt aussprechen wurde. Trotzdem stellte Rudolf dem Herzoge nochmals anheim, sich mit der Stadt in gütlichen Verhandlungen, die in einen Revers [illegible] die Sicherstellung des katholischen Kultus hinausliefen, zu vereinbaren. Dieser Revers wurde in der That auch von dem kleinen Rathe der Stadt vorgestellt, allein die Bürgerschaft trat dem hindernd in den Weg. Trotzdem zögerte Maximilian noch immer, bis er endlich, wenn auch abermals widerwilligungsweise, Rudolfs Erlaubniß zur Publikation der Acht erhielt. Nur zum Scheine wurde nochmals der Weg der Güte beschritten, und am 12. November 1607 die Acht zu Nordheim publiciert. Trotz der Protestationen, welche von verschiedenen Seiten, namentlich auch von dem Herzog von Würtemberg als schwäbischem Kreisobersten erhoben wurden, wurde Maximilian doch mit der Ausführung der Acht beauftragt, und schon am 16. December erhielt die Stadt die Aufforderung zur Aufnahme der Baiern. Am folgenden Tage zogen 200 Ritter und 2 Fähnlein Knechte in die Stadt ein. Offenbar hatte sich Maximilian vor dem Beginn des Reichstags in Besitz der Stadt setzen wollen, um eine vollendete Thatsache zu schaffen, der er den wirkungslosen Beschlüssen des Reichstags gegenüber durch seine Militärmacht Achtung zu verschaffen hoffte. Und so hatte Rudolf zu einer für die Förderung eigener Pläne sehr ungelegenen Zeit den Protestanten ein neues Beispiel von der verderblichen Wirksamkeit des Reichshofraths geliefert.

Um dieselbe Zeit aber reifte auch die Frucht seiner widerspruchsvollen Politik in Ungarn, Böhmen und Mähren. Im December des Jahres 1607 vereinigten sich Deputierte der drei Länder zu Roffitz in Mähren zu dem Beschlusse, Ungarn, welches von einer neuen Empörung der Heiducken in Schrecken gesetzt war, gegen Rudolfs Mißregierung zu unterstützen. Matthias berief darauf einen Reichstag nach Preßburg, wo sich auch bald Abgesandte einfanden. Am 1. Febr. 1608 schlossen dann beide Länder ein

1) Wolf II, 207.

sogar an, mit Heinrich IV. darüber in Verhandlung zu treten.[1] Bei einer persönlichen Zusammenkunft Friedrichs IV. mit dem Kurfürsten von Mainz (27. März 1607) erklärte sich der letztere, wie auch im Verlaufe neuer Unterhandlungen Trier und Köln gleichfalls für Maximilian. Indessen weiter gediehen auch diese Verhandlungen nicht, da Rudolf II. um diese Zeit Miene machte die deutschen Stände selbst unmittelbar in diese Thronstreitigkeiten zu verflechten. Mit einer Reichshilfe hoffte er seine Verluste in Ungarn gegen die kränkenden Friedensabschlüsse seines Bruders wett zu machen und wählte zu seinem Vertreter auf dem Reichstage zu Regensburg 1607/8 auffallender Weise denselben Ferdinand von Steiermark, welcher durch seine gewaltsame Restitution sich bei den Protestanten einen so gehässigen Namen gemacht hatte. Es handelte sich vor allem für Rudolf um Geldmittel für einen neuen ungarischen Krieg, der den verhaßten Bruder aus seiner günstigen Position heraustreiben sollte. Trotz der Reformvorschläge, welche diesen Geldforderungen in der ungarischen Angelegenheit Eingang verschaffen sollten, zeigte es sich gar bald, daß auch diese Hoffnung Rudolfs eine vergebliche war. Schon seit geraumer Zeit hatte er ja durch einen Entscheid in einer reinen Reichssache die Gemüther der Protestanten sich vollständig entfremdet. Wir meinen die Angelegenheit der kleinen schwäbischen Reichsstadt Donauwörth.

Einem Reichshofrathsmandat von zweifelhafter Giltigkeit zuwider hatten fanatische Volkshaufen dieser Stadt eine Procession, welche wider altes Herkommen am 25. April 1606 durch die Straßen zog, angegriffen und zerstreut. Darauf hatte Rudolf am 16. März 1607 Herzog Maximilian von Baiern aller Wahrscheinlichkeit auf seinen eigenen Betrieb mit dem Schutze der Katholiken in Donauwörth beauftragt.[2] Als die bairischen Commissare anlangten, entstand ein Volksauflauf, durch welchen sie selbst bedroht wurden, ein Umstand, der Maximilian in seiner Neigung, die Angelegenheit zu seinem eignen Nutzen beizulegen, bestärkte. Er bittet den Kaiser es nicht ungnädig zu vermerken, daß er für sich selbst „zu gebührlicher Eiferung und Ahndung der von Donauwerth erzeigten hochsträflichen

1) Gindely: Rudolf II. 1. S. 130 ff.

2) Diese in den Verhältnissen begründete Annahme wird durch Lossens — Die Reichsstadt Donauwörth und Maximilian S. 8 — Darstellung mehr bestätigt als widerlegt. Maximilians eigene Worte an den Kaiser lauten: „Um dieser Gefahr bei Zeiten vorzubauen habe ich mich gegen Ew. Majestät gehorsamlich anerboten in diesem Handel alles dasjenige, was Ew. M. mir .... allergnädigst schaffen, äußerstem Fleiße nach zu vollziehen." Wolf, Gesch. Maximilians II., II, S. 215.

Verhandlung dahin bedacht sei, damit sie lernen, welcher Gestalt sie hinfürter einen Fürsten des Reichs und kaiserlichen Kommissar respectieren sollen."[1] Da man an den Rüstungen Maximilians wahrnahm, daß er zum Aeußersten entschlossen sei, trafen der Pfalzgraf Philipp Ludwig, sowie der Herzog von Würtemberg als Oberster des schwäbischen Kreises kriegerische Gegenmaßregeln. Längere Zeit zögerte Rudolf zum großen Verdruß Maximilians, die diesem gegebene Kommission zu erweitern, bis dann endlich am 3. August 1607 die Acht über die unglückliche Stadt ausgesprochen wurde. Trotzdem stellte Rudolf dem Herzoge nochmals anheim, sich mit der Stadt in gütlichen Verhandlungen, die in einen Revers für die Sicherstellung des katholischen Kultus hinausliefen, zu vereinbaren. Dieser Revers wurde in der That auch von dem kleinen Rathe der Stadt ausgestellt, allein die Bürgerschaft trat dem hindernd in den Weg. Trotzdem zögerte Maximilian noch immer, bis er endlich, wenn auch abermals bedingungsweise, Rudolfs Erlaubniß zur Publikation der Acht erhielt. Nur zum Scheine wurde nochmals der Weg der Güte beschritten, und am 12. November 1607 die Acht zu Nordheim publiciert. Trotz der Protestationen, welche von verschiedenen Seiten, namentlich auch von dem Herzog von Würtemberg als schwäbischem Kreisobersten erhoben wurden, wurde Maximilian doch mit der Ausführung der Acht beauftragt, und schon am 16. December erhielt die Stadt die Aufforderung zur Aufnahme der Baiern. Am folgenden Tage zogen 200 Ritter und 2 Fähnlein Knechte in die Stadt ein. Offenbar hatte sich Maximilian vor dem Beginn des Reichstags in Besitz der Stadt setzen wollen, um eine vollendete Thatsache zu schaffen, der er den wirkungslosen Beschlüssen des Reichstags gegenüber durch seine Militärmacht Achtung zu verschaffen hoffte. Und so hatte Rudolf zu einer für die Förderung eigener Pläne sehr ungelegenen Zeit den Protestanten ein neues Beispiel von der verderblichen Wirksamkeit des Reichshofraths geliefert.

Um dieselbe Zeit aber reifte auch die Frucht seiner widerspruchsvollen Politik in Ungarn, Böhmen und Mähren. Im December des Jahres 1607 vereinigten sich Deputierte der drei Länder zu Rossitz in Mähren zu dem Beschlusse, Ungarn, welches von einer neuen Empörung der Heiducken in Schrecken gesetzt war, gegen Rudolfs Mißregierung zu unterstützen. Matthias berief darauf einen Reichstag nach Preßburg, wo sich auch bald Oestreicher einfanden. Am 1. Febr. 1608 schlossen dann beide Länder ein

1) Wolf II, 207.

Bündniß, durch welches ſie ſich „zur Bewahrung der Friedensſchlüſſe mit den Ungarn und Türken und zwar gegen Jedermann“ verpflichteten. Auch Mähren trat demſelben am 19. April bei. Katholiken und Proteſtanten einigten ſich, der vollſtändig abſolutiſtiſchen Regierungsweiſe Rudolfs ein Ziel zu ſetzen und Matthias an Stelle ſeiner zum Herrſcher zu machen. Nur Böhmen hielt ſich merkwürdiger Weiſe aus noch nicht recht aufgeklärten Gründen zurück. — Bei Matthias Vordringen nach Böhmen ſuchte Rudolf vergeblich möglichſt viel zu retten. Am 13. Mai wurde der böhmiſche Landtag zu Prag eröffnet, um über die Stellung des Landes zu den letzten Vorgängen Beſchluß zu faſſen. Das erſte, was hier geſchah, war, daß man gleichfalls eine Beſchwerdeſchrift gegen Rudolfs Regierungsweiſe aufſetzte, in welcher zugleich vollſtändigſte Gewiſſensfreiheit verlangt wurde. Rudolf war anfangs unklug genug, die Forderungen der böhmiſchen Stände zu derſelben Zeit abzulehnen, wo Matthias' Geſandte bereit ſtanden ihrerſeits mit dem Landtage in Verhandlungen zu treten. Endlich ließ er ſich zu einer Beſtätigung der ihm vorgelegten Artikel bewegen und gab die Zuſicherung, auf einem demnächſt zu berufenden Landtage auch den confeſſionellen Beſchwerden abzuhelfen.

Die Gründung der Anion und der Liga und der habsburgiſche Bruderzwiſt bis zum Jahre 1612.

Auf dieſe Weiſe wurde der Ausgleich des Bruderzwiſtes weſentlich gefördert. Da Matthias nun nicht mehr daran denken konnte, dem Kaiſer auch Böhmen zu entziehen, begnügte er ſich mit Ungarn, Oeſtreich und Mähren und der Nachfolgezuſicherung in Böhmen ſelbſt. Und ſo war auch allen weiter gehenden Plänen auf das Reich jede Ausſicht auf Erfolg abgeſchnitten. Die kurſächſiſchen Geſandten berichteten über dieſe: „Wenn Ihre Durchl. allhier durchbrechen könne, ſo möchten ſich dieſelben cum exercitu, wie allhiero geſchehen, ins Reich, etwa vor Frankfurt legen und daſelbſt die Wahl armata manu gewarten wollen.“[1] Matthias aber hatte durch das ſonderbare Zuſammenwirken der proteſtantiſchen öſtreichiſchen Landſtände, ferner der ungariſchen Stände und der Unterſtützung des ſpaniſchen Hofes über ſeinen Bruder geſiegt. — Dieſer Sieg beruhte zum größten Theile darauf, daß die proteſtantiſchen Stände ſchon durch

1) Platner: De initiis confoederationis ante bellum tricennale inter provincias Austriacas factae. Diss. Halis Saxoniae 1864 S. 78.

ihre Mitwirkung bei der Sache Matthias für eine Sicherstellung ihrer Confession zu verpflichten glaubten. Daß diese Hoffnung doch wol eine vergebliche sei, scheinen die Führer jedoch bereits eingesehen zu haben,[1] als sie sich noch im Lager von Sterbohol befanden. Sie schlossen deshalb schon jetzt ein Bündniß, in welchem sie sich dahin einigten, ihrem neuen Herrn nur gegen die vollständige Freistellung der Religion zu huldigen.

Kurze Zeit vorher hatte sich auch im Reiche selbst ein Ereigniß zugetragen, welches bestimmt schien auch in den östreichischen Thronwirren entscheidend zu wirken. Es war längst der Plan jenes ausgezeichneten Politikers, der in dem Studium der vielfach verschlungenen Beziehungen der europäischen Staaten sein hervorragendes politisches Combinationstalent übte, Christians von Anhalt, die Beilegung dieser östreichischen Wirren dem spanischen Gesandten und dem päpstlichen Nuntius zu entziehen und sie einer Versammlung deutscher Reichsfürsten zu unterbreiten.

Nicht Ausländer, sondern einheimische Fürsten, vor allen die Kurfürsten sollten in diesem Zwiste eines östreichischen Erzherzogs mit dem Haupte des heiligen römischen Reichs die Vermittler sein.[2] Der Pfalzgraf Friedrich IV. und der Kurfürst von Mainz meldeten sogar Rudolf zu diesem Behufe persönlich in Prag erscheinen zu wollen. Allein der Einfall des Erzherzogs in Böhmen machte Plänen, durch welche der Erzherzog Maximilian in den Besitz von Böhmen und endlich sogar zum Kaiserthrone gelangen sollte, ein Ende. — Mitten in dieser kritischen Lage wurde endlich von Friedrich IV. von der Pfalz, dem Pfalzgrafen von Neuburg, Herzog Johann Friedrich von Würtemberg, Georg Friedrich von Baden, ferner den Markgrafen Christian von Culmbach und Joachim Ernst von Anspach am 4/14. Mai 1608 zu Ahausen die protestantische Union und zwar zunächst auf 10 Jahr abgeschlossen. Die gewaltsamen Vorgänge in den habsburgischen Landen, deren Ausgang für das Reich selbst verhängnißvoll werden mußte, ferner die gefahrdrohende Stellung Baierns hatten diese Föderation endlich zu Stande gebracht.

Konnte man von Matthias, dem besonderen Schützlinge Spaniens und Roms, selbst im Kampfe gegen den Kaiser größere Geneigtheit hoffen, die alten Beschwerden der protestantischen Stände endlich abzuthun? Mußte man nicht fürchten, daß Waffengewalt auch aufgeboten werden

---

1) Tschernembl selbst machte den sächsischen Gesandten wenig beruhigende Mittheilungen über Matthias' Aufrichtigkeit gegen die Protestanten. Platner S. 78.

2) Gindely I. S. 210. 245.

würde, wenn es ſich darum handelte, dem glücklichen Sieger über den Bruder auch die Kaiſerkrone zu verſchaffen? Wenn man ſich überhaupt einen weſentlichen Einfluß bei der nächſten Kaiſerwahl ſichern wollte, war dann nicht gerade der gegenwärtige Augenblick bei weitem günſtiger als irgend ein ſpäterer, wo man fürchten mußte, daß Matthias dem Reichsoberhaupte auch Böhmen entzogen haben werde?

Die einſtweilige Leitung des Bundes fiel dem bisherigen Haupte des Proteſtantismus, dem Kurfürſten von der Pfalz zu; Markgraf Joachim Ernſt von Brandenburg, Chriſtian von Anhalt und Georg Friedrich übernahmen nach ihm die höchſten Stellungen. Noch in demſelben Jahre erweiterte ſich der Bund durch den Zutritt der Städte Straßburg, Ulm und Nürnberg; erſt nach dem Ableben des Herzogs von Jülich traten auch der Landgraf von Heſſen-Caſſel und der Kurfürſt von Brandenburg bei.[1] Von vorn herein rechnete man auf den Zutritt aller proteſtantiſchen deutſchen Stände. Die Union ſollte der Wall ſein, hinter welchem Lutherthum und Calvinismus in gleicher Weiſe dem vordringenden Romanismus gegenüber Schutz finden und auf die politiſche Geſtaltung Deutſchlands einwirken wollten. In Sachen der Freiheit und Hoheit deutſcher Stände wollten die Verbündeten für einen Mann ſtehen und ſich der Angegriffenen mit aller Macht annehmen. Von dem Religionsfrieden verlautet in ihren Verträgen gar nichts; die augsburgiſche Confeſſion wird nicht ausdrücklich erwähnt. Der Fürſtengewalt war ſchon durch den urſprünglichen Vertrag ein beſtimmender Einfluß geſichert: jeder Kurfürſt und jeder regierende Fürſt führte eine Stimme, den Grafen und Herren, ſowie den Städten jedes Kreiſes war gleichfalls nur je eine zugewieſen. — Schon im Anfange des Jahres 1610 ſuchte der Bund Stützpunkte in den übrigen proteſtantiſchen Staaten Europas, in der Schweiz, Dänemark, England und Holland. Durch Brandenburg hoffte man auf Dänemark und andere Stände des niederſächſiſchen Kreiſes, wie Magdeburg und Mecklenburg, einwirken zu können; man erſuchte Kurſachſen um ſeinen Beitritt und richtete ſein Augenmerk auch auf die Hanſe. Trotzdem hat jedoch der

1) Schon die Inſtrumente vom 4. u. 6. Mai ſind von Brandenburg und Heſſen-Caſſel mitunterzeichnet. Allein der förmliche Anſchluß des Kurfürſten Johann Sigismund und des Landgrafen Moriz erfolgte erſt am 29. Januar 1610 auf dem Tage zu Schwäb.-Hall. v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700. S. 37. Rommel, Geſchichte von Heſſen VII. 306 ff. Eine vergleichende Zuſammenſtellung der Beſtimmungen der wichtigern Unionsurkunden gibt Ritter, Briefe und Acten zur Geſch. des dreißigjährigen Krieges I. 713—720.

Bund in Nord- und Mitteldeutschland keine weitere Ausdehnung gewinnen können.

Ja selbst im Süden umfaßte er keineswegs alle diejenigen Stände, welche ihrer Confession nach sich ihm hätten anschließen sollen. Es traten allerdings noch eine Anzahl Städte wie Nördlingen, Heilbronn, Hall, Memmingen, Eßlingen, Reutlingen, Lindau, Kempten, Weißenburg im Elsaß und andere bei, allein die Ritterschaft war nicht geneigt diesem Beispiele des Bürgerthums nachzufolgen. Obwol man sofort mit den wetterauischen und fränkischen Grafenverbänden Unterhandlungen anknüpfte und sie 9 Jahre hindurch fortführte, so ergaben dieselben doch kein günstiges Resultat.[1] Es war die Präeminenz der Fürsten, um mit einem Ausdrucke jener Zeit zu reden, welche diese Grafen zurückhielt. Man konnte sich über das Stimmenverhältniß nicht einigen, und obwol man im Jahr 1612 die gleiche Stimmenzahl anbot, welche man den Städten gewährte, nämlich 8 für beide Collegien, so wurde dieser Vorschlag doch abermals verworfen. Die geringe Bedeutung, welche das städtische Element trotz seiner 8 Stimmen in der Föderation besaß, stimmte sicherlich die an und für sich nur sehr matte Neigung der Grafen noch mehr herab. „Es verlautete, daß die Städte von der Union los zu sein wünschten, weil sie wenig Hilfe von derselben erwarten." Um so mehr glaubten sich jetzt die Grafen entschuldigen zu können.[2]

Trotzdem vermied man jedoch auch längere Zeit eine geradezu ablehnende Antwort; ein Grafencollegium wartete, daß das andere ihm mit diesem kühnen Entschluß vorangehen werde. Die wetterauer Grafen haben endlich am 20. April 1615 dies Wagniß auf sich genommen, und nun folgten die fränkischen schon am 19. Mai.

Ebenso erging es der Union auch mit ihren Versuchen die protestantischen Kantone der Schweiz, namentlich Bern und Zürich zu sich herüberzuziehen. Sie wurde im Sommer 1617 von beiden Kantonen abgewiesen. Nur ein Theil des Volks, welches Mansfeld für Savoyen gegen Spanien geworben hatte, wurde durch englische Vermittelung in das Gebiet des Kantons Bern aufgenommen.[3] —

---

1) Einige Nachrichten hierüber bei Fischer: Hohenlohe, die fränkischen sowie die wetterauischen Grafen und die evangelische Union. Württemb. Jahrbücher, Jahrg. 1865. 292 ff.

2) Fischer, 318.

3) Hagen, Die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft vornehmlich Berns in den Jahren 1610—1618. Bern 1865. S. 121 ff.

würde, wenn es sich darum handelte, dem glücklichen Sieger über den Bruder auch die Kaiserkrone zu verschaffen? Wenn man sich überhaupt einen wesentlichen Einfluß bei der nächsten Kaiserwahl sichern wollte, war dann nicht gerade der gegenwärtige Augenblick bei weitem günstiger als irgend ein späterer, wo man fürchten mußte, daß Matthias dem Reichsoberhaupte auch Böhmen entzogen haben werde?

Die einstweilige Leitung des Bundes fiel dem bisherigen Haupte des Protestantismus, dem Kurfürsten von der Pfalz zu; Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg, Christian von Anhalt und Georg Friedrich übernahmen nach ihm die höchsten Stellungen. Noch in demselben Jahre erweiterte sich der Bund durch den Zutritt der Städte Straßburg, Ulm und Nürnberg; erst nach dem Ableben des Herzogs von Jülich traten auch der Landgraf von Hessen-Cassel und der Kurfürst von Brandenburg bei.[1] Von vorn herein rechnete man auf den Zutritt aller protestantischen deutschen Stände. Die Union sollte der Wall sein, hinter welchem Lutherthum und Calvinismus in gleicher Weise dem vordringenden Romanismus gegenüber Schutz finden und auf die politische Gestaltung Deutschlands einwirken wollten. In Sachen der Freiheit und Hoheit deutscher Stände wollten die Verbündeten für einen Mann stehen und sich der Angegriffenen mit aller Macht annehmen. Von dem Religionsfrieden verlautet in ihren Verträgen gar nichts; die augsburgische Confession wird nicht ausdrücklich erwähnt. Der Fürstengewalt war schon durch den ursprünglichen Vertrag ein bestimmender Einfluß gesichert: jeder Kurfürst und jeder regierende Fürst führte eine Stimme, den Grafen und Herren, sowie den Städten jedes Kreises war gleichfalls nur je eine zugewiesen. — Schon im Anfange des Jahres 1610 suchte der Bund Stützpunkte in den übrigen protestantischen Staaten Europas, in der Schweiz, Dänemark, England und Holland. Durch Brandenburg hoffte man auf Dänemark und andere Stände des niedersächsischen Kreises, wie Magdeburg und Mecklenburg, einwirken zu können; man ersuchte Kursachsen um seinen Beitritt und richtete sein Augenmerk auch auf die Hanse. Trotzdem hat jedoch der

1) Schon die Instrumente vom 4. u. 6. Mai sind von Brandenburg und Hessen-Cassel mitunterzeichnet. Allein der förmliche Anschluß des Kurfürsten Johann Sigismund und des Landgrafen Moriz erfolgte erst am 29. Januar 1610 auf dem Tage zu Schwäb.-Hall. v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700. S. 37. Rommel, Geschichte von Hessen VII. 306 ff. Eine vergleichende Zusammenstellung der Bestimmungen der wichtigern Unionsurkunden gibt Ritter, Briefe und Acten zur Gesch. des dreißigjährigen Krieges I. 713—720.

Bund in Nord- und Mitteldeutschland keine weitere Ausdehnung gewinnen können.

Ja selbst im Süden umfaßte er keineswegs alle diejenigen Stände, welche ihrer Confession nach sich ihm hätten anschließen sollen. Es traten allerdings noch eine Anzahl Städte wie Nördlingen, Heilbronn, Hall, Memmingen, Eßlingen, Reutlingen, Lindau, Kempten, Weißenburg im Elsaß und andere bei, allein die Ritterschaft war nicht geneigt diesem Beispiele des Bürgerthums nachzufolgen. Obwol man sofort mit den wetterauischen und fränkischen Grafenverbänden Unterhandlungen anknüpfte und sie 9 Jahre hindurch fortführte, so ergaben dieselben doch kein günstiges Resultat.[1] Es war die Präeminenz der Fürsten, um mit einem Ausdrucke jener Zeit zu reden, welche diese Grafen zurückhielt. Man konnte sich über das Stimmenverhältniß nicht einigen, und obwol man im Jahr 1612 die gleiche Stimmenzahl anbot, welche man den Städten gewährte, nämlich 8 für beide Collegien, so wurde dieser Vorschlag doch abermals verworfen. Die geringe Bedeutung, welche das städtische Element trotz seiner 8 Stimmen in der Föderation besaß, stimmte sicherlich die an und für sich nur sehr matte Neigung der Grafen noch mehr herab. „Es verlautete, daß die Städte von der Union los zu sein wünschten, weil sie wenig Hilfe von derselben erwarten." Um so mehr glaubten sich jetzt die Grafen entschuldigen zu können.[2]

Trotzdem vermied man jedoch auch längere Zeit eine geradezu ablehnende Antwort; ein Grafencollegium wartete, daß das andere ihm mit diesem kühnen Entschluß vorangehen werde. Die wetterauer Grafen haben endlich am 20. April 1615 dies Wagniß auf sich genommen, und nun folgten die fränkischen schon am 19. Mai.

Ebenso erging es der Union auch mit ihren Versuchen die protestantischen Kantone der Schweiz, namentlich Bern und Zürich zu sich herüberzuziehen. Sie wurde im Sommer 1617 von beiden Kantonen abgewiesen. Nur ein Theil des Volks, welches Mansfeld für Savoyen gegen Spanien geworben hatte, wurde durch englische Vermittelung in das Gebiet des Kantons Bern aufgenommen.[3] —

---

1) Einige Nachrichten hierüber bei Fischer: Hohenlohe, die fränkischen sowie die wetterauischen Grafen und die evangelische Union. Württemb. Jahrbücher, Jahrg. 1865. 292 ff.

2) Fischer, [illegible]

3) Hagen, [illegible]ärtige Politik der Eidgenossenschaft vornehmlich Berns in den Jahren 161[illegible]ern 1865. S. 121 ff.

würde, wenn es sich darum handelte, dem glücklichen Sieger über den Bruder auch die Kaiserkrone zu verschaffen? Wenn man sich überhaupt einen wesentlichen Einfluß bei der nächsten Kaiserwahl sichern wollte, war dann nicht gerade der gegenwärtige Augenblick bei weitem günstiger als irgend ein späterer, wo man fürchten mußte, daß Matthias dem Reichsoberhaupte auch Böhmen entzogen haben werde?

Die einstweilige Leitung des Bundes fiel dem bisherigen Haupte des Protestantismus, dem Kurfürsten von der Pfalz zu; Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg, Christian von Anhalt und Georg Friedrich übernahmen nach ihm die höchsten Stellungen. Noch in demselben Jahre erweiterte sich der Bund durch den Zutritt der Städte Straßburg, Ulm und Nürnberg; erst nach dem Ableben des Herzogs von Jülich traten auch der Landgraf von Hessen-Cassel und der Kurfürst von Brandenburg bei.[1] Von vorn herein rechnete man auf den Zutritt aller protestantischen deutschen Stände. Die Union sollte der Wall sein, hinter welchem Lutherthum und Calvinismus in gleicher Weise dem vordringenden Romanismus gegenüber Schutz finden und auf die politische Gestaltung Deutschlands einwirken wollten. In Sachen der Freiheit und Hoheit deutscher Stände wollten die Verbündeten für einen Mann stehen und sich der Angegriffenen mit aller Macht annehmen. Von dem Religionsfrieden verlautet in ihren Verträgen gar nichts; die augsburgische Confession wird nicht ausdrücklich erwähnt. Der Fürstengewalt war schon durch den ursprünglichen Vertrag ein bestimmender Einfluß gesichert: jeder Kurfürst und jeder regierende Fürst führte eine Stimme, den Grafen und Herren, sowie den Städten jedes Kreises war gleichfalls nur je eine zugewiesen. — Schon im Anfange des Jahres 1610 suchte der Bund Stützpunkte in den übrigen protestantischen Staaten Europas, in der Schweiz, Dänemark, England und Holland. Durch Brandenburg hoffte man auf Dänemark und andere Stände des niedersächsischen Kreises, wie Magdeburg und Mecklenburg, einwirken zu können; man ersuchte Kursachsen um seinen Beitritt und richtete sein Augenmerk auch auf die Hanse. Trotzdem hat jedoch der

1) Schon die Instrumente vom 4. u. 6. Mai sind von Brandenburg und Hessen-Cassel mitunterzeichnet. Allein der förmliche Anschluß des Kurfürsten Johann Sigismund und des Landgrafen Moriz erfolgte erst am 29. Januar 1610 auf dem Tage zu Schwäb.-Hall. v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700. S. 37. Rommel, Geschichte von Hessen VII. 306 ff. Eine vergleichende Zusammenstellung der Bestimmungen der wichtigern Unionsurkunden gibt Ritter, Briefe und Acten zur Gesch. des dreißigjährigen Krieges I. 713—720.

Bund in Nord- und Mitteldeutschland keine weitere Ausdehnung gewinnen können.

Ja selbst im Süden umfaßte er keineswegs alle diejenigen Stände, welche ihrer Confession nach sich ihm hätten anschließen sollen. Es traten allerdings noch eine Anzahl Städte wie Nördlingen, Heilbronn, Hall, Memmingen, Eßlingen, Reutlingen, Lindau, Kempten, Weißenburg im Elsaß und andere bei, allein die Ritterschaft war nicht geneigt diesem Beispiele des Bürgerthums nachzufolgen. Obwol man sofort mit den wetterauischen und fränkischen Grafenverbänden Unterhandlungen anknüpfte und sie 9 Jahre hindurch fortführte, so ergaben dieselben doch kein günstiges Resultat.[1] Es war die Präeminenz der Fürsten, um mit einem Ausdrucke jener Zeit zu reden, welche diese Grafen zurückhielt. Man konnte sich über das Stimmenverhältniß nicht einigen, und obwol man im Jahr 1612 die gleiche Stimmenzahl anbot, welche man den Städten gewährte, nämlich 8 für beide Collegien, so wurde dieser Vorschlag doch abermals verworfen. Die geringe Bedeutung, welche das städtische Element trotz seiner 8 Stimmen in der Föderation besaß, stimmte sicherlich die an und für sich nur sehr matte Neigung der Grafen noch mehr herab. „Es verlautete, daß die Städte von der Union los zu sein wünschten, weil sie wenig Hilfe von derselben erwarten." Um so mehr glaubten sich jetzt die Grafen entschuldigen zu können.[2]

Trotzdem vermied man jedoch auch längere Zeit eine geradezu ablehnende Antwort; ein Grafencollegium wartete, daß das andere ihm mit diesem kühnen Entschluß vorangehen werde. Die wetterauer Grafen haben endlich am 20. April 1615 dies Wagniß auf sich genommen, und nun folgten die fränkischen schon am 19. Mai.

Ebenso erging es der Union auch mit ihren Versuchen die protestantischen Kantone der Schweiz, namentlich Bern und Zürich zu sich herüberzuziehen. Sie wurde im Sommer 1617 von beiden Kantonen abgewiesen. Nur ein Theil des Volks, welches Mansfeld für Savoyen gegen Spanien geworben hatte, wurde durch englische Vermittelung in das Gebiet des Kantons Bern aufgenommen.[3] —

---

1) Einige Nachrichten hierüber bei Fischer: Hohenlohe, die fränkischen sowie die wetterauischen Grafen und die evangelische Union. Württemb. Jahrbücher, Jahrg. 1865. 292 ff.

2) Fischer, 318.

3) Hagen, Die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft vornehmlich Berns in den Jahren 1610—1618. Bern 1865. S. 121 ff.

Wie wichtig es in der That für die proteſtantiſchen Kurfürſten und Stände war zu jenen öſtreichiſchen Wirren Stellung zu nehmen, geht auch daraus hervor, daß kurz nach dem Abſchluſſe des Unionsvertrags der päpſtliche Nuntius Melino mit dem Auftrage eintraf, Rudolf zu bewegen, für die Nachfolge im Reich zu ſorgen, und daß auch der neue ſpaniſche Geſandte Zuñiga auf eben daſſelbe Ziel hinarbeiten ſollte. Die Kurfürſten hielten nun zwar einen Tag zu Fulda, allein eine andere Einwirkung, als daß der geiſtliche Theil derſelben Rudolf unbedachter Weiſe zum Kriege gegen ſeinen Bruder aufreizte, hatten ſie auf die Geſtaltung dieſer Verhältniſſe nicht. — Sehen wir, in welcher Weiſe Matthias dem bei weitem größten Theile ſeiner Anhänger, den öſtreichiſchen Proteſtanten, ihre Unterſtützung lohnte.

Mähren forderte unbeſchränkte Gewiſſensfreiheit, mußte ſich aber mit einer Garantie der beſtehenden confeſſionellen Verhältniſſe begnügen und huldigte darauf am 30. Aug. 1608. Schwieriger wurden die Verhältniſſe jedoch in Oeſtreich ſelbſt. Die Proteſtanten beider Landſchaften drangen auf vollſtändige Religionsfreiheit mit Gleichſtellung beider im Reich anerkannten Confeſſionen. Von Wien verlegten die Niederöſtreicher ihre Berathungen nach Horn und fügten ſich um ſo weniger, als ſich ihnen auch die Oberöſtreicher vollſtändig anſchloſſen. Matthias mußte zufrieden ſein, daß er ihre Einwirkung auf die Ungarn durch bedeutende Zugeſtändniſſe paralyſieren konnte, und hier wirklich am 19. November gekrönt wurde. Dagegen bereiteten ſich die Horner ganz offen zum Kampfe vor und ſuchten natürlich an der Union einen Rückhalt, welche ihrerſeits bereits Venedig und Heinrich IV. zur Unterſtützung anrief. Die Vermittelungen, welche aufrichtige und umſichtige Freunde des Königs von Ungarn, wie Illeshazy und Zierotin, zwiſchen dieſem und den horner Proteſtanten verſuchten, waren erfolglos; der „Tribun“ Tſchernembl wollte durch Chriſtian von Anhalt Rudolf wider zum Herrn in Oeſtreich machen natürlich gegen Beſtätigung der von Matthias zurückgewieſenen Forderungen, und der Kaiſer ſelbſt ſuchte endlich ebenfalls Anhalts Unterſtützung, um Matthias wenigſtens Oeſtreich zu entreißen. In der Umgebung des Königs drang jedoch ſchließlich die vermittelnde Richtung durch (21. März 1609). Unter Vermittelung Zierotins erhielten alle Oeſtreicher Gewiſſensfreiheit, der Adel ſogar die Freiheit des Cultus. Die Städte verſprach Matthias wenigſtens nicht zu beſchweren.[1] Die

1) Gindely I. 305. 306.

beiden steiermärkischen Brüder, Ferdinand und Leopold, freilich erkannten diesen Ausgleich nicht nur nicht an, sondern erhoben sogar Protest.

Bevor jedoch diese neuen östreichischen Wirren beigelegt waren, hatte sich (am 28. Januar 1609) auch der böhmische Landtag versammelt, um eine endgiltige Entscheidung der Frage über Religions- und Cultus-Freiheit von Rudolf auszuwirken, wie er sie ja selbst verheißen hatte: Lutheraner und Brüder suchten um Bestätigung der Confession von 1575 nach, die ihnen jedoch nach Berathungen mit dem päpstlichen Nuntius versagt wurde. Den Brüdern schien Rudolf noch weniger geneigt zu sein als den Lutheranern. Darauf stellten beide nicht nur abermals Anträge auf Gewissensfreiheit, sondern beanspruchten auch das Consistorium und die Universität. Monate lang zogen sich die Verhandlungen resultatlos hin; Rudolf war nicht einmal zu bewegen, die confessionellen Verhältnisse, wie sie nun eben zur Zeit lagen, ihres Bestehens zu versichern und drohte endlich mit Auflösung des Landtags. Als im Voraus hiergegen Protest erhoben wurde, schloß der Oberstburggraf die Sitzungen. Darauf erschienen die Stände Ende April von Neuem, um ihre Verhandlungen im neustädter Rathhause aus eigener Machtvollkommenheit wider aufzunehmen, und es begann nun ein Ringen mit dem vom spanischen Gesandten, dem päpstlichen Nuntius und endlich auch dem herbeigerufenen Erzherzog Leopold unterstützten Kaiser um eine verfassungsmäßige Gleichstellung der beiden Confessionen, welches von vornherein den Protestanten den Sieg zu verheißen schien. Nach mehreren Schwankungen unterzeichnete der Kaiser am 9. Juli den Freibrief des böhmischen Protestantismus. — So hatten also die durch den Bruderzwist erregten Kämpfe überall die Bestätigung der Religionsfreiheit herbeigeführt: in allen drei Ländern hatte der Protestantismus durch die ständische Opposition eine staatsrechtliche Grundlage erlangt; und auch in den Nebenländern Schlesien, den Lausitzen, der Grafschaft Glatz wurde die augsburgische Confession anerkannt. —

Bei den energischen Katholiken im Reich erregten natürlich all diese Vorgänge die höchste Besorgniß. An dem östreichischen Hause schien der alte Glaube im Reich keine Stütze mehr zu finden. Im Gegentheil mußte die staatsrechtliche Sicherstellung des Protestantismus in den östreichischen Erb- und Wahlländern eine bedeutende Rückwirkung auch auf die Reichsterritorien ausüben, von welcher der Katholicismus um so mehr zu fürchten hatte, je mehr es der Union gelang ihren Einfluß in dem östreichischen Bruderzwiste in die Wagschale zu werfen.

Niemand konnte aber an einem Erstarken des Protestantismus weniger gelegen sein, als dem energischen und aufstrebenden Maximilian von Baiern und den kleinen süddeutschen Bisthümern, welche der neue protestantische Bund direct bedrohte. Wie leicht konnten die Protestanten die Sache von Donauwörth zur Veranlassung nehmen, um den Kampf thatsächlich zu beginnen!

Diese Befürchtungen waren es, welche in Maximilian schon seit dem Jahre 1607 das Bedürfniß einer Verstärkung und Sicherstellung seiner Lage erweckten. Er erlangte sie endlich, als es ihm gelang vier süddeutsche Bischöfe und zwei andere geistliche Herren zu einem Bunde heranzuziehen, dessen Haupt er natürlich selbst war. Am 10. Juli 1609 einigten sich die Bischöfe Julius von Würzburg, Jacob von Constanz, Heinrich von Augsburg, Erzherzog Leopold, als Bischof zu Straßburg und Passau, Wolfgang von Regensburg sowie Johann Christoph, Propst zu Ellwangen, und Heinrich, Abt zu Kempten mit dem bairischen Herzoge zu München zu einem katholischen Gegenbündniß, der Liga. Der Zweck der auf 9 Jahre geschlossenen Vereinigung war die Vertheidigung der katholischen Confession und ihrer Glieder, sowie die Handhabung der Reichsabschiede und des Religionsfriedens. Aus den drei Kreisen, welche der Bund umfaßte, waren dem Bundesobersten Zugeordnete zur Seite gestellt: aus dem fränkischen der Bischof Julius von Würzburg, aus dem bairischen Erzherzog Leopold und aus dem schwäbischen Bischof Heinrich von Augsburg.[1]

Dem Gesamthaus Oestreich gegenüber wahrte sich der Bund schon von vorn herein eine selbständige Stellung. Er war freilich keineswegs gegründet „der Röm. Kais. Majestät zu präjudicieren oder vorzugreifen, sondern vielmehr J. M. selbst zum Besten." Aber der Kaiser sollte doch auch nur zu künftiger gelegener Zeit einmal gebührender Weise zur Genehmigung des Bundes aufgefordert werden.

Indessen konnte die Liga so lange nicht als eine allgemeine, die katholischen Territorien des Reichs umfassende Einigung gelten, als sich die geistlichen Kurfürsten von derselben fern hielten. Und obwol es Maximilian an Verhandlungen auch mit diesen nicht fehlen ließ, obwol ferner namentlich dem Kurfürsten von Mainz die Vorgänge in Oestreich die größten Besorgnisse für das Wahlrecht der Kurfürsten einflößten, so

1) Stumpf, Diplomatische Gesch. der teutschen Liga, 1—27. Wolf, Gesch. Maximilians I. Bd. II. 443 ff. Cornelius, Zur Gesch. der Gründung der deutschen Liga. Münchner hist. Jahrb. für 1865, 131—185.

traten Mainz, Trier und Köln doch erst auf dem Kurfürstentage zu Mainz (August 1609) der Liga bei, die nun „alle katholische Reichsstände erstes Ranges" mit Ausnahme von Oestreich und Salzburg umfaßte. Bald verhandelte man auch über eine weitere Ausdehnung des Bundes auf kleinere, noch nicht inbegriffene Stände und über seine Anlehnung an die katholischen Mächte des Auslands, an Spanien, die kleinen italienischen Staaten und die katholischen Kantone der Schweiz. Oestreichs Einfluß suchte jedoch Maximilian auch jetzt noch geflissentlich fern zu halten; nur den Erzherzog Maximilian, den Administrator von Tirol, und den Statthalter der Niederlande, Erzherzog Albrecht, wollte man allenfalls heranziehen. Maximilian wollte übrigens die Seele des Bundes bleiben; mit Mißvergnügen hatte ihn bereits die Wahl des Kurfürsten von Mainz zum Mitbundesobersten erfüllt.

Voll Befremden blickte daher Spanien auf diese staatliche Neubildung auf dem Boden des Reichs, welche sich dem habsburgischen Hausinteresse so zurückhaltend gegenüberstellte. Bald überzeugte sich auch Maximilian, daß seine Schöpfung weder von Spanien, dessen Gesandter Zuñiga seine Bestrebungen doch anfangs gefördert hatte, noch auch von Rom aus einer Unterstützung versichert sein könne, so lange er Oestreich gegenüber in seiner beobachtenden Stellung verharren werde. Die östreichischen Politiker freilich wiesen dem Bunde eine andere Aufgabe zu: die engere Einigung der katholischen Stände sollte in ein ähnliches Bundesverhältniß mit dem Kaiserhause selbst treten.

Die Mitglieder des habsburgischen Hauses hatten eine eigenthümliche Anschauung von jenen confessionellen Zugeständnissen: sie sahen in ihnen höchstens persönliche Gnadenbewilligungen, welche sie selbst nur so lange banden, als es den Verhältnissen angemessen war sich ihnen scheinbar zu fügen. Trotzdem ertheilte Rudolf den Böhmen anfangs auch noch eine Amnestie, während er die Bestätigung des vor der Unterzeichnung des Majestätsbriefes zwischen Böhmen und Schlesien abgeschlossenen Bündnisses versagte. Allein schon zwei Tage nach der Unterzeichnung des Majestätsbriefes verband sich Rudolf auch mit dem Erzherzog Leopold, um sich durch seinen leidenschaftlichen Ehrgeiz nicht nur des verhaßten Religionsedikts zu entledigen, sondern vor allem die an Matthias abgetretenen Länder wider zu gewinnen.[1] Leopold selbst träumte von nichts geringerem, als daß ihm nach

1) Gindely II. 33. 57.

solchen Thaten auch die kaiserliche Krone zu Theil werden würde, und rechnete hierbei vorzugsweise auf die Betheiligung des Herzogs von Teschen. Er hatte Jülich als den Punkt ausersehen, von welchem aus er seinen Feldzug beginnen wollte. Als er sich der Festung durch List versichert hatte, versuchte er im Verein mit Rudolf zunächst Heinrich IV. von einer Einmischung in diese Verhältnisse zurückzuhalten, wobei sein Deputierter Tennagel freilich schlechte Erfolge hatte. Auch die Unterstützung Spaniens wurde dem Erzherzog nur in kärglichem Maße zu Theil, und den Papst Paul V. hielt Frankreichs Widerspruch vollständig zurück.

Da schloß Heinrich IV. durch Boissise in Schwäbisch-Hall acht Tage nach der Unterzeichnung des Unionsabschieds einen Vertrag mit der protestantischen Föderation, welcher ihr seine Unterstützung in der jülichschen Sache gegen Leopold sicherte; ohne Mühe gewann er den wankelmüthigen Herzog Karl Emanuel von Savoyen, und auch die Generalstaaten traten endlich dem Bündnisse bei; König Jakob von England versprach ein Hilfscorps von 4000 M. Aller Wahrscheinlichkeit nach war Belgien der Lohn, welchen sich der König von diesem Kriegszug versprach. Schon hatte er Erzherzog Albrecht von seinem bevorstehenden Durchmarsch durch die südlichen Niederlande in Kenntniß gesetzt, als Ravaillac am 14. Mai dem rollenden Rade der Zeit, welches den König neuen Siegen zuführen wollte, in die Speichen griff und durch die Ermordung des Königs den Beginn des europäischen Kampfes gegen das Haus Habsburg um ein Jahrzehnt hinausschob.

Schon gegen Ende des Jahres 1609 war jedoch auch im Erzherzogthum Oestreich wider der Mißmuth gegen Matthias so hoch gestiegen, daß sich die Protestanten von Neuem an die Landtage Mährens und Ungarns wendeten. Bischof Klesel war es, dem man vor allen Andern verderbliche Pläne gegen den Protestantismus Schuld gab. Matthias wie Rudolf fühlten wol das dringende Bedürfniß einer festen und geschlossenen Einigung aller Glieder ihres Hauses, um in solidarischer Verpflichtung dem Andrange der protestantischen Stände gegenüber ihr Hausinteresse zu wahren, allein alle Versuche zu ihrer Herstellung waren vergeblich. So eben hatte Rudolf noch durch einen Fürstenkongreß seine Beziehungen zu dem verschlagenen Matthias bessern wollen, als er zu seinem Verhängniß den Weg der Gewalt vorzog und im Bisthum seines Lieblings Rüstungen veranstaltete, um die ausschweifenden Pläne der Rache und des Ehrgeizes zugleich zu verwirklichen. Allein der Kaiser ließ sich von Neuem umstimmen: er berief einen Congreß der ihm geneigten Reichs-

fürsten, zu welchem sich Kursachsen, Köln und Mainz, der Landgraf Ludwig von Hessen und, freilich ohne Einladung, auch der Herzog Heinrich Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel einfanden. Durch einen Vertreter nahm Herzog Albrecht, der Statthalter der Niederlande, an den Berathungen Theil; die Erzherzöge Ferdinand und Maximilian erschienen persönlich; etwas später gesellte sich zu ihnen auch Erzherzog Leopold, welcher seine Position in Jülich unhaltbar gefunden hatte. Eine längere, trotz der kritischen Verhältnisse sehr unbefangene Berathung wurde zunächst über die jülichsche Erbschaftsfrage veranstaltet, in welcher man durch Gesuche um Niederlegung der Waffen an Heinrich IV. und seine Verbündeten eingreifen wollte. Nach dem Tode des Königs beschloß Rudolf, wie ihm der Fürstenrath schon vorher nahe gelegt hatte, die kursächsischen Ansprüche anzuerkennen, und Christian II. erhielt am 7. Juli die Belehnung. Und hierdurch gewann Oestreich eine Unterstützung, deren Werth für jetzt noch niemand auch nur annäherungsweise schätzte. —

Der Herzog von Bouillon war es, der im französischen Staatsrath Heinrichs IV. Politik aufrecht erhielt, worin er durch die Lauheit, welcher der französische Vorschlag „Jülich in neutrale Hände zu übergeben," bei den östreichischen Politikern begegnete, noch unterstützt wurde. Dem entgegen beschloß man zu Prag jetzt sogar die Exekution, womit man freilich die Einnahme Jülichs durch Franzosen und Holländer am 12. September 1610 nicht aufhielt.

Ein zweiter Hauptpunkt, welcher jenem Fürstenkongreß zur Entscheidung vorgelegt wurde, betraf die Genugthuung, welche der König von Ungarn seinem kaiserlichen Bruder schuldete. Obwol sich Rudolf im Anfange sehr schwierig zeigte, so gelang es den unermüdlichen Vermittelungsversuchen der Fürsten, vor allem der persönlichen Energie des Herzogs Heinrich Julius dennoch den Kaiser eines Bessern zu bereden. Rudolf begnügte sich zuletzt doch mit einer Abbitte, mit der Anerkennung seiner Lehnshoheit über die östreichischen Länder und dem Versprechen, allen feindseligen Plänen und Verbindungen gegen ihn zu entsagen. Dafür mußte er freilich Matthias die schriftliche Versicherung zustellen, die Passauer im Laufe eines Monats zu entlassen. Fast sechs Monate hindurch hatten diese Ausgleichungsverhandlungen gewährt, als Matthias am 23. Septbr. den letzten ihm von Prag zugesendeten Entwurf genehmigte. Anfangs Oktober leistete dann Erzherzog Maximilian im Auftrage des Königs die Abbitte und zerriß den Hausvertrag vom Jahre 1606, welchen der Kaiser als die Hauptursache aller dieser Wirren betrachtete.

Die wichtigste Frage von allen, welche den Fürsten vorgelegt wurde, war die der Nachfolge im Reich. Während Heinrich IV. von seinen Gegnern Schuld gegeben wurde, bei seinen Kriegsplänen den Erwerb der römischen Krone als letztes Ziel im Auge zu haben, bezeichnete der spanische Staatsrath geradezu Philipp III. als Nachfolger Rudolfs und beauftragte auch Zuñiga für ihn bei den deutschen Fürsten zu werben. Nur in zweiter Linie stand der spanischen Politik Erzherzog Ferdinand. Auf die vorurtheilsfreien und in genauer Kenntniß der Verhältnisse begründeten Berichte Zuñigas ließ man jedoch in Madrid beide Candidaten fallen, um Matthias den spanischen Einfluß zuzuwenden. Nach Gindelys Darstellung (II. 160), deren Begründung durch Dokumente man freilich gerade hier schmerzlich vermißt, hat indessen Rudolf selbst den Erzherzog Leopold als seinen eventuellen Nachfolger angesehen und auch für ihn bei den Kurfürsten gewirkt. Der Majorität dieser selbst war Leopold gleichfalls genehm; in Koblenz einigten sich die geistlichen Wahlfürsten auf seine Person, und auch Sachsen scheint seine Zustimmung nicht verweigert zu haben. —

Trotz seines Versprechens die Passauer zu entlassen, hatte Rudolf dieselben unter Waffen behalten und bestrebte sich endlich in der dritten Woche des September sogar sie vermittelst des böhmischen Ständeausschusses in Budweis und Krumau unterzubringen. Bestürzt über diesen verfassungswidrigen Versuch das Land mit fremdem Kriegsvolk zu überschwemmen, forderten die böhmischen Kronbeamten im Verein mit dem ständischen Ausschusse seine Entlassung und boten sogar ihre thatkräftige Beihilfe hierzu an. Der Herzog von Braunschweig stellte dem Kaiser die nöthigen Summen bereit und wurde auch mit der Ausführung der Abdankung beauftragt; allein man hielt die erforderlichen und von ihm selbst flüssig gemachten Geldmittel schließlich zurück: der Erzherzog Leopold, welcher sich von Passau nach Prag begeben hatte, war im Hofkriegsrath und im Geheimen Rath allmächtig — und die Abdankung der Passauer ward zuletzt förmlich verworfen. Leopolds Pläne bezweckten nichts geringeres, als Matthias aus Oestreich zu verjagen und in Böhmen einen Zustand herzustellen, wie ihn Ferdinand II. nach der prager Schlacht einführen konnte; nach der Vernichtung des Protestantismus und seiner staatsrechtlichen Grundlage, des Majestätsbriefs, erhoffte er für sich selbst den böhmischen Thron. Unverrichteter Sache kehrte der Herzog von Braunschweig nach Prag zurück, und die Passauer verwüsteten unter dem Obersten Ramée Oberöstreich. Als Ramée sah, daß sein Einbruch nur dazu beitrug, Mat-

thias Herrschaft zu befestigen, wandte er sich nach Böhmen. Der Kaiser mußte darauf in die Berufung eines Landtags und in Werbungen der böhmischen Stände willigen, die freilich den Einbruch der passauer Schaaren nicht verhinderten. Sie nahmen Krumau, überrumpelten Budweis und Tabor, beabsichtigten sich der in Carlstein aufbewahrten Reichskleinodien zu bemächtigen, die jedoch bereits nach Prag in Sicherheit gebracht waren, und marschierten nach Prag, welches sie am 13. Februar erreichten. Durch einen nächtlichen Ueberfall wurde die Kleinseite genommen; allein damit erreichte auch die vom Kaiser des heiligen römischen Reichs angestiftete Revolte ihr Ende. Die Altstadt, wo die Stände die Zügel der Regierung ergriffen hatten, hielt sich, und die Gefangennehmung eines der Hauptagenten Leopolds, Tennagel, setzte die Stände von dem ganzen Umfange der kaiserlichen Revolution in Kenntniß. Demungeachtet zogen die meuterischen Passauer erst in der zweiten Märzwoche, nach der Ankunft der östreichischen und mährischen Truppen des Königs Matthias, mit den Hauptschuldigen ab. Nur der Kaiser selbst blieb zurück. — Auch jetzt hatte sich Matthias wider der Unterstützung zweier Mächte zu erfreuen, die in allen andern Dingen einander auf das feindlichste gegenüberstanden, Spaniens und der Union.[1] Die Stände erließen eine Einladung an Matthias sich persönlich nach Böhmen zu begeben, der sich auch der Kaiser, nachdem er ihn vergeblich zurückzuhalten versucht hatte, anschloß. Am 24. März hielt Matthias unter dem Geleite der böhmischen Stände seinen feierlichen Einzug in der Landeshauptstadt: am 11. April sollte der von Rudolf selbst berufene Generallandtag zusammentreten, welcher die Aufgabe hatte den Kaiser des heiligen römischen Reichs durch Entziehung der böhmischen Krone für immer unschädlich zu machen. Da sich die Böhmen mit der Krönung des Matthias nicht begnügten, übergab Rudolf endlich Bedingungen, unter welchen er die böhmische Krone niederlegen wollte. Diese unvermeidliche Nothwendigkeit, welcher der Kaiser durch seinen Anschluß an die Deputierten der böhmischen Nebenländer, sowie an Mainz und Kursachsen noch auszuweichen dachte, erfüllte sich am 23. Mai, nachdem Matthias den Ständen der verbundenen Länder durch einen Revers Sicherheit für eine nach der Krönung stattfindende Bestätigung ihrer Freiheiten und selbst des im Jahre 1609 abgeschlossenen Bündnisses gegeben hatte. Erst am 11. August wurden jedoch die Ausgleichungsbedingungen von Rudolf wirklich unterzeichnet; in ihnen sicherte der Kaiser seinem ehr-

1) Gindely II. 246. 247.

geizigen Bruder auch seine Empfehlung bei den Kurfürsten zu. Ueber die letzten Versuche Rudolfs, sich trotz dieser Vorgänge seines Bruders wider zu entledigen, ist unsere Kenntniß noch sehr lückenhaft. An der Spitze seines Cabinets stand der lutherische Herzog von Braunschweig, Heinrich Julius, ein Gegner der Union: und trotzdem dachte der Kaiser an eine Verbindung mit dem protestantischen Sonderbunde; Egidius von Westernach und Zacharias Geizkofler nahmen im Juli des Jahres 1611 in seinem Namen am Unionstage zu Rotenburg Theil. —

Die letzte Kränkung, welche Rudolf erfuhr, thaten ihm die Kurfürsten an, als sie auf dem Tage zu Nürnberg sich über die Wahl eines römischen Königs einigten. Die Botschaft der nürnberger Deputation bezeichnete er selbst als sein Todtengericht. Die Familienzwistigkeiten der habsburgischen Erzherzöge wurden jedoch noch in den letzten Tagen des Jahres 1611 durch einen Familienvertrag beigelegt, welcher Vorgänge wie die eben geschilderten für die Zukunft unmöglich machen sollte. Etwaige Zwistigkeiten sollten durch Philipp III. und Erzherzog Albrecht geschlichtet werden: bei einem Kriege eines Erzherzogs, der von der Zustimmung aller abhängig gemacht wurde, war jedes Glied zur Hilfe verpflichtet. Dem Vertrage zu Folge sollten alle Mittel angewendet werden, um dem Hause abermals die Krone des römischen Reichs und zwar für Matthias zu gewinnen. In seinem Rathe hatte in der Zukunft ein Vertreter der übrigen Erzherzöge Sitz und Stimme. Kein Erzherzog besaß nach diesen Bestimmungen das Recht, irgend eine Maßregel in seinem Gebiet zu gestatten, welche „der katholischen Religion oder dem Hause" Abbruch thun könnte.[1] Zu diesen Verabredungen war auch der spanische Gesandte Zuñiga zugezogen worden, allein ohne ihnen seine Zustimmung zu geben. Philipp III. dachte von Neuem daran, sein Haupt auch mit der Kaiserkrone zu schmücken, und erhob als Enkel Maximilians II. sogar Ansprüche auf Böhmen und Ungarn, im Fall dereinst auch Matthias ohne berechtigte Leibeserben mit Tode abgehn würde.

---

1) Selbst Hurter (Bd. VII. 30) fand diese Bevorzugung des religiösen Interesses auffällig, während Gindely (II. 324) gerade diesen Punkt vollständig mit Schweigen übergeht.

Kaiser Matthias und sein Verhältniß zu Union und Liga.

Außer Spanien war keine Macht in Europa vorhanden, welche dem Könige Matthias die Krone des römischen Reichs streitig machte. Der deutsche Protestantismus mochte sogar eine gewisse Genugthuung darüber empfinden, daß die Pläne der spanischen Linie durch Matthias vereitelt wurden. Allein das Gefühl der Beklemmung, daß sich Oestreich nach einer Reihe so gewaltsamer Vorgänge dennoch fast ohne Widerspruch im Kaiserthum behauptete, machte sich trotzdem geltend. Da gelang es der Union, diesem drohenden Uebergewicht des östreichischen Hauses in Deutschland gegenüber sich in dem Könige des mächtigsten protestantischen Reichs in Europa einen Protector zu erwerben. Ungefähr drei Monate vor Matthias' Wahl schlossen ihre mächtigsten Bundesglieder, die beiden Kurfürsten von Pfalz und Brandenburg, die brandenburgischen Markgrafen Christian und Joachim Ernst, ferner der Herzog Johann Friedrich von Würtemberg, Landgraf Moriz von Hessen und Markgraf Georg Friedrich von Baden samt den Anhaltinern zu Wesel (28. März) ein Vertheidigungsbündniß mit Jakob I. auf 6 Jahr, in welchem England für den Kriegsfall 4000 Mann oder eine entsprechende Geldunterstützung zusagte. Der Bundesvertrag enthielt zwar keine Bestimmung über die religiöse Seite der Vereinigung; ihm zufolge galt es nur „la conservation de la grandeur, authorité et repos du St. Empire de la Majesté Imperiale et manutention des constitutions du dit Empire et de la liberté germanique;“ [1] allein es lag klar am Tage, daß England dadurch nicht nur für die bestehenden Verhältnisse in Jülich bürgte, sondern auch anderen gewaltsamen Unternehmungen des Hauses Habsburg, wie sie die vergangenen Jahre so zahlreich aufwiesen, entgegentrat. Noch im November desselben Jahres wurde dann der Heirathsvertrag des Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz mit Elisabeth Stuart unterzeichnet, an welchen sich noch größere Hoffnungen diesseits und jenseits des Kanals knüpften. Und somit war diese für die Geschicke Deutschlands so verhängnißvolle Verbindung Englands und der Pfalz eine mittelbare Folge des Uebergewichts, mit welchem der vereinigte habsburgisch-bourbonische Romanismus den germanischen protestantischen Norden Europas bedrohte. Diese Ehe war die Antwort des europäischen Prote-

1) Rymer XVI. 714. Dumont V, 2 S. 637—639. Auszugsweise findet sich der Vertrag bei v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700. S. 55 ff.

stantismus auf die spanischen Heirathen in Frankreich: die Politik Jakobs I. trat damit in den schroffsten Gegensatz zu den Bestrebungen, in welche das Haus Habsburg nun auch seinen ärgsten Gegner, Frankreich, verstrickt zu haben schien. Schon aus Familieninteresse mußte nun Jakob I. die Ausbreitung der Union, ihren Anschluß an die Niederlande, ihre Verbindung mit den französischen Kalvinisten, deren Haupt, der Herzog von Bouillon, diese Ehe zwischen Pfalz und England vorzugsweise betrieben hatte, fördern.

Am 14. Juni 1612 wurde Matthias gewählt. Dieser Kaiser suchte, wie es scheint, in der That die gewaltigen Gegensätze, welche in allen von ihm beherrschten Ländern seither nur an Schärfe gewonnen hatten, zu überwinden. Der lutherische Herzog von Braunschweig verharrte auch nach Rudolfs Ableben noch in Prag, nicht ohne hervorragende Betheiligung an politischen Geschäften, bis er plötzlich im Jahre 1613 hier verstarb. Die Seele der kaiserlichen Regierung war jedoch derselbe Bischof Klesel, welcher Matthias während der Zwistigkeiten mit seinem Bruder so glücklich berathen hatte. Er wird auch vornehmlich als der Träger jener Politik bezeichnet, welche wenigstens eine äußere Ausgleichung zwischen den beiden großen Parteien im Reich noch anstrebte.

Und doch trug diese Vermittelungspolitik nur dazu bei die Lage des Kaisers auch in den östreichischen Ländern desto mißlicher zu gestalten. Denn selbst wenn Matthias den aufrichtigen Wunsch gehegt hätte, den Anschauungen der ständischen Opposition gemäß zu regieren, schon der letzte Hausvertrag zwischen den östreichischen Erzherzögen hätte ihn daran gehindert. Und nachdem er wirklich auf der höchsten Stufe weltlicher Macht angelangt war, beseelte ihn doch mehr das Streben sich im Einverständniß mit allen Gliedern seines Hauses in der Fülle seiner Macht zu erhalten, als sich den Forderungen der protestantischen Stände anzubequemen. Diese selbst aber erkannten allmählich, in wie ungewisser Lage sie sich befanden, wenn einst, wie man das erwartete, nach Matthias' Tode die Länder in Ferdinands Hände übergehen würden. Schon jetzt schien es daher nöthig, sich für diesen Fall zu einem einmüthigen Handeln zu einigen. Der Kaiser aber legte Bestrebungen, welche aus diesem Gefühl der Unsicherheit entsprangen, den Sinn unter, „man trachte nach einer Verbindung sämmtlicher Länder in der Absicht, nach seinem Tode einen andern Herrn zu suchen." [1]

---

1) Hurter VII. 20.

Der Bischof Klesel war vor allem bemüht die Angelegenheit der nach dem Religionsfrieden reformierten protestantischen Stifter des Reichs zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Da ihre Inhaber sich noch immer keiner kaiserlichen Genehmigung erfreuten und demgemäß von den kaiserlichen Behörden auch nicht einmal mit den Titeln ihrer Fürstenthümer bezeichnet wurden, so fürchtete man allgemein, der Kaiser als Advokat der Kirche warte nur auf die Gelegenheit, ihr die abtrünnigen Glieder wider zuzuführen. Klesel selbst scheint im Anfang wirklich die Bestätigung der protestantischen Bischöfe und Administratoren betrieben zu haben, um dadurch eine der Hauptquellen andauernder Besorgniß vor katholischer Reaktion zu verstopfen. Damit wäre für einige dieser Stifter auch die Befugniß, ihren Sitz auf dem Reichstage einzunehmen, verbunden gewesen. Zum Unglück für das Kaiserhaus selbst scheiterte der Plan, wenn er anders ernstlich verfolgt worden ist, gleich zu Anfang der kaiserlichen Regierung. Der Herzog von Baiern war es, der sich ihm als Führer der entschiedensten Katholiken vorzugsweis widersetzte. Die Union freilich scheint gleichfalls dieser vermittelnden Richtung der neuen kaiserlichen Politik kein allzugroßes Zutrauen geschenkt zu haben. Noch vor dem Beginn des Reichstags versammelten sich ihre Mitglieder zu Rotenburg (März 1613), um sich über das auf demselben einzuhaltende Verfahren zu einigen. Ihre Einladungen an Kursachsen, Braunschweig-Wolfenbüttel und Hessen-Darmstadt, sich wenigstens auf dem Reichstage den Unierten anzuschließen, waren jedoch abermals erfolglos. Dagegen glückte ein anderer Plan: in Rotenburg erhielt der Pfalzgraf Vollmacht, im Namen der Union ein Bündniß mit den Generalstaaten einzugehen. Länger als zwei Monate vor der Eröffnung des Reichstags, am 6. Novbr., schloß dieser darauf in der That die ihrem Inhalte nach der englischen ähnliche Verbindung mit funfzehnjähriger Dauer, deren Ratification von Seiten des Pfalzgrafen freilich erst am 20. September erfolgte, während die Generalstaaten sie noch später, am 22. December 1614, unterzeichneten. Die Union sagte monatlich 43000 fl. brabantischer Währung zu; die Generalstaaten machten sich anheischig 4000 Mann wohlversuchtes Fußvolk, halb mit langen Spießen und Rüstungen, halb mit Musketen bewaffnet zu stellen.[1] Außer den deutschen Fürsten, welche schon die englische Verbindung eingegangen waren, umfaßte dies neue Bündniß auch den Grafen von Oettingen; nur die Städte hielten sich jetzt wie früher zurück.

1) Die Urkunde bei Dumont V, 2. S. 326.

Unter solchen Auspicien trat der Reichstag, auf welchem die kaiserliche Politik der Versöhnung den Beweis ihrer nachhaltigen Zähigkeit ablegen sollte, zusammen. Die Unierten waren im Vertrauen auf ihre mächtigen Verbindungen entschlossen, nicht eher in die Berathung über die kaiserlichen Propositionen einzutreten, als bis ihren Beschwerden, die sie schriftlich übergaben, nun wirklich abgeholfen wäre. Sie betrafen vor allem die Restitution der Reichsstadt Donauwörth, die Abstellung der Religionsprocesse, welche sich in verschiedenen Stiftern durch kaiserliche Gnadenverleihungen von Pfründen erhoben hatten, die Beseitigung der oft gerügten Mängel in der Besetzung der höchsten Gerichtshöfe und die Giltigkeit von Majoritätsbeschlüssen des Reichstags in confessionellen Dingen. Gegen eine gebührende Berücksichtigung dieser Forderungen, von denen die beiden ersten später noch als unerläßlich bezeichnet wurden, zeigte man sich zur Bewilligung der geforderten Türkensteuer bereit. Erzherzog Maximilian trat mit den Protestierenden noch in besondere Verhandlungen, ohne sie indessen nachgiebiger zu stimmen. Und so endigte der Reichstag für die Ausgleichung der einander bekämpfenden Parteibestrebungen ohne jeglichen Gewinn. Von östreichischer Seite wurde den Protestierenden in keinerlei Weise auch nur die Hoffnung nahe gelegt, daß man einmal bei einer Entscheidung dieser Verhältnisse die ererbten Ansprüche des kirchlichen Gottesstaats, dessen Advokat der Kaiser des römischen Reiches war, mit den dringendsten Bedürfnissen deutscher Lande in Einklang bringen werde. —

Die Hartnäckigkeit, mit welcher man die Ansprüche der Unierten in Regensburg zurückwies, war jedoch auch eine Folge der Veränderung, welche in derselben Zeit in dem katholischen Sonderbunde Platz gegriffen hatte. Einen Tag nach der Ausfertigung des Reichstagsabschieds unterzeichneten die gleichfalls zu Regensburg versammelten Mitglieder der Liga eine Verabredung, durch welche die Direction des katholischen Bundes dem Herzog Maximilian entwunden, und dem Kaiser samt seinem Hause ein dominierender Einfluß gesichert wurde. Während bis jetzt Maximilian das eigentliche Haupt der Liga, und der Kurfürst von Mainz mehr dem Namen nach Mitdirektor des Bundes gewesen war, sollte von nun ab der Bund in drei Kreise, einen östreichischen, bairischen und rheinischen zerfallen, von denen der erste auch Schwaben mit Ausnahme von Augsburg und Ellwangen umfaßte. Zwei östreichische Erzherzöge, Albrecht und Maximilian, bestimmte man zu Directoren der beiden dem bairischen Einfluß entzogenen Kreise: allen kriegerischen Eventualitäten sollte eine Anzeige am kaiserlichen Hofe vorausgehen. Da in dem Abschiede auch vom Religionsfrieden

die Rede war, und sogar der Zutritt nichtkatholischer Stände ins Auge gefaßt wurde, so sah der bairische Herzog in diesem ganzen Vorgange nur ein Mittel, ihn seines weitreichenden Einflusses auf die Liga zu berauben. Seinem politischen Ehrgeize sagte eine Stellung, die ihn nicht nur zum Exekutor des Kaisers, sondern auch des Kurfürsten von Mainz und des Erzherzogs Albrecht gemacht haben würde, in keiner Weise zu: er erhielt daher von seiner Umgebung den Rath, sich auf ein beschränkteres Bündniß mit Bamberg, Würzburg, Eichstädt, Augsburg und Ellwangen zurückzuziehen.[1]

Der Kaiser aber hatte, wenn diese neue Gruppierung katholischer deutscher Staaten Gestalt gewann, etwas Bedeutendes durchgesetzt: der katholische Sonderbund mit Baiern an der Spitze war ohne Nachgiebigkeit gegen die Union vernichtet. Es mußte ihn dies von selbst auffordern auch dem protestantischen ein gleiches Schicksal zu bereiten. Und es hatte eine Zeit lang sogar den Anschein, als sollte die Union und ihre Bundesgenossen auf dem Continente, die Generalstaaten, mit Waffengewalt zu Paaren getrieben werden. Als Spinola im August 1614 in der Eigenschaft eines kaiserlichen Commissarius Aachen eroberte, Mühlheim zerstörte und auch Wesel einnahm, war es nur Moriz von Oranien und die Generalstaaten, welche die junge brandenburgische Herrschaft am Rhein retteten. Die Pläne der Spanier, welche darauf ausgingen „Hoch- und Niederdeutschland von einander abzuschneiden“ [2] und den Krieg zu einem allgemeinen zu machen, wurden dies Mal noch durch die vereinten Bemühungen Frankreichs und Englands, denen der Vertrag zu Xanten zu danken ist, vereitelt. Das Schicksal der von den Spaniern überrumpelten rheinischen Städte trieb auch die zunächst bedrohten Reichsstädte in die Union, der sie nun für die ganze Zeit ihres Bestehens angehörten. Da Spinola sein Heer auch nach dem Vertrage von Xanten noch beibehielt, so wuchs die Besorgniß vor den „nachdenklichen“ Plänen der Liga noch mehr. Man fürchtete allgemein, daß sie die Restitution der eingezogenen Kirchengüter mit Gewalt betreiben würden, und brachte hiermit vornehmlich auch die Bestallung, welche der Bruder des Herzogs von Lothringen, der Herzog von Vaudemont, erhalten hatte, in Verbindung. Der Bürgermeister Henrich Brokes von Lübeck notierte in seinem Tagebuche, „daß die Spanier und der Papst mit seinen Geistlichen Vorhabens waren, unter dem Prätext der Execution gegen Aachen und Mühlheim die Jülich'schen, Cleveschen

1) Vgl. hierüber Wolf III. 452 ff. und Ranke, Sämmtliche Werke 7, 226 ff.
2) Londorp I. 35.

und Bergeschen Lande unversehens zu occupieren und alsdann fort zu bringen, alle evangelischen Stifte widerum mit Gewalt zum Papstthum zu bringen und den evangelischen Ständen zu befehlen, was sie thun und glauben sollten.[1]" Befürchtungen dieser und ähnlicher Art wurden auf dem Correspondenztage der Union zu Nürnberg (berufen am 25. Jan. 1615 [2]) offen zur Sprache gebracht. Von Neuem suchte die Union hier die norddeutschen Stände zu ihrem Bündnisse heranzuziehen. Herzog Christian von Lüneburg erhielt in Nürnberg den besondern Auftrag, die Abneigung Johann Georgs gegen einen Bund, der die Ansprüche Brandenburgs auf Jülich aufrecht erhielt, zu überwinden und damit eine Vereinigung des obersächsischen und des niedersächsischen Kreises anzubahnen. Man stellte an Christian als Obersten des niedersächsischen Kreises das Ansinnen, auf einem neuen Kreistage die näheren Vereinbarungen über eine Unterstützung der Union, welche schon im vorigen Jahre auf dem Tage zu Halberstadt im Allgemeinen zugesichert war, zu treffen, und im Namen dieses Kreistages Johann Georgs schwerfällige Natur durch persönliche Zusprache dem gemeinen evangelischen Wesen zu gewinnen. Dann dachte man an eine Vereinigung der beiden sächsischen Kreise mit den protestantischen Ständen Westfalens und den wetterauischen Grafen. Von jenen erbaten namentlich die durch Spinola schwer bedrohten oldenburgischen und lippischen Grafen flehentlichst den Beistand des Bundes. Herzog Christian von Lüneburg zeigte in der That Geneigtheit genug den niedersächsischen Kreis in Vertheidigungszustand zu setzen. Bereits cirkulierte eine auf seine Veranlassung ausgearbeitete Defensionsordnung bei seinen Mitständen; allein die pommerschen Gesandten bezweifelten schon jetzt mit Recht, „daß sichs zu einem corpore würde richten und bringen lassen," wenn nicht Kursachsen einverstanden sei. Der Korrespondenztag zu Nürnberg selbst aber hat die Lage der Union und der von ihr vertretenen Interessen nicht verbessert. Zu einer wirklichen Defensionsverfassung, welche auch die westfälischen und sächsischen Stände umfaßt hätte, gelangte man schon deshalb nicht, weil nur der geringste Theil dieser Stände den Korrespondenztag wirklich beschickt hatte.[3] Obwol man erklärte, daß durch

1) Sein Abschied bei Häberlin-Senckenberg Bd. 24. XIV—XXXV.

2) Aus den Aufzeichnungen des Lübeckischen Bürgermeisters Henrich Brokes (Zeitschrift des Vereins für lüb. Gesch. II, 287).

3) Der Abschied ist von Christian von Zelle, den Herzögen von Pommern, den anhaltinischen Fürsten und den Grafen von Oldenburg und von Lippe unterzeichnet.

Spinolas Vorgehen die Kreisverfassung und die Exekutionsordnung verletzt sei, wollte man trotzdem den Weg der Güte nicht gänzlich verlassen, sondern den Kaiser um Niederlegung der Waffen und um Berufung eines Compositionstages noch vor dem in Aussicht genommenen Reichstage bitten. Auf jeder Seite der protestantischen Stände, im Norden und im Süden, sollte je einer der Kurfürsten, zwei aus dem Fürsten- und zwei aus dem Grafenstande nebst zwei Städten sich der Vermittelung unterziehen; und man machte bereits die hierzu ausersehenen Stände namhaft. Für den Fall, daß die Gegner nicht entwaffneten, wollte man an einem Reichstage weder persönlich noch vertretungsweise Theil nehmen. —

Von Anfang an behielten jedoch alle Parteien die Frage der Nachfolge sowol im Gesamtbesitz des Hauses Habsburg als auch besonders im Reich im Auge. Die deutschen Habsburger hatten hierbei vornehmlich mit dem spanischen Zweige zu rechnen, von welchem kurze Zeit nach Rudolfs Tode Böhmen und Ungarn wenn auch vielleicht nur um den Preis von Entschädigungen in Tirol und im Elsaß in Anspruch genommen wurde. Nachdem endlich Matthias den Erzherzog Ferdinand als Sohn angenommen hatte, erschien nur der Zeitpunkt, welcher vornehmlich zur Wahl eines römischen Königs geeignet war, noch zweifelhaft. Der allmächtige Rath des Kaisers, Klesel, betrieb zuvor einen Vergleich der beiden Confessionen im Kurfürstenkollegium, während die Erzherzöge Maximilian und Albrecht ohne Rücksicht hierauf allenfalls auch eine Majoritätswahl ohne Brandenburg und Pfalz durchzusetzen hofften. Klesel verstand es die Angelegenheit weiter hinauszuschieben.[1] Die eifrigste Thätigkeit für Ferdinands Wahl entfaltete Erzherzog Maximilian. In Verbindung mit den geistlichen Kurfürsten und Erzherzog Albrecht sowie unter Mitwirkung Spaniens schien es ihm möglich seinem Hause eine ganz neue Stellung im Reiche zu gewinnen. In Brüssel, wohin sich der Erzherzog Ende des Jahres 1615 begab, kamen diese Gedanken zur Reife. Bei seiner Rückkehr theilte er sie auch den geistlichen Kurfürsten mit. Und so machte er denn zu Anfang des Jahres 1616 Kaiser Matthias in der That den Vorschlag: „mit Unterstützung der Höfe von Brüssel und Madrid unter dem Oberbefehle Ferdinands von Steiermark eine wolgeordnete Heeresmacht auf dem Boden des Reichs auf-

1) Die Gründe dieser Zögerung sind noch nicht recht klar; vielleicht handelte jedoch der Bischof auch im geheimsten Einverständniß mit Spanien, welches durch einen Aufschub ein um so werthvolleres Ausgleichungsobject zu erlangen hoffte. — Hurter VII, 66 und 588, sowie Gindely, Geschichte des dreißigjährigen Krieges I, 31 haben die Sache nicht ganz aufgeklärt.

zustellen, um die Ungehorsamen zu schrecken, die Parteilosen zur Erweisung ihrer Schuldigkeit zu bewegen und die Gehorsamen zu stärken." Im Bunde mit Spanien, dem Papste, den übrigen katholischen Fürsten und „des Reichs Kräften" gedachte der Erzherzog den Fuß zunächst in die jülichschen Lande zu setzen, um von hier aus als Vergeltung für die spanische Hilfe den Krieg gegen die Niederlande zu beginnen und das römische Reich einer Militärdiktatur zu unterwerfen. Obwol man zunächst nicht eigentlich an eine förmliche Auflösung der Liga dachte, so wurde sie doch durch solche Maßnahmen thatsächlich lahm gelegt. Der Kaiser selbst scheint im Anfange dem Versuche seinem Hause die Nachfolge im Reich wenigstens gegen die voraussichtlich dissentierenden Stände Brandenburg und Pfalz mit Waffengewalt zu sichern nicht abgeneigt gewesen zu sein; später aber, als die immerhin etwas abenteuerlichen Machinationen ruchbar wurden, kehrte er mit um so größerer Energie zu dem vergeblichen Beginnen einer Versöhnung der beiden großen Parteien vor der römischen Königswahl zurück.

Die protestantischen Fürsten fühlten sich durch die Entdeckung von Maßnahmen, welche nur allzu deutlich an die hochfliegenden politischen Conceptionen des Erzherzogs Leopold erinnerten, kaum so betroffen, als der katholische Maximilian von Baiern. Er konnte sich nicht davon überzeugen, daß eine derartige außerhalb der Reichsverfassung stehende habsburgische Armee „für das bairische Haus und für andere Häuser nützlich oder auch nur gefahrlos sei." Er legte auch allen diesen Plänen nur das Streben unter in allen Verhältnissen „per forza et auctoritate absoluta, cui nemo contradicere potest" durchzubringen und sagte zu Anfang des Jahres 1616 grollend sein Bundesdirectorat auf. Er glaubte damit eben der Nothwendigkeit zu entgehen, „daß er, das bairische Haus und andere katholische Stände nicht Sklaven Oestreichs würden."

Man könnte nun im Hinblick auf die durchaus unsichere Grundlage, auf welche sich die Staatsgewalt in dem östreichischen Gesamtbesitz damals stützen konnte, geneigt sein, diese Befürchtungen für Ausgeburten absichtlicher Uebertreibung zu halten, wenn nicht Matthias in der That Schritte gethan hätte, alle die Machtfülle des Hauses Oestreich beschränkenden Gewalten im Reich zu beseitigen. Er gebot Anfangs April 1617 Baiern und Pfalz die Auflösung der von ihnen geschlossenen Bündnisse zu veranlassen und sich ihm „als dem Oberhaupt der Gebühr und Schuldigkeit nach gehorsamst zu accommodieren."[1] Und kaum einen Monat darauf

1) Wolf IV. Beilagen S. 9.

trat der Herzog von Baiern mit den Bischöfen von Bamberg, Würzburg, Eichstädt und dem Propst von Ellwangen zu einer Einigung zusammen, deren Festsetzungen sogar die Erwähnung des Kaisers auf das sorgfältigste vermieden. Die Unierten aber verlängerten gerade in jenen Apriltagen ihr Bündniß auf neue drei Jahre. Ihre Antwort erinnerte den Kaiser sehr deutlich an seine früheren Anschauungen über die Föderation und ihre Berechtigung: „So erinnern wir uns auch, daß E. K. Majestät ihro selbsten, ehe sie zu der Kais. Dignität und Hoheit erhoben worden, von dieser unserer Union sich nichts ungleiches eingebildet, sondern dieselbe vielmehr als zuläſſig respectiert, auch die geklagte gravamina nit für unziemlich oder vergeblich gehalten haben.“ [1]

Als die böhmischen Unruhen begannen, hatte demnach Oestreich sich auch Baiern vollständig entfremdet. Hatte doch der Kaiser wirklich im Ernst daran gedacht dem Herzoge auch Donauwörth wider zu entwinden. — Die Verzögerung einer Bestimmung über die Nachfolge versetzte jedoch die östreichischen Erzherzöge in einen solchen Mißmuth, daß wenigstens Maximilian den vermeintlichen Urheber derselben, Cardinal Klesel, auf jede selbst verbrecherische Weise von der Leitung der Geschäfte zu entfernen wünschte. Da langte endlich der spanische Gesandte Graf Oñate mit dem Auftrage an, für gewisse bereits oben angedeutete Entschädigungen Ferdinands Nachfolge im diesseitigen Gesamtbesitze des Hauses zu unterstützen, und traf mit dem Erzherzog ein Abkommen, durch welches Philipp III. nach dem Tode des Kaisers das Elsaß und ein Reichslehen in Italien gesichert wurde. Auf dieses Abkommen folgte am 20. März 1617 ein förmlicher Vertrag, kraft dessen auf Philipp III. das Elsaß, die Voigtei Hagenau und die Grafschaft Ortenburg mit dem italienischen Reichslehen Finale übergehen sollten. Damit war den Spaniern die so sehnlich erstrebte Verbindung ihrer italienischen und niederländischen Besitzungen sicher gestellt. [2]

Und hierauf ordneten sich die Verhältnisse leicht: Spanien verzichtete auf Böhmen und Ungarn; der böhmische Landtag wählte Ferdinand zum König, und auch die Nebenländer Mähren und Schlesien versagten ihre Zustimmung nicht. Am Peter-Paulstage des Jahres 1617 erfolgte die Krönung.

Nun wurde auch die Nachfolge im Reich ernstlich betrieben; Kaiser und König suchten vor allem Johann Georg durch einen Besuch in Dresden

1) Londorp I. 54.
2) Gindely, Gesch. d. dreißigjährigen Krieges I. 51 ff.

zu gewinnen, was ihnen auch vollständig gelang.[1] Durch Sachsen hoffte man auf die beiden andern weltlichen Kurfürsten entscheidend einwirken zu können.

Indessen es wurden auch Anstalten getroffen dem Hause Oestreich den Sieg zu erschweren. Nachdem sich Maximilian, in seinem politischen Ehrgeiz von Matthias aufs herbste verletzt, von der Liga zurückgezogen hatte, suchte ihn die Union listiger Weise noch tiefer in seine Abneigung gegen die gewaltsam zufahrende habsburgische Politik zu versenken. Man legte ihm den Gedanken nahe an die Spitze eines aus Katholiken und Protestanten bestehenden Bundes zu treten, für welchen durch Kurköln auch bei Frankreich geworben wurde.[2] Endlich nach der böhmischen Königswahl trieb Kurpfalz den Herzog geradezu an seinem habsburgischen Schwager die Krone des Reichs streitig zu machen, und Friedrich V. stellte sogar seinen persönlichen Einfluß auf den wittelsbachischen Vetter bei einem Besuche in München auf die Probe (Febr. 1618). Allein die bairischen Politiker sahen in diesen Bestrebungen nur einen Versuch den Herzog dauernd von Oestreich zu trennen und durch Verschiebung der Kaiserwahl Kurpfalz ein längeres Reichsvikariat und damit eine maßgebende Einwirkung auf die weitere Entwickelung der Dinge zu sichern.

Erschien es doch jetzt den Führern der Union wie eine Pflicht der Selbsterhaltung, die Krone des römischen Reichs auf ein anderes Fürstenhaus zu übertragen. Denn je mehr wir uns dem Ausbruch der böhmischen Unruhen nähern, um so lauter äußert sich die Furcht vor neuen Gewaltmaßregeln der habsburgischen Fürsten. In Holland hegte man Anfang des Jahres 1618 die ernstliche Besorgniß, daß die Spanier die gewaltige Gährung zu einem neuen Einfall benutzen würden. In Italien war zwar im September (1617) ein Friede zwischen Venedig und Ferdinand II., sowie zwischen Savoyen und Spanien zu Stande gekommen, allein die Spanier erfüllten die Friedensbedingungen nicht vollständig und brachten ihre Armeen nicht auf den Friedensfuß. In demselben Monat Mai (1618), wo in Prag die Opposition losbrach, kam man in Venedig noch rechtzeitig hinter eine Verschwörung der Spanier, welche dem ganzen aristokratischen Staatswesen den Garaus machen wollte.

---

1) Nach Hurter VII. 214 und Gindely, Gesch. des dreißigjährigen Krieges I. S. 183. Anders Ranke, Sämmtliche Werke 7, 259.

2) Wolf IV. 98 ff.

Zweites Buch.

Die protestantischen Großmächte Europa's bis zum böhmischen Aufruhr.

Jacob I. von Großbritannien als Gegner des Hauses Habsburg. Katholische und protestantische Heirathen. Jacobs I. Beziehungen zu Frankreich bis zum Jahr 1618.

Dieser bedrohlichen Stellung des habsburgischen Hauses stand wie ehemals unter den größeren protestantischen Staatengebilden Europa's zunächst England einschränkend und mäßigend gegenüber. Nach Heinrichs IV. Tode fällt Elisabeths Nachfolger wie von selbst die Aufgabe zu, alle von dem Hause Habsburg bedrohten Staaten und Stände Europas seines Beistands zu versichern. Durch kräftige Handhabung einer solchen Politik kann, so scheint es, selbst Elisabeths Andenken verdunkelt werden.

Wie leicht, daß auf diesem Wege in Frankreich so wie im Reich die Förderung und Sicherung der Reformation ganz neue politische Verhältnisse zeitigt! Die Fortbildung der Reichsverhältnisse in einer dem Protestantismus günstigen Richtung, fällt, nachdem die jülichsche Erbfolgefrage die Kurhäuser Sachsen und Brandenburg noch weiter von einander entfernt hat, mehr und mehr der Union und ihrem Director, dem calvinischen Pfalzgrafen, anheim. Von selbst wird diese daher nach der veränderten Politik Frankreichs auf England hingewiesen. Sehen wir, wie Jacob, der erste König von Großbritannien, in diese weite und gewinnreiche Aussichten erweckenden Aufgaben eintrat.

Jacob I. Stuart war, als er den englischen Thron bestieg, seinem politisch-religiösen Character nach eine keineswegs unbekannte Persönlichkeit. Man wußte schon damals ziemlich genau, daß in ihm ein König zur Regierung komme, der nicht nur dem Geschlechte nach in einem diametralen Gegensatze zur verblichenen Herscherin stehe.

Der Sohn Maria Stuarts besaß, obwol nicht von allzu großer Schwächlichkeit im Bau seiner Gliedmaßen, eine nervöse Reizbarkeit, die ihn in

den späteren Lebensjahren ernste Beschäftigungen, namentlich Politik, meiden ließ. Man erzählt von Jacob I., er habe kein bloßes Schwert sehen können.

Für die Erziehung des leicht erregbaren Knaben schien in bester Weise gesorgt zu sein, als er den Händen des berühmten Buchanan anvertraut wurde. Offenbar ist die Neigung zur Gelehrsamkeit, vornehmlich auch zur Theologie eine Frucht dieser Erziehung. Leider aber scheint sie auch die einzige geblieben zu sein; auffallend ist die geringe Neigung für Geschichte und der Mangel an fruchtbarer Betrachtung der Weltverhältnisse an einem Zöglinge eines so bedeutenden Historikers.

Schon im 12ten Lebensjahre übernahm der reizbare Knabe, ausgestattet mit einer erdrückenden Fülle theologischen Wissens, die Regierung. Daß der König von Schottland von Jugend auf lateinisch sprach und schrieb, auch wol in gebundener Rede, war in damaliger Zeit nicht gerade auffallend: schon eher könnte seine Neigung zur Astronomie auf einen eigenthümlich gearteten Sinn hindeuten. Als Jacob mit seiner jugendlichen Gemahlin im Jahr 1590 in Dänemark war, hielt er sich 8 Tage bei Tycho de Brahe auf und verherrlichte auch den ausgezeichneten Mann mit einigen lateinischen Versen. Bei diesem Aufenthalt in Dänemark unterhielt er sich mit einem Geistlichen in ausführlichster Weise über die Gnadenwahl.[1] Einer Notiz zufolge, die wol einer gründlichen Forschung werth wäre, bemühte er sich hier in Dänemark sehr eine Vereinigung der beiden protestantischen Confessionen, welche in Deutschland in bitterster Feindschaft lebten, herbeizuführen.[2]

Im 23. Lebensjahre vermählte er sich mit der 15jährigen Schwester Christians IV. von Dänemark. Schon in den ersten Jahren wurde jedoch das eheliche Verhältniß durch die verächtliche Schwäche des Monarchen für die Königin so drückend, daß sie mit Beiseitesetzung aller durch die Sitte gebotenen Schranken den König selbst verspottete.[3] Bald suchte die kräftige Natur der Königin Anna nicht nur in rein persönlichen Verhältnissen eigne Pfade, sondern strebte auch dahin, in politischen Dingen sich Gel-

1) Niels Slange: Geschichte Christian des Vierten, mit Anmerkungen erweitert von J. H. Schlegeln. I. 112 ff.

2) Schlegels Anmerkung 63. Bei Niels Slange I, 112. Der französische Gesandte berichtet noch im Jahr 1609 Aehnliches: v. Raumer, Briefe aus Paris II. 278.

3) Bericht des französischen Gesandten vom 22. October 1604. v. Raumer, Briefe II. 262.

tung zu verschaffen. Man betrachtete sie lange Zeit hindurch als die Führerin der spanischen Partei in Großbritannien; sie machte sich sogar zu einer Zeit, wo ihr Gemahl im Papst noch den Antichrist sah, des Katholicismus verdächtig. Ihre Abneigung gegen den König pflanzte sie leider auch auf ihre Kinder, namentlich den talentvollen Prinzen Heinrich von Wales, fort. Der Königin von Böhmen zollte sie auffallender Weise nur ein äußerst geringes Maß mütterlicher Zuneigung. Seit dem Jahr 1611 lebte sie von ihrem Gemahl vollständig getrennt.

Die gelehrte Bildung Jacobs I. bestand keineswegs aus einer Summe äußerlich aufgenommener Kenntnisse, sondern sie hatte auch seinem ganzen Denken eine lehrhafte Richtung gegeben. Schon in seinen Jünglingsjahren schien ihm der Schatz seiner Weisheit so groß, daß er auch Andern mitzutheilen beschloß und eine Laufbahn einschlug, die ihn als Privatmann gewiß zu einer theologischen Professur in Oxford oder anderswo geführt haben würde. Bereits vor Vollendung des 20. Lebensjahres hatte er über die Offenbarung geschrieben;[1] im Jahr 1588 erschien unter seinem königlichen Namen eine Abhandlung über einige Verse aus dem 20. Capitel derselben Schrift. In demselben Jahre gab er nach der Vernichtung der spanischen Flotte einen Tractat über einige Verse des 15. Capitels aus dem ersten Buche der Chronika heraus. Hier betrachtet er noch die Protestanten als das auserwählte Volk Gottes, während er in den Philistern die Altgläubigen sieht. Neun Jahr später veröffentlichte der König von Schottland eine Dämonologie, und zwar nicht etwa, um eine neue Probe seiner Gelehrsamkeit zu geben, sondern um der Welt zu zeigen, daß wirklich ein solches Satansheer existiert, dessen einzelne Glieder der weltlichen Gewalt anheim gegeben werden müssen. Im dritten Capitel dieser Schrift gab er sogar eine Uebersicht über die Reihe böser Geister und Gespenster, gegen welche er zu Felde zog. Kurz nach der Besteigung des englischen Thrones legte er dem Parlamente ein Gesetz über die Bestrafung der Zauberei vor, dem zahlreiche Unschuldige zum Opfer fielen.

An dem Religionsgespräche zwischen den Bischöflichen und den Puritanern, welches im Jahr 1604 in Hamptoncourt abgehalten wurde, nahm Jacob persönlich Antheil und versetzte alle Anwesenden durch seine theo-

1) Ueber die wissenschaftliche Thätigkeit des Königs vgl. Harris, An historical and critical account of the life and writings of James the first. London 1753 S. 35—46, 100—120. Die literarischen Neigungen des Königs wurden von seiner nächsten Umgebung mit Fleiß gepflegt. v. Raumer, Briefe II. 278.

logische Gelehrsamkeit in gerechtes Erstaunen. Mit auffallender Leidenschaftlichkeit erklärte er sich für die göttliche Berufung der Bischöfe, die ihm mit der Gottesgnadengewalt des Königthums zusammenzufallen schien. „Kein Bischof — kein König" — schloß er in pathetischer Emphase. Königthum und presbyteriale Kirchenverfassung schienen ihm zusammenzupassen wie Gott und der Teufel. Und so wurden unter seiner Regierung und durch seine beschränkte Hartnäckigkeit die kirchlichen Secten zu einer politischen Partei, die ihm die letzten Jahre seines Lebens bereits Furcht und Entsetzen einflößte, während es im Anfang nur einer geringen Nachgiebigkeit von seiner Seite bedurft hätte, um den größten und angesehensten Theil derselben der Kirche wider zuzuführen.

Selbst im Auslande suchte er das, was er Ketzerei nannte, zu tilgen. Als Conrad Vorstius die erledigte theologische Professur des Arminius in Leiden einnehmen sollte, gab er seinem Gesandten den gemessensten Befehl es zu hintertreiben und zog endlich gegen den leidener Professor zu Felde. Er veröffentlichte einen Tractat, welchen er der Ehre „unsers Heilandes Jesu Christi" selbst widmete und drohte endlich, als seine Bemühungen fruchtlos schienen, geradezu seine Hand von einem so ketzerischen Staate abzuziehen. Seine diplomatischen und schriftstellerischen Angriffe wurden endlich von Erfolg gekrönt: die Staaten setzten Conrad Vorstius ab.

Jacob I. war der letzte englische König, welcher Ketzer verbrannte: zwei derselben erlitten unter seiner Regierung dies Schicksal. Ketzerische Bücher wurden dagegen in größerer Anzahl zum Feuertode verurtheilt. Auch Pareus' Commentar zum Römerbrief hatte in Oxford, London und Cambridge dieses Schicksal.

Mit nicht geringerer Heftigkeit wie Puritaner und Ketzer befehdete der König, der gegen den Schluß seines Lebens dem Katholicismus Duldung gewähren wollte, eine Zeit lang das Papstthum und den Jesuitismus. Auch diese den König sehr aufregende literarische Fehde ging aus einer Begriffsverwechselung hervor. Er betrachtete den Angriff auf seinen schriftstellerischen Ruhm als einen Eingriff in seine Rechte als König.

Als Jacob nach der Pulververschwörung die katholischen Geistlichen zum Supremateide zwang, und der Papst und der Cardinal Bellarmin dagegen Einsprache erhoben, veröffentlichte er eine anonyme Apologie und veranlaßte unter andern auch eine Gegenschrift Bellarmins selbst, in welcher ihm nicht nur der Vorwurf religiöser Heuchelei gemacht, sondern sogar bestritten wurde, daß er ein Christ sei. Hierauf antwortete jedoch

Jacob mit einer vermehrten, allen Fürsten und Staaten der Christenheit gewidmeten Ausgabe, in welcher er sich als den Bekenner, Schützer und Vertheidiger des wahren christlichen katholischen und apostolischen Glaubens, wie er in der alten und ursprünglichen Kirche lebte, hinstellte. Die Schrift war direct gegen Mathäus Tortus — der Name, unter welchem Bellarmin geschrieben hatte — gerichtet und ereiferte sich mit unglaublicher Naivetät gegen den obscuren Schriftsteller, der es gewagt hatte, gegen einen König zu polemisieren. Von Neuem nannte er hier den Papst den Antichrist.

Bei der Ausarbeitung einer seiner letzten Schriften, einer Auslegung des Vater Unsers, bot sich ihm der frivole Buckingham als Beistand an.

Seine politischen Anschauungen legte Jacob ebenfalls in einem Tractat nieder, der im Jahre 1598 anonym unter dem Titel Trew law of free monarchy gedruckt wurde. Hier bekannte er sich offen und in den stärksten Ausdrücken zur Gottesgnadentheorie und erklärte, daß der König über dem Gesetz stehe. — Namentlich aber dem Parlament gegenüber liebte er es im vollsten Glanze souveräner Machtvollkommenheit aufzutreten: mit Recht, so ließ er sich im Jahr 1609 vernehmen, werden Könige Götter genannt, da sie eine Art göttlicher Gewalt auf Erden ausüben; sie sind Richter über ihre Unterthanen und zwar in allen Verhältnissen, niemand außer Gott verantwortlich.

Auch dem Prinzen von Wales ließ Jacob seine väterlichen Weisungen durch den Buchhandel zugehen. Sie wurden 1599 anfangs nur in 7 Exemplaren unter dem pomphaften Titel *Βασιλικὸν δῶρον* gedruckt. Schon hierin tritt ein Liebäugeln mit dem Katholicismus hervor.

Jacobs theologische Schriftstellerei ging wirklich vornehmlich in früheren Jahren aus einer Art freier und edler Hingabe an die religiöse Wahrheit hervor. Allein trotzdem blieb ihm die Religion nur ein Gegenstand seines speculativen Denkens, sie gab ihm nicht einmal die Normen für die Bewahrung äußerer Sitte und Zucht, am allerwenigsten war sie ein den ganzen Menschen erfüllendes Princip. Ja derselbe König, welcher so gelehrte theologische Tractate schrieb, war den schlimmsten Lastern ergeben. Schon früh verursachte es ihm böse Nachrede, daß er oft übermäßig dem Weine zusprach. In späteren Jahren, wo er körperlich so heruntergekommen war, daß man ihn auf das Pferd heben mußte, hielt er sich nur durch starke, süße Weine aufrecht. Ein Gefährte seiner Jagden, der in der kräftigsten Jugendblüthe stand, soll drei Tage, nachdem er von dem Weine des Königs getrunken hatte, noch nicht wider in seiner frühern

Verfassung gewesen sein. Ueber ein leckeres Mahl mit seinem geliebten Buckingham vergoß er Tags darauf öfter Thränen. Durch die Liebesbezeigungen gegen seine Günstlinge und Mignons brachte er selbst das Schamgefühl damaliger Höflinge gegen sich auf. Buckingham pflegte er in seinen Briefen „sein theures Kind und Pathchen Steiny" zu nennen, während dieser meist „Ew. Majestät allerunterthänigster Sklave und Hund Steiny" zeichnete.[1] Selbst die Königin ging bisweilen in diesen Ton ein und bezeichnete Buckingham gegenüber den König mit dem Namen des Thieres, dessen Fleisch den Israeliten für unrein gilt. In späteren Jahren erweckten ihn oft nur grobe Späße niedrigster Art aus einer Lethargie, wie sie gewöhnlich die Folge derartiger Ausschweifungen ist. Geschäften war er gerade zu der Zeit, wo die Ehre seines Landes einer kräftigen Hand bedurft hätte, mehr als früher entfremdet. Neben den verschiedenen Ergötzlichkeiten der Sinne hielt ihn auch leidenschaftliche Liebe zur Jagd von ihnen fern.

Die Gemüthsstimmung des Königs war häufig dem raschesten Wechsel unterworfen; selbst auswärtigen Gesandten gegenüber vergaß er sich bis zum Weinen. Da er sich selten auf den ersten Eindruck, welchen Personen und Dinge auf ihn hervorbrachten, verlassen konnte, erschien er

1) Birch, An historical view of the negotiations between the courts of England, France and Brussels S. 384: Upon what terms of familiarity he was with his Royal Master is evident, not much to the honour of either of them, from two volumes of original letters, which passed between them, still extant in the Harleian library, full of the obscenest expressions in our language, and such as Dr. Welwood, who has given some extracts from those letters, says — Notes on Ar. Wilsons Life of King James I in the Complete History of England Vol. II, p. 697. 1. ed. — might make a bawd to blush to repeat. Dazu Harris S. 72: The letters .. which passed between the King for the most part calling him his dear child and gossip and his dear child and gossip Steiny; and subscribing himself his dear dad and gossip, and sometimes his dear dad and Stuart, and once, when he sends him partridges, his dear dad and purveyor. Buckingham calls the King, for the most part, dear dad and gossip, and sometimes dear dad, gossip, and Stuart, and subscribes always your majesty's most humble slave and dog, Steiny. Selbst die Königin schrieb in dergleichen gemeinen Ausdrücken, wie sie Sir John Falstaff liebt. To „lug the sow by the ear" is an expression not unfrequently used by Anne of Denmark in her familiar notes to the Duke of Buckingham, when she suggests that he should treat the King with some friendly admonition. Buckingham she usually styles her „kind dogge." Jesse I. 43.

im persönlichen Verkehr unsicher hin und her tastend, feige und unzuverlässig. Bis zu welchem Grade dieser gelehrte König zu täuschen vermochte, beweist jene Scene mit Sommerset kurz vor dessen Verhaftung unwiderleglich. Man brachte ihm die Nachricht, daß sein Günstling sich des Giftmordes an einem Freunde schuldig gemacht habe, und trotzdem fand der Lord Oberrichter König und Günstling in freundschaftlichster Umarmung. Bei der Trennung fragt der König, wann er den Liebling wiedersehen werde, und kaum hat sich die Thür geschlossen, so ruft er aus: Nun fahr zum Teufel, ich werde dich niemals wiedersehn! —

Ist es nach all dem wunderbar, daß ihn die Franzosen die Königin Jacob und seine Vorgängerin König Elisabeth benannten?

Man sollte meinen, daß ein mit so geringen politischen Fähigkeiten ausgestatteter König in einem fast noch absolut regierten Staate bei einer ziemlich langen Regierung diesem selbst die empfindlichsten Nachtheile hätte bereiten müssen. Und doch traten die übeln Folgen seines Regiments erst ziemlich spät zu Tage.

Auch nach dem Friedensschlusse mit Spanien war die traditionelle antihabsburgische Politik der früheren Zeit noch nicht vollständig aufgegeben. Nicht nur ausgezeichnete Staatsmänner wie Thomas Edmondes,[1] Dudley Carleton,[2] Henry Wotton[3] und andere hielten dieselbe als Vertreter Englands im Auslande fest, sondern die Umstände selbst lenkten Jacob fast wider seinen Willen in Bahnen, die mehr oder weniger neben den von Elisabeth eingeschlagenen herliefen. Ja es schien sogar bisweilen, als ob der König doch am Ende die Spöttereien seiner Gegner zu Schanden machen und den erledigten Thron eines Protectors des Protestantismus in Europa einnehmen wolle.

Um die Zeit, wo Heinrich IV. in Begriff stand das Haus Habsburg in Deutschland mit Krieg zu überziehen, hatte Jacob im Sinn ein Bündniß mit diesem unversöhnlichsten Gegner der Habsburger einzugehen. Und als nach Heinrichs Tode die spanische Partei unter der Führung der Königin Mutter und ihres Günstlings, des Marschalls d'Ancre, das Ruder des Staates führten, sahen die französischen Hugenotten in England ihre

1) Eine kurze Skizze seines Lebens befindet sich in Birch, An historical View XI—XVI.

2) Vergl. über ihn Lettres, memoires et negotiations du chevalier Carleton I, VI ff.

3) Reliquiae Wottonianae. London 1672.

einzige Stütze. Ja die englische Politik ging recht mit Fleiß darauf aus, die Unluſt der Großen und die Feindſchaft der Proteſtanten während der Minderjährigkeit Ludwigs XIII. zum eignen Vortheil zu benutzen. Das Ziel, welches man hierbei im Auge hatte, wird von einem Politiker jener Zeit mit überflüſſiger Deutlichkeit ſo bezeichnet, daß man Frankreich zu einem Staate wie Deutſchland zu machen ſtrebte, deſſen einzelne Theile nur dem Namen nach geeinigt ſein ſollten: man wünſchte, Frankreich möchte 20 Könige haben anſtatt des einen.[1]

Da wurden am 25. März 1612 die ſchon ſeit längerer Zeit betriebenen ſpaniſchen Eheverbindungen in Frankreich öffentlich verkündet: die älteſte Tochter Philipps III. wurde zur Gemahlin Ludwigs XIII., und deſſen Schweſter Eliſabeth zur Gemahlin des ſpaniſchen Thronfolgers, des ſpäteren Philipp IV., beſtimmt.

Noch mehr als die franzöſiſchen Parteien regte dieſe Eheberedung, welche die beiden katholiſchen Staaten für lange Zeit zu einigen ſchien, die engliſchen Politiker auf.[2] Jacob I. ſchrieb ſelbſt an ſeinen Geſandten in Frankreich, den erwähnten Thomas Edmondes: „der Zweck iſt kein anderer, als daß ſich der König von Spanien während der Minorennität Ludwigs zum unumſchränkten Beherrſcher Frankreichs machen will. Unter ſolchen Umſtänden iſt es die Pflicht der Prinzen von Geblüt, dafür Sorge zu tragen, daß der Staat nicht zu Fall kommt."

Den leitenden Perſönlichkeiten in Paris erſchien der Marſchall von Bouillon als der geeignete Mann, um Jacob I. zu beſchwichtigen und der Verſicherung eines ferneren freundſchaftlichen Einvernehmens mit England Glauben zu verſchaffen. Er erhielt den Auftrag Jacob I. zu verſichern, daß die Regentin trotz der neuen Verbindung mit Spanien das Freundſchaftsverhältniß Heinrichs IV. zu England aufrecht erhalten, und daß ſie ſowol in den Angelegenheiten der Vereinigten Niederlande, als auch bei der vorausſichtlich nahe bevorſtehenden Kaiſerwahl zuſammengehen würden.

---

1) In conclusion, I hold it the most secure way for the crown of England, if France were as Germany is, having her forces severed into many parcels, and united into a titulary form of government; or, as Charles the last duke of Burgundy wished, that instead of one King it had twenty. Birch: An historical View S. 528.

2) Ueber den Einfluß dieſer Verbindungen auf die Stellung der franzöſiſchen Parteien iſt auch v. Polenz, Geſch. des franz. Calvinismus Bd. V, S. 57 ff. zu vergleichen. Der Zuſammenhang der franzöſiſchen Calviniſten mit England iſt dem Verfaſſer freilich merkwürdiger Weiſe vollſtändig entgangen.

Außerdem lautete sein Auftrag dahin, ein neues Ehebündniß der Prinzessin Christine mit Heinrich, Prinzen von Wales, zu Stande zu bringen. Endlich aber — und man konnte dies schon als eine Folge der veränderten politischen Stellung Frankreichs auffassen — sollte er Klage führen, daß Jacob I. in die Verbindung der deutschen protestantischen Fürsten eingetreten sei, und sollte Ermäßigung der strengen Gesetze gegen die Katholiken fordern. [1]

Es war jedoch dem Marschall unmöglich Jacob den Glauben beizubringen, daß hinter diesen Verbindungen kein spanisches oder papistisches Complott verborgen sei. Der König erwiderte dem französischen Botschafter anzüglich genug, es sei gewöhnlich, daß Fürsten, welche ihre Nachbarn täuschen wollten, zunächst die eigenen Gesandten hinter das Licht führten.

Wir sahen oben, welche Stellung England den beiden katholischen Westmächten Spanien und Frankreich gegenüber einnahm, wie Jacob I. ein protestantisches Gegenbündniß mit der deutschen Union einging. Bald darauf schlug er noch andere Wege ein, um beide katholischen Großstaaten wider zu trennen und England einen dauernden Einfluß auf Frankreich zu sichern.

Er empfahl seinem Gesandten aufs eindringlichste eine Vereinigung der französischen Reformierten, vor allen ihrer Häupter wie Bouillon und Rohan, zu bewerkstelligen und alle indirecten Mittel anzuwenden, um auch die katholischen Guise diesem Bunde beizugesellen. Dann sollte zunächst jener verderbliche Staatsmann gestürzt und hierauf die papistische Cabale zwischen Frankreich und Spanien gesprengt werden. Auch der Prinz von Wales, trotz seiner Jugend ein eifriger Politiker, theilte die Anschauungen seines Vaters. Auch er wies die Gesandten an, den Plan, die Prinzen von Geblüt mit den Häuptern der protestantischen Partei gegen die Minister zu einigen, aus allen Kräften zu verfolgen. Diesem Zwecke den Einflusse Spaniens entgegenzutreten, sollte endlich auch ein französisches Ehebündniß des Prinzen dienen. Und auch nach dem allzufrühen Tode des vom englischen Volke zärtlich geliebten Fürstensohnes gab Jacob diesen Plan nicht auf. Er ließ vielmehr Thomas Edmondes durch Lord Rochester auffordern, neue Verhandlungen für den Prinzen Karl zu beginnen, welche um so mehr Aussicht auf ein glückliches Resultat zu bieten schienen, als

---

1) Birch, An historical View S. 343.

die beiden königlichen Kinder sich dem Alter nach näher standen. Im Juli 1614 erhielt Edmondes neue hierauf bezügliche Aufträge, während der Papst mit der spanischen Partei alle Kräfte anstrengte, diese Verbindung einer katholischen Prinzessin mit einem Ketzer bei der Königin zu hintertreiben. Und in der That scheint der französische Hof die Verhandlungen auch nur fortgesponnen zu haben, um den Widerwillen Jacobs und der französischen Calvinisten gegen die spanischen Heirathen einigermaßen zu beschwichtigen.

Unter dem Eindrucke dieser Heirathen wuchsen jedoch die Befürchtungen der Reformierten so sehr, daß man sich gegen Ende des Jahres 1614 waffnete und dadurch auch die Königin nöthigte, einige Reitercompagnien in die unmittelbare Umgebung der Hauptstadt zu verlegen. Die Regierungspartei sah auch in diesen Unruhen die Wirkung englischer Einflüsse: der Präsident Jeannin klagte einst ganz offen gegen den englischen Gesandten, daß sich sein Herr allzusehr in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmische.[1]

Im Jahr 1615 kam es zur Versammlung der Malcontenten in Coucy; man rüstete, um das Zustandekommen jener Ehen mit Waffengewalt zu hindern.[2] Der französische Gesandte aber bezeichnete Jacob Edmondes' Haus geradezu als den Sammelpunkt aller Unzufriedenen. Und als die Ehen am 15. October 1615 wider Erwarten schnell geschlossen wurden, sprach der König seine Mißbilligung gegen den französischen Gesandten offen aus. Er schrieb diese Beschleunigung der jedes Maß überschreitenden Gewalt des Marschalls d'Ancre zu und schien nun eine Zeit zu fürchten, in welcher Frankreich vollständig Spanien einverleibt werden würde.

Bis in den Januar des Jahres 1616 hinein blieben die Parteien in Frankreich in den Waffen. Um diese Zeit aber begannen und zwar abermals unter Zuziehung des englischen Gesandten Vertragsverhandlungen, welche endlich im Tractat von Loudun ihren Abschluß erreichten. Der Kanzler Sillery fiel diesem neuen Vergleich des französischen Königthums mit den katholischen und protestantischen Großen zum Opfer; die Stellung Englands zu Frankreich aber veränderte sich auch hierdurch nur wenig. Als Lord Hay, der spätere Graf Carlisle, im Juli dieses Jahres nach Frankreich ging, um dem Könige zu seiner Versöhnung mit den Prinzen

1) Birch, An historical View 382.
2) v. Polenz a. a. O. V. 66.

von Geblüt sowie zur spanischen Heirath zu gratulieren, erregte er durch seinen innigen Verkehr mit dem Prinzen von Condé zu dessen größtem Schaden das Mißtrauen nur noch mehr. Condé wurde am 1. December festgenommen, und vergeblich forderte der englische Diplomat den König und die Königin-Mutter auf, seinem Herrn die Gründe zu diesem so großes Aufsehen erregenden Schritte mitzutheilen. Ohne Antwort reiste er ab; von einer Verbindung der königlichen Kinder Englands und Frankreichs hatte er unter diesen Umständen nichts verlauten lassen.

Und von dieser Zeit an ist das französische Ehebündniß definitiv aufgegeben. Unter dem überwiegenden Einflusse des spanischen Gesandten Gondomar lenkten sich jetzt die Augen Jacobs I. auf die Infantin Maria von Spanien. Er hoffte nun auf diese Weise der für England so bedrohlichen Vereinigung des westeuropäischen Katholicismus am besten zu begegnen und rechnete zugleich darauf, sich durch die hohe Mitgift der Infantin ohne Hilfe des Parlaments aus seiner immerwährenden Finanznoth zu befreien. Und so werden die spanischen Einflüsse auch in England immer mächtiger. Ein französischer Staatsmann erklärte ganz offen, daß die spanische Partei nirgends stärker sei als in London.

Endlich hatten jedoch die französischen Factionen Ludwig XIII. selbst gegen den Mann gewonnen, welchen man für die spanische Politik allein verantwortlich machte. Der König faßte den Entschluß, sich mit Gewalt von d'Ancre zu befreien, und am 14. April 1617 wurde der Marschall durch den Gardekapitain Vitry ermordet. Die Genugthuung, welche Jacob hierüber empfand, war so groß, daß er und Buckingham sich nicht enthalten konnten sie durch Edmondes dem Mörder selbst ausdrücken zu lassen.[1] Allein auch jetzt noch versicherte er seine französischen Glaubensgenossen für den Fall einer plötzlichen Vergewaltigung oder des Bruchs der Verträge seiner thätigen Unterstützung. Denn selbst nach d'Ancre's Sturz wußte sich das französische Gouvernement sein Vertrauen nicht zu erwerben; auch im Jahr 1618 hielt er vielmehr die innern Verhältnisse Frankreichs für so wenig gesichert, daß er einem abermaligen Ausbruche der Feindseligkeiten entgegensah, der ja dann auch in dem Kampfe des Königs gegen seine Mutter wirklich erfolgte.

---

1) Dasselbe Gefühl der Freude herrschte in Frankreich: Im Ganzen wurde das mehrfache öffentliche Verbrechen als eine rettende That laut begrüßt, und die geschichtliche Wahrheit nöthigt uns zu der schmerzlichen Anerkennung, daß .. selbst die Calvinisten und namentlich Mornay in diese Begrüßung einstimmten. v. Polenz, V. 74 ff.

Diese Spannung Englands und Frankreichs wurde durch die Parteinahme Jacobs in den religiösen Wirren der Generalstaaten noch vermehrt: fast hatte es den Anschein, als ob sich in den Arminianern und den Gomaristen nicht zwei holländische Religionsparteien, sondern zwei politische Factionen, welche ihre Stütze gleichmäßig im Ausland suchten, bekämpften.

Die Generalstaaten und ihr Bündniß mit den Hansestädten. Moriz von Oranien und sein Staatsstreich.

Einem weitverbreiteten Gefühl zufolge lag in den spanisch-französischen Heirathen vor allen eine große Gefahr für die Generalstaaten. Und so darf es denn nicht Wunder nehmen, wenn die Niederlande ihrerseits auch bestrebt waren durch Bündnisse den Bestand ihres Staatswesens nach allen Seiten hin sicher zu stellen und das politische Gewicht ihrer Gegner zu mindern. Es galt jetzt, die Einbuße, welche man durch den Verlust Frankreichs erlitten hatte, durch neue Verbindungen auszugleichen.

Nachdem daher der Pfalzgraf bei seiner Rückkehr aus England im Namen der Union eine Verbindung angebahnt hatte, wurde sie am 6/16. Mai 1613 auf 15 Jahre wirklich abgeschlossen. Beide Staatengruppen versprachen sich binnen zwei Monaten gegenseitige Hilfsleistung in Truppen, die im Voraus für drei Monate bezahlt werden sollten. Die Unierten trugen zwar anfangs Bedenken in einen Tractat zu willigen, der sie 7 Jahr über den Waffenstillstand zwischen Spanien und den Niederlanden hinaus verpflichtete; als sich jedoch der Pfalzgraf geneigt zeigte, mit der Billigung und Beförderung seines Schwiegervaters noch einen besondern Vertrag mit den Holländern abzuschließen, wurde der Widerspruch zum Schweigen gebracht. Man erläuterte den allgemeinen Tractat durch einen späteren Zusatz[1] dahin, daß die Union den Staaten mit monatlich 43,000 Fl. unter die Arme greifen sollte, wogegen die Staaten sich zur Stellung von 4000 M. Fußvolk verpflichteten. —

Auch die Hansestädte suchten nicht erst jetzt eine Stütze an der jungen Republik vornehmlich gegen Dänemark, wurden aber auffallender Weise längere Zeit hingehalten. Es lag nicht im Interesse der Staaten die

---

1) Vom 20. September 1614.

Hanse durch ein solches Bündniß zu einer förmlichen politischen Staatengruppe zu erheben; auch durfte man bessere Bedingungen erwarten, wenn man mit den einzelnen Städten besondere Verträge schließen konnte. Auf der andern Seite waren die Hansestädte weit entfernt davon sich durch ein solches Bündniß eventuell auch zum Kriege gegen Spanien zu verpflichten, und die Holländer wollten sie widerum einer solchen Verpflichtung nicht ausdrücklich entheben. Sie ließen sich endlich einen Ausweg gefallen und gaben dem Vertragsinstrument eine Fassung, „daß die confoederatio bloß in terminis defensionis commerciorum et navigationis in der Ost- und Nordsee zu verstehen." [1] Mit Lübeck kam auf diese Bedingungen hin in der That am 17 Mai 1613 ein Bündniß zu Stande. Es wurde unmittelbar nach dem Vertrage abgeschlossen, welchen Friedrich von der Pfalz bei seiner Rückkehr aus England als Haupt der Union mit den Holländern eingegangen war; die Ankunft des Kurfürsten im Haag störte die Verhandlungen des Bürgermeisters Brokes. [2] Vergeblich mahnte ein kaiserliches Schreiben im Anfang des folgenden Jahres die Städte von neuen Verbindungen ab. Und als im Juli des nächsten Jahres gar ein kaiserlicher Gesandter in Lübeck erschien, um einen Vorschuß auf eine noch zu bewilligende Steuer der Hansestädte, sowie 30 Römermonate, auszuwirken, erhielt er eine Antwort, welche recht deutlich zeigte, daß diese Städte im Begriff waren dem schemenhaften Glanze der Reichsgewalt vollständig den Rücken zu kehren. Die Vertreter der lübischen Bürgerschaft übergaben einen ganzen Catalog ihrer Beschwerden und Gebrechen; sie antworteten, sie hätten dem Reich in wenig Jahren viele hunderttausend Thaler gesteuert, ohne nach Gebühr und in einer Weise, wie andere Könige und Fürsten sich ihrer Stände und Unterthanen annähmen, geschützt zu werden. In ihren Nöthen verlasse man sie, wenn man aber Geld haben wolle, wisse man sie wol zu finden. [3] —

In einer noch feindseligeren Richtung gegen Dänemark bewegte sich die Politik der Staaten und der Stadt Lübeck, als sie im April 1614 ein Bündniß auf 15 Jahr mit Schweden eingingen, welches zunächst den Holländern den ungehinderten Verkehr auf der Nord- und Ostsee gewährte, während Schweden aus den Niederlanden seine Armee ergänzen und seine

1) Pauli, Aus den Aufzeichnungen des Bürgermeisters Heinrich Brokes (Zeitschrift des Vereins für lüb. Geschichte und Alterthumskunde II. 56.

2) Pauli a. a. O. II. 265 ff.

3) Pauli a. a. O. II. 286.

Marinebedürfnisse beziehen wollte. Diesem Bündniß folgte am 28. Juli 1614 die Defensivallianz zu Narva, durch welche sich beide Staaten für den Kriegsfall 4000 Mann Hilfstruppen zusagten.[1] —

Wie Lübeck gegen Dänemark, so suchte auch Braunschweig gegen den Herzog von Wolfenbüttel den Schutz der Generalstaaten. Allein höhere Rücksichten verboten es denselben, für jetzt die Gelegenheit, ihren gewichtigen Einfluß bis in die Harzlandschaften auszudehnen, zu benutzen. Noch war ja die Acht, die Kaiser Rudolf gegen die Stadt ausgesprochen hatte, nicht aufgehoben; noch hegte man auch von Seiten der deutschen Union die Hoffnung, den schwachen Herzog Friedrich Ulrich für das Bündniß zu gewinnen.

Trotzdem griffen jedoch die Staaten endlich auch hier ein und schlossen Ende des Jahres 1615 ein Bündniß mit 20 größeren Hansestädten, welches sie in die unmittelbarste Berührung mit den beiden sächsischen Kreisen brachte. Dagegen entledigten sie sich im nächsten Jahre durch einen Vertrag mit Jacob I. der englischen Besatzungen, welche bisher noch in Brielle, Rammekens und Vlissingen gelegen hatten. Von dieser Zeit an wohnte der englische Gesandte auch den Sitzungen des holländischen Staatsraths nicht mehr bei.

Von großer Gefahr fühlten sich die Holländer seit dem Frühling des Jahres 1616 bedroht. Von Neuem setzten sich um diese Zeit die Spanier in Bewegung, bemächtigten sich der Städte Soest und Lippstadt und schienen weitere Unternehmungen zu beabsichtigen. Wie alles, was damals im Nordwesten Deutschlands von Spanien ausging, seine Spitze gegen die Generalstaaten kehrte, so sah man auch hierin eine nahe Gefahr für den durch Bündnisse mit den verschiedensten Mächten erstarkenden Freistaat. Die einen meinten, die Spanier würden sich auf das Bisthum Hildesheim werfen, während Moriz von Oranien der Ansicht war, daß man es auf Jülich und Berg abgesehen habe. Es schien, als wollten die Spanier den Waffenstillstand brechen. Andere glaubten, daß der Infant Karl von Spanien die Niederlande übernehmen, und daß hieraus eine vollständige Aenderung der Verhältnisse erfolgen würde. Als die Vertreter der Hansestädte den Haag verließen, wurden sie von dem englischen Gesandten bedeutet, daß die Spanier in 14 Tagen einen Zug ins Stift Bremen unternehmen würden. Möglich freilich, daß die Spanier hiermit nur bezweck-

1) Dumont Corps dipl. V. 2, 245.

ten, die Betheiligung Johann Ernſts von Naſſau am Kriege der Venetianer gegen Ferdinand von Steiermark zu hintertreiben. —

Allein auch Frankreich war mit dieſen ſpaniſchen Beſtrebungen einverſtanden; beide Mächte ſchienen nach dem Urtheile des engliſchen Geſandten im Haag einen allgemeinen Krieg zu provocieren. Gegen Ende des Jahres ſtellte ſich auch das Streitobject mit größerer Deutlichkeit heraus. Man glaubte, Erzherzog Leopold habe den Auftrag, Jülich und Berg in Sequeſter zu nehmen, wozu allerdings die allgemeine Weltlage einzuladen ſchien. Carleton hielt es für nöthig, die Engländer darauf aufmerkſam zu machen, daß für das nächſte Jahr Vorſichtsmaßregeln von Nöthen ſein würden. [1]

Im Zuſammenhange mit dieſen Beſtrebungen ſcheint auch das Unterſtützungsgeſuch zu ſtehen, welches Frankreich Ende März 1617 an die Generalſtaaten richtete. Man forderte auf Grund der letzten Verträge 5000 M., zur Hälfte Franzoſen, zur Hälfte Holländer, für welche die Generalſtaaten Zahlung leiſten ſollten. Dafür geſtand man ihnen die Wahl der Befehlshaber zu. Später erklärte man ſich auch mit 4000 M. befriedigt. Da man eine Weigerung als einen Bruch des Bündniſſes betrachtete und ſich für dieſen Fall aller Verpflichtungen ledig erklärte, ſo faßten die Staaten in der That den Beſchluß, 20 Compagnien Franzoſen und ebenſo viel Holländer abzuſenden. Selbſtverſtändlich ſollten dieſe Mannſchaften dazu dienen, das königliche Anſehen den Großen gegenüber mit Gewalt ſicher zu ſtellen, und alſo hauptſächlich die eignen Glaubensgenoſſen der Holländer zu bekämpfen. [2] Allein es hatte auch den Anſchein,

---

1) Ein anderer Hauptgrund des allgemeinen Mißtrauens war der Widerausbruch des ſchwediſch-polniſchen Krieges. Vergl. auch Slange (Schlegel) Geſch. Chriſtians IV. II, 79.

2) Das geht ſchon aus dem Wortlaute der Forderung hervor, welche der franzöſiſche Geſandte an die Generalſtaaten ſtellte: Car ses ennemis sont si artificieux qu'ils font accroire a forces gens que Vos Seigneuries ne l'assisteront pas, et que ce seront eux à qui elles bailleront secours. Que si le contraire est une fois connu, plusieurs se trouveront desabusés qui en ceste consideration leur prestent faveur, et eux-mesmes qui verront cette artifice leur manquer se trouvant foibles pour soustenir une telle guerre, auront recours à demander la paix ... On nous pourra objecter qu'il se lève ès païs de l'archiduc des trouppes qui donnent grand ombrage, et partant semblent convien Vos Seigneuries à ne se desaysir point de leurs forces. A quoy nous pourrions respondre avec beaucoup d'apparence et volontiers avec asseurance qu'elles ne sont point pour Julliers, comme s'imagine ... Mais nous dirons mieux,

Marinebedürfnisse beziehen wollte. Diesem Bündniß folgte am 28. Juli 1614 die Defensivallianz zu Narva, durch welche sich beide Staaten für den Kriegsfall 4000 Mann Hilfstruppen zusagten.[1] —

Wie Lübeck gegen Dänemark, so suchte auch Braunschweig gegen den Herzog von Wolfenbüttel den Schutz der Generalstaaten. Allein höhere Rücksichten verboten es denselben, für jetzt die Gelegenheit, ihren gewichtigen Einfluß bis in die Harzlandschaften auszudehnen, zu benutzen. Noch war ja die Acht, die Kaiser Rudolf gegen die Stadt ausgesprochen hatte, nicht aufgehoben; noch hegte man auch von Seiten der deutschen Union die Hoffnung, den schwachen Herzog Friedrich Ulrich für das Bündniß zu gewinnen.

Trotzdem griffen jedoch die Staaten endlich auch hier ein und schlossen Ende des Jahres 1615 ein Bündniß mit 20 größeren Hansestädten, welches sie in die unmittelbarste Berührung mit den beiden sächsischen Kreisen brachte. Dagegen entledigten sie sich im nächsten Jahre durch einen Vertrag mit Jacob I. der englischen Besatzungen, welche bisher noch in Brielle, Rammekens und Vlissingen gelegen hatten. Von dieser Zeit an wohnte der englische Gesandte auch den Sitzungen des holländischen Staatsraths nicht mehr bei.

Von großer Gefahr fühlten sich die Holländer seit dem Frühling des Jahres 1616 bedroht. Von Neuem setzten sich um diese Zeit die Spanier in Bewegung, bemächtigten sich der Städte Soest und Lippstadt und schienen weitere Unternehmungen zu beabsichtigen. Wie alles, was damals im Nordwesten Deutschlands von Spanien ausging, seine Spitze gegen die Generalstaaten kehrte, so sah man auch hierin eine nahe Gefahr für den durch Bündnisse mit den verschiedensten Mächten erstarkenden Freistaat. Die einen meinten, die Spanier würden sich auf das Bisthum Hildesheim werfen, während Moriz von Oranien der Ansicht war, daß man es auf Jülich und Berg abgesehen habe. Es schien, als wollten die Spanier den Waffenstillstand brechen. Andere glaubten, daß der Infant Karl von Spanien die Niederlande übernehmen, und daß hieraus eine vollständige Aenderung der Verhältnisse erfolgen würde. Als die Vertreter der Hansestädte den Haag verließen, wurden sie von dem englischen Gesandten bedeutet, daß die Spanier in 14 Tagen einen Zug ins Stift Bremen unternehmen würden. Möglich freilich, daß die Spanier hiermit nur bezweck-

1) Dumont Corps dipl. V. 2, 245.

ten, die Betheiligung Johann Ernſts von Naſſau am Kriege der Venetianer gegen Ferdinand von Steiermark zu hintertreiben. —

Allein auch Frankreich war mit dieſen ſpaniſchen Beſtrebungen einverſtanden; beide Mächte ſchienen nach dem Urtheile des engliſchen Geſandten im Haag einen allgemeinen Krieg zu provocieren. Gegen Ende des Jahres ſtellte ſich auch das Streitobject mit größerer Deutlichkeit heraus. Man glaubte, Erzherzog Leopold habe den Auftrag, Jülich und Berg in Sequeſter zu nehmen, wozu allerdings die allgemeine Weltlage einzuladen ſchien. Carleton hielt es für nöthig, die Engländer darauf aufmerkſam zu machen, daß für das nächſte Jahr Vorſichtsmaßregeln von Nöthen ſein würden. [1]

Im Zuſammenhange mit dieſen Beſtrebungen ſcheint auch das Unterſtützungsgeſuch zu ſtehen, welches Frankreich Ende März 1617 an die Generalſtaaten richtete. Man forderte auf Grund der letzten Verträge 5000 M., zur Hälfte Franzoſen, zur Hälfte Holländer, für welche die Generalſtaaten Zahlung leiſten ſollten. Dafür geſtand man ihnen die Wahl der Befehlshaber zu. Später erklärte man ſich auch mit 4000 M. befriedigt. Da man eine Weigerung als einen Bruch des Bündniſſes betrachtete und ſich für dieſen Fall aller Verpflichtungen ledig erklärte, ſo faßten die Staaten in der That den Beſchluß, 20 Compagnien Franzoſen und ebenſo viel Holländer abzuſenden. Selbſtverſtändlich ſollten dieſe Mannſchaften dazu dienen, das königliche Anſehen den Großen gegenüber mit Gewalt ſicher zu ſtellen, und alſo hauptſächlich die eignen Glaubensgenoſſen der Holländer zu bekämpfen. [2] Allein es hatte auch den Anſchein,

---

1) Ein anderer Hauptgrund des allgemeinen Mißtrauens war der Widerausbruch des ſchwediſch-polniſchen Krieges. Vergl. auch Slange (Schlegel) Geſch. Chriſtians IV. II, 79.

2) Das geht ſchon aus dem Wortlaute der Forderung hervor, welche der franzöſiſche Geſandte an die Generalſtaaten ſtellte: Car ses ennemis sont si artificieux qu'ils font accroire a forces gens que Vos Seigneuries ne l'assisteront pas, et que ce seront eux à qui elles bailleront secours. Que si le contraire est une fois connu, plusieurs se trouveront desabusés qui en ceste consideration leur prestent faveur, et eux-mesmes qui verront cette artifice leur manquer se trouvant foibles pour soustenir une telle guerre, auront recours à demander la paix ... On nous pourra objecter qu'il se lève ès païs de l'archiduc des trouppes qui donnent grand ombrage, et partant semblent convien Vos Seigneuries à ne se desaysir point de leurs forces. A quoy nous pourrions respondre avec beaucoup d'apparence et volontiers avec asseurance qu'elles ne sont point pour Julliers, comme s'imagine ... Mais nous dirons mieux,

als ob Frankreich hiermit das militärische Gewicht der Generalstaaten zu Gunsten der Spanier schwächen wolle, und das Versprechen des französischen Gesandten, die Truppen bei einem wirklichen Angriff auf die Niederlande mit französischen Verstärkungen zurückzusenden, gewährte hiergegen einen nur geringen Trost. Nach d'Ancre's Sturz drang man jedoch nicht mehr auf Erfüllung jenes Gesuchs. Einen thatsächlichen Grund zur Beschwerde gegen Holland erhielt endlich Frankreich, als die Holländer in Java 14 Schiffe wegnahmen, welche von der französisch-ostindischen Compagnie geladen waren.[1]

Eine directe Einmischung in die inneren Verhältnisse Hollands ließ sich dagegen Frankreich zu Schulden kommen, als es sich für die Remonstranten, d. h. für diejenige Partei erklärte, welche die Freiheit des Gesamtstaats auf der möglichst schrankenlosen Souveränetät der Einzelstaaten gegenüber den Generalstaaten und dem sie jetzt beherrschenden Statthalter gründen wollte. Frankreich glaubte hierdurch nicht nur die Aufrichtung einer neuen Dynastie, sondern die festere Gestaltung des neuen Staates überhaupt zu verhindern.[2] Es hatte ein wesentliches Interesse daran, den Einfluß eines Fürstenhauses möglichst zu beschränken, welches durch seine Unterstützung der französischen Calvinisten die festere monarchische Einigung des eignen Staates so leicht unmöglich machen konnte. Dies ist der Hauptgrund, weshalb sich Moriz von Oranien den Gomaristen, mit denen sonst sein ganzer Sinn so wenig gemein hatte, zuwendete und durch gewaltsame

---

messieurs, car si tandis que le secours de Vos Seigneuries sera en France elles sont attaquées, non seulement le Roy leur envoyera aussi tost, mais mesmes leur aydera de nouvelles forces. Proposition de M. de la Noue aux Etats-Generaux de la Hollande du dernier mars 1617. Ouvré, Du Maurier 330. 331.

1) Carleton II. 266.

2) Ziemlich deutlich ist diese Politik in einem Memoir des außerordentlichen französischen Gesandten im Haag Boissise (14. Aug. 1618) ausgesprochen: Vostre Estat ayant pour base et fondement l'alliance et confederation traictée entre nos princes, sous certaines conditions qui regardent la conservation de la republique en general, et de chacune province en particulier, ces lois et conditions là vous doivent estre comme l'ame et l'esprit de vostre Estat, sans lesquelles il ne peut vivre ny subsister, et les fault religieusement garder et ne permettre qu'il y soit rien alteré, retranché ou diminué, si vous aimez le salut de vostre Etat qui leve aujourd'hui la teste si haut ... Ouvré, Du Maurier S. 340. Wir verweisen im Betreff dieser sehr interessanten Frage, die wir hier nur berühren können, auf den Briefwechsel Dudley Carletons Bd. II. 340. III. 233. 236.

Unterdrückung der Gegner das ganze Beſtehen des Staates noch enger an ſeine Perſon knüpfte. In der unmittelbaren Umgebung des Prinzen glaubte man oder gab es wenigſtens vor, daß, wenn man die Arminianer, dieſe Atheiſten und leichtfertigen Vögel, nicht von ihren Magiſtratsſtühlen ſtürze, das ganze Volk Gefahr laufe, wider zum Papſtthum verführt und der ſpaniſchen Monarchie unterwürfig gemacht zu werden.

Es mag ſein, daß eine ſolche Veränderung der confeſſionellen Grundlagen, wie ſie die Arminianer erſtrebten, ein Erſtarken des Katholicismus im Gefolge gehabt haben würde, allein für Moriz von Oranien war kein irgendwie confeſſionelles Bedenken der Beweggrund ſeines Handelns. Er ſchlug die Bewegung nieder, um dem Staate in ſo gefahrvoller Lage die volle Actionsfähigkeit zu ſichern.

Nach der Verurtheilung Oldenbarnevelds konnte es daher als ausgemacht gelten, daß bei den troſtloſen europäiſchen Verhältniſſen die auswärtige Politik des niederländiſchen Freiſtaats nur durch Moriz von Oranien beſtimmt werden würde. Es war dies aber um ſo wichtiger, als im Verlauf weniger Jahre der Waffenſtillſtand abgelaufen war, und man abermals zwiſchen Krieg und Frieden mit dem Haus Habsburg zu wählen hatte. Und ſchon jetzt ließen perſönliche Neigung und das Intereſſe des eignen Hauſes dem Statthalter keine Wahl mehr; auch ſein Staatsſtreich gegen die Remonſtranten kann nur richtig gewürdigt werden, wenn man in Anſchlag bringt, daß er ſchon jetzt feſt entſchloſſen war, den Krieg wider zu beginnen. Die große Mehrheit des Volkes, welches im Kriege mit Spanien Reichthum und Freiheit zugleich gewonnen hatte, wußte er hierbei auf ſeiner Seite.

Als daher Moriz von Oranien die Partei, welche Frankreich und Spanien, vielleicht ohne es zu wollen, in die Hände arbeitete,[1] zum Schweigen brachte, errichtete er eine Art Dictatur, welche dem holländiſchen Staate eine Bedeutung in Europa verſchaffte, die weit über ſeinen natürlichen Umfang und ſeine geographiſche Lage hinausging. Indem er ihn dem ſeine Spannkraft lähmenden Einfluſſe Frankreichs entriß, näherte er ihn um ſo mehr England, deſſen Monarch ihn in ſeinen Beſtrebungen mächtig

1) On a voulu défendre mes ennemis personnels, dit le stathouder ... Si le rois nous a secourus jadis, disait Maurice, c'est en considération de Barneveld, qui voulait m'enlever toute autorité et transférer à la France la souveraineté des Etats. Ouvré, Du Maurier 309. 310. Carleton, Lettres II, 276. 328.

förderte. Moriz von Oranien hatte an Jacob I. eine eben ſolche Stütze gegen ſeine republikaniſchen Gegner, wie Chriſtian IV. von Dänemark gegen die norddeutſchen Städte. Und da nun Ludwig XIII. die Generalſtaaten ſeinen Groll offen fühlen ließ, ſank Frankreichs Einfluß in Holland während der Jahre 1618—1621 auf ein Minimum, und die Generalſtaaten erſchienen mehr und mehr als der vorgeſchobene Poſten, durch welchen England auf die continentalen Wirren einwirkte. Eine neue Stütze fand Holland endlich im Jahr 1620 auch noch in Venedig, mit welchem es eine Defenſivallianz auf 15 Jahre abſchloß.

In dem Beſtreben ihr Staatsweſen vor Ablauf des Waffenſtillſtandes durch Bündniſſe ſicher zu ſtellen hatten jedoch die Niederlande auf mehreren Puncten auch die Intereſſen Dänemarks gekreuzt, welches damals von einem Könige beherrſcht wurde, deſſen anerkannte perſönliche Fähigkeiten und deſſen patriotiſche Fürſorge für alle Zweige ſeines aufblühenden Staats dieſem proteſtantiſchen Königreiche eine große Zukunft zu ſichern ſchienen.

Chriſtian IV. von Dänemark und ſeine Anſchläge auf den niederſächſiſchen Kreis.

Chriſtian IV. war am 15. April 1577 zu Friedrichsburg geboren.[1] Ein halbes Jahr vor ſeiner Geburt erſchien einem Bauer ein Meerweib und weiſſagte, daß die Königin eines Sohnes geneſen werde, der „ein ſehr großer König werden würde.“ Reich beſchenkt entließ Friedrich II. dieſen Mann, als er ihm die Weiſſagung mittheilte, da ſeine Ehe mit Sophia von Mecklenburg bisher nur durch zwei Töchter geſegnet war. Bereits im dritten Lebensjahre ließ er dem Sohne durch die Reichsräthe das Recht der Nachfolge zuſprechen. Von frühſter Jugend auf zeigte Chriſtian bedeutende Fähigkeiten: eine hohe geiſtige Regſamkeit belebte ſchon den überaus kräftigen Knaben. Man erzählte ſich ſtaunend, beim Wechſeln der Wäſche ſprühe das Haar des Kindes Funken, wie ſelbſt ſeine Mutter einſt geſehen haben wollte, und deutete auch dieſen außerordentlichen Umſtand auf eine große Zukunft. Sein aufbrauſender Ungeſtüm ſteigerte ſich auch noch ſpäter zur höchſten Leidenſchaftlichkeit. Eilf Jahre

---

1) Wir folgen hier vornehmlich Niels Slange, Geſchichte Chriſtian des Vierten, mit Anmerkungen und Zuſätzen erweitert von Johann Heinrich Schlegeln. Kopenhagen und Leipzig 1771. Bd. 1. u. 2.

war der Knabe alt, als sein Vater im Jahr 1588 starb. Unter der Führung und Vormundschaft von vier Reichsräthen Niels Kaas, Peter Munk, Georg Rosenkranz und Christof Walkendorf trat er 6 Jahr vor der Geburt seines größeren und glücklicheren Nebenbuhlers Gustav Adolf, 17 Jahr älter als der mächtige Held aus Norden, die Regierung an, die er vom 20. Lebensjahre an selbständig führte.

Die außerordentlichen Fähigkeiten des jungen Königs waren sorgfältig gebildet und entwickelt worden. Der frühzeitige Tod des Vaters gab wol die Veranlassung, daß sie schon außergewöhnlich früh gerade auf dem Gebiete des practischen Lebens Früchte hervorbrachten. Allerdings war auch das gelehrte Wissen des Königs kein geringes: er sprach und schrieb mit größter Geläufigkeit Latein, wußte sich auch italienisch auszudrücken und verstand Französisch, aber mit größerem Eifer ergab er sich mathematischen Studien, namentlich der Mechanik. Von seiner Fähigkeit in der Beherrschung der deutschen Sprache geben seine ziemlich holprigen und unsichern Briefe hinlänglich Zeugniß: es scheint ihm schwer geworden zu sein das damals besonders einem Ausländer gegenüber so ungefüge Idiom sich dienstbar zu machen. Auch für musikalische Genüsse besaß der König Geschmack; italienische Virtuosen befriedigten dieses Bedürfniß.

Obwol auch Christian eine ziemlich streng religiöse Erziehung empfangen hatte, ließ er doch nie das Interesse des Staates unter einem starren Confessionalismus leiden. Allerdings wendete auch er seine Sorge auf die Reinigkeit der Lehre; er setzte den Bischof von Fühnen, der den Calvinismus lehrte, ab und verbot ihm seine Meinungen auszubreiten, strafte ihn jedoch weder am Leben noch an seinen Gütern. Einwanderer wurden auf seine Veranlassung nach ihren theologischen Anschauungen examiniert. Dagegen ließ er die Exorcismusformel bei der Taufe seiner eigenen Tochter fort, obwol sie im Uebrigen beibehalten wurde. — Sofort nach seinem Regierungsantritt widmete der rastlose König dem Kriegswesen die größte Sorgfalt, vor allem der Marine. Im Schiffbau sowie in der Geschützkunde besaß er selbst eingehende praktische Kenntnisse und Fertigkeiten. Gegen Ende seiner Regierung errichtete er sogar eine Navigationsschule. Die Marine mußte er schon deswegen aus allen Kräften zu vermehren suchen, weil er dem dänischen Handel neue Bahnen eröffnete. Er veranstaltete Entdeckungsfahrten nach Grönland, gründete im Jahre 1616 eine ostindische Compagnie, zu welchem Behufe er sogar seiner Dienerschaft das Gehalt verkürzte, und später eine westin-

diſche.[1] Er errichtete ferner ein von den Lehensverhältniſſen losgelöſtes ſtehendes Heer von 5000 M. Fußvolk, welches mit größter Pünktlichkeit von ihm bezahlt wurde, und reformierte auch den in Verfall gerathenen Roßdienſt. Mit großem Glücke beſtrebte er ſich die Einnahmequellen ſeiner Unterthanen zu vermehren und vor allem dem däniſchen Handel die Vortheile, welche bisher die Hanſeſtädte, England und Holland genoſſen hatten, ſoweit ſein Machtbereich es geſtattete, zuzuwenden. Er ſchloß die Hanſe vom Handel nach Island aus und beſchränkte ſchon zu Eliſabeths Zeiten den Handel und die Fiſcherei Englands an der norwegiſchen Küſte. Dazu kam, daß er auch die Induſtrie ſeines Volkes in damals ganz einziger Weiſe in Flor zu bringen ſuchte. Um den Salzbergwerken Norwegens Abſatz zu verſchaffen, verbot er den Gebrauch des ausländiſchen Salzes; er kaufte Bergwerke, ließ Salpeter bereiten, begünſtigte die Fabrikthätigkeit jeder Art ſelbſt durch Beförderung des Luxus ſowie durch Vorſchüſſe und ſoll nicht weniger als 39 gewerbliche Mühlen verſchiedener Gattungen begründet haben. Er erließ bereits Verordnungen über das Fuhrweſen, gründete die Poſt, führte im ganzen Lande gleiches Maß und Gewicht ein und wendete namentlich dem Deichweſen ganz beſondere Sorgfalt zu. Die Eindeichung bei Bredſtedt koſtete in drei Jahren allein die damals ungeheure Summe von 173,000 Thlr.[2]

In Folge dieſer reformatoriſchen Beſtrebungen erfreute ſich auch ſein Land bis zu dem Zeitpunkte, wo er mit eigner Hand in die deutſchen Verhältniſſe eingriff, eines blühenden Wohlſtandes.

Auch die Pflege der Wiſſenſchaften verſäumte Chriſtian nicht: es wurde in Kopenhagen ein Convict für Studenten gebaut und Stipendien für junge Männer, die ihre Studien im Auslande machen wollten, ausgeworfen; die Univerſität zu Kopenhagen beſchenkte der König mit einer Bibliothek und gründete zu Soröe eine Academie. Um ſeinen Unterthanen jeden Vorwand zu nehmen, ihre Söhne den Erziehungsanſtalten der Jeſuiten anzuvertrauen, ließ er die Schulordnung vornehmlich der gelehrten Anſtalten verbeſſern. In der unter ihm eingeführten neuen norwegiſchen Kirchenordnung ſind dem Schul- und Armenweſen beſondere Abſchnitte gewidmet; auch daß von ihm eine Reviſion des norwegiſchen Geſetzbuches veranſtaltet wurde, wollen wir hier anmerken.

---

1) Vergl. beſonders Schlegel, Sammlung zur däniſchen Geſchichte I. 3, 137 ff.: Umſtändliche Nachricht vom Urſprunge der oſtindiſchen Compagnie in Dänemark.

2) Slange (Schlegel) II. 133.

Und auch äußerlich sollte sich der Glanz des aufstrebenden Königthums den Blicken der Unterthanen darthun. Christian erbaute Christianshafen, das Lustschloß Friedrichsburg, das Zeughaus, an welches sogar Schiffe heransegeln konnten, das Schloß Rosenburg, die Börse, sowie verschiedene Kirchen und Paläste. Und trotz der bedeutenden Ausgaben, mit welchen er alles dies ins Werk richtete, trotz der hohen Summen, mit welchen er die Domherren deutscher Stifter gewinnen mußte,[1] erschien er namentlich im Beginn der zwanziger Jahre zur Zeit der allgemeinen europäischen Münzverwirrung wie ein Krösus. Nicht zum geringsten Theil mögen seine Einnahmen aus dem Sundzolle hergeflossen sein, weshalb er sich auch trotz vielfacher spanischer Mahnungen niemals dazu entschließen konnte die Straße den Holländern zu sperren. Seine Kassen waren nach dem schwedischen Kriege so gefüllt, daß er mehrere Jahre lang besondere Steuern entbehren konnte: nicht nur Jacob I., sondern auch Friedrich Ulrich von Braunschweig entliehen von ihm bedeutende Summen. Da wo die eigenen Hilfsquellen nicht ausreichten, schöpfte er aus den bereitwillig dargebotenen Schätzen seiner Mutter.[2] — Zu einer Zeit, wo Gustav Adolf noch ein Kind war, zog dieser protestantische König mit seiner rastlosen Thätigkeit und seiner tiefen Einsicht in die Grundbedingungen moderner Staaten die Augen aller seiner Glaubensgenossen auf sich. Als er im Jahr 1606 bei einem Besuch seines Schwagers an der Seite des schwächlichen Stuart seinen feierlichen Einzug in London hielt, vernahm man auf öffentlicher Straße den Ruf: „Gesegnet sei das Land, das solch einen König hat.“[3] In einem anonymen Briefe aus demselben Jahre wurde er König Jacob zum nachahmenswerthen Muster hingestellt.[4]

Allein nicht nur die eigne Persönlichkeit, sondern auch die verwandtschaftlichen Beziehungen, welche den König mit den bedeutendsten protestantischen Fürsten Europa's verbanden, hoben sein Ansehn. Von seinen beiden älteren Schwestern war Elisabeth an Herzog Heinrich Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, lange Zeit Oberst des niedersächsischen Kreises,

---

1) Für die Domherren des Stifts Verden bestimmte er 65,000 Thlr. Schlegel, Sammlung II. 1, S. 73.

2) Ueber ihren Reichthum siehe Schlegel, Sammlung II. 4, S. 131 ff. Nachricht von der Verlassenschaft der verwittweten Königin von Dänemark Sophia.

3) Niels Slange (Schlegel) I. 394.

4) v. Raumer: Briefe aus Paris II. 279.

die andere, wie bereits erwähnt, an König Jacob von England verheirathet; von den jüngern war Auguſta die Gemahlin des Herzogs Johann Adolf von Holſtein, während Hedwig durch ihre Vermählung mit dem früh verſtorbenen Chriſtian II. Kurfürſtin von Sachſen ward. Durch ſeine Gemahlin Anna Catharina, eine Tochter des Kurfürſten Joachim Friedrich von Brandenburg, war der König Schwager des Kurfürſten Johann Sigismund und Oheim ſeines Nachfolgers Georg Wilhelm. Auf das fürſtliche Haus Wolfenbüttel übte der König vornehmlich nach dem Tode des Herzogs Heinrich Julius einen ſelbſt in inneren Fragen maßgebenden Einfluß aus, der hauptſächlich durch ſeine Schweſter Eliſabeth vermittelt wurde.

Schon dieſe verwandtſchaftlichen Zuſammenhänge ſtellten den König auf die Seite der Gegner des Hauſes Habsburg; die freundlichen Beziehungen, welche er trotzdem zeitweiſe zum ſpaniſchen Zweige unterhielt, waren nur eine Folge der natürlichen Rivalität mit den Generalſtaaten. Und als nun Chriſtians deutſche Continentalpolitik die Erwerbung der Stifter Bremen, Verden und Osnabrück zum Ziel nahm, trat er dem Hauſe Habsburg hiermit noch mehr entgegen und wurde von ſelbſt der Schirmherr aller derjenigen Dynaſtien des nördlichen Deutſchlands, welche ſich im Beſitze von Bisthümern und geiſtlichen Gütern befanden, ohne eine kaiſerliche Genehmigung hierzu aufweiſen zu können. Da die Gelegenheit zu territorialer Vergrößerung nach dieſer Seite hin ſo günſtig war, ſcheute Chriſtian kein Mittel ſeine Pläne zur Ausführung zu bringen. Die zum kühnen Zugreifen einladenden Verhältniſſe der norddeutſchen Stifter erweckten in ihm einen unerſättlichen politiſchen Ehrgeiz, der nur mit ſeinen jeder Grenze ſpottenden ſinnlichen Trieben in Vergleich zu ſetzen iſt. Dies der Grund, daß die norddeutſchen Stände und vornehmlich die Städte bei aller Anerkennung, die ſie ſeinen Regententugenden zollten, vom tiefſten Mißtrauen gegen die auswärtige Politik des Königs erfüllt waren.

Schon ſeit längerer Zeit liefen die Intereſſen des aufſtrebenden däniſchen Königthums auch den Plänen der Generalſtaaten ſchnurſtracks zuwider. König Chriſtian IV. wollte ſich zum unumſchränkten Herrn der Nord- und Oſtſee machen und die unteren Stromgebiete der Weſer und Elbe in ſeine Gewalt bringen. Gelang ihm dies, ſo war der ganze niederſächſiſche Kreis nicht nur in commercieller Beziehung der Machtentfaltung des däniſchen Königthums Preis gegeben. Solchen Plänen gegenüber mußten die Gene-

ralstaaten die äußerste Vorsicht und den zähesten Widerstand zugleich anwenden.

Ein Ereigniß, bei welchem beide Staaten ihren Einfluß im niedersächsischen Kreise nach entgegengesetzten Richtungen hin zur Geltung brachten, war der erneute Versuch des Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel sich mit dem Beginn des J. 1615 der Stadt Braunschweig zu bemächtigen und sie zu einer gehorsamen Landstadt herabzudrücken. Nun hatte jedoch die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts so beträchtlich gesteigerte Macht des Hauses Wolfenbüttel den Neid der stammverwandten cellischen Linie wach gerufen: beide Linien entzweite der Streit um das Herzogthum Grubenhagen noch außerdem. Und da nun der wolfenbüttelische Zweig durch die Bande engster Blutsverwandtschaft mit dem dänischen Königshause zusammenhing, so war es natürlich, daß die cellische Linie sich demjenigen protestantischen Staatenbunde anschloß, welcher das nächste Interesse daran hatte, den dänischen und wolfenbüttelischen Einfluß in Niedersachsen zu bekämpfen, der Hanse. Schon im Jahr 1613 hatte daher Herzog Christian der Aeltere von Celle sich mit den Hansestädten zu dem lübecker Bündniß vereinigt. Die Hanse widerum fand einen die Macht Christians IV. aufwiegenden Rückhalt in den Generalstaaten.

Noch vor dem schwedisch-dänischen Frieden wurde über ein Bündniß Lübecks, welches sich durch seine Parteinahme für Gustav Adolf compromittiert hatte, und der Generalstaaten verhandelt. Es kam als eine Defensivalliance am 17. Mai 1613 wirklich zu Stande. Beide Parteien fanden sich durch den König beschwert, der sie mit hohen Zöllen belege und ihnen vorschreibe „als Augustus et Imperator maris, wie man sich der Navigation in der Ost- und Nordsee gebrauchen solle, zu großem Präjudiz des heiligen Reichs und Behinderung der allgemeinen Commercien und Wohlfahrt.“ [1] Der Friede von Knäröd beschleunigte nur das Zustandekommen dieses Bündnisses.

Da der wolfenbüttelische Neffe Christians IV. fast während seiner ganzen Regierungszeit unter dem Einflusse seines Oheims stand, so wird auch jene Unternehmung gegen Braunschweig anfangs seinen Beifall gehabt

1) Pauli, Aus dem Tagebuche des Lübeckischen Bürgermeisters Henrich Brokes (Zeitschrift des Ver. für lüb. Gesch. II) S. 268. Diese sehr werthvollen Mittheilungen umfassen Bd. I. S. 79—92, 173—183, 281—349, Bd. II, S. 1—37, 254—295, 367—465 der genannten Zeitschrift.

haben und vielleicht sogar auf seinen Rath ausgeführt worden sein.[1] Wenigstens erschien der König sofort in Wolfenbüttel und suchte Antheil an der Gestaltung dieser Verhältnisse zu gewinnen. Bald schien ihm jedoch eine gütliche Beilegung des Streites erwünscht, und schon auf der Reise hat er zu Celle die lüneburgischen Fürsten von den Städten zu trennen gesucht. Man maß ihm ferner die Absicht bei, die welfischen Linien gegen die Städte zu vereinigen, und die Mißstimmung zwischen beiden Linien wegen Grubenhagen wurde von ihm in der That zum Schweigen gebracht.[2] Zu Meinersen machte er am 15. September dem Herzoge Christian von Zelle dahin zielende Vorschläge. Da rückte Graf Heinrich Friedrich von Nassau im letzten Drittel des J. 1615 in Niedersachsen ein, nachdem bereits der Oberstlieutenant Dodo von Kniphausen und Graf Hans Georg von Solms etwa 2000 Mann Fußvolk und einige Hundert Reiter hansisches Kriegsvolk in die Stadt Braunschweig geworfen hatten, die nach wenigen Wochen noch bedeutend verstärkt wurden. Friedrich Ulrich aber zog nun einen friedlichen Vergleich dem Kriege mit den Holländern vor. Die Niederlande und die Hanse hatten durch die rechtzeitige Entfaltung ihrer Streitkräfte eine bedeutende Stellung im niedersächsischen Kreise erlangt. Das von dem dynastischen Ehrgeiz der Fürsten bedrohte hansische Bürgerthum hielt es für das Gerathenste, den Schutz der Generalstaaten zu suchen und ein Bündniß mit ihnen abzuschließen. Der König von Dänemark soll beim Herannahen der Holländer vor Ingrimm Thränen vergossen haben, und Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel sprach sich dahin aus, daß die Städte damit umgingen, einen Fürsten nach dem andern zu ruinieren „und eine Schweizerei einzurichten, daher es hohe Zeit sei, daß sich die Fürsten zusammenthäten und den Sachen steuerten."[3] Schon Ende December 1615 traten indessen die Städte Lübeck, Hamburg, Magdeburg, Braunschweig, Lüneburg, Rostock, Stralsund, Wismar, Anklam und Greifswald mit der Republik der vereinigten Niederlande zu diesem Bunde zusammen,[4] der Anfangs Mai des folgenden Jahres im Haag ratificiert werden sollte. Auch der Herzog von Celle erneuerte mit den Städten Lübeck, Hamburg, Bremen, Magdeburg, Hildesheim und Braunschweig

1) Anders urtheilt Niels Slange II. 40.

2) Niels Slange II, 42, dazu Pauli a. a. O. 371. 373.

3) Pauli a. a. O. 386.

4) Die Urkunde samt den in der ersten Hälfte des folgenden Jahres erfolgten Ratificationen in Dumont, Corps diplom. V. 2, 274 ff.

das schon früher von seiner Familie eingegangene Bündniß. — Gegen diese staatisch-hanseatische Vereinigung protestierten jedoch vornehmlich zwei Fürsten des niedersächsischen Kreises, die gar leicht in den Fall kommen konnten, sich von der wirklichen Solidarität der hier vertretenen Interessen zu überzeugen: Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel im Andenken an das Eingreifen der Holländer in seine braunschweigische Fehde, und sein Schwager Christian Wilhelm im Hinblick auf die durchaus spröde Haltung der Stadt Magdeburg.[1] Beide forderten sogar den Kaiser geradezu auf, den Bund zu cassieren, welcher jedoch die Angelegenheit zuvor dem Kurfürstencollegium zu unterbreiten wünschte.

Von diesem Bündniß der Generalstaaten mit der Hanse wurde auch Christian IV. um so empfindlicher berührt, als er gerade um diese Zeit im Begriff stand, alte Forderungen an den hansischen Bund und einzelne seiner Mitglieder mit Gewalt geltend zu machen. Es galt ihm, die Hanse womöglich vollständig vom Handel in der Ostsee auszuschließen. Lübeck hatte den König außerdem durch seine Unterstützung Gustav Adolfs besonders gekränkt. Zur Zeit der braunschweigischen Fehde waren endlich zwei dänische Agenten, Dr. Metzner und Capitain Geist, von den Truppen der Hanse aufgegriffen und in Giffhorn festgesetzt worden. Eine lübische Gesandtschaft, die am 10. April 1615 von Dänemark zurückkehrte, brachte daher den wenig tröstlichen Bescheid, daß sich der König nur durch die Verwendung Jacobs I. habe bestimmen lassen, mit der Ausführung eines Handelsverbots vor der Hand noch inne zu halten. Christian erkannte übrigens die Hanse nicht mehr als eine politische Körperschaft an, sondern setzte den einzelnen Gesandten derselben in dieser Angelegenheit besondere Termine an, wenn schon auf ein und denselben Tag, den 1. März 1615.[2] Doch wurde ein Aufschub bis zum 15. März 1616 erwirkt. Bis dahin sollten die Städte allen Beschwerden der dänischen Unterthanen abhelfen, sich erklären, „was man dem Könige zu Kriegs- und Friedenszeiten zu leisten gesonnen sei," und sich noch außerdem für die bisher in Dänemark genossene Handelsfreiheit erkenntlich zeigen. Der Stadt Lübeck war diese rücksichtslose Entfaltung des dänischen Ehrgeizes von einer Seite her nicht ganz unerwünscht: nun mußten doch die Städte klar und deutlich erken-

1) Der Protest des Administrators gegen Magdeburg sowie die Antwort des letztern findet sich bei Werdenhagen, de rebus publ. Hanseaticis II. 1197 ff. Vergl. außerdem: Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeburg III. 15 ff. und Vreede, Inleiding II, 1. 367 ff.

2) Pauli a. a. O. 284.

nen, warum es dem König zu thun sei, „nämlich Lübeck selbst als caput hansae von den andern Städten zu trennen und die Privilegien zu cassieren.“ [1]

Die Generalstaaten und England riethen beide gleichmäßig den König auf gütlichem Wege zufrieden zu stellen. Die ersteren gaben es Lübeck anheim, Christian durch ein freiwilliges Geschenk abzufinden. [2] Mit Vermittelungsschreiben Englands, der Generalstaaten und des Kurfürsten von Sachsen versehen ging am 24. Juli 1615 abermals eine lübische Gesandtschaft, die jedoch den Starrsinn des Königs auch nicht zu brechen verstand, nach Kopenhagen. Sie erlangte nur, daß der Termin, innerhalb dessen der König Genugthuung empfangen wollte, hinausgeschoben wurde. Und auch diesen neuen Aufschub hatte die Stadt nicht etwa der persönlichen Milde des Königs, sondern seiner trügerischen Berechnung zu danken, welche ihm eine glückliche Beendigung der braunschweiger Fehde innerhalb dieser Frist als wahrscheinlich erscheinen ließ. Auf dem Hansetag im September 1615, welchem auch wider holländische Abgeordnete, die Deputierten der Städte Arnheim und Deventer beiwohnten, kam auch die dänische Sache zur Sprache. Lübeck berechnete den Schaden, welchen seine Kaufleute bereits erduldet hatten, auf 40,000 Thlr.,[3] war jedoch auch jetzt weit entfernt davon, die Gnade des Königs anzurufen. Die Abgeordneten der beiden niederländischen Städte, welche bald nach ihrem Eintreffen als Deputierte der Generalstaaten accreditiert wurden, wünschten, daß auch Emden in den Bund aufgenommen werde.

Ende Januar 1616 machte sich von Neuem eine lübische Deputation, den Bürgermeister Dr. Moller an der Spitze, auf den Weg nach Dänemark, um die Rückgabe vorenthaltener Schiffe und Kaufmannsgüter nachzusuchen. Unterstützt von Verwendungsschreiben selbst kaiserlicher Commissare, fand sie dies Mal eine freundlichere Aufnahme, die man freilich auch auf Rechnung der unglücklichen Unternehmung gegen Braunschweig setzen wollte.

Schon mahnte aber auch Christian außerdem ein kaiserliches Schreiben noch besonders zur Mäßigung, worauf doch immerhin, wenn auch die Reichsgewalt unter den damaligen Verhältnissen durchaus außer Stande war, ihren Forderungen gegen Dänemark Nachdruck zu verleihen, einiges

1) Pauli a. a. O. 407, 408.
2) Pauli a. a. O. 409, 410.
3) Pauli a. a. O. 413.

Gewicht zu legen war. Bereits Kaiser Matthias ließ die günstige Veranlassung der Consolidierung dieses protestantischen Königthums auf Kosten der norddeutschen Städte entgegen zu treten nicht vorübergehen. Ein kaiserliches Schreiben vom August 1615, das auch Lübeck abschriftlich mitgetheilt wurde, fand es unbillig, „daß sich der König der Ostsee allein will anmaßen," und wahrte „das dem heiligen Reich daran zustehende Recht," ja der Kaiser verlangte sogar mit der Drohung, im äußersten Falle unter Zuziehung der Kurfürsten und Stände die Gegenmittel zur Hand zu nehmen, die Rückgabe der den Städten weggenommenen Schiffe und Güter![1]

Und so wird nach den ersten Monaten des Jahres 1616 die Haltung des Königs gegen die Städte eine maßvollere und gelindere. Obwol König Jacob auf die Erklärung Christians, daß er die früheren Privilegien der Hanse für Dänemark wie einst Königin Elisabeth die für England aufgehoben habe, sich nicht weiter in diese Angelegenheiten mischte, so scheint doch der Abschluß des hanseatisch-niederländischen Bundes den König im Verein mit der Erklärung des Kaisers Matthias vorsichtiger gemacht zu haben. Er enthielt sich wenigstens einige Zeit der Drohungen und suchte seine Absichten auf einem legaleren Wege durchzuführen. Im Jahre 1617 sendete er eine mit reichen Geldmitteln versehene Gesandtschaft nach Wien, um den Kaiser selbst für seine Pläne zu gewinnen. Und in der That forderte Matthias beim Beginn des Jahres 1618 die Städte auch auf sich mit dem Könige auszusöhnen und ihm Genugthuung zu geben.[2]

Allein diese und andere neue Maßnahmen Christians IV. scheinen ihm noch mehr niedersächsische Stände abwendig gemacht zu haben. Denn wol vornehmlich aus Furcht vor Dänemark machte Herzog Christian von Celle noch am 31. December des Jahres 1617 dem Rathe von Lübeck den merkwürdigen Antrag, auch die Herzöge Adolf Friedrich von Mecklenburg und Friedrich von Holstein in den Bund mit den Städten aufzunehmen, dem Lübeck freilich nicht Statt geben wollte. Es rieth vielmehr diesen Fürsten boshaft genug in eine Union mit den Generalstaaten zu treten, „sintemal die Herren Staaten den Fürsten gewachsen und das temperamentum oder aequilibrium halten könnten."[3]

1) Pauli a. a. O. 411.
2) Pauli a. a. O. 417.
3) Pauli a. a. O. 443.

Und auch noch in anderer Weise suchte Christian IV. auf eine Neugestaltung der Territorialverhältnisse des nördlichen Deutschlands einzuwirken. Er war bestrebt sein Haus in nähere Verhältnisse zu den Bisthümern Bremen, Verden und Osnabrück zu bringen und suchte deshalb seinem zweiten Sohne geistliche Pfründen in den genannten Stiftern zu erwerben. Man wußte, daß es ihm dabei mehr „um Weser und Elbe, und die darangelegenen Städte, als um Pfafferei und Stift" zu thun sei. [1]

Zu diesem Zwecke entsendete er den damals achtjährigen Prinzen Friedrich, von seinem Hofmeister, dem Reichsrath Jens Juel, begleitet, mit einer großen Anzahl Geschenke Ende Juni 1617 nach Bremen und Verden. Nicht weniger als 20 goldene Ketten und 90 königliche Bildnisse nebst vier vergoldeten Credenzen sollten dazu beitragen, dem Prinzen eine gute Aufnahme zu verschaffen. [2] Da der König genaue Verzeichnisse der ihm befreundeten und der ihm abgeneigten Domherren beider Stifter in den Händen hatte, so schien er seiner Sache ziemlich sicher zu sein. In Verden wurde er von vorn herein durch den Bischof Philipp Sigismund, einen Bruder des Herzogs Heinrich Julius, unterstützt. Dieser gab dem Könige bei seiner spätern Anwesenheit in Dänemark (Mai und Juni 1618) das Versprechen dem Prinzen Friedrich nicht nur zur Würde eines Coadjutors in Bremen zu verhelfen, sondern ihm auch dieselbe Pfründe in Osnabrück zu verschaffen. In Bremen gewann sich Christian nicht allein eine Partei im Domcapitel, sondern auch im Rathe und unter den Kaufleuten, namentlich erhielten die Bergenfahrer besondere Privilegien am Contore zu Bergen. [3]

Allein auch bei diesen Bestrebungen kreuzte der König die dynastischen Interessen des lüneburger Fürstenhauses, welches dem Herzoge Friedrich, der bereits Dompropst in Bremen war, natürlich auch die Nachfolge im Stift sichern wollte. Es gelang jedoch dem dänischen Prinzen Friedrich wirklich seinen Fuß in alle drei Bisthümer zu setzen, wenn er auch vor der Hand in keinem derselben zum Coadjutor erwählt wurde. In Bremen erhielt er ein Canonicat, auf welches der Herzog Christian von Braunschweig-Wolfenbüttel nach seiner Wahl zum Bischof von Halberstadt verzichtet hatte; eine gleiche Pfründe wurde ihm auch im Bisthum Verden

1) Pauli 417.
2) Niels Slange, Gesch. Christian des Vierten II, 77. 91.
3) Pauli 418.

zu Theil. Selbst das osnabrücker Capitel, in welchem doch die Altgläubigen noch ziemlich stark vertreten waren, nahm ihn unter die Zahl der Domherren auf. Und damit hatte der König in der That Aussicht seinen Einfluß über die Mündungslande der Elbe und Weser in einer die bürgerliche Freiheit der Städte so wie die dynastischen Interessen des welfischen und des gottorpischen Fürstenhauses gleich schwer bedrohenden Weise auszubreiten.

Christian IV. war jedoch in dieser ersten Periode seiner Regierung kein Monarch, der seine Pläne lange auf diplomatische Verhandlungen zu beschränken liebte. Sein Ungestüm ließ ihn oft zu früh die Hand an das Schwert legen, auch wenn die Umstände nicht im entferntesten zu sofortigen kriegerischen Maßnahmen angethan waren. Dieser in unbesonnener Hast zufahrende Character des Königs erweckte namentlich bei den Bürgerschaften der norddeutschen Städte das tiefste Mißtrauen. Schon seit Beginn des Jahres 1617, wo Christian in auffälliger Weise zu rüsten begann, glaubten Hamburg und Lübeck, daß er es auf die Hanse abgesehen habe.[1] In der That eröffnete er auch Anfangs des nächsten Jahres Jacob I. seine Absichten auf das Stift Bremen und gestand geradezu, daß er im äußersten Falle zu Gewaltmaßregeln gegen die Stadt selbst entschlossen sei. Da die dem Könige feindselige Partei derselben, welche nicht durch Zollbegünstigungen oder andere Berücksichtigungen gewonnen werden konnte, sich auf die Hilfe der Generalstaaten verließ, so schien Christian hier geradezu neue Wirren zu provocieren. Seine Rüstungen beunruhigten die Hansestädte so sehr, daß auf Veranlassung Hamburgs von einigen derselben eine Zusammenkunft in Lübeck (17. März 1618) gehalten wurde.[2] Dieses aber stellte sich gleichfalls in Kriegsverfassung. Jacob I. wies indessen seinen Gesandten im Haag an feindseligen Maßnahmen der Generalstaaten gegen den König zuvorzukommen und im entscheidenden Falle sogar für ihn einzutreten.[3] Ja er beauftragte Carleton sogar, Christian IV. von allen auf ihn bezüglichen Vorgängen im Haag in Kenntniß zu setzen, als ob er in seinen Diensten stehe.

Allein schon jetzt stand den Holländern in dieser dänischen Frage die Rücksicht auf das Bündniß mit der Hanse erst in zweiter Linie. Dem Berichte

---

1) Carleton, Lettres I, S. 211. Dazu Niels Slange II, 83. 84.

2) Pauli 419.

3) Brief des Königs an Dudley Carleton vom 7. März 1618. Carleton, Lettres II. 218 ff.

des englischen Gesandten zufolge waren sie nur dann zu einer Parteinahme gegen den König geneigt, wenn er sich zu Gewaltmaßregeln gegen die Stadt Bremen werde hinreißen lassen. Geschah dies jedoch nicht, und suchte der König seinen Plan mit den gewöhnlichen Mitteln der Ueberredung und Bestechung durchzuführen, so konnte er vielmehr auf ihre Unterstützung in der Sache rechnen.[1] Indem man so seinem dynastischen Ehrgeiz Rechnung trug, hoffte man das rechte Mittel gefunden zu haben, ihn Spanien und Polen gründlich zu entfremden und dagegen für die Union zu gewinnen. Die Stadt Bremen selbst scheint übrigens bald darauf den dänischen Plänen auf das Erzstift keinen Widerstand mehr entgegen gesetzt zu haben. Sie mochte genügende Versprechungen für eine kräftige Förderung der eigenen Interessen erhalten haben.

Da Jacob I. damals viel daran gelegen war, der Welt ein Beispiel von der Einigkeit der drei protestantischen Großmächte Europa's zu geben, so suchte er nicht nur Christian IV. auf diesem Wege friedlicher Vermittelung zu erhalten, sondern regte auch bei den Generalstaaten den Gedanken an, ihm hierin durch eine Gesandtschaft zu Hilfe zu kommen. Dieselbe wurde von dem Grafen von Eulenburg geführt[2] und hatte den bestimmten Auftrag, den König für den Preis ihrer Vermittelung in der bremischen Sache der Union zuzuführen und ihn bei dem Widerausbruch des Kriegs mit Spanien zum Beistand zu bewegen. Man glaubte, daß dieses Mittel um so sicherer wirken würde, als Christian IV. selbst die Nachricht verbreitete, daß Spanien dem Könige von Polen in Augsburg große Summen gezahlt, und der Kaiser dem Kurfürsten von Köln das Bisthum Hildesheim zugesagt habe. Spanien und Liga, so betrachtete man damals die Sache in den Niederlanden, hatten einen großen Plan auf das baltische Meer.[3] — Und in der That hatte der spanische Gesandte Don Francisco de Medina ja auch im Anfang dieses Jahres das Ersuchen an Christian IV. gestellt, die nach Polen bestimmten spanischen Schiffe

1) Ein Tractat, welcher alle aus dieser Coadjutorwahl den Holländern möglicher Weise erwachsenden Nachtheile aufzählt, ist bei Londorp, Acta publica II. 1274—1278 abgedruckt. Er führt die Ueberschrift: Vrsachen, warumb die General-Staaten mit Gestattung eines Coadjutoris vnd alß Euentual-Widerbestellung deß Ertzstiffts Bremen, biß zu einer künftigen Sedisvacantz lieber einzuhalten, als anjetzo der Cron Dennemarck ihren fauor vnd hülffe zu erzeigen haben.

2) Niels Slange II. 89.

3) Lettre du Chev. Dudley Carleton au Sécrétaire Lake 15/25. Avril 1618. Carleton, Lettres II. 256 ff.

durch den Sund passieren zu lassen, und sogar sich der Liga anzuschließen.[1] Auf derartige Eröffnungen hin hatte ja Christian IV. die Vermittelung der Generalstaaten in der bremischen Sache nachgesucht, während er freilich am kaiserlichen Hofe seinen Bestrebungen nach einer ganz andern Seite hin Berücksichtigung zu verschaffen suchte. Nicht nur bei den kaiserlichen Räthen, sondern auch bei dem spanischen Orator und dem päpstlichen Nuntius zu Prag hatte er vorgegeben, daß die Calvinisten bestrebt seien das Stift Bremen an sich zu ziehen.[2]

Es ist möglich, daß die vereinigten Bemühungen Englands und der Generalstaaten die Veranlassung wurden, daß der König seine Rüstungen gegen Ende Mai 1618 eben so plötzlich, wie er sie begonnen hatte, wider einstellte. Wir finden wenigstens, daß die bereits erwähnte niederländische Gesandtschaft um diese Zeit in ihn drang, in der bremischen Angelegenheit sich der Thätlichkeiten zu enthalten. Dieses Versprechen scheint der König nun zwar ertheilt zu haben, seine Verstimmung gegen die Hansestädte blieb jedoch trotzdem dieselbe.[3] Obwol das archivalische Material im Betreff dieser Dinge noch nicht ausreichend durchforscht ist, so scheint es doch, als ob sich der König vor der Hand den Mahnungen der Generalstaaten gefügt habe. Er mußte sich jetzt mit dem Versprechen begnügen, daß man die Frage einer Coadjutorwahl im Erzstift Bremen ganz fallen lassen wollte, um bei einer künftigen Sedisvakanz der freien Wahl eines Erzbischofs nicht vorzugreifen. Daß er aber trotzdem jede Gelegenheit benutzte, um das Stift seine Macht fühlen zu lassen, ist bei seinem bekannten Character selbstverständlich.

So mochte es ihm z. B. recht erwünscht sein, die Sache des von dem Erzbischof von Bremen beleidigten Grafen von Oldenburg zur seinigen machen zu können. Seit längerer Zeit schon hatte sich der Erzbischof Friedrich Adolf mit einer Schwester des Grafen von Oldenburg verlobt, ohne doch irgend wie Anstalten zu treffen, diese Ehe zu vollziehen. Auf einer Ständeversammlung des Erzbisthums im November 1619, auf welcher der Graf von Neuem die Ansprüche seiner Schwester geltend machte, wurden auch Protectionsschreiben Christians IV. übergeben.[4]

---

1) Riels Slange II. 86.

2) Pauli a. a. O. 420.

3) Pauli 421. 422.

4) Riels Slange II. 95 ff.

Mit dieser allem Anschein nach sehr heiklen Heirathsangelegenheit scheint auch die Besetzung der Stadt Stade im Zusammenhange zu stehen, zu welcher sich der König am 1. und 2. November 1619 durch eine ihm ergebene städtische Partei, die durch das Versprechen, den englischen Zwischenhandel von Hamburg nach Stade zu verpflanzen, gewonnen war, hinreißen ließ. Christian selbst schützte hierbei sein Verlangen vor die Stadt zu beruhigen, während man auf anderer Seite der Meinung war, daß er es nur auf die Begründung eines Hoheitsrechts abgesehen habe. Starr vor Erstaunen über diese verwegene Kühnheit wagten die Hansestädte nicht einmal, die Vermittelung der Generalstaaten in der Sache anzurufen. Im Haag aber glaubte man, daß der König durch diesen Schritt den Erzbischof zur oldenburgischen Heirath und damit zur Resignation seines Bisthums zwingen wolle. Welche Absicht er aber auch mit diesem abenteuerlichen Streiche verknüpfen mochte, er unterlag auch hier. Nach wenigen Wochen zog die dänische Besatzung wider ab. [1]

Mit unbeugsamer Hartnäckigkeit hielt jedoch Christian seine alten Forderungen an die Hansestädte fest. In dieser Frage gestand er offen, nur „um der Herrn Staaten Intercession willen noch zur Zeit mit thätlicher Execution inne zu halten." Er war hierin um so weniger zur Nachgiebigkeit geneigt, als er mit einer andern Forderung an die Generalstaaten vollständig gescheitert war. Um diesen auf indirectem Wege die Anerkennung des Sundzolls abzupressen, hatte er vergeblich von den Generalstaaten gefordert, die den Sund passierenden holländischen Schiffe mit Declarationen der verladenen Güter zu versehen. Nur den Anspruch auf freie und ungehinderte Fahrt seiner Ostindienfahrer scheinen ihm die Niederlande bedingungsweise zugestanden zu haben. Daß nun aber die oben erwähnte staatische Deputation in ihrem Bestreben, den König mit allen protestantischen Großmächten des Nordens, den Generalstaaten, England und Schweden, zu einem großen Bunde zu einigen, gleichfalls scheiterte, ist nur allzu erklärlich.

Und auch von anderer Seite wurde den dänischen Vergrößerungsgelüsten ein Damm entgegengesetzt. Am 6. Juli 1618 erklärte das Urtheil des Reichskammergerichts Hamburg für eine freie Reichsstadt. Es liegt auf der Hand, daß gerade dies den König um so mehr gegen die Städte aufbrachte, als er fürchten mußte, daß mehrere der von ihm

1) Vergl. hierüber Slange II. 131. Carleton, Lettres III. 204 ff. 217. 227. Pauli 424.

bedrohten, wenn nicht alle, doch am Ende unter den Flügeln des Reichsadlers Schutz suchen würden. Zwei Jahre darauf erlangte die Stadt sogar ein Mandat des Reichskammergerichts, welches ihr Sitz und Stimme auf den Kreistagen zusprach. Der König aber antwortete hierauf mit der Erbauung der Festung Glückstadt. — Nicht weniger fühlte sich Christian durch die Erhebung des Grafen von Schauenburg in die Reichsfürstenwürde gekränkt, namentlich als sich derselbe Fürst zu Holstein nannte.[1]

Aus all dem ist die vorsichtige und kühle Haltung, welche der König in der böhmischen Angelegenheit während des Jahres 1619 bewahrte, erklärlich.[2] Zur Förderung seiner nächsten und wichtigsten Pläne konnte eine directe Einmischung in diese Verhältnisse gewiß nichts beitragen.

Drittes Buch.

Von der Kaiserwahl bis zur Schlacht am weißen Berge.

Kurpfalz und die Anion bis zur Schlacht am weißen Berge.

Der Union lag nach dem Ausbruche der böhmischen Unruhen vorzugsweise zweierlei am Herzen. Die protestantischen Interessen erforderten gebieterisch, daß vor dem gütlichen oder gewaltsamen Austrage der Wirren im Königreich Böhmen keine römische Kaiserwahl Statt finde. Je geringer die Aussicht für die Unierten war, dem römischen Reiche ein Haupt ihrer Wahl zu verleihen, um so dringender fühlten sie die Verpflichtung, Ferdinand wenigstens die Hilfe der Reichsstände „möglichst lange" zu entziehen. Was hätte sie auch antreiben können dem gekrönten Könige von Böhmen zur Unterdrückung des Protestantismus in einem Nachbarlande noch die Mittel des römischen Reichs zu Gebote zu stellen? — Ferner aber war es von höchster Wichtigkeit auch für den deutschen Protestantismus,

1) Niels Slange II. 127. 140. 146.

2) Hammarstrand Försök, I. 223.

daß der Kampf um den böhmischen Majestätsbrief nicht mit Waffengewalt, sondern durch gütlichen Vergleich entschieden werde. Blieben die Böhmen in ihrem Kampfe gegen das Haus Habsburg Sieger, so stand die Fortsetzung des Kriegs durch die Waffen der Spanier auf dem Boden des Reichs in sicherer Aussicht. Gelang es dagegen einer friedlichen Vermittelung der Reichsfürsten nicht nur den Majestätsbrief an und für sich, sondern auch seine ehrliche Ausführung zu sichern, so mußte sich ein derartiges Verfahren auch auf die übrigen dem östreichischen Hause unterworfenen Lande erstrecken. — Eine vollständige Vereinigung der Union mit den böhmischen Ständen, wie sie diese im Juni des Jahres 1618 forderten, wurde daher von den zu Karlsburg versammelten Gliedern der Union abgelehnt; man rieth den Böhmen vielmehr zunächst zu einer Verbindung mit Oestreich und Ungarn und ersuchte sie, Kursachsen auf seine Seite zu bringen. Noch auf der Versammlung zu Rotenburg im October 1618 mahnten ferner die Unierten Matthias zur Milde in einem Kampfe, in welchem selbst der Sieg ein Elend sei, und ersuchten auch den niedersächsischen Kreis ähnliche Schritte bei dem Kaiser zu thun. Sie verhehlten nicht, daß es ihrer Anschauung zufolge auf den Majestätsbrief und nach diesem auf den deutschen Religionsfrieden abgesehen sei.

Daß diese friedlichen Bestrebungen ein glücklicher Erfolg krönen werde, wurde jedoch seit Klesels Verhaftung immer unwahrscheinlicher. Nach Matthias' Tode war nur noch eine kriegerische Lösung dieser Verwickelungen denkbar. Schon wenige Monate darauf erneuerte daher auch Christof von Dohna die englische Allianz mit dem Haupte der Union, als Reichsvikar in Rheinland, Schwaben und den Landen mit fränkischem Recht; abermals sagte England der Union 4000 M. Fußvolk als Hilfstruppen zu. Die Bemühungen Brandenburgs und der Pfalz die Kaiserwahl hinauszuschieben, waren jedoch erfolglos: man vermochte Kursachsen nicht zu sich herüberzuziehen. Als es immer deutlicher wurde, daß der Pfalzgraf selbst am Ende die böhmische Revolution werde führen müssen, leisteten die Unierten zwar eine Bürgschaft bis zur Höhe von 200,000 Gulden,[1] allein zur eignen Sache schienen sie die Angelegenheit ihres Hauptes nicht machen zu wollen. —

Und auch die Pläne, welche man von Seiten der pfälzischen Staatsmänner für eine Neubesetzung des böhmischen Königsthrons, ja für eine Uebertragung der kaiserlichen Krone des Reichs an einen katholischen Für-

1) Dumont V. 2, S. 538.

sten, der dem Hause Habsburg nicht angehörte, in dieser Zwischenzeit eifrigst betrieb, scheiterten.

Der an kühnen Entwürfen zur Vergrößerung seines Hauses reiche Herzog Karl Emanuel von Savoyen, der durch Mansfeld 2000 M. Fußvolk im Dienste der Union unterhielt, erhob schon um die Mitte des Jahres 1618 Ansprüche auf die kaiserliche Krone.[1] Die pfälzischen Staatsmänner haben in der That über dies phantastische Begehren ernstliche Verhandlungen gepflogen, obwol sie bald die frappante Bemerkung machen mußten, daß der Savoyer die eignen schüchternen Wünsche nach der böhmischen Krone kreuze. Nach Mansfelds kriegerischen Erfolgen in Böhmen traten diese Verhandlungen in eine neue Phase. Der verschlagene Parteigänger verhandelte in den ersten Monaten des Jahres 1619 am Hofe zu Turin über die Besetzung des böhmischen Thrones durch den italienischen Herzog. Durch Böhmen wollte Karl Emanuel zum Kaiserthum gelangen; während die Pfalz im Elsaß entschädigt werden, ja sogar Oestreich und Ungarn dazu erhalten sollte. Auf diese Weise glaubte man „die Welt umkehren" zu können. Und gerade in diesem Zeitpunkte erfolgte der Tod des Kaisers Matthias. Christian von Anhalt zog nun auch die böhmischen Stände in das Geheimniß, er selbst begab sich endlich nach Turin, um eine Entscheidung herbeizuführen. Die böhmische Krone haben damals die protestantischen Staatsmänner Deutschlands dem Italiener ernstlich zugedacht; im Betreff der Krone des Reichs scheinen sie indessen andere Absichten gehabt zu haben. Allein durch seine persönliche Anwesenheit in Turin gewann Anhalt schließlich doch andere Anschauungen. Weder die Persönlichkeit des wälschen Herzogs, noch seine Regierungsform, noch endlich die materiellen Mittel des Herzogthums Savoyen boten ihm eine hinreichende Garantie, und so wurde der Plan aufgegeben.

Noch bevor die Candidatur Savoyens für Böhmen beseitigt war, suchte die pfälzische Politik nach einem Haupte für die Krone des Reichs. Der Geheime Rath Dietrich v. Schönberg ging Ende März 1619 nach München und hob die Gefahren, welche der Wahlfreiheit der Kurfürsten durch die auf dem Boden des Reichs befindlichen spanischen Truppen drohte, hervor. Er sprach die Hoffnung aus, in Maximilians Persönlichkeit den Mann zu finden, welcher das Reich vor der Erblichkeit bewahren

1) Vergl. Erdmannsdörffer, Karl Emanuel I. von Savoyen 102 ff. Reuß, Graf Ernst von Mansfeld S. 35 ff. Gindely, Gesch. des dreißigjährigen Krieges I. 442 ff.

könne, und hielt dem Herzog den Ruhm eines Retters der deutschen Libertät vor Augen.

In Dresden suchte Ludwig Camerarius auf eine allgemeine Vereinigung der evangelischen Stände oder wenigstens auf eine Zusammenkunft der drei weltlichen Kurfürsten vor der Wahl hinzuwirken. Der Kurfürst selbst verlangte von Johann Georg, ja auch von den geistlichen Kurfürsten einen Aufschub des Wahltermins, was um so wichtiger war, als eben ein englischer Botschafter im Einverständniß mit Spanien den Frieden zwischen den Böhmen und Ferdinand zu erhalten suchen sollte.

Maximilian von Baiern war nüchtern genug die verlockenden Anträge seines Stammesvettern zurückzuweisen. Auch als Friedrich persönlich in München erschien, zeigte er keine Neigung, Deutschland vor der erblichen Monarchie unter habsburgischem Scepter zu bewahren. Sein richtiger politischer Tact bewahrte ihn vor einem Fehltritt, der ihm unabwendbares Verderben bringen mußte. —

Anfangs Juli mußte man sich in Heidelberg über die Persönlichkeit des neuen Reichsoberhauptes schlüssig machen. Friedrich gab seine Stimme endlich dem Herzog von Baiern, erklärte aber auch sich im äußersten Falle der Majorität fügen zu wollen. Dies geschah, obwol man genau wußte, daß die Majorität der Böhmen dem Kurfürsten selbst ihre Krone bestimmt habe. Mit dieser Entscheidung über die Kaiserwahl hoffte man auch den Intentionen Jacobs I. gemäß zu handeln.

In Böhmen selbst aber beeilte man sich vor der Kaiserwahl Verbindungen einzugehen, welche ihre Wirkung aufheben sollten. Am 31. Juli 1619 kam das Bündniß mit Mähren, Schlesien und der Lausitz zu Stande, dem sich am 16. August auch Ober- und Niederöstreich anschlossen; schon den folgenden Tag wurde Ferdinand „als ein Erbfeind der Gewissensfreiheit und Sklave Spaniens und der Jesuiten" seiner Würde entsetzt, und zehn Tage darauf erfolgte die Wahl Friedrichs V. als König von Böhmen. —

Unbeirrt durch alle diese Vorgänge verfolgten die Gegner ihr Ziel: die pfälzische Politik hatte bereits eine solche Niederlage erlitten, daß Friedrich V. einen Tag nach seiner Wahl Ferdinand selbst seine Stimme nicht vorenthalten konnte. Und auch als gekröntem König von Böhmen gelang es Friedrich V. nicht, die Union seinen Zwecken dienstbar zu machen. Obwol er in eigner Person dem großen Unionstage zu Nürnberg (Nov. 1619) beiwohnte, so erlangte er doch nur die Versicherung, daß seine Verbündeten die Erblande gegen einen Angriff vertheidigen würden. Die

Forderung der Böhmen, eine Conföderation mit ihnen einzugehen und sie mit Truppen zu unterstützen, wurde nicht bewilligt. Jene 200,000 Gulden sollten jedoch durch eine allgemeine Umlage auf die Mitglieder aufgebracht werden. Das plötzliche Erscheinen des Reichshofrathspräsidenten Johann von Hohenzollern, der nicht nur Abhilfe der Beschwerden zusagte, sondern die Versicherung gab, daß der Kaiser den Glauben und die Rechte der Böhmen nicht schädigen werde,[1] verwirrte die Stimmung noch mehr. Von norddeutschen Ständen war nicht nur Kursachsen, sondern auch die Hansestädte, Sachsen-Eisenach und Altenburg auf diesem Tage nicht vertreten, während Kurbrandenburg[2] und Braunschweig-Wolfenbüttel durch Botschafter an demselben Theil nahmen.

Die geringste Neigung die böhmischen Pläne durchführen zu helfen, zeigte innerhalb der Union selbst das bürgerliche Element, die Städte.[3] Ulm und Straßburg hatten zwar das Gesuch des Kaisers Matthias um Pulver und Waffen ablehnend beantwortet, allein das letztere ertheilte bei einer ähnlichen Anfrage auch dem Markgrafen von Baden den gleichen Bescheid und erklärte einem pfälzischen Abgesandten so wie auch dem Landgrafen von Hessen ganz offen seine Neigung zum Frieden. Auf dem Unionstage zu Rotenburg (Ende Sept. — Oct. 1618) vertraten die drei ausschreibenden Städte Ulm, Nürnberg und Straßburg die Ansicht, daß der Krieg keine Religionssache sei, und drangen auf eine gütliche Vermittelung mit dem Kaiser. Obwol die Majorität der höheren Stände hier den Beschluß faßte, den Böhmen wirklich Hilfe zu leisten, gaben die Städte doch ihre Sonderstellung nicht auf. Nur Straßburg machte sich anheischig, zwei Römermonate zu Unionsausgaben zu bewilligen; später wollte Nürnberg den Böhmen etwa 15,000 Gulden heimlich leihen, neigte sich aber bald der Ansicht Ulms und Straßburgs, die gar nichts geben wollten, wider zu. Anfangs Februar 1619 meldete endlich Ulm, daß es den Böhmen zur nächsten frankfurter Messe 5000 Gulden vorschießen wolle, und auch Straßburg beschloß nach langem Schwanken in derselben Form 9000 Gulden zu zahlen, die man jedoch auf eine alte pfalzgräfliche Schuld anwies. Allein zugleich wollte man dem Pfalzgrafen auch

1) Wolff IV, S. 279.

2) Der brandenburgische Vertreter war Christof von Bellin, nicht Wellin (Reuß, Straßburg u. die ev. Union).

3) Vergl. Reuß, Straßburg und die evangelische Union bis zur Auflösung derselben 1618—1621 in Alsatia, Jahrg. 1868 S. 309 ff.

erklären, daß „man des Bohemischen Wesens sich nicht begehre anzunehmen." Auch nach dem Tode des Matthias änderte Straßburg trotz der Werbungen des Erzherzogs Leopold seine Politik nicht: es gestattete höchstens Werbungen befreundeter Stände, aber auch dies nur in sehr vorsichtiger Weise. Auf dem Convente zu Heilbronn versprachen nur Ulm, Nürnberg und Speier ihre Quoten der den Böhmen bewilligten 200,000 Thlr. wirklich zu zahlen; Straßburg wollte wider die pfälzische Schuld in Anrechnung bringen.

Nach Friedrichs Wahl wurde ein Unionstag zu Rotenburg abgehalten (4. Septbr.). Die drei großen Städte erklärten sich auf demselben gegen die Annahme der Krone; dem ulmischen Abgesandten war sogar untersagt sich an der Besprechung der Frage nur zu betheiligen. Einer Unterstützung des neuen Königs waren die Städte selbstverständlich durchaus abgeneigt. Und selbst als die höhern Stände dem Kurfürsten die Vertheidigung seiner Erblande zusagten, blieben sie bei ihrer Anschauung. Die geringe Neigung der Städte in diese wirren Verhältnisse einzugreifen wurde natürlich auch durch die Berichte, welche die Unierten im Beginn des Jahres 1620 durch besondere Botschafter aus Frankreich, Holland und England erhielten, nicht gefördert; schon im Mai dachte man in Straßburg daran den Bund zu quittieren und verweigerte Zahlungen, bevor die Fürsten ihre zum Theil bedeutenden Rückstände nicht getilgt hätten. Im Widerspruch hiermit gab die Stadt freilich wenige Wochen darauf dem Markgrafen von Baden doch noch 45,000 Thlr.

Auch die Politik der Hansestädte unterscheidet sich in diesem Punkte durchaus nicht von der der oberdeutschen Unionsstädte. Sie wiesen den Obersten Dodo von Kniphausen, den Friedrich nach seiner Wahl nach Lübeck entsendete, mit seiner Bitte um eine Anleihe von 50,000 Thlr. ab und haben späteren Gesuchen wahrscheinlich nicht einmal mehr eine Antwort zu Theil werden lassen. Die sechs correspondierenden Hansestädte faßten zu Lüneburg den förmlichen Beschluß sich an dem Unionstage zu Nürnberg nicht zu betheiligen.

Man sieht aus all dem, daß diesen Bürgerschaften die welthistorische Tragweite der Dinge, welche um sie herum vorgingen, nicht zum klaren Bewußtsein gekommen ist, daß der Bund trotz seines langen Bestehens den Geist patriotischer Aufopferung in seinen Gliedern nicht gefördert hat. In scheuer Furcht vor den monarchischen Gelüsten der höheren Stände, zu deren Vergrößerung die Städte ihre Säckel nicht leeren wollten, gab man

die Sache, zu deren Durchführung man sich so lange vorbereitet hatte, von vorn herein Preis.

Ferdinand II. im Bunde mit Spanien und der Liga.

Ganz andere, auf bestimmte positive Leistungen und Gegenleistungen gegründete Bündnisse gelang es im Drange der Noth Ferdinand II. abzuschließen. Als der gekrönte Kaiser von Frankfurt, wo er bereits ein Hilfsversprechen der geistlichen Fürsten erhielt, aufbrach, war sein Plan bereits gefaßt. Er hat wol im Anfange an eine allgemeine Reichsversammlung gedacht oder sie wenigstens in Aussicht gestellt, allein bald wurde dieser Plan aufgegeben. Nicht zu einem Reichskrieg sollten die Stände entboten werden, um dem Hause Habsburg Böhmen und die Erblande zu sichern — und wie hätte dieser auch nur beschlossen werden können? — sondern nur durch Separatverträge mit einzelnen Ständen konnte man hoffen zum erwünschten Ziele zu gelangen. Und so schloß denn das Reichsoberhaupt am 8. Octbr. (1619) den wenig ehrenvollen Vertrag zu München, in welchem es dem Herzog Maximilian die eignen Erblande zum Pfande setzte und mündlich die pfälzische Kur zusagte. Alle Eroberungen im Reich aber sollten dem Herzoge von Baiern nicht nur als hypothekarisches Pfand, sondern als Eigenthum verbleiben.

Längere Zeit bedurfte es, um mit Spanien ins Reine zu kommen, welches sich trotz seiner Finanznoth, trotz der immer tiefer sinkenden Kultur des Landes auf einen neuen holländischen Krieg gefaßt machen mußte. Hier traten den deutschen Habsburgern anfangs größere Schwierigkeiten entgegen: aus der verworrenen Darstellung Khevenhillers geht wenigstens so viel hervor, daß sich dieser eifrige Diener seines Herrn sogar zu Drohungen gegen die spanischen Minister veranlaßt sah.[1] Der hartnäckigste

1) „Der Kayser gebe dem Pfaltzgraffen Böhaimb, dem Betlehem Gabor Ungarn, Venedig was er in Friaul [hat], und mache Savoya Vicarium in Italia mit Beding, daß ihn Betlehem und Pohlen bey seinen alt und new ererbten Ländern unperturbirt verbleiben lassen und ihme 40,000 Mann gegen Niederland, Venedig aber gegen Mayland, und Savoya gegen Neapolis helffen, und zugleich anzügen, alsdann werde man sehen, ob der Kayser was vermöge, in Bedenckung, der Savoyische und Holländische Krieg allein dem König genug vor diesem zu schaffen geben, wie viel mehr ietzt, da jedermann zugreiffen, Neapolis, Mayland, Sicilia der übel geführten Regierung

Gegner Khevenhillers und seiner Forderung, einer Diversion von den Niederlanden in die Unterpfalz, war merkwürdiger Weise gerade der königliche Beichtvater, Fra Luis de Aliaga. Ihm erklärte endlich der kaiserliche Gesandte geradezu, daß es für die deutsche Linie auch einen andern Weg gebe, um aus der Bedrängniß herauszukommen, nämlich sich mit allen ihren Gegnern abzufinden und den König von Spanien die Entschädigung tragen zu lassen. Man wollte für alle Einbußen in Böhmen, Ungarn und Italien Spanien die Niederlande entreißen. Darauf ging Khevenhiller auch zum Könige selbst und rührte ihm durch die eindringlichsten Vorstellungen das Gewissen: „Um Gottes Willen, Ihr Königl. Majestät wollen gedenken, daß, wie Sie um die ganze weite Welt keine Todsünde beginge, also Sie mit dieser Dilation eben die größte und schwerste an jenem Gerichtstage, wo man von einem jeglichen unnützen Wort Rechenschaft fordern wird, zu verantworten haben werden. Denn was kann erschrecklicher sein, als so viel Tausend Menschen hier zeitlich und dort ewiglich mit allen ihren Kindeskindern aus der höllischen Pein wider Ihr Majestät Rache zu schreien, weil sie ihr Salvation zu remedieren in Handen und darzu von dem Allmächtigen reiche und überflüssige Mittel gehabt und es nicht zu rechter Zeit thun wollen?“ [1] Unmittelbar hierauf ist die Entscheidung gefallen, obwol man sie noch eine Zeit lang geheim hielt. Unterstützt wurde die kaiserliche Forderung später auch von einem bairischen Agenten Dr. Leuker, der schon jetzt die Ansprüche Baierns auf die Pfalz überhaupt hervorheben mußte.

Es war vornehmlich die Rücksicht auf England, welche in Madrid die Entscheidung länger verzögerte; man hoffte vor dem Widerausbruch des Krieges England von Holland trennen und dieses um so sicherer isolieren zu können. Dazu kam, daß gerade damals die Werbungen Jacobs um die Infantin Maria besonders eifrig betrieben wurden, nachdem der Tod des Erzherzogs Johann Karl die von dieser Seite sich darbietenden Aussichten vernichtet hatte. Ferner aber wollte man die Entwickelung der Dinge in Deutschland nach der Kaiserwahl, vor allem also die Gruppierung der Parteien, zuvor beobachten.

---

halber bald andere Federn auffstecken, Niederland lieber dem Kayser (der ihnen gern einen Sohn zum Herrn geben würde) zufallen und mit den Holländern Frieden machen, als sich in äußerste Gefahr und gänzliche Verlierung der Catholischen Religion stürtzen würde.. Khevenhiller IX. 704.

1) Khevenhiller IX. 705.

Nachdem Maximilian den Vertrag mit dem Kaiser geschlossen hatte, war er sofort darauf bedacht, den katholischen Bund für seine Zwecke zu gewinnen, was ihm auch auf dem Bundestage zu Würzburg (Anfang December) gelang. Der Bund erklärte die Sache für eine Angelegenheit „zur Conservation des allgemeinen katholischen Wesens" — und beschloß die Aufstellung und Erhaltung eines Heeres von 25,000 M., dessen Führung man natürlich Maximilian selbst übertrug. Auch Philipp III. stellte zu diesem Heere 1000 M. auf eigne Kosten; vom Papste erhielt man das Versprechen des zehnten Theils aller Einkünfte der Kirchengüter in Italien. Obwol Maximilian wissen mußte, daß die Unierten auf dem Convente zu Nürnberg die Betheiligung an der böhmischen Sache zurückgewiesen hatten, gestand er dem pfälzischen Gesandten, welcher sich im Monat December in München persönlich von dem Stand der Dinge überzeugen sollte, die Neutralität nicht zu: „eben so wenig, als der Pfalzgraf die Unierten, könne der Herzog die katholischen Stände verlassen .. Eben so müsse er wegen Böhmens auf den Kaiser, mit welchem er überdies durch die Bande des Blutes enge verwandt sei, Respect haben." [1] Die Forderung der Unierten, die Waffen zuerst niederzulegen, konnte Maximilian nach dem Vertrage von München nicht mehr erfüllen.

Um aber den Eindruck der Entschiedenheit, welche diese Abweisung machen mußte, abzuschwächen, sagte der Herzog eine neue Berathung des Vorschlags durch einen abermaligen und zwar allgemeinen Convent der katholischen Stände zu. Innerhalb zweier Monate stellte er die definitive Beantwortung in Aussicht. Mit dieser feinsten diplomatischen Ueberlegenheit beherrschte Maximilian die Verhältnisse und hielt seine Gegner, während die Rüstungen der Katholischen vervollständigt wurden, und die Parteien im Reich sich noch mehr zersetzten, hin.

Hierauf trat das katholische Deutschland mit Ausschluß Oestreichs zu einem Generalconvent in Würzburg zusammen (Februar und März 1620). [2] Diese Versammlung diente wesentlich dazu, die Verhältnisse noch länger in der Schwebe zu halten. Denn wie groß der katholische Eifer Maximilians auch war, seine vorsichtige und berechnende Schlauheit war doch noch größer. Ungeachtet der dringenden Mahnungen Ferdinands II. beschloß man das kriegerische Vorgehen noch hinzuziehen. Zu

1) v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse S. 127.

2) Ueber diesen Convent hat zuerst v. Aretin a. a. O. S. 130 ff. ausführliche Mittheilungen gebracht.

diesem Behufe einigte man sich auch jetzt in Würzburg zu der auf Schrauben gestellten Versicherung der ober- und niedersächsischen Stifter,[1] welche in der mühlhäuser Fürstenversammlung abgegeben werden sollte. Auch Spanien wurde in diese Pläne Maximilians eingeweiht und billigte sie vollständig. Als es sah, daß der Herzog unumschränkter Führer des katholischen Bundesheeres war, und daß Kursachsen sich von seinen Glaubensverwandten trennen würde, ließ es durch den Kanzler Peckius hier in Würzburg seine Betheiligung obwol immer noch in vorsichtigster Weise zusagen: nur die Anzahl des Volks, mit welchem Spinola aufziehen und die Kurpfalz zum Kriegstheater machen sollte, konnte Peckius noch nicht angeben, wol aber versicherte er, daß Philipp III. bereits große Summen für Rüstungszwecke nach den Niederlanden habe abgehen lassen.[2]

Maximilian hielt es auch für nöthig, daß dem Kriege, selbst wenn er sich nur auf Böhmen erstrecken sollte, die Achtserklärung des Pfalzgrafen voraufgehen müsse, und hat die Frage später auch in Mühlhausen zur Sprache bringen lassen.

Endlich aber suchte Ferdinand auch die gegen Ungarn und die Türkei so wirksame Hilfe Polens nach, welche ihm zu gelegener Zeit gleichfalls zu Theil wurde. Der polnisch-türkische Krieg des Jahres 1620 beschäftigte die Türkei hinreichend, und als der Einfall der Polen mißglückte (October), war es für die Türken zur Erneuerung der Feindseligkeiten zu spät. Allen niederländischen, ungarischen und pfälzischen Einflüsterungen zuwider hatte in Constantinopel die östreichische Diplomatie den Sieg davon getragen.[3] Von Italien her war das Haus Habsburg vor jeder ernsteren Gefahr in diesem kritischen Sommer sicher. Karl Emanuel von Savoyen hatte die Partei gewechselt; er bewarb sich sogar um die Führung des spanischen Heeres in die Pfalz und hoffte durch die Verheirathung seiner Tochter mit dem Kaiser den Titel eines Königs von Lombardien zu erlangen.

In Venedig sollte allerdings ein Gesandter des Böhmenkönigs im Verein mit dem Vertreter der Generalstaaten, Aerssens, zur thatkräftigen Unterstützung der böhmischen Sache antreiben. Allein trotz des eben

1) Vergl. v. Aretin a. a. O. Urkunden S. 86.

2) Schreiben der bairischen Abgeordneten J. Christ. v. Preysing und Hanßgörg Brugglacher an Maximilian. Würzburg 28. Febr. 1620. v. Aretin a. a. O. Urkunden S. 79.

3) Lisko, Der türkische polnische Feldzug im J. 1620. Arch. f. K. östr. Gesch. Bd. 41. 353 ff. Hurter VIII. 223 ff.

abgeſchloſſenen Bündniſſes[1] mit den Generalſtaaten hielt ſich Venedig in berechnender Defenſive. Aerſſens, der nicht nur zur Auswechſelung der Verträge, ſondern auch um die Union und die proteſtantiſchen Schweizerkantone zum Kriege anzutreiben, durch Süddeutſchland nach Venedig gegangen war, erreichte weder bei der Union noch bei den Schweizern ſeinen Zweck.

Ober- und Niederſachſen.

In raſchen Schritten näherte ſich die katholiſche Reformation auch Mittel- und Norddeutſchland und erhob hie und da bei der Neuwahl eines proteſtantiſchen Biſchofs oder bei Beſetzung von Domherrenſtellen und Pfründen der kleineren geiſtlichen Stifter, wie z. B. in Halberſtadt,[2] ihre Anſprüche. So iſt es natürlich, daß ſelbſt in weiteren proteſtantiſchen Kreiſen das Widererſtarken des Katholicismus und ſein unaufhaltſames Vordringen die Furcht vor einer vollſtändigen Gegenreformation nicht nur erhielt, ſondern mehr und mehr ins Ungeheuerliche vergrößerte.

Nachdem der habsburgiſche Romanismus durch ſeine jeſuitiſche Interpretation des den Böhmen zugeſtandenen Freibriefs den offenen Kampf heraufbeſchworen hatte, ſah der größte Theil der proteſtantiſchen Bevölkerung Deutſchlands in der böhmiſchen Angelegenheit die Sache ſeines gemeinſamen Glaubens. Selbſt in ganz lutheriſchen Landen war die Stimmung der Bevölkerung, ſo weit ſie heut noch erkennbar iſt, dem Kaiſer Matthias und noch mehr ſeinem verhaßten Nachfolger im Anfang entſchieden abhold. In Ober- und Niederſachſen dachte, bevor der Kurfürſt von Sachſen Partei ergriffen hatte, niemand auch nur im Entfernteſten daran die habsburgiſchen Unternehmungen fördern zu helfen.

Wol aber war in beiden Kreiſen die Furcht allgemein, daß, im Fall Oeſtreich aus dem Kampfe mit Böhmen ſiegreich hervorgehen werde, nicht nur hier, ſondern in ganz Deutſchland die Sache des Glaubens erhebliche Gefahr laufe. Waren doch in Ober- und Niederſachſen ſeit dem paſſauer Vertrage nicht weniger als 12 Bisthümer mit weltlichen Häuptern ver-

---

1) Vreede, Inleiding II. 2, 190 ff.; II. 1, 400.

2) Opel, Kampf des Proteſtantismus und des Katholicismus im Stift Halberſtadt 1612—1620 in Haſſel's Zeitſchrift für preußiſche Geſchichte und Landeskunde 1870, 61—86.

ſehen und reformiert worden; in keinem derſelben beſaß aber der Proteſtantismus den höchſten Reichsbehörden und dem kanoniſchen Recht gegenüber irgend eine geſetzliche Sicherheit: ihre Oberhäupter waren vom Kaiſer nicht anerkannt.

Selbſt Kaſpar v. Schönberg ſprach dieſe Beſorgniß den Geſandten gegenüber, welche der magdeburgiſche Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm im Sept. 1619 nach Dresden ſendete, um über die Stellung Niederſachſens zur Union und zum oberſächſiſchen Kreiſe mit Johann Georg in Berathung zu treten, wenn auch beſchwichtigend offen aus: „Ihrer Majeſtät und der Katholiſchen Intention wäre die evangeliſche Religion auszurotten; wenn die Böhmen bezwungen wären, auch andere anzugreifen und um die Religion zu bringen; darbei dann ſonderlich in Acht zu nehmen, daß man nicht ſo auf die kleinen Klöſter, als auf die großen, hohen Erz- und anderen Stifte ſehe und ein Auge hätte, die würde man von den Beſitzern wider fordern.“ [1]

Dieſe aber wieſen darauf hin, daß ſich die drei geiſtlichen Kurfürſten bei dem Reichskanzler v. Ulm ſogar gegen die Ertheilung eines kaiſerlichen Protectoriums verwahrt hatten. Von Ferdinands Perſönlichkeit erwarteten ſie nach der Härte, mit welcher er in ſeinen Erblanden gegen die Evangeliſchen verfahren war, in keiner Weiſe auch nur eine leidliche Gewährleiſtung der beſtehenden Verhältniſſe. Sie brachten auch bei dieſer Gelegenheit ein ihn characteriſierendes Wort, daß er lieber ohne die Lutheriſchen ein verderbter, als bei und mit denſelben ein verlorner Herr ſein wolle, als allgemein bekannt in Erinnerung. — Die niederſächſiſchen Kreisſtände ferner haben ſich bei Matthias für die Böhmen verwendet und ausdrücklich hervorgehoben, daß die Sache die Religion angehe. Das Urtheil, welches der lübecker Bürgermeiſter Brokes über den Streit fällte, „daß der böhmiſche Krieg von den Jeſuiten und Papiſten ohne Noth verurſacht ſei, daß dieſe die Böhmen in ihrer freien Religionsübung, welche ſie durch den Majeſtätsbrief erlangt hätten, nicht laſſen wollten,“ war, ſo viel wir ſehen können, damals bei der Mehrzahl der norddeutſchen Proteſtanten das allgemeine. Mit voller niederſächſiſcher Derbheit gab Brokes einem Geſandten des Erzherzogs Albrecht Anfang Febr. 1619 einen abweiſenden Beſcheid. Er machte den Vertreter der öſtreichiſchen Politik darauf aufmerkſam, wie ſchutzlos die Städte von der Reichsgewalt gelaſſen worden waren, wie man ihnen nicht nur in England, Schweden und Dänemark ihre Privilegien entriſſen hatte, während die Ausländer im Reich ſich des Schutzes

1) Müller, Fünf Bücher 336. 340.

ihrer Regierungen zu erfreuen hatten, sondern sie sogar in ihren Häfen überfallen habe. In diesen Nöthen hatte sich der Städte niemand angenommen, und erlangten sie auch einmal einen Schutzbrief vom kaiserlichen Hofe, so wurden sie dem zum Trotz „noch mehr als vorher beschwert." „Zu dem allem hat der Gesandte nichts erwidern können, sondern hat allein die Hoheit des Kaisers und des Hauses Oestreich und die große Macht des Königs von Spanien angezogen." [1]

So wenig geneigt aber auch die norddeutschen Stände waren für Oestreich Partei zu ergreifen, und so sehr sie ihrerseits den Böhmen einen glücklichen Ausgang des begonnenen Kampfes gönnen mochten, so weit waren sie andrerseits davon entfernt, Anhalt und Sachsen-Weimar ausgenommen, die böhmische Sache als eine Angelegenheit des gemeinsamen Glaubens thatkräftig zu unterstützen und durchführen zu helfen. Die kleinen nieder- und obersächsischen weltlichen Fürsten und noch weniger die Inhaber der Bisthümer konnten nicht daran denken die Unsicherheit, in welcher sich der Territorialbestand eines großen Theils des niedersächsischen Kreises damals befand, durch eine so gewagte Politik noch zu erhöhen. Keiner der niedersächsischen Kreisstände war daher auch der Union bisher wirklich beigetreten. Nur machte sich allmählich eine gewisse Verlegenheit geltend, wenn man daran dachte, daß die Union einst mit den Böhmen gemeinsame Sache machen und mit dem Anspruche auf Anschluß an den niedersächsischen Kreis herantreten könne. Man war nämlich auf dem Kreistage zu Hannover (1615) doch kühn genug gewesen den einzelnen Gliedern der Union und dieser im Ganzen für den Fall eines feindlichen Angriffs einen Zuzug von 3000 M. Fußvolk und 500 Reitern zu versprechen. — Da nun jene Gesandtschaft bei Johann Georg, der damals noch nicht im Geringsten daran dachte mit Oestreich für den Katholicismus zu kämpfen, eine schwache Aussicht auf eine Vereinigung der beiden sächsischen Kreise wenigstens im äußersten Nothfalle erlangte, schienen beide Kreise die strikteste Neutralität innehalten zu wollen. Da erschien in der letzten Decemberwoche 1619 der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt in Dresden und veranlaßte Besprechungen mit den sächsischen Räthen, in welchen man die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes erkannte. Eine Neutralität ohne Rüstungen stellte den vollständigen Ruin in Aussicht; eine Neutralität mit Kriegsbereitschaft ohne einen festen Plan nannte man nichts anders als die „lautere

1) Pauli a. a. O. II. 433.

Schwindsucht."[1] Man einigte sich endlich dahin, daß der Kurfürst den obersächsischen Kreistag berufen sollte, um die Verbindung mit Niedersachsen in Ordnung zu bringen. Um dieses wenigstens der Union abwendig zu machen, brachte man eine Sicherstellung der geistlichen Stifter zur Sprache.

In der That trat Ende Januar 1620 der obersächsische Kreistag in Leipzig zusammen; nur zwei Stände, Kurbrandenburg und Sachsen-Weimar, ließen sich nicht vertreten. Man beschloß die Tripelhilfe auf 6 Monate zu einer Höhe von 3000 M. Fußvolk und 1000 Pferden aufzustellen, wofür jeder Stand 60 Monate zahlen sollte. Es wurde ferner ein Ausschuß gewählt, um die Vereinigung mit Niedersachsen auszuführen. In der brennenden Frage aber, der böhmischen, wollte man sich „allenthalben, und so viel Schuldigkeit es leiden will" neutral erweisen und beschied auch so eine böhmische Gesandtschaft, welche einen noch weit günstigeren Eindruck von der Stimmung des Kreises und auch der sächsischen Ritterschaft mit in die Heimath nahm.[2] Der ständische Ausschuß für Sachsen wünschte sogar gute Correspondenz[3] und Nachbarschaft zu halten. Und auch Pommern erklärte ja auf dem Kreistage mit auffälliger Entschiedenheit, daß man dem Kaiser, der den Krieg ohne das Reich mit fremder Hilfe angefangen habe, nicht unterstützen dürfe. „Wolle man sich wol in Verdacht setzen die Religion zu verfolgen?"[4]

Die oben geschilderte Stimmung des niedersächsischen Kreises trat auch auf dem braunschweiger Kreistage Oct. 1619 zu Tage. In einem Schreiben vom 6./16. October, durch welches die Stände ein Hilfsgesuch Johann Georgs im Fall eines feindlichen Angriffs zustimmend beantworteten, liehen sie ihrer Besorgniß, daß die Flammen des entbrannten Kampfes auch „das geliebte Vaterland deutscher Nation" an irgend einem Punkte berühren möchten, in erregter Stimmung Worte. Hatte doch gerade wenige Monate zuvor einer der exaltiertesten Köpfe unter den jesuitischen Gegnern, der berüchtigte Kaspar Scioppius, mit seiner heili-

1) Müller, Fünf Bücher 349.
2) Müller 360.
3) Müller 355.
4) Müller 358.

gen Kriegstrommete gewiſſermaßen ſchon das Zeichen zum Angriffe auf die wehrloſen norddeutſchen Bisthümer gegeben. Behauptete er doch in dieſer fulminanten Schrift nicht nur die Berechtigung der katholiſchen Partei die evangeliſchen Kurfürſten und Stände umzubringen, ſondern auch, daß ſie in ihrem Gewiſſen dazu verpflichtet ſei. Die Stände erſuchten daher widerum ihrerſeits Kurſachſen um Hilfe,[1] faßten ferner den Beſchluß, die Tripelhilfe aufzubringen und ernannten auch bereits den Bruder des Kreisoberſten, den Herzog Georg von Braunſchweig-Lüneburg, zu ihrem Feldhauptmann. Auch Chriſtian IV. hatte ſich bei der Verſammlung vertreten laſſen und ihren Beſchlüſſen ſeine Zuſtimmung ertheilt.

Da verurſachte die Schwenkung, welche die kurſächſiſche Politik trotz der Unzufriedenheit der Unterthanen namentlich der Ritterſchaft[2] in den erſten Monaten des Jahres 1620 zu Gunſten Oeſtreichs machte, auch eine nicht unerhebliche Veränderung in der Stellung der beiden ſächſiſchen Kreiſe überhaupt. Johann Georg, noch überdies gereizt durch die ſchnelle Parteinahme der jungen Erneſtiner, entſchloß ſich für den Preis eines böhmiſchen Kronlandes an dem Kampfe gegen die ihm perſönlich verhaßte pfälziſch-böhmiſche Sache Theil zu nehmen. Die Bedenken, welche ſeinem lutheriſchen Gewiſſen über Zweck und Natur dieſes Streites aufſtießen, wußte der Hofprediger Hoë von Hoënegg mit unzähligen Gründen zu beſchwichtigen, und reichspatriotiſche Phraſen ſollten dem für die wettiniſche Dynaſtie ſo verhängnißvollen Schritte ſogar den Schein einer gewiſſen Aufopferung verleihen.

Schon zur Zeit der Kaiſerwahl war Johann Georg durch den Geheimen Rath Tennagel, ſpäter brieflich durch Erzherzog Leopold um ſeinen Beiſtand angegangen worden. Man ſuchte vor allem durch Vorſtellungen über die Türkengefahr, welche Bethlen Gabors Vorgehen heraufbeſchwor, auf ihn zu wirken. Und dieſer ſelbſt geſtand ja endlich auch in einem Schreiben an den Kurfürſten (29. Januar 1620) geradezu, daß er mit Vorwiſſen und Billigung des Großherrn in den Kampf eingetreten

1) Müller S. 333; v. d. Decken I. 60. Abſchriftlich befindet ſich das Schreiben des niederſ. Kreiſes an Johann Georg im Archiv der Stadt Goslar. Der Kreisabſchied vom 7. Oct. 1619 bei Londorp II. 1281—1285.

2) Vgl. unter andern das Schriftchen: Warnung An Alle Stände deß Churfürſtenthums zu Sachſen, in den Böhmiſchen Krieg ſich nicht zu miſchen .... Gedruckt im Jahr 1620. 4. 10 Bll. Am Schluß befindet ſich der Proteſt der Ritterſchaft (Meißen 22. Sept. 1620), in welchem ſie ſich weigert gegen ihre „lieben Freunde und Nachbarn“ ſich einer Thätlichkeit zu unterfangen.

sei. — Denselben Zweck hatte die Sendung Gundackars von Lichtenstein im Oct. 1619, sowie die vom Herzog Julius Heinrich von Lauenburg und dem Reichshofrath Hieronymus von Elvern im December nach Dresden überbrachte Botschaft. Der letztere hatte schon Auftrag von einer Entschädigung für die begehrte Hilfsleistung zu sprechen, und aller Wahrscheinlichkeit nach hat man bereits jetzt die Lausitzen gefordert. Ohne Besorgniß vor den übrigen obersächsischen Ständen war freilich der Kurfürst dabei nicht; er theilte sie auch dem Kaiser rückhaltlos mit.[1]

Der durchaus verkehrte Schritt, durch welchen sich Kursachsen mit einem Male nicht nur von seinen obersächsischen Mitständen, sondern auch von dem benachbarten niedersächsischen Kreise trennte, um eigenste kursächsische Hauspolitik zu treiben, ist jedoch vielleicht nicht sowol der beschränkten Einsicht Johann Georgs und dem mehr als zweifelhaften Character seiner nächsten Umgebung, als eben dem Einfluß jenes andern lutherischen Fürsten, den sich das Kaiserhaus bereits zum treuen Diener verpflichtet hatte, des Landgrafen Ludwig von Hessen-Darmstadt, zuzuschreiben. Nachdem dieser Briefträger und Pfaffenknecht, wie er von seinen protestantischen Gegnern genannt wurde, bei jenem Besuche in Dresden die seinen Plänen günstige Sinnesänderung des Kurfürsten wahrgenommen hatte, setzte er alles daran, um Johann Georg möglichst schnell und vollständig in das erwünschte Fahrwasser zu bringen. Er nahm es auf sich den im Betreff der Stifter und des Religionsfriedens immer noch besorgten Kurfürsten durch scheinbar unzweideutige Erklärungen der geistlichen Kurfürsten und des Herzogs von Baiern gänzlich zu gewinnen. Zu diesem Zwecke begab er sich von Dresden nach Aschaffenburg, um den Kurfürsten von Mainz, der bereits so Großes zur Wiederaufrichtung des Katholicismus im mittleren Deutschland beigetragen hatte, in einen Plan einzuweihen, durch welchen Oestreich die militärische Unterstützung beider sächsischer Kreise zu Gebote gestellt wurde.

Die Gewährleistung der Religion und des Besitzstandes der reformierten ober- und niedersächsischen Stifter war der Preis, für welchen beide Kreise gewonnen werden sollten.

Schweikard von Mainz zeigte sich einem derartigen Abkommen geneigt. Er kam mit dem Kurfürsten von Köln und Johann Georg von Sachsen im März zu Mühlhausen zusammen, und hier berathschlagten nun diese Fürsten, denen sich Ludwig von Hessen nebst seinem Bruder in Person und

1) Müller 322 ff.

Maximilian von Baiern durch Deputierte anschloß, über die den Bisthümern zu gewährende Sicherstellung. Der Kaiser selbst war durch den Burggrafen Ludwig von Dohna vertreten. Das Resultat war, daß die drei katholischen Fürsten im Namen aller ihrer Glaubensgenossen, wenn auch „ohne Nachtheil des Religionsfriedens und des geistlichen Vorbehalts," den ober- und niedersächsischen Ständen die schriftliche Versicherung ertheilten, daß die protestantischen Inhaber der Stifter nicht vergewaltigt, noch ohne Recht verdrängt werden sollten, falls die Stände dem Kaiser sowol jetzt als in künftigen ähnlichen Fällen beispringen würden.[1]

Der Preis für diese Unterstützung, die pfandweise Einräumung der Ober- und Niederlausitz und ein Reichsfürstenthum, wurde Johann Georg wol noch vor dem mühlhäuser Fürstentage namhaft gemacht.[2] Durch Mahnschreiben nach allen Seiten hin, an den Kurfürsten von der Pfalz, die böhmischen und ungarischen Stände, die Grafen am Rhein, in Schwaben und Franken, endlich die Städte suchte man außerdem die Reihen der Gegner zu erschüttern und in der Treue gegen den Kaiser zu erhalten.

Von diesem Zeitpunkte an sah Johann Georg und seine Regierung die böhmische Sache als Reichssache[3] an, die er, da sie überhaupt keine Religionssache sei, ohne Gewissensbisse mit Waffengewalt zu Gunsten des Kaisers helfen konnte ins Gleiche zu bringen. Das hatte er ja in einem besonderen Vertrage (Mühlhausen 11./21. März) ausdrücklich zugesagt.[4] In seinem Eifer bestrebte er sich auch sofort, nachdem ihm die mainzische Kanzlei am 21. März die Originalversicherung ausgehändigt hatte, dem Versprechen, den niedersächsischen Kreis für seine Anschauungen zu gewinnen, aber freilich ohne jeden Erfolg, nachzukommen.[5] Und so nahm nun der bisher auf Böhmen mit seinen Nebenländern und auf Oestreich beschränkte Kampf die ungeheure Ausdehnung und seinen durch den Widerstreit der dynastischen Interessen der deutschen Fürstengeschlechter so verwickelten Character an, welcher ihn zu einem für die Geschicke des ganzen Volkes so unheilvollen gemacht hat.

---

1) Menzel, Neuere Geschichte der Deutschen Bd. III, S. 406. Rommel, Gesch. von Hessen VI. 195 ff. u. VII. 397 ff. Der mühlhäuser Abschied findet sich bei Wolf: Maximilian IV. Beil. IV, S. 25.

2) Müller 370. 371.

3) Müller 373.

4) v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse 133.

5) Londorp, Acta publ. I. 835 ff.

Es steht außer Frage, daß den Garantien, welche Johann Georg zu Mühlhausen von den Vertretern der katholischen Reichsstände für die evangelischen Stifter erhielt, auch die ausdrückliche Genehmigung Ferdinands II. zu Theil wurde. Wenigstens berief dieser sich später, so oft von Mitgliedern des niedersächsischen Kreises eine Versicherung für den Territorialbestand der säkularisierten Bisthümer beantragt wurde, stets auf diese mühlhäuser Versprechungen. Sie sind von ihm immer als das äußerste Maß von Zugeständnissen an die niedersächsischen Dynastien, in deren Händen sich geistliche Güter befänden, betrachtet worden.

Aber wie unsicher und auf Schrauben gestellt waren doch diese Zugeständnisse, welche nicht einmal die Clausel des Religionsfriedens beseitigten! Sie garantierten die bestehenden Verhältnisse ausdrücklich nur für den Fall, daß sich beide Kreise stets in Uebereinstimmung mit der östreichischen Politik befänden und dieselbe thatkräftig zu fördern geneigt wären![1] Sie sicherten die Kreise nur vor einer gewaltsamen Restitution des Katholicismus! —

So wuchsen nach allen Seiten hin neue Verhältnisse aus den Trümmern des alten Reiches heraus; schon fing das östreichische Kaiserhaus an über den Territorialbestand selbst des innern Deutschlands ganz selbständig zu verfügen. Fast zu gleicher Zeit sicherte es sich privatim die Hilfe eines katholischen und eines protestantischen deutschen Staats in einer Sache, die doch eine Reichssache sein sollte, ohne auch nur die äußern politischen Formen, wie sie bis dahin üblich gewesen waren, äußerlich zu wahren. — Nur in einem Punkte widersetzten sich die in Mühlhausen versammelten Kurfürsten dem Begehren des Kaisers. Ferdinand II. stellte ihnen anheim, ob es nicht an der Zeit sei, bereits jetzt die Achtserklärung auszusprechen, auf welche von Spanien offen, von Baiern unter der Hand hingearbeitet wurde. Die Kurfürsten beantragten dagegen einen vorläufigen Aufschub und haben gerade durch ihre Weigerung der Sache Ferdinands und des Katholicismus einen überaus großen Dienst erwiesen.[2]

Als der Kurfürst von Sachsen auf der Rückreise von Thüringen in Merseburg eintraf, theilte er auch dem Administrator des Erzstifts Magdeburg, dem Markgrafen Christian Wilhelm von Brandenburg, das Resul-

1) Londorp, Acta publ. II (1630), S. 849 ff.

2) v. Aretin 135.

tat der Verhandlungen mit. Er war ſamt ſeinen Räthen ſo vollſtändig auf die Pläne der Katholiſchen eingegangen, daß der Präſident v. Schönberg zu den magdeburgiſchen Räthen die frevelhaften Worte äußerte: „Stroh und Kohlen ſeien nunmehr beiſammen, jetzt mangele es allein am Anblaſen auch im römiſchen Reiche.“ [1]

Dazu dachte ſich alſo Johann Georg auch in dem kaiſertreuen Chriſtian Wilhelm einen Gehilfen zu erwerben, und der Präſident v. Schönberg bemühte ſich den magdeburgiſchen Räthen einzureden, daß es ſich in Böhmen nicht um die Religion handele, und daß den Stiftern und ihren Beſitzern von den Katholiſchen keine Gefahr drohe. Sollte aber trotzdem den weltlichen Stiftsinhabern gegenüber der Grundſatz, daß Ketzern kein Verſprechen gehalten werden dürfe, zur Anwendung gebracht werden, ſo verſprach Kurſachſen bei dem niederſächſiſchen Kreiſe umzutreten und ihn zu ſchützen.

Trotzdem ertheilten die magdeburgiſchen Räthe nur ſehr wenig genügende Zuſagen. Chriſtian Wilhelm wollte im Verein mit Friedrich Ulrich demnächſt einen Kreistag berufen, auf welchem über die Verbindung mit Oberſachſen und über den Beitritt des niederſächſiſchen Kreiſes zu den mühlhäuſer Tractaten Beſchluß gefaßt werden ſollte.

Geneigter als die Räthe Chriſtian Wilhelms den Verſicherungen der ligiſtiſchen Häupter Glauben zu ſchenken war jedoch ihr Landesherr ſelbſt. Schon als die für Niederſachſen beſtimmte kaiſerliche Geſandtſchaft, der lutheriſche Herzog Julius Heinrich von Lauenburg und der Reichshofrath Hieronymus von Elvern Anfangs 1620 bei ihm vorſprachen, hatte er auf das Wol des Kaiſers mit den Worten getrunken: „möge S. M. in Allem, beſonders in Widererwerbung Ihrer Lande glücklich ſein, der Teufel diejenigen holen, welche es Ihr nicht gönnen wollen.“ [2] Er machte nun auf Kurſachſens Betrieb wirklich den Verſuch, auch Friedrich Ulrich für dieſen Standpunkt zu gewinnen. Ließ ſich dieſer zur Partei Johann Georgs hinüberziehen, ſo ſchien auch Chriſtian Wilhelm geneigt, eine feindſelige Stellung gegen Pfalz und die Union einzunehmen. Der Herzog von Braunſchweig aber ertheilte der kaiſerlichen Botſchaft, welche in jenen Tagen in Wolfenbüttel eintraf, einen mehr als befriedigenden Beſcheid. Er erklärte ſich willig und ſchuldig ſich gegen Ferdinand wie ein gehorſamer Fürſt und Stand des Reichs allerunterthänigſt zu verhalten und wies den Verdacht, ſich zu „widrigem verleiten und abführen zu laſſen,“ weit

1) Müller a. a. O. 373.
2) Hurter VIII. 215.

von sich. Mit Genugthuung vernahm er die Kunde, daß die kaiserlich ligistischen Armeen nur für defensive Maßregeln bestimmt seien und nicht zur Einziehung der reformierten Stifter. Auch daß der Kaiser einen Fürstentag vornehmlich zur Regelung der Frage über die vor und nach dem passauischen Vertrage eingezogenen geistlichen Güter in Person besuchen wollte, hatte einen guten Eindruck auf Friedrich Ulrich gemacht. Freilich hat dieser Botschafter dem Herzoge auch ein kaiserliches Präsent überbracht. Schon war auch Friedrich Ulrich auf dem Wege, sich persönlich mit seinem Schwager, dem Administrator von Magdeburg, zu verständigen, als plötzlich Landgraf Moriz in Wolfenbüttel eintraf und ihn auf andere Gedanken brachte. Nun hielt man zwar noch Ende Mai (28.) im Kloster Marienthal eine Zusammenkunft, allein ohne den eigentlichen Hauptzweck zu erreichen. Bevor Friedrich Ulrich sich nicht mit dem Könige von Dänemark, seinen lüneburgischen Stammesvettern und der braunschweigischen Landschaft in Einvernehmen gesetzt habe, verweigerte er nach irgend einer Seite hin bindende Zusagen.

Eben so wenig entsprach eine Vereinigung der militärischen Streitkräfte Niedersachsens mit den Heerhaufen Johann Georgs seinen Anschauungen: er wünschte vor allem den Kreis nicht von Truppen zu entblößen. Unter diesen Umständen fand man sich von Seiten Magdeburgs auch nicht bewogen weiter mit der Sprache herauszugehn und dem braunschweigischen Herzoge das Original der mühlhäuser Erklärungen vorzulegen.

Auch die celleſche Linie war um diese Zeit noch gegen Oestreich. Herzog Georg übernahm in Begleitung eines pfälzischen Agenten für den König von Böhmen eine Reise nach Dänemark, und Herzog Christian von Celle hegte wol dieselben Gesinnungen wie sein Bruder.[1] So war also in Niedersachsen jetzt die Stimmung eine getheilte, wie auch der Reichshofrath Otto Melander, der von Wien nochmals an das celleſche Fürstenhaus entsendet wurde, bezeugte. Am meisten östreichisch gebahrte sich der hohenzollern'sche Administrator von Magdeburg, Christian Wilhelm, die größte Sympathie für Böhmen und die Pfalz fand sich bei den welfischen Herzögen beider Linien.

---

1) Hurter VIII. 220. Derselbe macht komischer Weise hier zwei Herzöge Christian, welche verschiedene politische Gesinnungen haben sollen, aus einem. Er redet von einem Herzog Christian zu Lüneburg und Christian zu Braunschweig-Celle. Gemeint ist Christian der ältere (von Celle).

In zwei wichtigen Punkten freilich stellte sich bald eine vollständige Uebereinstimmung der braunschweigischen und der magdeburgischen Politiker so wie ihrer Fürsten heraus. Beide, der Herzog von Wolfenbüttel und der Administrator von Magdeburg, waren einverstanden, daß zunächst keine Veranlassung zur Berufung eines Kreistages vorliege. Man fürchtete, alle Parteien, der Kaiser, der König von Böhmen und die Union, würden dann um Unterstützung nachsuchen und den Kreis zu einer Entscheidung, die er so gern vermied, drängen wollen. Friedrich Ulrich erklärte sich ferner vollständig damit einverstanden, daß der niedersächsische Kreis zur Zeit noch keine Verpflichtung zur Unterstützung der Union habe, wie es die Vereinbarungen, welche man im Jahre 1615 auf dem Kreistage zu Hannover getroffen hatte, zu fordern schienen. Noch sei ja kein einziger Stand im Reiche dem Religionsfrieden zuwider durch unrechte Gewalt bedrängt; und allein für diesen Fall hatte sich damals der niedersächsische Kreis zur Beihilfe bereit erklärt.

So geheim nun aber auch alle diese Verhandlungen Christian Wilhelms mit Johann Georg und Friedrich Ulrich betrieben wurden, so gelangte doch eine vielleicht noch absichtlich entstellte Kunde davon in Kreise, durch welche die Absichten des Administrators von Magdeburg in das sonderbarste Licht gestellt wurden. Ende Mai (25.) übersendete wenigstens ein kurbrandenburgischer Kanzler, welcher sich bei dem Fürsten August von Köthen aufhielt, eine Denkschrift sonderbarster Art über diese Dinge. Ihr zu Folge hatte der fürstlich anhaltische Rath Johann Stallmann dem brandenburgischen Kanzler am 14. Mai mitgetheilt, daß auch der Administrator bald zu den Waffen greifen werde, und ihm sogar zwei mit Werbungen beauftragte Offiziere, Schlieben und Goldstein, namhaft gemacht. Zum größten Schrecken des Brandenburgers fuhr dann Stallmann fort: man möge nur abwarten, es werde nicht lange dauern, so würde der Herr Administrator Kurfürst von Brandenburg sein. Und dergleichen Gerüchte wurden wirklich öffentlich verbreitet. Am 16. Mai ließ August von Köthen den Kanzler nach der Mahlzeit ins Fenster rufen, um ihm über seine persönlichen Wahrnehmungen bei einem Besuche in Halle Mittheilungen zu machen. Hiernach sollte sich Christian Wilhelm vollständig auf die katholische Seite gestellt haben und sich sogar mit der Hoffnung schmeicheln, der Kaiser werde ihn und Kursachsen zu Commissaren zwischen den streitenden Parteien ernennen. Und als nun Fürst August den Ab-

miniſtrator auf die Gefahr hingewieſen hatte, welche er ſelbſt bei einem etwaigen Siege der Katholiken wegen der zahlreichen nach dem Religionsfrieden reformierten geiſtlichen Stiftungen des Erzbisthums laufen werde, hatte er getroſtes Muthes erwidert: „ſeinethalben habe es keine Noth, er wiſſe, wie er mit dem Kaiſer und den Papiſten ſtehe.“

Wer Chriſtian Wilhelm derartige Gedanken nahe gelegt hatte, wußte auch Auguſt von Köthen nicht mit Beſtimmtheit anzugeben.[1] Er ſprach die Vermuthung aus, daß es kaiſerliche oder polniſche Geſandte[2] geweſen ſein möchten. Mit größerer Zuverſicht hob er hervor, daß die Erſteren Verſprechungen auf Preußen gemacht hätten. Widerum ſchien es ihm aber auch möglich, daß Sachſen dahinterſtecke, welches ſich vielleicht durch Reſignation oder auf irgend einem andern Wege das Erzſtift Magdeburg anzueignen denke. Endlich ſprach auch der Fürſt von einem „rothen Mützlein,“ allein in einer Verbindung, deren Zuſammenhang dem Kanzler nicht deutlich war, und den er auch nicht durch eine beſondere Frage klar zu legen wagte.

Als der Kanzler aber mit dem erzſtiftiſchen Dombechanten in Magdeburg zuſammentraf und ihn von dieſen ſonderbaren Neuigkeiten in Kenntniß geſetzt hatte, fügte er warnend hinzu, die Domherren möchten ſich vor einer Reſignation hüten, durch welche vielleicht „das Erzſtift an die verwandt würde, an welche ſie es nicht gerne gebracht ſehen würden.“ Der Dombechant geſtand zu, gleichfalls derartige Gerüchte vernommen zu haben, tröſtete ſich jedoch mit der Hoffnung, daß ihr Landesherr ſeines Eides eingedenk bleiben werde. Unter den Räthen Chriſtian Wilhelms wurde vom Fürſten Auguſt vornehmlich der Kanzler Stißer als der Träger dieſer Politik bezeichnet.

Bei der Beurtheilung dieſer Angaben wird man vor allem im Auge behalten müſſen, wie viel den Unierten an einer wirkſamen Unterſtützung Kurbrandenburgs gelegen war, und daß daher derartige Inſinuationen von Seiten Anhalts geradezu den Zweck haben mochten, den ſchwankenden Georg Wilhelm zur Parteinahme anzureizen. Obwol es auch Chriſtian IV. ſehr übel empfand, daß ſich der Adminiſtrator „eine Zeit lang von dem

1) Herz. Archiv zu Bernburg.

2) Es ſind hierunter offenbar der Herzog Julius Heinrich von Sachſen-Lauenburg und der Reichshofrath Hieronymus v. Elvern, welche im Dec. 1619 in Dresden erſchienen, und der Kaſtellan von Elbingen, Melchior Weiher, der im Februar 1620 daſelbſt war, gemeint. Müller 322, 325.

niedersächsischen Kreise gänzlich alienierte,“ [1] so hat Christian Wilhelm an eine Erwerbung des brandenburgischen Kurhuts oder des Herzogthums Preußen als Preis einer solchen Politik wol kaum jemals ernstlich gedacht. [2] Und wenn man ihn selbst vielleicht auch durch derartige glänzende Vorspiegelungen zu verleiten suchte, seine der Mehrzahl nach in jeder Beziehung umsichtigen Räthe zogen stets eine aufrichtige Neutralität übereilter Parteinahme vor. Sie fühlten nur zu deutlich, daß sie sich vor einer Wahl befanden, welche — die Entscheidung mochte fallen, wie sie wollte — die wichtigsten Folgen nach sich zog. Beide Parteien, die Union und der Vertreter der Liga in Mitteldeutschland, Johann Georg, betrieben die schleunigste Berufung eines Kreistags: die erstere, um der im Jahr 1615 versprochenen Kreishilfe theilhaftig zu werden, jener, um den Kreis für die in Mühlhausen verabredete Politik zu gewinnen. Trat man diesem Vertrage bei, so verpflichtete man sich ausdrücklich zur thatkräftigen Unterstützung Oestreichs; suchte man sich einer bindenden Erklärung wenigstens vor der Hand zu entziehen, so mußte man sich auf das Aeußerste gefaßt machen, denn kein reformierter Bischof, den Administrator eingeschlossen, besaß auch nur die geringste Gewähr seiner Herrschaft.

So schien es denn in jeder Beziehung am vortheilhaftesten für die Stände des niedersächsischen Kreises, die Entscheidung und somit auch den Kreistag bis auf eine günstigere Lage der Verhältnisse hinauszuschieben.

Damit war freilich Johann Georg sehr wenig gedient: wenn auch die Räthe Christian Wilhelms den Gesandten der Unierten, welche im letzten Drittel des August die niedersächsische Kreishilfe nachsuchten, zu seiner großen Freude einen abschlägigen Bescheid ertheilt hatten, so wünschte er doch vor allem Gewißheit zu haben, „wie die Stände zu solcher Assekuration geneigt, was bei der Kaiserlichen Majestät sie zu thun beschlossen, oder sonsten die Katholischen sich zu versehen!“ [3]

1) Christian IV. an Christian von Minden, Flensburg 11. Nov. 1620. Kgl. Archiv in Hannover. Celler Briefsch. Des. 11, 125.

2) Auch Cameratius hörte zu Cöln an der Spree von diesen abenteuerlichen Plänen. Er schreibt am 12./22. Nov.: „Ich will Alles thun, damit den Magdenburg. Machinationen, dadurch man der Union den hannoverischen succurs entziehen und den Kreis mit Kursachsen conjungiren will, möge begegnet werden. Ich vernehme im Vertrauen, als wenn zwischen Sachsen und Magdenburg wegen der Kurbrandenburg und des Erzstiftes seltsame weitreichende consilia vorgingen.“ Söltl, Der Religionskrieg III. 107.

3) Schreiben Johann Georgs an Christian Wilhelm vom 26. Aug. 1620.

So vollständig hatte ein Kurfürst von Sachsen den besten Traditionen seines Hauses, dem höchsten Erwerb des nationalen Ringens seit Jahrhunderten den Rücken gekehrt!

Die protestantischen Großmächte und der Neutralitätsvertrag der Anion. Bethlen Gabor und Gustav Adolf.

Die Haltung Jacobs I. während der böhmischen Wirren vor der Wahl seines Schwiegersohns ist noch nicht hinlänglich aufgeklärt.[1] Was wir mit Sicherheit von ihr wissen, ist etwa folgendes. Christoph von Dohna, der in den ersten Monaten des Jahres 1619 sich in England aufhielt, hat für die pfälzischen Pläne, die schon damals auf die böhmische Krone zielten, wenigstens keine Ermuthigung gefunden.

Eben so wenig hat der König die Böhmen in ihrem Bestreben, dem Hause Habsburg die Krone überhaupt zu entziehen, direct unterstützt: die Generalstaaten mahnte er freilich bereits im Februar 1619, denselben mit Geld und Mannschaften unter die Arme zu greifen.[2]

Eigne Neigung sowie vor allem auch spanische Einflüsse legten ihm vielmehr den Gedanken nahe, durch friedlichen Ausgleich des Zwistes der Habsburger mit den Böhmen eine Bewegung zu stillen, von der man schon jetzt in ganz Europa deutlich fühlte, daß sie bedeutende Veränderungen des europäischen Staatensystems zur Folge haben werde.[3]

Nach dieser Richtung sollte denn auch der außerordentliche Gesandte Doncaster, welcher Anfangs Mai 1619 nach Deutschland gesendet wurde, wirken. Der Vertreter Spaniens in Wien, Graf Oñate, war angeblich angewiesen, ihm hierin beizustehen. Trotzdem war jedoch dies Bemühen erfolglos: nicht nur Ferdinand II., sondern auch der spanische Gesandte und die Liga wiesen Vermittelungsversuche einer fremden Macht in einer

---

1) Auch Gardiner's verdienstliche Briefsammlung Letters and other documents illustrating the relations between England and Germany at the commencement of the thearty years war. Sec. Ser. 1868 läßt noch manches dunkel.

2) Du Maurier an Puisieux, 27. Febr. 1619. Diese und andere werthvolle Angaben verdanke ich der Güte des Herrn Dr. Rudolf Reuß in Straßburg, welcher mir schon vor Jahren seine Excerpte aus der Collection Harlay in Paris in freundlichster Weise zur Einsicht überließ.

3) Jacob I. an Philipp III. 5./15. Sept. 1619. Gardiner 8. 9.

Sache zurück, welche bereits den Kurfürsten und dem Herzoge von Baiern zur Entscheidung unterbreitet sei.[1]

Es ist demnach nicht zu verwundern, daß sich Jacob keineswegs geneigt zeigte, dem Hilfsgesuche, welches die Union von Heilbronn aus im Juni 1619 an ihn richtete, zu entsprechen. Mit der Erklärung, daß er auf den Betrieb Spaniens und des Erzherzogs Albrecht das Amt eines Vermittlers und Schiedsrichters in dieser brennenden Frage übernommen habe, mahnte er vielmehr zur Mäßigung und drückte sogar sein Befremden darüber aus, daß der Bund sofort nach dem Abschluß eines neuen Vertrags mit ihm seine Hilfe beanspruche, die doch erst bei einem wirklichen Angriffe auf die Union geleistet werden sollte.[2] —

Allein eben so wenig wünschte Jacob das Haus Habsburg durch allzu große Nachgiebigkeit noch mehr zu stärken. Doncaster hatte auch den Auftrag, einen Aufschub der Kaiserwahl bis zu einem friedlichen Ausgleich der böhmischen Wirren herbeizuführen.[3] Und bei diesem Bestreben befand sich England anfangs im vollsten Einverständniß mit Kursachsen und der Pfalz: es konnte keinem deutschen protestantischen Staate daran liegen, Ferdinand II. vor seinem Frieden mit den Böhmen auch noch das Gewicht des kaiserlichen Namens zu verleihen. Allzuweit freilich gingen diese englischen Bemühungen, die Kaiserwahl zu verzögern, nicht: Jacob rieth schließlich seinem Schwiegersohn selbst, die Wahl, falls er sie nicht hintertreiben könne, zu gestatten.[4] Die englischen Diplomaten in Deutschland scheinen ferner alles aufgeboten zu haben, um die Reichsstände wenigstens in der Neutralität zu erhalten.

Je mehr jedoch England und die Pfalz die Kaiserwahl hinzuziehen suchten, um so mehr mußte dem Haus Habsburg und seinen Verbündeten an ihrer Beschleunigung gelegen sein. Die Böhmen aber fanden natürlich darin einen noch stärkeren Antrieb, Ferdinands Absetzung und eine Neuwahl energisch zu betreiben, und wurden hierin durch das Scheitern der englischen Vermittelungsversuche noch mehr bestärkt. Sie kamen in der That den deutschen Kurfürsten zuvor, und unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit eilte Christof von Dohna nach England, um Jacobs Zu-

1) Vgl. die Instruction für den englischen Gesandten in Spanien Sir Walter Aston, Whitehall 5./15. Jan. 1620 bei Gardiner 119 ff.

2) Söltl III, 52.

3) Rushworth, Hist. Collections I. 13. Gardiner 125.

4) Der Vnierten Protestirenden Archif S. 485.

stimmung entgegenzunehmen.[1] Vor der Wahl hat sich Friedrich von der Pfalz derselben demnach nicht versichert gehabt. Mit Ungeduld wartete indessen Anhalt der englischen Erklärung noch am 8. September.

Bei dem englischen Volke war Friedrichs Sache auch in den höchsten Kreisen durchaus populär; selbst in Hofkreisen ertheilte man ihm den Königstitel. Als das Conseil über die einzuschlagende Politik gehalten wurde, schrieb der durch Krankheit zurückgehaltene Erzbischof Abbot an den Staatssecretär Robert Naunton einen feurigen Brief, der mit den Worten schloß: Die Welt soll erkennen, daß wir wach sind, wenn Gott ruft. Ueber die Antwort, welche Dohna von Jacob empfing, sind wir nicht hinreichend unterrichtet. Sie war auf keinen Fall eine direct zustimmende, wenn sich der König auch vielleicht nicht so schroff ablehnend äußerte, wie er im Januar 1621 seinem Parlament mittheilte. Dieser Behauptung des Königs zu Folge hätten die Böhmen seine Entscheidung nicht abgewartet, sondern drei Tage nach der Ankunft Doncasters die Wahl vorgenommen. Vor der Hand ersuchte der König den Abgesandten seines Schwiegersohns, „die Fundamenta der böhmischen Stände, worauf sie ihre Wahl gegründet und was zur Beweisung diene, daß sie eine rechte Sache hätten," mitzutheilen.[2]

Allein auch nach dieser vollendeten Thatsache blieb wenigstens sein persönliches Urtheil dasselbe; er selbst ertheilte Friedrich den Königstitel nicht und duldete nicht einmal, daß er in seiner Gegenwart so genannt wurde. Nicht nur, daß ihm die Art der Wahl, welche ihm in derselben Weise, wie die politischen Anschauungen der Jesuiten, gegen das göttliche Recht des Königthums zu verstoßen schienen, davon zurückhielt, sondern auch seine ganze vermittelnde Richtung ließ eine derartige Parteinahme nicht zu.

Indessen gerade diese Zurückhaltung, welche Jacob vor und nach der Wahl bewahrte, machte die Sache seines Schwiegersohns nach derselben in den Augen des englischen Volks, welches sich diese Politik nur mit der Hinneigung des Königs zu Spanien erklären konnte, zur Sache des Herzens und der Religion, und daß durch diese Wahl auch die politischen Theorien des Königs einen so empfindlichen Stoß erleiden mußten, ließ sie in den Augen eines Puritaners fast als eine heimische Angelegenheit erscheinen.

---

1) Der Unierten Prot. Archif S. 506. Gardiner 48.

2) Voigt bei v. Raumer, H. Taschenb. J. 1853. S. 144.

Und so sehr Jacob die vorschnelle Annahme der böhmischen Krone auch mißbilligen mochte, nachdem sie nun einmal erfolgt war, wurde es doch auch für ihn tagtäglich schwerer, die Rolle eines bloßen Zuschauers durchzuführen. Nun stand ja doch sein Schwiegersohn dem Kaiser Ferdinand und nicht mehr einem habsburgischen Erzherzoge gegenüber. So sehr der König daher auch in Wien und Madrid jede Mitwirkung an dieser ganz Europa in Bewegung setzenden Veränderung der Dinge in Abrede stellte, schon die Rücksicht auf sein eignes Land gebot ihm, seinen Schwiegersohn nicht völlig rath- und hilflos zu lassen. Seine persönlichen Anschauungen erlitten freilich auch hierdurch keine Veränderung. Unverholen ließ er, als Dohna[1] im Anfang des Januars 1620 wider in England erschien, seiner übeln Laune gegen den treuen Agenten die Zügel schießen. „Alle Wetter," fuhr er ihn an, „könnt ihr mir einen guten Grund zur Beschönigung des Einfalls angeben, welchen der Kurfürst-Pfalzgraf in fremdes Besitzthum gemacht hat?" Und als Dohna das durch die Wahl begründete Recht hervorhob, erwiderte er: „Wie, ihr glaubt, daß Unterthanen die Macht haben, ihre Fürsten abzusetzen?" — und gab darauf dem Gespräche eine Wendung, welche seine Besorgniß vor einem ähnlichen Schicksal rückhaltslos aufdeckte. Auch der Unionsgesandte Buwinkhausen gewann ähnliche ungünstige Eindrücke von der Bereitwilligkeit Jacobs den Vertragsbedingungen nachzukommen.[2] Der Prinz von Wales aber übertrug den Abscheu vor der Sache sogar auf die Person des Schwagers und der Schwester, die er im Verdacht hatte, den Puritanern gewogen zu sein.

Unaufhörlich quälte den König der Gedanke an die Rechtmäßigkeit der böhmischen Vorgänge: schon jetzt fing man an seine Absicht thatkräftig in diese Verhältnisse einzugreifen in Zweifel zu ziehen. Die englischen Gesandten in Frankreich und in Savoyen waren und blieben ohne Instruction. Trotzdem drohte Jacob freilich den spanischen Agenten, wenn man ihm die Rechtmäßigkeit der Absetzung Ferdinands und der Wahl seines Schwiegersohnes beweise, die Sache des letzteren mit Gut und Blut zu unterstützen. Graf Dohna mühte sich jedoch zu derselben Zeit, wo sich Spanien zum Einfall in die Pfalz rüstete, vergeblich mit historisch-diplomati-

1) Der Baron Aune bei v. Raumer, Briefe aus Paris II. 295, kann nur ein Dohna sein. Allein Christoph v. Dohna war es nicht. Vgl. v. Raumer, H. Taschenb. J. 1853. S. 161.

2) Carleton, Lettres III. 287.

schen Erörterungen über das böhmische Wahlrecht ab, welche bis auf die goldene Bulle, ja bis auf Friedrich II. zurückgingen.[1] Und doch wurden wider in den Frühlingsmonaten dieses Jahres Anstalten getroffen, welche auf ein kriegerisches Einschreiten schließen ließen. Anfangs März hörte der böse Genius Jacobs I., der spanische Gesandte Gondomar, bei seiner Ankunft in London die Trommeln in den Straßen für den Pfalzgrafen rühren. Ein Schotte Namens Gray hatte endlich vom König die Erlaubniß erhalten, 2500 Mann Fußvolk in England zu werben, und war auch mit Geldmitteln versehen worden. Er war es, der in London offene Werbungen veranstaltete. Der König ließ ferner, angeblich für die Kirche St. Paul, eine Collecte sammeln, die der allgemeinen Ueberzeugung nach ebenfalls dem Pfalzgrafen zu Gute kommen sollte. Vom Lordmaire wurde Jacob die Sache seines Schwiegersohns in der Kirche empfohlen.

Diese wenn auch schwachen Anstrengungen hätten immerhin auf Seiten der Gegner Bedenken erwecken können, wenn Jacob nicht von vorn herein bemüht gewesen wäre, ihre Kraft wider abzuschwächen. Er ließ Gondomar ausdrücklich zu wissen thun, daß ihn die Drohungen der Puritaner mit einer Revolution zu Rüstungen für den schändlichen Usurpator veranlaßten. Doch beschleunigte er Ende April auch den Aufbruch jener 2500 M. — Mit diesem Doppelspiel glaubte die übersichtige Politik des Königs dem Pfalzgrafen doch noch zu nützen: sie hoffte dadurch offene Feindseligkeiten des Papstes, Spaniens und der nicht direct betheiligten katholischen Mächte abwenden zu können.[2] Und da man von den geheimen Geldunterstützungen der katholischen Staaten Kunde hatte, schlug Jacob denselben Weg ein: er ließ seinem Schwiegersohne im Sommer 1620 durch Dänemark Unterstützungen zukommen. Allein trotzdem gab der König seine Friedens- und Vermittelungsgedanken auch jetzt noch nicht auf. Als er von den französischen Ausgleichsversuchen hörte, ließ er durch Eduard Conway und Thomas Barret bei den katholischen Bundesverwandten und bei der Union im Einverständniß mit den französischen Gesandten gleichfalls Friedensmittel vorschlagen. Er suchte zuerst auf die die Pfalz bedrohenden Fürsten zu wirken: die Erblande seiner Enkel wollte er auf jeden Fall schützen; nur diese hat seine Politik wirklich ernstlich ins Auge gefaßt. Allein auch die hierauf bezüglichen Maß-

1) Gardiner S. 138 ff.
2) Hammarstrand, Försök I. 222.

nahmen erschienen nach keiner Seite hin ausreichend und der Größe der Gefahr entsprechend. Alle Mahnungen Carletons und der Generalstaaten, den Spaniern eine Achtung gebietende Truppenmacht entgegenzustellen, blieben vergebens. [1]

Dieses Bestreben des Königs Jacob, einen Krieg am Rhein zu vermeiden und der Union zunächst wenigstens eine passive Rolle anzuweisen, wurde hauptsächlich durch Frankreich unterstützt, denn auch Frankreich hatte an diesen deutschen Wirren ein eben so großes politisches wie religiöses Interesse. Ludwig XIII. war gleichfalls ein Gegner der Böhmen und ihrer Verbindung mit der Pfalz. Er ermahnte den Pfalzgrafen, die Krone nicht anzunehmen und ließ auch in England ähnliche Vorstellungen machen. [2] Seinen Königstitel hat auch er nicht anerkannt. Von vorn herein aber eine schroffere Stellung einzunehmen, daran verhinderten den König die unsichern, ja drohenden Verhältnisse des eignen Landes, so wie die Rücksicht auf die schwankende Haltung Englands und die augenscheinliche Unterstützung der deutschen Protestanten durch Holland.

Erst das Erscheinen des kaiserlichen Gesandten Wratislaw von Fürstenberg, welcher gegen den Schluß des Jahres 1619 französische Hilfe nachsuchte, veranlaßte den König sich näher zu erklären. Man wußte, daß der Herzog von Bouillon, der sich rühmte, während man in Frankreich Ritter des heiligen Geistes mache, mache er Könige in Deutschland, im genauesten Einverständniß mit dem Pfalzgrafen stand. Bentivoglio nannte ihn sogar nach der Schlacht von Prag noch „Architetto principale di tutti questi disegni del Palatino suo nipote.“ [3] Man schreckte Ludwig XIII., der Ferdinand II. überdies damals persönlich sehr gewogen war, sogar mit dem Hinweis auf eine eventuelle Nachfolge des Pfalzgrafen in England. — Auch der Pfalzgraf drückte wenige Wochen nach seiner Wahl dem Herzoge von Bouillon den Wunsch aus, daß Frankreich neutral bleiben möchte. [4] Dieser selbst aber bat am 1. Januar

1) Vgl. Carletons Brief an Jacob vom 14. Juni, sowie das Schreiben der Generalstaaten vom 25. Juni, Carleton III. 333 ff. u. 348.

2) Lettere del cardinal Bentivoglio .. al duca di Monteleone .... Paris 1. Oct. 1619. Di qua s'è dichiarato subito questo Rè, che non può approvar così fatta elettione, e con termini molto risoluti hà esortato il Palatino medesimo a non accettar la .. S. 256.

3) Brief vom 26. Novbr. 1620 a. a. O. S. 352.

4) Heidelberg 14. Septbr. 1619. Ambassade Extraordinaire de Messieurs les Duc d'Angoulesme, Comte de Bethune, ... S. 95.

1620 den König geradezu, die alten und sichern Verbündeten der Krone Frankreich, eben die unierten deutschen Protestanten, den neuen vorzuziehen, um dem Umsichgreifen des habsburgischen Hauses Einhalt zu thun. Dazu konnte sich indessen Ludwig XIII. damals noch nicht verstehen; das Höchste, was die leitenden französischen Staatsmänner den englischen Gesandten, Edward Herbert, hoffen ließen, war Neutralität. Und auch hierbei setzten sie voraus, daß Friedrich den böhmischen Katholicismus nicht schädigen und keinen Anspruch auf das Reich erheben werde.[1] Durch eine förmliche Unterstützung des Pfalzgrafen hätte sich Ludwig in Widerspruch mit seiner eignen innern Politik, welche die Ausrottung der Reformierten gerade in dieser Zeit wider eifrig betrieb, setzen müssen. Die französische Politik wußte damals die Unterstützung der Protestanten Deutschlands noch nicht mit einem Kampfe gegen die Reformierten in Frankreich zu vereinigen.

Der König ertheilte demnach Fürstenberg eine im Ganzen zusagende Antwort: auf eine erneute Mahnung durch den Reichshofrath Kurz von Senftenau sammelten sich an der Ostgrenze des Reichs schon französische Truppen. Allein bald erlangte trotzdem eine andere Anschauung die Oberhand, welche sicherlich auch durch die Wahrnehmung, daß Spanien in diese Verhältnisse eingreifen werde, veranlaßt worden ist. Hatte Frankreich wirklich nöthig, den Kaiser in Deutschland allmächtig zu machen? Man sah doch deutlich, daß eine active Betheiligung an diesen Kämpfen zu Gunsten des Hauses Habsburg den Widerstand der Reformierten im eignen Lande verstärken und die Souveränetät des Königs beeinträchtigen werde. Ja man legte den neuen Bewegungen der Hugenotten geradezu die Absicht unter, den König von einem Eingreifen in die deutschen Verhältnisse zurückzuhalten. — In einem Memoir, welches Jeannin im Februar (1620) dem Könige einreichte, tritt jedoch auch die Furcht vor einem vollständigen Siege der deutschen Protestanten deutlich zu Tage. Jeannin fürchtete von einem solchen Siege die gänzliche Ausrottung des Katholicismus

1) Gardiner 113. 114. — J'estime Sire, qu'il seroit de vostre Prudence et de vostre Seruice, de preferer les anciens et plus asseurez Alliez de vostre Couronne, et de les proteger et secourir s'ils en auoient besoin, pour arrester le progrez de la Maison d'Austriche et d'Espagne, qui pourroit le faire au desauantage de leurs Estats s'ils se trouuoient foibles, ainsi qu'il a esté de tout temps pratiqué par les Rois vos predecesseurs, lesquels ont tousjours fauorisé ceux que cette ambitieuse Maison a voulu opprimer .. Sedan 1. Jan. 1620. Ambassade 98.

im Reiche so wie eine Theilung der Kirchengüter und besorgte, daß sich die Bewegung dann auch nach Frankreich fortsetzen werde.[1] Und so kam man denn vornehmlich auch unter dem Eindrucke der finanziellen Schwierigkeiten, welche einer kriegerischen Action im Wege standen, auf den Gedanken, den Einfluß der französischen Krone für eine gütliche und vertragsmäßige Beilegung der deutschen Wirren einzusetzen. Man vermied dadurch, irgend einer Partei zum Siege zu verhelfen, und wirkte zugleich auch der englischen Politik, welche man in den deutschen Dingen für doppelzüngig hielt, entgegen. Zu diesem Behufe ging eine feierliche und zahlreiche Gesandtschaft unter Führung des Herzogs von Angoulême, ferner des Grafen Bethune und des Abbé von Béaux nach Deutschland, um wo möglich alle Interessenten für diese gütliche Ausgleichung der Sache zu gewinnen, welche den deutschen Habsburgern Böhmen unter den alten staatsrechtlichen Formen vor der Revolution und Friedrich V. seine Erblande, die Kurpfalz, wider zuweisen sollte.[2]

Nur wenn dieser Plan mißlang, d. h. wenn die Protestanten ihn kreuzten, sollten die französischen Truppen die Freunde des Kaisers und der Kirche unterstützen. Dem Pfalzgrafen, welchem, wie erwähnt, auch Ludwig XIII. den Königstitel nicht zugestand, wurde zugemuthet, der eben erlangten Krone wider zu entsagen, den Unierten sich von einer Betheiligung an dem böhmischen Kriege fern zu halten.[3] Um zu einer solchen friedlichen Ausgleichung zu gelangen, sollten die Parteien eine allgemeine Waffenruhe eingehen und sich dann auf einem Congreß, zu welchem auch ausländische Fürsten hinzugezogen werden konnten, vertragen.[4] Daß die Gesandtschaft freilich zugleich auch die Gegner des Hauses Habsburg schwächen sollte, gestand Jeannin geradezu: der geringste

---

1) Chacun louera son entreprise et dessein, et jugera que ce'st avec prudence qu'il craint que le contrecoup du mal qui peut arriver par la Victoire absolue des Protestants, ne tombe enfin sur les Estats, et soit cause de rendre plus insolents et moins obeïssants ceux qui font profession de la mesme Religion qu'eux. Ambassade 30.

2) Aehnlich sah man die Sache auch in den Niederlanden an, Carleton III. 294.

3) Instruction donnee a Messieurs les Duc d'Angoulesme, Comte de Bethune et de Beaux, Ambassade 1 ff.

4) Ce qui sera facile par le moyen d'vne Conference amiable des Deputez parties principales, et des autres interessez et amis communs qui s'entremettent en leurs differends. Ambassade 5.

Gewinn, welchen er nach dieſer Seite von ihr erwartete, beſtand in der Trennung der Lutheraner von den Calviniſten. Trotzdem äußerte ſich ein Geſandter Friedrichs von der Pfalz, der ſich damals in Paris befand, Walmerode, über die Abſichten Frankreichs mit dieſer Geſandtſchaft ſehr zufrieden. Schien ſie doch dem Plane Bethlen Gabors, ſeinen mit Ferdinand II. eingegangenen Waffenſtillſtand auch auf Böhmen und Oeſtreich auszudehnen, eine gewichtige Unterſtützung zu verleihen. [1]

Von Nancy aus kündigten die Geſandten ihr Erſcheinen auf dem Unionstage zu Heilbronn, der jedoch in der That der von Baiern drohenden Gefahr wegen nach Ulm verlegt wurde, an (19. Mai). Von den Unionsmitgliedern nahmen der Markgraf Joachim Ernſt, der junge Landgraf Wilhelm von Heſſen, Vertreter ſeines Vaters Moriz, ferner der Herzog Johann Friedrich von Würtemberg einen hervorragenden Antheil an demſelben. Unter ihnen waren der Landgraf von Heſſen und der Herzog von Würtemberg Frankreich beſonders ergeben, [2] den letzteren nannte Ludwig XIII. ſeinen Alliierten; er ſchien vorzugsweiſe aus Beſorgniß für die Grafſchaft Mümpelgard ſein Auge auf den König gerichtet zu haben.

Auf dieſer Verſammlung ſollte ſich die Union endgiltig über ihre Politik erklären; ſie ſollte entſcheiden, ob ſie ſich an dem böhmiſchen Kriege direct oder indirect betheiligen oder mit der Liga, deren Heere ihr gegenüber ſtanden, in Frieden leben wollte. Bairiſche Geſandte, unter ihnen auch der Kanzler Joachim von Donnersberg, fanden ſich ein, um die ewig Zaudernden zu einer Entſcheidung zu treiben. Die Truppen der Union ſtanden in einer Stärke von höchſtens 13,000 M. in der Nähe von Ulm, die Streitkräfte der Liga in bedeutender numeriſcher Ueberlegenheit bei Lauingen und Günzburg.

Die Unierten erklärten ſich im Anfange zur Vertheidigung der Pfalz verpflichtet, obwol ſie mit der böhmiſchen Sache nichts zu thun haben wollten. Die Annahme der Krone von Seiten des Pfalzgrafen rechtfer-

---

1) Friedrich von der Pfalz ſuchte hierzu die Unterſtützung Ludwigs nach; vgl. ſeinen Brief an den König vom 20. März 1620 bei Villermont, Ernest de Mansfeld I. 243 ff.

2) Ambassade 195. Puiſieuxs Urtheil über Moriz von Heſſen lautet: Il est grand Caluiniste mais nullement factieux, et tesmoigne affection particuliere au nom et seruice du Roy, Ambassade 318. 320.

tigte Joachim Ernst den Franzosen gegenüber widerholt damit, daß Friedrich sie nicht in die Hände Bethlen Gabors oder des Türken habe kommen lassen wollen. Allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz betonten jedoch die Unionsmitglieder ihr Vertrauen auf die staatische Unterstützung, welche sie auf etwa 12,000 M. berechneten, so wie auf die englische Anleihe bei Dänemark, die angeblich 100,000 Pfund betragen sollte.[1] Und auch als die französischen Unterhändler den würtembergischen Rath Buwinkhausen von den spanischen Rüstungen in Kenntniß setzten, verzweifelte man noch nicht: man tröstete sich mit der Hoffnung, daß der Prinz von Oranien den Spaniern auf dem Fuße folgen werde.[2] Noch einmal wandten sie sich an den Kaiser, baten um Abstellung der Hofprocesse und suchten die gefürchtete Achtserklärung gegen Kurpfalz durch Vorstellungen abzuwenden. Sie erinnerten Ferdinand, sich hierin ja nicht zu übereilen, „sondern kaiserlich bei sich zu erwägen, was auf den unverhoffenden Fall über den ohne das sehr baufälligen und gefährlichen Zustand für ein neu Feuer, Jammer, Elend und Blutvergießen im heiligen Reich würd erweckt werden, und wie sogar leicht geschehen könnte, daß andere ausländische Potentaten und Gewalten, welche bis dahero dem Handel zugesehen, sich darein schlagen, und endlich eine Totalauflösung des Haupts und dessen Glieder darauf erfolgen möchte." Ihre schon dem Grafen von Hohenzollern gegebene Erklärung, die Pfalz zu vertheidigen, widerholen sie auch jetzt noch.[3]

Wahrscheinlich waren die Unierten davon unterrichtet, wie sehr sich die Verhältnisse in Frankreich bereits wider zu Gunsten der deutschen Protestanten geändert hatten. Die Trennung der Königin-Wittwe von ihrem Sohne ließ einen neuen Kampf der Großen gegen die Krone befürchten; schon besorgte jener eifrige Cardinal, daß die französischen Truppen viel eher in das Innere des Landes zurückkehren, als in Deutschland einfallen würden.[4]

Erst allmählich ließen die Fürsten auf die Kunde von den bedeutenden Rüstungen der Katholischen in Flandern und in Italien den Muth

1) Ambassade 175.

2) Ambassade 177.

3) Schreiben der Unierten an den Kaiser, Ulm 9. Juni 1620; Sattler, Gesch. Würtembergs VI. Beilagen 130 ff.

4) Lettere del Cardinal Bentivoglio 300.

sinken. Das Mahnschreiben des Pfalzgrafen verhallte wirkungslos. Verbot er ihnen doch geradezu vor der Hand weiter in seinen Schwiegervater zu dringen, ohne daß er ihnen einen andern Trost geben konnte, als daß er sich bemühen werde, wie Jacob „mit Gelegenheit bei gutem Wolmeinen zu erhalten und demselben die dubia, so viel möglich, zu benehmen," und daß bei einem Angriffe der Spanier die Staaten eine Diversion machen und sich seiner Erblande annehmen würden![1] Wie konnten die Unierten unter solchen Umständen daran denken, sich mit Bethlen Gabor Friedrichs Wunsche gemäß zu verbinden? Nach solchen Erfahrungen scheint allmählich eine große Rathlosigkeit bei den Verbündeten um sich gegriffen zu haben. Sie wird unter anderm auch durch das Antwortschreiben auf die Mahnungen des mühlhäuser Fürstenconvents bezeugt.[2] Dem zu Folge wissen sie, „bei diesen extremis der Hauptsachen desto weniger einen Ausschlag zu geben und sich mit derselben zu beladen;" sie versichern in einem Athem ihre Anhänglichkeit für den Kaiser und für die christliche und untadelhaftige Union. Obwol sie bezweifeln, daß dem böhmischen Werke mit dem von der Fürstenversammlung in Aussicht gestellten bewaffneten Einschreiten geholfen werden könne, legen sie zugleich mit staunenswerther Naivetät das Geständniß ab, „daß wir bei uns nicht befinden, was wir nunmehr bei so beschaffenen Dingen und höchst erbitterten Gemüthern zu thun, und wohero E. D. uns unserer verpflichten Schuldigkeit so stark zu erinnern Ursach haben."

Sie gaben daher endlich ihre Geneigtheit zum Frieden mit Baiern, als Vertreter der Liga, zu erkennen und wünschten nur auch den Erzherzog Albrecht als correspondierendes Glied des katholischen Bundes, den Pfalzgrafen, ja sogar König Jacob und die Generalstaaten in den Vertrag einzuschließen, worauf natürlich weder Baiern noch Franzosen eingingen. Man stellte ihnen dagegen vor, daß sie von Spaniern und Baiern in die Mitte genommen werden würden, und schob ihnen die volle Verantwortung für das aus einem solchen Kriege entstehende Unheil zu;[3] den Vertrag auf Erzherzog Albrecht auszudehnen, weigerte man sich beharrlichst. Ver-

1) Prag 11./21. Juni 1620. Der Vnierten Protestirenden Archif S. 526 ff.

2) Ulm 12. Juni.

3) Il falloit de necessité ou qu'ils cedassent à la raison, ou que ne s'y voulant pas soumettre, ils fussent taxez dans le public d'estre les promoteurs d'vne guerre fort injuste. Ambassade 187.

gebens brachten die Unierten den Franzosen noch in Erinnerung, welches Interesse der König an dem Fortbestehen ihres Bundes nehmen müsse; wie sehr er gerade dabei betheiligt sei, daß die Pfalz, deren Fürsten stets eine so große Hinneigung zu Frankreich an den Tag gelegt hätten, unter keinem Vorwand angegriffen würde. Die Franzosen behaupteten ihren Standpunkt. Schon wollten die katholischen Bevollmächtigten aufbrechen, der Herzog von Baiern musterte bei Lauingen seine Heerschaaren, als der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg sich zum Nachgeben bereit erklärten. Da sie fühlten, daß sie England im Stich lasse, wie selbst Buwinkhausen andeutete, ließen sie das Schwert in der Scheide und schlossen am $\frac{23. \text{ Juni}}{3. \text{ Juli}}$ zu Ulm endlich ab. Evangelische und Katholische versprachen in „rechtschaffnem, ungefärbtem Frieden, Ruh und Einigkeit" zu verharren und gestatteten einander sogar Truppendurchzüge. Der Vertrag sollte alle Fürsten und Stände beider Verbindungen und auch Kurpfalz samt seinen im Reich gelegenen Erblanden umfassen, allein „nit weiter extendiert" werden.[1] Böhmen und die incorporierten Lande, sowie die östreichischen Erblande waren ausdrücklich von diesem Vertrage ausgeschlossen. Mit dem Motto: „Selig sind die Friedfertigen" veröffentlichten die Unierten ihre Vereinbarung, welche die französischen Unterhändler wolweislich nicht unterschrieben.[2]

In der That, Frankreich verdiente die Lobsprüche, welche Baiern ihm zollte; es hatte dem Herzog und der Liga den Rücken gesichert, und Maximilian machte sich sofort auf, um dem Kaiser seine Lande wider zu erobern und die Früchte des Vertrags von München zu pflücken. Die Franzosen aber glaubten schon den englischen Einfluß auf die Unierten beseitigt zu haben und wiesen diese auch für die Zukunft an Ludwigs XIII. Unterstützung, worin Buwinkhausen eine nicht geringe Befriedigung fand.[3]

---

1) Sattler, Gesch. des Herzogthums Würtemberg VI. 134.

2) Vgl. hierüber auch Reuß, Straßburg und die evangelische Union, Alsatia Jahrg. 1868. 378 ff.

3) Au reste nous avons creu devoir porter lesdits Princes et Estats Vnis à esperer et attendre toute leur conseruation de la bonne volonté du Roy, en les desabusans et leurs ostant cette creance et fausse persuasion où ils ont esté quelque temps, que le Roy de la Grand'-Bretagne leur fust plus vtile et plus asseuré que sa Majesté Tres-Chrestienne; ce qui ne nous a pas esté difficile à leur persuader, puis qu'ils semblent desia auoir quelque mescon-

Weit über alles Erwarten pünktlich hatte die Union die Friedensmahnungen Englands erfüllt und die Bahn betreten, auf welcher sie so viel Schmach und Hohn auf die Häupter ihrer Glieder häufen sollte. Wenn ein englischer Politiker dem Vertrage in der Erwartung, daß die Unierten trotzdem die Pfalz wie ihr eignes Land würden vertheidigen müssen, keine große Bedeutung beimaß, so bewies er eben damit seine vollständige Unkenntniß der innern Verhältnisse des Reichs.[1]

Auch nach dem Abschlusse jenes Vertrags scheinen die Unionstruppen noch eine Zeit lang an der Donau stehen geblieben zu sein, obwol ein niederländischer Agent Randtwick sie mahnte, den Spaniern am Rhein zuvorzukommen.[2]

König Christian IV. von Dänemark sehen wir in dem kritischen Jahre 1619 nur bemüht allen andern Interessen zum Trotz seine dynastische Politik gegen protestantische Fürsten und Städte Norddeutschlands zum Siege zu führen. Ja es schien geradezu, als ob er die Wirren im Reich als eine gute Gelegenheit zum Zugreifen benutzen wollte: die Hansestädte und Holland maßen ihm wenigstens diese Absicht bei.[3] Selbst die außerordentlich freundliche Stellung, welche der König im Anfang des Jahres 1619 gegen Schweden eingenommen hatte, glaubte man nur so deuten zu können, daß er damit Gustav Adolf von den Niederlanden trennen wollte. Zu diesem Behuf stellte er sogar eine Verheirathung mit der

---

tentement dudit Roy, et mesme Buwinkhausen nous dit hardiment, qu'ils estoient tres-aises que cet accommodement se fust fait par la protection et par l'entremise du Roy, pour donner à connoistre à celuy de la Grand'-Bretagne qu'ils ne demeuroient pas sans appuy. Schreiben der Gesandten an den König vom 7. Juli 1620. Ambassade 191.

1) Dudley Carleton an den Staatssecretär Naunton 10. Juli 1620. Carleton, Lettres III. 350.

2) Vreede, Inleiding II, 2. 194.

3) Carleton, Lettres III. 245. On croit effectivement ici, que dans cette combustion générale le Roi de Danemark a d'autres fers au feu pour son propre compte, étant occupé à-présent à bâtir un fort sur l'Elbe, qu'il appelle Geluckstadt, du côté oposé à Stade, et à poursuivre ses prétensions pour son fils sur l'Archevêché de Brème, par où il seroit Maître de tous les principaux passages par mer en Allemagne. Dudley Carleton an den Staatssecretär Naunton 28. März 1620. Carleton, Lettres III. 288. 292.

Königin-Wittwe in Aussicht, ließ einen Erbvergleich zwischen beiden Kronen hoffen und bot endlich eine Allianz an. Nicht ohne Rücksicht auf seine bevorstehende Vermählung mit der dem dänischen Königshause so nahe verwandten brandenburgischen Prinzessin und in der Hoffnung, Elfsborg bei dieser Gelegenheit wider zu gewinnen, erschien dann Gustav Adolf auch zu einer persönlichen Besprechung mit Christian in Halmstadt (25. Febr. 1619).[1]

Wenige Wochen darauf trug sich jedoch ein Vorfall zu, welcher die zum Glück für die Städte einander vielfach bekämpfenden fürstlichen Interessen Norddeutschlands zu einigen schien. Auch hierbei war der allgemeinen Meinung nach dänischer Einfluß vorwaltend. —

Schon seit dem Jahre 1438 waren wegen des in den Vierlanden gelegenen Gammerdeiches und der damit in Verbindung stehenden Stapelgerechtigkeit auf der Elbe Streitigkeiten zwischen dem fürstlichen Hause Lüneburg und den Städten Lübeck und Hamburg ausgebrochen. Das erstere hatte immer geltend gemacht, daß durch die Anlegung jenes Deiches der Elblauf eine den lüneburgischen Landen nachtheilige Richtung erhalten habe, und schließlich den Weg des Processes beschritten. Am 19. April 1619 entschied endlich das Reichskammergericht zu Ungunsten Hamburgs. Da sich dieses aber weigerte, dem Rechtsspruche Folge zu leisten und ein Inhibitorium auswirkte, sollte es auch hier zu Thätlichkeiten kommen. Schon forderte der hamburgische Syndicus Dr. Müller mit Hinweis auf das hanseatisch-niederländische Bündniß Hilfe bei den Generalstaaten, welche indessen aus Rücksichtnahme auf den Herzog von Lüneburg zu einem friedlichen Vergleich riethen.

Da griff Lüneburg im folgenden Jahre zu den Waffen, setzte bei Winsen am Zollenspiker 50 M. über die Elbe, durchstach den Gammerdeich und ließ 2000 Musketiere, 1500 Bauern und 600 Reiter in die Vierlande einrücken.[2] Die Sache war um so auffallender, als Herzog Christian von Lüneburg Oberster des niedersächsischen Kreises war und mit den Hansestädten im Bündnisse stand. Das hierbei am nächsten mitbetheiligte Lübeck verweigerte der Schwesterstadt verzagt die Hilfe: es war der Ansicht, daß der größte Theil der Fürsten des niedersächsischen Kreises mit Lüne-

1) Pauli 439.

2) Niels Slange a. a. O. II. 141. Pauli 444 ff.

burg einverstanden sei;[1] der Herzog von Wolfenbüttel habe drei Compagnien gesendet, und auch Oldenburg, der Administrator von Magdeburg, Herzog August von Sachsen-Lauenburg seien dabei betheiligt. In dem Dänenkönige aber sah die Stadt den geheimen Urheber des Ueberfalls, der im Nothfalle Lüneburg auch nicht sitzen lassen werde. Trotzdem gelang es jedoch den Hamburgern mit Unterstützung des Herzogs von Holstein-Gottorp die Lüneburger über die Elbe zurückzuwerfen. Ihrer weiteren Verfolgung setzte jedoch das Machtwort Christians IV. ein Ziel. Unter Vermittelung der Generalstaaten wird die Sache in Boitzenburg verglichen.

In das ganze System dieser dänischen Bestrebungen gehörte auch die Befestigung von Glückstadt, welche im Mai dieses Jahres begonnen wurde.

Allein auch noch andere Gewaltmaßregeln hatte der König um diese Zeit ergriffen. Zwei dänische Kriegsschiffe lagen seit einiger Zeit auf der Elbe und zwangen jedes vorüberseglende Boot die Flagge zu streichen und seine Ladung zu declarieren. Darauf durchsuchte man die Fahrzeuge ohne weiteres. Wollte man sich dem nicht in Gutem fügen, so setzte man sich einer Beschießung aus.[2] Auch hierbei hatte es der König vorzugsweise auf Hamburg abgesehen; er erklärte dem niedersächsischen Kreise offen, er wolle verhindern, daß die Hamburger allen Handel „monopolischer Weise" an sich zögen. Er nannte den Elbstrom, so weit er Holstein begrenzt, „seinen freien Elbstrom und unstreitigen Grund und Boden," und behauptete, daß die Hamburger als „erbgehuldigte Unterthanen" die Flagge senken müßten. Hamburg nahm in seiner Beklemmung die Hilfe des niedersächsischen Kreises in Anspruch.

Schon fürchtete man in Holland, daß auch bald Elb- und Weserzölle auferlegt werden würden. In größter Besorgniß gaben die Staaten dem Kapitel von Bremen den Rath, während der gegenwärtigen deutschen Wirren die Ernennung eines Coadjutors zu vertagen, um den König nicht zum Beherrscher der deutschen Ströme zu machen und um nicht andere Ansprüche erhebende Fürsten zu beleidigen.[3] Ihre Besorgniß mochte um so tiefer gehen, als sie bereits wußten, daß Christians Pläne auch einem westfälischen Stift zugewendet waren.

1) Vgl. hierüber auch Wurm, Studien über die Lebensschicksale des Foppius von Aitzema, Hamburg 1854. S. 21. 22.

2) Carleton III. 311. Hierauf bezügliche Schreiben bei Londorp, Acta publ. I. 786 ff.

3) Carleton III. 375.

Bereits im März des Jahres 1619 hatte der König in der That seine Augen auf das Stift Paderborn geworfen, auf welches ihm seiner Mittheilung nach eine evangelische Partei Anerbietungen gemacht hatte. Auch hierüber verhandelte er mit den Generalstaaten, erhielt jedoch von Aerssens eine nur allgemeine, im Grunde ausweichende Antwort.[1] —

Die Anschauungen Christians IV. über die böhmische Sache vor der Wahl des Pfalzgrafen und vor der Kaiserwahl haben für unsern Zweck geringere Bedeutung. Es wird berichtet, daß die dänischen Reichsräthe schon im Jahre 1619 geneigt gewesen seien, den böhmischen Ständen 100,000 Thlr. zu leihen.[2] Allein die Absicht scheint nicht ausgeführt worden zu sein.

Wir wissen jedoch, daß Christian den Pfalzgrafen von vorn herein als König anerkannt hat, und daß er ihm sogar durch Detlev Ranzau zur Thronbesteigung gratulieren ließ. Trotzdem hat jedoch der König Friedrichs Hilfsgesuche im Anfange ablehnend beantwortet: er wollte offenbar einen Fürsten, welcher mit der Union und den Holländern in so nahen Verhältnissen stand, nicht ganz auf eigne Kosten befestigen. Aus dem Bescheide, welchen er den kaiserlichen Abgesandten, dem Herzoge von Lauenburg und Hieronymus von Elvern ertheilte, konnte man auf Seite der Katholischen wenigstens das mit Sicherheit entnehmen, daß der König sich den bewaffneten Gegnern des habsburgischen Hauses nicht anschließen werde. Er rieth dem Kaiser, nur dem allgemeinen Unwesen rechtzeitig abzuhelfen, und machte, wie es scheint, noch einen verfehlten Versuch unter Zuziehung des Erzherzogs Albrecht den Vermittler zu spie-

---

1) Das Schreiben des Königs an die Generalstaaten ist Kopenhagen 26. März 1619 datiert, Aerssens' Antwort vom 16. Mai 1619. Wir heben aus ihr heraus: Datt Wy die Euangelische tott Paderborn altytt sehr gunstich vnnd tho geneigtt sein geweſt, vmb dieſelue the fauoriſiren vpte Remonstrantien vnnd doleantien, Die ſy luyden vnnß vor dieſem tott mehr malen bey munde vnnd geſchriffte hebben gedaen, vör ſo viel hefft konnen geſchien, Darinne wy alnoch willich vnnd geresoluirt ſein ferners the continuiren, vor ſoe viel Die constitutie vnnd gelegenheitt van vnſen Staet vnnd ſachen vnnß Dattſeluige einigſintz ſal tho laten vnnd konnen lyden, vnnd nha Datt D'occasion vnd occurrentien ſich dartho ſullen preſentiren, Vaſtlich höpende vnnd vertrauwende, Datt V. Kon. Matt. van gelycken ſal gelieven the doen vnnd ſich darvp nhader the verklaren, hett welcke wy ouch ſehr gerne vnnd mit grote angenaemheitt dienſtlich alltytt ſullen verſtaen. Königl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Briefe der G. St. an Chr. IV. Holland Nr. 33. —

2) Slange II. 154.

len.[1] Der Plan, welchen der Kaiser mit dieser Gesandtschaft, welche ein „ganz generales Werk" war, verfolgte, nämlich den niedersächsischen Kreis und Dänemark von einer bewaffneten Unterstützung der Union zurückzuhalten, glückte demnach vollkommen. — Trotzdem hat sich jedoch Christian IV. wenigstens einer indirecten Unterstützung des Böhmenkönigs nicht enthalten.

Schon längere Zeit versuchte König Jacob die reichen Geldmittel seines königlichen Schwagers zur Unterstützung seiner Tochter heranzuziehen, war aber immer abgewiesen worden. Christian behauptete, es sei ihm unmöglich sich der eignen Vertheidigungsmittel zu berauben, und zielte damit deutlich auf Holland, von dem er thatsächlichen Widerstand gegen seine Souveränetätsgelüste über einen großen Theil der Nordseeküste zu befürchten vorgab. Eifrig bemühten sich daher die englischen Politiker dem Könige diesen Verdacht zu benehmen, um ihn zum gemeinsamen Handeln in der pfälzisch-böhmischen Sache zu bewegen. Es war dies für die protestantischen Gesamtinteressen von um so größerer Wichtigkeit, als wenigstens von England und Holland aus der Gedanke eines großen protestantischen Nordbundes noch immer mit Liebe gepflegt wurde.

Und in der That hat Christian den englischen Bitten endlich auch Gehör geschenkt. Er lieh angeblich zur Vertheidigung der Pfalz, nicht für die böhmische Sache, dem Könige Jacob in der ersten Hälfte des Jahres 1620 die Summe von 200,000 Thlr. und ergänzte sie am 2. April des folgenden Jahres auf 300,000 Thlr.[2] Allein auch diese Summen stehen in Verbindung mit den Plänen des Königs auf norddeutsche Bisthümer. Jacob wirkte, wie es Bedingung und Voraussetzung der Anleihe gewesen war, in dankbarer Erkenntlichkeit auf die Generalstaaten ein, seinen Schwager wenigstens in der bremischen Sache gewähren zu lassen.[1]

---

1) Slange II. 151.

2) Nach Hammarstrand, Försök hat der König 100,000 Pfund gefordert. Die Versicherung, daß die Summe nur für die Pfalz bestimmt sei, war doch wol nur eine leere Ausrede, Hammarstrand 222. Vgl. hierzu Friedrichs Brief an den Markgrafen von Anspach und den Herzog von Würtemberg, Prag 11. Juni 1620 bei Londorp, Acta publ. II. 634. Niels Slange (Schlegel), Gesch. Christ. IV. II. 153 ff. Schlegel, Sammlung II. 4, 146. 147. Hier sind zum 7. Juli 1621 180,000 Thlr. erwähnt, welche der König von seiner Mutter entlieh, ob jedoch zu diesem Zwecke, bleibt fraglich; vgl. Schlegel, Sammlung II. 1, 52.

3) Schon in seinem Schreiben d. d. Greenwich 3. Juni 1620 bekennt dies Jacob im Allgemeinen. Quod officium apud confoederatarum Provinciarum Ordines a nobis fieri Serenitatis vestrae literae generatim, Anstruderi porro nostri vestro iussu ac

In der That schien Moriz von Oranien persönlich einer dänischen Allianz nicht so abgeneigt. Als er aber Christians Botschafter im Haag, Adrian Strick, nach den Bedingungen fragte, trat ihm das alte Begehren des Königs entgegen. Der Agent theilt seinem Herrn selbst die Antwort mit: Je l'ay Informé sur les droicts de vostre Majesté sur le fond et la rivière d'Elbe.[1] Bald darauf warb Christian in einem Schreiben um die Freundschaft der Generalstaaten, und erhielt auch eine gemäßigte Antwort, welche indessen die Freiheit der Elbschifffahrt immer noch forderte.

Und so kam in der That eine Vereinigung dieser drei protestantischen Großmächte des Nordens vor der Schlacht von Prag nicht zu Stande. So sehr auch England die Generalstaaten drängte, diese ganze bremer Frage durch mehr oder weniger gelinde Zwangsmaßregeln gegen die schwächere Partei aus der Welt zu schaffen, die Holländer blieben ihrer alten Anschauung treu: sie ersuchten den König, seine Ansprüche im Hinblick auf die allgemeine Verwirrung in Deutschland bis auf gelegenere Zeit ruhen zu lassen. — Mit den fortschreitenden Aussichten auf eine wenn auch noch so schwache und vorsichtige Betheiligung Englands zeigte sich

---

mandato conscriptae seorsim petierant, cupientissime nos quidem et abunde praestitimus. In demselben Schreiben ertheilt er das Versprechen: Illud insuper unice contendimus, ut Serenitas vestra quantum in se est curet, quod argentum hoc omne non ad bellum in Bohemia sustentandum, sed ad generi nostri hereditarias in Palatinatu terras nepotesque ibidem nostros protegendos solummodo adhibeatur. Nolumus enim committere, ut quicquam per nos agatur (agetur?), quo ad pacem aliquando inter partes conciliandam inepti reddi possimus. Deutlicher geht Jacob in einem Schreiben an Christian d. d. Roistonae 16. Octobris 1620 heraus. Quum in omnibus rebus, ubi nostra ageretur dignitas, summa semper conspecta fuerit fraterni amoris vestri propensio, tum in nupero illo mutuatitiae pecuniae negotio vel maxime apparuit cum necessitate rerum crescere studium vestrum, incertosque casus propriam esse Vestrae amicitiae materiam ... Syngraphum interea nostram de reddenda ea pecunia ad dies a Vestra Serenitate praestitutos, Roberti Anstruderi suggestu libenter transmisimus ... cui etiam in mandatis dedimus exemplar literarum, quas ad Ordines Provinciarum confoederatos de Archiepiscopatu Bremensi serio et amanter scripsimus, ut ad Serenitatem Vestram una mitteret. Die ganze Summe von 300,000 Thlr. wurde vom Juli 1622 bis dahin 1623 mit 18,000 Thlr. verzinst, später scheint die Zinsenzahlung in Stocken gerathen zu sein. Die Rückzahlung bewirkte die Kurfürstin Elisabeth aus dem Erbe ihrer Mutter im J. 1633. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Briefe Jacobs I. an Chr. IV. Nr. 23.

1) Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Briefe des Prinzen Moriz von Oranien an König Christian IV. Nr. 31. 5.

allerdings auch Christian einer Unterstützung der böhmischen Sache geneigter. Anfangs März 1620 hoffte man in Prag von seinem Versprechen, die Reichsräthe zusammen zu rufen, das Beste.[1] Er hat vielleicht in dieser Zeit Friedrich von der Pfalz auch aus eigenen Mitteln unterstützt. Noch im September 1620 ging ein pfälzischer Agent nach Dänemark und bat um 100,000 Thlr., auf welche der Kurfürst für den Weihnachtstermin vertröstet worden war. Der Kurfürst forderte ferner den König auf, mit dem Kriegsvolke der Stadt Hamburg und des Herzogs von Lüneburg eine Diversion zu machen; er suchte ihn mit dem Ruhme zu verlocken, welchen sich der Kurfürst Moriz durch den passauer Vertrag erworben habe.[2] Indessen der Widerstand der Generalstaaten gegen die dänischen Ansprüche auf ein so wichtiges und umfangreiches Gebiet des nördlichen Deutschlands, wie er dem Könige noch kurz vor der Schlacht von Prag entgegen getreten war, hinderte ihn, in einer Sache das Schwert zu ziehen, deren glückliche Hinausführung Holland selbst so große Vortheile gebracht haben würde, während im entgegengesetzten Falle an eine wirksame Durchführung der bisherigen deutschen Continentalpolitik nicht mehr zu denken war.

Schon damals war man der Ansicht, daß der Kurfürst von der Pfalz vorzugsweise auch im Vertrauen auf die thatkräftige Hilfe seines mütterlichen Oheims, Moriz von Oranien, dem Rufe der Böhmen gefolgt sei. Die europäischen Cabinete waren geneigt, dem Prinzen den Hauptantheil an diesem großen Schlage gegen die deutschen Habsburger zuzuschreiben. Dem sich voraussichtlich erneuernden Kampfe der Niederlande gegen Spanien sollte diese Unternehmung gegen die deutschen Habsburger zur Seite gehen, die ihnen bei einem glücklichen Ausgange zugleich die Nachfolge im Reich entziehen mußte.

Da bei dem bevorstehenden Widerausbruche des Kriegs der protestantische Freistaat auf die Unterstützung Frankreichs nicht mehr mit Sicherheit rechnen, da selbst Englands Hilfe von Spanien vereitelt werden konnte, so mußte den Generalstaaten allerdings daran gelegen sein, eine so gewaltige Bewegung gegen das habsburgische Haus im Reiche mit ganzer Macht zu fördern. Und je energischer der Prinz selbst eigne Pläne betrieb, um

---

1) Hammarstrand 224. 225.

2) Schreiben Friedrichs an den König, Prag 15./25. Sept. 1620. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Briefe Friedrichs von Böhmen Nr. 5. 1620—21.

so mehr mußte ihm die Gründung eines neuen protestantischen Königthums in Böhmen auch persönlich zu Statten kommen. Nachdem aber der Pfalzgraf als Träger dieser Krone in Aussicht genommen war, durfte Moriz doch auch hoffen, daß Englands Politik einer neuen Wandelung unterliegen, daß sie sich von Spanien ab- und dem continentalen Protestantismus thatkräftig zuwenden werde. Hielt sich dann der Kurfürst von der Pfalz in Böhmen, so konnte man auf eine Erneuerung des Waffenstillstands unter günstigen Bedingungen hoffen. Konnte er seine neue Krone nicht behaupten, und fiel Böhmen dem Hause Habsburg als rechtlose Kriegsbeute zu, so erwartete man in den Niederlanden kein anderes Loos als das, welches Polyphem dem Odysseus versprach, nämlich zuletzt verspeist zu werden. Man hoffte daher die Spanier in der Waffenstillstandsfrage einige Zeit hinzuhalten, bis sich der Pfalzgraf befestigt, oder die Würfel der Entscheidung in der böhmisch-ungarischen Sache für die andere Partei günstig gefallen wären. [1]

So oder ähnlich mag man in der Umgebung des Prinzen die Sachlage angesehen haben, als man sich entschloß, den Böhmen die nachgesuchte Unterstützung zu gewähren und den Pfalzgrafen in dem Streben nach der böhmischen Krone zu ermuntern. Obwol der Forschung gerade hier noch vieles zu thun übrig bleibt, wagen wir es doch, die Stellung der Generalstaaten vom Beginn der böhmischen Unruhen an noch mit einigen Strichen zu zeichnen.

Im Februar des Jahres 1619 wurde der englische Gesandte im Haag von den Generalstaaten ersucht, König Jacob zu einer vereinten Unterstützung der Union zu veranlassen. Die böhmische Sache selbst aber scheint bis dahin keine thatkräftige Förderung von den Staaten erhalten zu haben. Erst vom April dieses Jahres an hören wir von Werbungen durch den Capitain Frenk, welcher 1000 Musketiere im Namen der Böhmen, aber wenigstens zum Theil mit niederländischem Gelde zusammenzubringen suchte. Auch der Markgraf von Durlach warb auf Kosten der Union einige Compagnien Reiter; später unterstützte man auch die Werbungen des Herzogs Johann Ernst von Weimar, welcher persönlich nach dem Haag gekommen war.

Allein die Neigung, ganz ohne Beihilfe anderer protestantischer Großstaaten sich der Sache der Böhmen lebhafter anzunehmen, war schon jetzt nicht sehr groß. [2] Man bezahlte wol von der bewilligten monatlichen

1) Carleton III. 222. 2) Carleton III. 56.

Unterstützung zu 50,000 Gulden zwei Monate im Voraus, allein als die Böhmen im Juni abermals eine Summe von 300,000—400,000 Gulden forderten, scheinen sie eine abschlägige Antwort erhalten zu haben. So würde sich die nachweisbare Unterstützung der Niederlande vor der böhmischen Königswahl auf die genannte monatliche Summe, welche in der That für die Monate Mai bis December 1619 und wahrscheinlich auch noch bis zum Juni 1620[1] gezahlt worden ist, beschränken. Die Böhmen ließen ferner um eine Anleihe von 200,000 Reichsthaler bei der Stadt Amsterdam unterhandeln. Freigebiger erwies man sich anfangs gegen den neu gewählten König selbst; man bewilligte ihm 400,000 Gulden. Gegen Ende des Jahres 1619 fand der dänische Agent im Haag die Stimmung der Generalstaaten gegen die böhmische Sache sehr gut.[2]

Die deutsche Union dagegen mußte bald die Bemerkung machen, daß die erwartete Beihilfe der Generalstaaten für sie selbst auf jeden Fall nur eine außerordentlich mäßige sein werde. Auf widerholte Gesuche wollte man im Juli (1619), also noch vor der Kaiserwahl, sich nur dann zu einer thatkräftigen Unterstützung verstehen, wenn Spinola, wie man das damals meinte, gegen Frankfurt ziehen werde.[3] Man betrachtete die monatliche Unterstützung der Böhmen so wie die Unterhaltung eines eignen Heeres, welches die Spanier zurückhielt, bereits als eine Art Erfüllung der Verträge. An Aufforderungen der Unierten zur eifrigen Fortsetzung der Rüstungen ließ man es dagegen nicht fehlen.

Als jedoch nach der Kaiserwahl das Eingreifen Spaniens in die deutschen Verhältnisse nicht mehr zu bezweifeln war, schien man sich eine Zeit lang einer energischeren Unterstützung der deutschen Fürsten nicht länger entziehen zu wollen.

Und trotzdem blieb es zunächst bei Versprechungen. Die auffallend passive oder wenigstens schwankende Haltung des englischen Königs mahnte so kurz vor Ablauf des Waffenstillstands zur äußersten Vorsicht. Man wartete nun auf die Entschließungen Englands und Dänemarks[4] auch in

1) Carleton III. 264. 285.

2) Adrian Strick an Christ. IV. Haag 3. Dec. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen, Holland 31. 5.

3) Carleton III. 329.

4) Adrian Strick an Christian IV. Haag 19. Februar 1620 n. St. Le Roy de la Grande Bretagne ne s'est pas encore declare au secours du Roy de Boheme, L'Ambassadeur duquel est maintenant en Angleterre aupres de sa Majeste, Messieurs les Estats attendent l'aide Royale de vostre Maieste ausdittes affaires. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen a. a. O.

der böhmischen Sache. Die Unionsfürsten erhielten auf widerholte Bitten nur die Zusage von monatlich 43,000 Gulden bei einem wirklichen Angriff, eine Summe, die man allerdings einige Tage darauf auf 50,000 Gulden steigerte. Auch der Anfang der Zahlung wurde auf den 1. März (1620) festgesetzt; sie ist wahrscheinlich während des Sommers fortgesetzt worden.

Dagegen stellte man dem dringenden Ersuchen des Unionsgesandten Buwinkhausen, dem Bunde mit 4000 M. zu Hilfe zu kommen, anfangs den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Und gerade Moriz von Oranien war der heftigste Gegner eines solchen thätlichen Eingreifens in diese verwirrten Verhältnisse. Man glaubte wol immer noch eine directe Unterstützung der deutschen Liga durch Spanien, welche man als die unmittelbare Folge eines bewaffneten Einschreitens betrachtete, aufhalten zu können. Anderntheils wollte Moriz auch seine alten Truppen nicht von sich lassen. Und da gegen zwei spanische Armeen unter Spinola und Velasco überhaupt nur 7000—8000 M. Infanterie und 2400 Reiter zur unmittelbaren Verfügung standen, so war allerdings äußerste Vorsicht von Nöthen.[1] Schließlich mußte man aber doch sowol der Union als solcher, als auch dem Landgrafen Moriz von Kassel für den Fall eines Angriffs durch Spanien die Unterstützung durch staatische Cavallerie zusagen.[2]

Man erklärte jedoch endlich Jacob ganz offen, daß die Staaten allein außer Stande seien, das Vordringen des Feindes abzuwehren, wenn der König nicht wirklich mit Hand anlege, und daß sie sich hüten würden, ihre Truppen aus den festen Plätzen herauszuziehen. Es sei für sie eine größere Ehre ruhig zu bleiben, als eine kleine Armee an die Grenze zu schicken, die doch nichts ausrichten werde.[3]

Die Vermittelungsversuche Englands, welche vornehmlich auch Frankreich von der Unterstützung der großen katholischen Staatengruppe in Europa zurückhalten sollten, fanden daher bei den Staaten durchaus keine Billigung. Nur wenn die betreffende Gesandtschaft von einer Armee unterstützt werde, waren sie damit einverstanden. Und gerade zu der Zeit, wo die französische Gesandtschaft sich anschickte, in den deutschen Verhältnissen die Vermittelung zu übernehmen, ermuthigte Aerssens, der im Begriff war nach der Schweiz zu gehen, die protestantischen Fürsten in ihrem Eifer für Böhmen noch mehr.

---

1) Vgl. hierüber Carleton III. 265.
2) Carleton III. 265.
3) Carleton III. 334.

Wenn man nun aber auch jetzt keine weiteren Anstrengungen machte, den so locker gefugten protestantischen Bund zu festigen, so liegt ein Hauptgrund doch wol auch in der geringen Meinung, welche man von seiner Leistungsfähigkeit überhaupt hatte. Aerssens wenigstens fand die Truppen der Union unbeträchtlich, ihre pecuniären Hilfsmittel gering und die Städte in banger Besorgniß vor den gefürchteten Kriegslasten.[1] Die beginnende Theuerung wirkte außerdem lähmend auf die Rüstungen. — Eine immerhin nicht unwichtige Veränderung in der Constellation der politischen Beziehungen der habsburgischen Gegner konnte durch den freilich unzuverlässigen Herzog von Savoyen herbeigeführt werden, welcher im Anfang Juni 1620 den Generalstaaten ein Bündniß anbieten ließ, in welches auch die Union eingeschlossen werden sollte. Obwol man nun dem Herzoge von einer Seite die Absicht unterschob, durch ein solches Bündniß die vornehmsten Gegner des Hauses Habsburg zu lähmen, so trat Moriz von Oranien doch mit Jacob I. darüber in Verhandlung. Allein es kam nichts zu Stande.

Um die Zeit, wo Spinola gegen die Pfalz aufbrach, bestrebte sich Dudley Carleton aus allen Kräften, die Generalstaaten gleichfalls zum bewaffneten Einschreiten zu bewegen. Man führte jedoch immer von neuem die zum Widerstande unzureichenden Streitkräfte der Union, so wie die geringe Bedeutung der eignen Rüstungen als Hemmnisse an. Würde Spinola eine niederländische Armee folgen, so könnten ihr die in Belgien zurückbleibenden spanischen Truppen den Rückzug abschneiden, war die Antwort. Und allerdings hätte man im unglücklichsten Falle die Spanier innerhalb weniger Tage im eigenen Lande gehabt. Zuletzt erklärte jedoch der Präsident der Generalstaaten dem englischen Gesandten geradezu, daß sie alle Anstrengungen zu Gunsten der Pfalz für vergeblich hielten, wenn sie nicht einer starken englischen Hilfe versichern sein könnten. — Trotzdem entzogen sich die Generalstaaten dem von allen Seiten an sie gestellten Ansinnen einer bewaffneten Intervention nicht gänzlich. Als der General de Veer mit seinen Engländern, welche der König für Freiwillige erklären ließ, Anfang August (1620) nach der Unterpfalz aufbrach, wurden sie aus niederländischen Arsenalen mit Waffen und allen Kriegsbedürfnissen versehen, und Graf Heinrich Friedrich von Oranien begleitete endlich die Engländer sogar mit 36 Compagnien Reitern und 2000 M. Fußvolk. Moriz von Oranien selbst aber lagerte sich mit 160 Compagnien zu Fuß

1) Carleton III. 313.

und 39 Fahnen Reitern in der Nähe von Wesel, hütete sich aber eben so sehr das spanische Gebiet auch nur zu betreten, wie Spinola beim Durchzug durch Jülich den von den Holländern besetzten Ortschaften beschwerlich zu fallen Beide Staaten suchten den Ausbruch offener Feindseligkeiten sichtlich zu vermeiden: Spanien, um dem Hause Habsburg nicht einen Gegner mehr, der vielleicht doch bei England Unterstützung fand, auf den Hals zu laden, Holland, weil es sich für diesen Kampf zu schwach fühlte und weder Englands noch Dänemarks und der Union recht sicher war. —

Im October 1620 berechnete der englische Gesandte im Haag die Summe aller directen und indirecten Unterstützungen, welche die Holländer aufgebracht hatten, auf monatlich 50,000 Pfd. Sterling, ohne übrigens den Zeitpunkt anzugeben, von welchem an sie diese Höhe erreicht haben. [1]

Die Hiobsposten, welche kurz nach einander über die Fortschritte der Baiern in Oestreich, über das Vordringen Spinola's am Rhein, über Kursachsens Einbruch in die Lausitz, nach Holland gelangten, die Kenntniß der überaus mißlichen Verhältnisse in Böhmen selbst — Ende September trafen bereits die Kostbarkeiten der böhmischen Königsfamilie in den Niederlanden ein [2] — vermehrten die Geneigtheit der Staaten zu einem wirkungsvolleren Eingreifen nicht im Geringsten. Vergeblich beschwerte sich unter solchen Verhältnissen der Böhmenkönig bei den Staaten über Spinola's Einfall und stellte ihnen vor, ob es nun nicht an der Zeit sei, in Gemeinschaft mit den Ständen des niedersächsischen Kreises in die Stifter, namentlich Köln einzufallen. [3] Nicht einmal die holländische Reiterei blieb in der Pfalz, wie er gebeten hatte. Graf Heinrich Friedrich zog sich Ende November, offenbar um seine Streitkräfte keiner Gefahr auszusetzen, über den Main durch die Wetterau und den Westerwald nach Holland zurück, nachdem schon zu Anfang dieses Monats auch Prinz Moriz sein Lager bei Wesel verlassen und Winterquartiere aufgesucht hatte. [4]

---

1) Carleton III. 393.

2) Carleton III. 386.

3) Friedrich an die G. St. Prag 17./27. Sept. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Der evangelischen Stände Briefe 1619—1621 N. 4.

4) Dudley Carleton an den Staatssekretär Naunton 6. December 1620 (Lettres III. 416): On alleguoit cependant quelques raisons pour leur retour, et en particulier la nécessité d'augmenter ces troupes pour le printems prochain, ce qui pourroit se faire plus commodément ici qu'en Allemagne, où

Moriz von Oranien war eben nicht im Stande ohne England eine durchgreifende Maßregel mit Energie zu ergreifen. Und wie schwankend und unzuverlässig hat sich doch Jacob gerade in jenen entscheidenden Monaten gegen seine politischen Freunde und Glaubensverwandten erwiesen! Er hat den Versicherungen des Kanzlers Peckius, welcher noch Anfangs August erklärte, es sei noch kein Beschluß darüber gefaßt, wohin sich das von Spanien dem Kaiser zu Hilfe gesendete Heer wenden werde, Glauben geschenkt.[1] Im vollen Vertrauen hierauf verpflichtete ein englischer Gesandter sogar die Union, die Spanier nicht anzugreifen, widrigenfalls sie von England im Stiche gelassen werden sollten.

Auch nach Spinola's Eindringen gab Jacob den Puritanern gegenüber zwar beruhigende Versprechungen, allein seine schmähliche Feigheit verbunden mit dem Hange zu sinnlichen Vergnügungen ließ ihn auch jetzt zu keiner energischen Anstrengung gelangen. Die 2300 M., welche Anfang August nach Dordrecht abgingen, konnten in keiner Weise als eine dem großbritannischen Reiche irgend wie angemessene Unterstützung der deutschen Glaubensgenossen gelten. Ja um jene Zeit schrieb Buckingham an Gondomar, daß der König seines Gewissens, seiner Ehre und des Beispiels halber neutral bleiben wolle. Sein Gewissen empörte sich bei dem jesuitischen Gedanken, daß ein Herrscher seiner Religion wegen verjagt werden könne; in seiner Ehre fühlte er sich verletzt, weil sein Schwiegersohn die Krone angenommen hatte, während er noch an Vermittelungsversuchen arbeitete, und ein böses Beispiel durch Unterstützung eines Königs von Volkes Gnaden durfte doch am allerwenigsten ein Herrscher wie Jacob geben.

Da änderte sich die Stimmung des Königs Anfang October plötzlich zu Gunsten der von ihm so schmählich Preis gegebenen Sache. Er gestand, er sehe nun, daß er getäuscht sei: er versprach seine Macht in der Beschützung seiner Freunde zu gelegener Zeit schon zu erweisen. Widerum waren es drei Gründe, welche den König jetzt zur Hilfsleistung

---

elles ont déjà beaucoup diminué, en sorte qu'elles seroient tout-a-fait inutiles au printems, où l'on en aura besoin là ou ici. Par cette raison, comme aussi parce que les armées étant à-présent en garnison, on peut aisément se passer de cette cavalerie, elle est repartie du consentement des Princes. Mit diesen Gründen suchte man die Rückkehr doch wol nur bei den Fürsten der Union zu entschuldigen.

1) Londorp I. 829.

gegen seine Glaubensgenossen antrieben: die Bande der Natur, Staatsrücksichten und — abermals die eigne Ehre. Der Marquis von Winchester, die Grafen Cumberland, Derby und Northumberland forderten die Lords und die Stadt London zu freiwilligen Beisteuern auf. Die Unterstützung, welche dem Könige sein Parlament mit Begeisterung in hinreichender Höhe gegeben haben würde, versuchte man von den Grafen und Baronen, von den Beamten und Wolhabenden überhaupt bittweise zusammenzubringen. [1]

Selbst die persönliche Haltung des Königs gegenüber dem spanischen Gesandten änderte sich in jenen Tagen, als nach dem Einbruche der Spanier in die Pfalz die Entscheidung in Böhmen erwartet wurde. In der Zeit vom 18. bis zum 24 October hatte Gondomar zwei Audienzen, in welchen der König seinem Mißmuth gegen Spanien offen Luft machte. Namentlich in der ersten fuhr Jacob gegen den Mann, welcher die Schwingungen seines Gemüths so genau kannte, in leidenschaftlichster Weise heraus: „Er könne nicht dulden, daß man seinen Enkeln ihr Erbe entreiße; alle Welt table ihn, daß er zusehe, wie sein Schwiegersohn sein Land verliere, und seine Glaubensgenossen in so vielen Gegenden bedrängt würden.“ Darauf kam jedoch auch Gondomar zum Wort, und die englischen Großsprechereien fanden einen nicht geahnten Abschluß. Der König, welcher den Anspruch erhob, Schiedsrichter der ganzen Christenheit zu sein, ließ sich zu Thränen rühren. Voll Verachtung über die weibische Natur des anspruchsvollen Schwächlings meldete der französische Gesandte Tillieres diese Vorgänge.[2] Und je mehr der König Anstalten zu einer wirklichen Unterstützung traf, um so geräuschvoller und einschmeichelnder wurde die Geschäftigkeit Gondomars, mit welcher er einen Vertrag in sichre Aussicht stellte. Jacob durfte eben in keinem Falle zum Aeußersten gebracht werden.

Günstiger schienen sich für das junge böhmische Königreich die Verhältnisse im Osten, in Ungarn, zu gestalten.

Schon um die Zeit der Kaiserwahl war der Fürst von Siebenbürgen, Gabriel Bethlen, oder wie wir Deutsche ihn gewöhnlich nennen, Bethlen Gabor, nachdem er Ferdinand II. längere Zeit mit Hilfsanträgen getäuscht

---

1) Rushworth 16, Camden 61.

2) Brief an Puisieux vom 8. Nov. 1620. Reuß.

hatte, im Einverständniß mit dem Sultan[1] in Ungarn eingedrungen. Er hatte Kaschau genommen und schien anfangs nach Böhmen ziehen zu wollen. Endlich rückte er jedoch vor Preßburg, bemächtigte sich am 14. October der Stadt und darauf der ungarischen Krone und näherte sich, nachdem er durch den ungarischen Palatin, Sigismund Forgách, der zu ihm übergegangen war, einen Landtag hatte ausschreiben lassen, Wien. Ende October lagerte er mit 10,000 Böhmen, 8000 Mähren und 15,000 Ungarn, nach andern Angaben aber sogar mit einer Armee von 60,000 Mann vor der Stadt, zog aber aus noch nicht recht aufgeklärten Gründen gegen den Schluß des folgenden Monats wider ab. Möglich, daß ein Zwist mit Thurn, ferner der Einfall der Polen in Oberungarn, wo sein Statthalter Rákoczy von Hommonaj bei Kaschau geschlagen worden war, zu dieser plötzlichen Aenderung der Sachlage beigetragen haben; die Hauptgründe scheinen jedoch in der Schwierigkeit der Verpflegung eines immerhin beträchtlichen Heeres, so wie in der verdächtigen Haltung der Türkei zu liegen, auf deren Vorgehen gegen Polen Bethlen Gabor wol mit Sicherheit gezählt hatte.[2]

Am 8. Januar 1620 wurde der siebenbürgische Proteus, unterstützt vom türkischen Gesandten Gyulai Beg, vom Landtage zu Preßburg[3] zum Fürsten und Haupt des Königreichs erklärt und erneuerte unmittelbar darauf (15. Jan.) das Bündniß mit den Böhmen.

Der Kaiser suchte den Schlag zu parieren, er bot Bethlen einen Tag nach seiner Verbindung mit Böhmen den Reichsfürstentitel, den erblichen Besitz der Herzogthümer Oppeln und Ratibor und umfangreiche Besitzungen in Ungarn und Böhmen.[4] Und in der That schloß Bethlen unter diesen Bedingungen einen Waffenstillstand bis Michaelis, welcher der Uebereinkunft zufolge sich auch auf Polen, so wie auf Böhmen und die incorporierten Länder, selbst Oestreich, wenn sie ihn anders annehmen wollten, erstrecken sollte.[5]

1) Der Eidschwur des Sultans, obwol dem Anschein nach mit falschem Datum bei Khevenhiller IX. 686. Dazu Bethlens Brief an die böhmischen Directoren Albae Juliae 18. Aug. 1619, Meyer, Lond. suppl. II. 197.

2) Vgl. den merkwürdigen Brief Bethlens an den Sultan bei Khevenhiller IX. 697 ff., in welchem er sich heftig über den Großvezier beklagt.

3) Hurter VIII. 375.

4) Firnhaber, Actenstücke zur Aufhellung der ungarischen Gesch. Sitzungsberichte der K. Academie der Wissensch. XXVIII. 390.

5) Nach Dumont, Corps dipl. V, 2. 358. Bethlen Gabors Pläne bei diesem Waffenstillstand liegen noch im Dunkeln; auch in Holland konnte man sich dieselben nicht recht deuten, vgl. Carleton III. 267. 271. 294.

Was in deutschen Landen bisher noch nirgends geschehen war, setzte der ungarische Landtag zu Preßburg durch: alle drei Confessionen wurden als gleichberechtigt anerkannt und erhielten freie Uebung ihres Gottesdienstes. Da gab der Einfall der Polen in Ungarn dem Prätendenten Veranlassung zu einer abermaligen Schwenkung. Der Waffenstillstand hatte ihn schon nicht mehr gehindert ein Bündniß mit den Böhmen zu schließen, in welchem die von ihm zu leistende Unterstützung auf 4000 Bewaffnete festgesetzt wurde.[1] Ein von Bethlen geforderter Waffenstillstand für Böhmen wurde vom Kaiser verweigert,[2] und auch die Zugeständnisse an Bethlen Gabor selbst nachträglich an Bedingungen geknüpft.[3] Darauf verstärkten ungarische Truppen die böhmischen: schon mußte man in Wien einen abermaligen Ueberfall fürchten. Ende Mai erschien Bethlen mit 12,000 M. in Neusohl, wo mit Ablauf des Monats ein Landtag eröffnet wurde. Er entzog den Geistlichen die Reichsstandschaft und bereitete allem Anschein nach die vollständige Trennung vom Haus Habsburg vor. Der Landtag hatte eine lange Dauer: als Mitte Juli, also nach dem Vertrage von Ulm, der Graf Collalto als kaiserlicher Unterhändler in Neusohl erschien, war er noch beisammen. Bethlen aber stellte jetzt noch höhere Forderungen. Er beanspruchte die Stellung eines lebenslänglichen Statthalters von Ungarn und drohte im Weigerungsfalle schon mit seiner Krönung. In der That wurde er am 25. August zum König gewählt, und zwei Tage darauf ging der Landtag auseinander. Das neue Königthum des Siebenbürgen beruhte vorzugsweise auf der vollständigen Gleichheit der Confessionen, der Garantie der altständischen Freiheit und auf dem alten dem Deutschthum feindlichen Nativismus.

Trotzdem brach jedoch der Kaiser die Verhandlungen auch jetzt noch nicht ab und erhielt sogar durch die französische Gesandtschaft eine unerwartete Unterstützung. Bethlen besetzte Neitra, führte seine Truppen von der Insel Schütt über die Donau, Stanislaus Thurzo erschien vor Haimburg, während Dampierre die Bestürmung Preßburgs mit seinem Leben bezahlte. Wie es scheint, hatte es Bethlen auf Wien und Unteröstreich abgesehen, während er Friedrich und die Böhmen nur mit einem Hilfscorps unterstützte. Er drang in den Pfalzgrafen, die Entscheidung durch eine

1) Hurter VIII. 371.

2) Hurter VIII. 648.

3) Siehe Firnhaber, Actenstücke, Sitzungsb. d. K. Academie der Wissenschaften XXXIV. S. 168 ff.

Feldschlacht möglichst lange [1] hinauszuschieben, allein Maximilian durchschnitt diese Pläne, indem er gerade auf Prag losrückte.

Und auch in diesen kritischen Tagen hat Ferdinand, wenn auch nur zum Schein, noch unterhandelt. Die französischen Gesandten wenigstens hatten den Eindruck, daß es dem Kaiser mit den Verhandlungen kein Ernst sei, obwol er sogar die Vertreter Ludwigs XIII. abermals um Hilfe anging. Dieser selbst aber hielt für den Augenblick die Politik der freien Hand für die beste und ersuchte daher auch die Gesandten, demgemäß ihre Maßnahmen zu treffen. [2] In Wien hatten eben die spanischen Heißsporne durchaus die Oberhand: man traute dem Kaiser Ferdinand II. keinen Gedanken zu, den ihm der König von Spanien und seine Minister nicht eingegeben hätten. An einen Erfolg ihrer Vermittelung bei dem Kaiser wagen daher die Franzosen Ende September nicht mehr zu denken.

Mit ähnlichen Absichten war in der letzten Augustwoche auch noch ein englischer Agent, Henry Wotton, in Wien angelangt. Er war beauftragt Jacobs Aufrichtigkeit bei Beginn dieser Unruhen, seine vollständige Neutralität während ihres Verlaufs und seine maßvolle Haltung in der Gegenwart hervorzuheben. Seine Forderungen liefen auf einen Waffenstillstand und einen Reichstag hinaus, und, da man sich darauf von vorn herein nicht ernstlich Rechnung machte, auf die Hinausschiebung der Reichsacht. Wotton sollte Ferdinand II. daran erinnern, daß die Achtsvollstreckung den König geradezu zur Vertheidigung der Pfalz verpflichten werde. [3] Er bat endlich die Franzosen ausdrücklich, ihn in seinen Bemü-

---

1) Brief an Friedrich, Tyrnau 18. Sept. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Der ev. Stände Briefe 4.

2) Ludwig an die Gesandten, Poitiers am letzten August: J'auray encores plus de lieu de leur estre utile; ne vous lassez donc point encores pour le service public, et mon contentement de ce que vous avez entrepris par mon ordre et pour une si bonne fin, car encore que vostre affection et bonne conduite ne profite pas selon que ie le souhaite, si est-ce qu'outre l'avantage que j'en retire, cela tient encores les Parties en esperance et en eschec, et neantmoins il sera tousiours en moy, selon que j'apprendray de la suite des affaires, de prendre le conseil que ie iugeray convenable au bien public et à ma reputation, laquelle par delà vous sçaurez maintenir par vos sages conduites, et le lustre que vous scavez donner à mon Nom et ma dignité Royale. Ambassade 276.

3) Der Zweck der Sendung wird in der Instruction als meerly exploratory and provisional bezeichnet. Vgl. die Instruction Reliquiae Wottonianae 495 ff. und die Vorschläge des Gesandten vom 23. Aug. Rel. Wott. 502 ff.

hungen zu unterstützen, was diese, schon um England die Wege der Vermittelung nicht allein zu überlassen, auch zusagten. Allein Ferdinand wies auch Wottons Vorschläge mit Festigkeit zurück; ja er gab dem Gesandten seine Verstimmung über die Theilnahme englischer Truppen am Kampfe gegen ihn zu erkennen und sprach sogar den Wunsch aus, König Jacob solle den Holländern verbieten, ihre Streitkräfte in die Pfalz zu senden.

Im Verein mit den französischen Gesandten trat Wotton darauf auch mit Bethlen Gabor in Verhandlung. Die Franzosen verabredeten eine Zusammenkunft in Preßburg. Als sie jedoch ihren Plan auch Ferdinand und seinen Politikern mittheilten, erfuhren sie zu ihrem nicht geringen Erstaunen, welche Zugeständnisse derselbe Bethlen Gabor bereits durch Graf Collalto gemacht hatte. Wenn Bethlen für sich allein unterhandle, wollte ihn der Kaiser annehmen, nur einen Vertrag zu suchen hielt er unter seiner Würde. [1]

Eines nicht viel besseren Erfolgs konnten sich die französischen Gesandten gegenüber Bethlen selbst rühmen. Von Mitte August bis zum 5. October erwarteten sie auf eine Zuschrift vom September die Bezeichnung des Orts, an welchem sie dem Fürsten die Pläne ihres Königs persönlich übermitteln könnten. Auf eine neue Werbung erhielten sie endlich die Einladung (vom 13. October) zu einer Besprechung nach Preßburg zu kommen. Sie hatten wirklich bei Bethlen Audienz, allein er ließ ihnen geradezu durch Thurzo mittheilen, daß der König diese Gesandtschaft nur geschickt habe, um die Pläne des Kaisers zu fördern. [2] Schließlich zeigte er sich einem friedlichen Abkommen, wenn es allgemein sein und auch seine Verbündeten mit umfassen würde, nicht abgeneigt. Ferdinand II. selbst wurde von ihm ganz offen des Vertragsbruches angeklagt. Und war es denn wahrscheinlich, daß der Kaiser nach dem Vertrage von Ulm, nach Spinola's Eintreffen in der Pfalz, nachdem sich Baiern und Sachsen gegen seine aufständischen Lande erhoben hatten, einen solchen allgemeinen Waffenstillstand eingehen würde? —

Unterstützt von den Vertretern Frankreichs suchte Wotton endlich durch die Vermittelung der englischen Diplomaten zu Prag auch auf den Pfalzgrafen einzuwirken, während die Tochter König Jacobs ihren Bruder ersuchte, mit aller Macht in ihren Vater zu dringen, sein Versprechen im

1) Ambassade 304.
2) Ambassade 308.

Betreff der Erhaltung der Pfalz zu erfüllen. Die Bedingungen, welche Wotton stellte, zeigen deutlich, daß Jacob nicht im Entferntesten daran gedacht hat, die neu erworbene Krone seines Schwiegersohnes zu vertheidigen, und daß man in England von dem übeln Ausgange der ganzen Unternehmung von vorn herein überzeugt war. Wotton schlug Anfangs September die volle Verzichtleistung Friedrichs auf die Krone Böhmen vor, welche hierauf kraft der ersten Wahl von selbst Ferdinand wider zufallen sollte. Nur das freie Wahlrecht der Böhmen nach Ferdinands Tode wollte die englische Politik allenfalls sicher stellen: man dachte dabei an den bereits zum Nachfolger gewählten Sohn des Pfalzgrafen. Zur Sicherung der vollständigen Confessionsfreiheit und des altständischen Landesrechts sollte die ganze Verwaltung nur Eingebornen untergestellt werden. Allein die englisch-französische Gesandtschaft hatte in Prag einen übeln Empfang: der Pfalzgraf und noch mehr seine Gemahlin waren gereizt, daß ihnen nicht einmal der Königstitel gegeben wurde. Die Antwort des Pfalzgrafen auf die englischen Vorschläge lautete durchaus abweisend.[1] Der Vorschlag auf vertragsmäßige Beilegung der böhmischen Thronwirren auf einem Reichstage oder Congresse, zu welchem auch fremde Mächte hinzugezogen werden sollten, wurde von vorn herein verworfen. Einen solchen Congreß nennt die Antwort des Pfalzgrafen witzig genug die Medizin nach dem Tode: zu einem solchen Tage könne der König von Böhmen nicht berufen werden. Habe doch der Kaiser eine friedliche Ausgleichung immer zurückgewiesen, da er die Krone von Böhmen kraft seines Erbrechts beanspruche. Auf ein gütliches Abkommen wollte sich Friedrich nur im Einvernehmen mit den Ständen und incorporierten Reichen einlassen, und zwar erst dann, wenn die spanischen Truppen aus der Pfalz zurückgezogen sein würden. Eine spätere Mittheilung der englischen Geschäftsträger zu Prag gestand Ferdinand nur den Königstitel zu und schlug eine durch Schiedsrichter zu bestimmende Geldentschädigung vor.[2]

Nach ihrer Rückkehr aus Ungarn benachrichtigten die französischen Gesandten den Kaiser, daß Bethlen Gabor auch jetzt noch für Verhandlungen zugänglich sei. Allein drei Wochen ließ man sie ohne die geringste Antwort hierauf. Als sie endlich erschien, wurde sie vollständig ungenü-

1) Copie d'un Memoire venant de la part de l'Electeur Palatin, et baillé à Messieurs les Ambassadeurs par le sieur Wotton, Ambassadeur d'Angleterre ... Fait au Chasteau de Chenepril (?) le 30. Sept. 1620, Ambass. 329—354.

2) Prag 18. Oct. a. St. Reliquiae Wottonianae 514.

gend gefunden: von neuem sollten sie mit Bethlen in Verbindung treten und vor allem diejenigen namhaft machen, welche an diesem Vertrage Theil nehmen wollten. Der Kaiser verwies sie außerdem auf eine Vereinbarung mit den Gliedern seines Hauses und den getreuen Kurfürsten und Fürsten. [1]

Große Hoffnungen setzten die deutschen Protestanten, welche den böhmischen Streit als eine Glaubensangelegenheit ansahen, während des Jahres 1619 auf den jungen, streitbaren König von Schweden, Gustav Adolf. Bald nach der böhmischen Königswahl dachten die pfälzischen Politiker auch an eine Allianz mit Schweden.

Allein der leidenschaftliche Eifer des Königs entbehrte schon damals jener Besonnenheit nicht, welche auch späterhin als eine seiner hervorragendsten Eigenschaften in Erstaunen setzte. Schon im December 1619 erklärte Gustav Adolf: „Wir wollen aber den Angel nicht anbeisen, wir wissen dan, wie es in Bohemen stehet." Um die Verhältnisse in genauen Augenschein zu nehmen und um die protestantischen Fürsten Deutschlands zur Eintracht zu mahnen, namentlich aber auch um auf Kursachsen zu wirken, sendete er seinen Agenten Rutgersius nach Prag. Mit aller Entschiedenheit bekennt der König Ende des Jahres 1619 und in den ersten Monaten des folgenden seinen festen Entschluß dem gemeinen Wesen beizuspringen. Allein er wollte sich von den Böhmen suchen lassen, was seiner Meinung nach nicht eifrig genug geschah, und vorher versichert sein, was ihm dafür wider geschehen sollte, „wan ichs irgends nöthig hette." Wenn es ihm von Holland und England gerathen, und er durch diese Staaten „mit Nichtverlassung versichert werden würde," wollte er im Frühling 1620 eine Diversion zu Gunsten Böhmens machen. [2]

Diese Geneigtheit wurde bald durch den Pfalzgrafen Johann Kasimir, welcher am 14. März, als gerade die Reichsstände versammelt waren, zu Stockholm anlangte, [3] auf die Probe gestellt. Er sollte in der That dem Könige ein Bündniß mit Böhmen anbieten und die Unterstützung Schwedens durch Waffengewalt oder Geld nachsuchen. Man wünschte wenigstens,

1) Ambassade 336.

2) Eigenhändiger Brief Gustav Adolfs an Johann Kasimir von der Pfalz. Stockholm 25. Januar 1620. Hammarstrand S. 182 ff.

3) Vgl. Hammarstrand 185 ff.

daß durch eine schwedische Diversion die Polen von einem Einfalle in Schlesien abgehalten würden. Allein die Reise Johann Casimirs war erfolglos. Gustav Adolf fand nicht nur die Vollmacht des böhmischen Botschafters ungenügend, sondern bemängelte auch, daß der Pfalzgraf nur im Namen des Königs, nicht aber der deutschen Union zu ihm komme. Einem Kriege gegen Polen stand der Waffenstillstand im Wege, und mit Geldunterstützungen den Böhmen zu Hilfe zu kommen, hinderte ihn eigne Bedrängniß.

Außerdem waren die böhmischen Zustände dem Könige noch zu unsicher: er hatte vorzugsweise seine Bedenken über die Theilnahme der böhmischen Stände an der Regierung, und über die Stellung des Königs zu ihnen bei dem wirklichen Abschlusse eines solchen Bündnisses. Ueber alle diese Verhältnisse sollte Rutgersius nach eigner Wahrnehmung Bericht erstatten und namentlich auch Mittheilung machen, ob ein solches Bündniß zwischen beiden Ländern voraussichtlich auch auf die Union und auf Ungarn ausgedehnt werden würde.[1] Eine wirkliche Vollmacht aber zur definitiven Regelung der Sache erhielt Rutgersius so wenig von Gustav Adolf, wie sie der Pfalzgraf Johann Casimir von dem Kurfürsten bekommen hatte.

Es ist jedoch trotzdem wahrscheinlich, daß Gustav Adolf ein solches Bündniß mit Böhmen, Ungarn und der Union eingegangen sein würde, wenn eben der Waffenstillstand Bethlen Gabors mit dem Kaiser und der Neutralitätsvertrag der Union mit Baiern, so wie die Wendung Kursachsens die Verhältnisse bis zur Mitte des Jahres nicht vollständig umgekehrt hätten.

Doch hat er wenigstens im Geheimen die böhmische Sache gefördert. Er ließ in Stettin 8 Kanonen ausschiffen, welche auch den böhmischen und schlesischen Heeren zugeführt wurden.[2]

Auch Christian IV. von Dänemark wurde im Anfange dieses Jahres noch einmal zu einer activen Theilnahme an dem Kampfe aufgefordert. Ende Januar erschien der Herzog Georg von Lüneburg zu diesem Zwecke in Kopenhagen. Allein der König verhielt sich auch seinem frühe-

1) Brief Gustav Adolfs an Rutgersius, Stockholm 28. April 1620 und dazu Oxenstierna's Schreiben an den Agenten vom 7. Mai, Hammarstrand 242.

2) Hammarstrand 191. Dazu d'Elvert: Die Bestrafung der böhmischen Rebellion, 1868, S. 80.

ren Zöglinge gegenüber ablehnend: „es sei jetzt zu spät, für den König von Böhmen sich nach Bündnissen umzusehen.“ [1]

Wol versuchte Christian IV. noch Kursachsen zurückzuhalten, allein eines Erfolges seiner Warnungen konnte er sich nicht rühmen. Nur im Geheimen hat er gleich Gustav Adolf den böhmischen König, den Gemahl seiner Nichte, trotzdem unterstützt: er lieh seinem Schwager Jacob von England die hierzu erforderlichen Summen und hat böhmischen Nachrichten zu Folge dem König-Pfalzgrafen auch noch eine bedeutende directe Unterstützung zugewendet. [2]

In ähnlicher Weise haben auch einige deutsche Fürsten dem Könige von Böhmen vornehmlich Kriegsmaterial zu Gebote gestellt; man nennt namentlich den Kurfürsten von Brandenburg und den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig. Allein der Unterstützung des Gegners durch Kursachsen und Baiern gegenüber sind diese Beihilfen kaum in Anschlag zu bringen.

Aufbruch der Baiern und Sachsen nach Oestreich und der Lausitz. Ankunft der Spanier im Reich.

Es war kaum eine Woche nach dem Vertrage von Ulm verflossen, als Maximilian seinen Marsch von Dillingen nach Oberöstreich antrat, in der festen Erwartung, daß Spinola etwaige feindselige Bewegungen der Unierten hinter seinem Rücken baldigst dämpfen werde. Die Baiern trafen über Schärding am 1. August in Wels ein, und drei Tage darauf konnte der Herzog bereits in Linz einziehen. Nach mehrfachen Verhandlungen mit den oberöstreichischen Ständen huldigten diese endlich am 20. August: das Land kam unter die Botmäßigkeit des Statthalters Grafen Adam von Herberstorf. Am 24. August, zwei Tage bevor Johann Georg nach der Lausitz aufbrach, befand sich das bairische Heer, mit zahlreicher Artillerie versehen, in Freystadt und begann nun die aufständischen Böhmen dem Kaiser und der Kirche wider zu gewinnen. Bei Neu-Pölla vereinigte sich Maximilian mit Bucquoi und marschierte darauf über Budweis auf Pilsen, in dessen Nähe bei Rockizan sich das böhmische Heer

1) v. d. Decken, Herzog Georg I. 63.

2) Schlick bekannte, daß der König 400,000 Thlr. auf Veranlassung des Markgrafen von Jägerndorf vorschoß, d'Elvert S. 81.

gelagert hatte.[1] Als dieses zur Deckung der Hauptstadt aufbrach, folgte ihm in einem nordöstlichen Bogen auch Maximilian.

Der Kurfürst von Sachsen hatte sein Mandat gegen Böhmen wie auch der Herzog von Baiern am 13. Juni erhalten, zögerte indessen mit dem wirklichen Aufbruche eben so wie jener trotzdem ziemlich lange. Er ging im Anfange von dem Gedanken aus, daß man von beiden Seiten, von Baiern und von Kursachsen aus, in Böhmen einbrechen solle, was jedoch Maximilian, welcher sich zuerst seines Pfandes versichern und dann die Böhmen niederwerfen wollte, ablehnte. Und selbst als man Johann Georg die Lausitz pfandweise zugesagt hatte, war er nach dem ulmer Vertrage nicht sofort zum Marschieren zu bringen; er wollte erst Spinola's Eintreffen in der Pfalz abwarten, welcher ihm die Unierten vom Leibe halten sollte. Ferner sollte Maximilian zuvor nach Oberöstreich und Böhmen aufbrechen, und auch die Furcht vor den durch die Mark und die Niederlausitz marschierenden Engländern scheint ihn zurückgehalten zu haben.[2] Noch einmal versuchte den Kurfürsten der Graf Johann Georg von Hohenzollern zu einem schleunigen Einfall in Böhmen zu bestimmen; allein auch er griff zunächst nach seinem Pfandobject: er versprach am 13. August zum Einrücken in die Lausitz bereit zu sein. Trotzdem näherte er sich erst am 26. Aug. der Gränze und begann einige Tage darauf Bautzen einzuschließen, welches seit dem 17. September regelmäßig belagert wurde. Schon am 25. September mußte es sich ergeben.

Spinola marschierte erst ungefähr zwei Monate, nachdem ihm von Madrid der Befehl zum Aufbrechen ertheilt war. Offenbar wollte er vor allem das Ergebniß der Verhandlungen mit der Union abwarten, welche ein vorschnelles Einrücken der Spanier doch vielleicht noch zum Losschlagen bewogen hätte. Ja vielleicht hätte es ihr auch noch mittel- und norddeutsche Bundesgenossen zugeführt. Außerdem aber war es die durch Kursachsen verzögerte Achtserklärung gegen den Pfalzgrafen, welche den Erzherzog Albrecht zaudern ließ, da sie ihm vom Kaiser zugesagt war. Am 5. Juli meldete Maximilian dem Herzog Albrecht den Abschluß des ulmer Vertrags, allein erst nachdem man von der Ankunft des Herzogs in Böhmen unterrichtet war, brach der berühmte Genueser auf.

Auch die Unierten kannten schon vor ihrer Neutralitätserklärung die Bestimmung dieses spanischen Volkes und nahmen Kursachsens Unterstützung

1) Hurter VIII. 513.

2) Vgl. das kaiserliche Schreiben vom 29. Aug. an Johann Georg bei Londorp, Acta publ. I. 809.

gegen daſſelbe in Anſpruch. Sie wollten das böhmiſche Weſen dahin geſtellt ſein laſſen, ſprachen aber ihr Erſtaunen darüber aus, „warum ein ſolch weit um ſich freſſend Feuer in unſerm Vaterland deutſcher Nation angezündet werden ſoll.“[1] Die Antwort des Kurfürſten war jedoch ſehr anzüglich. Nachdem die Patente zur Vollſtreckung der kaiſerlichen Befehle bereits in Dresden eingelaufen waren, und der Kurfürſt nur das Eintreffen der Spanier erwartete, um ſich gegen die Lauſitz in Bewegung zu ſetzen, behauptete er in derſelben, daß ihm von der ſpaniſchen Expedition nichts gründliches bewußt ſei, und erklärte dann gerade heraus: „nunmehr aber, da es aller Orten lichterlohe brennet, und man ihm vorgeſetzt bei den extremis zu verharren und nicht zu weichen, befinden wir nicht, wie durch menſchliche Mittel dem Unweſen mit Beſtand könne geholfen und gerathen werden.“

Im Allgemeinen hielt man das Ziel des ganzen ſpaniſchen Zuges ſehr geheim und deutete ſogar abſichtlich an, daß Spinola über Frankfurt nach Böhmen ziehen werde.[2] Noch am 3. Auguſt ertheilte Peckius dem engliſchen Geſandten in Brüſſel den Beſcheid, daß bis jetzt kein Beſchluß darüber gefaßt ſei, wohin ſich die Armee wenden werde. Der Inſtruction zu Folge ſollte jedoch Spinola zuerſt die Unterpfalz unterwerfen und dann nach der Oberpfalz gehen und in Böhmen einbrechen. Die conföderierten Länder — alſo doch wol zunächſt die Pfalz, — an denen Spanien immer noch Erbrecht geltend machte, ſollte er dem Könige huldigen laſſen.[3] In der zweiten Auguſtwoche, nachdem er in Erfahrung gebracht haben mochte, daß Maximilian in Böhmen angelangt ſei, brach Spinola, ausgezeichnet ausgerüſtet und ſelbſt mit Nachen, Mühlen, kupfernen Backöfen und Pontons wol verſehen, auf. Er richtete ſeinen Marſch die Moſel entlang auf Coblenz und ging von hier rheinaufwärts nach Mainz. Dem ihn begleitenden engliſchen Geſandten eröffnete er in Coblenz nur im Allgemeinen, er habe Befehl die Verbündeten in Böhmen anzugreifen. Was indeſſen die Spanier Deutſchland ſo lange als möglich zu verhehlen ſuchten, daß Spinola's Zug den pfälziſchen Erblanden gelte, haben ſie Buckinghams Geſtändniß nach dem Könige Jacob offen bekannt.[4]

---

1) Londorp I. 800.

2) Moriz von Oranien war noch am 12. Juni 1620 dieſer Meinung. Carleton III. 328.

3) Die Inſtruction iſt wahrſcheinlich mit unrichtigem Datum (Madrid 28. Juni) bei Londorp, Acta publ. II. 920 gedruckt.

4) Buckingham an Gondomar 2. Oct. 1620. Londorp, Acta publ. II. 930.

In Mainz finden wir Spinola vom 26. — 29. Auguſt: nach allen Seiten hin beſtrebte er ſich durch gütliche Vorſtellungen den Argwohn zu zerſtreuen und ſich die Gemüther im Voraus zu gewinnen. So erſuchte er den Landgrafen von Heſſen, den Markgrafen von Baden, die Ritterſchaften am Rhein und in der Wetterau, endlich auch die Stadt Frankfurt zum wenigſten neutral zu bleiben.[1] Bei Sebaſtian-Engers überſchritt er den Rhein. Das Unionsheer unter Graf Friedrich von Solms war ebenfalls bei Oppenheim über den Fluß gegangen, hatte ſich dann nordwärts auf Frankfurt gewendet und ſchlug jenſeits des Mains auf dem Galgenfelde das Lager auf. Nachdem ein Theil des übrigen Unionsheers mit Artillerie angelangt war, verſchanzte man das linke Mainufer. Da erfuhr man, daß Spinola Willens ſei ſich der Brücke bei Oppenheim zu bemächtigen. Dieſe wollten die Unierten auf jeden Fall halten. Und in der That näherten ſich die Spanier, nachdem ſie den Rhein wider überſchritten und die Brücke abgebrochen hatten, dieſem für die Unierten ſo wichtigen Punkte: beide Armeen ſtanden ſich hier mehrere Tage lang unthätig gegenüber (vom 5. — 8. Sept.). Da brach Spinola plötzlich auf. Die Unierten, welche unter dem lähmenden Eindrucke einer ihnen weit überlegenen Perſönlichkeit ſtanden, waren der Meinung, Spinola habe auch jetzt noch im Sinne, ſie von Oppenheim wegzulocken, um dann die Brücke im raſchen Anlauf zu beſetzen, und ließen ihn ziehen. Dem war nun aber nicht ſo. Spinola wendete ſich vielmehr mit 8000 M. und 9 Geſchützen gegen das nur von 200 Mann vertheidigte Kreuznach und nöthigte es zur Uebergabe. Daſſelbe geſchah darauf mit Alzei. Und nun ſchienen die Spanier Worms zu bedrohen, welches die Unierten auf jeden Fall ſichern wollten. Der Markgraf von Anspach brach daher mit der ganzen Armee aus ſeinem bisherigen Standquartier Oppenheim auf, ließ die Brücke abbrechen und näherte ſich Worms. Allein unverzüglich erſchien auch Spinola mit ſtarker Uebermacht vor der ſo lange gehüteten Stadt, jetzt nur von 800 M. Ausſchuß vertheidigt, und nöthigte ſie zur Uebergabe. Die Verbindung mit dem rechten Rheinufer wurde ſchleunigſt durch eine neue Brücke widerhergeſtellt.

Die Unierten warteten darauf in der Umgebung von Worms auf die herannahenden Engländer, welche am 9. September unter dem ſtattlichen Geleite des Prinzen Heinrich Friedrich von Weſel aufgebrochen waren und bei Coblenz den Rhein überſchritten hatten. Zwiſchen Hanau und

1) Londorp II. 894.

Frankfurt passierten sie auch den Main und zogen sich dann auf der Bergstraße nach Süden. Vergebens hatte ihnen Spinola ein Detachement bis nach Höchst entgegen gesendet. — Moriz von Oranien bemächtigte sich ferner des Komper Werts und gründete hier mitten im Rhein die kleine Festung Pfaffenmütz. Allein die Fortschritte der Spanier wurden natürlich hierdurch nicht gehemmt: Guntersblum, Bacharach, Pfalz und Caub überwältigten sie mit leichter Mühe. So hatte die Union weder den Aufbruch Maximilians nach Oestreich und Böhmen, noch die Besetzung der pfälzischen Lande auf der linken Rheinseite verhindert.

Die Unierten hatten sich eben von vorn herein in die verhängnißvollste Position gesetzt. In Folge der englischen Warnungen und von den Vermittelungsvorschlägen, die gerade jetzt noch von England und Frankreich im Verein dem Kaiser wie dem Pfalzgrafen gemacht wurden, genau unterrichtet, hatte man sich entschlossen Spinola nicht eher anzugreifen, als bis er wirklich den Boden der Pfalz in feindseliger Weise betreten würde![1]

In Spinola's Heere befanden sich außerdem zwei junge Markgrafen von Baden eduardischer Linie, deren Anwesenheit wol jedenfalls auch wenigstens im Anfange den Kriegseifer ihres Vetters lähmte. In einer geradezu mißlichen Lage sehen wir ein anderes Glied der Union, den Herzog von Würtemberg, welcher auf Befehl des Kaisers vom Erzherzog Leopold zum Austritt aus der Union gedrängt wurde, wozu er sich freilich damals noch nicht verstehen wollte. Durch einen besondern Abgesandten suchte er die Verwendung der französischen Gesandtschaft bei Ferdinand II. nach und hoffte immer noch Spinola auf gütlichem Wege abzulenken. Wenn der spanische Feldherr nicht nach der Pfalz, sondern nach Böhmen ziehe, wollten ihn die Unierten in Ruhe lassen und sich in die böhmische Frage, die sie nicht berühre, nicht einmischen; wenn dagegen Spinola etwas gegen ihre Staaten unternähme, würden sich die Unierten mit Böhmen, Ungarn und den incorporierten Provinzen vereinigen müssen. Die Antwort des Kaisers lautete indessen durchaus ablehnend: er hielt es für das Beste, wenn der Herzog die Union quittiere und den andern Bundesgliedern auf diese Weise den Weg zeige, und bestätigte ausdrücklich, seinem Bruder Leopold

1) Brief des Herzogs von Würtemberg an den Kaiser, Worms 16. Septbr.: „Ils n'ont pas mesme voulu attaquer le Marquis de Spinola, l'ayant souuent trouué à leur auantage, jusques à ce qu'il soit entré par force dans les Terres du Palatinat.“ Ambassade Extraordinaire de Mess. le Duc d'Angoulême, . . . S. 326.

Auftrag ertheilt zu haben, den Herzog in dieſe Bahn hinüberzuführen. Da war es denn natürlich vergeblich, daß der Herzog den Kaiſer von Worms aus nochmals in ſehr heftiger und erbitterter Weiſe um die Rückberufung Spinola's anging. Wenn man die böhmiſche Sache durch Krieg entſcheiden müſſe, ſo dürfe es nur in Böhmen und nicht im Reiche geſchehen: Spinola ſei wider die Reichsgeſetze in das Reich eingedrungen. [1]

Nun wurde ja anfangs September noch ein Unionstag zu Worms gehalten, auf welchem abermals 50 Römermonate für die Unionskaſſe bewilligt wurden: aber auch dieſer Tag hat trotz der drohenden Gefahr den Bund nicht weſentlich gefeſtigt und zum energiſchen und charaktervollen Widerſtand geſtärkt. Die geringe Unterſtützung deſſelben von Seiten Englands und Hollands, gegenſeitiges Mißtrauen und die Verzweiflung an einem glücklichen Ausgange des böhmiſchen Krieges und vielleicht noch manche bisher nicht bekannte perſönliche Gründe ließen auch dieſe Anſtrengungen ſcheitern. [2]

---

1) Mais ie supplie tres-instamment vostre Majesté de vouloir rapeller le Marquis de Spinola auec son Armée, qu'on a fait entrer dans les Terres de l'Empire contre les Loix et les Statuts, et de commander qu'on ne touche point aux Terres du Palatin, d'autant que c'est un Electeur et un Prince du Saint Empire. — Worms 16. Sept. 1620. Ambassade 327. 265.

2) So ſah es auch Puiſieux an, vgl. Lettre escrite a Messieurs les Ambassadeurs 9. October: Quand au Marquis de Spinola il s'est enfin declaré contre le Palatinat, et y fera sans doute ses affaires et avec facilité, attendu le peu de courage et de forces des Princes Unis; mais qui est un grand desavantage à l'Angleterre, que l'Espagne sçait bien ne s'en pouvoir revancher ny ressentir, tant que ledit Roy est plongé dans ses commoditez et plaisirs; joint au mespris qu'elles en font et à son impuissance, à peine a-t'il peu envoyer deux mille hommes dans le Palatinat, et le Prince d'Orange d'ailleurs n'est pas pour le secourir en effet, puis que les Archiducs luy ont opposé des Troupes suffisamment, pour le tenir en échec, et qu'il y a des causes et raisons particulieres dans l'Estat qu'ils empeschent d'en faire davantage. Ambass. 321.

Viertes Buch.

Nach der Schlacht am weißen Berge bis zur Beſetzung der Oberpfalz durch Baiern.

Der ſegeberger Congreß und die Auflöſung der Anion.

Die Niederlage am weißen Berge war nur die letzte der zahlreichen Enttäuſchungen, welche der König-Pfalzgraf von ſeiner Wahl an erfahren hat. Darum hat ſie auch den böhmiſchen Aufruhr mit einem Schlage darnieder geworfen. Daß die auswärtigen Bundesgenoſſen und Freunde des Pfalzgrafen der Sache eine neue, beſſere Wendung geben würden, daran hat dieſer ſelbſt von vorn herein verzweifelt. Nur Bethlen Gabor, der ſich ſofort nach der prager Schlacht mit der ungariſchen Krone zurückzog,[1] wollte ſeine kühnen Pläne auch jetzt noch nicht aufgeben. Er ermahnte die Böhmen zum Ausharren und verſprach zu ihrer Befreiung durch Mähren heranzurücken. — Verwandte Ziele verfolgten die Franzoſen. Sie wollten nicht nur von Bethlen Gabor eine ähnliche totale Niederlage abwenden und drangen daher durch einen beſonderen Botſchafter, de Preaux, in ihn, ſich mit dem Kaiſer zu vergleichen, ſondern ſtrebten auch offenbar danach, den erwählten König von Ungarn als Gegengewicht gegen das ſiegreiche Oeſtreich aufrecht zu halten. Sahen ſie doch nun allzu deutlich, welchen wichtigen Dienſt ſie dem Kaiſer durch den Vertrag von Ulm erwieſen hatten.[2]

Allzu kühne Hoffnungen auf ein glückliches Gelingen dieſer Pläne hegten ſie freilich nicht. An der Feſtigkeit, mit welcher Ferdinand nach der Schlacht von Prag dem engliſchen Agenten entgegen trat, erkannten

1) Ambassade 347.

2) Voilà les effets du Traité d'Ulm, sans lesquels les choses ne fussent pas arrivées de la sorte, ce que le Palatin et ses adherans reconnaissans, pestent bien fort contre nous, et l'Ambassadeur d'Angleterre nous l'a bien sceu dire. Dazu eine Stelle aus dem Briefe der Geſandten an den König, in welcher die Folgen des Vertrags noch übertriebener hervorgehoben werden, Ambassade 384.

sie, daß sich der Kaiser die Früchte seines Sieges auf keine Weise auch nur werde schmälern lassen.[1] Auch jetzt nämlich verhandelte Wotton nochmals mit ihm; er erhob sich noch am 27. November widerum gegen die Besetzung der Pfalz[2] und legte dem Kaiser die Verpflichtung, einen Vertrag einzugehen, nahe. Allein dieser bezeichnete schon am folgenden Tage in ziemlich derben Worten die pfälzische Occupation als verdiente Strafe für das Vergehen ihres Landesherrn! Unter diesen Umständen aber war das Versprechen des Kaisers, innerhalb 40 Tagen mit den Gliedern seines Hauses so wie mit den getreuen Fürsten und Kurfürsten zu einer förmlichen Verhandlung zusammenzutreten, nur von geringer Bedeutung. Eine eben so barsche Antwort erhielt Wotton, als er sich Anfangs December in einer abermaligen Audienz bemühte, die kaiserliche Acht von dem Haupte des Pfalzgrafen abzuwenden.[3]

Bethlen Gabor verhandelte nach der Schlacht von Prag in Breslau mit dem Pfalzgrafen. Sein Plan scheint dahin gegangen zu sein in den Waffenstillstand, welchen er zu eigner Sicherheit jetzt für nothwendig hielt, auch Böhmen und die incorporierten Länder einzuschließen. Allein der unglückliche Verlauf der Kriegsereignisse in Mähren, so wie die vollständige Rathlosigkeit, welche in der Umgebung des Pfalzgrafen herrschte, ließ ihn bald daran verzweifeln, und so wurden denn endlich am 25. Januar 1621 unter Vermittelung der französischen Gesandtschaft von kaiserlichen und ungarischen Deputierten die Verhandlungen zu Haimburg eröffnet. Indessen Monate vergingen unter diesen fruchtlosen Besprechungen, welche von Bethlen Gabor später allem Anschein nach im festen Vertrauen auf eine Erneuerung des Kampfes durch Mansfeld, so wie auf das Eingreifen Englands und Dänemarks in die deutschen Angelegenheiten — und es

---

1) Seine Propositionen finden sich Ambassade 386 und Reliquiae Wottonianae 516.

2) A Copy of the Emperors Answer to my Audience 28. Novbr. Nunc si in Ditionibus propriis, quas a Suprema Majestate Caesarea Sacroque Imperio in feudum cum fidelitatis obsequio recognoscere debebat, quasque Dominus Legatus Patrimonium appellat, poenam temerarii ambitus contra Dominum et Imperatorem suum Serenissimi Regis Gener experitur, non habet quem culpet, praeterquam quod animo suo obsecundare et intempestivis suorum consiliis, quam prudentissimis Majestatis suae Caesareae, Regum, Electorum et Principum ipsiusque Soceri sui consiliis deferre maluerit. Rel. Wott. 519. Dazu Ambassade 387 ff.

3) Reliquiae Wottonianae S. 521. Die Audienz hatte am 4. Dec. statt.

erschien dies gerade in den ersten Monaten dieses Jahres nach dem Tage von Segeberg so nahe — planmäßig verzögert und hingehalten wurden. Denn so wichtig die ungarische Bewegung für die deutschen Verhältnisse auch war, so konnte doch die Entscheidung, wie die Dinge nun einmal damals lagen, nicht von Osten, sondern nur von Westen, d. h. von England erwartet werden.

Wie eine Niederlage des eignen Volks wurde die Schlacht vor Prag von den englischen Protestanten empfunden: nur der König und der Prinz von Wales bewiesen oder erheuchelten eine auffallende Gleichgiltigkeit. Mehr als je entzog sich Jacob dem Anblicke seiner Unterthanen, um an einsamen Plätzen sich der Jagd hinzugeben oder seines Günstlings zu erfreuen. Immer erregter wurde dagegen die Stimmung der Hauptstadt. Da man Gondomar vornehmlich als Urheber der Begriffsverwirrung des Königs ansah, da man allgemein glaubte, er habe dem Könige die Meinung beigebracht, daß Spinola's Zug nicht der Pfalz gelte, verfolgte man ihn ungescheut sogar mit öffentlichen Beweisen des Hasses und der Verachtung. Und als nun einem Spanier nach der Schlacht von Prag einige gewiß nicht anerkennende Worte über den Pfalzgrafen entfielen, rotteten sich Haufen gegen seine Bedienung zusammen, so daß man ihm 300 Mann Wache vor seine Wohnung stellen mußte.[1] Gondomar wagte sich nicht mehr öffentlich zu zeigen; man wollte wissen, daß ihm der König die tiefsten Staatsgeheimnisse anvertraue. Aufreizende Tractate gegen die spanische Heirath und die Energielosigkeit des Königs, wie die um die Mitte November erschienene „Stimme des Volks," hatten eine solche Wirkung, daß sie der französische Gesandte als Vorboten des Bürgerkrieges ansah. Am ersten Weihnachtstage mußte ein Verbot gegen die erregte politische Debatte in Wort und Schrift erlassen werden. Wol nur um die Stimmung des Volks nicht zum Aeußersten zu treiben und als ein Mittel, Spanien in der Heirathssache nachgiebiger zu machen, wurden dann trotzdem einige Versuche gemacht, die Sache des Protestantismus auf dem Continent zu stützen. Schon am 7. November, also wenige Tage vor der Schlacht von Prag, war der Entschluß des Königs bekannt, um die Mitte Januar ein Parlament einzuberufen. Anfangs December wendete sich Jacob auch an die Schotten um eine Beisteuer für Friedrich. Die Stadt London, um den Betrag von 200,000 Pfd. ersucht, machte sich anheischig die Hälfte der Summe durch die Gilden aufzubrin-

1) Camden 63.

gen. Durch Albert Morton ließ Jacob der Union um den Beginn des folgenden Jahres auf ihr dringendes Bitten noch 100,000 Thaler zugehen. Er erklärte sich ferner gegen den staatischen Gesandten bereit, 20,000 M. für die Unierten auszuheben, die von den Holländern bewaffnet werden sollten.[1] Und trotzdem gingen auch jetzt noch Handlungen nebenher, welche derartige heroische Anläufe in einem ganz andern Lichte erscheinen ließen. Um dieselbe Zeit, wo Jacob den Generalstaaten 100 eiserne Geschütze überließ, gewährte er zum Erstaunen seines Volkes dem Gesandten der Spanier eine gleiche Anzahl.[2] Welche Aussicht für die Erfüllung der holländischen Mahnung, der König möge sich die Schnelligkeit der Kaiserlichen und der Spanier zum Muster dienen lassen und noch vor dem Frühjahr mit seiner Hilfe bereit stehen![3]

Da wurde dem Könige Ende des Jahres von Frankreich Gelegenheit zu einer vollständigen politischen Umkehr gegeben. Der Bruder des Herzogs von Luynes, Marschall von Cadenet, begab sich, um einen französisch-englischen Ehebund abzuschließen und den König einer vertragsmäßigen Behandlung der Reformierten zu versichern, in der Weihnachtszeit nach England.[4] Er hatte den Auftrag, der Vergrößerung des Hauses Habsburg direct entgegen zu arbeiten: er sollte den König nicht nur im Betreff der deutschen Angelegenheiten, sondern auch wegen des Veltlins sondieren. Außerdem wünschte der Herzog nebst seinen Brüdern noch ein ganz besonderes Bündniß mit Buckingham zu gegenseitigem Schutze zu errichten.

Der französische Marschall fand jedoch den König und Buckingham seinen Plänen durchaus abgeneigt; jener suchte vielmehr an Spanien einen Rückhalt gegen die Puritaner. Der König wollte nach der Ansicht der französischen Diplomaten den puritanischen Einfluß durch den Katholicismus neutralisieren und so mit beiden in Frieden leben: Frankreich hielt er zu einem solchen Gegengewicht gegen die Puritaner für zu machtlos.

---

1) Noel de Caron an die Generalstaaten 11. Jan. 1621.

2) Camden 64. Dazu Mémoires inédits du comte Leveneur de Tillières .. Par Hippeau. Paris 1863.

3) Carleton III. 412.

4) Der eigentliche Zweck der Gesandtschaft wurde sehr geheim gehalten. Puisieux theilte ihn nicht einmal den französischen Gesandten in Oestreich offen mit. Er schreibt von Calais am 30. Dec.: Le Roy envoye de cette Ville en Angleterre Monsieur le Mareschal de Cadenet, cette demonstration de bienveillance devra consoler le Roy de la Grand' Bretagne, de l'ennuy qu'il doit auoir du malheur de son Gendre .. Ambassade 455.

Ja er beklagte sich sogar über das Verfahren König Ludwigs XIII. gegen Bearn und erklärte im äußersten Falle für die Unterdrückten eintreten zu wollen. Jacob erbot sich zum Schiedsrichter zwischen Ludwig XIII. und seinen protestantischen Unterthanen! Im Betreff der Pfalz schien er zum Aeußersten bereit, hoffte aber, daß der Kaiser und Spanien es nicht dahin kommen lassen würden. Nur in der veltliner Sache theilte er Frankreichs Anschauungen vollständig.

So war also Jacob samt seinem Günstling weit entfernt, trotz der vielfachen Täuschungen, denen sie sich im verflossenen Jahre ausgesetzt hatten, und trotz der Schlacht von Prag und der Flucht des Pfalzgrafen eine feindselige Stellung gegen das Gesamthaus Habsburg einzunehmen: ja es wurden im Gegentheil die Anhänger der französischen Heirath, wie der Staatssekretär Naunton nach der Rückkehr der französischen Diplomaten ihrer Aemter entsetzt.[1] An Nauntons Stelle trat der spanisch gesinnte Calvert.

Noch in Breslau hat Friedrich seine Krone nicht gänzlich verloren gegeben; und auch Männer wie Anhalt verzweifelten nicht vollständig daran, daß das Verlorene wider zu ersetzen sein würde. Diese Aussichten wurden jedoch nach dem Verluste Mährens und nach dem Vergleich Schlesiens und der Lausitz immer unsicherer, je mehr man sich dem Tage näherte, wo auch die längst befürchtete Achtserklärung ausgesprochen werden mußte. Es geschah endlich am 29. Januar. Die Achtserklärung und die in Aussicht stehende Vollstreckung derselben vervollständigte den Sieg am weißen Berge. Nun mußte die Festigkeit der Verbindungen, welche in den beiden letzten Jahren gegen das Haus Habsburg geschlossen waren, zu Tage treten. Vor allem mußte die Festigkeit des Pfalzgrafen selbst ihre Probe bestehen.

Friedrich ging durch Brandenburg nach Wolfenbüttel, um wahrscheinlich hier mit dänischen und englischen Agenten über seine weiteren Schritte zu verhandeln. Als er hier am 22. Januar anlangte, fand er zu seiner Verwunderung den Herzog nicht anwesend, so daß er von dessen Gemahlin empfangen wurde. Wenige Tage darauf erschien er. Schon vor seiner Ankunft war jedoch ein Schreiben Johann Georgs eingelaufen, welches Friedrich Ulrich anwies, eine vollständige Verzichtleistung des Pfalz-

1) Mémoires inédits du comte Leveneur de Tillières S. 48.

grafen auf sein verlorenes Königreich auszuwirken. Dies gelang. Der Pfalzgraf entsagte gegen eine „allgemeine, durchgehende, auf keine Aequivocation gestellte" Amnestie seiner Wahlreiche,[1] und Friedrich Ulrich ersuchte nun den Kurfürsten von Sachsen darauf hinzuwirken, daß die kaiserlichen Völker entfernt und eine heilsame Harmonie unter allen Reichsständen erhalten werde. Man war also der Meinung, daß man den Folgen des kaiserlichen Sieges für das Reich durch eine einfache Verzichtleistung Friedrichs auf Böhmen die Spitze abbrechen könne.

Darauf gingen jetzt vor allem auch die Absichten Christians IV. Ende Januar berichtete ein dänischer Abgesandter, Detlev Ranzau, in Wolfenbüttel von der Bereitwilligkeit seines Herrn, mit andern niedersächsischen Ständen auf eine gütliche Beilegung des Zwistes hinzuwirken, und überbrachte Friedrich Ulrich eine Einladung zu einer persönlichen Besprechung. Friedrich Ulrich aber entsendete einen besondern Botschafter über Halle nach Dresden, um auch den Kurfürsten für diesen Standpunkt zu gewinnen. Ihn hatte man sich von dieser Seite zum Vermittler bei Ferdinand II. auserkoren. Und um den Kaiser nachgiebiger zu machen, sollte Johann Georg sogar die Drohung einfließen lassen, daß im Falle einer Weigerung der niedersächsische Kreis im Verein mit Dänemark und der Union Spinola aus der Pfalz herauswerfen werde.

Von ähnlichen Anschauungen gingen damals auch noch einige der unierten Stände aus.

Die Schlacht vor Prag hatte doch die Energie der Unierten nicht vollständig zu Boden geschlagen, so daß der Kaiser für nöthig hielt, durch eine besondere Botschaft die natürlichen Wirkungen derselben zu verstärken. Zu dieser Botschaft hatte er sich denselben Fürsten erkoren, welcher mit so großem Glück im Anfang dieses Jahres den mühlhäuser Vertrag angebahnt und dadurch der katholischen Sache einen so entschiedenen Vortheil verschafft hatte, Ludwig von Hessen. Schon am 10. Dec. entledigte sich dieser in Worms seines Auftrags gegen den Markgrafen Joachim Ernst und den Herzog von Würtemberg, indem er allen Ständen mit Land und Leuten endliches Verderben und Untergang, ja eine Desolation des heiligen Reiches in Aussicht stellte, wenn sie etwa die Pfalz vertheidigen wollten. Die Unierten sollten allem, was sich direct oder indirect auf die böhmische Sache beziehe, absagen und ihre sehr kostbare Verfassung abstellen. Die

1) Kraft dieser Amnestie sollte natürlich die Acht aufgehoben, Spinola aus der Unterpfalz vertrieben, und ihm selbst die Kur belassen werden.

Antwort der beiden Fürsten hierauf war immer noch würdig. Sie beschwerten sich über die Vergewaltigung von Ständen, die nie irgend welchen Antheil an der böhmischen Sache oder an der Union genommen hätten; sie wiesen darauf hin, daß eben diese fremde, spanische Armee die „vorhabende Monarchie, ob es schon die Kais. Maj. nicht vermeinen möchten," einführen sollte. In prophetischer Vorahnung sagten sie richtig voraus, daß bei einer Occupation der Pfalz durch die Spanier auch andere auswärtige Mächte sich endlich ins Mittel legen und Kaiser und Reich die freie Entwirrung der Verhältnisse aus der Hand nehmen würden. Die Dinge würden endlich dahin kommen, „daß die Ständ beider Religionen, ja auch die Kais. Majestät selbsten die Sachen in ihren Handen nicht mehr haben, noch sich des ulmischen Accords ferner erfreuen, sondern den fremden Nationen zusehen und derselben arbitrio unterworfen sein müssen." Allein trotzdem sprachen sie doch auch bereits von einem Accord, falls Spinola nur einstweilen seine kriegerischen Maßnahmen einstellen wolle. Im Geheimen mochten sie freilich auch noch auf eine geneigte Erfüllung ihrer Hilfsgesuche bei Holland und Dänemark und zwar in kürzester Frist rechnen. Im Namen der Union war der hessische Marschall Dietrich von dem Werder nach dem Haag,[1] und von hier aus im Geleite Gaspars van Vosberghen auch nach Dänemark gegangen, um dem Könige über den gegenwärtigen Stand und die Verhältnisse des evangelischen Wesens Mittheilung zu machen.[2] Da kam die Achtserklärung dazu, welche Spinola als kaiserlicher Bevollmächtigter ausführen sollte. —

Auf dem seit Ende Januar zu Heilbronn tagenden großen Unionsconvente hatte man sich daher zuerst über die Frage schlüssig zu machen, welche Stellung der Bund nun zur Sache des Pfalzgrafen einzunehmen habe. Noch von Küstrin (8./18. Jan.) aus hatte Friedrich übrigens, ohne den Verlust Mährens, Schlesiens und der Lausitz, ja selbst die französischen Verhandlungen mit Ungarn zu verschweigen, die Union zu einer gemeinsamen Vereinigung aufgefordert, um die Ansprüche des Gegners zu mäßigen. Kein einziges Glied derselben nahm jedoch noch jetzt eine in der That feindselige Haltung gegen den siegreichen Kaiser in Aussicht. Spinola selbst mahnte ja in eindringlichen Worten und mit der Versicherung,

1) Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen. Holland. Nr. 31. D. Briefe des Prinzen Moriz von Oranien an Christian IV.

2) Die Actenstücke finden sich bei Sattler a. a. O. Beilagen S. 141ff.

daß das Haus Oestreich keinen gehorsamen Stand beschweren wolle, zum Gehorsam.

Mehr als sein Schreiben hielt aber sein rücksichtsloses Vorschreiten in der Pfalz und die kaiserliche Acht selbst alle heroischen Anwandlungen nieder. Schon Mitte Februar sprach man daher von einer Abdankung der Armee und Unterwerfung unter den Kaiser, wenn er ernstlich darauf dringe. Selbst der anhaltische Bevollmächtigte, Johann Stallmann, hatte nur den Auftrag, dahin zu wirken, daß man sich vor einseitigen Friedensverhandlungen hüte und insgesamt für einen Mann stehe. Vor Abschluß eines allgemeinen Friedens sollte nicht entwaffnet werden.

In wie drastischen Zügen schildert übrigens dieser nicht ungewandte Diplomat die Zerfahrenheit, welche sich der Verbündeten bemächtigt hatte: „Die Städte wollen weder hinter sich noch vor sich. Der staatische Gesandte kommt nicht, von Hessen erfährt man nichts.“ [1] Wol machte Markgraf Joachim Ernst noch geltend, daß man die pfälzischen Erblande vertheidigen müsse, und wies auf die günstige Wendung der englischen Politik hin. Auch auf das Einschreiten der Generalstaaten setzte man wol noch seine Hoffnung. Allein ein gemeinschaftlicher energischer Beschluß war nicht mehr zu erzielen. Die Fürsten mißtrauten den Städten, von denen Straßburg sich gar nicht hatte vertreten lassen, und die letzteren zeigten wenig Geneigtheit, die löcherige Unionskasse noch weiter aus ihren Säckeln zu füllen. Von Landgraf Moriz besorgte man bereits, daß er sich von der Union etwas „absentieren möchte, insonderheit der Restanten halber, weil S. F. G. sehr schwach seind.“

Die größte Energie entwickelte Baden: der Markgraf dachte sich eine Zeit lang noch die Möglichkeit, daß sich Friedrich mit englischer und holländischer Hilfe sogar in Böhmen behaupten könne. Indessen bereits Mitte Februar gab Stallmann die Hoffnung, daß auch nur die Pfalz Hilfe vom Bunde erlangen werde, auf. Man ging sichtlich einer Neutralität entgegen, und jeder Stand suchte sich selbst so gut als möglich zu retten. Straßburg verhandelte mit Mainz, die fränkische Ritterschaft mit Spinola, Nürnberg wollte von einer Verlängerung der Union nicht mehr reden hören, und auch Würtemberg schloß sich ihm an. Der in Heilbronn erwartete holländische Gesandte aber erschien anfangs nicht: „die Städte sagen, die Käse (das Präsent) seien ihm unterwegs erfroren.“ [2] Als

1) Stallmann an Fürst Ludwig, Heilbronn 12. Februar 1621.
2) Stallmann an Fürst Ludwig, Heilbronn 17. Februar.

Brederode trotzdem noch anlangte und die Hilfe der Generalstaaten sowol bei einer Verlängerung des Stillstandes als beim Widerausbruch des Krieges mit Spanien versprach, war die Stimmung bereits so gesunken, daß er nichts mehr ausrichtete. Nur Baden wies auf neue Werbungen hin, die Städte und selbst Würtemberg lehnten jede weitere Betheiligung ab. Der Antrag, abermals 100 Monate auszuschreiben, fand keine Billigung; Ulm und Nürnberg waren nach Abzug von Vorschüssen und Zinsen allenfalls geneigt 15 Monate zu zahlen, d. h. da die ersteren sich beinahe höher beliefen, als der geforderte Betrag, in Wahrheit nichts. Und in Folge davon wagte man es gar nicht den andern Hauptpunkt von der Verlängerung der Union in Berathung zu ziehen. Er blieb einem künftigen Tage vorbehalten, dessen Ort und Zeit man gleichfalls nicht im Voraus festsetzen wollte. Das Gefühl, daß auf diesem neuen Tage nur vom Frieden werde gehandelt werden, scheint sich am Schluß der heilbronner Versammlung aller Betheiligten bemächtigt zu haben. Zuletzt wurde auch Anhalts Vertreter demgemäß instruiert.

Auch an Frankreich haben sich die Unierten in ihrer drangvollen Lage mit dem Gesuch um Fürbitte und Verwendung bei Ferdinand II. noch gewendet. Ein würtembergischer Sekretär ging in dieser Zeit nach Oestreich, um die französische Gesandtschaft von dem Stande der Dinge zu unterrichten und beim Kaiser Intercessionsschreiben gegen die Ausführung der Acht zu überreichen. Der Herzog Johann Friedrich erklärte den Franzosen noch am 9. Februar, daß die Unierten ihr Leben für die Vertheidigung der Pfalz lassen würden.[1] Man stellte ihnen vor, daß Spanien die Huguenotten aufrege, um Ludwig XIII. von Deutschland abzuhalten, während sie am Rhein und in Italien unterdes ihre Ziele um so leichter erreichen könnten. Aufs dringendste ersuchten die Unierten die französischen Diplomaten ihre demnächst erscheinende Gesandtschaft zu unterstützen und auf die Hinausschiebung der Acht hinzuwirken.[2] Ihr Gesandter in Paris aber forderte sogar die Unterstützung der französischen Waffen gegen diese gefährliche Monarchie.[3] Allein jener Sekretär gedachte auch bereits in Wien einer Sequestration der Pfalz, und so sahen die französi-

1) Ambassade 502.

2) Brief vom 11. Febr. Veu qu'il y va non seulement de la tranquillité publique de toute l'Allemagne .., mais aussi du service de sa Majesté Très-Chrestienne, laquelle demeureroit frustrée des deuoirs et seruices que ses plus fideles et anciens Alliez de l'Empire lui ont voüez .... Ambassade 519!

3) Börstels Memoir vom 6. Febr. Ambassade 539 ff.

ſchen Diplomaten, denen übrigens die Stimmung der Reichsſtädte hinreichend bekannt war, ſchon jetzt, daß die Unierten die Pfalz nicht halten würden.[1] Da aber die Spanier gerade damals ſich auch des Veltlins wider bemächtigten, wurde die franzöſiſche Politik doch täglich mißtrauiſcher: Puiſieux dachte bereits an Rückkehr der deutſchen Geſandtſchaft;[2] von einer Unterſtützung des Kaiſers konnte nun nicht mehr die Rede ſein.

Allein ein wirkſames Eingreifen mit den Waffen durften auch die Unierten von Frankreich nicht erwarten. Puiſieux mahnte zwar die franzöſiſchen Diplomaten, die proteſtantiſchen Fürſten gelegentlich zum Ausharren zu ermuntern; allein ſelbſt der König, ſo ſehr er auch beſtrebt war, dem Wachsthum des Hauſes Oeſtreich nun entgegen zu treten,[3] gab ihnen keine genauere Weiſung. Man wollte franzöſiſcher Seits zuvor nähere Erkundigung über die Feſtigkeit ihres Bundes, über ihre Mittel und politiſchen Pläne einziehen, da ihre bisherigen Thaten eine ſo große Feigheit und Zerfahrenheit an den Tag gelegt hatten. Dieſe Eigenſchaften verrieth auch ihre letzte Zuſchrift an die franzöſiſchen Diplomaten, in welcher ſie ſich einem Waffenſtillſtand geneigt zeigten. Sie erhielten ſchließlich vom Kaiſer die Verſicherung, daß er ihnen bewilligt werden würde, wenn ſie mit allen ihren Truppen die Pfalz räumen würden.[4] In Frankreich aber hoffte man durch den Tod des Königs von Spanien, ſo wie durch den Widerausbruch des niederländiſchen Krieges aus der Verlegenheit, in welcher man ſich offenbar befand, befreit zu werden. Man rechnete auf die Rückberufung Spinola's. Einen wirklichen Dienſt hat die franzöſiſche Diplomatie demnach weder der Pfalz, noch der Sache der deutſchen Reformation damals geleiſtet. —

---

1) Brief der Geſandten an Puiſieux 10. Febr. 1621. Ambassade 505.

2) Briefe Puiſieux's an die Geſandten vom 28. Jan. und vom 3. März 1621. Ambassade 508 ff.

3) Brief Ludwigs XIII. an die Geſandten, Paris 4. März 1621. Ambassade 537. L'Empereur sans doute poussé de l'ambition et de la passion des Espagnols, a mis au Ban de l'Empire durant vostre Negociation l'Electeur Palatin, ce qui tesmoigne autant leur desir de s'accroistre par la voye des Armes, que peu d'inclination à en sortir par celle de la douceur .... car ie fais reflexion qu'il est expedient pour les considerations generales de penser aux moyens d'arrester ce cour de la prosperité de ladite Maison d'Autriche, plustost que d'ayder son auancement, duquel le Roy d'Espagne recueilleroit le fruit principal, au prejudice et dommage à la fin des Amys et Alliez de ma Couronne.

4) Ambassade 549.

Das einzige practische Resultat jener Versammlung zu Heilbronn war der Beschluß, dem Kaiser durch eine besondere Gesandtschaft die von der Union erwirkte Verzichtleistung des Pfalzgrafen auf Böhmen und zugleich die Bitte um Suspension der Acht und Abberufung Spinola's aus der Pfalz vorzulegen.[1] Jene Gesandtschaft aber sollte auch der niedersächsische Kreis, so wie die französischen Diplomaten, falls sie noch anwesend waren, unterstützen. Obwol die energischen Stände sich immer noch englischer und dänischer Hilfe getrösteten, so war doch diese Aussicht für das Ganze wirkungslos: man meinte, daß im besten Falle doch nur Kurpfalz selbst von auswärtiger Hilfe Vortheil haben werde. Schon in den letzten Tagen der heilbronner Unionsversammlung wußte man jedoch, daß die friedlichen Bestrebungen der Union auch eine Unterstützung im Norden finden würden. Es verbreitete sich die Kunde, daß Christian IV. Ende Februar eine große Versammlung zu Segeberg halten werde, zu der nicht bloß die meisten Fürsten des niedersächsischen Kreises, sondern auch englische und holländische Vertreter erscheinen sollten. Den eigentlichen Zweck dieses Tages bezeichnete man wol mit den Worten: „man werde pacis negotium sub clypeo tractieren."

Die Verhandlungen dieses Congresses hatten schon ein practischeres Ziel im Auge, als der letzte Unionstag. Der europäische Protestantismus versuchte hier Christian IV., umgeben von einer zahlreichen Bundesgenossenschaft, als einen Damm gegen die Ausbreitung der habsburgischen Macht im Norden und Süden unseres Vaterlandes entgegenzustellen. Durch Bündnisse mit England und Holland gedeckt, sollte der König die Streitkräfte des niedersächsischen Kreises mit den seinigen verbinden, eine Armee von 20,000 M. Fußvolk und 6000 Reitern aufstellen, und sowol die protestantischen Fürsten Oberdeutschlands als die niedersächsischen Territorien in seinen Schutz nehmen. An den Verhandlungen betheiligten sich zwei protestantische Könige, Christian IV. und Friedrich von Böhmen, in Person, der dritte, Jacob I., ließ sich durch einen Bevollmächtigten, Robert Anstruther, vertreten. Aus dem obersächsischen Kreise nahmen ein brandenburgischer Bevollmächtigter und Johann Ernst von Weimar Theil. Gaspar van Vosberghen, der in diesen Tagen auf der Rückreise von Dänemark sich in Hamburg aufhielt, scheint nicht anwesend gewesen zu

1) Die Instruction vom 14. Febr. 1621 bei Sattler. Gesch. Würtembergs VI, Beilagen S. 152 ff.

sein;[1] auch von einer Betheiligung der Hanseſtädte verlautet nichts. Aus dem niederſächſiſchen Kreiſe wohnten dem Tage die Herzöge Joachim Ernſt von Holſtein, Chriſtian von Lüneburg und Friedrich Ulrich von Braunſchweig, ſowie ein Herzog von Sachſen-Lauenburg perſönlich bei.

Chriſtian IV. und Friedrich Ulrich ſtellten noch von Segeberg aus das Anſinnen an Spinola durch die Rückgabe ſeiner Eroberungen den Frieden befördern zu helfen, und verſicherten ihn dafür des Lobes eines ſittigen und verſtändigen Prinzen bei der Nachwelt.[2] Im Uebrigen aber ſind die einzelnen Vorgänge dieſes Congreſſes noch in Dunkel gehüllt. Vosberghen hatte Chriſtian IV. vor demſelben die Unterſtützung der Generalſtaaten zugeſagt und eine Defenſivalliance vorgeſchlagen. Friedrich Ulrich und Chriſtian von Minden gingen auf die däniſchen Pläne ein und erklärten ſich ſowol zu Werbungen wie zu einer Geſandtſchaft an den Kaiſer bereit. Die anhaltiniſchen Fürſten erſuchten den Congreß um eine Vorbitte bei dem Kaiſer gegen die Execution der Reichsacht. Die braunſchweigiſchen Fürſten und der König von Dänemark gingen die Union an, dem Landgrafen Moriz zu Hilfe zu eilen, um ſein Verbleiben im Bunde zu ſichern. Dagegen erhob der Adminiſtrator von Magdeburg gar Proteſt gegen die ganze Verſammlung und ihre Beſchlüſſe, welchen freilich die braunſchweigiſchen Herzöge auf ihrer „kundbaren Unnothwendigkeit“ beruhen laſſen wollten.

Dieſe entſchiedene Stellung hat Chriſtian IV. auf jeden Fall in der gewiſſen Erwartung eingenommen, daß bei einem ungünſtigen Verlaufe der Verhandlungen mit dem Kaiſer auch ſein königlicher Schwager von England zu den Waffen greifen werde. Jacob ſetzte[3] ja bereits im Beginn des Jahres einen Kriegsrath ein, und der Geheime Rath erließ eine Aufforderung[4] zu freiwilligen Beiſteuern aus dem ganzen Lande. Das Parlament ging auf die Forderungen des Königs bereitwilligſt ein, es bewilligte zwei im Mai und November zahlbare Subſidien von 236,000 Pfund Sterling und gab für einen deutſchen Krieg die beſten Verſprechungen. Eine feierliche Geſandtſchaft der Holländer mahnte den König noch außerdem.[5]

1) Vreede, Inleiding II, S. 5.

2) Londorp I, 922.

3) Camden 66.

4) Rushworth I. 60 ff.

5) Vreede, Inleiding II, 2. S. 19 ff.

Im Anfange dieses Jahres überbrachte auch Morton der Union noch englische Unterstützungen.[1] Allein trotzdem war eine Politik, die von den Launen und der unergründlichen Verschlagenheit eines Jacob, sowie der eigensüchtigen Unterwürfigkeit eines eitlen und verworfenen Günstlings wie Buckingham abhing, nicht im Stande Vertrauen zu erwecken und alte Freunde und Bundesgenossen zu erhalten, geschweige denn neue zu erwerben. Bald beklagten sich die Gemeinen, daß ihr König Spanien mit Artillerie versehe.[2] Dem spanischen Gesandten warf man geradezu vor, er habe die Sendung englischer Kriegsschiffe gegen die Piraten von Algier nur veranlaßt, damit die Spanier desto ungestörter die Pfalz unterjochen könnten. Nur durch die strengsten Strafen konnten Gondomar und sein Gefolge vor öffentlichen Insulten geschützt werden. Ein Bursche, der ihn Teufel oder ähnlich genannt hatte, wurde mit Peitschenhieben durch die Straßen der Hauptstadt getrieben. Unter solchen Verhältnissen unterstützte Jacob I. die Politik Christians IV. auf dem Congresse zu Segeberg.

Vom höchsten Interesse würde es sein, die hierauf bezügliche Instruction seines Bevollmächtigten kennen zu lernen. Denn noch tagte der Congreß in Segeberg, eben begannen die Sitzungen des englischen Parlaments, als Jacob seine Anschauungen widerum vollständig geändert und unter dem Einflusse des spanischen Gesandten jeden Gedanken an ein bewaffnetes Einschreiten aufgegeben hatte. Ja er suchte nun vielmehr seinem Schwiegersohne geradezu die Waffen zu entwinden und ihn einer bedingungslosen Unterwerfung unter den Kaiser geneigt zu machen.

Am 5. März that er auch den Mitgliedern der protestantischen Union seine friedliche Absicht kund und bezeichnete ihnen zugleich in John Digby die Persönlichkeit, welche er mit der Durchführung seiner Pläne betraut hatte. Nicht nur zwischen dem Kaiser und dem Pfalzgrafen, sondern auch zwischen dem Kaiser und der Union sollte derselbe vermitteln. Das

1) Nous auons remis ausdittes Princes par le dit Sr. Morton la Somme de cent mil escus sol pour soubuenir au besoing ou se peut retrouuer Leur Armée, en attendant, qu'auec l'ayde de nos Etats, Lesquels nous auons conuoquez principalement à ceste fin, nous Leur puissions fournir un plus grand et vigoreux secours pour la defense et recouurement du Palatinat, à quoy nous sommes resolus d'employer le Verd et le Sec; Vous prians à cette cause de confermer tant, que vous pourrez par vostre bon conseil et exemple les courages de tous les Membres de Vostre Union. Brief Jacobs an Joh. Friedrich von Würtemberg, Newmarcket ce 12. de Dec. 1620 bei Sattler a. a. O. S. 149. 150.

2) Camden 67.

nächste Ziel dieser Friedenspolitik war die Herbeiführung eines Waffenstillstandes, zu dem er seinen Schwiegersohn zu bewegen suchte. Sollte sich Friedrich seinem Verlangen nicht fügen, so wollte er ihn seinem Schicksale überlassen. Die Mitglieder der Union aber wurden nun geradezu eingeladen, sich diesen friedlichen Bestrebungen anzuschließen, um sich auch der Vortheile des Friedens fähig zu machen.[1] Friedrich selbst übrigens theilte seine Geneigtheit zu einem friedlichen Vergleiche hierauf auch dem Kurfürsten von Mainz und anderen Ständen mit.[2] Jener Digby aber bestimmte zu seinem Agenten bei der Union Trumbull, während er selbst der Sache in Brüssel und Madrid erfolgreicher zu dienen hoffte.

Am 7. März langte Digby in Brüssel an und hatte sich von Seiten des Erzherzogs Albrecht und der Infantin des besten Empfangs zu erfreuen. Man ergriff hier die Gelegenheit, England von Holland zu trennen, um so begieriger, als man eben im Begriff war, das Ansinnen an die Generalstaaten zu stellen, bei dem bevorstehenden Ablaufe des Waffenstillstandes die spanische Oberherrlichkeit von neuem anzuerkennen. Von Anfang an stellte man daher die vollständige Geneigtheit Spaniens nicht nur zur Restitution des Pfalzgrafen, sondern auch zur Verbindung des Prinzen von Wales mit der Infantin unter der bedeutenden Mitgift von 2 Millionen als unzweifelhaft hin, wenn man der vollständigen Freundschaft Englands und sogar eines Bündnisses natürlich auf Kosten der vereinigten Niederlande versichert sein könnte. Kurz vor Peckius' Abreise nach dem Haag wurde Digby ausdrücklich eröffnet, daß Philipp Holland entweder freiwillig oder mit Gewalt seinen Staaten wider einzuverleiben gedenke.[3]

Auch diesmal befolgten die Unierten die Weisungen Jacobs nur allzu pünktlich. Während sein Schreiben vom 5. März offenbar nur den Zweck haben sollte, sie von einer übereilten kriegerischen Betheiligung zurückzuhalten, beeilten sie sich, ihren Frieden mit dem Kaiser vor einem pfälzisch-habsburgischen Vergleiche und ohne Jacob I. abzuschließen. Zuerst unter allen Ständen quittierte den Bund die Stadt Straßburg, der die

1) Schreiben Jacobs I. an die Fürsten der Union, Westmünster 5. März 1621. Copie im Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

2) Schreiben aus dem Gravenhaag vom 1. Mai, Häusser II. 352.

3) Digby's Brief an Buckingham, Brüssel 14. März 1621. Clarendon Statepapers I. Appendix II.

übrigen Städte bald nachfolgten.[1] Dann verließ der wankelmüthige Moriz von Hessen die Einigung, deren letzte Versammlung er bereits nicht mehr beschickt hatte, und ging, noch außerdem von seinen Bevollmächtigten getäuscht und gedrängt von den Landständen, am $\frac{26. \text{März}}{5. \text{April}}$ zu Bingen mit Spinola einen Vertrag ein, in welchem er der Pfalz mit allen ihren gegenwärtigen und zukünftigen Helfershelfern innerhalb und außerhalb des Reichs absagte und seine Truppen vom Unionsheer abzuberufen versprach.[2] Obwol es eine Zeit lang schien, als ob der Landgraf den Abmachungen seiner Räthe die Genehmigung versagen wollte, so hat er sich doch bald gefügt.

Und hierauf wurde nun zwischen den das Directorium führenden Fürsten und Spinola am 2./12. April zu Mainz beschlossen, die Union nicht wider zu erneuern, sondern das Kriegsvolk vor dem 4./14. Mai — an diesem Tage erreichte der Vertrag von selbst sein Ende — aus der Pfalz zurückzuziehen und abzudanken. Des Pfalzgrafen selbst gedachte man nur so weit, daß man Spinola verpflichtete mit der weiteren Execution in der Unterpfalz bis zum 4./14. Mai innezuhalten und diesen Termin auf etwaiges Ersuchen des Königs von England bis zum 2. Juni zu verlängern. War bis zum 4./14. Mai noch keine Antwort von England eingelaufen, so sollte Spinola mit der Execution noch 10 Tage warten.[3]

Mit diesem Vertrage ist denn die einzige wirkliche Organisation der deutschen protestantischen Stände aufgehoben. Wol mag hier und da ein unedles und geradezu selbstsüchtiges Motiv das schmähliche Ende der deutschen Föderation beschleunigt haben, der wirkliche Grund der Auflösung ist jedoch nur in der unsichern Haltung der protestantischen Großmächte, Hollands, Dänemarks und Englands, zu suchen, von denen wenigstens das letztere einen wirklichen Frieden erstrebte und kaum im äußersten Falle zu einem kriegerischen Vorgehen entschlossen schien.

---

1) Es geschah zu Aschaffenburg am 14./24 März. Reuß, Straßburg und die ev. Union, Alsatia 1868. S. 395.

2) Londorp I. 917. Rommel VII. 401—409.

3) Der Vertrag findet sich auszugsweise und incorrect bei Londorp I. 918. Besser gibt ihn Dumont V. 2, 391 nach dem Mercure français. Die Wendung der englischen Politik bezeichnen der Markgraf von Anspach und der Herzog von Würtemberg selbst als Hauptgrund der Auflösung des Bundes in einem Schreiben aus Mainz vom 3. April 1621 an Friedrich von der Pfalz und an den König von England. Kgl. Geh. Staatsarchiv in Kopenhagen.

Wol hat unmittelbar nach dem Tage von Segeberg der Dänenkönig seinem Schwager abermals 100,000 Thlr. geliehen. Bald darauf wurde sogar in London ein Freundschaftsvertrag geschlossen (19. April), welcher bei dem Ausbruche eines Krieges jeden Staat zur Unterstützung durch 8 Kriegsschiffe verpflichtete.[1] Diesem Vertrage folgte dann eine Einigung zwischen Dänemark und den Generalstaaten (14. Mai). Allein der Sache des deutschen Protestantismus ist aus allen diesen Annäherungen der ausländischen Glaubensgenossen gleichfalls kein Vortheil erwachsen.

Mit wenig befriedigendem Bescheid war Dietrich von dem Werder, als er im Namen der Union den König von Dänemark um Hilfe ersuchte, von diesem entlassen worden. Vergebens sprachen die Unierten auch noch in den letzten Lebenstagen ihres Bundes die Hilfe befreundeter Mächte an. In Segeberg hat Moriz von Hessen durch seinen Abgesandten, Dietrich von dem Werder, melden lassen, wie Spinola ihn zum Austritt aus der Union dränge, und wie Prälaten, Ritter- und Landschaft wider seinen eignen Willen ihm Gehör schenken wollten, und um neuen Rath nachgesucht. Christian IV. wurde ferner auch von dem Pfalzgrafen Johannes, dem Markgrafen Joachim Ernst und dem Herzoge Johann Friedrich von Würtemberg Ende März widerholt um Unterstützung gebeten. So theilen sie dem Könige am 30. März mit, daß am kaiserlichen Hofe die Uebertragung der Kur beschlossen sei, und flehen ihn an, seine Werbungen zu beschleunigen und verhindern zu helfen, „damit diese Lande dem evangelischen Wesen nicht entzogen", und dann ihm selbst mit den benachbarten Ständen der ganze Kriegsschwall auf den Hals gewälzt werde. Sie ersuchen ihn, die schwankenden Stände, namentlich den Landgrafen von Hessen zu ermuthigen und erklären es für sehr dienlich, „da E. K. W. und Dero mitarmierenden Ständ drinnenlands vorgenommene Verfassungen und was dahero die notleidende Pfalz und andere angefochtene Ständ hieraußer sich für wirklicher Handbietung und Rettung zu getrösten, uns etwas umständiger entdecket, und dadurch diejenigen unierten Ständ, die sich etwas zweifelhaftig erzeigen, zu fernerer Zusammensetzung confirmiert werden möchten!"[3]

So locker war in jenen Tagen der Zusammenhang zwischen den beiden Heerlagern der deutschen Gegner des Hauses Habsburg! Ist es da

1) Slange II. 170. Der Tractat selbst bei Dumont V. 2, 391 ff.
2) Dumont a. a. O. 399 ff. Dazu Slange II. 172.
3) Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

zu verwundern, daß die englische Friedensbotschaft, welcher sich auch Spanien geneigt erwies, dieses schwache Band zerriß und die unierten Fürsten veranlaßte, in möglichster Eile den eignen Besitz zu sichern?

Hatte man doch auf die letzten Forderungen an Jacob I. sich nicht einmal einer Antwort zu erfreuen gehabt. Unmittelbar nach den Unterstützungen, welche Jacob I. den Unierten durch Morton hatte angedeihen lassen, erklärten sie dem Könige, daß sie in der Pfalz ausharren würden, wenn ihnen die Niederlande im Laufe eines Monats 5000 M. Fußvolk und 1000 Reiter zu Hilfe schicken, England aber monatlich 100,000 Thlr. zahlen wollte. Nun hat allerdings Jacob bei der kurz gemessenen Frist, welche kaum zu einer Reise von England nach Heidelberg und zurück ausreichte, die Forderung als einen Spott, den man sich gegen seine Person erlaubt habe, bezeichnet, und hat hervorgehoben, daß man sich sogar noch vor Ablauf dieser monatlichen Frist in Weinheim mit Ludwig von Hessen geeinigt habe, allein in der That hat doch weder Holland noch England auch nur Miene gemacht, die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die schwere Anklage, daß der protestantische König Großbritanniens nichts gethan habe, um einen Bund, welcher schon aus eignem Interesse die Erblande seines Schwiegersohnes hätte vertheidigen müssen, zusammenzuhalten, muß daher auch heute noch aufrecht erhalten werden.

Kurz vor der Auflösung ihres Bundes verhandelten die Unierten auch noch mit Johann Georg. Wie der Kurfürst den Schlesiern einen vollständigen Frieden unter Wahrung aller ihrer Rechte und Freiheiten verschafft hatte, so sollte er sich nun um eine Generalamnestie im Reiche vom Höchsten bis zum Niedrigsten, den Kurfürsten Friedrich selbst eingeschlossen, bemühen. Man erwartete, daß dieser nach seiner Verzichtleistung auf Böhmen selbst die Mittel zur völligen Aussöhnung finden werde. Und der Kurfürst billigte nicht nur dieses Bestreben, sondern unterstützte es auch durch ein besonderes Verwendungsschreiben bei Ferdinand, welches natürlich ohne Wirkung blieb.

So gingen denn die Unionsgesandten Benjamin von Buwinkhausen, Friedrich Graf zu Solms, Georg Zabel und Joachim Faber, während die Verhandlungen über die Trennung der Union noch schwebten, nach Wien. In Gegenwart der Geheimräthe Eggenberg, Meggau, Harrach, Trautmannsdorf und Ulm hatten sie am $\frac{23.\ \text{März}}{2.\ \text{April}}$ bei Ferdinand II. Audienz. Sie ersuchten den Kaiser, die Verhandlungen mit Spinola, wenn sie schon ihren Abschluß erreicht haben sollten, zu bestätigen, wenn nicht, sie

weiter zu fördern, und forderten endlich kühn genug Aufhebung der Acht, Reſtitution des Kurfürſten und aller ſeiner Diener, ſowie ſchließlich die Abführung des fremden Kriegsvolks. Das Geringſte, was man durch dieſe Forderungen durchzuſetzen hoffte, war eine Sequeſtration der Pfalz, gleichſam eine Art Abſchlagszahlung, welcher ſich der Landgraf Ludwig von Darmſtadt unterziehen ſollte. [1]

Allein die kaiſerliche Antwort vom 19. April bewahrte auch eine in der Form ſchroff ablehnende Haltung. Sie beſtand auf dem Rechte der Adminiſtration der kurfürſtlichen Lande. Auch eine weitere Bitte um Aufſchub der Acht und um Befreiung der außerhalb Kurpfalz mit Kriegsvolk belegten Stände war erfolglos. Strahlendorf und Pucher erwiderten, man könne dem Kaiſer nicht zumuthen, die Execution ſo lange aufzuſchieben, bis der erklärte Aechter ſeine Hilfe vollſtändig auf die Beine gebracht und dem Kaiſer damit den Widerſtand erſchwert habe, und ſtellten den Unierten ſogar das Anſinnen, die ſchleunige Vollziehung der Reichsacht befördern zu helfen.

Chriſtian IV. und Jacob I. Auch die Stände des niederſächſiſchen Kreiſes entwaffnen.

Unterdeſſen war der Abſchluß des Vertrags der Union mit Spinola erfolgt. Aber auch eine däniſche Geſandtſchaft hatte ſich Anfangs April auf den Weg gemacht. In Dresden, wo ſich Heinrich Ranzau und Julius Adolf v. Wietersheim einige Tage aufhielten, erfuhren ſie die Auflöſung der Union und meldeten ſie am 13. April ihrem Könige. Ihre Aufträge, bedeutend weitreichender als die der Unionsgeſandten, fielen, da Chriſtian IV. den ſegeberger Verabredungen zu Folge mit einigen niederſächſiſchen Kreisſtänden rüſtete — um Glückſtadt ſammelten ſich bereits die däniſchen Truppen — ſchon ſchwerer ins Gewicht.

---

1) Vgl. den Brief der franz. Geſandten an Puiſieux, Wien 7. April 1621. Ambassade 550. Ils nous ont veu, et en un mot toute leur Deputation consiste, à demander, que le Palatinat soit mis en sequestre du Landgraue de Darmstadt, et que si l'Empereur ne leur veut accorder qu'au moins il les asseure qu'abandonnant le Palatinat et ses biens en proye des executeurs du Ban, comme ils sont resolus de faire, que leurs Estats seront conseruez, et qu'il n'y entrerera aucunes forces Estrangeres.

Trotzdem fand auch das Friedensgesuch Christians IV. eine von vornherein ungünstige Aufnahme bei dem Kaiser. Strahlendorf verlangte vor allem den Nachweis geeigneter Friedensmittel. Die Replik aber, welche die Gesandten auf den kaiserlichen Bescheid vom 29. Mai einreichten, konnte in ihren Forderungen dem siegreichen Ferdinand fast widersinnig erscheinen, wenn er bedachte, daß es an jeder Macht gebrach, diese Ansprüche auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Die Dänen ersuchten ihn nicht nur um eine gleichzeitige Abdankung des Kriegsvolks von beiden Seiten und um die Entlassung der sächsischen und bairischen Armeen, sondern auch um die Auflösung der Liga, die unbedingte Restitution des Pfalzgrafen und um freie Religionsübung in Böhmen und den Nebenländern, ohne ein anderes Gegengebot machen zu können als die unbedingte Verzichtleistung des Pfalzgrafen für sich und seine Erben auf Länder, deren ihn eine einzige Schlacht beraubt hatte! Die dänischen Propositionen wurden den Kurfürsten und auch dem Erzherzog Albrecht zugesendet: schon hieraus machten die Ueberbringer die leidige Wahrnehmung „leeres Stroh zu dreschen." Man suchte sie offenbar hinzuhalten.

Die Antwort der kaiserlichen Staatsmänner auf die dänische Replik erfolgte am 7. Juni. — Bei dieser Gelegenheit erklärte Strahlendorf ausdrücklich, der Kaiser habe hauptsächlich deshalb die Acht ausgesprochen, weil er Sachsen und Baiern der Kriegskosten halber so ansehnliche Lande habe abtreten müssen und sich dafür nun selbst schadlos zu halten habe.[1] Die Dänen bestritten jedoch auch jetzt noch die Rechtmäßigkeit der Execution. Wären Sachsen und Baiern wirklich mit einer rechtmäßigen Execution betraut gewesen, so hätte die Acht vorausgehen müssen, so wäre ferner der Kaiser nicht gehalten die Kosten derselben von seinen eignen Landen zu bestreiten „und wisse man ganz wol, was die Reichssatzungen in diesem Falle vermöchten, die auch hiebevor vielfältig practisiert."

---

1) „Wie dann J. K. W. zu D. auch ohne Zweifel nicht dahin ermessen werden, daß ihr an bloßer Widererlangung ihrer verödeteter, verdorbenen Erbkönigreich und Länder sich sollen vergnügen lassen, zu welcher Widererhaltung sie viel Millionen spendieren, wie auch noch täglichs große Summen auslegen müssen, dargegen ihre ganzen Erbfürstenthum und Land noch verhaftet verbleiben." Aus der kaiserlichen Antwort vom 7. Juni, Londorp I. 944. In einer späteren Zuschrift heißt es noch deutlicher: „Dannenhero dann J. K. M., daß sie dergleichen conditiones, bei welchen ihr gebührender Respect dermaßen übergangen, ihrer Erbkönigreich und Länder Sicherheit auf Hoffnung zukünftiger Ding gesetzt, hingegen aber so merklicher zugefügter Schaden und Unkosten, deswegen ihr vor-

In der Abschiedsaudienz äußerte sich Ferdinand selbst nochmals ausdrücklich dahin, der König werde ihm nicht verdenken, daß er sich für jetzt nicht anders entschließe. Am 9. Juni brachen die Gesandten wider von Wien auf. [1]

Es mußte sich nun zeigen, ob die Anstrengungen, welche Christian IV. machte, der Ausbreitung der habsburgischen Macht entgegen zu treten, in jedem Falle ernstlich gemeint waren. An Ermahnungen von Seiten derer, welchen eine solche Politik zu Gute kommen mußte, fehlte es nicht. Friedrich von der Pfalz ersuchte den Oheim seiner Gemahlin sich trotz des mainzer Vertrags in den Waffen zu erhalten, weil er fürchtete, daß sonst auch seine übrigen Verbündeten Hände und Füße sinken lassen würden. Er legte ihm die Hoffnung nahe, daß auch Holland und England, — das letztere hatte wenigstens eine neue Geldhilfe in Aussicht gestellt, — zum allgemeinen Besten mit Hand ans Werk legen würden. Und als Friedrich nach dem Abzuge der Unionstruppen den General de Veer zum Höchstkommandierenden in der Pfalz ernannt hatte, konnte man doch auch wirklich die Erwartung hegen, daß Jacob seine eignen Landeskinder nicht vollständig Preis geben werde. Er hatte ja auch seinen Schwager in Dänemark durch Ritter Sinclair noch besonders ersucht, bis zum Ende der Friedens- oder Waffenstillstandsverhandlungen die Waffen in der Hand zu behalten. Friedrich selbst wies den dänischen König ein ander Mal auf die augenscheinliche Verletzung der Reichsverfassung durch Ferdinand hin, der in seiner Bestätigung des mainzer Accords Spinola des Königs von Spanien Geheimen Rath und Feldmarschall genannt hatte. [2]

---

nehmste Erbland auch noch zum Theil verhaftet verbleiben, ohne einigen Gegenprästation nachgelassen werden soll, nicht abnehmen können, sowol bei J. K. W. also allen Recht und Billigkeit liebenden sich wol entschuldigt zu sein erachten." Londorp I. 953.

1) Die Relation, welche Heinrich Ranzau und Julius Adolf v. Wietersheim Christian IV. am 4. Juli über ihre vergebliche Gesandtschaft zu Steinburg einreichten, füllt ein starkes Folioheft und befindet sich im Königl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

2) Die Schreiben Friedrichs befinden sich im Geh. Staatsarchiv zu Kopenhagen; sie sind datiert: Lübeck 23. Febr./5. März, Haag 26. April/6. Mai, Haag 22. Mai/1. Juni, Haag 11./21. Juni und 20./30. Juni, Haag 27. Juni/7. Juli.

Die Mahnungen Friedrichs fanden auch an den Aufforderungen der Generalstaaten und des Prinzen Moriz von Oranien eine Stütze. Der dänische Reichskanzler Jacob v. Ulfeld verhandelte außerdem gerade in jenen Tagen des Mai im Haag eine Alliance zwischen beiden Staaten. Im Vertrauen hierauf forderte endlich Aerssens den König geradezu auf, seine Sonderabsichten auf das Erzstift Bremen fahren zu lassen und sein Auge auf den gefährlichen Zustand Deutschlands und den offenbaren Untergang der evangelischen Sache und der Kirche Gottes zu richten. [1])

Indessen alle diese Bemühungen waren umsonst. Der mainzer Accord hatte dem Könige jegliche Lust zu einem offensiven Vorgehen benommen. Christian ermahnte vielmehr den ungeduldigen Dränger im Haag, den Ausgang der englisch-dänischen Verhandlungen abzuwarten, und blieb auch gegen die Bitte desselben, die Abführung der Spanier aus der Unterpfalz und eine Sicherstellung der Oberpfalz zu vermitteln, taub. Er entließ die 6000 M., welche er nach dem Tage von Segeberg geworben hatte, und gab dem Pfalzgrafen den Rath seine Lande um jeden Preis zu retten, „und wann schon solchs durch angenehme Mittel nicht allerdings zu erlangen sein könnte." [2]

Allein auch die Rücksicht auf seinen doppelzüngigen und unzuverlässigen englischen Schwager wird den König von Dänemark abgehalten haben seine eignen Kräfte der allgemeinen Sache zu widmen. Denn die Maßnahmen, welche er gerade in jenen kritischen Monaten Jacob I. treffen sah, mögen ihn selbst an der vollen Zurechnungsfähigkeit desselben haben zweifeln lassen.

Mit größerem Glück als für die protestantische Pfalz und seine eigenen Verwandten und mit wirklich practischem Erfolge wurde nämlich in jenen Tagen das Interesse des Königs dem katholischen Polen zugewendet, dessen Gesandter Graf Georg Ossolinsky seit dem März dieses Jahres um Jacobs Hilfe gegen die Türken warb. [3] 2000 Mann brachte er in dem Staate

---

1) Aerssens Schreiben im Namen der Generalstaaten vom 3. Juli 1621. Vgl. Geh. Archiv in Kopenhagen.

2) Dänische Resolution an Achatius v. Dohna, gegeben den 22. Aug. 1621. Londorp II. S. 1255/56.

3) Seine Rede an Jacob I. (Sonntag den 11. März) kennen wir aus einer niederländischen Uebersetzung ORATJE Uanden Uoortreffeliicken HEERE, GEORGJVS OSSOLJNSKY.. Na de Copy. Ghedruckt te Londen by Bonham Norton ende Johann Bill, Druckers van syne Doorl. Majesteyt. 4. o. O.

eines Monarchen, der sich selbst den Vertheidiger des evangelischen Glaubens nannte, zusammen und kam im August zum größten Befremden Christians IV. mit einer Anzahl von 300 M. in den Sund. 1700 M. sollten ihm noch folgen. Die ersteren ließ Christian allerdings auf die besondere Empfehlung seines Schwagers ziehen, weigerte sich aber den nachfolgenden eine gleiche Vergünstigung zu gewähren. Darauf bat Jacob abermals um ungehinderte Beförderung derselben und nannte sie geradezu eine auf seine Kosten geworbene Leibwache des Königs. Der französische Gesandte sah auch in diesem Schritte Jacobs eine Folge der Bemühungen Gondomars:[1] zu einem solchen Zwecke wurden die in England mühsam erbettelten Summen, ferner 100,000 Thlr., welche der König Anfangs April von Christian IV. entlieh, wenigstens theilweise verwendet.

Dem letzteren aber ließ Jacob endlich sogar sein Mißfallen über die unter seiner eigenen Zustimmung begonnenen Rüstungen aussprechen: er wundere sich, „warum der König aus Dänemark einen Krieg vor sich selbsten anfange, und dadurch die Friedensmittel, so Britannien zu practicieren im Werk, verhindert hätte."[2]

Mitten in ihren kriegerischen Vorbereitungen wurden die oppositionellen Stände des niedersächsischen Kreises von der Nachricht überrascht, daß die Union, der sie sich hatten anschließen wollen, ihren bisherigen Führer und Schützling aufgegeben und im entscheidenden Augenblicke von dem Waffentanze mit dem katholischen Absolutismus, den sie über ein Jahrzehnt vorbereitet hatte, muthlos zurückgewichen war. Da war vorauszusehen, daß nun auch ihre Rüstungen das Stadium der Vorbereitungen nicht überschreiten würden: nun hatte der Gedanke einer Vermittelung zwischen den streitenden Parteien und zwar, wenn es sein mußte, selbst

---

4 Bll. Hierzu Vreede, Inleiding tot eene geschiedenis der Nederlandsche Diplomatie II, 2. 26 ff.

1) Tillieres an Puisieux 25. April 1621. Le Comte de Gondomar a fait donner par le Roi 100,000 escus aux ambassadeurs de Pologne, pour lever 10,000 hommes, 1. parceque Polonais catholiques; 2. pour montrer son crédit; 3. pour espuiser toujours d'argent ce Roi, affin qu'il ne puisse Secourir son Gendre. Reuß. In demselben Monate hatte Jacob zu den im Juli des vorigen Jahres aufgenommenen 200,000 Thlrn. nochmals die Summe von 100,000 Thlrn. vom Könige entliehen.

2) Londorp II. 1255.

durch Waffengewalt im niedersächsischen Kreise nur noch sehr wenige Fürsprecher.

Der Kreisabschied vom Anfang Mai 1621 widerholte zwar noch einige schon in Segeberg vereinbarte Puncte: man beschloß auch jetzt noch eine Gesandtschaft an Ferdinand II. zu schicken, die nicht nur für Kurpfalz vermitteln, sondern auch eine neue Bestätigung des Religionsfriedens, eine allgemeine Amnestie und eine „versicherliche Resolution" für die evangelischen Stifter beantragen sollte. Auch machte man sich dem Kaiser gegenüber verbindlich, alles aufzubieten, um Friedrich noch zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und beschloß zur eignen Selbstvertheidigung die Tripelhilfe in Triplo aufzubringen. Aber man betonte doch auch die Aufrechthaltung der Neutralität von Neuem und nahm eine Vereinigung mit dem obersächsischen Kreise nur noch eventuell in Aussicht. Ja für den Fall, daß Ferdinand die erwähnten Forderungen erfüllte, und namentlich die auf dem letzten Reichstage 1613 erhobenen Beschwerden abstellte, wollte man sogar etwa 14 Monate Contribution als Vorschuß der Reichssteuer zahlen.

Allein schon bei der Wahl der Gesandten konnte man erkennen, welche Ausführung diese Beschlüsse finden würden. Der zuerst erkorene Fürst August, Bischof von Ratzeburg, lehnte den Auftrag geradezu ab, und auch Herzog Adolf Friedrich von Holstein gab eine ausweichende Erklärung. Und so kam es, daß man schließlich die Ausführung der Beschlüsse Christian Wilhelm, Friedrich Ulrich und Christian von Lüneburg anheimgab. Würden auch diese den Auftrag ablehnen oder sich entschuldigen, so sollte der Graf von Oldenburg und der Bürgermeister von Lübeck die Sache des Kreises vor Ferdinand II. führen. Und auch diese Bestimmungen waren unnöthig; denn die Festsetzungen des Kreistags von Lüneburg hatten gerade dasselbe Schicksal wie die des segeberger Fürstentages. Kein einziger Kreisfürst hat auch nur daran gedacht sie wirklich in Ausführung zu bringen.

In größter Muthlosigkeit und Verzagtheit verließen die Stände Lüneburg. Friedrich Ulrich, der seine Bereitwilligkeit, den katholischen Gegnern die Stirn zu bieten, am lautesten dargelegt hatte, war der erste, welcher nach einem kaiserlichen Schreiben vom 14. April auf den kaum verlassenen Friedensstandpunkt zurückkehrte. Auffälliger Weise rüstete die lüneburger Linie noch eine Zeit lang weiter: noch am 3. Mai hielt Herzog Christian in der Nähe von Zelle eine Musterung. Als aber auch Christian IV. die Rolle eines unthätigen Zuschauers von Neuem übernahm, und alles, was als Vorbereitung zur Theilnahme am Kampfe

angesehen werden konnte, wider einstellte, gebot auch dem Herzog von Zelle das eigne Interesse, sich dem kaiserlichen Machtgebot in loyalster Weise zu fügen.

Der Sieg der Oestreicher bei Prag hatte auch die Lage der Generalstaaten in bedenklicher Weise verschlimmert. Da der Waffenstillstand mit dem 9. April 1621 zu Ende ging, und bei einem Kriege gegen Spanien auf Frankreich gar nicht zu zählen war, wurde es für sie doppelt wichtig, wenigstens den andern alten Bundesgenossen germanischer Zunge, England, zu gewinnen. Zu diesem Zwecke ging unter der Führung Jacobs von Wyngaerden eine besonders feierliche Gesandtschaft an Jacob I., die am 1. Februar 1621 zu London anlangte.[1] Nachdem sie lange vergeblich eine öffentliche Audienz von Jacob gefordert hatte, gestand er sie ihr endlich zu und nahm darin die Erklärung entgegen, daß der Waffenstillstand mit Spanien nicht wider erneuert werden sollte. Die Holländer suchten um eine Alliance, wie sie ihnen Elisabeth einst bewilligt hatte, nach und verpflichteten sich dafür nicht nur zur Widereroberung der Pfalz, sondern sogar zur Restitution des königlichen Eidams in Böhmen. Sie baten ferner den König die englische Flotte zu der ihrigen stoßen zu lassen, um Spanien auch in Westindien aufzusuchen, dann werde er in kurzer Zeit Philipp III. selbst Gesetze vorschreiben. Zum Schluß aber erklärten sie voll hohes Selbstgefühls, daß sie nicht als Bittende und nicht aus Furcht zu ihm kämen: sie wüßten Gott Dank, daß sie auch den größten Monarchen nicht nöthig und auch nicht zu fürchten hätten.

Obwol die Nachrichten über den Bescheid, welcher den Holländern zu Theil wurde, noch nicht ganz sicher sind, so scheint doch so viel fest zu stehen, daß sie Jacob I. wenigstens nicht direct seines Beistandes versicherte. Er gestand, daß er die Restitution der Pfalz auf friedlichem Wege suche, sich aber unter Mitwirkung seines Parlaments unterdessen in Kriegsverfassung stellen werde.

Kurze Zeit darauf, am 16. März 1621, meldete der Erzherzog Albrecht den Kanzler von Brabant, Peckius, bei den Generalstaaten an.

---

1) Rev. Joseph Mead to Sir Martin Stuteville. Christ College, Cambridge, Febr. 10. 1620/21. Birch II. 225. Auch in Frankreich befand sich um diese Zeit eine holländische Gesandtschaft, allein sie war nicht im Stande die französischen Staatsmänner günstiger für Holland zu stimmen. Ouvré, Du Maurier 311. Vreede, Inleiding II, 2. 20 ff.

Er kam, um ihnen die Vortheile auseinander zu setzen, welche ein erneuter Anschluß an Spanien, die Rückkehr unter ein und dasselbe Haupt mit den südlichen Provinzen und die Anerkennung ihres natürlichen Herrn für sie haben würde. In der Antwort vom 25. März wahrten jedoch die Generalstaaten die Freiheit samt der Souveränetät ihres Landes auf das kräftigste.

Natürlich war Oranien selbst Haupturheber dieser abschläglichen Antwort. Nachdem sein Einfluß durch die Unterdrückung der Remonstranten allmächtig geworden war, konnte er ihm durch eine Erneuerung des Kriegs nur noch größeren Glanz verleihen,[1] während ein friedliches Abkommen mit Spanien nicht nur zu seinem eignen Verderben ausschlagen, sondern auch das Lebensprincip des Staates selbst untergraben mußte.

Unter diesen Verhältnissen gewährte man auch dem flüchtigen Pfalzgrafen mit seiner Familie gern eine Zufluchtsstätte. Konnte er doch sogar als eine Art Geisel gelten für den Fall, daß Jacob etwa mit Spanien auf Kosten Hollands hätte abschließen wollen. Am 20. April 1621 erschien der König vor den Generalstaaten und schob die unglücklichen Ereignisse vor Prag dem Mangel an Unterstützungen in die Schuhe. Er erklärte von allen außer von Holland verlassen gewesen zu sein. An demselben Tage erhielt man im Haag die Nachricht, daß Moriz von Hessen und die übrigen unierten Fürsten ihren Frieden mit Spinola gemacht hatten. Allein obwol nun dieser Schreckensbotschaft die Verhandlungen Jacobs mit dem Kaiser durch Digby, die Besetzung der Oberpfalz durch Baiern und die Beruhigung Ungarns folgte, zogen die Generalstaaten endlich doch den Krieg vor; man gewann nur noch eine kurze Frist durch Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum August, während welcher sich die Verhältnisse auf allen Seiten geklärt hatten.

Und so begannen die Holländer im Herbst 1621, fast ausschließlich auf die eigene Volkskraft gestützt, unter den ungünstigsten Verhältnissen den Krieg von Neuem. Wie natürlich, daß man nun nach dem Zerfall der Union, da Dänemark nicht die geringste Neigung zeigte in den Kampf einzutreten, dem Hause Habsburg neue Gegner zu erwecken suchte, die geeignet waren, die in Deutschland operierenden östreichisch-ligistischen Truppen wenigstens hier festzuhalten. Zu dieser Rolle aber hatte sich

1) Anderer Meinung war der damalige französische Gesandte im Haag, Du Maurier: Jl pensait que Maurice et son parti en souhaitaient la continuation (de la trêve) sans vouloir le faire paraitre. Ouvré, Du Maurier 305.

Moriz von Oranien den jungen Bischof von Halberstadt, welcher sich schon im vorigen Jahre an der Cavalcade nach der Pfalz betheiligt hatte, schließlich ausersehen.[1] Ein Mitglied des niedersächsischen Kreises, ein Inhaber eines nach dem Religionsfrieden reformierten Bisthums, für den Augenblick einziger Erbe des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel, der Neffe der beiden protestantischen Könige Englands und Dänemarks, der leibliche Vetter der schönen, phantasievollen und unglücklichen Böhmenkönigin, ein Jüngling von 22 Jahren, erhob sich, um die nach Norddeutschland vordringende Macht des Hauses Habsburg und des Katholicismus abzuwehren!

Mansfeld in der Oberpfalz. Der englische Gesandte Digby in Wien.

Bevor jedoch Christian von Braunschweig in ritterlicher Begeisterung für seine unglückliche Base das Schwert zog, hatte die Sache des Böhmenkönigs bereits in Ernst von Mansfeld eine neue Stütze gefunden.

Dieser verschlagene Söldnerführer hatte sich kurze Zeit vor der Schlacht von Prag von dem Herrn, dem er seither mit seinen Mannschaften gedient hatte, getrennt und betheiligte sich demnach an dem Entscheidungskampfe nicht.[2]) Trotzdem verließ er jedoch hierauf auch Böhmen nicht, sondern setzte sich gewiß in der Hoffnung, daß der Sieg der habsburgischen Waffen nicht nur die deutschen Gegner des Kaisers, sondern auch die protestantischen Großstaaten des Auslandes vereinigen werde, in Pilsen fest und erwartete weitere kriegerische Eventualitäten, bei denen auch sein militärischer Ehrgeiz Befriedigung finden konnte. Hatte ihn doch Friedrich noch von Breslau aus förmlich zum General über seine Truppen „in der Oberpfalz und anderer Orten" ernannt.[3] Vor der Hand sicherte sich jedoch Mansfeld diese Position durch einen Waffenstillstand mit Tilly. Mitte December 1620 verließ er darauf Pilsen, welches er der Treue des Obersten Fränk anvertraute, gewann Tachau und suchte durch eine Reise ins Reich sich persönlich von den Veränderungen zu überzeugen, welche der Sieg von Prag in den Verhältnissen der protestantischen deutschen Stände bewirkt hatte.

---

1) Der archivalische Beweis für diese Behauptung kann noch nicht vollständig beigebracht werden.

2) Vgl. Reuß, Graf Ernst von Mansfeld S. 89 flgde.

3) Heilmann, Kriegsgeschichte von Bayern II, 1. S. 94.

Nach seiner Rückkehr begab er sich von Neuem nach Böhmen, wo unterdessen die Offiziere der pilsener Besatzung verdächtige Verhandlungen mit den Kaiserlichen gepflogen hatten. Er setzte sich in Schlaggenwalde und Ellenbogen fest und zog, nachdem das erstere wider verloren gegangen war, abermals ins Reich. Er hielt es für nothwendig sich auf der großen Unionsversammlung zu Heilbronn persönlich von der Stimmung gegen die Sache, die er noch immer vertrat, zu überzeugen. Er machte die Unierten mit den Anerbietungen, welche ihm Ferdinand II. schon jetzt für seinen Rückzug aus Böhmen hatte zugehen lassen, bekannt und versprach der pfälzischen Sache Treue bis zum Tode. Allein Ermuthigungen und noch weniger Versprechungen für die Zukunft fand er hier nicht. Er sah vielmehr gerade hier deutlicher wie irgendwo anders und auf einen einzigen Blick, wie alle die Stützen, welche den böhmischen Thron Friedrichs aufrecht erhalten sollten, wankten, erhielt aber auch jedenfalls von den Maßnahmen Kenntniß, durch welche sich England, Dänemark und die Generalstaaten im Verein mit den Erbfürsten des niedersächsischen Kreises das Gewicht des prager Sieges möglichst zu verringern bestrebten.

Der Pfalzgraf befand sich in den ersten Tagen des Februar zu Wolfenbüttel, wo mit Hilfe dänischer Bevollmächtigter die unumgänglichen Maßregeln für die nächste Zukunft festgestellt wurden. Er verstand sich hier, um nur die Erblande zu retten, zu einer Cession seines verlorenen Königreichs und erhielt auf jeden Fall von Dänemark ermunternde Zusagen, wenn Ferdinand II. die Ausnutzung seines Sieges auch nach solchen Anerbietungen noch weiter verfolgen würde. Wenn er daher trotzdem Mansfeld durch ein Schreiben (vom 2. Febr.) aufforderte sich in Böhmen zu halten, ohne ihm auch nur eine Andeutung von dem wirklichen Stande der Verhältnisse zu geben, so wollte er ihn wol hierdurch nur um so fester an seine Person fesseln.[1]

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von Heilbronn überzog Mansfeld die Oberpfalz und begann trotz des täglich sichtbarer hervortretenden Zerfalls der Union neue Werbungen. Sie wurden von ihm zum Besten des Kurfürsten von der Pfalz unternommen, der ihm nicht nur persönlich, sondern wahrscheinlich auch durch den König von England hierauf bezügliche Anweisungen zufertigte.[2] Denn auch für einen friedlichen Ausgleich der

1) Der Brief findet sich auch bei Londorp I. 910.

2) Vgl. das Schreiben des Pfalzgrafen an Bethlen Gabor, Hamburg 8. Febr. 1621. Ursprünglich lateinisch findet es sich in deutscher Uebersetzung in „Bayerischer Feldzug" M.DC.XXI. S. 66 ff.

pfälzischen Sache war es wichtig den Theil der mit der Reichsexecution bedrohten Lande, in welchen die Gegner ihren Fuß noch nicht gesetzt hatten, zu behaupten. Ein protestantisches Heer in der Oberpfalz war ferner in der ersten Hälfte des Jahres 1621 eine immerhin nicht zu unterschätzende Bedrohung Böhmens. Denn nach der verrätherischen Uebergabe Pilsens (am 26. März 1621), welche auch die Ermahnungen des Prinzen Moriz von Oranien an den Obersten Fränk nicht aufzuhalten vermochten, nachdem Eger durch die Sachsen besetzt war, und der englische Oberst Gray Falkenau übergeben hatte, ging am 7. Mai auch Ellenbogen über. Und so waren es nur noch einige kleine Festungen im Süden, wie Tabor und Wittingau, welche innerhalb Böhmens selbst noch eine kurze Zeit Sammelpunkte eines geordneten Widerstandes gegen die östreichische Occupation bildeten. Auch sie waren verloren, wenn das Streben der Kaiserlichen, den Krieg möglichst bald in die Oberpfalz hinüber zu spielen, glückte. [1]) Dies zu verhüten hatte aber die englische Politik nach dem Vertrage Schlesiens und der Lausitzen mit Sachsen, nach dem Zerfall der Union, nach dem Mißerfolge der dänischen Vermittelungsvorschläge bei Ferdinand II. ein um so erhöhteres Interesse. Mansfeld war demnach, da er allein das von den Feinden noch unberührte Land in den Händen hatte, eine für Jacob I. und das Schicksal seiner Kinder in der That sehr wichtige Persönlichkeit.

Bald gesellten sich jedoch dem gehaßten „Reichsbanditen" auch einige Fürsten des Reichs zu, ein jugendliches Brüderpaar des ernestinischen Hauses. In edler Begeisterung für die bedrohte Sache der Religion und mit dem festen Willen die Selbständigkeit der einzelnen Staaten des deutschen Reichskörpers zu wahren, war Johann Ernst, der älteste der ernestinischen Brüder, zu jeglichem Wagniß bereit. Wenn der Pfalzgraf nicht zu einem erträglichen Accord gelassen, wenn nicht ein allgemeiner „gleich durchgehender untadelhafter Friede" hergestellt werde, wollte er lieber dem Kaiser seine Lehen aufschreiben und sein Glück als Soldat im Auslande versuchen. „Wer im Vaterlande wohnen will" — urtheilte er, — „muß sich den politischen Veränderungen in demselben fügen und sich durch Pflicht und Revers verbindlich machen." Veränderungen aber, wie sie der Sieg an dem weißen Berge auch für Deutschland in Aussicht stellte, ruhig geschehen zu lassen, war seinem Ermessen nach wider der Fürsten

1) Vgl. Lichtensteins (?) Gutachten an den Kaiser vom März 1621 bei d'Elvert: Die Bestrafung der böhmischen Rebellion S. 48. 95.

Pflicht. Und so schloß er denn nach seiner Rückkehr aus Böhmen am 24. Februar 1621 mit seinen Brüdern zu Aschersleben einen Vertrag, durch welchen Herzog Albrecht die Regierung übergeben wurde, und die Herzöge Johann Ernst, Friedrich und Wilhelm die Mittel zum Beginn neuer Rüstungen theilweise aus den Landeskassen erhielten. Herzog Wilhelm ließ sich die bedeutendste Summe, 23,800 Gulden, zahlen.[1] Sein Bruder Friedrich hatte schon im Februar zu Ellenbogen von Mansfeld Bestallung auf 500 Arkebusiere angenommen, die er hauptsächlich im Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel zusammen zu bringen suchte.

Herzog Wilhelm ging zur Fortsetzung seiner Rüstungen von Aschersleben nach Weimar. Einen bestimmten Kriegsherrn hatte er im Anfange nicht. Im Vertrauen auf die kriegerischen Maßnahmen, welche nach dem segeberger Schlusse zu erwarten standen, bot er seine Dienste Braunschweig-Lüneburg, dem niedersächsischen Kreise und auch dem Könige von Dänemark an. Letzterem empfahl ihn auch Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel. Da auch dies ohne Erfolg war, stellte er sich bei Mansfeld unter. Sein Volk zog im April und Mai durch Franken Mansfelds Schaaren in der Oberpfalz zu. Ihn selbst finden wir mit seinem Bruder Friedrich im letzten Drittel des Juni zu Amberg; seine Mannschaften beliefen sich auf zwei Regimenter, 6 Compagnieen Reiter und 10 Fähnlein Fußvolk.[2] Am 5. Juli begab sich Friedrich, nachdem er Tags zuvor mit seiner ganzen Umgebung das heilige Abendmahl gefeiert hatte,[3] zu Mansfeld, mit dem sich in diesen Tagen wol auch Herzog Wilhelm verband. Um dieselbe Zeit trat auch der älteste Bruder Johann Ernst als Rittmeister in holländischen Diensten abermals in die Reihen der Gegner des Hauses Habsburg. Trotz der Abmahnungen, welche vom Kurfürsten von Sachsen, vom Herzog Casimir von Coburg, ja von den eignen Räthen der Brüder einliefen, blieben sie ihrem Vorsatz getreu.

Trotzdem herrschte jedoch um die Mitte des Jahres 1621 in der Umgebung des Pfalzgrafen die größte Bestürzung. Alle Hoffnungen auf die thatkräftige Unterstützung der protestantischen Großmächte Europas,

---

1) v. Hellfeld, Leben Johann Ernsts des Jüngern S. 375.

2) Brief des Herzogs Wilhelm an Fürst Ludwig von Köthen. Amberg den 22. Juni 1621. Herz. Archiv zu Köthen.

3) Nachlese zu dem Beytrag zu der Lebensgeschichte Johann Ernsts des Jüngern S. 110.

vor allen Englands, Dänemarks und auch der Niederlande schwanden allmählig dahin: auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen dachte man Friedrich V. in seine Staaten zurückzuführen. Eine wirkliche Fortsetzung des Kampfes erstrebte während der ersten neun Monate dieses Jahres keiner der genannten protestantischen Staaten. Camerarius' Briefe schildern die steigende Verlegenheit Friedrichs und die überaus laue Haltung der protestantischen Höfe den glücklichen Erfolgen der ultramontanen habsburgisch-bairischen Politik gegenüber am allerbesten. Schon im Februar ruft er im Hinblick auf die characterlose Haltung der Union voll Verzweiflung aus: „Deutsche Mannheit, Treue und Beständigkeit ist dahin.[1] Ist der Friede mit den Ungarn gemacht, den die französischen Gesandten betreiben, und wonach der Kaiser strebt, dann wird es Kurpfalz und andern Evangelischen übel gehen, und man will ohne das schon das Bad über die Calvinisten ausschütten. Gott kann es bessern! Der Herzog in Baiern, Leopold und einige Andere wollen Krieg." Und am 9. April schreibt derselbe eifrige und treue Diener des Pfalzgrafen aus Heidelberg selbst:[2] „Mich verlangt sehr, was die Generalstaaten für eine Resolution fassen, ob sie etwa den Waffenstillstand noch verlängern werden, auf welchen Fall ich hoffen wollte, daß durch Vermittelung des Königs in England der unsere sollte dergestalt eingeschlossen werden, daß man dadurch zum Frieden und zu den Landen völlig wider kommen könnte. Das wäre wol zu wünschen, denn wahrlich, den Krieg der Orten länger fortzuführen, ist unmöglich. Der Graf von Mansfeld wird uns droben in ein schweres Labyrinth führen, so ists hier unten der Meuterei gar nah, wenn nicht bald Geld aus England kommt." Und nach dem mainzer Accord sieht er ganz richtig schon den nahen Untergang der Sache seines Herrn, von der er einen guten Theil geführt hatte, vor Augen: „Nirgends Hilfe! Kein Geld! Man glaubt in der Oberpfalz werde es so werden, wie in der unteren, Baiern werde kommen, und der Graf von Mansfeld werde es droben machen, wie hier unten der Markgraf Joachim Ernst. Unterwirft sich also der König nicht schnell oder kommt mit einem ansehnlichen Heere in der Geistlichen Land, so ist Alles verspielt."[3]

---

1) Söltl III. S. 114.

2) Söltl a. a. O. S. 122.

3) Söltl a. a. O. S. 126.

Friedrich von der Pfalz selbst aber meldet von Amsterdam aus im Mai dieses Jahres seinem ehemaligen in Flensburg sich aufhaltenden Premierminister Christian von Anhalt: „Mein Zustand verschlimmert sich von Tage zu Tage; meine Freunde trösten mich mehr mit Worten als mit Werken. Meine arme Oberpfalz steht in Ermangelung des Soldes in Gefahr von meinem eigenen Kriegsvolk geplündert zu werden.“ [1] Vergebens hatte er seit seinem Aufenthalte in Holland bei den Generalstaaten um eine monatliche Unterstützung von 150,000 Gulden angehalten: man hatte ihn von einem Tage auf den andern vertröstet.

In der That, es war von Seiten des Pfalzgrafen und seines Schwiegervaters Eile von Nöthen, wenn sie die bairisch-habsburgischen Pläne auf die pfälzischen Erblande noch rechtzeitig kreuzen wollten. Nun hatte zwar Jacob I. bei der Eröffnung des Parlaments am 9. Febr. 1621 erklärt, daß er sich seiner Tochter wie ein Vater annehmen und seinem Schwiegersohne durch einen Vertrag die Rückgabe seiner Erblande sichern werde. Allein trotz der vom Parlament gewährten Subsidien erwarteten die in die Verhältnisse des englischen Hofes Eingeweihten schon jetzt von Jacob I. gar nichts. Der französische Gesandte Tillieres berichtete an Puisieux (23. März 1621), daß der König seiner Tochter ausdrücklich verboten habe nach England zu kommen: er fürchtete, daß die Anwesenheit der unglücklichen Fürstin den Groll des englischen Volks gegen den schwachen König und den unnatürlichen Vater noch verstärken werde. Und so entschloß sich denn Friedrich V. mit schwerem Herzen, nachdem die Union seine Sache hatte fallen lassen, mit Jacob I. über seine Restitution in Verhandlung zu treten. Noch im Mai dieses Jahres legte sein Agent, Robert Nethersole, dem Könige die Lage des Pfalzgrafen in besonderer Audienz dar und erbat sich auch Bescheid über die Maßnahmen, die sein Herr demnächst zu treffen habe. Die Rückkehr nach der Pfalz an der Spitze eines mit englischem Gelde geworbenen Heeres hielt Jacob I. bei der mißlichen Lage des Landes nicht für zeitgemäß. Die Armee der Unierten konnte man nicht mehr in Sold nehmen, weil sie unterdes aufgelöst worden war. Und außerdem fürchtete Jacob I., in einem solchen Falle dem Feinde abermals eine erwünschte Gelegenheit zu geben die Waffen zu ergreifen. Der König machte sich daher dem pfälzischen Agenten gegenüber verbindlich, die Formen der Unterwerfung Friedrichs seinem Range unter den deutschen Fürsten gemäß zu bestimmen und ihm

1) Herzogliches Archiv zu Bernburg.

vor allem die so verhaßte Abbitte zu ersparen, und schien auch geneigt ihm das Recht freier Verbindung mit anderen Mächten innerhalb oder außerhalb des Reichs zu gewährleisten. Nur der Ersatz für die Kriegskosten, den Friedrich trotz seiner Niederlage für sich und den Pfalzgrafen Ludwig Philipp in Anspruch nahm, schien ihm aussichtslos. Dagegen hielt er es für selbstverständlich, daß die Rückgabe der Kurpfalz auch die Restitution der Länder Ludwig Philipps einschließe. Für die Amnestierung der Anhänger Friedrichs sollte sich der englische Gesandte gleichfalls verwenden. Nur gegen Bethlen Gabor hatte der Pfalzgraf der Ansicht seines Schwiegervaters nach trotz des feierlichen Eides, durch welchen er sich verbindlich gemacht hatte keinen einseitigen Vertrag mit dem Kaiser einzugehen, keinerlei Rücksicht zu nehmen, da derselbe bereits ohne Wissen des Pfalzgrafen mit Ferdinand unterhandelt hatte.

Diesen Bescheid ertheilte Jacob I. seinem Schwiegersohne wahrscheinlich Ende Mai 1621. Da sich jedoch Friedrich bei demselben nicht beruhigte, so forderte er Anfangs Juni neue Weisungen und richtete abermals die Bitte an Jacob, den Waffenstillstand in der Unterpfalz, welcher in wenigen Tagen sein Ende erreichte, in einen wirklichen Frieden zu verwandeln. Ferner aber verursachte dem Pfalzgrafen sein Verhalten zu Bethlen Gabor, der sich anheischig gemacht hatte mit Hilfe der Türken Böhmen zu erobern, gerade damals, wo man den Aufbruch beider erwartete, große Unruhe. Außerdem forderte nun auch Mansfeld endgiltigen Bescheid, ob man ihn noch länger behalten wolle oder nicht, und wenn das erstere, ob er sich wirklich so genau in der Defensive zu halten habe oder sich nicht wenigstens der Vortheile seiner Stellung bedienen könne, welche sonst dem Feinde zu Gute kamen. Der englische General in der Pfalz, Horatius de Veer, wünschte benachrichtigt zu werden, ob er nach Ablauf des Waffenstillstandes die Gelegenheit die Pläne des Feindes zu durchkreuzen ergreifen dürfe, und Friedrich selbst legte seinem Schwiegervater abermals die persönliche Führung seiner Sache in der Pfalz nahe.

In einer andern ausführlichen Denkschrift sind die Ansprüche des Pfalzgrafen an den englischen König noch näher bestimmt. Sie gehen der Hauptsache nach auf eine Verlängerung des mit dem 2./12. Juni zu Ende gehenden Waffenstillstands in der Unterpfalz, auf eine Wiedereinsetzung in das Kurfürstenthum und zwar ohne entehrende Bedingungen und auf eine ausdrückliche Verwahrung gegen eine etwaige Abbitte hinaus. Endlich aber handelte es sich auch um die Aufbringung neuer Geldmittel. Nachdem die letzte englische Unterstützung, eine Summe von 20,000 Pfund,

größtentheils den Unionstruppen zugewendet war, forderte Friedrich abermals Unterstützungen für den General de Veer und für neue Rüstungen, durch welche er den Frieden um so mehr zu beschleunigen hoffte. Er legte Jacob I. mit Recht ans Herz, daß auch Mansfeld befriedigt werden müsse. Seine Truppen waren in der Hoffnung, daß die Generalstaaten für ihre Bezahlung sorgen würden, geworben worden, und nun schienen die Staaten zuvor den Entschluß des Königs abwarten zu wollen. Es stand in der That bei längerer Säumniß der Verlust der Oberpfalz in sicherer Aussicht. Die Summe von 20,000 Pfund, welche Christian IV. seinem Schwager vorschießen wollte, waren im Voraus der Pfalzgräfin zugewiesen und wurden von den eignen dringenden Bedürfnissen derselben und einer bedeutenden Schuldenlast verschlungen. Friedrich gab endlich seinem Schwiegervater noch anheim, Maximilian von Baiern abermals um Sicherstellung der Oberpfalz gegen Feindseligkeiten anzugehen: es mußte ihm alles daran gelegen sein, wenigstens hier bis gegen den Abschluß der Verhandlungen den Frieden zu wahren.

In welcher Weise diese Anträge des Pfalzgrafen von Jacob beantwortet wurden, wissen wir nicht. Auch der authentische Wortlaut der Instruction, mit welcher der englische Gesandte Digby endlich versehen wurde, ist uns unbekannt. Vor der Hand muß der Hinweis auf die unbestreitbare Thatsache genügen, daß die Neigung zur Fortsetzung des Kriegs auf der pfälzisch-englischen Seite außerordentlich gering war. Jacob I. und Friedrich von der Pfalz erstrebten in der That während des Sommers 1621 den Frieden, obwol sich der letztere über das Maß der dazu erforderlichen Zugeständnisse noch im Unklaren befand. Selbst den französischen Gesandten im Haag ging er an, auf dem damals erwarteten Fürstentage zu Regensburg sein Wort für ihn in die Wagschaale zu legen.[1])

Eine andere Politik schienen nachgerade die Generalstaaten einschlagen zu wollen. Am 18./28. Juni konnte der pfälzische Oberhofmeister Solms Christian von Anhalt melden, daß die Holländer Friedrich abermals 150,000 fl. (monatlich?) zur Erhaltung der Oberpfalz bewilligt hatten. Sicherlich war dieser Schritt nur eine Folge davon, daß sich Spinola von Neuem anschickte ins Feld zu ziehen, und also eine Verlängerung des Waffenstillstands in der Oberpfalz, ja vielleicht zwischen den Niederlanden und Spanien selbst aussichtslos erschien.

1) Du Maurier an Puisieux, Haag 6. Juni 1621.

Eine der ersten pfälzischen Städte, welche von Mansfeld besetzt wurden, war Neustadt, wo die schlecht bezahlten Söldner namentlich die Judenschaft ihren Uebermuth fühlen ließen. In den letzten Wochen des April hatte sich Mansfeld um Tirschenreuth festgesetzt. Von hier aus machte er, ungefähr 10,000 Mann stark, mit 6 Geschützen einen Einfall in Böhmen, um das von dem jungen Heinrich von Ortenburg vertheidigte Ellenbogen zu entsetzen. Der kursächsische Generalwachtmeister Wolf Ilenburg von Wrzesowitz, welcher Eger besetzt hielt, ließ ihn ruhig ziehen, obwol er sich mit dem bairischen General zum Widerstande gegen die Mansfelder geeinigt hatte, — ein Verfahren, welches doch wol als eine Folge der Unterhandlungen zu bezeichnen ist, durch welche Mansfeld Johann Georg von der Partei des Kaisers abzuziehen hoffte. Zu diesem Zwecke machte er ihm ja Hoffnung auf Ellenbogen und andere Plätze.[1] Allein Ellenbogen ging am 6. Mai verloren, ohne daß ihm Mansfelds Anstrengungen zu Gute kamen. Derselbe war bis Königswart vorgedrungen, als der Graf von Ortenburg die Stadt übergab. In die Grenzdistricte Böhmens und der Oberpfalz zurückgekehrt, zog Mansfeld den pfälzischen Oberstlieutenant Pöblis, sowie später den Oberst Obentraut an sich, setzte sich in Falkenberg fest und nahm Chamm. Nach der Auflösung der Union suchten die Mannschaften derselben seine Fahnen schaarenweise auf, und die Soldaten, welche aus den übergegangenen böhmischen Plätzen entlassen waren, traten geradeswegs wider bei ihm ein. Nach allen Himmelsrichtungen trugen seine Werber ihre Patente.

Schon Mitte Mai war jedoch auch Mansfeld von der großen Veränderung, welche die pfälzische Sache nach der Auflösung der Union und dem Waffenstillstande in der Unterpfalz, sowie in Folge der friedlichen Umstimmung des Königs Jacob I. erfahren hatte, unterrichtet. Der Pfalzgraf selbst hatte ihn von der Mission Digby's in Kenntniß gesetzt und während der Verhandlungen auf die Defensive beschränkt.[2] Vor allem sollte er sich der Feindseligkeiten gegen den Herzog von Baiern enthalten. In der That sagte Mansfeld auch Tilly die Einstellung der Feindseligkeiten zu, wenn Tabor, Wittingau und Klingenberg unbelästigt bleiben würden. Nur wenn Tilly selbst angreife, wollte er auch Tabor entsetzen.

---

1) Uetterodt S. 335, 743; über spätere Unterhandlungen Uetterodt S. 749.

2) Vgl. das Schreiben Friedrichs an Mansfeld bei Uetterodt S. 746.

Der bairische General lag noch am 20. Juni zu Tachau. Gerade jetzt hegte er wider bange Besorgnisse für Böhmen, da Mansfeld über Neustadt und Pleistein heranrückte und sich endlich um Waidhausen an der böhmischen Grenze verschanzte. Er bat deshalb auch Wrzesowitz um Hilfe. Nur wenige Tage darauf sah er den von ihm persönlich gehaßten Mann auf böhmischem Grund und Boden selbst die nöthigen Vorbereitungen zu Verschanzungen treffen. [1]

Dennoch hatte Mansfeld nicht alle Hoffnungen auf eine energische Fortsetzung des Krieges von Seiten der protestantischen Mächte aufgegeben. Er erwartete täglich günstige Nachrichten aus dem Haag und getröstete sich auch immer noch einer belangreichen Unterstützung aus England.

Tilly hielten gemessene Befehle von einem Angriff auf Mansfeld [2] zurück; er begann zuerst am 4./14. Juli gegen Waidhausen vorzurücken. In der Nähe von Roßhaupt bezog er auf einer Waidhausen überragenden Anhöhe etwa eine Viertelmeile von diesem entfernt auch seinerseits ein befestigtes Lager. Einen wirklich ernsten Angriff auf diese befestigte Stellung seines Gegners unternahm er jedoch erst einige Tage später am 16. Juli. Allein auch dies Mal war den Baiern das Glück nicht günstig. Der würzburgische Oberst Bauer von Eiseneck fiel nach widerholten Angriffen selbst: sein Roß, einst ein Leibroß Friedrichs von der Pfalz, lief mitten in die Feinde hinein. Tillys Anschlag war vornehmlich durch das schlechte Schießen der Baiern vereitelt worden. Noch jetzt scheint übrigens Mansfeld einen Einfall in Böhmen im Schilde geführt zu haben, er ersuchte wenigstens den König-Pfalzgrafen, gerade mit Hinweis hierauf um reichlichere Unterstützungen. [3]

Nach einem Waffenstillstande von etwa 8 Tagen, der indessen nicht allzu ängstlich gehalten wurde, eröffnete man am 17./27. Juli die Feindseligkeiten von Neuem, ohne daß es indessen bis zum 29. Juli zu einem bedeutenderen Zusammenstoß kam. Erst an diesem Tage hatten die Mansfelder abermals einen heftigeren Artillerieangriff auszuhalten. In den

---

1) Uetterodt S. 344.

2) Dieser übersendete dem bairischen Anführer Neustadt d. 16. Mai einen Brief Friedrichs von der Pfalz und erklärte sich bereit „alle offensiones der Waffen zu suspendiren." Zugleich fragt er an, ob Tilly gleiche Befehle habe. Uetterodt S. 747.

3) Heilmann, Kriegsgeschichte von Bayern, Franken, Pfalz und Schwaben II. 1. S. 103.

ersten Wochen des August dagegen lagerten die beiden Armeen unthätig einander gegenüber; dafür litt freilich die protestantische um so heftiger an Seuchen. Am 13. August besetzte Tilly die Höhen in unmittelbarster Nähe des mansfeldischen Lagers. Ein nächtlicher Ueberfall, welchen die Mansfelder am 18. August versuchten, blieb erfolglos, da das bairische Heer durch einen Zufall noch rechtzeitig allarmiert wurde, und einen Versuch am folgenden Tage, einen dem bairischen Lager benachbarten Wald anzuzünden, vereitelte ein plötzlicher Regen. Als das bedeutendste Ereigniß der nächsten Wochen erwähnen wir nur, daß Mansfeld am 5./15. September den Landgrafen von Leuchtenberg aufhob. Allmählich war dem Vertheidiger der Pfalz von Amberg aus die ganze Artillerie zugeführt worden, obwol die ständischen Landesbehörden schon längere Zeit auf ein friedliches Abkommen mit Baiern hinarbeiteten.

Zu derselben Zeit, wo das englische Parlament seine Sitzungen begann, um Unterstützungen für den Krieg in Deutschland zu votieren, sendete Jacob I. John Digby zum Erzherzog Albrecht nach Brüssel, um einen Waffenstillstand für die Unterpfalz auszuwirken. Er kam wirklich zu Stande und hatte auch bis zum Tode des Erzherzogs (17. Juli) Bestand.

Um so fester ward nun die Ueberzeugung des Königs, daß sein Plan durch spanische Vermittelung seinem Schwiegersohne die Pfalz zu erhalten auch nach der Auflösung der Union gelingen werde. Die Ausführung desselben ward demselben John Digby anvertraut, der endlich, nachdem der spanische Gesandte seine Abreise Monate lang verzögert hatte, Anfangs Juni, mit bedeutenden Mitteln versehen, aufbrach. Von Seiten des Pfalzgrafen wurde ihm ein besonderer Geschäftsträger in der Person des in diesen Jahren oft verwendeten pfälzischen Agenten Paul unter englischer Bewilligung zur Seite gesetzt; auch der bekannte Diplomat Rußdorf befand sich in der Eigenschaft eines Dieners in seinem Gefolge. [1])

Am 5. Juli hatte Digby seine erste Audienz bei Ferdinand II. Auf besondern Wunsch des Kaisers theilte er demselben die Hauptpunkte seiner Aufträge sofort mit. Er sollte zuerst die Begnadigung des Pfalzgrafen

---

1) Bruchstücke aus seiner Correspondenz finden sich in der Flugschrift: Bericht Jo. Joachim Rußdorfs geweßter Chur Pfaltz. Rath. Was er Anno 1621 zu Wien .. negotiert... Getruckt im Jahr 1624. 4. 8 Bll.

nachsuchen, nachdem ihn der König zu allem gebührenden und schuldigen Gehorsam gegen den Kaiser gebracht haben würde. Der zweite Punct betraf die bedingungslose Widereinsetzung Friedrichs in seine Erblande, wie er sie vor seiner Betheiligung an den böhmischen Wirren besessen hatte, der dritte die Annullierung der Acht, welche in einer Verlängerung des Waffenstillstandes in der Unterpfalz ihre erste Wirksamkeit zeigen sollte. Neben diesen Hauptpuncten war ihm auch die Verpflichtung auferlegt, den am meisten compromittierten Dienern des ehemaligen böhmischen Königs die kaiserliche Gnade wider zu erwirken. Dieselben Forderungen widerholte Digby auch den kaiserlichen Bevollmächtigten Meggau und Strahlendorf gegenüber.

Diese englischen Vermittelungsvorschläge hatten sich auch der Unterstützung des Königs von Spanien und des Erzherzogs Albrecht zu erfreuen. Auf Digby's Veranlassung hatte der letztere schon am 27. Mai Ferdinand II. ersucht, Englands „wolmeinende Erinnerung zu beherzigen," und sogar versprochen „dieses friedliebende Werk zu vergelten, als ob es ihm selbst geschehen sei." Philipp aber schrieb dem Kaiser,[1] daß er es hoch aufnehmen wolle, wenn der Pfalzgraf nach seiner Unterwerfung wider in Land und Leute eingesetzt werde.[2]

Schon am 8. Juli theilten die oben genannten kaiserlichen Räthe dem englischen Geschäftsträger mit, daß der Kaiser zu seinem Leidwesen nicht im Stande sei ohne seine Bundesgenossen einen maßgebenden Entschluß zu fassen, und vertrösteten Digby auf einen gegen Ende August zu Regensburg abzuhaltenden Fürstentag. Behufs vorläufiger Verhandlungen bis zu diesem Zeitpuncte erbaten sie sich dann nähere Vorschläge Digby's, welche dieser natürlich ablehnte. Ohne eine wenn auch nur vorläufige Gewährung seiner Hauptforderungen wollte er überhaupt nicht weiter verhandeln. Zugleich sondierte er auf diese Weise, ob der Kaiser den englischen Ansprüchen Gehör zu schenken überhaupt noch im Stande sei, oder ob er sich in der That in der Frage wegen Uebertragung der Kur bereits unlöslich gebunden habe. Für den letzteren Fall gab er seine Sache von vornherein verloren, denn Maximilian hatte Oberöstreich in seiner Gewalt, und Tilly stand wenigstens zum Theil noch mit seinen Truppen in Böhmen. Am 11. Juli verhandelte Digby abermals persönlich mit Ferdinand II. und überreichte darauf eine Denkschrift, auf deren Beantwortung

1) Am 20. Juni 1621.
2) Londorp II. 941.

er lange vergebens harrte. In diese Zeit fallen nun die noch ungenügend bekannten Verhandlungen des Kaisers mit Maximilian, der nur einen allgemeinen, alle Verhältnisse des Reichs ausgleichenden Frieden annehmen wollte und natürlich auf Erstattung der Kriegskosten dringen mußte. Im Auftrage Ferdinands begab sich der Freiherr Kurz von Senftenau nach München. Maximilian erklärte sich am 23. und 24. Juli unter Berufung auf das ihm einst in München ertheilte Versprechen gegen jedes friedliche Abkommen mit dem Pfalzgrafen.[1] Doch verzögerte dies, wie Digby damals meinte, keineswegs die kaiserliche Antwort allein: man suchte in Wien vielmehr auch Zeit zu gewinnen, um unterdessen womöglich Mansfeld seinen Oberbefehl zu entwinden und auch Bethlen Gabor samt dem Markgrafen von Jägerndorf zur Ruhe zu bringen.

Die schriftliche Antwort Ferdinands II. verschob endlich die schließliche Beilegung der ganzen Sache auf jenen Fürstentag in Regensburg, an dessen Zustandekommen jetzt niemand mehr ernstlich dachte, und verweigerte eine Aufhebung der Acht und eine Verlängerung des Waffenstillstands unter Hinweis auf die Feindseligkeiten, welche der Markgraf von Jägerndorf und Mansfeld auf directe Veranlassung des Schwiegersohnes des Friede suchenden Königs verübten.

Während jedoch Digby seine fruchtlosen Unterhandlungen in Wien noch fortspann, brach der Krieg in der Oberpfalz zwischen Tilly und Mansfeld thatsächlich wider aus. Allein auch dies störte den in seinen optimistischen Anschauungen befangenen Diplomaten nur wenig. Er ließ sich vielmehr einreden, daß es sich in den Kämpfen mit Mansfeld nicht um eine Vollstreckung der Execution handle, und daß ihr Resultat das Interesse des Pfalzgrafen nicht beeinträchtigen werde, wenn der Vertrag in Wirksamkeit trete. Verpflichtete sich doch der Kaiser sogar zu einem Schreiben an Spinola, welches ein weiteres kriegerisches Vorgehen seinem Ermessen anheimstellen sollte. Trotzdem ließ sich jedoch Digby in eine so vollkommene Sicherheit, wie man gewöhnlich annimmt, auch hierdurch nicht einwiegen. In dasselbe Schreiben an die Geheimen Räthe seines Königs, welchem wir diese Mittheilungen entnehmen, ließ er schon jetzt die Mahnung einfließen, alle Vorbereitungen zum Kriege zu treffen, wenn kein ehrenvoller Friede zu erhalten sei, und empfahl sogar eine directe Bedrohung der spanischen Küste durch die englische Flotte. Denn die Hauptentscheidung schien ihm schon jetzt nicht mehr in Wien, sondern in Madrid

1) Vgl. Hurter IX, 41.

zu liegen: schon Ende Juli, nachdem allmälich auch ihm das Zusammentreten einer Fürstenversammlung zweifelhaft geworden war, nahm er daher auch die Fortsetzung seiner Reise nach Spanien in Aussicht.[1]

Trotzdem schrieb er jedoch das immer deutlicher hervortretende Mißlingen seiner Sendung weit mehr Mansfelds und Jägerndorfs kriegerischen Maßnahmen, als der überlegenen Klugheit seiner Gegner zu, die den hoffnungsreichen und oberflächlichen Mann auch von Rom aus bearbeiten ließen. Padre Maestro meldete ihm widerholt, einer wie geneigten Stimmung das spanische Heirathsproject in Rom begegne, und bestärkte ihn noch mehr in der Anschauung, daß die Hochzeit des Prinzen von Wales seiner Schwester die Pfalz widerbringen werde. Ferdinand II. selbst erschien Digby jetzt geneigter die Forderung Maximilians zurückzuweisen: er scheute sich nur sein berechtigtes und hochgespanntes Ehrgefühl zu beleidigen. Diese Rolle sollte Spanien und die projectierte Fürstenversammlung übernehmen.[2] Digby selbst aber blieb unter diesen Umständen nur die Herbeiführung eines allgemeinen Waffenstillstands übrig; dann konnte er nach Spanien eilen, um auch Philipps Zustimmung zu gewinnen. Mit dieser — so hatte man ihm im Vertrauen gesagt — hielt sich Ferdinand seinem lästigen bairischen Bundesgenossen gegenüber für hinreichend gewaffnet.[3]

Am 18. August drängte der englische Gesandte Ferdinand II. abermals persönlich zu einer Entscheidung und verhandelte mit Eggenberg und den übrigen Räthen, denen sich auch der spanische Gesandte anschloß, in einer dem Anschein nach zum Ziele führenden Richtung. Da riß ihn auf einmal der Graf Oñate selbst aus seiner vertrauensseligen Stimmung; er erklärte ihm rund heraus, daß der Kaiser, durch Mansfeld und Horatio de Veer gereizt, von einer Bewilligung der englischen Forderungen weiter als jemals entfernt sei. Oñate rieth Digby in Wien selbst keine Zeit mehr zu verlieren, sondern schleunigst nach Spanien zu eilen, wo allein durch das Zusammenwirken beider Könige die Entscheidung herbeigeführt werden könne. Diese Eröffnungen machte er Digby unmittelbar nach der Rückkehr eines kaiserlichen Botschafters nach Kursachsen. Der Vicekanzler Strahlendorf bestätigte dem englischen Gesandten einige Tage

1) The Lord Digbye to the Lords Commissioners for the Affairs of Germany. Vienna the 26th. of July 1621. Clarendon a. a. O. VI.

2) Digby an Sekretär Calvert 21. August 1621. Clarendon a. a. O. XVII.

3) Clarendon a. a. O. XVIII.

darauf die veränderte Sachlage: der Kaiser und seine Bundesgenossen wollten entweder offenen Krieg oder vollständigen Frieden; die Gewährung eines Stillstands stehe den Verträgen mit seinen Verbündeten zu Folge nicht in Ferdinands Macht; Maximilian habe sich bereits über den Waffenstillstand in der Unterpfalz, der Mansfelds Schaaren so bedeutend verstärkt hatte, beklagt.

Digby hatte hierauf noch eine persönliche Audienz bei Ferdinand, die jedoch in der Sachlage nichts änderte. Um den Schein zu retten, übergab Strahlendorf nochmals Vertragsbedingungen: auch Mansfeld sollte in den Waffenstillstand willigen und während desselben den Kaiser und seine Verbündeten nicht angreifen; man suchte Digbys Unterstützung zur Auslieferung Tabors und Wittingaus nach und verlangte, Friedrich von der Pfalz solle die dem Markgrafen von Jägerndorf ertheilten Vollmachten zurückziehen und in Zukunft keine neuen gewähren. Für Mansfeld Garantien zu ertheilen, weigerte sich Digby in der That nicht; wenn er sich nicht auf die Defensive beschränken würde, sollte sowohl der König von England als auch der Pfalzgraf alle seine Unternehmungen desavouieren. Und als dies Zugeständniß ungenügend befunden wurde, und Strahlendorf sogar die Forderung stellte, daß Jacob, falls Mansfeld während des Waffenstillstands Ferdinand oder seine Bundesgenossen angreifen werde, den Kaiser thatkräftig, wie es unter befreundeten Mächten Sitte sei, unterstützen solle, verstand sich Digby auch hierzu, wenn der Kaiser während der Dauer des Waffenstillstands die Ausführung der Acht gleichfalls suspendieren würde. Außerdem sicherte er sich noch, wenn die Unterhandlungen ohne ein zufriedenstellendes Ergebniß abgebrochen werden sollten, eine Frist von 3 Monaten bis zum wirklichen Beginn des Krieges. Für Tabors und Wittingaus Restitution sagte er Verwendungsschreiben seines Herrn bei dem Pfalzgrafen zu, während er, gestützt auf Nachrichten des englischen Gesandten im Haag, die Vollmachten Friedrichs für den Markgrafen von Jägerndorf vollständig ableugnete. Allein Strahlendorf war zu einer Erklärung über den Aufschub der Execution und eine dreimonatliche Frist bis zum Krieg nicht bevollmächtigt, und so brach denn Digby, nachdem ihm noch die auf diese Verhältnisse bezügliche Correspondenz des Kaisers mit Maximilian mitgetheilt war, am Schluß der ersten Septemberwoche nach der Oberpfalz auf.[1] Er mußte sich mit dem Bescheid,

1) Vgl. Clarendon Appendix X—XIV. The Lord Digbye to the Lords Commissioners for the Affairs of Germany, the 5th. Septbr. 1621, und das

Ferdinand werde im Einvernehmen mit seinen Bundesgenossen, vor allen mit Baiern, sich demnächst über die englischen Forderungen erklären, so wie mit sehr bedingten Zusagen für einen Waffenstillstand begnügen.

Die Besetzung der Oberpfalz durch die Baiern.

Zu denjenigen Mächten, welche von dem Ausgange dieser Friedensverhandlungen in erster Reihe berührt wurden, gehörte auch der Graf von Mansfeld selbst. Wenn die vereinigten Bemühungen Spaniens, Englands, Dänemarks und derjenigen deutschen Staaten, welche noch so kühn waren, Ferdinand II. gegenüber ihr Wort in die Wagschaale zu legen, von einem glücklichen Erfolg begleitet waren, wie der englische Gesandte noch im September hoffte, so erreichte auch die Feldhauptmannschaft des gefürchteten Bastards ihr Ende. Denn obwol die Generalstaaten auf Bitten des Pfalzgrafen, der im Laufe des Februar von Mansfeld um Löhnung für die Truppen ersucht worden war, für die 3 Monate März bis Mai je 50,000 Gulden bewilligt hatten, so versprach man sich doch auch von ihrer Beihilfe in der nächsten Zukunft nur ein Geringes. [1]

Und so war denn Mansfelds Stellung, auch wenn man nur zu einem vielleicht mehrmonatlichem Waffenstillstande gelangte, dennoch aufs höchste bedroht. War es nun klug gehandelt, an der Spitze seiner von bairischer Uebermacht bedrohten, ungenügend verpflegten und schlecht bezahlten Armee von vielleicht 10,000 M. das Ende der Verhandlungen abzuwarten? Durfte Mansfeld von selbst voraussetzen, daß der König von England ihn in den Frieden einschließen, konnte er hoffen, daß Jacob I., selbst wenn er es versuchte, bei Ferdinand II. damit durchdringen werde? Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, daß, je ernstlicher die Unterhandlungen von Seiten Englands betrieben wurden, auch Mansfeld um so mehr darnach streben mußte, für sich und seine Truppen eine gesicherte Stellung zu gewinnen.

---

hiermit in Verbindung stehende undatierte Schreiben Digby's an die Geheimen Räthe S. XIV. XV. Mit Digbys Mittheilungen stimmt in den Hauptsachen auch das Schreiben Ferdinands Wien 12. (11.?) September an die Infantin überein. Londorp I. 1011.

1) Du Maurier an Puisieux d. 23. Febr. 1621. Reuß.

Er versuchte dies, nachdem er in einem Briefe aus Waidhausen vom 8./18. Juli dem französischen Gesandten in Savoien, de Marigny, seine Geneigtheit, mit 20,000 M. Fußvolk und 6000 Reitern in die Dienste Ludwigs XIII. zu treten, dem Anschein nach ohne Erfolg ausgedrückt hatte,[1] indem er auch seinerseits den Weg der Friedensvermittelungen mit den Gegnern des Pfalzgrafen einschlug. Anfang Juli scheint er seinem alten väterlichen Freunde René de Chalons und dem Erzherzog Albrecht die ersten Eröffnungen nach dieser Richtung hin gemacht zu haben.[2] Mit der Zustimmung des Erzherzogs begab sich Chalons nach Nürnberg, wo er Ende Juli eintraf. Von hier aus ersuchte er den Grafen seine Forderungen zu stellen und übermittelte dieselben auch durch den spanischen Gesandten an den Kaiser. Chalons und Mansfeld verhandelten darauf in Neumarkt mit einander.[3] Eigenhändige Briefe des Grafen an Ferdinand II., in welchen er vornehmlich die Verdienste seines Vaters um das Haus Habsburg hervorhob, sollten seinem Anerbieten Glauben verschaffen. Von Ferdinand II. war übrigens auch der Herzog Maximilian mit Vermittelungsaufträgen versehen worden. In Folge davon schloß er mit Mansfeld Waffenstillstand, und auch die Beziehungen der beiden einander gegenüberstehenden Heere wurden zeitweise freundlicher.

Man maß auf Seiten der Katholischen diesen Verhandlungen mit Recht großes Gewicht bei: sie verstärkten dem König von England und den Generalstaaten gegenüber das Uebergewicht der katholischen Mächte in hohem Grade. Entzog man Mansfeld noch vor dem Abschluß der englischen Friedenstractaten seiner Partei, so fiel Baiern die Oberpfalz ohne Schwertstreich zu, und der Kaiser konnte seinerseits die Friedensbedingungen vorschreiben. Mansfeld widerum dachte auf diese Weise auch die Schutzmächte des Pfalzgrafen, England und die Niederlande, zu um so energischeren Unterstützungen zu bewegen. Nur in dieser Absicht machte er wol am 12. August Friedrich V. selbst Eröffnungen über diese geheimen Vorgänge,[4] und theilte ihm zugleich mit, daß dies der Weg sei, auf

---

1) Reuß.

2) Villermont, Ernest de Mansfeldt I. 306. Ueber diese Verhandlungen hat zuerst Villermont ausführlichere Nachrichten gegeben; doch bleiben auch jetzt noch manche dunkle Puncte. Einige Briefe Mansfelds an Friedrich von der Pfalz aus der Zeit vom März bis zum August 1621 sind bei Villermont Bd. II. 392—404 nachzulesen.

3) Uetterodt S. 372.

4) Villermont I. 308.

welchem Maximilian ohne Anwendung von Waffengewalt in den Besitz der Oberpfalz zu gelangen hoffe. Hatte dieser doch sogar Ludwig XIII. um seine Unterstützung in dem Bemühen, Mansfeld zur Niederlegung der Waffen zu bewegen, ersucht, worauf freilich die Staaten sich bei dem französischen Gesandten Du Maurier für die Widereinsetzung des Pfalzgrafen in seine Länder verwendeten.[1]

Die Forderungen, welche Mansfeld endlich dem Herzoge Maximilian stellte, beliefen sich auf 600,000 Gulden für seine eigne Person und auf 750,000 Gulden für die Truppen. Eine allgemeine Amnestie sollte Offiziere und Mannschaften sicher stellen. Und es glückte Chalons wirklich mit dem Grafen zu Neumarkt abzuschließen. Mansfeld selbst sollte in der That 600,000 Gulden sofort nach Unterzeichnung des Tractats erhalten; die für das Heer geforderte Summe von 750,000 Gulden wollte Maximilian zahlen, wenn sich die Truppen unter sein Commando stellen würden. Die allgemeine Amnestie wurde ebenfalls bewilligt, und nur die unmittelbaren Unterthanen Ferdinands II. von ihr ausgeschlossen. Offiziere und Gemeine hatten den Eid zu leisten, niemals wider gegen den Kaiser zu dienen, und Mansfeld machte sich anheischig, alle von ihm noch besetzten Plätze in Böhmen und in der Pfalz, in letzterer vor allen die Städte Amberg und Neumarkt auszuliefern. Innerhalb 14 Tagen war der Graf verpflichtet dem Vertrage die Genehmigung des Pfalzgrafen zu verschaffen; allein auch wenn diese nicht zu erlangen war, sollte er Giltigkeit behalten.[2]

Im Lager der Katholischen verbreitete die Nachricht von der Rückkehr des reuigen Grafen, der so viel gesündigt hatte, allgemeines Frohlocken. Und als gar die Kunde erscholl, Mansfeld sei immer katholisch geblieben, schöpfte man daraus die Hoffnung, daß er seine Blicke der heiligen Mutter Kirche um so lieber wider zuwenden werde, je mehr man ihn ihrer Zärtlichkeit im Voraus versicherte. Mochte er dem Pfalzgrafen auch hundert Jahre dienen, was konnte es ihm nützen? Allein welche Laufbahn eröffnete sich ihm dagegen als Bannerführer der katholischen Heerschaaren im Dienste des Hauses Habsburg? Es war kein Geringerer, als der Pater Hyacinth

1) Du Maurier an Puisieux 13. Sept. 1621. Reuß.

2) Schon am 25. September betrachtete Maximilian die Unterhandlungen als in der Hauptsache beendigt. Der Entwurf des Vertrags, welchem die angeführten Mittheilungen entlehnt sind, trägt das Datum des 10. Oct. Hurter IX, 59. Klopp, Tilly I. 521.

ſelbſt, der den leicht zu entflammenden Ehrgeiz des Soldatengrafen mit ſolchen Bildern aus ſeiner Bahn zu locken ſuchte. Die Politiker der katholiſchen Großmächte zu Madrid, Wien, Brüſſel und München waren darin einſtimmig, daß die Verhandlungen unter allen Umſtänden zum Abſchluß gebracht werden müßten. Der ſpaniſche Staatsrath faßte den Beſchluß, daß Philipp IV. ſelbſt dem Kaiſer das Geld vorſtrecken ſolle,[1] und war nur ängſtlich beſorgt, ob der Graf auch ſeinen Verpflichtungen nachkommen möchte. Ja Philipp IV. kündigte der Statthalterin der Niederlande ſchon an, daß er demnächſt die Summe von 100,000 Ducaten, die er überhaupt zu dem Handel herſchießen wollte, überſenden werde. Von allen Seiten empfing der glückliche Unterhändler Chalons aufrichtige Beweiſe der wärmſten Anerkennung. Ende September wurde der Vertrag wirklich in Richtigkeit gebracht,[2] Mansfeld fing an ſeine Truppen zurückzuziehen, und die Schaaren Maximilians rückten unmittelbar nach ihnen in die verlaſſenen Quartiere. Obwol die Schlußredaction des Vertrags bisher von niemand eingeſehen worden iſt,[3] ſo ſcheint doch ſo viel ſicher zu ſein, daß auch Friedrichs V. in ſeinem Verhältniß zur Oberpfalz darin gedacht wurde. Mansfeld ſelbſt trat dieſem Vertrag zufolge mit 6000 M. in ſpaniſche Dienſte und erhielt von Philipp IV. einen jährlichen fürſtenmäßigen Unterhalt zugeſichert.

Allein ſchon längſt war Ernſt von Mansfeld auch von Friedrich V. durch ein Schreiben vom 1./11. September zur Treue und Beharrlichkeit ermahnt worden. Es kam dazu, daß allmählich die Neigung der Gegner den Streit nicht durch Unterhandlungen, ſondern mit dem Schwerte auszufechten, immer erkennbarer hervortrat. Sollte ſich da nicht auch dem in die geheimen Schlangenwindungen der damaligen Politik tief eingeweihten Söldnerführer der Gedanke aufgedrängt haben, daß unter dieſen Verhältniſſen ein dauerhafter Friede unmöglich ſei? Und wenn keine Ausſicht dazu vorhanden war, dieſe Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu beendigen, hatte er dann nöthig durch einen ſchmählichen Uebertritt zur Partei der Gegner noch mehr Haß und Verachtung auf ſein Haupt zu laden? Oder war es nicht vielleicht für ihn ſicherer und loh-

1) Die Verhandlungen fanden freilich erſt im October ſtatt, als es bereits zu ſpät war. Villermont, Ernest de Mansfeldt I. 310.

2) Brief des Unterhändlers Chalons vom 28. Sept. an die Infantin. Villermont I. 311.

3) Auch das Datum kann noch nicht mit Sicherheit angegeben werden.

nender zugleich, seinen Degen auch in den bevorstehenden Kämpfen den Mächten anzubieten, die bis jetzt die allbekannten Schutzmächte des Pfalzgrafen und der evangelischen Sache Deutschlands gewesen waren? —

Maximilian von Baiern begegnete bei seinen Verbündeten einer nur geringen Neigung den Kampf um die Lande des Pfalzgrafen, von dem sie einen materiellen Vortheil nicht zu erwarten hatten, fortzusetzen. Auf der ligistischen Versammlung zu Augsburg[1] gelang es ihm nur mit großer Anstrengung eine Verstärkung der Bundesarmeen, welcher die rheinischen Mitglieder am meisten entgegen waren, durchzusetzen. Die rheinischen Glieder fürchteten bei einer Fortsetzung des Kampfes für ihre eigenen Lande.[2] Doch waren die Unterstützungen, welche er von den Mitgliedern des katholischen Bundes empfing, auch jetzt noch geringfügig: nur der Bischof von Würzburg sendete in Form eines Darlehens eine bedeutendere Summe.

Allen Stillstandsverhandlungen zum Trotz erschien jedoch Maximilian bereits Ende Juli in Straubing, um die Vorbereitungen zu einem Einmarsch in die Oberpfalz zu treffen. Erst als von einem Einfalle der Ungarn in Oestreich nichts mehr zu befürchten war, brach jedoch der Herzog am 11. September von Straubing wirklich auf, um zunächst Chamm, dessen Besetzung durch die Baiern die Entschlossenheit der Bürger verhindert hatte, zu Falle zu bringen. Nach einer achttägigen Belagerung erhielt er die Stadt durch Vertrag. Hier vor Chamm ließen neueren Forschungen zu Folge beide Zweige des Hauses Habsburg dem Herzoge ihre Geneigtheit zu einem Waffenstillstand nochmals zu erkennen geben,[3] obwol nach den obigen Ausführungen die Aufrichtigkeit der deutschen Linie den stärksten Zweifeln unterliegt.[4] Es war erfolglos. Der Herzog erklärte, sich in einem solchen Falle mit seiner Armee vom Schauplatze zurückziehen zu wollen; er mahnte die Habsburger ihre eigenen Interessen besser zu wahren.[5]

Und hierauf wurde Maximilian die am 22. September ausgestellte Investitururkunde übersendet. Als aber Digby auf seiner Rückreise von

---

1) Februar 1621.

2) Schreiber 236, 237.

3) Die Absicht dem Herzoge die Kur vorzuenthalten hat Ferdinand II. selbst schwerlich im Ernst gehegt.

4) Von bairischer Seite wurde sie immer in Zweifel gezogen. Söltl III, 78

5) Schreiber 247.

Wien sich bei ihm anmeldete, wurde ernicht einmal empfangen, sondern erhielt einen Bescheid, aus dem er deutlich ersehen konnte, wie sehr er sich in der Beurtheilung der Sachlage getäuscht hatte. Ganz offen bekannte sich Maximilian dazu, den allgemeinen Waffenstillstand hintertrieben zu haben, und sandte ihm endlich auch auf die Beschuldigung ohne Befehl vom Kaiser zu handeln die kaiserlichen Vollmachten in Abschrift.[1]

Auf Digby's Beschwerden hierüber gestand der Kaiser, daß Maximilian auf den Stillstand nicht habe eingehen können, „weil er die Armada mit sehr großen Unkosten habe aufgerichtet und den Sieg gleichsam in Händen habe." Auch jetzt noch erklärte er die Execution des Bannes in der Oberpfalz einstweilen anstehen zu lassen, fügte aber auch hinzu, daß nun von einem Stillstand nicht mehr die Rede sein könne: nur die Unterpfalz wolle er dem Ermessen der Infantin anheimstellen, obwol er bereits eingestandener Maßen Maximilian mit der Verfolgung des Feindes betraut hatte. Am 1. Otober übertrug er dann dem Herzoge auch die Besetzung der Oberpfalz, selbst wenn der Vertrag mit Mansfeld schon zum Abschluß und zur Vollziehung gediehen sein sollte. Ganz deutlich bezeichnete er das Land als Ausgleichsobject für seine verpfändeten Erblande.

Niemand aber mußte das Herannahen Maximilians mehr beunruhigen als Mansfeld, namentlich als die Städte der Oberpfalz ohne Rücksicht auf ihn und sein Heer besondere Verträge mit dem Herzoge abschlossen. Da fand sich Ende September der englische Gesandte in Nürnberg ein, während René de Chalons es am 29. September verließ. Wie es heißt, hatte Digby bereits aus Wien eine Abschrift des Vertrags erlangt, den Mansfeld im Begriff stand zu unterzeichnen. Und nun bemerkte er noch dazu, wie allen kaiserlichen Friedensversicherungen zum Trotz nach Verlauf von kaum 3 Wochen die Oberpfalz von den Baiern eingenommen war! Am 28. September hatte selbst Amberg ohne Wissen Mansfelds seinen Vertrag mit Maximilian geschlossen, 1000 M. Besatzung eingenommen und dadurch den höchsten Zorn des Grafen, der gern in den Tractat eingeschlossen gewesen wäre, erregt. In der That Digby mußte sich des Generals schleunigst versichern, wenn er nicht auch die Unterpfalz der Gefahr der Vergewaltigung durch den übermächtigen Gegner aussetzen wollte. Und da er für dergleichen Zwecke auch mit hinreichenden Mitteln versehen war, so gelang es ihm leicht durch die Summe von 40,000 Pfund

1) Schreiben vom 27. Sept. Londorp I. 1015—1017. Schreiben vom 2. Oct. (Schwarzfelden). Londorp I. 1021.

Sterling den Grafen zum Abbrechen der Verhandlungen zu bewegen und sein Heer vor der bairischen Uebermacht, die nicht weniger als 85 Fahnen Fußvolk und 47 Cornet Reiter zählte, in die Unterpfalz in Sicherheit zu bringen.

Dasselbe Spiel mit Worten wie im Anfang des October widerholte der Kaiser Digby gegenüber nochmals am Ende dieses Monats.[1] Nochmals betheuerte er die Exekution der Acht wider die Oberpfalz nicht von Neuem anbefohlen zu haben: „aus Anweisung der Vernunft selbst" habe er sie verwahren lassen. Die neue Expedition des jungen Herzogs von Braunschweig und vor allem Mansfelds ganz unberechenbarer Charakter werden jetzt als Grund und Veranlassung der Besetzung geltend gemacht. Um dieselbe Zeit erhielt auch die Infantin den Befehl vom Kaiser, eine weitere Verlängerung des Waffenstillstands in der Unterpfalz nicht zu gestatten, sondern die Feindseligkeiten wider aufzunehmen.

Maximilian mußte sich jedoch bald gegen die Beschuldigung vertheidigen, als habe er Mansfeld mit Vorbedacht entrinnen lassen, um ihn den Spaniern in der Unterpfalz auf den Hals zu schicken. Man wollte darin eine Art Rache für die feindselige Stellung Spaniens zur Frage über die Uebertragung der Kur und für die Verlängerung des Stillstands in der Unterpfalz erblicken. Doch scheinen die übereinstimmenden Berichte Maximilians und Mansfelds einen solchen Plan in der That auszuschließen. Mansfeld zog sich nach der Uebergabe der Schanzen und nach der Vereinigung Maximilians mit Tilly aus wol gegründetem Mißtrauen in größter Schnelligkeit zurück, so daß ihm der Gegner in der That nicht folgen konnte.[2]

In Mainz aber war man über diese neue Wendung der Dinge im höchsten Grade besorgt. Maximilian hatte an den Kurfürsten und das rheinische Quartier der Liga das Ansinnen gestellt, die 10 bis 12 Tausend Mann, welche er Mansfeld nachsendete, von Bundes wegen zu unterstützen. Das erschien jedoch dem Kurfürsten als eine außerordentlich gewagte Politik. Folgte er dieser Aufforderung, so stellte sich der Bund ganz offen in die Reihe der pfälzischen Gegner, während die Liga als solche sich seiner Meinung nach bisher der böhmisch-pfälzischen Händel enthalten hatte. Nun war aber das Kurfürstenthum wie auch die übrigen

1) Schreiben an Digby vom 27. October.

2) Vgl. die Instruction, welche der bairische Agent Bartholome Riehel an den Kurfürsten von Mainz überbrachte. Londorp I. 994—998.

rheinischen Bisthümer ohne nennenswerthe Vertheidigungsmittel, die Kassen der Bundesverwandten waren leer. Der Kurfürst konnte daher in dieser Verlegung des Kriegsschauplatzes nur eine bedeutende Gefahr für die katholische Confession erblicken, zu deren Abwehr nur ein einziger katholischer Reichsfürst, eben Maximilian selbst, hinreichende Mittel hatte.[1]

Und auch der Graf Oñate widerrieth am kaiserlichen Hofe noch jetzt die Fortsetzung des Kampfes. Er fürchtete von dem holländisch-venetianischen Bündnisse neue Verlegenheiten für das habsburgische Haus, z. B. einen Krieg in Friaul und in Kroatien, welche eine Auslösung der verpfändeten Erblande unmöglich machen würden. Und nachdem schon der Pfalzgraf und seine Gönner vergeblich die Mittel zu einer Ausgleichung in klingender Münze angeboten hatten, kam auch der spanische Gesandte auf dies Auskunftsmittel zurück, welches Deutschland allerdings den ganzen Jammer dieses Kriegs erspart haben würde. Er schlägt ein förmliches Bündniß des Papstes mit dem Kaiser vor, dem zu Folge die 15 Tonnen Gold, welche Maximilian beanspruchte, aus den todten Schätzen des Vatikans vorschußweise gezahlt und aus den Landeseinkünften der Pfalz später wider abgetragen werden sollten.[2] Diesem Plane war freilich der päpstliche Nuntius Caraffa durchaus abgeneigt: er sah vielmehr kein besseres und bequemeres Auskunftsmittel für Ferdinand, um sich von der lästigen Pfandschaft zu befreien, als die Uebertragung der Kur und der Oberpfalz an Baiern, und hat in diesem Sinne auch in Wien gewirkt.[3]

Um auch in Spanien eine für einen derartigen Ausgleich günstige Stimmung zu erwecken, ging der Pater Hyacinth nach Madrid, denn in Rom wünschte man nach Maximilians Erfolgen die Fortsetzung des Kriegs und die Ausführung der Acht. Trotz aller politischen Erwägungen, welche das Gegentheil räthlich erscheinen ließen, lieh endlich auch der Kaiser dieser Anschauung sein Ohr, und zuletzt hoffte man gegen die Ueberlassung der Unterpfalz auch auf die Einwilligung Spaniens. Ein Bündniß zwischen den habsburgischen Linien und der Liga sollte diese Abmachungen gegen jedermann aufrecht erhalten: vom Reiche fürchtete man nicht den geringsten Widerstand, auch nicht von Kursachsen.[4]

1) Siehe die mainzische Antwort auf die erwähnte bairische Instruction Londorp I. 998—1000.

2) Das interessante Schreiben findet sich bei Londorp I. 1018.

3) Anthieny, der päpstliche Nuntius Karl Caraffa S. 16. 17.

4) Caraffa's Brief an den apostolischen Nuntius in Brüssel. Londorp I. 1026.

Fünftes Buch.

Herzog Christian von Braunschweig, Bischof von Halberstadt, und sein Bisthum.

Aus der Jugendzeit des Herzogs Christian von Braunschweig.

Christian, Herzog von Braunschweig-Lüneburg, war der dritte Sohn des Herzogs Heinrich Julius aus seiner kinderreichen Ehe mit Elisabeth, der Schwester Christians IV. von Dänemark. Er ward am 10./20. September 1599 zu Gröningen im Bisthum Halberstadt geboren. Seinen Taufnamen erhielt er von seinen beiden Pathen und Oheimen, dem Könige Christian IV. und dem Kurfürsten Christian II. von Sachsen.

Die wolfenbüttelische Herzogslinie schien unter Heinrich Julius zu einer großen Zukunft bestimmt. In enger Verbindung mit Christian IV. hätte Heinrich Julius, dieser durch männliche Energie und Thatkraft ausgezeichnete Fürst, bei einem längeren Leben vielleicht einen für geraume Zeit bestimmenden Einfluß auf das Gebiet des niedersächsischen Kreises, dessen Oberster er war, ausgeübt. Heinrich Julius hatte das Glück sein Fürstenthum auf mancherlei Weise bedeutend zu vergrößern. Als zweijähriger Knabe zum Bischof von Halberstadt gewählt, suchte er das unter Genehmigung von Papst und Kaiser ihm übertragene Bisthum seiner Familie zu erhalten,[1] worauf auch wirklich drei seiner Söhne hinter einander seine Nachfolger wurden. Eine kurze Zeit besaß er auch das Bisthum Minden. Im Stift Halberstadt erlangte erst durch ihn die Reformation die wirkliche Herrschaft: er ließ im J. 1591 die erste evangelische Predigt im Dom halten, obwol den Altgläubigen weder die Duldung noch die Erlangung von Pfründen versagt wurde.[2] Das Domcapitel von Halberstadt ertheilte ihm im Jahr 1592 für seine eigne Person die Beleh-

1) Eine kulturhistorische Skizze über das Stift während seiner Regierung habe ich in der Zeitschrift für preuß. Gesch. und Landeskunde, herausgegeben von Hassel 1869 S. 386 flgde. gegeben.

2) Vgl. Opel: Kampf des Protestantismus und des Katholicismus im Stift Halberstadt 1612—1620. Zeitschr. f. preuß. Gesch. u. Landeskunde 1870 S. 61—79.

nung mit den Grafschaften Hohnstein und Regenstein, und noch vor Ablauf des Jahrhunderts hatte er beide mit seinen Staaten vereinigt. Auch Kloster Walkenried wählte ihn zum Administrator. Mit der cellischen Linie hatte er einen Streit wegen Grubenhagen, der indessen nicht zu seinen Gunsten entschieden wurde, obwol jene erst nach seinem Tode in den Besitz der Grafschaft gelangte. Ebenso wenig gelang es ihm die Stadt Braunschweig in erwünschter Weise zu demüthigen. Selbst nachdem er im Jahr 1610 in Prag die Acht gegen sie ausgewirkt hatte, erreichte er sein Ziel nicht. Von diesem Jahre an betheiligte er sich persönlich an den Wirren, welche das östreichische Kaiserhaus unter Rudolf und Matthias spalteten, und suchte dem Kaiser möglichst viel zu retten. Von dieser seiner Thätigkeit hat auch der neueste Geschichtschreiber dieser Dinge ein sehr ungenügendes Bild entworfen: allem Anschein nach war Heinrich Julius der Vermittler, dessen sich die deutschen Fürsten bedienten, um der Kaisergewalt wenigstens den letzten Schimmer nationaler Bedeutung zu erhalten. Mitten in diesen Bemühungen, die er in Denkmünzen mit den Worten andeuten läßt,

„Dem Kleekraut schad't kein Hitz noch Kält,
Es bleibt stets frisch und ziert das Feld,
Also ein hoch Gemüth allzeit
Beständig bleibt in Freud und Leid."

oder in dem Spruche: Pro patria consumor

„An das werthe Vaterland hab ich meine Kraft gewandt"[1] —

überraschte den lutherischen Geheimerathspräsidenten unter Kaiser Matthias der Tod. Mit seiner Befähigung zu politischen Geschäften größter Tragweite verband der Herzog nicht nur eine ausgezeichnete humanistische Bildung, sondern auch die Richtung auf die Erkenntniß des Realen, welche alle vorwärts strebenden Geister damals auszeichnete. Meister des Worts in hochdeutscher Zunge, ist er in seinen Jugendjahren selbst in die Reihe der deutschen Dichter getreten; die Pflege der Musik, vornehmlich der kirchlichen, übertrug er einem Prätorius. Bei all diesen Vorzügen läßt sich jedoch nicht läugnen, daß seinem Character die höhere Einheit, eine maßvolle Verbindung seiner politischen, wissenschaftlichen und ethischen Bestrebungen zu einem die ganze Persönlichkeit durchdringenden Wesen abging. Wie in Christian IV., so lebte sich auch in ihm ein gut Theil ungebändigter Naturkraft rücksichtslos aus.

---

1) Rehtmeyer II. 1180 und 1189.

Ein Fürst von der wissenschaftlichen und künstlerischen Befähigung, wie sie Heinrich Julius eigen war, suchte natürlich auch seine Kinder möglichst früh mit den Elementen alles Wissens bekannt zu machen. Die Sorge für den Unterricht und die geistige Ausbildung der großen Kinderschaar, welche das glückliche Fürstenpaar umgab, war im Anfange gewiß nicht eine seiner geringsten. Wurden die Knaben in späteren Jahren je einzeln einem Hofmeister und einem Lehrer übergeben, so war der erste Unterricht naturgemäß ein gemeinsamer. Den Acten[1] zu Folge war Johannes Drösemeier, eine uns übrigens unbekannte Persönlichkeit, von Pfingsten 1601 bis Pfingsten 1602 von der fürstlichen Familie als Präceptor oder Schulmeister angenommen, der aber bis zum Jahre 1604 ausgehalten zu haben scheint. Seine Aufgabe war die fürstlichen Kinder, Söhne und Töchter, zuerst in der Furcht Gottes und in christlichen und fürstlichen Tugenden, dann aber auch bereits in deutscher und lateinischer Sprache mit Vorwissen der Mutter und nach dem Ermessen des Vaters zu unterrichten. Dafür erhielt er jährlich 100 Thlr., ein Sommer- und ein Winter-Hofkleid und freien Tisch. Drösemeier's Bestallung ist vom Pfingstmontag 1601.

Auf Drösemeier folgte M. Otto Lindenius, von dem wir ebenfalls nichts mittheilen können. Er war namentlich auch der Lehrer des ältern Bruders, der den Namen des Vaters trug. Seine Instruction unterscheidet sich von der seines Vorgängers nur wenig. Auch seine Einwirkung auf die fürstlichen Knaben sollte vornehmlich drei Puncte im Auge behalten: er hatte die Knaben mit allem Fleiß in Gottesfurcht, schönen Wissenschaften und freien Künsten zu unterweisen.[2] Uebrigens war er in allen Stücken auf die besondern Berathungen mit dem Hofmeister angewiesen. Der Name des letztern wird nicht genannt.

Vielleicht aber hatte ein Mann, der bereits im nächsten Jahre als Mitaufseher der fürstlichen Kinder erscheint und dann lange Jahre in der unmittelbaren Umgebung des Herzogs Christian gewesen ist, Virgilius Höfer von Urfahren, auch jetzt schon Theil am Erziehungswerke der fürst-

1) Herzogliches Archiv zu Wolfenbüttel XXV, 7. Diesem Actenstücke sind die meisten Einzelnheiten der nachfolgenden Schilderung entnommen, andere wurden den in demselben Archive befindlichen Rechnungen für Herzog Christian entlehnt.

2) Auch die Aufsicht über die Edelknaben, welche um die jungen Prinzen waren, hatte man ihm übertragen. Sein Gehalt betrug 120 Thlr.; im Uebrigen wurden ihm dieselben Nebenemolumente zu Theil, wie Drösemeier. Lindenius' Bestallung ist von Pfingsten 1604. Den Eid leistete er den 20. Nov. 1604.

lichen Knaben. Am 15. Mai 1605 erhielt er seine Bestallung als Kammerjunker und Mitaufseher der beiden fürstlichen Brüder Heinrich Julius und Christian. In seiner Instruction wird auch bereits die eigentlich dogmatisch-theologische Bildung der fürstlichen Zöglinge, die natürlich an der augsburgischen Confession und dem lutherischen Katechismus ihre Norm finden sollte, ins Auge gefaßt. Was die Wissenschaften anlangt, so war es auch seine Aufgabe, die Knaben in „deutscher, lateinischer und hochdeutscher Sprache zum Besten" zu unterweisen. Die eigentliche Erziehung sollte „in aller Höflichkeit und Zierlichkeit" geschehen.

Im Jahre 1607 stoßen wir auf einen französischen Sprachmeister, Gervasius v. Grandie. Er hatte nicht allein die fürstlichen Knaben Rudolf und Christian, sondern auch ihre Schwestern, Elisabeth, Hedwig und Dorothea, zu unterrichten; besonders empfohlen wurde ihm noch, sich mit seinen Collegen in gutes Einvernehmen zu setzen. Sein Salair betrug schon 150 Thlr.; dazu erhielt er auch freien Tisch für sich und seinen Jungen nebst freiem Holz und Licht. Bisher war Herzog Christian mit seinen jüngeren Geschwistern unter der unmittelbaren Obhut der Mutter auf dem Schlosse zu Gröningen gewesen. Um diese Zeit wurde Heinrich Julius von einem Grafen zu Passau (?) ein weitgereister und in Sprachen wolerfahrener Mann Namens Julius Pflug zum Mithelfer am Erziehungswerke des Herzogs Christian empfohlen. Er sollte Virgilius Höfer an die Seite gesetzt werden. Da Julius Pflug älter als Höfer war, beanspruchte er jedoch ihm vorgesetzt und auch bei einer etwaigen großen Reise ins Ausland als Hofmeister zugeordnet zu werden. Ja er wollte überhaupt die Oberleitung der Erziehung in seine Hand nehmen. Es scheint jedoch nicht, als ob die fürstliche Familie auf diese Bedingungen eingegangen wäre, wenigstens finden wir Pflug später nicht in der unmittelbaren Umgebung des jungen Fürsten.

Wie dem aber auch sei, auf jeden Fall lag der Herzogin Elisabeth, die sich mit den fürstlichen Kindern meist in Gröningen aufhielt, von früh an die Hauptsache des ganzen Erziehungswerkes ob. Und seitdem nun ihr Gemahl angefangen hatte, sich in die Händel des habsburgischen Hauses einzumischen und seinem genialen Nachbar Christian von Anhalt, der schon damals die Herrschaft der Habsburger in Deutschland mit Gewalt aus den Fugen heben wollte, gegenüber alle seine Kräfte daran setzte, durch die Herstellung der Einheit im Innern des Hauses Habsburg diesem selbst die Suprematie über Deutschland zu sichern, war sie, wie es scheint, einziger Mittelpunct der Familie.

Gewiß waren diese Vermittelungsversuche des braunschweigischen Herzogs nicht frei von Rücksichtnahme auf den eigenen Vortheil und das eigene Interesse. Das Haus Wolfenbüttel mochte leicht bei einem glücklichen Erfolg dieser Bestrebungen ein dauerndes Anrecht auf die einem aufstrebenden ehrgeizigen Fürstenhause preisgegebenen norddeutschen Stifter gewinnen. Trotzdem kann jedoch nicht geläugnet werden, daß diese Betheiligung des Herzogs an den großen politischen Fragen der Zeit von außerordentlichem Nachtheil sowol für sein Haus als für das Land gewesen sind. Wir rechnen aber zuerst und vor allem hierher, daß seit der Abreise des Herzogs nach Prag die Erziehung der fürstlichen Knaben nun Elisabeth ganz überlassen war, die trotz ihres feinen praktischen Verständnisses und ihrer persönlichen Energie doch das Richtige vielfach versehen zu haben scheint.

Nicht daß die Knaben sich selbst überlassen worden wären; wir sehen, es erhielt jeder Hofmeister und Lehrer, die mit wirklich vorzüglichen Instructionen versehen wurden. Sie wurden alle nach einander zu ihrer wissenschaftlichen und weltmännisch-politischen Ausbildung auf Universitäten oder ins Ausland geschickt; aber dies scheint auch alles gewesen zu sein, was für die Erziehung der fürstlichen Knaben geschah.

Und auch das hatte, so gut es sicherlich gemeint war, noch seine Nachtheile. Durch die Entfernung der jungen Prinzen von der Mutter wurde auch ihr Einfluß schwächer, und so waren sie denn während ihrer langen Studienreisen den Informatoren und Erziehern rücksichtslos preisgegeben. Die energische Natur des Vaters scheint in keiner ersichtlichen Weise die Neigungen und die Charactere der Knaben und ihr jugendliches Treiben mehr bestimmt und geleitet zu haben. Dieser empfindliche Mangel ist aber offenbar am meisten zu beklagen bei Christian selbst, der Heinrich Julius nicht nur im Aeußern, sondern auch an Charakter und Fähigkeiten am ähnlichsten war.

Schon im Herbst des Jahres 1611 wurden Reisepläne für den damals erst zwölfjährigen Knaben entworfen. Am 9. November richtete Elisabeth ein Gesuch an die Brüder Gunzel und Günther von Bartensleben, in deren Diensten sich, wie es scheint, auch als Informator ein gewisser Ludolf Schmidt aus Lüneburg befand, in welchem sie dieselben um Entlassung des Genannten anging, um ihn ihrem Sohne als Lehrer auf die Reise beizuordnen. Dem Gesuche wurde gewillfahrt. Am 30. November 1611 erhielt Schmidt seine Bestallung, in welcher er auf 2 Jahr mit einer jährlichen Besoldung von 150 Thlr., wofür er sich freilich auch

kleiden mußte, angenommen wurde. Nur freien Tisch für sich und einen Bedienten erhielt er noch nebenbei. Die besondere Anweisung, welche er bekam, unterscheidet sich von der der früheren Lehrer nicht wesentlich; nur wird neben der augsburgischen Confession und Luthers Katechismus auch das corpus doctrinae Julii als maß- und normgebend in religiösen Dingen hingestellt.

Ehe wir jedoch den Knaben auf seinen ersten Ausflug nach den Niederlanden begleiten, thun wir noch einige Blicke in das Familienleben der herzoglichen Familie, so weit sie uns die noch vorhandenen Nachrichten, namentlich ein Briefwechsel Christians mit Friedrich Ulrich und Rechnungen über die Ausgaben, welche für den kleinen Haushalt des jungen Fürsten gemacht wurden, erlauben.

Schon sehr früh wurden die Glieder der fürstlichen Familie getrennt. Im Jahr 1606 trat der Erbprinz Friedrich Ulrich in einem Alter von 15 Jahren seine große Tour nach dem europäischen Westen an. Er hatte sich zunächst über Cassel nach Marburg und von da nach Tübingen begeben, wo er ein Jahr lang die Universität besuchte. Von hier ging er unter dem Namen eines Grafen von Blankenburg über Straßburg in das südliche Frankreich. Das natürliche Ziel dieser Reise war der Hof Heinrichs IV. und Paris, von wo er auf besondere Einladung seines Oheims, des gelehrten Königs Jacob I., nach England aufbrach. Die ganze Reise nahm überhaupt einen Zeitraum von vier Jahren, 1606—1610, in Anspruch. Während dieser Zeit unterhielt Christian einen Briefwechsel mit dem älteren Bruder, den das Archiv zu Wolfenbüttel jetzt noch zum Theil aufbewahrt. Der erste dieser lateinischen Briefe, welche in bereits festen und charactervollen Zügen geschrieben sind, ist vom 30. Oktober 1606; der erste deutsche Brief Christians, welchen wir angetroffen haben, ist von Iburg aus den 5. April 1613 datiert und trägt eine französische Adresse. Später wird die Schrift Christian's genial und schwungvoll, bleibt aber wenigstens bis zum Jahr 1619 sehr deutlich. Erst im Laufe der zwanziger Jahre nimmt sie eine solche Flüchtigkeit an, daß ihre Linien bisweilen kaum zu deuten sind.

Heben wir aber wenigstens einige Stellen aus jenen ersten Zeugnissen über Christians Geistes- und Gemüthsleben heraus; „Gott geleite Dich mit der Schaar seiner heiligen Engel, daß Du das vorgesteckte Ziel Deiner Reise erreichst, nämlich mit reicher Ehre und mit Gewinn zu uns zurückzukehren" — ruft der neunjährige Knabe im Jahre 1608 dem siebzehnjährigen Jünglinge zu. „Mein Brief ist leer," so klagt Christian in

demselben Jahre dem Bruder, „weil er Dir außer dem Zeugniß einer reinen und brüderlichen Zuneigung nichts bringen kann.[1] Die heilige Schaar Jehovas erhalte Dich auf dem Wege der Wahrheit und gewähre Dir auf Deiner Reise dasjenige, was dem Lande Braunschweig in Zukunft von Vortheil sein kann."

Gewiß sind diese oder ähnliche schriftstellerische Versuche des jungen Prinzen nicht ohne Beihilfe der Lehrer zu Stande gekommen; auf jeden Fall wird wenigstens die correcte lateinische Form ihr Werk sein, und als Christians Eigenthum hätten wir dann vielleicht nur das treuherzige Gefühl seiner brüderlichen Liebe anzusehen, welches auch durch das fremde Gewand hindurchscheint. Um so bemerkenswerther ist dann aber ein Brief aus demselben Jahre 1608, in welchem sich bereits der spätere Character des rasch zufahrenden, äußeren Verhältnissen trotzenden und nur inneren Eingebungen sich voll und rücksichtslos hingebenden jungen Fürsten auf das Deutlichste ausgeprägt: „Durchlauchtigster Fürst, theuerster Bruder! Ich hielt es eben für passend an Dich zu schreiben, als mir zu meiner großen Freude inzwischen Dein Brief überbracht wurde. Einer förmlichen Entschuldigung, wie Du sie vorbringst, bedarf es bei mir nicht, noch viel weniger darfst Du aber glauben, es müsse oder könne von meiner Seite wegen der Seltenheit Deiner Briefe irgend eine Verstimmung entstehen. Liegt es doch nicht in meinem Alter alles auf die Goldwage zu legen (ad exactum examen omnia revocare). Wenn ich Dir meine brüderliche Zuneigung und schuldige Liebe zeige und ein brüderliches Zeichen Deines Wohlwollens, wenn Du es anders mit Bequemlichkeit kannst, dagegen empfange, dann verlange ich nichts weiter. Du schreibst, daß Dir mein Fleiß Freude macht; ich selbst wage jedoch nicht ihn hoch anzuschlagen, da ich mir noch nicht genugthue, geschweige denn andern. Die Sache selbst erfordert es, daß ich über meinen Bruder (d. h. Friedrich Ulrich) in demselben Sinne schreibe. Wir wollen aber von ganzem Herzen Gott bitten, daß er die Arbeiten unserer Jugend zur Ehre seines Namens

1) Ganz ähnlich drückt er sich in einem späteren Dankschreiben an Christian IV. für einen Brief vom 12. November 1616 aus, über dessen Inhalt nichts bekannt ist: ... ut nesciam, quibus verbis omnia illa mihi depraedicanda (?) vel pro iisdem gratiae debitae agendae sint; vereor enim semper, ne verba a me proficienda magnitudine rerum et pondere superata, levia nimis atque inania sint futura. Quare majus aliud cum non habeam, nec verba mihi hac in re sufficiant, me ipsum T. Majestati trado et voveo. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen.

und in der Zukunft zum Wolergehen Anderer lenke. Derselbe gnädige Gott begünstige Deine sehr schwierige Reise, daß wir Dich, die Stütze unserer Familie, bald unversehrt zurückkehren sehen. Das ist unsere kindliche Bitte, welche wir in unsern täglichen Gebeten Gott vortragen. Von unserm hochgeehrten Hofmeister und Lehrer überbringen wir Dir die schuldigen Zeichen pflichtgemäßer Ehrerbietung, von uns den brüderlichen Gruß der göttlichen Gnade."

Im folgenden Jahre spricht er seine brüderliche Zuneigung gegen den abwesenden Bruder noch einmal in sehr herzlicher, aber auch über seine Jahre verständiger Weise aus. Wir behalten den ursprünglichen lateinischen Wortlaut bei, weil der deutsche Ausdruck das kindliche Verzweifeln, daß der Briefsteller dem Bruder nichts Großes und Wichtiges mittheilen kann, wol schwerlich entsprechend widergeben dürfte: „Esto, destituantur succo et sanguine rerum magnarum et praegnantium nostrae literae, mutuum tamen amorem atque desiderium et affectionem vere fraternam ac germanicam repraesentant. Quae rara est mercos etiam iis in literis, quae regna promittunt."

Dasselbe streng religiöse Gepräge trägt auch ein eigenhändiger Brief der älteren Schwester Sophie Hedwig an Friedrich Ulrich, welchen sie kurz nach ihrer Verheirathung mit Ernst Casimir von Nassau schrieb. Er war begleitet von einem Buche religiösen Inhalts, das, wie es scheint, eine Widerlegung der calvinischen Lehrmeinungen enthielt.

Wir richten ferner unser Augenmerk noch auf einige Vorkommnisse aus der Knabenzeit, die auch an und für sich Leben, Sitte und Gewohnheit der Zeit characterisieren. Am Nicolaiabend des Jahres 1608 wurde von Virgilius Höfer für Aepfel, Kastanien, Handschuhe, Messer und anderes Zeug 5 Thlr. 19 Gr. 6 Pf. ausgegeben. Am 29. December 1608, als Herzog Christian, damals neunjährig, vom Hausmanne zu Gevatter gebeten wurde, verehrte der junge Fürst dem glücklichen Kindtaufsvater 3 Thlr. 12 Gr. Die Waschmägde, „welche des Abends singen", erhielten am 31. December 1608 1 Thlr. Der Rector, welcher zur Fastnacht 1609 auf dem Schlosse eine Comödie aufführen ließ, bekam für seine Mühwaltung das schon ansehnlichere Geschenk von 10 Thlr. Auch Christian wurde einst zum Fastnachtsabend ein „Mummkleid" für 3 Thlr. 23 Gr. 4 Pf. gemacht, und am Abend selbst wurde für ihn „einen Mummenschanz zu schlagen" noch 3 Thlr. ausgegeben. Am 15. Oct. 1609 finden sich 6 Thlr. verzeichnet zu M. Mummii Hochzeit; er heirathete

eine Tochter des bei der fürstlichen Familie in hohem Ansehen stehenden Hofpredigers Basilius Sattler.

Die Prinzen trugen lange Haare, die mit einem Haareisen gelockt wurden. Fechten uud Schlagen übte Christian schon in so jugendlichen Jahren fleißig; einem jungen Grafen von Stirum verehrte er bereits im Jahre 1609 zwei Rappiere mit „vermasselierten Gefäßen" zu dem Preise von 11 Thlr. 10 Gr. Auch zu Pferde sitzen scheinen die jungen Fürsten früh gelernt zu haben; wenigstens erhielten sie im Jahre 1609 zum Weihnachtsgeschenk Reitpferde.

Von Büchern kommen in diesen Rechnungen nur der Katechismus und Evangelienbücher und ein silva vocabulorum vor; aus Leipzig wurden 2 Exemplare fürstlicher Tischreden, verfaßt von Johannes Wehner, bezogen.

Die bevorstehende Reise in die Niederlande sollte für den jungen Fürsten recht eigentlich eine Studienreise sein. Deshalb erhielten auch die Begleiter desselben eine besondere Instruction, nach welcher sie während derselben die Erziehung und den Unterricht leiten sollten. Ihrem Wortlaute nach ist dieselbe identisch mit der für Herzog Rudolf, als er unter der Führung seines Hofmeisters Sigismund Kropf und Lampadius' die Universität Tübingen bezog, und den für Friedrich Ulrich ertheilten Anweisungen, der unter seinem Hofmeister Hans Ernst v. Hoyer im J. 1608 seine Reise nach Frankreich antrat. Das für Herzog Christian bestimmte Exemplar unterzeichnete Heinrich Julius zu Prag am 25. Oct. 1611; als Gegenzeichnung unterschrieb es aber auch noch Johann v. Ußlar. Elisabeth selbst aber bemerkte darauf mit eigner Hand: „auff meines hertzlieben Herrn beuehlich von prage aus habe ich dis vnderschrieben. Elisabeth H. z. B."

Diese ganze Instruction ist ein neues Zeugniß von der geistigen Ueberlegenheit des fürstlichen Dichters und gibt uns einen Einblick in die patriotische Geradsinnigkeit seines ächt deutschen Characters.

Mit einer gewissen ängstlichen Sorgfalt behielt der treue Vater hauptsächlich die religiös-theologische Entwickelung der Söhne im Auge. Virgilius Höfer sollte den ihm anbefohlenen jungen Fürsten vor allem anhalten, auf der Reise und „wenn er still liege," nicht nur obenhin, sondern in rechter Andacht und wahrer Demuth sein Morgen- und Abendgebet zu halten. Ebenso sollte er jeden Morgen und jeden Abend ein Capitel aus der Bibel lesen, dessen Inhalt dann der Hofmeister oder der Lehrer zu erklären hatten. Die Instruction forderte einen fleißigen Kirchenbesuch selbst im Auslande, wiewol der praktische Heinrich Julius damit

auch einen Nebenzweck zu erreichen hoffte. In Orten, wo sich evangelische Kirchen befanden, soll der Kirchenbesuch nicht versäumt werden, weil „neben anderm vielfältigen Nutzen dadurch auch die fremden Sprachen zu lernen sehr befördert wird." Nur sollte der Präceptor dabei wachsam sein, daß sich sein Schüler nicht zu „widrigen Opinionen," d. h. zu dogmatischen Anschauungen verleiten lasse, die mit der augsburgischen Confession, dem corpus doctrinae Julii und dem lutherischen Catechismus im Widerspruch stünden. Natürlich ist es, daß dem Hofmeister auch zur Pflicht gemacht wurde, dem jungen Fürsten das heilige Abendmahl nur von einem lutherischen Prediger reichen zu lassen. Wollte der Herzog — so ergänzte ein besonderer Befehl Elisabeths vom 4. Nov. 1611 die Instruction — später sich des Nachtmahls des Herrn gebrauchen, so sollte der Hofmeister vier Mal jährlich mit ihm nach Amsterdam reisen und ihn in einer evangelischen Kirche bei einem reinen evangelischen Prediger communicieren lassen.

Noch ausführlichere Anweisungen ertheilt aber die Instruction in Betreff der Mittel und Wege, durch welche auf die Characterentwickelung des allem Anschein nach schon früh sehr eigenwilligen Knaben eingewirkt werden sollte. Vor den groben sittlichen Gebrechen der Zeit, Trunk und Ausschweifung jeder Art, vor Jähzorn, Hoffart, Rachgier, Eigensinn suchte der in vielen dieser Stücke selbst nicht vorwurfsfreie Vater den Sohn sorgsam zu hüten. Dem Hofmeister wurde ausdrücklich anbefohlen, den Umgang des Sohnes nach allen diesen Seiten hin auf das Sorgfältigste zu überwachen. Nur die mit besonderer Erlaubniß versehenen Personen durfte er in das Zimmer des Fürsten lassen; vor allem aber kein Gelag oder Gesöff, und noch viel weniger ärgerliche Reden in seinem Beisein gestatten.

Die Bestimmungen der väterlichen Regimentsordnung über die wissenschaftliche Ausbildung der Söhne bekunden nicht nur einen feinen Sinn für die Wissenschaft überhaupt, sondern auch das richtige Verständniß ihrer Verwerthung für den Unterricht fürstlicher Knaben der damaligen Zeit. Bedeutendes Gewicht wurde auf das Studium der Sprachen gelegt: im Latein, im Französischen und Italienischen sollte auch Christian seine Studien so weit ausdehnen, daß er in diesen Sprachen mit auswärtigen Gesandten und andern vornehmen Leuten in derselben Weise wie mit seiner Umgebung „in seiner angeborenen, hochdeutschen Sprache nach Notdurft" reden und antworten könne. Dagegen wurde ihm das Sprechen des Niederländischen erlassen. Um Langeweile und Müßiggang nicht aufkommen zu lassen, wird dem jungen Fürsten namentlich historische Lectüre

empfohlen: Commines, Guicciardini, Sleidan, Thucydides sollten ihm seine Lehrer zu diesem Zwecke vorlegen oder ihn mit gutem Gespräch und andern passenden wissenschaftlichen Uebungen unterhalten. Selbst die exacten Wissenschaften, Geometrie und Arithmetik, hatten in dem fürstlichen Studienplane ein wenn auch bescheidenes Plätzchen: sie sollten vornehmlich betrieben werden, wenn man des Wetters wegen zu Hause bleiben müßte.

In allen diesen Dingen wurde eine pünktliche Ordnung gefordert. Um ein planloses und wirres Durcheinander zu vermeiden, wurde strenge Regelmäßigkeit der Studien anempfohlen und vornehmlich auch auf eine gute Zeiteintheilung aufmerksam gemacht: früh sollte das Lager aufgesucht, aber auch früh wider verlassen werden. Um sich selbst von den Fortschritten des Sohnes zu überzeugen, forderte der Vater halbjährige von Präceptor und Hofmeister einzuschickende Berichte.

Nichts lag jedoch dem praktischen Sinne des Herzogs ferner, als seinen Söhnen eine rein gelehrte Ausbildung zu Theil werden zu lassen, wie er sie einst von seinem Vater erhalten hatte. Die Wissenschaft sollte seiner Anschauung zu Folge in engste Beziehung zum praktischen Leben gesetzt werden, sie sollte das natürliche Talent der Knaben für die spätere Ausübung ihres fürstlichen Berufes klären und kräftigen. So sollte man auch Christian nicht immer über den Büchern halten, sondern ihm auch seine gebührende Erholung zulassen. „Weil S. L., gönnts Gott, künftig zu wichtigen, großen Dingen, als Regierung von Land und Leuten, item zu des Reichs und zu meines Vaterlands Sachen gebraucht werden muß, darf er nicht serviliter, in stetiger Furcht und Blödigkeit, sondern ganz liberaliter, heroisch und tapfer erzogen und derenthalben auch, so viel Sie nach Gelegenheit Ihres Alters begreifen können, neben den gewöhnlichen studiis zu solchen Sachen vornehmlich und nur dann zu andern unnöthigen Dingen angeführt und informirt werden, doch daß alles mit guter Bescheidenheit ohne sondern Zwang und Murren mit holdseliger Freundlichkeit, mit Vermahnung, auch Verheißung und solcher Moderation geschehe, daß Ihr Gemüth nicht von den studiis, oder dem Hofmeister, Präceptor und erfahrnen gelehrten Leuten gar entfremdet werde." War eine Erinnerung von Nöthen, so sollte er nicht nur auf die Beispiele der heiligen Schrift, sondern auch der Profangeschichte hingewiesen werden.

Die Verhaltungsmaßregeln für die praktisch-politische Erziehung sind in einer Zeit fürstlicher Selbstherrlichkeit doppelt bemerkenswerth. Nächst der Furcht Gottes sollte man ihn auch zu allen fürstlichen Tugenden anhalten, insonderheit, da er über kurz oder lang zum Regiment kommen

würde, anweisen, sich des Vaterlandes, der Wittwen und Waisen, der Kirchen und Schulen, treulich anzunehmen, niemand ungehört auf Anderer Bericht allein zu beschweren oder zu verdammen, in allen Dingen mit den verordneten Räthen und nach den Berichten treuer und verständiger Leute und nicht nach seinem eignen oder einer anderen einzelnen Persönlichkeit Gutdünken zu handeln. Er wird weiter ermahnt, nicht zu übereilt in seinen Maßnahmen vorzugehen, Einem wie dem Andern zu seinem Rechte zu verhelfen, ohne Ansehen der Person das Gute zu belohnen und das Böse zu strafen, Treu und Glauben zu halten und auch sich vor Bürgschaften und unnöthigen Geldausgaben so viel als möglich zu hüten. Besonders wird ihm auch die einem Fürsten oft so einträgliche Liberalität anempfohlen.

Die eigentlich politischen Studien wurde der Hofmeister angewiesen zeitig an die damaligen Reichsverhältnisse anzuknüpfen und ihn in dieselben der Fassungskraft seines Alters gemäß einzuführen. Mit feinem psychologischen Sinne warnte die Instruction gerade auch unter Rücksichtnahme auf den künftigen politischen Beruf vor Trunkenheit und Wollust und mahnte, den jungen Fürstensohn vorzüglich zu Tapferkeit und heroischen Sachen und sonderlich zu dem „hoc age, oder was sonst zu seiner Vocation gehörig", anzuhalten. Aber nicht nur vor den sittlichen Schäden der vornehmen Welt überhaupt, sondern auch vor den nationalen Gebrechen der fremden Länder und Völker, welche dem lebhaften Prinzen auf seiner Reise etwa nahe kommen könnten, hatte ihn seine Begleitung zu hüten und ihn sogar anzuleiten, den Gründen derselben nachzuspüren. Sollte doch der Sohn allezeit „ein recht deutsches, aufrichtiges Gemüth behalten, und sein eigen Vaterland nicht verachten noch ihm entfremdet werden."

Trotz dieses vaterländischen Zuges, welcher den ganzen Erziehungsentwurf in einer uns heut so wolthuenden Weise durchweht, bestrebte man sich doch den jungen Reisenden schon vorher einigermaßen mit den Gewohnheiten des Landes, welches er zunächst besuchen sollte, bekannt zu machen. Er wurde wenigstens vorher auf niederländische Manier gekleidet. Ende October (1611), vielleicht am 29., brach man dann von Wolfenbüttel auf. Das nächste Ziel der Reise war Bentheim, welches man über Stolzenau, Diepenau und Tecklenburg erreichte. Dann ging es über Delden in der Twenth gen Deventer nach Arnhem, wo Christian bei seinem Schwager, dem Grafen Ernst Casimir von Nassau, einen längeren Aufenthalt nahm.

Hier wurden vornehmlich ritterliche Uebungen angestellt, wozu man in der Umgebung des Grafen hinreichende Gelegenheit fand. Vor allem scheint das Ballhaus fleißig besucht worden zu sein.[1]

Allein es fand sich hier auch Gelegenheit edleren Vergnügungen nachzuhängen. In Arnhem hielten sich gerade englische Comödianten auf, und auch Herzog Christian besuchte natürlich ihre Vorstellungen. — Nicht übergehen wollen wir es, daß die Instructoren des Prinzen sich durch dogmatische Bedenklichkeiten nicht abhalten ließen, Lobwassers Gesangbüchlein für ihren lutherischen Zögling zu kaufen.

Vielleicht noch im Januar 1612 begab sich Christian mit seinem Schwager nach dem Haag und von da nach Harlem, wo er sich unter den Merkwürdigkeiten des Orts auch das Zuchthaus und das „Altmannenhaus" besah. Von hier ging die Reise nach Amsterdam und Harlingen und von da zum Grafen Wilhelm nach Lewarden. Nachdem er kurze Zeit in Friesland verweilt hatte, kehrte Christian nach Arnhem zurück und zog von da nach Cleve, wo wahrscheinlich die ersten Vorbereitungen zur Confirmation mit dem dortigen lutherischen Prediger getroffen wurden. Hier wurde der junge Prinz von Musikanten mit einer Morgenmusik beehrt. Als eine besondere Merkwürdigkeit zeigte man ihm in Cleve auch eine Puppenstube von lauter Gold und Silber.

Dann wurde die Rückreise über Schenkenschanz nach Arnhem angetreten, wo Christian von Mitte März bis zum 21. August 1612 verweilte. Reiten, Fechten und Ballschlagen machten während dieser Zeit einen Haupttheil seiner Beschäftigungen aus. Von wissenschaftlichen Uebungen scheint hauptsächlich Französisch getrieben worden zu sein: es wurde mit außerordentlich geringen Kosten bestritten.[2] Daneben badete Christian jedoch auch den ganzen Sommer über im Freien, was im Innern Deutschlands namentlich auf den Universitäten noch geradezu verboten wurde, und lernte auch unter der Leitung von drei Soldaten schwimmen.

Seine vielleicht vom Vater ererbte Neigung für theatralische Vorstellungen konnte der Prinz hier in hinreichendem Maße befriedigen. Sol-

---

1) Der Ballmeister Jan van Bruisset, Rathsmeister van Arnhem, erhielt bereits am 15. Januar für 22½ Dutzend Bälle, welche der Herzog verschlagen hatte, 7 Reichsthaler. Einem Lakaien des Grafen Ernst, welcher zum neuen Jahre (1612) Handschuh präsentiert hatte, wurde mit 3 Thlr. gelohnt.

2) Ein Sprachmeister erhielt für 3 Monate nicht mehr als 12 Gulden oder 5 Reichsthaler, während dem Fechtmeister einmal zur Verehrung 20 Reichsthaler gegeben wurden.

daten des Grafen Ernſt von Naſſau ſpielten einſt 8 Tage hinter einander und wurden dafür von ihm mit 4 Thlr. bedacht. Landsleute aus Halberſtadt und Bleicherode, aus Northeim und Hameln, die auf den niederländiſchen Univerſitäten ihre Studien abſolvierten, machten ihm öfter ihre Aufwartung und ſprachen ihn um ein Viaticum an. — Allmählich dachte man jedoch auch ernſtlich an die Confirmation des Prinzen, und der Hofmeiſter reiſte deswegen einſt zu einem lutheriſchen Prediger nach Utrecht.

Am 21. Auguſt begab ſich der Prinz mit ſeiner Umgebung von Neuem zu dem Grafen von Bentheim und machte dann auch einen Beſuch bei dem Grafen von Lippe in Brakel. In „Herwarden" (Herford) ließ er ſich die in der Stiftskirche aufbewahrten Antiquitäten von dem „Wübekündo" zeigen und reiſte durch die Grafſchaft Ravenſperg und das Stift Münſter nach Düſſeldorf, wo ihm der Pfalzgraf ein Pferd verehrte. Von hier zog er, wie es ſcheint, in Begleitung des Pfalzgrafen nach Mühlheim und von da nach Köln. Auch auf der Rückreiſe über Düſſeldorf und Mörs wurde er von dem Pfalzgrafen begleitet. Im September befand ſich Chriſtian wider in Arnhem. Darauf ſchickte Virgilius Höfer den Lehrer des Prinzen Ludolf Schmidt, den die Herzogin Eliſabeth erſt am 29. Januar 1612 mit der Summe von 300 Thlr. dem Sohne nachgeſendet hatte, nach Cleve zu dem dortigen Prediger der augsburgiſchen Confeſſion, bei dem der junge Fürſt nun das heilige Abendmahl empfangen ſollte. Am 30. September folgte ihm Chriſtian mit Höfer nach. Die Umgebung des Fürſten hielt es nicht für rathſam, während einer ſo wichtigen Handlung in einer offenen Herberge Wohnung zu nehmen, ſondern quartierte ſich für 2 Tage bei einer gleichfalls lutheriſchen Wittwe ein. Da in Cleve ſelbſt kein öffentlicher lutheriſcher Gottesdienſt gehalten wurde, mußte der feierliche Act auf dem Saale des Schloſſes, der dazu beſonders mit Tapeten geſchmückt wurde, abgehalten werden. Auch hierbei zeigt ſich, in wie kleine Verhältniſſe der Haushalt des Prinzen eingeengt wurde. Die Wittwe, bei welcher Chriſtian mit ſeinem Gefolge Quartier genommen hatte, erhielt für die Verpflegung der ganzen Geſellſchaft etwas über 12 Thlr., der Prediger ſelbſt 10 Thlr. Ein Thaler wurde in den Klingelbeutel geworfen.

Auch hierauf kehrte man wider nach Arnhem zurück, wo wir den Herzog mit ſeiner Begleitung noch am 13. October 1612 antreffen. Wie lange jedoch darüber hinaus dieſer erſte Aufenthalt in den Niederlanden dauerte, iſt aus den uns vorliegenden Acten nicht zu erſehen. Von dieſer Zeit an entſchwindet vielmehr Chriſtian unſern Augen, bis wir

ihn 3 Jahre später als Student in Helmstädt antreffen. Nach dem Tode seines Bruders Heinrich Julius übernahm der königliche Oheim in Dänemark seine weitere Erziehung.

Die Zeit der Abreise nach Dänemark kann nicht bestimmt angegeben werden. Anfang October des Jahres 1615 befand sich Christian wahrscheinlich noch in Schöningen. Von hier oder von Wolfenbüttel aus brach er in Gemeinschaft mit seiner Mutter und dem Könige Christian IV. selbst um diese Zeit auf. Die bedeutenden Ausgaben, welche gerade im October 1615 seine Garderobe in Anspruch nahmen, scheinen darauf hinzudeuten, daß man ihn für seinen Aufenthalt am dänischen Königshofe besonders herausputzen wollte. Und so mag denn der sechzehnjährige Jüngling mit seinem rothen Atlaswams und rothen Atlasbeinkleidern, die gerade niedergebremt, d. h. mit einem bis auf die Füße reichenden schmalen Besatz versehen waren, sich stattlich genug ausgenommen haben. Dazu gehörte dann noch ein Mantel mit 12 breiten Schnüren und einer Coseiacke. Deutlicher schien auf den künftigen Herrscherberuf das Wams von goldnem Stoff mit schwarzen Sammtbeinkleidern, die mit gestickten goldnen Strichen verziert waren, hinzudeuten. Für feierliche, namentlich durch die Kirche veranlaßte Gelegenheiten mochte das schwarze Atlaswams mit den gleichen Samtbeinkleidern nebst Coseiacke bestimmt sein. Das grüne Jagdkleid mit dem Mantel von gleicher Farbe verräth dagegen wol die emporkeimende Neigung zu dieser Hauptvergnügung fürstlicher Herrn in jener Zeit.

In Dänemark befand sich der Herzog in der unmittelbaren Umgebung der königlichen Prinzen, deren Hofmeister Christian Friiß war.[1] Wie es scheint theilte er auch ihren Unterricht.[2] Von Anfang März bis in den Mai des folgenden Jahres (1616) finden wir Christian in Anderschow, von wo er mehrere Briefe an Friedrich Ulrich richtete. Hierauf ging er mit den königlichen Kindern nach Kopenhagen.[3] Aus Kronenburg bezeugte er seinem Bruder unter dem 6. Juli seine herzliche Traurigkeit

---

1) Slange II. 27.

2) Molbech, König Christian den Fierdes egenhändige Breve I. S. 36. 37. 40. Dazu zwei Briefe Christians an den König, Wolfenbüttel 26. Oct. 1616 und Schöningen 26. Jan. 1617 im Geh. Archiv zu Kopenhagen.

3) Slange II. 51. Anm.

und Bekümmerniß über das Ableben seines Bruders Rudolf und meldete ihm unter dem 11. August, daß Christian IV. ihn mit dem Herzog Ernst Ludwig von Sachsen-Lauenburg mit auf den Reichstag nach Norwegen genommen habe, von wo er jedoch bereits am 8. August wider in Kronenburg angelangt war. Im September begegnen wir dann dem Prinzen am königlichen Hoflager zu Sonderburg, welches er am 24. desselben Monats verließ.

Neben seinem Erzieher Ruthard Hoffmann befand sich auch Heinrich Julius v. Wietersheim in seiner Umgebung. Durch reiche Geschenke an die königliche Dienerschaft suchte man bei der Abreise die Gunstbezeugungen des Oheims zu vergelten. [1]

Am 24. September begab sich Christian endlich auf die Rückreise über Colding nach Hadersleben, wo er am 27. anlangte. Von Colding aus wurde die Reise in 2 Postwagen gemacht. Von Hadersleben nahm er seinen Weg über Flensburg nach Gottorp und besichtigte hier am 30. unter anderm auch das Zeughaus und die Bibliothek. Dem Bibliothekar ließ er 4 Reichsthaler zukommen. Am 1. October langte er in Eckernförde an und ging von da nach Kiel. Schon den folgenden Tag brach er jedoch von hier wider auf und wendete sich über Bordeholm, Bramstett und Uelzenburg nach Hamburg, welches er am 4. October in Augenschein nahm. Von den Sehenswürdigkeiten, denen er hier seine Aufmerksamkeit widmete, erwähnen wir die Diamantmühle und den neuen Wall; auch hier warteten ihm wie anderwärts Musikanten auf. Nach einem zweitägigen Aufenthalte ging er am 5. October nach Blankenese und fuhr von da nach Buxtehude, von wo er sich über Wölpe und Großen-Lafferde nach Braunschweig begab. Hier übernahm der Rath seine Bewirthung — er wohnte in Adrian v. Horn's Hause — und verehrte ihm noch dazu einen vergoldeten Pokal, der über 127 Mark werth war. Der Rath sorgte auch für seine Weiterbeförderung nach Schöningen, wo wir ihn bereits am 13. October antreffen.

---

1) Bernd von Hagen, auch Geist genannt, eine Persönlichkeit, der wir in der Folgezeit noch öfter begegnen werden, erhielt eine Kette im Werthe von 153 Reichsthalern, dem königlichen Küchenmeister wurde eine gleiche zu ungefähr 133 Reichsthalern verehrt. Noch um ein weniges geringer war das Geschenk, dessen sich Adam v. Bülow, der das Amt eines königlichen Stallmeisters bekleidete, erfreute. Der Hofmeister der jungen dänischen Prinzen erhielt einen mit 6 Diamanten besetzten Ring, und auch auf die übrigen Glieder der königlichen Dienerschaft bis auf die Stallknechte herab dehnten sich die Gnadenerweisungen des jungen Fürsten aus.

Die Kosten der Rückreise betrugen trotz der Beschränkungen, die zum Theil schon die kleinen unbedeutenden Ortschaften, welche man passierte, auferlegten, dennoch über 1700 Thlr. Von Hamburg bis nach Schönigen hatte man nur etwa 58 Thlr. ausgegeben.

Wie es scheint, nahm Christian in der Zwischenzeit bis zum Tage seiner Einführung als Bischof abwechselnd in Helmstädt und in Schöningen Wohnung. Die Einschränkung und Sparsamkeit, mit welcher dies — gewiß auf Veranlassung der Mutter —, geschah, stieg so weit, daß man selbst nicht vergaß die Beiträge, welche der junge Fürst dem Klingelbeutel zuwendete, in den Rechnungen aufzuführen.[1] Unter den um diese Zeit geleisteten Ehrenausgaben erwähnen wir 2 Thlr. 18 Mgr., welche ein halberstädtischer Maler für gemalte Kalender, die er zu Neujahr präsentierte, erhielt, und 1 Thlr. 27 Mgr. für die Schüler, welche am Gregoriustage einen Singumgang gehalten hatten. Auch der Pfarrer zu Ingleben verschmähte eine Remuneration von 4 Thalern für Neujahrsgedichte nicht.[2]

Ueber die wissenschaftliche Bildung Christians, welche von 1615 an Ruthardus Hoffmann, der noch im Jahr 1626 als Amtssekretär in Blankenburg vorkommt, leitete, sind wir nur weniges zu berichten im Stande. Könnte nur im Allgemeinen auf den wissenschaftlichen Sinn fürstlicher Persönlichkeiten aus den Büchern, welche sich in ihren Bibliotheken vorfinden, geschlossen werden, so müßte man Christian zu denjenigen Fürstensöhnen zählen, die den Kreis ihres Wissens so weit wie möglich ausdehnen möchten. Die Schriften, welche nach den noch vorhandenen Buchbinder- und Buchhändlerrechnungen allmählich von seinem Lehrer angekauft und aufgesammelt wurden, erstreckten sich auf alle Fächer wissenschaftlicher Erkenntniß, welche damals überhaupt erschlossen waren. In seine Bibliothek wurden nicht allein die großen Historiker des Alterthums, Livius, Cäsar, Tacitus, Justin, ferner Xenophon, Plutarch,

---

1) Vom Tage seiner Ankunft in Schöningen bis 1. Januar 1617 betrug diese Spende jedes Mal 9 Mariengroschen, vom 1. Januar bis Ostern 1617 machte der Gesamtbetrag 4 Reichsthaler 27 Mariengroschen aus.

2) Diese kulturhistorischen Notizen sind größtentheils aus den im Herzoglichen Archiv zu Wolfenbüttel aufbewahrten Rechnungen geschöpft.

Josephus, sondern auch die der modernen Zeit wie Sleidan, Guicciardini, Macchiavelli, dann auch Sammlungen von Reichstagsabschieden, niederländische Chroniken, eine braunschweigische Geschichte in vier Theilen geliefert. Unter den Dichtern alter und neuer Zeit finden wir Horaz in mehreren Ausgaben, Virgilius, Plautus, einen lateinischen Homer. Die deutsche Dichtung ist freilich spärlicher vertreten, außer Rollenhagen, der Sprüchwörtersammlung des pseudonymen Lycosthenes und einem mit Satyrikon betitelten Buche haben wir nichts hierher Gehöriges angetroffen. Von Schriften ethisch-religiöser Natur sind wir Chemnitzens loci, Melanthons Ethik, den Postillen von Silberschlag und Mathesius, und einer Schrift des letztern über den Corintherbrief begegnet. Besonders reichhaltig bedacht erscheint das Capitel über Fürstenerziehung. Es umfaßt nicht nur die hierher gehörigen Schriften von Erasmus und Calvin, sondern vor allem auch Macchiavelli.

Da auch eine französische Bibel gekauft wurde, dürfen wir wol den Schluß machen, daß die Hilfsmittel zur Erlernung fremder Sprachen, welche der Vater schon früher empfohlen hatte, auch später nicht vernachlässigt wurden. In französischer Sprache bemerken wir noch die mathematischen Werke Marlois', welche für 10 Thaler aus den Niederlanden bezogen wurden; die exacten Wissenschaften vertrat außerdem Wursteisens Mathematik. Selbst für philosophische Lectüre war in der Bibliothek des Prinzen reichlich gesorgt: wir stoßen auf eine Folioausgabe des Aristoteles, auf Cicero, so wie auf den aus Padua gebürtigen Zabarella, der eine Logik und eine Physik verfaßt hat. Von Hilfsmitteln für den Sprachunterricht erwähnen wir nur die lateinische Grammatik des ehemaligen helmstädter Professors Caselius, des letzten character- und talentvollen Vertreters der Humanistik, das Wörterbuch des Dasypodius und die Anleitung des Erasmus zum lateinischen Briefstil.

Mehrere dieser angeführten Rechnungen sind aus der Zeit, wo Christian nach seiner Rückkehr aus Dänemark bei der Mutter in Schöningen verweilte. Diese Zwischenzeit scheint also gerade vorzugsweise noch den Wissenschaften gewidmet gewesen zu sein.

Die Anerkennung, welche Christians geweckter Sinn und seine ausgezeichnete Begabung an Geist und Gemüth schon früh fanden, wird uns an Stelle bestimmterer Zeugnisse von der Eigenthümlichkeit seines Wesens genügen müssen. Wir fügen nur noch hinzu, daß auch seine sprachlichen Kenntnisse nicht gering waren. Er sprach fertig Französisch und Italienisch,

und verstand Lateinisch und Holländisch. Eine spätere Zeit hat auch sein ausgezeichnet treues Gedächtniß gerühmt. [1]

Christians Wahl zum Bischof von Halberstadt.

Der Herzog Heinrich Julius hatte im Jahr 1584 einen Vertrag mit dem Domcapitel zu Halberstadt geschlossen, durch welchen sich dasselbe anheischig machte, nach dem Tode oder der Resignation des regierenden Administrators seine Wahl auf „einen seiner Söhne zu lenken, so bereits geboren oder J. F. G. inskünftig erzeugen möchte." Diese Zusage war in den Jahren 1593 und 1599 erneuert worden.

Demgemäß folgte dem Herzoge in der That sein etwas über 4 Jahr alter Sohn Karl Heinrich im Bisthume des heiligen Stephan. [2] Der kleine Prinz bezog im Jahre 1615 nach der zuvor eingeholten Erlaubniß des Capitels zugleich mit seinem älteren Bruder Christian, den man offenbar in dieser Weise um so besser auf Kosten des Stifts durchzubringen dachte, die Juliusuniversität zu Helmstädt, wo er jedoch schon am 11. Juni desselben Jahres einer Blatternepidemie erlag. In Folge dieses Todesfalles mußte auch Christian die gefährliche Stadt verlassen und sich nach Wolfenbüttel begeben.

Es gelang darauf den Bemühungen des braunschweigischen Fürstenhauses abermals eins seiner Glieder, wenn auch nicht ohne Opfer, auf den erledigten Bischofsstuhl zu erheben. Auch bei dieser abermaligen Wahl handelte es sich um den jüngsten Bruder des Herzogs Friedrich Ulrich, den damals im 13. Lebensjahre stehenden Prinzen Rudolf. Vor seiner Berufung hatten sich die Domcapitularen eine achtjährige Sedisvakanz, die sich erst Michaelis 1623 endigen sollte, ausbedungen. Während dieser Zeit erhielt Rudolf in den Jahren 1616 — 1618, in denen er den Studien obliegen sollte, von Stifts wegen nur die geringe Summe von jährlich 1000 Thlr., dagegen wurden ihm für jedes folgende Jahr bis zum Ablauf der Sedisvakanz jährlich 4000 Thlr. gewährleistet.

---

1) Lebens- und Kriegs Geschichte des streitbaren Helden, Christian des Jüngern .... von August Hermann Lucanus. Im Jahr MDCCLII. Fol. Handschrift in der Hecht'schen Sammlung in Halberstadt von nur geringem Werthe.

2) Er wurde am 13. Oct. 1613 gewählt.

Und auch dies Mal sollten alle von dem herzoglichen Hause Wolfenbüttel gebrachten Opfer vergebens sein. Der neu erwählte Postulatus starb bereits am 13. Juni 1616 während seines Aufenthalts auf der Universität Tübingen. Das dritte Mal im Verlaufe von vier Jahren befand sich der selbst noch jugendliche Herzog von Braunschweig in der wenig erfreulichen Lage Ansprüche auf das Bisthum Halberstadt für sein Haus zu erheben.

Dies Mal konnte selbstverständlich nur die Wahl Christians, der bereits das 17. Jahr erreicht hatte und seine letzte Ausbildung am Hofe seines königlichen Oheims erhielt, oder Friedrich Ulrichs selbst in Frage kommen. Einen regierenden Herzog von Braunschweig von Neuem zum Administrator ihres Bisthums zu berufen, dazu scheinen jedoch die Domherrn nach ihren Erfahrungen mit Heinrich Julius nur geringe Neigung verspürt zu haben. Und so blieb nur der aufgeweckte jüngere Bruder, der durch die Lebhaftigkeit seines Geistes und seinen stürmisch leidenschaftlichen Character noch mehr als durch die Aehnlichkeit der Gesichtszüge an den Vater erinnerte, für eine abermalige Neuwahl übrig. Allem Anschein nach hatte schon der Vater kurz vor seinem Ableben mit dem Capitel über Christians Wahl verhandelt. Die mehrfache Uebergehung hatte dieser selbst mehrere Jahre nach seiner wirklichen Wahl noch nicht verschmerzt.[1]

Die Vorverhandlungen scheinen dies Mal nur kurze Zeit in Anspruch genommen zu haben. Friedrich Ulrich hatte gleich im Anfang die Hoffnung ausgesprochen, die Capitularen würden es, nachdem dem Stifte von Seiten seines Hauses seit Kurzem so viel zugewendet worden sei, dies Mal bei der vorigen Capitulation bewenden lassen. Und dies war auch im Wesentlichen wirklich der Fall. In die Commission, welche die Wahl des letzten Fürsten aus welfischem Geschlechte, der den Bischofsstuhl von Halberstadt bestiegen hat, betreiben sollte, wurden Anton v. d. Streithorst, Joachim v. Hopfkorb, Jobst v. Weihe und Joachim v. Veltheim gewählt. Ihre Instruction schrieb ihnen ausdrücklich vor, darauf zu bringen, daß Christian ohne weitere Sedisvakanz in die Stiftsregierung eintreten sollte. Zu diesem Zwecke hatten sie hervorzuheben, daß der junge Fürst, von dem allmächtigen Gott mit hohem Verstand und fürstlichen Tugenden begabt, dem Stift nützlich und wol vorstehen könne. Deshalb wies man auch einen Paragraphen aus der früheren Vergleichsurkunde zurück, in

1) Vgl. Opel, die Resignation des Herzogs Christian von Braunschweig. Neue Mittheilungen Bd. 13. S. 95.

welchem von dem damaligen Postulatus gesagt wurde, daß er „zur Zeit des Alters und Verstandes nicht sei", um die Regierung selbständig führen zu können. Man betonte zu diesem Behufe nochmals, daß S. F. G. „nun ein achtzehnjähriger Fürst und von dem lieben Gott mit solchen Gaben der Natur gesegnet und zu allen fürstlichen Tugenden und Wissenschaften dermaßen erzogen und angewiesen, daß Sie es wol einem viel ältern zuvorthun." [1] Auch war es dies Mal nicht nöthig, den künftigen Bischof noch zuvor auf Universitäten zu senden, da er sein Triennium bereits in erwünschter Weise zurückgelegt hatte.

Es wäre wunderbar gewesen, wenn sich neben Herzog Christian nicht auch andere Bewerber um das Stift gefunden hätten. In den vorliegenden Acten sind uns jedoch nur die Namen zweier Mitbewerber des Herzogs aufgefallen; es waren — merkwürdig genug, — sein Oheim, der halberstädtische Dompropst und Bischof von Verden und Osnabrück, Herzog Philipp Sigismund von Braunschweig-Wolfenbüttel, und sein Schwager, der magdeburgische Administrator Christian Wilhelm. Noch bis auf den letzten Augenblick suchten sie dem ihnen so nahestehenden Fürsten die Wahl streitig zu machen und waren abwechselnd bemüht sich den Rang bei dem Domcapitel abzulaufen. Christian Wilhelm ließ Anfang Juli des Jahres 1616 den Domherrn durch eine besondere Gesandtschaft vorstellen, wie große Erleichterungen dem Stifte selbst aus einer neuen Verbindung mit dem Erzstift Magdeburg erwachsen würden. Ja er hatte sogar den Kurfürsten von Brandenburg veranlaßt, den Domherrn Dr. Friedrich Henning zu seiner besondern Empfehlung nach Halberstadt zu entsenden. Dieser erschien am 30. Juli 1616 im Capitel und suchte in der That die Persönlichkeit Christian Wilhelms in das vortheilhafteste Licht zu stellen. Er rühmte den Markgrafen als einen weitgereisten Fürsten von weltmännischer Bildung, der nicht nur Frankreich, sondern sogar Rom und Neapel gesehen habe; er hob seine Sprachkenntnisse hervor und vergaß nicht hinzuzufügen, daß er auch wol zu discurrieren verstehe. Sehr beherzigenswerth war endlich der Hinweis, daß sich das ganze Stift unter dem Hause Hohenzollern wol befunden habe, und die in Aussicht gestellte Unterstützung durch den Kurfürsten von Brandenburg auf jeden Fall werth-

---

1) Königl. Archiv zu Magd. Stift und Fürstenthum Halberstadt II. 346. Dieses Actenstück enthält mehrere auf diese Postulationen bezügliche Acten.

voller sei, als der erwartete Schutz Friedrich Ulrichs von Braunschweig-Wolfenbüttel. Noch am Tage vor der Postulation selbst (5. August) empfahl sich der Administrator durch ein abermaliges Schreiben: er wünschte beide Stifter zu ihrem eignen Besten in seiner Hand zu vereinigen. Allein trotzdem waren seine Bemühungen umsonst: der Markgraf von Brandenburg besaß vor allen eine persönliche Eigenschaft, welche ihn in den Augen der Domherrn zum Administrator des Stifts Halberstadt ungeeignet machte: er war verheirathet. Man fürchtete, daß er die Stiftsschulden durch seine Familienausgaben nur noch vermehren werde, und daß er die kaiserliche Bestätigung nicht erlangen dürfte, schloß man schon daraus, weil er sie für das Erzstift selbst noch nicht ausgewirkt hatte. Und so mußte sich Christian Wilhelm mit dem zweifelhaften Anspruche eines Coadjutors und eventuellen Nachfolgers des Herzogs Christian begnügen, worüber ihm noch eine besondere Urkunde ausgefertigt wurde. [1]

Nachdrücklicher und nicht nur auf persönliche Vorzüge begründet waren die Empfehlungen, mit welchen sich Philipp Sigismund die Domherrn geneigt zu machen suchte. Er rühmte in einem Schreiben vom 2. August 1616 sich bisher so erwiesen zu haben, „daß er mit Worten und in der That ein Bischof möchte genannt und erkannt werden." Er sprach von seiner sparsamen Regierung, hob seine gute Verwaltung hervor und schmeichelte sich und den Domherrn sogar mit der Hoffnung die kaiserliche Bestätigung zu erlangen. Und endlich war ja auch Philipp Sigismund als Dompropst bereits das hervorragendste Mitglied des ganzen Capitels. Trotz dieser Empfehlungen sah man jedoch von seiner Person gleich von vorn herein ab, und die Wahl schien nur zwischen Christian und seinem Schwager Christian Wilhelm zu schwanken. [2]

Daß sie schließlich auf den ersteren fiel, war hauptsächlich auch ein Verdienst des katholischen Dechanten Matthias v. Oppen. Nicht weniger als 28 Gründe machte er in einer ausführlichen Denkschrift für den braunschweigischen Herzog geltend. Es wollte ihm vor allem scheinen, als ob der mit so herrlichen Gaben der Natur ausgestattete Jüngling [3], der

---

1) Wir erzählen hier nach den Acten des Königl. Archivs zu Magdeburg. Stift und Fürstenthum Halberstadt II. 352.

2) Quelle ist auch hier das eben erwähnte Actenstück des Königl. Archivs zu Magdeburg.

3) Wir unterstützen diesen Ausspruch noch durch ein anderes katholisches Zeugniß: „Erat huic magnanima indoles, tam excelso digna genere;

so eben bei seinem königlichen Oheim die letzte Unterweisung in allen freien Künsten und fürstlichen Uebungen erhielt, „nach dem Lauf der Natur von oben her und durch Schicksalsspruch" dem Stift zum Bischof beschеert sei.[1] Bei allen Postulationsverhandlungen, sogar noch zu Lebzeiten des Vaters, hatte ihn seine Familie vor allen andern Brüdern im Auge gehabt; beide ihm vorgezogene Brüder hatte ein frühzeitiger Tod hinweggerafft: nun war er, der Liebling seiner vorzüglichen Mutter, allein noch übrig.

Oppen hegte die sicherste Erwartung, daß er unter der Leitung des hochangesehenen dänischen Königs zu einem guten Regenten und Haushalter heranwachsen werde. Er hoffte aber auch, daß er die kaiserliche Bestätigung, die Belehnung mit den Reichsregalien und Sitz und Stimme auf den Reichstagen eher als andere erlangen werde. Es schien ihm ferner, als ob das Erzstift Magdeburg nichts gewähren könne, was von Braunschweig nicht in viel vorzüglicherer Weise geleistet werde. Dazu kam, daß der Herzog Christian für den Fall der Wahl von seiner Familie mit der Grafschaft Blankenburg ausgestattet werden sollte. Und wie viel hatte sich die wolfenbüttelische Fürstenfamilie die Versorgung ihrer jüngsten Mitglieder im Stift Halberstadt seit Heinrich Julius' Tode nicht schon kosten lassen? Friedrich Ulrich hatte den Capitularen die von seinem Vater in Halberstadt neu erbaute Commisse, ferner Kloster Gröningen, derenburgische und andere Güter zu einer Höhe von beinahe 200,000 Thlr. über-

---

verum eadem nimis facilis aptaque circumveniri, praesertim cum apud Batavos, sub quibus militaris artis tirocinium posuerat, alte Calvinianorum praeceptiones et religionum ac juris despicientiam imbibisset, ut jam tum apud haereticam plebem, dicteriis assuetam, furiosus episcopus audiret: quod agnomen illi deinceps apud Belgas Germanosque adhaesit." Acta Sanctorum Jul. Tom. V. 402. Vgl. hierzu das schon von Tophoff, Christian von Braunschweig und Johann Jacob Graf von Anholt in der Zeitschrift für Gesch. Westfalens B. 13. S. 93 beigebrachte Citat aus Adlzreiter, Boicae gentis annales II. S. 97.

1) Diese fatalistische Anschauung findet sich auch noch in einer spätern Druckschrift: „Als Herzog Christian .... nach Absterben seiner Herrn Brüder, wie sein Vater von Prag aus noch bei Lebzeiten durch eine eigene Instruction vor allen andern Söhnen, wie die ad marginem mit J. F. G. eigenen Handen geschriebenen Formalia im Munde geführt, darum daß er J. F. G. in allen fürstlichen Tugenden nachfolgete, bei dem hochwürdigen Domcapitel die Vertröstung der künftigen Wahl sollicitieret — endlich quodam quasi fato zum Bischof postulieret und eingeführet." STEPHANI MARIANI, ET SIXTI | LAURENTII URANIORUM | CONSIDERATIONES .... ANNO DOMINI CIↃ IↃC . XXXVIII. 4. 26 Bll. Bl. D².

lassen. Alle diese Gründe und die vielfachen persönlichen Beziehungen der Domherrn zur fürstlichen Familie, die gar manchem überhaupt zum Besitz seiner Pfründe verholfen hatten, mögen dazu mitgewirkt haben, daß der damals siebzehnjährige Herzog endlich am 6. August 1616 von 15 Domherrn einstimmig zum Oberhaupt des Stiftes erkoren wurde. Gegen die Wahl eines gleichfalls protestantischen Coadjutors legten die Katholiken freilich mit dem Dechanten selbst Protest ein. Zumuthungen einen Katholiken zum Bischof zu wählen, kamen dies Mal weder von Wien noch von Mainz an das Capitel.

Die Bedingungen, unter denen die Postulation zu Stande kam, sind zum größten Theil die alten, welche sich schon Christians Brüder hatten auferlegen lassen müssen. Zunächst stand natürlich für ihre Erfüllung an Stelle des immer noch unmündigen Fürsten der Herzog Friedrich Ulrich selbst ein. Wir fassen diese Bedingungen in folgende Hauptpunkte zusammen: Christian darf vor dem vollendeten 18. Jahre seine Einführung nicht nachsuchen, damit das Stift sich unterdessen seiner Schulden entledigen kann. Beim wirklichen Antritte der Regierung ist er verpflichtet, die Capitulation ohne Widerrede zu vollziehen und zu beschwören. Auch dies Mal mußte das herzogliche Haus Braunschweig-Wolfenbüttel ausdrücklich erklären, daß es nun die früheren Versprechungen des Kapitels aus den Jahren 1584, 1593, 1599 für erfüllt betrachte und sich daher auch nicht weiter auf sie berufen wolle.

Die Schadloshaltung des Stifts wegen dieser Wahl sowie den Schutz des augsburgischen Bekenntnisses durch das herzogliche Haus hatten die Domherrn auch jetzt nicht vergessen. Da man es dies Mal mit einem Administrator zu thun hatte, der voraussichtlich in kurzer Frist die Regierung selbst übernahm, richtete man sein Augenmerk auch auf die Hofhaltung des zukünftigen Landesherrn. Sie sollte nur mit Rath und unter Vorwissen des Domcapitels angeordnet werden, und weder das Domcapitel noch auch die Landstände verpflichtet sein, aus derselben erwachsene Schulden abzutragen. Wie früher hatte man den Domherrn noch außerdem den halben wybischen Zehnt versprochen. Da man sich aber mit der Familie v. Hoimb, die gerade im Besitze desselben war, nicht einigen konnte, überließ Friedrich Ulrich dem Stifte auch dies Mal das Dorf Danstedt, Bonshausen und die mandorfschen Güter. [1] Auch die Erfüllung

1) Diese Besitzungen waren bereits vor der Wahl des Herzogs Rudolf gegen 14,000 Thlr. mit dem Vorbehalt des Widerkaufs dem Domcapitel überwiesen worden, im Fall Rudolf die wirkliche Einführung nicht 3 Jahre überleben würde.

der Ansprüche, welche das Capitel zur staatsrechtlichen Sicherstellung des Stifts erhoben hatte, wurde in Aussicht gestellt. Die Lehnbriefe wegen Lohra, Klettenberg und Walkenried in den Grafschaften Hohnstein und Reinstein sollten wirklich ausgeliefert werden, und auch das ungehinderte Appellationsrecht wurde hier dem Capitel zugestanden. Den neu zu wählenden Abt von Corvei sollte Friedrich Ulrich verpflichten, dem Capitel den Consens über erkaufte gröningische Güter zu ertheilen. Wie früher erhielt endlich das Capitel das Recht ungehindert auf der Bode und überhaupt im braunschweigisch-wolfenbüttelischen Gebiet Holz zu flößen; und den Stiftsunterthanen wurde der freie Handel durch das ganze Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel zugesichert. Waren sie dabei auch von den lästigen Hemmnissen, welche Handel und Verkehr damals so unendlich erschwerten, nicht vollständig frei, so erhielten sie doch wenigstens die Zusicherung, daß Zoll und Wegegeld im Herzogthum nicht erhöht werden sollte. [1]

In den confessionellen Verhältnissen wurde keine wesentliche Veränderung getroffen. Den Katholischen sicherte man auch ferner stiftische Beneficien zu, der Papst selbst behielt die üblichen drei Monate. Nur beim gänzlichen Verfall eines Klosters sollten anderweitige Bestimmungen über die Verwendung des Klostergutes, allein gleichfalls nur im Verein mit dem Capitel, getroffen werden. Noch vor seiner förmlichen Einführung in das Bisthum übte Christian ein wichtiges landesherrliches Recht aus: er belehnte noch im Jahr 1616 seinen Bruder und die Herzöge Philipp Sigismund und Julius August mit der Grafschaft Reinstein.

Auf diese und einige andere untergeordnete Bedingungen hin wurde aber nicht allein Friedrich Ulrich und sein Oheim der Bischof Philipp Sigismund von Verden verpflichtet, sondern auch der Ausschuß aller drei Stände in den Fürstenthümern Wolfenbüttel und Calenberg mußte dem Domcapitel ihre Erfüllung gewährleisten. Die von den genannten Fürsten und Ständen ausgestellte Assekuration trägt das Datum des 12. August. [2]

Nachdem man sich so über die Bedingungen, unter welchen dem Bisthum Halberstadt ein neuer Landesherr gegeben werden sollte, geeinigt hatte, entsendete das Domcapitel eine besondere Deputation, bestehend aus dem Senior Joachim Hans Georg v. d. Schulenburg, dem Subsenior

---

1) Königl. Archiv zu Magdeburg. Stift u. Fürst. Halb. II. 346.

2) Gedruckt bei Lünig, Spicil. Eccles. Cont. I. p. 813. Siehe Rehtmeyer II. 1253.

Joachim Ernſt v. Bieren, dem Syndikus Dr. Lüder und dem Sekretär Juſtus Rauch an die fürſtlichen Brüder, welche ſie am 30. October 1616 Vormittags zwiſchen 9 und 10 Uhr auf dem Schloſſe zu Schöningen in feierlicher Audienz empfingen.[1]

Die Herren entſchuldigten zuerſt das Ausbleiben des Dechanten Matthias v. Oppen mit dem plötzlichen Tode ſeiner Schweſter. Hierauf erklärten ſie endlich feierlichſt im Namen der heiligen Dreifaltigkeit, Herzog Chriſtian zu ihrem Biſchof gewählt und ernannt zu haben. Sie verſicherten, obwol ſich viele königliche, kurfürſtliche und fürſtliche Perſonen inſtändigſt um die Wahl bemüht und ſich zu bedeutenden Gegenleiſtungen erboten hätten, ſo hätten ſie doch mit Hintanſetzung von dem allen „die gute Affection, worin ſie nun lange Zeit mit dem fürſtlichen Haus Braunſchweig geſtanden", mehr im Auge behalten.

Hätte man keine Kenntniß von den vorhergegangenen ziemlich kleinlichen Verhandlungen, ſo könnte man dieſen Worten zu Folge wirklich verſucht ſein zu glauben, daß die ſelbſtloſeſte Zuneigung zu dem Hauſe Braunſchweig-Wolfenbüttel der einzige und wahre Beweggrund der Wahl geweſen ſei. In der That aber wieſen das Domcapitel nicht nur die eigenthümlichen Lehensverhältniſſe des Stifts und ſeine natürliche Lage, ſondern vor allem auch die materielle Ohnmacht, in welcher ſich das fürſtliche Haus Wolfenbüttel damals befand, darauf hin, die Summe der landesherrlichen Rechte, welche es einem Biſchof einzuräumen gedachte, dieſem Fürſtenhauſe zuzuwenden.

Ging man einer friedlichen Entwickelung der Dinge entgegen, ſo konnte man um ſo mehr hoffen, daß dieſe landesherrlichen Rechte in einem nur mäßigen Umfange geltend gemacht werden würden, als die große Verſchiedenheit zwiſchen dem Herzoge Friedrich Ulrich und ſeinem thatkräftigen Vater Unterrichteten auch ſchon damals nicht mehr unbekannt war. Und der Biſchof ſelbſt war ja in den wichtigſten Regierungshandlungen an die ausdrückliche Zuſtimmung des Domcapitels gebunden.

Der herzoglichen Familie lag indeſſen, wie es ſcheint, ſehr viel daran, die domcapitulariſche Zwiſchenregierung möglichſt zu beſchränken

1) Die Umgebung der Fürſten beſtand aus dem Oberhofmeiſter Anton v. d. Streithorſt, dem Canzler Eberhard v. Weihe, Chriſtians Hofmeiſter Virgilius Höfer v. Urfahren, ferner ſeinem Lehrer Ruthardus Hoffmann, aus zwei Kammerjunkern (Monſieur (Capitain) Gans und Heinrich v. Konin, von denen der erſtere ſpäter in Chriſtians Dienſten erſcheint, und Jacob v. Bennigſen, der als Chriſtians Kammerjunker bezeichnet wird. Heinrich Hartwig verwaltete das Amt eines Protokollführers.

und nun endlich einmal ein Glied des Hauses die theuer genug erkauften Einkünfte[1] und Vortheile eines Bischofs von Halberstadt genießen zu lassen. Noch war Christian nicht volljährig, und man dachte in Wolfenbüttel bereits daran ihn wirklich als Bischof in Halberstadt einzuführen. Es war am 3. Januar 1617, als der Statthalter Anton v. d. Streithorst, der Landcomptur Joachim v. Hopfkorb, der Vicekanzler Friedrich Uhde, ferner Dr. Erich Flacius und Heinrich Hartwig in Halberstadt erschienen und nach der üblichen Neujahrsgratulation die Einführung des Bischofs nachsuchten. Als Gründe wurden die unsichern Verhältnisse des Reichs und die bis auf wenige Monate wirklich erreichte Volljährigkeit des Prinzen geltend gemacht. Das Capitel zeigte sich jedoch im Anfang nur wenig geneigt dazu: der Dechant wünschte vor allen Dingen, daß zuvor der kaiserliche Indultbrief eingebracht werde, den das Haus Wolfenbüttel in der Assekuration auf eigne Kosten auszuwirken sich anheischig gemacht hatte, und daß die sich angeblich auf 100,000 oder 122,623 Thlr. belaufenden Stiftsschulden getilgt würden.

Außerdem aber mußten die braunschweigischen Herren noch manchen nicht leicht zu beseitigenden Einwand vernehmen. Geringfügig mochte der Hinweis des Capitels auf die nicht im besten Zustande befindliche bischöfliche Residenz, den Petershof, sowie auf den Mangel an Wein und Vorrath jeder Art für den zu erwartenden Bischof erscheinen: schwerer wog aber der Anspruch der Domherrn, zuvor darüber Gewißheit zu erlangen, was man denn dem Bischof aus dem Herzogthum Braunschweig verwilligen wolle. Die Antwort der braunschweigischen Gesandten hierauf lautete dilatorisch: man wollte braunschweigischer Seits zuvor wissen, was dem Bischof vom Stifte „zugelegt und untergeben werde", und wies auf die in allen diesen Verhältnissen unumgänglichen Verhandlungen mit Christian's mütterlichem Oheim und Obervormunde Christian IV. von Dänemark hin.

Trotzdem scheint man jedoch von Seiten des Domcapitels nach einiger Zeit der Angelegenheit näher getreten zu sein, und auch in Wolfenbüttel selbst begannen noch im Laufe des Januars darauf gerichtete Verhandlungen, welche vor allem die Ausstattung Christians mit braunschweigi-

1) Aller Wahrscheinlichkeit nach hängt mit dieser Wahl auch die Anleihe zusammen, welche Friedrich Ulrich zum Betrage von 200,000 Thlrn. im J. 1616 bei seinem Oheim, dem Könige von Dänemark, machte. Vgl. Havemann, Gesch. der Lande Braunschweig und Lüneburg II. S. 600. Ueber die besonderen Gratificationen der Domherren in klingender Münze habe ich in den Archiven keine Nachricht gefunden.

schem Gut zum Zweck hatten. Bereits Ende Januar war man damit zu Stande gekommen. Am 31. Januar nämlich unterzeichnete die fürstlich wolfenbüttelische Familie mit Ausnahme der Töchter samt dem Bischof Philipp Sigismund zu Schöningen einen Vertrag, in welchem der Herzog Friedrich Ulrich versprach, seinen Bruder Christian auf Ratification des Königs Christian IV. die Grafschaft Reinstein, deren Ertrag vom Domcapitel auf jährlich 18,000—20,000 Thlr. veranschlagt wurde, zum bevorstehenden Ostertermine zur Nutznießung (zu pfleglicher Genießung) abzutreten. Nur alle landesfürstlichen Hoheitsrechte in geistlichen und weltlichen Lehen, ferner die Kirchenvisitationen, Heeresfolge, Steuern, Appellationsrecht, und die andern den Inbegriff der fürstlichen Landeshoheit bildenden Rechte und Gerechtigkeiten behielt er sich als dem einzigen regierenden Landesfürsten ausdrücklich vor. Herzog Julius August,[1] der bisher die Einkünfte des Hauses Blankenburg zu seinem Unterhalte bezogen hatte, sagte man eine anderweitige Versorgung zu. Für diese Ueberlassung der Grafschaft Reinstein, die nicht nur Herzog Christian persönlich und auf Lebenszeit, sondern auch seinen Lehnserben zugesagt ward, mußte er allen Ansprüchen an das Herzogthum Braunschweig durch einen besondern Revers entsagen. Für den Fall, daß die Grafschaft ihrem bisherigen Lehensverbande einmal entzogen würde, versprach Friedrich Ulrich seinem Bruder eine andere angemessene Entschädigung.

Obwol der eigentliche Termin der Uebertragung auf Ostern festgesetzt war, scheint die Verwaltung des kleinen Ländchens ohne Weiteres in Christians Hände übergegangen zu sein. Die Amtsdiener wurden sofort an ihren neuen Herrn gewiesen und durch Handgelöbniß zum Gehorsam verpflichtet. Die zärtliche Liebe der Mutter für den feurigen, talentvollen Sohn wußte jedoch diese Ausstattung noch werthvoller zu machen. Auf die besondere Bitte Elisabeths überließ Friedrich Ulrich dem Bruder am 17. Febr. 1617 auch die Vorräthe und das Inventarium der Vorwerke, Hütten und Holzhöfe. Es scheint jedoch nur mit schwerem Herzen geschehen zu sein, wenigstens spricht der Herzog in dem betreffenden Schreiben die Hoffnung aus, die Mutter werde in Anbetracht der schweren Last, in welcher er stecke, nicht weiter in ihn dringen. Und doch wurde die Gutmüthigkeit Friedrich Ulrichs in kürzester Frist widerum in Anspruch genommen.

---

1) Ein jüngerer Bruder des Vaters, welcher im Jahr 1617 als Abt von Michaelstein starb.

In hartnäckigster Zähigkeit verweigerten die halberstädtischen Domherrn die Einführung ihres Bischofs, bevor nicht die immer noch auf dem Stift haftenden Schulden im Betrage von 34,625 Thlrn. getilgt seien. Da sah sich denn endlich Elisabeth selbst genöthigt einzutreten und übernahm am 8. April 1617 die Tilgung derselben, wenigstens zum Theil. So zahlte sie wirklich an die Jungfrauen v. d. Streithorst 10,000 Thlr., an Adrian Arnd Stammer 6,000 Thlr., an Christof v. Dorstadt 4,500 Thlr., ferner an eine Wittwe v. Quitzow 6,000 Thlr. und endlich den „Mülnern" in Braunschweig 3,000 Thlr., also in Summa 29,500 Thlr. Um nun für den Fall, daß Christian vor der Mutter sterben sollte, dieser die Capitalien zu sichern, erhielt sie widerum die Grafschaft Reinstein pfandweise zu einer Specialhypothek auf 4 Jahr. Gieng Christian vor Ablauf dieser 4 Jahre mit Tode ab, ohne daß die Schulden wider abgetragen waren, so sollte Elisabeth ganz in derselben Weise in die Nutznießung der Grafschaft eintreten, wie ihr verblichener Sohn.[1] Und um nun allen Weigerungen der Domherrn von vorn herein die Spitze abzubrechen, hatte Friedrich Ulrich am 9. März 1617 durch seinen Agenten Balthasar Tilesius in Prag dem Kaiser ein die Wahl betreffendes Schreiben überreichen lassen und auch das Bittgesuch des Capitels um Nachlaß des canonischen Alters beigefügt.

Endlich waren alle Vorverhandlungen so weit beendet, daß man Donnerstag den 1. Mai als den Tag der feierlichen Einführung bezeichnen konnte. An diesem Tage wurde auch die Capitulationsurkunde und zwar von Philipp Sigismund, Friedrich Ulrich, Christian selbst und Matthias v. Oppen gezeichnet, während die Ritterschaft, da sie ihre Rechte beeinträchtigt glaubte, Verwahrung dagegen einlegte.[2] Die Ritterschaft und die dem Bischof zum Roßdienst verpflichteten Stiftsinsassen wurden zu diesem Tage entboten; man hoffte, sie würden mit noch größerem Geleit, als sie nöthig hatten, den Einzug des Bischofs verherrlichen. Schon früh um 7 Uhr ritt Christian selbst unter dem Geläut aller Glocken

---

1) Die Urkunde ist ausgestellt Gandersheim den 12. März 1617 und von Friedrich Ulrich und Henning v. Rheden unterzeichnet.

2) Eine Copie der Urkunde befindet sich im Königl. Archiv zu Magdeburg. Stift und Fürstenthum Halb. II. 352. S. 466—490. Abgedruckt ist sie bei Lünig, Spicil. Eccl. P. I. S. 818 flgde.

zum Breiten Thore in Halberstadt ein. Trabanten harrten seiner am Thore, und die ganze Bürgerschaft machte ihm in Wehr und Waffen an beiden Seiten des Breiten Wegs bis über die Märkte und das Burgthor ihre Aufwartung.

Hier am Burgthor empfing ihn die Ritterschaft und geleitete ihn zur Dompropstei. Beim „Lügenstein" stieg er nebst seiner ganzen Begleitung vom Pferde und wurde von seinem Oheim Philipp Sigismund als Dompropst, vom Dechanten und beiden Senioren und den helmstädtischen Professoren samt der ganzen Clerisei empfangen und in die Unterstube der Dompropstei geführt. Hier legte er unter Beihilfe der Domherrn das bischöfliche Gewand an und erschien darauf wider mit rothsamtnem Talar und viereckigen Barett von gleicher Farbe, um in feierlichem Zuge in den Dom geleitet zu werden. Die Spitze des Zuges bildete die Geistlichkeit, welche unter dem von Alters her gebräuchlichen Gesange „Iustum deduxit Dominus" einherschritt. Ihr folgte ein Gesandter Friedrich Ulrichs mit einem vergoldeten Schwert wegen der stiftischen Lehen, und hinter diesem zwischen dem Propst und dem Dechanten der Bischof selbst, dem der Propst zu St. Johannis nach alter Sitte die Schleppe zu tragen hatte. Hinter ihnen reihte sich die Stiftsritterschaft an.

Im Dom empfing den jungen Fürsten ein Tedeum mit Orgelbegleitung, und unter seinen Klängen wurde er durch die in hellem Kerzenlicht und buntem Tapetenschmuck prangende Kirche zum Hochaltar geführt. Als man im hohen Chor angekommen war, setzten die vier ältesten Domcapitularen den Bischof auf den Hochaltar und installierten ihn. Während dessen sang der Chor sein „Salvum fac Domine populum tuum," und noch vor dessen Beendigung nahmen die vier Aeltesten ihren Bischof wider vom Altar, stellten ihn zwischen sich und knieten sämtlich vor dem Altar nieder. Jetzt schwieg der Chor, und der Bischof selbst mit seiner Umgebung sang drei Mal ein „Salvum fac Domine servum tuum." Darauf erhoben die vier Senioren den Bischof abermals auf den Altar, und nun stimmte der Chor unter Orgelbegleitung einen feierlichen Lobgesang an. Erst jetzt begab sich der junge Bischof zu seinem ebenfalls in der Kirche anwesenden Bruder, um neben diesem die Predigt zu hören.

Sie wurde von dem Domprediger M. Joh. Reineccius gehalten und ist der Nachwelt auch durch den Druck aufbewahrt worden. Auch Reineccius sah die Wahl als eine besondere Schickung Gottes an und glaubte deutlich genug zu erkennen, daß Gottes Wille Christian und keinen Andern zum Bischof und Regenten dieses Landes verordnet habe: er war ja zwei

Mal übergangen und den jüngeren Brüdern nachgesetzt worden. Gott wollte dem Lande einen Bischof geben, der einen sehr geringen Ausfall des Alters mit so vortrefflichem Verstande und fürstlichen Tugenden ausglich, daß er sofort auf den bischöflichen Stuhl erhoben werden konnte. Alle Vorzüge, welche die Ahnen des jungen Fürsten in so characteristischer Weise geziert hatten, sollten sich dem frommen Wunsche des aufrichtigen Predigers gemäß in dem neugewählten Bischofe vereinigen. Der wissenschaftliche Sinn und der practische Verstand des Vaters, der christliche, beständige Eifer in der Gottseligkeit und allem Guten, wie ihn der Großvater, der Gründer der Universität Helmstädt, besessen hatte, und der tapfere Heldenmuth samt der beständigen Gesundheit und dem langen Leben des Großvaters, Heinrichs des Jüngern, wird von dem der fürstlichen Familie so befreundeten Hofprediger auf den jüngsten männlichen Sproß derselben herabgefleht. Das gütige Walten der Gottheit schien von einem so jugendlichen Bischof alles hoffen zu lassen.

Daß er in den Fußstapfen des Vaters wandeln und zur Sicherung des theuren Vaterlandes beitragen werde, dafür sprach offenbar nicht nur der ihm eigne pietätsvolle Sinn, sondern auch ein sein ganzes Gemüth durchdringender heroischer Zug, und die bereits anerkannte geistige Tüchtigkeit bürgte dafür noch obenein. „Das ist der Bischof, welchen Gott selbst postuliert, das ist der Mann, welchen Gott zu einem Regenten in diesem Lande gesetzt hat" — rief der eifrige Hofprediger wie triumphierend der versammelten Menge zu.

Nach der Predigt wurde der Bischof abermals in feierlichem Zuge auf den Petershof geleitet, um den Eid zu leisten. Er schwor, nicht nur seine Capitulation in allen einzelnen Puncten genau zu erfüllen, sondern auch die Statuten und Ordnungen der Kirche aufrecht zu halten, die Geheimnisse des Stifts und des Capitels nicht auszubreiten und die festen Plätze und Güter der Kirche ohne Zustimmung der Capitularen weder zu veräußern und zu verpfänden, noch auch von Neuem zu verlehnen.

Nachdem er hierauf von dem bischöflichen Vicar seiner geistlichen Gewänder wider entkleidet war, nahm er die Huldigung der Ritterschaft auf dem großen Saale entgegen und begab sich dann nach dem Rathhause. Hier wurden ihm die Schlüssel der Stadtthore vor die Füße gelegt, und dann huldigten Rath und Bürgerschaft gemeinsam. Und auch hiermit hatte die ganze Feierlichkeit ihr Ende noch nicht erreicht. Auf der Commisse warteten dem jungen Landesherrn die Vertreter der Voigtei und Westendorfs auf, um den Huldigungseid ihrerseits getrennt von den

Bürgern zu leisten. Darauf aber ging es zur Tafel, und der Bischof erzeigte sich seinen neuen Unterthanen nun den ganzen Tag über als einen gar fröhlichen und gnädigen Herrn.

Noch mehrere Tage zogen sich die Huldigungsfeierlichkeiten in der Stadt selbst hinaus; besondere Commissare nahmen den Huldigungseid darauf auch auf dem Lande entgegen. [1]

Der Sitte der Zeit gemäß gab der junge Bischof nach der Einführung Beweise seiner fürstlichen Liberalität. Die Chorschüler allein erhielten die damals bedeutende Summe von 80 Reichsthalern; während sämtliche Schuldiener sich mit 10 Reichsthalern mußten abfinden lassen. Einen besonderen Posten unter den bei der Einführung aufgelaufenen Kosten machten auch die Verehrungen aus, welche für Glückwünsche in Vers und Reim gegeben wurden. [2] So erhielt M. Wilhelm Geilfuß für seine Dichtungen 10 Reichsthaler, Cyriacus Geilfuß für die Widmung seiner Gedichte die gleiche Summe. Mit denselben oder nur wenig höheren Beträgen

---

1) In den Ostkreis gingen im Namen Christians Ludwig v. Lochow, Johann Georg Vitzthum v. Eckstedt und der Hofmeister Virgilius Höfer, um die Ortschaften einzeln in der Zeit vom 3. bis 10. Mai huldigen zu lassen; im Westkreis unterzogen sich Joachim Ernst v. Bieren, Henning v. Steinberg und Heinrich Julius v. Wietersheim in diesen Tagen derselben Aufgabe.

2) Zu Gesicht ist uns hiervon ein in der jetzigen Hecht'schen Sammlung zu Halberstadt befindlicher Einblattdruck gekommen: Bischöff- vnd Fürstliche | Einführung, | des Hochwürdigen, Durchlauchtigen vnd Hochgebornen | Fürsten vnd Herrn, | Herrn CHRJSTJAN, ... | Gesangsweise, in der schönen Melodey: Hertzlich thut mich erfrewen, ꝛc. | Vnterm Einzug gestellet vnd verfasset durch | G. H. E. J. P. Ge. Hachenbold. Eccl. Johann. Past. | Anno DJeser Erste MaJJen BrJngt eJnen neVVen BJsChoff eJn. Wir notieren daraus Str. 3:

Mit Luſt wars anzuſehen,
Wie mancher tapfer Held
Wohlgeputzt da thät ſtehen,
Als wollt er jetzt zu Feld,
Die Fahnen thäten ſchweben,
Die Harnſch und Spieſſe gut
Blitzten gar hell darbneben,
Man ſchoß aus Freuden Muth.

Und Str. 8, welche der Mutter gedenkt:

Daß auch die lieb Frau Mutter,
So lang her iſt betrübet,
Einsmals erfreut werd wider
In ihrem traurign Gmüth.

erscheinen dann auch der Pastor zu Badersleben, ferner ein sonst unbekannter Balthasar Hahn, der Pastor zu Ingleben und Andere in den Rechnungen.

Einer werthvolleren Gunsterweisung hatte sich der braunschweigische Marschall Erich v. Rheden bei dieser Gelegenheit zu erfreuen: Christian verehrte ihm eine Rolle von 126 Reichsthalern, während Wilhelm v. Arnstedt sich mit einer geringeren von 76 Reichsthalern begnügen mußte. — Vornehmlich scheinen anerkennungsbedürftige Autoren und Buchhändler ihre Absichten bei dem Bischof selten verfehlt zu haben. So überreichte ein Dr. Heinrich Julius Straube, wie es scheint, unmittelbar nach der Einführung einen theologischen Discurs, der ihm ebenfalls mit 15 Reichsthalern honoriert wurde; der damalige Superintendent zu Schöningen Jacob Tappe dedicierte ihm zwei bei der Einweihung von Kirchen gehaltene Predigten und wurde dafür mit 8 Reichsthalern beschenkt. Ein Autor Holwein erhielt für ein Werk, das er Christian widmete, gar nur 3 Reichsthaler.

So war denn die Sorge der treuen Mutter, das Stift ihrem Hause zu erhalten, keine vergebliche gewesen. Ihr talentvoller, in äußerer Bildung und der ganzen nur hohen Zielen zugewendeten Stimmung des Gemüths dem verehrten Gemahl so ähnlicher Sohn saß auf dem bischöflichen Stuhle zu Halberstadt und hatte somit ein immerhin nicht geringes Ziel fürstliches Ehrgeizes jener Zeit glücklich erreicht. Elisabeths nächste Aufgabe war jetzt dahin zu wirken, daß das in gar manchen Beziehungen höchst heikliche Verhältniß des jungen Landesherrn zu seinem adligen Wahlkörper, der ihm auch jetzt nicht bloß controllierend, sondern sogar mitregierend zur Seite stand, wenn auch nicht ein möglichst erfreuliches, so doch wenigstens ein erträgliches wurde. Hierzu konnte von Seiten des jungen Bischofs nichts mehr beitragen, als eine in den Schranken, die ihm die Einkünfte seiner geistlichen Aemter von selbst auflegten, sich haltende Verfassung des kleinen Hofs und der sich an sie anlehnenden Landesverwaltung. Auch auf die Gestaltung dieser Verhältnisse suchte daher die Fürstin mit ihrem klaren durchdringenden Verständniß für politische Angelegenheiten Einfluß zu gewinnen.

Mußte doch selbst ihr ältester Sohn, Friedrich Ulrich, sich ihre rathende und warnende Stimme gefallen lassen. Bereits am 29. März 1616 erließ sie an diesen von Schöningen aus einen die Regententhätigkeit

Friedrich Ulrichs und die Landesverwaltung des Herzogthums in nicht eben schmeichelhafter Weise characterisierenden Brief.[1] Sie erklärte sich mit der Bestallung eines Vicekanzlers einverstanden, rieth aber dem Sohne, sich nach einem tapfern, verständigen, wolbegabten, geübten Manne umzusehen, der in den Reichstagsangelegenheiten und in den besondern Verhältnissen des eignen Hauses wol erfahren sei, damit doch endlich „die liebe Justiz, die eine Zeit lang gar unter der Bank gelegen — und wir erachten, daß darum von dem Allerhöchsten mit so vielem Unheil dieses schöne Land überschüttet worden — ohne Ansehn der Person aequa lance administrieret werden möge." Sie empfiehlt deshalb die möglichste Beschleunigung der laufenden Geschäfte in der Administration. Die Räthe sollen ihrem Fürsten jeden Tag selbst aufwarten und Vortrag halten, die Bittschriften lesen und auch an demselben Tage weiter expedieren. Zum Schluß dieses Schreibens weist sie den Sohn auch noch auf die Stellung hin, welche er zu den die Völker und Fürsten Deutschlands damals in Aufregung versetzenden großen nationalen und confessionellen Fragen nehmen sollte. Schon die Politik ihres verstorbenen Gemahls, der bekanntlich trotz seines eifrigen protestantischen Bekenntnisses der Union entgegen arbeitete, bestimmte in dieser für die politische Stellung eines protestantischen Fürstenhofes jener Zeit so wichtigen Frage ihr Urtheil. Bereits jetzt gehörte sie zur neutralen Mittelpartei und ist dieser Anschauung auch bis zu dem Augenblicke treu geblieben, wo nach dem Verzicht ihres Sohnes auf das Bisthum Halberstadt die Absichten des habsburgischen Hauses die Territorialverhältnisse Norddeutschlands nach eignem Ermessen zu ordnen, allzu deutlich hervortraten. Demgemäß schreibt sie auch an Friedrich Ulrich: „Daß sich endlich E. L. dero uns gethanen Zusage, daß

1) Wir geben die betreffende Stelle dem Wortlaute nach wider: „Was aber die Hof- und Haushaltung belangend, wollen Ew. L. prosperieren und in Aufnahme kommen, muß dieselbe nicht also wie itzo bleiben, sondern nothwendig geändert und nach guter Verfassung darüber steif gehalten werden, wobei uns E. L. vorgeschlagene Mittel auch nicht mißfallen, und weil E. L. hieraus mit uns Unterredung pflegen lassen wollen, stehets bis dahin und zu unserer Gott gebe gesunden Widerkunft an; und wenn uns E. L., wie wir dann nicht zweifeln, und Sie Sich dazu erboten, freundsöhnlich folgen werden, wollen wir E. L. solche Mittel an die Hand geben, die deroselben nicht wenig ersprießen sollen. Es müssen aber treue Leute gehört, eigennützige aber hintangesetzt und über guter gefaßter Ordnung, wie erwähnt, gehalten und nicht wie bisher eine Zeit hiero gebahret, die Amtshäuser (worüber zu seiner Zeit E. L. Bruder sprechen werden,) zumal dieselben widerzubringen schwer fället, so liederlich aus Handen gelassen werden."

Sie nämlich sich ohne unsere Vorbewußt in die Union nicht begeben wollten, erinnert und dabei zu verharren gedenken, das vermerken wir ganz gerne, und so wenig wir noch zur Zeit darin zu sein E. L. ersprießlich oder nöthig funden, so wenig können wir auch E. L. dazu rathen, bitten auch freundmütterlich, E. L. wolle dieselbe jo nicht ohne Vorwissen dero nächsten Verwandten und Freunde eingehen und Ihre Zusage in stetem Gedächtniß behalten. Wir unsers Theils wollen E. L. nicht allein bei des Kurfürsten zu Sachsen L., sondern auch bei Andern, so uns vorkommen und E. L. diesfalls in Verdacht haben möchten, im Besten entschuldigen und ihre diesfalls habende Gedanken verhoffentlich benehmen."

Gelegenheit hierzu den regierenden Herzog von Braunschweig von diesem Verdachte zu reinigen, erhielt die eifrige Mutter, als sie bei der Taufe einer Enkelin, der Tochter des Administrators Christian Wilhelm, den Kurfürsten Johann Georg persönlich auf der Moritzburg zu Halle sprechen konnte. Am 16. April 1616 war sie von Halle nach Schöningen zurückgekehrt, und schon am folgenden Tage erstattete sie über ihre hierauf bezüglichen Bemühungen dem Sohne Bericht. [1]

So ist es nicht zu verwundern, daß Elisabeth auch die Bestellung des kleinen fürstlichen Haushalts, auf welchen ihr Sohn als Bischof von

---

1) Eine besondere Veranlassung mochte sie hierzu noch zu haben glauben, als man ihr mittheilte, daß der Herzog die Einladung zum persönlichen Erscheinen bei der Kindtaufsfeierlichkeit in Heidelberg angenommen habe. So schreibt sie denn mit sichtlichem Unwillen: „Und haben wir daselbst nicht allein von des Herrn Kurfürsten zu Sachsen Liebden, sondern Andern mehr vielfältig fast mit Verdruß anhören müssen, daß eigentlich und gewiß E. L. sich in die Union begeben, und seind S. des Herrn Kurfürsten L. dermaßen eingenommen gewesen, daß wir es derselben kaum aus dem Sinn reden können. Wie wir aber S. Liebden E. Liebden Schreiben, so Sie mit eignen Handen unterschrieben, vorgezeigt, haben Sie E. L. des von Deroselben stark gefaßten Verdachts des Unionswesens halber in etwas doch nicht ganz erlassen wollen, denn wie man beständig uns sagt, sollen E. L. nach Heidelberg zu reisen Willens sein. Wann dieses geschieht, werden sich Ew. Ld. nicht allein alles Argwohns nicht benehmen, sondern die desfalls geschöpften Gedanken stärken helfen. Derowegen, wofern Ew. Ld. in diesem Geschrei nicht sein, wir sollen auch selbst Ew. Ld. Schreibens Treue und uns zu Ew. Ld. söhnlichen Gehorsams versehen, ja wenn auch Ew. Ld. ihrer Lande befahrenden Schaden verhüten wollen, so bitten wir freundmütterlich aus treumütterlichem Herzen gut meinend, Ew. Ld. wolle die heidelbergische Reise vor dies Mal einstellen und unnöthige Geldspildungen nicht cauſieren, sondern weil wir ins Land zu Holstein verreisen werden, inmittelst im Lande verblieben und unsere Häuser und Diener in guter Aufacht haben."

Halberstadt Anspruch machte, möglichst zu überwachen suchte.[1] Bei den geschäftlichen Verpflichtungen, welche sie vor Christians Wahl hatte eingehen müssen, war es ihr noch weniger zu verdenken, wenn sie bemüht war, ihre eigenen Auslagen für die Wahl ihres Sohnes, die vielleicht noch bedeutend höher waren, als wir jetzt übersehen können, möglichst zu sichern. Ihrem Rathe zu Folge sollte daher die Stiftsregierung in jeder nur denkbaren Weise eingeschränkt werden. Mit dieser Anschauung hing es wol auch zusammen, daß sie am 28. Juli den Dombechanten Matthias v. Oppen um Auskunft ersuchte, ob es nicht besser sei, die Amtleute auf den bischöflichen Aemtern abzuschaffen und die Verwaltung direct unter Christians Oberaufsicht zu stellen. Matthias v. Oppen erklärte sich damit vollkommen einverstanden, da ihm der persönliche Character des jungen Bischofs hinlängliche Garantie für das Gelingen zu bieten schien. Das Urtheil des vorsichtigen, die Dinge mit leidenschaftsloser Ruhe und ungetrübter Objectivität betrachtenden Dechanten ist immerhin ein bemerkenswerthes Zeichen für die geistige Befähigung des jungen Fürsten. Ihm zu Folge war Christian vollkommen geeignet selbst Hand ans Werk zu legen, wozu er „gar reichlich von der Natur disponiert" sei. Neben den Mitgliedern, welche das Domcapitel zur Stifsregierung stellte, sollte der neue Landesherr nach der Ansicht des Dechanten einen Kanzler, einen Vicekanzler, einen gelehrten Rath und zwei Sekretäre bestellen.

Matthias v. Oppen erhielt nicht lange darauf von Elisabeth eine persönliche Einladung nach Schöningen, um sich dort einer nothwendigen Abrechnung wahrscheinlich über die Stiftsverwaltung während der letzten Vakanz zu unterziehen. Der Dechant leistete der Einladung am 9. September 1617 Folge und brachte die Angelegenheit in Betreff der Verwaltung der bischöflichen Aemter abermals zur Sprache. Er machte sich anheischig, die Hauptleute von Oschersleben und Gatersleben vor sich fordern zu lassen, um ihnen die bereits für Michaelis desselben Jahres in Aussicht stehende Veränderung mitzutheilen.

Der eigentliche Hofstaat, welcher dem jungen Bischof von Stifts wegen verwilligt wurde, war der Zahl nach wenig beträchtlich. Er belief sich im Ganzen vom Rath bis zur letzten Waschmagd herab auf 62 Personen mit 43 Pferden. Wir erwähnen noch einmal als die Christian zunächst

---

1) Das Folgende nach dem Königl. Archiv zu Magdeburg, Stift und Fürstenthum Halberstadt II. 344.

stehenden Personen den Hofmeister Virgilius Höfer, den Geheimen Rath Anton v. Wietersheim und den Präceptor Ruthardus Hoffmann.

Die ersten Regierungsjahre des jungen Bischofs. Die bischöfliche Verwaltung.

Mit großen Hoffnungen wurde der junge Fürst in Halberstadt empfangen. Seine persönliche Tüchtigkeit bot den Domherrn hinreichende Garantie, daß seine Regierung eine zufriedenstellende sein werde. Das gute Einverständniß mit Elisabeth und Friedrich Ulrich trug in der ersten Zeit noch mehr dazu bei, eine innige Harmonie zwischen den beiden regierenden Parteien — denn das Capitel besaß auch nach der Wahl des Bischofs noch bedeutende Regierungsrechte — herzustellen.

Elisabeth selbst übte im Anfange einen merklichen Einfluß auf die Stiftsregierung aus, der freilich auch eine sehr verhängnißvolle Seite hatte. Ihrer Empfehlung nämlich hatte ein Mann das wichtigste Amt, das des Kanzlers im Stift, zu danken, der sich gar bald nicht nur als vollständig unfähig dazu erwies, sondern auch als einen der unwürdigsten Beamten in einer Zeit offenbarte, welche doch nur außerordentlich niedrige Ansprüche an die sittliche Ehrenhaftigkeit der Diener fürstlicher Herrn zu stellen pflegte. Sein Name ist eben Anton v. Wietersheim. Er war der Sohn eines verstorbenen schaumburgischen Kanzlers Dr. Antonius v. Wietersheim, der nach einer ruhm- und ehrenvollen Beamtenlaufbahn von 36 Jahren 1614 zu Stadthagen gestorben war. Die Familie scheint am wolfenbüttelischen Hofe gute Beziehungen gehabt zu haben; auch der berühmte Humanist Johann Caselius in Helmstädt war mit dem schaumburgischen Kanzler befreundet.

Anton v. Wietersheim war der verwittweten Herzogin seiner besondern Geschicklichkeit, Sittsamkeit und trefflichen Erfahrenheit wegen angelegentlichst empfohlen worden. Man hatte ihr außerdem seine Nüchternheit und Mäßigkeit, zwei in den Augen einer fürstlichen Frau jener Zeit gewiß sehr hochstehende Eigenschaften, gerühmt. Die Gattin eines Heinrich Julius mochte es endlich als ein besonderes Lob ansehen, daß man an ihm geradezu hervorhob, wie er alle seine Zeit auf die Studien verwende. Um die Zeit von Christians Einführung in Halberstadt hielt sich Wietersheim in Speier auf, wo er eine Anstellung als Assessor beim kaiserlichen Kammergericht suchte. Auf diesen Mann nun, den Christian jedenfalls schon

früher kennen gelernt hatte, richteten Mutter und Sohn ihr Augenmerk, und der letztere entschloß sich endlich, ihn zu seinem Diener und Geheimen Rath, der ihm täglich und stündlich in der Kammer zur Hand gehen sollte, anzunehmen. Elisabeth meldete dies Vorhaben am 5. Mai 1617 von Schöningen aus dem Domdechanten Matthias v. Oppen und ersuchte ihn um seine Zustimmung. Lag es der sorglichen Mutter doch ganz besonders am Herzen, daß ihr Sohn von derartigen „tapfern Leuten" umgeben sei. Bereits am 7. Mai erfolgte die Einwilligung des Dechanten im Namen des Capitels, und unmittelbar darauf scheint Dr. Anton v. Wietersheim in der That in die Dienste des jungen Bischofs getreten zu sein. Im Anfange des folgenden Jahres leitete er bereits die Geschäfte als Geheimer Rath und leistete am 3. März 1618 als solcher dem Domcapitel seinen Eid.

Während der Abwesenheit des Bischofs verhandelten in den Jahren 1618 und 1619 gewöhnlich außer Dr. Anton v. Wietersheim auch Dr. Duderstadt, der Meier Stephan Lakemacher und der Sekretär Andreas Kippe mit dem Capitel. Dr. Duderstadt, den Anton v. Wietersheim seiner vortrefflichen Eigenschaften und seiner Erfahrung wegen nicht genug rühmen konnte, scheint dem Domcapitel nicht gerade genehm gewesen zu sein. Trotzdem stimmte es jedoch endlich seiner Anstellung zu. Dagegen erhielt zum großen Verdruß der Domherrn einer der bisherigen Räthe, Dr. Altmann, seinen Abschied. Obwol der Dechant dringend widerrieth, einen Mann auf so empfindliche Weise zu kränken, der nicht nur von allen „Heimlichkeiten" des Stifts genau unterrichtet sei, sondern auch „reden, schreiben und setzen" könne, drang Wietersheim mit seiner Ansicht dennoch durch. Es mochte ihm dies um so leichter sein, als bereits ein neuer Beamter, der ebenfalls „reden, schreiben und auch einen guten Satz machen konnte", in Vorschlag gebracht worden war.

Stephan Lakemacher bekleidete das Amt eines fürstlichen Raths und war zugleich Meier. Als Meier bezog er die geringe Summe von 100 Thalern zur Besoldung und Kleidung außer den Accidenzien und den üblichen Schreibgebühren. Die ersteren scheinen nicht ganz unbedeutend gewesen zu sein, da zu ihnen auch die Schweine aus den Mühlen gerechnet wurden. Außerdem erhielt er auf Reisen freie Fuhre und Zehrung. Der Meier hatte die Oberaufsicht über das Amt und die zu ihm gehörigen Dörfer und Güter mit all ihrem Zubehör und mußte namentlich auch darauf sehen, daß die auf ihnen haftenden Renten und Zinsen richtig abgetragen wurden. Ferner stand ihm auch die baupolizeiliche Ueber-

wachung aller zum Amt gehörigen Gebäude und Brücken, sowie des Petershofes selbst zu. Er hatte überhaupt über die Befolgung der Polizeiordnungen im damaligen Sinne zunächst zu wachen, und dann vornehmlich auch die Amtsunterthanen in ihren Rechten zu schützen und zu vertreten. In streitigen Fällen gütliche Entscheidungen zu treffen, lag ebenfalls innerhalb seiner Befugnisse. In den zum Amte gehörigen Dörfern setzte er Gografen und Richter ein und nahm ihnen den Eid ab. — Die nächste Aufsicht über den Petershof hatte noch ein besonderer Verwalter, welcher dem Kanzler und dem Meier den Eid leisten mußte. Ihm war das Inventarium übergeben; er führte die directe Aufsicht über die Thore und Pforten des Hofes. Characteristisch ist es, daß auch er seiner Herren heimliche Händel geheim zu halten schwören mußte. Der unter dem Meier stehende Landknecht war Amtsbote und Gefangenwärter zugleich. Zu seinen Obliegenheiten in der erstern Eigenschaft gehörte auch auf Heergewette, Gerade und Erbschaften Achtung zu geben und sie ohne jemand zu verschonen zur Anzeige zu bringen.

Andreas Kippe befand sich, wie es scheint, schon im Jahre 1615 in Diensten des Capitels; wenigstens ließ ihn dasselbe in diesem Jahre durch den Richter anweisen, den Bürgereid zu leisten. Seit 1617 gehörte er der bischöflichen Verwaltung an und bekam hierauf durch Anton v. Wietersheim ein Sekretariat. Im Anfang scheint er namentlich Lehnssachen bearbeitet zu haben. Er sowol wie jener Stephan Lakemacher erhielten ein jährliches Gehalt von 200 Thalern. Kippe und der Amtmann zu Gatersleben waren ohne Vorwissen des Capitels eingeführt und angenommen worden, was einen freilich wirkungslosen Protest des Capitels zur Folge hatte. Anton v. Wietersheim suchte das Domcapitel zu begütigen und wollte die Anstellung dieser Beamten nicht als eine Verletzung oder gar als einen Bruch der Capitulation angesehen wissen. Mit vorwurfsvoller Emphase erklärte er dem Capitel, daß er nicht dabei sein wolle, wenn etwas gegen die Capitulation unternommen werden sollte, und suchte die ängstlichen Domherrn über den durchaus loyalen Character seines bischöflichen Herrn zu beruhigen.

Mit der Anstellung dieser und anderer neuer Beamten war man bereits Ende 1617 zu Stande, so daß am 19. Januar 1618 Dr. Heinrich Duderstadt, Andreas Kippe und alle Stiftsamtleute und Kornschreiber von dem Capitel vereidet wurden.

Eine hervorragendere und auch würdigere Stellung als Lakemacher und Kippe nahm bald in der Regierung des kleinen Landes der Oberkäm-

merer Heinrich Wernecke ein, obwol er sich zur großen Beschwerde des Capitels niemals von diesem hatte verpflichten lassen. — Auch ein Bruder des Geheimen Raths Anton v. Wietersheim, Heinrich Julius, begegnet uns schon seit dem Jahre 1617 in der unmittelbaren Umgebung des Bischofs. Er scheint, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, in den folgenden Jahren als Rath in die Stiftsregierung eingetreten zu sein. Der Hauptmann von Gröningen, Franz Behr, wurde ebenfalls zur Abwickelung kleiner und unbedeutender Geschäfte verwendet. In der heillosen Verwirrung, welche die Münzverschlechterung gar bald auch im Stift Halberstadt hervorbrachte, bediente sich der Kanzler Anton v. Wietersheim vorzugsweise auch eines Dr. Andreas Müller, der in einem auf diese Verhältnisse bezüglichen Schreiben geradezu den ominösen Titel Kipprath erhält. — Neben ihm tritt unter jenen subalternen Creaturen, deren Namen gar bald im Stift Verachtung und Schrecken zugleich erwecken sollten, ein Dr. Derling (Darling), welchen Anton v. Wietersheim und Kippe zum Fiskal und Ankläger in Kippsachen bestellten, obwol er selbst ein überführter Kipper war, hervor.

Das Domcapitel selbst war in der Regierung durch die Domherrn Georg Vitzthum v. Eckstädt und Ludwig v. Lochow vertreten. Beide wurden zusammen mit dem oft erwähnten Hof- und Geheimenrathe A. v. Wietersheim am 3. März 1618 durch den Dechanten in ihre Aemter eingewiesen.

Ein bei den eigenthümlichen Verhältnissen der Zeit nicht unwichtiges Amt bekleidete auch der domcapitularische Münzmeister, Wardein und Eisenschneider Henning Schreiber. Wir finden ihn vom Jahr 1614 bis zum 16. Mai 1621 in diesem Berufe thätig. Mit einem durchaus ehrenvollen Abschiede wandte er sich hierauf nach Goslar, wo er jedoch, wie es scheint, in Folge eines Pöbelaufstandes beraubt wurde, so daß sich das Capitel von Halberstadt zu einer besondern Verwendung bei dem Rathe von Goslar genöthigt sah. Darauf erscheint er jedoch vom 21. April 1623 bis zum 23. Dec. desselben Jahres von Neuem im Dienste der halberstädter Domherrn.

Noch vor der definitiven Einführung des Geheimen Rathes v. Wietersheim erlitt jedoch die kaum in Gang gekommene Verwaltungsmaschinerie des Stifts eine neue Veränderung. Am 4. Februar theilten nämlich Anton v. Wietersheim und Franz Behr dem Capitel mit, daß der Bischof gesonnen sei eine Zeit lang zu reisen und während dessen den Domherrn Georg Vitzthum v. Eckstädt, einen ergebenen Anhänger des wolfenbütte-

lischen Fürstenhauses, zum Statthalter einsetzen wolle. Diese letzte Mittheilung erregte jedoch das Befremden der Domherrn im hohen Grade, so daß sie eine derartige Verfügung geradezu für eine Verletzung der Capitulation erklärten. Dieser zu Folge hatte, im Fall sich der Landesherr außerhalb des Stifts oder seiner Erblande befand, einzig und allein das Capitel selbst Anspruch auf die Oberleitung der Verwaltung. Die Domherrn wählten daher sogar eine besondere Deputation, um dem zum Vertreter des Bischofs ausersehenen Georg Vitzthum v. Eckstädt zu Gemüth zu führen, man hoffe nicht von ihm, daß er die Statthalterschaft wirklich übernehmen und nach Gröningen übersiedeln werde. Diese energische Kundgebung des Capitels scheint ihren Zweck wirklich erreicht zu haben. — Es ist nicht bekannt, was das nächste Ziel dieser Reise des Bischofs gewesen ist. Vielleicht hat er sich jedoch mit Jacob v. Steinberg, der um dieselbe Zeit als Vertreter des Herzogs Friedrich Ulrich zur Taufe nach Heidelberg reiste, nach der Pfalz begeben. Möglich, daß er bei dieser Gelegenheit Eindrücke empfing, welche nicht nur für sein persönliches Geschick, sondern für den ganzen niedersächsischen Kreis verhängnißvoll werden sollten. [1]

Eine besondere Sorgfalt ließ der Bischof gleich zu Anfang seiner Regierung den eigenthümlichen confessionellen Verhältnissen, welche er im Stift vorfand, angedeihen. In der Zeit, wo er den Stuhl des heiligen Stephan bestieg, trug man sich sowol in Wien als auch in Mainz mit dem Gedanken einer vollständigen Restitution des Katholicismus, zu welcher die Verhältnisse von selbst aufzufordern schienen. [2]

Es ist bereits erwähnt, daß erst Heinrich Julius im Jahr 1591 der augsburgischen Confession am Hochstift selbst zum Siege verhalf. Die öffentliche Ausübung des katholischen Gottesdienstes wurde nun am Dom untersagt und sollte auch an den übrigen Stiftern, wo sie noch in Uebung

---

1) Der oben angeführten handschriftlichen Lebensbeschreibung zu Folge, die sich hier auf eine geschriebene halberstädt. Chronik stützt, hat Christian um diese Zeit eine Reise nach Italien gemacht. Er soll durch Sachsen über Nürnberg und Augsburg gegangen sein und sich am längsten in Rom (1 J.?) aufgehalten haben. Nach dieser Mittheilung brach er am 9. Jan. 1618 nach Schöningen auf, wo er sich am 12. Jan. von Elisabeth verabschiedete.

2) Vgl. Opel, Kampf des Protestantismus und des Katholicismus im Stift Halberstadt 1612—1620 a. a. O.

war, allmählich eingestellt werden. Dabei wurde jedoch keinerlei Zwang gegen die katholischen Domherren, denen man ihre Pfründen beließ, zur Anwendung gebracht, und auch die päpstlichen Rechte auf Verleihung von Anwartschaften auf geistliche Stellen nicht umgestoßen. Dem Hochstift folgte im J. 1604 das Stift U. L. Frauen, wo nach Anstellung eines lutherischen Predigers gleichfalls der katholische Kultus eingestellt wurde. In dieser Sachlage schien anfangs auch die Wahl eines katholischen Dombechanten Matthias v. Oppen [1] nichts zu ändern. Ein Katholik, Raban Westfal, hatte eine päpstliche Provision erhalten und wurde demgemäß im hohen Chor installiert.

Allein noch im ersten Jahrzehnt änderte sich die Stimmung der Protestanten. Man bemerkte in Hildesheim, Osnabrück und den benachbarten Stiftern mit Staunen ein sichtliches Erstarken des Katholicismus; man sah, mit wie glücklichem Erfolge die Kurfürsten von Mainz seit dem letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts die Reformation des Eichsfeldes betrieben hatten. Der übrigens seiner administrativen Fähigkeiten wegen hochgeachtete katholische Dechant Matthias v. Oppen wurde allmählich verdächtig; es hieß, er gehe mit dem Plane um, bei der nächsten Wahl das Stift wider mit einem katholischen Bischof und Landesherrn zu versehen.

Da beschloß die protestantische Majorität der Domherrn zu Beginn des Jahres 1613 nur solchen Bewerbern die Aufnahme in das Capitel zu gewähren, welche durch Ablegung eines vorgeschriebenen Religionseides und den Genuß des heiligen Abendmahls ihre Zugehörigkeit zur augsburgischen Confession erweisen könnten. In ähnlicher Weise wie bei den benachbarten katholischen Stiftern die Protestanten sollten demnach für die Zukunft in Halberstadt die Katholiken zurückgewiesen werden. Der damalige Bischof, Heinrich Julius, der sich bereits seit Jahren in Prag aufhielt und schon damals die Nachfolge eines seiner Söhne im Stift betrieb, kassierte jedoch am 11. April 1613 diesen Religionseid, so daß die äußerst wichtige Angelegenheit nicht endgiltig entschieden wurde. Da meldete sich nach Heinrich Julius' Tode noch im November dieses Jahres jener Raban Westfal zur förmlichen Residenz an, wurde jedoch unter Berufung auf den Religionseid und das Verfahren in den katholischen Stiftern abgewiesen. Dasselbe Loos theilte auch der damalige mainzische Domherr Anselm Casimir v. Umstadt, ein Jesuitenschüler, der vornehmlich mit der Reformation des

1) Ueber die Wirksamkeit dieses Mannes siehe meinen Aufsatz in Hassel's Zeitschrift J. 1869, 385 ff.

Eichsfelds beauftragt war. Der Kurfürst von Mainz hatte außerdem noch drei andere katholische Anwartschaften auf halberstädtische Beneficien ertheilt, und der Kaiser forderte endlich nach dem Tode des minderjährigen Bischofs Heinrich Karl von Braunschweig-Wolfenbüttel den Dombechanten geradezu zur Wahl des Kurfürsten von Mainz auf.

Allein weder diese Mahnung hatte den gehofften Erfolg, noch vermochte ein kaiserlicher Abgesandter Arnold v. Buchholz die protestantischen Domherrn umzustimmen. Da nahm sich der Kaiser der Sache der katholischen Domherrn mit noch größerem Nachdruck an. Ein Mandat vom 16./26. August 1615 gebot bei einer Strafe von 50 Mark Gold die Einführung der Katholiken und die Aufhebung des Religionseides.

In derselben Zeit siedelten sich auch die Franziskaner in dem vorher nur noch von einem katholischen Guardian bewohnten Barfüßerkloster wider an und übten ganz öffentlich kirchliche Handlungen. Auf Befehl des Domcapitels wurden jedoch die neuen Ankömmlinge Mitte April 1616 ausgewiesen. Allein der sächsische Agent in Wien, Hofmann, berichtete sogar von der Einsetzung einer besondern kaiserlichen Commission, um das Stift wider zum katholischen Glauben zurückzuführen. Noch in demselben Jahre gebot ferner Matthias die Restitution der ausgetriebenen Mönche und des Ordens überhaupt, und im März des folgenden Jahres erregte ein Botschafter von Mainz noch größere Befürchtungen. Er meldete, daß Matthias „alle Klöster und katholischen Stände im Stift Halberstadt" in seinen besonderen Schutz genommen habe, übergab Schutzbriefe für 7 stiftische Klöster und verwendete sich angelegentlichst für die Franziskaner und die katholischen Domherrn. Während man sich von protestantischer Seite zur ersten Jubelfeier der Reformation anschickte, erschien im October sogar ein kaiserliches Paritionsurtheil in der Angelegenheit der Domherrn, die man in Prag als die wichtigste ansah, welches noch von einer besondern Mahnung des Kurfürsten von Mainz begleitet war. Innerhalb vier Wochen sollten die protestantischen Domherrn dem Gebote des Kaisers nachkommen.

Von Seiten des Domcapitels und des neuerwählten Landesherrn setzte man all diesen Versuchen energischen Widerstand entgegen. Die ganze Angelegenheit wurde im Herbst 1617 vor den niedersächsischen Kreistag gebracht, der auch ein Verwendungsschreiben an den Kaiser erließ. In derselben Weise trat auch noch Johann Georg zum Schutze seiner bedrohten Confession auf. Christian selbst aber wendete sich am 20. November 1617 an das Kurfürstencollegium, insinuierte demselben eine Appellationsschrift der

Capitelsmajorität und forderte die Verweisung der Domherrnsache an ihn als Ordinarius und an das Kammergericht, wohin diese Religionssache eigentlich gehöre. Die Kurfürsten sollten sich bei Matthias dahin verwenden, daß sein Stift in dieser und dergleichen Religionssachen überhaupt mit geschwinden Hofprocessen unbetrübt bleibe. Kurmainz war jedoch nicht nur einer derartigen Verwendung entgegen, sondern sendete beide Schreiben, das des Capitels und das des Bischofs, zurück. Es wahrte den Standpunct, der in diesen Dingen auch vom Kaiser inne gehalten wurde, und ertheilte bei dieser Gelegenheit Christian nicht einmal den bischöflichen Titel. Für den Kurfürsten von Mainz war eben Christian nur Herzog von Braunschweig.

Kurz darauf brachen die böhmischen Unruhen aus und machten diesen Katholisierungsversuchen zunächst ein Ende. Ja der protestantische Theil des Capitels versuchte sogar die thatsächlichen Verhältnisse nach Matthias' Tode auf eine unanfechtbare Rechtsunterlage zu gründen. In seinem Namen ging der lutherische Dompropst Herzog Philipp Sigismund, der Oheim des Bischofs, Johann Georg als Reichsvikar um die Bestätigung des Religionsedictes an. Allein der Kurfürst verweigerte natürlich eine solche Bestätigung, und die ganze Angelegenheit blieb ohne Entscheidung von irgend einer Seite.

Der junge Bischof nahm also einen andern Standpunct ein als sein Vater, der den Religionseid der protestantischen Domherrn sogar kassiert hatte. Im vollsten Einverständniß mit der Majorität seiner Domherrn stellte er sich dem vordringenden Katholicismus entgegen und behauptete sogar, daß sein Vater den Religionseid beliebt habe.

Die Abwesenheit des Bischofs scheint fast das ganze Jahr 1618 gewährt zu haben. Erst am 19. December dieses Jahres finden wir ihn wider im Stift. An diesem Tage schickte er Franz Behr und Heinrich Julius v. Wietersheim mit der Erklärung an das Capitel, daß er nunmehr gesonnen sei, sich vornehmlich der Rechtspflege zu widmen, und erbat sich hierzu die Vorschläge seiner Wahlherren, die sich jedoch unserer Nachforschung entzogen haben. Wir wissen nur, daß das Capitel dem Bischofe seine besondere Freude über die glückliche Rückkehr zu erkennen gab. Vielleicht hängt aber die Forderung, welche die Domherrn kurz darauf am 7. Januar 1619 an ihn stellten, nämlich die Regierung mit einem Kanzler zu versehen, mit dieser Anfrage zusammen. Christian entsprach ihr in der Weise, daß er Anton v. Wietersheim auf 6 Jahre mit

diesem Amte betraute. Am 26. Februar 1619 leistete dieser dem Domcapitel seinen Eid.

Schon im Laufe dieses Jahres verwandelte sich jedoch das Wolwollen der Domherrn gegen die Organe der fürstlichen Regierung in sichtliche Abneigung und unverkennbaren Groll, dem sie sogar bei unbedeutenden Veranlassungen freien Raum ließen. Eine solche bot sich ihnen im September 1619. Bereits vor anderthalb Jahren hatte nämlich der junge ritterliche Bischof das Capitel um die Einrichtung eines Wildgeheges ersucht; bei seiner plötzlichen Abreise aber scheint die Sache von selbst ins Stocken gerathen zu sein. Dies Gesuch widerholten nun die fürstlichen Räthe abermals, erhielten aber kurzweg einen abschlägigen Bescheid. In der Capitelssitzung, in welcher darüber verhandelt wurde, fiel bereits manches nicht gerade von Wolwollen zeugende bittere Wort. „Das Wild möchte wol wenig Leuten zu Gute kommen; die Räthe betrieben die Sache nur, damit sie und ihre Freunde es auf Hochzeiten und Kindtaufen genießen könnten" — urtheilten die mißvergnügten und schmollenden Domherrn.

Im Uebrigen ist über das Thun und Treiben des jungen Bischofs nach seiner Einführung in Halberstadt bis zum Schluß des Jahres 1618 nicht viel bekannt. Wir sind nicht einmal im Stande anzugeben, ob er bereits während dieser Zeit Verbindungen mit dem Pfalzgrafen, ferner mit den Generalstaaten oder vielleicht auch mit den böhmischen Ständen angeknüpft hat. Auch, ob er sich während dieses Jahres wirklich immer innerhalb des Stifts Halberstadt oder des Herzogthums Braunschweig aufgehalten hat, wissen wir nicht.

Eben so wenig ist es uns gelungen, sichere Nachrichten über seine Stellung zur Union und zu ihren Führern, also vor allen zu Christian v. Anhalt zu erlangen.

Nur so viel steht fest, daß der Bischof seine fürstliche Stellung in jenem durchaus modernen Sinne auffaßte, nach welcher man schon damals im Fürsten vornehmlich den Soldaten sah. Bevor wir ihn aber in diese Bestrebungen begleiten, ist es nöthig daran zu erinnern, daß der Herzog mit seiner bischöflichen Würde auch andere geistliche Pfründen vereinigte.

So folgte er seinem Oheim, dem Herzoge Julius August, im Jahr 1619 (1617?) als Abt des Klosters Michaelstein[1] und besaß wenigstens eine Zeit lang auch ein Canonicat in Bremen.

1) Leuckfeld, Antiquitates Michaelsteinenses S. 72.

Der Besitz dieser Pfründen, die allerdings nur einen mäßigen Ertrag abgeworfen haben werden, hätte dem aufstrebenden Ehrgeiz des Bischofs vor der Hand immerhin genügen können. Schien doch bei der bis jetzt kinderlosen Ehe des Bruders auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß er selbst einst wie Heinrich Julius beide Landschaften unter einem Scepter vereinigen könne. Und doch war dem in das Weite strebenden Sinne des Fürsten das Bisthum Halberstadt schon jetzt zu eng; und selbst die Aussicht auf die Nachfolge im Herzogthum war nicht im Stande seinem unruhigen Geiste Beschäftigung genug zu gewähren. Vor allem waren es militärische Exercitien, welche ihn während der Jahre 1617 bis 1619 auf seinem Residenzhause Gröningen beschäftigten; er scheint sich hier förmlich planmäßig auf seine kriegerische Laufbahn vorbereitet zu haben. Auch hierin wurde er von seinem Bruder thatkräftig unterstützt. Da es ihm in Gröningen vornehmlich an Artillerie fehlte, richtete er am 22. Jan. 1619 das Gesuch an Friedrich Ulrich, ihm einige Stücke zu leihen. Er theilt dem Bruder mit, daß er sich „zu seiner Ergetzlichkeit" ganz gern „in etlichen großen Stücken" exercieren möchte, die er sich in Gröningen nicht beschaffen könne. Deshalb bittet er ihm zwei Petarden, ein Stück von dreißig Pfund und einen Feuermörser aus dem Zeughause zu Wolfenbüttel zu übersenden.[1] Friedrich Ulrich sagte ihm in der That eine neue halbe Kartaune von 24 Pfund, 2 Petarden und den gewünschten Feuermörser zu.

Auch ihre Freuden theilten der Herzog und der Bischof brüderlich mit einander. Am 27. Januar 1619 wurde Christian von Friedrich Ulrich zu dem für das bevorstehende Fastnachtsfest angesetzten Carousselreiten eingeladen, worauf er am 22. Februar von Gröningen aus seine Betheiligung zusagte.

In Wolfenbüttel scheint er jedoch lange über die Fastnachtsfestlichkeiten hinaus verweilt zu haben. Er bedurfte vielleicht des Beirathes der fürstlichen Räthe oder der Mutter in einer Angelegenheit, welche seinen militärischen Neigungen auf einmal volle Befriedigung zu gewähren schien. Handelte es sich doch um nichts Geringeres als darum, daß der junge Fürst wenn nicht seine militärischen Kenntnisse, so doch seinen waghalsigen Muth in dem bevorstehenden Kampfe der Böhmen mit ihrem verstoßenen König Ferdinand erproben sollte. Die böhmischen Directoren hatten

1) Brief Christians an Friedrich Ulrich Gröningen am 22. Jan. 1619. Die Antwort Fr. U.'s ist vom 24. Jan. Herzogliches Archiv in Wolfenbüttel.

nämlich wie es scheint auf das freiwillige Anerbieten Christians einen Gesandten an ihn geschickt, um ihn aufzufordern in einer seinem fürstlichen Range entsprechenden militärischen Stellung in die Reihen der böhmischen Heere einzutreten.[1] Am 24. März 1619 antwortete er von Wolfenbüttel aus im Allgemeinen zustimmend. Indem er seine Dienste nochmals anbot, gab er die Erklärung ab, daß er gesonnen sei, wenn ihn die böhmischen Herren „wie einen Obersten und seinem Stande gemäß" halten wollten, ihnen in Kurzem 1000 Pferde zuzuführen, ja sogar unverzüglich ein Regiment von 3000 M. Fußtruppen in seinem Namen für sie anzuwerben, wenn sie ihm „Tractement danach vermachen" wollten. Mit diesen Erklärungen sandte er unmittelbar darauf einen besondern Bevollmächtigten an die böhmischen Directoren. Noch bevor jedoch die Sache zu irgend einer Entscheidung gekommen war, sammelte er bereits eine kleine Truppe. Sein oberster Offizier war der Obristlieutenant Rab Arnd v. Uffeln; Hermann Westerholt und Leo Freitag wurden unter dem 26. und 27. März aufgefordert, je eine Compagnie Cürassiere oder Harkebusiere zu übernehmen, und Conrad Nelle sagte er in derselben Zeit die Stelle eines Capitainlieutenants und eine Rittmeistersbestallung zu.

Allein die Verhandlungen mit den böhmischen Ständen über die Bestallung wollten nicht recht zum Ziele führen. Die Böhmen boten ihm für die Stellung als Oberst über ein Regiment 1000 deutscher Reiter, von denen vier Compagnien aus Cürassieren und vier aus Arkebusieren bestehen sollten, nicht mehr als monatlich 400 Gulden und allenfalls eine Zubuße von noch 300 fl. Christians Forderung belief sich dagegen auf monatlich 1000 Reichsthaler außer dem Betrage, den ihm die Directoren noch zahlen sollten zur gebührenden Wahrung seines fürstlichen Standes. Ein Capitain Christian Putler brachte bereits eine Bestallung für den Bischof, allein sie wurde nicht annehmbar gefunden. Endlich sandte Christian seinen Oberstlieutenant Rab Arnd v. Uffeln selbst nach Prag; indessen auch er war nicht im Stande seinem Herren bessere Bedingungen von den Directoren auszuwirken. Darauf brach dieser schon am 15. April 1619 die resultatlosen Verhandlungen ab. Doch scheinen zu diesem Entschlusse noch andere außer ihm liegende Motive, die sich uns in einigen Briefconcepten enthüllen, mitgewirkt zu haben. Er schreibt hierüber folgendermaßen an die böhmischen Stände: „Als haben wir uns in so

1) Eine kurze Notiz hiervon findet sich schon bei Rommel, Hess. Gesch. Bd. VII S. 350.

beschaffenen Dingen bei unsern hohen Anverwandten, auch den Herrn Staaten General der vereinigten Niederlande Rath und Bedenkens erholt, diesfalls darauf abräthige Antwort empfangen und darentgegen andere Occasion uud solche Gelegenheit an die Hand bekommen, wohin wir uns auch billig gewendet haben." In einem anderen Concepte ohne Datum äußert er sich ganz ähnlich: „Wann uns aber ungelegen, ja fast despectierlich und hochgefährlich sein würde, auf solche Maß uns einzulassen und den Ständen verwandt zu machen; in mehrer Betracht wir darüber Prinz Moriz von Oranien und der Generalstaaten von Holland einhelliges Bedenken eingeholt, die uns alle sämtlich solches aus wichtigen Ursachen höchst widerrathen."

War es nun wirklich nur dieser wolmeinende Einfluß der Generalstaaten, welcher den Fürsten abhielt sein Kriegsglück in Böhmen zu versuchen, oder wurden vielleicht die Verhandlungen der böhmischen Stände durch Anerbietungen der Generalstaaten selbst gekreuzt, welche dem fürstlichen Standesgefühle des kriegslustigen Bischofs besser zusagten?[1]

Wie dem auch sei, die Herzoginmutter Elisabeth scheint über die Vereitelung dieser kriegerischen Pläne sehr erfreut gewesen zu sein. Wir schließen dies aus den energischen Worten, in welchen sie sich nach der Schlacht von Prag über diese Verhältnisse äußert. In einer eigenhändigen Nachschrift eines Briefes vom 18. November 1620 an Friedrich Ulrich heißt es: „Dieweil es so mit Prage gekommen ist, so wird der Union ihr Herz wol verzagt sein geworden. Sie sollten den Kaiser mit seinen rebellischen Unterthanen, die Bohemen, haben zu Frieden gelassen, so hätten sie das unschuldige Blut den Kurfürsten von Heidelberg um das Seine nicht gebracht, auch sich selbsten nicht in Jammer nnd Noth. Wenn dein Bruder itz in Bohemen wär gewest, so wär er mit aufgeflogen. Sie (so) hätten (hette) jo sollen alle seine Rathgeber aufgehenkt haben, wo sie der Teufel nicht hätte mit weggenommen."

Unmittelbar nachdem sich die Verhandlungen mit den böhmischen Ständen zerschlagen hatten, scheint Christian nach den Niederlanden aufgebrochen zu sein. Nachdem er am 16. April den böhmischen Herren noch den braunschweigischen Obersten und Kriegsrath Otto Plate v. Helversen als eine geeignete Persönlichkeit empfohlen hatte, an seiner Statt

1) Die Darstellung beruht hier auf den Acten des Herzoglichen Archivs zu Wolfenbüttel: Die Kriegsangelegenheiten Herzogs Christian des Jüngern v. Braunschweig d. a. 1619—1625 betreffend. XLVI.

die für die böhmischen Directoren zusammengebrachten Truppen zu befehligen und unter demselben Tage von Friedrich Ulrich Consens erhalten hatte, 20,000 Reichsthaler auf die Grafschaft Blankenburg aufzunehmen, scheint er sein welfisches Stammland verlassen zu haben.

Am 18. April zeigte er von Schöningen aus, wo er sich wahrscheinlich bei der Mutter verabschiedete, auch dem Domcapitel von Halberstadt seine Abreise an.

Christian begab sich auf Veranlassung seiner Mutter zu seinem Schwager, jedenfalls um unter seinen Augen seine militärische Ausbildung zu vollenden.

Um die Zeit seiner Abreise fand sich der dänische Oberschenk Bernd v. Hagen bei ihm ein und machte ihm geheime mündliche Mittheilungen, deren Inhalt uns unbekannt geblieben ist. Vielleicht ersuchte ihn der König Werbungen im Stift zu gestatten. Christian antwortete wenigstens seinem Oheim, er habe bei seinen Räthen Veranlassung getroffen, daß hoffentlich an seinem Orte kein (?) Mangel erscheinen solle. Und unmittelbar darauf erklärt er sich auch über den Zweck seines holländischen Aufenthalts. Er will sich hier dazu vorbereiten, auf allen Nothfall für das Heil, die Wolfahrt und unschätzbare Freiheit seines lieben Vaterlandes als ein rechtschaffener Rittersmann durch die gnädige Hilfe und den Beistand des Allerhöchsten mit Ruhm und Ehren ritterlich zu fechten.[1]

Darauf begegnen wir ihm erst am 22. August bei seinem Schwager, dem Herzoge Ernst Casimir von Nassau, in Utrecht wider, wo er im Gefolge des Oraniers die nach den Niederlanden reisende Landgräfin Juliane von Hessen-Kassel mit ihren Kindern empfing und ihr auch am 24., als sie nach Amsterdam aufbrach, einige Meilen das Geleit gab.[2] Am 6. September schrieb er gleichfalls von Utrecht aus an das Domcapitel von Halberstadt, und auch vom 18. October dieses Jahres liegt ein aus derselben Stadt datierter Brief an den Dombechanten Matthias v. Oppen vor. Von hier ab verlieren wir ihn jedoch eine Zeit lang aus den Augen, da seine Correspondenz mit dem halberstädtischen Capitel eine äußerst sparsame war.

---

1) Brief aus Schöningen vom 19. April an Christian IV. Diesem zu Folge ist er in procinctu itineris. Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

2) Rommel, Hess. Gesch. 7, 368. Dazu die in der Königl. Bibliothek zu Kassel befindliche handschriftliche Reisebeschreibung.

Bis zum Juli des Jahres 1620 haben wir auch in den Correspondenzen Friedrich Ulrichs und Elisabeths nichts gefunden, was über sein Thun und Treiben Aufschluß gewähren könnte. Erst am 3. Juli 1620 taucht er von Neuem auf und zwar wider in Utrecht, wo er sich bis zu jenem Tage wahrscheinlich ununterbrochen aufgehalten hat. Es ist abermals eine Geldsache und zwar eine nicht ganz klare, um welche es sich handelt. Christian stattet nämlich Friedrich Ulrich an dem genannten Tage seinen Dank für das ab, was er dem niederländischen Feldmarschall Ernst Casimir von Nassau „nach Laut und Inhalt der von E. L. habenden Jahrbestallung zu erlegen verordnen lassen."

In demselben Jahre sollte er jedoch auch noch Gelegenheit finden, seine soldatische Bravour dem Feinde gegenüber an den Tag zu legen. Als die Spanier unter Spinola im August des Jahres 1620 die Kurpfalz überzogen, sendeten die Holländer den bedrohten Unionstruppen einen wenn auch nur schwachen Succurs, der im October seine Vereinigung mit dem Heere der protestantischen Fürsten in der Nähe von Worms bewerkstelligte. An diesem Zuge nahm auch der junge Herzog Christian von Braunschweig dem Anschein nach in der Stellung eines höhern Cavallerieofficiers Theil. Am 2. November 1620 schrieb er von Reckſam bei Worms an seinen Bruder und beglaubigte ein uns unbekanntes Anbringen seines Rittmeisters Heinrich v. Veltheim. Tags darauf entsendete er in seinem Hofmeister und Kammerrath einen neuen Gesandten an Friedrich Ulrich. In Reckſam befand er sich auch noch am 16. November, wo er bei Ströpfin von dem Hövel eine ziemlich hohe Summe auf Wechsel erhob. Dasselbe Schriftstück, dem wir diese Notiz entnehmen, enthält auch das Gesuch an drei Gebrüder Altrogge, an den Sekretär Johann Groën und den Kammerschreiber Hermann Widdicke 5000 Thlr. zu zahlen, die Christian selbst zur leipziger Ostermesse des Jahres 1621 zurückerstatten wollte.

Prinz Heinrich Friedrich v. Oranien, der Oberbefehlshaber des niederländischen Heeres, hatte jedoch Gründe seinen Aufenthalt in der Pfalz sehr abzukürzen. Ohne der bereits verlornen Sache der Unierten auch nur den geringsten Vortheil gebracht zu haben, zogen sich die Holländer noch vor Ablauf des Jahres zurück.

Es scheint jedoch nicht, als ob Herzog Christian ohne Weiteres wider mit dem Heere nach den Niederlanden zurückgekehrt sei: wir vermuthen vielmehr, daß wenigstens von Seiten der Mutter Anstrengungen gemacht wurden, ihn aus seiner Umgebung, gegen welche sie die heftigsten Vorwürfe erhob, loszulösen und auf geebnetere Bahnen zu bringen. Vor allem

wünschte sie ihn aus den Händen eines uns übrigens unbekannten Henning Philipp v. Marenholz, dem sie Schuld gab ihren geliebten Sohn zu einem wilden Leben angereizt zu haben, zu befreien. Sie richtete daher am 12. December 1620 ein eigenhändiges Schreiben an Friedrich Ulrich, das wir seiner characteristischen Fassung wegen unserer Darstellung ganz einverleiben: „Freundlicher, herzlieber Sohn! Ich wollte wol gar gerne, daß ich dies Schreiben hätte geübrigt sein mögen; es kann aber itz nicht sein, denn ich bin glaubhaftig berichtet worden, daß Henning Philipp v. Marenholz nicht ruhen kann, daß er Deinen Bruder Christian zu einem wilden Leben angereizet, sondern noch über ihm viel schädliche Diener und leichtherzige Kerls und Großsprecher zugeschicket, die nichts Guts angerichtet, und nu sich unterstehen soll durch dieselben Kerle Christian wider an sich zu locken und vielleicht zu solchen Händeln zu verführen, das nicht taugt, auch wol Uneinigkeiten zwischen Dir und Deinem Bruder anzurichten vermuthlich im Willen hat, denn mich dunket, der Teufel regier gar in ihm, wie ich denn höre, daß er einen Advocaten bei sich haben soll, der sich zu allen losen Händeln gebrauchen lässet. Damit aber allem vermuthlichen Unheil soviel möglich in Zeiten begegnet werde, als bitte ich ganz mütterlich, Du wollst durch einen von Deinen Räthen oder Dienern Marenholz sagen lassen, daß er bei Vermeidung Deiner höchsten Ungnade und andern ernstlichen Mitteln Deinen Bruder gänzlich meiden, auch weder in Schriften noch durch seine Diener zu ihm schicken, sonderlich den Advocaten von ihm lassen, auch Christians Diener keinen an sich ziehen und Jedermann, so gut er ist, vor sich bleiben lasse, und meinen Sohn gewähren lasse. Dies habe ich nicht unterlassen können an Dich zu schreiben, Dich ganz mütterlich zu bitten, Dich Deines Bruders Wolfahrt lassen befohlen sein. Denn, Gott weiß, es erfordert die hohe Notdurft. Wär der eine Kerl von Marenholz zu Deinem Bruder unterwegens nicht geschickt worden, so wär Dein Bruder schon bei Dir, aber, sobald der zu ihm kommt, so zeucht er fort. So mache ich mich leicht die Gedanken, daß der ehrliche Vogel ihn hat wider zurücke gesprochen, seinen Weich (?) zu schneiden. Dein Bruder hat ein gut Gemüth und liebet und ehret Dich von Herzen — wenn die bösen Leute nicht zu ihm gebracht würden! Ich kann nicht ausdenken, worum es Marenholz thut, er will so vor klug und weis' gehalten sein, noch kann ich's an ihm nicht spuren. Ich mache mich aber fast die Gedanken, er vermeint dadurch euch beide Gebrüder und das ganze Land in Ruin und Verderben zu setzen, dieweil er im Land nicht hat, das sein ist. Aber ich dächt, Du könntest ihn

gleichwol finden, wenn er schon in Türkei wäre. Du wollst dies ferner bedenken, mit Deinen Räthen hieraus reden und ihre Meinung darüber hören und bei Zeiten dazu thun, auch meine Erinnerung im Besten vermerken, denn es gehet mich zu Herzen, daß ein solcher junger Mensch so unschuldig in seiner besten Zeit soll unter leichtfertige Leute gerathen. Thue Dich hiemit göttlicher Obacht befehlen. Ich verbleibe Deine getreue Mutter, weil ich lebe, Elisabeth."

Dieses Schreiben scheint in einem noch nicht aufgeklärten Zusammenhange mit einem Versuche der Herzogin-Mutter zu stehen, den jungen Herzog Christian seinen kriegerischen Neigungen abwendig zu machen und ihn wo möglich dauernd an seine welfischen Stammlande zu fesseln. Dieser Versuch, bei welchem es sich um nichts Geringeres handelte, als den Bischof von Halberstadt wenigstens zum Mitregenten im Herzogthum Wolfenbüttel zu machen, kann jedoch auch nicht ohne Christians ausdrückliche Billigung gemacht worden sein.

So aufopferungsvoll sich auch Friedrich Ulrich vornehmlich in der Postulationssache gegen den Bruder gezeigt hatte, die Ansprüche Christians fingen allmälig an einen noch höhern Flug zu nehmen. Und so mögen denn wol die Brüder nach und nach eingesehen haben, daß sich eine Kluft zwischen ihnen öffnete, die weder die gemeinsame Abstammung noch die zärtliche Liebe zur Mutter, welche bei Christian nicht frei von einem schwärmerischen Anfluge war, ausfüllen konnte.

Dazu kam, daß sich vielleicht der gutmüthige und bequeme, in sinnlicher Behaglichkeit verkommene und jedes kräftigen Entschlusses aus eigner Bewegung unfähige Friedrich Ulrich neben dem von rastlosem Eifer und Thatendurst verzehrten Christian selbst als der zu einem Regenten von Land und Leuten trotz seiner Stellung am wenigsten Berufene gefühlt haben mag. Mutter und Oheim waren wenigstens beide der Ansicht, daß Friedrich Ulrichs eigner Leitung die Angelegenheiten des kleinen Fürstenthums nicht anvertraut werden könnten, und hatten ihm daher schon im Jahre 1616 einen Statthalter an die Seite gesetzt, ohne dessen Unterschrift keine der von dem siebenundzwanzigjährigen Fürsten ausgehenden Regierungshandlungen Giltigkeit haben sollte.[1] Es war Anton v. d. Streithorst, damals Oberhofmeister und Hofrichter, dem am Ende des genannten Jahres diese Stellung übertragen wurde. Dieser erkor sich jedoch noch vier Landdrosten als Gehilfen in der Verwaltung des Landes.

1) Vgl. Havemann, Gesch. der Lande Braunschweig und Lüneburg II. 584 ff.

Diese fünf Männer aber wurden im Laufe weniger Jahre die bewußten Träger einer so schamlosen Mißregierung, daß selbst die Verwaltung des Bisthums Halberstadt unter einem Anton v. Wietersheim noch eine erträgliche genannt werden kann. Weder fürstliche Kammergüter und Waldungen noch die Besitzthümer von Kirchen und frommen Stiftungen wurden von den gierigen Händen dieser verbrecherischen Landesregenten verschont. Unter Hohn und Spott setzte man sich über das schwerfällige Landstandswesen und die Rechte des alten Herkommens hinweg. Während der allgemeinen Geldkrise wurde von diesen Verbrechern in nicht weniger als vierzig Münzstätten leichtes Geld geprägt.

Anton v. d. Streithorst wurde einige Jahre später der Mitwissenschaft einer Schandthat seines Bruders, welcher das Grab Kaiser Lothars in Königslutter beraubt haben sollte, angeklagt und noch überdies des Betrugs an den Wittwen zweier seiner Spießgesellen, Hennings v. Rheden und Arnds v. Wobersnow, beschuldigt. Indessen behauptete er sich trotz aller Anklagen doch bis zum Jahre 1622, wo er endlich mit Gewalt entfernt und in Ketten und Banden gelegt wurde. Bis zu seinem im Jahre 1625 erfolgten Tode hat er das Gefängniß in Wolfenbüttel nicht wider verlassen.

Einer seiner Gehilfen war der schon genannte Landdrost Henning v. Rheden, welcher einst bei der Belagerung Braunschweigs eine Rolle gespielt hatte. In einer verbissenen Characteristik jener Personen und Zustände wird er geradezu als „ein epicuräisches Schwein“[1] bezeichnet. Zudem von einer durchaus gewaltsamen Natur vergriff er sich sogar an seinem eignen Schwager; der Münzverfälschung wegen wurde namentlich er beim Reichskammergericht angeklagt. Im Jahre 1622 entzog er sich allen Untersuchungen durch die Flucht nach den Niederlanden, wo er später sogar seinen Glauben abschwur.

Neben ihm stand Arnd v. Wobersnow, ein habsüchtiger Schlemmer und Münzverfälscher, welcher nicht einmal vom fürstlichen Hofprediger zur Beichte zugelassen wurde. Auch er entfloh endlich, um in Hildesheim den Glauben zu wechseln.

Der dritte Landdrost war Barthold v. Rautenberg. Auf ihm ruht der Verdacht, den unglücklichen Friedrich Ulrich erst an den Dänenkönig und darauf an Wallenstein verrathen zu haben. Der bereits genannte Joachim v. d. Streithorst, der Bruder Antons, schließt den Kreis dieser

1) Epicuri de grege porcus. Aus dem Vaterländischen Archiv bei Havemann a. a. O. II. 584.

privilegierten Verbrecher. Von den übrigen Mitgliedern dieſer ſaubern Regierung nennen wir nur noch einen Herrn v. Uslar, den jene Characteriſtik mit dem Worte „Ore leo, corde lepus“ bezeichnet, und den Kanzler Eberhard v. Weihe, der eigenthümlich genug ein Verderber des Rechts genannt wird, obwol er unſtreitig einen verhältnißmäßig feſteren Grund ſittlicher Ehrenhaftigkeit beſaß. „Das Liederlichſte, ſo jeder von dieſen Männern verdient, iſt ein Strang. Zur Regierung aber ſind ſolche Leute weniger geſchickt, denn der Eſel zum Sackpfeifen“ — lautete im Jahre 1620 das Urtheil des Königs Chriſtian IV. über dieſes Regierungscollegium. [1]

Noch heute iſt es nicht aufgeklärt, wie ſich diejenigen, welche dem ganz haltloſen Regenten — clementissimus princeps: dabo, dabo, omnia dabo, bezeichnet ihn die oben erwähnte Characteriſtik — einen Anton v. d. Streithorſt an die Seite ſtellten, ſo gröblich getäuſcht haben können. Indeſſen ſuchten ſie wenigſtens, nachdem ſie ihren Mißgriff erkannt hatten, den Fürſten ſo ernſtlich und eindringlich als möglich zu warnen. In rührendſter Weiſe mahnte Eliſabeth von ihrem Wittwenſitze aus den Sohn zur Umkehr; zum letzten Male rief der alte treue Hofprediger Baſilius Sattler, als er ſich aus ſeiner Stellung zurückzog, die männliche Entſchloſſenheit Friedrich Ulrichs an.

Mit welchen Augen der kühne und thatenluſtige Biſchof von Halberſtadt dies Treiben am Hofe des Bruders angeſehen hat, darüber könnten wir nur Vermuthungen anſtellen. Eliſabeth aber und mit ihr wahrſcheinlich auch ihr Bruder ſcheinen wirklich im Jahr 1620 ganz ernſtlich daran

---

1 Wir ſetzen dieſes merkwürdige, unter dem Titel „Der königliche Wecker“ bekannte Schreiben des Königs mit Rehtmeyer II. S. 1257 noch ins Jahr 1620, 20. Dec., obwol es in dem uns vorliegenden Drucke vom 21. Jan. 1623 datiert iſt. Copia deß Schreibens, So Ihre Königl. Mayſt. Chriſtianus der vierdte König in Dennemarck ꝛc. An Hertzog Friedrich Ulrichen . . . . . abgehen laſſen . . . . . Gedruckt im Jahr, M. DC. XXIII. 4. 11 Bll. Eine Ermahnung des Königs, im Münzweſen beſſere Ordnung zu machen, war im J. 1623 nicht mehr nöthig; außerdem weiſt die folgende Stelle auf eine frühere Zeit. „Denn ſie vnd ihre Werkzeuge auß dieſem Vnweſen (welches vnſer vnnd aller Vorſtändigern erachtung nach E. L. vnd deroſelben Fürſtenthumbern viel ſchädlicher iſt, alß der Braunſchweigiſche Krieg geweſen, noch des Spinolä Feldt Läger etwa der Pfaltz anjetzo ſeyn kan, Sintemal ſolches nur ein kurtz zeitlicher Durch- und Vbergang iſt, welchen folgende Jahr durch Gottes Segen verhoffentlich wol widerumb erſetzen können . . . . . Auch Havemann nimmt dieſelbe Abfaſſungszeit an, obwol er ein anderes Datum (23. Dec.) 1620 hat. Havemann Geſch. d. Lande Br. u. L. II. 590.

gedacht zu haben, nicht nur die Regierung, sondern wo möglich den schwachen Regenten selbst zu beseitigen.

Am 13. December dieses Jahres, einen Tag nach der Abfassung des obigen Briefes, lief nämlich zum allgemeinen Erstaunen ein Schreiben Elisabeths an die fürstlichen Räthe in Wolfenbüttel ein, in welchem dieselben zu einer Berathung aufgefordert wurden, ob nicht das Recht der Erstgeburt, d. h. also offenbar die Landesregierung überhaupt, von ihrem älteren Sohne auf den jüngern zu übertragen sei.

In welcher Weise Herzog Christian selbst hierbei betheiligt war, geht aus den Acten, welche bisher über den noch ganz unbekannten Vorgang vorliegen, nicht deutlich genug hervor. Sicher ist nur, daß Friedrich Ulrichs Räthe Christian in Verdacht hatten, mindestens die Mitregierung anzustreben, und daß sie einen Herrn von Marenholz — aller Wahrscheinlichkeit nach also denselben, gegen welchen sich auch Elisabeth so aufgebracht gezeigt hatte — als vor allen bei diesen Bestrebungen betheiligt ansahen. Am 14. December wurde darauf in dem Hause des Obersten Wobersnow eine Conferenz über dies eigenthümliche Ersuchen Elisabeths gehalten, welcher eilf der fürstlichen Räthe beiwohnten. Es waren der Statthalter selbst, der Kanzler Weihe, Schlüter, Capitän Quernheim, Dr. Clacius, Dr. Reichard, Dr. Peparinus, Jacob v. Steinberg, Ußlar, der Landdrost v. Rheden und Dr. Rautenberg. Friedrich Ulrich selbst fand nichts darin, in einer solchen Berathung den Vorsitz zu führen.

Nachdem der Statthalter die Versammlung mit dem Gegenstande durch die Mittheilung des Briefes bekannt gemacht hatte, zeigte er ihr an, er habe bereits mit drei Landdrosten dem Fürsten gerathen, sich bei dem Majorat zu schützen, und ersuchte darauf auch die übrigen Räthe um ihre Meinung. Natürlich ging diese einstimmig dahin, daß Friedrich Ulrich sein Recht mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten habe, und nur über die Frage, ob man Christian selbst um Auskunft über das auffällige Begehren ersuchen solle, waren die Stimmen getheilt. Für eine solche Maßregel sprach Schlüter mit dem Bemerken, er fürchte zwar nicht, daß Herzog Christian etwas wider seinen Bruder unternehmen werde, rathe aber aus vielen Gründen ihn aufzufordern, selbst nach Wolfenbüttel zu kommen, da man nicht wissen könne, auf welche Weise er hintergangen worden sei. Jacob v. Steinberg stimmte dem fast buchstäblich mit den Worten bei, „er halte Herzog Christian der angestammten Dexterität, daß S. F. G. nichts wider dero H. Bruder tentieren würden; daß aber böse Leute was vorhätten, möchte wol sein.“ Seiner Meinung nach war die Triebfeder dieser

Ränke, als deren Urheber er Marenholz ansah, Rache. Er rieth daher auch diesen „Vogt" so im Auge zu behalten, daß er keine Gelegenheit etwas anzufangen erhalte. Der Oberst Wobersnow widerrieth dagegen eine Absendung oder wol gar eine Aufforderung an Christian sich persönlich in Wolfenbüttel einzufinden. Von den zahlreichen Gründen, welche ihm dagegen zu sprechen schienen, wird wenigstens einer dem präsidierenden Herzog nicht sehr behagt haben. „An Herzog Christian zu schreiben, riethe er nicht, da S. F. G. sagen möchten, daß man deren Glück verhindert hätte," lauten die Worte des tapfern Obersten. Und dem fügte der Landdrost Rheden, als ob es noch einer Ergänzung bedurft hätte, hinzu: Es würde auch fast das Ansehn haben, als ab man sich vor ihm fürchtete. Friedrich Ulrich aber ließ sich darauf von jedem seiner Räthe abermals durch Handschlag „lebendige Treue" angeloben, und der Statthalter schloß die Sitzung. Damit scheint der seinen Zielen nach vieldeutige Plan begraben worden zu sein, wenigstens hat Elisabeth selbst nie wider daran gedacht, ihren Lieblingssohn zum regierenden Herzog zu erheben.

Aller Wahrscheinlichkeit nach hielt sich Christian noch in Holland auf, als die braunschweigischen Räthe über einen derartigen Wechsel im Regiment des Herzogthums berathschlagten. Gieng nun dieser ganze Anschlag von der Mutter aus, so hatte er vielleicht den Zweck ihren unruhigen Sohn, der sich kurz nach der prager Schlacht den Vertheidigern des Pfalzgrafen zugesellte, einer in ihren Augen von vorn herein verlorenen Sache abwendig zu machen, und den gänzlich unfähigen Regenten, der noch dazu kinderlos war, samt seiner Regierung zu beseitigen.

Allein Herzog Christian selbst könnte auch der Urheber des merkwürdigen Planes gewesen sein, was uns wahrscheinlicher dünkt, weil die braunschweigischen Räthe vorzugsweise seinen Rathgeber Marenholz als verantwortlich hinstellten. Dann würde man den ganzen Anschlag mit einem ähnlichen rechtswidrigen Vorgange im Bisthum Halberstadt in Verbindung setzen müssen.

Hier hatte bereits im Mai desselben Jahres der Kanzler Anton v. Wietersheim dem Domcapitel seine Verpflichtung aufgekündigt, war aber darauf durch einen besonderen Befehl Christians von Neuem in die Regierung eingeführt worden. Hegte nun etwa die Umgebung des Herzogs den Plan, ihn kurz vor seinem kriegerischen Auftreten nicht nur von der lästigen Mitregierung der Domherrn in Halberstadt zu befreien, sondern auch zum Landesherrn in Braunschweig einzusetzen? Und sollten diese Maß-

nahmen vielleicht dazu dienen, dem bevorstehenden Kampfe in diesen Landschaften selbst einen um so sicherern Rückhalt zu gewähren?

In der That lassen die eigenthümlichen Schritte, welche Christian im Jahr 1623 that, um seinen Fuß unter dem Scheine einer legalen Berechtigung in den niedersächsischen Kreis zu setzen, dergleichen Vermuthungen nicht so ganz ungegründet erscheinen.

Der immer noch verhaltene Groll des Capitels gegen die fürstliche Regierung brach schon in den ersten Monaten dieses Jahres in helle Flammen aus. Am 20. März 1620 wurde im Capitel ein Schreiben des Bischofs verlesen, nach welchem der bisherige Amtmann zu Gatersleben seines Dienstes erlassen und an seine Stelle ein anderer, Namens Jacob Prigge, eingeführt werden sollte. Außerdem brachte der Kanzler ein Rescript zum Vorschein, welches einen früheren Vergleich des Capitels mit der Regierung über die Besetzung des Amtes Gröningen gleichfalls über den Haufen warf. Dem gemäß sollte der hierzu bestimmte Balzer Friese nicht eher eingesetzt werden, als bis er sich mit Henning v. Rheden über gewisse streitige Puncte verglichen habe. Schon dieses Schreiben erregte den höchsten Zorn der Capitularen. Sie sagten von ihm gewiß nicht mit Unrecht, daß es „dieses Orts gefiedert" und dem Bischofe zur Unterzeichnung untergeschoben sei. Die Domherrn, welche die Zeit erleben würden, daß „es vielleicht anders fiele," wurden gebeten, des Vorgangs dann eingedenk zu sein. Der sonst so gemäßigte Dechant erinnerte Henning v. Steinberg, seinen Namen als Amtsrath nicht zu allem gebrauchen zu lassen und nicht immer Amen zn sagen. Dem Kanzler sei sein Verfahren schon ernstlich untersagt worden, es helfe aber kein Sagen.

Dazu kam noch, daß sich bald darauf der Kanzler einer Maßnahme unterfing, die, so unaufgeklärt sie auch bis jetzt noch ist, das Domcapitel in seiner Abneigung gegen den gewaltthätigen Mann nur bestärken konnte. Kurz darauf nämlich wurde wahrscheinlich Anton v. Wietersheim von dem Bischof seines Kanzleramtes in der Weise, wie er es bisher geführt hatte, zum Schein enthoben. Bereits am 9. Mai aber langte in Halberstadt ein fürstliches Rescript an, nach welchem der frühere Kanzler durch den Oberkämmerer Heinrich Wernecke von Neuem für Christian in Pflicht genommen werden sollte. Dasselbe meldete außerdem, daß die Räthe und Sekretäre der Regierung wider nach Halberstadt gekommen seien, und wies Rath und Gerichte der Stadt von Neuem an die Person des Kanzlers.

Dies Schreiben scheint entweder eine Zeit lang verheimlicht oder vielleicht gar willkürlich zurückdatiert worden zu sein. Denn erst am 23. Mai 1620 kündigte der Kanzler dem erstaunten Domcapitel unter Rückforderung des von ihm ausgestellten Reverses seine Verpflichtung auf, um sich „ein Kleines von der Regierung zu absentieren."

Das Capitel ertheilte jedoch selbstverständlich dem Kanzler die von ihm nachgesuchte Eidesentlassung nicht, sondern betrachtete ihn auch jetzt noch an seine auf sechs Jahre ausgestellte Verpflichtung gebunden. Da insinuierte Wietersheim dem Capitel am 17. Juli ein neues Schreiben Christians, nach welchem der Punct der bischöflichen Capitulation, welcher bestimmte, daß die Verwaltung im Fall der Abwesenheit des Bischofs von dem Domcapitel geführt werden sollte, durch diese nachgesuchte Eidesentlassung hinfällig geworden sein sollte. Und obwol das Capitel die ganze Angelegenheit auch vor Christian selbst gebracht hatte, erwartete der seiner Meinung nach jetzt aller lästigen Fesseln entledigte Kanzler nicht einmal die Entscheidung seines bischöflichen Herrn, sondern führte nach jenem Bescheid vom 17. Juli seine Amtsthätigkeit ohne Weiteres fort.

Die Domherrn waren durchaus außer Stande, sich den Zweck dieses ganzen Verfahrens klar zu machen, und wandten alles Mögliche an, um den geheimen Plänen des Kanzlers auf die Spur zu kommen. Und da sie in Erfahrung gebracht hatten, daß Anton v. Wietersheim dem regierenden Herzoge von Wolfenbüttel eine Erklärung über seine Absichten gegeben hatte, forderten sie sogar den braunschweigischen Kammersekretär Theodor Block auf, ihnen eine Abschrift dieses Schreibens zukommen zu lassen.

Die noch heute in ihren Einzelnheiten nicht ganz klaren Ränke des Kanzlers hatten jedoch wol kein anderes Ziel, als seinen kriegslustigen Herrn von der lästigen Mitregierung des Capitels zu befreien und ihn somit als freischaltenden Landesherrn hinzustellen.

Etwas Aehnliches ahnten auch die Domherrn, als ihnen am 28. Juli 1620 die Schreiben Heinrich Werneckes im Betreff des dem Capitel nicht eidlich verpflichteten Kanzlers vorgelesen wurden. Man machte die Bemerkung, daß die ganze Sache von Leuten herrühre, welche sich dem Domcapitel widersetzen und den jungen Herrn verleiten wollten, von den Bestimmungen der Capitulation abzuweichen. Der Senior Johann Georg v. d. Schulenburg drückte sich in dieser Beziehung ganz bestimmt aus. Der Kanzler sei lange damit umgegangen und habe unter einem rügerischen Schein seine Entlassung nachgesucht. Auch jetzt wollte man die Urheber der betreffenden Schreiben genau kennen. Man gab Wernecke

Schuld das eine an ihn selbst gerichtete Schreiben, durch welches er angewiesen wurde den Kanzler wider einzuführen, auch selbst verfertigt zu haben; ein anderes an das Capitel sollte den Kanzler zum Urheber haben. Man beschloß endlich, sich nicht nur an den Dompropst Philipp Sigismund, sondern auch an Elisabeth zu wenden und die letztere zu bitten, ihrerseits „mütterlich" an ihren bischöflichen Sohn zu schreiben. Auch die Hofräthe Ludwig v. Lochow und Vitzthum v. Eckstädt wurden unter diesen Verhältnissen besonders angewiesen, fleißig auf die Kanzlei zu gehen und sich der Justizpflege bestes Fleißes anzunehmen. Die Sache kam am 11. August 1620 nochmals im Capitel zur Verhandlung. Der Dechant berichtete, daß man dem Kanzler das Ungehörige seiner Forderung zu Gemüth geführt, und er sich auch Bedenkzeit ausgebeten habe. Allein ein Resultat hatte das bis jetzt auch nicht gehabt. Vitzthum v. Eckstädt und der Sekretär Justus Rauch wurden an Elisabeth entsendet, um sie abermals um ein Schreiben an den Bischof zu ersuchen. Sollte sie sich weigern, so wollte man sich von Neuem an den Bischof selbst wenden und sich auf die von beiden Seiten geleisteten Eide berufen. Auch jetzt schloß die Sitzung damit, das Capitel könne nicht davon abgehen: der Kanzler müsse ihm eidlich verpflichtet bleiben.

Alle diese Bemühungen scheinen jedoch erfolglos gewesen zu sein; der Kanzler blieb trotz des Widerspruchs, welchen die Domherrn gegen ihn erhoben, im Amte, ohne sich ihnen von Neuem zu verpflichten.

Und doch konnten diese Beschwerden des Capitels gegen den neuen Landesherrn und seine Regierung den übrigen Klagen gegenüber, welche sich nun bereits seit geraumer Zeit gegen beide erhoben hatten, immer noch als geringfügig angesehen werden.

Das allmälig immer deutlicher hervortretende Bestreben des leidenschaftlichen und thatendurstigen Bischofs, bei dem großen, die ganze Gegenwart erschütternden Kampfe nicht blos Zuschauer zu bleiben, sondern die Rolle eines hervorragenden Mitkämpfers zu übernehmen, erfüllte die Domherrn mit noch herberer Sorge und bereitete ihnen bald ernstliche Verlegenheiten.

Beides würde gewiß in viel geringerem Maße der Fall gewesen sein, wenn der Bischof seinem stürmischen jugendlichen Thatendrange in weiter Ferne freien Lauf gelassen hätte, ohne das Stift zu berühren. Allein die Anzeigen, daß das Bisthum selbst am Ende in das Treiben seines Landesherrn hineingezogen werden würde, mehrten sich doch bald gar zu sichtlich.

Schon im Anfang des Jahres 1620 verbreitete sich das Gerücht, daß die Generalstaaten Kriegsvolk durch das Stift führen wollten, und

das Capitel entsendete die drei Domherrn Henning v. Steinberg, Erbsaß auf Bodenburg, Lippold v. Rossing und Caspar Wrampe am 3. April 1620 nach Wolfenbüttel, um nähere Erkundigungen einzuziehen. Halberstadt selbst war in dieser Zeit Musterplatz für 500 Mann, die am 11. April aufbrechen und in Ströpke, Aspenstädt und Sargstädt Quartier beziehen sollten. Das Domcapitel dachte jetzt noch daran, erforderliches Falls Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und muthete daher den Stiftsamtleuten zu, mit ihren Bauern den durchziehenden Truppen das Geleit zu geben oder ihnen sogar die Spitze zu bieten.

So erhielten die Hauptleute von Zillingen und Dardesheim Befehl, sich mit Bewaffneten in der Gegend von Ströpke aufzustellen und die oben erwähnten Mannschaften nach Osterwiek und Hornburg zu führen. In den ersten Monaten des Jahres 1621 hatte der Lieutenant Leo Freytag mit etwa 350 weimarischen Reitern im Amt Wülperode Quartier genommen und wollte sich auch Ströpke's bemächtigen, als dieselben Hauptleute von Zillingen und Dardesheim von Neuem angewiesen wurden Gewalt zu brauchen.

Vom 4. April 1621 bis in den October desselben Jahres und wahrscheinlich noch länger hatte der Rittmeister Conrad Nelle eine Compagnie Reiter im Stift unterhalten. Sie waren aus einem Amt ins andere geführt worden und hatten nicht nur den Unterthanen, sondern sogar durchreisenden Personen den größten Schaden zugefügt.

Ende September 1621 schrieb der Oberkämmerer Heinrich Wernecke an das Capitel, daß der Bischof demnächst mit etwa 1000 Pferden aus den Niederlanden im Stift eintreffen werde, um von da in die Pfalz zu ziehen. Das Capitel verbat sich jedoch einen solchen Besuch sowol bei seinem Landesherrn selbst als auch bei der fürstlichen Mutter. Als die Domherrn indessen den unbeugsamen Entschluß ihres Bischofs sich am Kriege zu betheiligen hinlänglich kennen gelernt hatten, scheinen sie sich nicht weiter bemüht zu haben denselben zu kreuzen. Wol aber suchten sie die Drangsale der Durchmärsche und alle mit ihnen verknüpften Folgen möglichst lange von sich fern zu halten.

In diesem Bestreben fielen sie auf ein Mittel, welches den niedrigen Standpunct der öffentlichen Moral jener Zeit abermals auf das frappanteste kennzeichnet. Sie faßten nämlich geradezu den Plan, den Einfluß des allmächtigen Kanzlers v. Wietersheim zu Gunsten des Stifts zu verwenden und einigten sich in dem förmlichen Beschluß, ihn zum Preise von 1000 Thlr. für sich zu gewinnen. Der Kanzler gab auch in der That zufrieden-

stellende Erklärungen, und die Summe wurde von den Stiftsständen nach förmlicher Berathung bewilligt. Vorsichtig, wie sie sein wollten, verabreichten die Domherrn jedoch ihrem Kanzler vor der Hand nur eine Abschlagszahlung von 100 Thaler. Obwol nun Anton v. Wietersheim sein Versprechen, das Stift von Durchzügen frei zu halten, nicht erfüllte, suchte er trotzdem bei dem Domcapitel um die Zahlung des Restes nach, die ihm auch am 12. Mai 1621 und zwar abermals nach voraus gegangener förmlicher Berathung vom Capitel bewilligt wurde. Obwol die Domherrn mit dürren Worten aussprachen, durch die Vermittelung des Kanzlers sei gerade das Gegentheil seines frühern Versprechens geschehen, er habe veranlaßt, daß die im Stift geworbenen Reiter nicht einmal Capitel und Ständen vereidet worden waren, wagte man doch nicht den Zorn des verschlagenen Beamten durch eine Verweigerung herauszufordern. Man beschloß, dem heillosen Manne den Rest des ihm versprochenen Sündenlohnes zu geben, wünschte ihm aber zugleich mit dem Gelde das höllische Feuer auf sein Haupt.

Gegen den Schluß des Jahres 1621 gestaltete sich die Lage des Stifts immer bedrohlicher. Am 19. October erschien eine Compagnie Fußvolk, welche Balzer Jacob v. Boyneburg auf Geheiß eines fürstlichen Dieners Hans Rosmann (Rohmann?) geworben hatte, und nahm im Stift Quartier, ohne auch nur das Patent eines Oberbefehlshabers vorzuzeigen. Zwei Tage darauf wurde ein schriftlicher Befehl Christians übergeben, jenen Hans Rosmann als Generalquartiermeister über 1000 Pferde in den Stiftsklöstern und angelegenen Pfaffengütern, wie es wörtlich lautete, aufzunehmen und zu verpflegen. Er hatte die Bestimmung von da ins Eichsfeld einzurücken. Da suchte das Domcapitel unter Berufung auf die bereits an den Bischof von Osnabrück, an Friedrich Ulrich sowie an Christian selbst ergangenen Bittgesuche die Vermittelung des Kreisobersten Christian von Lüneburg nach, um wo möglich durch diesen weitere Durchzüge oder gar Einquartierungen zu verhindern.

In diese Zeit scheint auch ein leidenschaftliches Schreiben des Bischofs an die Generalstaaten zu gehören, durch welches er die Hilfe der Staaten nachsuchte, um das Stift vollständig zu reformieren und dem Feinde aus „dem Rachen" zu nehmen.[1]

---

1) Vergl. Opel, Die Resignation des Herzogs Christian von Br. Neue Mittheilungen Bd. 13, S. 93—100.

Das Kipper- und Wipperweſen im Stift Halberſtadt.

Zu der Verwirrung, welche in Folge der Truppendurchmärſche, der allgemeinen Unſicherheit der Straßen und Verkehrswege und der gewaltthätigen Ueberhebung ſelbſt der höchſten Regierungsorgane im Stift Halberſtadt herrſchte, kam bald ein anderes Uebel, welches alle dieſe Leiden ins Maßloſe ſteigerte: das Kipper- und Wipperweſen.[1] Gerade die beiden Landſchaften Braunſchweig-Wolfenbüttel und das Stift Halberſtadt wurden unter den Territorien des mittleren Deutſchlands am meiſten von dieſer Peſtbeule des ſchrankenloſen Territorialismus verwüſtet. Im Stift Halberſtadt verurſachte die mit dem Beginne des böhmiſchen Kriegs geſteigerte Münzverſchlechterung geradezu Zuſtände, welche einer vollſtändigen Auflöſung aller ſtaatlichen Ordnung nahe kamen.

Bereits mit dem Anfange des ſiebzehnten Jahrhunderts wird ein allgemeines beträchtliches Sinken des Nominalwerths der edlen Metalle bemerkt. Als daher die Territorialregierungen anfingen ſich der Beſtimmungen der Reichsmünzgeſetzgebung eigenmächtig zu entſchlagen und geringer münzen zu laſſen, wurde der Unterſchied zwiſchen neu geprägten Sorten und den nach geſetzlichem Schrot und Korn ausgemünzten älteren Stücken beſonders auffallend. Schrot und Korn wurde namentlich bei den kleinen Sorten unverhältnißmäßig vermindert, und die groben und guten Sorten erhielten bald ein nicht geringes Agio. Auf dieſe Weiſe trieb man immer mehr in Willkür und Geſetzloſigkeit hinein, und es entwickelte ſich nun vornehmlich nach der gleichfalls widerrechtlichen Vermehrung der Münzſtätten ein ſehr lebhafter Geldhandel. Baares Geld aber beſaß damals bei dem gänzlichen Mangel von Banken und Kreditanſtalten eine durchaus höhere Bedeutung als heut zu Tage. Es war das einzige Werthzeichen, welches die damalige Welt im Verkehrsleben annahm. Sofort nach dem Ausbruche des böhmiſchen Krieges wurde daher bei den allſeitigen Rüſtungen das Bedürfniß ſich dieſes einzige Werthzeichen zu verſchaffen ein ſo großes, daß es durch den Vorrath der curſierenden edlen Metalle unmöglich gedeckt werden konnte. Dazu kam, daß bei der allgemeinen Desorganiſation der politiſchen Verhältniſſe der Handel ſelbſt von dieſer Calamität Nutzen zu ziehen ſuchte und die alten Geldſorten zum geſuchteſten Handelsartikel machte.

---

1) Vgl. Opel, Deutſche Finanznoth beim Beginn des dreißigjährigen Krieges in v. Sybel, Hiſt. Zeitſchrift. Bd. XVI. S. 213 flgde.

Unter diesen Umständen hatte aber natürlich jedes Territorium besonderes Interesse daran, die guten und groben Sorten zu schützen und den leichten den Eintritt zu wehren. Gar bald erwiesen sich nun alle hierauf gerichteten Maßnahmen als unzureichend; selbst die härtesten Strafen waren bei der Unsicherheit aller öffentlichen Verhältnisse nicht im Stande, die neuen leichten Sorten fern zu halten und den schweren den Austritt über die Grenzen zu wehren.

So blieb denn den einzelnen Regierungen nichts weiter übrig, als trotz der harten Maßnahmen, welche über Speculanten und Geldhändler verhängt wurden, den Unfug mitzumachen und gleichfalls Schrot und Korn zu vermindern. Damit hatte man sich aber auf eine Bahn begeben, welche nur allzu schnell dem vollständigen Verderben entgegen führte.

Auch die fürstbischöfliche Regierung zu Halberstadt bot alles auf, um dem verderblichen Geldhandel und dem damit verbundenen Wuchertreiben der Münzer entgegen zu wirken. Andreas Kippe,[1] welcher zuerst mit dieser Angelegenheit betraut wurde, formulierte jedoch einen Eid, durch welchen selbst der redlichste Geschäftsmann zu Falle gebracht werden konnte. Der Beschuldigte mußte erstens schwören, niemals gute und vollwichtige Reichsmünze jeglicher Art vom Thaler bis zum Pfenning herab weder selbst noch durch andere eingeschmolzen zu haben. Er mußte ferner bekräftigen, niemals mit Wissen und Willen grobe Münzsorten eingehandelt und mit einem Agio in geringen und kleinen Sorten bezahlt zu haben. Es wurde eine eidliche Bekräftigung gefordert, daß der Beschuldigte bei Zahlungen niemals gute Münze gegen schlechte ausgekippt, ausgewippt oder ausgewogen habe, d. h. daß er sich niemals über den Feingehalt der unendlich verschiedenen Sorten, in denen Zahlungen stattfinden konnten, unterrichtet habe. Die vier letzten Puncte thun die verfängliche Abfassung dieses Eides am besten in ihrem Wortlaute dar. Sie lauten: „5. daß ihr für euch oder die eurigen niemals einige schwere Gelder auf die hiesige oder andere Münze gebracht, auf einen oder mehr Thaler ein gewisses Aufgeld genommen, viel weniger den Münzern die schweren Gelder nach Mark oder Gewicht verkauft; 6. daß ihr keinem einzigen Münzer hier oder anderswo

1) Das Folgende größtentheils nach „Relatio In Fürstlicher Braunschweigischer vndt Eines Hoch- vnn Erwürdigen DomCapitulls der Bischofflichen Hohen Stifftskirchen zue Halberstadt angeordneter vndt reassumirter gnedigsten vndt gnedigen Commission ꝛc. Contra Die Kipprechnung vndt denjenigen, so dieselbigen gehalten, insonderheit Andreßen Kipp. Städtisches Archiv in Halberstadt. Auch das Staatsarchiv in Magdeburg enthält eine Abschrift.

mit Fürsetzung eines Stück Geldes wenig oder viel Fürschub gethan, damit die geringen Schreckenberger gemacht werden mögen; 7. daß ihr insgemein keinem Juden, Christen oder Münzer zu Ueberkommung schwerer Gelder die geringste Nachrichtung nicht gegeben, noch sonsten verursachen helfen, daß die gute Münze wenig oder viel auf dem Lande oder sonsten hinweg gebracht, dagegen die geringe eingeführt werde; 8. daß ihr endlich nicht wissend gesehen, gehört noch erfahren, daß jemand sich obgedachter Maßen der Münzhandlung gebraucht hat."

Konnte jemand jede einzelne dieser Fragen mit Nein beantworten, so hatte er zum Schluß noch einen leiblichen Eid darauf zu leisten, daß er überhaupt in allen angegebenen Puncten unschuldig sei. In diesen Normen, welche nicht nur den Geldhandel und das Geldwechseln, sondern sogar verdächtiges Geldsortieren und irgend welche vielleicht ganz unbewußte Unterstützung von Münzern oder eine unschuldige Veranlassung, daß eine Summe gutes Geld über die Grenze geschickt wurde, mit Strafen belegten, waren für die Gesetzvollstrecker Handhaben genug vorhanden, binnen kürzester Frist sich und das Gesetz allen furchtbar zu machen. Beides sollte leider im Stift Halberstadt nur allzubald eintreten. Bereits im Frühjahr 1619 wurden hier nämlich die rechtlich vollständig begründeten Verbote dieser Geldwucherei in einer Weise zur Anwendung gebracht, die jedem Besitzenden Schrecken einjagen und Handel und Wandel vollständig lahm legen mußte. Es begann hier im Namen des Gesetzes und von seinen unmittelbaren Vollstreckern ein man kann es nicht anders nennen als organisiertes Raubwesen, welches zuletzt sogar unter Verhöhnung aller gesetzlichen Formen nur den Zweck verfolgte, die fürstlichen Kassen möglichst zu füllen.

Bereits am 6. März 1619 wurde eine bedeutende Summe von Kippgeldern — 2,265 Thlr. 3 Mgr. —, welche von Leipzig kamen, confisciert; weitere Confiscationen folgten am 9. und am 14. Juni. Am 5. Juli desselben Jahres wurden vier Fuhrleute aus Artlenburg, welche zu Naumburg Kramwaare geladen hatten und ebenfalls verdächtig erschienen, angehalten. Der Amtsschreiber zu Gröningen, Henning Dommeyer, ließ die Fässer, welche man auf ihren Wagen fand, in Gegenwart des Notars Johannes Ristenpaht öffnen, und man entdeckte in einem Fasse einen eisernen Geldkasten. Auch diese Truhe öffnete man im Beisein von Notar und Zeugen: ihr Inhalt bestand aus 6 mit chaldäischen Schriftzügen bezeichneten Beuteln, welche große halbe Batzen und halbe Kreuzer enthielten. Der Fuhrmann wollte das Geld kurz vor der Abfahrt von einem Kaufmanne aus Lüneburg empfangen haben, dessen Namen er vergessen

hätte. Seiner Aussage zu Folge sollte er zu Lüneburg bei der St. Johanniskirche auf dem Sande wohnen. Allein auch dieser war nach den weiteren Mittheilungen des Fuhrmanns nicht der wirkliche Besitzer, sondern ein „junger Kerl," welcher den lüneburger Kaufmann dazu erkauft hatte, das Faß mit seiner Marke zu versehen; vielleicht wollte indessen der Fuhrmann durch diese Angaben wenigstens die übrigen Waaren des Kaufmanns retten. Wie dem nun aber auch sein mochte, die sechs Beutel wurden immer noch unter Anwesenheit von Notar und Zeugen versiegelt in der Silberkammer des Schlosses zu Gröningen deponiert. Hier blieben sie jedoch nur unversehrt bis zum 17. Juli d. J. An diesem Tage wurden drei Beutel geöffnet, und von dem Kanzler und den Geheimen Räthen unter Abfassung eines Protokolls 2,500 Thlr. aus ihnen entnommen, während der ganze Betrag die Summe von 4,098 Thlr. 7 Ggr. 4 Pf. ausmachte. In den andern Fässern befand sich Leinwand, Macheyer, grüngewirkte Teppiche und Tischlaken, Parchent, Schier, schwarze Leinwand, Zwelch, Knippols, aber auch Pflockpfeifen, Schreibkästchen u. dgl. Zwölf Kaufleute hatten an der Ladung Antheil.

Hierauf hielt man auch andere Fuhrleute an, welche von Naumburg kamen und auf Hildesheim geladen hatten, und untersuchte ihre Waaren.

Weitere Confiscationen hatten am 13. August d. J. zu Schwanebeck und am 27. August an einem nicht näher angegebenen Orte statt. In Stapelnburg wurden im Jahre 1620 Judengelder bis zum Betrage von 5,685 Thlr. 19 Gr. aufgegriffen und nach Gröningen gebracht. Einem Juden Namens Nathan aus Hildesheim war ebenfalls eine Summe confisciert worden, die er aber durch Kippe's Vermittelung wider erhalten zu haben scheint. Johannes Küster, Zollverwalter des Zollhauses am Neuen Damm, erhielt schon vorher durch die fürstliche Regierung Nachricht, daß demnächst zwei Wagen und zwei Karren mit Kippgeldern anlangen würden. Gegen Ostern 1620 erschienen sie; es waren sogenannte Tirjackenwagen. Der Fang, den man mit ihnen machte, war sehr beträchtlich. Nicht weniger als 18,000 Thlr. betrug diesmal die Summe, welche die Wagen in sich hielten. — Vor Bartholomäus desselben Jahres erschien ein aus Goslar gebürtiger Jude, der in seine Heimat nach Preußen reisen wollte, ebenfalls am Zollhause des Neuen Dammes. Ihm wurden durch den Amtmann Dietrich Prigge und Johann Grohe 1,500 Thlr. schweres Geld samt Calesche und zwei Pferden und dazu seidne Waaren, Strümpfe, Bettzeug, kurz all sein Hab und Gut weggenommen. An derselben Stelle hielt man einen Anderen, Gert Gödeke, bei seiner Rückkehr von

der leipziger Ostermesse an und brachte ihn gefänglich ins Amt Schlanstedt, wo er 1,184 Thlr hergeben mußte, von denen er jedoch einen Theil wider erhielt. Später hielt man am Neuen Damm noch 22,000 Thlr., die einem wolfenbütteler Jubelier Henny Wichmann gehörten, an, gab sie aber wol nach einiger Zeit wider frei. Bei all diesen Confiscationen scheint die Beschaffenheit der aufgegriffenen Summen durchaus gleichgiltig gewesen zu sein. Leichte Sorten waren so wie so dem Gesetze verfallen, und die schweren confiscierte man, weil man sie nicht in leichte verwandeln lassen wollte. So mußte der Besitz einer größeren Summe in gemünztem oder ungemünztem Gelde alle Mal verderblich werden.

Gar manchem wurde diese eigenthümliche Handhabung der Gesetze in einer freilich sehr kritischen Zeit die Veranlassung zum vollständigen Ruin. So ließ am 2. Juni des Jahres 1624 ein gefangener Soldat Berthold Schmidt, dem eines räuberischen Ueberfalls zwischen Halberstadt und Ströpke wegen das Leben aberkannt war, den Notar Konrad König in Halberstadt rufen, um ihm einige Notizen über sein Leben, die auch mit diesen Verhältnissen im engsten Zusammenhange stehen, mitzutheilen. Demnach war ihm ungefähr am 20. November des Jahres 1620 vom Pedell Arnd Friese eine Summe von über 400 Thalern, ja sogar das Pathengeld seiner kleinen Kinder aus seinem Hause abgeholt worden. Die Folge davon war, daß er sein Geschäft, — er war Branntweinbrenner, mästete dabei Schweine und verhandelte sie dann, — nicht fortsetzen konnte und Armut halber Kriegsdienste nehmen mußte. Durch die Unterstützung wolthätiger Menschen brachte er es dahin, mit zwei Pferden aufziehen zu können, erhielt aber in Brabant eine Wunde und kam so wider heim. Als die Werbungen des niedersächsischen Kreises begannen, ließ er sich mit Zuthun des Rittmeisters von Hünecke und Anderer von Neuem unterstellen, wurde aber bald darauf seines Vergehens halber eingezogen. Hätte man ihm nicht all seine Habe in so unverantwortlicher Weise abgenommen, so wäre das ganze Unglück nicht über ihn gekommen, behauptete er. — Ein armer Krämer, Heinrich Halffmann aus Halberstadt, der Sonntags vor Martini nach Hornburg zu Markte gezogen war, hatte einen Verlust von 130 Thlr. an baarem Gelde und über 100 Thlr. an Waaren zu beklagen. Er war durch den Amtmann Andreas Kruse aufgefangen worden.

„Weil ich denn zwar kein Kipper oder Wipper bin — gab M. Nickel Ingermann den 24. Mai 1624 zu Protokoll, — dennoch aber von dem Sekretär Andreas Kippe in die Kippzunft auch eingewickelt und geschrieben worden, so bedinge ich erstlich wider solche schmähliche Injurien und sage

mit beſtandener Wahrheit, daß der ermeldete Andreas Kippe, der Meier Stephan Lakemacher und der Amtmann zu Schlanſtedt, Dietrich Prigge, mich durch zugenöthigte Gewalt auf dem Hauſe Schlanſtedt in dem Backhauſe durch M. Hans Heimburger auf die Leiter ſpannen und darum, daß ich alte Schindpferde gehabt, mich torquieren und befragen laſſen, ob ich auch wiſſentlich vom gehenkten Diebe Heinrich Scharenberg zu Oſchersleben geſtohlene junge Pferde gekauft und denſelben dazu und zum Straßenraube gehalten hätte, deſſen ich mich im Gewiſſen und Herzen unſchuldig befunden. Und wie ſie nicht an mir haften können, haben ſie mich gefänglich und geſchloſſen ſitzend hingehalten und mich dahin, wann ich anders los ſein wollen, gezwungen, daß ich ihnen durch Matthias Bertramb in Halberſtadt 500 Reichsthaler Species, und nach meiner Erledigung ich ſelbſt noch dazu 100 rheiniſche Goldgulden mit Hilfs-Zwange an den Amtmann zu Aſchersleben bezahlen, auch demſelben noch etliche Goldgulden, ſo er nicht für gut geachtet, beſſern müſſen, aber gar nicht, wie ſie berechnet, leichte eilfthalb Hundert ſchreckenberger Thaler entrichten müſſen. Und wenn Matthias Bertramb die 500 Thaler in der Canzlei entrichtet, das wird er wiſſen, weil ich damals gefänglich geſeſſen, und meine Hausfrau wegen dieſes Gewalts und Schreckens Todes verfahren iſt."

Die Diener der öffentlichen Gewalt waren von dem Herannahen ihrer Opfer genau unterrichtet. Spione machten ſchon im Voraus Anzeige, und die von den Meſſen zurückkehrenden Kaufleute liefen vornehmlich im Anfang nichts ahnend in den ihnen gelegten Hinterhalt. So hatte Andreas Kippe einen Juden, Abraham Gahimb, für derartige Spionage beſonders geworben. Auf ſeine Veranlaſſung wurden einem hamburger Kaufmanne, als er nach dem Peter-Paulmarkte des Jahres 1619 von Naumburg durch das Halberſtädtiſche zurückkehrte, bei dem Schloſſe Gröningen nicht weniger als 5,364 Thaler in Apfelgroſchen, halben Batzen und halben Kreuzern abgenommen. Nach ſeiner Behauptung war es durchaus nach des Reichs Schrot und Korn geprägte ausgebige gute Münze.

Handel und Wandel lag natürlich unter dieſen Verhältniſſen gar bald vollſtändig darnieder. Da es für einen Handelsmann gefährlich war, ſich mit größeren Summen aus dem Stift zu begeben oder ſie wol gar zu verſenden, half man ſich einſtweilen mit Creditbriefen. Der Bürger und Fleiſcher Heinrich Sponitz in Halberſtadt, welcher in Zerbſt Rindvieh kaufen wollte, aber kein Geld mit über Land zu führen wagte und auch der Sorten wegen in Verlegenheit war, bat geradezu das Domcapitel um derartige Creditſchreiben. Die Domherrn ſtellten ihm dieſelben auch bis

zum Betrage über 400 Thlr. aus und sicherten dadurch den Verkäufern die gewisse Zahlung der Kaufsumme. In ähnlicher Weise halfen sich Kaufleute auch in den nächsten Jahren. — Im December 1621 mangelte es diesen Verhältnissen zufolge in Halberstadt so sehr an Fleisch, daß die Unterthanen der Aemter Dardesheim und Harsleben Erlaubniß erhielten, sich Mittwochs und Sonnabends in der Burg mit gutem Fleisch einzufinden. Im Anfange des folgenden Jahres war für das schlechte Geld weder Bier noch Broihan in der Stadt zu haben, und das Domcapitel sah sich genöthigt, die eignen Vorräthe Preis zu geben. Die Krüger in den Stiftsdörfern, welche ihr Bier aus den Capitelsbrauereien beziehen mußten, hatten natürlich ebenfalls in leichtem Gelde gezahlt, ohne jedoch ihrerseits dergleichen Zahlungen anzunehmen. Vielmehr hatten sie es, um Verlusten möglichst vorzubeugen, vorgezogen, die Zechen ihrer Gäste auf dem Kerbholze zu vermerken. Als sich nun im Laufe des Februars 1622 die Verhältnisse zu bessern anfingen, begannen die schlauen Wirthe die creditierten Summen in vollgiltiger Reichsmünze einzutreiben. Das Domcapitel verbot diese eigenthümliche Art des Wuchers, erklärte aber am 15. Februar 1622 seinerseits, von nun ab ebenfalls nur schweres Geld in Zahlung annehmen zu wollen. — Da das Silber allmälig vollständig aus dem Verkehr verschwand, wurden selbst bedeutende Summen in Kupferdreiern ausgezahlt. Ein Hauskauf, der nur mit leichtem Geld und zwar wahrscheinlich nur mit Kupferstücken berichtigt worden war, wurde noch am 3. December 1623 von Christian von den Niederlanden aus für ungiltig erklärt.

Die durchaus gewaltsame und jedem gerichtlichen Verfahren Hohn sprechende Art und Weise, in welcher diese Confiscationen allmälig vorgenommen wurden, machten das Stift zu einer wahren „Raub- und Mördergrube," wie man sich später ausdrückte. Bewaffnete Schaaren durchzogen das platte Land, um Verdächtige und Unverdächtige aufzugreifen und anzuhalten.

So stießen am 26. Mai vier Reiter bei dem Hause Langenstein auf den Münzmeister von Ellrich, Lorenz Werneier, und entzogen ihm ohne Weiteres seine Baarschaft, um sie auf das Haus Langenstein zu liefern Noch schlimmer erging es aber dem ehemaligen herzoglich altenburgischen Münzmeister, Gert Huhn (Huen), der am 17. Juni 1621 des Morgens früh um 4 Uhr durch Hartman Hornebörstel und 7 Reiter im Kruge zu Ströpke überfallen und aufgehoben wurde. Er war vom Herzog von Altenburg Michaelis 1620 als Münzmeister angenommen worden und

hatte 3/4 Jahre als „Reichsoheim" auf dem deutschen Hofe zu Altenburg in Arbeit gestanden. Als er darauf seinen Abschied bekam, begab er sich mit Frau und Kind und seiner fahrenden Habe nach Hildesheim, wo er ansässig war. Seine Wächter, die ihn jetzt mit Aufbietung der Bauern bedrohten, beriefen sich dabei ganz besonders auf Herzog Christians Befehle. So mußte Huhn sich denn nothgedrungen mit nach Langenstein auf den Weg machen; allein noch auf freier Straße begann bereits die Plünderung. Nicht nur die Pferde und das Gewehr, ferner Ringe, Hüte und Mäntel, sondern sogar die Hosenbänder, kurz alles, was er und die Seinigen nur um und an sich hatten, wurde ihnen weggenommen. Da dieser erste Act nicht den erwarteten Ertrag eingebracht hatte, wurde Huhn gefangen gesetzt und mit dem Diebhenker bedroht. Ja man drohte, ihn brennen zu lassen, wenn er nicht angeben würde, wo er sein Gut verborgen habe. Vergebens betheuerte der Angeklagte, daß er sich im Stift Halberstadt überhaupt nur dies Mal und zwar auf der Durchreise aufhalte; vergebens berief er sich auf den ihm vom Herzoge von Altenburg in aller Form ausgestellten Abschiedsbrief: die Reuter bestanden darauf, daß sie Befehl hätten, den Münzern alles abzunehmen und sie auch an Leib und Leben zu strafen, und — Gert Huhn mußte diesen eigenthümlichen Dienern der Gerechtigkeit sogar noch 5,000 Thlr. von Leipzig holen lassen. Selbst das Hausgeräth, welches der Arme mit sich führte, wurde confisciert; auch der Köchin, die doch den Münztiegel gewiß niemals berührt hatte, wurde ihr Vorrath an Leinwand, ferner 10 Thlr. baares Geld und verschiedene Kleidungsstücke geraubt.

Kippe und sein Anstifter Wietersheim besaßen nicht einmal so viel Scham, sich selbst von der unmittelbaren Berührung mit solchen Scenen fern zu halten. Im April des Jahres 1621 kehrte der Generalwardein des niedersächsischen Kreises, Andreas Lafferdes (Laffers), vom Kreistage zu Lüneburg zurück und reiste durch das Halberstädtische nach seiner Heimat Goslar, wo er Bürgerrecht hatte. Zwischen Hornburg und Rimmeke wurde jedoch auch er durch vier Reiter mit Pistolen und aufgeschlagenen Hähnen überfallen. Trotzdem glückte es ihm sich nach Hornburg zu retten. Bald zeigten sich jedoch auch Wietersheim und Andreas Kippe hier und ließen den Generalwardein am andern Tage auf das Amthaus zur Mahlzeit laden, wo derselbe natürlich seine Begegnung mit den vier Reitern auf kaiserfreier Straße ohne Rückhalt mittheilte. Lafferdes erhielt das Versprechen, daß der Kanzler den Reitern ihre Gewaltthätigkeit ernstlich werde verweisen lassen. Nach der Mahlzeit begleiteten sie ihn noch ein Stück Weges

und ritten dann beide nach Halberstadt. Nun hatte Lafferdes in Hornburg bei Tische des Empfangs seiner Besoldung, die sich auf etwa 80 Reichsthaler belief, Erwähnung gethan. Da befahl der Kanzler dem Amtmanne zu Hornburg Lafferdes' dortigen Wirth mit Thurm und schwerem Gefängniß zu bedrohen, wenn er das Geld nicht herausgebe. Glücklicher Weise hatte jedoch der Kreismünzmeister nichts zurückgelassen.

Vierzehn Tage mochten ungefähr hierüber hingegangen sein, als Lafferdes Dinstags in der Pfingstwoche zu Berßell in der Nähe von Osterwiek Mitternachts um 1 Uhr von 300 osterwiekischen und andern benachbarten Bauern gewaltthätig überfallen, in Ketten geschlossen und erst nach Osterwiek, von da aber nach Schlanstedt und endlich nach Gröningen geführt wurde. Hier theilten ihm nun Wietersheim, der Meier Stephan Lakemacher und Kippe persönlich mit, daß sie ihn schon lange vergebens in ihre Gewalt zu bekommen gewünscht hätten. Mit staunenswerther Offenheit bekannten sie sich als die Urheber der Gewaltmaßregel. Verbotene Münzhändel und Wechselgeschäfte waren die Vergehen, welche man auch dem obersten Münzbeamten des ganzen niedersächsischen Kreises zum Vorwurf machte. Vor sechs Jahren, während Lafferdes in stollbergischen Diensten stand, sollte er mit einer dieses unehrlichen Geschäfts halber berüchtigten Frau in Halberstadt, der Segersken, verbotene Wechselei getrieben haben. Auf sein Läugnen sagte der Kanzler ganz offen zu ihm, er möge vorwenden, was er wolle, der Rath von Goslar und seine eigne Verwandtschaft möge anstellen, was sie wollten, sie hätten ihn nun und würden ihn nicht loslassen, bevor er sie nicht befriedigt habe. Als er sich abermals vertheidigte, nahm ihn Kippe bei der Hand, führte ihn ein wenig abseits auf einen Gang und sagte lachend zu ihm: „Gebt uns tausend Thaler, so wollen wir euch morgen auf einem Amtwagen wider dahin führen lassen, woher wir euch geholt haben." Der Meier Lakemacher erklärte freilich, er müsse nicht nur Geld geben, sondern auch peccavi sagen. Man drohte ihm im weiteren Verlauf der Sache mit dem Diebhenker und stellte ihm Sterben und Verderben in Aussicht. Endlich lieh die Frau des Wardeins noch 1,000 Thlr., um die Unholde zu befriedigen. Vor seiner Freilassung aber schoben sie ihm noch einen Eid zu, der ihrem verbrecherischen Treiben Straflosigkeit sichern sollte. Lafferdes mußte schwören seine schmähliche Behandlung weder in noch außerhalb Rechtens rächen zu wollen. Bevor er jedoch seine Finger erhob, protestierte er feierlichst und erklärte dem Amtmanne, er bezeuge ihm vor Gott, daß der Inhalt des Reverses auf Unwahrheit beruhe. Daß ihm Gewalt und Unrecht geschehen sei, darauf

wollte er schwören. Hierauf erwiderte der die Verhandlung leitende Amtmann Georg Keibel, er könne nichts darzu: Lafferdes möge so hinschwören, daß er wegkäme. Das scheint denn auch in der That geschehen zu sein.

Allein der Münzwardein beschwerte sich bei dem niedersächsischen Kreise und verklagte endlich die ganze Gesellschaft bei dem kaiserlichen Kammergericht. Auch derartige Aussichten hielten jedoch Wietersheim und Kippe nicht von neuen Gewaltacten zurück.

Die Kreisverfassung — das zeigt sich deutlich auch in dieser gegen Wietersheim angestellten Klage — war lange nicht straff genug, um gewaltthätige, ja selbst verbrecherische Handlungen eines Beamten eines Einzelstaates zu verhindern. Unter dem 15. October 1621 berichtete Lafferdes dem niedersächsischen Kreise ausführlich über die Plackereien, die ihm Wietersheim selbst nach jenem ganz ungerechtfertigten Eide zugefügt hatte. Der Kanzler hatte nach der Freilassung des Wardeins den Krüger zu Berßell zu einer Anklage verhetzt, so daß er Veranlassung fand, den Wardein von Neuem ins Gefängniß zu setzen. Dies Mal wurde er durch die Caution des Hofprocurators Johann Grunow (?) zu Halberstadt frei. Aber der Kanzler erklärte trotzdem abermals, wenn er dem Krüger zu Berßel keine anderweitige Caution in Halberstadt stelle, werde man ihn von Neuem gefangen nehmen. Darauf floh Lafferdes nach Goslar. Jetzt legte Wietersheim Beschlag auf Getreide, welches der Wardein zu Berßell liegen hatte, und enthielt ihm trotz der Verwendungsschreiben Christians von Minden und selbst Friedrich Ulrichs, trotz der vom Rath der Stadt Goslar angebotenen Caution sein Eigenthum vor. Lafferdes bat nun den niedersächsischen Kreis, dem Kanzler in seinem ungerechten Gebahren Einhalt zu thun und ihn anzuhalten, die von ihm erpreßten 1,000 Thlr. samt einer Summe von 150 Thlr., welche er für eine frühere Weinlieferung von dem Kanzler und Kippe zu fordern hatte, widerzuerstatten. Auch suchte er um Aufhebung des auf seine im Stift Halberstadt befindlichen Güter gelegten Arrests nach und bat jenen Krüger von Berßel mit seinen unbefugten Klagen nach Goslar zu verweisen. Dagegen erbot er sich einem Jeden mit Leib und Leben, Haab und Gut zu Recht zu stehen; nur verlangte er freilich zuvor sicheres Geleit. Schon am 26. September erließ der niedersächsische Kreis ein derartiges Verwendungsschreiben an die halberstädtische Regierung für seinen geplagten Kreiswardein, und auch der Herzog Christian von Celle, dessen Specialwardein Lafferdes zu gleicher Zeit war, unterstützte diese Bemühungen auf dieselbe Weise. In

einer ſpäteren Kreisverſammlung zu Braunſchweig wurde ferner in der That über die Sache verhandelt, aber mit ſo viel Formfehlern, daß beinahe Lafferdes ſelbſt noch in Schaden und Nachtheil gekommen wäre. Der Kanzler, der in eigner Perſon anweſend war, beſchwerte ſich gleich im Voraus, daß man die Bittſchrift des Wardeins, ohne ihn ſelbſt vorher gehört zu haben, zu Protokoll genommen habe. Auch jetzt behauptete er noch in der ganzen Angelegenheit ſo verfahren zu ſein, wie er es vor Gott und Menſchen, den Kaiſer nicht ausgeſchloſſen, verantworten könne. Die Kreisverſammlung aber hielt es für das Beſte, da die Sache bereits bei dem Kammergericht anhängig ſei und nicht vor den Kreis gehöre, über ſie zur Tagesordnung überzugehen. Und weil die Bittſchrift des Wardeins ohne beſondern Befehl des Kreisdirectoriums zu Protokoll genommen worden war, wurde ſie ſogar vollſtändig aus den Acten entfernt. Nur der Forderung des halberſtädtiſchen Kanzlers, Lafferdes ſeines Dienſtes zu entlaſſen, weil er das ſelbſt verübt habe, was man an Andern ſtrafen ſolle, ſetzte man Widerſtand entgegen.

Acht Wochen lang wurde ferner ein Anderer, Hans Bergemann, auf dem Langenſtein gefangen gehalten; endlich brachte man ſeinen Jungen durch Drohungen zu dem Geſtändniß, daß ſein Herr 3,500 Thlr. doppelte Schreckenberger zu Oſterwiek ſtehen habe. Sie wurden natürlich eingezogen. Bergemann drohte man geradezu den Kopf abſchlagen zu laſſen. Auch er beſtritt heimlich gemünzt zu haben und berief ſich auf die Grafen von Mansfeld, die ſeine Abnehmer geweſen ſein ſollten.

Auch Clement Giebler hatte die beiden Wächter der öffentlichen Sicherheit, Wietersheim und Kippe, beim kaiſerlichen Kammergericht zu Speier wegen 2,075 Thlr., die ihm auf dem Zollhauſe bei dem Neuen Damm abgenommen worden waren, verklagt. Er behauptete ſeinen Widerſachern gegenüber das Geld in Zahlung empfangen zu haben, mußte aber noch ſpöttiſche und höhniſche Worte obenein in den Kauf nehmen. — Einen anderen Unglücklichen, Hans Löbrich, dem man etwa 250 Thlr. an Schreckenbergern und Bruchſilber weggenommen hatte, hielt man ebenfalls vom 20. März 1620 an längere Zeit in Halberſtadt gefangen.

Schlimmeres hatte noch ein goslariſcher Bürger, Chriſtoph Meyer, zu erdulden. Sonntag nach Mariä Verkündigung 1620 kam er von Staßfurt und führte 750 Thlr. ſchweres Geld, welches er dort erhalten hatte, bei ſich. Er legte bei dem Amtmann Jacob Prigge zu Schadeleben, der ihn zu Gaſte gebeten hatte, ab, ſpürte aber bei ſeiner Ankunft ſofort, daß ein Anſchlag gegen ihn im Werke ſei. Die Frau des Amt-

manns empfing ihn zwar freundlich, theilte ihm aber auch zugleich mit, daß von Halberstadt aus der Befehl zu seiner Verhaftung ergangen sei. Er wurde demnach zuerst nach Gatersleben und von da nach Gröningen gebracht, blieb aber volle $8^1/_2$ Wochen seiner Freiheit beraubt. Endlich ließ man ihn in gleicher Weise wie den niedersächsischen Kreiswardein Urfehde schwören und entließ ihn wider natürlich aber ohne Geld und Pferde. — Ein goslarischer Jude, Magnus Schay, welcher 1624 bereits verstorben war, hatte drei Boten mit Geld an einen Juden Salomon nach Köthen geschickt. Da man aber dahinter gekommen war, lauerte man ihnen im Halberstädtischen auf und traf sie in der Nähe von Winningen und Rohrsdorf auch glücklich an. Zwei Reiter nahmen ihnen dort mit gezogenen Pistolen in der Hand auf freiem Felde das anvertraute Gut ab. Sie wurden als der Amtsschreiber von Gatersleben, Andreas Kreihe und Julius Worche, ebenfalls Amtsschreiber auf einem bischöflichen Gute, erkannt. Die Beraubten sagten später vor Gericht aus, daß sie von den Reitern mit dem Tode bedroht worden wären, wenn sie nicht sofort wider nach Hause ziehen, sondern sich vielleicht nach Schadeleben wenden würden. An die Bäume sollten sie nach dem schnellfertigen Urtheilsspruche dieser bewaffneten Richter gehenkt werden. Eine Frau, welche dabei Botendienste leistete und das Geld der Sicherheit wegen auf bloßem Leibe trug, wurde genöthigt sich auf freiem Felde auszukleiden und die Geldwülste abzulegen. Achthundert Thaler hatten die beiden Amtsschreiber bei ihnen gefunden.

Am 3. Juli 1621 machte man einen besonders guten Fang in der Nähe von Osterwiek und brachte dort vierzehn Beutel in Sicherheit. Neun Soldaten waren zu diesem Behuf auf den Anschlag geritten, die natürlich auch auf Kosten der Beraubten ihre Besoldung erhielten. Sie betrug für jeden 270 Thlr. in der damals üblichen leichten Währung.

In der Zeit um Galli 1621 wurde Matthias Alsleben aus Quedlinburg in der Nähe von Haus Neindorf 8 Centner an gemünztem und ungemünztem edlen Metall und dazu noch 400 Mark Silberschrot confisciert. Ein Bürger von Halberstadt war dieser Wirren halber genöthigt gewesen Haus und Hof zu verkaufen und hatte zwei Laden mit Geld bei einem Verwandten, dem Pastor zu Anderbeck, in Verwahrung gegeben. Er reiste darauf nach Haldensleben und führte seine Kisten mit sich. Als er nach Wulferstedt gekommen war, wurde er derselben beraubt und ins Amt Crottorf gebracht. Nur eine derselben erhielt er zurück, die andere wurde nach Halberstadt geführt um dort ihres besten Inhalts entledigt zu werden. Nun erschien aber auch Kippe mit Reitern und Musketieren

auf der Pfarre zu Anderbeck und ließ auch den Pfarrer durch einen leiblichen Eid bekräftigen, daß der Beklagte hier nichts mehr verborgen habe. Später wurden einige Reiter von Kloster Hauseburg aus nach Elbingerode gesendet, welche den Münzmeister dieses Ortes, Henrich Gräfe, mit einigen Begleitern auf freier Straße antrafen und auf 1,800 Thlr. an Werth von ihnen entnahmen. Man suchte den Angeklagten auf dem Petershofe zu Halberstadt ebenfalls mit dem Diebhenker zu schrecken, um ihn so zu nöthigen, seine Mitschuldigen namhaft zu machen. Gräfe behauptete aber trotzdem in seiner Vernehmung, daß er nicht das allergeringste im Stift, viel weniger in Halberstadt selbst vermünzt oder gewechselt habe. Auf die Frage, ob er nicht in Köthen Geldgeschäfte gemacht habe, antwortete er: er habe in dieser Stadt niemals einen Menschen mit Geld gesehen, außer den Herrn Kanzler selbst mit einigen hundert Thalern in einem dortigen Gasthause. Was dieser daselbst verrichtet habe, werde er und diejenigen vom Schlosse, welche den Verkehr mit ihm unterhielten, wol wissen. Später aber erklärte er: „Mir ist mehr denn zu gewiß, daß Kippe und seine Gesellschaft Kipper- und Wipper-Verleger gewesen, in Maßen sie mit Juden und Judengenossen gehandelt; gestalt der Kanzler selbst laut seiner eignen Ausreden Henning v. Rheden etliche 100 gute Gulden vorgesetzt, und, wie er geklagt, darum betrogen worden. Wie denn auch der Citator mir selbst alt Geld anerboten, und da ich mich entschuldigt, es wären solche Händel verboten, er gesagt, es wäre dem verboten, der nichts hätte.“ Der Beklagte behauptete später ganz offen, Kippe und sein Diener Heinrich Holzhausen hätten sich mit seiner Armuth bereichert und ihn an den Bettelstab gebracht. Ganz ähnliche Anklagen sprach auch Claus Oppermann aus.

Nach allen diesen Einzelheiten, die noch sehr leicht vermehrt werden könnten, scheint es fast unnöthig zu versichern, daß der Kanzler v. Wietersheim samt dem Sekretär Kippe und allen andern Helfershelfern der allergemeinsten Bestechlichkeit zugänglich waren. Nicht zufrieden damit, die harten vieldeutigen gesetzlichen Bestimmungen gegen Schuldige und Unschuldige ohne Nachsicht zur Geltung zu bringen, suchten sie auch dabei ihren eignen Nutzen und fanden ihn — wir dürfen es nach den Zeugnissen, die uns über ihr Schalten und Walten heute noch zu Gebote stehen, ohne Bedenken annehmen — reichlich genug. Der bereits oben erwähnte Claus Oppermann wollte dem Kanzler 300 Thlr. zur Verehrung gegeben haben. Der Bürger und ehemalige Schneider Hans Dasselmann in Halberstadt zahlte ihm der eignen Aussage zu Folge

100 Thaler. Der halberstädtische Kanzler zeigte sich in Braunschweig öffentlich in einer Kutsche, vor welche ein dem ehemaligen altenburgischen Münzmeister Gert Huhn abgenommenes Pferd gespannt war. Der frühere Besitzer mußte es mit eignen Augen sehen. Ja es ist sogar mehr als gegründeter Verdacht vorhanden, daß derselbe Kanzler, welcher Kraft seines Amts die durch das halberstädtische Gebiet geführten aufgewechselten Summen aufheben ließ, heimlich selbst verbotene Münzhändel trieb und die aufgegriffenen schweren Sorten nur benutzte, um leichte daraus prägen zu lassen. Der Münzmeister auf dem Calenberge im Braunschweigischen behauptete wenigstens, daß jener halberstädtische Beamte Hillefeld ganze Laden voll Reichsthaler und schweres Geld von Halberstadt nach dem Calenberge gebracht und an ihn sowie an hildesheimische Juden verhandelt habe, um leichtes Geld daraus schlagen zu lassen. Dabei versicherte er, es käme von dem Kanzler Anton v. Wietersheim und dem Sekretär Andreas Kippe „und könnte ich selbst wol gedenken, daß es sein allein nicht gehöre." —

Dem Kanzler wurden dergleichen verdächtige Gaben und Geschenke wol öfters noch durch Mittelspersonen zugestellt, eine Delicatesse, welche bei Kippe nicht nöthig war. Ulrich Bergmann hebt es besonders hervor, daß er in eigner Person dem Sekretär in dessen Hause „auf der Dehle" eine Verehrung von zwei herrlichen ungrischen Ducaten eingehändigt habe, die er selbstverständlich auch annahm. 200 Thaler erhielt Kippe ferner von Claus Oppermann, 40 Reichsthaler von dem Münzer Hans Dasselmann. Derselbe hatte dem eben erwähnten Hillefeld, mit welchem er im Geheimen Geschäfte trieb, 4,000 Thaler baar als Verehrung entrichtet und dazu noch 200 Reichsthaler und zwei silberne, ganz vergoldete Pokale und endlich noch einmal 100 Thaler. Auch hiermit war jedoch die Sache noch nicht abgemacht. War der Kanzler und seine ganze Beamtenschaar bestechlich, so durfte man den auf der allerunterssten Stufe der Diebesleiter stehenden Kanzleicitator Arnd Friese auch nicht vergessen. Er wurde daher sehr häufig und zwar mit verhältnißmäßig ziemlich hohen Summen, z. B. auch von jenem Hans Dasselmann mit 10 Thaler, bedacht.

Bisweilen theilten sich diese saubern Diener der öffentlichen Sicherheit ganz brüderlich in ihren Fang. So hatte man, wie bereits oben erzählt wurde, jenem Juden, der in Begleitung zweier anderer Juden von Goslar angeblich nach Preußen reiste, nicht nur 1,500 Thaler, sondern auch die Calesche, worin er mit seinen Begleitern saß, und seine

übrige Habe genommen. Das Bettzeug, die seidenen Strümpfe, Leinwand und andere Kleidungsstücke behielt Hans Bönnstidt, der damals im Amt Schlanstedt Voigt war, und empfing auch noch den Mantel des Juden obenein. Stephan Lakemacher bekam die Calesche, und ein anderer seiner dabei betheiligten Genossen ein Pferd.

Ja selbst Frauen und Kinder giengen bei diesen Theilungen der Beute oder den Verehrungen der geängsteten Angeklagten nicht leer aus. Der öfter genannte Münzer vom Calenberge suchte sich die Gunst der Frau des Canzleiboten Arnd Friese durch silberfarbene seidene Strümpfe, silberfarbene und braune cartekene Hosenbänder und durch schwarzseidenen Flor zu gewinnen. Ein Anderer, Ulrich Bergmann, machte sich bei Kippe's Frau durch 4 Ellen seidenen Atlas zu einem „weißen Brüstchen" beliebt. Ihr Name erscheint noch öfter in ähnlichem Zusammenhange in den Acten. Selbst der kleine Sohn des Kippe'schen Ehepaares trug einen auf diese Weise in seinen Besitz gekommenen Hut. —

Im Anfange dieser ganzen merkwürdigen Bewegung wahrte die halberstädtische Regierung durchaus die gesetzlichen Formen. Der Notar Johannes Ristenpaht forderte die am 5. Juli 1619 arretierten Fuhrleute in das Haus des Johannes Bolemann, Bürgers zu Gröningen, und nahm ihre Aussagen hier vor Zeugen zu Protokoll. Er öffnete einen versiegelten Beutel nicht, ließ das in den unversiegelten Beuteln befindliche Geld zählen, und setzte alle sechs Beutel „ganz unversehrt" wider in die eiserne Tonne und diese in ein hölzernes Faß, welches von ihm und dem Amtsschreiber Henning Dommeyer unten und oben auf das Sorgfältigste versiegelt wurde. Darauf ließ er es in der Silberkammer zu Gröningen beisetzen, wo es am 2. August 1619 nach seinem eignen Zeugniß noch stand, obgleich die früheren von ihm aufgedrückten Siegel aufgeschnitten und von dem Kammerschreiber Johann Grone und dem Notar Peter Aufgang durch neue ersetzt waren. Der Kammerschreiber aber berichtete und belegte seine Aussage mit dem Protokoll des Notars, daß auf Befehl des bischöflich halberstädtischen Kanzlers und der Geheimen Räthe am 17. Juli drei Beutel geöffnet, und 2,500 Thlr. daraus entnommen worden seien.

Später kamen jedoch die gerichtlichen Formen in Wegfall, und es wurde ein sachgemäßeres, mehr summarisches Verfahren eingeleitet. Und in der That stand diese neue Form dem ganzen Treiben besser. Im freien Felde, am hellen Tage wurden die Unglücklichen von Bewaffneten empfangen und ihnen oft noch auf dem Wege ohne Notar und Zeugen mit

vorgehaltener Piſtole Geld und Gut abgepreßt. Man ließ die im Voraus durch Spione ausgekundſchafteten Opfer durch wochenlanges Einſperren, durch Drohen mit Diebhenker und Scharfrichter mürbe machen, bis ſie ſich fügten. Bei Waſſer und Brot ſperrte man ſie ein; mehrere wurden auf einem Schwengel in ihr Verließ niedergelaſſen und dann zum Zeichen beſonderer Gunſt in den Schweinekofen geſetzt. Dabei waren allerdings gerichtliche Formen nicht mehr nöthig, und wenn doch noch etwas Aehnliches angewendet wurde, ſo war es öfter nur ein niederträchtiger, gleichfalls erpreßter Eid.

Man erkannte nun die Berechtigung der Regierung gegen den Münzwucher einzuſchreiten auch damals wol an, aber die Formen, in denen es hier geſchah, ſchienen doch auch der damaligen Zeit aller Geſetzlichkeit Hohn zu ſprechen und machten das Uebel nur ärger. Und ſelbſt über die Härte in den Formen würden die im Dulden und Ertragen ſo geübten Menſchen jener elenden Zeit gern hinweggeſehen haben, wenn nur nicht der Zweck des ganzen Verfahrens allzu deutlich hervorgetreten wäre, die Bereicherung der landesherrlichen Kaſſen.

In der Stadt Halberſtadt ſelbſt führten dieſe Verhältniſſe geradezu zu einem Aufſtande, den das Domcapitel nur mit Mühe ſtillen konnte. Auf dem Hauſe Hohenſtein nämlich hatte der fürſtliche braunſchweigiſche Münzmeiſter Cyriakus v. Lehr, der halberſtädtiſcher Unterthan war und ein Haus auf der Domfreiheit beſaß, auf Befehl Friedrich Ulrichs nach förmlicher Beſtallung in den Jahren 1620 und 1621 ebenfalls leichte Münze geprägt. In der zweiten Hälfte des Jahres 1621 hatte er jedoch ſeiner Verſicherung gemäß damit aufgehört und lebte nun in ſeinem Hauſe unter der Burgvoigtei im Lichten Graben. Hier in der Stadt fanden natürlich die geringen nach kurzem Umlauf ihre Silberfarbe verlierenden Sorten ebenfalls Eingang, und das ſchwere Geld verſchwand zuſehends. Allgemein aber gieng nun das Gerede, daß die leichten Geldſorten von dem in der Stadt ſich aufhaltenden braunſchweigiſchen Münzmeiſter geprägt ſeien. Dieſer war unklug genug, noch außerdem durch auffälliges zur Schau Tragen ſeines ſo leicht und plötzlich erworbenen Reichthums den Groll der niederen Volksklaſſen herauszufordern. Selbſt die Domherren warfen ihm ſpäter noch vor, daß er durch unverantwortliche Kipperei und Geldwechſel in kurzer Zeit ſich außerordentlich bereichert und durch ſein ärgerliches, böſes Leben auf der Domfreiheit der Bürgerſchaft geradezu Veranlaſſung gegeben habe, ihrem Grolle freien Lauf zu laſſen. Wenige Monate, nachdem der Unfug begonnen hatte, ſah man den unverſtändigen Mann

im ſtattlichen Wagen mit vier und mehr Roſſen „ausbrechen und hereinprangen," während die Bürgerſchaft das immer deutlichere Gefühl täglich zunehmender Verarmung bedrückte. Was Wunder, daß endlich „der gemeine Pöbel" ſich an den Schätzen des Münzmeiſters, der zugleich Bankiergeſchäfte machte, ſeines Schadens erholen wollte?[1]

Am 28. December 1621 ſammelten ſich anfangs einige junge Burſchen und anderes verwegenes Geſindel, denen ſich bald Tagelöhner, Müller, Soldaten und ganz unbekannte Perſonen ſo wie natürlich auch Frauen zugeſellten, vor dem Hauſe des Cyriacus v. Lehr, um daſſelbe nebſt dem des Eiſenſchneiders Andreas Schultze förmlich zu ſtürmen. In kurzer Zeit waren Thüren und Fenſter aufgehauen, Kiſten und Kaſten zerſchlagen, und nun begann eine ſo vollſtändige Plünderung, „daß es der Satan in der Hölle nicht ärger hätte machen können." Baares Geld und ungemünztes Gold und Silber nebſt Pretioſen, das Eigenthum des Münzmeiſters und anvertraute Gelder und Werthpapiere wurde geraubt und ſofort bei Seite geſchafft, während Cyriakus v. Lehr ſelbſt nicht perſönlich anweſend geweſen zu ſein ſcheint.

Die tumultuariſchen Scenen widerholten ſich auch am folgenden Tage, wo man dem Hauſe des Bürgers und Schneiders Johann Daſſelmann ein gleiches Schickſal bereitete. Dieſer war am Oſterabend 1621 von Herzog Friedrich Ulrich zum Münzmeiſter auf dem Calenberge angenommen worden, hatte aber ſchon am 4. September 1621 von Herzog Chriſtian für ſeine ſtrafbaren Vergehen gegen Erlegung von 3,000 Thlr. Pardon erlangt, während er dem Kanzler Anton v. Wietersheim nebſt ſeinem Bruder Heinrich Julius und jenen ſaubern Dienern der Gerechtigkeit Heinrich Hillefeld und Andreas Kippe zuſammen noch über 5,000 Thlr. Verehrung gegeben hatte. Von Daſſelmanns Haus zog ſich der Haufe auf den Markt, um die Münzvergehen einer Wittwe in ähnlicher Weiſe zu ſühnen. Vergebens verſuchte das Capitel, welches ſchon am vorigen Tage zu einer Sitzung zuſammen getreten war, den beſſeren und beſonneneren Theil der Bürgerſchaft aufzubieten, um mit deſſen Hilfe den Unordnungen zu ſteuern. Auch dieſer gönnte den verhaßten Geldwucherern die wolverdiente Züchtigung und war weit entfernt, ſich zu ihrem Schutze zu rühren. Endlich ſchlichtete der Bürgermeiſter Alsleben mit wenigen Begleitern die Unordnung und verhaftete ſogar einige Hauptanſtifter des ganzen Tumults. Die Ruhe wurde aber auch hierdurch immer noch nicht

1) Vgl. hierzu meinen oben erwähnten Aufſatz: Hiſt. Zeitſchrift XVI, S. 247.

vollständig wider hergestellt. Da die Gewerbtreibenden, namentlich die Brauer, sich weigerten ihre Waare für die leichten Sorten hinzugeben, rottete sich bald darauf eines Sonntags Nachmittags während der Predigt ein Haufe von 200 und mehr unruhiger und durstiger Gesellen vor der Domdechanei zusammen und bestürmten den Dechanten mit lauter Klage, daß in der ganzen Stadt kein Broihan zu bekommen sei. Das Capitel erließ darauf einen Befehl über die Annahme der Schreckenberger und anderer leichter Sorten, verletzte aber gerade dadurch die Interessen der gewerbtreibenden Klassen selbst nicht unerheblich.

Die Angelegenheit des hohensteinischen Münzmeisters Cyriakus v. Lehr beschäftigte das Domcapitel von Halberstadt noch längere Zeit. Sein fürstlicher Herr hatte ihm am 17. Januar 1622 Rechnung abnehmen lassen und gefunden, daß alle Gelder richtig berechnet, und der Ueberschuß ebenfalls richtig abgeliefert worden sei. Darauf hatte Cyriakus v. Lehr eine förmliche Quittung erlangt, und Friedrich Ulrich den ehemaligen Münzmeister und die Seinen noch außerdem gegen Jedermann in Schutz genommen. Gestützt hierauf so wie auf besondere Verwendungsschreiben des Herzogs v. Braunschweig bei dem Capitel forderte Cyriakus v. Lehr nun widerholt die Rückgabe der ihm geraubten Güter. Er behauptete dabei, daß das Domcapitel durch besondern Befehl seine geplünderten oder verschleppten Habseligkeiten habe einfordern und im Gericht deponieren lassen.[1]

Das Domcapitel bestritt natürlich eine solche Entschädigungsverpflichtung und erklärte, Cyriakus v. Lehr habe nichts von ihm zu fordern. Es sah sich außer Stande, die Urheber des Tumults, die sich zum Theil wirklich aus dem Staube gemacht hatten, namhaft zu machen und besaß am allerwenigsten die Mittel, das geraubte Gut vollständig in gerichtlichen Gewahrsam zu bringen. Trotzdem ist es nicht zu bezweifeln, daß es wirklich ein Edict erließ, nach welchem die Habseligkeiten des Münzmeisters abgeliefert werden sollten. Es lag uns ein Verzeichniß von Geldern vor, die bereits am 21. Januar 1622 durch die Gerichtsdiener ausgekundschaftet und ins Gericht abgeliefert worden waren. Es sind geringe Summen. Schon am 3. Januar 1622 aber faßte das Capitel den förmlichen Beschluß, die etwa eingelieferten Gelder zu milden Zwecken, wie z. B. zu Schulgebäuden und zur Aufbesserung der sehr erschöpften „Register" zu verwenden. Nur ungemünztes Gold und Silber so wie Kupfer, Zinn und Messing, ferner Ringe und Perlen und endlich Kramwaare wollte

1) So in dem Briefe an Friedrich Ulrich, Großbodungen 10. Jan. 1622.

man dem Münzfälscher wider verabfolgen lassen. Sein Weib, die sich damals noch in der Stadt befand, und der wider Geld und andere Sachen zugeschleppt wurden, sollte jedoch auf der Herrenfreiheit nicht weiter geduldet werden.

Auswärts scheint die ganze Sache so angesehen worden zu sein, als ob das Domcapitel förmlich den Befehl zur Stürmung der Münze und zwar auf Bewilligung des Bischofs ertheilt hätte. Ein Reiter des Herzogs Christian wenigstens, Melchior Meyer, welcher Cyriakus v. Lehr die beträchtliche Summe von 1,000 Ducaten anvertraut hatte, die bei dem Tumult ebenfalls geraubt worden waren, meldete sich von Paderborn aus im April 1622 bei Christian mit der Bitte das Capitel zur Rückgabe aufzufordern. Ihm war berichtet worden, daß die Summe abhanden gekommen sei, „als vor wenig abgelaufenen Wochen in E. F. G. Stadt Halberstadt E. Hochwürdiges Domcapitel jedoch auf E. F. G. gnädige Bewilligung die Münze preismachen und spoliieren lassen." In der That befahl auch der Bischof am 20. April von Lippe aus ohne Weiteres dem Capitel, jenem Reiter „die bei euch vorhandenen 1,000 Ducaten" auszahlen zu lassen.

Auch Schuldverschreibungen, die doch schon schwieriger in baares Geld umzusetzen waren, hatte man nicht verschmäht. So wurde namentlich ein gewisser Hermann Wiedelah, der sich gerade bei Beginn der Bewegung in Lehr's Hause befunden hatte, angeschuldigt, dergleichen Werthpapiere an sich genommen zu haben. Vergebens hatte er im Anfange versucht den Haufen zum Rückzug zu bewegen; als alles nichts fruchtete, ergriff er ein Bündel Papiere, die auf dem Hofe lagen, um sie in das Haus Johann Georg Brietzke's, des Dechanten zu U. L. Frauen, wo sich gerade Lehrs Frau aufhielt, zu bringen. In der Burg verlor er jedoch seiner Aussage nach ein Packet, welches von einem ehrlichen Finder dem Richter übergeben wurde. Dieser lieferte es dem Kanzler aus, allein Anton v. Wietersheim wollte mit den Sachen, die in der Domfreiheit während einer Plünderung genommen, in der Burg gefunden waren, ebenso wenig etwas zu schaffen haben und stellte sie dem Richter wider zu: nur eine Verschreibung seines Bruders Heinrich Julius auf 6,000 Thlr. in Schreckenbergern und Joachim Hallenslebens auf 1,000 Thlr. in gleicher Münze behielt er bei sich, bis das Domcapitel auch ihre Ablieferung forderte. — Der Dechant v. Holle ließ zwei Verzeichnisse der entwendeten und wider eingelieferten Documente, eins für das Gericht und eins für das Sekretariat des Capitels anfertigen. Damit aber glaubte wol auch

das Domcapitel seinen Verpflichtungen Genüge geleistet zu haben. Denn auch nur einen theilweisen Schadenersatz hat es Cyriakus v. Lehr, der seiner eignen Aussage nach 12 Fürsten im Laufe von 36 und mehr Jahren gedient und sich dabei wol ein ziemliches Vermögen zusammengebracht hatte, schwerlich geleistet.[1]

Mit einer gewissen vornehmen Zurückhaltung scheinen die Domherrn dem Treiben der fürstlichen Beamten vornehmlich auf dem Lande Anfangs zugesehen zu haben. Bald aber erhielten sie Veranlassung, ihrer eignen Rechte halber dem rücksichtslosen Gebahren des Kanzlers und seiner feilen Genossenschaft in den Weg zu treten. Als der den Domherrn geleistete Eid dem schrankenlosen, rechtsverachtenden Sinne des Kanzlers zu beengend erschien, wurde dem Capitel am 23. Mai 1620 die Verpflichtung gekündigt. Und auch andere der Capitulation zuwiderlaufende Willkürlichkeiten ließ sich Wietersheim zu Schulden kommen. Obwol er Wochen lang von Halberstadt abwesend war, übergab er das Siegel der Capitulation der Kanzleiordnung und dem Herkommen zum Trotz den zur Regierung deputierten Domherren nicht, sondern den unter ihm stehenden Räthen und Sekretären, und forderte auch die Unterschrift der ersteren nicht ein. Gelder, welche von ihm zur Befriedigung von Gläubigern eingenommen waren, wurden zu fremden Zwecken verwendet.

Diese und noch andere Beschwerden gegen das Regiment des jungen Bischofs und seiner Räthe faßten die Domherrn endlich in eine Instruction zusammen, mit welcher sie Johann Georg v. d. Schulenburg, Ludwig v. Lochow, den Stiftssyndikus Christof Lüder und Justus Rauch an den in der zweiten Hälfte des April (1622) im Stift anwesenden Dompropst Philipp Siegismund, der ja die Capitulation mit vollzogen und garantiert hatte, entsendeten. Sie baten den Fürsten, den Kanzler nicht nur von seinem Beginnen abzumahnen, sondern sogar zur Strafe zu ziehen, und den Bischof selbst zu einer besseren Erfüllung seiner Capitulation anzutreiben. Ein Schreiben an Friedrich Ulrich führte diesem dieselben Klagepunkte zu Gemüth. Merkwürdiger Weise wird jedoch in keinem dieser Berichte der Maßnahmen Wietersheims zur Beseitigung der Münzverwirrung auch nur gedacht. Die Domherren mögen nun wol bereitwillige

---

1) Acta betr. den Herzogl. Braunschweigischen Münzmeister v. Lehr. Kgl. Archiv zu Magdeburg. Stift und Fürstenthum Halberstadt II. XXI. 4.

Zusagen einer gnädigen Verwendung bei dem Bischof erhalten haben, von irgendwie merkbarem Einflusse sind dieselben jedoch, wenn sie wirklich erfolgt sind, nicht gewesen. Das Verfahren des Kanzlers in den Münzhändeln blieb sich während der Jahre 1621 und 1622 vollständig gleich.

Im Verlaufe des erstern hatte er auch eine Anzahl Personen in Halberstadt selbst einziehen lassen. Sie wurden „gestocket und im Gericht gehalten" und mußten entweder beträchtliche Summen zahlen oder sich auf Wagen geschmiedet nach Gröningen und Langenstein abführen lassen. Am 24. August hatte das Domcapitel über die Angelegenheit zu verhandeln. Sein Beschluß ging dahin, den Kanzler und seine Räthe zur Einstellung dieses unverantwortlichen Prozesses aufzufordern. Im Fall er sich weigern sollte, wollten sie auch diese Angelegenheit vor den Bischof und seine Assekuranten selbst bringen. Darauf erschien der Kanzler am 3. September zur persönlichen Verantwortung vor dem Capitel.[1] Er berief sich in Betreff seines Verfahrens gegen Wechsler und Kipper auf widerholte Weisungen seines Herrn. Die Gefangenen wollte er erst nach ihrer Verweigerung des Reinigungseides eingezogen haben. Seiner Mittheilung zu Folge waren die Acten in der ganzen Angelegenheit so wol an die Universität Marburg als an Christian selbst gesendet worden. Wietersheim wollte seinen Herrn dabei ersucht haben, ihn und die fürstliche Regierung fernerhin mit dergleichen Aufträgen zu verschonen. Trotzdem war jedoch ein Bescheid desselben an die Gerichte angelangt, welcher die weitere Execution anordnete.

Allein auch diese Aufklärungen waren nicht im Stande, die Anschauungen des Capitels über die Rechtsbeständigkeit des Verfahrens zu ändern. Dr. Lüder und Justus Rauch legten Wietersheim am folgenden Tage den Standpunkt des Capitels abermals dar. „Es wollte niemand in Unfuge Beifall geben; es müßte auf seine Rechte und die Verträge halten." Man sprach den Wunsch aus, es möge während Christians Abwesenheit alles ohne Klagen zugehn, damit den Domherrn selbst nicht einst „aufgerückt werde, was ihnen als Erblingen in Abwesenheit des Bischofs zukäme." Man forderte ihn auf, die Gefangenen gegen Caution loszulassen und im Wege Rechtens gegen sie zu verfahren, es könne sonst ein förmlicher Aufstand ausbrechen. Mit dem Bemerken, daß gegen Kipper der Reichsmünzgesetzgebung nach das Innehalten des gewöhnlichen

1) Hier und im Folgenden wurde ein anderes Actenstück des Königl. Archivs zu Magd. — Domcap. zu Halberstadt 540 — benutzt.

Rechtsganges nicht erforderlich ſei, berief ſich dagegen der Kanzler auf die in göttlichen und weltlichen Rechten gegründeten Reſcripte ſeines Herrn. Es würde ein ſeltſam Anſehen haben, wenn gegen Kipper „zierlich verfahren werde.“ Auch jetzt noch vertheidigte er die Urtheilsſprüche und fand ſie im eignen Bekenntniß der Beklagten begründet; Appellationen an das Kammergericht wollte er jedoch ohne Weiteres abſchneiden. Mit einer Empfindlichkeit, die einer andern Perſönlichkeit in einer andern Sache beſſer geſtanden haben würde, forderte er die Domherrn auf, kein Mißtrauen in das Gericht zu ſetzen, als ob im Proceß nicht recht verfahren ſei. „Es wären Leute dabei geweſen, welche eben ſo viel als Dr. Lüder ſtudiert hätten, und denen ihre Ehre ſo lieb als andern ſein möge.“ Die Domherrn beharrten jedoch auf ihrer Forderung, die Angeklagten gegen Stellung von Bürgen in Freiheit zu ſetzen, und der biſchöfliche Meier Oppermann, welcher mehrere Häuſer verſiegelt hatte, wurde um Oeffnung derſelben angegangen. Trotzdem waren alle dieſe Vorſtellungen fruchtlos, und die Domherrn ſahen dem ganzen Treiben noch länger thatlos zu.

Selbſt die Kreisbehörden waren nicht im Stande, irgend eine allgemeine Maßregel zur Vermeidung noch größerer Drangſale durchzuführen. Der Generalwardein Jobſt Brauns und Andreas Lafferdes reichten zwar am 13. October 1621 ein Schreiben über den verworrenen Zuſtand der Dinge ein, aber Abhilfe konnten ſie damit nicht ſchaffen. Sie hatten nur zu beklagen, daß ſich die Sachlage ſeit dem Kreistage in Lüneburg (April 1621) in keiner Weiſe gebeſſert hatte: ja gerade ſeit dieſer Zeit waren die Verhältniſſe durch die übeln Zuſtände im oberſächſiſchen und weſtfäliſchen Kreiſe noch ſchlimmer geworden. Man hatte den Feingehalt namentlich der neuen Schreckenberger in dem Maße verringert, daß die feine Mark Silber zu 80, ja ſogar zu 90 Thlr. ausgebracht wurde. Die Mehrzahl der plötzlich aufgetauchten neuen Münzmeiſter ließ nicht zu, daß ein Wardein die Sorten auf der Schmiede aufziehen und probieren durfte, ja manche bedrohten die allzu dienſteifrigen Beamten ſogar mit Schlägen, falls ſie ſich in den Sinn kommen laſſen würden ihr Amt wirklich auszuführen. So waren die Münzer aller Aufſicht enthoben und trieben ihren ſchnöden, unverantwortlichen Handel ohne Scham und Scheu weiter. Ein Probationstag aber war bereits ſeit vier Jahren nicht mehr gehalten worden.

Faſt noch ein volles Jahr dauerte es, bis ſich die Stände des niederſächſiſchen Kreiſes zu einer allgemeinen Maßregel entſchließen konnten. Nachdem bereits der Herzog Chriſtian von Lüneburg, ferner Friedrich

Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, der Administrator des Erzstiftes Magdeburg, ferner die Stadt Braunschweig, Moriz von Hessen, August von Zerbst, Johann Casimir von Coburg nach einander in ihren Territorien eine neue Ordnung der Dinge begründet hatten, traten endlich auch die Stände des niedersächsischen Kreises im October 1622 zu einem Probationstage zu Halberstadt zusammen. Vier von denselben, das Erzbisthum Magdeburg, das Stift Halberstadt, der Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig und die Stadt Mühlhausen waren mit dem ganzen Geschäft betraut.[1]

Am 20. October begannen die Verhandlungen, denen nur der Generalwardein des Kreises, Jobst Brauns, beiwohnte, während sich Andreas Lafferdes aus leicht begreiflichen Gründen davon fern hielt. Dem ersteren wurde noch der erzstiftisch-magdeburgische Münzmeister, Antonius Loburg, zur Seite gesetzt.

Zunächst kam es darauf an, die anwesenden Münzmeister und Wardeine der verschiedenen Stände zu vereidigen. Es geschah dies mit dem Münzmeister des Erzstifts Magdeburg, ferner mit den Münzmeistern und Wardeinen des Stifts und der Stadt Halberstadt sowie der Städte Goslar, Nordhausen, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Hameln und Nordheim, und mit dem Münzmeister und Wardein für die Landschaft Calenberg. Die Städte Lübeck, Magdeburg, Göttingen, Eimbeck und andere, ferner die Stände Holstein, Sachsen-Lauenburg, beide Mecklenburg, deren Münzmeister nicht einmal erschienen waren, wurden von den beiden ausschreibenden Fürsten Christian Wilhelm und Friedrich Ulrich ersucht, dieselben spätestens innerhalb vier bis sechs Wochen in die fürstliche Kanzlei nach Halle zu entsenden. Durch jene Eidesabnahme sollte übrigens den widerrechtlich errichteten Münzstätten keineswegs etwa eine gesetzliche Genehmigung ertheilt werden, obwol man auch nicht den Muth hatte ihre Aufhebung zu fordern. Man begnügte sich damit ihre Abschaffung ausdrücklich in das Belieben der Stände zu stellen. An eine Prüfung der courfierenden Sorten wagte sich der Probationstag aber

1) Von magdeburgischer Seite waren die fürstlichen Räthe Dr. Timäus und Arnold Engelbrecht anwesend, das Bisthum Halberstadt wurde durch Johann Georg Bitzthum von Eckstedt auf Cannawurf und merkwürdiger Weise durch den Kanzler Anton v. Wietersheim und den Dr. juris Heinrich Duderstadt repräsentiert. Den Herzog von Braunschweig vertraten Dr. jur. Muhmann (Ruhmann?) und der Kreissekretär Johann Osterwald der ältere, während die Stadt Mühlhausen ihren Syndikus Dr. Gieseler Reinhardt entsendet hatte.

wirklich. Man forderte den Münzmeiſtern die „Fahrbuxen," in welche je ein Exemplar der im Umlauf befindlichen Sorten eingelegt werden mußte, ſamt den dazu gehörigen Verzeichniſſen ab, nahm die Proben heraus und übergab einige davon dem Wardein. Die andern wurden eingeſchmolzen und mit Rückſicht auf ihren Feingehalt unterſucht. Durchaus verboten wurden ihres leichten Gehaltes wegen vornehmlich die mantuaniſchen Thaler, ferner die quedlinburgiſchen und mansfeldiſchen ſowie die zu Hildesheim auf St. Morizburg und zu Peina geprägten Silbergroſchen ſamt den Mariengroſchen des Grafen von der Lippe und des Abtes zu Corvey. Daſſelbe Schickſal erlitten eine große Menge allzu geringhaltiger Dreier, wie die quedlinburgiſchen, altenburgiſchen, weimariſchen, heſſiſchen, mansfeldiſchen, altſtädter und teckelnburgiſchen, ſo wie eine noch größere Anzahl falſcher Pfenninge. Nur was von Groſchen vor dem Jahr 1602 gemünzt war, ſollte ferner ſeinem vollen Nominalwerth nach in Zahlung genommen werden, die ſpäter geprägten Groſchen, doppelten Schillinge und Dreier konnten dagegen die Stände einziehen und ihrem wirklichen Feingehalte nach in guter Reichsmünze bezahlen. Dabei ſollte die Mark Silber nicht höher als zu 9 Gulden 3 Gr. oder zu 8 Reichsthalern vergütet werden. Den Goldſchmieden wurde der Silberkauf nur zu „ihrer Nothdurft" geſtattet. Für die Zukunft ſollten jährlich zwei Probationstage gehalten werden, auf denen alle Münzmeiſter und Wardeine ſamt dem Generalwardein des Kreiſes Rede und Antwort ſtehen mußten. Auch auf den techniſchen Betrieb des Ausmünzens erſtreckten ſich die Beſtimmungen dieſes Probationstages. Kein Münzohm ſollte in Zukunft beſtellt werden, der ſich weigern würde, die „Recke- oder Ziehebank," durch welche das Schrot gleich gemacht und das ſchändliche Auskippen verhütet wurde, zu gebrauchen.

Als die halberſtädter Domherren das ernſte Beſtreben der niederſächſiſchen Kreisſtände, endlich Abhilfe zu ſchaffen, wahrnahmen, ſcheint auch ihnen der Muth gewachſen zu ſein. In denſelben Tagen, wo der allgemeine Probationstag in Halberſtadt gehalten wurde, ermannte ſich auch das Domcapitel zu einem energiſchen Entſchluß. Endlich brachte es die ſchamloſe Ausbeutung dieſer Münzwirren durch den Kanzler und ſeine Genoſſen in einer beſondern Beſchwerdeſchrift bei dem Biſchof von Osnabrück und ſeinem Neffen Friedrich Ulrich, mit deren Uebergabe die Domherrn Schulenburg und Spiegel betraut wurden, in rückſichtsloſeſter Weiſe zur Sprache. Nachdem es im vierten Puncte dieſer allgemeinen Beſchwerde über die ganze Regierungsweiſe des Biſchofs die außerordentliche Störung,

welche der gesamte uralte Rechtsgang durch Wietersheim und Kippe erfahren hatte, im Allgemeinen hervorgehoben hatte, deckte es endlich das ganze schändliche Gebahren des Kanzlers mit einem Anfluge edler Offenheit und unwilliger Entrüstung leider viel zu spät auf. Unter dem Schein und dem Vorgeben diebische Münzer und Auskipper zu verfolgen, waren redliche Leute auf der Reise in Städten und Dörfern und auf kaiserfreien Landstraßen angehalten, beraubt und sogar aus den Gerichtssprengeln der Dompropstei, aus des Capitels eignen Gerichten ohne Wissen und Willen der betreffenden Beamten abgeführt worden. Man hatte Personen, ohne sie überführen zu können, mit Kerker und Gefängniß belegt, hatte von ihnen hohe Summen, Geld und Kleinodien erpreßt und dem Namen nach confisciert, als ob alles dem fürstlichen Fiscus gehöre. Nun waren aber die so Bestraften oder Beraubten auf sehr hohe Summen klagbar geworden, und forderten 3,000, 5,000 ja bis 20,000 und 30,000 Thaler oder Gulden Schadenersatz. Und dies scheint der Punct gewesen zu sein, der endlich auch die Domherrn zu der Einsicht brachte, daß auch von ihrer Seite in der ganzen Angelegenheit irgend etwas geschehen müsse. Denn mochte auch Wietersheim auf eigene Faust und Verantwortlichkeit gehandelt haben, das Domcapitel sah ihn ja seinem eignen Geständniß nach trotzdem immer noch als seinen verpflichteten Diener an und sich selbst als thatsächlichen Mitregenten des Stiftes. Und so rückte ihm denn auch allmälig die nicht sehr tröstliche Aussicht näher, zur Mitverantwortlichkeit für Wietersheims Gebahren herangezogen zu werden. Und eine etwaige Restitution der confiscierten Gelder und Waaren schien ihm wenigstens dann wahrscheinlich, „wann die abnehmenden Personen verstorben oder sonsten mancieren sollten.“ [1] Sie forderten daher Friedrich Ulrich und seinen Oheim auf dahin zu wirken, daß die zur Inquisition der Kipper und Wipper Verordneten gleich andern Beamten im Beisein von Abgeordneten des Capitels eidliche Rechnung darüber ablegen sollten, was sie „für sich und die ihrigen von Schuldigen und Unschuldigen mit Willen und Unwillen“ bekommen, wohin sie die Gelder gewendet, wer sie erhoben

1) In der That haben auch später eine ziemliche Anzahl Bürger der Städte Goslar, Lüneburg, Hildesheim, Braunschweig zum Theil durch ihre städtischen Behörden Schadenersatz bei dem Domcapitel von Halberstadt gesucht. Der Rath von Hildesheim übergab unter dem 26. Juli 1624 dem Domcapitel ein besonderes Document über die Summen, welche seinen Bürgern abgepreßt worden waren. Es waren meistentheils hildesheimische Juden, die auf der Rückkehr von den leipziger oder den naumburger Messen im Stift geschröpft worden waren.

und quittiert hätte, und was zur Zeit noch an Baarſchaften, Briefen und Siegeln vorhanden ſei. Auch über den Erfolg dieſer vom 23. Oct. 1622 datierten Beſchwerdeſchrift können wir nichts berichten. Wir wiſſen nur, daß ſowol Kippe wie ſein Patron Wietersheim noch das ganze Jahr 1622 bis etwa in den Anfang des Juni 1623 in ihren Aemtern blieben. Chriſtians perſönliche Anweſenheit im Stift und die vielfachen Ausſtellungen, welche man an Kippe's unterdes wirklich gelegter Rechnung machte, veranlaßten endlich den Sekretär Kippe am 4. Juni des Jahres 1623 das Weite zu ſuchen. Es geſchah dies jedoch nur, nachdem bereits ſein ganzes ſchändliches Verfahren durch manigfache Klagen vor den jungen Fürſten gebracht, er ſelbſt ſeines Sekretariats entſetzt war und dem Oberſtlieutenant Johann Ludwig v. Erlach, der damals Stadtkommandant in Halberſtadt war, einen Revers eingehändigt hatte. Dies alles hatte ſich bereits vor dem 20. Mai 1623 zugetragen. Auch eine öffentliche Verrufserklärung war bereits vor dieſem Tage gegen ihn ergangen. Trotzdem fand der vielgewandte Mann ein Mittel, ſich dem Biſchof von Neuem annehmlich zu machen. Da Chriſtian damals auf jede erdenkliche Weiſe bemüht war, die nothwendigſten Gelder zu ſeinem bevorſtehenden Aufbruch flüſſig zu machen, verſprach ihm Kippe unter Stellung von Bürgen 3,000 Thlr. aufzubringen. Dagegen ſagte ihm der Biſchof, falls er ſein Wort im Laufe der nächſten 10 Tage wirklich erfüllen würde, durch eine beſondere Urkunde vom 20. Mai die Widereinſetzung in ſein Sekretariat, ferner die Herausgabe des gedachten Reverſes und ſogar den Widerruf der gegen ihn ergangenen Diffamation zu. Trotzdem erfolgte jedoch nichts von all dem; hatte Kippe ſein Verſprechen trotz der Bürgen nicht erfüllen können, oder war unterdeſſen ſeine Stellung beim Biſchof noch unhaltbarer geworden, kurz am 19. Juni 1623 verließ er das Stift. Er wandte ſich nach Hamburg, wo ſein Schwager Dr. Albrecht v. Eizen Bürgermeiſter war.

Mit ſeinem Sturze war auch der ſeines Gönners Anton v. Wietersheim verbunden, der unſern Augen von jetzt an entſchwindet. Da man Kippe ſeiner unverantwortlichen Händel bereits überführt hatte und ihm nicht nur Unterſchlagungen der confiscierten und widerrechtlich abgenommenen Summen, ſondern auch von Geldern, die an und für ſich zu den Bezügen Chriſtians aus dem Stift gehörten, Schuld gab, wurden alle ſeine im Stift Halberſtadt befindlichen Güter mit Beſchlag belegt und für dem Fiscus heimgefallen erklärt.

„In vollkommener Macht und Gewalt des Biſchofs“ ertheilte endlich die verwittwete Herzogin Eliſabeth nach dem Abzuge ihres Sohnes aus

dem Stifte dem halberstädtischen Notar Petrus Aufgang den Auftrag, die bösen Münzhändel zu ordnen. Er mußte Erkundigungen einziehen, mit welchen Summen die angeblich oder wirklich Gravierten sich hatten abfinden müssen, und vor allem, wie viel den Einzelnen als Verehrung entrichtet worden war. Obrigkeitliche Hilfe sollte ihn hierbei überall unterstützen. Ein Schreiben des Domcapitels vom 5. Mai 1624, also nach der Resignation des Bischofs abgefaßt, wies den Notar an, das Resultat seiner Untersuchung nun an dieses statt an die Fürstin einzureichen. Dies ist auch wirklich erfolgt. Noch heute bewahren das königliche Archiv zu Magdeburg und das städtische Archiv in Halberstadt je eine Abschrift dieses sehr interessanten Documents. Petrus Aufgang hat aller Wahrscheinlichkeit nach den unglücklichen Beraubten auch nicht den geringsten Theil ihres Verlustes dadurch wider ersetzen können; für uns aber ist das von ihm verfaßte und am 25. September 1624 Elisabeth und dem Domcapitel eingereichte Schriftstück ein sprechendes Zeugniß von der Verworfenheit und der sittlichen Fäulniß, welche damals selbst die hochgestellten Kreise ergriffen hatte.

Nach der von Kippe selbst gelegten Rechnung betrugen die durch seine Vermittelung confiscierten Summen die Höhe von 68,171 Thlr. 14 Gr. 11 Pf., wovon er 59,001 Thlr. 14 Gr. 11 Pf. im Interesse des Fürsten verwendet haben wollte. Beide Summen sind in der damals üblichen leichten Währung ausgedrückt. Nach Kippe's Rechnung ist also der größte Theil dieser Gelder in die fürstlichen Kassen geflossen. Gleich der erste Ausgabeposten von 35,600 Thlr. 15 Gr. 8 Pf. soll diesen Weg genommen haben; unter Nr. 3. erscheint ein Betrgg von 100, unter Nr. 4. einer von 300 Thalern, die angeblich in gleicher Weise verwendet wurden. Der Rittmeister Conrad Nelle ist unter 8. u. 9. mit 1,500 Thlr. aufgeführt, außerdem wurden nach Nr. 13. 14. 15. 17. 18. Summen von je 500 Thlrn., 2,648 Thlrn., 1,590 Thlrn., 6,000 Thlrn. in die fürstliche Kammer abgeliefert. Ostern 1622 erhielt sogar die Kirche St. Johannis die Hälfte der Strafgelder, die jener oben erwähnte Bergmann hatte zahlen müssen, im Betrage von 400 Thlrn. Ferner sollen Räthe und Diener Theile ihrer Besoldungen daraus empfangen haben, und dem Obersten Seger Spee wurden noch am 20. Mai 1623 3,110 Thlr. aus den auf diese Weise zusammengebrachten Mitteln gezahlt.

Demnach wäre also eine Mittheilung Elisabeths an den Rath von Hamburg, nach welcher einige lüneburger und hamburger Kaufleute mit ihren Forderungen an den damals in Hamburg selbst sich aufhaltenden Kippe

gewiesen wurden, auf diese einzelnen Posten zu beschränken Elisabeth erklärte nämlich ausdrücklich: „So seind auch diese geklagte und den Supplikanten abgenommene Gelder zu unsers vielgeliebten Sohns Liebden Rechnung und Nutzen nicht einbracht oder verwendet, sondern von dem Andreas Kippen neben andern viel mehr angehaltenen schweren Posten, so hochgedacht Unsers Sohns Liebden theils selbsten angehörig, unterschlagen worden." Bei der Revision, welcher Petrus Aufgang Kippe's Rechnung unterziehen mußte, ergab sich auch die ungefähre Höhe der Unterschlagungen, welche sich Kippe hatte zu Schulden kommen lassen. Aus Documenten, deren Glaubwürdigkeit freilich nicht über jeden Zweifel erhaben ist, wies der Notar ein Deficit von 94,878 Thlr. 23 Gr. an leichtem oder von 45,304 Thlr. 3 Gr. 6 Pf. an schwerem Gelde nach.

Diese Summen waren den Besitzern entweder baar oder in Gestalt von Waaren weggenommen worden, ohne daß der Sekretär ihrer in der Kipprechnung überhaupt gedacht hatte. Die Defecte im Ganzen, d. h. die in der Rechnung aufgeführten confiscierten Summen eingerechnet, sollten die für die damalige Zeit beträchtliche Höhe von 215,705 Thlr. 10 Gr. 9 Pf. in leichtem oder von 73,690 Thlr. 10 Gr. 4 Pf. in schwerem Gelde betragen. Ueber ihren Verbleib war in Kippe's Rechnung kein Aufschluß zu finden.[1]

Kippe selbst hatte nach allen diesen Vorgängen doch noch die Stirn, sich im Jahr 1625 an den Kaiser zu wenden und um Herausgabe seiner

---

1) Die sehr umfangreiche Begutachtung dieser Kippe'schen Rechnung prüft Posten für Posten und wirft in ihren Detailangaben ein grelles Licht auf die verwahrloste Verwaltung, unter welcher das Bisthum durch Wietersheim und seine Helfershelfer zu leiden hatte. So wurde gleich die erste Nummer als nicht hierher gehörig gestrichen. Die Strafe, welche v. d. Asseburg hatte zahlen müssen, war dadurch verwirkt worden, daß er seinen Advocaten Barthold gewaltthätiger Weise aus dem Arrest im Goldnen Stern zu Halberstadt weggeführt hatte, nicht aber, weil er in Münzhändel verwickelt war. Beim zweiten Puncte hatte der Revisor zu erinnern, daß nicht angegeben war, wo, von wem, und wie viel einem jeden der Beschädigten abgenommen war, und ob etwas wider erstattet worden sei. Ferner hatte Kippe die Summen nur in den leichtesten Münzsorten angegeben, obgleich während der Jahre 1619 u. 20 der Cours noch viel besser gewesen war. Den Ueberschuß aber, den er durch eine derartige Berechnung erhielt, hatte er nicht dem Bischof oder dem Fiscus zu Gut gerechnet, sodann „etwan zu einem Privatjahrmarkt" angewendet und so unterschlagen. Dieser Vorwurf wird ihm von dem Revisor widerholt gemacht. Endlich aber ergaben sich auch eine Anzahl Confiscationen, die der Sekretär in seinem Bericht überhaupt nicht aufgeführt hatte.

in Halberstadt confiscierten Güter nachzusuchen. Er erhielt auch Zusicherungen, die ihm aber freilich nicht viel halfen. Sogar noch unter der schwedischen Verwaltung sprach er Gustav Adolf und später die schwedischen Statthalter um Beförderung seiner Angelegenheit an. Der Bericht, welchen Joachim Johann v. d. Schulenburg bei dieser Veranlassung an die schwedische Verwaltung erstattete, zeigt, daß die Angelegenheit auch später noch in demselben Lichte angesehen wurde, wie früher. Das Domcapitel erklärte jetzt geradezu, daß Andreas Kippe sich theils den Anschein gegeben habe, „als thäte er allein Herzog Christiano z. B. u. L. vire (?) profitieren," und daß er unter diesem Rechtstitel Schuldige und Unschuldige, Fremde und Eingesessene auf offener Straße und in den Städten und Dörfern überfallen und das ganze Stift unsicher gemacht habe. Bei 3, 5 und 6 Centner schwer sollte er Geld und ungemünztes Metall confisciert und nicht ein Loth davon zur Rechnung gebracht haben. Die unterschlagenen Summen hatte Kippe nach Schulenburgs Mittheilung bei Seite geschafft und namentlich unter den hamburger Kaufleuten, „seine durchtriebenen Händel damit zu befördern," untergebracht.

Domcapitel, Bürgerschaft und städtische Prediger.

Nach den eben geschilderten Vorgängen könnte es scheinen, als ob solchen Regierungsorganen gegenüber das Domcapitel sich der höchsten Achtung und Verehrung von Seiten der Bürgerschaft erfreut hätte. Und doch war dem nicht so. Die eigenthümliche Organisation dieser geistlichen Fürstenthümer widersprach dem einfachen, auf den practischen Erwerb gerichteten Sinne des städtischen Bürgerthums so sehr, daß sich selten ein erträgliches Einvernehmen zwischen der Aristokratie der Domcapitel und der Bürgerschaft ihrer Städte herstellen ließ.

Nach der Reformationszeit wurde die Stimmung des Bürgerthums in bischöflichen Städten, deren geistliche Aristokratien immer noch wirkliche Hoheitsrechte besaßen und ausübten, nur noch widerwilliger. Das Verständniß für derartige politische Mißbildungen, wie ein geistliches Fürstenthum mit einem im glücklichen Falle protestantischen Oberhaupte, welches von einem vollständig protestantischen, häufig aber von einem theils lutherischen theils katholischen Capitel gewählt, und dessen Regierung nicht nur an die Mitwirkung der Landstände, sondern auch recht eigentlich an die

Mitregierung des Domcapitels geknüpft war, wurde nach der Reformation bei den protestantischen Bürgern immer geringer. Vor dem gewerbfleißigen, auf die Arbeit seiner Hände und die Erfahrung in seinem Gewerbe angewiesenen Bürger fand der von seinen Renten lebende Domcapitular keine Gnade mehr.

Und wenn nur noch diese Erbitterung an dem religiösen Gefühl und der Scheu vor einer altehrwürdigen kirchlichen Institution eine Schranke gefunden hätte! Aber gerade die stärkste sittliche Macht, welche die Menschen jener Zeit beherrschte, das religiöse Gefühl, befestigte das Bürgerthum dieser geistlichen Städte immer mehr in der Anschauung, daß dieser ganzen Institution keinerlei sittliche und historische Berechtigung mehr innewohne.

Und war sie denn nicht auch eine immerwährende Drohung für die erneuerte Kirche, namentlich seitdem sich der Katholicismus zu einer so erfolgreichen und energischen Gegenreformation aufgerafft hatte? Gerade da, wo in den Capiteln noch beide kirchliche Anschauungsweisen ihre Vertreter hatten, war die Furcht der Bürger in der That nicht ungegründet, daß bei dem unbestrittenen Wahlrechte der Capitularen der Katholicismus einst wider die Herrschaft erlangen werde. Je begründeter aber diese Furcht war, um so mehr hatte der protestantische Theil der Capitel Veranlassung, mit der andersgläubigen Hälfte ein friedliches Einvernehmen inne zu halten und sie in keiner Weise zu extremen Schritten herauszufordern.

Ein solches Verfahren empfahl sich um so mehr, als die nach dem passauer Vertrag reformierten Stifter sich einer legalen Anerkennung der politischen und religiösen Verhältnisse, welche sich in ihnen gebildet hatten, noch nicht erfreuten, sondern sich damit begnügen mußten, daß man von Seite des Kaisers geschehen ließ, was man nun einmal nicht hindern konnte. Aber gerade diese weitblickende Vorsichtigkeit protestantischer Administratoren und Domcapitel wurde von dem Bürgerthum als Feigheit, wenn nicht gar als Verrath gedeutet. Dazu kam ein Umstand, welcher noch jeder aristokratischen Regierungsform zum Verderben gereicht hat: die besondere Schwierigkeit einer stets würdigen und starken Repräsentation der eigenen politischen Machtvollkommenheit. Auch in diesen geistlichen Fürstenthümern geriethen die Interessen der leitenden Adelsfactionen oft genug mit einander in Zwiespalt; auch in ihnen repräsentierten viele Mitglieder der aristokratischen Regierungsgewalt ihre obrigkeitlichen Befugnisse in nicht eben Achtung gebietender Weise.

Am stärksten aber fiel unter den sittlichen Gebrechen dieser geistlichen Landesregenten dem Bürgerthum in bischöflichen Städten von jeher die

übliche Concubinatswirthschaft der Domherrn in die Augen. Gerade hierfür hatten die Bürger um so weniger einen Entschuldigungsgrund, als in ihrem eignen gewerblichen und socialen Leben äußere Ehrbarkeit geradezu auch ein bürgerliches, ja ein politisches Erforderniß war. Und das, was die Statuten der Innungen und Zünfte, und seit der Reformation die hin und wider eingeführten kirchlichen Ordnungen mit so empfindlichen Strafen belegten, übten die Inhaber der höchsten Hoheitsrechte selbst ohne ersichtliche Ahndung.

In Halberstadt aber hatte man sich über derartige Mißstände um so mehr zu beklagen, je öfter man einen Anlauf genommen hatte sie wirklich zu beseitigen. Gerade hierdurch aber wurde auch wider das religiöse Gefühl der protestantischen Bürger empfindlich beleidigt, da ihre Anklagen nach dieser Seite vornehmlich natürlich die katholischen Domcapitularen und Choralen treffen mußte. Doch scheinen sich auch protestantische Mitglieder der Stifter dieses Vergehens gegen das sittliche Gefühl ihrer Mitbürger schuldig gemacht zu haben.

Vergebens hatte schon Heinrich Julius dem Domcapitel widerholte Mahnungen zugehen lassen, diesen Uebelstand zu beseitigen. Selbst seine Energie richtete hiergegen nichts aus, und sowol der Bischof als namentlich auch die protestantische Stadtgeistlichkeit theilten die Beschwerden der Bürgerschaft.

Am 25. Januar 1619 kam die Sache im Capitel selbst zur Verhandlung: es wurde beschlossen die Schuldigen anzuhalten, ihre Köchinnen und Concubinen bis zu Fastnachten aus den Häusern zu schaffen. Auch in andern Behausungen sollten dieselben nicht geduldet werden.

Kurz darauf, am 30. Januar, wurde von Neuem über die Angelegenheit verhandelt. Dabei gab der Dechant selbst ein Urtheil über die Sache ab, welches zeigt, wie wenig ernstlich man darauf bedacht war, dem Verlangen der Bürgerschaft Genüge zu leisten. „Wollten die Concubinen sich bessern und ihr ärgerliches Leben abstellen, dann könnten sie auf der Herren Freiheit geduldet werden," meinte Matthias v. Oppen. „Sonst aber, im Fall sie bei Tag oder Nacht zu ihnen gehen und fürters adhaerieren, und würde eine oder die andere darüber betreten und heimgesucht von vornehmen Personen, würde die Bürgerschaft nicht allein die Höfe, sondern auch die Personen anfallen." Bis zum 9. October 1619 scheint jedoch keine Aenderung eingetreten zu sein. An diesem Tage wurde unter der Leitung des Dechanten eine Sitzung derjenigen Capitel gehalten,

welche die Union ausmachten, zu welcher die schuldigen Capitularen vorgefordert wurden. Matthias v. Oppen ermahnte sie in eindringlichster Weise.

Die Stimmung in der Stadt muß eine sehr erregte, das Schelten der Stadtpfarrer ein sehr hartes gewesen sein, da sich sogar die Milde des nachsichtigen Domdechanten erschöpfte, und er darauf aufmerksam machte, daß die Pfarrer selbst auch ihre Mängel hätten. Er sprach dabei von beschlafenen Mägden, die sich erhenkt hätten und Anderem. Seiner Anschauung nach gab es kein anderes Mittel mehr, „die Pfaffen auf der Kanzel" zu stillen, als die Concubinen wirklich abzuschaffen. Er ermahnte die Capitularen fleißig zur Kirche zu gehen, Abends und Morgens ein Capitel aus der Bibel zu lesen, und erinnerte sie noch besonders, den Gottesdienst nicht auf Vicare und Choralen zu wälzen, wenn sie nicht ihr Almosen mit Sünden nehmen wollten. Dem ernsten Dechanten „thaten die Adern wehe" darüber, daß die Pfaffen auf den Canzeln so schrieen, die seiner Ueberzeugung nach doch selbst ein zerbrochenes Schwert in der Hand hatten. Er sah bereits voraus, daß Fürsten und Herren endlich Veranlassung nehmen würden, das Stift zu occupieren und die Einkünfte an sich zu ziehen. Und als einer der Betroffenen erwiderte, Galli Tag sei vor der Thür, wo man ja ohnehin mit dem Gesinde wechsele, nahm der Dechant nochmals das Wort, um die sofortige Ausschaffung der Weiber zu fordern. Es waren in der Sitzung eine ziemliche Anzahl von Capitularen und Vicaren namentlich aus den Stiftern B. Mariae Virginis und St. Bonifacii anwesend, welche diese Vorwürfe auf sich beziehen mußten. Von vier namentlich genannten Angehörigen des ersteren sagt das Protokoll: „sie dankten alle der Vermahnung."

Nach diesen Erinnerungen wurden Richter und Schöppen vorgefordert, und dem erstern der besondere Befehl gegeben, die betreffenden Personen, falls der Verordnung nicht Folge geleistet werde, sofort in Haft zu nehmen. Nur zwei Haushälterinnen, welche das Bürgermal genommen hatten, nämlich Jacobs v. Bieren und Justus Petrus' Köchinnen, fanden Duldung. Die übrigen Weiber sollten ins Gerichtshaus geführt werden und am folgenden Tage die Schandsteine zur Stadt hinaustragen und damit verwiesen sein. Es schien sehr nothwendig, dem Anstoß, welchen das sittliche Gefühl der ehrsamen Bürger und Handwerker nahm, Rechnung zu tragen: ging doch sogar das Gerücht, daß ein Bürgeraufstand bevorstehe, und das Johannis- und das Barfüßerkloster occupiert werden solle. Die Vicare, in deren Gegenwart der Dechant diese Beschlüsse Richter

und Schöppen mittheilte, wurden sogar mit Entziehung ihrer Pfründen bedroht.

Einer Zeit, wie der unsrigen, welche längst daran gewöhnt ist, daß der Staat in seinen Ansprüchen und Anforderungen an Einzelne oder an Corporationen augenblicklichen Gehorsam findet, wird es nach dem Erzählten nicht recht wahrscheinlich vorkommen, daß auch diese Maßregel des Domcapitels nicht den erwünschten Erfolg hatte. Und doch war dem so. Entweder hatte man, wie früher öfter, sich für den Augenblick gefügt und war später zu der alten Gewohnheit zurückgekehrt, oder man hatte auch nicht einmal den Schein einer solchen Umkehr erheuchelt. Genug, innerhalb Jahresfrist ertönen dieselben Klagen gegen diese unverbesserlichen Mitglieder der Erbherren und ihre Umgebung von Neuem.

Der Haß und der Groll gegen den Herrenstand hatte unter der Bürgerschaft einen so hohen Grad erreicht, daß selbst der Domprediger Dr. Reineccius die Gelegenheit wahrnahm, in einer öffentlichen Predigt die Herren daran zu erinnern, daß es hohe Zeit sein dürfte, der ihnen untergebenen Bürgerschaft andere Vorbilder eines sittlichen und politischen Wolverhaltens vor Augen zu stellen. Er benutzte am 15. Trinitatissonntage 1620 den Text „Ihr könnt nicht Gott und dem Mammon dienen" größtentheils dazu, um das Leben der Domherrn an ihm zu messen. Er soll sich hierbei dahin geäußert haben, die Domherrn zögen es, anstatt ihre Residenz bei dem Domstift zu nehmen und im Capitel Land und Leute zu regieren, vor, auf ihren Landgütern zu liegen. „Die Weiber wollten nicht in den Pfaffenhäusern, sondern lieber auf dem Lande wohnen," hatte er als Grund dafür angeführt, daß sich die Domherrn in jener Zeit wenig in der Stadt sehen ließen. Da beschied das Capitel am 10. October 1620 seinen unerschrockenen Gewissensprediger zur Verantwortung, um aus seinem Munde die Anklage von Neuem zu vernehmen. Reineccius beharrte dabei, die Wahrheit gesagt zu haben, und zeigte sich sogar bereit seine Rede geschrieben oder gedruckt von sich zu geben. Ja er erklärte dem Capitel geradezu, daß man in der Stadt trotzdem urtheile, er fuchsschwänze in seinen Predigten und enthalte den Herren die Wahrheit vor. Schließlich gestand er jedoch freiwillig ein, daß seine Vorwürfe nicht allen gegolten hätten.

Und in der That, so verständlich und derb auch die Predigt des Domspredigers Reineccius gewesen war, das Urtheil der Bürger über ihre Erb- und Landherrn gab sie doch nur annäherungsweise wider. Es liegt heut wenig daran, die Stimmung der ehrsamen und biderben Handwerker

und Kaufleute gegen die ihnen unbequemen Domherrn durch einzelne dem täglichen Leben entnommene Züge anschaulich zu machen; wol aber darf nicht verschwiegen werden, wie dieselbe von anderer höchst einflußreicher Seite her in drastischer, wirkungsvoller Form und zwar mit Urtheil ausgesprochen wurde. Der energische und in volksmäßiger Beredsamkeit ausgezeichnete Dr. Tobias Herold, Pfarrer an der Martinskirche zu Halberstadt, war es, der sich zum Organe dieser Stimmung machte. In seinen Wochenpredigten hatte er während des Jahres 1619 die Psalmen erklärt und vornehmlich auch den 101. Psalm „nach Gelegenheit der Zeit und des Orts" zum Gegenstand ausführlicher Erörterung gemacht. Allein gerade diese Predigt erregte in den Kreisen des Domcapitels den höchsten Unwillen; und sogar bei fürstlichen Personen mußte sich der unerschrockene geistliche Volksführer anklagen lassen, als habe er ihre Hoheit angetastet, ihr Amt und ihren Stand, ja alle Pfaffen dem Teufel ergeben, ihm den Diebhenker vorgezogen und die Bürgerschaft aufgewiegelt. Um aber die über die Predigt in Umlauf gesetzten und gewiß vielfach übertriebenen Urtheile zum Schweigen zu bringen, beschloß Herold dasselbe Thema noch ausführlicher zu behandeln und das Ganze in einer besonderen Schrift zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

Er mußte dabei seiner gerechten Sache sehr gewiß sein, daß er es wagen konnte gerade eine derartige Schrift seinem Landesherrn und Bischof zu widmen.[1] Obwol er erklärte, sich durch diese Widmung nur der Verpflichtung persönlicher Dankbarkeit für ein fürstliches Geschenk bei Gelegenheit seiner Doctorpromotion in Jena zu entledigen, wollte er doch offenbar gerade dadurch noch eine besondere Einwirkung auf die Gesinnungen und Entschließungen Christians ausüben. Er spricht ja in der Widmung ausdrücklich die Hoffnung aus, daß dem weltlichen Regimente und zwar speciell seinem Vaterlande vielleicht ein Nutzen daraus erwachsen würde, wenn Christian bisweilen „einige Blätterlein durchzulesen sich verdemüthigen wollte."

Die Schrift zerfällt der Hauptsache nach in zwei Theile, von denen der erste hauptsächlich das obrigkeitliche Amt und seine Träger behandelt;

1) Gemeint ist: Regenten Buch, oder Tractat. VOn weltlicher Herrn vnd Regenten, auch der reformirten Bischoffe jhrem ampt vnd stande, Räth vnd Dienern getrewen vnd vngetrewen ... Durch Tobiam Heroldum Halberstadiensem D. et P. in Ecclesia patria ..... LYPSIÆ, Typis Grossianis. Anno M. DC. XX. Vorrede X Bll. 40 Bogen. 4. Der Druck der Schrift wurde schon gegen den Schluß des J. 1619 beendigt.

im zweiten legt Herold an beide einen aus dem 101. Psalm gewonnenen Maßstab, um sie darnach zu messen. Merkwürdig ist, daß er hierbei von durchaus modernen Gesichtspuncten ausgeht: Staat und Kirche sind ihm bereits vollständig getrennte Gebiete, von denen der erstere in den meisten Fällen die unbestrittene Oberhand hat. Für die kirchlichen Staatsbildungen des Mittelalters, deren Trümmer noch in die Gegenwart hinein ragten, fehlt ihm sogar das historische Verständniß. Den Trägern desselben, wie sie sich ihm in nächster Nähe zeigten, trat er mit unverholener Geringschätzung und Mißachtung entgegen.

Da nun seiner Anschauung zu Folge das Weltliche streng vom Geistlichen zu sondern ist, so kann er auch keiner Obrigkeit das Recht einräumen ein weltlich Papstthum oder einen Zwang über die Gewissen auszuüben. Er betont im Eingange seiner Schrift ganz richtig die veränderte Stellung, welche der Staat seit der Reformation zur Kirche gewonnen hat, und polemisiert hierbei vornehmlich gegen die Auffassung der Altgläubigen. Auch er gründet seine politischen Anschauungen auf Römer 13, 2. und 4. Das weltliche Regiment ist zum Frieden, zum Heile und zur Wolfahrt der Unterthanen gegründet; eine Kraftstelle aus Luther (Th. 5. S. 153) dient dafür zum Belege.

Allein der Obrigkeit gegenüber gibt es keinen Stand der Eximierten, und vor allen stehen die Geistlichen nicht außerhalb der Bannmeile ihres Einflusses. „O wenn das unsere Clerici bedächten; ohne Zweifel würden sich ihrer viel in ihre Adern schämen, die kein geistlich Amt verrichten, sind auch selber keine Regenten und wollen doch exemt, Freiherrn und von weltlicher Obrigkeit ungezwungen sein. Von keiner Exemtion, von keinen Freiheiten der Geistlichen weiß die Schrift neues Testaments, auch die alten Lehrer wissen nichts davon.“ Mit Luther erklärt er die evangelischen Bischöfe und Administratoren für weltliche Herren und ordentliche Obrigkeiten wenn auch unter einem geistlichen Namen. Allein geistliche Verpflichtungen mißt er ihnen in keiner Weise mehr bei, obwol er an der Beibehaltung der äußeren Zeichen und Ceremonien aus katholischer Zeit auch keinen Anstoß nimmt. Auf der andern Seite aber soll nun auch der geistliche Stand sich des weltlichen Regiments nicht mehr anmaßen. Dessen beschuldigt er aber die sogenannten Cleropolitici, d. h. doch die Domherrn, ziemlich deutlich. Obwol sie vom Kaiser gewisse Privilegien erhalten haben, so ist dies doch nicht deshalb geschehen, damit sie nun neben dem Einflusse ihrer geistlichen Würde auch den Anspruch weltlicher Herrschaft über Edel und Unedel erheben könnten.

Und wie derb drückt er sich über diese weltlichen Besitzer geistlicher Pfründen aus: „Pfäffische Hummeln und bettelmönchische Freßlinge, die nur fressen und verzehren wollen den besten Haark und Honig, den die fleißigen arbeitsamen Bienlein machen, sind keiner Privilegien würdig. Zu geschweigen, daß auch die Natur otiosos detestiert und die Singestunden aus papistischem Aberglauben und falschem Wahn als ein verdienstlich und der Kirchen nützlich officium — zwischen denen und den beneficiis auch gar keine Proportion ist — nicht geachtet werden können.“!!

Solche Anschauungen mochten allerdings den Domherrn, die sich selbst als die eigentlichen Erbherrn und Träger dieses kleinen so locker gefugten Staatsgebäudes betrachteten, nicht sehr correct, geschweige denn angenehm klingen. Es wird dies um so weniger der Fall gewesen sein, als derselbe Mann der thatsächlich ziemlich eingeschränkten Gewalt seines Landesherrn außerordentlich weitgehende, an keine Beschränkungen geknüpfte Befugnisse beimaß. „Haben aus Ursachen“ — so läßt sich Herold weiter vernehmen — „zu Ehre, Gunst, Dienst und Aberglauben etzliche Kaiser, Könige, Fürsten und Herrn sonderliche Privilegia und Freiheiten in ihren Landen ihren Geistlichen concediert und verliehen, so haben heut zu Tage ihre Nachfolger gerade dieselbe Macht, dasselbe Recht und dieselben Ursachen solche angemaßte Freiheit und Privilegien einzuziehen oder nach erheischender Notdurft zu limitieren, damit eben ihr, der Regenten, Stand in allen weltlichen Dingen als der oberste Regierer und Verwalter erkannt und geehrt werde.“ Freilich sind nicht alle Regenten, z. B. der türkische Kaiser und der römische Papst, beides antichristliche Mordkinder, auf rechtmäßige Weise zu ihrem Regimente gekommen; auch unter den Christen zieht der Stärkere dem Schwächern häufig den Rock aus und schlägt die Religion in den Wind, wenn er zur Region kommen kann. Indessen auch eine solche tyrannische Gewalt bleibt Gottes Ordnung. Denn nicht allein Erbfolge oder Wahl geben einem Fürsten seine obrigkeitliche Stellung, sondern Gott selbst erfordert oft Einige, wie Moses, Gideon, Simson; Andere wie Josua, Saul, Jephta wurden durch die Propheten gesalbt; und gerade diese beiden letzten Klassen waren meistens „rechte Helden und Wunderleute, nicht gezogene oder gemachte, sondern geschaffene und von Gott selbst erweckte und getriebene Fürsten und Herrn.“ Gott prädestiniert solche Männer zum weltlichen Regimente, welche dann auch ordentlich in ihm gedeihen; aber auch sie müssen ihre Zeiten erwarten und dürfen sich nicht vor Gott mit Gewalt

in das Amt drängen und sich bedünken lassen, sie seien tüchtig genug. Diesen Regenten stellt Herold den König David als Muster vor.

Man sieht, wie weit Herold und gewiß ein großer Theil des gebildeten Bürgerstandes mit ihm aus den Anschauungen seiner unmittelbaren Umgebung heraus getreten war, und wie sehr er sich der geistigen Atmosphäre einer neuen Zeit genähert hatte. So wird es nicht Wunder nehmen, wenn wir in ihm auch einen Vertheidiger der Preßfreiheit, wenn auch noch mit einer gewissen Schranke, erkennen. Es läßt sich nicht entschuldigen, wenn die Gewissen der Lehrer durch ein Verbot angewiesen werden, „nichts in öffentlichen Druck, Gott zu Ehren und der christlichen Kirche zu Nutzen auszulassen, ohne was etlichen vermeinten geistlichen oder politischen weltweisen Leuten behagt, und was sie unterschreiben wollen." Auf diesem Felde besitzt für ihn der Staat nicht die höchste Autorität; „recht geistliche Consistorien oder Superintendenten" will er nur als Censoren zulassen! Unterfinge sich die weltliche Macht einer solchen Befugniß, so wäre es eine unrechte Gewalt, denn weltliche Herren sollen über keines Menschen Gewissen, geschweige denn über das ihrer Lehrer herrschen. „Es ist wider der Lehrer Amt, das Gott mehr als den Menschen verpflichtet; nach ihm soll die Wahrheit im Munde und in der Feder unverarrestieret und an keines Menschen Urtheil gebunden sein. Solche Censoren wollen aber die christliche Freiheit meistern." Und so predigt er auch in einer für jene Zeit immerhin anzuerkennenden Weise Gewissensfreiheit, obwol gleichfalls innerhalb gewisser Schranken.

Er ist natürlich ein heftiger Gegner der katholischen Inquisition, gegen welche er nicht nur mit dem Beispiele „Christi und der Apostel,"[1] sondern auch mit dem des Augustinus, der doch selbst neun Jahre lang ein Manichäer war, zu Felde zieht. Ganz richtig weist er darauf hin, daß man in Augustins Schriften Gründe genug finde, warum man auch die ärgsten Ketzermeister nicht zum Tode verurtheilen dürfe. Nur auf der Kanzel und im Lehramt will er derartige Personen nicht geduldet wissen; er erkennt es vielmehr für sehr notwendig, daß Regenten „allen ihren Officianten in Eid und Pflicht auch die Treue gegen Gott und den reinen rechten Glauben einbinden." — So weit er sich nun auch im Allgemeinen von dogmatischer Polemik fern hält, verhehlt er doch nicht, daß ihm der Calvinismus auf gleicher Stufe mit Papismus und Jesuitismus stehe, und warnt die Fürsten vor dem Gifte calvinischer, jesuitischer, verschlagener Leute sehr ernstlich.

1) Matth. 23, 7. 26; Tit. 3, 11; 1. Cor. 5, 11.

Obwol er geneigt ist, einen gewissen Absolutismus der staatlichen Gewalt gewähren zu lassen, so erscheinen ihm doch die Organe, durch welche die Staatsgewalt der damaligen Zeit repräsentiert wurde, in hohem Grade verächtlich: „O wenn fromme Fürsten oftmals wissen möchten, wie man mit den Unterthanen und armen Leuten handelt, pochet, schnarchet und nur mit Gewalt fährt. Wenn sie sich doch berichten ließen, wie die stolzen, hochtrabenden Officianten übermütig sich der Gewalt und Reputation ihrer gnädigen Herren mißbrauchen! Wenn einer sagen kann, ich bin meines gnädigen Herrn Hundes Junge, darf er meinen, die armen Bauern mit Knitteln abzudreschen! Sie, die Fürsten selber, sind oft besser anzusprechen, als die stolzen, aufgeblasenen Wänst und Amtleute." „Wollte Gott, daß es alle fürstlichen Räthe und Offizianten wol bedächten! Exempla sunt odiosa, sonsten weiß man wol, wie es geschwinde Veränderungen und eines Theils gute Klapfen auch allhier zu Halberstadt hat gegeben!" „Verständige Regenten und Herrn sehen ihren Dienern nicht so lange durch die Finger, bis sie mächtig geworden sind, sich wol begrast haben und um so schwerer abzuschaffen sind."

Man kann sich des Gedankens nicht entschlagen, daß der herzhafte Mann bei diesen herben Anklagen doch zunächst an seine unmittelbare Umgebung gedacht hat, ein Freimuth, der ihm auch heute noch zur Ehre anzurechnen ist.

So zahlreiche Veranlassungen jedoch selbst die bischöflichen Räthe in einer derartigen Schrift finden konnten, gegen ihren Verfasser einzuschreiten, so scheinen doch die Domherrn gegen den politischen Kanzelredner, der die ganze bisherige geistliche Verfassung ihres Stifts in Frage stellte, noch aufgebrachter gewesen zu sein. Auf die vereinigte Forderung der Capitularen und der Landstände, bei denen sich das Capitel gleichfalls beklagt hatte, wurde Tobias Herold mit seinem Freunde und Bundesgenossen, Dr. Tobias Henkel, im Beisein ständischer Deputierter auf der fürstlichen Canzlei dieses Buches wegen zur Verantwortung gezogen, kam jedoch noch ziemlich glimpflich mit einer Rüge davon.

Da ereignete sich unmittelbar darauf ein Vorfall, aus welchem deutlich zu entnehmen ist, daß die Spitzen dieser unverhüllten Anklagen doch zunächst gegen das Domcapitel gerichtet waren. Gerade einer der vornehmen fürstlichen Beamten verehrte nämlich Herold zum Zeichen seiner besondern Anerkennung eine stattliche silberne Kanne, die er noch mit der Devise „zum Preis der Tapferkeit" zierte. In Folge davon scheint der durch seine volksmäßige Redegabe weithin berühmte Prediger in seiner

ganzen Stellung noch zuversichtlicher und kühner geworden zu sein. Er erließ nach der erwähnten Auszeichnung eine Einladung an eine Anzahl Bürger und trug hier das Gefühl des befriedigten Stolzes sichtlich zur Schau. Nicht zufrieden damit, veröffentlichte er wahrscheinlich in den ersten Monaten des Jahres 1621 eine neue Schrift, welche die Domherrn zu noch herberen Anklagen herausforderte. Sie sahen in derselben seine verläumderische, ja auf Empörung und Aufwiegelung gerichtete Gesinnung offen zu Tage treten. Sollte man ihm ferner zusehen, so fürchteten sie, daß der ganze geistliche Stand vom Obersten bis zum Niedrigsten in seinem Ansehen geschädigt und in den ihm von Gott und Menschen verliehenen Privilegien empfindlich verkürzt werden würde. Nachdem sie sich bereits bei Friedrich Ulrich über Herold beschwert hatten, der seinerseits sich auch mündlich an die beiden Bürgermeister wendete, trugen sie auch dem Dompropst ihre Klage im April des Jahres 1621 vermittelst einer besondern Gesandtschaft vor.[1] Eine nennenswerthe Wirkung scheint aber auch diese Anklage nicht gehabt zu haben.

Die Zustände in der Stadt müssen in dieser Zeit vielleicht vornehmlich auch unter der Einwirkung der bösen Münzverwirrung der Art gewesen sein, daß man des Schlimmsten gewärtig sein durfte. Die in übelm Geruch stehenden Frauen konnten sich nicht mehr auf der Gasse sehen lassen, ohne sich den größten Insulten von Seiten der aufgeregten Menge auszusetzen. Und um nun die Verwirrung vollständig zu machen, waren um die Mitte des Jahres 1620 auch fürstliche Rescripte erschienen, welche den Richter ohne Weiteres anwiesen, den Domherrn und Capitularen in die Häuser zu fallen und die Concubinen ins Gerichtshaus abzuführen. Schleunigst wurde daher vom Dechanten zum 21. August 1620 eine neue Sitzung der großen Union zusammenberufen, um sich über die jetzt nöthigen Maßregeln zu verständigen. Merkwürdiger Weise begann der Dechant auch jetzt noch damit, die Verordnungen als gegen die Capitulation verstoßend zu bezeichnen, da die Jurisdiction der Domherrn durch sie benachtheiligt würde. Erst nach diesem Eingang wies er die Herren darauf hin, wie oft man nun vergebens die Ausschaffung der Frauen beschlossen habe, um den Predigern die Gelegenheit abzuschneiden, den ganzen geistlichen Stand, dem der gemeine Mann ohnehin schon auffässig genug war, noch tiefer

1) Nach der Instruction derselben vom 19. April 1621 sind diese Herold betreffenden Vorgänge dargestellt. Königl. Archiv zu Magdeb. Domcapitel zu Halberstadt. XIX, 9.

herabzusetzen. Darauf schlug er vor, daß alle ordentlichen Inhaber von Pfründen und geistlichen Stellen ihre Vicare vor sich bescheiden sollten, um sie bei Strafe der Entsetzung nochmals zu warnen. Gehorchten sie auch dies Mal nicht, dann sollte Ernst gebraucht werden. Zum Schluß verschärfte er jedoch seine Mahnung noch durch den erklärenden Zusatz, daß man die Weiber nicht einen Tag abschaffen und am nächsten wider annehmen solle. Alle waren mit dieser Maßregel einverstanden: der Decan B. M. Virginis v. Brietzke gab die Zusage, sie seinen Vicaren mitzutheilen, und der Decan zu St. Pauli sprach sogar die Hoffnung aus, daß ein jeder seiner Untergebenen darauf achten werde.

Und trotzdem blieben die Verhältnisse auch jetzt in demselben Zustande, in welchem sie nun so lange Zeit gewesen waren. Der nur allzu milde Dechant Matthias v. Oppen erlebte eine Aenderung derselben nicht mehr. Erst im Jahre 1623, als Christian das Stift seiner Armee auf einige Monate überließ, wurde auch dem beleidigten Sittlichkeitsgefühl der Bürger von Halberstadt sein Recht.

Der hochverehrte Dechant selbst starb bereits am 11. April 1621. In der am Tage darauf gehaltenen Capitelssitzung beklagte der Stiftssenior sehr, daß dem Lande „sein herrliches Ingenium" so frühzeitig entrissen worden sei. Als am 7. Mai eine neue Sitzung im Betreff des Testaments des Verblichenen, welches Einige anfechten wollten, weil es nicht im Original und ohne Unterschrift von Notar und Zeugen mitgetheilt war, gehalten wurde, widersetzte sich Arnd v. Spiegel einem solchen Beginnen mit den Worten, er sei ein Freund des Dechanten im Leben gewesen und wolle es auch im Tode sein. Auch der Domherr v. Steinberg schloß sich ihm unter Anerkennung der verständigen und maßvollen Natur des Dechanten an.

Dabei kam jedoch noch ein Anlaß zum Zwiespalt unter den Domherrn selbst zur Sprache. Es handelte sich nämlich um die Begräbnißfeierlichkeiten für den Verstorbenen, die auffallender Weise bis jetzt noch nicht Statt gefunden hatten. Die protestantische Partei der Domherrn forderte nun unter dem Widerspruche der Katholiken, daß die Collecten bei dem Begräbniß nicht durch einen Katholischen, sondern durch den Domprediger Reineccius gelesen werden sollten. Die Testamentsvollstrecker Matthias v. Oppens beriefen sich darauf, daß es der Verstorbene in seinem Testamente so angeordnet habe. Ferner wurde auch noch darüber verhandelt, ob man in geistlichen Gewändern, oder, wie es den Evangelischen am passendsten schien, in dem gewöhnlichen schwarzen Trauerhabite

der Leiche folgen sollte. Da man es allzu seltsam fand, wenn die Leidtragenden abwechselnd in Weiß und Schwarz gingen, so überließ man es schließlich den Testamentsvollstreckern die maßgebenden Anordnungen selbst zu treffen. Die Beisetzung der Leiche im Dom selbst, wie es der Dechant in seinem Testament gewünscht zu haben scheint, lehnte jedoch das Capitel ab: den protestantischen Theil desselben erinnerte eine solche Begräbnißweise allzusehr an den Katholicismus.

Nach dem Tode des Domdechanten Matthias v. Oppen wurde von Seiten der Bürgerschaft den offenbaren moralischen Gebrechen der Stiftsherrn und dem hinfälligen Staatswesen gegenüber, welches auf ihren Schultern ruhte, noch weniger Milde und Schonung geübt.

Unsicherheit im Stift Halberstadt seit dem Beginn des böhmischen Krieges. Bischöfliche Truppen im Stift.

Der niedersächsische Kreis erachtete es bereits im Anfange des Jahres 1620 für nothwendig seine Stände zur Stellung der Tripelhilfe zu verpflichten, eine Maßregel, welche den kriegerischen Neigungen des jungen halberstädter Bischofs ganz genehm war, während sie die stiftischen Landstände einer andern Beurtheilung unterzogen. Das Domcapitel konnte die Landschaft anfangs nicht dazu bewegen das Stift in die schwache kriegerische Verfassung zu setzen, welche man von ihm forderte. Als in Folge davon ein ungnädiges Schreiben des Bischofs bei dem Capitel einlief, erklärte Matthias v. Oppen im Beisein des Kanzlers am 7. Dec. 1620 ganz offen: „Küriſſer oder Volk zu werben gehe die Landschaft an, die müßten die Strippe ziehn." Dabei hielt er es noch für zweckmäßig Wietersheim darauf hinzuweisen, daß Halberstadt kein Erbland sei, sondern ein Bisthum. „Das Land sei keinem Fürsten unterthan und sollte es, so lange den Domherrn die Augen offen stünden, auch nicht werden."

Schließlich mußte man jedoch trotzdem 100 M. Kreistruppen werben. Als der Kreisoberste forderte, daß das Stift an Stelle der 100 M. Infanterie 100 Reiter ausrüsten sollte, willigte man auf einem im März des Jahres 1621 gehaltenen Landtage auch hierein und nahm den Stiftsinsassen Heinrich v. Veltheim zum Befehlshaber der kleinen Truppe an. Man sicherte ihm 9,000 Thlr., jeden zu $3\frac{1}{2}$ Zahlthalern gerechnet, für drei Monate zu. Wer freilich zur Zahlung dieser Summe verpflichtet sei, ließ man unerledigt. Prälaten und Städte fanden es unmöglich diese neue

Contribution allein zu tragen: sie wollten die Ritterschaft angehalten wissen ihren Antheil gleichfalls beizutragen. Da diese keine Neigung hierzu zeigte und außerdem angeblich nur in geringer Anzahl vertreten war, blieb der Streit unausgeglichen.

Am 1. Mai 1621 [1] beschloß der Kreistag zu Lüneburg die Tripelhilfe auf das Dreifache zu erhöhen, und die bischöflichen Räthe beriefen zum 1. Juni 1621 abermals einen Landtag nach Halberstadt. Auf diesem schlugen sie den Ständen vor, an Statt neuer Werbungen eine bereits vom Bischofe auf eigne Kosten geworbene Compagnie in Bestallung zu nehmen. Allein nichts lag den Landständen ferner, als einem solchen verdächtigen Ansinnen Folge zu geben. Ihrer Meinung nach verpflichtete dieser ganze lüneburger Kreistagsabschied mit seiner Bestimmung über die dreifache Tripelhilfe das Stift Halberstadt überhaupt nicht, sondern nur die vorzugsweise gefährdeten Stände an den Gränzen. Mit einer gewissen Ostentation hob man hervor, daß sich das Stift Gott Lob in gutem Frieden befinde und von niemand Feindseligkeiten zu befürchten habe. Und weil die Landschaft gerade von ihren eignen Geworbenen mancherlei Ungemach und Schaden erlitten hatte, beschloß man auch diese abzudanken. Vergeblich legten die bischöflichen Räthe Protest ein. Das Höchste, wozu man sich verstand, bestand darin, daß man dem Rittmeister Veltheim seine Bestallung auf ein Jahr bis Johannis 1622 gegen ein Gehalt von 500 Thlr. erneuerte.

Und doch hatten die 100 Pferde, welche das Stift bisher unterhalten hatte, nicht einmal hingereicht, die jetzt so nothwendigen Dienste der Sicherheitspolizei zu versehen, geschweige denn daß sie im Stande gewesen wären, eindringenden Kriegshaufen den Weg zu verlegen. Noch im Anfang März 1622 mußte man es ruhig mit ansehen, daß in Oschersleben und Crottorf Reiter ohne Verwilligung des Capitels Quartier nahmen.

Und so mehrten sich denn die Zeichen von dem Herannahen einer wilden und gewaltsamen Zeit alltäglich. Die Sicherheit der öffentlichen Straßen verschwand; nicht von Dorf zu Dorf konnte man gehen ohne eines räuberischen Ueberfalls gewärtig zu sein. Auf dem Felde beschäftigte Bauern hatten den Verlust ihrer Pferde, durchreisende Kaufleute den ihrer Waaren zu beklagen. Selbst mitten in den Dörfern wagten Raubgenossenschaften, welche ganz offen in Gasthöfen und Schenken logierten, am hellen

1) Ein Extract des Kreisabschiedes zu Lüneburg vom 2. Mai in der Mecklenburgischen Apologie, Beilagen S. 193. 194.

Tage räuberiſche Ueberfälle. Wurde doch der Kanzler ſelbſt einſt auf freier Straße von zwei Reitern mit bloßem Degen verfolgt. Sehr häufig waren die Räuber gewiß Soldaten, die zu irgend einer ſtreifenden Rotte gehörten und auf dieſe Weiſe ihre Equipierung vervollſtändigen wollten. Moriz Mahre, der früher Schuhmacher und Bürger zu Halberſtadt geweſen war, ſich aber ſeit einiger Zeit fürſtlich-braunſchweigiſcher Lieutenant nannte, ſpannte dem Propſt und Conventualen zu St. Johannis in Halberſtadt ohne Weiteres im Jahre 1621 ein Pferd aus dem Pfluge und ritt davon. Leicht fanden natürlich ſolche Uebelthäter bei ihren Kameraden Mittel und Wege, um dem ſtrafenden Arme der Gerechtigkeit zu entfliehen. So war ein Reiter, Heinrich Brunner aus Hamburg, welcher in der Compagnie Leo Freitags, die zu Waſſerlehr in der Grafſchaft Stolberg von den Bauern verſprengt worden war, die Charge eines Quartiermeiſters bekleidet hatte auf friſcher That als Pferdedieb ertappt worden. Da er jedoch gute Fürſprecher hatte und ſofort nach der Pfalz zu gehen verſprach, wurde er wider auf freien Fuß geſetzt. Trotz ſeines Verſprechens zog er es jedoch vor im Halberſtädtiſchen zu bleiben und gerieth bald von Neuem in Verdacht, öfter „reiſende Leute umgerückt“ zu haben. Endlich hatte er ſich dringend verdächtig gemacht, am 22. Januar 1622 bei Harsleben einen Angriff auf drei mit Kaufmannswaaren beladene Wagen geleitet, die Fäſſer aufgehauen und einen großen Beutel mit Geld daraus entnommen zu haben. Etwa zwei Stunden vorher war er an demſelben Orte mit ſeiner Geſellſchaft geſehen worden. Nun wurde er von Neuem zur Haft gebracht und wirklich zum Tode verurtheilt. Da traf ein Schreiben Chriſtians ein, welches um Aufſchub der Strafvollſtreckung nachſuchte, bis ihm die Sache vorgelegt wäre. Mit Befremden berichtete das Capitel am 7. März 1622 darüber an den Dompropſt.

Vorgänge dieſer Art machten die ſchärfſten polizeilichen Maßnahmen erforderlich, und das Capitel veröffentlichte daher auch am 24. September eine Verordnung gegen einſchleichende, verdächtige Geſellen, Landfahrer und Straßenräuber, welche vorzüglich für das Land berechnet war. Derartige Fahrende auf Landſtraßen, in Wirthshäuſern und Päſſen ſollten genau beobachtet und erforderliches Falls ſofort bei der Obrigkeit zur Anzeige gebracht werden. Außerdem aber wurden die Unterthanen angehalten ſich waffenbereit zu halten, um dieſe Verbrecher im ſchlimmſten Falle unter Anſchlag der Glocken eiligſt zu verfolgen. Allein eine ſolche Maßregel konnte für das ſchutzloſe platte Land nur größere Verlegenheiten herbeiführen, und die Vorſtände der Dörfer ſamt den Bauern ſcheinen

sich daher sehr gehütet zu haben, dem Begehren des Domcapitels zu willfahren.

Am 10. Januar 1622 machten einige Reiter mitten im Dorfe Ströpke nahe bei der Schmiede und zunächst an der Wohnung des Richters selbst auf zwei aus Halberstadt gebürtige Schmiede einen Angriff und nahmen ihnen Pferde und Geld ab. Allein weder der Richter noch auch die übrigen Bewohner des Dorfes rührten sich, und an Verfolgung der Uebelthäter unter Anschlag der Glocken, wie es das Edict des Domcapitels vorschrieb, war nicht zu denken. Das Domcapitel verhängte daher auch gegen den säumigen Richter eine Geldstrafe von 30 Thlrn. Ein ähnlicher Fall ereignete sich im folgenden Monat, wo 6 räuberische Reiter auf dem appenrodischen Huy 2 Pferde von müllmeckischen Wagen ausspannten. Diesmal schlugen allerdings die Knechte die Glocken an, man ließ aber trotzdem die Diebe unangefochten vor Appenrode vorbeireiten. Die Gemeinde mußte deshalb ebenfalls 30 Thlr. Strafe zahlen.

Aber nicht genug, daß die nothwendigen Folgen des Kriegszustandes sich gar bald im Stift bemerklich machten und die Bande gesetzlicher Ordnung lockerten, der Geist der Zwietracht und der gewaltthätigen Ueberhebung durchdrang allmälig überhaupt alle politischen und socialen Verhältnisse. Bischof und Domcapitel, Domcapitel und Bürgerschaft, Stadt und Land —, kurz welche Korporationen nur immer in ihren Interessen sich bisweilen kreuzten, in dieser traurigen Zeit wuchsen ihre Zwistigkeiten wider Erwarten rasch zu gefahrdrohender Höhe. Mit rücksichtsloser Härte drückten namentlich auch die Amtleute auf den bischöflichen Gütern durch Hand- und Spanndienste das arme von der Soldateska noch außerdem in Schrecken erhaltene Landvolk. Es gereicht dem Domcapitel noch heute zur Ehre, daß es in allen solchen Fällen sich auf die Seite der Schwachen und Unterdrückten stellte und eine oft ganz willkürliche Steigerung ihrer Lasten nach Kräften zu verhindern suchte.

So wendeten sich Anfangs September die gesamten Ackerleute und Unterthanen zu Vogelsdorf auf dem Wege der Beschwerde an das Capitel und baten es, sie gegen den Amtmann Martin Velten von Dardesheim in Schutz zu nehmen, der ihnen zu den bereits verrichteten Bittfuhren neue auflegen wollte. Noch hatten sie selbst ihr Getreide im Felde liegen und sollten nun wider Herkommen und Recht von Neuem dem Amtmann des Dompropstes mit ihren Diensten zu Hilfe kommen. Ein in der Form zwar milder, aber dem Inhalte nach ziemlich gemessener Befehl des Capitels vom 7. Sept. 1621 untersagte jenem die Bauern weiter zu beschweren.

Schon vorher hatten sich die Dorfschaften und Gemeinden des Amtes Gatersleben widerholt über den Amtmann Jacob Prigge beklagt. Die Kotsassen zu Schadeleben waren mit übermäßigen und ungewöhnlichen Dienstfuhren und andern Frohn- und Handdiensten belegt und unter Androhung von Gefängnißstrafen und andern Zwangsmitteln genöthigt worden in den Privatgeschäften des Amtmanns zu frohnen. Ganz ähnliche Klagen erhoben die Einwohner und Ackerleute zu Schwanebeck und Wegeleben gegen den Amtmann zu Gröningen, Georg Keidel. Auch ihre Beschwerden erkannte das Capitel als begründet an.[1] Diesen Maßnahmen gegenüber wird man die Gewissenhaftigkeit, mit welcher die Herrn den Kreis ihrer politischen und socialen Rechte auch sonst zu wahren suchten, nicht allzu peinlich finden, mag auch mancher hierher gehörige Fall uns heute ein Lächeln abnöthigen. Wir erwähnen nur einen von vielen. Diesseits Dernburg in der Sandkule hatte man einen Todten aufgehoben, der auf Befehl des Amtmanns zu Derenburg dort ohne Weiteres eingescharrt worden war. Darin sah jedoch das Capitel „einen merklichen Eingriff und Violation in seine Hoch- und Obergerichtsbarkeit;" es ließ deshalb durch einen verschwiegenen Mann Ort und Stelle des Grabes in Augenschein nehmen, den Todten in aller Frühe ausgraben und nach Mandorf bringen, wo er dann zum zweiten Male bestattet wurde. —

Zu all dem kam, daß sich die willkürlichen Einlagerungen von Kriegsvolk gegen die Mitte des Jahres 1622 hin zusehends mehrten, so daß öfter ganze Regimenter durch die stiftischen Räthe 6 ja 9 Wochen lang in dem armen Lande untergebracht wurden. Der größte Theil der Offiziere hatte Patente des Bischofs aufzuweisen; Christian gab Ende April 1622 einer ganzen Anzahl Offizieren sein Stift zum Lauf- und Musterplatz Preis. Es gab aber auch Befehlshaber, welche vollständig auf eigne Faust handelten.

Schon jetzt ließ dieses neue Soldatenthum den schutzlosen Bürgern und Bauern gegenüber seinem ungezügelten Uebermuthe freien Lauf. Man mußte ihnen mit schwelgerischen Mahlzeiten und kostbaren Getränken aufwarten, und doch forderten sie außerdem auch noch eine Zubuße an Geld. In Gatersleben hatte man einzelne von ihnen verschiedene Mal im Verdacht Feuer angelegt zu haben; Eigenthum und Leben der Bauern auf der Landstraße oder auf freiem Felde war stündlich durch sie bedroht.

---

1) Schreiben d. Domcap. an H. Wernecke. Königl. Archiv zu Magd. Domc. zu Halb. XIX, 9.

Ja die Soldaten begannen sogar an verschiedenen Orten den Unterthanen die Gewehre abzufordern. — Ende April 1622 sollten sich bereits nach einer Schätzung des Capitels gegen 6,000 M. im Stift befinden, eine Zahl, die doch vielleicht zu hoch gegriffen ist. Da traf endlich ein Schreiben Christians vom 16. Mai aus Katelenburg ein, welches die Befehlshaber bei Verlust ihrer Stellen aufforderte, ihm die Mannschaften schleunigst auf das Eichsfeld nachzuführen. Allein Hans v. Götze, Niclas v. Courville, Rittmeister Christof v. Hagen, Behrend v. Junghausen und Valtin Baumhauer hatten anfangs andere Pläne und kamen ihrer Ordre nicht nach. Endlich brachen sie jedoch auf und richteten ihren Marsch nach dem Herzogthum Braunschweig, wo sie einige Tage verweilten. Allein plötzlich erschienen sie, verstärkt durch eine große Menge aus der Gegend von Frankfurt a./M. kommendes Kriegsvolk, welches ohne Bestallung war, von Neuem im Stift, um hier Quartier zu nehmen. Sie bemächtigten sich des Amtes Stapelnburg, des Dorfes Schauen und der umliegenden stollbergischen Dörfer und rückten endlich von Stapelnburg nach Haus Gröningen vor. Die benachbarten Fürsten, welche ihrerseits an der Ruhe des Stifts kein geringes Interesse hatten, namentlich Friedrich Ulrich von Braunschweig und Christian Wilhelm von Magdeburg, ja selbst Elisabeth ersuchten das Capitel dringend keine weiteren Ansammlungen von Streitkräften im Stift zu gestatten. Dieses zeigte dem Rittmeister Götz und dem Obristlieutnant Junghausen im Beisein eines Herrn v. Dortt am 29. Juli die fürstlichen Originalschreiben und drohte ganz offen mit einem allgemeinen Aufgebot, zumal da man die Unterthanen doch nicht länger zurückhalten könne. Dagegen erklärten die Offiziere bis auf den letzten Mann fechten und ihr Leben daran setzen zu wollen.

Am folgenden Tage zogen die Führer auch wirklich in hellen Haufen vor Kloster Huyseburg, bemächtigten sich desselben sowie des zugehörigen Vorwerks Roderhof und fingen nun an vor dem Kloster ein Lager aufzuschlagen. Sie waren entschlossen hier zu bleiben, bis sie sich unter jenem Herrn v. Dortt, Slammersdorff, Oberstlieutenant Ernst Georg v. Sparre auf einige Tausend M. gestärkt hätten. Da bot das Domcapitel am 30. Juli 1622 seine Unterthanen auf, stellte sie unter die Hauptleute der einzelnen Aemter und machte Anstalten das Stift mit Gewalt von den unliebsamen Gästen zu befreien. Vergebens wurden sie am 31. Juli nochmals zum Abzug aufgefordert. Auch die Bürgerschaft der Stadt Halberstadt stand bereits unter den Waffen und war geneigt, auf das Erfordern des Capitels den Eindringlingen mit dem Schwerte in der Hand zu begegnen.

Da erschienen jedoch plötzlich Rittmeister Götze und Christof v. Hagen vor der Stadt und baten um Quartier und weiteren Unterhalt oder um Soldzahlung für ihre Truppen. In der Bürgerschaft herrschte bei den traurigen Verhältnissen gährender Unmuth: das Getreide war an vielen Stellen zertreten, das hungrige Volk nahm Schnittern und Arbeitern, wenn sie sich vor die Thore wagten, Essen und Trinken ab und ließ noch außerdem jeden erschrecklichen Muthwillen an ihnen aus. Als sich daher die Offiziere in der Stadt zeigten, lag nichts näher, als der Gedanke, sich in ihnen selbst ein Pfand für den baldigen Abzug der Truppen zu sichern. Es erschien daher ein Bürgerausschuß vor der Capitelsstube, welcher die Verhaftung der beiden Offiziere, deren Bestallung erloschen sei, forderte. Man hoffte zugleich, daß nach einer solchen Maßregel die Truppen sich um so eher zerstreuen würden. Namentlich hatte man es hierbei auf Christof v. Hagen abgesehen, der jetzt eine militärische Rolle spielen wollte, ohne sich zuvor irgendwie dafür befähigt zu haben.

Der Bürgerdeputation folgte jedoch auch eine große Anzahl aufgeregter Bürger in den Dom, denen die Verhaftung der beiden Befehlshaber noch nicht zu genügen schien. Doch glückte es einigen Domherren, die von der Volkswuth an heiliger Stätte Bedrohten aus einem Seitengemach, in welches sie sich zurückgezogen hatten, mit eigner Lebensgefahr über die Straße auf das Rathhaus und von dort auf die Commisse zu bringen. Hier wurden sie zunächst zu ihrer eigenen Sicherheit, obwol unter Wahrung des üblichen militärischen Brauches — man ließ ihnen das Seitengewehr — festgehalten.

Während dies in der Nähe des Domes geschah, führte man die unter Waffen befindlichen Bürger zu den übrigen aufgebotenen Stiftsunterthanen, um sie den Kriegshaufen entgegen zu stellen. Zuvor wurde jedoch der Befehl ertheilt, daß die Bürger- und Bauernschaaren die Feindseligkeiten gegen die bei Huyseburg lagernden Soldaten nicht zuerst beginnen sollten. Allein schon am Hospital und am Siechenhof kam es zu Thätlichkeiten. Hier hatten sich Reiter eingeschlichen, auf welche die Bürger einen Angriff machten. Es ereigneten sich in Folge hiervon noch einige tumultuarische Scenen auf freiem Felde, die jedoch richtiger Raufereien, als Kämpfe zu nennen sein würden. Ernstere Feindseligkeiten zwischen den beiden irregulären Truppen wurden glücklicher Weise noch vermieden. Als nämlich die Söldnerschaaren das wirkliche Herannahen des allgemeinen Aufgebotes inne wurden, brachen sie auf und liefen theils von einander, theils zogen sie sich in guter Ordnung bei Schwanebeck und Nienhagen über die Bode.

Jene beiden Offiziere v. Hagen und Götz selbst wurden zwar aus ihrer Haft entlassen, mußten sich aber, wie es scheint, noch einen weitern unfreiwilligen Aufenthalt in der Stadt gefallen lassen. Denn als das Stift in den ersten Augusttagen durch Oberstlieutenant Sparre abermals mit einer Einlagerung bedroht wurde, die ihm natürlich das Capitel unter Berufung auf die Weisungen Friedrich Ulrichs, Christian Wilhelms und auch der Herzogin Elisabeth abschlug, nahm man jene beiden wider in Haft.

Allein auch diese von dem Offizier und der Soldateska gleich übel aufgenommene Maßregel stellte dem unglücklichen, von der Natur so reich gesegneten Ländchen bedrohliche Folgen in Aussicht. Wegelagerer, die das Loskommen ihres Führers erwarteten, streiften im Stift hin und her, drohten mit Feueranlegen, ja mit Nasen- und Ohrenabschneiden, so daß sich auch jetzt noch Niemand aus der Stadt wagte, und der Verkehr noch gehemmt blieb. Hagen selbst schalt die halberstädtischen Bürger öffentlich auf der Commisse Pfaffenknechte und ließ sich sogar bei einer Besprechung mit den Räthen Friedrich Ulrichs zu der frechen Drohung hinreißen, er wolle es im Stift so anrichten, daß die ganze Welt davon sagen sollte, obwol sich das Domcapitel zur Rechtfertigung seines Verhaltens gegen Hagen auf den diesem von Herzog Christian zugegangenen Befehl zum Abzug berief. Nach diesem Befehl, behauptete es, sei Hagen bei seinem ungesetzlichen Verbleiben im Stift von selbst seiner Offizierstelle verlustig geworden. Der Oberstlieutenant Götze entschuldigte sich damit, daß ihm in seiner Abwesenheit von dem Abberufungsschreiben Christians keine Kunde geworden, und daß er auf den besonderen Befehl seines Vorgesetzten, eben jenes Hagen, zurückgekehrt sei. —

Hilfe gab es damals für einen so kleinen Reichsstand, wie das Bisthum Halberstadt war, nicht, wenn er nicht im Stande war sich selbst zu helfen. Die Bemühungen, welcher es sich nach dieser Richtung hin bei den allen energischen Schritten abgeneigten Nachbarfürsten Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm unterzog, waren daher ohne wirklichen Erfolg. So wandte sich das Capitel sofort bei dem Widererscheinen Sparre's mit einem Schreiben vom 3. Aug. an den Administrator von Magdeburg und an die Räthe Friedrich Ulrichs, Antonius und Joachim v. d. Streithorst. Am 6. August berichtete es die ganze hagensche Angelegenheit an Elisabeth, der das Verfahren des Domcapitels doch auch einen etwas eigenmächtigen Character zu tragen schien. Dem Kurfürsten von Sachsen, welcher durch ein Schreiben vom 9. August Auskunft über die letzten Einlagerungen im Stift

gefordert hatte, wurde sie in voller Ausführlichkeit am 17. August erstattet. In dem Begleitschreiben wiesen die Domherrn noch besonders darauf hin, daß sie niemals an den herausfordernden kriegerischen Bestrebungen ihres Bischofs Theil genommen, sondern dieselben nach Kräften abgewehrt hätten, und betonten ihre Ergebenheit gegen den Kaiser ausdrücklich. Tags zuvor (am 16. August) hatte das Capitel den Bericht auch an Friedrich Ulrich, an Bischof Christian von Minden und an seinen eignen Dompropst, Philipp Sigismund von Osnabrück, unterzeichnet.[1] Am 10. August gieng sogar eine besondere Deputation, welche aus Joachim Georg v. d. Schulenburg und Albrecht v. Hünecke bestand, an Friedrich Ulrich ab, um die neuen drohenden Gewaltmaßregeln Sparre's abzuwenden. Später ersuchten sie Friedrich Ulrich noch besonders, auch seinem Bruder den wahren Sachverhalt in einer Weise mitzutheilen, die geeignet wäre, sein Mißtrauen oder seine Ungnade von ihnen abzuwenden. Die bischöflichen Beamten nämlich hatten sich, wie natürlich, den letzten Schritten des Domcapitels nicht angeschlossen, sondern betrachteten sie zum größten Theil als ungesetzlich. Der Amtmann zu Gröningen, Georg Keibel, pfändete sogar die Einwohner von Croppenstädt, welche dem allgemeinen Aufgebote des Capitels Folge leisteten. —

Wir sehen also, eine nennenswerthe Unterstützung hat der Bischof von Halberstadt bis zum Jahre 1623 in seinem Bisthum nicht gefunden. Seine Regierung hatte das in ihn gesetzte Vertrauen gröblich getäuscht, und seine Kriegsunternehmungen vermehrten nur die Lasten der übel regierten Unterthanen. So gut protestantisch die Mehrzahl derselben auch war, an dem Waffengange ihres Landesherrn betheiligte sich nur der geringste Theil.

---

1) Nach ihm haben wir diese Verhältnisse hauptsächlich geschildert.

Sechstes Buch.

Der pfälzische Krieg in den Jahren 1621 und 1622 bis zur Fürstenversammlung von Regensburg.

Mansfeld im Elsaß. Seine Unterhandlungen mit den katholischen Gegnern. (1621.)

Schon am 19. September 1621 hatte sich Mansfeld bei dem Rath der Stadt Straßburg angemeldet und im Namen der evangelischen Sache, die er vertheidigte, um Unterstützung nachgesucht, die ihm jedoch verweigert wurde.[1] Mitte November drang er selbst in das Elsaß ein, legte sich einige Zeit in die Umgegend von Lauterburg und stellte von da aus an Hagenau das Ersuchen sich ihm zu ergeben. Die Stadt Straßburg brachte er durch die Forderung einer ungehinderten Benutzung der Rheinbrücke in Verlegenheit. Schon jetzt war man hier überzeugt, daß es dem länderlosen Heerführer bei diesem Einfall in das Elsaß um eine dauernde Besitznahme zu thun sei: man beschuldigte ihn des Strebens nach der Landvoigtei der zehn Städte.[2]

Auch im Elsaß war die Landesverfassung nicht geeignet den Einwohnern nur den geringsten Schutz zu gewähren: ein Ständetag, den man am 1. September in Hagenau eröffnete, blieb ohne Resultat. Die Landvoigtei sollte Mansfeld eine Contribution von 100,000 Gulden zahlen und mußte die Plünderungen der fremden Söldner trotzdem über sich ergehen lassen. Nur die Stadt Straßburg selbst wahrte in dieser kritischen Zeit, wo sie zuerst der protestantische Mansfeld und dann der katholische Leopold zum Anschlusse drängten, mit der Unterstützung Nürnbergs und Ulms ihre Selbständigkeit. Hagenau mußte sich am 6. Dec., nachdem es eine kurze Belagerung ausgehalten hatte, ergeben. Mansfeld legte ein Regiment Infanterie und ein Regiment Cavallerie hinein und nahm selbst

1) Vgl. hierzu Strobel, Vaterländische Geschichte des Elsasses. Bd. IV. S. 272 flgde.

2) Daß er sich hier im Elsaß auf alle Fälle eines Pfandes für die Zukunft versichern wollte, fand damals allgemeinen Glauben. Isaak Wake an Buckingham, Turin 13./23. Febr. 1623. Cabala, 396.

in der Stadt sein Winterquartier. Am 22. December nahte er sich dem stark befestigten Zabern. Allein die Stadt wurde so gut vertheidigt, daß er es nach einer zwölftägigen Belagerung bei ziemlich strengem Winter vorzog, unter Vermittelung des Herzogs von Lothringen einen Waffenstillstand von 10 Tagen einzugehen und sein Standquartier Hagenau wider aufzusuchen. Darauf durchstreiften seine Truppen in kleineren Abtheilungen die vorderösterreichischen Lande, und Johann Michael Obentraut erreichte auf diesen Streifzügen sogar Breisach.

Nur mit großer Mühe erwehrte sich Straßburg Mansfelds widerholten Zumuthungen, während es die zeitweilige Besetzung und Plünderung der zu seinem Territorium gehörigen Dörfer nicht verhindern konnte. Um noch größeres Unglück zu verhüten, sah sich die Stadt endlich genöthigt die Mansfelder, wenn sie gerade Mangel litten, mit Lebensmitteln zu versorgen.

Allein allmälig machte auch der Erzherzog Leopold, seit 1607 Administrator von Straßburg, Miene die Eindringlinge aus dem Lande zu werfen, und Mansfeld selbst entschloß sich Ende Februar sein Kriegstheater wider in das ostrheinische Gebiet zu verlegen. Nachdem Straßburg noch am 26. Febr. 1622 sein Ansinnen, eine Besatzung von 1000 Reitern einzunehmen, zurückgewiesen hatte, nahte er sich am 3. März mit dem Gros seiner Armee der Stadt selbst. Unter bittern Vorwürfen, daß die evangelische Stadt die Sache des Protestantismus so gröblich hintansetze, forderte er zur schleunigen Beförderung seiner Bagage Schiffe, die ihm vom straßburger Rathe in kluger Berechnung auch gestellt wurden. Darauf erschien er von Neuem vor Hagenau, legte 20 Compagnien Fußvolk und 4 Fahnen Reiter in die Stadt, sicherte sich auch noch Lauterburg durch eine stärkere Besatzung und machte dann einen Streifzug in das Bisthum Speier.

Bereits im November 1621 stand der verschlagene Söldnerführer von Neuem mit der Infantin in Unterhandlungen, welche ein Franzose Parisot vermittelte.[1] Im Einverständnisse mit Philipp von Spanien suchte sich die Statthalterin auf diesem Wege des der Ruhe der spanischen Nieder-

---

1) Hierüber hat zuerst Villermont, I. S. 346 flgde. Genaueres berichtet. Unsere Darstellung beruht wesentlich auf dem von ihm aus den Archiven zu Simancas, Brüssel und Haag entnommenen archivalischen Material.

lande so gefährlichen Nachbars zu entledigen. Sie beauftragte einen der intimsten Freunde Mansfelds, Peter Ernst v. Rollingen, Erbmarschall von Luxemburg, an welchen sich Mansfeld gewendet hatte, im Einverständniß mit Cordova die Unterhandlungen zu führen. Ein französischer Spion begegnete Anfangs November Chalons, der zu diesem Zwecke nach Worms gieng.[1] Auch die geistlichen Fürsten von Trier, Mainz und Speier wurden ins Geheimniß gezogen, Maximilian von Baiern durfte man gleichfalls nicht umgehen. Alle waren mit dem Plane ihren Gegnern einen wenn auch zweideutigen, so doch immerhin sehr schätzbaren General abwendig zu machen einverstanden, und auch Maximilian beauftragte einen Johanniterritter, Ferdinand v. Mückenthal, mit Mansfeld auf eine erträgliche Summe abzuschließen. 200,000 Thlr. wollte der Herzog dem Grafen zahlen lassen, der freilich noch außerdem 100,000 Ducaten forderte. Die geistlichen Fürsten erboten sich gleichfalls zu entsprechenden Beisteuern, äußerten aber doch auch ihre Zweifel an Mansfelds Aufrichtigkeit ganz offen. Sie verlangten zugleich von der Infantin eine Vermehrung ihrer Truppen auf 20,000 M. so wie die Garantie ihres Besitzstandes.

Am eifrigsten aber war Spanien bemüht, den Gegner zum Treubruch zu verlocken und ins eigne Lager herüber zu ziehen. Und die Anerbietungen, welche Mansfeld Ende Februar 1622 von dieser Seite gemacht wurden, waren in der That so bedeutend, daß sie seinen politischen und militärischen Ehrgeiz, wenn er wirklich im Sinne hatte die allgemeine Sache um des eignen Vortheils willen Preis zu geben, vollständig befriedigen mußten. Den oben genannten Summen wollte der König von Spanien selbst noch 100,000 Kronen und ein Jahrgehalt von 12,000 Kronen hinzufügen und mit 6,000 M. Fußvolk und 1,000 Reitern Mansfeld selbst als General in seine Dienste nehmen. Ueber diese kleine Armee sollte er auch dann noch ziemlich unabhängig schalten und walten. Spanien versicherte ihm ferner seinen Einfluß beim Kaiser aufzubieten, um ihm die Reichsfürstenwürde zu verschaffen, und versprach ihm den Besitz von Hagenau unter spanischer oder östreichischer Oberhoheit. Alle übrigen von ihm besetzten Plätze hatte er dagegen dem Kaiser oder dem Erzherzog Leopold auszuliefern. Amnestie wurde allen seinen Untergebenen ohne Unterschied zugesichert. Nicht nur die geistlichen Fürsten, sondern auch den Herzog von Baiern sollte der spanische Unterhändler, eben jener Peter Ernst v. Rollingen genannt Raville, für diese Bedingungen, die der

1) Reuß.

Kaiser schließlich zu genehmigen hatte, gewinnen. Am 10. März langte Raville in Bitsch an, wurde aber von Mansfeld mit erheucheltem Unmuth über die Verzögerung der Unterhandlungen abgewiesen. Schon jetzt verhelte sich der Unterhändler nicht, daß Mansfelds Streben vielmehr dahin ging den Kampf wider aufzunehmen als den Fahnen der katholischen Mächte zu folgen. Und trotzdem wendete sich der Söldnerfürst, der hier wie in andern ähnlichen Fällen als ein Meister der diplomatischen Intrigue erscheint, nochmals unmittelbar darauf entschuldigend an die Infantin. Andere Intriguen, warf er beschönigend ein, seien störend zwischen ihre Verhandlungen getreten.[1] Abermals erhielt Raville Vollmacht zu weiteren Verhandlungen mit dem ihm so sehr überlegenen Grafen und bot darauf noch bessere Bedingungen. Mansfeld sollte mit 10,000 M. Fußvolk und 6,000 Reitern spanische Bestallung erhalten und zu den bereits erwähnten Summen noch 80,000 Kronen.

Allein in Wahrheit dachte der Graf jetzt ebenso wenig wie früher und später ernstlich daran fahnenflüchtig zu werden und die Partei der Gegner zu verstärken. Er scheint diese Unterhandlungen, die wol nicht nur von Brüssel aus im Haag bekannt wurden,[2] vor allem begonnen zu haben, um die evangelischen Verbündeten, also den Pfalzgrafen und die Generalstaaten in Furcht zu setzen und sich dadurch selbst einer um so wirksameren Unterstützung von ihrer Seite zu versichern. Wir schließen dies aus den Forderungen, welche er Ende Januar (25) im Haag an Friedrich stellen ließ. Vitus Ferentz übergab dem Pfalzgrafen eine Denkschrift, in welcher Mansfeld seinen Rückzug aus der Oberpfalz, ferner die Trennung von dem in der Unterpfalz commandierenden englischen General de Veer so wie seinen Einbruch in das Bisthum Speier rechtfertigte und seine Forderungen zum Behuf einer wirksameren Kriegführung namhaft machte. Er erhob Anspruch auf die Berichtigung einer ihm aus früherer Zeit zukommenden Summe von 300,000 Gulden und ersuchte Friedrich die Generalstaaten zur Fortzahlung der monatlichen Rate von 50,000 Gulden, welche auf drei Monate bewilligt war, anzuhalten, und der auf 40,000 M. berechneten Armee mit Anfang April zwei Monate Löhnung zu verabreichen. Er verlangte endlich das absolute Commando über alle in der Pfalz für Friedrichs Sache kämpfenden Heere.

---

1) Sein Schreiben, Hagenau 9./19. März 1622, bei Villermont I. S 360.

2) Auch Camerarius, der sich Ende Februar in Hamburg aufhielt, war davon unterrichtet. Böttl 3, 133. 151.

Als Friedrich diese Mittheilungen erhielt, beschloß er, „um die verderblichen Pläne der Gegner zu hindern," sich selbst zur Armee zu begeben und zeigte Mansfeld auch bereits am 20./30. Januar diesen Entschluß an.

Die Generalstaaten aber waren damals nicht geneigt, den widerholten Bitten des Pfalzgrafen um neue Unterstützungen zu willfahren, und Friedrich mußte sich mit 300,000 Gulden englischer Subsidien, von denen Mansfeld 50,000, de Veer 80,000 und Christian von Halberstadt 20,000 zugewiesen wurden, begnügen. Außerdem machte der englische Gesandte noch die schwache Hoffnung, daß sein Souverän vielleicht die Unterhaltung der Garnisonen und die Verproviantierung der festen Plätze in der Pfalz auf sich nehmen werde.

Auch Mansfeld selbst erreichte bei den Staaten nicht mehr. Ferentz meldete sich zwar Mitte März abermals bei den Generalstaaten an, die entweder dem Heere auf 8—10 Monate je 50,000 Gulden garantieren oder Friedrich auf ein Mal etwa 3,500,000 Gulden vorstrecken oder auch die bisherigen Subsidien auf 2 bis 3 Monate verdoppeln sollten. Ja er sprach den nüchternen Holländern gegenüber sogar die Hoffnung aus, daß aus der großen Anzahl reicher Privatleute sich doch wol hundert finden würden, die dem Pfalzgrafen mit je 1,000 Reichsthalern unter die Arme zu greifen geneigt wären. In ähnlicher Weise dachte er sich könnten doch wenigstens zehn der reichen holländischen Handelsstädte Friedrich je 5,000 Thlr. vorstrecken. Mit großer Lebendigkeit stellte er den Staaten vor Augen, wie sehr ihr eignes Interesse die Erhaltung seines Heeres erheische. Die katholischen Mächte gehen ihm in diesem Schriftstück vollständig in Spanien auf, vor dessen Plänen, wenn es erst in Deutschland Herr sein werde, er den Holländern bange macht. „Wenn also die Erhaltung dieser Armee diese Provinzen vor einer großen Gefahr und Deutschland vor der tyrannischen Herrschaft der Spanier bewahrt, die Neutralen gewinnt, die Freunde stärkt, wer sieht da nicht, wie viel diese Provinzen zur Erhaltung der Armee thun müssen?" Allein trotz seiner geschickten Abfassung hatte auch dieses Schrifstück keinen sichtbaren Erfolg, so daß der mansfeldische Agent gegen Ende März nicht undeutlich damit drohte, sein Herr werde, wenn man ihn im Stiche lasse, für sich selbst sorgen müssen.

Noch höhere Forderungen stellte Mansfeld, der damals bereits ein lebenslängliches Jahrgehalt von 12,000 Kronen von den Venetianern

erhielt,[1] am 7./17. März an Jacob I., welcher in der Hoffnung auf ein glückliches Resultat der brüsseler Friedensunterhandlungen Mansfeld ersucht hatte, sich in den Vertrag einschließen zu lassen. Auf 4,000,000 Gulden berechnete er sein Guthaben bei dem Schwiegersohne des Königs; für einen Theil desselben wollte er sich mit der Stadt Hagenau und ihrer Bannmeile begnügen. Für den Fall aber, daß man ihn ohne Unterstützung ließ, drohte er sich von Neuem in die Pfalz zu werfen und theilte endlich auch die Anerbietungen, welche ihm Spanien machte, offen mit.

In der That hatte sich auch jener Peter Ernst v. Rollingen abermals in Germersheim eingefunden, und dies Mal schien es wirklich, als ob Mansfeld unterzeichnen wolle. Allein auch diese Unterhandlungen wurden zur großen Ueberraschung des spanischen Unterhändlers plötzlich und zwar durch die Ankunft des Pfalzgrafen selbst unterbrochen.

Als Kaufmann verkleidet hatte er, von einem mansfeldischen Agenten Namens Dolbier und einem böhmischen Edelmanne begleitet, sich am 8. April in Briel eingeschifft und war über Dieppe nach Paris gegangen, wo er einige Tage verweilte. Von da begab er sich nach Lothringen, wurde in Bitsch von den Truppen des Erzherzogs Leopold gefangen genommen, entkam aber nach 24 Stunden seinem Gewahrsam und wendete sich nach Zweibrücken. Erst in Landau gab er sich dem Grafen v. Löwenstein zu erkennen und erschien nun am 22. April in Germersheim bei Mansfeld selbst. Dieser verschaffte ihm noch die Genugthuung, dem spanischen Unterhändler eine empfindliche Lection zu ertheilen für die vergeblichen Versuche ihm seinen treuen Diener abwendig zu machen.[2]

Der Vormarsch des Herzogs Christian von Braunschweig gegen die Pfalz. (1621.)

Schon im ersten Drittel des Jahres 1621 scheint der zwei und zwanzigjährige Herzog von Braunschweig Vorbereitungen getroffen zu haben, die Sache der englischen Base, welche nur noch höchst zweifelhafte Anhänger fand, mit den Waffen durchzufechten. Den Acten des wolfenbütteler

1) Isaak Wake, Turin 13./23. Febr. 1621 (1622) an Buckingham, Cabala 396.

2) Villermont scheint der Ansicht zu sein, daß Mansfeld selbst vor der Mittheilung des Grafen v. Löwenstein keine Kenntniß von der bevorstehenden Ankunft seines Kriegsherrn gehabt habe. Das ist jedoch sehr unwahrscheinlich; befand sich doch Dolbier selbst, der im Namen Mansfelds mit den Staaten unterhandelt hatte, in Friedrichs Umgebung.

Archivs entnehmen wir, daß er Ostern dieses Jahres bei dem Grafen Ernst v. Schaumburg die Summe von 10,000 Thlr. entlieh. Auch die Mutter hatte sich für ihn gegen Verpfändung des Vorwerks Westerhausen in der Grafschaft Blankenburg verbürgt. Christians nächste Verwandte sind vielleicht in dieser Zeit, wo man sich noch eine bewaffnete Intervention des niedersächsischen Kreises möglich dachte, mit seinen kriegerischen Vorbereitungen einverstanden gewesen.

Anders lagen jedoch die Verhältnisse, als im letzten Drittel des Jahres der niedersächsische Kreis seine schwachen Rüstungen wider einstellte, und nur der Bischof von Halberstadt den Fehdehandschuh, welchen seine fürstlichen Kreisgenossen nicht aufzuheben wagten, in jugendlicher Verwegenheit ergriff. Hier fand er bei seinen Verwandten keine Zustimmung mehr: weder Mutter noch Oheim noch endlich Friedrich Ulrich selbst haben mit seiner Erhebung das Geringste zu schaffen. Christian IV. schreibt an den Administrator von Magdeburg ausdrücklich, daß er an seiner Unternehmung keinen Gefallen trage, daß sein Neffe sie ohne seinen Rath und ohne sein Wissen veranstaltet habe.[1] Elisabeths Mittheilung zu Folge wurden Christian sogar von seinem Schwager, dem Grafen Ernst Casimir von Nassau, Gegenvorstellungen gemacht, die aber gleichfalls erfolglos blieben.[2]

Wenn Christian dem Congresse zu Segeberg in der That persönlich beigewohnt hat, so ist er wol kurz darauf, vielleicht im Geleit Friedrichs V. oder des niederländischen Gesandten, nach den Niederlanden zurückgekehrt. Wir treffen ihn am 24. März 1621 in Arnhem und im Anfange des folgenden Monats im Haag. Von hier aus theilte er seinem Bruder mit, daß die Generalstaaten durch den Commissarius Hohenhaugk sieben Fähnlein deutsches Kriegsvolk werben wollten, und suchte auch seinerseits für den Ueberbringer, Friedrich v. Hutten, um Gestattung von Werbungen nach, worein die braunschweigische Regierung wol auch stillschweigend gewilligt hat, obwol Friedrich Ulrich später Christian von Minden gegenüber seine Mitwissenschaft in Abrede stellte.

Ueber die näheren Verhältnisse, unter denen der Bischof zum Schwert griff, hat uns nur lückenhaftes Material vorgelegen. Ein Gefühl, aus

---

1) Königl. Haupt- u. Staatsarchiv in Dresden, Kriegswesen in der Kurpfalz. Sechstes Buch 9195. Dazu die Schreiben Friedrich Ulrichs und Elisabeths vom 17. Oct. 1621 an in „Kurtze, Gründliche Information" S. 100—113.

2) Elisabeths Schreiben vom 20. Oct. 1621, Kurtze...Information S. 107

herzlichem Mitleid und heroischem Thatendurst gemischt, trieb ihn sein ritterliches Schwert für die Dame seines Herzens, eine Königin ohne Land, zu ziehen,[1] unbekümmert um die schweren politischen Verwickelungen, denen er damit sein engeres Vaterland Preis gab. Der Entschluß scheint ein freiwilliger gewesen zu sein und erst nach längerer Prüfung die Billigung des Statthalters der Niederlande und Friedrichs von der Pfalz erhalten zu haben. Es ist möglich, daß der Bischof in dem Augenblicke, wo er ihn faßte, nur zehn Thaler in der Tasche hatte; als er jedoch seiner Verwirklichung nahe trat, begab er sich förmlich in die Dienste der Generalstaaten, welche seine erste Ausrüstung auf sich nahmen.

Markgraf Christian Wilhelm meldete dem Kurfürsten von Sachsen am 1. October, daß sein Schwager eine Oberstenbestallung auf 1,000 Pferde angenommen habe. Da aber Friedrich V. damals durchaus außer Stande war, auch nur eine so geringe Truppe aus eignen Mitteln aufzustellen, so erhielt Christian selbstverständlich hauptsächlich von den Holländern die Mittel zu seinem Aufzuge.

In Niedersachsen fand sein Beginnen nur in den großen Städten, wie in Magdeburg und Mühlhausen, bei den Zünften und Handwerksleuten lauten Beifall. Von anderen deutschen Ständen gestattete ihm Moriz von Hessen, voll Bewunderung für den Heroismus des Jünglings, nicht nur den Durchmarsch durch sein Land, sondern unterstützte ihn auch im Geheimen mit Waffen und Geld. Christians Agent, Johann Egbert Westfal, quittierte am 26. November zu Kassel über 20,000 Gulden frankfurter Währung, welche er theils baar theils in Kriegsmaterial von dem hessischen Kammermeister v. Uffeln erhielt. Am 2. December wurden einem andern braunschweigischen Bevollmächtigten, Han v. Hasselt, gleichfalls 3,000 Thlr. von demselben gezahlt. Sogar 200 Musketen ließ Moriz dem Bischofe aus dem Zeughause zu Cassel verabfolgen. Allein seine gesamte Truppenmacht, die 20,000 Mann zählte, hat er dem Braunschweiger nicht zugeführt. Noch zwei Mal sollte dieser die unheilbare Unschlüssigkeit des Fürsten unter fast gleichen Verhältnissen kennen lernen.[2]

Bereits am 9. September richtete Christian das Gesuch an seinen Bruder ihm freien Paß durch sein Land zu gewähren. Er bezeichnet in

1) Vgl. Wittich, Christian der Halberstädter und die Pfalzgräfin Elisabeth. Zeitschr. für preuß. Geschichte und Landeskunde J. 1869. S. 505 ff. Opel, Elisabeth Stuart in v. Sybel, histor. Zeitschrift. Bd. XXIII, 289 ff. Hurter IX. 82 spricht von einem Briefe des Pfalzgrafen an Christian vom 10./20. Nov. 1620.

2) Rommel VII, 412 ff.

diesem Briefe das Stift Hildesheim als das nächste Ziel seiner Unternehmungen, welche offenbar der schwerbedrängten Rheinpfalz galten. Vergeblich war es, daß Friedrich Ulrich in Verbindung mit dem Kreisobersten Christian von Minden ihn[1] von seinem Beginnen zurückzubringen suchte. Da er dem Gerüchte nach bereits fünf bis sechs Tausend Mann Fußvolk und gegen 1,500 Pferde stark war, wünschte Friedrich Ulrich auch die geworbenen Mannschaften des Magdeburgers an sich zu ziehen. Allein er gab schließlich doch nach und sagte auch dem Commissar der Generalstaaten, Cornelius v. Hohenhaugk, zu das Volk eine Nacht in seinem Lande zu dulden. Derselbe wollte 2,000 M. Fußvolk und 200 Pferde von Haarburg nach dem Eichsfelde überführen.[2] Christian selbst stand am 8. Oct. noch in Dornik. Er bat um Laufquartier auf zwei bis vier Tage für 1,000 Arkebusiere. Trotz der Befürchtung der braunschweigischen Räthe, daß man die Staaten, wenn man ihnen einmal Zutritt zu den Stiftern gewährt habe, nicht so leicht wider los werden dürfte, nahm Friedrich Ulrich dennoch zwei Compagnien in Aerzen und Ohsen auf kurze Zeit auf, zog aber seine Erlaubniß bald wider zurück. Dem ungeachtet blieben die Mannschaften in den bereits genannten Orten, ferner in Polle, Ottenstein und den umliegenden Aemtern liegen. Und so mußte denn Friedrich Ulrich, wenn er sich nicht als Mitschuldiger verdächtig machen wollte, Gewalt mit Gewalt vertreiben. Hatten doch auch die Kreistruppen in der ersten Hälfte des October das eingedrungene Volk ins Hessische getrieben. Darauf erhielten zwei braunschweigische Obersten, Henning v. Rheden und Plate v. Helversen, von ihrem Landesherrn Befehl, nach der Weser zu gehen und beim Versagen gütlicher Mittel die Truppen binnen 24 Stunden aus ihren Quartieren und dem schutzverwandten Stift Corvei herauszuwerfen.

Nachdem dann die Kommissare noch einmal von der Erichsburg aus[3] vergebens zum Aufbruch gemahnt hatten, kam es am 23. October Morgens zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Kreistruppen und den Braunschweigern, in Folge dessen die letztern theils in das Mindensche theils in die Grafschaft Lippe versprengt wurden. Hier befand sich um diese Zeit auch Christian selbst. Auf eine besondere Einladung des Grafen

1) Am 23. September.

2) Das Corps war jedoch nach der eignen Aussage seines Führers ungefähr 3,000 M. zu Fuß und noch 1,000 Pf. stark. Siehe die Urkunden bei Wolf, Eichsfeldisches Urkundenbuch. Saec. XVII. S. 212—215.

3) Am 21. October.

Otto hatte er in diesen Tagen sein Quartier auf dem Hause Brakel aufgeschlagen. Zwölf Fahnen Fußvolk und 2 Compagnien Reiter rückten ins Braunschweigische ein; 6 Compagnien unter einem Dohna waren diesseits der Weser zersprengt worden; nur der Oberst Kniphausen hatte sich an der Weser herab zurückgezogen.

Obwol nun Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm die Weserpässe besetzten, so scheinen ihre kriegerischen Demonstrationen die eingedrungenen Haufen des Bischofs doch nicht vollständig entfernt zu haben. Ende October hatten sie bereits 12 braunschweigische Aemter arg mitgenommen. Christian selbst aber knüpfte von Bielefeld aus ($\frac{28.\ \text{Oct.}}{7.\ \text{Nov.}}$) abermals Verhandlungen mit den ihn beobachtenden Kreiskommissaren an, um nach Hessen und von da nach der Unterpfalz zu gelangen. Obwol nun Friedrich Ulrich sein Gesuch um ungehinderten Durchzug von Neuem abschlug,[1] so gaben die Kreiskommissare dennoch nach. Christian besetzte im Anfang November die Aemter Aerzen, Grohnde, Ohsen abermals. Da die Kreiskommissare nebst dem braunschweigischen Rathe Rautenburg zu furchtsam waren, um persönlich mit dem Bischofe über den Revers zu verhandeln, so unterzog sich ein magdeburgischer Hauptmann, Werner Hahn, dieser Aufgabe. Als er dem Bischofe das Blatt reichte, rief dieser ihm zu: „Ich bin kein Blackscheißer, habe auch keinen Blackscheißer bei mir, versehe mich aber, es werde darinnen nichts Verfängliches sein.“ Darauf versuchte der ihm zur Seite stehende niederländische Sekretär den Revers vorzulesen, wurde aber von seinem Herrn, da er der deutschen Sprache nicht mächtig genug war, mit den Worten unterbrochen: „Hahn, ich will euch trauen.“ Und der magdeburgische Hauptmann erwiderte in demselben Tone: „Ich bin auch kein Blackscheißer, aber ich halte dafür, es sei E. F. G. ohne Präjudiz.“ Dinstag den 6. November wollte der Bischof das Fürstenthum Braunschweig und den niedersächsischen Kreis wider räumen. Da die Kommissare ohne Auftrag vom Kreis oder von Friedrich Ulrich gehandelt hatten, sagte er ihnen noch seine Vertretung bei beiden zu.

Am 6. November verließ Christian mit seinem Heere, das bereits über 13,000 M. gezählt haben soll, den niedersächsischen Kreis und rückte durch Hessen in das Fürstenthum Mainz ein, wo er nach einem Marsche von 12 Tagen anlangte und namentlich die Dörfer Alendorf, Gleen,

---

1) Kurtze, Gründliche Information S. 131.

Künsdorf, Manberg und andere besetzte. Er erfreute sich bei diesen Unternehmungen der vollständigen Zustimmung des Landgrafen Moriz, der, wie es schien, ernstlich damit umgieng sich an dem Zuge zu betheiligen. Nochmals versuchte dagegen der im Vermitteln unermüdliche Landgraf Ludwig sein Glück auch an dem trotzigen Jünglinge, welcher ihn einst seinen Vater genannt hatte. Er entsendete am 21. November den Amtmann und Forstmeister Melchior v. Lerbach, ferner Wilhelm Schetzel zu Merzhausen und Ulrich Eberhard v. Buseck, um ihn durch gütliche Vorhaltungen vom Eindringen in seine Staaten abzubringen. Es war vergebens.

Bald näherte sich Christian dem mainzischen Bergschlosse Amöneburg im heutigen Oberhessen, welches schon seit der Mitte des 16. Jahrhunderts den alten Glauben wider angenommen hatte. Während er noch mit kurmainzischen Offizieren über die Herbeischaffung einer Anzahl Wagen zum Transport des Gepäcks verhandelte, erstiegen seine Soldaten den Felsen und drangen in das Schloß ein. Darauf wurde auch von außen gestürmt, und die im Schloß befindlichen Braunschweiger machten einen Einfall in die Stadt. Die Bürger verließen, als sie den Feind innerhalb der Mauern erblickten, die Posten, und Schloß und Stadt fielen den Braunschweigern in die Hände. Unmittelbar darauf besetzte ihr Führer auch das Städtchen Neustadt und die in der Umgebung Amöneburgs befindlichen Dörfer. Ob er dabei wirklich, wie das Theatrum Europäum[1] mittheilt, die eingenommenen Orte dem Pfalzgrafen hat huldigen lassen, steht dahin.

In der Umgebung von Amöneburg verweilte Christian bis gegen die Mitte December. Wenn sich, wie man damals fürchtete, Landgraf Moriz ihm offen anschloß, so war es um die Existenz des vom Kaiser begünstigten darmstädtischen Vetters geschehen, welcher gleichfalls gerüstet hatte und im Begriff stand, mainzische und wirzburgische Verstärkung heranzuziehen. Allein auch dies Mal konnte jener in seinen politischen Maßnahmen ebenso ungeschickte wie durch wissenschaftliche Befähigung ausgezeichnete Fürst nicht zum Entschlusse kommen und begann statt des Kampfes mit den Waffen einen kleinlichen Federkrieg mit Landgraf Ludwig. Und die Gegner schienen doch seine Betheiligung zu provocieren. Aus Furcht, Christian möchte etwa bei St. Goar über den Rhein gehen, hatte Cordova Truppen gegen Caub und Bacharach vorgeschoben: ein Capitän derselben bemächtigte sich am 21. November mit einigen hundert Wallonen und Deutschen durch Verrath der von Moriz hinter Rheinfels errichteten Schanze. Die Hessen

1) I, S. 548.

entrissen zwar den Spaniern den Punct wider, allein Moriz war über den Ueberfall so ergrimmt, daß er sogar Ludwig von Darmstadt aufforderte, ihm zur Rettung seines Landes beizuspringen. Mochte er diesem indessen auch seine Lehnsverbindung mit Kurpfalz in Erinnerung bringen, Ludwig gieng die Pflicht, welche er dem Kaiser schuldig war, allen andern Lehnspflichten vor. Auch dieser lutherische Fürst war ein unbedingter Förderer der Pläne des östreichischen Hauses: confessionelle Bedenken beschwerten ihn dabei eben so wenig, wie den Kurfürsten Johann Georg. Ludwig kannte jedoch auch den Umfang der geheimen Unterstützungen, welche Moriz seinem jungen Freunde Christian hatte angedeihen lassen, sehr genau und fühlte nur zu deutlich, daß er und sein Land, wenn diese Bestrebungen vom Sieg gekrönt wurden, dem kasseler Stammvetter unrettbar anheim fallen würden. Und obwol Moriz erklärte, daß es ihm viel zu ungelegen sei, sich zwischen Thür und Angel zu stecken und dieser Händel theilhaftig zu machen, so gestand er Ludwig doch in demselben Schreiben seine persönliche Begegnung mit Christian in Corbach und auf einem andern Puncte zu.

Christian selbst marschierte nach der Einnahme Amöneburgs in das busecker Thal auf Gießen zu, wo unterdessen selbst die Studenten gegen ihn zu den Waffen gegriffen hatten. Er bemächtigte sich des Hauptorts Großen-Buseck und schien entschlossen hier durchzubrechen.

Umsonst waren alle Warnungen und Einreden, welche gerade in dieser Zeit noch an ihn gerichtet wurden. Vergeblich wendete sich Landgraf Ludwig an seinen jugendlichen Heroismus mit der wahrhaft väterlichen Mahnung „an andern Orten etwan gegen den Erbfeind sein Lob und Reputation zu vermehren, wo er sein tapferes Gemüth der Christenheit zum Besten mit großem Ruhme könnte sehen lassen."

Am letzten November machten sich im Auftrage der geängstigten Mutter Julius Adolf v. Wietersheim nebst seinem Bruder Heinrich Julius gleichfalls mit einem abmahnenden Schreiben auf den Weg. Elisabeth erklärte ihrem Lieblingssohne alles verzeihen zu wollen, womit er sie von Kindesbeinen an bis jetzt beleidigt habe, wenn er zu ihr zurückkehre. Nur dies Mal soll er von dem ihm von Gott verliehenen Verstand und Witz den rechten Gebrauch und das Frohlocken seiner Gegner, denen seine Auflehnung gegen den Kaiser die größte Freude bereite, zu Schanden machen.

Schon vorher wird dem Herzog auch ein abmahnendes Schreiben des Kaisers (vom 25. Oct. a. St.) zugekommen sein, so wie auch den unter ihm dienenden Offizieren durch die ausschreibenden Fürsten des nieder-

sächsischen Kreises kaiserliche Abberufungsmandate mitgetheilt wurden. Schon jetzt wiesen den Bischof seine niedersächsischen Blutsverwandten darauf hin, daß er nicht nur sein Stift, sondern den ganzen Kreis und vor allem auch das Herzogthum Braunschweig gefährde.

Alle diese Versuche den Jüngling einer Heldenlaufbahn, welche seiner Anschauung nach zu unsterblichen Ehren führte, abwendig zu machen, waren erfolglos. Die väterlichen Mahnungen des Landgrafen Ludwig erhielten sogar eine Abfertigung, welche dem politischen Verständnisse der Männer, die ihn damals leiteten, ein schlechtes Zeugniß ausstellt. Christian schrieb dem von ihm allerdings seines schreienden Verraths an den evangelischen Interessen halber bitter gehaßten Landgrafen am $\frac{28.\text{ Nov.}}{6.\text{ Dec.}}$ von Neustadt aus, daß er sich weder vor dem Ausschuß des Landgrafen noch vor seiner Person auch nur im Geringsten fürchte. Mit Gottes Hilfe wolle er seinen Plan gegen jedermann durchsetzen und werde, wenn er nur im Geringsten angegriffen werden sollte, dermaßen hausen, daß Kind und Kindeskinder sich darüber beklagen sollten.

Eine Musterrolle aus dieser Zeit nennt 17 Reiteroffiziere, welche sich in jenen Tagen, zum Theil noch mit Werbungen beschäftigt, in Christians Umgebung aufhielten. Es waren der Graf Otto v. Stirum mit dem Range eines Oberstlieutenants, ferner der Oberstwachtmeister Niklaus Pflug, dann Volkmar v. Neuhofen, Jost vom Hafften nebst einem Bruder, Rittmeister Barleben, der Kriegskommissar Johann Casimir Blahr, Hans Wilhelm Quadt v. Wickradt, Adolf v. Cölln, Jan Bardin, Eckebrecht Westfal, Georg v. Mengersen, Hans Werner v. Eschwege, Wilhelm Dietrich v. Stockhausen und Curd Nell. Von Infanterieoffizieren können wir nur die Capitäne Hertzfeld, Tournon und David v. Pful namhaft machen.

Ludwig von Darmstadt war schon bei Christians Herannahen eines baldigen Entsatzes gewiß. Während Gonsalvo de Cordova die Braunschweiger vom Uebergang auf das linke Rheinufer abhielt, nahte sich der bairische Oberst v. Anholt und zog mit überlegenen Truppenmassen von Süden her über den Odenwald in die Wetterau. Nachdem er noch Verstärkungen aus hessendarmstädtischer Landmiliz und aus Geworbenen herangezogen hatte, rückte er Christian entgegen, der sich zwischen Neu- und Altbuseck in einer Wagenburg verschanzt hatte. Am 10./20. December näherte sich Anholt von Niederohmen dem hessischen Städtchen Kirchdorf. Vor diesem Orte hielt Christian an einem Walde in voller Schlachtordnung. Es kam zu einem Treffen, in welchem Anholts Reiter wichen, während

ſich die Musketiere zu ſeiner Zufriedenheit hielten. Obwol der Kampf für Anholt nicht ohne Verluſte war, ſo hielt doch auch er wie Chriſtian bis in die Nacht hinein im Felde und zog ſich dann in das Städtchen Kirchdorf, während Chriſtian ſeine Truppen nach Neuſtadt führte. Eine förmliche Schlacht hatte auch Anholt nicht zu liefern gewagt, weil die wirzburgiſchen Truppen nicht zu ihm geſtoßen waren.[1] Auch in den folgenden Tagen kam es noch zu kleinen Scharmützeln, in Folge deren, wie es ſcheint, die Braunſchweiger am 12./22. December Mahle, Neuſtadt und einige andere Ortſchaften anzündeten. Am 13. December hatte ſich Chriſtian ſelbſt der Gefahr ſo ſehr ausgeſetzt, daß ihm ein Pferd unter dem Leibe erſchoſſen wurde. An dieſem Tage lag der Herzog mit ſeinem Volke eine halbe Meile von Amöneburg in Atzenfahr, Stauchenbachen und Himmelsberg. Allmälig mochte es ihm doch wol klar geworden ſein, daß Landgraf Moriz trotz ſeines leidenſchaftlichen Eifers und geheimer Unterſtützungen den Muth zu einer wirklichen Vereinigung nicht finden, ſondern in allzu ängſtlicher Rückſichtnahme auf Darmſtadt zwiſchen Thür und Angel hangen bleiben werde. Wir können nur von einem einzigen ſchüchternen Verſuche des Landgrafen, in dieſe Verhältniſſe thätig einzugreifen, berichten. Er ließ den Grafen v. Anholt in dieſen Tagen um ſeine Zuſtimmung erſuchen, daß ihm Chriſtian Amöneburg ausliefern dürfe, und daß Ludwig den Biſchof im Gebiet von Kaſſel nicht angreifen möge. Amöneburg wollte er dann dem Kurfürſten von Mainz wider übergeben und zwiſchen Chriſtian und ſeinen Gegnern einen Vertrag zu Stande bringen. Allein er wurde mit dieſen Vorſchlägen von ſeinem verſchlagenen diplomatiſchen Vetter abgewieſen, und damit fiel ihm von ſelbſt die Rolle eines Zuſchauers in den rings um ihn her ſich erhebenden Wirren wider zu. Drohend ſtand der bairiſche Oberſt an ſeinen Grenzen; am 12. December erſchienen noch überdies 4,000 Mann wirzburgiſches Volk in Fulda, wo ſie durch Vermittelung des eifrigen Dechanten, Johann Bernhard Schenk v. Schweinsberg, Aufnahme fanden. Sie waren zunächſt nach Alsfeld beſtimmt.

Herzog Chriſtian aber gab bei der Uebermacht der Gegner ſeinen Vormarſch nach der Pfalz auf und wendete ſich gegen die Mitte des December nach Norden. Er zog mitten durch das Kurheſſiſche hindurch über Fritzlar und Naumburg nach dem Bisthum Paderborn.

---

1) Dieſes Treffen wird von Rommel VI, 199 etwas abweichend dargeſtellt. Vgl. auch Topphoff a. a. O. 99 und Theatrum Europäum I, 554. 555.

Die glänzenden Erfolge im Felde und im Kabinet, mit welchen auch das Jahr 1621 für das Haus Habsburg abgeschlossen hatte, wurden in keinem protestantischen Lande Europas lebhafter als eine Schwächung des eignen politischen Einflusses und eine noch bedeutendere Bedrohung desselben für die Zukunft empfunden, als in England. Selbst Jacob I. theilte im Anfange diese nationale Empfindlichkeit: reichlicher flossen in den letzten Monaten dieses Jahres die englischen Unterstützungen zur Aufrechterhaltung des Besitzstandes in der Pfalz. Allein Nachhaltigkeit kann man diesem Grolle des Königs nicht zusprechen. Und als gar Anfangs April 1622 ein kaiserlicher Gesandter, Graf Schwarzenberg, erschien, hatte er sich bald vollständig gelegt. Schwarzenberg hatte die Aufgabe, den noch immer für den Pfalzgrafen kämpfenden Heeren Mansfelds und Braunschweigs die Unterstützung Jacobs I. zu entziehen und löste sie auch, wie es scheint, vollständig. Er wußte Jacob I. endlich die Geneigtheit Ferdinands zur Rückgabe der Ober- und Unterpfalz vollständig glaublich zu machen: nur die Widereinsetzung in die Kurwürde sollte künftigen Verhandlungen, als deren Sitz Brüssel bezeichnet wurde, vorbehalten bleiben. Hier sollte als Vorbereitung für einen künftigen Frieden ein Waffenstillstand abgeschlossen werden. Jacob ließ nun wol einmal seinen Zweifel, ob jetzt noch Zeit zu Verhandlungen sei, laut werden, gab aber doch endlich nach und genehmigte Ferdinands Vorschläge: er versagte hiermit den Heeren Mansfelds und Braunschweigs für den beginnenden Sommerfeldzug wenigstens seine offene Unterstützung. Vergebens suchte ein mansfeldischer Unterhändler, Gray, den König auf bessere Gedanken zu bringen, und auch die Bemühungen einer holländischen Gesandtschaft waren umsonst. Schon Mitte April war es entschieden, daß der Schatzkanzler Richard Weston mit der Führung der brüsseler Verhandlungen betraut werden sollte.

Gerade um diese Zeit aber befand sich auch der Pfalzgraf auf der Reise zu Mansfeld. Er war entschlossen, trotz der Friedensliebe seines Schwiegervaters sein Recht mit den Waffen zu suchen. Vielleicht konnten glückliche Erfolge im Felde auch diesen noch umstimmen und die brüsseler Conferenzen[1] zu nichte machen.

Der Pfalzgraf selbst nämlich war allerdings von vorn herein von der Erfolglosigkeit dieser neuen Conferenzen überzeugt und natürlich aus allen Kräften bemüht wenn nicht ihr Zustandekommen, so doch wenigstens das

1) Nach Khevenhiller IX. 1772 hätte auch Digby in Madrid für diese neuen Verhandlungen gewirkt, was indessen wenig glaublich erscheint.

von seinem Schwiegervater gewünschte Resultat derselben zu vereiteln. Sicherlich im Einverständniß mit Moriz von Oranien[1] bereitete er sich seit Beginn des Jahres auf eine energische Kriegführung vor. In seinem Auftrage ging Camerarius nach Dänemark, um monatliche Unterstützungen für den Feldzug auszuwirken. Christian IV. sollte den übrigen evangelischen Ständen mit einem guten Beispiele vorangehen und hierdurch namentlich auch auf England und den deutschen Protestantismus ermuthigend einwirken.[2]

Allein die Aufnahme, welche dem eifrigen Diplomaten in Dänemark zu Theil wurde, war wenig Glück verheißend. Der König war so sehr mit seinen Privatangelegenheiten, 'vornehmlich der osnabrückischen Stiftssache beschäftigt, daß er jede ernstliche Unternehmung zu Gunsten des Pfalzgrafen ablehnte. Bei dem tiefgewurzelten Mißtrauen in die unzuverlässige Haltung Jacob I. mußte sich Camerarius mit dem Versprechen begnügen, daß der König im Verein mit Kursachsen Ferdinand II. abermals um eine friedliche Beilegung der Sache angehen wolle. Christian IV. mag gehofft haben, hierdurch wenigstens den vollständigen Anschluß Englands an Spanien noch eine Zeit lang hinauszuschieben. Selbst die glänzendsten Verlockungen — Christian von Braunschweig bot ihm in dieser Zeit das Bisthum Paderborn — konnten ihn von diesem Standpuncte nicht abbringen.

Noch geringere Unterstützung hatte die Sache des Pfalzgrafen in jenem Frühjahr 1622 von den niedersächsischen Kreisständen zu erwarten. Die kaiserlichen Hofräthe v. d. Recke und Melander fanden auf ihrer Reise durch den niedersächsischen Kreis die Stimmung überall gut östreichisch. Kein einziger Fürst, selbst nicht die nächsten Verwandten des halberstädtischen Bischofs, dachte auch nur daran die Waffen gegen den Kaiser zu erheben. Selbst zu Contributionen zeigte man sich geneigt, wenn der Kaiser den Besitzern der Kirchengüter Indult verleihen würde.[3] Nur zu

1) Bis die Annahme besser belegt wird, muß der Hinweis auf Capellen, Gedenkschriften I, 61 genügen, wo es heißt: Il y en a, qui pensent, que ce faict du Roy Frederic a esté dirigé par le Prince d'Orange, premierement pour tirer quelque service en ce pays vers deça des dites troupes, puis après pour engager le Roy d'Angleterre à la guerre, et defence des places prises en sa protection.

2) Camerarius' Instruction ist vom 2. Febr. 1622. Söltl III, 137. Vgl. dazu den Bericht des pfälzischen Gesandten vom 25. März, Londorp II. 1256, 57.

3) Hurter IX. S. 95 flgde.

Verwendungsschreiben für die Restitution Friedrichs schwang sich die Energie dieser Stände auf. Diese waren überall erfolglos: der Kurfürst von Köln fühlte sich sogar durch ein solches beleidigt, da es auch mit vom Herzog Christian von Braunschweig-Wolfenbüttel unterzeichnet war. Hatten doch die niedersächsischen Stände seinem Hilfsgesuche gegen den kriegerischen Bischof nicht nur nicht entsprochen, sondern dem letzteren mehr Förderung als Widerstand angedeihen lassen. Selbst Friedrich Ulrich wurde durch seinen Geheimen Rath mit der Befürchtung, daß ihm der Bruder den Herzogshut und die lüneburgischen Stammvettern Grubenhagen entreißen wollten, in Schrecken und Besorgniß erhalten. Zu einer Verbindung der beiden sächsischen Kreise unter sich ließ es trotz vielfältiger Verhandlungen die gegenseitige Eifersucht Dänemarks, Brandenburgs und Kursachsens nicht kommen. Man hoffte auf der Seite des Pfalzgrafen allenfalls auf eine Sinnesänderung Kursachsens und der niedersächsischen Stände, wenn man die Originale jener gegen Ende 1621 aufgefangenen kaiserlichen Handschreiben, in welchen sich die östreichische Politik so rücksichtslos bloslegte, vorweisen könne. Der bevorstehenden, von allen erwarteten Uebertragung der Kur an und für sich begegnete man in diesen Kreisen von vorn herein mit passivem Widerstande.[1]

Im Mai des Jahres 1622 legte endlich Christian IV. abermals ein Vermittelungsgesuch bei dem Kaiser ein. Sein Vertreter Sievert Pogwisch gieng, nachdem er sich bei Hamburg mit Camerarius besprochen hatte, mit ausführlichen Instructionen versehen, nach Oedenburg, wo Ferdinand II. Reichstag hielt. Auch Pogwisch trat dem siegreichen Kaiser mit der Forderung gegenüber „sich selbst zu überwinden und dem zur Genugthuung bereiten Pfalzgrafen endlich Verzeihung angedeihen zu lassen." Er schlug wie im Jahre vorher eine von beiden Seiten gleichmäßige Abdankung der Armeen vor und stellte den Antrag, den Frieden durch gütliche Verhandlungen und eine Generalamnestie wider anzubahnen. Die Antwort, welche hierauf am 31. Mai erfolgte, war durchaus unbefriedigend: Der Kaiser schob die brüsseler Conferenzen vor, deren Ausgang er erwarten müsse. Darauf ließ sich der dänische Abgesandte auf eine nähere und zwar energische Darlegung der Verhältnisse ein. Er vertheidigte den Pfalzgrafen in einer Replik gegen die Anschuldigung, den Krieg seinerseits durch Mansfeld und Braunschweig fortgesetzt zu haben, und betonte die Berechtigung desselben

1) Camerarius an Friedrich von der Pfalz, Bremen 24. April 1622, Londorp II. 1259.

zur Vertheidigung der Unterpfalz auf Grund der gewaltsamen Wegnahme der Oberpfalz. Mit nicht zu verkennender Bitterkeit wies er auf die Bethlen Gabor bewilligten günstigen Bedingungen hin und stellte endlich bei fortgesetzter Weigerung des Kaisers geradezu einen langen Krieg in Aussicht. Schließlich erbot er sich zur Vermittelung und forderte sogar den Kaiser noch auf einen Ort für die Hauptverhandlung baldigst festzusetzen.[1]

Die kaiserliche Antwort hierauf war jedoch auch ihrer Fassung nach auffallend ungnädig: sie bedeutete die volle Entschlossenheit Ferdinands, sich von niemand in der Ausnutzung seines Sieges beeinträchtigen zu lassen. Der Kaiser erwiderte, daß Maximilian in seinem Auftrage gehandelt habe, daß die Spanier in der Pfalz „eigentlich und allein für J. Kais. Maj. Kriegsvolk" zu achten seien, und schloß höhnisch genug mit der Phrase, daß auch Dänemark, ehe man zu einer Friedensverhandlung schreite, „alles weitläufige Disputat, darein auch J. Kais. Maj. sich einzulassen unnötig erachten, gern abgeschnitten sehen werde."[2]

Auch Kursachsen unterstützte Christians IV. Bemühungen noch durch besondere Fürbitte. In einem merkwürdig vertrauensseligen Schreiben (Eckartsberga 4. Mai) schloß es sich Dänemark an. Johann Georg stützte sich dabei auf die verschiedenen Botschaften, in denen Ferdinand seine Bemühungen in möglichst kurzer Frist zum Frieden zu gelangen auf das nachdrücklichste versichert hatte, dann auf den der Infantin ertheilten kaiserlichen Auftrag, so wie endlich auf die Friedensliebe des Kaisers, die sich in der Absendung eines besonderen Gesandten nach England auszusprechen schien. Nachdem der Pfalzgraf sich gegen Dänemark nicht nur zum Verzicht auf die böhmische Krone, sondern auch zu gebührender Genugthuung und Abbitte erboten hatte, schien Johann Georg eine Gelegenheit für Ferdinand vorhanden zu sein, sich durch eine wirkliche Aussöhnung unsterblichen Ruhm zu verdienen. „Dann" — so lauten seine Worte — „E. K. M. sich dessen vergewissern mögen, daß, so großes Lob und Ehre sie ob Dero erschienener Zeit wider Dero Widerwärtigen erhaltenen ansehnlichen Victoria davon gebracht, so stattlich und noch viel rühmlicher wird E. Kais. M. für und für nachgesagt werden, daß sie sich selbsten überwunden, Kaiserliche Gnade der Schärfe und den Rechten vorgezogen, und

1) Die Actenstücke finden sich bei Londorp, I. 1097—1105.
2) Der Bescheid ist Oedenburg d. 17. Juni 1622 datiert.

diejenigen, von denen sie so hoch beleidigt, wider zu Gnaden und Hulden auf- und angenommen."

Allein Ferdinand wußte durch den Präsidenten des Reichshofraths zu genau, wie viel Johann Georg an einer auch noch so bedingten Wiedereinsetzung des Pfalzgrafen wirklich gelegen war, und benutzte diese geheimen Mittheilungen nur, um die Friedensbestrebungen anderer Mächte, z. B. auch Spaniens, abzuschwächen. Er wies Zuñiga darauf hin, daß Johann Georg eine Uebertragung der Kur schon im Hinblick auf den Kurfürsten Moriz niemals ernstlichen Widerstand entgegen setzen werde.

Im Auftrage des Kaisers war zu Beginn dieses Jahres Graf Khevenhiller nach Madrid gegangen. In München erhielt er von Maximilian die Versicherung, daß er Spanien in seinen alten und neuen Ansprüchen auf die Unterpfalz unterstützen werde, falls dieses auch ihm „in allen Occasionen" helfen und beispringen wolle. Ungefähr um dieselbe Zeit erschien Graf v. Schwarzenberg in London, um Jacob I. den Gedanken eines Congresses und einer auf demselben zu verhandelnden Entwaffnung annehmlich zu machen. Und hiermit glückte es ihm in der That. Man einigte sich über einen zu Brüssel abzuhaltenden Congreß und bestimmte unter Gondomars Einwirkung Richard Weston zum Vertreter Englands.[1]

Man hat nun die Ansicht geäußert, daß der Kaiser und die katholischen Staaten Deutschlands mit Ausnahme Baierns nicht nur einem Waffenstillstande, sondern sogar einer vollständigen Entwaffnung geneigt gewesen seien: der Verlauf dieser brüsseler Verhandlungen zeigt jedoch klar und deutlich, daß Ferdinand II. in diesem Congresse nur den Plan verfolgte, die für Friedrich von der Pfalz kämpfenden Heerestheile zu isolieren und ihnen die Unterstützung Englands zu entziehen. In dem Schreiben an die Infantin, welches Schwarzenberg zu übergeben hatte, war doch vornehmlich von einem einjährigen Waffenstillstande die Rede. Von dem aufrichtigsten Wunsche nach Frieden waren nur der Kurfürst von Mainz und die übrigen geistlichen Fürsten am Rhein beseelt. Maximilian von Baiern dagegen ließ sich trotz aller Mahnungen in Brüssel, wo er die ihm feindlichen spanischen Einflüsse zu fürchten hatte, nicht vertreten: er wünschte

---

1) Ueber die brüsseler Conferenzen gibt Khevenhiller IX. 1772 flgde. ausführliche Nachrichten, die jedoch leider der Zeitangaben entbehren.

die Angelegenheit durch einen Congreß deutscher Fürsten, an dem auch die Infantin Theil nehmen sollte, ins Reine zu bringen.[1]

Deshalb verhandelte auch Khevenhiller um dieselbe Zeit trotzdem nicht nur mit dem päpstlichen Botschafter Pater Hyacinth de Casal, sondern auch mit Zuñiga, Olivarez, dem Geheimen Rathe und endlich dem Könige selbst über die Uebertragung der Kur. Die spanischen Staatsmänner läugneten, obwol Oñate in Wien geradezu die Unterpfalz gefordert hatte,[2] die Absicht irgend eines derartigen Ländererwerbs und hielten sich in vorsichtigster Zurückhaltung. Khevenhiller hatte den Eindruck, als ob wenigstens die entscheidenden Mitglieder des Geheimen Raths die Uebertragung der Kur wünschten, nur Spanien selbst sollte sich bei dieser heikelen Veränderung des Territorialbestandes in Deutschland wenigstens dem Anschein nach aus Rücksicht auf England jeder Mitwirkung enthalten.[3] Bei einem solchen Verfahren konnte man sich nach vollbrachter Thatsache entschuldigen, daß der Kaiser für sich selbst gehandelt habe, und neue Verhandlungen mit England beginnen. Auf der andern Seite nahm man jedoch auch die Unterstützung des Kaisers nach der That schon in Aussicht.

Zu der Zeit, wo die brüsseler Verhandlungen begannen, hatte Spanien also trotz alles Drängens noch keine bestimmte Stellung zu dieser wichtigsten Frage genommen. Den eifrigsten Beförderer hatte die Angelegenheit in Madrid nächst Khevenhiller selbst in dem päpstlichen Botschafter P. Hyacinth, dessen sich die eine Partei daher gern entledigt hätte. Man hoffte ihn zur persönlichen Betheiligung an den brüsseler Verhandlungen bewegen zu können. Allein der unerschrockene Pater erklärte, keinen Fuß rühren zu wollen, bevor der König ihn nicht versichert habe mit Baiern für einen Mann zu stehen. Die spanische Weigerung wurde aber durch Maximilians Verlegenheit selbst bestärkt: er sowie der Kurfürst von Köln suchten bei dem drohenden Widerausbruche des Kampfes immer dringlicher um spanische Hilfe, vornehmlich um eine Verstärkung Cordovas nach. Endlich erreichte jedoch Pater Hyacinth das Ziel seines Drängens. Nicht nur mündlich, sondern auch „mit auf Schrauben gestellten schriftlichen Worten" erklärte ihm der König, daß er die Kur im Hause Maximilians ebenso gern wie in seinem eignen sehe. Und so waren denn die Anstrengungen Digby's, der nach der Schlacht von Höchst wider in Madrid erschien, vergebens.

1) Hurter IX. 149.
2) Villermont II. 43.
3) Villermont II. 40.

Selbst die Mißbilligung und Verläugnung der Kriegsoperationen Mansfelds und Halberstadts brachte ihn nicht weiter.

Endlich nahmen auch die Verhandlungen zu Brüssel ihren Anfang. Richard Weston erschien von Seiten Englands, während Schwarzenberg, der Staatsrath Peckius und Ferdinand v. Boischot die Gegenpartei vertraten. In der ersten Sitzung am 22. Mai theilte Weston seine Vollmacht mit, nach welcher er nicht nur im Namen des Königs, sondern auch des Pfalzgrafen abschließen konnte. Von der andern Seite war man jedoch nicht im Stande eine ähnliche Bevollmächtigung des Kaisers zur Stelle zu bringen, sondern in der zweiten Sitzung wurden Weston einige deutsche Schreiben Ferdinands an die Infantin vorgezeigt, welche die englischen Diplomaten schon in Anbetracht des Datums — sie waren vom 13. Januar — für unzureichend erklären mußten. Man beruhigte sich indessen mit dem Versprechen der Gegner schleunigst ein formal genügendes Document einzufordern. Die habsburgischen Politiker ersuchten jedoch nun auch Weston, die Verhandlungen nicht nur auf den Pfalzgrafen, sondern auch auf die in seinem Namen commandierenden Heerführer, Mansfeld, Baden-Durlach und Braunschweig auszudehnen, womit man auf Seiten der Infantin einverstanden war. Sogar die persönliche Betheiligung an den Conferenzen durch Abgeordnete der genannten Kriegsherren, welche Mansfeld bei Jacob I. schon früher für sich nachgesucht hatte, fand keinen Widerspruch, und die Couriere brachten den kriegführenden Theilen diese Botschaft.

Unterdessen trat man auch der Hauptfrage näher. Weston schlug zuerst einen wirklichen Waffenstillstand in der Pfalz vor; er garantierte, daß Horatio de Veer denselben unweigerlich annehmen werde, und nahm es auf sich auch die Freunde und Bundesgenossen von Kurpfalz dazu zu bewegen. Gieng dieser Vorschlag durch, so war vorläufig wenigstens den Fortschritten Tilly's Halt geboten, und die Hauptstadt des pfälzischen Landes selbst nebst den noch nicht besetzten Orten gerettet. Allein die Vertreter der Infantin wiesen dies Begehren rundweg zurück und schlugen ein Auskunftsmittel vor, dessen Annahme nun freilich die brüsseler Conferenzen sofort beendigt haben würde. Man wollte den Generalen schreiben, „ob sie etwa unter ihnen Mittel finden könnten, dardurch solcher Provisional-Anstand verglichen werden könne."

Daneben brachte die Infantin noch ein Auskunftsmittel vor: eine von beiden Seiten gewählte Fürstencommission sollte den wirklichen Waffenstillstand vermitteln. Der englische Gesandte nannte darauf den Herzog

von Würtemberg, ließ sich indessen auch den Landgrafen Ludwig gefallen; nur gegen den von der andern Seite ernannten Kurfürsten von Mainz erhob er Einspruch. Als darauf von Weston der außerordentliche englische Gesandte Chichester vorgeschlagen wurde, war auch die Infantin einverstanden und versprach die erforderlichen Maßregeln zu treffen. Nur sollte auch Christian von Braunschweig in diesen Vertrag eingeschlossen werden; bei einem längeren Verbleiben desselben in Westfalen schien ihr der ganze Vertrag aussichtslos. Und hierauf gab Weston die merkwürdige Erklärung, daß der von Christian in Westfalen geführte Krieg mit dem pfälzischen Wesen nichts zu thun habe, und ließ endlich diese ganze Frage vorläufig auf sich beruhen.

Darauf ersuchte er um eine schriftliche Versicherung, daß der eventuell zu Stande kommende Vertrag auch die kaiserliche Genehmigung erhalten werde; sie wurde jedoch nur in der Form eines Schreibens der Infantin an Jacob I. ertheilt. Endlich aber gieng er gerade auf sein Ziel los und nannte die Ober- und die Unterpfalz als die Landschaften, auf welche sich die Entwaffnung erstrecken sollte. Und mit dieser Forderung setzte er allen seinen Bestrebungen selbst ein Ziel. Die Unterhandlungen wurden am 2. Juni geradezu abgebrochen und ruhten fast den ganzen Monat hindurch. Eine Waffenruhe in der Pfalz, während welcher der Krieg im Reich seinen Fortgang nehmen konnte, war durchaus nicht nach dem Herzen der spanisch-niederländischen Diplomaten. Sie sahen in ihr einen Widerspruch gegen die Hauptforderung des Königs, welche auf einen allgemeinen Frieden im Reich gerichtet war.[1] Abermals wurde dem englischen Bevollmächtigten die Verpflichtung, auch die übrigen am Kriege betheiligten Anhänger des Pfalzgrafen zum Waffenstillstande heranzuziehen, nahe gelegt.

Endlich gegen Ende Juni kamen die Bevollmächtigten des Pfalzgrafen und des Markgrafen von Baden, so wie auch Mansfelds an. Die beiden ersten vertrat der bekannte pfälzer Diplomat Andreas Paul; die Sache Mansfelds wurde von einem seiner verschlagensten Unterhändler und Freunde Namens Weiß geführt. Allein ihre Vollmachten genügten den habsburgischen Diplomaten nicht, und so kam man auch jetzt nicht weiter: es wurden auch von ihnen neue Vollmachten gefordert. Freilich wird man diese Bemühung Mansfelds, sich an den Verhandlungen eines Waffenstillstands zu betheiligen, wol nur als einen Versuch ansehen dürfen, sich von der Tragweite und den eventuellen Resultaten derselben unter-

1) Villermont II. 53.

richtet zu halten. Denn nur kurze Zeit vorher hatte sein Agent im Haag eine Bittschrift überreicht, durch welche er die monatliche Unterstützung von 50,000 Gulden für längere Zeit nachsuchte und die Holländer durch eine blendende Lobpreisung ihres historischen Berufs, den Protestantismus und die bürgerliche Freiheit gegen Spanien zu vertheidigen, zur energischen Fortsetzung des Kriegs anstachelte.[1]

Man verhandelte abermals des Breiteren über die ersten Vorfragen, wobei man namentlich über die Form der etwaigen Unterzeichnung Friedrichs aus einander gieng. Sie wurde schließlich auf die bloße Namensnennung „So unterzeichne ich Friedrich" beschränkt.

Schon Mitte Juni hatte sich dieser, von seinem Schwiegervater mit der Abdankung der englischen Truppen bedroht, gleichfalls für einen Waffenstillstand erklärt und Jacob I. darauf eine Cession aller seiner zum größten Theil in Feindes Hand befindlichen Länder angeboten,[2] welche dieser auch angenommen zu haben scheint. Trotzdem wurde die Thätigkeit der Armeen durch die Verhandlungen, wie das von Seiten Englands vorausgesetzt war, keineswegs unterbrochen. Als sich Weston darüber bei der Infantin beklagte, machte diese Tilly, über welchen sie keine Gewalt habe, dafür verantwortlich und begegnete der Forderung, Cordova möge sich aus der Pfalz zurückziehen, mit der Entschuldigung, daß derselbe auf besondern Befehl Tilly gehorchen müsse.[3]

Während Weston von den Anhängern des Pfalzgrafen neue Vollmachten erwartete, begann er bereits die heikle Frage einer etwaigen Entschädigung derselben aufzuwerfen, deren Verpflichtung die Vertreter der katholischen Mächte ohne weiteres von sich wiesen. Die Ansprüche, welche von diesen protestantischen Führern erhoben würden, könnten nicht an den Kaiser, sondern nur an diejenigen, welche sich ihrer bedient hätten, gerichtet werden, wurde erwidert.

Nach Khevenhiller ist nun im Verlauf der Unterhandlungen wirklich ein Waffenstillstand von einem Jahr vereinbart worden, der „mit schlechter Reputation und noch weniger Nutzen der katholischen Stände geschehen."[4] Allein Ferdinand II. hat ihn nicht bestätigt, sondern die Verhandlung über denselben bis zu dem bevorstehenden Kur- und Fürstentage aufgeschoben.

1) Villermont II, S. 65.

2) Söltl III. 85.

3) Friedrich an Elisabeth, Mannheim 11./21. Juni 1622. v. Aretin, Beyträge VII. 186. Söltl III. 91.

4) Khevenhiller IX. 779.

immerhin unsichern Hilfsleistungen Spaniens eingerechnet, befanden sich die katholischen Streitkräfte zu Beginn dieses Jahres in der Minderheit. Und da man hoffen durfte, daß bei einem glücklichen Waffenerfolge sich auch noch einige Glieder der in so schmählicher Weise aufgelösten Union, wie der Herzog Johann Friedrich von Wirtemberg, der Landgraf Moriz von Hessen, vielleicht auch einige Stände des niedersächsischen Kreises anschließen würden, so mochte man von protestantischer Seite am Anfange dieses Jahres den kommenden Ereignissen mit nicht ungegründetem Vertrauen entgegen sehen.

Man benutzte auch die Presse, um den Muth und die Hoffnung aller derjenigen, welche in der besiegten Partei ihre eignen Glaubensgenossen sahen, emporzuheben und die Zuversicht auf eine bessere Zukunft noch mehr zu stärken. Wir haben hier einige Schriften im Auge, welche aller Wahrscheinlichkeit direct von der pfälzischen Partei ausgiengen, um in der Form der biblisch-politischen Prophetie auf das baldige Herannahen einer glücklicheren Zeit hinzuweisen. Der Postillon des großen Löwen im Wald verkündigte: „daß mit dem J. 1621 die Mitternacht ausgangen und gewesen sei, darinnen die Heiligen des Höchsten in ihren Gräbern geruhet. Aber jetzt im Jahr 1622 geht es gegen Morgen, darinnen kommen wird der schöne Morgenstern, welcher der 4. Gemeine Thyatirae verheißen, das ist Böhmen, darinnen sich aufmachen wird der kleine Löwe von Mitternacht, der vom Aufgang der Sonnen kömmt und hat den Morgenstern, davon der Seher geweissagt Es. 41., welcher ist der Engel Apoc. 10. mit dem Sonnenangesicht und Gnadenzeichen, denn er wird seinem Volk Gnade predigen und eine Erlösung und den Adler erschrecklich strafen und lebendig An. 1623 für Gericht stellen, denn er ist der Reformator, welcher durch den Geist des Herrn Mundes alle Antichristen umbringen wird, die geistlichen und weltlichen, und sie mit seinen feurigen Pfeilerfüßen treten wie ein Töpfer den Thon, und dann das ewige Evangelium aller Welt verkündigen, Juden, Türken und Heiden.“ [1] Und weiter enthüllte der Prophet die Zukunft, indem er prophezeite, daß König Friedrich am 7. April 1623 zu Prag herrlich einziehen, und sein Same Oestreich erben und ein junger Prinz künftiges Jahr dasselbe empfangen werde. Ja er

1) Bon' avisa | Newe Avisen | Welche der Postilion des grossen Löwens | im Walde empfangen von einer Jungfrawen, in wel- | chen allerley newe Zeitung, ... den vornemb- | sten Ständen deß Reichs sollen Avisiret | werden..... Gedruckt im Jahr 1622. 4. 14 Bll.

sah bereits, daß König Friedrich der allerhöchste und größte Potentat in der Welt sein werde, der wahrhaftige Administrator des großen Löwen und König aller Könige, über dessen Dignität keine größere in der Welt gewesen ist noch sein wird. Und auch der Anhänger des Pfalzgrafen vergaß dieser schwärmerische Prophet nicht. Er verkündete, daß der Mann im Felde[1] künftiges Jahr eine große Dignität bekommen werde mitsamt einer Besitzung; daß der edle Weinrebe[2] auf den hohen Felsen gepflanzet werde, und das für ihn werden ausgerottet werden alle Kräutlein, die ihn geniedrigt. Der Bischof von Halberstadt sollte gegen das Jahr 1625 einen Hut mit einem großen C. ererben wegen seines Meisterstücks, das er begangen habe; er sollte künftig einmal ein vollkommener Streiter auf dem weißen Pferde werden. Und endlich meldet der Prophet unter anderm, daß eben der kleine Jäger[3] sei einer von den vier Schmieden mitsamt dem Mann im Felde, dem Bischofe und dem kleinen Thurn, und werde seines Meisterstücks allererst die rechte Prob inskünftig thun. Von dem großen Jäger[4] aber heißt es, daß er sich, indem er andere gejagt hat, eben selbst gefangen und in das Netz verwickelt hat, daß er nimmer daraus wird kommen können.[5]

Allein selbst wer dergleichen ausschweifende Hoffnungen nicht theilte, durfte mit einiger Sicherheit erwarten, daß man, falls es gelänge die ansehnlichen Streitkräfte am Rhein zu einer großen Armee zu vereinigen, die Rheinpfalz vor Gefahr sichern und Friedrich auch wider in den Besitz der Oberpfalz bringen oder ihm wenigstens Ersatz für ihren dauernden Verlust werde verschaffen können. Weitergehenden Plänen einer katholischen Restauration, wie der Liga und dem Hause Habsburg zugeschrieben wurden, war dann von vorn herein die Spitze abgebrochen. Selbstverständlich aber konnte den protestantischen Armeen ein solches Uebergewicht nur nach ihrer Vereinigung und bei fortgesetzter einheitlicher und planvoller Führung in Aussicht gestellt werden.

---

1) Mansfeld.

2) Weimar.

3) Markgraf von Jägerndorf.

4) Kursachsen.

5) Complement Bon' avisorum. | Newe Avisen, | Welche der POSTILION des grossen | Löwens vom Geschlecht Juda hat gesehen in seinem Flo- | re Prophetico ..... Diese Bon' Avisa hat der Postilion vermöge seines | Ampts publicirt den ersten Maij stylo | veteri, anno Christiano M. DC. XXII. ..... 4. 6 Bll.

Schon die ersten kriegerischen Ereignisse ließen jedoch berechtigte Zweifel an einem solchen Plane von Seiten der Protestanten aufkommen. Mansfeld verließ Hagenau, um Streifzüge ins Bisthum Speier zu machen, deren Nothwendigkeit für die allgemeine Sache schwer zu begreifen ist. Tilly bemächtigte sich in jener Zeit des rechten Neckarufers von Heilbronn aus nordwärts und verheerte darauf die Umgegend von Heidelberg, um womöglich die Hauptstadt der Pfalz samt Mannheim zu Falle zu bringen. Anholt wurde nordwärts nach Aschaffenburg zu gesendet: er hatte die Aufgabe das Durchbrechen des Halberstädters zu hindern. Nachdem Tilly Hilsbach, Sinzheim, Neckargemünd zum Theil unter entsetzlichen Gräueln genommen hatte, versuchte er Anfangs April die von Bartholomäus Schmidt vertheidigte Feste Dilsberg in seine Gewalt zu bringen. Schmidt wußte jedoch, daß Mansfeld in der Nähe stand, und forderte diesen während eines Waffenstillstands zur schleunigen Hilfsleistung auf. Von dem hierzu abgesendeten Boten erfuhr man auch auf feindlicher Seite, daß der Pfalzgraf eben bei seinem ränkevollen General angelangt sei, und erst diese Nachricht[1] setzte Tillys weiterem Vordringen Schranken.

Es war ein richtiges Gefühl, welches die Holländer bestimmte[2] Friedrich V., der nun einmal an dem Ausgange dieser Wirren in erster Linie betheiligt war, zu veranlassen, an der Spitze der für ihn geworbenen Truppen das Kriegsglück von Neuem zu versuchen. Wäre Friedrich überhaupt der Mann gewesen, eine so großartige Umwälzung der deutschen Reichsverhältnisse, zu welcher Jahrhunderte von Nöthen sein sollten, mit einem Male durchzuführen, so mußte seine persönliche Anwesenheit beim Heere von entscheidendem Einflusse sein. So fand denn auch dieser Aufbruch des Königs aus dem Haag bei seinen Anhängern ungetheilte Billigung. Nur daß sich Friedrich gerade zu Mansfeld begab, um der Kurpfalz möglichst nahe zu sein, wollte seinem treuen, die Verhältnisse mit klarstem Blicke durchdringenden Camerarius nicht einleuchten. Er hätte es lieber gesehen, wenn Friedrich die Armee Christians von Braunschweig aufgesucht hätte. Auch hegte er die Meinung, daß auf jeden Fall die Staaten des Herzogs von Baiern direct bedroht werden müßten; er hoffte damit auf eine Verlegung des

1) In Straßburg wußte man bereits Anfang Februar, daß der Pfalzgraf und zwar mit einer Armee wider auf dem Kampfplatz erscheinen werde.

2) Onno Klopp, Tilly I. 140 ist der Meinung, daß auch König Jacob seine Einwilligung zu diesem Schritte des Pfalzgrafen gegeben habe. Damit hätte sich der König in Widerspruch zu den bereits in Aussicht genommenen brüsseler Conferenzen gesetzt. Bis diese Behauptung glaublich belegt wird, muß sie bezweifelt werden.

Kriegstheaters aus der Unterpfalz und auf die Möglichkeit, sich auch der oberen wider zu bemächtigen. Indessen war es nicht nur die Sorge für die bedrohten Stammlande, welche den Pfalzgrafen gerade in Mansfelds Arme trieb, sondern auch das Bestreben, diese Proteusnatur eines Söldnerfürsten selbst fester an seine Person zu ketten. Niederländischen Nachrichten zu Folge soll dies auch dadurch geschehen sein, daß ihn Friedrich von der Pfalz mit dem Fürstenthum Hagenau belehnte.[1]

Der Pfalzgraf überschritt am 14. April mit Mansfeld den Rhein. Beide waren entschlossen sich mit dem Markgrafen von Baden, der endlich die Maske abgeworfen und seinen Sohn zum Landesregenten eingesetzt hatte, zu vereinigen und erst dann Tilly gegenüber zu treten. Am 16./26. April stießen sie bei Wiesloch auf den Feind. Beide Führer des pfälzischen Heeres schlugen in dieser Nacht ihr Hauptquartier in dem südwärts gelegenen Dorfe Mingolsheim auf. Am nächsten Morgen fiel jedoch Tilly in die pfälzische Arrieregarde, welche unter dem Herzoge Wilhelm von Weimar, unter Obentraut und Andreas Gray stand, ein und nöthigte sie zum Rückzuge, der theils durch das Dorf selbst, theils auf einem schmalen Pfade daneben bewerkstelligt wurde. Um Tilly's Nachdringen zu verhindern, ließ Mansfeld das Dorf in Brand stecken und setzte sich unter dem Schutze des Qualmes in Kampfbereitschaft. Und als darauf Tilly erschien, führte er seine Avantgarde, welche früher die Nachhut gebildet hatte, vor und überraschte die Feinde vollständig.[2] Schon in diesem Treffen unterstützte der Markgraf von Baden das pfälzische Heer: eine wirkliche, dauernde Vereinigung suchte er jedoch aus bisher noch unaufgeklärten Gründen weder jetzt noch nachher.

Tilly zog sich nach Wimpfen zurück, vornehmlich auch um die Brücke über den Neckar zu wahren. Auch Cordova, der bei Ladenburg den Fluß überschritt, verband sich hier mit ihm, ohne daß der Markgraf eine Ahnung davon hatte. Friedrich von der Pfalz und Mansfeld folgten Tilly zwar, waren aber nicht im Stande ihn zum Schlagen zu bringen: er schien die ihm von München zugesicherte Verstärkung erwarten zu wollen.

Und hier fand nun die verhängnißvolle Trennung Mansfelds und des Markgrafen von Baden Statt: der erstere wandte sich nach dem Rheine

---

1) Capellen zum October 1622. Wenn das Factum begründet ist, woran wir nicht zweifeln, wird es vor den Beginn des Feldzugs zu setzen sein.

2) Netherfole an Thomas Roe am 22. (?) April 1622. Roe, Negotiations S. 39.

und nahm Ladenburg, während der letztere Tilly über Hilsbach und Schwaigern folgte. Allein dieser Vortheil Mansfelds erschien unbedeutend, als man erfuhr, was um dieselbe Zeit dem Markgrafen von Baden zugestoßen war.

Die Aufgabe, welche diesem zugefallen war, bestand darin, nach Ueberschreitung des Neckars unterhalb Heilbronn sich mitten durch die Feinde einen Weg nach Franken und der Oberpfalz zu bahnen und von da nach Böhmen einzudringen. Das Kriegstheater für Mansfeld sollten die geistlichen Fürstenthümer Mainz und Trier bilden.[1]

Das Heer des Markgrafen zeichnete sich vornehmlich durch seine Artillerie aus. Sie bestand aus 40 Feldgeschützen und 70 auf eigenthümlich construierten, rasch drehbaren Gestellen ruhenden Haubitzen, deren Holzunterlagen auf der dem Feinde zugekehrten Seite mit eisernen Spitzen versehen waren. Sein Wagenpark zählte 1,800 Fahrzeuge, von denen eine gute Anzahl gleichfalls eiserne Spitzen hatten, um gegen Reiterangriffe größere Deckung zu gewähren.[2]

Cordova hatte sich am 5. Mai mit Tilly vereinigt und ihm 4,000 M. Infanterie in 3 Regimentern und 22 Reitercompagnien zugeführt.

An demselben Tage war der Markgraf von Baden in Biberach, einem zu Wimpfen gehörigen Dorfe, eingetroffen, worauf Tilly mit den Spaniern und der eignen Reiterei bei Untereisisheim Stellung nahm. Noch an diesem Tage kam es zu kleinen Reitergefechten. Beide Armeen behaupteten indessen ihre Stellungen: die Badenser „zwischen Biberach und Kirchhausen," die Ligisten oberhalb Untereisisheim.

Am andern Morgen führte der Markgraf seine Arme über den bellinger Bach und besetzte eine Anhöhe bei Biberach. Das Centrum seiner Aufstellung bildete die Wagenburg, innerhalb deren sich die Artillerie befand nebst 5 Infanterieregimentern; an die Wagenburg schloß sich nach Obereisisheim zu die Reiterei, rechts ein Regiment Fußvolk. Tilly stand dem Markgrafen gegenüber in und vor dem Dornetwalde; die Spanier waren in verdeckter Aufstellung gegen Biberach in der Niederung placiert.

Schon die Aufstellung des Markgrafen in der Frühe des Morgens wurde durch die feindliche Artillerie gestört, die auch nach dem wirklichen

---

1) Des Mansfelders Ritterthaten S. 133.

2) Wir folgen in der kurzen nachstehenden Schilderung: Heilmann, Kriegsgeschichte II, 1. 131 flgde. u. Du Jarrys I, 92 ff. Die Erzählung Schreibers mußte unberücksichtigt bleiben.

Beginn des Treffens von guter Wirkung war. In diesem ersten Acte der Schlacht waren jedoch alle Angriffe der Baiern vergebens; sie wurden mit solchem Ungestüm zurückgeworfen, daß ein Theil der Reiterei in voller Auflösung über die Neckarbrücke bei Wimpfen zurückgieng.

Als der Kampf um die Mittagszeit einige Stunden ruhte, veränderte Georg Friedrich seine Stellung. Er zog sich von der Anhöhe herab zwischen den Neckar und den bellinger Bach und besetzte das Dorf Obereisisheim. Um dieses Dorf nun scheint der Kampf während des Nachmittags vor allem getobt zu haben. Es wurde endlich von den Katholischen genommen. Da führte ein neuer Sturmangriff des Markgrafen zu einem ähnlichen Resultate, wie der Kampf am Vormittage: die Baiern flohen nach ihrer Rückzugslinie, der Neckarbrücke. Allein während dieses siegreichen Vordringens der Badenser greifen auch die Spanier ganz wider Erwarten in den Kampf ein, und es gelingt den Deutschen nicht sich ohne die schwersten Verluste zu ihrer Wagenburg durchzuschlagen. Eine Pulverexplosion im Rücken vermehrt die Verwirrung, die bald in Flucht ausartet. Nur der Markgraf selbst mit der Infanterie, zu der auch das sogenannte weiße Regiment gehörte, vertheidigte die Wagenburg standhaft. Zwei bairische Regimenter sollen hierbei vollständig aufgerieben worden sein. Allein die Spanier dringen endlich ein, bemächtigen sich der Geschütze und zwingen den Markgrafen zum Rückzuge nach Neckar-Gartach. Eine ernstliche Verfolgung wagte freilich Tilly nicht. Der Verlust an Toten wird auf beiden Seiten jedenfalls zu hoch, auf je 5,000 M. angegeben: von protestantischen Fürsten deckten der Herzog Magnus von Würtemberg und der Pfalzgraf Christof von Birkenfeld die Wahlstatt. Fast die ganze badische Artillerie mit dem kostbaren Wagenpark kam in die Hände der Gegner, außerdem auch die Kriegskasse, welche die ansehnliche Summe von 225,000 Reichsthalern enthalten haben soll. Die Soldaten theilten sich das Geld mit Hüten oder wogen es nach dem Schwergewicht ab.

Nur durch die unmittelbarste Unterstützung höherer Mächte glaubten die Katholiken den Sieg erlangt zu haben. Ein seit 28 Monaten sprachloser Neapolitaner näherte sich während des drangvollen Kampfes dem lutherischen Obersten eines wirzburgischen Regiments und theilte ihm mit, daß er eine Frau in glänzend weißen Kleidern in der Luft schweben sehe, welche die Katholischen zum Kampf anspornte und ihnen den Sieg verheiße. Den Anfang des Sieges, so wurde später im Dominikanerkloster zu Wimpfen erzählt, machte ein Reiter auf weißem, gleichsam geflügeltem Pferde, den Hunderte von Musketieren sich vergebens zum Ziel ausersahen.

Er war bald vor, bald hinter der Front der Feinde zu bemerken und hatte nach der Aussage derselben auch das Pulver angezündet.

Die großen Pläne, mit welchen die Protestanten in diesen Feldzug eingetreten waren, hatten durch diese Niederlage schon eine merkliche Abschwächung erfahren.[1]

Friedrich und Mansfeld entschlossen sich nun auf das linke Rheinufer zurückzukehren. In Mannheim bewerkstelligten sie den Uebergang und zogen darauf stromabwärts, um die Brücke der Spanier bei Oppenheim zu zerstören. Allein auf die Kunde, daß Cordova und Tilly auf der Bergstraße heranzögen, gaben sie auch diesen Plan wider auf und marschierten auf Hagenau, um die Stadt von der Einschließung durch den Erzherzog Leopold zu befreien, was ihnen auch glückte. Cordova gieng bei Oppenheim wider über den Rhein. Dagegen war Friedrich mit Mansfeld über Germersheim und Mannheim auf das rechte Rheinufer zurückgekehrt. In ihrem Geleite befand sich auch der Markgraf von Baden mit dem immerhin noch beträchtlichen Reste seiner Armee.

Mansfelds Einbruch in das Gebiet von Hessen-Darmstadt.

Endlich brach die protestantische Armee auf: sie zog nordwärts und suchte also die Vereinigung mit Herzog Christian, von dessen Annäherung an den Main man bereits Kunde hatte. Nun, nachdem die Armee des Markgrafen eine so beträchtliche Niederlage erlitten hatte, war eine Verbindung Christians mit Mansfeld von doppeltem Gewicht. Gelang sie, so kam immer noch eine Heeresmacht zusammen, welche Tilly und Cordova um ein Beträchtliches überlegen war.

Allein dieser Zug nach dem Main sollte auch ein Rachezug gegen den Fürsten sein, der die pfälzische Sache und den deutschen Protestantismus durch sein diplomatisches Intriguenspiel von Anfang an so empfindlich geschädigt hatte. Er galt dem lutherischen Landgrafen Ludwig von Darmstadt und seinem schuldlosen Lande. Noch in jüngster Zeit hatte er den Zorn des Pfalzgrafen in empfindlichster Weise herausgefordert. Er hatte einen Boten nach Heidelberg gesandt, um, wie es scheint, die Regierungsräthe zur Uebergabe der noch übrigen Plätze in der Pfalz oder

---

1) Friedrichs Brief an Elisabeth, Hagenau 8./18. Mai. v. Aretin, Beyträge VII. 192.

wenigstens zu einem mit Kurmainz verabredeten Vergleiche zu bewegen. Dieser fiel den Gegnern in die Hände und wurde in Mannheim dem Pfalzgrafen vorgeführt. Nachdem seine Briefe erbrochen waren, schickte ihn Friedrich mit dem Commissarius Pöblis nach Darmstadt zurück. Hier forderte dieser im Namen seines Herrn den Durchzug durch das Land, ferner Lebensmittel für seine Armee und endlich Quartier in der Landeshauptstadt selbst. Ludwig mußte diese Forderungen bewilligen, und am 22. Mai a. St. rückten die Schaaren des Pfalzgrafen in das Land, nachdem ihnen Mansfeld Tags vorher bei Leibesstrafe gute Ordnung zu halten geboten hatte.[1]

Hessische Commissare versuchten vergeblich, dem sich Darmstadt nähernden Heere in Aarheiligen Quartier anzuweisen, und giengen endlich, als sie von Mansfeld vernommen hatten, daß man Darmstadt besetzen werde, mit dem Commissarius Pöblis nach Darmstadt zurück. Pöblis erklärte sich jetzt dem Landgrafen deutlicher. Ludwig machte noch einige vergebliche Einwendungen gegen die Besetzung seiner Landeshauptstadt, die ihn zugleich selbst in die Hände der Gegner brachte, gab aber auf die Versicherung des pfälzischen Unterhändlers, daß sein Herr als Freund erscheine, nothgedrungen nach.[2] Darauf zogen 4 Fahnen Fußvolk in die Stadt, besetzten alle Thore und Wachen sogar am Schlosse, und endlich rückte der Pfalzgraf selbst mit den weimarischen Brüdern Johann Ernst und Friedrich und einiger Cavallerie ein. Der übrige Theil der Armee bezog in der Umgegend von Darmstadt Quartier. Prahlend berechneten sie ihre Stärke, wenn die Badenser und die Braunschweiger zu ihnen stoßen würden, auf 60,000 M. Daß man trotz Mansfelds Befehl das Land und die Bewohner wie feindliche behandelte, braucht kaum bemerkt zu werden.

Die Fürsten selbst wurden im Schlosse einquartiert, vermieden es aber im Anfange dem Landgrafen gegenüber zu treten. Die Forderungen, welche Friedrich nach dem Einzuge stellte, daß der Landgraf seinen Offizieren den Uebertritt in pfälzische Dienste gestatten solle, womit er offenbar eine Vereinigung mit den darmstädtischen Truppen überhaupt anstrebte, daß aus den Dörfern Fahrzeuge gestellt, und endlich 200,000 Thlr. als Contribution gezahlt werden sollten, ließ er bei der Weigerung des Landgrafen wider fallen. Am $\frac{26.\ \text{Mai}}{5.\ \text{Juni}}$ hatte man sich endlich über neue Vor-

1) Copie eines Schreibens von einem Unbekannten an den Kurfürsten zu Sachsen vom 27. Mai 1622. Kgl. Staatsarchiv zu Dresden.

2) Villermont, Ernest de Mansfeldt II. 19.

schläge geeinigt. Zuerst sollte Ludwig versprechen seine Vermittelungsversuche fortzusetzen und darauf bedacht sein, dem Pfalzgrafen die Wiedereinsetzung in seine Erblande und zwar ohne Abbitte zu sichern. Man stellte ihm sogar das Ansinnen, Friedrich irgend eine Kriegsentschädigung zu verschaffen. Während des Kampfes sollte er sich jedes feindseligen Actes gegen den Pfalzgrafen enthalten und ohne seine Erlaubniß die Stadt nicht verlassen. Endlich forderte Friedrich geradezu die Festung Rüsselsheim, die Auflösung der darmstädtischen Truppen, die Offenhaltung des Landes bei einem etwaigen Rückzuge und die Versorgung seiner Armee mit Lebensmitteln. Bürgschaft für die wirkliche Erfüllung dieser zum Theil schwer zu realisierenden Bedingungen sollte dem Pfalzgrafen einer der Söhne des Landgrafen leisten, der ihm deshalb zu folgen hatte.

Diese Forderungen nebst einigen unbedeutenderen andern wurden dem Landgrafen am 26. Mai Abends zugestellt, worauf derselbe indessen nach einer kurzen Berathung mit seinem zweiten Sohne Johann und einigen Räthen für besser hielt das Weite zu suchen. Beide verließen durch einen geheimen Gang das Schloß, um sich in das Mainzische zu flüchten. Allein eine gute Meile Wegs vor der Stadt wurden sie von einem Posten angehalten und zurückgebracht. Als man am andern Morgen die Flucht des Landgrafen erfuhr, versuchte man von pfälzischer Seite vergebens den zurückgelassenen Sohn und die Räthe zur Genehmigung der Forderungen zu bewegen. Und so mußte der Landgraf, als das Heer am 7. Juni aufbrach, zu Wagen folgen. Auf dem Marsche suchte ihn der Pfalzgraf persönlich auf und begann den Vorfall, der ihn in seiner ganzen Planlosigkeit und Erfolglosigkeit zu gereuen schien, zu entschuldigen. Die letzten Forderungen seien ja kein Ultimatum gewesen, äußerte sich Friedrich begütigend. Der Landgraf hingegen hielt die Gelegenheit für passend, seinem Gegner noch einmal die Unterwerfung unter den Kaiser zu empfehlen, wurde aber mit dieser Zumuthung barsch abgewiesen. An der Spitze einer zahlreichen Armee, erwiderte der Pfalzgraf, habe er keine Veranlassung den Pardon des Kaisers, mit dem er nichts zu schaffen habe, anzurufen!

Daß Friedrich bei seinem Vormarsch nach dem Main sich Darmstadt zu sichern suchte und das Gebiet des Landgrafen besetzte, bedarf keiner Rechtfertigung. Warum er aber Ludwig selbst eine trotz ihrer Milde immerhin so entehrende Behandlung zu Theil werden ließ, war schon damals allen unerklärlich. In einem Schreiben an die niedersächsischen Stände (28. Mai) rechtfertigte er sich damit, daß der Landgraf durch die

Beschlüsse von Mühlhausen, welche er wider ihn habe ins Werk richten helfen und auch selbst unterzeichnet habe, seinen Feinden beigetreten sei. Er beschuldigte Ludwig ferner, daß er nach der Achtserklärung sich neben Kurmainz als Commissarius habe brauchen lassen und als solcher vor allen zur Auflösung der Union mit gewirkt habe, und daß er sogar als Richter über pfälzische Diener und Unterthanen aufgetreten sei. Er klagte ihn endlich an, daß er die pfälzische Regierung zu Heidelberg zum Abfall und zur Uebergabe der noch in seinem Besitz befindlichen festen Plätze angereizt habe. Auch die thatkräftige Unterstützung der Gegner durch Geldbeiträge, die von den eignen protestantischen hessischen Unterthanen aufgebracht waren, so wie andere direct feindselige Handlungen gegen Friedrich, seine Armeen und sein Land sollten das unkluge Verfahren in den Augen der protestantischen Stände rechtfertigen.

Nun wird man allerdings zugestehen müssen, daß unter den protestantischen Fürsten des westlichen Deutschlands die Sache Friedrichs keinen gefährlicheren und verschlagneren Gegner, das Haus Habsburg und der kämpfende Katholicismus keinen aufrichtigeren Freund hatte, als eben diesen lutherischen Landgrafen Ludwig. Allein seine Gefangennehmung bleibt trotzdem ein Act der Uebereilung, der Friedrich in den Augen der protestantischen Stände zum größten Nachtheil gereichte. Im heftigsten Unmuthe erwiderte Johann Georg den niedersächsischen Ständen[1] auf ein Schreiben (vom 29. März), in welchem sie ihm Anzeige von ihrem beim Kurfürstencollegium eingelegten Vermittelungsgesuche machten, daß sie nach den neuesten Vorgängen „gleichsam an den Fingern abzählen" könnten, welcher Friede hieraus erfolgen werde. Gerade jetzt hielt der Kurfürst die unbedingte Unterwerfung Friedrichs für das einzige Mittel zum Frieden und zeigte sich einer Pression auf das Reichsoberhaupt und seine katholischen Bundesgenossen so abgeneigt wie möglich. Sein Eifer war durch die kriegerischen Ereignisse wider vollständig abgekühlt worden.

Christian von Braunschweig in Westfalen.

Schon seit geraumer Zeit war auch im Stift Paderborn der Stern des Protestantismus im Sinken. Der eifrige Bischof Dietrich von Fürstenberg, welcher bei seiner Wahl geschworen hatte, alle abtrünnigen, unbe-

1) Langensalza d. 1. Juni 1622.

rufenen lutherischen Prädikanten, verlaufene und ausgesprungene Mönche aus dem Stift abzuschaffen, erwarb sich das zweifelhafte Verdienst, einen großen Theil des Bisthums in die Arme der alten Kirche zurückzuführen. Wol hatte er noch im Jahre 1599 den Bürgern der Stadt Paderborn die von ihm geschlossene Marktkirche wider öffnen müssen. Allein seit dieser Zeit schien sich auch sein Eifer in der Erneuerung der alten Glaubensform zu verdoppeln. Die Bemühungen des protestantischen Theils der Domherrn, einen hessischen Prinzen zum Coadjutor zu wählen, schlugen fehl, und bald fing der Bischof an von Grund aus zu reformieren. Er veröffentlichte eine Kirchenagende und suchte durch die strengsten Zwangsmittel auf die evangelischen Prediger einzuwirken. Bei der hierdurch entstehenden großen Verwirrung begann die evangelische Ritterschaft sogar mit Waffengewalt gegen den Bischof zu Felde zu ziehen.

Da wurde im Jahr 1604 zu Paderborn ein neuer Stadtrath gewählt, dessen protestantischer Bürgermeister Liborius Weihrauch sofort energische Maßnahmen ergriff, um den Restitutionseifer des Bischofs zu mäßigen. Er öffnete nicht nur die Marktkirche wider, sondern versah auch die Bürger mit Waffen und schien zu jedem äußersten Wagniß geneigt. Der Bischof aber suchte Hilfe bei dem katholischen Inhaber der Grafschaft Rittberg, Graf Johann von Ostfriesland, der mit der Hand seiner Nichte Sabina auch die Anwartschaft auf dies hessische Erbmannlehen erhalten hatte, während die Stadt Paderborn sich an Moriz von Hessen wendete, der dem Grafen von Ostfriesland den Besitz der erheiratheten Grafschaft streitig machte: sowol seine Gemahlin Sabina als auch deren Schwester Agnes, beides Töchter der letzten Erbtochter Walpurgis, hatten die Lehen bei Hessen zu muthen verabsäumt. Schon hatte Landgraf Moriz 22 Fähnlein zu Fuß und 200 M. zu Roß geworben, als sich Dietrich von Fürstenberg der Stadt durch List bemächtigte und seinem leidenschaftlichen Restitutionseifer in blindem Drang die Zügel schießen ließ. Die Stadt wurde ihrer Freiheiten beraubt, die Bürger entwaffnet, der evangelische Theil derselben samt den Predigern vertrieben, und der Bürgermeister Liborius Weihrauch geviertheilt. Die Stiftsritterschaft, die Städte Brakel, Steinheim und Lügde wirkten sich zwar von Moriz einen Schutzbrief aus, allein die erstere mußte trotzdem mit dem Bischofe einen nachtheiligen Vergleich schließen.[1]

---

1) Kurtzer Bericht vnd Vrsachen, Warumb Burgermeister, Kemnher, Rathmanne, Hauptleute, vnd andere außgewichene Bürger dero Stadt Paderborn, wieder

Nach dem Falle Paderborns erstarkte der Katholicismus in Westfalen sichtlich. Schon in den achtziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts hatten die Jesuiten die Gelehrtenschule zu Paderborn an sich gebracht; im Jahr 1614 gründete der erwähnte Fürstbischof auch eine theologisch-philosophische Lehranstalt, welche gleichfalls den Jesuiten übergeben wurde. Im folgenden Jahre erhielt sie von Kaiser und Papst den Character einer Universität. Der bereits erwähnte Besitzer der Grafschaft Rittberg, Johann von Ostfriesland, verjagte die evangelischen Prediger gleichfalls mit Weib und Kind und ließ im Jahr 1610 durch den Rector des paderborner Jesuitenkollegiums die Gegenreformation vollständig durchführen. Alle lutherischen Prediger mußten das Land verlassen, Rittberg wurde in eine Festung verwandelt und war nun ein Stützpunct der ligistischen Partei; Graf Johann und sein Bruder Christof traten geradezu in die Dienste des katholischen Bundes. Der erstere war überdies schon früher auch zum westfälischen Kreisobersten erwählt worden.

Und so bedrohte die Restitution des Katholicismus in Westfalen auch die politischen Interessen des Landgrafen Moriz in empfindlichster Weise. An eine Ausbreitung seines dynastischen Einflusses war bei einem glücklichen Fortgange dieser katholischen Bewegung nicht zu denken. Alle hierauf gerichteten Bestrebungen sah Landgraf Moriz scheitern. Anstatt seines Sohnes Philipp, für welchen er nach dem Bisthum Paderborn strebte, erhielt der bairische Prinz Ferdinand durch den Einfluß des päpstlichen Nuntius und die Bemühungen des Domdechanten die Aussicht auf die Nachfolge im Bisthum, obwol dem Bischofe und den Landständen diese Wahl wenig genehm war. —

Nach Dietrich von Fürstenbergs Tode aber vereinigte sein Nachfolger Ferdinand nicht nur die Bisthümer Lüttich, Münster und Paderborn in einer Hand, sondern führte auch die Administration des Stifts Hildesheim, nachdem er bereits im Jahr 1612 den erzbischöflichen Stuhl zu Köln bestiegen hatte. Somit war ein bedeutendes Stück des heutigen Westfalens und der Rheinlande der Einwirkung des ligistischen Bundes unterworfen. Spanien und Baiern reichten sich hier zum Schutze des erneuerten Romanismus die Hand. Einzelne Puncte, wie z. B. die Stadt

---

die von Herrn Dietherichen, Bischoven des Stifts Paderborn, im Jahr 1604 den 23en Monats Aprilis angestelte abscheuwliche Verrätherey, ... zur defension, recuperation vnd Kegenwehr .... befuegt ... Gedurckt (!) zu Gröningen ... im Jahr 1608. 4. 4 Bogen.

Rittberg, ferner Lippstadt waren geradezu mit spanischen Truppen besetzt. Mit Hilfe des Jesuitenordens war wenigstens äußerlich im Jahr 1618 ein großer Theil Westfalens zum alten Glauben zurückgebracht. Und wenn sich die Städte auch damals noch in der Behauptung der lutherischen Lehre zäher zeigten, so scheint der Adel desto geneigter gewesen zu sein, sich durch Confessionswechsel der Gnade des Hauses Habsburg würdig zu erweisen.

Unter diesen Verhältnissen nahte dem Fürstenthume, welches wie alle geistlichen Herrschaften der damaligen Zeit gegen jeden feindlichen Ueberfall wehrlos war und in der Kreisverfassung nicht die geringste Stütze fand, von Süden her ein von protestantischen Staaten unterhaltenes Heer, dessen Führer sich selbst einen Verfechter des Protestantismus nannte. Man sollte meinen, es habe diesem nicht schwer fallen können als Befreier des Landes begrüßt zu werden. Allein schon die ersten Maßnahmen, welche von Herzog Christian ausgiengen, zeigten, daß ihm wie seiner Umgebung eine klare Einsicht in die Verhältnisse vollständig abgieng. Von Großen-Eder aus eröffnete er am 19./29. December den fürstlichen Räthen, welche die Einlagerung seines Volkes durch Bitten abzuwenden hofften, daß er sich ihnen zum Trotz einlogieren und beim ersten Angriffe die Dörfer anzünden würde, „damit sie desto besser sehen und ihre Hahnenfedern anführen könnten." Nicht als Freund, sondern als Feind, fügte er hinzu, nahe er der Landschaft. Die Ueberschrift dieses Schriftstückes lautete: Den Hahnenfedern und Verräthern des Landes.[1]

Mit solchen Gesinnungen rückte Christian am 28. December n. St. in die Umgegend von Warburg, welche 800 Mann kurkölnische Truppen vertheidigen sollten, ein. Warburg selbst scheint sich kluger Weise durch die Summe von 10,000 Thalern losgekauft zu haben; von Volkmarsheim forderte man unter Anhängung von Petarden 4,000 Thlr., begnügte sich aber endlich, wie es heißt, mit 1,500 Thalern. Und so zog man nun von einem adligen Hause und von einem Dorfe zum andern raubend und plündernd weiter. Mancher Hof und manches Dorf, welches die Contribution nicht aufbringen konnte oder wollte, gieng in Flammen auf: besondere Brandmeister waren für diesen Theil der grausamen Kriegführung angestellt.

1) Mittendorff, Herzog Christians v. Braunschweig Wirksamkeit (Archiv d. h. V. für Niedersachsen. Jahrg. 1845 S. 17 ff.); dazu Tophoff, Christian v. Braunschweig und Joh. Jac. Graf v. Anholt (Zeitschrift f. d. G. Westfalens XIII. S. 100 ff.).

Auch die Landesregierung sollte natürlich ihren Beitrag zur Verpflegung des Heeres liefern: Christian forderte die Summe von 145,000 Thalern. Auf eine abschlägliche Antwort vergaß man sich im Kriegsrathe des leidenschaftlichen Jünglings so weit, daß man ihn antworten ließ ($\frac{23. \text{ Dec.}}{2. \text{ Jan.}}$), er werde, falls man ihn nicht befriedige, das ganze Stift ohne weiteres abbrennen und alle Bauern und Stiftsangehörige niederschießen.

So wie man in das wehrlose Bisthum eingedrungen war, durchstreiften die bewaffneten Schaaren nach allen Seiten hin das Land nach Unterhalt und Beute. Der Herzog aber hatte es hauptsächlich auf Lippstadt, wo eine kleine spanische Besatzung von 40 Mann lag, abgesehen.

Hier scheinen die Bürger selbst die Hand zur Besetzung durch die Braunschweiger geboten zu haben, obwol der Rath diese Beschuldigung in einer besonderen Schrift zurückgewiesen hat.[1] Dieser zu Folge verhielt sich die Sache folgendermaßen. Am $\frac{23. \text{ Dec.}}{2. \text{ Jan.}}$ früh morgens, es war der Sonntag vor Weihnachten, erschien ganz unvermuthet und ehe es die spanische Besatzung inne wurde, der Graf Hermann Otto von Stirum mit einem ansehnlichen Kriegsvolke vor der Stadt. Er wies ein Patent des Herzogs Christian vor, welches ihn befehligte, sich der Stadt zu bemächtigen, und drang auf eine schleunige Erklärung. Es erschienen zwei Rittmeister in der Rathssitzung, welche man anfangs durch die Berufung auf den Grafen v. Lippe und dann durch die Gewährung einer Contribution abzufertigen suchte. Allein die beiden Offiziere machten geltend, daß sie keine Geldsache herein führe, sondern daß Christian von den Generalstaaten und dem Prinzen Moriz den ausdrücklichen Befehl habe, sich der Stadt zu bemächtigen und die spanische Besatzung zu vertreiben. Nur so lange wollten sie allenfalls verziehen, bis man den Willen der Bürgerschaft eingeholt habe. Man berief die Zunftmeister, und auch die Bürger fingen an sich auf Geheiß des Raths mit Waffen auf dem Markte zu versammeln. Allein je länger man über die Sache berieth, desto mehr überzeugte man sich von der vollständigen Nutzlosigkeit eines Widerstandes. Die Waffen der Bürger waren ganz unzulänglich, die kleine Festung ziemlich verfallen, der Stadtgraben mit starkem Eise bedeckt, und die Garnison selbst, wie bereits bemerkt, nur 40 Mann

1) Sie führt den Titel: Gründlicher Bericht vnd Erzehlung, wie es mit der beschehenen Jüngsten Fürstlichen Braunschweigischen Feindlichen Occupation vnd Einlägerung zur Lipp-Statt abgelauffen, vnnd sich in Warheit verhalten thue. Gedruckt im Jahr Christi M. DC. XXII. 4. 8 Bll.

stark. Dazu wirkte die Besorgniß vor einer ähnlichen Behandlung, wie sie die von den Braunschweigern besetzten mainzischen Ortschaften hatten erdulden müssen, auch nicht ermuthigend. Da sich die Verhandlungen trotzdem bis gegen Mittag hinzogen, riß dem Grafen von Stirum endlich die Geduld, er ließ seine Mannschaften über den zugefrorenen Stadtgraben vorgehen, überwältigte die Wache, drang bis auf den Markt vor und nahm den spanischen Hauptmann Hieronymus Rabe samt seiner Garnison gefangen. Nachdem darauf die Stadtthore von Innen geöffnet waren, wurde auch die Reiterei eingelassen.[1]

Zwei Tage darauf erschien der Herzog selbst und machte Lippstadt zum Hauptquartier. Er ließ die Befestigungen von niederländischen Baumeistern ausbessern und vervollständigen und entsendete von hier aus seine Schaaren durch ganz Westfalen.

In trunkenem Siegesübermuthe hielt der unerfahrene Jüngling die Sache dieser katholischen Bisthümer bereits für verloren. Nicht genug wußte man sich von seinem seltsamen Leben und wunderlichen Kriegsregiment zu erzählen. Dem erstaunten Kurfürsten von Sachsen wurde von Kassel aus gemeldet, wie der Herzog sich rühme, Jehovah führe ihn, den abgesagten Feind aller Pfaffen. Wer Pfaffen verderben wolle, pflegte er sich weiter zu äußern, der müsse es durch Pfaffen thun, und zu den letztern gehöre er selbst.

---

1) Dieser Darstellung des Raths entgegen wurde der Ueberfall von Andern folgendermaßen berichtet: Wie wol es dann in Wahrheit also mit dem Einfallen und folgender Einquatierung abgangen, hat man gleich wol hernachmals ex relatione vernommen, als oft Hoch- und Wohlgemelter Graf zu Stirum von ihrer F. G. Herrn Herzogen zu Br. von Wartburg im Fortzug auf die Lipp-Stadt, inmaßen obstehet, gerückt, daß seine G. ihrer habenden Reiterei und Soldaten zu Mitternacht daselbst angelangt, und mit 25 Personen durch die damalige Gelegenheit des harten grausamen Frosts und Eis bis unter die Schildwacht in das Soester Pforthaus sich begeben, und daselbst bis auf den Morgen sich verhalten, in Meinung die gewöhnliche Wacht in dem Aufschließen zu vergewaltigen und dadurch sich der Pforten und hernachmals mit dem übrigen anwesenden Kriegsvolk sich der Stadt zu bemächtigen. Damit sie aber verfehlet, weil es eben damals am heiligen Sonntag nächst für dem Christtag gewesen, an welchem dieselbe Pfort nicht pflegen geöffnet werden, noch auch damals geöffnet werden sollen. Wie nun diesem allen nach der erste Einfall und Occupatio der Stadt Lipp unverursachter Dingen ohne einige Beliebnuß, Consens und Mitwirkung eines ehrsamen wolweisen Raths und ganzer Commun daselbst sich begeben, so thut es sich auch mit aller erfolgten hochschädlichen Ungelegenheit und Landverwüstung im Grund verhalten..." Gründlicher Bericht und Erzehlung.. S. 12. 13.

Aus Hessen und Westfalen liefen ihm [illegible]entlich Offiziere schaarenweise zu. Sebastian von Köddericz, dem [illegible] erwähnte Mittheilung aus Kassel verdanken, schätzte sie freilich nicht hoch; es waren wenige von Adel oder überhaupt solche darunter, die etwas zu verlieren hatten. Kein einziger unter Christians Rittmeistern, die ihm größtentheils bekannt waren, besaß ein Vermögen über 1000 Thlr.

Soest wurde von 3 Compagnien Fußvolk und 1 Compagnie Reiter unter dem Commando des Hauptmanns Amberger von Pfalz-Neuburg aus besetzt gehalten, als am 24. December derselbe Oberstlieutenant Stirum mit 300 M. Cavallerie vor der Stadt erschien und im Namen Christians, der Generalstaaten und des Prinzen Moriz die Entfernung der Besatzung forderte: er wollte selbst im Namen der Generalstaaten von der Stadt Besitz ergreifen.[1] Nach langer Berathung der Behörden und der ganzen Bürgerschaft faßte man den Beschluß, bei den Landesfürsten, dem Kurfürsten von Brandenburg und dem Pfalzgrafen von Neuburg, die Abführung der Besatzung zu betreiben. Auch Verwendungsschreiben an die Generalstaaten und den Grafen Heinrich von Berg wurden abgefaßt. In dem Antwortschreiben an den Grafen von Stirum berief man sich auf die der Stadt von den Generalstaaten und von Spanien gleichmäßig zugestandene Neutralität und bat um eine Frist von 14 Tagen, während deren der Graf die Stadt und die zu ihr gehörige Börde verschonen sollte. Schon am 26. December forderte jedoch Christian unter leicht verständlichen Drohungen abermals Aufnahme, worauf denn endlich am 29. Dec. der Stadtsyndikus Heinrich Klotz und der Ziesemeister Goswin Klocke von Lippstadt selbst die Einquartierung gegen eine Entschädigung von 3,000 Thlr. abzuwenden suchten. Sie konnten jedoch nur eine Sauvegarde für die Stadt und die Börde gegen die Summe von 4,000 Reichsthalern durchsetzen, welche trotz der zum Widerstande auffordernden Schreiben der Landesherrn auch gezahlt wurden.

Allein die Ruhe, welche sich die Stadt hierdurch erkaufte, war nicht von langer Dauer. Am 10./20. Januar machte Christian die Mittheilung, daß er Auftrag habe Soest im Namen des Prinzen Moriz und der General-

---

1) Vgl. Schmitz, die Einnahme Soests durch Herzog Christian von Braunschweig. Zeitschrift des Vereins für Gesch. u. Alterthumskunde Westfalens. Dritte Folge. I. (1861) 83—92. Außerdem wurden handschriftliche Notizen aus dem städtischen Archiv zu Soest benutzt, für welche ich Herrn Oberlehrer Dr. Vorwerk zum Dank verpflichtet bin.

staaten zu besetzen; worauf sich die Stadt vergebens auf die so eben ertheilte Sauvegarde berief. Der Herzog erschien mit 8,000 M. Fußvolk und 2,000 M. Cavallerie vor den Thoren der Stadt und begann, nachdem er drei Bördedörfer verbrannt hatte, den Angriff, der von 5 Geschützen unterstützt wurde. Trotzdem setzte ihm die Bürgerschaft im Verein mit der Besatzung mannhaften Widerstand entgegen, bis die osthofer Pforte gesprengt war, und das entstandene Feuer bei dem starken Ostwinde gerade hier die Vertheidigung erschwerte.

Da man bei einer Eroberung das Aergste zu befürchten hatte, zog es der Rath endlich doch vor der Besatzung freien Abzug auszuwirken und die Stadt selbst zu übergeben. In der Capitulation stellten die städtischen Behörden die Bürgerschaft vor der fremden Soldateska möglichst sicher: sie machten vornehmlich auch den gleichmäßigen Schutz beider Confessionen zur Bedingung. In einem besonderen Revers versprach die Stadt außerdem, den Generalstaaten und dem Herzog getreu und hold zu sein und den Spaniern keinerlei Vorschub zu leisten.

Nach der Einnahme der Truppen stellte jedoch der Herzog eine neue Geldforderung zu einer Höhe von 15,000 Thlr. an die Stadt, die indessen auf 10,000 Thlr. ermäßigt wurde. Später wurde Soest noch einem Rittmeister, Karl Heinrich v. Oynhausen, als Werbeplatz für eine Compagnie Reiter angewiesen. Bis zum 3. Mai blieben die Braunschweiger in der Stadt. Die Höhe der Besatzung war immerhin beträchtlich, sie betrug zu Zeiten allein 8 Compagnien Fußvolk.

Die Einnahme Soests wurde für den Bischof sehr ergiebig: er soll nach einer wol übertriebenen Schätzung nicht weniger als 330,000 Thlr., ferner den Domschatz, welchen der Bischof Dietrich von Paderborn in die Propstei des Collegiatstifts Sct. Patrocli geflüchtet hatte, und einige Platten ungarisches Gold als Beute davon getragen haben. Später hielt der Oberst Frenk noch eine reichliche Nachlese; er lieferte einen der Aebtissin zu Neuenheerse gehörigen Schatz von 80,000 Thlr. an Christian nach Lippstadt ab.

Allein die Eroberung Westfalens durfte nicht eher als vollendet gelten, bevor sich nicht Paderborn selbst, der Sitz der bischöflichen Regierung, in den Händen des Herzogs befand. Hier scheint man sich anfangs ziemlich sicher gefühlt zu haben. Die Forderungen Christians wurden eine geraume Zeit hindurch rund abgewiesen. Er beanspruchte von dem westfälischen Kreise als solchem 50,000 Thlr., ferner von der paderbornischen Geistlichkeit 100,000 Thlr., und verlangte außerdem von den übrigen Land-

ständen 150,000 Thlr., so wie von der Judenschaft zu Paderborn die Summe von 30,000 Thlr. Als einst abermals eine paderborner Deputation unverrichteter Sache von ihm gegangen war, sendete er ihr 400 Reiter mit einem Brandmeister nach, welche seinen Forderungen Nachdruck geben sollten. Da sie wirklich anfiengen, die Dörfer und die einzeln gelegenen Bauernhöfe anzuzünden, begann die Landschaft neue Unterhandlungen und schloß auch endlich zu der bedeutend ermäßigten Summe von 20,000 Thlr. ab. Nur die Stadt Warburg wurde von diesem Accord ausdrücklich ausgenommen.

Die Berichte, welche über diese braunschweigische Einlagerung in Westfalen ausgiengen, entwerfen ein schauerliches Bild der Verwüstung und des Jammers. Weit und breit streiften die Reiter auf Plünderung umher; in einzeln gelegenen Höfen wagte niemand ihre Ankunft abzuwarten: man nahm seine besten Habseligkeiten zusammen und zog von Haus und Hof, um vielleicht einer streifenden Rotte zur willkommenen Beute zu dienen. Kinder fand man vor Frost erstarrt oder von Hunger und Elend aufgerieben todt in Wäldern und hinter Zäunen und Hecken. Die Contributionen waren selbst für eine so reiche Landschaft bedeutend: ein einziges Dorf hatte dem Grafen von Stirum für einen erschossenen Quartiermeister noch besonders 3,000 Thlr. geben müssen. Die streifenden Rotten erzwangen sich durch Ueberreichung von sogenannten Brandzetteln, welche an den vier Ecken angezündet waren, Proviant und Contribution.

Da jedoch die geistliche Landesregierung trotz der Gewaltthätigkeit, mit welcher Christian in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande auftrat, kein friedliches Abkommen mit ihm traf, näherte er sich allmälig Paderborn selbst.[1] Als man sich eines Angriffs auf die Stadt versehen mußte, beschloß der Magistrat durch eine aus beiden Confessionen zusammengesetzte Gesandtschaft mit dem Bischof in Unterhandlung zu treten. Unter den Bürgern, welche sich zu diesem Zwecke nach Lippstadt begaben, befand sich auch ein reicher protestantischer Kaufmann, Arnold Drohm. Er war der Vertreter seiner bisher auf das schmählichste bedrückten Glaubensgenossen und hatte im Sinne, die Annäherung des protestantischen Heerführers zur Sühnung der alten Frevel zu benutzen. Daher rieth er Christian geradezu, von weiteren Verhandlungen mit der Landesregierung

1) Benutzt wurde hier auch ein ungedruckter lat. Bericht aus der Historia Collegii Paderbornensis, welcher sich in der theodorianischen Bibliothek zu Paderborn vorfindet.

abzustehen; und machte sich sogar anheischig mit seinem Anhange dafür zu sorgen, daß er offene Thore finden werde.

Schon oben wurde bemerkt, daß die Mehrzahl der Bürger Paderborns noch immer protestantisch war. Die Annäherung Christians mußte daher die Hoffnung auf bessere Zustände um so mehr in ihnen entflammen, je drückender die katholische Reaction auf ihnen gelastet hatte. Dazu kam, daß die Söhne des ermordeten Bürgermeisters Wichard auch die unlautere Leidenschaft der Rachgier rege zu halten wußten. Unter diesen Umständen äußerte sich die Stimmung der Lutheraner, zu denen namentlich auch viele Bürger der unteren Klassen zählten, lauter und lauter, und bald sah man in dem herannahenden jungen Fürsten den erwünschten Retter aus der verhaßten Jesuitenwirthschaft, unter welcher die Stadt so lange geschmachtet hatte. „Er muß darein und soll darein," so lautete bald die allgemeine Forderung der protestantischen Bürgerschaft. An Widerstand aber konnte von Seiten der Katholiken, da die kurfürstliche Besatzung nur 300 M. stark war, nicht im Entferntesten gedacht werden. Und so bemächtigte sich zuletzt der regierenden Kreise allgemeine Niedergeschlagenheit, der auch der unerschrockene Kanzler Wippermann nicht steuern konnte.

Als die Zustände immer unhaltbarer wurden, und vornehmlich die Jesuiten persönliche Vergewaltigung fürchten mußten, wurden am 23. Jan. die Zöglinge des Jesuitengymnasiums entlassen, und Tags darauf zogen auch die auswärtigen Studenten von dannen. Am 26. Januar, drei Tage bevor die Stadt Christians Schaaren geöffnet wurde, ergriffen endlich die Väter der Gesellschaft Jesu selbst die Flucht. Nur mit Lebensgefahr gelang es den meisten sich durch die von bewaffneten Bürgern besetzten Thore durchzudrängen. Den Jesuiten folgten die Mönche aus dem Abdinghof und den übrigen Klöstern, die in der Stadt gerade anwesenden Domherrn, die katholischen Geistlichen, und wer sonst die Rache oder die Gewaltthätigkeit des protestantischen Fürsten und seines Heeres fürchten zu müssen glaubte.

Am 29. Januar Mittags zog endlich Capitän Neuhoff, wahrscheinlich nach einem förmlichen Vertrage, der jedoch bis jetzt nicht bekannt geworden ist,[1] ein und nahm von den Festungswerken Besitz. Der ganze Kriegsvorrath fiel natürlich in seine Hände. Vergebens bemühte sich der in der

1) Er scheint sich freilich nur auf eine Compagnie bezogen zu haben, während Anfang April 9 Comp. Fußvolk und eben so viel Reiter in der Stadt waren. Bericht des Arztes Galenius bei Wolf, Eichsfeld. Urkundenbuch Saec. XVII. 218.

Stadt zurückgebliebene Kanzler Wippermann durch Ueberreichung eines goldnen Bechers mit 10 alten sächsischen Thalern die Gnade des fürstlichen Offiziers zu gewinnen. Am nächsten Tage, es war ein Sonntag, kam der Rittmeister Pflug, der bisher in der Nähe von Delbrück gestanden hatte, dazu. Er forderte 10,000 Thlr. vom Kanzler, um seinen persönlichen Rachedurst zu befriedigen; durch besondere Verwendung bei dem Herzog selbst wurde die Summe wider auf den vierten Theil herabgesetzt.

Es war am letzten Januar gegen Mittag, als endlich der Herzog selbst, von dem Vivatgeschrei der Bürger begrüßt, seinen feierlichen Einzug hielt. Im Jesuitencollegium, wo sechs zurückgebliebene Väter samt dem Pater Matthäus Rimäus im Speisesaale seiner harrten, schlug er nach eigner Bestimmung das Hauptquartier auf. Der Bitte um Schonung des Collegii, welche die Väter an ihn richteten, zeigte er sich geneigt und würdigte sie nach einer kurzen Begrüßung sogar seines Handschlags. Die Forderung von 20,000 Thalern, welche das Collegium zahlen sollte, wurde endlich auf 10,000 Thlr. ermäßigt; man drang auch nicht weiter in die Väter, als sie sich selbst nicht durch Androhung der Folter zur Offenbarung des Verstecks ihrer Kirchenschätze bewegen ließen.

Es war jedoch Christian auf diesen Zügen durch Westfalen nicht nur um gute Quartiere für seine sich täglich mehrenden Truppen zu thun, sondern er wollte auch die Mittel zum weiteren Unterhalte derselben gewinnen. Schon am ersten Tage seines Aufenthalts zu Paderborn war er dessen eingedenk. Er begab sich mit seinem Stabe des Abends in den Dom, um sich der kostbaren Kirchengeräthe zu bemächtigen. Hier war es auch, wo ihm der aus gediegenem Silber bestehende Liborikasten mit den Ueberresten des Heiligen in die Hände fiel. — Aufmerksam und mit entblößtem Haupte betrachtete er die letzteren einst und ließ sie dann den neben ihm stehenden Jesuiten zum Küssen darreichen. In diesem Augenblicke beleuchteten die Strahlen dreier Sonnen die Scene, was auf das leicht erregbare Gemüth des Fürsten einen solchen Eindruck machte, daß er später mit eigner Hand eine Skizze davon entwarf und sie den Jesuiten überreichte. An den Langseiten des Liborischreines haben sich wahrscheinlich in Silber getriebene Bilder der Apostel befunden, die natürlich das Geschick des Schreines selbst theilen mußten.[1]

---

1) „Per idem tempus nostris triste sane spectaculum obiectum est. Colebatur in aede maxima (Domkirche) S. Liborius .... Ea (ossa S. Liborii)

Wie es heißt, wurden selbst Hammer und Brecheisen in jener Nacht angewendet, um die im Dome versteckten Schätze ausfindig zu machen. 8,000 Goldstücke fand man auf diese Weise unter dem hohen Chore, 8,000 Thlr. auch im Capitelhause.[1] Sogar der Grabgewölbe schonte diese Plünderung, bei welcher nach einer Notiz hauptsächlich auch die Söhne des hingerichteten Bürgermeisters Wichart hilfreiche Hand leisteten, nicht.

---

iuveni in omnes vias auri conflandi mirifice intento narratum erat, immensi pretii arca claudi, ipsumque templum congestis tot retro aetatibus thesauris abundare. Quamobrem ipsas ss. reliquias, ut erant, et quidquid auri, argenti etc. nonnullis quoque altaribus erutis, repertum est, ad Collegium in cubiculum, cui jam pridem S. Liborii nomen inscriptum erat, transferri jubet. Inter alia quoque theca argentea cum ipsa sacrosancta Eucharistia fuit (Monstranz), quam tamen Princeps cuidam e nostris ad canonicos reportandam dedit. Reliquias S. Liborii haud invitus ipse Princeps deposito pileo apertoque capite semper adstans nostris venerandas et exosculandas praebuit. Quo tempore, inter g. et 10. hor. matut. serena luce tres soles radiis illustres ab omni populo sunt visi, quos ipsemet Dux Christianus a quis admonitus curiose est contemplatus et postmodum manu sua in patenti folio affabre depinxit nostrisque exhibuit. Neque vero longe post una cum cathedralis templi gaza et majoribus urbis tormentis arcam cum ss. reliquiis secum Lippiam avexit." Ex historia collegii Paderbornensis Soc. Jesu ad an. 1622. Verfasser ist der Professor P. Sander. — In dem zu Paderborn am 9. April 1622 abgefaßten Berichte des Arztes Galenius (Wolf, Eichsfeld. Urkundenbuch saec. XVII. 219, 220) wird die Liboriusgeschichte nicht einmal erwähnt, was um so auffallender ist, als dieser Bericht die Beute aufzählt. — Der Mercure Français (1622) S. 265 gedenkt der Sache mit folgenden Worten: Outre Padeborn la capitale de l'Euesché, où il fit mettre à rançon tous les Ecclesiastiques, apres les auoir pillez il prit le thresor de l'Eglise Cathedrale, et sainct Liborne Patron d'icelle qui estoit tout d'or massif..... Nach Strunck, epitome hist. de vita, reliquiis etc. SS. Liborii Paderborn. 1736 hat Christian außer dem Reliquienschreine auch noch ein goldenes Bild (statua ex auro fusa; Brustbild?) geraubt. Dieses hat wol das Theatrum Europäum I. S. 692 (J. 1643) im Auge, wenn es sagt: „vnd im Thumb daselbst ein grossen Schatz an altem Gelt mit desselben Stiffts Patronen S. Liborii Bildnuß vom besten Gold formiert vnd, wie geschrieben ward, 80 Pf. schwer erlanget, dieselbe in die Arm gefasset, und daß sie so lange Zeit auff ihn gewartet, Willkomb geheissen." Auf diese Mittheilungen beschränkt sich auch Leuckfeld, Antiquitates Gröning. 65, 66. Der noch im Jahr 1622 zu Amsterdam gedruckte Kupferstich Westphaelsche Transformatie, alwaer S. Liborius verandert in Rijxdaelers hat vielleicht Veranlassung zu der bekannten Ausschmückung dieser Geschichte gegeben, wie wir sie als thatsächliche Begebenheit in den Memoiren Louis Aubery's S. 262. 263 und später bei Rehtmeyer, Chron. II. S. 1260 finden.

1) Siehe den Bericht bei Wolf, Eichsfeld. Urkundenbuch 219.

Ihre Hand war auch im Spiel, als man den Leichnam des Bischofs Dietrich von Fürstenberg, der einst ihren Vater hatte viertheilen lassen, aus dem Grabe nahm, ihm den Ring vom Finger zog, und nachdem man das Grab seines Inhalts beraubt hatte, an einem unbekannten Orte bestattete. Der Bischofsstab, welchen man dabei erbeutet hatte, wurde Herzog Christian selbst zu einem besondern Präsent verehrt.

Es ist nicht zu verwundern, daß die übrigen Kirchen so wie das Jesuitenkollegium sich über ganz ähnliche Scenen zu beschweren hatten und dennoch die vollständige Plünderung durch Contributionen abkaufen mußten. Im bischöflichen Palast selbst fiel Christian das reiche silberne Tafelgeschirr mit allem Hausgeräthe, was zusammen auf 10,000 Thlr. geschätzt wurde, in die Hände. Die ganze Beute wurde in ein Gemach des Jesuitenkollegiums, welches den Namen des heiligen Liborius führte, zusammengebracht. So geschah es auch mit dem bereits erwähnten silbernen Schrein und der Monstranz, welche letztere der Bischof indessen durch einen Jesuiten zurückbringen ließ.

Die Mitglieder des Domcapitels und der geistlichen Landesregierung hatten sich zum größten Theil geflüchtet. Nur der bereits erwähnte Kanzler Wippermann war geblieben, ohne sich indessen für die Summe von 2,500 Thlr. die Freiheit erkaufen zu können; jeder der übrigen fürstlichen Räthe sollte sich mit 3,000 Thlr. ranzionieren. Der Dombechant scheint die Stadt zu spät verlassen zu haben; ihm schickte der Herzog einen Brandmeister mit seiner Compagnie nach, so daß er Kutsche und Pferde im Stiche lassen mußte, um nicht ergriffen zu werden. Der Herzog aber war so aufgebracht darüber, daß gerade er sich seiner Gewalt entzogen hatte, daß er einen Preis von 10,000 Reichsthalern auf seinen Kopf setzte. Durch das gleiche Mittel hoffte er sich auch des Landdrosten Landsberg zu bemächtigen.

In vielen Fällen waren diese Acte brutalster Gewalt noch von den Aeußerungen eines beißenden Hohns begleitet. Trotz aller Loskaufungen belegte man die Bürger mit neuen Einquartierungen und Steuern; die Klagen der hilflosen Leute nahm man mit Hohngelächter entgegen. Und selbst Hand und Siegel schützten vor abermaligen gewaltsamen Zumuthungen nicht. Berief sich ein Bedrückter auf ein in dieser Weise beglaubigtes Versprechen, so antwortete man ihm höhnend: Haereticis non est servanda fides. —

Der allgemeinen Sitte gemäß wurden Beutegegenstände, deren sich die Besitzer entäußern wollten, ohne weiteres verkauft. So geschah es

damals auch mit den reichen Meßgewändern, Bischofsmützen und Baretten der Geistlichen: man sah die Reiter, angethan mit diesen Zierrathen in übermüthigem Scherz die Straßen entlang reiten oder vor den Thoren Wache halten. — Daß sich der Herzog in Paderborn wirklich huldigen ließ, erscheint wenig wahrscheinlich, einem dresdener Berichte zu Folge begann er jedoch sich einen Bischof von Paderborn zu nennen: in der That aber dachte er, wie wir unten sehen werden, daran das Fürstenthum einer mächtigeren Hand zu übergeben.

Nach einigen Tagen führte Christian seine reiche Beute an Geschütz, edlen Metallen und Kriegsvorrath jeder Art nach Lippstadt. Hier war es auch, wo er die in Paderborn erbeuteten silbernen Kirchengeräthe und Schmucksachen einschmelzen und Thaler prägen ließ, welche den übermüthigen Jüngling prahlerisch und vermessen genug als Gottes Freund und der Pfaffen Feind bezeichneten. Es stimmt vollständig zu seinen bereits erwähnten Aeußerungen, daß er auf der andern Seite dieser Geldstücke einen geharnischten Arm mit einem zum Einhauen erhobenen Schwert, auf dessen Spitze eine Krone schwebte, und der Umschrift darstellen ließ: Alles mit Gott.[1] —

Auch zwei Jesuiten, P. Rothusen und P. Rimäus, mußten Christian nach Lippstadt folgen, da das Collegium seinen Geldforderungen den hartnäckigsten Widerstand entgegen setzte. Sie hatten eine zum Theil milde Haft und wurden sogar bisweilen zur fürstlichen Tafel gezogen, wo sich Christian an ihren Disputationen mit den ihn begleitenden lutherischen Feldpredigern ergötzte. Im April freilich, als das Collegium mit seinen Zahlungen immer noch im Rückstande blieb, erhielten sie 12 Tage hindurch eiserne Schellen. Sie folgten ihm bis an den Main und hatten sich auf dem Marsche mancher Freundlichkeit von dem kriegerischen Bischofe zu erfreuen. Am 21. Juni wurden sie wider frei.[2]

Die Hoffnung auf weitere glückliche Erfolge, welche man sich von einem auf diese Weise eingeleiteten Feldzuge versprach, führte das Kriegsvolk schaarenweise unter seine Fahnen. Gelockt durch hohen Sold und die Aussicht jedem frevelhaften Begehren straflos nachgehen zu können,

---

1) Rehtmeyer II. Tab. XVII und S. 1262.

2) In itinere eos vinculis levari, et si quando pedibus iter conficientes eos offenderet, currum eis attribui jussit. Saepe etiam comiter eos alloquebatur, arbitris intervenientibus severitatem induebat, quam in privato congressu iterum ponebat. Ex hist. Collegii Paderbornensis soc. Jesu.

strömten dem dreiundzwanzigjährigen General, den seine Waghalsigkeit bei den Soldaten bereits populär machte, von allen Seiten kriegslustige Schaaren zu. Der kölnische und paderbornische Adel war unter seinen Fahnen zahlreich vertreten; vor Andern suchten sie auch die Mannschaften, welche bisher dem Markgrafen von Jägerndorf gedient hatten, auf. Anfang Februar 1622 hatte er nach einer Mittheilung des öfter genannten Sebastian v. Ködderitz an den kursächsischen Präsidenten Schönberg nahe an 8,000 M. nebst 35 Geschützen. Derselbe berechnete die Infanterie auf 4,000 M., die Cavallerie auf 3,650 Pferde: zu ihnen sollten noch 3,000 M. Infanterie aus den Niederlanden unter dem Obersten Kniphausen stoßen. Am 26. Februar schätzte jedoch derselbe Berichterstatter die braunschweigische Infanterie bereits zu 6,000 M. Außerdem erwartete man noch die Mannschaften des Herzogs Wilhelm von Weimar in einer Stärke von 3,000 M. zu Fuß und 1,000 Pferden; auch sie hatten ihre Rüstplätze im Stift Paderborn zu Gebrungen, Borkholze und anderwärts. Ganz Westfalen schien allmälig ein einziger Werbeplatz zu werden. 2,000 Pferde wurden ferner durch den Grafen von Löwenstein und den Herrn von Fleckenstein für den Markgrafen von Baden ausgehoben, denen Ravensberg und Bielefeld zu Musterplätzen angewiesen waren; 1,000 Pferde suchte der Oberst Carpenzon für Mansfeld zusammenzubringen. Ein Theil dieser Truppen, glaubte man, würde durch Köln und Mainz nach der Pfalz ziehen, die Weimaraner hingegen mit 25,000 M. (?), die merkwürdiger Weise aus England erwartet wurden, in Westfalen zurückbleiben. Selbst Ludwig XIII. — so gieng damals das Gerücht — hatte im Sinne, hier ein Regiment deutsche Knechte werben zu lassen.

Christian selbst zeigte seit dem Beginn des Februar eine Zeit lang größere Strenge in der Einhaltung der Disciplin, und auch das unselige Schreckmittel damaliger Kriegführung, das Brennen, wurde weniger häufig angewendet. Ein Bericht, den wir im Haupt- und Staatsarchive zu Dresden einsahen, bezeugt das ausdrücklich. Nur einige Häuser auf dem Lande, vor welchen ihm Soldaten erschlagen worden waren, hatte er neuerdings in Brand stecken lassen. — Ueber das Ziel seiner Unternehmungen giengen die Meinungen damals noch aus einander. Der bei weitem größere Theil scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß er sich der Oberpfalz bemächtigen werde. Nach Andern war sein Plan, direct nach Böhmen zu marschieren, um den Pfalzgrafen wider einzusetzen. Eine derartige Nachricht lief gegen Ende Februar aus dem Schwarzburgischen in Dresden ein. Hier wollte man wissen, daß der Herzog mit seiner Armee nach dem

Eichsfelde marschieren werde, um von da in Kursachsen einzufallen. Dort sollte er sich zunächst der Stadt Leipzig mit ihrer reichen Beute versichern. Von hier aus werde er nach der Bestimmung der Generalstaaten durch Sachsen in Böhmen einrücken, das pfälzische Königthum wider herstellen und das Lutherthum zu Gunsten des Calvinismus vernichten. Der ganze Marsch sollte bereits genau vorgezeichnet, sogar die einzelnen Nachtlager schon bestimmt und die Petarden, um die Thore von Leipzig zu sprengen, bereit sein! Da Kursachsen augenblicklich kein Heer zur Hand habe, hatte man die Ausführung noch vor Ablauf des Monats Februar zu erwarten. —

Waren nun auch diese Nachrichten übertrieben und wahrscheinlich nur nach Dresden gebracht, um den Kurfürsten zu vermögen, Thüringen zu decken, so lag doch in der That für Kursachsen in diesen Rüstungen des Herzogs eine unverkennbare Gefahr.

Die nächsten Blutsverwandten Christians boten noch in den letzten Monaten des Jahres 1621 alles auf, um ihn unter deutlichem Hinweis auf die Gefahren, welche er auf sein Erbland und das Stift heraufbeschwor, zur Umkehr zu bewegen. Hatte sich doch die Lage des Herzogs um diese Zeit noch verschlimmert. Schon im October 1621 that Ferdinand II. gegen sein Vorhaben Einspruch; man sprach davon, daß ihn der Kaiser in die Acht erklärt habe, deren Vollstreckung er dem Administrator Christian Wilhelm übertragen werde. Voll banger Besorgniß mahnte Christian IV.[1] den Administrator geradezu ab, dem Ansinnen des Kaisers Folge zu leisten. „Ob wir nun zwar an solchem unsers Vettern und Sohns L. procedere ganz keinen Gefallen tragen, auch von ihr solche Kriegsexpedition ohne unsern Rath, Consens, ja die geringste Wissenschaft angestellt, so können wir gleichwol in reiflicher Erwägung nicht anders ermessen, denn daß S. L. von interessierten und andern auswärtigen Personen durch vielfältiges Sollicitieren und unaufhörliches Anrufen in der noch blühenden Jugend zu solcher Armierung sich inducieren und bewegen lassen, aber dabei als ein junger, angehender Fürst die hohe, schwere Wichtigkeit und gefährlichen Ausgang der Sachen nicht weiter considerieret und betrachtet, sondern sich vielmehr die Wehr und Waffen, dazu S. L. von Natur inclinieren, ex juvenili fervore belieben lassen. Daher wir dann mit S. L. der nahen Anverwandtniß halber ein sonderliches väterliches und vetterliches Mitleiden haben und tragen, als die solche beschwerliche Expedition nicht dolo malo oder für sich, sondern durch anderer Leute

1) Schreiben vom 2. Febr. 1622.

importun Verleitung ohn ferner Nachdenken auf sich genommen." Deshalb bittet er den Administrator mit der Execution nicht so eilfertig zu verfahren, sondern „solch Werk bei der Kaiserlichen Majestät zum Besten höflich zu entschuldigen." Er betrachtet es als ganz sicher, daß sein Neffe auf diese Weise vollends zur Verzweiflung gebracht werde, und erbietet sich dagegen seinen Einfluß auf den Jüngling nochmals auf die Probe zu stellen. Johann Georg von Sachsen zeigte freilich noch geringere Hoffnung auf eine Umkehr des vermessenen Welfenherzogs. Er sprach es geradezu gegen Christian Wilhelm aus, daß sich der Herzog bereits allzu weit in dies Wesen verwickelt habe, und daß seine Umgebung ihn jederzeit „eines andern persuadieren" werde. Und darin hatte er vollkommen Recht. Wir sehen nicht, daß alle diese Aufforderungen des Domcapitels, des Königs und der nächsten Verwandten des Herzogs selbst auch nur das Geringste gefruchtet hätten. —

Anfang März 1622 nahten sich endlich auch die Schaaren der katholischen Mächte dem schwer bedrängten westfälischen Lande. In der Nähe von Soest hatte der kölnische Oberst Wickenheim festen Fuß gefaßt, um den Braunschweigern von allen Seiten Abbruch zu thun. Durch Kundschafter erfuhr Christian, daß die Gegner eine Meile von Soest in den offenen Orten Obern- und Niedern-Oy mit 3 Compagnien Reitern und 4 Fähnlein wallonischem Fußvolk im Quartier lagen. Am 8./18. März begegnete ihnen Christian auf freiem Felde und zwang sie durch eine Reiterattacke, welche den Gegnern etwa 30 Pferde kostete, zur Umkehr. Das feindliche Fußvolk konnte der Kavallerie nicht schnell genug folgen und faßte auf dem Kirchhofe eines uns unbekannten Dorfes festen Fuß: nach einem kurzen Gefechte, wobei es 200 M. verlor, mußte es sich jedoch dem Herzoge ergeben. Sämtliche Hauptleute und Offiziere, auch der Oberstlieutenant Pallandt wurden gefangen und gegen Caution entlassen, während das Kriegsvolk selbst zu den Fahnen des Herzogs schwören mußte. Bei der Bagage, die Christian gleichfalls in die Hände fiel, fanden sich allein für 1,000 M. Gewehre: vier erbeutete Fähnlein wurden der Pfalzgräfin nach dem Haag geschickt. Von hier aus wendete sich der Herzog in die warburger Börde, welche die anholtischen Truppen Anfangs März besetzt hatten. Von Südosten her waren die Baiern durch das Nassauische in Westfalen eingedrungen und hatten Peckelsheim, Borgentreich und Warburg eingenommen. In Borgentreich hatten sie eine Compagnie Reiter von Carpenzons Regiment aus der Stadt geworfen und sogar den Rittmeister Malspurg gefangen. Warburg war gleichfalls mit 500 M. Fuß-

volk und einer Compagnie Reiter besetzt worden. Hier war sogar der braunschweigische Oberst Carpenzon samt seiner Frau in die Gewalt der Baiern gerathen. In Borgentreich erlangte freilich Christian unter dem Versprechen niemand zu beleidigen wider gütliche Aufnahme; er ließ aber trotzdem der Bürgerschaft ihr Verfahren gegen die Baiern auf das Härteste entgelten. Dem dresdener Berichte nach mußte sich das Städtchen mit 8,000 Reichsthalern ranzionieren und erlitt trotzdem eine Plünderung. Selbst in der Kirche und auf dem Rathhause wurde alles zerschlagen: drei Bürger ließ der Herzog über die Thore hängen und einen todt prügeln. An dem von den Baiern vertheidigten Warburg vergriff er sich dies Mal zwar nicht, ließ aber bei „seinem Abzug vier schöne Dörfer mit Vieh und allem Vorrath in Grund" abbrennen und nahm darauf seinen Weg wider nach Lippstadt.

Von hier aus begab er sich am $\frac{24.\text{ März}}{3.\text{ April}}$ abermals nach Paderborn, um die Stadt vollständig zu entwaffnen. Er ließ den lutherischen Theil der Bürgerschaft, welcher allein noch Waffen führte, vor dem Rathhause aufziehen, schloß einen Kreis um sie und vollzog die Entwaffnung. Darauf erfolgten abermals tumultuarische Scenen, bei denen auch das Haus Arnold Drohms, des Hauptführers der Lutheraner, nicht verschont blieb.

Trotz dieser Streifzüge konnte Christian die Festsetzung der Gegner in seiner unmittelbaren Umgebung nicht hindern. Der bairische Oberstlieutenant Erwitte nahm sogar mit nur 1,200 M. die Stadt Gesecke. Da Christian wußte, daß Anholt Erwitte auf dem Fuße folgte, setzte er alles daran, um den nicht gerade sehr festen Platz durch die Uebermacht seiner Streitkräfte zu Falle zu bringen. Am 4. April a. St. schlug er mit 24 Compagnien Reitern und 10 Fähnlein Fußvolk und mit vier halben Kartaunen vor der Steinpforte an der Südseite ein Lager auf und ließ schon am ersten Morgen die Artillerie wirken. In der folgenden Nacht wurde ein Laufgraben aufgeworfen, und am 5. April der erste vergebliche Sturmangriff auf die Stadt gemacht, der gleichfalls durch das Geschütz unterstützt wurde. Erfolglos wie dieser erste Angriff war auch ein neuer zwischen der ludischen und der Viehpforte von demselben Tage. Als Christian darauf dem Obersten Erwitte ehrenvollen Abzug zusicherte und die Stadt nochmals zur Ergebung aufforderte, erwiderte ihm dieser, daß er gesonnen sei bis auf den letzten Mann zu fechten. In der Nacht vom 6. April schien Christian die Stadt mit aller Gewalt zum Falle bringen zu wollen. Ueber vier Stunden währte der Sturm, der von Bürgern

und Soldaten gleich einmüthig und wacker zurückgeschlagen wurde. Selbst Weiber und Mägde schleppten Mist und Holz herbei, um die Steinpforte und andere beschädigte Puncte auszubessern. Morgens früh 2 Uhr ließ der Herzog sein Heer von drei verschiedenen Puncten aus zum Sturme vorgehen. Indessen alle Anstrengungen schlugen fehl. An einer Pforte, dem Müllerthore, welche dem Volke des Obersten Carpenzon überwiesen war, hängte der Petardier aus Versehen anstatt einer zwanzigpfündigen Petarde eine fünfpfündige ein, welche die erwartete Wirkung schuldig blieb.

Vier größere Sturmangriffe hatte der Herzog bereits unternommen. Da ließ er am 10. April durch einen Trompeter Waffenstillstand zur Bestattung der Toten nachsuchen. Der Commandant erwiderte anfangs spöttisch, noch seien nicht Tote genug, es müßten noch mehr kommen, und diese dann auf ein Mal bestattet werden: endlich bewilligte er doch eine dreistündige Waffenruhe. Als der Herzog jedoch die Uebergabe des Platzes abermals forderte, wies ihn Erwitte mit den Worten ab, er möge nur lustig ankommen mit rechtschaffenen Soldaten, der armen Bauern aber verschonen. Und denselben Nachmittag noch führte Christian sein Geschütz nach Salzkotten hin ab, sprach dann am folgenden Tage der Besatzung und ihrem Commandanten durch einen besondern Trompeter seine Anerkennung aus, ließ ihnen ferneres Glück und guten Morgen wünschen und zog von dannen.[1] Der Besatzung soll diese Belagerung nur 6 Mann, vier Deutsche und zwei Wallonen, gekostet haben, während der Verlust der Belagerer an Toten und Verwundeten auf 1,000 M. angegeben wird. Das Andenken an diese für die Stadt so schrecklichen Tage erhielt die katholische Kirche durch die sogenannte Dollentagsprocession bis auf die neueste Zeit.[1]

Veranlassung zu einem so plötzlichen Abzuge gab jedoch nicht nur der muthige, seines Erfolges gewisse Commandant der kleinen Stadt, sondern vor allem der zum Entsatze heranrückende Oberst Anholt, der Tags darauf mit 17 Compagnien zu Gesecke anlangte. Christian dagegen, welcher bei seinem Rückzuge nicht weit von Lippstadt zwei große Flecken, Westerkotten und Erste und einige benachbarte adlige Meierhöfe durch seinen Brandmeister Capitän David in Asche legen ließ, warf von Neuem eine

1) Den 11. April als Tag des Abzugs nennt der Bericht des Kgl. Haupt- und Staatsarchivs in Dresden; andere Nachrichten haben den 12. April überliefert, so eine lat. Chronik von Gesecke bei Seibertz, Qu. z. der Westfälischen Geschichte I. 452.

größere Truppenmacht nach Paderborn und setzte sich unter argen Verheerungen auch wider in den Besitz der warburger Börde, wo sich nur Warburg selbst durch den Hauptmann Otto von Blanckhardt gegen die Braunschweiger behauptete.

Die Truppenanzahl, über welche der Herzog in dieser Zeit gebot, schätzte man auf 30 Compagnien Reiter und 6,000 M. Fußvolk; dazu erwartete er noch ein Regiment Fußvolk von 2,000 M., welche ihm dem Gerücht zu Folge ein Herzog von Sachsen-Lauenburg zuführen sollte. Diese Zahlen hat natürlich das Gerücht noch erhöht, so daß z. B. der Administrator von Magdeburg Ende Februar dem Kurfürsten von Sachsen die Meldung machte, Herzog Christian stehe an der Spitze von 30,000 M. Die Sorge für die Bewaffnung und wenigstens zum Theil auch für die Löhnung dieser Truppen hatten die Generalstaaten übernommen. Bei dem zur Grafschaft Ravensberg gehörigen Flecken Vlothow an der Weser legten Schiffer an, welche Munition und Gewehre aus Holland überbrachten.

Nicht nur das Stift Paderborn hatte jedoch einen großen Theil der Kosten für die Rüstungen des Bischofs zu bestreiten, sondern auch aus dem Münsterlande wurde ein nicht unbeträchtlicher Betrag beigetrieben. Schon im Januar 1622 hatte das Stift 30,000 Thlr. zahlen müssen, und der Revers, welchen es dafür erhielt, gewährte ihm trotzdem keine Sicherheit. Die Aemter Stromberg und Wolbeck konnten sich Christians Schaaren nicht erwehren. Vornehmlich war es jedoch der Oberst v. Fleckenstein, dessen Mannschaften den Dörfern des Münsterlandes, wie Herbern, Steinfurt, Oelde, Ostbevern, Telgte, Westbevern, Vadrup, Greven u. a. schweren Schaden zufügten. Er sowie der Graf von Löwenstein und Oberst Carpenzon warben in den nördlichen Districten Westfalens jeder 1,000 Pferde. Zu ihnen stieß später noch ein Oberstlieutnant Pfäffgen mit 500 Pferden aus den Niederlanden. Sie nahmen außer im Bisthum Münster auch im Ravensbergischen und Osnabrückischen Quartier und schonten weder Evangelische noch Katholische. Die Reiter machten sich meist in ihren Musterplätzen durch Raub der Pferde erst beritten. In Greven wurde am 15. April 1622 alles preis gemacht; zuletzt gieng das Dorf in Flammen auf, und selbst die Kirche blieb nicht verschont.

Trotz der bedrohlichen Nähe des Herzogs hatte endlich die münsterische Landschaft ihrem Landesherrn, dem Kurfürsten von Köln, eine doppelte

Kirchspielsschatzung verwilligt, als Christian am 7./17. April die münsterischen Räthe wissen ließ, daß er in diesem Falle eine dreifache Contribution nehmen und das Stift endlich in Brand stecken werde. Wenige Tage darauf verlangte er von Lippe aus eine der Bewilligung an den Kurfürsten von Köln gleiche Summe unter noch verstärkten Drohungen. Und darauf brach er denn endlich in der zweiten Hälfte des Monats April, da sich die münsterischen Räthe wahrscheinlich zu nichts mehr hatten verstehen wollen, ins Stift ein und brachte das furchtbare Mittel der Brandstiftung widerum in Anwendung. Nun willigte die münsterische Regierung abermals in eine Contribution von 10,000 Thalern. Schon streifte die leichte braunschweigische Vorhut bis unmittelbar vor Münster, deren Vorstadt Mauriz der Brandstiftung eben so wenig entgieng. Ein aus der Gegend gebürtiger Führer, Namens Lautermann, zog an ihrer Spitze mit einer aus der Kirche zu Hiltrup geraubten Priestercasul hoch zu Roß einher.

Am 28. April, dem Tage des neuen Vergleichs mit der münsterischen Regierung, stand Christian zu Mindenhorst und drohte abermals mit Brennen, wenn man nicht bis zur nächsten Mittwoch die ganze geforderte Summe in Lippstadt abgeliefert habe. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dies jedoch geschehen; denn unmittelbar darauf erfolgte der Rückzug nach Lippstadt, auf welchem sich hier und da die Landleute an einzelnen Corps für die erlittenen Verwüstungen schadlos hielten.

Eine andere Absicht, welche Christian durch sein längeres Verweilen in Westfalen zu erreichen gedachte, wurde trotz des günstigen Fortgangs seiner Rüstungen verfehlt. Es war ihm offenbar auch darum zu thun, dem Landgrafen Moriz den Entschluß, aus der Neutralität in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, zu erleichtern. Und es schien in den ersten Monaten des Jahres 1622 wirklich so, als ob der Landgraf endlich losschlagen werde. Der immer deutlicher hervortretende Plan, die pfälzische Kur an Baiern zu übertragen, der plötzliche Ueberfall bei Rheinfels, die Plünderung hessischer Dörfer durch tillysche und anholtische Schaaren, die Furcht vor weiteren Forderungen der Papisten, denen Moriz bereits mit Widerstreben nachgegeben hatte, und vor allem die Leidenschaftlichkeit seines leicht erregbaren Gemüths drängten ihn sichtlich mehr in die Reihen der bewaffneten Gegner des habsburgischen Hauses. Zu Beginn des Jahres 1622 mahnte er von Neuem bei Kursachsen und Brandenburg, sowie an den thüringischen Höfen und bei Friedrich Ulrich und seiner Mutter, den Kampf mit vereinten Kräften aufzunehmen. Seine Ritterschaft trat unter die Waffen, die Grenzen wurden besetzt; Herzog Wilhelm von Weimar

wurde der Durchmarsch durch Hessen zugesagt, von Wolfenbüttel erhielt Moriz eine wenn auch wol etwas zweifelhafte Zusicherung eines Hilfscorps von 8,000 M.[1] Herzog Christian wurde daher von Moriz ein ziemlich bündiges Versprechen, daß die Kurhessen sich mit ihm vereinigen würden, gewährt. Allein bei diesen Vorbereitungen hatte es auch sein Bewenden. Ritterschaft und Stände waren nicht geneigt die Gefahren des Kriegs auf sich zu nehmen: in der eifersüchtigen Wahrnehmung ihrer ständischen Rechte gegenüber einem neuerungssüchtigen, von Character wenig zuverlässigen Fürsten überkam sie das deutliche Gefühl, daß selbst durch einen Sieg der protestantischen Waffen für sie nichts zu gewinnen sei. Demnach beschloß der Landtag auch wirklich am 5. März die volle Neutralität, und der Oberst Anholt ertheilte darauf einen beruhigenden Revers. Nun sagte man Christian von Braunschweig die versprochene Vereinigung wider auf; und als sich Wilhelm von Weimar mit seinen Schaaren in Treffurt zeigte, wurde er nicht durchgelassen.

Allein die Besetzung der beiden Bisthümer scheint nicht nur ein Glied eines strategischen Planes gebildet zu haben; sie war vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach in den Augen derer, welche sie veranlaßten, auch von höchster politischer Wichtigkeit. Wie es scheint, verfolgte Moriz von Oranien, der doch wol als intellectueller Urheber dieses ganzen Zuges anzusehen ist, mit demselben den Plan, Christian IV. nun wirklich auf den Kampfplatz zu bringen. Die westfälischen Bisthümer sollten die Lockspeise bilden, durch welche man den König aus seiner Neutralität hervorzuziehen und zu einer thatkräftigen Theilnahme am Kriege zu bewegen gedachte. Ein solches Eingreifen Dänemarks wäre zu einer Zeit, wo Friedrich von der Pfalz wider persönlich Theil an dem Kampfe nahm, von höchster, vielleicht entscheidender Wichtigkeit gewesen.

---

1) Christian schreibt am 28. Mai 1622 von Fache (Bacha) aus an Moriz: ...alß solte E. L. vorkommen sein, das vnß ganz sehr hette befrembtet, Weil E. L. gesandter der Amptman zue Epstein nicht discursive, sondern crafft habender instruction vnter andern die Conjunction Dero geworbenen Kriegsvolcks zue Roß vndt fueße unß in nahmen E. L. offeriret vnd anerbotten, daß sie dannoch hernacher gegen vnsern Canzlär, den wier vornemblich ahn E. L. dieserwegen abgefertiget, sich ganz anders ercleret, wie daß die ihme gegebene Schrifftliche resolutio außführet. Copie im Königl. Archiv zu Kassel.

Schon einmal hatte man den König durch ähnliche Anerbietungen in die Waffen zu bringen versucht. Als die niederländische Cavallerie Ende October 1620 nach Hause gerufen wurde, ließ Rusdorf Moriz von Oranien den Vorschlag machen, sie in die Bisthümer Münster und Paderborn zu werfen, um noch vor dem Ende des Waffenstillstands mit Spanien einen bequemen Paß nach Deutschland zu gewinnen und dem Herzoge von Braunschweig einen Musterplatz zu gewähren, von dem aus er „Volk heraus und hinab ins Niederland ohne allen Widerstand und Gefahr führen könnte." Um aber den König nicht argwöhnisch zu machen, sollte man ihm von Seiten der Staaten erklären, „daß man vielmehr J. M. als jemand andern vornehmlich wegen habender rechtmäßiger Prätension und Anspruch zu denselben zu verhelfen und Deroselben zum Besten alles dieses Procedere vorzunehmen und keineswegs J. M. Recht zu entziehen gewillt wäre." Nur bis der König selbst sich der Fürstenthümer bemächtigt haben würde, wollte man sie besetzen. Auf diese Weise glaubte Rusdorf ihn ganz sicher der Union zuzuführen und setzte dabei seine Hoffnung auch auf Brandenburg, welches ja allerdings Jülichs halber ein hohes Interesse an derartigen Plänen hatte.[1]

Wenn wir genauere Nachrichten über den Convent von Segeberg (März 1621) besäßen, würde es sich zeigen, ob die Generalstaaten auch damals dieses Mittel bei Christian IV. wirken ließen. In der Umgebung des Herzogs von Braunschweig aber hielt man es noch im Beginn des Jahres 1622, unmittelbar nachdem sich Christian Soests bemächtigt hatte, für zweckentsprechend und wirksam.

Nach der Besetzung von Soest und Paderborn sandte der Bischof seinen Vertrauten Julius Adolf v. Wietersheim zum Könige und ließ zunächst um Entschuldigung bitten, daß er ohne sein Vorwissen sich in „diese Chargie" eingelassen habe. Außerdem aber sollte Wietersheim den König selbst sondieren und ihm geradezu das Bisthum Paderborn anbieten. „So hat uns dennoch Gott — so ließ sich der Bischof vernehmen — einen andern Weg gezeiget, dergestalt daß Wir Uns nach der Lippstadt retirieret, dieselbe wie auch die Stadt Soest mit Gewalt erobert, das ganze Stift Münster wie auch das Bischofthum Paderborn unter unsere

1) Siehe das Schreiben Rusdorfs an den Pfalzgrafen aus dem Feldlager der Union vom 17./27. October 1620. Londorp, Acta publica II. S. 1253 flgde. Vgl. hierzu auch den Bericht Carletons an Naunton vom 6. Dec. 1620. Lettres, III. 414.

Contribution gesetzt, die Hauptstadt Paderborn mit unsern Soldaten besetzt. Und wie Wir nun solches Bischofthum niemand lieber als Ihrer Kön. Maj. gönnen, als wollten Wir es deroselben, ob Gott will, bald auftragen und praesentiren lassen; zweifeln nicht Ihre Kön. Maj. hieraus Unsere söhnliche, unterthänigste Affection verspüren und Uns zu dero starken Manutenenz wider Unsere Widerwärtige anbefohlen sein lassen wolle. Wir sein begierig, und ist Unser höchster Wunsch für Ihr Majestät bis auf den letzten Blutstropfen zu fechten."[1]

Da Wietersheim den König nicht persönlich antraf, ließ er seine Instruction versiegelt zurück, die am 19. Febr. von Christian IV. erbrochen wurde. Was dieser auf den Vorschlag seines Neffen geantwortet hat, ist bis jetzt nicht bekannt. Daß er ihm jedoch nicht zugestimmt hat, können wir aus anderen Verhandlungen mit Sicherheit schließen. Gerade einen Monat nachdem Christian IV. jener Vorschlag gemacht worden war, suchte ihn auch Camerarius im Auftrage Friedrichs von der Pfalz wider auf. Allein alle seine Bemühungen, auch nur eine Geldunterstützung von dem Könige herauszupressen, waren vergeblich. Christian wußte, daß eine kaiserliche Gesandtschaft nach England unterwegs sei, er fühlte sich außerdem von Jacob I. persönlich zurückgesetzt. Nur wenn der König von England, der niedersächsische Kreis und Andere sich „besser als vor diesem erzeigen würden, wollte es der König bei seinem Entschluß vom vorigen Jahre bewenden lassen."[2] Unter den obwaltenden Verhältnissen hielt er jedoch in voller Uebereinstimmung mit dem niedersächsischen Kreise eine baldige und möglichst vollständige Entwaffnung für das einzige Mittel, der täglich wachsenden Macht des Hauses Habsburg mit Erfolg Abbruch zu thun. Er ertheilte daher Camerarius auch nur das Versprechen, durch besondere Gesandtschaften bei Oestreich und Kursachsen Friedrichs Aussöhnung und damit den Frieden zu betreiben.

---

1) Kgl. Geheimes Archiv in Kopenhagen.

2) Vgl. Camerarius' Briefe an Friedrich von der Pfalz. Hamburg $\frac{25. \text{März}}{4. \text{April}}$, Hamburg, 10./20. April; Bremen, 26. April. Londorp II. (1630) S. 1256—1259. Diese Briefe nebst dem oben erwähnten Schreiben Rusdorfs sind auch besonders gedruckt in der Schrift: Vmbständiger Bericht vnd | Relationes | Etlicher gewester Chur- | pfaltz geheimber vertrawtister | Räth. | .... Getruckt im Jahr 1624. | 4. 16 Bll.

Am 5./15. Mai erschien Christian von Neuem in Paderborn, zog aber bereits am folgenden Tage wider ab. Er hatte Befehl erhalten nach der Pfalz aufzubrechen.[1] In der Nähe von Höxter sammelten sich seine Truppen und wurden darauf über die Weser geführt. Bis hierher folgten ihnen auch die Schaaren Anholts. Als sie jedoch die Weserbrücke nicht mehr vorfanden, wandten sie sich abermals ins Bisthum Paderborn, überzogen darauf auch das Stift Münster, wo die Städte so gern neutral geblieben wären, und erzwangen sich daselbst Aufnahme.[2] Bis in den Anfang August des Jahres 1623, wo er zu Tilly's Unterstützung aufbrach, hielt Anholt das Münsterland besetzt, dessen Städte den von ihnen verabscheuten Schutz durch ihren finanziellen Ruin und den Verlust aller ihrer Privilegien erkauften.

Christians Zug nach dem Main und seine Niederlage bei Höchst.

Der Herzog von Braunschweig hatte jedenfalls die Aufgabe, nach Ueberschreitung des Mains sich mit Mansfeld oder mit dem Markgrafen von Baden zu vereinigen.[3] Gesandte der Stadt Höxter, welche in den ersten Tagen des Mai zu Brakel waren, um den Durchzug von ihrer Stadt abzuwenden, trafen hier einen Herrn v. Fleckenstein als badischen Abgesandten.

In der ersten Woche des Mai a. St. erfolgte der Aufbruch aus dem Stift Paderborn nach dem Eichsfelde. Schon am 8. Mai erwartete man die Braunschweigischen im Stift Corvei: Christian selbst hatte bereits an diesem Tage mit Fleckenstein sein Quartier in Höxter. Am 10. führte er seine Truppen auf einer Schiffbrücke bei Bovenden über die Weser und bezog in den Aemtern Holzminden und Erichsburg Quartiere. Von hier aus

---

1) Mittendorff a. a. O. S. 27.

2) Das Nähere ist bei Tophoff, S. 131—159 nachzulesen.

3) Dieser Befehl scheint auch oder vielleicht nur von Moriz von Oranien ausgegangen zu sein. Sehr bemerkenswerth hierfür ist die Stelle in Capellen, Gedenkschriften I. 34: „Daer wordt van den Coninck, uyt Hollande sceidende, instantie gedaen by den Prints van Orangien, dat Vurst Christiaen van Brunswyck met syne troupes mochte naer den Palts trecken, ende schynt, dat de Prints daer toe sich declareerde, om den Coninck eerder ende met meerder asseurantie te doen vertrecken, dan is naederhant in deliberatie geleit, dat't versoeck van Vurst Christiaen noch niet nodigh is."

zog er sich südwärts in sehr langsamen Märschen die Weser und die Werra entlang. Den Paß durch das Braunschweigische hatte ihm sein Bruder schon früher gestattet.

Sämtliche lüneburgische Fürsten hielten in diesen Tagen mit Friedrich Ulrich eine Zusammenkunft in Herzberg, auf welcher sie auch über ihr Verhalten gegen den herannahenden Stammesvetter berathschlagten. Auch Landgraf Moriz hatte eine Einladung allein freilich zu spät erhalten.

Am 16. Mai treffen wir den Herzog Christian in Katelenburg. Von hier aus ließ er den in seinem Bisthum für ihn geworbenen Mannschaften den Befehl zugehen sich ungesäumt auf dem Eichsfelde mit ihm zu vereinigen. Und in der That zog ihm auch um diese Zeit eine Truppe von etwa 1,000 Mann über den Harz durch das Hohensteinische zu.

Der Herzog war bemüht einen Theil der erheblichen Kosten seines Aufzugs die Landschaften tragen zu lassen, welche er berührte. Zu diesem Zwecke schloß er mit den Landständen des Eichsfeldes einen Vertrag auf 100,000 Thlr. (17./27. Mai), von denen 20,000 Thlr. sofort, 80,000 Thlr. innerhalb zweier Monate zu Frankfurt gezahlt werden sollten. Von den letzteren waren 18,000 Thlr. einem antwerpener Waffenlieferanten Gruell angewiesen. Allein weder diese Summe noch die übrigen 62,000 Thlr. scheinen jemals entrichtet worden zu sein.[1]

In ähnlicher Weise suchte Christian wol oder übel auch von der Stadt Mühlhausen eine Beisteuer von 200,000 Reichsthalern zu erheben.[2] Der Rath war anfangs nicht abgeneigt sich durch eine Abschlagszahlung mit dem Bischofe abzufinden, allein der kursächsische Oberst Ködderitz, welcher sich in der Stadt befand, hat es verhindert.

Auch Mühlhausen war übrigens gerüstet: die Mauern und Wälle in und vor der Stadt waren besetzt, und sogar Cavallerie und zwar 70 Pferde aus der Stadt und eben so viel aus den Dörfern, nach einer andern Nachricht sogar 200 aufgeboten. Die Infanterie war, die Geworbenen eingerechnet, 700 Mann stark, sowol Musketiere als Pikeniere.

Es scheint dem kursächsischen Obersten Mühe gekostet zu haben, die Stadt auf den Standpunkt des Kurfürsten hinüberzuziehen. „Es ist allhier alles ein desolat Werk gewesen und eine grobe, ungehorsame Art von

1) Christians Mahnschreiben in Wolf, Eichsfeldisches Urkundenbuch Saec. XVII. S. 225—235.

2) Christians Schreiben an den Rath Katlenburg d. d. 18. Mai. Rathsarchiv in Mühlhausen.

Leuten; jedoch sagen sie, sie danken nunmehr Gott, daß ihnen ihre Blindheit und Mangel offenbart und gezeigt sind, wollen fürderhin E. K. G. um Rath bitten," meldete Köddericz seinem in Langensalza befindlichen Herrn. Geradezu den Spott des sächsischen Offiziers forderte die reichsstädtische Cavallerie heraus; sie war der Art, daß sie seinem Kurfürsten „in einer fröhlichen Fastnacht ein gut Lachen hätte verursachen können." Der Kurfürst übersendete jedoch nicht nur selbst das Concept für die dem Herzoge zu ertheilende abschlägliche Antwort, sondern fügte dem am andern Tage sogar Drohungen hinzu. Er hatte der Stadt das Versprechen seines Schutzes als Erbschutzherr gegeben und widerrieth ihr deshalb sich mit dem Braunschweiger auf etwas einzulassen —, widrigen Falls er sich gegen die Stadt also bezeigen werde, daß es ihr nicht „fürträglich oder lieb sein möchte." [1]

Johann Georg selbst hatte nicht verabsäumt durch Besetzung der Pässe in Langensalza und Umgegend, vor allen der Landwehr, welche Mühlhausen gegen das Eichsfeld schützt, Christian das Eindringen in den obersächsischen Kreis zu wehren. Nicht weniger als 10 Fähnlein Fußvolk waren an sechs Pässe der Landwehr, zu denen 12 Dörfer gehörten, vertheilt. Der Herzog zog von dem sächsischen Commandierenden Kraft v. Bodenhausen Erkundigungen ein, ob er Befehl habe, den Braunschweigern beim Durchmarsch feindlich entgegenzutreten, was dieser ohne Weiteres bejahte. Trotzdem ließ Christian durch seinen Rittmeister Heinrich Julius v. Wietersheim einige Tage darauf (am 22. Mai) geradezu um den Paß durch die Landwehr nach Mühlhausen zu nachsuchen. Der Kurfürst schlug ihm natürlich sein Begehren ab und ermahnte ihn nochmals in die Fußstapfen seines Vaters zu treten, „sonst möchte dies Wesen ein böses Ende gewinnen." Johann Georg hätte übrigens gar zu gern sein Kriegsglück gegen den jugendlichen Heerführer auf die Probe gestellt. Nach einer Mittheilung an den Markgrafen Christian von Culmbach hätte er seinen Entschluß ins Werk gesetzt, „wenn er sich nur einiger Assistenz zu versehen gehabt hätte." [2]

---

1) Schreiben des Kurfürsten an den Rath vom 20. und 21. Mai. Rathsarchiv zu Mühlhausen.

2) Diese Kursachsen betreffenden Nachrichten stammen aus dem Königl. Sächs. Haupt- und Staatsarchiv zu Dresden. Neuntes Buch. Kriegswesen im Reich 9196. Vgl. außerdem Beyer, Kurfürst Joh. Georgs Kriegszug in Thüringen gegen Herzog Christian von Braunschweig in Ledebur, Allg. Archiv IV. 289 ff.

Die Stadt Mühlhausen gab übrigens dem Kurfürsten ihre Dankbarkeit durch die That zu erkennen. Sie verehrte ihm anderthalb Fuder spanischen und rheinischen Wein und einen schlechten Pokal mit nominell 15,000 Reichsthalern, von denen der Pokal freilich in der That nur 3,000 Rthlr. in Gold enthielt. Die fehlende Summe versprach man in der Zukunft nachzuliefern.[1]

Von freien Stücken hatte sich, wahrscheinlich zu Höxter, vor Beginn des Marsches der Landgraf Moriz durch seinen Amtmann zu Epstein, Hyppolitus v. Castiglioni, gegen Christian und den Obersten Kniphausen zur vollen Vereinigung aller seiner Streitkräfte mit den braunschweigischen erboten. Noch am 18. Mai ließ Moriz dergleichen Anträge, obwol vielleicht nur um den Marsch des Herzogs von Hersfeld ab nach Fulda zu richten, seinem Geschäftsträger zur Uebermittelung an den Herzog zugehen. Allein als nun der Kanzler Wietersheim bei dem unstäten Fürsten, der die richtige Zeit des Handelns gewöhnlich ungenützt verstreichen ließ, die wirkliche Ausführung dieses Erbietens nachsuchte, bestrebte er sich vielmehr den Herzog so bald als möglich aus dem Bereiche seines Fürstenthums zu entfernen.[2] Er meldete ihm (am 22. Mai) das Gerücht von dem aus Böhmen zu Tilly's Verstärkung herannahenden neapolitanischen Volke in der ausgesprochenen Hoffnung, daß Christian seinen Marsch möglichst beschleunigen werde. Vergebens führte ihm dieser zu Gemüth, daß ihm bei einem Siege der Katholischen seine Neutralität wenig nützen werde, da sie seinen zahlreichen Handlungen zu Gunsten des gemeinen Besten doch allzu sehr widerspreche. — Es ist nun möglich, daß Moriz die trostlose Lage der innern Verhältnisse seines Landes am meisten zurückgehalten hat. Doch scheint auch Johann Georg bei einer persönlichen Begegnung mit dem Landgrafen seinen Einfluß gegen die beabsichtigte Verbindung mit Christian geltend gemacht zu haben,[3] von welcher ihn übrigens außerdem die Furcht vor einem Einbruche des Grafen Anholt und, nachdem dieser erfolgt war, vor einem Zusammenstoß beider Armeen zurückgehalten hat. So hat denn Moriz, trotzdem daß er 10,000 M. Landrettungs-

1) Schreiben des Raths an den Kurfürsten vom 1. Juni. Rathsarchiv zu Mühlhausen. Diese und einige der vorausgehenden Notizen verdanke ich der Güte des Herrn Dr. Herquet in Mühlhausen.

2) Schreiben Christians an Moriz. Bacha den 28. Mai 1622. Kgl. Archiv in Kassel.

3) Rommel VII. 426 Anm.

truppen hatte, dem Herzoge nur den Durchzug gestattet, den er nicht hindern konnte. Zum 26. Mai bestellte Wietersheim Quartier zu Vacha. Als jedoch der Braunschweiger in Vacha erschien, vermied der Landgraf ein persönliches Zusammentreffen und begab sich nach Hersfeld, welches sein Sohn als Administrator verwaltete.

Mit diesem Marsche bedrohte Christian auch die Bisthümer Wirzburg und Bamberg, die indessen durch die Ankunft neuer spanischer und italienischer Regimenter bald hinreichend gesichert wurden. Das trotzig-sarkastische Schreiben des bischöflichen Generals an seinen geistlichen Bruder in Bamberg, in welchem er ihn aufforderte seine Truppen aus der Unterpfalz zurückzuziehen und erinnerte, daß ihm „als einem Seelenhüter vielmehr gebühren wollte, die irrende Schäflein mit einer lieblichen Stimme, das ist durch friedliche Mittel, auf den rechten Weg zu bringen, als mit Feuer und Schwert zu verfolgen und die Haut gar über die Ohren zu ziehen, welches vielmehr impostoris quam pastoris Verrichtung ist," verfehlte seine Wirkung.[1] Nach mehrtägigem Aufenthalte in Vacha wendete sich der Herzog gegen Fulda, dessen Abt er gleichfalls mit einer Ranzion von 40,000 Thlrn. bedacht hatte. Allein sein plötzlicher Aufbruch kam einer Nachricht zu Folge dem bestürzten Geistlichen zu Statten.[2]

Diese geringe Eile, mit welcher der Herzog, trotzdem daß er von den Schicksalen der badischen und der mansfeldischen Armee Kenntniß haben mußte, seinen Uebergang über den Main zu bewerkstelligen suchte, ist auffallend. Nach einer französischen Mittheilung aus Frankfurt erwartete er gar erst den besondern Befehl des Pfalzgrafen, zu dem er deswegen einen Boten sendete, der am 27. Mai Frankfurt passierte. Dieser Berichterstatter stellt die Absicht des Herzogs nach der Pfalz zu ziehen überhaupt als zweifelhaft hin. Nach seinem Bericht konnte er über das Ziel seines Marsches ganz selbständig entscheiden. Diese Nachricht ist indessen, wenn man sie auch noch auf die letzte Zeit bezieht, jedenfalls unrichtig, denn drei Tage vor der Schlacht von Höchst wartete der Kurfürst von der Pfalz in Mannheim des Herzogs und seines Heeres sehnlichst.[3] Der Haupt-

1) Khevenhiller IX. 1682

2) Bellus, Oesterreichischer Lorbeerkranz S. 658.

3) v. Aretin, Beyträge VII. 184. Die Nachricht, welche sich bei Capellen, Gedenkschriften I. 55 findet, ist daher schwerlich richtig: Middeler wyle marcheerde Vurst Christiaen om ergens over de Main te komen, ende worden van den Coninck ende Mansvelt geraden, aengesien sy hem niet en konden secondeeren, om over de riviere te komen, dat hy sich weder keeren soude

grund, welcher den Marſch des Herzogs lähmte, wird indeſſen doch wol in den brüſſeler Waffenſtillſtandsverhandlungen, durch welche König Jacob die Waffenentſcheidung gänzlich zu vermeiden hoffte, zu ſuchen ſein. Gerade in jenen Tagen handelte es ſich darum Tilly zu gewinnen. —

Ueber die Stärke der Braunſchweiger weichen die Berichte in ſchwer auszugleichender Weiſe ab. Einem Quartierzettel zu Folge beſtand die ganze Armee aus 6,800 Pferden und 8,000 M. Infanterie, — Zahlen, die auffallend niedrig erſcheinen. Die bei Langenſalza ſtehenden Sachſen ſchätzten ſie gar nur auf etwa 3 Regimenter Infanterie, von denen das ſtärkſte 2,000 M. zählte, und 3,500 Pferde nebſt 14 Feldſtücken. Der Cavallerie mangelte es an der nöthigen Ausrüſtung gar ſehr. Dieſen Angaben entgegen bezifferte Chriſtian ſelbſt in einem Lieferungsbefehle an den Bürgermeiſter von Treffurt ſeine Truppen zu hoch: er gab ihre Stärke auf 25,000 M. an.

Tilly mußte natürlich alles daran gelegen ſein, die Verbindung der beiden proteſtantiſchen Heere Mansfelds und Braunſchweigs zu verhindern und dieſelben möglichſt getrennt zum Schlagen zu bringen.[1] Nachdem er eine Vereinigung mit Cordova, der bei Stein den Rhein überſchreiten ſollte, verabredet hatte, bedrohte er zu dieſem Zwecke Mannheim. Mansfeld war von Darmſtadt nach Dieburg aufgebrochen, machte aber auf dieſe Kunde wol mehr aus Beſorgniß für Hagenau, welches er in dieſer Zeit als ein ihm gehöriges Gebiet betrachtete, als für Mannheim Kehrt (30. Mai). An demſelben Tage ſtanden die Braunſchweiger bereits ſüdlich von Bacha! Mit ſeiner Nachhut gerieth Mansfeld jedoch in den Bereich der Feinde, welche ihm in einem Walde bei Lorſch abermals einen nicht unbeträchtlichen Verluſt beibrachten. Die Bravour des Pfälzers Obentraut bewahrte ihn vor noch empfindlicherer Niederlage.

Und hierauf wendete ſich Tilly ſofort ſeinem andern, unvorſichtigeren, zu jedem heroiſchen Wagniß geneigten Gegner wider zu. Um dieſe Zeit war von Neuem ein engliſcher Botſchafter, Chicheſter, in der Pfalz angelangt. Er brachte Geldunterſtützungen und ſollte außerdem Friedrich und ſeine hauptſächlichſten Anhänger ſo wie auch Tilly für die brüſſeler

---

nae't lant te Wirtsburg, ende sich sterken onderwegens't beste hy konde; dat des Conincks leger aldaer by hem komen soude, soo haest de vyant quame op te breken. De Vurst ter contrarye resolveert den Main to passeeren, treckt daerom Francfort verby ende versekert sich van Hoest.....

1) Klopp, Tilly I. 147.

Verhandlungen gewinnen. Bei den Niederlagen, welche die pfälzischen Streitkräfte seit dem Widerausbruche des Kampfes erlitten hatten, war es in der That sehr wichtig wenigstens dem äußersten Ruin zuvorzukommen. Zwei Tage vor der Schlacht bei Höchst ist Tilly im Auftrage der Infantin der Befehl mitgetheilt worden, sich weiterer Feindseligkeiten zu enthalten. Er ist demselben unter dem Vorgeben, daß er nur von Maximilian und vom Kaiser Befehle entgegen nehmen könne, nicht nachgekommen.[1]

Tilly hatte sich allmälig Christian von Braunschweig genähert, der am 5. Juni sich des Städtchens Ursel bemächtigte und Kniphausen auf Höchst entsendete. Erst am folgenden Tage, nachdem Kniphausen Verstärkungen an sich gezogen hatte, ergab sich die Stadt, deren Bewohner fast sämtlich das Weite gesucht hatten. Christian selbst zog am 7. Juni in Höchst ein. Kniphausen hatte zugleich den Auftrag eine Schiffbrücke zum Uebersetzen des Heeres zu bauen. Sie wurde erst am 10. Juni früh vollendet, da das Material schwer zu beschaffen war, und die Stadt Frankfurt erst zuletzt sich entschloß, „dem Feinde eine goldene Brücke zu bauen." Die Spanier hatten unterdessen mit Anholt bei Aschaffenburg den Main überschritten, und so marschierten denn Tilly, Anholt und Cordova nach ihrer am 5./15. Juni erfolgten Vereinigung zwischen Hanau und Frankfurt heran. Auch die kaiserlichen Unterstützungen, welche der General Thomas Caracciolo aus Böhmen heranführte, waren zu dem katholischen Heere gestoßen. Seine Stärke wird nun auf mehr als 26,000 M. angegeben: es bestand aus 15 Regimentern Infanterie, 140 Compagnien Reitern und 18 Geschützen. Am 9./19. Juni[2] erreichte es die Umgebung von Höchst, bevor die Braunschweiger mit ihren Vorbereitungen zum Uebersetzen fertig waren. Ohne Kampf konnte demnach der Uebergang am folgenden Tage nicht bewerkstelligt werden.

Die Schlachtschilderungen, welche bis jetzt vorliegen, sind einander so widersprechend, daß eine derbe Dreistigkeit dazu gehören würde, ein

---

1) Friedrich von d. Pfalz an seine Gemahlin. Mannheim 11./21. Juni 1622. Heilmann, Kriegsgeschichte II, 1. 140.

2) Nach dem Theatrum Europäum lagern sich die Katholischen am 9. Juni diesseit der Nidda. Am folgenden Tage, 10./20. Juni, kommt es zum Kampfe. Damit stimmt Khevenhiller IX. 1686 und der gleich anzuführende gleichzeitige katholische Bericht überein. Die meisten Neueren, Du Jarrys I. 113, Mittendorf 31, Klopp, Tilly I. 149, Uetterodt 453, geben ohne jede Begründung den 9./19. Juni als Schlachttag an. Hier hat Hurter IX. 127 einmal das Richtige. Die Angaben bei Du Jarrys sind ganz werthlos.

Bild von dem Gange des Kampfes zu entwerfen.[1] Wie es scheint, drehte er sich lange Zeit um die Vertheidigung eines Dorfes, welches die Braunschweiger verschanzt hatten. Es wurde von dem Oberstwachtmeister Francesco de Magni, der zu einem bairischen Regiment Schmid gehörte, nach tapferster Vertheidigung genommen. Wir vermuthen, daß es das Dorf Sassenheim gewesen ist. Darauf ließen die Katholischen zwei Regimenter rechts von diesem Puncte aufmarschieren, und diese Bewegung hat katholischen Berichten zu Folge das Treffen entschieden. Tilly war dem Herzoge von Braunschweig auch an Artillerie überlegen, welche „wie in einem Triangel" über die ganze Schlachtlinie postiert war und dem ersten Treffen der Braunschweiger viel Schaden that, während von den drei Geschützen der Gegner zwei schon ziemlich früh unbrauchbar gemacht wurden. Trotzdem hielten sich die Braunschweiger mit einer auch von den Gegnern anerkannten Bravour von 10 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends, wo endlich, nachdem Christian bereits früher auf den Rath seiner Umgebung den Befehl zum Rückzuge über den Main gegeben hatte, die Flucht allgemein wurde. Da Tilly seinem geschlagenen Gegner erst nach zwei Stunden folgte — er hielt die rückgängige Bewegung anfangs für eine Kriegslist — ist der Rückzug schwerlich, wenigstens im Anfange, so ganz regel- und ordnungslos gewesen, wie einige gegnerische Berichte behaupten.

Mit 5 Cornet Reitern gieng der Herzog an einer seichten Stelle selbst über den Main, während auf der Brücke das Gedränge und die Hast der Flüchtenden allmälig großes Unheil verursachten.

Am andern Tage ließ Tilly seinen flüchtigen Gegner schärfer durch Croaten verfolgen: sie hieben noch viele Nachzügler nieder und machten reiche Beute. Von höheren Befehlshabern fanden auch ein Graf Casimir von Löwenstein und Oberstlieutnant Köchler (Kechler, Kehler) ihren Tod,

1) Das Theatrum Europäum I. 632 erzählt vorzugsweise nach dem Berichte, welcher sich in der frankfurter Herbstmeßrelation befindet (Relationis historicae semestralis continvatio, Jacobi Franci Historische Beschreibung .. Durch Sigismundum Latomum, alias Meurer, Francum, verlegt vnnd continuirt. Getruckt zu Franckfurt am Mayn, im Jahr Christi, M. DC. XXII. S. 35 ff.) Khevenhiller IX. 1685 ff. folgt dagegen im Wesentlichen einem andern ebenfalls gleichzeitigen Bericht, der unter folgendem Titel besonders gedruckt worden ist: Warhafftige Zeuttung der Glücklichen vnd Sigreichen erhaltenen Victori, so der Röm: Kay: May: wie auch der Fürstl: Durchl: in Bayern, Armaden, ... bey ... Höchst, erhalten .... Also Relationiret An die Röm: Kay: May: von dem Herrn Generaln Tylli, durch den Herrn Francesco de Magni, des Schmidischen Regiments Obristen Wachtmeistern ... Gedruckt im Jahr, 1622. 4. 4 Bll.

und zwar der erste gleichfalls in den Fluthen des Mains; Oberstlieutnant Frenk wurde gefangen. „Und weil die Holländer alle Jahr so viel dürre Stockfisch uns hinauf schicken, haben wir ihnen zur Danksagung eine gute Anzahl der dicken, feisten braunschweigischen Blateisen in die Weich gelegt und den Main hinabgeschickt" — so frohlockt ein katholischer Theilnehmer an diesem Kampfe über diejenigen, welche in den Fluthen des Mains ihr Grab fanden. Im Uebrigen schrieben auch die Gegner ihren Sieg vornehmlich auf Rechnung dreifacher Ueberlegenheit.

Schon hier nimmt übrigens der Kampf jene persönliche Leidenschaftlichkeit an, welche seine unglücklichen Folgen später so oft ins Maßlose steigerte. Der Herzog von Braunschweig ließ in jenen Tagen eine ziemliche Anzahl Städte und Dörfer, — wir nennen nur Oberursel, Sulzbach, Eschborn, Nidda, Kalbach — niederbrennen. „Diese braunschweigische Brandfüchs, welche vor unsern Augen auf einen Tag drei, vier, fünf, sechs Flecken und Dörfer in die Aschen gelegt, ins Garn oder in Main zu treiben, seind wir abermals mit unser Armee zu dem bairischen Heer gerückt," so erzählt der den Protestanten und ihren Führern besonders gehässige Verfasser der „Ritterthaten" des Grafen v. Mansfeld. Und noch schauerlicher schildert er das Verfahren der braunschweigischen Besatzung in Höchst. „Wie aber diese halberstadtische Brenner nicht allein in Westfalen, sondern allenthalben da sie hinkommen, mit den armen Bauersleuten, mit den Gotteshäusern, Kirchen und Klausen nicht als Menschen, sondern wie die wilde Bären und Säu umgangen seien, ist aus dem, was sie zu Höchst verübt, leicht abzunehmen, daselbst sie alles, was sie lebendig drin gefunden, nidergehaut, einem armen, unwitzigen, närrischen Menschen, so im Antoniterkloster um Gottes Willen ernährt worden, die Nasen und Ohren abgeschnitten, die Augen ausgestochen, folgends gar erschlagen und in den Main geworfen, in der Kirchen nicht einen ganzen Stuhl gelassen, Altär, Bilder, Meßgewand, Fenster umgerissen, zerschnitten, zerworfen und zerbrochen, in den Taufstein eine solche Schande begangen, daß nicht Wunder, die Erde hätte sich aufgemacht und solche Schelmen lebendig verschlickt. Die Totengräber haben sie eröffnet, die Körper aus ihrer christlichen Ruh aus der Erden gezogen, mit den Glatzen und Köpfen in der Kirche gekugelt, ihr Pferd und Huren hineingeführt, daß ich meinestheils, der ich des andern Tags hineingangen, mit andern erkennt, daß keine Tartarn, keine Türken unchristlicher hätten wüten können."[1]

1) Des Mansfelders Ritterthaten, S. 137—141.

Wir sind nicht im Stande diese Schilderung einer kritischen Prüfung zu unterwerfen, durften aber die Beschuldigungen nicht unerwähnt lassen, weil das Gebahren der Braunschweiger die Grausamkeit des tillyschen Kriegsvolks hat rechtfertigen sollen. Als Tilly am Tage nach der Schlacht auch Höchst einnahm, wurden alle Braunschweiger, deren man habhaft werden konnte, niedergemacht. Die Besatzung der Burg drohte sich mit dieser in die Luft zu sprengen, erhielt aber endlich doch noch Quartier. „Weil sie aber zuvor so heftig daselbst tyrannisieret und die armen Weibspersonen und Kinder unverschuldeter Weise niedergehauen, auch einen alten Pfaffen castrieret, hat General Tilly aus Antrieb des Oberstenlieutenants Einatten sie alle niederhauen lassen." 65 Mann Braunschweiger, welche die Baiern im Städtchen Cronberg in ihre Gewalt bekamen, wurden auf freiem Felde hingerichtet. Sengend und plündernd entfernte sich allmälig auch das katholische Heer: Tilly zog auf der Bergstraße nach Süden, Cordova begab sich nach Oppenheim. —

Demnach waren auch diese Pläne so ziemlich mißlungen. Der Herzog von Braunschweig hatte sein auf Kosten westfälischer Bürger und Bauern gerüstetes Heer nicht ohne eine empfindliche Niederlage Mansfeld zuführen können. Unstreitig haben zu der Zögerung, welche bei beiden Heerführern bemerkt wird, die abermaligen unglücklichen Verhandlungen zu Brüssel ein Erhebliches beigetragen. Hatten sie den erwünschten Erfolg, ohne daß beide in die Verträge eingeschlossen wurden, so waren sie genöthigt, ihre Truppen ohne Löhnung zu entlassen und ihre Stellungen aufzugeben. Jacob I. war kein Monarch, von dem sie irgend ein Aequivalent für die Dienste, welche sie seinem Schwiegersohne geleistet hatten, erwarten konnten. Wie sehr hatten daher beide Heerführer Ursache, sich vorzusehen und die möglichen Folgen eines gewagten Schrittes im Voraus in Rechnung zu ziehen. Allein sie sind beide auch persönlicher Fahrlässigkeit beschuldigt worden: Mansfeld, weil er der Hauptaufgabe uneingedenk im Hessendarmstädtischen seine Soldaten gemächlich plündern ließ, Christian, weil er seine Truppen nicht am Abende vor der Schlacht über den Main geführt hat, sondern einer Mahnung seines ritterlichen Heroismus trotz des Widerspruchs aller seiner Obersten zur Unzeit nachgebend dem in jeder Beziehung überlegenen Gegner die Spitze bot.[1]

1) Lord Chichester an Dudley Carleton, Frankenthal 12. Juli 1622. Die Vereinigung ist nicht zu Stande gekommen, weil „their men (die Mansfelder) being come into a country unharrowed by them and full of spoyle, fell to pillage,

Der Verlust der Pfalz.

Tilly's Sieg bei Höchst hatte seinen jugendlichen Gegner keineswegs gänzlich vernichtet: er konnte sich vielmehr noch in ziemlicher Ordnung mit Mansfeld bei Bensheim vereinigen. Darauf wurde in Mannheim Kriegsrath gehalten, in welchem Mansfeld das ganze Obercommando, Christian hingegen die Führung der Reiterei übertragen wurde. Wenige Tage darauf brachen die vereinigten Heeresmassen ins Elsaß gegen Hagenau auf, nachdem der Markgraf von Baden in ziemlich auffallender Weise sich von Friedrich und seinen Vertheidigern getrennt hatte. In ihrer Mitte befand sich auch Friedrich von der Pfalz, welchen der englische Gesandte Chichester vergebens in seinen Erblanden festzuhalten suchte.

Dem König Jacob aber mußte für ein glückliches Gelingen der brüsseler Unterhandlungen viel daran gelegen sein, seinen Schwiegersohn möglichst bald aus der Umgebung dieser hartnäckigsten Feinde des habsburgischen Hauses zu entfernen. Das eifrige Bemühen glückte nicht sofort. Erst am 3./13. Juli trennte sich Friedrich von seinen ungleichen Freunden und begab sich auf Geheiß seines Schwiegervaters nach Sedan.[1]

So waren denn die noch übrigen festen Plätze in der Pfalz Tilly's Schaaren trotz der englischen Sauvegarden Preis gegeben. Es waren Ladenburg, Heidelberg selbst, Mannheim und Frankenthal. Nach der Eroberung des erstgenannten nahte sich Tilly von der Bergstraße her auch der pfälzischen Hauptstadt, vor der er schon in der ersten Juliwoche lagerte Durch Erzherzog Leopold, der sich am 9. August Speiers und

---

and hindred therby the successe of their dessigne, spending the time in which they might have drawne towards the duke, in unprofitable plundering the country, and gave the ennemy the opportunity to fall betweene them and the river. Und über die Schlacht von Höchst: The imperiall army past the Mayne near Franckford, and on the said 10th. of June they charged the duke of Brunswick with their canon neare Heugst, where he had made his bridge, over which he might have passed his baggage and his whole army the day and night before, yf he had made vse of the intelligence and advise given him; but he meant undoubtedly to have given them battell, yf matters had fallen out according to his expectation the day and night before; and that forenoon being mispent, he gave orders to his forces to passe the bridge. Roe, Negotiations 73. Capellen, Gedenkschriften I. 56.

1) Chichester an Dudley Carleton, Frankenthal am 12. Juli. Roe, Negotiations S. 72—74. Dazu der Brief Elisabeths an Roe, Haag 19./29. Aug. He went thither .. by the king my fathers command, a. a. O. S. 74.

wenige Tage darauf unter entsetzlichen Gräuelthaten Germersheims bemächtigt hatte, erhielt er noch Verstärkungen, die bei Speier über den Rhein setzten. Indessen erst mit dem 20. August begann er eine regelrechte Belagerung. Die Vertheidiger, namentlich der Commandant v. d. Merven selbst, hofften trotz der bedeutenden Streitkräfte, welche gegen sie herangeführt wurden, eine Zeit lang noch das Beste. Indes schon am 16. September hatten die Baiern den größten Theil der Festungswerke eingenommen, und der Commandant ersuchte Horace de Veer um Verhaltungsmaßregeln. Er erhielt unumschränkte Vollmacht und übergab, da kein Entsatz zu hoffen war, drei Tage darauf durch Vertrag auch das Schloß. Besser als die Deutschen wahrten während der ganzen Belagerung die Engländer ihre Waffenehre; einer ihrer obersten Offiziere, Garret Herbert, büßte höchste persönliche Tapferkeit mit dem Tode. Merven erhielt freien Abzug mit allen militärischen Ehren; für die Stadt, die bereits vor und während der Belagerung durch den Uebermuth ihrer größtentheils ausländischen Vertheidiger, so wie zuletzt durch Krankheit viel gelitten hatte, und vornehmlich für den Bekenntnißstand ihrer Einwohner hatte er jedoch nichts thun können. Die kleine Besatzung, — sie zählte am Tage der Eroberung etwa 1,500 M.[1] —, namentlich die Engländer, schützten trotzdem beim Abzug die Vertragsbedingungen keineswegs. Während Tilly dem Commandanten bei seinem Abschied in Weinheim deutliche Beweise seiner aufrichtigen Hochachtung gab, überfielen seine Truppen die Abziehenden und verübten an ihnen wahrhaft bestialische Gräuelthaten. Sie rissen ihnen Unter- und Oberwehr ab, haben „etliche auf ein Seil genommen und ihnen Riemen aus dem Leib geschnitten" und verschonten mit ihren räuberischen Angriffen auch den Commandanten nicht. Tilly selbst trat endlich mit bloßem Degen für die Aufrechthaltung der Ordnung ein und ließ den Feinden bis Frankfurt Geleit geben.

So schienen sich denn die Befürchtungen Friedrichs von der Pfalz buchstäblich zu erfüllen. Obwol ihn Buckingham tröstete, der König werde nach der Einnahme Heidelbergs ohne Weiteres den Krieg erklären, hatte er die brüsseler Unterhandlungen immer nur für ein Mittel gehalten ihn auch der Unterpfalz zu berauben, nachdem er im vorigen Jahre während der unglücklichen diplomatischen Mission Digby's die Oberpfalz verloren hatte.

---

1) Wir folgen hierbei dem Berichte des Commandanten, der freilich gerade auch in diesem Puncte schon damals angegriffen worden ist.

Auch Jacobs I. bemächtigte ſich endlich das Gefühl, daß er gröblichſt getäuſcht ſei. In verzweifelter Stimmung fragt er Digby: „was haben wir zu erwarten, wenn das Ganze in ſeinen Händen ſein wird?“[1] Der engliſche Geſandte in Brüſſel ergoß ſich in den bitterſten Klagen an Buckingham: trotzdem daß der König den Spaniern in allen Stücken gefolgt war, der Pfalzgraf alle Forderungen bewilligt hatte, Mansfeld und Braunſchweig entlaſſen waren, und ſich nur noch engliſche Truppen im Gebiete der Pfalz befanden, trotzdem hatte Tilly gerade während der Verhandlungen Heidelberg angegriffen. Das Einzige, was Richard Weſton von der Infantin erhalten hatte, waren zwei Briefe an die kaiſerlichen Heerführer, welche ihren kriegeriſchen Unternehmungen Halt gebieten ſollten!

Mit beleidigender Offenheit hatte jedoch Tilly gerade in der zweiten Hälfte des September dem engliſchen Geſandten erklärt, daß er keinen Auftrag vom Kaiſer habe, die noch übrigen Plätze der Pfalz durch einen Waffenſtillſtand ſicher zu ſtellen. Am 3. September waren es etwa 18 Tage, daß Weſton die Beantwortung ſeiner Waffenſtillſtandsvorſchläge durch die Infantin erwartete. Unmuthsvoll bat er, wenn man die Belagerung Heidelbergs nicht aufheben werde, um die Erlaubniß zur Rückkehr; er wußte das Verſprechen, alles zurückzugeben, wenn alles genommen ſein werde, in ſeinem wahren Werthe zu ſchätzen. Der Widerſpruch zwiſchen den Freundſchaftsverſicherungen, welche Digby aus Spanien meldete, und den abſichtlichen Verzögerungen der brüſſeler Conferenzen ſamt Tilly's Vorgehen in der Pfalz hatte ihm endlich das richtige Verſtändniß für die Lage der Dinge nahe gelegt. Und wie ſachgemäß dieſes Urtheil war, beweiſt Gondomar ſelbſt in einem Schreiben an Lerma, worin er verſichert, König Jacob ſo eingeſchläfert zu haben, daß ihn weder die Klagen ſeiner Tochter

1) Rushworth I. 68. Notwithstanding his Majestie hath followed them in all their desires, and the Prince Elector hath conformed himself to what was demanded, that the Count Mansfelt and Duke of Brunswick the pretended obstacles of the Treaty are now with all their Forces removed, No face of an enemy in the Palatinate, but his Majesties power in the Garrisons. All other places repossessed which Mansfelt had taken, No cause of continuing any war now, nor any cause of jealousie or fear for the future, considering his Majesties fair and honourable offers; yet are they so far from a cessation, that they are fallen upon Heidelbergh... For their pretending to restore all, when all is taken, is a poor comfort to me, and as little honour to his Majesty. Richard Weston to the Duke. Brux. 3d. of September 1622 in Cabala S. 202. 203. Aus Cabala hat auch Harris S. 155. 156 das Schreiben entlehnt.

und ihrer Kinder noch die widerholten Forderungen des Parlaments und der Unterthanen erwecken würden. Die Vertreter Englands in Spanien, Digby, nun Lord Briſtol, und Walter Aſton gaben indeſſen noch nicht jede Hoffnung auf eine günſtigere Wendung der Dinge auf. Gerade nach der Einnahme Heidelbergs verſicherte ihnen Philipp IV., daß er Jacob für ſein außerordentlich zufriedenſtellendes Verhalten in dieſer Lage volle Genugthuung geben werde, und ſtellte für den äußerſten Fall ſelbſt die Anwendung von Waffengewalt in Ausſicht. Wenn die Spanier die Heirath nicht wirklich beabſichtigten, erklärte ſie Briſtol für falſcher, als alle Teufel in der Hölle.[1]

Jacob nahm nach dem Falle Heidelbergs von Neuem einen Anlauf zur Energie, um ſich noch mehr zu erniedrigen. Er ließ den König von Spanien von ſeiner Empfindlichkeit über das Verfahren des Kaiſers in Kenntniß ſetzen und beſchwerte ſich, daß die Infantin nach Beſeitigung der früher vorgeſchützten Hinderniſſe den Abſchluß des Vertrags hinausſchob und ſich demungeachtet eine Zeit lang ſogar weigerte den kaiſerlichen Generalen Befehle zugehen zu laſſen. Um weiteren Demüthigungen zu entgehen, hatte er endlich Weſton zurückgerufen und beauftragte Digby nun, die Rückgabe Heidelbergs innerhalb 70 Tagen kategoriſch zu fordern. Ebenſo ſollte es mit Mannheim und Frankenthal, wenn ſie unterdes genommen würden, gehalten werden. Während dieſer 70 Tage trat nach Jacobs Forderung Waffenſtillſtand auf die zuletzt in Brüſſel vorgelegten Bedingungen hin ein, und auch dem Kaiſer dachte England unterdeſſen ähnliche Vorſchläge wie im November des vorigen Jahres anzubieten.

Würden ſich aber auch dieſe Unterhandlungen auf Veranlaſſung Ferdinands II. zerſchlagen, ja auch nur über Gebühr hinziehen, dann ſollte Philipp IV. ſeine Streitkräfte mit denen Jacobs vereinigen, um den Enkeln des letztern ihre Erblande wider erobern zu helfen. War jedoch der König von Spanien nicht im Stande Beiſtand zu leiſten, dann hatte er wenigſtens den engliſchen Truppen freien Durchzug nach der Pfalz zu gewähren.

---

1) I must tell your lordshipp, that upon the losse of Heidelberg, the king of Spain did, both unto my lord of Bristol and Sir Walter Aston solemnely professe, that his majesty had meritted so extraordinarily by his faire carriage in this cause, as hee would never leave untill he had obteyned him full satisfaction; and if he could procure it by no other means, that he would doe it by his armes, desiring his majesty to be confident in him; for hee would not deceive him. G. Calvert an Roe, St. Martinslane 29. Nov. 22. Roe, Negotiations S. 104—107.

Falls Digby nicht eine directe Zusage auf alle diese Forderungen erhielt, so verpflichtete ihn seine Instruction zur sofortigen Rückkehr — nachdem er, einem geheimen Artikel zu Folge, eine vertrauliche Mittheilung nach England hatte gelangen lassen. Diese neuen, immerhin gemessenen Weisungen Jacobs I. blieben in der That nicht ohne Folgen. Die Infantin erhielt sofort Befehl für die Befreiung Mannheims zu sorgen. Allein schon war es zu spät. Und nun bestärkte diese spanische Willfährigkeit den König in seiner Verblendung noch mehr.

Allerdings mußte sich Spaniens Eifersucht auf Baiern durch Tilly's glückliche Erfolge noch steigern. Der spanische Gesandte in London machte daher nach Westons Rückkehr dem Könige den Vorschlag, die beiden einzigen noch übrigen Plätze der Pfalz, Mannheim und Frankenthal, an die Infantin auszuliefern. Nach dem Schlusse der Verhandlungen, mochten sie nun den Frieden herbeiführen oder nicht, sollten sie wider an England zurückgegeben werden.

Dessen bedurfte es jedoch wenigstens für das erstere nicht. Unmittelbar nach der Einnahme Heidelbergs rückte Tilly vor Mannheim, zu dessen Belagerung ebensowol die in Heidelberg erbeutete pfälzische Artillerie als die eignen Unterthanen Friedrichs V. verwendet wurden. Da der Platz Mangel an Lebensmitteln litt und außerdem eine nur schwache Besatzung hatte, so verzweifelte man von vornherein an einem erfolgreichen Widerstande. Der wackere General de Veer mußte auch diese letzte Stadt, welche Friedrich auf der rechten Rheinseite noch allenfalls sein eigen nennen konnte, am 3. Nov. 1622 ausliefern. General de Veer selbst gieng über Frankfurt und Bremen nach Holland.

Endlich beantragte Digby in Madrid die völlige Restitution des Pfalzgrafen. Er schlug einen Vergleich Spaniens und Englands vor, zu dessen Erfüllung das erstere den Kaiser, das letztere den Pfalzgrafen nöthigen sollte. Als äußerstes Mittel, die kämpfenden Parteien der Ausführung dieser Vorschläge geneigt zu machen, dachte er sich die Abforderung der spanischen und englischen Hilfstruppen. Und schon im Juli hatte ja auch Isabella dem Kaiser nebst ihren Friedensmahnungen eine ähnliche wenig tröstliche Aussicht eröffnet.[1] Obwol jedoch Graf Oñate in Wien wenigstens der sofortigen Uebertragung der Kur sich immer noch widersetzte, so entschloß sich der Kaiser trotzdem sie auf dem zum 1. October nach Regensburg ausgeschriebenen Reichstage wirklich vorzunehmen und ließ seinen Entschluß

1) Villermont II. 58.

Bereits im Anfang des Jahres 1622 unterhandelte Raville von Neuem mit dem Grafen.[1] Um dieselbe Zeit oder kurz darauf verlieh ihm Ludwig XIII. das Patent eines „Colonel et Marechal de Camp“ mit einem jährlichen Gehalt von 18,000 Pfund, und Mansfeld beauftragte daher einen seiner Agenten Namens Guichard die mit dem Könige angeknüpften Unterhandlungen, bei denen es sich geradezu um seinen Uebertritt in französische Dienste handelte, weiter zu führen. Mansfeld stellte sich in der That Ludwig XIII. für den Fall, daß er das Haus Habsburg in Deutschland selbst bekriegen würde, vollständig zur Disposition, erhob aber auch dabei Forderungen, welche seine maßlose Selbstüberschätzung unwidersprechlich darthun. Weil er in Deutschland den Rang eines Generals besaß, sollte ihn auch Ludwig XIII. zum General über Flamländer und Wallonen ernennen und ihn zum Führer der französischen Armee in Deutschland machen, falls der Plan, den er ihm vorgelegt hatte, seine Genehmigung erhielt. Mansfeld hatte Ludwig XIII. Hoffnung gemacht, durch einen Krieg gegen das Haus Habsburg seine Wahl zum römischen König durchzusetzen oder wenigstens die Stimmen der Wähler auf eine ihm genehme Persönlichkeit zu vereinigen; auch die Reichsstädte am Rhein dachte er auf diese Weise unter französische Botmäßigkeit zu bringen. Das Letztere hoffte er unter dem Vorwande einer Unterstützung des Pfalzgrafen und seiner Verbündeten durchsetzen zu können; ja er vermaß sich sogar den König von England hierbei von einer das französische Interesse beeinträchtigenden Förderung Friedrichs V. abzuhalten. Er machte sich endlich anheischig, eine etwaige feindselige Bewegung des Herzogs von Bouillon zu hindern, stellte aber dem Könige auch einen Einfall in Lothringen, wenn der Herzog oder Vaudemont seine Gegner unterstützen würden, in Aussicht. Für sich selbst forderte er außer den Subsidien für den deutschen Krieg den Besitz von Hagenau, natürlich unter französischer Oberhoheit.[2]

Alle diese noch nicht ganz aufgeklärten Verhandlungen, welche Mansfeld durch Guichard direct mit dem Könige unterhielt, blieben erfolglos. Da entließ Friedrich V. von der Pfalz am 3./13. Juli ihn sowie Christian von Halberstadt samt allen unter ihnen dienenden Offizieren und Mannschaften seines Dienstes, nachdem Mansfeld bereits seinen Abschied gefordert hatte. Friedrich handelte auch jetzt nach den directen Weisungen seines

1) Brief Mansfelds an Puisieux aus Hagenau, 1./11. Februar 1622, Reuß.

2) Guichards Instruction vom 1./11. (?) Febr. bei Reuß.

Schwiegervaters, dessen Friedensbestrebungen durch diesen Schritt eine kräftige Förderung erhalten sollten.[1]

Und schon am 4./14. Juli suchte Mansfeld zugleich im Namen seines Waffenbruders, des Herzogs von Braunschweig, die Dienste des Kaisers und begann Verhandlungen mit Tilly, deren Aufrichtigkeit von diesem jedoch sofort nach ihrem wahren Werthe geschätzt und vollständig unberücksichtigt gelassen wurden. Der Graf mußte sich gestehen, daß er in der peinlichen Lage war, sich einen neuen Herren zu suchen, was er auch den Ministern Ludwigs XIII. nicht verhehlte.[2] Ja er beklagte sich sogar bei dem Könige an demselben fünften Juli in unverkennbar vorwurfsvollem Tone, daß ihm nicht einmal die 40,000 Thaler, welche man ihm im Verlaufe der früheren Verhandlungen zugesagt hatte, gezahlt worden waren. Er hätte dann Ludwig XIII. einen großen Dienst erweisen können und wäre nicht genöthigt gewesen einen neuen Herren zu suchen, so lautete sein ziemlich unzweideutiges Bekenntniß. Diese französischen Politiker wußten jedoch ziemlich genau, wer dieser neue Herr war, mit welchem der dienstlose deutsche Heerführer ihrem Könige Schrecken einzujagen suchte.

Während sich Mansfeld nämlich mit dem Heere noch im Elsaß aufhielt, waren bereits drei Abgesandte des Marschalls v. Bouillon, Villeneuve, Cormont, Gouverneur des Marschalls, und Capitän Schmitt nebst einem Geistlichen Durand erschienen und hatten an beide Heerführer das Ansinnen gerichtet, sich auf die Champagne zu werfen und in Verbindung mit 12,000 M. hugenottischer Truppen gerades Wegs auf Paris zu marschieren,[3] während sich Mansfeld ursprünglich auf Luxemburg stürzen wollte. Der Pfalzgraf würde ihm Schuldverschreibungen der frühern französischen Könige an Zahlungs Statt anweisen, die er im Frieden realisieren könne. Dieser werde aber sofort nach seinem Einrücken und zwar unter sehr vortheilhaften Bedingungen den Protestanten vom Könige bewilligt werden müssen. Mit Geld und Beute bereichert, werde ihm dann die Eroberung der Pfalz um so leichter sein.

---

1) De Koningh van Bemen, als gheseyt is, door persuasie van Koningh Jacob, die tot dien eynde expresselijk in de Palts hadde ghesonden den Baron Cicestre, den gemelden Mansvelt ghedimitteert hebbende: soo is hy van wegen haer Ho. Mog. door Golsteyn versocht ende bewoghen om een Ruytertocht te doen aen desen Staet. Aitzema I. 120.

2) Brief Mansfelds an Puisieux vom 5. Juli. Reuß.

3) Le Vassor IV. S. 444 flgde.

Allein weder Mansfeld noch Christian von Braunschweig waren im Stande sich augenblicklich zu entscheiden, wiewol die öffentliche Meinung nicht aufhörte, sie feindseliger Pläne gegen das französische Königthum zu bezichtigen. Hegte man doch in Paris selbst die ernstesten Besorgnisse.

Beide Führer durchzogen darauf, nachdem sie das Lager vor Zabern abgebrochen hatten, Ende Juli eiligst Lothringen, um, wie es schien, wirklich an hugenottischen Bewegungen Theil zu nehmen. Ihre Stärke war immer noch beträchtlich, wenn auch vielleicht die gewöhnlichen Angaben, nach welchen Mansfeld 12,000 M. Fußvolk und 7,000 M. Reiterei, Herzog Christian dagegen 6,000 M. zu F. und 72 Cornet Reiter commandierte, etwas zu hoch gegriffen sind. Die Avantgarde führte Christian von Halberstadt, die Nachhut bildeten zwei weimarische Regimenter.[1] Mansfeld selbst gab die Stärke seiner Armee beim Einmarsch in Lothringen auf 25,000 M. an. Nach einem achttägigen Aufenthalt in der Nähe von Nancy überschritten sie, vom Herzoge von Lothringen, der ihrer gern entledigt sein wollte, unterstützt, bei Corny die Mosel und befanden sich am 1. August zwischen Metz und Verdun, deren Commandanten eine Belagerung fürchteten. — Hier an der französischen Grenze gerieth jedoch der länderlose General, obwol selbst Meister in der politischen Intrigue, in ein so feines Gewebe diplomatischer Machinationen, daß er unfähig war sich aus denselben herauszuwickeln, bevor er noch eine Ahnung davon hatte, da er ja nur eine Verbindung mit den Generalstaaten ernstlich betrieb.

Schon im Juli waren nämlich im Auftrage beider Heerführer Joachim Goldstein und der Rittmeister Quad nach dem Haag gegangen, um den Generalstaaten eine Armee von 25,000 M. anzubieten. Sowol Moriz von Oranien als die Generalstaaten hielten es für vortheilhaft, auf das Anerbieten einzugehen, um Mansfeld nicht der Infantin in die Arme zu treiben.[2]

Obwol es nun der archivalischen Forschung noch nicht gelungen ist, die vielfach verschlungenen Fäden dieses Netzes vollständig blos zu legen, wird man doch folgende Puncte als Knotenpuncte desselben bezeichnen können. Es darf als ausgemacht gelten, daß die bisherigen Vertreter des deutschen Protestantismus im Anfange dieser Verwickelungen wirklich einmal geneigt waren, den französischen Calvinismus, der in den Jahren 1621 und 1622 fast ohne kriegerische Maßnahmen so empfindliche Niederlagen erlitten hatte, gegen weitere Vergewaltigungen zu sichern. Der Herzog von Bouillon

1) Vgl. Mercure français a. a. O. 714. 715.
2) Capellen, Gedenkschriften I. 62.

verhandelte ja mit Rohan geradezu über die Mittel und Wege, Mansfeld und seine Armee an sich zu ziehen,[1] und regte auch andere vornehme Glaubensgenossen an, diese zu einer neuen Schilderhebung nicht ungünstige Gelegenheit zu benutzen. Er wollte wenigstens durch diese Verbindung mit Mansfeld den König, welcher einen Einfall in die Champagne zu fürchten hatte, zum Frieden mit den Reformierten nöthigen und, wenn er dies durch Demonstrationen nicht durchsetzen konnte, an der Westgränze Frankreichs wirklich kriegerische Maßregeln ergreifen.[2] Schon seit längerer Zeit hatte er sich in Sedan verproviantiert; eine große Anzahl seiner nächsten Freunde hatte er damals um sich versammelt. Mansfeld selbst empfieng Briefe, durch welche ihn die Unzufriedenen zu einer neuen Unternehmung anstachelten.

Sobald jedoch das französische Königthum diese bedenkliche Wendung der Dinge an den Grenzen wahrnahm, entschloß es sich auch den Reformierten und ihren Führern diese gefährliche Waffe in behutsamster Weise zu entwinden. Der König erließ am 25. Juli ein Verbot, nach welchem sich kein französischer Unterthan mit den von den Rebellen gerufenen Fremden verbinden sollte, und versprach zugleich denjenigen von den Reformierten, welche sich ruhig halten würden, seinen besondern Schutz. Jeden, der sich in das Lager der Fremden begeben würde, sollten die städtischen Behörden als Hochverräther verfolgen. Schon dies brachte eine günstige Wirkung hervor.[3] Der Feldzugsplan aber, welchen der Herzog von Nevers als Statthalter der Champagne mit dem Kanzler Silleri gegen die deutschen Söldner verabredete, bestand darin, ihren Anführer durch Verhandlungen so lange hinzuhalten, bis sich 12,000 M. Fußvolk und 2,000 Reiter in der Champagne gesammelt hätten. Auch Zwistigkeiten unter den Heerführern selbst wollte er erregen, um die Unordnung im Heere möglichst zu steigern.

Derselbe entsendete daher einen alten Bekannten des Grafen von Mansfeld Namens Montereau, um ihm sein Erstaunen darüber ausdrücken zu lassen, daß gerade er, der doch von Ludwig XIII. eine Pension bezog, sich den französischen Gränzen nähere, um den Rebellen die Hand zu reichen. Montereau hob ferner die Unzuverlässigkeit der Versprechungen des Herzogs von Bouillon hervor; er wies darauf hin, daß die Refor-

1) Villermont, Ernest de Mansfeldt II. 81. 82.
2) Marsollier a. a. O. III. 272.
3) Le Vassor a. a. O. 448.

mierten diesseits der Loire nicht kriegsbereit wären, und drohte sogar mit der Armee des Herzogs v. Nevers. Er nannte es einen Act der äußersten politischen Unklugheit, sich außer dem Haus Habsburg nun auch noch den König von Frankreich zum Feinde zu machen, von dem Mansfeld, wenn er in seinen Dienst treten wolle, so große Vortheile zu erwarten habe. Und damit ersuchte er ihn denn auch, seine etwaigen Ansprüche und Forderungen namhaft zu machen.[1]

Mansfeld betheuerte widerholt, daß er den Dienst des Königs jedem andern vorziehe, ließ aber auch die drohende Entschuldigung seiner Annäherung, sich einen Dienstherren zu suchen, verlauten. Montereau erklärte darauf dem Grafen ganz offen, daß es den Anschein habe, als wolle er entweder den König zwingen ihn in seine Dienste zu nehmen oder die Feinde desselben unterstützen, und bot ihm mit dem Ersuchen um mäßigere Forderungen als während der früheren Unterhandlungen mit Guichard die Vermittelung des Herzogs von Nevers. Mansfeld nannte die Summe von 200,000 Thlr. und machte sich anheischig vom 26. Juli an 10 Tage lang sich aller Feindseligkeiten gegen Frankreich zu enthalten: während dieser Zeit sollte die Entscheidung des Herzogs von Nevers eingebracht werden. Ja er war boshaft genug, dem Gesandten sogar die Briefe zu zeigen, durch welche er zur Parteinahme für die Reformierten aufgefordert wurde, und hatte sogar die Stirn, Montereau zu erklären, daß ihm die Infantin noch vortheilhaftere Anerbietungen machen lasse.[2] Darauf mahnte Montereau zur Geduld und versprach ihm, dem Herzoge von Nevers, der sich damals zu Chalons befand, Nachricht zu geben. Dieser würde dann den endgiltigen Bescheid der Königin einholen. Eine schnellere Erledigung der Sache war ja bei der Abwesenheit Ludwigs XIII. von Paris nicht möglich.[3]

---

1) Le Vassor a. a. O. 450.

2) Le Vassor a. a. O. 451. Mercure français 1622, 724 flgde.

3) Alle diese Verhandlungen Mansfelds dienten zugleich dazu, ihn vor der Hand vor plötzlichen Angriffen zu sichern. Doch sind sie keineswegs von vornherein nur zu dem Zwecke begonnen worden, um ihm das Entkommen nach Holland zu sichern, wie Aitzema I. 120 meint: Hy naem het aen — nämlich den Vertrag mit Holland — doch de swaerigheyt was, om door te gheraecken. Tot dien eynde het Vossevel aen den Leeuwenhuydt hechtende, heeft hy soo aen Tilly als aen de Fransche getoont: als of hy nu vry synde van hochstgemelten Koningh, ten dienste was van den meestbiedende. Jener Unterhändler Goldstein reiste am 9. Aug. aus den Niederlanden ab, und erst am 24. Aug. unterzeichnete Mansfeld den Vertrag mit den Holländern.

Schon am 29. Juli ließ darauf der Herzog von Nevers Mansfeld benachrichtigen, daß er sich für ihn beim Könige verwenden werde; nur sollte er unterdessen nicht in Frankreich eindringen oder wenigstens in der Landschaft Verdunois liegen bleiben. Allein die Hoffnung, an der Spitze einer Armee von 25,000 M. in französische Dienste zu treten, schnitt er ihm sofort ab: er eröffnete ihm nur die Aussicht, daß Ludwig XIII. ihn etwa mit 4,000—6,000 M. Infanterie und 1,000—1,200 Reitern anwerben würde. Wol aber reizte er die Begehrlichkeit des länderlosen Grafen durch den lockenden Hinweis auf ein schönes französisches Marquisat. Daß übrigens alle diese Verhandlungen von Seiten Frankreichs nur angeknüpft wurden, um die ausgehungerten deutschen Söldner vom Lande möglichst fern zu halten und den Calvinisten jegliche Hoffnung auf Unterstützung durch die Fremden zu benehmen, sowie endlich um für die Vervollständigung der eignen Rüstungen Zeit zu gewinnen, gestand man sich hier sehr offen.[1]

Und Mansfeld legte wirklich allem Anschein nach schon von vorn herein ein größeres Gewicht auf die abermaligen Anerbietungen des Königs von Frankreich, als auf die weit aussehenden Versprechungen des Herzogs von Bouillon. Nicht als ob wir meinten, er habe gerade jetzt wirklich ernstlich daran gedacht in Ludwigs XIII. Dienste zu treten; er berechnete wol auch jetzt nur, daß von dem Könige leichter eine Zahlung unter irgend einem Titel zu erlangen sein würde, als von dem Herzoge. Denn es muß zugleich bemerkt werden, daß Mansfeld schon seit längerer Zeit auch wider Verbindungen mit der Infantin, die ihm durch den Herzog von Bournonville zuletzt für seinen Uebertritt 200,000 Kronen und die Besitzungen seines Vaters in Luxemburg anbieten ließ, unterhielt.[2] Er kam vielmehr mit Montereau dahin überein, daß er fünf kleine Tagemärsche außerhalb Lothringens machen, jedem Tagemarsche einen Ruhetag hinzufügen und so nach Verlaufe von 10 Tagen die Antwort des Königs an der Maas erwarten wolle.[3] Auf diesem Marsche ließ ihn Nevers mit Getreide versehen. Und so wies denn auch Mansfeld die erneuten Bewerbungen des Herzogs von Bouillon, der sogar am 1. Aug. in der Nähe von Doucy eine persönliche Zusammenkunft mit ihm hatte, ziemlich kalt zurück.

---

1) Nach einem Bericht über diese Verhandlung, der im Namen des franz. Kanzlers aufgesetzt worden und von Reuß excerpiert ist.

2) Vgl. auch Le Vassor a. a. O. 446.

3) Mercure français 727.

Nachdem nun die Truppen am 8. August in der Nähe von Stenay die Maas überschritten hatten, zog man unter den schwierigsten Verhältnissen weiter nordwärts. —

Noch weniger als Mansfeld war Christian von Braunschweig gewillt, seinen tapfern Arm der französischen Krone aller Wahrscheinlichkeit nach zur völligen Ausrottung der Calvinisten zu leihen. Schon wenige Tage, nachdem er seine Entlassung vom Pfalzgrafen, der sich während dieser ganzen Zeit in Sedan aufhielt, erhalten hatte, traf er Anstalten sich von Mansfeld zu trennen und mit einem großen Theile der Armee nach den Niederlanden aufzubrechen. Obwol dies noch zum Glück für Mansfeld verhindert wurde, gestalteten sich die Zustände der Armee doch immer mißlicher. Es brach eine förmliche Hungersnoth aus, der ein nicht geringer Theil der Truppen zum Opfer fiel, so daß man genöthigt wurde aus zwei und drei Regimentern eins zu formieren. Unter den Mauern von Mouzon lagerten die Truppen endlich längere Zeit und suchten dem Hunger durch Plünderung der Umgegend zu wehren.

Je länger indessen die diplomatischen Verhandlungen, zu deren Abschluß die Zustimmung des Königs eingeholt werden mußte, sich hinzogen, um so drückender wurde die Lage der Heerführer und ihrer Mannschaften. Nicht nur, daß diese selbst bei dem Mangel an jeder regelmäßigen Verpflegung und bei dem Monate langen Ausbleiben des Soldes von Tage zu Tage schwieriger wurden und gar bald offen darnach strebten ebenfalls einen andern Soldherrn zu gewinnen, sondern es zogen sich auch von allen Seiten feindliche Heeresmassen zusammen, bei deren Zusammenwirken an ein Entkommen nicht wol zu denken war. In der Champagne sammelte der Herzog von Nevers ein Corps, dessen Anzahl das Gerücht noch übertrieb; auch in Lothringen wurden Truppen zusammengezogen und noch überdies durch Tilly verstärkt. Cordova hatte am 30. Juli den Rhein überschritten und lagerte bei Yvoy in der Nähe von Mouzon. Und so schien denn Mansfeld in der That nichts übrig zu bleiben, als die Hand, welche ihm Frankreich bot, um ihn aus den von allen Seiten drohenden Verlegenheiten herauszureißen, wirklich zu ergreifen oder dem widerholten Begehren des Marschalls von Bouillon Mouzon zu belagern nachzugeben. Als man in Frankreich das Letztere befürchtete, erschien auch Montereau von Neuem, um Mansfeld abermals mit leeren Versprechungen hinzuhalten. Auch dies Mal glückte es ihm, und bald wurde der Glaube, daß der geächtete, dienst- und vaterlandslose General

in Ludwig XIII. einen neuen Herren gefunden habe, allgemein. An eine Unterstützung der Reformierten dachte bald Niemand mehr.

Anfangs August meldete daher auch ein geheimer Correspondent Christians von Anhalt, daß Frankreich die Truppen gegen eine Zahlung von 200,000 Thlr. in seinen Dienst nehme. Schon an diesem Tage sollte die Hälfte dieser Summe bei der Armee anlangen.[1] Der unbekannte Berichterstatter fügt noch hinzu, daß der König auch die Bedingung, die Truppen nicht gegen seine reformierten Unterthanen zu verwenden, angenommen habe.

Allein trotzdem war weder der Herzog von Braunschweig noch ein großer Theil der Mannschaften mit dem allen einverstanden. Mehrere Cornet Reiter des Grafen von Ortenburg faßten den Plan das Lager zu verlassen, um nach der Heimat zurückzukehren, und wurden nur dadurch zurückgehalten, daß sie Christian von Braunschweig, der ihnen die Zusage gab sie wider auf deutschen Boden zu führen, in Sold nahm. Zwei oder drei Regimenter Infanterie standen auf, um sich der Geschütze und der Munition zu bemächtigen und auf und davon zu ziehen. Erst als die übrigen Regimenter und die braunschweigische Cavallerie zur Schlacht aufgestellt wurden, gelang es, sie mit dem Versprechen eines dreimonatlichen Soldes zu beruhigen.

Am 6./16. August endlich erhoben sich 23 Cornet Cavallerie mit 300 M. Infanterie und giengen über die Maas, um sich nach der Heimat zu begeben. Es mag sein, daß sie, um besser durchzukommen, Cordova ihre Dienste antrugen. Sei es nun, daß man sich schließlich nicht vergleichen konnte, oder daß Mansfelds Einfluß bei den Offizieren endlich doch obsiegte, genug, es entspann sich ein Kampf mit den Spaniern, durch welchen die Reiter zur Rückkehr genöthigt wurden. In Folge dieser oder einer früheren Meuterei trennte sich Christian von Halberstadt, bei dem sich der größte Theil der Reiterei untergestellt hatte, geradezu von Mansfeld, begab sich nach Sedan und unterhandelte mit dem Herzoge von Bouillon, der ihm 60,000 Kronen oder mehr versprach.

Als man sich von Seiten Frankreichs endlich durch eigne Rüstungen hinlänglich gesichert hatte, warf man die Maske ab. Mansfeld hatte sich so sehr täuschen lassen, daß er sogar dem Gouverneur von Mouzon einen Theil seiner Artillerie als Pfand und vielleicht auch zur Sicherstellung gegen die eignen meuterischen Truppen anvertraute. Auch eine Anzahl

1) Herz. Archiv zu Bernburg.

Mannschaften wurden hier untergebracht; sogar der Herzog von Weimar blieb als Geisel in der Stadt. Schon ließ Mansfeld unter Trommelschlag bei dem Heere ausrufen, daß er im Dienste des Königs stehe, und entsendete sogar einen Offizier, um Cordova von der Veränderung der Dinge Mittheilung zu machen. Allein allmälig wurden die Angebote des Königs immer niedriger. Hatte er sich anfangs durch Nevers geneigt erklärt bis gegen 6,000 M. Infanterie nnd 2,000 Reiter in Dienst zu nehmen, ferner 200,000 Thlr. zur Ablöhnung der übrigen Mannschaften sowie 100,000 Thlr. für den Grafen selbst zu zahlen, so wurde endlich nur die Summe von 60,000 Thlr. in Aussicht gestellt, und die Anzahl der Mannschaften, welche unter das Lilienbanner treten sollten, auf 3,000—4,000 M. im Ganzen beschränkt. Am 23. Aug. ließ Nevers durch Tournon diese Vorschläge machen und rückte zugleich mit seinen gegen 12,000 M. starken Truppen nach dem Sammelplatze Chateau Portien vor, um, wie er sagte, den Tractat in Gegenwart der Truppen des Königs zur Ausführung zu bringen. Und auch jetzt brach der Graf die Verhandlungen noch nicht ab, sondern schien sich allenfalls auch mit 60,000 Thlr. und einem Monat Sold begnügen zu wollen.[1] Als ihm endlich der Herzog von Nevers auch diese Hoffnung abschnitt, erst dann wurden die Geiseln zurückgegeben, und die heimatlosen Söldner brachen auf.

Es könnte auffällig erscheinen, daß man die Heeresmassen, die sich doch so manche Unbill gegen Frankreich hatten zu Schulden kommen lassen, unangefochten ziehen ließ und ihnen sogar die Artillerie zurückerstattete. Allein es lag doch nicht im französischen Interesse Feinde des Hauses Habsburg zu vernichten, von denen man annehmen durfte, daß sie in den Kämpfen der Niederlande gegen Spanien eine mächtige Stütze des kleinen Freistaates abgeben würden. Geraume Zeit hindurch hatte freilich die französische Politik auch Spanien getäuscht.

Schon am 24. Juli hatte der französische Gesandte zu Brüssel mit Spinola verhandelt und eine allgemeine Verbindung Frankreichs, des katholischen Deutschlands, der spanischen Niederlande und Lothringens zur Unterdrückung des verhaßten Gegners als erforderlich bezeichnet. Allein

1) In einem Briefe an den Herzog von Nevers aus dem Lager vom 25. Aug. bittet er diesen sogar noch, die ihm vom Könige versprochenen 40,000 Thlr. wirklich einzusenden. Ganz offen schreibt er hier: Je n'ay jamais voulu prester l'oreille aux belles offres que me faisait Monsieur de Bouillon, sachant que j'estois desià lié au service de Sadite Majesté... Reuß.

man bemerkte trotzdem nicht, daß Tilly oder Cordova Anstalt machen wollten Mansfeld wirklich zu begegnen; die französische Politik begann vielmehr zu fürchten, daß eine durch die deutschen Söldner unterstützte neue Unternehmung der Reformierten von Spanien nicht ungünstig aufgenommen werden würde. Ja man glaubte sogar, daß ein geheimer Vertrag mit Spanien Mansfeld überhaupt erst zum Einfalle bewogen habe! Allein während der französische Gesandte eine Depesche erhielt, welche seine Bemühungen, Mansfeld mit den vereinigten spanisch-französischen Streitkräften zu vernichten, vollständig billigte, verbreitete sich auch durch den mansfeldischen Sekretär Flament in Brüssel das Gerücht, daß der Herzog von Nevers den verschlagenen Heerführer wirklich für die Krone Frankreich gewonnen habe. Die Versuche des französischen Botschafters Pericard, die Infantin dem gegenüber zu beschwichtigen, waren erfolglos, vornehmlich als man noch überdies erfuhr, in wie freundschaftlicher Weise Mansfeld aus Mouzon entlassen war. Auch die Entschuldigungen, welche der Herzog von Nevers der Infantin unterbreiten ließ, — er gab vor, der Commandeur von Mouzon habe ohne Befehl gehandelt, — waren hinfällig. Hatte er doch die Infantin geradezu aufgefordert, im Vereine mit Frankreich die deutschen Söldnerführer unterdrücken zu helfen, so daß Isabella eben in Folge hiervon Cordova den Befehl ertheilte im Einvernehmen mit Nevers zu handeln, der nun von dem ersteren ersucht wurde, mit dem Capitän Contreras die näheren Verabredungen zu treffen. Und trotzdem hatte dieser Agent der Infantin sich nicht einmal einer Antwort des Herzogs zu erfreuen.

Und so scheint denn vollends der Umstand, daß Cordova durch den Herzog von Nevers nicht einmal vom Aufbruche Mansfelds benachrichtigt worden war, sowie der schließliche Verlauf dieser ganzen französischen Intrigue die Vermuthung zu sichern, daß Frankreich bei dem allen im innigsten Einverständnisse mit den Generalstaaten handelte.

Der französischen Tradition zu Folge war es der Herzog von Bouillon selbst, der direct vom Hofe den Auftrag erhielt, Mansfeld und Halberstadt zu bestimmen den Holländern zu Hilfe zu ziehen.[1] Man stellte dieses Verlangen an ihn, weil man seine Verbindungen mit den beiden Heerführern kannte und ihm dadurch eine erwünschte Gelegenheit zu einer loyalen Umkehr geben wollte. Und der Herzog scheint die Veranlassung zur Entfernung der Deutschen mit Freuden ergriffen zu haben. Er fühlte, daß

1) Le Vassor 454. 455.

er sich Frankreich gegenüber stark compromittiert habe, und fürchtete sogar eine Belagerung. Mansfeld selbst aber war nicht im Stande ihm Vertrauen einzuflößen.

Und da andererseits die protestantischen deutschen Heere jeden Tag einen Angriff vom Herzog von Nevers oder von Cordova, im schlimmsten Falle sogar von beiden zu fürchten hatten, so mußten sie schon dem Herzog von Bouillon Gehör schenken.

Am 13./23. August langten sie in der Nähe von Sedan an. Der Herzog von Bouillon brachte darauf eine Aussöhnung zwischen Mansfeld und Halberstadt zu Stande, versorgte die Truppen mit Lebensmitteln und Munition und vermittelte wahrscheinlich auch den besondern Vertrag zwischen den eines neuen Herrn bedürftigen Heerfürsten und den zu einer Verstärkung ihrer Truppenmacht geneigten Holländern.

Diese hatten nämlich schon am 9. August den Hauptmann Joachim v. Goldstein zu Mansfeld zurückgesendet, der in der That einen Dienstvertrag zwischen beiden Parteien zu Stande brachte. Am 24. August unterzeichnete Fürst Mansfeld — so wurde er seit dieser Zeit genannt — ein Abkommen, durch welches er gegen die Summe von 300,000 Gulden seinen Degen auf 3 Monate den Generalstaaten zur Verfügung stellte.[1]

Nachdem der Herzog die schwere Artillerie[2] und das Gepäck, so weit es nicht gut in höchster Eile fortzubringen war, in Sedan aufgenommen, und Mansfeld außerdem noch einen Theil seiner Wagen verbrannt hatte, zog das Heer am 25. August zur Nacht, 8,000 M. Fußvolk und 6,000 Reiter stark, seiner neuen Bestimmung zu. Schon am folgenden Tage langten sie an der Grenze Hennegaus an, in welches sie am 27. August einrückten.

---

1) Aitzema I. 116. Dazu ein Schreiben Dudley Carletons an Buckingham, Haag 23. August 1622, mit freilich unrichtiger Angabe des Soldes. Cabala 188.

2) Die Artillerie scheint Mansfeld wenigstens theilweise an Ludwig XIII. verkauft zu haben. Wenigstens forderte Friedrich von der Pfalz 5 Stück Geschütze als sein Eigenthum von diesem zurück. Vgl. die beiden Schreiben Friedrichs an Ludwig XIII. und den Grafen v. Mansfeld aus Sedan 16./26. Sept. 1622 in Bromley, Original royal Lettres S. 257 — 259, so wie den Brief an seine Gemahlin vom 20./30. Sept. 1622 (Bromley S. 23), in welchem es heißt: Le Comte de Mansfeldt a donné six pieces de canon, qui sont à moi, et qu'il a laissé ici, au Roi de France, auquel j'ai écrit la lettre dont je vous envoie copie et aussy à lui. C'est une grande effronterie... Tournon est son ambassadeur, par lequel il fait tous les mauvois offices qu'il peut à Mr. de Bouillon: c'est un étrange compere.

Ihre Aufgabe in Holland bestand darin, bei der Aufhebung der Belagerung von Bergen op Zoom mitzuwirken: sie sollten vornehmlich dem spanischen Heere die Zufuhr von Antwerpen her abschneiden.

Nach Verlauf dieser drei Monate würde sich, — so rechnete man damals im Haag, — Christian von Braunschweig wider nach Lippstadt begeben, und auch Mansfeld sollte hier Winterquartiere beziehen. Im nächsten Sommer konnten dann beide, wenn kein Friede geschlossen wurde, oder es irgend ein unvorhergesehenes Ereigniß erforderte, abermals von Westfalen aus in das mittlere Deutschland vordringen.

Die Schlacht von Fleurus.

Von Sedan aus marschierten Mansfeld und Braunschweig in nordwestlicher Richtung auf Avesnes (26. Aug.) und passierten in der Nähe von Maubeuge, welches man besetzt fand, die Sambre. Des Trosses hatte man sich möglichst entledigt, die Proviantwagen zum Theil verbrannt und einen möglichst großen Theil der Infanterie auf Pferde gesetzt, die man aus den Dörfern fortnahm. Hierauf richteten sie ihren Marsch auf Binche. Die Führer scheinen hinreichend mit Geld versehen gewesen zu sein; selbst katholische Berichte erzählen, daß man bei diesem Durchbruch durch das Hennegau alle Lebensbedürfnisse baar bezahlte. Am 28. August zur Nacht passierte Mansfeld die Abtei de Bonne Esperance, von der er 30,000 Reichsthaler Contribution erhoben haben soll.

Mansfelds Anordnung, den Proviant nur gegen Bezahlung zu entnehmen, hatte vorzugsweise dazu dienen sollen, seinen Marsch möglichst lange zu verbergen. Trotzdem scheint Cordova sein Aufbruch ziemlich gleichzeitig gemeldet worden zu sein. Die Spanier giengen schon am 27. August bei Givet über die Maas, ließen hier Gepäck und Artillerie zurück und suchten möglichst bald Fühlung mit den Gegnern zu gewinnen. Philipp de Silva unternahm eine Recognoscierung gegen Binche, welche ihm die Gewißheit brachte, daß Mansfeld gegen Fleurus anrücke, um sich nach Bergen op Zoom durchzuschlagen. Ueberall hatte man das Landvolk aufgeboten, denn mit seiner Hilfe nur konnte der bedeutend schwächere Cordova hoffen, seinem eilfertigen Gegner mit Erfolg den Weg zu verlegen. Am 28. August Morgens 8 Uhr überschritt Cordova die Sambre, besetzte eine Höhe zwischen Fleurus und St. Amand, während Mansfeld erst am Abend die Umgegend von Fleurus erreichte und bei Melé anlangte.

Er soll durch den Anblick der Spanier vollständig überrascht worden sein. Diese waren bereits schlagfertig aufgestellt mit der Front gegen Westen. Rechts standen Spanier, Wallonen und Burgunden unter Ibarra und Verdugo, darauf folgte das Regiment Isenburg und die emden'sche Compagnie als zweites Treffen, das dritte commandierte der Marquis de Campolaterro (Campolataro?), und den rechten Flügel bildete das Regiment Fugger unter dem Generallieutenant Camargo.

Als die Deutschen anlangten, schienen sie den Durchbruch rechts von den Spaniern erzwingen zu wollen, zeigten sich aber am andern Morgen links von ihnen nahe bei Fleurus, und auch die Spanier mußten in Folge davon ihre Stellung ändern. Noch am Abend vor der Schlacht trat Mansfeld mit Cordova in Verhandlung und machte ihn darauf aufmerksam, daß bei der Menge undisciplinierten Landvolks seinerseits auf einen glücklichen Ausgang der Schlacht nicht gerechnet werden könne. Trotzdem erklärte Cordova, daß er ihm entgegentreten werde, und so begannen die Deutschen schon um 3 Uhr des andern Morgens das Gefecht.

Ueber den Gang der Schlacht im Einzelnen wagen wir nach Einsicht mehrfacher Berichte nicht einmal Andeutungen zu geben. Nur daß es ein höchst erbitterter Kampf war, wird von beiden Seiten bezeugt. Sechs Mal sind nach katholischen Berichten die Deutschen im Verlaufe von wenigstens 5 Stunden zum Angriff geschritten. Der Herzog Friedrich von Sachsen-Weimar nahm mit seinem Regimente feindliche Geschütze, die freilich bald wider aufgegeben werden mußten. Aus fünf Wunden blutend wurde er aus dem Kampfe geführt und verschied kurz darauf. Glücklicher war der Herzog von Braunschweig, der durchzubrechen oder zu sterben geschworen hatte. Drei Mal ward ihm das Pferd unter dem Leibe erschossen:

Der kühne Halberstädter wol bekannt,
Nahm sein Schwert in die eine Hand,
Sein Pistol in die andre,
Er ritt mit bloßen Armen in den Streit,
Sein Volk stund vest bei einander.

In der That hat die braunschweigische Cavallerie schließlich auch den Durchbruch bewirkt: das embdische und isenburgische Regiment, die am längsten Widerstand leisteten, wurden von ihr fast aufgerieben. Ja Christian verfolgte die Spanier sogar noch und nahm ihnen einen Theil der Bagage, darunter auch Wagen mit Geld, ab. Die Verluste waren wol auf beiden Seiten nicht unbedeutend: die Protestanten büßten den

Durchbruch, wie es auf katholischer Seite heißt, mit 3,000 Toten und Verwundeten, auf 2,000 berechnet den Verlust auch ein protestantischer Bericht; dem letzteren zu Folge verloren dagegen die Spanier nicht weniger als 4,000 M. Auffallend ist die große Anzahl hochgestellter spanischer Offiziere, welche ihre Tapferkeit mit dem Leben bezahlten, „also daß dieses Treffen, weil darbei so viel Donnen aufgerieben worden, den Spanischen in langer Zeit in guter Gedächtnuß geblieben."[1] 1,500 bis 2,000 mansfeldische Reiter weigerten sich aus Rache wegen der Soldrückstände am Kampfe Theil zu nehmen.

Auch Herzog Christian von Braunschweig erhielt eine Wunde in den linken Arm vier Finger über dem Ellbogen, die sein hitziger Eifer zu gering schätzte. Später wurde der untere Theil des Armes brandig, so daß ihm die Hand abgenommen werden mußte. Während der Zeit seiner Heilung verweilte er in Breda, ebensowenig durch den mißglückten Feldzug wie durch den Verlust des Armes gebeugt. Ja es scheint, als ob sein trotziger Heldensinn durch den letztern nur noch mehr aufgestachelt worden sei. Während er noch zu Bett lag, ließ er einen Trompeter vor sich führen, um Spinola zu hinterbringen, der „tolle Herzog habe zwar seinen einen Arm verloren, aber den andern behalten, sich an seinen Feinden zu rächen."[2] An seinen Bruder aber schrieb er, „und ob zwar der eine Arm groß Mangel erlitten, so verhoffe [ich] doch dem Vaterlande noch mit dem übrigen gute Dienste zu erweisen."[3] Von erbeutetem Silber ließ er Münzen schlagen mit der Devise: Altera restat.

In Breda wurde die gerettete Armee mit Jubel empfangen. Sie hat den Holländern den Dienst, welchen sie von ihr erwarteten, wirklich geleistet. Spinola gab am 2. October die Belagerung auf, steckte sein Lager selbst in Brand und begab sich nach Antorf.

Der Fürstentag von Regensburg und die Uebertragung der pfälzischen Kur an Baiern.

Schon am 22. September 1621 war Maximilian von Baiern zuletzt vorzugsweise auf Betrieb des Paters Hyacinth die Investitur über die pfälzische Kur schriftlich ertheilt worden, obwol man die Sache noch geheim

1) Theatrum Europäum I. 667.

2) Theatrum Europäum I. 668.

3) Breda, 3. Oct. 1622, Herz. Archiv zu Wolfenbüttel. Die Kriegsangelegenheit Herzogs Christian d. J. von Braunschweig betr. d. a. 1619—1625 XI, VI. V.

hielt. Verospi, der päpstliche Nuntius in Wien, bairische und habsburgische Agenten in Madrid drängten nun mit aller Macht darauf hin, daß das Uebergewicht der katholischen Stände in Deutschland in offiziellen Formen zur Geltung gebracht werde. Endlich wurde, noch bevor das Kriegsglück sich den katholischen Waffen von Neuem günstig erwiesen hatte, auf den September des Jahres 1622 ein sogenannter Deputationstag nach Regensburg berufen. Einladungen dazu empfingen nicht nur die Kurfürsten, sondern auch der Erzbischof von Salzburg, der Bischof von Wirzburg und Bamberg, und von weltlichen Ständen Landgraf Ludwig von Darmstadt, der Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig und Herzog Philipp Julius von Pommern-Wolgast. Von den weltlichen Kurfürsten zeigte sich wol Johann Georg im Anfange geneigt, den Tag in Person zu besuchen, wogegen man auf die persönliche Anwesenheit Brandenburgs von vorn herein verzichtet zu haben scheint. Allein auch Mainz gieng diesem neuen Acte habsburgischer Vergewaltigung mit laut geäußertem Mißtrauen entgegen.

Die protestantischen Fürsten vertrat schließlich doch nur Herzog Ludwig von Darmstadt persönlich; Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel schreckten ernste Mahnungen aus seiner nächsten Umgebung,[1] die vielleicht von den Niederlanden aus noch besonders geschärft wurden, zurück. Die übrigen protestantischen Fürsten Deutschlands fanden weder in ihren politischen Bestrebungen noch in ihrem Glauben den Muth, dem siegreich vordringenden Romanismus hier persönlich das Feld streitig zu machen. Johann Georg führte die gewaltsame Reformation in Böhmen, die selbst der deutsch-lutherischen Prediger nicht verschonte, und endlich den Tod seiner Mutter als Grund seiner persönlichen Nichtbetheiligung an; erst im letzten Drittel des December trafen seine Gesandten in Regensburg ein.

Ferdinand II. selbst hielt am 24. November seinen feierlichen Einzug in Regensburg. Wochen vergiengen jedoch, bevor man sich der Entscheidung der Hauptsache zuwendete. Bis zum 7. Januar 1623 beschäftigte man sich mit der Erledigung von Vorfragen. Die hauptsächlichste derselben betraf den allgemeinen Waffenstillstand, wie er von Jacob I. und der Infantin auf ein Jahr zu Brüssel verabredet war. Er sollte sich über ganz Deutschland ausdehnen und nur der Vorläufer eines vollkommenen Friedens sein. Während desselben durfte der Kurfürst allerdings nach

1) Das Bedenken eines fürstl. braunschweigischen Raths, vielleicht des Kanzlers Eberhard v. Weihe ist gedruckt bei Londorp II. 1129—1135.

Heidelberg zurückkehren, Mannheim und Frankenthal mußten jedoch der Infantin ausgeliefert werden. Diese Stillstandsbedingungen waren von der Infantin im Auftrage des Kaisers mit England vereinbart worden. Als sie jedoch Ferdinand II. den Fürsten mitgetheilt hatte, gab ihm ein Gutachten derselben die erwünschte Gelegenheit an die Hand, die in seinem Namen gestellten Forderungen zu erhöhen und einen Waffenstillstand, der dem Pfalzgrafen Heidelberg wider gegeben haben würde, seinerseits zu vereiteln. Er verlangte Sicherung des Erzbisthums Köln vor den Holländern, gegen welche der Kurfürst bei der Belagerung von Bergen op Zoom die Waffen geführt hatte, verweigerte dem Pfalzgrafen die Rückkehr nach Heidelberg und zog eine vollständige Waffenruhe, der sich vor allen auch Mansfeld und Braunschweig unterwerfen sollten, einem nur einjährigen Waffenstillstande vor. Er wollte, so schien es, auf diese Weise die Gegner auf Jahre hinaus entwaffnen, oder — den Kriegszustand verlängern.

Und auch diese letzte Aussicht schreckte die katholischen Fürsten nicht zurück: als die Infantin meldete, daß Anholt und Cordova den drohenden Angriffen der Gegner nicht gewachsen sein würden, brachten die Fürsten selbst die Unterstützung durch tilly'sche Truppen in Vorschlag.

Es ergibt sich hieraus, daß Einflüsse vorhanden waren, welche die Fürsten für den Augenblick widerstandslos in die Strömung der habsburgischen Interessen hineinzogen. Baiern wußte es durchzusetzen, daß sie sich auch mit dem erweiterten habsburgischen Progamm, wonach mit England eine vollständige Waffenruhe verhandelt werden sollte, deren Eintreten natürlich nicht im mindesten zu erwarten stand, einverstanden erklärten.

Nachdem so die zu Brüssel verabredete Waffenruhe durch das Nebelbild eines vollständigen Waffenstillstandes ersetzt war, trat man der Hauptsache näher. Am 7. Januar theilte der Kaiser den Fürsten und Gesandten die Hauptpuncte der weiteren Verhandlungen mit. Sie deuteten ein kühnes Zukunftsprogramm an, nach welchem die Machtfülle des Hauses Habsburg durch Reichskriege im Westen und Osten erweitert und sicher gestellt werden sollte. Vor allem aber mußte das Kurkollegium durch Baiern ergänzt werden, und Maximilian selbst die Investitur erhalten. Dann wurden die Anwesenden aufgefordert, dem Kaiser mit Berathungen über die Herstellung des Friedens zur Seite zu stehen. Der dritte und der vierte Punct betrafen die eigentlichen Cardinalfragen der auswärtigen Politik Oestreichs. Die deutschen Stände sollten nicht nur die Ostgrenze der östreichischen Lande decken helfen, sondern auch in den allgemein erwarteten

Kampf mit Holland verflochten werden. Neben diesen, die Interessen beider habsburgischer Linien in gleicher Weise berücksichtigenden Forderungen, traten die Puncte, welche die innere Reichsverwaltung, namentlich die Rechtspflege und das Münzwesen betrafen, zurück und klangen, an diesem Orte und unter diesen Verhältnissen ausgesprochen, wie bitterster Hohn.

Erst am 20./30. Januar waren die Versammelten im Stande, diesen Vorschlägen Ferdinands II. eine Erwiderung zu Theil werden zu lassen, ohne daß freilich die einander entgegenstehenden Anschauungen hätten in Einklang gebracht werden können. Die Vertreter des Protestantismus verlangten Freigebung der augsburgischen Confession in Böhmen,[1] empfahlen zur Beseitigung des Kriegszustandes die Restitution des Pfalzgrafen und traten für die Rechte der pfälzischen Agnaten[2] und die Befreiung der Städte ein, welche unschuldiger Weise in diese Händel verwickelt waren und kaiserliche Einquartierung tragen mußten. Von Seiten der katholischen Gegner aber wurden dem Kaiser Ursachen genug zur Entsetzung des Kurfürsten „vermöge der Rechte und Reichsconstitutionen" zugesprochen und behauptet, daß ihm die Kurpfalz dergestalt ledig heimgefallen sei, daß er ohne Berücksichtigung der Söhne und Agnaten „nach Belieben über dieselbe disponieren könne," — „und solches Alles den Rechten, Reichsconstitutionen und der Cammergerichtsordnung nicht ungemäß." Auch in der Uebertragung der Kur auf Baiern sah diese Anschauung keine Ueberschreitung der kaiserlichen Machtbefugnisse — „wie man dann anderst nicht wußte, als daß solche Entsetzung vorzeiten in dergleichen Occasionen von regierenden römischen Kaisern selbst auch geschehen."[3]

Eine kaiserliche Rückäußerung hierauf erfolgte erst am 6. Februar. Sie ist bezeichnend wegen des Versuchs die Legalität der Acht zu rechtfertigen, wofür in erster Linie der außerordentliche Nothstand, der eine Vereinbarung mit den Kurfürsten verhindert habe, angeführt wird. Weiter

---

1) „Daß wofern angestellte Reformation nicht eingestellt . . und das exercitium religionis zugelassen werden sollte, zu einem beständigen Frieden im Reich nicht zu gelangen." Londorp I. 1069.

2) „Würde derhalben ihres Ermessens zur Erhaltung J. M. Reputation und des heiligen Reichs Wolfahrt, auch Widerbringung des Gott wolgefälligen Friedens viel dienlicher und nützlicher sein, wann J. K. M. die K. Gnad der Schärf vorziehen, als daß sie gar auf den extremis und der Strenge bestehen thäten." Londorp I. S. 1070.

3) Londorp I. 1070.

aber habe der Einfall des Pfalzgrafen ins Reich Ferdinand veranlaßt Mittel zu ergreifen, „zu denen J. K. M. vermög deren in solchen Fällen ganz klaren und unlimitierten des Reichs Fundamentalsatzungen, darüber auch als einer pur lautern klaren Justitiensach weitern Rath einzuholen oder fernern Processs anzustellen fast unnöthig, ohne das genugsam befugt und berechtigt gewesen."[1] Die Einwendungen gegen die Uebertragung der Kur erfuhren eine schroffe Zurückweisung; selbst der Gedanke einer weiteren Verhandlung hierüber blieb ausgeschlossen: nur unter dieser Bedingung stellte Ferdinand II. noch ein milderes Abkommen mit dem Pfalzgrafen, ein Eingehen auf die englisch-dänischen Vorschläge in Aussicht. Dagegen sollte die Reformation in Böhmen mit diesen Verhältnissen nicht in Zusammenhang gebracht werden, während den Klagen der Städte baldige Berücksichtigung zugesichert wurde.

Am 15. Februar waren die Berathungen der Stände abermals so weit gediehen, daß eine Antwort stattfinden konnte, welche indessen die Unvereinbarkeit der politischen Gegensätze noch deutlicher bloslegte.[2] Und trotzdem ist diese neue Resolution der Kurfürsten und Fürsten von hoher Wichtigkeit, da sie zeigt, daß man jetzt auch auf katholischer Seite nicht geneigt war, die habsburgischen Kriegspläne noch weiter zu fördern. Nur zur Vertreibung Mansfelds sicherte die katholische Libertät dem Kaiser ihre Beihilfe noch zu, während sie der östreichischen Kriegspolitik gegen Ungarn ihre Unterstützung ebenso verweigerte wie dem in Aussicht gestellten Kriege gegen die Generalstaaten. „Sie konnten nicht sehen, wie bei diesem engen Convent von Remedierung angezogener Beschwerden mit Bestand gehandelt oder geschlossen werden könne."[3] — Sachsen, Brandenburg und Hessen ersuchten Ferdinand II. immer wider, den Triumph über seine Feinde noch durch einen Sieg über sich selbst zu erhöhen, und die kaiserliche Gnade in der pfälzischen Angelegenheit walten zu lassen. Das erstere beantragte abermals eine Generalamnestie für die Böhmen samt der Freigebung der augsburgischen Confession und wahrte die Rechte der kurfürstlichen Autorität dem Kaiser gegenüber auf das nachdrücklichste. „Die Capitulation wäre klar, daß in hochwichtigen Sachen mit der Kurfürsten Wissen und Ein-

1) Londorp I. S. 1073.

2) Londorp hat diesen Bericht zweimal mit verschiedenen Daten abgedruckt: Bd. I. S. 1074—1077 unter dem Datum d. 15. Febr. und Bd. II. S. 1173—1176 unter dem 17. Febr.

3) Londorp I. S. 1075.

willigung verfahren, und kein Stand des Reichs ohne ordentlichen Prozeß und ungehört in die Acht gethan werden sollte." Man bezeichnete dies Fundamentalgesetz der alten Reichsordnung als eine unbewegliche Grundfeste, die weder einer Berathung noch einer Abstimmung unterworfen sein könne.

Einen Nebenreceß vom 21. Februar, durch welchen man den Agnaten des Pfalzgrafen ausdrücklich ihre Rechte wahrte, traten daher auch Brandenburg und Sachsen nur so weit bei, daß sie die Uebertragung der Kur für kein Friedensmittel[1] erklärten, sondern nur die vollständige Restitution, während Hessen seine Stimme nochmals gegen die böhmische Gegenreformation erhob. Von den katholischen Ständen wagte nur Mainz eine schwache Opposition gegen die Uebertragung der Kur, ohne sich jedoch der protestantischen Partei anzuschließen. Baiern hielt sich von diesen Berathungen schicklicher Weise vollständig fern.

Man hatte ein ziemlich deutliches Bewußtsein davon, daß nach einem derartigen Siege des Kaisers die Zukunft vollständig unberechenbar sei. In der richtigen Voraussicht, daß die Gelegenheit, einen derartige Convent zu besuchen, nicht bald wider eintreten werde, ließ Johann Georg vor der Abberufung seiner Gesandten dem Kurfürsten von Mainz seinen Standpunct in einem besonderen Schreiben nochmals darlegen. „Da die Kurfürsten hierunter nicht befragt werden sollten, wann ein Kurfürst in die Acht gethan, aus dem electorali collegio genommen und ein anderer hineingesetzt worden, wissen wir nicht, worinnen die kurfürstliche Hoheit und Würde bestünden, was vor ein Unterschied zwischen denselben und andern Ständen außerhalb des Namens wäre, und wie der Gefahren halber, so aus solchen hohen Sachen vielleicht entstehen möchten, die Kurfürsten gegen dem Reich versichert sein könnten." Auch die Noth und den Drang der Verhältnisse ließ Sachsen nicht als Entschuldigung für das absolutistische Verfahren Ferdinands II. gelten. Die kaiserliche Capitulation gestatte keine Aus-

1) Brandenburg wies in der Sitzung vom 11. Februar noch darauf hin, „daß allerhand Bedenken darbei vorfallen können, wie weit der Pfalzgraf des criminis laesae Majestatis schuldig worden, und mit was Strafe er zu belegen." Die Acht bezeichnete es in den schärfsten Ausdrücken als unverbindlich und ungesetzlich: „es würde auf diese Weis ein Kurfürst und andere Stände des Reichs weit deterioris conditionis als ein Edelmann in Polen sein, dann derselbe nit als auf offenem Reichstag proscribiert werden könne." Londorp II. 1164.

nahme; die Berechtigung einer etwaigen Interpretation und Einschränkung derselben erkannte es nur dem Kurfürstencollegio zu.[1] In der Schlußantwort des Kaisers vom 23. Februar wurde endlich wenigstens den Kindern des Pfalzgrafen nach dem Tode Maximilians die Kur in Aussicht gestellt, falls sich ein demnächst zu berufender neuer Fürstentag dafür erklären würde. Auch der Herzog von Baiern war für eine derartige Ausgleichung der sich gegenüber stehenden Ansprüche gewonnen worden.

Man sollte erwarten, daß Spanien einer Politik, welche in einem Kriege mit Holland die Reichshilfe wenigstens zum Theil gewährt hätte, seine volle Unterstützung hätte zu Theil werden lassen. Und doch war dem nicht so.

Wir sahen oben,[2] daß unmittelbar nach den Niederlagen der deutschen Protestanten im Sommer 1622 auch Digby wider in Madrid erschienen war, um beide Verfechter der Sache des Pfalzgrafen, Mansfeld und Braunschweig, zu desavouieren und Mißtrauen zwischen den beiden Linien des Hauses Habsburg und Verdacht bei den Spaniern gegen Maximilian von Baiern zu erregen. Unter Berufung auf den zu Brüssel verabredeten Waffenstillstand, dessen Bestätigung auf dem bevorstehenden Fürstentage der Kaiser zugesagt hatte, forderte er endlich die vollständige Restitution Friedrichs mit der Drohung, daß sich sonst Jacob mit Holland und den Seeräubern verbinden werde. Man sollte die spanischen Truppen zurückrufen, und Jacob wollte erforderliches Falls mit Gewalt gegen den Pfalzgrafen vorgehen.

Der spanische Gesandte in Wien erhielt nun in der That den Auftrag auf die Verzögerung der Uebertragung hinzuarbeiten, wogegen Khevenhiller in Madrid immer dringender wurde. Allein seine Mahnungen waren vergebens. Trotz der freundlichen Zusagen des Königs riethen die spanischen Politiker von dem Gewaltschritte ab und suchten Ferdinand II. mit einer Erhebung der bisher neutralen deutschen Staaten zu schrecken, Als endlich Khevenhiller in dringlichster Weise um nähere Aufklärung über die Anschauungen des spanischen Cabinets nachsuchte — die Antwort des Königs schien Oñates Instructionen vollständig zu widersprechen — theilte ihm Juan de Ceriça mit, der König lasse den Kaiser ersuchen, sich auf dem bevorstehenden Convente „aller friedlichen Mittel" zu befleißigen. Es sei dem Könige bei der Erschöpfung seiner Länder unmöglich den Kaiser

1) Londorp II. S. 1177.
2) Vgl. S. 357 ff.

weiter zu unterstützen. Ein scharfes Beschwerdeschreiben Jacobs an Philipp verringerte die Neigung des spanischen Cabinets sich dem Begehren Oestreichs zu fügen noch mehr. Dasselbe nahm nun die wirkliche Restitution des Pfalzgrafen oder wenigstens seiner Familie in Aussicht: der pfälzische Kurprinz, als eventueller Gemahl der jüngsten Tochter des Kaisers, sollte nach einem Confessionswechsel das Erbe seines Vaters wider vollständig erhalten „sowol an Land und Leuten, als an Dignität.“ [1]

Diese Pläne sind sowol in Wien als in London verworfen worden. Sie waren übrigens, da ja auch der Prinz von Wales mit der ältesten Tochter des Kaisers verheirathet werden sollte, Jacobs eignen Conceptionen vollständig entgegen, die sich gegen Ende des Jahres 1622 mehr und mehr zu dem festen Entschlusse vereinigten, die ganze pfälzische Sache durch die schleunige Vermählung Karls mit Maria von Spanien zum Abschluß zu bringen.

Nachdem aber Anfangs Januar 1623 die Eheberedungen mit Jacob I. zu einem so günstigen Erfolge geführt hatten, durfte man in Spanien hoffen, daß die englische Politik die Niederlande von selbst Preis geben würde, während ein mit Hilfe der habsburgisch-ligistischen Truppen geführter Krieg den Freunden Hollands in Frankreich und England sicherlich zum Siege geholfen und die alte französisch-englische Coalition gegen Spanien wider hergestellt haben würde. Spanien hoffte durch die englische Vermittelung die Niderlande nicht nur in kürzerer Frist, sondern auch mit geringeren Opfern wider zu erlangen. Gerade jetzt konnte ihm nichts daran gelegen sein, durch seine Betheiligung an der Absetzung des Pfalzgrafen König Jacob, den es so gut einzuschläfern verstanden hatte, aus seiner träumerischen Ruhe zu erwecken.

Der spanischen Politik war jedoch auch eine Vergrößerung Baierns, welche ihm ein widerspruchsloses Uebergewicht über alle andern süddeutschen Territorien verlieh, nichts weniger als genehm. Es lag der Schluß nahe, daß einst Frankreich mit Baiern gemeinsame Sache gegen das Haus Habsburg machen könne.

Und in der That betrachteten auch die französischen Staatsmänner das katholische Baiern schon eine Zeit lang als den einzigen deutschen katholischen Staat, der im Stande sei, Oestreichs Bestrebungen in Deutschland ohne Nachtheil für die Confession das Gleichgewicht zu halten. Der französische Geschäftsträger in Regensburg hatte daher auch nicht

1) Khevenhiller IX. 1790.

versäumt seinen vollen Einfluß für Maximilian in die Wagschale zu legen.[1] —

Dagegen hatte Spanien der deutschen Linie des Hauses Habsburg sogar mit der Abberufung seiner Truppen gedroht. Wider besseres Wissen übertrieb es die aus der Uebertragung für das Haus Oestreich und die katholische Confession erwachsenden Gefahren, indem es darauf hinwies, wie sich nun auch die bisher neutralen deutschen Stände erheben würden. Selbst ein geharnischtes Schreiben des Cardinals Ludovisi an den päpstlichen Nuntius zu Madrid, welches die Spanier beschuldigte, „nicht mehr der Religion wegen wider die Ketzer Krieg zu führen und Veltlin und Pfalz einzunehmen, sondern nur eignes Interesse" zu treiben, vermochte seine Parteistellung nicht zu ändern.[2] Gieng es doch sogar auch auf eignen Erwerb in der Rheinpfalz aus.[3] Wie ernst es Spanien überhaupt damit nahm, die Uebertragung der pfälzischen Kur zu hintertreiben, ergibt sich auch aus dem eben erwähnten Heiratsproject, welches man Khevenhiller zur Zeit des regensburger Tages übermittelte. Nach Maximilians Tode sollte dann dieser Enkel Jacobs I. Land und Leute seines Vaters wider erben, und Baiern und Pfalz die Kurstimme abwechselnd führen. Allein Khevenhiller betrachtete diesen Vorschlag, den man nach der Ankunft des Prinzen von Wales in Madrid wider fallen ließ, von Anfang an nur als ein Mittel, die wirkliche Uebertragung der Kur auf Baiern zu hintertreiben, und lehnte es sogar ab, Vollmachten für die weitere Verfolgung der Angelegenheit vom Kaiser einzuholen, der dieser Behandlung der Sache seine vollständige Zustimmung ertheilte.[4]

So hatte also Oestreich in richtigerer Würdigung der politischen Schwäche und Unzuverlässigkeit seiner auswärtigen und seiner deutschen Gegner[5] den Hauptzweck vollständig durchgesetzt: trotz Spaniens Widerspruch ward Maximilian Kurfürst und erhielt wenigstens vorläufig auch die Rheinpfalz; selbst ein Vertrag über den Austausch der Oberpfalz gegen das verpfändete Oberöstreich und 13 Millionen, welche Maximilian als Kriegskosten forderte, wurde im Anfange dieses Jahres geschlossen.[6] Am

1) v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse I. 191. 192.

2) Khevenhiller X. 66—71.

3) Khevenhiller X. 85. Schreiber 285.

4) Vgl. das sehr interessante Schreiben des östreichischen Gesandten bei Khevenhiller X. 86—90.

5) Vgl. Khevenhiller X. 83. 84.

6) v. Aretin a. a. O. S. 189.

15./25. Februar fand die feierliche Investitur statt, der von Seiten der Protestanten nur der Landgraf Ludwig mit seinem Sohne beiwohnte, während der spanische Gesandte so wie das in seinen Rechten gekürzte Pfalz-Neuburg sich von dem Schauspiele fernhielten. Allein Maximilian hat die Kur doch nur für seine eigne Person auf Lebenszeit erhalten.[1] —

In Rom erblickte man in diesem Acte einen glorreichen Sieg der Kirche über die deutschen Ketzer: ein Tedeum zu St. Peter, Geschützdonner, Illuminationen und andere Festlichkeiten brachten hier das Verständniß für das glückliche Ereigniß in der Ferne auch dem gemeinen Manne nahe. Aus Erkenntlichkeit für die von der Curie geleisteten Dienste übersendete Maximilian Gregor XV. einen Theil der heidelberger Bibliothek und sprach ihm, der die Sache gleichsam am ersten vorgeschlagen und darnach den völligen Schluß gemacht habe, seinen wärmsten Dank aus. Gut und Blut wollte er zur Austilgung der Protestanten in Deutschland und zur Erhöhung der katholischen Confession aufsetzen. Sein Gesandter Wilhelm Fugger suchte darauf auch die päpstliche Bestätigung der neuen Würde nach.

Unter den Personen, welche sich damals in Regensburg zum Theil um eigne Angelegenheiten zu betreiben, aufhielten, befand sich auch Tilly. In die Verhandlungen über den zu beginnenden neuen Krieg hineingezogen, erklärte er sich nach Soldaten Art mit großer Bereitwilligkeit für den Reichskrieg gegen die Holländer, ohne indessen Maximilian selbst dafür gewinnen zu können. Dieser war durchaus nicht geneigt, den Spaniern mit Hilfe der Liga wider zum Besitz Hollands zu verhelfen: er hätte sich ohne Zweifel durch solche Bestrebungen nur auch noch die Feindschaft Frankreichs erworben.

Im Uebrigen aber gieng auch Maximilian von dem Gedanken aus, daß das beginnende Jahr neue Stürme heraufführen werde. Deshalb berief er seine Bundesgenossen ebenfalls nach Regensburg, um die nothwendigsten Maßregeln zum Beginn des neuen Feldzugs anzubahnen. Am 2. April kam der Abschied zu Stande, durch welchen man sich von Seiten der Liga zur Aufrechterhaltung des Kriegszustandes verpflichtete. Der ostensible Zweck der neuen Rüstungen, von denen der Papst 2 Regimenter und monatlich 20,000 Gulden auf sich nahm,[2] während der Kaiser sich

1) v. Aretin a. a. O. S. 190 ff.

2) Er hat indessen wahrscheinlich nur 6,000 Reichsthaler bezahlt. v. Aretin a. a. O. S. 197 Anm. 49.

mit 8,000 M. daran betheiligen wollte, war die Vertreibung Mansfelds aus Ostfriesland und die Entwaffnung des niedersächsischen Kreises, aus welchem Ende März und Anfang April so verworrene und Gefahr drohende Nachrichten einliefen. Zu diesem Zwecke sollte sich Tilly mit dem in Westfalen stehenden Grafen Anholt vereinigen und dem Feinde entgegen ziehen. Selbst vor einem Kampfe mit den Holländern sogar auf holländischem Boden schreckte die allgemeine Lage der politischen Verhältnisse die Katholischen nicht zurück: nur mit Belagerung von festen Plätzen, wenn sich Mansfeld etwa in dieselben werfen sollte, wollte man sich auf holländischem Gebiete nicht aufhalten. Die Friedensbestrebungen der protestantischen Stände hatten so wenig gefruchtet, daß sich die Katholischen bereits mit dem Gedanken befreundeten, das Directorium der Liga könne die Sachen also befinden, „daß die Bundesverfassung über das Jahr weiter hinaus erstreckt und continuiert werden müsse.“[1] —

Schließlich wollen wir auch einiger Gnadenerweisungen gedenken, welche Ferdinand II. noch hier in Regensburg denjenigen Fürsten, Diplomaten und Feldherrn zu Theil werden ließ, denen vorzugsweise die glücklichen Erfolge im Felde und im Kabinet zu danken waren.[2]

In dem Processe der beiden Hessen wegen der marburgischen Successionssache entschied er noch vor dem Schlusse der regensburger Versammlung für Darmstadt und entband auch die Unterthanen sofort ihres Eides gegen den Landgrafen Moriz. Außerdem erhielt Ludwig noch Güter der benachbarten Grafen, welche der pfälzischen Sache bisher gedient hatten und sie auch jetzt nicht verlassen wollten. Dem Kurfürsten von Mainz, der Regensburg grollend und in gerechter Besorgniß vor neuen Kämpfen am Rhein verließ, wurde die einst an Pfalz verpfändete Bergstraße zurückgegeben. Den Grafen von Hohenzollern und den Freiherrn von Eggenberg erhob die kaiserliche Gnade in den Reichsfürstenstand. Und auch Tilly sollte nicht leer ausgehen. Er stieg in den Grafenstand empor und bekam von Maximilian die Herrschaft Breiteneck in Baiern, wodurch der belgische Haudegen, welcher der deutschen Sprache nur wenig mächtig war, zugleich in der Reihe der schwäbischen Grafen Sitz und Stimme auf den Reichstagen erhielt.

1) Vgl. über diese Versammlung Stumpf, Diplomat. Geschichte der deutschen Liga 179—191; der Abschied des regensburger Bundestages vom 2. April S. 192 flgde.

2) Hurter IX. 178. Villermont, Tilly 221.

Siebentes Buch.

Herzog Christian von Braunschweig und sein Aufenthalt im niedersächsischen Kreise bis zur Schlacht von Stadtlohn.

Der Kreistag von Braunschweig. Herzog Wilhelm von Weimar und Mansfeld bieten dem niedersächsischen Kreise ihre Dienste an.

Nach der Eröffnung des regensburger Fürstentages und nach der Besetzung Westfalens durch Anholt, während Tilly in der Wetterau lagerte, schloß das Jahr 1622 mit den drohenden Anzeigen, daß im nächsten Jahre vorzugsweise das nördliche Deutschland der Schauplatz des Kampfes werden würde. Es schien unmöglich, daß sich die weltlichen Kurfürsten ohne Weiteres den Beschlüssen des regensburger Tages unterwerfen würden; man hielt es ferner für sehr unwahrscheinlich, daß der Kaiser den jungen Herzog von Braunschweig noch länger als Inhaber eines protestantischen Bisthums dulden werde. An dem Zustandekommen eines wirklichen Waffenstillstandes, wie er in Brüssel geplant worden war, verzweifelten selbst ziemlich unparteiische und maßvolle Beurtheiler der Verhältnisse.

Goldast entnahm dem Schreiben eines Katholiken die Ansicht, daß Ferdinand II. die Fehler seines gewaltigeren Ahnen Karls V. im schmalkaldischen Kriege vermeiden und mit mächtiger Hand durchgreifen werde. In diesem Falle erwartete Goldast Kämpfe an der Weser und an der Elbe und fürchtete die Restitution der nach dem passauischen Vertrag eingezogenen geistlichen Güter Norddeutschlands.[1]

Camerarius berichtete an Christian von Anhalt von einer Aeußerung Tilly's, nach welcher der Kaiser entschlossen sein sollte den Kalvinismus rücksichtslos auszurotten; nur als Papist könne der Pfalzgraf restituiert werden. Aus dem Haag meldete man ihm andrerseits von Versuchen Mansfeld und Braunschweig unter einen Hut zu bringen.[2]

---

1) Goldasts Schreiben an Sievert Pogwisch, Bückeburg 14. Dec. 1622. Londorp, Acta II. 1287.

2) Ungedruckte Briefe des Camerarius an Christ. v. Anhalt vom 5. u. 12. Oct., 13. u. 30. Nov. 1622. Herz. Archiv in Bernburg.

In Kursachsen erregte ferner die Vertreibung der lutherischen Prediger aus Böhmen selbst Hoës Mißfallen. Er sagte öffentlich in der Predigt, man dürfe nicht zu viel zusehen. Die beiden weltlichen Kurfürsten hielten eine Zusammenkunft in Annaburg, bei welcher Johann Georg erklärte, Kursachsen und Kurbrandenburg müßten zusammentreten und Kurpfalz wider restituieren, sonst sei es desperat. Auch die kursächsischen Räthe gestanden jetzt, dem Kaiser sei es nicht nur um die Region, sondern auch um die Religion zu thun: man müsse sich im ober- und niedersächsischen Kreise nach Verbündeten umsehen.

Der niedersächsische Kreis suchte indessen gegen die drohenden Gefahren frühzeitig Deckung. Der Kreisoberste, Herzog Christian von Celle, entsendete einen Botschafter Johann Behr nach Brüssel, um die Neutralität für den Kreis auszuwirken, die ihm auch gegen das Versprechen, den Reichsfeinden keinerlei Unterstützung zu gewähren, zugesagt wurde. Spinola's Schutzbrief, welcher sich auf den ganzen niedersächsischen Kreis erstreckte und das Stift Minden, so wie die Grafschaften Hoya, Diepholz und Bruchhausen noch besonders hervorhob, ist vom 23. Febr. 1623.[1] Bis zum 1. Mai versprach die Gesandtschaft für die im Namen des Kreises abgegebene Neutralitätszusicherung auch die Unterschrift der niedersächsischen Fürsten und Stände beizubringen.

Und doch, wie sehr hatten sich die Verhältnisse auf dem Boden des Kreises schon bei der Rückkehr jener Gesandtschaft geändert! Bereits in der zweiten Decemberwoche (1622) waren mansfeldische Offiziere in Bremen erschienen, um die Aufnahme einer Besatzung zu fordern. Tilly habe Befehl sich der Stadt und damit der Weser und Elbe zu bemächtigen. Bestürzt und hilflos suchte der Administrator Johann Friedrich Rath bei Christian Wilhelm, ein Rathloser bei einem andern. — Kurz darauf überschritt ein mansfeldischer Rittmeister Habersack bei Nienburg die Weser und besetzte die Aemter Wölpe und Blumenau. Ohne Genehmigung der landesherrlichen Behörden nahmen sie überall auf eigne Faust Quartier und sprachen davon, daß ihnen ein Graf von Stirum mit 2,000 Musketieren folgen werde. Friedrich Ulrich schickte eine Untersuchungskommission dahin ab; der Administrator von Magdeburg ersuchte ihn bereits Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. — Ein braunschweigischer Beamter meldete von Poppenburg aus Durchzüge von kleineren Abtheilungen bis zu 40 Pferden. Die Mannschaften bezeichneten Wolfenbüttel oder Hildesheim als ihr Ziel. Ein

1) Londorp II. 1290.

Offizier ließ sich verlauten, daß sie ins Stift Hildesheim rücken, sich hier bis auf 8,000 M. stärken und dann Halberstadt besetzen würden.

Schon dachte Christian von Celle bei der täglich wachsenden Verwirrung daran das Kreisoberstenamt ganz niederzulegen; von allen Seiten drängte man den Administrator von Magdeburg zur Berufung eines Kreistags, dem einzigen Auskunftsmittel in der allgemeinen Beklemmung.

Nun hatten jedoch Mansfeld und Christian von Braunschweig bereits eine große Anzahl braunschweigischer Aemter besetzt. Der erstere durchstreifte die Aemter Neustatt, Stolzenau, Siedenburg, Ehrenburg, Diepenau, Steyerberg, Syke, so wie die Stifter Hilligenroda, Bassum und Loccum. Das Volk des letztern nahm in Diepholz, Hoya, Lemförde, Burlage, in Alt- und Neubruchhausen Quartier. —

Und auch von der andern Seite hatte sich die Zukunft bereits vor Monaten als unheilbringend angekündigt. Man befürchtete im niedersächsischen Kreise seit einem Vierteljahr die Besetzung des Eichsfeldes mit 8,000 M. katholischer Truppen und brachte sie mit einer gewaltsamen Occupation des Stifts Halberstadt in Verbindung. Christian Wilhelm sah diese Maßnahme als einen Versuch der Gegner an, sich die günstige Gelegenheit zur Erweiterung der papistischen Gewalt zu Nutze zu machen. Er fand eine solche Einlagerung vollständig ungerechtfertigt. Im Vereine mit dem Herzoge von Braunschweig verwendete er sich jedoch bei Mainz vergeblich, um sie rückgängig zu machen. Es langte vielmehr Mitte Januar ein Schreiben des Kurfürsten an, worin derselbe das Besorgniß erregende Gerücht bestätigte.[1] Da Christian von Halberstadt den Rest der im vorigen Jahre auferlegten Brandschatzung unter Drohungen mit Feuer und Schwert immer noch eintreibe,[2] und auch Mansfeld dem Gerüchte zu Folge seinen Weg nach dem Eichsfelde nehmen wolle, werde ihm niemand verdenken, wenn er dem bei Zeiten begegne. Diese Mittheilung war von einem ähnlichen Schreiben des Kaisers selbst begleitet. Ja Tilly's Marsch durch das Stift Fulda betrachtete selbst der Kreisoberste geradezu als eine Provocation der protestantischen Anführer. Er glaubte, daß Tilly im Sinne habe sich Halberstadts und auch wol anderer Oerter zu

1) Das Schreiben des Kurfürsten an die ausschreibenden Fürsten ist Regensburg d. 4. Jan. 1623 datiert, das des Kaisers einen Tag später. Kgl. Staatsarchiv zu Magdeburg. Erzstift Magd. I. XVIII. Nieders. Kreis 31 (229).

2) Ein derartiges Schreiben des Herzogs aus Emden vom 4. Januar erwähnt Wolf, Polit. Gesch. des Eichsfeldes II. Urkundenb. 183.

versichern.[1] In den ersten Tagen des Januar erschien dann von der andern Seite der Graf Anholt in Vechta und machte Miene Mansfeld zu folgen.

Die Stellung der katholischen Armeen erregte überhaupt um diese Zeit nicht nur in Holland, sondern im ganzen nordwestlichen Deutschland die ernstesten Besorgnisse. Tilly stand in der Wetterau und in Kurhessen, Anholt in Paderborn und Münster, Heinrich von dem Berg in Köln, Cordova um Mühlheim an der Ruhr, Spinola in Jülich, als die niedersächsischen Kreisstände endlich gleichfalls zu den Waffen griffen.

Nachdem in Regensburg ein Krieg gegen Holland in Aussicht gestellt war, wollte auch der niedersächsische Kreis einem Ereigniß von so ungeheurer Tragweite gegenüber Stellung nehmen. Ein solcher Schritt kam der Versammlung in Regensburg selbst nicht unerwartet. Voll banger Besorgniß, daß Mansfeld seine Truppen im Voraus in den Kreis werfen werde, empfahl Ferdinand von Köln Christian von Celle sein Bisthum Hildesheim.

Und so berief man denn einen Kreistag ein, der am 26. Januar zu Braunschweig eröffnet wurde.[2] Die Hauptpuncte seiner Berathung sollten auf die Mittel und Wege gerichtet sein, durch welche man sich vor feindlichen Ueberfällen wahren und den Kreis sichern könnte. Man hoffte dies durch eigne Rüstungen zu erreichen, zu denen man nun um so mehr Veranlassung hatte, als von der einen der sich bekämpfenden Parteien bereits Truppen in den Kreis geworfen wurden, und Kurmainz in der That das Eichsfeld besetzt hatte. Wollten sich daher die Stände eine eigne selbständige Stellung wahren, so galt es allerdings „ein eilendes, starkes Defensionswerk zu verfassen und auf die Beine zu bringen."

Indessen versuchten die Kreisstände auch andere Mittel. Während Herzog Christian in die Grafschaften Hoya und Diepholz einrückte, den Amtmann von Tedinghausen gefangen nahm und nur gegen eine Ranzion von 5,000 Reichsthalern losgeben wollte, hielt es der Kreistag noch für hinreichend, ihm eine Deputation, bestehend aus Lorenz Heistermann für das Erzstift Bremen, aus August v. Weihe für die welfischen Lande und aus dem Capitän Gerhard Oberberg für Mecklenburg so wie endlich aus Dr. Winkler, dem Vertreter der Stadt Lübeck, mit einer geharnischten

1) Brief Christians an den Administrator von Magdeburg, Celle 19. Jan. 1623. Kgl. Staatsarchiv zu Magd. a. a. O.

2) Die nachfolgende Schilderung beruht zum größten Theile auf dem Kreistagsabschiede vom 8./18. Febr.

Instruction entgegen zu senden. Man verlangte die sofortige Abführung der Truppen aus dem zum Erzstift Bremen gehörigen Amte Tedinghausen und den genannten braunschweigischen Grafschaften, ferner die Befreiung des Amtmanns und drohte schließlich naiv genug mit Gewalt.

Allein diese Maßregel fruchtete nichts. Die Gesandten trafen zwar am 5. Februar in Bremen Christians Rittmeister Westphal, der ihnen indessen mittheilte, daß sein Herr nach Stolzenau oder Nienburg gezogen sei, und daß sich zu Oltenhausen und bei Altbruchhausen nur noch 5 Regimenter Mansfelder befänden. Da er von dem gegenwärtigen Aufenthaltsorte des Bischofs keine Kenntniß haben wollte, begab sich die Gesandtschaft eiligst zu Mansfeld.[1] Auch Christian von Celle hatte schon am 24. Januar wider ein Abmahnungsschreiben an seinen kühnen welfischen Vetter gerichtet.

Während nun die Versammlung zu Braunschweig zusammentrat, stellte Christian an seinen Bruder Friedrich Ulrich die Bitte, ihm den Paß ins Herzogthum Braunschweig und das Stift Halberstadt zu gewähren und neue Werbungen zu gestatten. Voll banger Sorge hatte Friedrich Ulrich seinem Bruder Georg v. Brietzke und Levin Hacke entgegengeschickt, die sich auch einer freundlichen Aufnahme in Altbruchhausen zu erfreuen hatten (a. 28. Jan.), allein trotz aller beruhigenden Versicherungen die Besetzung Stolzenau's und Nienburgs mit ansehen mußten. Friedrich Ulrich theilte den Bescheid, welchen seine Agenten von Christian erhalten hatten, dem Kreistage sofort mit: sein Bruder wollte den Kreis gegen die Spanier, die ihr Augenmerk auf die Weser gerichtet hätten, vertheidigen und ihren Anschlägen zuvorkommen. Würde der Kreis ihn versichern, daß sich die Spanier desselben nicht bemächtigen wollten, so verspreche er den General Mansfeld, dessen Generaloberstlieutnant er sei, davon zu benachrichtigen und die Abführung des Volkes zu befördern. Diese Mittheilung erschien den Ständen nur wie eine Drohung. Wenige Tage darauf riefen sie in ihrer Bestürzung die Vermittelung Christians IV. an, der die beiden Generale von dem beabsichtigten Durchzuge, durch welchen die evangelische Sache vollends zu Grunde gerichtet werde, zurückhalten sollte.[2]

Allein man traf auch nach der andern Seite hin in Braunschweig Anstalten, die protestantischen Interessen des Kreises zu sichern und sogar

1) Kgl. Staatsarchiv zu Magdeb. Erzst. Magd. I. XVIII. Niedersl. Kreis 39.
2) Kgl. Staatsarchiv zu Magdeb. Erzst. Magd. I. XVIII. Niedersl. Kreis 39.

für die in Böhmen und im Reiche gefährdete augsburgische Confession mit seiner Verwendung bei Kaiser und Reichsständen einzutreten. Die Stifter Magdeburg, Bremen und Lübeck, die welfischen Häuser Wolfenbüttel und Lüneburg und endlich die Stadt Lübeck übernahmen eine Gesandtschaft an die Versammlung zu Regensburg, deren Instruction (vom 10. Februar) bei aller Devotion als charactervoll und energisch bezeichnet werden muß. Vor allem gratulierten nämlich die niedersächsischen Stände Ferdinand II. zu seinem Siege, und flehten auch für die Zukunft Glück auf seine Fahnen herab! Dann aber gaben sie dem Kaiser auch von ihren eignen Rüstungen Nachricht, mit welchen sie nicht etwa Mansfeld oder einen seiner Anhänger unterstützen oder sich gar gegen den Kaiser selbst wenden, sondern nur ihre Pässe wahren wollten. Ferner aber „fielen sie dem Kaiser in die Arme" und baten um Abführung der kaiserlichen Heere von der Weser so wie um die Befreiung der süddeutschen Reichsstädte Hagenau, Kron-Weißenburg, Landau, Speier, Worms, Gelnhausen, Wetzlar und Wimpfen.

Und endlich sollte die Gesandtschaft den Kaiser um Indult für die evangelischen Besitzer geistlicher Güter ersuchen. Sie wurde außerdem durch ein eindringliches Schreiben Johann Georgs (vom 1. Febr.) an Ferdinand II. unterstützt, in welchem offen ausgesprochen wurde, daß die Vorgänge in Böhmen und die von Tage zu Tage erstarkende Gegenreformation die Mehrzahl der Stände auf den Gedanken gebracht habe, daß es ihm nun um die Religion zu thun sei. Es gab der Befürchtung der norddeutschen Stände vor der in nächster Aussicht stehenden Einlagerung kaiserlicher Truppen, ferner ihrem Verdachte hinsichtlich der Vorgänge zu Regensburg, wo wenig Mittel vorgeschlagen würden, den sichern Frieden wider herzustellen, offnen Ausdruck. Am 27. Februar a. St. sollte jene Gesandschaft von Halle aufbrechen. Sie ist indessen zu Haus geblieben. Nachdem in Regensburg die Uebertragung der Kur beschlossen war, überzeugten sich die tonangebenden Fürsten des Kreises, Christian von Celle, Friedrich Ulrich und Christian Wilhelm, von der Erfolglosigkeit dieses Schrittes. Sie wollten auch zunächst die Maßnahmen Kursachsens und Brandenburgs abwarten.

Mitten unter diesen Berathungen langte auf einmal die Nachricht an, daß der Oberst Dodo v. Kniphausen sich der Stadt Rinteln (3. u. 4. Febr.) bemächtigt und damit den Uebergang über die Weser gewonnen habe. Schon besorgte man, daß auch Mansfeld nachrücken werde.

Und so mußte man denn ernstlich in Erwägung ziehen, wie man sich gegen die herannahenden Truppen, die ungerufenen Kämpfer für die

protestantische Sache, verhalten wollte. Sollte man die Hände in den Schoß legen, um das Unvermeidliche über sich ergehen zu lassen, oder das Heer Christians von Braunschweig, der doch ein Mitglied des Kreises war, vertragsweise aufnehmen, oder sich endlich selbst in eine „tapfere Gegenverfassung" stellen? Da man in dem ersten Verfahren einen Schimpf für den Kreis sah, das zweite gegen Kaiser und Reich unverantwortlich und außerdem gefährlich schien, so blieb nur das letzte übrig. Selbstverständlich sollten aber diese in den Schranken der Reichsverfassung sich haltenden Rüstungen nur den Character der Vertheidigung tragen, und weder der Kaiser noch irgend ein Stand des Reichs durch dieselben bedroht werden.

Ja es scheint nicht, als ob man von Anfang an auf irgend einer Seite daran gedacht habe, diese Rüstungen auch nur eventuell gegen die Katholischen zu verwenden. Das Domcapitel von Magdeburg wenigstens sprach sich über die Stellung, welche sein Landesherr zu der Sache nehmen sollte, ziemlich deutlich aus. Die Herren hielten dafür, daß anfangs „die Motiven pro et contra einzuführen und das votum in bivio zu lassen sei." Sollte die Majorität für Rüstungen stimmmen, dann durfte der Administrator sich anschließen, „so weit man in terminis des heiligen Reichs Verfassung verbliebe," hatte sich aber dann noch mit seiner Landschaft auseinanderzusetzen. Die Räthe des Administrators, unter denen sich auch Timäus und Joachim Friedrich v. d. Schulenburg befanden, berichteten aber am 30. Jan. von der Thätigkeit des Kreistags geradezu: „heut ist einmüthig geschlossen worden, daß man bei diesem Unwesen nicht still sitzen, dem Mansfelder den Paß nicht verstatten und zu dessen Abwendung in Gegenverfassung und erlaubte Defensionsmittel sich stellen sollte." [1]

Man bemaß die Zahl der aufzubringenden Mannschaften auf das Neunfache der Quote, welche die Kreisstände matrikelmäßig zu ihrer Vertheidigung ins Feld stellten; oder, wie der technische Ausdruck damals lautete, auf die Tripelhilfe in Triplo. Die Stärke des Heeres belief sich, wenn alle Stände ihre Quote wirklich in Mannschaften und nicht in Geld lieferten, auf 9,760½ M. zu Fuß und 2,904½ M. zu Roß. Dabei hatte man Mecklenburg das Zugeständniß gemacht nur Reiterei zu stellen, wobei 1 Mann für 3 Fußsoldaten gerechnet wurde. Zunächst wollte man jedoch nur die Hälfte dieser

1) Kgl. Staatsarchiv zu Magdeb. Erzstift Magdeb. I. XVIII. Nieders. Kreis 31. (229.)

Truppen wirklich für die allgemeinen Zwecke des Kreises verwenden; die andere Hälfte hatte jeder Stand zur eignen Landesvertheidigung aufzubringen: sie bildete die Reserve. War auch diese unzureichend, so hatte man im Sinn den 10. ja sogar den 5. Mann des ganzen Kreises in die Waffen zu rufen. Alle Kreiseingesessenen, die sich in fremden Kriegsdiensten befanden, wurden in die Heimat zurückgerufen. Man beschloß ein Ausfuhrverbot zu erlassen und sah sich endlich auch nach fremder Hilfe um. Der obersächsische, der fränkische, der oberrheinische und auch der westfälische Kreis wurden ersucht, den niedersächsischen Kreisständen mit je 500 M. Cavallerie und 1,500 M. Infanterie beizuspringen. Ebenso vereinigte man sich zu einer Bitte an Christian IV., dem Kreise ein besonderes Hilfscorps von derselben Stärke zuzusenden, und gab das Gegenversprechen dem Könige gleichfalls in einem Vertheidigungskampfe, der nicht gegen den Kaiser gerichtet sei, sogar über die Grenzen des Kreises hinaus beizustehen.

Wollte ein Kreisstand sich nur durch Geld an den Rüstungen betheiligen, so wurde ihm allerdings auch dies nachgelassen, allein er hatte sich dann innerhalb 10 Tagen, d. h. bis zum 12. Februar, zu erklären, ob er Anritt- und Laufgeld und den ersten Monat Sold beisteuern wolle; erfolgte eine solche Erklärung vor dem 13. Februar nicht, so war jeder Stand zur Stellung von Mannschaften verpflichtet.

Diese neu geworbenen kleinen Contingente der einzelnen Kreisstände sollten von diesen selbst gemustert werden und bis zum 20. Februar in Verden an der Aller eintreffen; auf den folgenden Tag war die Generalmusterung angesetzt. Auch für die Verproviantierung seines Contingents hatte jeder einzelne Stand Sorge zu tragen.

Allein schon diese allgemeinsten Bestimmungen wurden durch einige bedenkliche Zugeständnisse in ihrer Verpflichtung für alle wesentlich beschränkt. So gestattete man dem Erzbischofe von Magdeburg und andern Ständen, ihr Volk nicht auf den Musterplatz, sondern sofort an die bedrohten Grenzorte der Weser und Elbe zu entsenden. Die Stadt Lübeck nahm sich die Freiheit, sich in dem Kreisabschiede ausdrücklich nur zur Stellung der Tripelhilfe zu verpflichten.

Trotz der Zersplitterung, welche so von Anfang an in Aussicht stand, sollten doch alle für den Kreis unter Waffen stehenden Mannschaften eine einzige Armee unter dem Obercommando des Herzogs Georg von Lüneburg bilden. Sie bestand aus 3 Regimentern Infanterie und eben so viel Cavallerie. Die obersten militärischen Stellen wurden ebenfalls durch

Kreistagsbeschluß besetzt. Zum Generallieutenant und Generalwachtmeister ernannte man Kurt Plate v. Gehl genannt Schloen; das erste Küraſſierregiment ſollte Herzog Georg ſelbſt, das zweite der eben genannte Generallieutenant befehligen. Im Betreff des dritten, aus Arkebuſieren beſtehenden Reiterregiments traf der Kreis keine beſtimmte Entſcheidung, ſondern überließ es Joachim v. Rheden und Georg v. Brietzke ſich über ſeine Führung zu vergleichen. Auch das erſte Regiment Fußvolk ſtand unter Herzog Georgs Commando, das zweite befehligte der Generaloberſtlieutenant Otto Plate v. Helverſen, der dem militäriſchen Range nach unmittelbar auf den Generalfeldoberſten folgte: im Betreff des dritten überließ man die Entſcheidung einem Vergleiche der vorgeſchlagenen Offiziere, des Herzogs Otto v. Braunſchweig und des Capitäns auf der Stapelnburg, Hans Wilhelm Heyde. Für die Charge eines Generalwachtmeiſters über die Infanterie wurde Joſt Andreas v. Waldhauſen oder Thile Albrecht von Ußlar vorgeſchlagen; Quartiermeiſter über Cavallerie und Infanterie ſollte Kurt Heinrich v. Ußlar werden. Als Generale über die Artillerie nannte man die Oberſten Fuchs und Schwalbach; einen Ingenieur fand man in Dominicus Saponius zu Bremen. Dieſen Offizieren wurde auf den Vorſchlag der fürſtlich bremiſchen Abgeordneten der Lieutenant Daniel v. Eſtorf, der im bremiſchen Gebiet gut Beſcheid wußte, attachiert. Zu Proviant- und Munitionsplätzen beſtimmte man Bremen, Hamburg, Hannover, Hameln, Hildesheim und Magdeburg. Sie wurden einem Generalproviantmeiſter, der dem Heere ſelbſt immer möglichſt nahe bleiben ſollte, untergeben. Bis auf die Pfenningmeiſter, die Gerichtsſchulzen und Profoſen herab bezeichnete der Kreistag auch die Beamten des Heeres.

Herzog Georg ſelbſt, welcher ſich den Kreisdeputierten durch Handſchlag und Revers, nicht aber durch den Eid zu verpflichten hatte, erhielt einen Monatsſold von 3,000 Reichsgulden, der Generaloberſtlieutenant von 700 Reichsgulden zugeſichert. Alle andern Offiziere wurden nach den Beſtimmungen des Kreistagsabſchieds vom 12. Juni 1622 beſoldet. Die Löhnung eines Küraſſiers betrug monatlich 18 Gulden, die eines Arkebuſiers 15 Gulden, ein gemeiner Infanteriſt erhielt 6 Gulden. Bei der Infanterie wurden 10 Mann von der Compagnie als Chargierte auf das „erſte Blatt“ geſchrieben. Wie gewöhnlich ſollte die Compagnie Infanterie 200 M., die Cavalleriecompagnie dagegen nur 100 M. zählen. Die Reiterei beſchloß man übrigens auf niederländiſchen Fuß einzurichten.

Bei all dem muß man jedoch ſtets im Sinne behalten, daß dieſe Beſtimmungen und Vorſchläge, da ja die ganze Kreisbewaffnung überhaupt

sehr bald ins Stocken gerieth, niemals alle in Ausführung gebracht worden sind.

Daß diese ganze defensive Stellung des Kreises nicht gesichert war, wenn man nicht auch militärisch wichtige Puncte außerhalb desselben besetzte, sah man schon auf dem Kreistage ein. Man beschloß daher auch die jenseits der Weser gelegenen Districte ins Auge zu fassen und sich die Schlüssel zum Kreise selbst, soweit sie nicht innerhalb seines Territoriums lagen, zu sichern. Auch die Grafschaften Hoya und Diepholz sollten „vertheidigungsweise in Acht genommen werden." Dem zu Folge fiel die Besetzung von Minden dem Kreisobersten und Friedrich Ulrich gemeinsam zu; für sich allein nahm Friedrich Ulrich Besitz vom Stift Corvei und der Stadt Höxter.

Der Zweck dieser Maßnahmen war, keine der kämpfenden Parteien über die Weser zu lassen. — Schwerer fiel die Entscheidung darüber, wie man sich zu stellen habe, wenn sich nun trotzdem eine Armee der Grenze nähere, um Quartier im Kreise zu nehmen. Die Majorität schien sich endlich dahin zu einigen, daß derjenige, welcher sich zuerst in dieser Absicht auf dem Boden des Kreises zeigen werde, mit Hilfe des Gegners zurückzuweisen sei. Vorsichtiger Weise wollte man sich jedoch für diesen Fall auch ausbedingen, daß der Bundesgenosse, nachdem er seine Schuldigkeit gethan hatte, den Kreis sofort räumen und sich überhaupt aller Feindseligkeiten gegen denselben enthalten sollte.

Der heiklichste Punct in diesen Rüstungsplänen war — der Geldpunct. Wie konnte eine für die damalige Zeit immerhin so bedeutende Truppenmasse von Ständen, welche alle durch die abenteuerlichen Finanzoperationen der Kipper und Wipper in außerordentliche Bedrängniß gerathen waren, auf den Beinen erhalten werden? Die Vorschläge, welche nach dieser Seite hin gemacht wurden, trugen den Stempel durchgreifender Entschiedenheit. Es wurde beantragt, die Geldmittel durch Bewilligung des hundertsten Pfennings zusammen zu bringen; Fürsten und Stände sollten sogar mit dem fünfzigsten Theile ihres Einkommens dazu beitragen. Dieser Vorschlag schien sich durch eine gewisse Gleichmäßigkeit der Belastung zu empfehlen. Als Bedenken wurde dagegen geltend gemacht, daß sich zu dieser ungewöhnlichen Art der Besteuerung die Landstände schwerlich verstehen würden: von dieser Seite wollte man den seit undenklichen Zeiten üblichen Brauch, nach welchem sich jeder Stand mit seinen Unterständen über die Art und Weise der Veranlagung zu vergleichen hatte, auch dies Mal festhalten. Indessen die erste Ansicht drang wirklich durch:

ausnahmslos sollte von jedem Besitzthum, von jedem Einkommen und Erwerb der hundertste Pfenning bei Strafe des Doppelten gezahlt werden. Wer unter 100 Gulden besaß, war von 20 Gulden an zu 2 Groschen verpflichtet; ein Besitzthum unter 20 Gulden aber wurde mit 1 Groschen 4 Pfenningen besteuert. Ein Jahreseinkommen von 50 Gulden repräsentierte ein Capital von 1,000 Gulden; 1,000 Gulden jährlicher Rente galt gleich 20,000 Gulden Capitalwerth. Selbst Kirchen und Hospitäler verschonte diese Auflage nicht; mußten doch sogar Knechte und Mägde von ihrem Dienstgelde den 100. Pfenning entrichten.

Diesen außerordentlich drückenden Bestimmungen gab die Kreisversammlung allerdings ihre Zustimmung, allein in einer Form, welche ihre Ausführung von vorn herein unmöglich machte. In dem Kreistagsabschiede lautet der hierauf bezügliche Satz wörtlich: „Gleichwie aber die Kreisstände sich durchs Mehrere erklärt, sie könnten an solchen modum sich nicht präcise verbinden lassen, also sollen sie gleichwol communicato consilio mit ihren Landschaften und Unterthanen einen solchen modum collectandi zur Hand nehmen!!“ Da man auf jeden Fall nicht im Augenblicke in den Besitz der auf solche Weise zusammen zu bringenden Summen gelangen konnte, und der Kreiskasten wie gewöhnlich leer war, so faßte man den Entschluß bei dem Könige von Dänemark oder bei der verwittweten Königin oder auch bei der holsteinischen Landschaft eine Anleihe von 900,000 Thlr.[1] gegen 5 % zu versuchen. Eine ähnliche Bitte richteten die Stände an die beiden Städte Hamburg und Hildesheim. Endlich aber sollten auch noch 14 Römermonate in 3 Terminen, deren spätester Jubilate war, in den Kreiskasten geliefert werden. Den Muth, die Execution gegen die in der Aufbringung der Mittel säumigen Fürsten und Stände auszusprechen, hatte der Kreistag nicht; wol aber einigte man sich dahin, in diesem Falle gegen die Unterstände und gegen die Unterthanen Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Das hinderte jedoch das Erzstift Magdeburg nicht, sich von vorn herein für zahlungsunfähig zu erklären, wenn die Stadt Magdeburg nichts beitrage. —

Dies sind die Grundsätze der tapfern Gegenverfassung, in welche sich der Kreis zu stellen gedachte.[2] Man sieht aus allem, es überkam die

1) Nach handschriftlichen Copien des Kreisabschieds. Die mecklenburgische Apologie spricht S. 207 nur von 300,000 Thalern.

2) Auszugsweise ist der Kreisabschied abgedruckt in „Fürstlich-Mecklenburgische Apologia,“ Beylagen S. 200—209.

Stände selbst während dieser Berathungen noch das Gefühl, daß sie in diesen Formen der alten Kreisverfassung einem ernstlichen Angriffe nicht gewachsen seien; allein eine wirkliche Einsicht in ihre bedauernswerthe Lage gewannen sie erst später. Vergeblich versuchte eine Anfangs April in Uelzen tagende Kreisdeputation diesen Beschlüssen sorgfältigere Nachachtung zu verschaffen, um mit den Kreistruppen Rinteln und Oldendorf zu besetzen.

Es war nicht zu verwundern, daß sich auf die Kunde von der Berufung eines Kreistags die Führer der protestantischen Sache beeilten, gewiß auch um die Entschlüsse des Kreises desto mehr zu beschleunigen, den Ständen ihren Degen zur Verfügung zu stellen!

Der erste unter diesen war Herzog Wilhelm von Weimar. Dieser junge, für die Interessen der von dem Haus Oestreich unterdrückten Partei in glühendem Eifer begeisterte Fürst war zugleich der einzige, welcher erkannte, daß man den kriegerischen Unternehmungen eine breitere und gesicherte Grundlage in einer politischen Organisation aller von dem habsburgischen Absolutismus bedrohten Stände geben müsse. Während Mansfeld, Christian von Braunschweig und die übrigen hervorragenderen Führer die einmal ergriffene Sache mehr als eine Privatangelegenheit ansahen, schien sich in Wilhelm von Weimar wirklich eine Spur von dem großartigen Organisationstrieb Wilhelms von Oranien zu regen.

Bald nach dem unglücklichen Ausgange der Schlacht von Fleurus bemühte er sich einen neuen protestantischen Bund herzustellen, der den Namen „Deutscher Friedbund" führte. Die Organisation des Ganzen gipfelte in einer ganz neuen Ordnung der deutschen Staaten unter dem Kaiser, dessen Autorität ausdrücklich anerkannt wurde, bei vollständiger und allgemeiner Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Die mit Wilhelms Unterschrift unter dem 17. October 1622 versehenen Statuten gehen von der Wahrnehmung aus, daß ohne Rücksicht auf die Grundgesetze des Reichs Gewalt für Recht gehe, und der Schwächere eine Beute des Mächtigeren werde, so daß endlich die politische und die religiöse Freiheit und mit ihr das ganze Reich und die gemeine Wolfahrt unrettbar zu Grunde gehen müsse. Um dies zu verhüten, wurde bis zu einer Vereinigung der verschiedenen Confessionen den Christen aller Orten freies Bekenntniß und freie Ausübung ihrer Religion gesichert. Ein anderer Hauptpunct der Statuten betraf die Erhaltung und Befestigung der deutschen Stände und ihrer Angehörigen, die

nach guten, dem höchsten Regimente von der ganzen Nation bewilligten Satzungen in aller Gleichheit regiert werden sollten. Ferner wurde allen, die in Deutschland namentlich Böhmens und der Pfalz wegen noch Krieg führen wollten, zugemuthet, auf gütlichem Wege die Päße auszuliefern. Alle Bündnisse namentlich mit Fremden wurden für aufgelöst erklärt, und eine allgemeine Versammlung aller deutschen Stände unter dem Kaiser zur Fassung der nöthigen Beschlüsse in Aussicht gestellt. Vor der Hand sollte der Bund ein Geheimbund bleiben.

So richtig nun die allgemeinen Grundlagen dieses projectierten Bundes auch waren, so wenig waren sie trotzdem geeignet, einer wirklich lebensfähigen Organisation zur Unterlage zu dienen. Und selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, der junge mittellose Fürst von Weimar war sicherlich nicht der Mann, diese Gedanken siegreich durchzuführen. Trotzdem sandte er jedoch wirklich einen Agenten, Dr. Daniel Volk, nach Süddeutschland, um zuerst die Städte zu gewinnen. Schweinfurt, Rotenburg, Windsheim und Nürnberg sollte Volk zunächst bearbeiten. Schon sein Bericht vom 12./22. December 1622 mußte jedoch den Herzog überzeugen, wie aussichtslos diese Bestrebungen waren. Nürnberg war nicht im Geringsten gewillt, in eine so unsichere und nach beiden Seiten hin gefahrvolle Bundesgenossenschaft einzutreten. — Unter den deutschen Fürsten hat nach Hurter[1] zuerst Ludwig von Anhalt die Mitgliedschaft des Bundes gesucht; er soll ihm sogar den ansehnlichen Beitrag von 350,000 Thalern haben zufließen lassen. Man dachte ferner in der Umgebung des Herzogs Wilhelm auch daran, die evangelische Ritterschaft in den Bund zu ziehen. Seinen Vicekanzler, Peter Müller, entsendete der Herzog zum Pfalzgrafen mit dem Ersuchen, die Sache auch bei seinen ehemaligen Unterthanen anzuregen und ihn selbst mit Kriegsmaterial und anderem, noch etwa vorhandenem Vorrath zu unterstützen. Ja Peter Müller gieng sogar in Wilhelms Auftrage zu Ernst Casimir von Nassau so wie zu Moriz von Oranien selbst.

1) Geschichte Kaiser Ferdinands II. Bd. IX. S. 282. 283. Unsere Erzählung folgt zum größten Theile den Acten des Königl. Haupt- u. Staatsarchivs zu Dresden. Der Kurfürst von Mainz hatte am 26. März 1624 eine Anzahl Schriftstücke, welche unter Herzog Wilhelms Bagage gefunden worden waren, nach Dresden gesendet. Darunter befanden sich auch die Statuten dieses Bundes. Ob aber auch nur diese Statuten eine so große Verbreitung desselben, wie Hurter a. a. O. S. 283. 284 angibt, in Aussicht nahmen, steht sehr dahin. Ueber die ganze noch etwas dunkle Sache ist Röse, Bernhard von Weimar I. S. 100. u. S. 336. Anm. 33. zu vergleichen.

Allein die Niederlande schwankten in diesem Augenblicke selbst noch über die nächsten, nothwendigen Schritte, und obwol manigfaltige Unterhandlungen mit Piemont, Venedig und Frankreich im Gange waren, so schienen sie doch gerade damals wenig geneigt, die Sache zum Aeußersten zu treiben. —

Daneben suchte man auch auf die öffentliche Meinung namentlich in den Reichsstädten einzuwirken. Es liegt uns eine Flugschrift[1] vor unter dem Titel — Der evangelischen Reichsstädte Schildwacht, deren Losung ist: Wacht auf, wacht auf, ruft euch die Stimme — welche von diesen Vorstellungen ganz erfüllt ist. Die Schrift ist sichtlich darauf berechnet Stimmung zu machen und die allerdings schwer bedrohten Reichsstädte für die Pläne des jungen Fürsten zu gewinnen. So heißt es S. 2: „die Reichsstädte Kronweißenburg, Landau, Speier, Worms, Wetzlar, Gelnhausen, Friedburg in der Wetterau und andere mehr bezeigen schon, daß obgedachte Warnung nicht vergebens gewesen sei." An einer andern Stelle wird ihnen vorgehalten, daß sie zu kaiserlichen Kammergütern gemacht werden würden, daß man die Forderung an sie stellen werde, die geistlichen Güter zu restituieren und ihre geworbenen Truppen abzudanken. Vom Bischof zu Wirzburg will die Schrift wissen, daß er sich oft bei Tisch geäußert habe, er hoffe innerhalb 3 Jahren bei St. Lorenz in Nürnberg Messe zu lesen. Ein hoher kaiserlicher Rath soll gesagt haben, ein römischer Kaiser könne sich um das Reich nicht besser verdient machen, als wenn er die Reichsstädte reformiere. Von einem andern wurde der Ausspruch mitgetheilt, daß das Wort „neutral gut Holz gebe", die Reichsstädte und Neutralstände damit zu verbrennen. Als letzter Plan der katholischen Gegenpartei wird die gewaltsame Ausführung des tridentinischen Concils bezeichnet.[2]

Trotz der geringen Erfolge seiner Bundesbestrebungen setzte Herzog Wilhelm, von dem im Anfang des Jahres 1623 aus den Niederlanden zurückgekehrten älteren Bruder Johann Ernst aufgemuntert, seine Werbungen im Thüringischen fort. Der Letztere war es auch, welcher die Verbindung mit den Niederlanden durch seinen daselbst zurückgelassenen Sekretär Abraham Richter und einen andern Agenten Simon Frisius aufrecht erhielt.

---

1) Der Euangelischen Reichsstätte | Schildtwacht. | Deren Losung ist | WAcht auff, Wacht | auff, rüfft Euch die Stimme. | Von | Hipilippano Dinoro Bonamico, | Religionistarum Beatissimorum Secretario... Anno Christi 1623. Cui libet licet mutare nomen atque Sigillum, si modo fraus est. 4. 9 S.

Herzog Johann Ernst selbst betrachtete übrigens seinen Aufenthalt in Deutschland nur als einen vorübergehenden. In Nymwegen hatte er unter jenem Abraham Richter seine Dienerschaft zurückgelassen und ließ sie von seinem niederländischen Jahrgehalte unterhalten. Man könnte daher wol auf den Gedanken kommen, daß er von den Generalstaaten in besonderer Mission nach Deutschland geschickt wurde, um die gerade damals während der Uebertragung der pfälzischen Kur sehr aufgebrachte Stimmung selbst Kursachsens und Kurbrandenburgs zum Aeußersten zu treiben und vielleicht auch die Unterstützung der Niederlande in Aussicht zu stellen. Allein einen bestimmten Auftrag von Seiten der Niederlande hatte er allem Anscheine nach nicht. Die Politik der Generalstaaten war in diesen ersten Monaten eine mehr beobachtende, und die Führer selbst dachten nicht daran, schon jetzt maßgebend in die norddeutschen Verhältnisse einzugreifen.

Demgemäß meldete auch jener weimarische Sekretär Abraham Richter seinem Schwager, dem Sekretär Johann Mylius, daß bis jetzt in den Niederlanden noch geringe Hoffnung sei, mit dem herannahenden Frühlinge wider zu Felde zu ziehen, und theilte auch den wahren Grund der hinhaltenden Politik Hollands mit in den Worten: „indem Engelland noch auf dem alten harten Kopf verharret und sich wankelmüthig zeiget.“[1] Ja Moriz von Oranien ertheilte in einem Schreiben vom 25. Febr. 1623 Johann Ernst, der ihm von Neuem Anträge gemacht zu haben scheint, die von seinem Bruder oder dem Herzoge von Altenburg geworbenen Truppen in seinen Dienst zu nehmen, geradezu eine abschlägige Antwort.[2]

---

1) Brief vom $\frac{28. \text{ Jan.}}{7. \text{ Febr.}}$ 1623, präsent. 20. Febr.

2) Das Schreiben lautet folgender Maßen: Hochgeborner Fürst, freundlicher lieber Oheim! E. L. Schreiben unterm Datum Weimar den 14. und 22. nächstabgewichenen Monats Januarii haben wir zu Recht empfangen, und was dieselbe von den Truppen, so Herzog Friderich zu Sachsen-Altenburg geworben, uns advisiren, daraus wol vernommen. Gleichwie wir nun E. L. Wolmeinung und zu diesen Landen und uns tragende gute Affection daraus verspüren, also thun gegen dieselbe wir uns solcher guten Correspondenz ganz freundlich hiemit bedanken. Mögen aber E. L. hinwiderum nicht verhalten, daß die Herrn Generalstaaten noch zur Zeit nicht resolvirt einige neue oder andere Werbung zu thun, als nur die in ihrem Dienst allbereit habende Compagnie zu bestärken. E. L., die uns zu allen möglichen Diensten willig und bereit haben, Gott dem Allmächtigen zu allem Wolstand freundlich damit empfehlend. Datum s'Gravenhagen am 25. Februarii 1623. — Gesamt-Staatsarchiv zu Weimar.

Da Herzog Wilhelm über die nächsten Pläne der Generalstaaten durch Johann Ernst genau unterrichtet sein mochte, so blieb ihm nichts übrig, als seinen Degen denjenigen Mächten im innern Deutschland zur Verfügung zu stellen, auf deren kriegerisches Vorgehen man damals allgemein rechnete.

Zuvor wendete er sich jedoch am 12. Januar 1623 von seiner Landeshauptstadt aus mit einem derartigen Gesuche an König Christian IV. Er sprach die Hoffnung aus, in Kurzem mit 6,000 M. Fußvolk und 2,000 Pferden einem Kriegsherrn zuziehen zu können, und rühmte noch ausdrücklich, die ihm untergebenen Offiziere würden ihm unter jeden evangelischen und der deutschen Libertät wol gewogenen Kriegsherrn mit Freuden folgen. Auf die Bereitwilligkeit und den Gehorsam der Soldaten konnte er bei einem derartigen Beginnen mit Sicherheit zählen. Er hoffte, falls es dem niedersächsischen Kreise genehm sein würde, in Folge der Empfehlung des Königs ihm „seine gute und getreue germanische Affection" vermittelst einer geeigneten Capitulation an den Tag legen zu können.

Zu demselben Zwecke sendete er dann seinen Hofmeister Heinrich v. Sandersleben mit einem besondern geheimen Auftrage an den Kreisobersten Herzog Christian den Aeltern von Braunschweig und den Oberstlieutenant Georg Usell mit einer Instruction gleichfalls vom 12. Januar 1623 an Friedrich Ulrich. Im Hinblick auf das vortheilhafte Zeugniß, welches er durch sein bisheriges kriegerisches Auftreten verdient habe, erklärte er seinen Entschluß, diese Laufbahn „aus erheblichen Ursachen" auch noch weiter fortzusetzen, und erbot sich binnen kurzer Zeit mit derselben Truppenzahl, wie er sie schon dem Könige von Dänemark angegeben hatte, dem Kriegsschauplatze zuzuziehen. Wenn es Gottes Vorsehung gemäß und der Wille des in großer Gefahr schwebenden niedersächsischen Kreises wäre, so würde er sich viel lieber in die Dienste desselben begeben, als ihn oder irgend einen seiner Fürsten durch sein Heer in Nachtheil bringen — so äußerte er sich ziemlich naiv über seine eignen Pläne.[1] Obwol uns die Antwort Friedrich Ulrichs auf dieses Gesuch nicht vorliegt, so ist es doch nicht schwer, sie mit ziemlicher Bestimmtheit zu errathen. Von Friedrich Ulrich hat Herzog Wilhelm damals eben so wenig als von dem niedersächsischen Kreise und dem Dänenkönige eine Zusage erhalten. Der niedersächsische Kreis ersuchte

1) Instruction des Herzogs Wilhelm zu Sachsen für Georg Usell. Kgl. Staatsarch. zu Magd. Domcapitel zu Halberstadt XIX. 8.

ihn vielmehr (6. Febr.) sein Gebiet zu verschonen; er erklärte ihm, seine Absicht werde gerade die entgegengesetzte Folge haben. —

Voll größter Besorgniß sah man auch in den Nachbarlandschaften den Folgen dieser weimarischen Werbungen entgegen, die sich dem Gerücht zu Folge bereits um die Mitte Januar auf 8,000 zu Fuß und 2,000 Pferde belaufen sollten. Namentlich war es Johann Georg von Sachsen, der ganz offen erklärte, dergleichen Werbungen als Kreisoberster nicht gutheißen zu können. Er fürchtete, daß man den bereits um Fulda stehenden Tilly auch nach Thüringen ziehen werde. Durch ein Schreiben vom 20./30. Jan. 1623 zog er von dem Herzog Johann Casimir von Coburg, der vor Kurzem in Weimar gewesen war, Erkundigungen über den Fortgang dieser Rüstungen ein. Der damals mit der Regierung der weimarischen Lande betraute Herzog Albrecht ließ hierauf am 6./16. Februar an Coburg erklären, daß sein Bruder Wilhelm allerdings eine Anzahl Offiziere gesammelt und dem niedersächsischen Kreise seine Dienste angeboten habe; die Absicht, auch den Herzog von Altenburg mit seinen im Gebiet der Stadt Erfurt plündernden Schaaren in das weimarische Ländchen aufzunehmen, wies er indessen als Verdächtigung zurück. Man hatte sogar Befehl ertheilt, diese Schaaren nöthigen Falls mit Gewalt zu vertreiben. —

Die abschlägigen Antworten, welche Herzog Wilhelm überall, wo er sich um Bestallung bewarb, erhielt, scheinen ihn in nicht geringe Verlegenheit gesetzt zu haben. Und so faßte man denn in Weimar den Plan, den Versuch zu machen, den Kurfürsten Johann Georg selbst, dessen höchsten Zorn die fürstlichen Brüder der ernestinischen Linie durch ihre Betheiligung am böhmischen Kriege auf sich geladen hatten, zu versöhnen. Herzog Wilhelm stellte das Ersuchen an den Markgrafen Christian von Culmbach bei Gelegenheit eines Besuchs in Dresden Erkundigungen über die Gesinnungen des Kurfürsten gegen seine Stammesvettern einzuziehen. Markgraf Christian sollte ferner versichern, daß man in Weimar nur nach der Wolgewogenheit des Kurfürsten strebe, und vor allem die Theilnahme Johann Ernsts am böhmischen Feldzuge aus allen Kräften entschuldigen. Auch an Caspar von Teutleben, welcher Johann Casimir von Coburg bei den Leichenfeierlichkeiten für die verstorbene Wittwe des Kurfürsten Christian I. vertrat, richtete die weimarische Regierung am $\frac{23.\ \text{Januar}}{2.\ \text{Februar}}$ 1623 ein ähnliches Gesuch. Er hatte sich in Dresden zu versichern, ob man von der Anwesenheit Johann Ernsts in Weimar bereits unterrichtet sei, und sogar einen Besuch des Herzogs in Aussicht zu stellen. „Wir unsers Theils machen uns die Hoffnung, es sollte durch solche Zusammenkunft der bishero

verspürte Disgust am ehesten aus dem Wege geräumt, und dagegen bei itzigen schwierigen Zeiten gut Vertrauen und freundliche Zusammensetzung gestiftet werden können" — war die Ansicht der weimarischen Räthe. Allein sie werden von dem Berichte Caspars v. Teutleben über die Stimmung am kursächsischen Hofe nicht eben erfreut gewesen sein. — Die Verhandlungen des Herzogs Wilhelm mit Herzog Friedrich von Altenburg, so wie die fortgesetzten Werbungen des erstern hatten in Dresden den Mißmuth aufs Höchste gesteigert. Man wollte hier sichere Nachricht haben, daß alle diese Rüstungen nur zu Mansfelds Gunsten unternommen seien, und schenkte den weimarischen Versicherungen, nach welchen sie auf Kosten der Reichsstädte und zu des niedersächsischen Kreises Besten geschehen sollten, nicht den geringsten Glauben. Der damalige Lenker der kursächsischen Politik, Präsident v. Schönberg, hatte Caspar v. Teutleben während der Leichenfeierlichkeiten in der Kirche aus freiem Antriebe gesagt, daß sich der Kaiser gegen den Kurfürsten durch einen besondern Kurier dahin erklärt habe, Tilly werde in das Land rücken, sobald Herzog Wilhelm irgend welche Truppenmassen, möchten sie zahlreich oder gering sein, sammeln werde. Die größte Schuld an diesen neuen Wirren maß man dem Herzoge Johann Ernst selbst zu; man hatte ihn im Verdachte, als ob er seine Brüder „zu solchem Vorhaben anfrischete," da er gerade zu der Zeit zurückgekehrt war, in welcher die Werbungen am stärksten betrieben wurden. Unter diesen Umständen war natürlich an keine persönliche Zusammenkunft der beiden Stammesvettern zu denken.

Trotzdem hat jedoch Wilhelm seine Verhandlungen mit dem Kurfürsten noch fortgesetzt und ihm sogar durch den Obersten Bernhard Starschedel ein Anerbieten zur „Conservierung der reinen evangelischen Religion" machen lassen, dem jedoch gleichfalls ein ungünstiger Bescheid zu Theil wurde. Dieses vor die Verbindung Wilhelms mit dem Bischofe von Halberstadt fallende Anerbieten wird natürlich ähnlicher Art gewesen sein, wie die Anträge, welche er Friedrich Ulrich und dem niedersächsischen Kreise unterbreitete.[1] —

Ja sogar Mansfeld, welcher in jenem ersten Monat des Jahres 1623 den Generalstaaten eine Armee von 40,000 M. Fußvolk und 20,000 Pferden anbot,[2] glaubte bei den allgemein erwarteten Rüstungen des

1) Wilhelm von Weimar an Johann Georg, Wernigerode 24. März. Erzstift Magdeburg. I. XVIII. Nieders. Kr. 35. Röse, Herz. Bernhard I. 337.

2) Capellen, Gedenkschriften I. 145.

niedersächsischen Kreises seine Rechnung zu finden.[1] Auch er bat Friedrich Ulrich unter dem $\frac{22.\ \text{Jan.}}{1.\ \text{Febr.}}$ 1623 von Stickhausen aus, auf der Kreisversammlung die Schritte zu thun, welche sowol die Wolfahrt des Kreises, ferner des allgemeinen evangelischen Wesens und der deutschen Libertät, als auch seines eignen Fürstenthums, dem ja die Gefahr am nächsten sei, erforderten. Dabei sollte sich der Herzog von Braunschweig versichert halten, daß ihm Mansfeld mit seinen Schaaren aus bestem Herzen zu dienen geneigt sei. Den niedersächsischen Kreisständen aber stellte er in einem besondern Schreiben von demselben Datum, das, wie es scheint, von einem Obersten überbracht wurde, noch einmal sehr lebendig die Gefahr vor Augen, in welche sie durch die spanisch-habsburgische Politik versetzt worden waren. Wenn er sich ihnen dann schließlich auch nicht geradezu anbot, so ließ er sich doch wenigstens ziemlich deutlich als Retter in der Noth durchblicken.

Und um nun den Eindruck der falschen Beurtheilung, welche seine Parteinahme für die bedrängten evangelischen Interessen bei den Gegnern erfahren hatte, in den Hintergrund zu drängen, und damit die Stände selbst auf dem Kreistage desto ersprießlichere Maßnahmen treffen könnten, gab er ihnen folgende feierliche Erklärung über das Ziel aller seiner zeitherigen Unternehmungen: „Und halten es demnach dafür, was auch gleich unsere Widerwärtigen und allen evangelischen Kur-, Fürsten und Ständen übel affectionierte Leute ausgeben und spargieren mögen, daß, so lange das beschwerliche jämmerliche Kriegswesen im Reich continuiert, wir nicht allein unsere Treue und Aufrichtigkeit denjenigen Potentaten und Ständen, welchen wir mit noch habendem Kriegsvolk bedient gewesen, derogestalt erwiesen, daß sie damit wol zufrieden gewesen, sondern daß, so viel an uns und Gott aus Gnade verliehen, wir der so lange Zeit affectierten spanischen Gewalt uns tapfer widersetzet und die löbliche deutsche Nation, besonders die deutschen Kurfürsten und Stände bei ihrer Religion und den so theuer erworbenen germanischen Freiheiten erhalten zu helfen uns mit großer Gefahr und Sorge bemüht haben; wie wir dann auch nochmals gesinnt und entschlossen, in solcher tapfern Resolution auch ins Künftige zu beharren und fortzufahren."

---

1) Mittendorff führt S. 58 ein Gesuch an Christian v. Celle um Werbungen im Kreise vom 31. Nov. 1622 an, dessen Ausstellungsort jedoch falsch zu sein scheint. Der Kreis schlug dasselbe natürlich ab.

Für Mansfeld ist es ganz zweifellos, daß die Gegenpartei nur beflissen ist unter dem Deckmantel des kaiserlichen Namens die Religion auszurotten und die ständischen Freiheiten zu unterdrücken. Mit einer Zuversicht, die auch jetzt noch den in die Pläne Ferdinands II. Eingeweihten in Erstaunen setzt, spricht er es aus, daß alle reformierten Stifter binnen kurzer Zeit wider in die Gewalt des Papstes gebracht werden würden, wenn man dem Gegner nicht mit einer hinlänglich starken Kriegsmacht begegnen könne. Nur um dem vorzubeugen, erklärt er seine Armee noch auf den Beinen zu halten und bittet daher die Stände deshalb keinerlei Verdacht gegen ihn zu fassen, sondern ihm einen derartigen Bescheid zukommen zu lassen, wie ihn eben der Drang der Noth erforderlich mache.

Da man befürchtete, daß Mansfeld trotz der abschlägigen Antwort des Kreises[1] mit seiner ganzen Macht hereinrücken werde, beeilte sich die Kreisversammlung dem durch eine Gesandtschaft zuvorzukommen. Mit großem Wolwollen[2] empfangen, erhielt diese die Zusage, daß der General in keinerlei Weise feindselige Absichten gegen den niedersächsischen Kreis hege, und mit dem Herzoge von Braunschweig, der unterdessen von Altbruchhausen aufgebrochen war, in keiner Verbindung mehr stehe.

Weder der kriegslustige Herzog von Weimar noch auch Mansfeld mit seiner zur Schau getragenen Opferliebe für die evangelischen Interessen und den Besitzstand der kleinen norddeutschen Fürsten vermochten den niedersächsischen Kreis auf die Seite der thatsächlichen Opposition gegen den Kaiser zu drängen. Mochten auch die meisten Stände die Anschauungen der länderlosen Heerführer über den Character des Kriegs und die Pläne der katholischen Partei theilen, so war doch kein einziger gewillt, für die allgemeine Sache Land und Leute aufs Spiel zu setzen und selbst auf dem Kampfplatze aufzutreten. Noch weniger zeigten sie sich geneigt, jene zum größten Theile aus Ausländern bestehenden Heere aufzunehmen und auf ungewisse Zeit zu verpflegen.

---

1) Braunschweig am 1. Febr. Der Kreis beruft sich auf seine Neutralität und sein eignes Defensionswerk.

2) Zu Stickhausen am 9. Februar, Londorp II. 1288.

Christian von Braunschweig im Dienste seines Bruders Friedrich Ulrich.

Der Hauptschlag der habsburgisch-ligistischen Waffen sollte im Jahr 1623 den Generalstaaten gelten. Wie wichtig mußte es daher für diese sein, wenn auch die Vorlande, vor allen der niedersächsische Kreis, nun wirklich die Partei ergriffen, zu welcher sie ihren Interessen nach gehörten! Oder konnte man es in Niedersachsen ruhig mit ansehen, wenn an dem jungen Herzoge von Braunschweig, dem Inhaber des halberstädter Bisthums, die längst gefürchtete Acht vollstreckt wurde? Mußte man dann nicht gewärtigen, daß auch in den übrigen protestantischen Stiftern des Kreises wenn auch vielleicht zunächst nicht in gewaltsamer Weise die Widerherstellung des alten Glaubens versucht und damit der ganze Territorialbestand in Frage gestellt werden würde?

Allein das größte Interesse, daß nichts von dem geschah, hatte zunächst doch Christian von Halberstadt und seine Familie. Und so ist es nicht zu verwundern, daß er glücklicher als Herzog Wilhelm von Weimar und Mansfeld war, daß er wirklich mit seiner ganzen Armee den niedersächsischen Kreis überziehen durfte. Es ist dies freilich geschehen, nachdem bereits sein lüneburgischer Nebenbuhler Herzog Georg zum Schutze des Kreises berufen war. Allein die Verwirrung der Anschauungen dieser Fürsten und ihre Unsicherheit über die zu ergreifenden Maßregeln war nun einmal so groß, daß dieselbe Kreisversammlung zu Braunschweig, welche Herzog Georg als Kreisgeneral in Pflicht genommen hatte, vierzehn Tage darauf auch Herzog Christian mit seinem viel zahlreicheren Heere den Eintritt gestattete.

In Wolfenbüttel selbst aber war Anfang December 1622 eine Veränderung eingetreten, welche vielleicht auch mit diesen Verhältnissen in Verbindung steht. Mutter und Oheim des regierenden Herzogs hatten endlich, von den Landständen unterstützt, die Entfernung der Landdrosten durchgesetzt und das Land mit einer bessern Regierung versehen. Zu derselben gehörte auch der halberstädtische Domherr Henning v. Steinberg als einer der vier Oberhauptleute, so wie der mit Herzog Christian in genauem Verkehr stehende und im Stift Halberstadt bedienstete Heinrich Wernecke als Geheimer Rath.[1] —

Schon länger scheint Christian entschlossen gewesen zu sein, sich allen Eventualitäten gegenüber als Fürst des niedersächsischen Kreises zu behaupten.

---

1) Havemann a. a. O. II. 594, 595.

Und so rückte denn am 16. Januar eine ziemlich bedeutende Anzahl von Truppen, unter denen auch mansfeldische waren, in das Erzstift Bremen ein, um einen Paß über die Weser zu gewinnen. Dies mißlang: weder Friedrich Ulrich noch Christian von Celle[1] gestattete ihnen den Uebertritt, so daß sie die Weser aufwärts marschierten und am 3. und 4. Februar mit Gewalt in die Stadt Rinteln eindrangen, welche sie wie auch Oldendorf mit einer Garnison belegten. So hatte Christian zwei Weserübergänge erlangt.

Ueber die weiteren Pläne des Bischofs erhielten die Fürsten des niedersächsischen Kreises bald Nachricht. In der ersten Februarwoche, wenn nicht schon früher, theilte derselbe seinem Bruder mit, daß er seinem Lande in Zukunft keinen Schaden mehr zufügen wolle, und bat alles Vorgegangene den Befehlen des Grafen v. Mansfeld zuzurechnen. Zugleich aber suchte er nicht nur um einen offnen Paß, sondern auch um die Erlaubniß zu neuen Werbungen nach. Dasselbe Begehren, nur mit der Drohung auch mit Gewalt durchzubrechen, stellte der Herzog Wilhelm von Weimar.[2]

Auch die Herzogin-Wittwe Elisabeth scheint von der Absicht ihres Sohnes, ein Unterkommen im Kreise zu suchen, unterrichtet gewesen zu sein. Schon am 3. Februar nämlich theilte sie Friedrich Ulrich ihre Freude über den Entschluß mit nach Stolzenau zu gehen, um dort mustern zu lassen, und legte ihm den Wunsch, sich mit seinem Bruder Christian zu besprechen, mit den Worten nahe: „es könnte zu vielen Dingen gut sein, wenn Du und Christian hättet selber können zusammen kommen und mit einander reden, daß Du ihn thätest (hättest?) abmahnen von diesem Werke abzulassen oder zum wenigsten diese Lande zu verschonen, denn es ist ja sein eigen Vaterland."

Ohne Rücksicht auf die Lage der politischen Verhältnisse, für deren Beurtheilung ihr die Erinnerung an den Gemahl und ein sehr lebhaftes Gefühl als Weib damals noch allein den Maßstab in die Hand gaben, strebte sie vornehmlich danach, den geliebten Sohn der Gnade des Kaisers zu empfehlen und ihm sein theuer erworbenes Bisthum zu erhalten. Denn Christian war ja doch auch bei Friedrich Ulrichs kinderloser Ehe der nächste

1) Christians Bericht an den Kaiser vom 28. Febr. 1623. Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Dänemärkisches, Niedersächsisches Kriegswesen von anno 1621—1624. B, 24a Conv. I.

2) Relation des magdeburgischen Rathes Timäus an Christian Wilhelm, Braunschweig am 7. Febr. 23. Kgl. Geheimes Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsischer Kreis No. 92. 1. 85. 1623. Der bevorstehende Kreistag, Werbungen, Mansfelder betr.

an, im niederſächſiſchen Kreiſe Quartier zu nehmen. Sein Bruder aber benutzte dieſe mißlichen Umſtände, um ihn mit einem Male von Mansfeld und deſſen Unternehmungen zu trennen.[1]

Gerade in jenen Tagen war nämlich ein Zwiſt zwiſchen ihm und dem Grafen v. Mansfeld ausgebrochen, der, ſo lückenhaft auch unſre Nachrichten über ihn ſind, dem aufbrauſenden jungen Fürſten die Trennung von ſeinem verſchlagenen Waffengenoſſen wol weſentlich erleichterte. Sofort nach ſeiner Widerankunft in Stickhauſen hatte ſich nämlich Chriſtian bereit erklärt, unter Mansfelds Commando die Stelle eines Generallieutenants über die Armee, welche ſie beide dem allgemeinen Weſen zum Beſten zuſammenbringen würden, zu übernehmen. Darauf hatte er Befehl erhalten, mit der Cavallerie und einigem Fußvolk außerhalb Friesland Quartier zu ſuchen, und hatte den Verſuch gemacht ſich des Stifts Minden zu bemächtigen. Als er ſich hierzu zu ſchwach fühlte, ſandte er ſeinen Oberſtlieutenant v. Erlach an Mansfeld und ſuchte eine Unterſtützung in kürzeſter Friſt von 3,000 M. zu Fuß und 3 halben Kanonen nach. Hierauf erhielt jedoch Chriſtian am 22. Januar eine abſchlägige Antwort, in welcher die Unbeſtändigkeit des Wetters vorgeſchützt wurde. Dieſes Schreiben des Grafen reizte die fürſtliche Empfindlichkeit des Herzogs auch noch in andrer Beziehung. Er glaubte aus ihm zu erſehen, daß ihn entweder Mansfeld nicht mehr als ſeinen Generallieutenant anſehe, oder ihm ſonſt einen „Effront“ gönne und vielleicht ſelbſt anthun wolle.

Der Hauptgrund des Zerwürfniſſes lag aber offenbar darin, daß Mansfeld an demſelben Tage dem Herzoge Franz Karl von Sachſen-Lauenburg, der unter Chriſtian commandierte, den Befehl zugehen ließ, dem Biſchofe nicht weiter zu folgen, ſondern mit ſeinen Truppen liegen zu bleiben.[2] Zugleich aber hatte Mansfeld auch dem Herzoge von Lauenburg mit Uebergehung Chriſtians ein Commando über 6 Regimenter Cavallerie gegeben, die er ſich allein hatte ſchwören laſſen.

---

1) Die Darſtellung ſtützt ſich hier und im Folgenden größtentheils auf die Acten des Herz. Archivs zu Wolfenbüttel: Die Kriegsangelegenheiten Herzogs Chriſtian d. J. von Braunſchweig d. a. 1619—1625. betr. Nr. XLVI. 1.

2) Dieſes Zerwürfniß der beiden Heerführer wird auch von Villermont, Ernest de Mansfeldt II. S. 127 beiläufig erwähnt. Die Darſtellung Villermonts, nach welcher Chriſtian aus Aerger darüber, daß die Holländer ſich jetzt Mansfeld geneigter zeigten als ihm ſelbſt, und ſogar gedrängt von den Holländern Friesland verlaſſen habe, iſt ſchwerlich richtig, wie ſchon unſre Erzählung darthut.

In Folge davon schickte Christian am 23. Januar seinen Obersten, den Grafen Wolfgang Heinrich v. Isenburg, von Altbruchhausen aus mit einer ausführlichen Instruction an Mansfeld, um ihm seine Beschwerden vorzutragen. Sechs Hauptpuncte waren es, deren Annahme er von seinem Waffengenossen verlangte. Zuerst sollten alle Truppen ohne Unterschied beiden Führern, Mansfeld und Christian, durch Eidschwur verpflichtet werden. Zweitens forderte Christian, daß kein Truppentheil, der ihm von Mansfeld übersendet werde, ohne seine eigne Einwilligung Gegenbefehl erhalten dürfe. Ferner sollte auch keine Truppe besonders Löhnung bekommen, sondern die Auszahlung des Soldes ohne Unterschied durch die ganze Armee gleichmäßig erfolgen. Die übrigen Forderungen betrafen die besondern im Augenblicke zwischen den beiden Heerführern bestehenden Zwistigkeiten. Herzog Christian forderte, wenn die Artillerie des Weges halber nicht fortgebracht werden könne, wenigstens Infanterie und ersuchte Mansfeld auch um Gegenbefehl an den Herzog von Sachsen, so wie um 6,000 Thlr. zum Behufe neuer Rüstungen. Sollte Mansfeld diesen Ansprüchen gegenüber Schwierigkeiten erheben, so erklärte der Herzog, sich selbst in Sicherheit setzen und seinen Vortheil wahrnehmen zu müssen. „Wie nun hierdurch dem allgemeinen nothleidenden Wesen ein harter Stoß gegeben wurde, so wollen Wir für Gott, der Posterität und Jedermänniglich entschuldigt sein, daß Wir hierzu die allergeringste Ursache nicht gegeben haben," fügt er als Beschönigung seiner Drohung hinzu. Ja er erklärt endlich sogar, wenn ihm nicht Gehör geschenkt werde, die Angelegenheit nicht nur dem Könige von England, ferner den Königen von Böhmen und von Dänemark, sondern auch dem Prinzen von Oranien, ja der ganzen Welt entdecken zu wollen.

Es ist keine Nachricht vorhanden, daß Mansfeld etwas dazu gethan habe den Unmuth des Herzogs zu beschwichtigen.[1]

---

1) Den Gesandten des niedersächsischen Kreises sagte Mansfeld am 9. Februar über sein Verhältniß zu Christian von Braunschweig Folgendes: „Was aber Ihre Fürstliche Gnaden Herzog Christian belangt, der wär unter seinem Commando nicht. Er hätte Ihrer Fürstlichen Gnaden gerathen, sie sollten sich des Kriegswesen auf etliche Monat einziehen und sehen, wie sich die Sachen anlassen wollten. Das hätte Ihrer Fürstlichen Gnaden nicht gefallen. So hätte er weiter gerathen, Ihr Fürstliche Gnaden möchten Ihr Volk also führen, daß Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises nicht offendiert würden. Aber Ihr Fürstliche Gnaden wären bei ihrer Meinung geblieben über die Weser ins Stift Halberstadt zu rücken. Also hätten sie sich gezweiget und geschieden, und wäre nun ein jeder sein eigen Herr; möchte also Herzog

Tags darauf aber, nachdem der Graf v. Isenburg an Mansfeld abgesendet war, unterzeichnete Christian ein Bittgesuch an seinen Oheim, den König von Dänemark, durch welches er diesen für die von ihm verfochtene Sache zu gewinnen und sich zugleich Mittel für fernere Unternehmungen zu verschaffen gedachte. Mit der Ueberbringung desselben beauftragte er Eggebrecht Westphal, der es dem Könige auch am 30. Jan. zu Segeberg einhändigte. Ohne seines Zwistes mit Mansfeld zu gedenken, theilt Christian dem Könige mit, daß die Gegner einen Anschlag auf das Stift Bremen und den ganzen Weserstrom im Schilde führten, und sprach die Hoffnung aus, daß der König sich selbst zum Haupt und Director der Bestrebungen machen werde, welche das gemeine Vaterland deutscher Nation von der Gewalt und dem Joche der blutdürstigen Katholiken befreien sollten. Er ersuchte ihn namentlich, den Erbmarschall und andere bedrängte evangelische Edelleute des Stifts Münster, welche die Absicht hätten nach dem Ableben ihres Bischofs seinen Sohn einzusetzen, in seinen Schutz zu nehmen, und bittet endlich um seinen Rath, wie man der Absicht der Gegner, sein eignes Stift zu verschlingen und dem Teufel zuzuführen, zuvor kommen könne. — Vor allem aber sollte Westphal zu diesem Zwecke den König gegen Verpfändung des Stifts und aller seiner Einkünfte um die Summe von 100,000 Thlr. ersuchen: „Wir wollens zu keiir argens anwenden, sonder zu Vnser eigenen Vnterhalt vnd muntirung." Um ihn hierzu desto geneigter zu machen, stellte er ihm die Wahl seines Sohns Friedrich zum Coadjutor — der Administrator des Erzstifts Magdeburg sollte verdrängt werden — und endlich sogar zum Bischof von Halberstadt in Aussicht. Ueber seine nächsten Absichten erklärte er sich nicht. Er

---

Christian verantworten, so er etwas übels gethan hätte. Er hätte auch seine Reiter, die mit H. Christian gewesen, schon wider abgefordert: die würden bald wider zu ihm kommen." Als sie abermals die Bitte an ihn richteten: „insonderheit wollten Ihre Gnaden sich auch bemühen, daß Ihr Fürstliche Gnaden Herzog Christian ihre consilia ändern und sein Volk vom niedersächsischen Kreis abhalten möchte; darauf repetierte Ihr Gnaden priora, sagten, sie hätten Herzog Christian nichts zu commendieren, es wäre ein jeder sein eigen Herr." Londorp II. 1289. Relation, was deß Nider Sächsischen Creyses Gesandten, beym Graff Ernsten von Mansfeldt, in Ost Frießlandt verrichtet haben, sub dato Bremen, 12. Februar 1623. — Daß beide Heerführer wirklich in Unfrieden von einander geschieden sind, bestätigt auch Elisabeth von der Pfalz. Sie schreibt Haag d. 19./29. Mai an Thomas Roe: He (Christian) was forced to leaue Mansfeld by his euill usage. The Negotiations of Sir Thomas Roe S. 146.

beklagt, daß er bei Höchst und Fleurus alles verloren habe und jetzt von Jedermann verlassen sei, zeigt aber trotzdem nicht die geringste Neigung zu einer Aussöhnung mit dem Kaiser. „Wir wollten lieber ehrlich sterben, als den Kaiser um Gnade bitten und unserm Hause einen Schandflecken dadurch anhängen," ist auch jetzt noch seine Losung. „Unsere Intention wäre niemals anders gewesen, als nach unserm Vermögen die von unsern Voreltern mit Gut und Blut beschützte und erhaltene Libertät und Freiheit deutscher Nation unsers allgemeinen Vaterlands sowol in ihren Privilegien als Conscientien wider des Königs in Hispanien, katholischen Liga und deren Adhärenten hochgefährliche Praktiken verfechten und manutenieren zu helfen." — Ueber die Aufnahme, welche diese überhasteten und nebelhaften Vorschläge bei Christian IV. fanden, sind wir nicht unterrichtet. Wir glauben nicht, daß sie eine günstige und zufriedenstellende gewesen ist, obwol sie auch nicht ganz ohne Einwirkung auf die nachfolgenden Vorgänge geblieben sein mögen.[1] —

Es ist anzunehmen, daß Friedrich Ulrich das augenblickliche Mißverständniß zwischen seinem Bruder und dem Grafen gekannt hat und daraus desto größere Hoffnung auf eine Versöhnung des erstern mit dem Kaiser schöpfte; wenn auch der Plan, Christian geradezu in seine Dienste zu nehmen, wol nicht von ihm ausgegangen ist. Noch am 4. Februar antwortete er der Mutter auf ihren Vorschlag, eine Zusammenkunft mit Christian zu veranstalten, ablehnend. Namentlich scheinen seine auf der Kreisversammlung zu Braunschweig anwesenden Räthe, mit denen er sich hierüber besonders berathen hatte, ihm das Mißliche eines solchen Schrittes vor Augen gestellt zu haben. Trotz seiner eignen Abneigung gegen jeden gewaltsamen Act wurde jedoch bereits jetzt in seiner unmittelbaren Umgebung die Möglichkeit eines feindlichen Auftretens gegen den Kaiser und die mit ihm verbündete katholische Partei ganz offen erörtert. Er selbst schreibt der Mutter in dem eben erwähnten Briefe unumwunden, daß die Herzöge von Weimar, welche zufällig in Wolfenbüttel anwesend waren, ihn gern dem Kreise abwendig machen wollten; und auch einige Mitglieder seines Hofstaats scheinen denselben Plan verfolgt zu haben. Wenigstens wird es wol erlaubt sein, einige etwas dunkele Worte des gedachten Briefes, welche unmittelbar auf die Mittheilung über das Bestreben der weimarischen Fürsten folgen, dahin zu deuten. Es heißt da: „über das

1) Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

auch etliche meiner eigen Landsassen beim Schlaftrunk wunderliche Reden ausgestoßen, davon ich E. G., wills Gott, mündlich berichten will."[1] —

Das Bedürfniß, mit Friedrich Ulrich als dem regierenden Landesherrn sich wider in gutes Einvernehmen zu setzen, mußte also Herzog Christian um diese Zeit im höchsten Maße fühlen. Er sendete daher am 4./14. Februar den Grafen Wolf v. Isenburg mit derselben Bitte an den Bruder, welche schon die Mutter eingelegt hatte, und schlug als einen passenden Ort für eine Zusammenkunft das der Familie v. Mengersen gehörige Helpensen diesseit Hameln vor. Christians Gesandter sollte überhaupt versuchen, den Herzog Friedrich Ulrich den Plänen des kriegerischen Bruders möglichst geneigt zu machen. Er mußte darauf hinweisen, wie der Bischof nach dem Sturze der Landdrosten und Statthalter die Hoffnung gehegt habe, daß auch das Mißtrauen beseitigt werden würde, welches diese treulosen und meineidigen Leute zu ihrem eignen Nutzen zwischen ihnen gestiftet hätten. Allein diese Hoffnung war nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr hatten sich sogar Fremde gefunden, welche Christians redlichen, nur auf den Schutz der Evangelischen hinzielenden Plan so weit verkannten, daß sie behaupteten, er habe im Sinn den niedersächsischen Kreis selbst anzugreifen. Aus diesem Grunde suchten sie Friedrich Ulrich sogar zu einem feindseligen Auftreten gegen ihn zu bereden. Dem entgegen erinnert Christian seinen Bruder daran, wie oft er ihm seine Anschauungen über die verderblichen Pläne der bairisch-spanischen Partei mitgetheilt habe, und legt ihm die Erwägung nahe, ob er denn bei der Aussicht, nach Friedrich Ulrichs kinderlosem Tode selbst zur Regierung des braunschweigischen Landes zu gelangen, derartige dem Kreise feindliche Pläne fassen könne!

Wenige Tage darauf, am 8. Februar, wendete sich Christian mit einem ähnlichen Schreiben[2] auch an die zu Braunschweig versammelten Kreisstände. Er versicherte denselben nochmals, daß sein ganzer Zug längs der Weser keineswegs aus Feindseligkeit gegen den Kreis hervorgegangen sei, sondern gerade im Gegentheil seine Beschützung vor dem Einfalle des spanisch-bairischen Heeres zum Zweck habe. Er ermahnt sie, in ihren Rüstungen weiter fortzufahren, obwol er ihnen durch den Hinweis auf

1) Ueber alle diese Dinge ist das Theatrum Europäum I. S. 737 flgde. sehr schlecht unterrichtet. Seine Darstellung ist gerade hier außerordentlich oberflächlich.

2) Gedruckt bei Londorp II. S. 1195 und bei Mittendorff a. a. O. S. 60. Anm. 3.

das von ihm besetzte Rinteln deutlich genug zeigte, welchen Werth er denselben beimaß. Den Hauptnachdruck seines ganzen Schreibens legt er aber darauf, daß man den Versicherungen der Gegenpartei nicht trauen dürfe, die ja ganz unbetheiligte Stände des schwäbischen und fränkischen Kreises in den Kampf hineingezogen hätten. „Wie können doch die Stände in diesen hochwichtigen, gegen Gott verantwortlichen Sachen, welche nicht allein Leib und Leben, sondern das evangelische Wort Gottes, Conservation der Gewissen und Erhaltung der Freiheit deutscher Nation betrifft, mit einer brieflichen Versicherung unter Hand und Siegel, ohne kräftigere und in solchen Fällen nöthige und gewöhnliche Versicherung zufrieden sein und sich sicher machen lassen! Wie sollten die von Gott mit so hoher Weisheit begabten Stände auf eine briefliche Versicherung der Katholischen, welche die erbittertsten Feinde der Evangelischen sind, ihre und der Ihrigen Freiheit und Seligkeit auf das Spiel setzen!" Er bittet die Stände auf das Höchste, sich das Netz nicht über den Hals ziehen und unter einer solchen Versicherung die evangelischen Stifter, auf welche die Katholischen das Auge so lange Jahre schon geworfen haben, abzwacken zu lassen. Und da er nun das Unheil, welches dem geliebten Vaterlande zugesponnen wird, gern gründlich abgewendet sähe, erbietet er sich, den Ständen, im Fall sie sich nicht stark genug fühlen sollten, mit Leib und Leben und seiner ganzen Armee zu Hilfe zu eilen, unterdessen aber dem allgemeinen Feinde nach Möglichkeit Abbruch zu thun. Schließlich unterläßt er auch nicht ihnen sein Stift zu empfehlen.

Trotzdem erreichte jedoch Christian bei den Ständen seine Absicht nicht. Eine Verbindung des niedersächsischen Kreises mit dem Bischof von Halberstadt, wie sie manche Schriftsteller bisher irrthümlich angenommen haben, ist niemals zu Stande gekommen. Der Kreis mußte fürchten, daß ein solcher Schritt bei der Gegenpartei die Deutung erfahren würde, als ob er selbst zu den politischen Anschauungen und Bestrebungen Christians, nicht aber dieser in die bisherige neutrale Stellung des Kreises übergetreten sei. Da die Stände nun einmal einer thatsächlichen und energischen Theilnahme an den Kämpfen, welche die benachbarten Kreise bereits Jahre lang verheert hatten, auswichen, so fiel es ihnen auch bei dieser Veranlassung nicht schwer eine halbe Maßregel, die nach beiden Seiten hin von den gefährlichsten Folgen schien, zu ergreifen. Der Kreis ließ es geschehen, daß Friedrich Ulrich seinen Bruder auf drei Monate gegen einen Revers in seinen besondern Dienst nahm. Während dieser

Zeit sollte die Versöhnung mit dem Kaiser, welche die wolfenbüttelische Fürstenfamilie so dringend wünschte, ins Werk gerichtet werden, und Herzog Christian nach derselben sein Heer unweigerlich entlassen.[1]

Am 14./24. Februar 1623 erlangten die Verhandlungen der braunschweigisch-wolfenbüttelischen Herzöge ihren Abschluß durch einen förmlichen Vertrag, welcher auch von der verwittweten Herzogin Elisabeth unterschrieben wurde.[2] — Er kam auf dem Hause Kalenberg zu Stande und sollte nach den Plänen Christians IV. und seiner Schwester die Grundlage für eine neue Stellung sowol des Kreises als auch des Herzogs dem Kaiser gegenüber bilden. Ihm zu Folge versprach Christian das böhmische Kriegswesen Gott und der Zeit zu befehlen, ferner sich von Mansfeld zu trennen und die Soldaten ihres Eides gegen ihn zu entbinden. Dagegen begab er sich mit seinem ganzen Heere auf drei Monate in die Dienste seines Bruders und machte sich anheischig, dessen Land sowol vor der Gewalt der Kaiserlichen als auch vor Mansfeld zu vertheidigen. Er erkannte Herzog Georg von Lüneburg, den Oberbefehlshaber der Kreistruppen, als Feldobersten an und versprach, ihn im Fall der Noth zu unterstützen; nur gegen den König von Böhmen und die Generalstaaten wollte er sich nicht verwenden lassen. Dafür erhielt er nun mit seiner ganzen Armee Aufnahme im Herzogthum Braunschweig. Ferner bedachte ihn sein Bruder nach diesem Vertrage mit der Summe von 100,000 Thalern, deren eine Hälfte sofort gezahlt wurde, während die andre erst nach Ablauf der drei Monate zu entrichten war.

Weiter aber machte sich der regierende Herzog auch anheischig, Christian durch Vermittelung des Königs von Dänemark völligen Pardon bei dem Kaiser auszuwirken. Nach Ablauf der drei Monate, und wenn die Stände

---

1) Vgl. Opel, Die Aufnahme des Herzogs Christian in den niedersächsischen Kreis, Forschungen zur d. Gesch. XI. 101 ff.

2) In der Kurtzen, Gründlichen Information... S. 113 steht ein Revers des Herzogs Christian vom 24. Febr., in welchem der Ausstellungsort Wolfenbüttel jedenfalls falsch ist. Christian ist am 24. Februar nicht in Wolfenbüttel gewesen; er befand sich am 27. Febr. noch zu Rinteln. Der Revers ist wahrscheinlich nur eine von Wolfenbüttel aus zur Unterzeichnung an Christian überschickte Vorlage. Er trägt daher auch keine Namensunterschrift. — Ueber die Mitwirkung des Königs bei diesem Vertrage äußert sich Dudley Carleton in einem Schreiben an Thomas Roe (Haag 27. März) folgendermaßen: and helped forward a treaty concluded with the duke Christian of Brunswick, for a transmission of his troops in his elder brothers charge and pay; which are arguments of some matter of moment he hath in hand. S. 137.

des niedersächsischen Kreises den Vertrag etwa nicht genehmigen wollten, sollte dann Herzog Friedrich Ulrich sogar verpflichtet sein, seine eignen, für den niedersächsischen Kreis geworbenen Truppen mit denen des Bruders zu vereinigen.[1]

Es kann nun auffallend erscheinen, daß Friedrich Ulrich trotz seiner schlechten Verwaltung in der Lage war seinem Bruder ein derartiges Soldversprechen zu machen. Allein aller Wahrscheinlichkeit nach hat er hierzu eine Anleihe von 200,000 Thalern, welche er damals bei Christian IV. machte, wenigstens zum Theil verwendet.[2] —

Mit einem Schlage hatte Herzog Christian durch diesen Vertrag seine mißliche Lage zu einer außerordentlich vortheilhaften gestaltet. Er war mit seiner ganzen Armee ohne Schwertschlag in den niedersächsischen Kreis aufgenommen worden und hatte dazu auch noch die beträchtliche Summe von 100,000 Thlr. erhalten. Ohne zu entwaffnen, hatte er sich von Mansfeld getrennt und konnte nun der weiteren Verhandlungen seines Oheims Christians IV. mit dem Kaiser im Betreff der Aussöhnung an der Spitze eines Heeres ruhig warten.

Die herzoglich wolfenbüttelische Familie hatte sich zu diesem, dem niedersächsischen Kreise sowie dem Kaiser gegenüber so gewagten Schritte offenbar nur in der Hoffnung verstanden, daß sich der Bischof in den neuen Verhältnissen desto leichter zu einer Aussöhnung werde bewegen lassen. Allein hierin hatte sie sich vollständig getäuscht; Christian selbst war es von Anfang an bei dieser ganzen Verhandlung nur darauf angekommen, seine Stellung zu verbessern und einstweiliges Obdach und Unterhalt für seine Truppen und neue Musterplätze zu gewinnen.[3] Und sicherlich hoffte er auch gerade durch diesen Schritt die niedersächsischen Kreisstände

---

1) Der Text der Uebereinkunft ist bei Havemann, Die niedersächsischen Kreistage zu Gardelegen und Lüneburg im J. 1623 (Archiv d. h. Vereins für Niedersachsen 1846) S. 310. Anlage 1., und bei Mittendorff a. a. O. S. 64. 65. Anm. 1. abgedruckt.

2) Schlegel, Sammlung II. 4. 147. Nach braunschweigischen Nachrichten entlieh Friedrich Ulrich damals nur 100,000 Thlr. gegen Verpfändung des Amtes Syke, schuldete aber dem Könige seit d. J. 1616. 200,000 Thlr. Havemann a. a. O. II. 600.

3) Moriz von Oranien gestand er den Betrug offen ein: J'ai esté contraint de tromper le duc de Braunsweig en luy offrant mon service, Rinteln 20. Febr. Wittich, Christian d. Halberstädter und die Pfalzgräfin Elisabeth, Zeitschr. für Preuß. Gesch. herausg. von Hassel. 1869. S. 512.

um so eher zu einem Aufgeben ihres neutralen Standpunctes und zu einer mehr oder weniger freiwilligen Vereinigung mit ihm selbst zu bewegen. So viel aber steht jedenfalls fest, daß er die eingetretene Veränderung nur benutzte, um sich zu stärken und seine Truppen vollzählig zu machen.

Daß es Christian in der That nicht ernstlich darum zu thun war, seine Armee zu entlassen, darüber kam Friedrich Ulrich selbst bereits Anfangs März ins Klare. Er hatte von seinem Bruder noch einen besondern Revers[1] über den ganzen Vorgang gefordert, in welchem derselbe ausdrücklich erklären sollte, daß er auf Veranlassung des Königs von Dänemark und in Folge der Unterhandlungen seiner Mutter Elisabeth auf drei Monate in die Bestallung Friedrich Ulrichs getreten sei. Weiter hatte er sich in demselben zu verpflichten, mit dem niedersächsischen Kreise so wie mit dem Kaiser während dieser Zeit Frieden zu halten und seine Armee nach Verlauf dieser Frist ohne irgend eine Einwendung zu entlassen. Diesem ihm von dem Bruder dem Wortlaute nach vorgeschriebenen Revers fügte jedoch Christian einen Zusatz bei, nach welchem es ihm frei stehen sollte, gerade diese letzte Hauptbedingung auch nicht zu erfüllen. Er erklärte sich nämlich zu Rinteln am 3./13. März nur unter der Bedingung zur Entlassung seiner Armee bereit, wenn ihm und seinem Bruder von dem Kaiser und den katholischen Ständen genügende Sicherheit gegen künftige Gewalt, Ueberfall und Beschwerung widerfahren werde.[2] Und in dem Begleitschreiben dieses so geänderten Reverses gestand er geradezu, daß er nicht gewillt sei, auf eine bloße Versicherung (Synceration) des

1) Es scheint, als ob die Verabredung auf dem Kalenberge nur eine vorläufige gewesen sei.

2) Der von Friedrich Ulrich in Bezug hierauf vorgeschriebene Wortlaut war: „auch unsere unterhabende Armee länger nicht als solche drei Monat beisammen halten und alsdann dieselbe ohne einiges Einwenden dimittieren." Dagegen versprach Christian in dem geänderten Revers sich gegen den niedersächsischen Kreis friedlich zu halten und gegen den Kaiser nach Standesgebühr allerunterthänigst und schiedlich, „so lange uns keine Ursache dazu gegeben wird (?), zu bezeigen, so wie nach 3 Monaten unsere Armee, wofern uns und unserm vielgeliebten Herrn Bruder von Kaiserlicher Majestät und den katholischen Ständen wegen künftiger Gewalt, Ueberfall und Beschwerniß genugsame Assecuration widerfahren wird, dimittieren sollen und wollen." — Trotzdem heißt es in dem Begleitschreiben: „Damit E. L. dennoch desto mehr zu spüren haben mögen, wie wir an unserm Ort unser fürstliches Wort unverschmälert halten und nach unser beiderseits getroffenen Vergleichung regulieren wollen, so übersenden E. L. hiernebs wir einen solchen Schein und Revers, welcher nach Deroselben Tenor gerichtet." Herz. Archiv zu Wolfenbüttel.

Kaisers und der katholischen Mächte seine eigne Person, so wie seine getreuen Offiziere, Diener und Soldaten, ja das Stift und seine Eingesessenen selbst zu „prostituiren."

Dieser von Anzüglichkeiten gegen die Räthe Friedrich Ulrichs, welche bei „ihrer (der herzoglichen Brüder) Vertraulichkeit aus ihrem Hamen nicht fischen könnten und ihrem Herrn aus nächtlichen Träumen ungleiche Einbildungen machten," strotzende Brief enthielt sogar eine Beschwerde darüber, daß Friedrich Ulrich dem Kreise für die Bestallung des Bruders Rede und Antwort schuldig zu sein glaubte. Eigenthümlich genug zeigte Christian dem Bruder mit der Uebersendung dieses Reverses auch an, daß er bei dem langen Ausbleiben der braunschweigischen Commission aus Mangel an Proviant einige Truppen ins Stift Hildesheim gelegt habe, und ersuchte ihn geradezu, sie auch nach Halberstadt führen zu lassen.

Der schwache und unselbständige Herzog von Wolfenbüttel gerieth nach Empfang dieses von Christian eigenmächtig geänderten Reverses in die größte Bestürzung. Er befahl am 7. März seinen Geheimen Räthen die beiden Schriftstücke sofort zu vergleichen und schickte in vollster Rathlosigkeit seine beiden Räthe Anton Günther v. Harling und Albert Clampius an die Mutter, um ihrer Prüfung die Schriftstücke gleichfalls zu unterbreiten. Daneben aber ersuchte er sie inständigst um ihren Rath, was nun weiter zu thun sei, und wie er vor allem den Verdacht der benachbarten Fürsten und Stände von sich ablenken könne. Er hegte die Befürchtung, daß unter diesen Umständen und namentlich nach dem Einbruche Christians ins Hildesheimische die Spanier auf dem Fuße folgen, und sich auch andere Kreisstände mit ihnen verbinden würden. Nicht ohne Grund besorgte er, daß nun sein eignes Land der Schauplatz des ganzen Kampfes werden würde. Schon am 8. März unterzogen die Räthe die veränderte Sachlage ihrer Prüfung, allein ohne zu einem andern Beschluß zu kommen, als daß es bei dem Accord verbleiben, und daß man sich bei den niedersächsischen Kreisständen, so gut es gehen wolle, entschuldigen müsse. Ein großer Theil der Geheimen Räthe stand der Sache überhaupt fern, da sie von der fürstlichen Familie selbst unter Zuziehung weniger Vertrauenspersonen abgemacht worden war. Daher faßte das Geheimerathsconseil auch nur den nichtssagenden Beschluß, dem Herzoge eine abermalige Berathung mit den Geheimen Räthen und den Landständen zu empfehlen.

Am 18. Februar a. St. war der Einzug der Truppen in das Herzogthum Braunschweig und in das Stift Minden erfolgt. Die Stände betrachteten den ganzen Vorgang jetzt noch als einen schlauen Schachzug zur

Fernhaltung der kaiserlichen Truppen. Die Herzogin-Wittwe drückte dem Administrator Christian Wilhelm am 23. Februar ihre Freude über eine Warnung des Kurfürsten von Sachsen an den Kaiser aus: „wenn die Reformation ohne Unterschied so stark sollte fortgesetzt werden, dürfte man bald über die kaiserliche Synceration eine Diffidenz und Mißtrauen setzen." Sie mahnte, daß man sich in guter Bereitschaft und Verfassung halten solle. Christian Wilhelm aber bezeugte der Herzogin wenige Tage später seine Genugthuung über den zu Kalenberg geschlossenen Vertrag.

Auch der Gegenpartei wurde diese für die Stellung des niedersächsischen Kreises bedeutende Veränderung der Sachlage nicht verheimlicht. Bereits am $\frac{25. \text{ Februar}}{7. \text{ März}}$ zeigte Friedrich Ulrich den Uebertritt des Bruders nicht nur dem Kaiser selbst, sondern auch den Kurfürsten[1] so wie den ausschreibenden Fürsten des niedersächsischen Kreises, dem Administrator von Magdeburg und dem Herzog Christian von Celle an; unter dem 9./19. März benachrichtigte er auch Tilly,[2] nachdem bereits am 6./16. März der König von Dänemark dem Kaiser auch den von Christian geänderten Revers mitgetheilt hatte. Es geschah dies natürlich ohne jeglichen Hinweis auf Christians Eigenmächtigkeit, wol aber sprach Christian IV. gegen Ferdinand II. schon jetzt die Hoffnung aus, daß, wenn der Kaiser den jungen Fürsten wider in seine Gnade aufnehme, er ihm künftig gute Dienste leisten werde.

Unter den Antworten ist vornehmlich die Tilly's vom 26. März 1623 merkwürdig,[3] weil sie von der Vorstellung ausgeht, daß der junge, kriegslustige Fürst doch am Ende noch für die Zwecke und Pläne seiner bisherigen Gegner gewonnen werden könne. Unter schmeichelhaftester Anerkennung des militärischen Ehrgeizes, welchen Tilly an sich selbst und besonders an einem so vornehmen Fürsten und Herrn „fast rühmlich und löblich findet," bietet derselbe seine Vermittelung dazu an, Christians militärischen „Valor und Tapferkeit" auf die Seite des Kaisers zu ziehen, wo er einen „Nachklang von mehrer Reputation" zu hoffen habe. Sogar das Andenken des Vaters, dem auch er sich verpflichtet bekannte, beschwor der listige Ligistengeneral herauf, um den thatendurstigen Jüngling in ähnliche Bahnen zu locken. So sehr verkannte der doch im Uebrigen scharfblickende Politiker den Character seines jugendlichen Gegners! —

---

1) Kurtze Grundliche Information S. 115 flgde.
2) Siehe Londorp I. 110 flgde.
3) Sie ist von Affenheim datiert.

Auch der Kreisoberste Christian von Celle machte dem Kaiser von den Vorgängen Mittheilung (28. Februar) und bezeichnete gleichfalls als die Veranlassung derselben den Wunsch, Christian von Mansfeld zu trennen, diesen dadurch um so mehr zu schwächen und jenen zur Ruhe zu bringen. Nun werde man der mansfeldischen Armee desto eher mächtig sein können. Trotzdem war jedoch sein Schreiben nicht frei von Zweifeln: er erklärte noch keine „eigentliche, gewisse Nachrichtung" über die Vorgänge zu besitzen. Zum Schluß bittet er Ferdinand II., da der niedersächsische Kreis nun stark genug sei, die mansfeldischen Truppen von seinem und dem westfälischen Gebiete abzuwehren, den Anmarsch des kaiserlich-spanischen Heeres einzustellen.

Daß dies nicht geschehen würde, sollte Christian und die niedersächsischen Kreisstände bald in Erfahrung bringen. Das Datum des letzten März trägt ein kaiserliches Schreiben an den niedersächsischen Kreisobersten, in welchem diesem mitgetheilt wurde, daß Tilly im Auftrage des Kaisers Mansfeld entgegen rücken solle, und auch Christians von Braunschweig in wenig beruhigender Weise gedacht war. Wenn er sich gebührlich und in Unterthänigkeit anmelde und verhalte, werde sich Ferdinand dergestalt erklären, daß Christian von Celle merken solle, er lasse seine Vorbitte nicht außer Acht. Am 2. April unterzeichnete Ferdinand noch in Regensburg ein Decret, durch welches er unter Hinweis auf Tilly's Heer die niedersächsischen Stände aufforderte die Aufstellung einer Kreisarmee bis auf weiteres zu unterlassen, während er sich noch kurz vorher (14. März) damit einverstanden erklärt hatte. Dieselbe Weisung erhielt am nämlichen Tage auch der fränkische Kreis, welcher vom niedersächsischen zur Hilfe aufgefordert worden war. —

Am 4./14. März kündigte Christian auch dem halberstädtischen Domcapitel durch den Stiftskanzler Anton v. Wietersheim an, daß er demnächst mit je einem Regimente zu Fuß und zu Pferd im Stift anlangen werde. Das Domcapitel war dieser Maßregel gegenüber vollständig rathlos; wußte es doch nicht einmal, ob ihr Landesherr sie mit oder ohne Vorwissen des Kreisobersten überziehe. Noch an demselben Tage ersuchte es daher Christian von Celle, das Stift in dieser Drangsal nicht ohne Beistand zu lassen. Trotzdem mußte es jedoch die Truppen seines Landesherrn aufnehmen.

Darauf überzogen die bischöflichen Schaaren das Braunschweigische und Halberstädtische vollständig,[1] nachdem die nördlichen Striche des ersteren bereits seit dem Januar von seinen Völkern besetzt waren. In der Nähe des Kalenberges scheint Kriegsrath gehalten worden zu sein. Diesem zu Folge rückte erst die Cavallerie, dann die Infanterie in das Land Friedrich Ulrichs ein. Lucas Langemantel v. Sparre meldete am 6. März 1623 dem Herzoge von Braunschweig vom Kalenberge aus, daß Major Nelle in der Gestorfer Höhe angelangt sei und von Christian Befehl habe, mit seinen 600—800 Pferden am Kalenberge Rendezvous zu machen, um von dort das Stift Hildesheim zu überziehen und die dem Domcapitel auferlegten Summen beizutreiben. Denselben Auftrag hatte nach dieser Mittheilung auch Oberst Spee mit seinen 1,000 M. Infanterie.

Die Stärke der Truppen, mit welchen er in das Braunschweigische einrückte, gibt Christian selbst in dem oben angeführten Schreiben auf 6,000 M. zu Fuß und 3,000 Pferde an; 1,000 — 1,500 M. hatte er jedoch davon zur Besetzung von Rinteln und Oldendorf zurücklassen müssen. Einer Musterrolle aus diesen Tagen zu Folge zerfiel das ganze Heer in 4 Reiterregimenter und 6 Regimenter Infanterie. Die erstern wurden von Conrad Nell, dem alten Grafen von Stirum, Georg v. Mengersen und Wilhelm Jan als Rittmeistern commandiert und zählten 23 Compagnien. Von diesen führte Nell nur 5, jeder der übrigen 6 Compagnien. Die Infanterieregimenter standen unter dem Rheingrafen Hans Philipp, der das erste Regiment an Stelle des Regimentsinhabers,

---

1) Wir fügen noch eine Relation über die Besetzung des Stifts Halberstadt bei, die am 18. März abgefaßt ist: Binnen Halberstadt liegt der Oberst Spee mit 6 Comp. zu F., die seind über 1,000 M. ziemlich schlecht Volk nicht stark und werden von der Bürgerschaft mit nothwendigem Unterhalt versehen. Der Major Conrad Nell liegt mit 600 Pferden an unterschiedlichen Orten im Stift, zu Croppenstädt zwei Meil von Halberstadt liegt desselben Compagnie, zu Wegeleben liegt der junge Graf von Stirum mit 1 Compagnie; ein Meil von Halberstadt im Amt Neuendorf liegen zwene Rittmeister, Mons. Neuhoff, der andere ist mir unbekannt, mit 2 Compagnien; ungefähr 1½ M. von Halb. zu Harsleben (in die Dompropstei gehörig) liegt Rittmeister Adolf von Cöln mit seiner Compagnie, ⅛ Meil von Halb. im Amt Gatersleben sind 600 Dragoner, welche der Obristleutenant Caspar Siegmund v. Plato geworben, einquartiert, seind noch zur Zeit nit die Hälfte beisammen, ihrer wenig beritten und haben 5 Goldgulden Anrittgeld bekommen. Obgedachtes Volk ist mehrentheil von J. F. G. Herzog Christian zur Defension des Stifts abgefertigt, wird gute und scharfe Justitia gehalten und seind den 13. hujus erstlich in gedachten Quartieren angelangt. Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin Nr. 94. 68. 1623.

Christians selbst, befehligte, ferner unter Kniphausen, Sparr, Görtzky (?) und May; die Mannschaften des letztern befanden sich aber, wie es scheint, damals nur noch auf dem Papier. Nach einer Mittheilung des kursächsischen Agenten Hahn[1] vom 6./16. April 1623 war der junge Herzog bereits damals stärker als der Kreisoberste. Hahn gibt die Anzahl seiner Truppen nach der Vereinigung mit Wilhelm von Weimar, die damals bereits stattgefunden hatte, auf 12,000 M. an. Eine aus dieser Zeit stammende Musterrolle nennt zunächst nach Christian Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar als Generallieutenant, während der Graf v. Isenburg als General der Artillerie bezeichnet wird. Die Cavallerie commandirte hiernach der Graf v. Stirum als General und der junge Graf v. Thurn als Generallieutenant, General der Infanterie war der bekannte Oberst Kniphausen.

Christians Verbindung mit Herzog Wilhelm von Weimar.

Ende Februar und Anfang März brach auch Herzog Wilhelm mit dem zur Zeit noch größtentheils unbewehrten Volke, welches er im Thüringischen geworben hatte, in die Grafschaft Mansfeld ein. Schon am 28. Februar erschienen 500 M. in Wippra. Ein großer Theil des Volkes nahm sich auf eigne Faust in den Dörfern Annroda, Siebigeroda, Ziegelroda, Ahlsdorf, Benndorf, Helbra, Klostermannsfeld und Thondorf Quartier und gab vor, seinen Marsch nach dem Musterplatze Aschersleben richten zu wollen.

Zu bemerken ist noch ausdrücklich, daß die Truppen bald nach ihrem Erscheinen in der Grafschaft offen aussprachen, sie seien für Herzog Christian von Braunschweig geworben. Nur über den Punct, wo sie zu den halberstädtischen Mannschaften stoßen sollten, scheint man sich noch im Unklaren befunden zu haben. Anfangs hieß es, Herzog Wilhelm werde sich mit Christian auf dem Eichsfelde verbinden, später wurde selbst in der unmittelbaren Umgebung des ersteren verbreitet, daß er im Anhaltischen seinen Musterplatz nehmen und sich im Kurfürstenthum Brandenburg mit dem Herzog von Braunschweig verbinden werde. Als letztes Ziel ihres Zuges gaben die Soldaten im Vertrauen Böhmen an.

In dieser Gegend des Vorharzes schweiften die Truppen einige Tage lang umher, fielen namentlich ins Amt Rammelburg ein, stießen aber im

1) Er hielt sich in Wolfenbüttel auf.

Amt Falkenstein auf Widerstand. Darauf wendeten sie sich nach Allstedt und erhielten hier erst zum Theil Gewehre. Von Allstedt aus zogen sie nordwärts nach Leinungen und Mohrungen, überfielen Rammelburg noch einmal und gewannen endlich im Amt Endorf auf einige Tage Quartier. Man schätzte die ganze unter Herzog Wilhelm stehende Armee auf 6,000 M.; der fürstlich weimarische Hofmeister Markus Niemeyer gab sie sogar auf 8,000 M., 6,000 zu F. und 2,000 zu R., an. In der That wird sie jedoch die Höhe von 4,000 M. schwerlich überschritten haben. Vier Tausend Mann zu Fuß und zu Roß zogen wenigstens am 7. März durch Rammelburg nach Quenstädt, wo sich am 9. März das Hauptquartier befand. Hier lag an diesem Tage auch der Commandierende, Oberst Frenk. Bis zum 15. März blieb das Volk hier still liegen und verbreitete sich nur gelegentlich in die Umgebung von Aschersleben und Quedlinburg. Es hielt namentlich die Ortschaften Endorf, Welbsleben, Quenstedt, Arnstedt, ferner Oltzigeroda, Harkeroda, Walbeck, Widerfeldt, endlich als die südlichsten Puncte Stangenroda, Sielbau, Greiffenhagen, Wernroda, Ritteroda und Hettstedt besetzt.

Schon jetzt verübten die schlecht ausgerüsteten und undisciplinierten Truppen mancherlei Frevel, obwol dem Herzog selbst ernstlich daran gelegen war, strenges Regiment zu halten: ließ er doch in Endorf 4 Soldaten, welche sich bei der Plünderung des Schlosses Arnstein betheiligt hatten, auf ein Mal öffentlich enthaupten.

Am 10. März hatte man auch die Stadt Aschersleben um Quartier ersucht. Allein der Bürgermeister und Stadtsyndikus Dr. Müller hatte die Stadt längst in Vertheidigungszustand gesetzt, die Brücken abgebrochen und die 19 Stück grobes Geschütz, welche die Stadt damals besaß, auf die Wälle führen lassen. Die Vorsteher der Bürgerschaft riefen die waffenfähige Mannschaft durch Glockenschlag zur Vertheidigung, und bei 2,380 wehrhafte Männer stellten sich den städtischen Behörden zur Verfügung. Von diesen war gewiß der größere Theil freiwillig bereit, im Fall der Noth die Stadt gegen die Weimaraner zu vertheidigen, obwol der Bürgermeister seinem Gebot auch die Drohung hinzufügen mußte, die Ungehorsamen über die Mauer hängen zu lassen. Und so fühlte sich denn die Stadt Aschersleben stark genug, das geforderte Quartier abzuschlagen. Am 15. März zog ein Theil der immer noch schlecht bewehrten Truppen in drohender Haltung vor der Stadt vorüber.

Darauf wurde in dem zu Quedlinburg gehörenden Flecken Ditfurt Rendezvous gehalten; von hier aus wollte sich der Herzog mit seinen

Mannschaften nach Halberstadt selbst begeben.[1] Hier in Ditfurt traf Wilhelm auch eine Botschaft des Kurfürsten von Sachsen, durch welche ihm, wie es scheint, die Vergewaltigung Quedlinburgs auf das strengste untersagt wurde. Bei dem allgemeinen Aufbruche wurde Westorf und Falkenstein geplündert.

In Halberstadt konnten übrigens die weimarischen Truppen keine Aufnahme mehr finden. Der Landesherr des Stifts war bereits selbst den Eindringlingen zuvorgekommen und hatte am 14. März die Stadt mit 7 Compagnien zu Fuß und 1,000[2] Reitern besetzen lassen. So durchstreiften denn die weimarischen Schaaren die Stiftsdörfer, machten Einfälle in die Grafschaft Reinstein und suchten sich vornehmlich auch in Stolberg-Wernigerode festzusetzen.

Sonntags am 16. März Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr langte ein Theil der Mannschaften, bei denen sich Herzog Wilhelm selbst befand, vor dem Städtchen Derenburg an. Selbstverständlich verlangte man Quartier, während der Stadtrath sich mit 500 Thalern loskaufen wollte. Endlich zeigte er sich geneigt 3 Compagnien in die Stadt aufzunehmen. Als man darauf nicht eingieng, wurden die Thore geschlossen und mit Mistwagen, welche durch Ketten verbunden waren, gesperrt. Ja die Bürger waren sogar so verwegen, zuerst Feuer auf die Soldaten zu geben. Darüber erhitzte sich der Herzog selbst und beschloß sich der Stadt mit Gewalt zu bemächtigen. Nachts zwischen 11 und 12 Uhr wurden die Mauern von den Soldaten auf Leitern erstiegen, und es erfolgte eine vollständige Plünderung, von der nur das Haus des Amtsschreibers, dessen Frau einen Fußfall vor dem Herzoge gethan hatte, verschont blieb. Sogar das Eheweib des Richters war, wie man wenigstens sagte, von

---

1) Dem Stift Halberstadt ist.. noch zur Zeit nichts widriges begegnet. Ihr F. G. haben zwart in Schriften und durch Dero Abgesandten den alten Grafen v. Schlick und Obersten Frenk beim Capitulo Halb. Quartier gnädig doch zum Theil imperiose begehren lassen.... Den 18. h. ist ein Landtag zu Halberstadt gehalten worden, und gleich im Anfang ist der jung Graf von Schlick von Herzog Wilhelm an das Capitel und Regierung abgefertigt worden, auch alsofort Audienz gehabt, dessen Suchen ist unbewußt. Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsischer Kreis Nr. 94. 68. 1623.

2) Nach einer andern Mittheilung waren es nur 600. — Einige auf diese Einlagerung bezügliche Schreiben befinden sich bei Röse, Bernhard von Weimar I. 392. Aus ihnen geht hervor, daß Herzog Christian selbst die Einlagerung der Weimaraner in seinem Bisthum mißbilligte.

den Soldaten geschändet worden. Als der Herzog die Stadt wider verließ, nahm er noch 245 Pferde mit sich.[1]

Schon am 17. März langte Wilhelm von Weimar in Wernigerode an, wo wir ihn auch am 24. noch antreffen. Vergebens hatte der Graf von Stolberg protestiert; er mußte gegen das Versprechen des Herzogs, gut Regiment zu halten, in Wernigerode selbst je eine Compagnie zu Fuß und zu Roß aufnehmen. Das Gros der Armee verließ aber, wie es heißt durch Aufforderungen Kursachsens und Kurbrandenburgs veranlaßt, die Stadt bereits am 19. wider.[2]

Diese ganze Einlagerung des weimarischen Volkes war eine durchaus gewaltsame. Weder der obersächsische noch der niedersächsische Kreis waren auch nur um Erlaubniß zu Truppendurchmärschen angegangen worden. Als der Amtmann von Endorf nach dem Patent fragte, wiesen ihm die Soldaten die Pistolen, so daß er ihnen noch gute Worte geben mußte. Daher stieg auch in Niedersachsen, als man plötzlich sowol die Schaaren Christians von Braunschweig als Wilhelms von Weimar einbrechen sah, die Verwirrung täglich. Weimar selbst aber schrieb am 19. März an die anhaltinischen Fürsten August, Ludwig und Johann Casimir, daß seine ganze Rüstung nur darauf gerichtet sei, die von seinen „in Gott ruhenden hochlöblichen Vorfahren lang erhaltene reine evangelische Religion augsburgischer Confession" zu schützen. Die Absicht, das Kriegsvolk dem Herzoge Christian „zur Vertheidigung des niedersächsischen Kreises und der angränzenden Lande" zuzuführen, gestand er den Anhaltinern rückhaltslos ein. Es blieb eben dem abgewiesenen Herzog kein anderes Mittel, seine unter großen Unkosten zusammengebrachten Schaaren noch länger an seine Fahne zu fesseln, als die Unterstellung unter den Befehl des Bischofs.[3]

1) Kgl. Staatsarchiv zu Magdeburg. Erzstift Magdeburg I. Niedersächs. Kreis 33.

2) Noch am 26. März forderte jedoch Joh. Georg den Herzog zur unverzüglichen Räumung des obersächsischen Kreises auf. Erzst. Magd. I. XVIII. Niedersächs. Kr. 35. Ein ähnliches Abmahnungsschreiben des Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg, Küstrin 30. März, enthält v. Hellfeld, Beiträge zum Staats-Recht und der Geschichte von Sachsen. Bd. I. 253 ff.

3) Dieses Geständniß hat der Herzog Johann Georg selbst in einem Schreiben aus Wernigerode v. 24. März gemacht. Zwei Tage vorher entschuldigte der Bischof seine Verbindung mit dem Herzoge dem Kurfürsten gegenüber freilich in anderer Weise: er habe vor ungefähr 6 Monaten H. Wilhelm Vollmacht aufgetragen etliche Tausend Mann zu werben und könne nun seine Commission nicht zurücknehmen. Dann hätte

Am 23. März wurde dann nach einer Mittheilung des Administrators von Magdeburg das weimarische Volk wirklich in Friedrich Ulrichs und Christians Dienste genommen und ihm die Stadt Aschersleben als Quartier angewiesen. Die Stadt leistete diesem Befehle Gehorsam; der Bürgermeister Dr. Müller hielt es jedoch für besser ihre Ankunft nicht abzuwarten, sondern das Weite zu suchen.

Zwei Tage darauf Nachmittags 4 Uhr rückte Herzog Wilhelm mit 6 Compagnien zu F. und einer großen Anzahl meistentheils geraubter Pferde ein; 11 Compagnien aus den umliegenden Dörfern und der Stadt Osterwieck nahmen in den beiden folgenden Tagen in den Vorstädten Quartier. Diese bezogen jedoch, wie es scheint auf Bitten der Herzogin Elisabeth, bald wider ihre früheren Cantonnements.[1] Erst am 15. Juni wurde die arme Stadt von den ungebetenen Gästen, die hier zum Theil erst überhaupt Gewehre empfingen, wider befreit; sie hatten während dieser 11 Wochen und 6 Tage an der wehrlosen Bürgerschaft ungestraft jeden Frevel verübt. Mochte man auch bei dem Bischofe noch so viel klagen, so „traute er doch Herzog Wilhelm mehr." Und zuletzt nahm man sogar noch 16 der Stadt gehörige Geschütze samt Bespannung mit, von denen Tilly nach der Schlacht von Stadtlohn 13 Stück nach München schicken konnte. Als man das Geschütz für den Felddienst in den Stand setzte, half der Bischof selbst die Nägel einschlagen, „damit Tilly ja was Gutes kriegte."

In derselben Zeit, in welcher sich Herzog Wilhelm von Weimar mit Christian vereinigte, glückte es auch dem Herzoge Friedrich von Altenburg in dem Bischofe einen neuen Kriegsherrn zu finden. Bei seiner persönlichen Anwesenheit in Brüssel (Sommer 1622) war er von der Infantin für die katholische Sache gewonnen worden. Nach seiner Rückkehr warb er mit der Empfehlung des Kaisers und anscheinend auch zur Freude Johann Georgs in seinen protestantischen Dörfern für die Statthalterin der Niederlande, um eine Armee von 3,600 M. zu F. und 1,000 Reitern zusammenzubringen. Allein da wider Erwarten die

---

aber der Herzog von Weimar vor seiner wirklichen Vereinigung mit Christian nicht die Dienste anderer Fürsten nachsuchen können. Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Erzstift Magd. I. XIII. Niederf. Nr. 35.

1) Vgl. hierzu Chronicon Ascaniense in Abel, Sammlung rarer Chroniken S. 652 flgde.

spanischen Gelder ausblieben, gerieth die ganze Sache ins Stocken. Friedrich hatte bis gegen Ende des Jahres weder am Kaiser noch an Spanien noch auch an Kursachsen einen Dienstherrn erlangen können.

Darauf kam „Fritz mit der leeren Taschen" auf den Gedanken, die Ernährung seiner ungemusterten Schaaren dem Landgebiete der Stadt Erfurt aufzubürden:

Holla! ihr Brüder, ihr lieben Soldaten,
Frisch auf! es wird noch wol gerathen.
Da ist eine Stadt Erfurt genannt,
Die hat der reichen Dörfer viel,
Dahin ich nun euch legen will.
Da laßt euch geben, was euch gefällt;
Da raubt, mordt, brennet und stehlt;
Lasst euch die Bauern machen auf,
Oder schlagt alles in einen Hauf.

Im Gebiete von Erfurt trieben sich dann in den letzten Wochen des December Räuberbanden ähnlich die meuternden, ungemusterten Mannschaften umher, so daß der Name ihres Dienstherrn mit den ärgsten Verwünschungen belegt wurde:

O Fritze! Das unschuldige Blut
Rache über dich schreien thut,
Gott wird dirs schwerlich schenken;
Wie wird dich in deinem letzten End
Das böse Gewissen kränken.

Am jüngsten Tage wird's geschehn,
Man Herzog Fritzen wird reiten sehn
Zur Hölle mit seinen Crabaten,
Da wird er immer und ewig
Mit ihnen brennen und braten.

Zuletzt trieb die Noth den Herzog doch dazu, das Volk Ende December in Sömmerda größtentheils zu entlassen. Was er übrig behielt und vielleicht neu geworbene Schaaren dazu hat Friedrich darauf dem Braunschweiger untergestellt.[1]

1) Vgl. Beyer, Herzog Friedrich von Altenburg in Lebebur's Allg. Archiv VI. 246 ff. Die auf Friedrich bezüglichen Gedichte hat Beyer gleichfalls in der Zeitschrift für preuß. Gesch. und Landeskunde IV. S. 34 ff. mitgetheilt. Einige Notizen hierzu steuerte mir mein hochgeehrter Freund, Hr. Dr. Alfred Kirchhoff in Berlin, bei.

Die Einlagerung dieser bedeutenden Truppenmassen verstärkte aber bei den übrigen Kreisständen das Gefühl der Beklemmung über die eigne Hilflosigkeit um so mehr, als die Vorgänge nach Christians Einzuge mehr und mehr den Character des Geheimnißvollen und Räthselhaften annahmen. Die meisten Stände wußten nur, daß Herzog Christian in die Dienste seines Bruders getreten sei. Als derselbe nun aber trotz seiner Versprechungen nicht entwaffnete, ja sogar den Herzog von Weimar noch an sich zog, und zwar ohne den übrigen Kreisständen vorher auch nur die geringste Mittheilung zu machen, wurde das Bewußtsein der eignen Unsicherheit noch peinlicher.

Vor allen fühlte sich doch der Administrator von Magdeburg betroffen, der trotz seiner hervorragenden Stellung im Kreise, trotz der Nachbarschaft und Verwandtschaft mit Braunschweig-Wolfenbüttel auch nicht die geringste Nachricht über den Zweck dieser Verbindung mit Weimar empfangen hatte. Sein Kanzler Dr. Timäus machte ihn noch außerdem auf die Unvereinbarkeit dieser Vorgänge mit den im Namen des Kreises zu Brüssel abgegebenen Versprechungen aufmerksam. Er rieth ihm geradezu bei Friedrich Ulrich anzufragen, ob er den dort vereinbarten Revers unterschreiben wolle oder nicht. Im ersten Falle, d. h. wenn er sich durch seine Unterschrift unter den Revers zur Neutralität verpflichtete, mußte Christian und sein Heer entlassen werden; verweigerte er jetzt seine Namensunterschrift, so konnte man unter den obwaltenden Umständen schon dies als eine Art Kriegserklärung betrachten. Beide, der Administrator und Christian von Celle, vereinigten sich endlich zu der Bitte an die Infantin, die Ratificationsverpflichtung jenes Neutralitätsvertrags noch auf einige Monate zu verlängern.[1]

In seiner Angst vor den bevorstehenden Ereignissen, die ihm leicht sein Erzbisthum kosten konnten, suchte sich Christian Wilhelm endlich klarere Einsicht in die räthselhaften Vorgänge zu verschaffen und sandte seine Räthe Dr. Arnold Engelbrecht und Heinrich Christof Katte zum Kreisobersten nach Celle. Auf dem Rückwege sollten sie auch nach Wolfenbüttel gehen und bei Friedrich Ulrich um Audienz nachsuchen, um sich Aufklärung von ihm zu erbitten. Christian Wilhelm stellte dabei außer allen Zweifel, daß man wenigstens mit dem Kreisobersten über diese plötzliche Veränderung der Dinge verhandelt habe. Er wünschte nur zu wissen, aus welcher

1) Christian von Celle und Friedrich Ulrich an die Infantin 4./14. April 1623. Erzst. Magdeb. Niedersl. Kr. I. XVIII. 36.

Veranlassung so bedeutende Truppenmassen außer der dreifachen Tripelhilfe in den Kreis geführt seien, welche Zwecke man damit verfolge, ob die Kreisstände selbst davon irgend welche Widerwärtigkeiten zu besorgen hätten, ob nun alles Volk in ein Ganzes vereinigt unter einem Commando stehe, oder ob noch immer zwei Armeen, eine Kreisarmee und eine braunschweigische, vorhanden seien. Endlich aber beängstigte den Administrator auch die Furcht vor den aus diesen Verhältnissen nothwendiger Weise hervorgehenden politischen Verwickelungen. Der Kreisoberste sollte sich daher auch darüber erklären, ob man den Kaiser von allem in Kenntniß gesetzt habe, und was man zu thun gedenke, wenn Tilly mit Gewalt nachrücke. Der Administrator von Magdeburg konnte sich nicht anders denken, als daß der Kreisoberste selbst mit allem einverstanden sei, und schien sogar von der Annahme auszugehen, daß sich die beiden Truppenkörper für den Fall eines Angriffs zu gegenseitiger Hilfsleistung verpflichtet hätten.[1]

In allen diesen Beziehungen sollte jedoch der Bescheid, welchen die Räthe erhielten, Christian Wilhelm gründlich enttäuschen. Auch der Kreisoberste hatte im Anfange von den sonderbaren Vorgängen nicht die geringste Notiz erhalten; auch seine Kenntniß der Verhältnisse beruhte nur auf den Gerüchten, welche im Publikum verbreitet waren. Erst geraume Zeit nach dem kalenberger Vertrage war Barthold v. Rautenberg im Namen Friedrich Ulrichs bei ihm erschienen, um seinen Rath einzuholen. Da aber Wolfenbüttel bereits auf eigne Faust zu weit in der Sache vorgegangen war, trug er Bedenken, sich nun seinerseits überhaupt über dieselbe auszulassen. Den seiner Ansicht nach auf Schrauben gestellten und von Christian eigenmächtig geänderten Revers kannte er und theilte ihn den magdeburgischen Gesandten abschriftlich mit. Als sich das Gerücht von der bevorstehenden Verbindung Christians mit den Schaaren des Herzogs Wilhelm verbreitete, hatte er in Gemeinschaft mit Friedrich Ulrich eigne Gesandte an den Herzog von Weimar abgefertigt und ihn aufgefordert, sich einer weitern Beunruhigung des Kreises zu enthalten. Allein man hatte sie in Wernigerode fast nicht einmal hören wollen, sondern sie nach Halberstadt verwiesen, wo sie der Musterung und Vereidigung beiwohnen könnten. Die letztere hatte hier auch nicht allein auf den Namen Christians, sondern zugleich auf den des regierenden Herzogs von Wolfenbüttel vor seinen eignen Abgeordneten, die sich darüber höchlich beschwerten,

1) Die Instruction für die Gesandten ist vom 3. April 1623.

Statt gefunden. Der Kreisoberste versicherte endlich den Abgesandten Christian Wilhelms, daß mit ihm und seines Wissens auch mit den andern Kreisständen über alle diese Vorgänge nicht verhandelt worden sei, und wies noch ausdrücklich darauf hin, daß im Herzogthum Braunschweig nunmehr Christian selbst und nicht Friedrich Ulrich die Quartiere austheile. Von dem dem Ganzen zu Grunde liegenden Plane wollte er keine Kenntniß besitzen und theilte auch dem Administrator nur allgemeine Vermuthungen über denselben mit. Wenn sich Christian stark genug fühle, werde er versuchen mit Güte oder mit Gewalt auch die Kreistruppen an sich zu ziehen. Daß dann endlich eine neue Vereinigung mit Mansfeld erfolgen werde, schien ihm nicht unwahrscheinlich; er sprach wenigstens die Vermuthung aus, daß Christian noch jetzt Verbindungen mit ihm unterhalte. Mansfeld selbst aber versuche ja bereits vorzudringen und sei gesonnen seinen Musterplatz im Erzstift Bremen zu nehmen.

Dieser wenig befriedigende Bescheid wurde auch durch das, was die Gesandten in Wolfenbüttel von Friedrich Ulrich selbst erfuhren, nicht tröstlicher. Mit einer gewissen Feierlichkeit wurde ihnen dort am 8./18. April, während Christian in Wolfenbüttel selbst anwesend war, Audienz ertheilt. Eine größere Anzahl der fürstlichen Räthe, der Statthalter v. Steinberg, der Kanzler v. Weihe, ferner Barthold v. Rautenberg und die Sekretäre Johann Osterwald und Theodor Block wohnten ihr bei.

Denselben Eindruck der höchsten Verlegenheit und Bestürzung, welcher sich dem kursächsischen Geschäftsträger am Hofe Friedrich Ulrichs, Levin Hahn, aufdrängte, empfanden auch die Gesandten Christian Wilhelms. Friedrich Ulrich erklärte selbst vor ihnen: „es wäre nicht Wunder, wenn er maororo animi einen Anstoß und Ungemach leiden sollte.“ Den Vertrag zu Kalenberg betheuerte er, in heiligster Absicht und mit reinstem Herzen nur geschlossen zu haben, um seinen Bruder von Mansfeld zu trennen und aus den beschwerlichen Kriegshändeln herauszureißen. Die auch auf seinen Namen geschehene Vereidigung des weimarischen Volkes gestand er zwar ein, versicherte aber auch unter besonderem Hinweis auf seine und des Kreisobersten Gesandtschaft an Herzog Wilhelm, daß alles ohne sein Vorwissen und seine Einwilligung geschehen sei. Selbstverständlich wollte er daher auch die weimarischen Truppen durchaus nicht als die seinigen anerkennen. Christian selbst aber hatte diesen offenbaren Bruch seines Reverses damit entschuldigt, daß er „wegen vor diesem gegebener Patente“ genöthigt gewesen sein würde, den Weimaranern das Lauf- und Anrittgeld zu zahlen, falls er sie nicht in seinen Dienst genommen hätte.

Er hatte sich auf die Gefahr berufen, in welcher der Kreis schwebe, und die durchaus ungenügende Kriegsbereitschaft desselben, nach welcher der Kreisoberste kaum 4,000 M. anstatt 13,000 zusammen gebracht hatte, hervorgehoben. Seufzend wies Friedrich Ulrich auf die Noth hin, welche seine unglücklichen Unterthanen bedrängte, und nannte selbst die Soldateska tonsura generis humani. Wie er sich aus dieser bedrängnißvollen Lage retten könne, wußte der armselige Fürst, der bei viel geringeren Verlegenheiten rathlos dastand, nicht anzugeben. Den Weg der Gewalt schien er nicht beschreiten zu wollen: sein Bruder hatte ihm zu viel Leute um sich, die nicht viel zu verlieren hatten und von selbst zu gewaltsamen Ausschreitungen jeder Art willfährig und geneigt waren. „Sollte man die mit Gewalt angreifen, dürfte es auch ohne Ungelegenheit nicht abgehn." Von dem Vorhaben Christians behauptete er, obwol er sein leiblicher Bruder sei, nicht die geringste Wissenschaft zu haben: ob er nach Böhmen rücken oder den Kampf mit dem allmälig sich nähernden Tilly aufnehmen wolle, war ihm unbekannt. Er widerholte vor den Gesandten Christian Wilhelms nur die allgemeine Versicherung seines Bruders, daß das Volk zum Besten des niedersächsischen Kreises geworben sei, und verwies sie im Uebrigen an diesen selbst so wie an die Mutter, wo sie hoffentlich nähere Aufschlüsse erhalten würden. Wie es scheint, hatten jedoch Dr. Engelbrecht und Katte gar keinen Auftrag, sich von den Genannten Erklärungen auszubitten.

So waren also die beiden mächtigsten weltlichen Fürsten ebenso wenig wie der bedeutendste geistliche Fürst des Kreises mit dieser plötzlichen Einlagerung einer so gewaltigen Heeresmasse einverstanden. Derjenige, welcher zuerst die Hand dazu geboten hatte, den Truppen ein Unterkommen im Kreise zu schaffen, fand sich nun am meisten blosgestellt und compromittiert. Von den Plänen des Herzogs wollte ebenfalls kein Stand des Kreises nähere Kenntniß haben. Mit Recht hoben daher die magdeburgischen Gesandten ihrem Landesherrn gegenüber hervor, in welchem Lichte die Stände unter solchen Verhältnissen dem Kaiser gegenüber erscheinen müßten. Während die Schreiben des Kreises von der Versicherung ausgiengen, daß Christian nur Aufnahme gefunden habe, um zu entwaffnen und sich mit dem Kaiser auszusöhnen, stärkte er sich nun von Tage zu Tage. Es mußte in der That den Eindruck hervorbringen, als ob der Vertrag von Kalenberg nur geschlossen worden sei, um den Kaiser und die Katholischen sicher zu machen und zu täuschen. Dem etwaigen Einwande der Stände, daß diese bedrohliche Veränderung der Dinge ohne ihr Vorwissen

eingetreten sei, konnte in der That solchen Thatsachen gegenüber auf die bloße Versicherung hin niemand Glauben schenken.

Unter diesen traurigen Verhältnissen war es natürlich, daß sich die einzelnen Stände so viel als möglich sicher zu stellen suchten. Namentlich strebte man immer von Neuem wider an Kursachsen eine Stütze zu gewinnen. Indessen schon am 23. März 1623 hatte Johann Georg dem Administrator diese tröstliche Aussicht zum größten Theil entzogen. Zu einer näheren Verbindung der beiden sächsischen Kreise, welche allein gegen beide Krieg führende Theile Schutz zu gewähren schien, machte er ihm geringe Hoffnung. Er erinnerte ihn, „wie im niedersächsischen Kreise Sachen fürgehen, worum unsers Ermessens nicht alle Stände Wissenschaft haben, noch dieselben, wann sie deren berichtet, belieben dürften. Ob nun solches zu Beförderung der gesuchten nähern Conjunction zwischen diesen beiden Kreisen beförderlich oder vielmehr hinderlich sein werde, stellen wir E. L. zu bedenken anheim.“ [1]

Trotzdem suchte jedoch Christian Wilhelm am 2. April, indem er dem Kurfürsten einen Bericht des Herzogs Christian von Celle über die täglich wachsenden Streitkräfte mittheilte und ihm auch über den Zweck der eingelagerten Truppen Aufschluß gab, von Neuem um eine Conferenz der beiderseitigen Räthe nach, welche eine Verbindung der Kreise anbahnen sollte. Er hoffte, daß damit dem fremden Kriegsvolke der Muth gebrochen, die Pläne seiner Führer baldigst gekreuzt und der Verwirrung des Kreises endlich einmal gründlich gesteuert werden würde.

Und als Johann Georg dem Administrator in einem Schreiben vom 6. April den wolfeilen Rath ertheilte, die Kreistruppen zusammenzubringen, bat Christian Wilhelm in seiner Verzweiflung, mit diesen Truppen etwas ausrichten zu können, um die Osterzeit endlich geradezu um Hilfe. Auch mit den anhaltinischen Fürsten suchte er sich in möglichst gutes Einvernehmen zu stellen; es lag ihm vor allem daran, daß die Saalübergänge in Münchennienburg, Bernburg, Plötzkau und anderwärts hinreichend sicher gestellt würden.

Darauf traten nun die obersächsischen Kreisstände wirklich zu einer Kreisversammlung in Jüterbok zusammen (21. April), und Dr. Timäus wurde beauftragt, dieselben für eine Verbindung mit dem niedersächsischen Kreise zu gewinnen. Ja der Markgraf Christian Wilhelm besuchte in diesen Tagen Johann Georg und Georg Wilhelm persönlich,

1) Königl. Staatsarchiv zu Magd. Erzstift Magd. Nieders. Kreis I. 33.

um sie einem solchen Plane zugänglich zu machen. Und in der That hätte ein mannhafter Entschluß der beiden protestantischen Kurfürsten gerade zu dieser Zeit von unabsehbarer Tragweite sein können. Hatte sich doch auch der Landgraf Moriz von Hessen an diese Stände um Hilfe gegen Tilly gewendet und suchte seinen Bitten gleichfalls persönlich bei den Kurfürsten Nachdruck zu verleihen. Allein alle Bemühungen des magdeburgischen Rathes und seines Landesherrn waren vergebens. Man gab ihnen nur die bittersten Vorwürfe über die Schwäche und Unzuverlässigkeit des Kreises anzuhören. Der Präsident v. Schönberg warf den niedersächsischen Kreisständen vor, daß sie den Dingen viel zu lange in Unthätigkeit zugesehen, daß sie das Kriegsvolk nicht bei Zeiten, ehe es die Uebermacht erhielt, mit Gewalt aus dem Kreise entfernt hätten. Er tadelte ferner die unbegreiflichen militärischen Maßregeln, durch welche auch diese an Anzahl so geringfügigen Truppen noch in einzelne gesonderte kleine Abtheilungen verzettelt wurden. Das Erzstift Bremen, ferner Holstein und Dänemark hatten ja aus Furcht vor einem Einfalle Mansfelds ihre Contingente überhaupt noch nicht marschieren lassen, — ein Beispiel von Patriotismus, welches natürlich Nachahmer fand.

Einer Verbindung der Streitkräfte der beiden sächsischen Kreise war aber vornehmlich der Kurfürst selbst durchaus abgeneigt. Sie erschien ihm vollständig überflüssig, wenn Herzog Christian, wie er vorgab, wirklich ein Freund des Kreises war; war er das nicht, so forderte er, daß die niedersächsischen Stände offen mit der Sprache herausgehen und ihr Hilfsgesuch geradezu hiermit begründen sollten —, „wobei aber auch allerhand zu bedenken sein wolle.“ Verband sich der Kurfürst von Sachsen gerade jetzt mit dem niedersächsischen Kreise, so wollte es ihm scheinen, als ob er sich nun auch seinerseits alles dessen theilhaftig mache, was seit zwei Monaten im Kreise vorgegangen war. Und so gewährte denn auch das Versprechen, durch welches der Graf v. Schwarzenberg dem Kanzler Timäus auf eine Verbindung mit Brandenburg Hoffnung machte, „falls Kursachsen dabei sein werde,“ nur geringen Trost. Besonders tadelnd sprach sich endlich Johann Georg auch noch darüber aus, daß der Administrator und der Herzog von Celle das Schreiben nicht mit unterzeichnet hatten, durch welches die übrigen Stände des Kreises dem Kaiser die Einlagerung Christians als unverdächtig dargestellt und officiell mitgetheilt hatten. Und doch war auch dies nur in der Besorgniß unterlassen worden, daß der Kaiser die Versicherungen des Kreises als Täuschungsversuche ansehen werde.

So war es denn nicht zu verwundern, daß der obersächsische Kreis am 1. Mai 1623 die verlangte Hilfsleistung in aller Form abschlug und sich sogar weigerte, eine Gesandtschaft an einige im niedersächsischen Kreise sich aufhaltende Fürsten, worunter man natürlich Christian von Braunschweig und Wilhelm von Weimar verstand, abgehen zu lassen. Er beschloß nur, unter Aufstellung der doppelten Tripelhilfe in einer Höhe von 6,000 M. zu F. und 2,000 Reitern die kommenden Ereignisse zu erwarten.

Am kaiserlichen Hofe selbst aber war man um diese Zeit über den wirklichen Zusammenhang der Vorgänge im niedersächsischen Kreise hinlänglich ins Klare gesetzt worden. Aus Furcht vor den Verwickelungen, welche ein Sieg der katholischen Waffen für ganz Norddeutschland herbeiführen mußte, wendete sich der Kreisoberste Christian von Celle zeitig genug an den Kaiser selbst. Eine Gesandtschaft des Herzogs, welche in der dritten Aprilwoche (17. April a. St.) bei Ferdinand Audienz hatte, sollte bereits die für die celler Linie so wichtige Frage der Erbfolge nach Friedrich Ulrichs Tode zur Verhandlung bringen.[1] Ihrem Berichte entnehmen wir, daß man sich in Wien beim Eintreffen der Gesandten über diese niedersächsischen Dinge doch noch in Ungewißheit befand. Der Fürst von Hohenzollern äußerte immer noch die Hoffnung, man werde den Halberstädter zur Ruhe bringen, obwol er hinzufügte, daß Friedrich Ulrich mit der Bestallung seines Bruders eine große Last auf sich genommen habe. Auf die Frage, was der Kaiser thun werde, wenn sich Christian nicht füge, konnte man keine recht deutliche Antwort erlangen. Nur Strahlendorf erwiderte, der Bischof habe ja außer Halberstadt kein Besitzthum an Land und Leuten, und deutete hiermit doch wol auf eine Achtserklärung hin, die ihn auch des Erbrechts auf das Herzogthum Wolfenbüttel beraubt haben würde. Die celllischen Gesandten forschten weiter danach, ob durch den Pardon die Beschreitung des Rechtswegs von Seiten des Kaisers ausgeschlossen werde. Sie wünschten zu wissen, „ob sich dessen der Kaiser nicht künftig bedienen werde," und äußerten ihre Zweifel, „ob darunter anderer katholischer Stände prädentierte jura und Actionen gemeint sein sollten," d. h. sie wünschten sich zu vergewissern, wie weit man in dem Versuche, durch die bisherigen Mittel das Stift wider zu katholisieren, vorgehen wolle.

1) Nach Christians Instruction vom 3. April. Die Gesandtschaft bestand aus Georg v. d. Wense und Georg Fischer; ihren Bericht erstatteten sie Celle am 8. Mai. Kgl. Archiv zu Hannover, Celle. Brief. Design. 11. 86.

Strahlendorf beruhigte die Gesandten zwar mit den Worten, dergleichen Specialitäten seien noch nicht im Rath verhandelt worden, betonte aber doch auch, „was der Kaiser von Rechts wegen thun könne."

Der Kaiser selbst äußerte seine Besorgniß vor dem jugendlichen Gegner unverholen, er erkundigte sich nach der Stellung seiner Armee und fragte besonders auch, wie weit es von da nach Leipzig und Prag sei. Die Gesandten ihrerseits aber wiesen jede Gemeinschaft mit dem Halberstädter und denjenigen, welche ihn in den Kreis gebracht hatten, mit Entschiedenheit von sich. Sie erklärten, daß sie zu „gegenwärtigem Uebelstande weder Rath noch That gegeben," und wollten die Abhilfe den höhern Ständen, welche sich bisher des Werks unternommen hatten, ohne „weitere ohnziemliche Sorge befohlen sein lassen:" ihnen selbst „wäre das Werk zu hoch, wüßten davon nichts zu judicieren, hätten auch deswegen keinen Befehl."

Herzog Christian im Stift Halberstadt.

Trotz der 100,000 Thlr., welche Christian von seinem Bruder als derzeitigen Dienstherrn empfieng, waren die Geldverhältnisse des Heeres, welches den Sieg der katholischen Waffen in Norddeutschland verhindern sollte, allem Anschein nach sehr mißlich. Um so mehr versuchte sein Führer, der selbst bei viel unbedeutenderen Gelegenheiten alles an alles zu setzen liebte, seiner Unternehmung die erforderlichen Hilfsmittel zu verschaffen. Wenn er hierbei nicht sowol auf Kosten der Gegner als auf Kosten seiner eignen Unterthanen verfuhr, so kann man auch hieraus erkennen, wie unabänderlich fest der Entschluß in ihm war, mit Aufopferung aller Kräfte zu einem günstigen Erfolge zu gelangen. Zunächst nämlich war es sein eignes Stift, dem ein Theil der für den bevorstehenden Feldzug nothwendigen Kosten aufgebürdet wurden.

Bereits am 1./10. März erließ der Bischof ein Schreiben an das Capitel, in welchem er dasselbe um eine Beisteuer zur Abdankung seines Kriegsvolks ersuchte.[1] Er gab dagegen das Versprechen, das Stift und seine Einwohner vor allen Beschwerden einer Einlagerung zu sichern. Hierauf antwortete das Domcapitel am 7. März, nachdem sich nochmals Gesandte des Bischofs dahin erklärt hatten, daß gegen eine Beisteuer alle

1) Das Material der folgenden Schilderung findet sich zum größten Theil in 2 Actenstücken des Königl. Staatsarchivs zu Magdeburg, welche nachstehende Signaturen führen: Domcapitel zu Halberstadt XIX. 8. Domcapitel zu Halb. XIX. 10.

Soldaten aus dem Stift abgeführt und auch dem Herzog von Weimar untersagt werden sollte seine Truppen im Halberstädtischen einzuquartieren, im Ganzen beistimmend. Einhellig beschloß es die Stiftsstände einzuberufen, um ihnen die Sache vorzutragen, und machte seinem Landesherrn Hoffnung, daß „sich die gehorsamen Stände und Unterthanen zu einer gutwilligen Contribution ganz willfährig in Unterthänigkeit accomodieren und verstehen würden!" Freilich wurde dabei seine schriftliche Versicherung, daß er weder Einquartierungen noch Durchmärsche irgend welcher Truppen — seine eignen nicht ausgeschlossen — gestatten wolle, als unerläßliche Bedingung vorausgesetzt. Es war die im Ganzen mäßige Summe von 40,000 Thalern, welche der Bischof unter widerholter Garantie jener Bedingung forderte. Die Stände verstanden sich auf der Versammlung vom 17. März wirklich dazu die Summe zu beschaffen; sie sollte auf ein Stiftshaus verschrieben und jährlich vom Domcapitel verzinst werden.

Allein trotz dieser Zusicherung räumte der Bischof das Stift nicht, sondern forderte am 28. März vom Domcapitel sogar noch die Erhöhung dieser Summe. Auch jetzt widerholte er seine frühere Zusage das Volk abzuführen und versprach auch bis zu diesem Zeitpuncte gute Ordnung zu halten. Das Capitel antwortete, es wolle sich, wenn ihm Christian anzeige, bei wem noch eine Summe Geld aufzubringen sei, aufs Aeußerste angreifen. Um über die neue Forderung in Berathung zu treten, erließ das Domcapitel am 5. April eine Aufforderung an die Vertreter der Ritterschaft Lippold v. Rossing, Siegfried und August v. Hoym, Kurt v. Veltheim, Busse v. d. Asseburg und Friedrich v. Randow, ferner an den Abt zu Huyseburg und den Pater zu Hamersleben, so wie endlich an die Räthe der drei Städte Halberstadt, Aschersleben und Osterwiek, sich zu einer Versammlung des großen Ausschusses Mittwoch nach Palmarum (9. April) in Halberstadt einzufinden.

Allein an demselben Tage erschien auch eine neue Anweisung des Bischofs, die vorher geforderte Summe auf 100,000 Thlr. zu ergänzen. Die Geneigtheit des Ständeausschusses, dem Bischof unter die Arme zu greifen, scheint aber wenigstens nicht überall gleich groß gewesen zu sein. Kurt v. Veltheim und Busse v. d. Asseburg erschienen gar nicht zum Ausschußtage und mußten daher am 10. April abermals vorgeladen werden. Auch die Stadt Aschersleben erhielt an diesem Tage eine neue Mahnung, Freitag den 11. April mit dem Frühesten einen mit gehöriger Instruction versehenen Vertreter nach Halberstadt abzuordnen. Dennoch machte sich der Ausschuß am 11. April anheischig, die ganze Summe von

Strahlendorf beruhigte die Gesandten zwar mit den Worten, dergleichen Specialitäten seien noch nicht im Rath verhandelt worden, betonte aber doch auch, „was der Kaiser von Rechts wegen thun könne."

Der Kaiser selbst äußerte seine Besorgniß vor dem jugendlichen Gegner unverholen, er erkundigte sich nach der Stellung seiner Armee und fragte besonders auch, wie weit es von da nach Leipzig und Prag sei. Die Gesandten ihrerseits aber wiesen jede Gemeinschaft mit dem Halberstädter und denjenigen, welche ihn in den Kreis gebracht hatten, mit Entschiedenheit von sich. Sie erklärten, daß sie zu „gegenwärtigem Uebelstande weder Rath noch That gegeben," und wollten die Abhilfe den höhern Ständen, welche sich bisher des Werks unternommen hatten, ohne „weitere ohnziemliche Sorge befohlen sein lassen:" ihnen selbst „wäre das Werk zu hoch, wüßten davon nichts zu judicieren, hätten auch deswegen keinen Befehl."

Herzog Christian im Stift Halberstadt.

Trotz der 100,000 Thlr., welche Christian von seinem Bruder als derzeitigen Dienstherrn empfieng, waren die Geldverhältnisse des Heeres, welches den Sieg der katholischen Waffen in Norddeutschland verhindern sollte, allem Anschein nach sehr mißlich. Um so mehr versuchte sein Führer, der selbst bei viel unbedeutenderen Gelegenheiten alles an alles zu setzen liebte, seiner Unternehmung die erforderlichen Hilfsmittel zu verschaffen. Wenn er hierbei nicht sowol auf Kosten der Gegner als auf Kosten seiner eignen Unterthanen verfuhr, so kann man auch hieraus erkennen, wie unabänderlich fest der Entschluß in ihm war, mit Aufopferung aller Kräfte zu einem günstigen Erfolge zu gelangen. Zunächst nämlich war es sein eignes Stift, dem ein Theil der für den bevorstehenden Feldzug nothwendigen Kosten aufgebürdet wurden.

Bereits am 1./10. März erließ der Bisch[illegible]reiben an Capitel, in welchem er dasselbe um eine Beist[illegible]bewilligung f[illegible] Kriegsvolks ersuchte.[1] Er gab dagegen das V[illegible] das Stift seine Einwohner vor allen Beschwerden einer [illegible]ng zu sich Hierauf antwortete das Domcapitel am 7. Mär[illegible] sich noch Gesandte des Bischofs dahin [illegible] hatten, daß [illegible] Beisteuer

1) Das Material der fol[illegible]derung fin[illegible] 2 Actenstücken des Königl. Sta[illegible] Magdeburg turen führen: Domcapitel zu Ha[illegible]. 8. Do[illegible]. XIX

Soldaten aus dem Stift abgeführt und auch dem Herzog von Weimar untersagt werden sollte seine Truppen im Halberstädtischen einzuquartieren, im Ganzen beistimmend. Einhellig beschloß es die Stiftsstände einzuberufen, um ihnen die Sache vorzutragen, und machte seinem Landesherrn Hoffnung, daß „sich die gehorsamen Stände und Unterthanen zu einer gutwilligen Contribution ganz willfährig in Unterthänigkeit accomodieren und verstehen würden!" Freilich wurde dabei seine schriftliche Versicherung, daß er weder Einquartierungen noch Durchmärsche irgend welcher Truppen — seine eignen nicht ausgeschlossen — gestatten wolle, als unerläßliche Bedingung vorausgesetzt. Es war die im Ganzen mäßige Summe von 40,000 Thalern, welche der Bischof unter widerholter Garantie jener Bedingung forderte. Die Stände verstanden sich auf der Versammlung vom 17. März wirklich dazu die Summe zu beschaffen; sie sollte auf ein Stiftshaus verschrieben und jährlich vom Domcapitel verzinst werden.

Allein trotz dieser Zusicherung räumte der Bischof das Stift nicht, sondern forderte am 28. März vom Domcapitel sogar noch die Erhöhung dieser Summe. Auch jetzt widerholte er seine frühere Zusage das Volk abzuführen und versprach auch bis zu diesem Zeitpuncte gute Ordnung zu halten. Das Capitel antwortete, es wolle sich, wenn ihm Christian [illegible] bei wem noch eine Summe Geld aufzubringen sei, aufs Aeußerste [illegible] fen. Um über die neue Forderung in Berathung zu treten [illegible] das Domcapitel am 5. April eine Aufforderung an die [illegible] Ritterschaft Lippold v. Rossing, Siegfried und August [illegible] v. Veltheim, Busse v. d. Asseburg und Friedrich [illegible] den Abt zu Huysburg und den Pater zu Hamersleben [illegible] die Räthe der drei Städte Halberstadt, [illegible] zu einer Versammlung des großen [illegible] (9 [illegible] in Halberstadt einzufinden. [illegible] an demselben Tage [illegible] die vorher geforderte [illegible] gtheit des Stände[illegible] heint aber wenig[illegible] ltheim und [illegible] nd mußten [illegible] tadt Aschers[illegible] 11. April [illegible]

100,000 Thalern zu beschaffen, versäumte aber, wie es wenigstens scheint, dem Bischof sofort Nachricht zukommen zu lassen. Da ergriff dieser ein wirksameres Mittel, um die Willfährigkeit der Domherrn zu beschleunigen. Er befahl[1] seinem Oberstlieutenant Johann Ludwig v. Erlach, der das Commando in Halberstadt hatte, keinen der Domherrn aus den Thoren zu lassen, sondern sie alle innerhalb der Stadt festzuhalten. Und dieses Mittel wirkte. Noch an demselben Tage versicherten sie ihm, daß sie fast täglich bis Nachmittags 3 oder 4 Uhr mit dem Ausschuß und den Ständen des Stifts verhandelt und endlich beschlossen hätten, in Anbetracht des Unvermögens der Stände für sich selbst eine Summe aufzubringen und die Stände damit zu übertragen. Nun baten die Herren aber auch vor allem mit Rücksicht auf den übeln Eindruck, welchen ihre Haft bei der Bürgerschaft mache, um Aufhebung des Haftsbefehls. Allein auch am 15./25. April war noch keine endgiltige Entscheidung erfolgt. An diesem Tage fragte der Dombechant bei dem fürstlichen Geheimsekretär und Haushofmeister Ruck in Gröningen an, zu welcher Stunde des folgenden Tages die Abgeordneten des Capitels und der Stände Audienz bei dem Bischof haben könnten.

Da trat plötzlich noch eine Forderung von anderer Seite an das Domcapitel heran. Um dieselbe Zeit suchte nämlich auch der Kreisgeneral, Herzog Georg von Lüneburg, um den ihm zukommenden Unterhalt für die stiftischen Kreistruppen nach. Von dieser neuen Bedrängniß wurde jedoch das Domcapitel durch Christian selbst befreit. Bereits am 15. April stellte dieser nämlich die kategorische Forderung, die zur Kreisarmee entsendeten 3 Compagnien zurückzurufen und im Stift selbst zu unterhalten. Auf keinen Fall sollte ihnen noch weiter Geld zu ihrer Besoldung aus dem Stift verabfolgt werden. Wie der Administrator von Magdeburg, der Herzog von Mecklenburg und andere Stände ihre Kreistruppen nicht außer Landes schickten, so wollte auch Christian die zu diesem Zweck geworbenen stiftischen Truppen zur Vertheidigung der Heimat verwenden und sogar noch eine neue Compagnie dazu werben. In der That erhielt auch der Kreisgeneral kein Geld, obschon die Truppen nicht ins Stift zurückkehrten.

Bei diesen letzten Verhandlungen, die am 17./27. April durch Bewilligung der geforderten 100,000 Thlr. und ihre eventuelle Verschreibung

1) Am 13./23. April.

auf ein Stiftshaus ihren Abschluß erreichten,[1] scheint übrigens der Domdechant selbst gar nicht in Halberstadt anwesend gewesen zu sein, wenigstens wurde er vom Senior und Subsenior am 16./26. April förmlich zur Rückkehr aufgefordert.

Das Domcapitel gab sich darauf alle erdenkliche Mühe, um, natürlich ohne eignen Nachtheil, bei befreundeten Ständen auf Kosten des Stifts die geforderten Geldmittel flüssig zu machen. Es bat am 14./24. April Dr. Laurentius Heistermann, Domherr und Syndikus des Domcapitels zu Bremen, zehn bis dreißig Tausend Reichs- oder auch Zahlthaler gegen eine Verschreibung der Stände entweder selbst herzuleihen oder beim Domcapitel oder den Einwohnern der Stadt aufzunehmen.[2] Bis zur Höhe von 8,000 Reichsthalern hatte es ferner in seinem und der gesamten Stände Namen den Bischof an den braunschweigischen Bürger Hans Schacht gewiesen. Den Domherrn Matthias v. Oppen sandte das Capitel am 16./26. April an den Geheimen Rath und Oberhauptmann Hans Georg v. Reböke in Spandau und an Dietrich v. Bröstgke, Erbsaß auf Ketzschier, in einem ähnlichen Anliegen. Allein der Credit des kleinen Stifts reichte bei weitem nicht aus, um die von Christian geforderte Summe in möglichster Schnelligkeit herbeizuschaffen; und so schrieb denn das Capitel am 18. April zur Befriedigung seines Landesherrn eine auf das Eilffache der gewöhnlichen Quote erhöhte Landsteuer aus.

Dieser selbst suchte außerdem durch Verpfändung der Amtshäuser Geld aufzutreiben und fand hier, wie es scheint, genug willige Gläubiger, die sich die mißliche Situation des kühnen Heerführers zu Nutze machten. So mußte das Domcapitel am 18. April seine Einwilligung dazu ertheilen, daß der Bischof das Stifts- und Amtshaus Langenstein an Adrian Arnd Stammer gegen 10,000 Thlr. verpfänden durfte. Den Klosterhof Winningen erhielt am 21./31. Mai 1623 Ludwig v. Anhalt ebenfalls pfandweise für eine Summe von 36,000 Thalern. Der Herzog Friedrich Ulrich und die Aebtissin von Quedlinburg gaben zu dieser Verpfändung ihre ausdrückliche Zustimmung. Am $\frac{26.\ \text{Juni}}{6.\ \text{Juli}}$ forderte Christian den Consens des Capitels über eine Summe von 10,000 Thalern, die auf das Haus Schlanstedt für den Grafen Otto v. Stirum verschrieben werden

1) Instruction des Domcapitels für Johann Georg v. d. Schulenburg vom 15./25. April 1623. Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Domcapitel zu Halberst. XIX. 10.

2) An diese Quelle war es von dem bischöflichen Kammersekretär Christof v. d. Lippe gewiesen worden.

sollten, und früher hatte er bereits den Herren v. Hoym das Haus Ermsleben gegen ein Darlehn von 27,000 Thlr. auf 70 Jahre überlassen. In größter Besorgniß machte das Capitel den Fürsten darauf aufmerksam, daß fast alle seine Aemter mit hohen Summen beschwert seien, und wandten sich geradezu an seinen Hofmarschall Dodo v. Kniphausen, um seinen Gebieter namentlich in der ermslebischen Sache auf andere Gedanken zu bringen. Waren doch von denen von Hoym überhaupt erst 10,000 Thlr. gezahlt worden.

Durch die eilffache Landsteuer hatte jedoch die vom Bischof geforderte Summe auch nicht aufgebracht werden können, besonders seitdem die Forderung Mitte oder Ende Mai auf 150,000 Thlr. erhöht worden war. Auch die zuletzt von den Ständen bewilligten 50,000 Thlr. sollten schon irgendwo erborgt und auf die Stiftsgüter verschrieben werden. Allein die nothwendiger Weise hiermit verbundene Zögerung erschien dem Bischof zu unsicher, und er schlug daher den Ständen ein anderes Auskunftsmittel vor. Es bestand darin, daß anstatt der 50,000 Thlr. das Gold- und Silbergeschirr der Kirchen, Communen und Privatpersonen auf das Rathhaus zu Halberstadt eingeliefert und an irgend einem sichern Orte gegen 50,000 Thlr. baar versetzt werden sollte. Am 1. Juni erließ das Capitel in Gemeinschaft mit den anwesenden Ständen den hierauf bezüglichen Befehl. Von diesem Termine an sollte innerhalb 4 bis 5 Tagen das Gold- und Silbergeschirr auf diese Weise eingebracht und von Goldschmieden gewogen und geschätzt werden.

Und wirklich begannen auch vom Juni an wenigstens in Halberstadt eine große Anzahl Bürger die Unternehmung ihres Bischofs in der angegebenen patriotischen Weise zu unterstützen. Es waren besondere Einnehmer bestimmt, welche gegen Empfang der betreffenden Gegenstände einen vom Domcapitel und sämtlichen Ständen unterschriebenen Schein ausstellten, gegen dessen Rückgabe am nächsten Michaelistermine entweder der Werth in baarem Gelde ausgezahlt oder die Werthstücke selbst zurückgegeben werden sollten.[1]

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige indirecte Weise, Steuern aufzubringen oder vielmehr eine Anleihe zu erheben, ihre großen Schwierigkeiten hat, da den Einzelnen nichts leichter ist, als gerade ihre Kostbarkeiten, die theuren Erb- und Prachtstücke der Familie vor dem spähenden Auge der Behörde zu verbergen. Wenn also die vom Bischof vorgeschlagene

1) Natürlich ist dies höchstens nur zum Theil geschehen.

Maßregel auch nur einigen Erfolg hatte, so wird hieraus zugleich ein Maßstab für das wolwollende Einverständniß, mit welchem die Unterthanen das Beginnen ihres Landesherrn begleiteten, zu entnehmen sein. Und in der That hatte sich der Bischof wenigstens nicht in der Stimmung der Bürgerschaft von Halberstadt getäuscht. Es liegt uns eine noch heut im städtischen Archiv zu Halberstadt aufbewahrte Liste[1] derjenigen Bürger vor, welche der Aufforderung Christians, wie es scheint, mit Freuden nachkamen. Aus ihr dürfte doch wol zu schließen sein, daß, so wenig auch das Domcapitel oder die Mehrzahl seiner Mitglieder die Bestrebungen ihres Landesherrn innerlich theilten, die Bürgerschaft vielleicht schon aus ererbter Opposition gegen die Herren den jungen kriegerischen Fürsten gern und freudig unterstützten.

So lieferte Bürgermeister Christof Hasenbein auf ein Mal 146¾ Loth vergoldetes Silber ein, welches zu einem Betrage von über 97 Thaler angenommen wurde, und dazu auch noch 192½ Loth an weißem Silber. Wie viel von vielleicht uraltem Schmuck wanderte jetzt aus den tiefen Truhen dieser Bürgerhäuser nach dem Rathhause, um niemals widerzukehren! Schwer vergoldete Schalen, Becher und Pokale, goldne Ketten und Ringe, vergoldete Gürtel, silberne und goldene Mantelspangen der Frauen, selbst Messerscheiden — alles wurde angenommen, um dem jungen Fürsten so bald als möglich die Mittel zum Aufbruche zu gewähren. Die städtischen Behörden scheinen einen besonders regen Eifer für die Sache entwickelt zu haben; es begegnen uns in dem Verzeichnisse mehrere Namen der Familien, welche damals im Besitze der öffentlichen Aemter waren. Auch Vertreter des gelehrten Standes fehlen nicht; mehr als eine Frau ferner opferte ihren Schmuck. Selbst das Scherflein des Armen wurde nicht verschmäht; ein Conrector brachte Werthstücke im Betrage von 2 Thalern. Aber die meisten Beiträge übersteigen doch die Summe von 10 Thalern. Nicht wenige überbrachten auch geradezu baares Geld; ihre Beisteuer wird also als eine durchaus freiwillige anzusehen sein. Namentlich zahlreich waren die am 5. Juli eingelieferten Beiträge.

---

1) Designatio derer, so daß Silbergeschirr außgethan, vnd waß es getragen. Den 4. Junij Ao. 623. Archiv der Stadt Halberstadt. Das Verzeichniß ist nicht vollständig, wie schon daraus hervorgeht, daß zuletzt die Posten der einzelnen Seiten nicht mehr summiert sind. Es finden sich auch noch vereinzelte Notizen aus späteren Tagen; wenigstens bis in die Mitte Juni dauerte die Auffammlung dieser mehr oder weniger freiwilligen Spenden für die protestantische Sache.

sollten, und früher hatte er bereits den Herren v. Hoym das Haus Ermsleben gegen ein Darlehn von 27,000 Thlr. auf 70 Jahre überlassen. In größter Besorgniß machte das Capitel den Fürsten darauf aufmerksam, daß fast alle seine Aemter mit hohen Summen beschwert seien, und wandten sich geradezu an seinen Hofmarschall Dodo v. Kniphausen, um seinen Gebieter namentlich in der ermslebischen Sache auf andere Gedanken zu bringen. Waren doch von denen von Hoym überhaupt erst 10,000 Thlr. gezahlt worden.

Durch die eilffache Landsteuer hatte jedoch die vom Bischof geforderte Summe auch nicht aufgebracht werden können, besonders seitdem die Forderung Mitte oder Ende Mai auf 150,000 Thlr. erhöht worden war. Auch die zuletzt von den Ständen bewilligten 50,000 Thlr. sollten schon irgendwo erborgt und auf die Stiftsgüter verschrieben werden. Allein die nothwendiger Weise hiermit verbundene Zögerung erschien dem Bischof zu unsicher, und er schlug daher den Ständen ein anderes Auskunftsmittel vor. Es bestand darin, daß anstatt der 50,000 Thlr. das Gold- und Silbergeschirr der Kirchen, Communen und Privatpersonen auf das Rathhaus zu Halberstadt eingeliefert und an irgend einem sichern Orte gegen 50,000 Thlr. baar versetzt werden sollte. Am 1. Juni erließ das Capitel in Gemeinschaft mit den anwesenden Ständen den hierauf bezüglichen Befehl. Von diesem Termine an sollte innerhalb 4 bis 5 Tagen das Gold- und Silbergeschirr auf diese Weise eingebracht und von Goldschmieden gewogen und geschätzt werden.

Und wirklich begannen auch vom Juni an wenigstens in Halberstadt eine große Anzahl Bürger die Unternehmung ihres Bischofs in der angegebenen patriotischen Weise zu unterstützen. Es waren besondere Einnehmer bestimmt, welche gegen Empfang der betreffenden Gegenstände ein vom Domcapitel und sämtlichen Ständen [illegible] ebenen Schein a[illegible] stellten, gegen dessen Rückgabe am nächsten [illegible] ermine entweder [illegible] Werth in baarem Gelde ausgezahlt oder die [illegible] selbst zurückgeg[illegible] werden sollten.[1]

Es liegt auf der Hand, daß eine derar[illegible] te Weise, Ste[illegible] aufzubringen oder vielmehr ei[illegible] nleihe zu [illegible] r großen Sch[illegible] rigkeiten hat, da den Einze[illegible] ts leicht[illegible] gerade ihre [illegible] barkeiten, die theuren Erb[illegible] stücke b[illegible] vor dem spähe[illegible] Auge der Behörde zu verber[illegible] also [illegible] hof vorgeschl[illegible]

1) Natürlich ist dies höchst[illegible] Theil

Maßregel auch nur einigen Erfolg hatte, so wird hieraus zugleich ein Maßstab für das wolwollende Einverständniß, mit welchem die Unterthanen das Beginnen ihres Landesherrn begleiteten, zu entnehmen sein. Und in der That hatte sich der Bischof wenigstens nicht in der Stimmung der Bürgerschaft von Halberstadt getäuscht. Es liegt uns eine noch heut im städtischen Archiv zu Halberstadt aufbewahrte Liste[1] derjenigen Bürger vor, welche der Aufforderung Christians, wie es scheint, mit Freuden nachkamen. Aus ihr dürfte doch wol zu schließen sein, daß, so wenig auch das Domcapitel oder die Mehrzahl seiner Mitglieder die Bestrebungen ihres Landesherrn innerlich theilten, die Bürgerschaft vielleicht schon aus ererbter Opposition gegen die Herren den jungen kriegerischen Fürsten gern und freudig unterstützten.

So lieferte Bürgermeister Christof Hasenbein auf ein Mal 14[illegible] vergoldetes Silber ein, welches zu einem Betrage von über 9[illegible] angenommen wurde, und dazu auch noch 192½ Loth an weiß[illegible] Wie viel von vielleicht uraltem Schmuck wanderte jetzt aus [illegible] Truhen dieser Bürgerhäuser nach dem Rathhause, um [illegible] kehren! Schwer vergoldete Schalen, Becher und Pokal[illegible] und Ringe, vergoldete Gürtel, silberne und golden[illegible] Frauen, selbst Messerscheiden — alles wurde ang[illegible] gen Fürsten so bald als möglich die Mittel zur [illegible] Die städtischen Behörden scheinen einen beson[illegible] Sache entwickelt zu haben; es begegnen uns [illegible] Namen der Familien, welche damals [illegible] waren. Auch Vertreter des gelehrten [illegible] Frau ferner opferte ihren Schmuck. [illegible] wurd[illegible] verschmäht; ein Comm[illegible] 2 [illegible] Aber die meisten [illegible] 10 [illegible] Nicht wenig[illegible] Bo[illegible] o also als [illegible] lic[illegible] waren die [illegible]

Selbstverständlich ist es, daß auch ein Theil von den Schätzen der halberstädtischen Kirchen Christians Zwecken dienen mußte.

Wie hoch nun überhaupt die Summe, welche auf diese Weise zusammengebracht wurde, zu schätzen ist, läßt sich aus dem unvollständigen Verzeichniß nicht ersehen; einer anders woher entlehnten Notiz zu Folge belief sie sich jedoch bereits am 12. Juni auf 17,226 Thaler.

Die Stadt Aschersleben ließ sich in der Sache säumig finden; sie mußte am 7. und auch noch am 9. Juni zur Abtragung ihrer Quote ermahnt werden; Osterwiek und Hornburg hatten sogar am 16. Juni noch nichts gezahlt.[1]

Bis zum 15. Juni waren allein von Halberstadt 334 Mark 10 Loth feines Silber eingebracht worden; während sich Aschersleben mit 270 Mark 12 Loth, Osterwiek mit 63 Mark 15 Loth und Hornburg mit 30 Mark kurz darauf betheiligten. — Ein Theil dieser Kostbarkeiten wurde in Goslar versetzt.

Der ganze Betrag, welchen das Stift in der That in jenen Tagen dem Bischofe an außerordentlichen Zuschüssen zu dem bevorstehenden Kriegszuge lieferte, scheint sich auf ungefähr 111,000 Thlr. belaufen zu haben.

Zu einem Darlehn von 30,000 Thalern hatte sich ferner auch Elisabeth dem Domcapitel und den Ständen gegenüber verpflichtet. Für die an der vollen Summe von 150,000 Thalern noch fehlenden 9,000 Thlr. machte dann das Capitel dem Bischof die Restanten besonders namhaft. Ob nun jedoch Elisabeth wirklich jene 30,000 Thlr. dem Domcapitel gegen irgend eine Garantie vorgeschossen und somit trotz ihrer frühern herben Abmahnungsschreiben die stolzen Pläne ihres Lieblingssohnes doch noch unterstützt hat, wissen wir nicht. Vielleicht suchte sie auch in ihrer mütterlichen Kurzsichtigkeit nur Geld aufzubringen, um Christian die Entlassung seiner Truppen desto mehr zu erleichtern. Nur in diesem Sinne würde wol eine aus niederländischen Quellen stammende Notiz zu deuten sein, wenn sie sich bewahrheitet, nach welcher sie dem Herzoge 70,000 Reichsthaler gegeben haben soll.[2] Wir können hier nur noch hinzufügen, daß sie Ende Juli 1623 das Domcapitel noch aufforderte, auch bei ihrem Bruder Christian IV., der um diese Zeit zum Besuche bei seinen braun-

1) Vgl. die Mahnschreiben des Domcapitels an diese Städte. Kgl. Staatsarchiv in Magd. Domcapitel zu Halb. XIX, 10.

2) De oude Vurstinne Douagere vereerde den Vurst met 70,000 Ryxdal. Capellen I. 187.

schweigischen Verwandten erwartet wurde, noch 40,000 Thlr. zu entleihen. Das Capitel entschuldigte sich jedoch in gewöhnlicher Weise und wollte hauptsächlich zuvor wissen, auf welche Besitzungen diese Gelder etwa aufgenommen werden könnten. In ähnlicher Weise hatte Elisabeth bereits früher am 31. Mai Johann Georg um ein Darlehn von 60,000 Reichsthalern für Friedrich Ulrich, der auch selbst vergeblich bei dem Kurfürsten darum nachgesucht hatte, gebeten. Selbstverständlich schlug es Johann Georg mit dem Hinweis auf die eignen Rüstungen, sowie auf die vom obersächsischen Kreistage bewilligte Kreishilfe ab.

Daß aber diese Manipulationen Christians gegenüber dem Domcapitel wirklich nicht ganz ohne Zwangsmittel wenigstens gegen den ihm abgeneigten Theil durchgesetzt worden sind, ist schon aus dem oben erwähnten Befehle ersichtlich und geht auch noch aus andern Umständen hervor. Bald nachdem Christian das Stift militärisch besetzt hatte, wurde der Syndicus Dr. Lüder, welchen der Bischof für einen seiner vornehmsten Gegner von Seiten des Domcapitels hielt, in den Ostertagen 1623 aufgehoben und während dieser ganzen Zeit bis zum Aufbruche des Fürsten in Gröningen gefangen gehalten. Christian war über ihn aufgebracht, weil er seiner Meinung nach im vorigen Jahre den Rath ertheilt hatte, seine im Halberstädtischen liegenden Völker zu trennen. Vergebens verwendete sich das Capitel widerholt mit warmen Worten und unter ehrenvoller Anerkennung treuer Dienste schon der Capitelsgeschäfte wegen für die Freilassung seines Syndikus. Auch die aus den reichen Weinvorräthen des Capitels dem Bischofe an einem Tage übersendeten 6 Fuder Wein scheinen keinen Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Schließlich handelte es sich auch hierbei um die Zahlung einer Geldsumme, die aber wol nicht als Caution für Lüder anzusehen ist. Das Domcapitel verwendete sich nämlich auf Bitten der Gattin Lüders am 22. März abermals für seinen Syndicus und bat den Bischof „mit beikommender Designation in Gnaden friedlich zu sein und die restierenden 8,000 Thlr. zu erträglichen Terminen gelangen zu lassen.“ Demnach könnte es scheinen, als ob man sich des Syndicus von Anfang an als Bürgen für die dem Domcapitel und der Landschaft aufgelegte Contribution habe versichern wollen. Aber warum bemächtigte man sich dann nicht des Dechanten oder wenigstens des Seniors? Wie dem nun auch sein mag, der Stiftssyndicus Dr. Lüder kam nicht vor Anfang Juni wider los und entfernte sich darauf sofort aus dem Stift, was der Bischof so ansah, als ob er sich der Zahlung entziehen wollte. Auch hierfür machte er daher das Capitel verantwortlich

und ließ sich einen förmlichen Revers ausstellen, durch welchen es sich anheischig machte, ihm den Syndicus im Nichtzahlungsfalle wider zur Stelle zu schaffen.

Den Domherrn Levin v. Bennigsen, der die Würde eines Portanarius am Hochstift bekleidete und zugleich Propst zu Walbeck war, ließ der Bischof ebenfalls seinen Zorn empfinden. Auf die Beschuldigung, sich in verbotene Münzhändel verwickelt zu haben, wurde er gefangen genommen, wußte sich aber glücklicher Weise einer längeren Haft durch die Flucht zu entziehen. Christian drohte darauf ihn seiner Pfründen zu berauben und mit einer bedeutenden Geldsumme zu strafen, wenn er sich nicht wider stellen würde. Auch diese Maßregel erregte natürlich bei dem Domcapitel großen Unwillen. Es liegt ein Brief vor, in welchem die Herren Bennigsen den Rath geben, einige Vornehme von Adel, die dem Bischofe angenehm seien, zu ihm abzusenden und durch diese den ganzen Handel beilegen zu lassen. Sie fürchteten auch, daß der Bischof in der Sache selbst entscheiden möchte, und sie dadurch des Vorrechts der eignen Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder verlustig gehen könnten. Allein trotzdem wurde Bennigsen das Canonicat, welches er am Hochstift besaß, am 16. Juni abgesprochen und dem Grafen Johann Adolf v. Limburg überwiesen, der auch am 20. Juni in Gegenwart eines Notars allen canonischen Bestimmungen zum Trotz davon Besitz ergriff.

In ähnlicher Weise hatte Christian schon am $\frac{30.\ \text{April}}{10.\ \text{Mai}}$ von Gröningen aus dem katholischen Laurentius Buhl (Buel), der sich beim Herannahen des Bischofs, wie es scheint, nach Wien geflüchtet hatte und nun alle die Maßregeln, welche man hier für passend erachtete, das Stift zum Katholicismus zurückzuführen, einfädelte, eine Pfründe entzogen und einem treuen Kriegsgefährten, dem Major Konrad Nell, überwiesen.[1]

Aber auch noch in anderer Beziehung fand sich das Domcapitel durch die Einlagerung der fürstlichen Völker beschwert. Während nämlich im Anfange die Curien der Domherrn und alle dem Clerus gehörenden Häuser in der Stadt von der Einquartierung befreit geblieben waren, gab der Oberstlieutenant v. Erlach in den ersten Tagen des Mai Befehl auch diese mit Soldaten zu belegen, wogegen sich das Domcapitel natürlich gleichfalls zu wehren suchte.

---

1) Die Verleihungsurkunden befinden sich abschriftlich in einem Actenstück des K. Staatsarchivs zu Magd., Domcapitel zu Halb. XIX. 8.

Die Lage Christians in der Zeit vom März bis Juni dieses Jahres war aber auch in der That eine so mißliche, daß er aus allen Kräften bestrebt sein mußte, Unterhalt für seine sich immer noch mehrenden Truppen zu gewinnen. Gerade in diesem Feldzuge vom Jahre 1623 scheint er nämlich Unterstützungen des Auslands, wahrscheinlich auch der Niederlande, nur in spärlichem Maße genossen zu haben. Wenn nun aber auch ein großer Theil der 300,000 Thlr., welche Friedrich Ulrich im Anfange dieses Jahres vom Könige von Dänemark[1] gegen Verpfändung des Amtes Syke entlieh, unzweifelhaft auf die Unterhaltung dieser Truppen verwendet wurde, so reichte doch auch diese Summe keineswegs aus. Allein trotz der dringenden Noth, in welcher sich der Heerführer einer Armee von ungefähr 22,000 — 25,000 M. befinden mochte, sind die gewaltsamen Schritte gegen das Domcapitel, selbst wenn sie unter dem Beifall der Bürgerschaft geschehen sind, schwer zu entschuldigen. Sie bilden ein Glied mehr in der Kette von Mißgriffen, welche sich der junge Fürst vom Anfang seiner Regierung an, wenn man das willkürliche Schalten und Walten seiner Räthe anders so nennen darf, zu Schulden kommen ließ. Es fehlte ihm eben jedes Talent seinen persönlichen Kampf gegen die Pläne des Katholicismus, welchen er für die einzige Aufgabe seines Lebens hielt, zur Sache der Landschaft und des Kreises, ja des Volkes überhaupt zu machen. Es war auch keine Spur jener hohen politischen Befähigung der Oranier in ihm, die er sich doch sonst zum Vorbild genommen zu haben scheint.

Am 19. März langte Christian mit einigen hundert Pferden in seiner bischöflichen Residenz Gröningen an.[2] Von diesem Tage an bis zu seinem halb unfreiwilligen Aufbruche hielt er sich selbst meistentheils hier auf, wo sich gar bald vier weimarische Fürsten, Johann Friedrich, Wilhelm, Ernst und Bernhard, so wie auch der Herzog Friedrich v. Altenburg bei ihm einfanden. Am 29. März sah ihn der Agent des Kurfürsten von Sachsen Levin Ludwig Hahn in Begleitung dreier Grafen v. Stolberg,

1) Nur unbestimmte und theilweise wenigstens unwahre Gerüchte behaupteten, daß dem Bischofe von Dänemark Unterstützungen zugeflossen seien. Merkwürdiger Weise brachte man diese dänischen Subsidien schon jetzt mit Resignationsprojecten Christians in Verbindung.

2) Das Nachstehende nach den Acten des Kgl. Haupt- und Staatsarchivs zu Dresden. Das Kriegswesen im Reich belangend, 24. Buch 9199.

v. Witgenstein und v. Solms mit 30 Pferden in Wolfenbüttel ankommen, wo er dann etwa 10 Tage verweilte. Noch ehe er sich zum Bruder begab, machte er bei der Mutter einen Besuch, und den Abend fuhren dann beide Fürsten mit dem Grafen Dodo v. Kniphausen zu Elisabeth zur Tafel.

Allein trotz dieser äußern Vertraulichkeit war die Stimmung am Hofe Friedrich Ulrichs keineswegs eine den kriegerischen Plänen Christians günstige. Wenigstens berichtete jener Hahn an seinen Kurfürsten, daß er den Hof von Wolfenbüttel in ziemlicher Confusion angetroffen habe, da Christians Aufnahme bereits nicht nur die Mutter, sondern auch den regierenden Herzog selbst reue.

Mit der mißlichen Lage, in welcher man sich nun befand, scheint es auch zusammenzuhängen, daß die politischen Geschäfte fast ausschließlich von den fürstlichen Brüdern selbst unter dem Beirathe der Mutter erledigt wurden. Hahn meldete Johann Georg: „die Mutter und die beiden Brüder tractieren und beschließen fast alle Sachen allein, und wanns gleich in den Rath gezogen wird, so darf doch niemand sich opponieren, weil den Herrn Räthen bekannt, daß zu Wolfenbüttel auf dem Schloß mehr finstere vergitterte Stüblein vorhanden, so noch ledig sind." Nach demselben Berichterstatter glaubte Elisabeth übrigens Anfangs April immer noch, daß sie den unruhigen Sohn in den Händen habe und ihn vom Kriege abziehen könne. Ja sie dachte sogar daran, ihn zu diesem Behufe zu verheirathen.

Andrerseits muß jedoch hervorgehoben werden, daß Elisabeth wenigstens bis auf einen gewissen Grad mit dem Plane ihres Sohnes, seine Erb- und Wahlländer mit Waffengewalt zu schützen, ganz einverstanden war und selbst andere Kreisfürsten, wie den Administrator von Magdeburg, zu gewinnen suchte. Wir führen vornehmlich noch eine Stelle aus einem Briefe an Christian Wilhelm an, aus welcher hervorgeht, daß sie in derselben Zeit, wo sich die Truppen des Herzogs Wilhelm dem Stifte nahten, glaubte oder zu glauben vorgab, daß dieselben in feindseliger Weise heranrückten. Sie schreibt am 15. März 1623 an Christian Wilhelm: „und wissen wir wol, daß unsers Sohnes Herzog Christian Ld. deroselben Einbruch in das Stift Halberstadt keineswegs gestatten werde, inmaßen J. L. zu Defension der Ihrigen ihre Truppen itzo selbst dahin führen.... Nun mögen vielleicht die Weimarischen verhofft haben, das Stift Halberstadt ganz wehrlos zu finden, welches ihnen aber dieser Gestalt nicht zutreffen wird. So kommt auch wahrhafte und glaubwürdige Zeitung

ein, daß der Tilly mit seiner ganzen Armada im Anzuge und allbereit im Marschieren sei, sich durch die Niedergrafschaft Catzenellenbogen zu dem Stift Halberstadt zu wenden, mit fast eiferiger Bedreuung, wie er darin nichts überlassen wolle. Weil nun solch Feuer die Benachbarte ohne Zweifel mittreffen würde, als wird Noth sein zeitig auf Mittel und genugsame Gegenwehr zu denken und in guter Bereitschaft zu halten." — Kurze Zeit darauf verhandelte wirklich der Kanzler Anton v. Wietersheim mit einem magdeburgischen Rathe Nicolaus v. Rossaw (?) nach dieser Richtung hin, und Christian selbst erklärte sich in einem sehr freundschaftlichen Schreiben an den Administrator ganz offen: „... und ist uns dabei eine sondere Freude, daß E. L. auch eben diese Opinion von uns gefasset und mit uns einig, daß bei itzigen hochgefährlichen Läuften durch eine aufrechte und beständige Conjunction der noch übrigen Stände im ober- und niedersächsischen Kreis billig dahin zu trachten, damit unserm lieben Vaterland der werthe Frieden hinwider in den Schoß gesetzt und die heilsamen Verfassungen des Religions- und Profanfriedens dergestalt bestätigt werden, daß ohne einiges gefährliches Mißtrauen man sich sicherlich darauf verlassen könne. Und weil E. L. mit uns zu diesem Zweck zielen, auch deroselben unsere Intention .. genugsam bekannt, daß wir keinen einigen Stand begehren zu offendieren und zu beleidigen, so erachten wir zwart unnöthig solches E. L. weitläufig zu remonstrieren, wir bitten aber E. L. inmittelst freund- vetter- und brüderlich, Sie wolle alle widerwärtige impressiones und gefährliche Gedanken, die von unsern Mißgünstigen uns zum höchsten Verdruß und zwischen dem noch übrigen Rest der evangelischen, unverdorbenen Stände ein solches innerliches Mißtrauen zu erwecken, dissemineirt werden, helfen dämpfen und ihrer bekannten treuen Dexterität nach befordern, daß eine getreue Zusammensetzung gestiftet und ein gutes deutsches Vertrauen conservieret werde."[1]

Auch die benachbarten großen Städte suchte Christian sich und seinen Plänen geneigt zu machen. So stattete er am 7. April einen Besuch in Braunschweig ab, wo er festlich empfangen und mit einem stattlichen Banket geehrt wurde. Auch erhielt er vom Rathe für 1,000 Mann

1) Grönningen 19. April Christian an Christ. Wilhelm. Erzst. Magdeb. I. XVIII. Niederl. Kr. 36. Die Gedenkschriften van der Capellen's melden aus dem Juni (I, 181.): „De Administrator van Magdeburg, voor desen qualick genegen tot Vurst Christian, heeft hem vereert een halve canon, ende belooft alle faveur ende assistentie te bewysen, alhoewel sulx is gesciet buyten advis van syne Raden, die den Keiser geen oorsaeck van offentie willen geven."

Gewehre und 3 Stück grobes Geschütz, welche nebst vier andern Geschützen, die er aus dem Zeughause zu Wolfenbüttel entnommen hatte, nach Gröningen gebracht wurden. Am 30. April befand sich Christian in Magdeburg und trat in der Behausung seiner Schwester, der Gemahlin des Administrators, ab. Man sagte damals, er habe beim Rathe um die Erlaubniß nachgesucht, in einzelnen Abtheilungen durch die Stadt ziehen zu dürfen, und wollte auch wissen, daß sich der Rath diesem Begehren, um sich den Herzog nicht zum Feinde zu machen, nicht abgeneigt gezeigt habe. Derselbe Bericht, welchem wir diese Notiz entnehmen, erwähnt noch, daß ihm der Rath ein Stück Geschütz verehrte und sich auch in anderer Beziehung willfährig erwies. So hatte er zum Beispiel den katholischen Dechanten des Stifts Peter-Paul zu Halberstadt, der einige Wochen vorher entwichen war, festgenommen und an den Bischof ausgeliefert.

Ueber die nächsten Pläne des Herzogs gab es unter seiner unmittelbaren Umgebung nur vage und unbestimmte Gerüchte. Es ist ja selbstverständlich, daß der Herzog erst, nachdem jegliche Aussicht den niedersächsischen Kreis in seine Bestrebungen hineinzuziehen, verschwunden war, von der Gewalt der Umstände gedrängt, seinen Entschluß des Rückzuges gefaßt hat.

Am 26. März theilte Levin Hahn seinem kurfürstlichen Herrn sogar mit, daß Christian entschlossen sei Johann Georg einen Besuch zu machen und ihm in ganz ähnlicher Weise, wie nicht lange vorher Wilhelm von Weimar, seine Dienste anzubieten. Späterhin hörte man aber allgemein als bestimmt versichern, daß der Bischof dem Versprechen, welches er der Königin von Böhmen gegeben habe, unverbrüchlich treu bleiben und eher das Leben daran wagen, als sich zu einem andern Entschlusse bewegen lassen werde. Um diese Zeit war es, wo Christian geäußert haben soll, er hoffe nächstens den Handschuh, den er auf seinen Hut gesteckt habe, der Pfalzgräfin in Prag wider zu überreichen.[1] Die Embleme, welche die Fahnen seiner Compagnien führten, scheinen diese Aeußerung zu bestätigen. Demgemäß glaubten auch Einige, daß er es auf Böhmen abgesehen habe, und rechneten dabei auf Unterstützung durch Flankenbewegungen der Protestanten in Schlesien, Mähren und Ungarn. Jener bereits öfter erwähnte Levin Ludwig Hahn meldete Johann Georg am

1) Hurter IX. 280. Lichtenstein 14. Wittich a. a. O. 512. Daß Christians Zug wenigstens im Anfange dieses Ziel wirklich hatte, darf als sicher angenommen werden. Vgl. Londorp II. 769. Söltl III. 180. Hurter IX. 264.

6. April, daß der Graf Thurn, der jüngere Schlick und andere böhmische Herren, welche sich damals in Berlin aufhielten, eine Unterstützung dieser böhmischen Expedition durch Georg Wilhelm betrieben. Auf den Markgrafen Hans Georg v. Jägerndorf so wie auch auf Bethlen Gabor glaubte man hauptsächlich hierbei zählen zu dürfen. Und in der That fand sich auch Mitte Mai ein Kurier des Markgrafen v. Jägerndorf bei Christian ein.

Aber selbst unter Christians Offizieren bezweifelten viele diese weitgreifenden Pläne. Und manche erklärten sogar ganz offen, sie hätten bereits zwei Galgenreisen unter Christian gethan, und nur Schläge, aber keinen Sold davon getragen. Ihrer Meinung nach hatte die Armee nach Friesland zu ziehen, falls die Spanier hier angreifen sollten. Es war auch die Rede davon, daß Christian das Osterfest in Berlin feiern würde. — Im Anfange glaubte man, der Aufbruch werde kurz nach Ostern Statt finden, und Christian werde sein Heer durch das Erzstift Magdeburg und das Anhaltische nach Böhmen und Schlesien führen; sollte er doch bereits Befehl ertheilt haben sich der Brücken zu Bernburg und Dessau zu bemächtigen. Noch am 9. Juni waren die anhaltischen Räthe für diese Saalpässe besorgt und stellten den Antrag, sie durch kursächsische und kurbrandenburgische Truppen wenigstens vorläufig zu sichern. Dem Durchzuge der ganzen braunschweigischen Armee freilich, das gestanden sie sich offen, konnten sie sich in keiner Weise widersetzen.[1] Später hieß es, Christian werde Dinstag nach Pfingsten marschieren und seinen Weg auf die Stifter Wirzburg und Bamberg nehmen. —

Der Zulauf zu den Fahnen des jungen Feldherrn, der sich bei den Soldaten durch seine persönliche Unerschrockenheit und Waghalsigkeit großer Beliebtheit erfreute, war trotz der schlechten Geldverhältnisse, in welchen er sich befand, außerordentlich. Namentlich Schlesier und Thüringer zogen ihm in hellen Haufen zu; in Abtheilungen, die bis 50 Mann stark waren, suchten sie seinen Dienst. Ueber 22,000 M. Infanterie hatte sich übereinstimmenden Nachrichten zu Folge allmälig unter ihm gesammelt;[2] zu ihnen kamen noch 56 Cornet Reiter und eine für jene Zeit nicht unbe-

1) Krause, Urkunden, Aktenstücke und Briefe zur Geschichte der Anhaltischen Lande und ihrer Fürsten unter dem Drucke des dreißigjährigen Krieges. Leipzig 1861. Bd. I. S. 39. 40.

2) Nach Capellen, Gedenkschriften I. 181 betrug es freilich nur 18,000 M. Fußvolk und 5,000 Reiter.

trächtliche Artillerie.[1] Auf die Landschaften Braunschweig und Halberstadt kamen davon allein 5,700 Pferde und 16,000 M. Infanterie.

Mitte Juni, kurz vor der Zeit des Aufbruchs von Gröningen, werden neben dem Fürsten und den beiden weimarischen Herzögen Johann Ernst und Wilhelm noch 6 Offiziere als Commandierende der Infanterie genannt. Es waren die Obersten Kniphausen, Spee, Görtzke, May, Sparr und Oberstlieutenant Plato. Unter den beiden ersten standen je 3,000 Mann, die drei folgenden führten jeder ein Regiment von 2,000 M., während unter dem Oberstlieutenant Plato nur 600 M. standen. Die Führer der Reiterei waren Christian selbst, der Graf Stirum, R. Westphal, der Herzog Friedrich von Altenburg, Herzog Wilhelm von Weimar, der Graf von Thurn, der Graf von Isenburg, Oberstlieutenant Wersabe und R. Görtzke. Altenburg, Thurn und Isenburg führten jeder 10 Compagnien, unter Christian selbst standen 6, Stirum und Weimar hatten 5, Westphal und Wersabell 4 und Görtzke nur 2.[2]

Fünfzehn Fahnen wurden in Magdeburg für das Fußvolk gefertigt. Zehn von ihnen waren von blauer Seide; in der Hauptfahne befanden sich die beiden Buchstaben C. H., und darüber las man in Gold gestickt die

---

1) Das Theatrum Europäum I. S. 740 gibt 15 Geschütze an.

2) Krause a. a. O. I. S. 45. Ueber die Einzelnheiten weichen die Musterrollen sehr ab. Wir theilen noch einige diesem Monate angehörige aus dem Kgl. Haupt- u. Staatsarchiv zu Dresden mit: Christians erstgeworbene Reiter unter Herrn Conrad Nell 1,000 Pf.; der junge Graf v. Thurn 1,000 Pf.; der junge Rheingraf 500 Pf.; Graf v. Stirum 500 Pf.; Monsieur Götze (?) 200 Pf.; Graf von Isenburg (Eisenberg), so auch General über die Artillerie 500 Pf.; Herzog Friedrich zu Sachsen 1,000 Pf.; Herzog Joh. Friedrich zu Sachsen-Weimar 500 Pf.; Obrister Versabe (?) 500 Pf. Summa 5,700 Pf. Regimenter zu Fuß: Herzog Wilhelm zu Sachsen 3,000 M.; Obrister Fränk 2,000 M.; Obrister Kniphausen 3,000 M.; Obrister Spee 3,000 M.; Obrister Mey 3,000 M.; Herzog Bernd von Sachsen 1,000 Musketiere; Oberster Gertsihe (?) (sind Niederländer) 2,000 M. Summa 16,000 M. z. F. Alle diese Truppen lagen allein im Gebiet von Braunschweig und Halberstadt. — Eine andere Musterrolle umfaßt das ganze Heer, und zwar wie es in der letzten Zeit gestaltet war. Reiter: Herz. Christian 6 Cornet; Graf v. Stirum 5 Cornet; Rittmeister Westphal 4 Cornet; Graf von Thurn 10 Cornet; Johann Friedrich von Weimar 5 Cornet; Friedrich von Altenburg 10 Cornet; Graf v. Isenburg 10 Cornet; der alte Levin Verhote (ist dies jener Versabe, Wersabe ?) 4 Cornet; Rittmeister Görze 2 Cornet. Summa 56 Cornet. Fußvolk: Christian 3,000, Herzog von Sachsen 4,000, Bernhard von Sachsen 1,000, Kniphausen 3,000, Spee 3,000, Sparr 2,000, May 2,000, Görz 2,000, Oberstlieutenant Plato 600 Tragoner; Oberstlieutenant Pitham 1,000, H. Christians Leibguardi 1,000. S. 22,600 M.

Worte: Recuperare Aut Mori. In den andern neun, wahrscheinlich kleineren Fahnen waren die Buchstaben des Wortes Christianus einzeln vertheilt, und über jedem erglänzte derselbe Sinnspruch. Die noch übrigen fünf bestanden aus grünem Doppeltaft, der mit silbernem Laubwerk verziert war. In jeder prangte zwölf Mal ein mit einer Krone versehenes E; die Mitte nahm derselbe Buchstabe in größerer Form, ebenfalls mit einer Krone verziert, ein, und darüber erglänzte in goldener Schrift des Herzogs bekannte Devise:

Tout pour Dieu et pour elle.

Bis in die Mitte des Juni hinein hielt sich Christian, wie schon bemerkt, in Gröningen auf, welches er zum Mittelpuncte eines verschanzten Lagers gemacht hatte. Auch das anhaltische Gebiet hatte sich der Einquartierung nicht ganz entziehen können. Graf Thurn besetzte am 6./16. Juni mit seinen Reitern das Amt Ballenstedt, und auch in andern Orten des Harzkreises lagerten braunschweigische Truppen.[1] Schon fürchtete man hier, daß auch Bernburg und Nienburg besetzt werden würden. Oberst Seger Spee lag mit 7 Compagnien, die am 13./23. Juni gemustert wurden, in Halberstadt.

Wenige Tage darauf erfolgte der allgemeine Aufbruch des Heeres in die Gegend von Nordheim, was Christian vorläufig zum Sammelpuncte und Hauptquartier bestimmt hatte. Auf denselben 13./23. Juni, es war ein Freitag, hatte der Bischof im ganzen Stifte einen besondern Bettag angeordnet. Der gütige und getreue Gott sollte von Herzen angerufen werden, zur Erhaltung der reinen evangelischen Religion und des allein selig machenden Wortes Gottes nicht allein selbst der allgewaltige Defensor zu sein, sondern auch denjenigen, welche hierfür und für die wolhergebrachte deutsche Freiheit männiglich und ritterlich zu fechten und zu streiten gedächten, mit seinem allmächtigen starken Arme beistehen und ihnen Glück und Sieg wider ihre Feinde verleihen. — Drei Tage darauf unterzeichnete Christian ebenfalls noch in Gröningen einen Erlaß an das Domcapitel, durch welchen er sich, wie es scheint, die dauernde Gunst der halberstädtischen Bürgerschaft zu sichern bestrebt war. Mochte er nämlich dem städtischen Bürgerthume, welches die Bestrebungen seines Landesherrn mit einer gewissen Freudigkeit unterstützt hatte, eine Genugthuung gegenüber dem Domcapitel geben wollen, oder gewährte es ihm ein besonderes Vergnügen, das verhaßte Regiment überhaupt in seiner

1) Krause a. a. O. Bd. I. S. 34.

Blöße vor den Regierten an den Pranger zu stellen, kurz er befahl am 17./27. Juni seinem Domcapitel, nicht nur am Hochstift, sondern auch bei allen Collegiatkirchen die unfehlbare Anordnung zu treffen, daß bis zum nächsten Sonntage alle Concubinen und Huren Stift und Stadt geräumt hätten. Würde man diesem Befehle nicht nachkommen, so stellte er in Aussicht, daß sein weltliches Gericht den Herren ohne Rücksichtnahme auf die geistliche Jurisdiction in die Höfe fallen, Concubinen und Huren herausholen und nach dem Wege Rechtens mit ihnen verfahren würde. Und wirklich erhielt das Gericht hierzu noch besondern Befehl.

An sein Heer aber erließ der Bischof jetzt wie früher die gemessensten Weisungen zur strengsten Mannszucht;[1] vornehmlich suchte er sich des lästigen Trosses der Weiber und Kinder zu erwehren. Am 10./20. Juni hatte er ferner in einem gedruckten Patente das Versprechen gegeben, bei seinem Aufbruche kein einziges Pferd und keinen Bagagewagen mitzunehmen. Und wenn nun auch trotzdem natürlich bisweilen Gewalt von den Soldaten gebraucht wurde, so ließ es sich doch der Bischof sichtlich angelegen sein Abhilfe zu schaffen.

Bei dem Aufbruche des Heeres mußte ihm das Stift vornehmlich durch Beschaffung von Pferden und Fahrzeugen behilflich sein, die wenigstens zum Theil länger, als man vermuthete, im Lager bei Nordheim zurückgehalten wurden. Im Uebrigen aber hat sich die Landschaft weder zur Zeit seines Aufbruchs noch nach demselben über die damals so gewöhnlichen Acte brutaler militärischer Gewalt beklagt. In guter Ordnung wurde das Heer aus dem Stifte herausgezogen, nur in Halberstadt selbst fielen noch einige Störungen vor, die aber wahrscheinlich mit dem eben erwähnten Befehle Christians an die Domherrn zusammenhängen. Auch Jacob v. Grünthal berichtete dem Kurfürsten von Sachsen, daß Christians

1) Die Zügellosigkeit in den Forderungen für den täglichen Lebensunterhalt suchte er schon durch ein Patent vom 3./13. April 1623 einzuschränken. Demnach sollten Rittmeister und Capitains täglich 2 Mahlzeiten mit 5 Speisen und Bier, nicht aber Wein erhalten; Lieutenant, Cornet, Fähnrich bekamen 4 Essen und 2 Maß Bier; Quartiermeister, Corporal, Sergeant des armes und Feldscherer 3 Essen; Reiter und Soldaten 2 Essen und 3 Quart Bier. Jede Person sollte für jede Speise einen Silbergroschen zahlen. Diese Ordnung scheint hauptsächlich beim Einzug der Armee zur Geltung gebracht worden zu sein. Am 11./21. April 1623 befiehlt er bei Trommelschlag und Trompetenklang, alle Huren, Jungen und herrenlos Gesindel sofort abzuschaffen; bei Leibesstrafe verbietet er das Ausreiten; bei den Truppen sollten keine Aventurir, „so nur auf freie Beute und Kundschaft aus sein," geduldet werden.

Truppen ohne Gewaltthätigkeiten die Stiftsstädte verlassen hätten; nur einige Domherrn seien auf Verordnung des Herzogs geplündert worden.[1]

Vielleicht hatte der Bischof in jugendlicher Unbesonnenheit die Vernachlässigung seines Befehls zum Vorwande genommen, den Herren vor seinem Abzuge noch einen schwer zu überwindenden Schrecken einzujagen.

Sühneversuche der braunschweigischen Fürstenfamilie und des Königs von Dänemark. Der Kreistag zu Gardelegen.

In Wien betrachtete man die Aufnahme, welche dieser erbitterte Gegner des habsburgischen Hauses durch seine Familie im niedersächsischen Kreise gefunden hatte, bald mit sehr zweifelhaften Blicken. Ferdinand II. ertheilte Friedrich Ulrich auf sein Schreiben vom 25. Februar, in welchem er den Kaiser nach Mittheilung des erfolgten Vertrags in den demüthigsten Worten um Gnade für den Bruder und um Abberufung der ligistischen Armee von den Grenzen des Kreises bat, eine immerhin sehr geschraubte Antwort. Er versprach, falls sich Christian wirklich „zur Gebühr in Unterthänigkeit erzeigen und erhalten werde," alsdann eine solche Erklärung zu geben, daß Friedrich Ulrich, der König von Dänemark und das ganze braunschweigische Haus erkennen sollten, welche Beachtung er ihrem Vermittelungsgesuche habe angedeihen lassen.

Von Seiten Friedrich Ulrichs war aber der Plan, dem Bruder auf diese für ihn selbst so gefährliche Weise die Gnade des Kaisers wider zu erwerben, wirklich ernst gemeint. An demselben Tage, an welchem er sein Schreiben an den Kaiser richtete, suchte er auch die Unterstützung Christians IV. nach, der auch wirklich am 6. März von Hadersleben aus gleichfalls ein Gnadengesuch einreichte, welches jedoch erst am 27. April in Ferdinands Hände kam. Der Kaiser verhehlte in seiner Antwort auf dasselbe (vom 29. April) dem Könige seinen Verdacht nicht. Die übermäßigen Rüstungen des Bischofs, der bisher weder schriftlich noch persönlich um Gnade gebeten hatte, gaben ihm dazu hinlänglichen Grund. Trotzdem lautete jedoch seine Antwort, besonders auch weil der König, „wenn er ein anderes hierunter verspürt hätte, eine derartige Vorbitte nicht ertheilt haben würde," im Ganzen zustimmend. Er sagte Christian

---

1) Königl. Haupt- und Staatsarchiv zu Dresden. Kriegswesen im Reich betr. 24. Buch.

seine vollkommene Gnade zu, wenn er sich, seiner dem Könige von Dänemark und Friedrich Ulrich gegebenen Verpflichtung getreu und dem besonderen Revers gegen den Bruder gemäß, zur Ruhe begeben und sein Kriegsvolk ohne Nachtheil des Kaisers und seiner getreuen Stände abdanken werde. Bleibe er in diesem Gehorsam, so versicherte er ihm, daß weder er selbst noch ein anderer katholischer Stand seinen Erblanden oder dem Stifte als Entgelt für das Vergangene irgend eine Feindseligkeit zufügen werde.[1]

Schon die willkürliche Aenderung des Reverses überzeugte jedoch Friedrich Ulrich, daß es dem Bruder mit seiner Aussöhnung kein wahrer Ernst sei. Und nach der Vereinigung mit Herzog Wilhelm von Weimar und den anderweitigen starken Werbungen in der Grafschaft Schaumburg und im Bisthum Halberstadt ward auch der Einfluß der Mutter auf die Hartnäckigkeit ihres kriegerischen Sohnes vollständig wirkungslos. Nun erkannte auch der hinter das Licht geführte Friedrich Ulrich, daß Christian sein Heer nach Ablauf der drei Monate nicht entlassen, sondern sich mit andern Mächten verbinden und ihm und seinem Lande selbst schwere Gefahr auf den Hals ziehen werde. Voll rathloser Bangigkeit vor den tollkühnen Plänen des Bruders, die ihm bei ihrem Mißlingen leicht selbst den Herzogshut kosten konnten, bat er Christian IV.[2] selbst nach Deutschland zu kommen, um mit seiner persönlichen Autorität noch einen Versuch bei dem hartnäckigen zu machen, und die Herzogin-Mutter ersuchte ihren Bruder etwa einen Monat darauf (23. April) um eine persönliche Zusammenkunft in Braunschweig.

Christian IV. aber hatte sich bereits aus eignem Entschlusse auf den Weg gemacht, um den Verlauf dieser auch für seine Interessen in Norddeutschland so bedrohlichen Verhältnisse in der Nähe zu beobachten. Wir finden ihn bereits am 4. Mai in Steinburg, wo er sich über 3 Wochen hindurch vorzugsweise aufhielt. Hier empfing er jenes Schreiben des Kaisers vom 29. April und berathschlagte mit seiner Schwester und ihrem regierenden Sohne über die weitere Behandlung dieser so verwickelten Sache. Noch kurz vor der Abreise zum Könige ermahnte Friedrich Ulrich den Bruder sich ihm anzuschließen, und Christian machte sich auch wirklich

1) Das Schreiben des Königs und die Antwort des Kaisers bei Mittendorff a. a. O. 68 ff.

2) Am 24. März 1623.

auf den Weg.[1] Allein Herzog Wilhelm von Weimar und die übrigen Obersten, welche ihm gefolgt waren, erhoben Gegenvorstellungen und bewogen ihn wirklich zur Rückkehr. Sie stellten ihm geradezu eine Rebellion des Heeres in Aussicht.

Wol in Folge jener Berathungen des Königs mit der braunschweigischen Fürstenfamilie erschien am 12. Mai eine aus Detlef Ranzau und den bereits öfter erwähnten dänischen Räthen Hagen und Günther bestehende Gesandtschaft in Gröningen, welcher Christian Tags darauf in Gegenwart des Grafen von Isenburg und Kniphausens Audienz ertheilte. Sie überbrachten nicht nur eine Copie des kaiserlichen Pardons, sondern auch eine Bürgschaft des Königs für die von Ferdinand ertheilten Zusagen. Christian IV. erklärte ganz offen, er sehe nicht, wie man dem Reichsoberhaupte füglich mehr zumuthen könne. Unter besonderer Hervorhebung seiner aufrichtigen und getreuen Zuneigung und mit ausdrücklicher Berufung auf seine politische Erfahrung stellte er dem Neffen den Abgrund vor Augen, in welchen er bei dem Mißlingen seiner Pläne stürzen werde. Auch die Aussöhnung seiner Offiziere und Diener hoffte er noch bei Ferdinand für ihn durchsetzen zu können. Sollte er aber Personen in seiner Umgebung haben, welche bei dem Kaiser in besonderer Ungnade ständen, ohne ihm selbst gerade erhebliche Dienste geleistet zu haben, so gab er ihm an die Hand, sich so gegen sie zu bezeigen, daß es nicht den Anschein gewinne, „als wolle man sie dem Kaiser zum Trotz aufhalten."

Christian ertheilte den dänischen Abgesandten zunächst keinen Bescheid, sondern verwies sie auf das Ergebniß einer Berathung mit seinen Offizieren, deren Gutachten er die kaiserlichen Vorschläge unterbreiten wollte. Allein gerade von dieser Seite wurde natürlich den Sühneversuchen der festeste Widerstand entgegengesetzt. Am 15./25. Mai[2] erließen sämtliche Obersten und Offiziere der Armee ein Schreiben an ihren General, durch

1) Christian von Anhalt schreibt darüber am 2./12. Juni an Camerarius: Vom hiesigen Zustand der Zusammenkunft weiß ich nichts zu schreiben, da Alles verborgen gehalten worden. Allein hab ich 5. Maii die intentionem geschrieben wegen H. Christians, daß man denselben a militaribus abhalten und imperatori gewinnen wollen; wie viel ausgericht, ist mir unwissend. Herzog Christian war allbereit zu Hamburg, kehrte aber widerum um. H. zu Braunschweig und die Frau Mutter, quibus accessit L. Moritz, kamen nach Steinburg, Conventus dissolutus, von der Verrichtung weiß ich nichts, aus den actionibus aber, es werde H. Christian sich nicht allerdings nutui regis et matris accomodirt haben. (Christians Briefwechsel mit Camerarius.)

2) Röse, Bernhard von Weimar setzt es fälschlich auf den 16./26. Mai.

welches sie ihm ins Gedächtniß zurückriefen, wie sie Gut und Blut für ihn geopfert, Freiheit und Ehre auf das Spiel gesetzt hätten, ohne bis jetzt einen nur nennenswerthen Lohn empfangen zu haben. Monate lang war der Sold ausgeblieben, und sie hatten sich und ihre Untergebenen nur mit dem Gedanken getröstet, daß auch ihr jugendlicher Führer als ein tapfrer Held alle Unfälle und Beschwerden mit ihnen theilte. Würde er sie jetzt im Stiche lassen, so würden sie im ganzen römischen Reiche nirgends sicher sein. Zum Schluß aber erinnerten sie den Jüngling, der so oft erklärt hatte, daß ihm seine Ehre lieber sei als aller Welt Gut, an sein fürstliches Wort, bei ihnen bis auf den letzten Blutstropfen, bis die kaiserliche Gnade auf sie alle ausgedehnt sei, zu verharren. — Und nun wurden auch die Soldaten schwierig und erklärten nicht eher aufbrechen zu wollen, bevor man ihnen nicht einen dreimonatlichen Sold gezahlt habe.

Und so lautete die Antwort, welche der Bischof noch an demselben Tage den Räthen des Königs zustellte,[1] in keiner Weise befriedigend. Er erklärte in Anbetracht der eben geschilderten Vorgänge sein Heer nur dann entlassen zu können, wenn man allen Führern und Mannschaften vollkommene Amnestie ertheile, wenn alle Processe niedergeschlagen, er selbst in dem Besitze seines Stifts gesichert würde, und wenn man ihm die Mittel zur vollständigen Befriedigung der Truppen gewähre. Schon am 19. Mai gab Christian IV. auch dem Kaiser von seinen vergeblichen Bemühungen Nachricht, welcher nun noch außerdem durch Separatverhandlungen des Kurfürsten von Sachsen die jungen Fürsten, welche sich bei dem Heere befanden, für die Niederlegung der Waffen zu gewinnen suchte. Es war bei allen vergeblich.

Der König machte sogar einen Versuch Mansfeld wider mit dem Kaiser zu versöhnen. Ein Agent des Grafen von Oldenburg, Dr. Simon Malsius, betrieb die Sache. Ferdinand II. drückte in denselben Tagen sowol Christian IV. wie dem Grafen seine Geneigtheit hierzu aus, falls sich nur Mansfeld selbst persönlich oder durch eine Mittelsperson an ihn wenden würde.[2]

---

1) Havemann, die nieders. Kreistage zu Gardelegen und Lüneburg, Arch. d. h. V. für Niedersachsen. J. 1846, S. 327.

2) Das Schreiben des Kaisers an den König ist Prag d. 10. Mai datiert. Christian empfing es zu Steinburg am 23. Mai. Kgl. Geheimes Archiv zu Kopenhagen.

Allein gegen Ende Mai zeigt das Verhalten des Königs doch eine Aenderung. Er forderte Ferdinand II. am 23. Mai und zwar immer noch von Steinburg aus geradezu auf die Sachen nun dahin zu richten, daß zwischen Haupt und Gliedern „gute Confidenz gestiftet," und der Friede wider hergestellt werde. Ja er stellte sich jetzt in so weit auf den Standpunct seines Neffen, daß er eine Erweiterung des Pardons und die Sicherstellung des Bischofs gegen eine Execution nachsuchte. Und auch hierauf ertheilte Ferdinand einen wenigstens der Form nach nicht weiter beunruhigenden Bescheid. Unter Berufung auf sein Schreiben an die niedersächsischen Kreisstände vom 24. Juni erklärte er sich in der That noch ferner „überwunden" zu haben. Tilly sollte seinen letzten Befehl insinuieren. Allein dies geschah nicht. Wir entnehmen einem späteren kaiserlichen Schreiben (vom 1. Aug.), daß der mit dem Pardon an Tilly abgesendete Kurier in Franken nicht weit von Nürnberg sein Leben eingebüßt habe.

In jenen letzten Tagen des Mai waren die niedersächsischen Kreisstände in Gardelegen versammelt.[1] Auch Christian war ersucht worden, sich persönlich hier einzufinden, hielt es aber nicht einmal für nöthig sein Nichterscheinen zu entschuldigen. Dem Beschlusse der Stände zu Folge sollte nun eine Gesandtschaft an ihn abgehen, um ihn zur Niederlegung der Waffen und zur Aussöhnung mit dem Kaiser anzutreiben. Friedrich Ulrich selbst lehnte jedoch seine Betheiligung an derselben ab. Er überreichte der Versammlung, um ihr die Fruchtlosigkeit dieses Schrittes darzuthun drei Actenstücke, die Instruction der dänischen Gesandten an seinen Bruder, ferner dessen Antwort hierauf und endlich auch den Beschluß, in welchem die Truppen diesen drohenden Sühneversuchen gegenüber sich geeinigt hatten, und dies genügte den Muth der Stände vollständig zu brechen. Man wagte nicht mehr Christian mit einer Gesandtschaft zu belästigen, sondern fand die bloße Uebermittelung der für sie bestimmten Instruction und ein Schreiben an die Mutter hinreichend. Nachdem selbst die Bürgschaft Christians IV. vom Bischofe zurückgewiesen war, erschien der Majorität

1) Der König von Dänemark hat diesen Tag nicht beschickt. In einer schriftlichen Antwort an eine von den Ständen gesendete Deputation spricht er nur von der Nothwendigkeit Mansfeld aus Ostfriesland zu entfernen, seines Neffen thut er keine Erwähnung. Vgl. Molbech S. 178. Dazu Havemann a. a. O., Arch. d. h. V. für Niedersachsen J. 1846. S. 330., wo sich der Bescheid des Königs an die Stände, Steinburg 18. Mai, findet.

der Stände die Hoffnung, daß ihre Gesandten einen befriedigenderen Bescheid erlangen würden, vollständig aussichtslos.

Man fürchtete vielmehr, ein solcher Schritt werde den Kreis selbst noch tiefer in die ganze Sache verwickeln. Es drängte sich die Besorgniß auf, der aufbrausende junge Fürst könnte sich im Wechsel der mündlichen Unterredung beleidigt fühlen. Andererseits schien man auch Christian und seinen Räthen die Keckheit zuzutrauen, die Gesandten beim Worte zu nehmen und sich den Vermittelungsvorschlägen scheinbar zu fügen. Wie leicht konnte man sich dann zu Verpflichtungen gedrängt sehen, denen der Kreis in keiner Weise gewachsen war! Machte sich der Kreis verbindlich, bei dem Kaiser und den katholischen Bundesverwandten die Vermittelung zu übernehmen und den Herzog und seine Offiziere zufrieden zu stellen, so lag ja darin schon eine Art Bürgschaft, welche für den Augenblick gar keine Erleichterung brachte, deren Folgen aber für den Kreis selbst verhängnißvoll genug werden konnten. Man behielt während solcher Verhandlungen die ganze Armee doch im Kreise und mußte fürchten, daß die Truppen schließlich ihren Sold geradezu von den Ständen fordern und sich im Weigerungsfalle mit Raub und Plünderung bezahlt machen würden.

An Stelle einer Gesandtschaft sendete man also an Christian die für dieselbe bestimmte Instruction. Die Aussöhnungsgründe, durch welche man dem Bischofe zusetzte, sind die alten: sie giengen alle aus dem Bestreben hervor, das Haus Habsburg von einer noch wirksameren Einwirkung auf die Angelegenheiten des niedersächsischen Kreises fern zu halten. Daher befriedigte die Antwort des Kaisers vom 29. April nicht nur Christian IV., sondern auch die Stände des Kreises.

Wohin übrigens das Kriegsglück ausschlagen werde, schien diesen nicht zweifelhaft: sie waren im Voraus vom Siege Ferdinands II. überzeugt. Sie erinnerten den unerfahrenen Heerführer an den starken Nachdruck, mit welchem der Kaiser, von seinen einheimischen und auswärtigen Bundesgenossen unterstützt, den Krieg noch Jahre lang fortsetzen könnte. In wunderbar genauer Voraussicht kommender Ereignisse faßten sie dabei selbst den Fall ins Auge, daß Ferdinand II., wenn er sich in den Besitz der Nord- und Ostsee gesetzt habe, die Hinterlande auf Gnade und Ungnade Preis gegeben sein würden. Was sie in dieser Beziehung fürchteten, konnte nicht gut deutlicher als mit den Worten bezeichnet werden: „Sollten dann dieselben hierdurch den Schlüssel zur Ost- und Westsee in ihre Gewalt bekommen, würde es um die deutsche Kur- und Fürstenlibertät geschehen sein.“ — Da sich Christian auch auf die Gewaltmaßregeln

des Kaisers und der Liga gegen ganz unbetheiligte Stände des fränkischen und schwäbischen Kreises berufen hatte, stellte die Instruction diese Vorgänge dahin und erklärte, daß die niedersächsischen Fürsten keinen gründlichen Bericht von denselben hätten. Die Stände versicherten, „es sei ihnen das tapfere, aufrechte, deutsche Gemüth des Kaisers bekannt, und sie wollten sich auch zu den katholischen Fürsten und Ständen, weil sie deutschen Namens, Herkommens und Geblütes seien, keiner Feindseligkeit versehen." Sie forderten Vertrauen zu einem Ferdinand II. von einem Gegner wie Christian von Braunschweig: es sei sonst unmöglich, daß Haupt und Glieder in beständiger Harmonie verbleiben könnten, sondern der ganze Reichskörper müsse zerfallen.

Selbstverständlich war es die Furcht, welche den Ständen auf ein Mal dieses Bild von Ferdinand II. und seinen Verbündeten vor die Augen zauberte. Nun, als ihnen die Gefahr nicht ohne eignes Verschulden so nahe gerückt war, als sie Christian von Halberstadt gegenüber gerade so wehrlos waren wie gegenüber Ferdinand II., sprachen sie ihr Vertrauen zu einem Gegner aus, den sie aus allen Kräften vom Kreise fern zu halten suchten. In solchen Widersprüchen bewegten sich die Stände des niedersächsischen Kreises, nachdem sie den richtigen Zeitpunct, in welchem sie der Lage noch Herr werden konnten, hatten verstreichen lassen.

Erwähnenswerth ist noch, daß Christian keinen directen Druck auf diesen Kreistag von Gardelegen ausgeübt zu haben scheint, obwol ihm Kniphausen den Rath gegeben haben soll, nach Calvörde zu gehen, um von da aus den Kreisschluß, „da derselbe Herzog Christian sollte zuwider sein, in etwas deferiren zu helfen."[1]

Hätte aber Ferdinand II. schon jetzt die Stände gebieterisch zu einer bestimmten Entscheidung gedrängt, so wäre sie sicherlich ebenso für ihn und gegen Christian ausgefallen wie später. Die magdeburgischen Gesandten waren bereits beauftragt, falls diese Alternative an sie herantreten und die Vereinigung mit Tilly gefordert werden würde, die volle Bereitwilligkeit ihres Herrn zum Anschluß an den ligistischen Feldherrn zu erklären.

Einige Zeit nach jenen dänischen Verhandlungen übersendete auch Johann Georg von Sachsen ein neues Schreiben des Kaisers an den Bischof und versah es mit den alten, wolgemeinten Ermahnungen an Friedrich Ulrich, den Bruder zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Die braun-

1) Kgl. Staatsarchiv in Hannover.

schweigischen Räthe übermittelten[1] diese treuherzige, deutsche und aufrichtige Zuschrift ihrem Gebieter mit den flehentlichsten Bitten, sich den Bruder nicht aus den Händen gehen zu lassen.

An demselben Tage wenden sich die Räthe auch noch einmal an diesen selbst, um ihn zu einer „wirklichen Accomodation" anzutreiben. Sie wollen die Beschuldigung nicht auf sich laden, daß sie nicht als ehrliche Deutsche das Ihrige dazu gethan hätten. „Wie es dann gemeiniglich, wann der Succeß nicht erfolget, den Räthen beigemessen wird; wollen auch an unserm Orte vor Gott, der Kais. Majestät, allen Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reichs entschuldigt sein."[2]

Zugleich hiermit war auch ein Brief der Mutter bei Christian angelangt, welcher sicherlich nicht wenig zur Beschleunigung des schon vorher gefaßten Entschlusses, das halberstädtische und braunschweigische Gebiet aufzugeben, beigetragen hat.

Wir kennen dies Schreiben der treuen Mutter nicht, sondern nur die sehr characteristische Antwort Christians an Friedrich Ulrich, in welcher der derbste Haß gegen den ligistischen Feldherrn und die von ihm vertretene Sache mit dem festesten Vertrauen auf den glücklichen Ausgang seiner eignen Unternehmung in merkwürdiger Weise gepaart ist. Obwol Tilly's Schreiben fast dahin angesehen, als ob er Friedrich Ulrich und ihm mit seiner Perforza eine Furcht einjagen wollte, so hofft er doch durch die Gnade und Hilfe des viel frommen Gottes, seines einzigen Hortes und starker Rechte, die seinem festen Vertrauen nach alles Uebel zum Besten wenden kann, ihm innerhalb wenig Tagen „also zu begegnen, daß er so wenig erjagen, als sich zu berühmen haben soll." Er fordert eine Vereinigung mit den Mannschaften Friedrich Ulrichs bei Nordheim; der Bruder soll den Landgrafen von Hessen und den ganzen niedersächsischen Kreis zur Unterstützung aufbieten. Er darf sich durch Tilly's „crocodilisches Ersuchen in tiefster Beachtung der Folgen und des klar am Tage liegenden Verderbens nicht zur Kleinmüthigkeit bewegen lassen, sondern muß im Verein mit ihm selbst das thun, wodurch des allmächtigen, frommen Gottes wahrhaftiges Wort, ihre christliche bewährte, seligmachende, evangelische, reine Religion, die hoch und theuer erworbene deutsche Freiheit und Wolfahrt ihres lieben Vaterlandes erhalten werde." Auch hiermit war jedoch die Correspondenz der fürstlichen Brüder vor dem

1) Am 11./21. Juni.

2) Kgl. Staatsarchiv zu Hannover; Celle. Brief. Design. 11. 28.

Aufbruche Christians aus dem Braunschweigischen noch nicht geschlossen. Noch einmal erinnerte der Bischof den Herzog am 20./30. Juni ebenfalls von Gröningen aus an den Zuzug nach Nordheim und an eine Vereinigung mit dem niedersächsischen Kreise, Kursachsen und Brandenburg, wenn sich Friedrich Ulrich nicht mit allen verschlingen, „fressen und zu Sklaven machen lassen wolle." Friedrich Ulrich begnügte sich damit, dem Bruder Gottes Segen und alles, was ihm lieb und angenehm sei, auf den Weg zu wünschen.

Der Kreistag zu Lüneburg. Christians Aufbruch.

Tilly näherte sich Anfangs Juni den Grenzen des Kreises und rückte in das Hessische ein. In nicht ungegründeter Besorgniß für Friedrich Ulrich selbst rieth jetzt Christian IV. seinem rathlosen Neffen, nun endlich einen kräftigen Entschluß zu Vertheidigungsmaßregeln zu fassen und die Hilfe des Kreisobersten in Anspruch zu nehmen. Von einem thätigen Eingreifen seinerseits war aber auch jetzt nicht die Rede.

Es scheint, als habe der König, von der Fruchtlosigkeit der Unterhandlungen überzeugt, im Sinne gehabt sich erst dann am Kampfe zu betheiligen, wenn der niedersächsische Kreis im offenen Anschluß an Christian Tilly das weitere Vordringen verwehren oder der letztere mit Gewalt einbrechen würde. Nur so stehen seine Ermahnungen an Christian von Celle, bei Tilly's Herannahen seine Pflicht als Kreisoberster zu thun, und an Friedrich Ulrich, dem ligistischen Generale eine wirkliche Defension entgegen zu stellen, mit seinen Bemühungen den Neffen mit dem Kaiser auszusöhnen, doch noch im Einklang.[1]

Eben so wenig wollte Johann Georg von Sachsen sich bemühen, durch seine immerhin gewichtige Einsprache Tilly vom weiteren Vordringen zurückzuhalten. Er wußte dem niedersächsischen Kreise keinen andern Rath zu geben, als Christian von Halberstadt zur bedingungslosen Niederlegung der Waffen zu bewegen. Sein protestantischer Glaubenseifer trieb ihn nicht einmal an, einen Gesandten zum bevorstehenden Kreistage nach Lüneburg zu entsenden. An Gründen überreich in derartigen kritischen Fällen, gab er auch jetzt vor, nur im Einverständniß mit dem Kurfürsten von

---

1) Christian IV. an Christian von Celle, Kopenhagen den 6./16. Juni, und an Friedrich Ulrich unter demselben Datum.

Brandenburg und unter Beistimmung seiner Mitkreisstände diesen Schritt wagen zu können. Seine politische Naivetät gieng so weit, daß er sogar die Unbekanntschaft mit dem Gegenstande der bevorstehenden Berathung als Grund der Ablehnung angab.

Widerholt ersuchte aber Tilly in der ersten Hälfte des Juni einzelne Kreisfürsten, ihm bei seiner Annäherung Commissäre entgegen zu senden, da er zum Schutz der getreuen Kreisstände und zur Beobachtung des Gegners in den Kreis einrücken müsse. Die Versicherung, welche Christian der Jüngere am 9./19. Juni den Kreisständen ausstellte, daß er und seine Armee keinen Stand des Kreises feindlich überziehen werde, hielt den ligistischen General in seinem Vordringen nicht auf. Vielmehr erschien am 9./19. Juni ein tilly'scher Trompeter vor Wolfenbüttel, um ein neues Schreiben an Friedrich Ulrich zu überbringen, in welchem Tilly, der jetzt in Eschwege stand, den Herzog um Zuordnung zweier Commissare ersuchte, falls er genöthigt sein werde Braunschweig zu überziehen.

Das bloße Erscheinen dieses Trompeters, der sich vor Wolfenbüttel wie vor einer feindlichen Festung hatte hören lassen, erregte Friedrich Ulrichs Mißmuth im höchsten Grade. Er erklärte sich außer Stande, sich ohne Zuthun der Kreisstände und noch dazu vor Beginn des Kreistages auf Tilly's Ansuchen zu erklären. Noch verhalte sich sein Bruder, machte er weiter geltend, mit der zu seiner Sicherstellung geworbenen Armee still und ruhig und erwarte die weitere Ausdehnung des kaiserlichen Pardons. Sollte er jedoch selbst während der Verhandlungen trotz seiner Treue und seines Gehorsams und trotz der Bitte der Kreisstände um weiteren Aufschub der Execution angegriffen werden, so wolle er die ganze Welt zum Zeugen seiner Unschuld nehmen und bei seinen Verwandten, namentlich dem Könige von Dänemark, Hilfe und Rettung suchen.

Unter Berufung auf die Executionsordnung, die er nicht löcherich machen lassen könne, verweist er Tilly sein ungebührliches Vornehmen, ein fremdes Kriegsheer in den Kreis zu führen, und ersucht ihn, die weitere Ausdehnung des kaiserlichen Pardons abzuwarten, damit die Fürsten und Stände in der Anschauung, daß man den kaiserlichen Versicherungen wenig trauen könne, nicht noch bestärkt würden. So schwebte wol Friedrich Ulrich bei Abfassung dieses Schreibens immer noch die Möglichkeit vor Augen, in nächster Frist mit dem ganzen Gewicht des niedersächsischen Kreises für die Sache des Bruders eintreten zu können. In derselben Weise täuschte er sich auch über die Politik seines Oheims, Christian IV., die doch selbst Politikern, welche diesen Verhältnissen ferner standen, voll-

ständig klar war. Wir berufen uns zum Beweise hierfür auf einige Aussprüche des pfälzischen Raths Camerarius, welche wir jenem ungedruckten Briefwechsel desselben mit Christian von Anhalt dem Aeltern entnehmen. In einem Schreiben vom 4./14. Juni äußert sich Camerarius vom Haag aus gegen Christian von Anhalt folgendermaßen: „Zu Jüterbok ist nur eine obersächsische Defension geschlossen; sonsten hat Kursachsen nichts Thätlichs wider den Kaiser rathen oder willigen wollen. Es gibt Kursachsen dem König in Dänemark vornehmlich die Schuld, weil es demselben kein Ernst sei, etwas in publicis zu thun; würde sonst in seinem Schreiben an beide weltliche Kurfürsten weiter gangen sein und sich effective zur Conjunction und Assistenz erboten haben. Also leget es immer einer auf den andern, und keiner thut selbst sein officium, darum die Strafen Gottes noch weiter gehen werden." Eine andere Stelle aus einem Briefe vom $\frac{23. \text{ Juni}}{3. \text{ Juli}}$ lautet: „Was Anhalt von dem König in Dänemark und Anderer consiliis berichtet, bezeiget leider die Erfahrung je länger je mehr; und daß auf die nichts zu fundieren, welche der Geiz und das Privatum verleiden zu der gemeinen Sachen und ihrer selbsten Schaden." Und endlich äußert sich Camerarius am 4./14. Juli über Christians IV. Lauheit in der Unterstützung der protestantischen Interessen ganz ähnlich und spricht ihm den rechten Eifer für die gemeine Sache geradezu ab. In Beziehung auf den lüneburger Kreistag aber, bei welchem Achatius von Dohna die pfälzischen Interessen vertrat, ließ er sich vernehmen: „Es ist hohe Zeit, rechte Resolutionen zu fassen, oder beide, der ober- und der niedersächsische Kreis, werden in äußerster Gefahr stehen, und endlich der Däne auch in seinem Nest nicht sicher sein."

Sehen wir nun zu, in welcher Weise die niedersächsischen Kreisstände in diesen verwickelten Verhältnissen Rath zu schaffen suchten.

Nachdem Tilly im Hessischen eingerückt war, wurde ein Zusammenstoß der feindlichen Parteien auf dem Boden des Kreises täglich wahrscheinlicher. Und gelang es auch, diesen eine Zeit lang zu vermeiden, so war eine Neutralität, welche einen so großen Theil des nördlichen Deutschlands den Ansprüchen der Gegner Preis gab, aller Wahrscheinlichkeit nach noch gefährlicher. Denn abgesehen davon, daß man in diesem Falle die Truppen beider Führer zum großen Theil zu ernähren hatte, so wäre man nach einer entscheidenden Schlacht zu jedem der beiden Feldherrn in ein merkwürdiges, auf jeden Fall wenig beneidenswerthes Verhältniß gekommen.

Blieb der ligistische Heerführer Sieger, so war der Anschluß an diesen und die rückhaltslose Hingabe des Kreises an die katholischen, habsburgisch-ligistischen Interessen eine unvermeidliche Nothwendigkeit; unterlag derselbe, so war es fast unmöglich, sich Christians Versuchen, den Kreis als solchen auf seinen politischen Standpunct hinüberzuführen, zu entziehen. Gegen Beides aber hatte sich der Kreis bis jetzt aus allen Kräften gewehrt. Die Politik der katholischen Partei im Reich zu befördern, kam ihm, so treu kaiserlich gesinnt er auch war, so wenig in den Sinn, als sich und seine Bisthümer den Plänen des halberstädter Bischofs zu opfern.

So schien es für den Kreis überhaupt nur eine zuträgliche Politik zu geben, die sich eben sowol in dem Gleise tadelloser Loyalität gegen Kaiser und Reich als auf der schmalen Linie kluger und vorsichtiger Wahrung der protestantischen Interessen und vornehmlich des Besitzstandes der geistlichen Güter bewegen mußte. Bis auf Christians Einzug hatte man die Schranken dieser Politik streng inne gehalten; jetzt war Gefahr vorhanden, durch weiteres Gewährenlassen sich den Anschein zu geben, als ob man wenigstens mit den Zielen des jungen Herzogs von Braunschweig einverstanden sei. Und konnte auch allenfalls seine Aufnahme in den Kreis mit der offen kundigen Thatsache entschuldigt werden, daß niemand vorhanden gewesen war sie zu hindern, so ließ sich dieser Grund, nachdem Tilly am 9./19. Juni dem Herzoge von Braunschweig angezeigt hatte, daß er möglicher Weise genöthigt sein werde sein Land mit der Armee zu berühren, nun unmöglich länger geltend machen.[1]

So wie aber Tilly in den niedersächsischen Kreis einrückte, gab es offenbar keinen andern Ausweg mehr für denselben als sich mit einer der streitenden Parteien zu verbinden, da die Rüstungen der Kreisfürsten dieselben nicht in den Stand gesetzt hatten, gegen irgend eine Armee oder gar gegen beide feindselig aufzutreten. Nun hatte zwar der ligistische General ebenso wie Herzog Christian die Stände versichert, daß er nur als Freund komme, und hatte ihnen vornehmlich die Furcht vor katholischen Restaurationsplänen zu benehmen gesucht, allein gerade dies war der Punct, wo man auch den heiligsten Versicherungen des Generals das tiefste Mißtrauen entgegensetzte.

Hier in Norddeutschland konnte man sich nun einmal nach den Vorgängen in Böhmen und in der Pfalz das Herannahen eines katholischen Heeres nicht ohne Beziehung zur Ausführung des tridentinischen Concils

1) Mittendorff a. a. O. 81.

denken. Und je eifriger Tilly die Anschauung, als ob die augsburgische Confession in Gefahr stehe, welche seiner Meinung nach nur einige feindselig gesinnte Stände verbreiteten, bekämpfen ließ, um so größeren Verdacht erregte er.

Aus diesem Wirrsale nun irgend einen Ausweg zu finden, durch welchen man sich nicht nur der Armee Christians entledigte, sondern auch Tilly verhinderte, seine Schaaren in den Kreis zu führen, war die Aufgabe einer Kreisversammlung, welche auf den 18./28. Juni 1623 nach Lüneburg berufen und am 24. Juni a. St. daselbst eröffnet wurde.[1]

Auf dem Tage zu Gardelegen war diese Versammlung, welche die Fürsten selbst besuchen sollten, ausgeschrieben worden. Und wirklich fanden sich auch nach und nach Christian Wilhelm, der Administrator des Erzstifts Magdeburg, Herzog Christian von Celle, Bischof von Minden, ferner der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel so wie die beiden mecklenburgischen Brüder und endlich Herzog August von Lüneburg-Celle, zugleich Bischof von Ratzeburg, ein, während die übrigen Stände sich durch Gesandte vertreten ließen. Dem Administrator von Magdeburg wie seinem Domcapitel war es anfänglich bedenklich, einem Tage, auf welchem auch Christian IV. erscheinen sollte, beizuwohnen. Selbstverständlich würde dann dem Könige der Vorsitz, den sonst Magdeburg zu führen hatte, zugefallen sein. Allein Christian IV. erschien nicht, sondern bat die Berathungen bis zum Juli aufzuschieben. Vielleicht hoffte er, unterdessen doch noch im Verein mit der wolfenbüttelischen Familie seinen Neffen zum Nachgeben zu bewegen. Im Anfange schien es, als ob man der Forderung des Königs nachgeben und bis zum 7. Juli in Lüneburg auf ihn warten wolle. Da erklärte sich endlich der Administrator von Magdeburg dagegen und zog auch Lüneburg auf seine Seite. Vergeblich suchte Braunschweig-Wolfenbüttel den Termin hinauszuschieben, indem es sich außer Stande erklärte, ohne den König in die Berathung einzutreten. Es hatte noch einen besondern Gesandten an Christian IV. geschickt, dessen Rückkehr man vor der bindenden Erklärung erwarten wollte.

Trotzdem traten die Fürsten gleich in den ersten Sitzungen der brennenden Frage näher. Die Hauptpuncte der Berathung wurden vom Administrator von Magdeburg, als mitausschreibendem Stande, klar und

1) Havemann, der Kreistag von Lüneburg, im Archiv des historischen Vereins für Niedersachsen. 1847. S. 1 flgde. Vergl. dazu Archiv d. h. V. f. Niedersachsen. 1846. S. 275 flgde.

präcis bezeichnet. Es handelte sich hauptsächlich darum, was von Seiten des Kreises zu thun sei, wenn sich der Bischof auch fernerhin weigern sollte, den Kreis zu verlassen, und Tilly, wie dann zu vermuthen stand, in denselben einrückte. Aus drei möglichen Maßnahmen mußte, so schien es Magdeburg, der Kreis eine wählen. Entweder mußte er die ligistische Armee mit Gewalt zurückweisen oder, wie es Tilly bereits gefordert hatte, sich mit ihm verbinden oder ganz neutral bleiben. Nach diesen Propositionen kam auch die Frage in Betracht, ob der Kreis, nachdem ihn der Bischof quittiert habe, noch zur Aufnahme Tilly's verpflichtet sei. Offenbar dachte man hierbei daran, daß Tilly den Auftrag haben könnte, wenigstens das Bisthum Halberstadt zu besetzen und es Christian vorzuenthalten.

Die übrigen Puncte der magdeburger Propositon betrafen Nebensächliches; nur eine Mittheilung des kaiserlichen Gesandten Freiherrn v. d. Recke verdient noch Erwähnung. Derselbe hatte dem Kreise die Unterstützung des ligistischen Heeres geradezu angeboten, wenn er sich nach einer Vereinigung mit dem obersächsischen Kreise noch zu schwach fühlen sollte, dem Heere des Bischofs entgegen zu treten. Offenbar lag dem Kaiser sehr viel daran, auch den niedersächsischen Kreis allmälig zu besetzen, und er wollte die Gelegenheit, welche dieser selbst durch Christians Aufnahme geboten hatte, sich auf keinen Fall entgehen lassen. Denn davon mußte er von vorn herein überzeugt sein, daß die vom niedersächsischen Kreise so eifrig angestrebte Vereinigung mit dem obersächsischen doch nicht zu Stande kommen würde.

Durch ein von einem besondern Kourier am 24. Juni überbrachtes kaiserliches Schreiben, nach welchem der Kaiser bis zum $\frac{28.\ \text{Juni}}{8.\ \text{Juli}}$ den kategorischen Bescheid der Stände erwartete, wie der Bischof aus dem Kreise entfernt und seine Armee getrennt werden könne, wurde der unschlüssige Ständebund Norddeutschlands noch mehr zu einer Entscheidung gedrängt.

Trotzdem versuchte man vor der Hand noch Zeit zu gewinnen. Da der vom Kaiser bestimmte Termin bei Ablieferung des Schreibens bereits bis auf wenige Tage verstrichen war, so ersuchte der Kreis den Kaiser um eine Verlängerung desselben wenigstens bis auf Monatsfrist. Schon am folgenden Tage theilte man Christian im Voraus den Inhalt des neuen kaiserlichen Schreibens mit und forderte ihn auf, sich während der Zeit der Unterhandlungen ruhig zu verhalten und die Feindseligkeiten gegen Tilly seinerseits nicht zu beginnen. Ja man wollte ihn sogar abhalten, während der Zwischenzeit in der Ausrüstung seines Heeres fortzufahren.

An demselben $\frac{25. \text{ Juni}}{5. \text{ Juli}}$ ersuchten die Kreisstände dann auch noch die Herzogin Elisabeth, ihren Einfluß abermals bei Christian zur Geltung zu bringen, um ihn zur wirklichen und schleunigen Niederlegung der Waffen zu bewegen. Sie sprachen dabei die Ueberzeugung aus, daß andere Mittel ohne den Totalruin von Herren und Unterthanen nicht in Anwendung gebracht werden könnten. In demselben Schreiben aber geben sie dem ungeachtet auch ihrem tiefen Mißtrauen gegen Tilly Ausdruck, der „einen Weg wie den andern seine anbefohlene Commission zu effectuieren und fortzusetzen Willens sei."

Da der Kaiser in jenem Schreiben von der nicht unbegründeten Voraussetzung ausgieng, daß Christian alle Sühneversuche nur zur eignen Verstärkung benutze, so hatte er den Beginn der Feindseligkeiten in sichere Aussicht gestellt. Zunächst kam es daher darauf an, mit dem Bischofe selbst in Verhandlung zu treten. Christian Wilhelm, ferner Christian von Celle, beide Mecklenburg, das Erzstift Bremen und die Stadt Lübeck wurden dazu ausersehen, ihm die Forderungen des Kreises durch Gesandte überbringen zu lassen. Sie sollten ihn nochmals ermahnen, im Vertrauen auf die Gnadenversicherungen des Kaisers, die derselbe nun auf alle seine Anhänger mit Ausnahme der kaiserlichen Erbunterthanen ausgedehnt habe, und in Erwägung seiner „eigenen Zierde und Wolfahrt" sich zu unterwerfen und sein Heer zu entlassen. Fügte sich Christian endlich diesem Begehren, dann lautete ihr Auftrag zu Tilly zu ziehen, im andern Falle sollten sie sofort zurückkehren. Erwähnenswerth bleibt hierbei noch ein Vorschlag des Herzogs Friedrich Ulrich, der sehr vorsorglicher Weise darauf ausgieng, zugleich mit der Entfernung von Christians Truppen den Kreis selbst sicher zu stellen. Er bestand darin, den Bischof zu nöthigen, nur die Hälfte seiner Armee zu entlassen und dagegen die andere Hälfte in die Dienste des Kreises zu nehmen. Friedrich Ulrich sah offenbar in einer solchen Maßregel ein loyales Mittel, den Kreis und damit vor allen sich selbst und das gefährdete Stift Halberstadt vor den zu befürchtenden Zumuthungen Tilly's zu sichern. Der Antrag schien mehreren Ständen, namentlich auch der Stadt Goslar, der Erwägung werth, wurde aber zuletzt doch durch das Directorium beseitigt. Dieses machte geltend, daß sich das Volk dieser Maßregel schwerlich gutwillig fügen werde, und daß daher der Kreis auch der andern zu entlassenden Hälfte gegenüber in keine günstige Lage versetzt werde. „Auch die andere Hälfte würde Geld haben wollen, oder man müßte ihnen die Hälse entzwei schlagen" — wurde bemerkt. Endlich aber, und das war allerdings sehr wahrscheinlich, hatte

man dann auch zu fürchten, daß Tilly unter dem Vorwande, sein Heer dem Kreise zur Hilfe herbeigeführt zu haben, gleichfalls um Bezahlung seiner Völker anhalten werde.

Auch eine Gesandtschaft an Tilly wurde von den versammelten Kreisständen abgefertigt. Allein ihr Auftrag lautete so unbestimmt und war so sehr ein Product der unsichern Haltung des Kreises, daß ihr natürlich von vorn herein auch der geringste Einfluß auf die Entschließungen des zähen belgischen Haudegens abgesprochen werden mußte. Man theilte ihm mit, daß man allerdings durch ein kaiserliches Schreiben angewiesen sei, bis zum 8. Juli nöthigenfalls im Vereine mit dem obersächsischen Kreise den Bischof aus Niedersachsen herauszudrängen, daß man aber auch den Kaiser um Verlängerung dieser Frist gebeten habe. Dieselbe Bitte richtete man nun auch an den ligistischen General mit dem Ansuchen, das bereits besetzte braunschweigische Gebiet zu verlassen. Für den Fall, daß die Aussöhnungsversuche des Kaisers mit dem Bischofe nicht gelingen sollten, stellte man die weiteren Maßregeln Tilly's Belieben anheim und erbat sich nur jede mögliche Schonung des Kreises.

Nach Erledigung dieser Vorfragen wandte sich die Kreisversammlung zur Hauptsache und suchte für den Kreis selbst eine feste Stellung zwischen den Parteien zu gewinnen. Die Berathungen giengen unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit vor sich; nur Friedrich Ulrich erhob den Anspruch, seiner Mutter und Christian IV. die Beschlüsse mittheilen zu dürfen. Die übrigen Fürsten verpflichteten sich am 29. Juni durch Handschlag insgesamt dem Administrator Christian Wilhelm, und dieser wider dem Kreisobersten, die Beschlüsse des Kreistags mit sich ins Grab zu nehmen.

Alle Stände bis auf Wolfenbüttel und Sachsen-Lauenburg waren gleich von Anfang an der Ansicht, daß man Tilly in keinem Falle mit gewaffneter Hand entgegen treten dürfe. Auch das Bürgerthum, wie es in den Städten Lübeck und Bremen vertreten war, stimmte dem bei. Friedrich Ulrich hatte sich Anfangs unter mehrfacher Berufung auf die Abwesenheit Christians IV. der Abstimmung enthalten, schloß sich aber auf besonderes Ersuchen, und nachdem er durch den kaiserlichen Gesandten erfahren hatte, daß der König nach Kopenhagen gegangen sei, der Majorität an und sprach nur noch den Wunsch aus, daß, „wenn Dänemark bessere Mittel vorzuschlagen wisse, diese nicht unbeachtet bleiben möchten." Nur die Gesandten von Lauenburg, welche etwas verspätet in die Debatte eintraten, hatten den Auftrag dahin zu wirken, daß man Tilly nicht in

den Kreis einlasse, stimmten aber, als sie von dem Stande der Dinge Kenntniß genommen hatten, ebenfalls ohne Weiteres mit der Majorität. Die Stadt Lübeck erklärte geradezu, man solle zum Kaiser stehen und die Neutralität fallen lassen. Auf den besondern Antrag von Bremen, welches die Frage eines etwaigen Widerstands gegen Tilly ebenfalls verneint hatte, wurde ein Ausschuß errichtet, der die Sicherheitsmaßregeln, welche man auch bei einer neutralen Stellung des Kreises zu ergreifen habe, in Berathung ziehen sollte. Magdeburg, Lüneburg, Braunschweig-Wolfenbüttel, beide Mecklenburg und Lübeck waren seine Mitglieder. Irgend ein erwähnenswerther Beschluß scheint jedoch nicht aus ihm hervorgegangen zu sein. Im Plenum der Stände selbst war es auch nicht möglich, nur einen Schritt über die schon vorher eingehaltene Neutralität hinauszukommen.

Nach dem Beschlusse des Kreises, sich Tilly nicht zu widersetzen, war es selbstverständlich, daß man sich mit Christian nicht vereinigen konnte. Allein man beschloß doch zu gleicher Zeit auch, sich keine Feindseligkeiten gegen ihn zu Schulden kommen zu lassen und sich demgemäß auch nicht mit Tilly zu vereinigen. Man träumte dagegen von einer Verbindung mit den beiden weltlichen Kurfürsten.

Nur der Administrator von Magdeburg, Christians eigner Schwager, schien jetzt zu einer wirklichen Verbindung mit Tilly geneigt, so daß Friedrich Ulrich darüber in höchste Bestürzung gerieth und sich seinen übrigen Mitständen mehr und mehr näherte. Am besten hätte es den Wünschen des Herzogs von Wolfenbüttel und auch wol der Sachlage selbst entsprochen, wenn die Stände hätten erklären können, daß beide Armeen den Kreis verlassen sollten, und daß sie diejenige, welche ihrem Verlangen nicht nachkommen werde, mit Hilfe der andern dazu zwingen würden. Man beruhigte Friedrich Ulrich indessen durch ein für den Fall der Noth sehr zweifelhaftes Versprechen der Kreishilfe, falls er sich der Angelegenheiten seines Bruders nicht weiter theilhaftig machen werde. Allmälig schien man sich aber doch auch mit dem Gedanken, Tilly den Durchzug zu gestatten, vertraut zu machen. Lüneburg war es, welches zuerst mit dem Vorschlage hervortrat, Tilly, wenn es ohne Schaden der Unterthanen geschehen könne, durchzulassen. Obwol Wolfenbüttel und Holstein gerade diesen Punct gern für die Anwesenheit des Königs aufgeschoben hätten, so mußten sie sich doch endlich fügen. Und so kam denn der Beschluß zu Stande, „daß in diesen Sachen und schwerem Werke Gottes Wort, des heiligen Reichs Constitutionen und Satzungen, die schuldige Pflicht und das Gewissen für die Norm und Richtschnur zu achten und denselben

nach bei der Kaiſ. Maj. umzutreten, die Hand mit anzulegen und eine ſolche wirkliche Demonſtration zu thun, daraus Ihr Kaiſ. Maj. des Kreiſes aufrechte Devotion und ſchuldigen Gehorſam in der That zu verſpüren."[1] Dieſer Beſchluß ſollte, auch wenn eine Vereinigung mit den Streitkräften der proteſtantiſchen Kurfürſten nicht zu Stande kam, in Kraft treten, ſobald Tilly die ihm vorgelegten Bedingungen genehmigt haben würde.

Allein der Kreis, welcher nicht im Stande war, auch nur eine einzige dieſer Sicherheitsmaßregeln zu erzwingen, hätte von vorn herein überzeugt ſein ſollen, daß einige derſelben ſelbſt bei dem beſten Willen Tilly's nicht durchzuführen waren. Nicht nur der Kaiſer, ſondern auch die katholiſchen Kurfürſten, ja ſelbſt die Infantin ſollten dafür bürgen, daß bei einer Beſetzung des Kreiſes durch die Heere der Katholiſchen kein Stand deſſelben irgendwie beſchwert werde. Kein Truppentheil ſollte an einem Orte länger als eine Nacht verweilen, und die Mannſchaften insgeſamt alle ihre Lebensbedürfniſſe nur gegen Bezahlung entnehmen. Nur ſo lange der Biſchof ſelbſt ſich im Kreiſe aufhielt, wollten die Stände auch den katholiſchen Armeen den Aufenthalt geſtatten; ſofort nach ſeinem Abzuge oder nach ſeiner Ausſöhnung mit dem Kaiſer waren auch die Ligiſten verpflichtet, den Boden des Kreiſes zu räumen. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß dieſes Gutachten des Ausſchuſſes ſchon im Voraus dem Kaiſer zur Kenntnißnahme mitgetheilt wurde.

Von den übrigen Beſchlüſſen dieſes lüneburger Kreistages bleibt nur zu erwähnen, daß auf den 22. Juli eine neue Verſammlung, welche die Fürſten ebenfalls perſönlich beſuchen ſollten, nach Braunſchweig ausgeſchrieben wurde. Kurſachſen wurde zu dieſem Kreistage beſonders eingeladen. Bis die Antworten von dem Kurfürſten Johann Georg, von Tilly und dem Biſchofe von Halberſtadt eingelaufen ſeien, ſo lange wollte man jedenfalls in ſtrengſter Neutralität verharren und nicht einmal eins der beiden Heere mit Proviant unterſtützen. Nachdem noch Beſtimmungen über die zu beſchleunigende Einlieferung der für die Rüſtungen des Kreiſes ausgeſchriebenen Gelder getroffen waren, und Friedrich Ulrich noch die Zuſage erhalten hatte, daß er die Beſchlüſſe dieſer Verſammlung auch dem Könige von Dänemark mittheilen dürfe, wurde der Kreistag von Lüneburg am 4. Juli geſchloſſen. In dem allgemeinen Stande der Dinge brachte er nicht die geringſte Veränderung hervor; nur Friedrich Ulrich wurde genöthigt, ſich den politiſchen Anſchauungen des Kreiſes wider mehr zu nähern.

1) Fürſtliche Mecklenburgiſche Apologia. Beylagen S. 221.

Auffallend bleibt übrigens, daß Christian selbst keinen Versuch machte einen Druck auf die Versammlung auszuüben oder sie wenigstens durch Güte auf seine Seite zu bringen. Wie es scheint, hatte er nicht einmal einen eignen Gesandten bei derselben, und die Vertretung seiner Interessen durch Friedrich Ulrich war doch viel zu unsicher und schwankend, um ein ihm irgendwie günstiges Resultat hervorzubringen. — Ob und wie übrigens die vom Kreise beschlossene Gesandtschaft an Christian, zu welcher Friedrich Ulrich selbst und der holsteinische Gesandte Dr. Wippermann ausersehen waren, ihre Aufträge erfüllt hat, wissen wir nicht.

Am 21. Juni hatte der Kaiser also ein letztes Schreiben an die niedersächsischen Kreisstände und zugleich an Tilly erlassen, in welchem er ihnen die Bedingungen für Christians Pardon mittheilte. Darauf hatten sich der König von Dänemark und der Kurfürst nochmals bei Ferdinand verwendet, daß auch die alten Diener Christians, d. h. also sein ganzes Heer mit allen seinen Offizieren, in diese kaiserliche Gnadenversicherung eingeschlossen werden sollten. Ferdinand II. ließ sich darauf bereit finden, seine Gnade in der gedachten Weise sogar auf die eignen Erbunterthanen auszudehnen, nur sollten sie auf ewig aus der Heimat verbannt bleiben und all ihrer Aemter, Güter und Lehen verlustig gehen! Die übrigen Anhänger Christians erhielten, im Fall sie die ihnen dargebotene Gnade innerhalb 8 Tagen annahmen und sofort jeglicher Feindseligkeit gegen ihn entsagten, die weitere Zusicherung, daß sie ihrer Güter und Lehen wegen weder vor dem kaiserlichen Fiscal noch dem kaiserlichen Hofgericht oder dem Kammergericht zu Speier angesprochen werden sollten. Ueber das Schicksal ursprünglich geistlicher Güter enthält dies Schreiben Ferdinands II. freilich nichts. Es wurde am letzten Juli an Tilly, der mit diesen Bedingungen die Verhandlungen von Neuem beginnen sollte, erlassen, scheint aber zu spät in Niederdeutschland eingetroffen zu sein.[1]

Christian selbst hatte nämlich bereits am 26. Juni eine kategorische Erklärung darüber gefordert, wessen er sich zu Tilly zu versehen habe, und zugleich mitgetheilt, daß er nur einen absoluten Pardon, der sich auch auf seine Armee erstrecke, annehmen werde. Zugleich drohte er diesem mit der Hinweisung auf die angebliche Hilfeleistung anderer hoher Häupter. Im Uebrigen aber berief er sich keck genug auf das allgemeine Urtheil

1) Ein ähnliches Document vom 1. Aug. hat Hurter a. a. O. Bd. IX. S. 650/51 abdrucken lassen. Es führt den Titel: Documentum declaratorium ratione Perdonis Halberstatensis. 1mo. Augusti 1623.

darüber, wie man mit ihm umgegangen sei, und machte Tilly schließlich den Vorwurf, daß er die kaiserlichen Versicherungen mißbrauche und der Reichsverfassung zuwider fremde Armeen hereinführe, um alles, was noch übrig sei, in Brand zu stecken. Am 3. Juli wies Tilly in einem Schreiben von Eschwege aus diese Vorwürfe zurück, ohne sich übrigens näher über seine Pläne zu erklären. An demselben Tage ersuchte er aber auch die niedersächsischen Kreisstände, den Begebenheiten keine Stunde länger zuzusehen, sondern entweder Herzog Christian zum Gehorsam zu bringen oder sich mit ihm selbst zu verbinden.

Dieser Brief und der fast gleichzeitige Ausbruch des Kampfes scheint endlich auf die Unentschlossenheit der Stände gewirkt zu haben. Da Tilly unterdessen seine Truppen ins Eichsfeld vorgeschoben und der unter ihm dienende lutherische Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg bei dem Schlosse Plesse mit 10 Cornet Reitern eine bedeutende Schlappe erlitten hatte, während der General selbst sich am 6. Juli in den Besitz des Schlosses Friedland setzte, mußten die Kreisstände zwischen dem General des ligistischen Bundes, der zugleich im Namen des Kaisers handelte, und dem jungen Bischof von Halberstadt, der sich auf eigne Faust zum Vertheidiger der evangelischen Interessen der deutschen Nation gegen den habsburgisch-spanischen Absolutismus aufgeworfen hatte, wählen.

War es Friedrich Ulrich schon auf dem Kreistage zu Gardelegen schwer geworden, die Stände abzuhalten sich direct für Ferdinand II. zu erklären, so konnte auf der Kreisversammlung zu Lüneburg nicht einmal mehr von einem noch so schwachen Versuche der Vermittelung die Rede sein. Die militärischen Rüstungen des Kreises waren viel zu unbedeutend, die Interessen seiner Fürsten und Stände viel zu weit auseinander gehend, um die Bildung einer wirklich starken Mittelpartei, welche die Entscheidung der Dinge hätte in die Hand nehmen können, zu gestatten. So stellten denn die protestantischen Stände Niedersachsens Christian am 11. Juli die Alternative, entweder den Pardon des Kaisers ohne Weiteres anzunehmen und sein Heer binnen 3 Tagen abzudanken oder den Kreis mit seinen Truppen ohne Verzug zu verlassen. Dabei sprachen sie endlich die unverhüllte Drohung aus, daß sie gesonnen seien ihn zum letztern nöthigenfalls mit Waffengewalt zu zwingen.

Schon früher hätte Christian vielleicht höchstens auf die Unterstützung des eignen Bruders rechnen können. In diesem Falle aber war bei einem unglücklichen Ausgange der ganzen Unternehmung für das fürstliche Haus Wolfenbüttel selbst die größte Gefahr vorhanden: das Loos des Pfalzgrafen

stand ihm dann in sicherer Aussicht. Und das mußte doch auch Herzog Christian, der muthmaßliche Erbe des kinderlosen Bruders, ernstlich erwägen. Eine von ihm auf dem Boden des niedersächsischen Kreises verlorene Schlacht hätte nicht nur das Geschick des Bisthums Halberstadt, sondern auch des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel unwiderruflich entschieden. Diese und ähnliche Erwägungen waren es wol, welche zuletzt den Herzog veranlaßten, aufzubrechen und die protestantischen Fürsten Niedersachsens dem vordringenden Katholicismus gegenüber ihrem eignen Schicksale zu überlassen.

Zuvor aber richtete er noch ein Schreiben an den Kreis, in welchem er den Ständen zum letzten Male das Verkehrte ihres Thuns in energischen Worten auseinandersetzte und in der That bewies, wie richtig er die allgemeine Lage der Verhältnisse beurtheilte.[1] Auch jetzt behauptete er freilich noch, daß ihm im Anfange wirklich an einer Aussöhnung gelegen gewesen sei, und daß er sich durch seine Rüstungen nur habe sichern wollen. Nur die Annäherung des ligistischen Heeres und die verdächtige Stellung des niedersächsischen Kreises, so wie das jämmerliche Brennen, Plündern und Ranzionieren Tillys in Friedrich Ulrichs Landen hätten ihn endlich zur Zurückweisung der kaiserlichen Gnade veranlaßt! Nun achte aber der Kreis den dem Fürstenthume Braunschweig zugefügten Schaden so gering und sei nur darauf bedacht, wie er aus den Waffen gebracht werden, und die Katholischen einzig und allein ihr Schwert angegürtet behalten könnten: „So müßten wir es Gott und der Zeit befehlen, daß wir also hilflos gelassen, dies Fürstenthum dem Raub und Brand unterworfen und nichts anders in Betracht gezogen werden will, ja man sich dessen persuadieret, daß alles seine Richtigkeit erlangt und in Ruhe gebracht, wenn unsere Armee disarmiert."

Mit diesen vorwurfsvollen Abschiedsworten verband er die weitere Mittheilung, daß er, um die Lande außer Gefahr zu setzen, seine Armee innerhalb dreier Tage aus dem Kreise und sogar vom Boden des Reiches abführen und abdanken oder ausländische Kriegsdienste mit ihr suchen wolle. Allein auch hieran knüpfte er noch die Bedingung, daß auch Tilly den Kreis quittieren und das Fürstenthum Braunschweig, an welchem er betheiligt sei, unangetastet lasse.

So trieben die niedersächsischen Fürsten das auf das beste gerüstete Heer des halberstädter Bischofs aus ihren Grenzen in dem Glauben, nun jegliche Gefahr von dem Kreise abgewendet zu haben. Den Versuch an

1) Londorp I. 1117.

diesem Heere selbst eine Stütze gegen die Waffen des katholischen Bundes zu gewinnen, wie ihn wol die Räthe Friedrich Ulrichs im Sinne hatten, wagten sie nicht. Trotz des kläglichen Zustandes, in welchem sich die Kreisarmee befand, hielt man sie doch immer noch für ausreichend. Freilich aber mochte man auch ahnen, daß der rücksichtslose junge Fürst wenig geneigt sein werde, die schwerfällige Verfassung des Kreises zu wahren, und daß man sich ihm durch eine Vereinigung auf Gnade und Ungnade ergebe.

Die Besetzung der Grafschaft Ostfriesland. Mansfeld im Dienste der antispanischen Liga.

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit jetzt auch Christians Waffengefährten aus dem Jahre 1622 zu.

Am 15. October war Mansfeld abermals in aller Form von den Staaten abgedankt worden, und sein Verhältniß zu ihnen hörte auf ein Dienstverhältniß im strengsten Sinne des Worts zu sein. Allein da die Niederlande in den letzten Monaten des Jahres 1622 von der Besorgniß einer noch energischeren Betheiligung an den Kämpfen gegen das Haus Habsburg beherrscht wurden, so wollte man doch wenigstens den Grafen mit einem kleinen Reste seiner Truppen in der Nähe behalten. Moriz von Oranien ersah daher zum Winterquartiere das reiche Ostfriesland aus, dem ohnehin bei dem siegreichen Vordringen der Spanier die größte Gefahr drohte.[1]

---

1) Die Generalstaaten freilich wollten diesen Zusammenhang selbst Mansfelds Deputierten gegenüber nicht eingestehen: De Graef van Leeuwesteyn van den Graef van Mansvelt afgesonden, hadde oock audientie. Hy soo wel als Dolbier gaven te verstaen: dat haer Ho. Mog. hebbende den Graef van Mansvelt hier te lande doen komen, zijn hulp ghebruyckt tot ontset van Bergen op Zoom, ... ende sedert met gheschut ende Ammunitie hem versien hebbende, niet ignorant konden zijn van de inlegering in't Landt van Oostvrieslandt, ende dat daerom men behoorde de handt aen Mansvelt te houden. Maer haer Ho. Mog. verklaerden daer toe noyt consent of authorisatie gegeven te hebben: ende hielden daerom in bedencken: of sy aen den Graef van Mansvelt souden seynden. Aitzema I. 104. Mansvelt ende zijn Legher wisten niet waer sy haer souden logeren. Gelt tot haer onderhout en hadde desen Staet niet over: de Koning van Vranckrijck, Engelant, Denemarck gaven niet, de Koning van Beemen hadde niet: geheel Duytslandt, immers die van d'Unie bogen onder den Keyser ende onder de Ligue, ende nochtans wasser

Seit dem Jahre 1599 war hier Graf Enno im Besitz der landesherrlichen Rechte, dessen Hinneigung zum Hause Habsburg allgemein bekannt war. Seine Tochter war die bekannte Sabina Katharina, welche ihre Verheirathung mit ihrem Oheim Johann beim Papste durch das Versprechen durchsetzte, die Grafschaft Rietberg in Westfalen wider zum alten Glauben zurückzuführen. Sie hat nicht nur dieses Versprechen gehalten, sondern mit ihrem Gemahl die Widerherstellung des Katholicismus in ganz Westfalen auf das eifrigste gefördert. Eine andere Tochter des Grafen war an einen Fürsten von Liechtenstein verheirathet. Durch Enno's Vermittelung hatte einst Erzherzog Albrecht gehofft, Emden und die Emsmündung zu erhalten und von hier aus dann die Niederlande Spanien und dem Katholicismus zugleich wider dienstbar zu machen. Trotzdem zeigte sich freilich der Graf in den wechselvollen Kämpfen gegen die Stadt Emden und die ostfriesische Ritterschaft auch geneigt, das Land dem Bunde der Generalstaaten einzuverleiben, oder suchte wenigstens den Schein zu erwecken. In den letzten Streitigkeiten des Grafen mit den Ständen hatten Emden und Leerort staatische Garnisonen angenommen, die der Graf seit dem Jahre 1619 vergeblich zu entfernen suchte. Auch der Einfluß, welchen hierbei der englische Gesandte namentlich für Emden in die Wagschale legte, war wirkungslos. Erst im August 1621 wurde ihm die Festung wider zugesichert. Ja die Staaten erklärten sogar beim Widerbeginn des Kampfes mit Spanien die Grafschaft neutral, und die Infantin Isabelle that darauf ein Gleiches. Im Anfange des Jahres 1622 kam es zwischen Spanien und Emden trotzdem zu offnen Feindseligkeiten: 11 der Stadt gehörige Schiffe waren von den Spaniern angehalten worden.

Und schon im April 1622 fürchtete Graf Enno in die immer größere Dimensionen annehmenden deutschen Wirren hineingezogen zu werden, konnte aber trotzdem bei seinen Ständen keine allgemeine Bewaffnung durchsetzen. Die Landschaft wies ihre Lage, ihre Landesbeziehungen und der alte angeborene Unabhängigkeitssinn an die Generalstaaten, während der herrschsüchtige und widerspruchsvolle Graf Enno noch in der letzten Zeit geheime Verhandlungen mit Spinola gepflogen hatte und in dem

---

aenghelegen dat de Mansveltsche Armée wiert geconserveert. Also conniveerde desen Staet ende sach niet ongeerne deselve invasie: ende is niet seer te twijfelen of sy is gheschiet met kennis van Prins Maurits ende eenighe voornaemste der Regeringh. Doch de Vergaderingh in't Generael heeft daer van niet gheweten. Aitzema I. 131. Vgl. dazu Wiarda, Ostfries. Gesch. IV. 159.

Verdacht stand, daß er gesonnen sei die Landschaft den Spaniern zu überliefern, in deren Diensten sich zwei seiner Brüder befanden.

Solche Verhältnisse fand Mansfeld in dem Ländchen vor, welches ihm von den Staaten angewiesen war.[1] Nachdem er zu Deventer noch Geschütz erhalten hatte, begab er sich mit ungefähr 3,000 M. Fußvolk und 3,000 Pferden in das Bisthum Münster und rückte von da Anfangs November in Ostfriesland ein. Das emsländische Quartier des Bisthums Münster, wo er namentlich die Stadt Meppen befestigen ließ, hielt er jedoch auch jetzt noch längere Zeit besetzt.[2]

Im Anfang kam ihm die Ritterschaft und die Stadt Emden freundlich entgegen. Und hieraus so wie aus dem Haß beider gegen den gewaltthätigen Grafen schöpfte er wol die Hoffnung, was ihm im Elsaß nicht gelungen war, hier glücklich durchzuführen. Er hatte aber in jener ersten Zeit nichts Geringeres im Sinne, als durch Abänderung der Landesverfassung den Grafen macht- und einflußlos zu machen und das Land in ein Bundesverhältniß zu den Generalstaaten zu bringen. Für sich selbst scheint er dabei die Stellung als Gubernator im Auge gehabt zu haben.[3] Allein dieser Plan scheiterte, und gar bald beklagten sich alle Parteien, der Graf, die Ritterschaft und die Stadt Emden, auf das heftigste bei den Generalstaaten über den fremden Eindringling. Die Entschuldigung der Staaten, daß der Graf nicht mehr in ihren Diensten stehe, war hierbei eben so wahrheitsgemäß, wie es auf der andern Seite unleugbar war, daß Mansfeld auf ihre Veranlassung und mit ihrer Unterstützung in der von Parteiungen zerrissenen Landschaft festen Fuß gefaßt hatte.

Mansfeld gieng die Ems herab, nahm Leer, zog in Stickhausen ein und besetzte auch Friedeburg. Am 10. November war er bereits in Aurich. Ende December 1622 trat ein Landtag in Emden zusammen, auf welchem über die Forderung des Grafen — sie belief sich auf 600,000 Thlr. — entschieden werden sollte. Die Versammlung gieng jedoch ohne irgend welches Resultat auseinander, da die Stände jede Beisteuer verweigerten und dem Grafen, dessen verdächtiges Gebahren Mansfeld allein hereingezogen haben sollte, anheim gaben ihn auch wider zu entfernen. Dieser selbst aber lehnte jede Bürgschaft für die Vorschüsse der Landschaft

1) Wiarda IV. S. 158. 159. 162.

2) Vgl. über diesen Zug Mansfelds durch das Bisthum Münster Tophoff a. a. O. S. 137—139.

3) Vgl. Wiarda IV. 156.

von sich ab. Die Stadt Emden benutzte die Gelegenheit, sich vollständig unabhängig vom Grafen zu machen, und that ernstliche Schritte, um sich dem Bunde der Generalstaaten anzuschließen, welche jedoch den Augenblick für ungeeignet hielten und das Verlangen der Stadt zurückwiesen.

Höchst bedrohlich waren diese Verhältnisse in Ostfriesland auch für die benachbarte Grafschaft Oldenburg. Allein hier gelang es der politischen Gewandtheit und der unermüdlichen Thätigkeit des Grafen Anton Günther, die noch überdies durch sein Verhältniß zum König von Dänemark unterstützt wurden, Land und Volk vor den Ausschweifungen der wilden Soldateska zu sichern. Voll Sorge hatte der Graf bereits bei der Annäherung der Mansfelder seine Grenzen besetzt. Allein schon am 7. November entsendete Mansfeld den Rittmeister Brand v. Bardeleben nach Oldenburg, um ein Anlehen von 150,000 Thalern, ferner Werbeplätze und Oeffnung der Pässe, die natürlich den Spaniern gesperrt werden sollten, nachzusuchen.[1] Unter Berufung auf die ihm von der Infantin und den Generalstaaten schon seit dem Jahre 1617 gewährleistete Neutralität beschied ihn der Graf durchaus ablehnend. Später stellte Mansfeld die Forderung an ihn, den Paß am ellenser Teiche mit einer Feldschanze zu versehen oder ihm selbst einzuräumen, und am 15. November rückte er sogar mit 9 Compagnien zu Fuß und 3 Geschützen ins Amt Neuenburg ein und legte Tags darauf 3 Compagnien in den genannten Paß. Trotz des Einspruchs, den der Graf bei Mansfeld so wie bei den Generalstaaten erhob, wichen jedoch die Truppen nicht. Bald machte der Generalwachtmeister Carpenzon die früheren Ansprüche geltend, nur daß jetzt die Summe des Anlehns, welches innerhalb 4 Monaten zurückgezahlt werden sollte, auf 100,000 Reichsthaler herabgesetzt wurde. Die Oeffnung des Landes nach dem Stifte Paderborn zu wurde auch jetzt noch begehrt.

Trotz der feindlichen Besatzung im eignen Lande bewies jedoch der Graf Anton Günther unerschütterliche Standhaftigkeit. Der Forderung des Anlehens stellte er seine Verpflichtung gegen Kaiser und Reich gegenüber und berief sich außerdem auf die Schutzherrlichkeit Christians IV. Und in der That blieb er vor der Hand auch von weiteren Drangsalen verschont. Vorsichtig, wie er war, ersuchte er aber trotzdem Christian IV. um seine Verwendung bei allen Mächten, die überhaupt an diesen Verhältnissen interessiert waren, und hatte auch die Genugthuung, daß

1) Winkelmann, Oldenburgische Kriegshandlungen 153 ff.

ihm Sievert Pogwisch als dänischer Bevollmächtigter zur Seite gestellt wurde. Am 30. December zogen endlich die Mansfelder auch von jenem Paß, den die Oldenburger nun besetzten, wider ab. Ein kaiserlicher Schutzbrief vom 12. Januar 1623, dem im folgenden Monat ein gleicher von Herzog Maximilian, als Haupt des katholischen Bundes folgte, wurde sicherlich gleichfalls in Uebereinstimmung mit Christian IV. ausgewirkt.

Vergeblich waren dagegen die Vermittelungsgesuche, welche Graf Enno nebst dem englischen Gesandten Carleton an die Generalstaaten richtete.[1] Diese unterstützten vielmehr Mansfeld mit Munition und wiesen ihm sogar 50,000 Gulden zur Vervollständigung seiner Rüstungen an,[2] obwol sie mit seinem sonstigen Gebahren wenig zufrieden waren und Anfangs December ihm sogar die Weisung hatten zugehen lassen, die Grafschaft zu räumen. Auch die Verhandlungen, welche Graf Enno's ältester Sohn Rudolf Christian mit einer ständischen Deputation in den ersten Tagen des Jahres 1623 persönlich mit den Generalstaaten pflog, hatten keinen andern Erfolg, als daß zwei staatische Commissare, Muys und Schaffer, in die Grafschaft entsandt wurden. Die Generalstaaten erklärten es geradezu für Undankbarkeit, einen General, welcher der evangelischen Sache bisher so gute Dienste geleistet habe, ohne Weiteres zu vertreiben, verhehlten aber auch ihre Besorgniß nicht, daß derselbe vielleicht im äußersten Falle die Grafschaft gar an Spanien ausliefern würde.

So hatten denn endlich nach den Strapazen des Sommers 1622 die Mansfelder bei den wehrlosen ostfriesischen Bauern reiche Quartiere gefunden. Die heimatlosen Söldner erfreuten sich in diesem Lande zunächst eines Unterkommens und Obdachs vor einem bevorstehenden Feldzuge. Die überwiegende Mehrzahl der Mannschaften knüpfte kein Band der Liebe, ja nicht einmal ein Vertragsverhältniß ihres Führers an die unglückliche Landschaft. Als gefürchtete und gehaßte Eindringlinge erschienen sie; durch die Gewalt der Waffen behaupteten sie sich in einem Lande, auf welches

---

1) Er hatte am 13. Dec. Audienz ter Vergaderingh van haer Ho. Mog. op dat stuck van de Mansveltsche invasie. Aitzema I. 131.

2) Villermont a. a. O. II. 130. Aitzema I. 166: men socht in alle manieren zijn armée te conserveren: ende dartoe t'engageren de naebuyrighe Koninghen van Vranckrijck, Engelandt, Dennenmarck, Zweeden, Hanze-Steden etc.

nicht einmal diejenigen ein Anrecht hatten, die es ihnen anfangs zu Winterquartieren angewiesen hatten. Ist es da zu verwundern, daß dies Heer gleich einem gierigen Heuschreckenschwarme das reiche Land gar bald verwüstet und einer Einöde gleich gemacht hat? Raub und Mord, Unzucht und Gewaltthätigkeiten jeglicher Art, wie sie ein rohes, nicht einmal durch die Furcht in Schranken gehaltenes Heer kennzeichnen, waren die Thaten, durch welche sich diese Mansfelder die Verwünschungen der von aller Welt preisgegebenen Ostfriesen auf das Haupt luden.

Freilich haben früher und später in diesem Kriege auch andere Landschaften unsers Vaterlands ein nicht weniger beklagenswerthes Loos erduldet: allein nicht immer haben diese Verächter jeder menschlichen Ordnung durch ihre Maßlosigkeit auch sich selbst dasselbe Unheil bereitet, welches sie über friedliche Bürger und Bauern brachten. Schon im Frühling des Jahres 1623 füllten sich die benachbarten Niederlande mit ostfriesischen Flüchtlingen; bereitwillig nahm vornehmlich die Stadt Emden alle diejenigen, welche sich zeitig genug mit ihrer beweglichen Habe hatten flüchten können, in ihre Mauern auf. Allmälig entvölkerte sich darauf das platte Land, der Ertrag der Ernte reichte nicht hin eine Armee von nahezu 20,000 M. zu verpflegen, die Zufuhren wurden bei der Unsicherheit der Wege ebenfalls knapp — und so stellte sich der Feind, mit welchem die Mansfelder schon im vorigen Jahre während ihres Zuges an der französischen Grenze Bekanntschaft gemacht hatten, der Hunger, abermals ein. Ihm fielen vornehmlich auch die Franzosen zur Beute, die ihren regelmäßigen Monatssold von 60,000 Kronen überhaupt nur ein einziges Mal erhalten hatten. Bald gesellte sich dem Hunger auch die Pest zu, und die entfesselte Wuth der schwer bedrängten Ostfriesen sendete aus Hinterhalt und Versteck Tod und Verderben auf die ruchlosen Peiniger des Landes. Und so war es in der That ein Act der strafenden Gerechtigkeit, daß von einem aus ungefähr 20,000 M. bestehenden Heere, welches die Einwohnerzahl der Grafschaft bis auf $^1/_5$ vermindert, die Anzahl der menschlichen Wohnungen bis auf $^1/_6$ der früheren herabgebracht und der Grafschaft einen Schaden von etwa 10 Millionen Gulden zugefügt hatte, nur wenig über 8,000 M. das von ihnen in Grund und Boden verderbte Land wider verlassen konnten.[1]

Unter all diesen traurigen Verhältnissen erhöhten sich natürlich die Leiden der ostfriesischen Landschaft nur um so mehr. Der Graf Enno

1) Wiarda IV. 155, 196, 199 ff.

und seine Familie blieben Mansfelds Gefangene; man glaubte sogar, der Graf wolle die Ehe mit einer Tochter Enno's erzwingen und sich dadurch eine begründete Anwartschaft auf das Land selbst sichern. Vergeblich bestürmte der junge Graf Rudolf Christian und die Abgeordneten der Stände die Staaten mit ihren Bitten; vergeblich verwendete sich sogar Gustav Adolf bei ihnen für Graf Enno und seine Familie. Um endlich die Landschaft nicht in die Hände der Franzosen gerathen zu lassen, ersuchte der Graf Anton Günther von Oldenburg Ferdinand II. widerholt, Enno und die ostfriesischen Stände anzuweisen, sich den Maßnahmen Christians IV., als eines kaiserlichen Commissarius, zu fügen.

Trotzdem schien es einige Zeit, als ob die Mansfelder auch Oldenburg ein gleiches Schicksal wie Ostfriesland bereiten wollten. Während die Dänen die oldenburgische Grenze besetzt hatten, machten einige Hundert mansfeldische Dragoner am 17. Mai sogar einen Einfall in die Herrschaft Jever, wurden jedoch von etwa 1,500 bewaffneten Landbewohnern mit Gewalt verjagt. Darauf legte Anton Günther einige Tausend Mann nach Jever und verstärkte auch die Besatzung des ellenser Dammes unter dem Obersten Wilhelm v. Kalchum genannt Lohausen. Am 28. Mai richtete Mansfeld noch drohendere Forderungen an den freilich nicht so leicht zu erschütternden Grafen Anton Günther. Er beanspruchte, daß der Graf weder mit Christian IV., noch mit Anholt und Cordova verhandeln und seiner Armee keinerlei Hindernisse in den Weg legen sollte, und forderte rundweg innerhalb weniger Stunden Bescheid. Dagegen verwahrte Anton Günther die Grenzen der Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst um so sorglicher und schützte auch die Pässe nach Ostfriesland mit seinen aus Geworbenen und Landvolk bestehenden Mannschaften. Da scheint Mansfeld allmälig erkannt zu haben, daß er hier einem schwer zu überwindenden Gegner gegenüberstehe. Nur die Franzosen bedrohten vorübergehend nochmals Jever, seine übrigen Besitzungen sicherte dagegen der eben so energische als staatskluge Anton Günther aufs beste. Als ihn Mansfeld endlich um Unterstützung für den bevorstehenden Aufzug ersuchte, lieh er ihm, um sich der gefährlichen Nachbarschaft zu entledigen, 12,000 Thlr. und befreite auch die Herrschaft Kniphausen, welche im Jahre 1622 durch ein Urtheil des Reichskammergerichts dem Grafen endlich zugesprochen worden war, aber seit längerer Zeit von den Mansfeldern besetzt gehalten wurde, durch eine Entschädigung von ihren Drängern. —

Mansfelds längeres Verweilen in Ostfriesland war jedoch auch eine Folge der eigenthümlichen Stellung, welche Frankreich schließlich zu diesen

großen Veränderungen der europäischen Staatenverhältnisse nehmen mußte. Zunächst hingen auch die Kämpfe des französischen Königthums mit den Reformierten im eignen Lande auf das innigste mit diesen immer größere Dimensionen annehmenden europäischen Wirren zusammen. So lange Frankreich mit der Schlichtung häuslicher Zerwürfnisse beschäftigt war, konnte es seine Macht nicht gegen das Anwachsen des Hauses Habsburg geltend machen. Die Minister, welche Ludwig XIII. zum Kriege gegen die Reformierten trieben, handelten daher durchaus den Interessen Spaniens und Oestreichs gemäß. Und kam nun vollends die so lange verhandelte spanisch-englische Heirath zu Stande, wie es in den Jahren 1621 und 1622 mehr und mehr den Anschein gewann, so stand Frankreich vollständig isoliert. Man mußte dann nicht nur auf die Rückkehr des Pfalzgrafen, sondern auch auf einen für Spanien günstigen Frieden mit den Generalstaaten rechnen. Spanien selbst, bei dem die politische Berechnung den confessionellen Eifer überwog, konnte daher ein längerer Zwiespalt in Frankreich nur erwünscht sein. Der Bürgerkrieg verminderte ja das politische Gewicht Frankreichs zu einer Zeit, wo keine andere europäische Macht im Stande war, dem habsburgischen Ehrgeize Fesseln anzulegen.

Diese und ähnliche Erwägungen waren es denn auch, welche den Präsidenten Jeannin veranlaßten, Ludwig XIII. widerholt zum Frieden mit den eignen Unterthanen zu mahnen. Ihm schien es Zeit zu sein, daß der König von Frankreich sein Augenmerk auf das Ausland richte, wo man, wie z. B. im Veltlin, wichtige Interessen des Landes zu wahren hatte. Freilich dachte auch Jeannin noch keineswegs an einen Krieg mit Spanien, der ja das Feuer der Zwietracht über die ganze Christenheit verbreitet und die Reformation im eignen Lande vielleicht gestärkt haben würde. In diesen Bemühungen, Frankreich den Frieden zu gewähren, wurde Jeannin auch durch England unterstützt.[1]

Nachdem er endlich unter dem Eindrucke der Gefahr, welche das Erscheinen Mansfelds an der französischen Grenze so fühlbar gemacht hatte, abgeschlossen war, trat jedoch abermals die Frage an die französische Politik heran, wie man sich nun den vereinigten Niederlanden gegenüber zu verhalten habe. Wenn es Hauptzweck Spaniens war, durch

1) Vgl. Ecrit fait par M. le président Jeannin environ le mois de février 1622.... contenant ses raisons pour faire la paix, Collection des memoires relatifs à l'histoire de France par Petitot T. XVI. (Oeuvres mêlées du président Jeannin) S. 109—120.

seine in Aussicht gestellte Eheverbindung mit England Jacob I. zur Preisgebung der Niederlande zu zwingen, oder ohne Frankreich den Frieden mit Holland wider herzustellen, so konnte man auch befürchten, daß Holland selbst, wenn auch vielleicht in freiester Form, unter das spanische Scepter zurückkehren werde. Selbst Oraniens Persönlichkeit schien einem solchen Abkommen nicht durchweg hindernd im Wege zu stehen, wenn ihn der König etwa zum Gouverneur und zum Befehlshaber der Armee ernennen und ihm reiche Besitzungen und Einkünfte anweisen würde. So wünschenswerth daher die Fortsetzung des Kampfes zwischen Spanien und Holland für Frankreich auch war, so rieth man dem letztern doch lieber zum Waffenstillstand, um vor allen Dingen die schließliche Entscheidung König Jacobs abzuwarten. Durch das Versprechen, zu der Zurückführung des Pfalzgrafen thätig mitzuwirken, glaubte man den König allenfalls auf der Seite der Staaten erhalten zu können. So lange freilich die Stellung Englands zu Spanien keine entschiedene war, schien es am besten das Gesuch der Staaten um eine Erneuerung des Bündnisses unbeantwortet zu lassen, da ja schon die letztere einen Act der Feindseligkeit gegen Spanien in sich schloß. Die Ansprüche Frankreichs im Betreff des Veltlins — der einzige Punct, über welchen man sich seit dem Abschluß der letzten Verträge mit Spanien zu beklagen hatte — konnten auf friedliche Weise ihre Befriedigung erlangen. Es schien unklug, den Krieg aus Deutschland nach Frankreich zu versetzen.[1]

Wenn demnach auch der den Hugenotten im Jahre 1622 gewährte Friede schon an und für sich die Bedeutung hatte, daß die französische Politik sich aller Fesseln zu entledigen suchte, um ihre Aufmerksamkeit vorzugsweise den größeren Weltverhältnissen wider zuzuwenden, so war er doch noch keineswegs der Vorbote eines Krieges gegen Spanien. Der Gedanke, in die aufgegebenen Bahnen Heinrichs IV. wider einzulenken, wurde seiner Ausführung erst näher gebracht, als man nach den Eröffnungen Ferdinands II. auf dem Tage zu Regensburg einen Reichskrieg gegen die Niederlande und Bethlen Gabor für das Jahr 1623 fürchten mußte. Gelang es der habsburgischen Politik, nur die Mehrzahl der deutschen Stände für einen solchen Krieg unter seine Fahnen zu sammeln,

1) Außer der angeführten Denkschrift mag noch der gleichfalls von Jeannin verfaßte Discours sur les affaires de Hollande, fait au mois de décembre 1622 nachgelesen werden. Collection des mémoires relatifs à l'histoire de France, par Petitot. T. XVI. (Oeuvres mêlées du président Jeannin.) S. 96—109.

leistete insbesondere das Reich neue Türkensteuern, welche gleichbedeutend mit Beihilfen zur Bekämpfung des Protestantismus in Ungarn waren, so konnte von einem Anspruche Frankreichs auf eine europäische Stellung, wie sie ihm Heinrich IV. geschaffen hatte, nicht gut mehr die Rede sein. Obwol daher Puisieux das spanische Bündniß noch immer im Auge behielt, so trieb doch der Einfluß der Königin-Mutter jetzt mehr und mehr zu einer Annäherung an die Generalstaaten,[1] welche die Ereignisse des Jahres 1623 auf dem Boden des Reichs noch außerdem beschleunigten.

Und doch waren es zunächst die veltliner Verhältnisse, welche eine so bedeutende Veränderung der französischen Politik hervorbringen sollten. Seit dem Jahre 1618 hatten Religionsstreitigkeiten traurigster Art den Kanton Graubünden und das Veltlin durchwühlt, an deren Beilegung die beiden Kronen Spanien und Frankreich lebhaftes Interesse nahmen. Den Spaniern lag daran, das für die Verbindung ihrer spanisch-niederländischen Besitzungen so wichtige veltliner Thal in ihrer Gewalt zu behalten, während Frankreich seinem übermächtigen Nachbar diese Straße zu sperren und natürlich sich selbst frei zu halten wünschte. Und wirklich hatte auch der französische Gesandte Bassompierre zu Madrid[2] im April des Jahres 1621 durch sein energisches Auftreten so viel durchgesetzt, daß das Veltlin an Graubünden zurückgegeben wurde.

Die Beilegung dieser Streitigkeiten war aber für Frankreich um so wichtiger, als gerade der Waffenstillstand zwischen Spanien und den Niederlanden seinem Ende entgegen gieng. Und da nun Frankreich um dieselbe Zeit, wo durch den madrider Frieden die Verhältnisse Graubündens zu Ungunsten Spaniens geregelt wurden, auch sein Bündniß mit den vereinigten Niederlanden erneuerte und denselben für den Kriegsfall dieselben Subsidien, welche einst Heinrich IV. gezahlt hatte, bewilligte, so hatte es sich auf zwei sehr wichtigen Puncten als Gegner des Hauses Habsburg erwiesen.

Allein die Spanier waren trotz jenes Vertrags wenig geneigt, die frühere so günstige Stellung in den Alpen mit einem Male aufzugeben.[3]

---

1) Ouvré, Du Maurier 315.

2) Mémoires, contenants histoire de sa vie II. 242 ff. Des Ritters Fort. Sprecher v. Bernegg Gesch. der bündnerischen Kriege I. 263. (Archiv für die Gesch. von Graubünden 1856.) Mercure français X. 126 ff.

3) Eine ganz ausführliche Schilderung dieser Verhältnisse enthalten die Denkwürdigkeiten des Marschalls Ulysses von Salis im Archiv für die Geschichte der Republik Graubünden. Heft 27. S. 119 ff.

Der Herzog von Feria, spanischer Statthalter von Mailand, wich trotz der Befehle, welche er aus Madrid erhielt, nicht aus dem Veltlin, und Erzherzog Leopold besetzte mit Hintansetzung des Vertrags ein den Bünden zustehendes Thal.

Auf Feria's Betrieb gaben ferner die katholischen Veltliner in Madrid die Erklärung ab, daß der Friede ihre Confession nicht sichere. Und in der That wurden die Spanier auch von ungeordneten Haufen aus Graubünden angegriffen, deren sie sich nur vermittelst der aus Tirol und Mailand herangezogenen Hilfstruppen erwehrten. Darauf setzten sie sich aber von Neuem im Veltlin fest, die Truppen des Erzherzogs Leopold näherten sich Chur, und schon dachte dieser daran, sich das Bisthum selbst anzueignen. Da rief ihn Mansfelds Einfall in die habsburgischen Besitzungen des Elsasses nach einem andern Schauplatze ab. In Mailand aber wurden darauf von bündischen Abgeordneten drei Verträge mit dem Herzog von Feria und dem Erzherzog Leopold abgeschlossen, welche das thatsächliche Uebergewicht der Spanier in diesen wichtigen Alpenthälern zu einem rechtlichen machten. Im ersten gaben die Bündner das Veltlin gegen eine jährliche Entschädigung zurück; der zweite setzte ein immerwährendes Bündniß mit dem Gouverneur von Mailand fest, kraft dessen dem Könige von Spanien und dem ganzen habsburgischen Hause das Land für Truppendurchmärsche geöffnet wurde, und befreite die Ausübung der katholischen Confession in den Bünden so wie im Veltlin von jeglicher Schranke; durch den dritten wurde dem Erzherzog Leopold das Besatzungsrecht in Chur und Maienfeld auf 12 Jahre gesichert.[1] Eine allgemeine Versammlung der Bünde genehmigte diesen den spanischen Interessen so günstigen Vertrag, welcher dem Erzherzog Leopold den Zehngerichtenbund und dem Gouverneur von Mailand das Veltlin überwies.

Allein diese Veränderungen erregten sofort sehr lebhafte Besorgnisse bei den Venetianern und tiefe Erbitterung bei dem nicht spanisch gesinnten Theile der französischen Politiker. Ja Ludwig XIII. selbst ließ in Rom und Madrid die Erklärung abgeben, daß Marschall Lesdiguieres mit einer Armee in Italien einrücken werde. Trotzdem fanden jedoch diese Kriegsdrohungen Frankreichs nirgends rechten Glauben: man kannte den der römischen Curie zugeneigten Sinn der leitenden Staatsmänner; man wußte, daß sie die Ausrottung des Calvinismus, nicht die Betheiligung

1) Vgl. Sprecher's Geschichte der bündnerischen Kriege I. 319 ff. Mercure français X. (1625) 130 ff.

an Kriegen in den Niederlanden und in Spanien als ihre Hauptaufgabe ansahen. In der That entschloß sich der König gegen Ostern 1622, den Kampf gegen die eignen Unterthanen abermals zu beginnen. Allein schon nach wenigen Monaten hatte die Partei der Königin-Mutter, des Kanzlers Silleri und des Präsidenten Jeannin die Oberhand erhalten, und Ludwig XIII. schloß darauf mit den Reformierten zu Montpellier von Neuem Frieden. Ja unmittelbar darauf trat er sogar dem Plane, durch Lesdiguieres die Macht Habsburgs in Italien zu bekämpfen, näher. Noch während des Jahres 1622 traf er zu Avignon mit dem Herzoge von Savoien hierauf bezügliche Verabredungen, an denen auch der venetianische Gesandte Pesaro Theil nahm. Alle drei Mächte fühlten sich in dem Verlangen einig, Spanien und den Erzherzog Leopold zu nöthigen, die vertragswidrigen Erwerbungen in den wichtigen Grenzlanden wider herauszugeben. Diesen Plänen zum Trotz setzte sich aber gerade in jener Zeit Erzherzog Leopold nach einem neuen Einfall der Bündner ins Engadin noch mehr in Graubünden fest, da nach seiner Rückkehr aus dem Elsaß im September 1622 auf einer bündnerischen Versammlung zu Lindau dem Hause Habsburg die Pässe übergeben wurden.[1]

Die Mahnungen Venedigs und Piemonts an die französischen Staatsmänner, der spanischen Herrschaft in Graubünden entgegen zu treten, fanden jedoch in dem Connetable Lesdiguieres die gewünschte Unterstützung, und so wurde in Avignon der Grund einer Tripelalliance zwischen Frankreich, Savoien und Venedig gelegt, gegen welche das bedrohte Spanien den Einfluß der päpstlichen Curie schleunigst ins Feld führte. Trotz der berechtigten Einwendungen, welche eine venetianische Senatorenpartei im Hinblick auf den ländersüchtigen Herzog von Piemont und die der römischen Curie allzu eifrig ergebenen französischen Staatsmänner wie Puisieux machten, wurde das Bündniß dennoch am 7./17. Februar 1623 zu Paris und zwar zunächst auf 2 Jahre geschlossen. Man machte sich anheischig, eine Armee von 30,000 oder gar 40,000 M. Infanterie und 6,000 Reitern aufzubringen, zu welcher der König selbst 18,000, Venedig 12,000 und Savoien 8,000 M. stellen sollte. Zum General aber über dieses Heer ersah man sich niemand anders, als Ernst von Mansfeld.[2] Man dachte, ihn durch eine jährliche Pension von 30,000 Thalern zu bewegen, sich in die Franche Comté zu ziehen, um hier dem Gouverneur von Mai-

1) Vgl. Sprecher I. 425 ff.
2) Sprecher I. 445.

land die aus den Niederlanden erwartete Hilfe abzuschneiden und erforderliches Falls sogar in Italien einzudringen. Zu diesem Behufe nahm Frankreich die Hälfte der ausgeworfenen Subsidien auf sich, während Venedig zwei Drittel und Piemont das letzte Drittel der andern Hälfte zahlen sollte.

Die persönlichen Beziehungen Mansfelds zu Ludwig XIII. waren schon seit dem Beginn des Jahres 1623 wider vertrauter geworden. Bereits am 9./19. Januar sendete der länderlose Heerführer seinen Unterhändler Tournon nach Paris, um gewisse Ansprüche zu realisieren. In einem Schreiben von demselben Tage ersuchte er auch Puisieux um seine Unterstützung beim Könige und betheuerte diesem, niemals etwas gegen die Krone Frankreich unternehmen zu wollen. Es handelte sich hierbei, wie aus einem späteren Schreiben des französischen Gesandten im Haag an Mansfeld (3. Febr.) hervorgeht, um die Zahlung jener 40,000 Thlr., welche der König dem Grafen schon früher zugesagt hatte. Schon jetzt ließ der französische Gesandte im Haag, Du Maurier, dem Staatssekretär durch einen Grafen von Löwenstein Mittheilungen über den Eintritt des Grafen in französische Dienste zugehen, und Ende Februar verhandelte bereits ein mansfeldischer Agent mit dem Gesandten. Ludwig XIII. schien nur noch an der schlechten Disciplin der Mansfelder Anstoß zu nehmen.

Während Mansfeld jedoch diese Unterhandlungen mit Frankreich betrieb, stand er gerade in denselben Monaten auch auf dem Puncte, mit Spanien abzuschließen. Es liegt ein von Tournon und Flamant am 21. Dec. 1622 gezeichnetes Actenstück vor, in welchem er sich anheischig macht, der Infantin mehrere Plätze, auf welche die Holländer ein Auge hatten, einzuräumen, ferner Weser und Elbe in die Gewalt der Spanier zu bringen und den Holländern die Zufuhr abzuschneiden.[1] Um den Staaten Weser und Elbe vollständig zu sperren, dachte er bereits daran, den Jahdebusen zum Kriegshafen zu machen. Als Entgelt hierfür machte er auf das Oberkommando über die zur Zeit von ihm befehligten Truppen Anspruch, forderte den Orden des goldnen Vließes, ferner einen monatlichen Unterhalt von 15,000 Thalern hauptsächlich zur Bestreitung seiner persönlichen Bedürfnisse, und in Friedenszeiten jährlich 20,000 Thlr. baar oder in Grundbesitz. Dafür wollte er dann auch alle andern Pensionen,

---

1) Villermont, Ernest de Mansfeldt II. 186 ff.

vornehmlich 8,000 Thaler, welche er von Frankreich, und 12,000 Ducaten, die er von Venedig bezog, aufgeben. Am 10. Februar 1623 waren die Verhandlungen über den Eintritt des Grafen in spanische Dienste so weit gediehen, daß Mansfeld um die Unterzeichnung des Tractats innerhalb dreier Monate durch den König von Spanien nachsuchte.[1] Schon harrte der Vertrag der Unterschrift des Generals, als ihn vermuthlich die Kunde von dem am 7. Februar zu Paris erfolgten Abschluß der Tripelalliance erreichte. Nun durfte er hoffen, den Verbündeten, in deren Solde er bereits stand, wichtigere und für ihn selbst lohnendere Dienste zu leisten, und die Verhandlungen mit Spanien wurden abgebrochen.

Obwol nun die Generalstaaten an dem neuen, gegen Spanien geschlossenen Bündnisse keinen directen Antheil hatten, so war doch Prinz Moriz von dem Plane des französischen Königs, den Grafen in die Dienste des Bundes zu nehmen, wol unterrichtet. Ja er warnte sogar den französischen Gesandten im Haag, sich vorzusehen, daß Mansfeld auch wirklich die ihm zufließenden Unterstützungen der Verbündeten zum Nutzen der Armee verwende; waren doch von 70,000 Pfund, welche er vom Pfalzgrafen empfangen hatte, nur 20,000 den Mannschaften wirklich gezahlt worden. — Mit seinem Generallieutenant, dem Herzoge von Braunschweig, stand Mansfeld damals, wie bereits oben erwähnt ist, in schlechtem Einvernehmen, und Moriz von Oranien machte vergebliche Anstrengungen, die beiden Kriegsfürsten einander wider zu nähern.

Im März[2] langte dann Montereau mit einem savoiischen Abgesandten de Beausse im Haag an, mit welchen Mansfeld über seine Pension und über neue Aushebungen abermals verhandelte. Schon jetzt wurden die Hauptbedingungen des Vertrags förmlich festgestellt. Demnach machte sich Mansfeld wirklich anheischig, eine Diversion nach der Bourgogne zu unternehmen, und zwar, wie ausdrücklich festgesetzt war, ohne Feindseligkeiten gegen Maximilian von Baiern, wenn sich derselbe, wie das vorausgesetzt wurde,

---

1) Villermont a. a. O. 191.

2) Am 12. März. Schon jetzt hegte man im Haag Mißtrauen gegen die Tragweite dieser Maßnahme. Der englische Gesandte Carleton berichtet über die Sendung der genannten an Thomas Roe nach Constantinopel: „and though they pretended to have absolute power to conclude with Mansfeldt, I have reason to believe they goe onely to hold him in devotion, till it be seene whether that warre of the league goe on or not; for sure I am they cary him no money, which is the onely engagement on both sides; and his army is in that discontent for want of pay, that it will hardly be entertayned by fair words.

in den Schranken der Neutralität halten würde. Mansfeld wollte seine Armee, zu der auch 4,000 Franzosen stoßen sollten, bis zu der von Ludwig XIII. gewünschten Höhe (wahrscheinlich 60,000 M.) verstärken und sollte bei seiner Annäherung an die Bourgogne von Frankreich mit Munition versehen werden. Nach seinem Aufbruche, der gegen Ende Juni festgesetzt wurde, wollte er auch noch ein Corps nach Deutschland senden. Ja sogar noch über dies nächste Ziel eines Krieges gegen das Haus Habsburg in der Schweiz oder in Italien hinaus wünschte er seine neue Kriegsbestallung ausgedehnt zu sehen; sein Oberbefehl sollte überhaupt vor dem Abschluß eines definitiven Friedens nicht ablaufen. Und auch nach dem Friedensschlusse forderte er immer noch 2 Monate Sold zur Abdankung und Zurückführung seiner Truppen. Den monatlichen Sold bat er von 50,000 Thlr. auf 70,000 zu erhöhen und auf zwei Monate im Voraus auszuzahlen. Mit dem Tage des Aufbruchs sollten die Zahlungen beginnen. Allein trotz dieser vorläufigen Festsetzungen, und vor allem trotz der Noth, in welcher sich die dienstlose Armee in dem ausgesogenen Lande befand, verzögerte sich der Abschluß der ganzen Angelegenheit immer noch Monate lang.

Während dieser Verhandlungen machte Mansfeld den Versuch, auch Christian IV. in das Bündniß seiner Dienstherren hineinzuziehen oder wenigstens durch trügerische Vorspiegelungen Geldmittel von dem nach territorialer Ausbreitung in Norddeutschland lüsternen Könige zu gewinnen. Der ehemalige böhmische Großkanzler Freiherr von Ruppa war es, welchen er Mitte April mit diesem mißlichen Auftrage betraute.[1] Er ließ dem Könige mittheilen, daß Frankreich, Venedig und Savoien sich zur Erhaltung ihrer Staaten und der Freiheiten deutscher Fürsten und Stände zum Kriege gegen das Haus Habsburg in Oestreich und Spanien verbunden hätten, und daß er selbst zugesagt habe, „dazu genugsame Mittel und Autorität zu verschaffen." Darauf ersuchte er den König um seinen Beitritt zu dem Bündnisse und um eine rechtzeitige Einwirkung auf die benachbarten Fürsten und Stände, zugleich mit Frankreich den Kampf zu beginnen. Dafür erbot er sich eine Versicherung Frankreichs zu beschaffen,

1) Das Schriftstück ist vom 18. April 1623 und ist schon von Mittendorff a. a. O. S. 101 angeführt worden. Mittendorff behauptet jedoch auch, daß „der König einer zweiten Gesandtschaft, die nach Jacobs Beitritt zum Bunde von England aus an ihn abgeschickt wurde, Gehör geschenkt und zu werben beschlossen habe." So weit sich diese Behauptungen auf das Jahr 1623 beziehen, und in diesem Zusammenhange scheinen sie zu stehen, sind sie gänzlich unrichtig.

nach welcher ohne Wissen und Willen Dänemarks kein Friede geschlossen werden sollte. Ferner sollte Christian IV. auch die Hansestädte bewegen, „daß sie zu ihrer Sicherheit und zur Beförderung der Negotiation contribuieren möchten.“ Mansfeld hoffte auch durch ihn für sein in Deutschland geworbenes Volk freien Durchzug durch Mecklenburg, Lüneburg und Braunschweig zu erhalten. Der zweite Theil des Auftrags, welchen Ruppa hatte, betraf jedoch offenbar erst die Hauptsache. Er hatte dem Könige das Anerbieten zu machen, daß sein Herr gegen Empfang einer demnächst zu erhebenden Geldsumme alle von ihm besetzten Orte ausliefern wolle, „ungeachtet was Andere, sie wären im Lande oder außerhalb in der Nachbarschaft, ihnen einbilden möchten!“ —

Christian IV. beantwortete diese abenteuerlichen Vorschläge und Anerbietungen durchweg ablehnend. Er forderte Mansfeld zum schleunigen Abzuge auf, damit man der Verlegenheit enthoben wäre, ihn bei Tilly's Herannahen förmlich anzugreifen. Da dem Könige weder von Frankreich noch von seinen Verbündeten ein Antrag sich am Bunde zu betheiligen zugekommen war, trug er nicht allein Bedenken, in dergleichen verfängliche Verhandlungen einzutreten, sondern drohte geradezu einem Vorbrechen Mansfelds durch Mecklenburg, Lüneburg und Braunschweig sich nach Kräften zu widersetzen. Größere Geneigtheit fand dagegen das Versprechen Mansfelds, ihm Ostfriesland gegen eine Geldsumme zu überantworten; vor der Hand freilich wies er auch dies Anerbieten zurück, da ihm weder vom Grafen noch von den Ständen bis jetzt eine Erklärung zugekommen war, mit welcher ihm hätte gedient sein können.[1]

Erst um die Mitte Mai unterzeichnete Mansfeld gegen Empfangnahme des in amsterdamer Wechseln übersendeten Geldes seine Bestallung.[2]

---

1) Eigenhändige Antwort des Königs auf der Denkschrift. Bredtstedt 2. Mai 1623. Kgl. Geheimes Archiv zu Kopenhagen.

2) Carleton an Roe, Haag 26. Mai a. St. Here arrived out of France the last weeke de Beausse, the duke of Sauoyes agent, and Dolbier, the count Mansfelts marchant; who with Soiran, this resident of Venice, did first addresse themselves to du Maurier, this French ambassador, and togethe went afterwards to the prince of Orange and the States, to declare the order they have to take the count Mansfelt with his army into service of their league, with an entertaynement of 60 thousand crownes a month, to be furnished by the three confederats pro rata; of which they have present order for two monthes advance: and thereof 20 thousand florins are delivered in France for leavyes of 4000 foote, which are to be about this tyme at Bullen.

Er verpflichtete sich gegen einen monatlichen Sold von 60,000 Kronen, von denen Frankreich 30,000, Venedig 20,000 und der Herzog von Savoien 10,000 zu zahlen hatte, 20,000 M. Fußvolk und 4 — 5,000 Pferde zu unterhalten. Die Zahlungen begannen am Tage seines Aufbruchs und wurden für die ersten beiden Monate auf den Haag, später auf Basel angewiesen.[1]

Mit einer selbst bei ihm sonst ungewöhnlichen Prahlerei nannte er sich jetzt in allen Pässen und Sauvegarden General seiner Allerchristlichsten Majestät, der Republik Venedig und des Herzogs von Savoien, bewirthete mehrere Tage hindurch alle Offiziere und trank unter weithin schallendem Kanonendonner die Gesundheit der neuen Dienstherren, Ludwigs XIII. und seiner Allierten.

Anfang Juni scheint er dann wirklich an den Aufbruch gedacht zu haben, obwol er über die Richtung seines Marsches mit sich selbst noch nicht im Reinen war. Drei Wege, um in die Bourgogne zu gelangen, schienen sich ihm darzubieten. Der eine führte den Rhein aufwärts bei Frankfurt über den Main, von da durch die Pfalz und das Elsaß in die Grafschaft; aber er dachte daran, auch unter dem Schutze der Generalstaaten durch das Bisthum Lüttich, ferner durch Luxemburg und Lothringen vorzudringen; zuletzt empfahl sich durch seine Kürze der Marsch durch Brabant und Hennegau und von da durch dieselben Landstriche, welche im Sommer des Jahres 1622 von seinen Schaaren verwüstet waren. Moriz von Oranien hatte dem Grafen dabei die Unterstützung der Niederlande zugesagt; nur wollten die Generalstaaten ihre Truppen nicht so weit außer Landes schicken, daß ihnen auf dem Rückwege ein Unfall begegnen konnte. Man mochte es als ein Zeichen des nahen Aufbruchs betrachten, daß Mansfeld sogar Ludwig XIII. gegen eine Summe von 60,000 bis 70,000 Pfund die eroberten und befestigten Plätze Ostfrieslands anbieten ließ, ein Ansinnen, welches er wie an Dänemark so auch an die Generalstaaten gerichtet hatte. Ja er meldete sogar dem französischen Agenten Beaussy, daß er die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg so wie den König von Dänemark geneigt gefunden habe, sich dem italienisch-französ-

And theyr conclusion with the States was a demand of shipping for transport: which the States refused to give, but left it free to them to hyre for money; which they are not to disburse till de Beausse hath bene with the count Mansfelt, to present certayne conditions vnto him; which he is to accept, before they can goe any further... S. 156.

1) Carleton an Roe. Haag 16. 26. Juni. S. 162.

sischen Bündnisse anzuschließen,[1] ohne indessen bei dem Franzosen Glauben zu finden. Hatte sich doch Christian IV. noch vor wenigen Tagen über die Excesse der Mansfelder gegen seine Nachbarn und Alliierten bitter beklagt und förmlich Aufklärung darüber gefordert, ob ihm die Grafschaft wirklich von den Generalstaaten überwiesen worden sei. Weit entfernt, sich mit ihm in ein Bündniß gegen das Haus Habsburg einzulassen, erklärte er vielmehr, sich diesen Vorgängen gegenüber nicht mehr unthätig verhalten zu können.

Da es ein Hauptgesichtspunct bei der von den Alliierten geplanten neuen Unternehmung gegen das Haus Habsburg war, den Herzog von Baiern und die katholische Liga von Ferdinand II. abzuziehen, setzte sich Mansfeld auch mit Maximilian in Verbindung. Er wendete sich am 13./23. Juni an einen bairischen Politiker, dessen Name uns unbekannt geblieben ist, um Maximilian die Bedingungen eines gegenseitigen Neutralitätsvertrags zuzustellen. Er versprach, den Herzog von Baiern und die Fürsten der Liga mit einziger Ausnahme der Habsburger und ihrer jetzigen und zukünftigen Anhänger in keiner Weise zu beleidigen, ihre Länder, namentlich auch die des Kurfürsten von Köln, nicht zu berühren oder, wenn es doch sein müßte, gegen Lieferung von Lebensmitteln als Freund durchzumarschieren, und verlangte dagegen nur Sicherstellung vor den Angriffen Tilly's und Anholts nebst dem Versprechen, daß die Truppen beider nicht in den Dienst des Kaisers oder des Königs von Spanien übergeführt werden sollten. Antwort forderte er hierauf innerhalb eines Monats. Trotz seiner Abneigung gegen Spanien und trotz des Verdrusses, den er über die graubündener Angelegenheit empfand, gieng jedoch Maximilian auf diesen Plan, der die katholischen Stände Deutschlands schon jetzt gespaltet haben würde, nicht ein; und ebensowenig wird Mansfeld auch vom Grafen v. Anholt, an den er Anfangs Juli gleichfalls

1) Aehnliche Gerüchte waren auch in Constantinopel verbreitet, Roe an Georg Calvert 9. Aug. 1623: I cannot omitt to aduise you of a rumour here, come both from Venice and sent to the vizier by the prince of Transiluania for a truth, that the king of Fraunce hath made a league with the electors of Saxe and Brandeburgh and with divers other princes and states of Germany, to make himself emperour; that, to that end, those princes haue raised armes, and hee vndertaken the pay of Manfield (?) and his troupes, that the Voltaline hath the name, but the effect will fall into Germany on the one part, and Milan on the other, that the duke of Sauoy and state of Venice are confederates, and shall haue their shares. S. 170.

die Bitte um Neutralität richtete, eine zufriedenstellende Antwort erhalten haben.

Man hätte nun erwarten sollen, daß die Alliierten im Vertrauen auf die Unterstützung, welche ihr Unternehmen von dem mächtigen Heere Christians von Braunschweig, auch ohne daß sie in näherer Verbindung mit ihm standen, zu gewärtigen hatte, frisch vorgegangen wären und ihren Söldnerführer mit allen Mitteln zum Aufbruch getrieben hätten. Und doch war dem nicht so. Vornehmlich Frankreich ließ es, wie es scheint, an einer thatkräftigen Unterstützung seines Generals fehlen. Wenigstens beklagte sich Mansfeld noch am 1./11. Juli, daß er trotz der Unterzeichnung des Dienstvertrags bis dahin vom Könige nur 60,000 Thlr. erhalten habe, während sich die Zahlungen Venedigs schon auf 140,000 Thlr. beliefen.[1] Er führte den Mangel an Mitteln ausdrücklich als Entschuldigungsgrund seiner bisherigen Unthätigkeit an und suchte durch französische Vermittelung von Neuem auch die Unterstützung der Generalstaaten zu erhalten. In der That bestrebte man sich hier in der ersten Hälfte des Juli, die Summen, an denen es Frankreich fehlen ließ, zusammen zu bringen, ohne indessen damit recht vorwärts zu kommen.[2]

Anfangs Juli führte endlich Montereau 4,600 M. Franzosen, die später auf 6,000 ergänzt wurden, Mansfeld zu. Sie fanden ihren General wirklich zum Aufbruch bereit: die Cavallerie war schon im Vorrücken. Dem Plane des Königs von Frankreich, das Haus Habsburg durch einen Neutralitätsvertrag mit Baiern und der Liga zu isolieren, trat er jedoch jetzt ebensowenig bedingungslos bei, wie der Prinz von Oranien. Er verlangte wenigstens vorher das schriftliche Versprechen Baierns und der katholischen Liga, ihre Armeen zurückzuziehen. Selbst Christian von Braunschweig, der sich in Tilly's unmittelbarer Nähe befand, machte Mansfeld Ende Juli einen ähnlichen Vorschlag.[3] Der französische Gesandte in Wien aber sollte nicht nur versuchen, Baiern den Holländern und Venetianern zu nähern, sondern den neuernannten Kurfürsten sogar dazu bestimmen, sich mit Mansfeld und Halberstadt in ein gewisses Einvernehmen zu setzen.

Frankreichs Plane gemäß sollte Mansfeld seine Armee bis auf 60,000 M. bringen, was freilich nach Montereau's Versicherung vor

---

1) Mansfeld an Sieur de Jourdain. Pecolsures (?) 1./11. Juillet 1623. Reuß.

2) Camerarius an Christ. v. Anhalt. 4./14. Juli. 18./28. Juli 1623. Herz. Archiv zu Bernburg.

3) Leer 29. Juli. Montereau an Puisieux.

Ende September nicht möglich war. Der französische Bevollmächtigte fand bereits jetzt großen Mangel im Heere und verhehlte sein Bedauern darüber nicht, daß eine so vortreffliche Armee voraussichtlich dem Hunger erliegen werde. Den früheren Gedanken Mansfelds, nach welchem sich Frankreich mit seiner Hilfe Ostfrieslands bemächtigen sollte, legte der französische Militärbevollmächtigte Puisieux auch jetzt noch nahe. Ende Juli scheinen endlich auch die Generalstaaten in Mansfeld gedrungen zu haben, seinen Aufbruch zu beschleunigen und dem vom niedersächsischen Kreise Preis gegebenen Herzoge von Braunschweig die Hand zu bieten. Schon unter dem 25. Juli meldeten geheime schriftliche Zeitungen ins Reich, daß der niederländische Generallieutenant Mankete (?) im Auftrage des Prinzen von Oranien und der Verbündeten zu Mansfeld gegangen sei, um ihn zum Aufbruch zu bewegen, und am folgenden Tage von Bremen aus, daß Mansfeld, 20,000 M. stark und mit 26 Stück Geschütz versehen, wirklich marschiere. In der That stand in den letzten Tagen des Juli ein Theil seiner Cavallerie in Westfalen bei Rheine und Eschendorf. Allein bereits am 29. Juli machte Montereau Puisieux Mittheilungen, welche trotz ihrer geheimnißvollen Unbestimmtheit doch darzuthun scheinen, daß der Vormarsch der Truppen auf Puisieux Befehl eingestellt wurde. Sofort nach dem Eintreffen eines Schreibens des Staatssekretärs hatte sich Montereau zu Mansfeld begeben, um ihm den Willen des Königs kund zu thun, und zwar, wie er ausdrücklich hinzufügt, „sans toutefois me découvrir n'y declarer le moins qu'il m'a esté possible." Ludwig XIII. ließ aber dem General durch Puisieux den Befehl ertheilen, so langsam als möglich nach der Bourgogne zu marschieren und sich noch möglichst lange in seinen Quartieren aufzuhalten, um die Staaten, deren Truppen noch nicht in Bereitschaft seien, zu decken. Mansfeld war bereit, diesem Befehle nachzukommen, wenn die Bezahlung der Truppen durch die Verbündeten auch fernerhin fortdauern werde. Uebrigens benachrichtigte er den König schon jetzt, daß er sich nicht mehr halten könne, und daß man im Laufe eines Monats über den Winteraufenthalt der Truppen entscheiden müsse.

Aus welchem Beweggrunde dieser Befehl Ludwigs XIII. nun auch hervorgegangen sein mag, den protestantischen Waffen in Deutschland ist er im höchsten Grade verderblich geworden. Noch gegen Ende Juli hätte Mansfelds Vormarsch nicht nur die Armee des Herzogs von Braunschweig retten, sondern auch die Niederlage der habsburgisch-ligistischen Streitkräfte herbeiführen können.

Christians Einbruch in den niedersächsischen Kreis in Verbindung mit andern Plänen gegen das Haus Habsburg während des Sommers 1623.

Versuchen wir auch den Plan, welcher den Vorgängen im niedersächsischen Kreise zu Grunde gelegen haben mag, so weit er sich aus lückenhaftem Material überhaupt herstellen läßt, zu umschreiben. Wir meinen, der junge Welfe wollte durch diesen Einbruch in den niedersächsischen Kreis zunächst eine Vereinigung mit den beiden sächsischen Kreisen und mit Hessen anbahnen und dann nicht nur den Landgrafen Moriz und das Bisthum Halberstadt gegen etwaige Vergewaltigung sicher stellen, sondern im Einverständniß mit Bethlen Gabor den Krieg auch nach Böhmen und in die östreichischen Erblande tragen.

Die Stimmung der beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg der Fürstenversammlung von Regensburg und ihren Beschlüssen gegenüber war bekannt. Georg Wilhelm von Brandenburg fürchtete zwar auch einen neuen Einbruch Mansfelds, blickte aber mit noch größerer Besorgniß auf die in Schlesien liegenden und zu seiner Abwehr bestimmten Kosacken. Am 12. März waren Johann Georg und Georg Wilhelm zu Annaburg zusammengekommen, um eine abschlägige Antwort auf die widerholten Einladungen nach Regensburg zu unterzeichnen.

In einer wirklich bedrängten Lage befand sich aber bei Beginn dieses Jahres bereits Moriz von Hessen. Tilly hatte zu jener Zeit sein Hauptquartier zu Assenheim in der Wetterau, wo er namentlich die Besitzungen der Grafen von Solms bedrängte und dann mit 4,000 M. das Eichsfeld besetzte, während Anholt und Cordova Westfalen behaupteten. Der Landgraf Moriz hatte 7 Regimenter geworben und harrte ängstlich der kommenden Ereignisse. Die Grenzen so wie die festen Häuser und Burgen im Innern des Landes waren zum Theil durch Kriegsvolk besetzt, nur die Vertheidigung der Werraburgen hatte man der Bevölkerung selbst anheimgestellt. Schon Anfang März hegte der Landgraf Besorgniß vor einem Einfalle Tilly's in das Stift Fritzlar, dessen Schutzgerechtigkeit er in Anspruch nahm. Um dieselbe Zeit tagte auch ein landständischer Ausschuß. Voll Muth und Eifer hielt ihm der Fürst die Worte Joabs an Abisai vor: „Sei getrost mein Bruder, laß uns stark sein für unser Volk und für die Stätte unseres Gottes, der Herr aber thut, was ihm gefällt." Er erstrebte den offenen Anschluß an Herzog Christian, wogegen die Stände zuvor eine abermalige Unterhandlung mit Tilly empfahlen. Allein auch diese war resultatlos. Tilly wollte nichts mehr von Neutralität

hören, „es heiße Gehorsam der Fürsten und Stände des Reiches, ihr Herr sei Fürst des Reiches, der Kaiser dessen Oberhaupt." Die Occupation konnte den räthselhaften Vorgängen im niedersächsischen Kreise gegenüber nicht abgewendet werden.

Allein das hessen-kasselische Fürstenhaus wurde damals noch durch eine andere wichtige Angelegenheit in Aufregung erhalten. Die Entscheidung des marburger Erbschaftsstreites mit Darmstadt war zu Regensburg zu Ungunsten Kassels herbeigeführt worden: Landgraf Ludwig hatte den Lohn für seine treuen Dienste erhalten.

Aus Rommels Darstellung, der wir hier überall folgen, geht nun nicht hervor, ob der Landgraf Moriz über den wirklichen Sachverhalt bei dem Eindringen Christians von Braunschweig unterrichtet gewesen ist. Wenn eine Mittheilung desselben wortgetreu ist, so hätte der Bischof von Halberstadt ihn sogar wissentlich im Unklaren über seine Verbindungen und Pläne erhalten. Er kündigte Moriz durch Philipp Reinhard v. Solms an, er sei auf Befehl des Königs von Dänemark ausgezogen, um sein Land zu entsetzen. Der Landgraf möge nur sein Heer durch Futter und Mahl unterstützen und zu dessen Ergänzung eine Werbung im eignen Lande gestatten. Mit dieser Werbung war auf Befehl des Landgrafen der Oberst Philipp Lippe betraut: sie sollte 3,000 M. zu Fuß und 500 Reiter betragen, wurde aber von den Ständen auf 1,000 M. herabgesetzt. Dieser Oberst Lippe unterhielt auch Verbindungen mit Mansfeld und besetzte endlich mit 9 Fähnlein Gieselwerder.

Mitten in dieser drangvollen Lage entschlossen sich endlich Vater und Sohn, die Hilfe befreundeter Nachbarstände anzusprechen. Landgraf Moriz gieng im April nach Dessau und von da nach Jüterbok, um dem obersächsischen Kreistage beizuwohnen. Hier hatte er am 23. April eine Besprechung mit den beiden weltlichen Kurfürsten, zu der auch der Administrator Christian Wilhelm aus Kloster Zinna herbeieilte.[1] Landgraf Wilhelm aber unterhandelte in Dresden über die Unterstützung Kursachsens gegen die Ausführung der Execution.

Die verdächtige Entfernung der Landesfürsten lähmte jedoch die hessischen Rüstungen und beschleunigte nur Tilly's Vormarsch. Die Landstände beschlossen, nur bedingungsweise fremde Truppen ins Land zu ziehen: nur wenn Tilly, statt, wie er versprochen, das Land in guter Ordnung zu durchziehen, seine Zusage gewaltsam breche. Einer weitern Vermehrung

2) Müller, Annales 322.

der Kriegsbedürfnisse und der Vertheidigungsmittel des Landes waren sie durchaus abgeneigt.[1]

Tilly brach endlich ohne Weiteres ein und nahm sein Quartier in Hersfeld (20./30. Mai), während Moriz der Vermählung seiner Tochter Agnes mit Johann Casimir von Anhalt zu Dessau beiwohnte. Vier Wochen hat Tilly in Hersfeld gelegen; seine Truppen besetzten das Land. Die Magistrate der kleineren Städte übergaben meist ohne langes Zögern die Stadtschlüssel; die Mitglieder der Ritterschaft sicherten sich durch Sauvegarden: nur die Städte Witzenhausen und Wanfried wagten Widerstand zu leisten. An dem letztern Puncte war Tilly des Uebergangs über die Werra wegen viel gelegen.

Landgraf Moriz hatte schon am 21. April von Dessau aus die Hilfe des niedersächsischen Kreises gegen Tilly nachgesucht[2] und eine Versammlung zu Mühlhausen beantragt, welche sich nicht nur mit seiner eignen gefährlichen Lage, sondern auch mit den drangvollen Zuständen des ganzen Vaterlands beschäftigen sollte. Der Aufenthalt des Landgrafen im obersächsischen Kreise hatte nur den Zweck, die beiden protestantischen Kurfürsten zum thatsächlichen Einschreiten gegen die kaiserliche Politik zu bewegen. Hiermit war auch natürlich Christian von Braunschweig einverstanden; er hoffte noch Mitte Mai von diesen Bemühungen des Landgrafen ein günstiges Resultat. Noch am 14. Mai schreibt er von Gröningen aus an Moriz: „ie suis extremement aise de vostre heureux retour et desiré succés de vos affaires et i'espere que par vostre dextre besoigne les Electeurs de Saxen et Brandebourg seront disposez a une bonne resolution pour le bien commun, et redressement d'Estat desolé de l'Empire, vous priant de me faire l'honneur de me participer ceque lesditz Electeurs se resoudront.[3]“

An diesen Plänen, die ligistischen Truppen zurückzuhalten, war auch Christian IV. trotz der Aufrichtigkeit, mit welcher er die Aussöhnung seines Neffen betrieb, betheiligt.[4] Im Verein mit Friedrich Ulrich forderte er Ferdinand II. zur Räumung Hessens auf (Steinburg 7. Mai)

---

1) Rommel VII. 539.

2) Havemann, Die niedersächs. Kreistage zu Gardelegen und Lüneburg i. J. 1623. Archiv d. h. V. für Niedersachsen 1845. S. 322.

3) Kgl. Staatsarchiv zu Kassel.

4) Aitzema I. 166.

und unterdrückte dabei sein Mißtrauen gegen die habsburgische Politik keineswegs.[1]

Die anhaltinischen Fürsten August, Ludwig und Johann Casimir liehen diesen Versuchen, eine Coalition norddeutscher Stände gegen das Haus Habsburg zu Stande zu bringen, gleichfalls ihre aufrichtige Unterstützung. Sie behaupteten allerdings, von den Absichten des Herzogs Wilhelm keine Kenntniß zu haben, erklärten aber doch gegen den Administrator von Magdeburg die Verbindung der beiden sächsischen Kreise für wünschenswerth (18. April) und forderten ein vertrauliches Einverständniß zwischen den evangelischen Fürsten, und daß „der Succurs wo möglich auf die Kreise, die Nachbarschaft und nächstliegenden Stände ausgedehnt werde." Selbst Kurbrandenburg mochte wenigstens im Anfange dieses Jahres ähnliche Gesinnungen hegen, obwol es in seinen Eröffnungen gegen Christian IV. schwerlich so weit gegangen ist, wie von einer Seite her versichert wird.[2]

Bereits Anfangs Februar hatte der niedersächsische Kreis bei dem obersächsischen um eine Unterstützung von 1,500 M. Infanterie und 500 M. Cavallerie nachgesucht, welche der Kreistag zu Jüterbok zwar der Form nach bewilligte, allein nur „auf ferner Ansuchen, und wann derselbige feindlich angefallen werde." Er gab sich ja noch der Hoffnung hin, daß die Niedersachsen dieser Hilfe niemals benöthigt sein würden. Von einer wirklichen Vereinigung beider Kreise oder gar von dem Anschlusse eines derselben an den Bischof von Halberstadt war man daher weit entfernt.[3] Dieser selbst scheint nur durch den Landgrafen Moriz auf den Kreistag von Jüterbok eingewirkt zu haben. Allein weder dieser noch die weimarischen Fürsten waren im Stande, hier eine Umstimmung zu Stande zu bringen. Herzog Albrecht, als derzeitiger Regent des Landes,

1) „Daß E. K. M. und L. vorgemelter General, der Graf v. Tilly, solche etwa auf zwene Tage begehrte Einquartierunge nun über die acht Wochen mit großer Beschwerung der armen Unterthanen continuiert und Sr. L. Lande des Orts (?) ausgezehret, daß fast nichts mehr übrig, zu geschweigen, daß dadurch bei andern gehorsamen Fürsten und Ständen allerhand Verdacht verursacht und erwecket, auch unsers freundlichen lieben Vettern, Sohns und Brudern, H. Christians zu Br. L. in gefaßten Argwohn, daß des Grafen von Tilly [Unternehmen] noch anderst hin gemeinet und uns dessen Armee abzudanken zu disponieren um so viel schwerer fallen wirdet." Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin.

2) Schlegel, Gesch. Christians IV. II. 215.

3) Schreiben des obersächs. Kreises an den niedersächs. Jüterbok 30. April 1623. Havemann a. a. O. S. 312 ff.

sendete zwar den treuen Friedrich Hortleder nach Jüterbok, allein derselbe nahm des bekannten Präcedenzstreites mit Altenburg wegen nicht einmal an den Sitzungen Theil![1] Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, daß Johann Georg, über den kriegerischen Aufzug Wilhelms und seiner Brüder aufs höchste erzürnt, nicht übel Neigung hatte, ihn für seinen Einbruch in das Gebiet obersächsischer Stände zur Strafe zu ziehen, wofür er die Majorität der Stände freilich nicht gewinnen konnte. Auch über Christians von Braunschweig Kriegszug äußerten sich die kursächsischen Politiker durchaus abfällig und mit genauster Kenntniß der Verhältnisse. Kaspar v. Schönberg hob ganz richtig hervor, daß die Braunschweiger nicht im Dienste des regierenden Herzogs Friedrich Ulrich ständen, und fügte außerdem ebenso der Wahrheit gemäß hinzu, „der niedersächsische Kreis wäre mit Herzog Christian seiner Armee wegen nicht content."[2] Georg von Werthern ferner, ebenfalls ein Vertreter Kursachsens, erzählte Hortledern, daß Herzog Christian unbedingten Pardon vom Kaiser erhalten habe und auch seines Stifts versichert sei. Den Pardon aber müßte er annehmen, da ihn der König von Dänemark erlangt habe, der ihn niemals nachgesucht haben würde, „wenn er nicht wüßte, daß er Herzog Christians mächtig wäre."

Werthern forderte daher den fürstlichen Rath auch auf, den Herzog Johann Casimir zu einer Verwendung bei dem erzürnten Kurfürsten zu Gunsten der weimarischen Brüder zu vermögen. Der letztere sollte dann seine Fürsprache bei dem Kaiser einlegen. Ueber die Mittel, welche der Welfe mit den Ernestinern aufgebracht hatte, dachte Werthern sehr gering: „Man wende zwar vor Religion und Libertät, aber es wäre hiemit nicht ausgericht; man müßte auch sehen, ob man zu solcher Defension einen Beruf und dienliche Mittel hätte. Das beides aber wäre bei der halberstädtischen Armee nicht. Denn ja noch mehr und größere Ständ im Reich, denen die custodia religionis et libertatis anvertrauet wäre, die wären auch noch mehr dran interessiert und hätten kräftigere Mittel und Weg dazu, könnten alle Ding mit besserm Fürrath anfangen und nausführen, als wenn man solch unförmlich

1) Ueber Hortlebers Reise nach Jüterbok und seine Erlebnisse auf diesem Tage ist v. Hellfeld, Beiträge zum Staatsrecht und der Geschichte von Sachsen Bd. II. 208—259 zu vergleichen.

2) v. Hellfeld a. a. O. II. 233.

Kriegswerbungen fürnehme, welche doch endlich den Stich nicht halten könnten und nur zu der evangeliſchen Ständ ſelbſt eignen Verderb gereichten."[1] Aehnliche Geſpräche führte Werthern auch mit den altenburgiſchen und koburgiſchen Räthen.

Obwol jedoch nach dem Schluſſe des oberſächſiſchen Kreistages jede Ausſicht auf eine Einigung der ſächſiſchen Kreiſe verſchwunden war, gab Chriſtian v. Braunſchweig ſeine Verſuche noch nicht auf. Einen zwar nicht weiter bezeichneten, aber offenbar hierauf gerichteten Antrag ſtellte er Mitte Mai (12. oder 17.) an ſeinen Schwager Chriſtian Wilhelm, welcher indeſſen trotz der Furcht vor des Biſchofs „bekanntem Humor" abgewieſen wurde. Chriſtians Stallmeiſter Meding war es, welcher das Geſuch um Ertheilung von Paßzetteln an den Adminiſtrator richtete. In der zweiten Hälfte des Mai kam das Gerücht nach Halberſtadt, der Herzog Chriſtian von Celle ſei bereit, ſeine Truppen zu den Ligiſten auf dem Eichsfelde ſtoßen zu laſſen. Darauf mahnte ihn der Biſchof ab und ſtellte ihm vor, ob er nicht lieber mit ihm der Vergewaltigung des Herzogthums Braunſchweig und des Kreiſes gegen „Jedermänniglich ohne Unterſchied" zuvorkommen wolle. Auch jetzt noch widerholte er indeſſen ſeine Bereitwilligkeit zur Unterwerfung unter den Kaiſer.[2] — In Köln an der Spree hielt ſich am 23. Mai im Auftrage des Landgrafen Moriz von Kaſſel Achatius v. Dohna auf: er hatte aber kaum die „Generalia" ſeiner beſondern Miſſion eröffnet, als Georg Wilhelm Tags darauf plötzlich verreiſte. Auf dieſe Weiſe war dem Agenten vieles zu berichten übrig geblieben, „ſo der Feder und Dinten nicht zu vertrauen." Um dieſelbe Zeit verhandelte Seger Spee mit Johann Georg in Dresden. Er nahm den Rath des Kurfürſten für ſeinen Herrn in Anſpruch über die heikle Frage, wie er ſich mit ſeiner Armee, die er nicht länger unterhalten konnte, verhalten ſolle, falls er nicht zu einer wirklichen Ausſöhnung mit dem Kaiſer gelange. Er erklärte, daß der Biſchof dann den Feinden des Reichs die Spitze bieten werde, damit die ganze Libertät und Freiheit des geliebten Vaterlands nicht völlig mit Füßen getreten werde,[3] und ſoll ſogar um freien Durchzug durch Kurſachſen nachgeſucht haben. Der Kurfürſt ertheilte

1) v. Hellfeld a. a. O. II. 237.

2) Schreiben des Biſchofs an Herzog Chriſtian von Celle, Gröningen d. 21. Mai 1623 bei Londorp II. 1197.

3) Kgl. Staatsarchiv zu Magdeburg. Erzſt. Magd. I. XVIII. Niederſ. Kreis 36.

indessen dem Bischofe als „wolaffectionierter deutscher Freund" auch jetzt keinen andern Bescheid, als dem Rathe seines Oheims zu folgen.[1]

Und so scheiterten denn alle diese Versuche Christians, an den Nachbarständen Stützen und Bundesgenossen zu erwerben, vollständig; und Gewaltmaßregeln gegen den Administrator von Magdeburg oder den Kurfürsten von Sachsen anzuwenden, dazu fehlte es selbst diesem Tollkopf an Kühnheit.

Allem Anscheine nach rechneten die Anstifter der neuen Bewegung in den ersten Monaten dieses Jahres auch noch auf die Betheiligung Mansfelds.[2] Er selbst bemühte sich wenigstens auch nach der abschlägigen Antwort des niedersächsischen Kreises im Lande festen Fuß zu fassen. Schon in der dritten Februarwoche,[3] also in denselben Tagen, in welchen Friedrich Ulrich seinen Bruder in Dienst nahm, suchte er von Stickhausen aus bei diesem um Gewährung des Durchzugs für das neue, auf seinen Namen geworbene Volk nach. Er gab dabei die Erklärung ab, daß seine Truppen mit Herzog Christians Mannschaften „diesfalls keine Gemeinschaft oder etwas zu schaffen" hätten. In derselben Zeit war der mansfeldische Oberst Melchior Wurmbrand bei Herzog Christian v. Celle,[4] um mit diesem über einige Puncte zu verhandeln. Welcher Art diese gewesen sein mögen, dürfen wir doch wol aus einer Instruction schließen, welche nur 12 Tage darauf der Herzog Franz Karl von Lauenburg für eine Verhandlung mit dem niedersächsischen Kreise von Mansfeld erhielt.[5] Er erwähnt darin, daß Ludwig XIII. ihm für seine Armee monatlich eine gewisse Summe ausgesetzt habe und fährt dann folgendermaßen fort: „Wann dann der löbliche niedersächsische Kreis wegen der zu J. K. M. und dem ganzen evangelischen Wesen habenden guten Zuneigung sich weiters mit Verweigerung des Passes und Verhinderung unsers neugeworbenen Volkes verhoffentlich nicht widrig erzeigen wird, als wöllen E. G. solches jetz hoch-

1) Capellen I. 176. Gretschel, Gesch. des sächs. Volkes II. 227. Schreiber, Maximilian I. S. 306 theilt mit, daß ein Abgesandter Christians von Johann Georg bei dieser Gelegenheit eine wirklich schlagende Abfertigung erhalten habe, und nennt diesen Agenten Steinbach. Eine Persönlichkeit dieses Namens kommt sonst in der Umgebung des Bischofs nicht vor.

2) Nach Acten des Königl. Staatsarchivs zu Hannover. Celle. Brief. Design. 11, 86.

3) Stickhausen 9./19. Febr.

4) Brief Mansfelds an Christian von Celle, Stickhausen 6./16. Febr.

5) Gezeichnet Stickhausen 18/28. Febr.

gemeltem Kreis und deſſelben Fürſten und Ständen anmelden und dieſelben dahin disponieren, daß ſie J. K. M. zu Ehren und Verhütung einiger Offenſion unſerm neuen Volk deſto ehender den Paß vergonnen und geben wollen."

Als der Lauenburger nach Wolfenbüttel kam, brachte er den eignes Entſchluſſes unfähigen Herzog in die größte Verlegenheit. Mansfeld hatte ihm aufgetragen, durch den Biſchof von Halberſtadt auf Friedrich Ulrich einzuwirken und auf dieſem Wege ſein Begehr durchzuſetzen.[1] Zugleich aber ſollte der Lauenburger dem Biſchofe ſelbſt den Gedanken einer neuen Vereinigung mit Mansfeld nach Ablauf der dreimonatlichen braunſchweigiſchen Dienſtverpflichtung nahe legen. Friedrich Ulrich fragte bei Chriſtian von Minden um Rath, der ihm darauf das damals ſo gewöhnliche Auskunftsmittel der Entſchuldigung an die Hand gab. Bis in das letzte Drittel des Monats Mai ſcheint indeſſen der Lauenburger in Wolfenbüttel verweilt zu haben. Auch mit der celler Linie des welfiſchen Hauſes ſollte derſelbe Unterhändler in Verbindung treten, allein er wurde von Chriſtian ohne Weiteres abgewieſen, worauf Mansfeld dem Herzoge den Zweck dieſer Sendung brieflich mittheilte, nämlich „daß wir um den Paß unſer Volk durchzulaſſen Anſuchung thun ließen," und durch ſeinen Oberſtlieutenant Joh. Siegmund von und zu Frenkin[2] das Geſuch widerholte. In einem ſpäteren Antrage bezeichnete Mansfeld den niederſächſiſchen Kreis als die unverblühte Roſe, die man zu ſchützen habe. Allein Herzog Chriſtian von Celle war weit entfernt davon, ſolchen Zumuthungen Gehör zu ſchenken, ja er bemühte ſich ſogar dieſe Pläne zu kreuzen. Mahnend und warnend bat er Chriſtian Wilhelm, „das Werk wegen des Grafen von Thurn weit ausſehenden Fürhaben" umſtändlich an Friedrich Ulrich gelangen zu laſſen und es im Einvernehmen mit dem Biſchof von Halberſtadt ſelbſt zu vereiteln.[3] In banger Furcht vor dieſen waghalſigen Kriegsfürſten, dem Biſchofe von Halberſtadt und dem Herzoge von Weimar, zu denen ſeiner Verſicherung nach noch 6,000 M. aus den Marken ſtoßen ſollten, hatte der Biſchof von Minden ſchon längſt den Beiſtand Chriſtians IV. nachgeſucht.

1) Mansfeld an Franz Karl v. Lauenburg, Stickhauſen $\frac{25. \text{ Febr.}}{5. \text{ März}}$ Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Erzſt. Magd. I. XVIII. Niederſ. Kreis 36.

2) Das iſt doch wol der Oberſt Frenk.

3) Chriſtian an Chriſtian Wilhelm, Celle 17. April 1623. Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Erzſt. Magd. I. XVIII. Niederſächſ. Kreis 36.

Es war jedoch nicht allein das Gefühl der eignen Schwäche, welches die deutschen protestantischen Fürsten von einer Vereinigung zurückhielt, sondern auch die Rücksichtnahme auf die allgemeine europäische Politik. Denn auch die allgemeinen europäischen Verhältnisse hatten in diesen Monaten bereits wider eine dem Hause Habsburg günstigere Gestaltung gewonnen. Schon zu Anfang April konnte der Kaiser den Kurfürsten von dem Abschlusse eines Waffenstillstandes zwischen England und der Infantin Mittheilung machen und sie zur Beschickung von Friedensverhandlungen, welche vom 16. August an in Frankfurt a. M. gepflogen werden sollten, auffordern.[1]

Nachdem Graf Khevenhiller ferner lange vergeblich in Madrid um Unterstützung gebeten hatte, erhielt er endlich gerade wegen des neuen halberstädtischen Kriegszugs eine günstige Zusage. Am 22. Mai ließ ihm Philipp IV. durch den Kanzler Juan de Ceriça seine Geneigtheit kund thun und dehnte sein Versprechen auffallender Weise auch auf Maximilian von Baiern aus.[2] Schon waren die nöthigen Befehle in die Niederlande abgegangen. Das geschah zu derselben Zeit, wo sich der Prinz von Wales in Madrid aufhielt, und König Jacob die Erfüllung seiner spanischen Heirathspläne sehnsüchtig erwartete, gerade einen Monat nach dem Abschlusse jenes allgemeinen Waffenstillstandes[3] zwischen Ferdinand II. und Philipp IV. einerseits und König Jacob als Vertreter der Interessen seines pfälzischen Verwandten auf der andern. —

Trotzdem, daß nun allmälig diese neue Wendung der spanischen Politik auch in Deutschland bekannt werden mußte, fuhr vornehmlich der magdeburgische Administrator noch eine Zeit lang fort den Kurfürsten von Sachsen in das Interesse seines Schwagers hereinzuziehen, um mit seiner Hilfe den Vormarsch der kaiserlich-ligistischen Truppen zu hemmen. Es liegt der Entwurf eines Briefes an Johann Georg von Timäus' Hand vor (7. Juni), in welchem seiner Erwägung anheim gestellt wird, ob nicht der Kaiser zu ersuchen sei, mit seiner Kriegsbereitschaft bis zu weiteren Verhandlungen über Christians Aussöhnung inne zu halten. In diesem Schriftstück stellt sich der Administrator noch vollständig auf Christians Standpunct und spricht die Hoffnung aus, „so es nur zur gütlichen Tractation käme, S. L. würden sich zur Billigkeit bequemen. Ob nun

1) Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Erzst. Magd. I. XVIII. Nieders. Kreis 36.
2) Khevenhiller X. 91.
3) Am 21. April 1623.

E. L. vor rathſam erachten, ſolches bei Kaiſ. M. zu ſuchen, und wie es anzubringen, ſonderlich aber, daß dem Grafen v. Tilly Befehl geſchehen möchte, mit ſeiner Armee unterdes nicht fortzurücken, darüber bitte ich E. L. vertrauliches Gutachten... Do E. L. und Andere Hand anlegten, wollte ich mich vorſehen, es ſollt ohne Fruchtſchaffung nicht abgehen, Herzog Chriſtian unterdes mit ſeiner Werbung zurückhalten und nichts Feindliches vornehmen."[1]

Johann Georg war jedoch weder zu einer Verbindung der beiden ſächſiſchen Kreiſe geneigt, noch hegte er überhaupt die Abſicht dem Hauſe Habsburg ernſtlichere Verlegenheiten zu bereiten. Das Gerücht, welches im Juni dieſes Jahres in den politiſchen Kreiſen Frankreichs verbreitet war,[2] daß die Kurfürſten von Sachſen und Brandenburg einer gewaltſamen Widereinſetzung des Pfalzgrafen nicht abgeneigt geweſen ſeien, und daß nur der Widerſpruch Jacobs I. ſie zurückgehalten habe, hat in den uns zugänglichen Quellen keine Beſtätigung gefunden. Freilich waren es nicht einige Fuder ungariſcher Wein, welche Ferdinand II. Johann Georg Ende April geſendet hatte, die den kurſächſiſchen Unmuth ſtillten, noch auch allein der Hinweis auf den allgemeinen zu Brüſſel verabredeten Waffenſtillſtand, womit man den Kurfürſten im Voraus einſchüchterte. Mehr als dieſes wirkte offenbar die Ausſicht auf die Ueberlaſſung der Lauſitzen, welche nach den Vorgängen von Regensburg ſicher erwartet werden durfte. Als daher die Lande Johann Georg am 20. Juni pfandweiſe übergeben wurden, fiel für einen Herrſcher ſeiner Art jeder Grund hinweg, die Sache ſeiner Glaubensgenoſſen mit der That zu fördern. Die Politik Kurſachſens beſtimmte aber damals auch die Maßnahmen Brandenburgs, welches ſich vollſtändig außer Stande ſah, beſondere Wege einzuſchlagen.

Unter dieſen Umſtänden war natürlich auch der Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm nicht geneigt, die Sache zum Aeußerſten zu treiben. Die magdeburgiſchen Geſandten zum Kreistage von Gardelegen ſollten daher nur dafür wirken, daß der Pardon ausgedehnt werde. Im Uebrigen wollte ihr Landesherr mit Chriſtians Kriegsverfaſſung nichts zu ſchaffen haben; am allerwenigſten ſpürte er Luſt, bei einer Abdankung zur Bezahlung beizutragen. Wenn Chriſtian nicht auf den Pardon eingieng, ſo ſollte ſich der Kreis trotzdem nicht vom Haupte der ganzen Chriſtenheit trennen. Chriſtian Wilhelm betrachtete die Gründe, welche der Biſchof

1) Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niederſächſiſcher Kreis Nr. 97. 83. 1623.
2) Hugo Grotius, Epistolae Amstel. 1687. S. 770.

für sein Vorhaben anführte, für zu schwach, um den Kreis zu seinem Bundesgenossen zu machen. Dagegen war er für jetzt auch noch nicht geneigt, Tilly hereinzulassen oder den Kaiser um Hilfe anzurufen. Er hielt eine Entschuldigung der Vorgänge im Kreise für ausreichend, um den Zorn des Kaisers abzuwenden! Die Verbindung Christians mit Wilhelm von Weimar sei der Grund, weshalb der Kreis zugesehen habe; das Kreisheer habe nicht so schnell zusammengebracht werden können.

So waren denn die Versuche Christians oder der geheimen Leiter dieser ganzen Expedition, die Stände der sächsischen Kreise entweder einzeln oder als Gesamtheit zu sich herüberzuziehen, schon im Anfang Juni als gescheitert zu betrachten. An einen Marsch auf Böhmen war unter solchen Verhältnissen nicht mehr zu denken. Schon dies veranlaßte Christian, die Verhandlungen mit dem Kaiser fortzuführen und die Aussöhnung als das Ziel seiner Bestrebungen hinzustellen.

Es kam ihm aber dabei offenbar auch darauf an, sich selbst so lange in den Waffen zu halten, bis gewisse Eventualitäten im Osten einem gewaltsamen Vorgehen einen glücklicheren Erfolg sicherten.

Es ist ausgemacht, daß auch die neuen Bewegungen Bethlen Gabors mit Christians Verweilen im niedersächsischen Kreise in Zusammenhang standen. Schon Ende October 1622 befand sich ein Courier desselben im Haag und gab die Versicherung, daß sein Herr noch Ende November auf dem Kampfplatze erscheinen werde. Camerarius, welcher Christian von Anhalt hiervon in Kenntniß setzt, fügt zugleich hinzu, daß er „wol content" zurückgekehrt sei.[1] Am 7. Januar 1623 gab derselbe eifrige Diplomat seinem früheren Herrn widerum Kunde, daß ein neuer Botschafter des Siebenbürgen im Haag berichtet habe, der türkische Kaiser habe Bethlen alle seine Forderungen bewilligt, so daß er demnächst wirklich die Waffen erheben werde.

Schon im Jahre 1622 war nämlich die Unzufriedenheit Bethlens über die mangelhafte Ausführung des nicolsburger Vertrages so groß, daß er mit Hilfe der Türken von Neuem das Waffenglück in Ungarn zu versuchen wünschte.

Ende August (1622) kam der ältere Thurn als Vertreter Friedrichs von der Pfalz mit einem Gesandten Bethlen Gabors nach Konstantinopel.[2]

1) Brief des Camerarius an Christian von Anhalt vom 7. Nov. 1622.

2) Roe, Negotiations S. 80—91. Hammer, Gesch. des osmanischen Reiches IV. 579 ff.

Thurn erklärte dem engliſchen Geſandten nach einigem Zögern geradezu, daß Mähren und Ungarn zum offnen Aufſtand gegen den Kaiſer, der ſich der Ausführung der Friedensbedingungen weigere, bereit ſei. Im Einverſtändniß mit ihm forderte der erwählte König Bethlen Gabor nun bei der Pforte Hilfe und Beiſtand. Man wollte von dieſer Seite in Schleſien, Mähren oder Böhmen eindringen und Friedrich von der Pfalz wider zum Könige von Böhmen machen, während Bethlen Gabor ſich Ungarns zu bemächtigen verſprach.

Der engliſche Geſandte, ſeiner Inſtruction den Frieden auf jede Weiſe zu wahren und die Türken von einem neuen Einbruche in die öſtreichiſchen Lande oder ins Reich zurückzuhalten getreu, wirkte jedoch allen dieſen Plänen mit Eifer und Nachdruck entgegen. Er wollte anfangs nicht einmal dulden, daß auch nur der Name des Pfalzgrafen mit Plänen, welche die in Brüſſel verhandelte Ausſöhnung ſtören konnten, in Verbindung gebracht werde. Und als die beiden Abgeſandten den Vezier durch die Drohung, daß Ferdinand im nächſten Frühjahr in Ungarn einfallen werde, für ſich gewonnen zu haben ſchienen, bezeichnete Thomas Roe dem Vezier gegenüber dieſe kaiſerliche Expedition geradezu als Erdichtung. Bethlen Gabor ließ der Pforte ferner erklären, der Kaiſer wolle im Bunde mit Spanien und Polen und einigen deutſchen Fürſten eine Armee von 150,000 M. ins Feld ſtellen, der ſich auch der Fürſt von Siebenbürgen ſelbſt anſchließen ſolle. Als Lohn ſei ihm ganz Siebenbürgen und Bosnien als ein erbliches Königreich in Ausſicht geſtellt worden. Um einem ſolchen Unternehmen zuvorzukommen, möchten doch die Türken über Kaniſcha in das öſtreichiſche Gebiet eindringen, während Bethlen einen Einfall nach Schleſien und Böhmen auf ſich nehmen wollte. Der engliſche Geſandte ließ ſich jedoch auch durch dieſe Eröffnungen nicht von ſeiner Anſchauung abbringen, daß Bethlen Gabor alles erſonnen habe, um nur deſto beſſer im Trüben zu fiſchen. Trotzdem fanden jedoch die ſiebenbürgiſchen Mittheilungen bei den türkiſchen Würdenträgern Glauben: ſie waren entſchloſſen dem Paſcha von Ofen den Befehl zugehen zu laſſen, bei einer drohenden Bewegung der Oeſtreicher gegen Siebenbürgen Bethlen Gabor, ohne auch nur noch beſondere Befehle einzuholen, zu unterſtützen.[1]

Nur bei dem holländiſchen Geſandten in Konſtantinopel fanden alle dieſe Beſtrebungen, die Pforte wider in die Waffen zu bringen, bereitwillige Förderung. König Jacob hingegen gab ſelbſt zu einer Zeit, wo das

1) Hammer IV. 580.

Scheitern der brüsseler Verhandlungen als eine unbezweifelbare Thatsache galt, Thomas Roe seine volle Zufriedenheit zu erkennen.[1] Noch Ende November 1622 waren die siebenbürgischen Botschafter in Konstantinopel nicht zu einem definitiven Abschlusse gelangt. Thomas Roe aber war auch jetzt wol oder übel gezwungen auf seinem Standpuncte zu beharren: trotz eifriges Mahnens hatte er Ende November seit 20 Wochen keine Nachricht über den Umschwung der Dinge in Deutschland selbst erhalten.[2] Und so war Oestreich und Polen der englischen Politik und ihrem Vertreter in Konstantinopel in der That zum größten Danke verpflichtet. Noch im December war Thomas Roe ohne Kunde von dem Mißerfolge der brüsseler Verhandlungen, der erst in der zweiten Hälfte des Januar 1623 in Konstantinopel gerüchtweise bekannt wurde. Mitte Februar vermittelte der englische Geschäftsträger sogar den Frieden zwischen der Türkei und Polen, harrte aber vergebens auf neue Instructionen im Betreff der pfälzischen Sache und ihres zweifelhaften Freundes, des siebenbürgischen Fürsten.

Noch schien aber dem Gesandten die Gelegenheit, dem Kaiser von dieser Seite her eine ernstliche Verlegenheit zu bereiten, nicht vorüber zu sein. Wurden doch in jenen Tagen von der Pforte selbst dringendere Gesuche an den englischen Gesandten gerichtet: sein König sollte die Ansprüche seines Schwiegersohns mit Waffengewalt aufrecht erhalten. Im Weigerungsfalle erklärte man geradezu, daß sich wol ein anderer Friedrich finden werde. Man sendete einen Botschafter nach Holland, der auch in Venedig anklopfen mußte. Der Kaiser selbst aber, der auf dem Tage von Regensburg um Unterstützung zu einem Türkenkriege nachsuchte, versicherte jetzt angelegentlichst seine Friedensliebe und stellte für Ostern eine besonders feierliche Gesandtschaft zur Bestärkung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Oestreich und der Pforte in Aussicht.

Wenn nun aber auch die offizielle englische Politik weit davon entfernt war, diese neuen Machinationen Bethlen Gabors zu stärken, so stand der gewählte König von Ungarn dafür in um so engeren Beziehungen zum Pfalzgrafen selbst: einer seiner Diener, Petendius, kehrte im letzten Drittel des Januar aus dem Haag zurück, und auch später, in den Monaten Mai bis Juli 1623, unterhielt Bethlen Gabor einen lebhaften Briefwechsel mit Friedrich, von dessen Inhalt leider bis jetzt nicht

1) Brief des Königs vom 24. Nov. A. a. O. S. 104.
2) A. a. O. S. 109.

viel bekannt geworden iſt.[1] Auch die Pfalzgräfin Eliſabeth wechſelte mit Thurn damals Briefe.

Die thatkräftige Unterſtützung der Pforte ſchien endlich gewährt zu werden. Nachdem Roe Kenntniß von dem Scheitern der brüſſeler Verhandlungen erhalten hatte, trieb er Bethlen auf eigne Gefahr hin an. Und wenn auch nach ſeiner Mittheilung an den engliſchen Geſandten im Haag (vom 22. Jan. 1623) noch nichts Beſtimmtes entſchieden war, ſo hegte er doch ſelbſt die Meinung, daß Bethlen im April in Ungarn ſein werde. Und in der That befand ſich dieſer auch am 30. April zu Kaſchau, wo ſeiner 30,000 M. harrten, mit welchen ſich die meiſt aus Reiterei beſtehende türkiſche Unterſtützung etwa gegen Ende April vereinigen ſollte. Der letzte Vezierwechſel hatte einen Freund des Fürſten an die Spitze der Geſchäfte gebracht, welcher ihm die wirkſamſte Unterſtützung zur völligen Eroberung Ungarns zuſagte. Auch Friedrich von der Pfalz wurde durch dieſe Unternehmung die Widereinſetzung in alle ſeine verlorenen Länder in Ausſicht geſtellt.

Der engliſche Geſandte nahm nun zwar die Miene an, als ſei er überzeugt, daß der Pfalzgraf an dieſen Verſuchen die Erfolge der habsburgiſchen Politik zu ſchmälern, keinen Antheil habe, konnte aber doch nicht umhin, zu geſtehen, daß der Sultan in zwei Schreiben Friedrich erſucht habe, mit den vereinigten Armeen Mansfelds und der Generalſtaaten den Feldzug zu beginnen. Die Beweggründe hierzu lagen für den Sultan, wie Roe richtig erkannte, in der ungariſchen Frage. Bethlen Gabor wollte den Gefahren, welche ihm durch die in Böhmen und im Reiche ſiegreiche habsburgiſche Politik der letzten Jahre erwachſen waren, rechtzeitig begegnen; und der Sultan unterſtützte ihn, um in Ungarn wo möglich an Stelle der habsburgiſchen eine neue von ihm abhängige Dynaſtie auf den Thron zu bringen. Hatte aber Bethlen ſich in Ungarn eines günſtigen Erfolges zu erfreuen, ſo wollte er auch in Böhmen und ſeinen Nebenländern einrücken, wenn der Pfalzgraf ſich in der That der Betheiligung am Kampfe entſchlagen würde.

Allein ſo zeitig, wie man es erwartet hatte, vermochte Bethlen Gabor nicht ins Feld zu rücken: der engliſche Geſandte in Konſtantinopel bezeichnete endlich die Zeit gegen Ende Juni als Termin des Aufbruchs. Der Fürſt ſelbſt rechnete auf einen allgemeinen Aufſtand in Ungarn ſo wie auf

1) Hurter IX. 265. Dazu die Flugſchrift, Strich durch die ſpaniſche Kanzlei bei Londorp, Acta publ. II. 1106 ff.

eine durch Thurn vorbereitete Erhebung in Mähren, während Friedrich nach Böhmen zurückkehren, oder Mansfeld in Schlesien eindringen sollte. Auch die Türken bedienten sich jetzt der confessionellen Parole; staunend bemerkt der englische Gesandte: „Die Türken nehmen unsern Streit auf. Ich weiß, sie haben andere Absichten, aber welche Absichten Gott hat, wer kann es wissen?“ [1]

Allein die eigenthümliche politische Lage, in welcher sich die großen westeuropäischen Staaten in diesem Sommer befanden, hielten auch Bethlen Gabors Schwert in der Scheide. Es war sicherlich nicht allein die unberechenbare Doppelzüngigkeit des verschlagenen Fürsten, sondern auch die vorsichtige und berechnende Rücksichtnahme auf den Ausgang der englisch-spanischen Heirathssache und des veltlinischen Zwistes, welche die Zögerung veranlaßte und Bethlen selbst sogar abermals mit dem Kaiser verhandeln ließ. Mochte auch der holländische Gesandte in Konstantinopel noch so sehr zum Kampfe treiben, die englische Politik war dafür um so zurückhaltender. Roe empfing allen Mahnungen zum Trotz keinen Wink, aus welchem er hätte abnehmen können, daß Jacob eine neue Bewegung Bethlen Gabors willkommen sein würde.[2] Warum hätte dieser daher den neuen Vorschlägen aus Wien nicht sein Ohr leihen sollen? Und diese neuen Vorschläge sollen gar eigenthümlicher Art gewesen sein. Anfangs August erschien ein Botschafter Bethlens in Konstantinopel, nach dessen Mittheilungen der Kaiser dem Fürsten ein Bildniß seiner Tochter übersendet und sie ihm zur Gemahlin angeboten hatte; allein er war zurückgewiesen worden. Der Fürst ließ vielmehr auch jetzt noch in Konstantinopel versichern, er habe seine Ehre dafür verpfändet, sich mit Christian von Braunschweig an einem im Voraus bestimmten Puncte zu vereinigen.[3]

1) A. a. O. S. 158.

2) Roe's Brief an Calvert, Konstantinopel 24. Aug. 1623, a. a. O. S. 175.

3) Daß dies der Hauptplan war, bestätigt auch ein Schreiben Rusdorffs an Camerarius, dessen Kenntniß mir Herr Dr. Meusel in Berlin freundlichst vermittelt hat. Rusdorff schreibt von London aus nach der Schlacht von Stadtlohn: „Quod dux Brunsvicensis propositum mutarit et in Westphaliam transcenderit, non absque dolore et stomacho intellexi. Si non praeoccupavit et Transylvanum bene de his omnibus informavit, scio quid ego timeam.“ Der Krieg muß nach Rusdorffs Ueberzeugung in des Kaisers Landen geführt werden und zwar conjunctis cum Hungaris viribus, quorum motus semper fatales fuerunt Austriacis. In Germaniae reliquis partibus Imperator subsistere bello diu poterit, in illis vero minime. Vereor etiam, ne Gabor interpretetur desertionem illam aut recessum metu factum, o. D. 1623. Rusdorff, Consilia et negotia politica.

Allein Christian hatte bereits den niedersächsischen Kreis verlassen und war auf dem Marsche nach Holland, und noch hatte Bethlen nicht einmal die türkische Hilfe entboten.[1] Die besonderen Beweggründe für diese auffällige Zögerung, so weit sie nicht in den eben angedeuteten Verhältnissen zu suchen sind, liegen noch vollständig im Dunkeln: ein Jahr darauf beschwerte sich Bethlens Gesandter bei Roe, daß er von seinen Verbündeten gänzlich im Stich gelassen worden sei, daß er nicht einmal einen Gesandten oder einen Brief von einem seiner Allierten gehabt habe. Auf Versprechungen Hollands und in Erwartung einer Unterstützung durch Braunschweig habe sich sein Heer allein damals in Bewegung gesetzt.

Am Vorabend vor Mariä Himmelfahrt (14. Aug.) war er nämlich endlich nach Ungarn aufgebrochen.[2] Sein Zug war vom Glück begünstigt. Tyrnau gieng über, er rückte endlich auch in Mähren ein, schon traf man in Prag allerhand Sicherheitsmaßregeln. Der Kaiser sandte ihm Hieronymus Caraffa, Markgrafen von Montenegro, entgegen: bei Göding in Mähren lagerten Mitte October beide Heere einander gegenüber; allein zu einer Entscheidungsschlacht kam es nicht. Da die Türken nach baldiger Heimkehr verlangten,[3] gieng Bethlen einen Waffenstillstand ein, kehrte darauf nach Ungarn zurück und schloß endlich am 8. Mai 1624 einen neuen Frieden mit dem Kaiser, in welchem er seinen stolzen Plänen auf Ungarn entsagen mußte.[4]

So war also der in Aussicht genommene Feldzug gegen die deutschen Habsburger während des Sommers 1623 auch auf diesem Puncte gescheitert. Trotzdem blieb jedoch auch der verspätete Aufbruch Bethlens nicht ganz ohne Einfluß auf die deutschen Wirren. Der Kaiser war genöthigt, den zu Tilly's Verstärkung bestimmten Markgrafen von Montenegro zurückzurufen; ja Tilly's Rückzug von der holländischen Grenze bis nach Hessen brachte man damals auch mit diesem Vorgehen des Siebenbürgen in Verbindung. Nach einem Ausspruche Christians IV. endlich wäre ohne Bethlens Dazwischenkommen eine Besetzung des Herzogthums Wolfenbüttel und des Bisthums Halberstadt im Herbste dieses Jahres sicherlich erfolgt.

1) Roe, Negotiations S. 174.
2) Kazy, Historia Ungariae I. 209.
3) Vgl. Roe's ausführlichen Bericht vom 27. Dec. a. a. O. S. 206—209.
4) Hurter IX. 241 ff.

Wir sahen, die Generalstaaten trafen zeitig genug Veranstaltungen, dem Vorstoße der ligistisch-habsburgischen Truppen zu begegnen. Nachdem der Kaiser auf dem Tage zu Regensburg den niederländischen Feldzug für das Jahr 1623 förmlich angesagt hatte, glaubten sie nun doch endlich Jacob I. bewegen zu können in Elisabeths Fußstapfen zu treten, um einen Staat, zu dessen Constituierung sie so viel beigetragen hatte, retten zu helfen. Es gieng eine holländische Gesandtschaft nach England; man setzte sich mit Dänemark, Schweden und den Hansestädten in Verbindung.[1] Der englische Gesandte im Haag richtete die eindringlichsten Mahnungen an Buckingham, im Verein mit den Generalstaaten Mansfelds und Braunschweigs Armeen im Dienste der protestantischen Sache aufrecht zu halten: „Was kann das übrige Europa sonst vor der Unterjochung durch die Oestreicher retten?“[2] — In der zweiten Hälfte des Januar (1623) empfing Jacob zu ein und derselben Stunde drei Briefe, welche ihn in ein anderes Fahrwasser bringen wollten. Außer der Signorie von Venedig forderte ihn Christian IV. auf, sich diesen Sommer wol vorzusehen, da die Pläne der Spanier vorzugsweise ihm gelten würden.

Und trotzdem entschloß sich Jacob, selbst als Christian von Braunschweig schon auf dem Boden des niedersächsischen Kreises stand, seinen Sohn zur Brautwerbung nach Spanien zu entsenden. Mit der Nachricht, daß die spanisch-englische Heirath eine Thatsache sei, kehrten die niederländischen Gesandten im Februar aus England zurück.

Ungefähr einen Monat darauf erschien ein mansfeldischer Secretär, um dem Könige die Dienste seines Herrn förmlich anzubieten, allein gleichfalls ohne Erfolg.[3] Nachdem er einmal Spanien im Prinzen von Wales ein so theures Pfand seiner Friedensliebe übersendet hatte, bestärkte ihn dieses auf jede mögliche Weise in derselben, um ihn von einer Unterstützung Mansfelds und Braunschweigs abzuhalten. Diese Aufgabe übernahm vorzüglich die Infantin, deren Gesandter Boischot von Ende Februar an in England verweilte.

Demungeachtet läßt sich die Vermuthung nicht ganz zurückdrängen, daß König Jacob den Vorgängen in Ostfriesland und im niedersächsischen

1) Capellen, Gedenkschriften I. 147.

2) Sir Dudley Carleton to the Duke, Hague 31. Jan. 1622. Cabala S. 189.

3) The Court and the Times of James I. II. S. 374. Mansfeld verhandelte auch durch Colonel Gray vergeblich mit dem König. Diary of Walter Yonge S. 67.

Kreiſe im Anfange doch nicht ganz fern geſtanden habe, wenn er auch eine offizielle Betheiligung an ihnen zurückwies. Wenigſtens ſcheint die Einlagerung Chriſtians von Braunſchweig in Niederſachſen nicht ohne ſein Vorwiſſen erfolgt zu ſein. Es liegt ein lateiniſcher Brief des Königs vom 15. December 1622 an Friedrich Ulrich vor, in welchem er dieſen geradezu erſucht, wenn ſeine Friedenspläne ſcheitern ſollten, für den Pfalzgrafen und ſeine Kinder, für die Aufrechterhaltung der deutſchen Libertät und der Religion zu den Waffen zu greifen. In zwei dringenden Schreiben richtete er dieſelbe Aufforderung an ſeinen Schwager Chriſtian IV.[1] Ohne allen Einfluß auf den Entſchluß des Herzogs von Braunſchweig, ſeinen Bruder auf 3 Monate in Dienſt zu nehmen, dürften dieſe Schreiben doch vielleicht nicht geblieben ſein.

Auf etwas Aehnliches ſcheint auch Camerarius hinzudeuten, wenn er in einem Briefe an Chriſtian von Anhalt ſagt:[2] „In Engelland bleibet es in ſeltſamen terminis. Der König in Großbritannien verſpricht noch immer goldene Berge. Ich kann die mysteria und ſalomoniſche Weisheit nit verſtehen.“ — War es nun aber vielleicht auch im Anfange der geheime Plan des Königs, die friedliche Reſtitution der Pfalz durch eine Drohung mit Chriſtians Schaaren durchzuſetzen, während Frankreich zum Schutz der Niederlande und zum Eingreifen in der veltliniſchen Sache ſich Mansfelds bedienen wollte, ſo hat er ihn wenigſtens bald genug aufgegeben. —

Daß der Einbruch Chriſtians in den niederſächſiſchen Kreis nebſt der Beſetzung Oſtfrieslands durch Mansfeld nicht ohne Zuthun der Niederlande erfolgt iſt, ergibt ſich bereits aus dem oben Erwähnten. Selbſt die braunſchweigiſchen Werbungen während der letzten Monate des Jahres 1622 ſind, wenn nicht geradezu von jenen veranlaßt, ſo doch wenigſtens unterſtützt worden. — Moriz von Oranien zog den mit den deutſchen Verhältniſſen ſo wol bekannten Reſidenten bei den Hanſeſtädten, Foppius von Aitzema, von Hamburg nach dem Haag, um ſich berichten zu laſſen, wie man die Hanſe kraft der früheren Verträge zur eignen Vertheidigung heranziehen und den niederſächſiſchen Kreis ſamt dem Könige von Dänemark gegen die habsburgiſch-ligiſtiſche Macht in das Feld führen könne.[3]

---

1) Roistonae 15. Dec. 1622. Westmonasterii ult. d. Dec. 1622. Sie kamen ſehr ſpät in die Hände des Königs, der erſte Steinburg 22. Febr. 1623 und der zweite Kopenh. 7. März 1623. Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Kopenhagen.

2) Gravenhaag 8./18. April.

3) Aitzema I. 167.

Allein weder im Betreff der Hansestädte, noch des niedersächsischen Kreises scheint Foppius' Bericht zufrieden stellend gewesen zu sein. Die größte Hoffnung mußte man daher auf ein Zusammengehen Dänemarks und der protestantischen Kurfürsten setzen.

Mit Frankreich stellte sich jedoch ein besseres Verhältniß her. Die Holländer erhielten nicht nur französische Subsidien,[1] sondern auch der neue Dienstvertrag Mansfelds mit Ludwig XIII. kam ihnen vorzugsweise zu Gute. Anfang Mai dachte man sogar an ein holländisch-französisches Bündniß. Der Pfalzgraf war um diese Zeit gesonnen, seinen aus England zurückkehrenden Agenten Andreas Paul auch nach Frankreich zu entsenden. — Es besteht für uns kein Zweifel, daß Christian von Braunschweig während seines Aufenthaltes im niedersächsischen Kreise im engsten Einvernehmen mit den Generalstaaten und Moriz von Oranien, welches vielleicht durch den Obersten Kniphausen unterhalten wurde, gestanden hat, obwol sich etwas Näheres nicht hat ermitteln lassen.

Wir betrachten die Weigerung der Offiziere, den Pardon anzunehmen, als eine Folge der Einwirkung, welche die Staaten oder ihr Haupt auf Christians Person und Heer ausübten. Aitzema erwähnt selbst, daß Christian im Mai die Staaten um Offiziere und bald darauf um die Summe von 127,000 Gulden zum Waffeneinkauf ersucht habe.[2] Von Amsterdam erhielt er durch die Staaten Waffen für 5,000 M. Fußvolk und 2,000 Reiter nebst Kanonen und Mannschaften zu ihrer Bedienung.[3] —

---

1) Carleton an Roe, Haag 26. Mai 1623. Some helpe nothwithstanding is come out of France; from whence the States ambassador, Mons. Langrac, hath exchanged hether 400 thousand florins, as part of 200 thousand crownes now to be furnished by that king; and Philip Calandrini, newly returned into these parts by Paris out of Italy, hath vndertaken the rest of the 200 thousand crownes. So as the whole summe wil be payd to the States by the end of July next. — G. Carew, englischer Gesandter in Savoien, an Thomas Roe, Savoy 22. April 1623: but hereof I am sure that the French Kinge hath made a strickt amity with the Vnited Provinces; he contynewes 4,000 French (as his father did) in their service, and hath of late sent vnto them ether fower or 500,000 crownes.

2) Roe, Negotiations 162. Carletons Brief an Roe, Haag 16./26. Juni 1623.

3) Aitzema I. 230. Damit stimmt auch eine andere Nachricht. Peter Holyappel gen. Milander schreibt an den Rath zu Basel aus Gravenhaag 1. Mai 1623: „Alhier ist nichts neues, als daß zu beederseiten gewöhnliche (?) Zurüstungen beschehenn, halt zu feld zu gehen. Es hat der Herzog von Braunschweig und Graf von Mans-

Auf dergleichen geheime Pläne ſcheint auch eine Stelle aus Camerarius' Brief an Chriſtian von Anhalt vom 1./11. Auguſt hinzudeuten, wo er ſeiner Klage über das Unglück bei Stadtlohn folgende Worte hinzufügt: „Prinz Moriz hat was ſonderliches vorgehabt, wenn Herzog Chriſtians Armee ganz bleiben und eine Diverſion hätte machen können. Jetzo iſt Alles verändert, und werden die Staaten genug zu thun haben ſich zu defendieren. Viel und böſe Conſequenzen werden ſich erzeigen, beſorglich Bethlen Gabor wider zurückgehen, Danus aber, Kurſachſen und 919 (Brandenburg?) Händ und Füß ſinken laſſen. Mansfeld wird auch nit außer Gefahr ſein, dörfte wol am erſten attakiert werden."

Ungeachtet dieſes geheimen Einverſtändniſſes, welches der Biſchof von Halberſtadt mit Moriz von Oranien und den Staaten unterhielt, ſcheint uns jedoch der Dienſtvertrag mit ſeinem Bruder weniger ein Gedanke des Oraniers, als Chriſtians IV. zu ſein. Durch ihn wurde nicht nur ein Ausſöhnungsverſuch in vollſtändig legalen Formen ermöglicht, ſondern auch das Stift Halberſtadt vor einer gewaltſamen Reſtitution geſchützt. Eine Achtsvollſtreckung aber von ſeinem Neffen abzuhalten, welche um ſo folgenreicher ſein mußte, als die Ehe Friedrich Ulrichs bisher kinderlos war, hatte zu Anfang dieſes Jahres gerade Chriſtian IV. das höchſte Intereſſe. In eben dieſer Zeit war von ihm das Stift Bremen, in welchem man gegen Ende des Jahres 1621 ſeinen Sohn zum Coadjutor erwählt hatte, mit 2,000 M. beſetzt worden.[1] Ferner wurde im Juni derſelbe Prinz Friedrich nach dem Tode des Herzogs Philipp Siegismund von Braunſchweig, ſeines Vorgängers, als Biſchof von Verden eingeſetzt. Auch in der Dompropſtei zu Halberſtadt folgte Chriſtians Sohn dem braunſchweigiſchen Herzoge. So zahlreiche Beweggründe trieben den König, dieſe ſchmale Linie vorſichtiger, aber beobachtender Zurückhaltung in jenen Sommermonaten inne zu halten. Schon am 8./18. April ſchreibt daher auch Camerarius an ſeinen alten Gönner Anhalt: „So kommet Herzog Philipps zu Braunſchweig Tod herzu, da ſeine gehabte Stift auch in Conſideration kommen werden, und alſo die privata das publicum hindern." Chriſtian IV. hielten Rückſichten genug von einem geradezu feindſeligen Auftreten gegen den Kaiſer zurück.

ſelt ieder einen Befehlshaber alhier, Laſſen den Herrn Staaten ihre Dienſt anbieten, ſo fern ſie es vonnöten haben, begehrenn deſſwegen zu unnderhaltung des Kriegsvolcks eine groſſe ſumma gelts, waß aber geſchehen wird, weiß man noch nit." Beiträge zur vaterl. Geſch. herausgeg. v. d. hiſt. Geſ. zu Baſel. VIII. 336. Hurter IX. 273.

1) Slange II. 195. 206 ff.

Den Holländern, deren Zugeständnissen er seine Stellung im Bisthum Bremen verdankte, trat der König in jener kritischen Zeit allerdings möglichst nahe. Einen thatsächlichen Beweis seiner veränderten Gesinnung legte er ab, als er ihnen (im März) die Summe von 70,000 Thlr. auf mehrere Jahre zinsenfrei vorstreckte. Er forderte ferner, wie bereits erwähnt, auf Antrieb des Burggrafen v. Dohna die protestantischen Kurfürsten wirklich auf, die Restitution der Pfalz mit Waffengewalt durchzusetzen. Er errichtete bei Rendsburg ein befestigtes Lager, sendete sein Contingent zur Armee des niedersächsischen Kreises und erlangte von 6 Hansestädten, Lübeck, Bremen, Rostock, Hamburg, Wismar und Stralsund, gegen eine Bestätigung ihrer Privilegien das Versprechen, ihm in einem Kriege mit Schiffen und Mannschaften bereitwillig beizuspringen. Allein in diesen vorbereitenden Maßnahmen fand auch sein Eifer, den Plänen des Hauses Habsburg entgegenzutreten, vor der Hand seine Grenze.

Selbst die flehentlichsten Bitten, welche der Pfalzgraf seit dem Beginn des Jahres an ihn richtete, trieben ihn keinen Schritt weiter vorwärts. Wol drängte Friedrich den König in einer persönlichen Zusammenkunft mit den vornehmsten Fürsten des niedersächsischen Kreises endlich einen Entschluß zur Rettung und Erhaltung „gemeiner Wolfahrt" zu fassen. Er hoffte, daß sich der niedersächsische Kreis mit ihm auf die alten Bedingungen des segeberger Schlusses einigen werde.[1] Als die Einlagerung Christians von Braunschweig im niedersächsischen Kreise zur Thatsache geworden ist, legt er ihm abermals den Plan nahe, die evangelischen Kurfürsten und Fürsten in Person zu berufen, damit das „ganze corpus der Evangelischen wider aufgerichtet" und von der Unterdrückung des Papstthums „mit Bestand" gerettet werde, „auch die vorhabende Armierung und Defensionsverfassung nicht zu seiner selbst eignen Consumtion und der gemeinen Feinde Vortheil" ausschlage.[2] Er theilt ihm Anfangs Juni mit, daß nun auch Frankreich seine Politik des Zuwartens aufgegeben habe und dem Vordringen Oestreichs im Reiche ernstlich entgegen treten wolle. „Wenn man nur eine gemeine Zusammensetzung erhalten könnte, und der König den evangelischen Ständen vorangehen wollte, er würde gewiß zahlreiche Nachfolge finden, die noth-

1) Brief Friedrichs an Christian IV. vom 6./16. Jan. 1623. Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen. Der König empfing dies Schreiben am 22. Febr. in Steinburg.

2) Brief Friedrichs an den König vom 10./20. März. Königl Geh. Archiv zu Kopenhagen.

leidende politiſche und Religionsfreiheit würden geborgen, die Kurpfalz gerettet werden."

Demungeachtet blieb Chriſtian IV. taub und arbeitete an der Ausſöhnung ſeines Neffen weiter. Denn gerade die Nachrichten, welche ihm aus andern verläſſigeren Quellen über Frankreichs Stellung zum Hauſe Habsburg zukamen, dämpften etwaige heroiſche Wallungen vollſtändig. Obwol uns von der eignen politiſchen Correſpondenz des Königs mit den leitenden franzöſiſchen Staatsmännern, welche Vosberghen vom Haag aus vermittelte,[1] bis jetzt nichts bekannt iſt, ſo wiſſen wir doch, daß dem gewiegten holländiſchen Diplomaten die Haltung Frankreichs außerordentlich zweifelhaft vorkam. Er meldete ſchon in jenen Tagen dem Könige den Vermittelungsvorſchlag, nach welchem zunächſt der Papſt die Päſſe des Veltlin beſetzen ſollte, und ſchien aus dem Umſtande, daß Frankreich nur einen Cornet Montereau zu Mansfeld geſendet hatte, Schlüſſe zu ziehen auf Ludwigs wirkliche Bereitwilligkeit, ſchon jetzt in den Krieg gegen die Habsburger einzutreten. Im Juni galt es ihm für ganz ſicher, daß ſich Frankreich mit einem Kriege gegen Spanien nicht beeilen werde, bevor es nicht Gewißheit über den Erfolg der engliſchen Brautwerbung habe.

Recht abſichtlich hatte ferner König Jacob ſeinem königlichen Schwager ja noch am 10. Mai geſchrieben, daß die Heirath vor ſich gehen werde, und daß er ſofort nach Karls Rückkehr ausführlichen Bericht über dies „große und gewichtige Vornehmen" erhalten ſolle.[2]

Und trotzdem hätte ſich Chriſtian IV. in Bewegung ſetzen ſollen, um mit Hilfe ſeines Neffen und der zweifelhaften Unterſtützung einiger norddeutſcher Stände die Kurpfalz zu befreien? Nachdem ihn Friedrich V. ſelbſt um Rath gebeten hatte, wie er ſich den Zumuthungen ſeines Schwiegervaters, welche ihm jegliche Verbindung mit auswärtigen Fürſten unterſagten, entziehen könne, hätte der König die von Jacob vollſtändig preisgegebene pfälziſche Sache aufnehmen und aus eignen Kräften allen ſeinen, faſt das ganze nördliche Deutſchland umſpannenden Plänen zuwider durchführen ſollen? Es deutet in der That kein einziger Umſtand darauf hin,

1) Vosberghens Brief an den König, Haag 24. März 1623. Dazu die Schreiben vom 7. und 16. Juli. Kgl. Geh. Archiv in Kopenhagen.

2) Procedit conjugium exigua cum discrepantia ab eo, quod antehac Vestrae Serenitati per Legatum Dominum Sanclerum communicavimus, et quum reversus fuerit filius noster, sine mora Vestra Serenitas eius rei certior fiet cum ampla omnium relatione, quae circa grande hoc et graue negotium peracta fuere! Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

daß Christian IV. bei dem Mangel eines schützenden Rückhalts an Frankreich und England in der ersten Hälfte des Jahres 1623 eine so gefahrvolle Bahn hätte beschreiten wollen. Sein Bestreben beschränkte sich vielmehr damals nur darauf, durch die Aussöhnung Christians mit Ferdinand II. die katholischen Waffen vom niedersächsischen Kreise zu entfernen und für ein gewaltsames Hervorbrechen derselben sich selbst gerüstet zu halten. So hoffte er Bremen zu behaupten und voraussichtlich auch Verden und Osnabrück vollständig in seine Gewalt zu bekommen, ja aller Wahrscheinlichkeit nach dachte er auch von vorn herein bereits, für den Fall daß Christians Aussöhnung mißlingen, und er vielleicht geschlagen würde, an das Bisthum Halberstadt.[1]

Daß die Stellung des Königs zu den Vorgängen im niedersächsischen Kreise wirklich eine solche war, geht auch aus dem geheimen Briefwechsel des Camerarius, der sich seit Anfang des Jahres 1623 im Haag aufhielt, deutlich hervor. Der mit seinem weiten Blicke die allgemeinen Bedürfnisse des deutschen Protestantismus so richtig abschätzende Politiker kann den Eigennutz des Königs nicht herbe genug verurtheilen. „Dänemark hat hierher geschrieben, aber, ut uno verbo dicam, sehr kalt und schneidet uns bald alle gute Hoffnung ab, leget die Schuld auf den niedersächsischen Kreis, hingegen dieser auf Dänemark. Der Däne könnte so unerwartet viel und in geheim viel thun, wenn er nicht das Geld zu lieb hätte. In eo si peccat, wird er des Stifts Bremen gar nit versichert sein, ja so lang cunctieren und zusehen, bis die Feind [sich] Elbe und Weser bemächtiget, und er in Dänemark wird includiert sein." „Wie ich verstehe,

1) Wir sprechen diese Vermuthung aus, gestützt auf einen Brief des Casparus Hils an seinen Schwager, den magdeburgischen Kanzler Timäus (Wanzleben 6. April 1623), dem wir folgende Stelle entnehmen: Daß allhier bei gar vielen Vornehmen von Adel und andern Leuten ungescheuet discurrieret wird, daß H. Christians zu Br. F. G. das Stift Halberstadt der Königl. M. zu Dänemark wegen der jungen Herren gegen 3 Tonnen Goldes baares Geldes und dann über dasselbe noch jährlich 10,000 Rthlr., so lange hochgedachtes Herzog Chr. F. G. am Leben verbleiben, abzugeben gänzlichen zugeschlagen, und hafte alleine an diesem, daß innerhalb wenig Tagen eine Schickung oder Schreiben an unsern gn. Fürsten und Herrn abgehen sollte, worinnen gesucht, daß sich S. F. G. aller künftigen Anwartung und Zusprüche an selbigem Stifte gutwillig verzeihen oder ein anders gewärtig sein sollte, ja es erschallet weiter, daß allerhöchste K. M. mit sothaner Renunciation nicht friedlichen sein, sondern dero H. Sohn, welcher das Stift Halberstadt besitzen, zugleich Coadjutor des Erzstifts Magdeburg werden sollte; gestalt wegen solches postulati es förderlichst an E. Hochw. Domcapitul gebracht werden soll.

ſo hat der König zu Dänemark auch Mansfelds Geſandten, den Oberſten Carpenzon, re infecta von ſich ziehen laſſen, und kann auch nicht glauben, daß Danus pro re publica viel thun werde, bis endlich ſein privatum auch periclitiert, darzu es aber bald kommen dürfte." [1]

Noch im Juli beklagt ſich Camerarius über Chriſtian in derſelben Weiſe, obwol er aller Wahrſcheinlichkeit nach um dieſe Zeit wenigſtens für gewiſſe Eventualitäten ſich zu einem thatkräftigen Einſchreiten bereit hielt.

Dieſe wichtige Wendung der däniſchen Politik trat ein, als Chriſtian von Braunſchweig den niederſächſiſchen Kreis quittierte und dem Sohne des Königs das Stift Halberſtadt abtrat. Die Wünſche des Königs ſcheinen jetzt dahin gegangen zu ſein, in Verbindung mit Kurſachſen, dem Adminiſtrator von Magdeburg und deſſen Schwager Friedrich Ulrich Tilly entgegen zu treten, wenn er trotz Chriſtians Abzug ihm folgen würde, und ſo wo möglich das Heer ſeines Neffen vor einer Niederlage zu bewahren. Hatte ſich doch die Gefahr für den niederſächſiſchen Kreis jetzt, wo man der Vereinigung Anholts und Tilly's entgegenſah, verdoppelt. Andererſeits aber waren die engliſch-ſpaniſchen Heirathsverhandlungen nun ſo in die Länge gezogen worden, daß man ein günſtiges Ergebniß ſchon offen bezweifelte. So entbot denn der König im Einverſtändniß mit Friedrich Ulrich die weltlichen Kurfürſten und den Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm zu einer perſönlichen Zuſammenkunft nach Braunſchweig, die gerade zur Zeit des Kreistages, am 30. Juli, dort abgehalten werden ſollte. Auch die Generalſtaaten hatten hiervon Kenntniß und beſtimmten Vosberghen zu ihrem Vertreter. Friedrich von der Pfalz ſtellte dem Könige das Beiſpiel des Kurfürſten Moriz vor Augen und verhieß ihm unſterblichen Ruhm. Zum allerwenigſten hoffte er jedoch durch die Bemühungen des Königs ſamt ſeinen Angehörigen in die Friedensverhandlungen eingeſchloſſen zu werden. Johann Georg ſagte im Anfange auch wirklich zu; allein ſobald er die Annäherung neuer kaiſerlicher Truppen unter dem Commando des Marcheſe Montenegro erfuhr, gab er ſeinen Entſchluß wider auf. Georg Wilhelm aber hielt ſeine Anweſenheit ohne Kurſachſen für vollſtändig wirkungslos. Er machte den König darauf aufmerkſam, daß er kein Stand des niederſächſiſchen Kreiſes ſei, daß ihm alſo im Rathe deſſelben weder Sitz noch Stimme zuſtehe. Und „abſonderliche Räthe zu halten, wäre dem Herkommen zuwider, würde auch von manchen miß-

1) Briefe des Camerarius an den Fürſten Chriſtian v. Anhalt vom 7./17. und 17./27. Januar.

deutet werden und allerhand nit geringe Offens erregen, welches bei diesen verworrenen Zeiten in all Wege zu verhüten." [1] Darauf schlug auch Christian Wilhelm, der sich gerade zu Berlin befand, aus. Neben dem Kreistage „absonderliche consilia mit dem Könige zu pflegen" hielt auch der Administrator für Verdacht erweckend. Der König selbst mußte sich daher mit einem scharfen Schreiben an den Kaiser begnügen, welches ihm vorwarf, fremdes Kriegsvolk in den Kreis zu führen, sich ferner über die Besetzung Mündens und Friedlands beschwerte und die Räumung von Hessen forderte. Das Versprechen, welches er auf dem früheren Kreistage zu Braunschweig gegeben hatte, dem Heere des Kreises 3,000 M. Infanterie und 600 Pferde zuzuführen, konnte er nun nicht erfüllen.

Es ist indessen möglich, daß, als Herzog Christian unmittelbar nach seinem Aufbruche aus dem niedersächsischen Kreise in ein näheres Dienstverhältniß zu den Generalstaaten und Moriz von Oranien trat, auch der König von Dänemark im Hinblick auf seine durch Tilly's Heere bedrohten Ansprüche auf die Stifter, ferner auf seinen arg compromittierten Neffen Friedrich Ulrich, einer solchen Vereinbarung seine Mitwirkung hat angedeihen lassen. —

So war also der Einbruch des jungen halberstädter Bischofs durch die mißliche Lage des Kreises selbst und die ganz eigenthümliche Stellung Englands, Frankreichs und Spaniens zu einander und zu diesen deutschen Wirren zu einem erfolglosen geworden. Unternommen in der Absicht, die mißvergnügten Kreisstände und die protestantischen Kurfürsten durch Entfaltung einer ansehnlichen Heeresmacht mit fortzureißen, hatte er sein Ziel gar bald vollständig verfehlt.[2] Weder Niedersachsen noch Obersachsen schloß sich dem stürmischen Welfen an. Auch dies Mal war für diese deutschen Verhältnisse Kursachsens Stellung wenn nicht entscheidend, so doch von

1) Zehdenik 17. Juli. Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

2) Ueber die weiteren Maßnahmen der Gegner des Hauses Habsburg, welche in diesem Sommer zusammenwirkten, enthalten wir uns aller Vermuthungen. Was man am kaiserlichen Hofe selbst von diesen Maßnahmen zu wissen glaubte, ist in einer merkwürdigen Flugschrift „Extract des schwarzen Registers am kaiserlichen Hoffe" (Londorp II. 1188—1194) zusammengestellt und in eine vielleicht oft willkürliche Verbindung gebracht worden. Aus unserer Darstellung erhellt jedoch, daß es sich hierbei keineswegs allein um politische Kannegießerei gehandelt hat, wie Häusser, Gesch. der rhein. Pfalz II. 413 meinte. Die Behauptungen der Flugschrift erhalten durch unsere Darstellung einiges Licht, können aber nur durch die sorgfältigsten archivalischen Forschungen vollständig zur Klarheit gebracht werden.

bedeutendem Einfluß: die Erwerbung der Lausitz, ferner die Haltung Englands und Dänemarks schienen dasselbe mit Nothwendigkeit auf eine neutrale Stellung hinzuweisen.

Die englische Politik im Jahre 1623. Spanische Heirath.

Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, daß auf die Haltung der größeren protestantischen deutschen Staaten, Dänemark eingeschlossen, während der ersten Hälfte des Jahres 1623 England einen bestimmenden Einfluß ausgeübt habe. Wenden wir daher der eigenthümlichen Politik Jacobs I., welche gerade damals ihren Zielen so nahe zu sein wähnte, unsere Aufmerksamkeit zu.

Kurze Zeit nach dem Beginn dieses Jahres erschien dem englischen Könige die Vermählung seines Sohnes mit der katholischen Infantin als ausgemacht. Er brachte darauf jeden in seiner Umgebung sich erhebenden Widerspruch zum Schweigen und faßte zuletzt in seiner Kurzsichtigkeit den Beschluß, den Prinzen von Wales selbst zur Brautfahrt nach Spanien zu entsenden.

Gegen Ende des Februar n. St. reiste unter dem Siegel des größten Geheimnisses der Prinz mit dem ersten Rathe seines Vaters von London ab, um die Ehe, welche den mächtigsten katholischen Staat Europa's mit dem bedeutendsten protestantischen verbinden und dadurch eine Entscheidung der westeuropäischen Wirren herbeiführen sollte, abzuschließen.

Man hat die Reise immer als eine Frucht der schlauen Betriebsamkeit Gondomars angesehen,[1] aber auch Philipp IV. selbst wird zuvor seine Einwilligung gegeben haben, wenn er es auch später dem kaiserlichen Gesandten gegenüber in Abrede stellte.[2] Als die Folge einer geheimen Verschwörung zur Einführung des Katholicismus hat sie gewiß mit Unrecht Bristol betrachtet.[3] Dem Prinzen selbst aber kam es darauf an, sich endlich Gewißheit über die Pläne Spaniens zu verschaffen, um den Bedrückungen der Protestanten, den Leiden seiner nächsten Verwandten ein Ende zu machen. Ueber Dover und Boulogne begaben sich die Reisenden nach Paris, wo sie sich einige Ruhe gönnten. Hier sah der Prinz auf

1) Khevenhiller X. 70.
2) Vgl. die geschraubte Erklärung Khevenhillers X. 137.
3) Rushworth I. S. 263.

einem Hoffeste im Gefolge des englischen Gesandten seine spätere Gemahlin Henriette Maria.

Am 7./17. März trafen der Prinz und Buckingham in Madrid, wo sie zunächst bei dem Grafen von Bristol Wohnung nahmen, ein. Schon im Verlauf des nächsten Tages sah Karl Olivarez und wurde darauf Sonntags am 19. März vom Könige und der königlichen Familie zu Wagen begrüßt. Hier erblickte auch die Infantin Marie zuerst den ketzerischen Prinzen, der um ihre Hand anzuhalten wagte. Im feierlichsten Zuge führte der König einige Tage darauf seinen hohen Gast durch die Stadt zum königlichen Palast, beide unter einem Baldachin, welchen die vornehmsten Stadtbehörden trugen. Auch der Königin wurde Prinz Karl hierauf von Philipp IV. vorgestellt; sie beeilte sich seinen Besuch in kürzester Frist unter Darbringung reicher Geschenke zu erwidern. Der König selbst übersandte dem Prinzen zwei goldene Schlüssel, vermittelst deren er in alle Gemächer des Palastes gelangen konnte. Festlichkeiten folgten auf Festlichkeiten; als man einst ein Ringelrennen hielt, trug der Prinz allein in Gegenwart der Infantin den Sieg davon.[1] Allein ungefähr sieben Wochen war er bereits in Madrid, bevor er die Erlaubniß erhielt, der Prinzessin persönlich seine Aufwartung machen zu dürfen. Und auch da erschien er nur in der Eigenschaft eines fremden fürstlichen Gastes, nicht in der eines Freiers: die Worte, welche er an sie zu richten wünschte, mußten vorher eingesandt werden.

Im spanischen Volke selbst äußerte sich über den unerwarteten Besuch große Freude; man nahm nun nicht nur die Heirath für gewiß an, man sprach eben so offen davon, daß der Prinz nun ein Christ werden würde. Olivarez selbst war unvorsichtig genug, schon bei seinem ersten Besuche dem Prinzen eine Andeutung hiervon zu machen, worauf dieser jedoch erwiderte, er sei nicht der Religion, sondern einer Gemahlin halber gekommen.

Der englische Gesandte aber schien so vollständig davon überzeugt, daß der Prinz vornehmlich auch des Religionswechsels halber nach Spanien gekommen sei, daß er ihm sogar und zwar gleich im Anfang seines Aufenthalts seine Dienste hierbei anbot. Drei Jahre nachher beschuldigten Bristol und Buckingham vor dem englischen Parlamente einander gegenseitig des Versuchs, den Prinzen der Kirche von England abwendig zu machen.

---

1) Ausführliche Notizen über diese Festlichkeiten bringt der Mercure français IX. 507 flgde.

Und wenn auch Buckingham trotz Bristols Beschuldigungen von diesem schweren Verdachte vollständig freigesprochen werden muß, so hat doch wenigstens Bristol immer die directe Anklage König Karls gegen sich.[1] Gleich das erste Mal, wo sich Buckingham und Olivarez sahen, versprach Olivarez die sofortige Abschließung der Ehe unter der gleichsam selbstverständlichen Voraussetzung, daß der Prinz die Confession wechseln werde. Erst als Buckingham dies verneinte, sprach er von der Einholung der päpstlichen Genehmigung. Philipp IV. suchte auch persönlich auf seinen zukünftigen Schwager einzuwirken. Allein dieser stellte nicht einmal eine Bekehrung nach der Hochzeit in Aussicht: mit der Offenherzigkeit der Jugend bekannte er vielmehr, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Infantin eher von ihm, als er von ihr bekehrt werden würde. Und so scheint denn die Täuschung, welche die Engländer im Anfange wol absichtlich unterhielten, da sie sich „sehr katholisch zu stellen wußten,“ [2] nicht lange gewährt zu haben. Papst Gregor schrieb freilich einen höchst schmeichelhaften Brief an den jungen Fürsten, in welchem er der Hoffnung, ihn in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückkehren zu sehen und nebst seinem königlichen Vater für die Widerherstellung des alten Glaubens in Großbritannien zu gewinnen, die beredtesten Worte lieh. Unsterblicher Ruhm wurde selbst Buckingham von ihm in Aussicht gestellt, wenn durch seine Vermittelung das englische Königshaus zum Glauben der Väter zurückkehre. Karl selbst aber richtete noch am 20. Juni ein Schreiben an den Papst, in welchem er sich zu bemühen versprach, daß, „wie wir alle einen Christus den gekreuzigten bekennen, wir auch in einem Glauben uns einmüthig vereinigen.“ Sogar an Buckingham traten dergleichen Zumuthungen heran. Er hat später in drastischer Weise behauptet, daß durch seinen Uebertritt die wirkliche Vermählung des Prinzen zweifellos würde sicher gestellt worden sein.[3]

Es ist leicht erklärlich, daß solchen Vorgängen gegenüber sich die öffentliche Meinung in England täglich gereizter gegen den König zeigte. Zum ersten Male vernahm Jacob, als er am Palmsonntage die Predigt des Erzbischofs von Canterbury hörte, den gewöhnlichen Zuruf nicht: Es lebe der König. Flugschriften, welche die vollständige Restauration des

1) Rushworth I. 237, 252. Die Anklagepuncte Bristols gegen Buckingham Rushworth I. 262, 263. Bristols Vertheidigung Rushworth I. 294.

2) Khevenhiller X. 79.

3) Rushworth I. 227.

Katholicismus als die Absicht des Königs hinstellten, regten auch die Leidenschaft des gemeinen Mannes auf.[1]

Schon äußerte die Spanien freundliche Politik des Königs ihre Wirkungen auch in andern Verhältnissen. Wenige Wochen, nachdem zu Regensburg die Uebertragung der Kur Statt gefunden hatte, schloß Jacob I. mit dem Könige von Spanien und der Infantin einen Vertrag, welcher auch den letzten Platz, den England für den Schwiegersohn seines Königs in der Unterpfalz behauptete, Frankenthal, den Spaniern in die Hände lieferte. Am 25. April zog die englische Besatzung ab.

Auch Ferdinand II. beschloß jetzt aus den freundschaftlichen Gesinnungen Jacobs gegen das Haus Habsburg für eine glückliche Beilegung der deutschen Wirren Gewinn zu ziehen. Nach der Aufnahme Christians von Braunschweig in den niedersächsischen Kreis mußte es dem Kaiser von der größten Wichtigkeit sein, ihm jede Möglichkeit einer Unterstützung von Seiten Englands zu entziehen. Es geschah dies in einer noch heut zu Tage Staunen erregenden Weise. Auf Bitten der Infantin suchte Ferdinand II. bei Jacob, mit dem er gar nicht im Kriege war, einen Waffenstillstand von 18 Monaten nach, nach dessen Ablauf ein Friede geschlossen werden sollte.

Dieses Gesuch langte gerade zu einer Zeit in England an, wo von Seiten des Pfalzgrafen erneute Anstrengungen gemacht wurden, seinen Parteigängern Mansfeld und Braunschweig englische Unterstützungen zu verschaffen. Am 24. April stellte Rusdorff, dem Friedrich vor einigen Monaten die Wahrung seiner Angelegenheiten bei seinem Schwiegervater übertragen hatte,[2] folgende Forderungen an Jacob I.: der König sollte nicht nur die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg in ihrer Opposition gegen die bairische Kur bestärken, sondern sie sogar unter der Versicherung unverzüglicher Hilfsleistung auffordern, sich in Vertheidigungszustand zu setzen. Die Briefe sollten womöglich noch am 20. Mai, d. h. vor der Zusammenkunft beider Fürsten zu Jüterbok, übergeben werden. Ferner wurde der König ersucht, einen öffentlichen Protest gegen das Verfahren des Kaisers, des Herzogs von Baiern und der drei geistlichen Kurfürsten

1) Zwei derselben sind im Mercure français IX. 497 flgde. besprochen.

2) Cuhn, v. Rusdorff, Geheime Unterhandlungen und Urkunden zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges I. 3. Propos et demandes faites au Roi de la grande Bretagne avec la réponse de sa Majesté le 24. d'Avril. 1623. Cuhn I. 19 ff.

einzulegen, und den Fürsten der Gegenpartei, welche das Auge bei der Sache auf ihn allein gerichtet hätten, geradezu die Hand zu bieten.[1] Endlich aber forderte Rusdorff monatlich etwa 20,000 Pfund Sterling, die nicht zum persönlichen Unterhalt des kurpfälzischen Hauses, sondern zu einem andern Zwecke, „pour le bien public," verwendet werden sollten. Allein weder der König noch seine Staatsmänner zeigten sich geneigt von dem Umstande, daß im niedersächsischen Kreise ein Heer von wenigstens 25,000 M. bereit stand für die Sache des Pfalzgrafen einzutreten, irgend welchen Vortheil zu ziehen. Als Rusdorff den König endlich ersuchte, seinem Schwiegersohne nur einen Wink zugehen zu lassen, ob er die gute Gelegenheit benutzen solle oder nicht, brach der König das Gespräch mit nichtssagenden Redensarten ab. Der Herzog von Lenox hoffte durch die bewaffnete Unterstützung Spaniens die Pfalz wider zu erlangen.[2] Man solle nur noch ein wenig warten, die Sache sei noch nicht reif, bald werde man klarer sehen. Selbst den Gedanken an einen Protest wies er von sich: er fürchtete die Rückwirkung desselben auf die spanischen Pläne. Ungefähr denselben Bescheid erhielt Rusdorff von dem Staatssekretär Conway:[3] man könne die Freunde des Pfalzgrafen, ohne Spanien sofort zu beleidigen, nicht einmal heimlich unterstützen. In der That lag nichts dem englischen Cabinet damals ferner, als auch nur den Schein eines Einverständnisses mit den deutschen Gegnern des Hauses Habsburg zu erregen. Ja drei Tage vor der Audienz, in welcher Rusdorff abermals bei Jacob I. für seinen Herrn eintrat, hatte die englische Politik bereits eine im Grunde feindselige Stellung gegen die protestantischen Waffen in Deutschland eingenommen.

Am $\frac{21.\ \text{April}}{1.\ \text{Mai}}$ hatte Jacob I. und neun seiner vornehmsten Räthe einerseits und der spanische Bevollmächtigte Coloma nebst dem Agenten der Infantin, Ferdinand de Boischot, andrerseits einen Waffenstillstand für das Reich zu London abgeschlossen, den Jacob am 30. Mai unterzeichnete. Dieser

---

1) Cependent le Roi mon maître espère, que V. M. ne consentira pas à telles ouvertures, ainsi il Vous plaira mettre conjointement la main, avec tant de Princes qui ont bandé les yeux sur Votre Majesté seule à l'oeuvre. Cuhn 20.

2) Que le Roi d'Espagne s'étoit engagé pour le bien du service de S. M. de la grande Bretagne, laquelle prenant les armes à la main, faciliteroit et avanceroit aisément et bientôt avec assistence d'Espagne la restitution du Palatinat. Cuhn 26.

3) Cuhn a. a. O. S. 27—30.

Vertrag verpflichtete den König, seinen Schwiegersohn und dessen Parteigänger 15 Monate lang die Feindseligkeiten im Reiche einzustellen und keine neuen Aushebungen innerhalb dieser Frist zu veranstalten. Ferner machte sich Jacob I. und sein Schwiegersohn anheischig, während dieses Waffenstillstandes in keine neue, diesem Vertrage zuwider laufende Verbindung einzutreten. Diejenigen aber, welche trotzdem Feindseligkeiten im Reiche oder in den Ländern der Verbündeten ausüben würden, wurden für Feinde des Reichs und der Verbündeten erklärt. Gerade dieser Punct fand freilich bei dem Könige und bei dem Geheimen Rathe ernsten Widerstand. Jacob hatte im Anfange diese Bedingung in der Hoffnung, die Infantin werde sie fallen lassen, zurückgewiesen, fügte sich aber widerholtem Drängen auch dies Mal.

Drei oder vier Monate nach der Unterzeichnung dieses Tractats sollten auch die allgemeinen Friedensverhandlungen zwischen dem Kaiser und seinen Anhängern und dem Könige, seinem Schwiegersohne und dessen Freunden zu Köln beginnen. Die Infantin versprach die Genehmigung des Kaisers, König Jacob die Unterzeichnung des Tractats durch seinen Schwiegersohn und zwar durch den bloßen Namen im Laufe zweier Monate beizubringen.[1] Mit dem Monat August sollte der Vertrag in Wirksamkeit treten.[2]

Die eifrigen Bemühungen Rusdorffs, diese Vereinbarungen rückgängig zu machen, erreichten ihren Zweck nicht. Seine Einwendung, daß der Pfalzgraf seine Verbindungen mit den deutschen verwandten Fürsten nicht aufgeben könne, machten den Staatssecretär Calvert allerdings sichtlich verlegen: es handelte sich jetzt offenbar darum, sich nach Preisgebung des Waffenstillstands mit den deutschen Fürsten zu verbinden oder die Verhandlungen mit dem Könige und der Infantin zu Ende zu führen. Geschah das letztere, so mußte sich der englische Staatssecretär gestehen, daß die Rüstungen der Freunde des Pfalzgrafen in Deutschland in Rauch aufgehen würden, und die Gelegenheit zu einer kriegerischen Diversion für die pfälzische Sache auf ein oder zwei Jahre verscherzt sei. Er bekannte, daß dann die ganze pfälzische Angelegenheit der Gnade des Gegners anheimgestellt bleibe. Ja er gab endlich zu, daß allein eine Verbindung Englands mit den deutschen Fürsten helfen könne, daß die bisherigen Wege der englischen Politik niemals zum Ziel führen würden.[3]

1) Vgl. Mercure français J. 1623, 338 flgde.
2) Rymer, Foedera VII. 4 S. 69 ff.
3) Cuhn I. 34, 35.

Und trotzdem machte er dem Geschäftsträger Friedrichs nicht die geringste Hoffnung auf eine Sinnesänderung Jacobs I., so lange sich sein Sohn in der Gewalt Philipps befinde. Nur einen Triumph feierte Rusdorff dennoch: der Staatssecretär versprach ihm, daß sein Herr künftig in jedem königlichen Schreiben wenigstens ein Mal das Prädikat Kurfürst erhalten solle, welches ihm Jacob I. in seiner übergroßen Aengstlichkeit schon längere Zeit nicht mehr ertheilte. —

Allein es handelte sich nun auch darum, den Pfalzgrafen zur Unterzeichnung zu bringen und dadurch Mansfeld und Christian von Braunschweig vollständig zu isolieren. Rusdorff machte dem Staatssecretär Conway gegenüber geltend,[1] daß sein Herr ohne Wissen und Willen der protestantischen Fürsten in Deutschland einer Vereinbarung nicht zustimmen könne, an welcher sie ein ebenso großes Interesse hätten, als er selbst. Er wies darauf hin, daß nach solchen Vorgängen auch die deutschen Fürsten sich mit dem Kaiser aussöhnen würden, daß man sich, wenn die Liga zwischen Frankreich, Venedig und Savoien Erfolg habe, der Gelegenheit zu einem rechtzeitigen Eingreifen beraube. Auf alles dies erwiderte jedoch der Staatssecretär trocken genug, wenn der Pfalzgraf einen bessern Weg zur Widererlangung der Pfalz kenne, so möge er ihn betreten, den König aber in Zukunft in Ruhe lassen. Da England für den Augenblick nicht im Stande sei, einen Krieg zu führen, so müsse der Pfalzgraf die Maßnahmen des Königs genehmigen — „das ist sein Latein, er hat kein anderes." —

Ermuthigung in seinem beharrlichen Widerstreben fand Rusdorff nur bei dem Grafen von Carlisle und dem Marquis von Hamilton. Der letztere hatte seine Einwendungen auch Jacob I. nicht verhehlt, der jedoch voll Erstaunen ausrief: „Wie, Mylord, Sie wollen mir rathen Krieg zu führen oder meine Zustimmung zu ertheilen, daß mein Schwiegersohn gegen den Kaiser und demnach auch gegen den König von Spanien Krieg führt?"[2] Indessen trotz einzelner derartiger Einwürfe, daß Friedrich nun gezwungen werden sollte, dem Vertrage seine Zustimmung zu ertheilen, trat bei den englischen Politikern kein ernstliches Bedenken zu Tage: man war nur über die Art, wie er zu zeichnen habe, eine Zeit lang zweifelhaft.

---

1) Der Bericht findet sich gleichfalls bei Rusdorff: Discours tenu avec le Sieur Secrétaire Conway le 22. et 23. de May 1623 a Greenwich S. 43—50.

2) Cuhn I. 54.

Endlich entschied der König selbst, daß er nur seinen Namen dem Vertrage hinzuzufügen habe.

Die Freunde des Pfalzgrafen mußten zufrieden sein, daß König Jacob Mansfeld und Braunschweig nicht geradezu zur Niederlegung der Waffen aufforderte, wie man es von spanischer Seite wünschte.[1] —

Die Bemühungen des Pfalzgrafen aber für die Vereitelung der spanischen Heirath erhielten die kräftigste Unterstützung durch den Kaiser Ferdinand II. selbst. Da man mit diesem neuen Heirathsprojecte den älteren Gedanken, die Infantin mit dem ältesten Sohne des Kaisers zu vermählen, aufgab, da man ferner den kaiserlichen Gesandten Khevenhiller recht geflissentlich von den neuen Berathungen ausschloß, so suchte dieser endlich durch Ueberreichung einer ausführlichen Denkschrift[2] an Olivarez diesen dem habsburgischen Hause deutscher Linie so gefährlichen englischen Plan zu kreuzen. Khevenhiller machte die Tradition geltend, kraft deren seit Karl V. die ältesten Infantinnen nur an Fürsten aus der deutschen Linie des Hauses Habsburg verheirathet waren. Er bezog sich auf den Befehl, durch welchen Philipp III. mit lauter Stimme im Beisein vieler Zeugen auf dem Sterbebette den ältesten Sohn Ferdinands II. zum Gemahl seiner Tochter bestimmt hatte.

Außer dieser Eheverbindung brachte Khevenhiller auch die des Prinzen von Wales mit der ältesten Tochter des Kaisers in Erinnerung. Olivarez erwiderte beruhigend, daß die Anwesenheit des Prinzen in Madrid nur dann eine Aenderung in der ganzen Sachlage hervorbringen könne, wenn er die Confession wechsele oder wenigstens den englischen Katholiken eine ähnliche Stellung gewährleiste, wie Heinrich IV. den Hugenotten, oder die Kaiser Rudolf und Matthias den Böhmen.

Und darauf hat er selbst dem kaiserlichen Gesandten diese östreichische Heirath des Prinzen von Wales in feierlichster und auffallendster Weise vorgeschlagen und ihn ersucht, sich von Ferdinand II. darauf bezügliche Vollmachten ertheilen zu lassen. Obwol Khevenhiller zweifelhaft war, ob nicht diese Vorschläge allein dazu dienen sollten, die Engländer geschmeidiger zu machen, theilte er die veränderte Sachlage trotzdem dem Kaiser

---

1) Rusdorff an Camerarius, London 18. Juni 1623: Petitum fuit ab Anglo, ut legatione missa ad Brunswicensem et Mansfeldium eos quiescere faciat, suspensioni armorum ut deferre velint, autoritate sua interposita admoneat. Sed Anglus se excusavit. Vgl. Rusdorff, Consilia et negotia.

2) Khevenhiller X. 241.

mit. Sowol Eggenberg als auch die jesuitischen Gewissensräthe Ferdinands II. gaben dem Plane ihre Zustimmung: Pater Max hielt diese Verbindung des Ahasverus mit Esther für die Erquickung des Volkes Christi von höchstem Werth. Ferdinand II. übersendete in der That die gewünschten Vollmachten. Allein damit hatte dieser Zwischenfall auch sein Ende erreicht: die spanischen Politiker kamen während dieser Zeit nicht wider auf ihn zurück. —

Mehr als je war indessen König Jacob überzeugt, daß Philipp von Spanien wirklich die Restitution wolle; aus untrüglichen Anzeichen erkannte er Spaniens Eifersucht gegen die allzu große Erhebung des Herzogs von Baiern.

Die päpstliche Bestätigung langte endlich in Spanien an und wurde von einem Begleiter des Prinzen, Cottington, nach England gebracht. Im Haag war man Ende Mai der festen Ueberzeugung, daß die Verhandlungen ihrem Abschlusse nahe seien. Karls Schwester äußerte ihren Mißmuth gegen den ihr so nahe stehenden englischen Gesandten in Constantinopel offen.[1] Anfang Juni erwartete man füglich am englischen Hofe die Nachricht, daß die Verbindung eine Thatsache sei, schon waren die Boten bestimmt, um die Kunde nach England zu überbringen: Mitte Juli sollte das neuvermählte Paar in London seinen Einzug halten, und schon jetzt ließ der König seine Vorbereitungen dazu treffen.[2]

Auch die besondern Bedingungen, um deren Erfüllung man den Prinzen neben dem mit dem Papste, dem Cardinalscollegium, Philipp IV. und dem Könige von England vereinbarten Vertrage angieng, machten diesen selbst in seiner Beharrlichkeit noch nicht wankend. Am 3. Juni forderte Philipp seine Genehmigung, daß die Prinzessin selbst nach dem formellen Abschlusse der Ehe in Spanien erst im Monat Mai des nächsten Jahres nach England komme, wie es die Versammlung der Theologen, deren Berathung der König die Sache zur Beruhigung seines Gewissens unterbreitete, beschlossen hatte. Ja er stellte das Ansinnen, daß ihm als Pfand für die Erfüllung aller Bedingungen einige feste Plätze in England selbst eingeräumt werden sollten. Diesem Schreiben des Königs war am Tage vorher eine Denkschrift der Theologen voll neuer Bedenken und Forderungen an den Prinzen vorausgegangen. Wol gab dieser in

1) Brief vom 19./29. Mai 1623. Roe, Negotiations S. 146.

2) Brief G. Calverts an Thomas Roe, S. Martins-lane 6. June 1623, a. a. O. S. 161.

einer Zuschrift an den König seiner Empfindlichkeit Ausdruck, daß ihm nach siebenjährigem Harren angesonnen werde ohne das Pfand, welches die Verbindung beider Länder sicher stellen sollte, zurückzukehren, und bat den König um eine eidliche Versicherung seines Versprechens. Allein den weiteren Verlauf und den Abschluß der Verhandlungen störte auch dieser Zwischenfall nicht. Am 15. Juli wurde das frohe Ereigniß durch das ganze Königreich Spanien verkündet.[1]

Zwei Tage darauf ertheilte auch der Prinz den bisher gepflogenen Verhandlungen, die freilich nur die confessionellen Verhältnisse betrafen, seine Zustimmung. Olivarez machte dem kaiserlichen und dem französischen Gesandten, so wie dem päpstlichen Nuntius von der Beendigung dieses verwickelten Geschäfts Anzeige, Khevenhiller rieth bereits Ferdinand II. gute Miene zum bösen Spiele zu machen und Gratulationen abzusenden. Karl sprach die Hoffnung aus, daß diese Heirath der Anfang sein werde, auch in Deutschland Ruhe und Frieden wider herzustellen. Buckingham fügte dem noch die Drohung hinzu, daß im andern Falle im nächsten Jahre eine Macht nach Deutschland ziehen solle, welche alles mit Gewalt wider zurecht bringen würde. König Jacob I. aber beschwor endlich am 20./30. Juli in der Kapelle zu Westminster in feierlichster Weise den Vertrag, welcher den Kindern dieser Ehe, selbst wenn sie katholisch waren, die Succession in Großbritannien sicherte. Auch der Geheime Rath unterschrieb dieses Schriftstück. Außer demselben war noch ein geheimer Vertrag vorhanden, durch welchen den englischen Katholiken ewige Duldung durch das ganze Königreich zugesagt wurde, und König und Prinz sich verpflichteten, beim Parlamente die Aufhebung der Gesetze gegen den Katholicismus und die Bestätigung der den Altgläubigen ertheilten Vergünstigungen durchzusetzen. Der Prinz versprach außerdem noch dem Wunsche des Papstes gemäß, die Kinder aus dieser Ehe bis zum 12. Jahre in der unmittelbaren Umgebung der Mutter zu lassen.[2] Schon jetzt wirkten die spanischen Gesandten die vollständige Begnadigung ihrer durch die Parlamentsbeschlüsse betroffenen Glaubensgenossen durch das ganze Königreich aus. Schon jetzt besaßen die Katholiken öffentliche Duldung: in der Kapelle des spanischen Gesandten hörten viele Hunderte unbelästigt die Messe.

---

1) Londorp I. 1131.

2) Das Datum gibt Rusdorff, Cuhn I. 108; im Mercure français (1624) S. 10 findet sich fälschlich der 30. Juli a. St.; Hurter IX. 316 hat sogar den 20. Juni.

Und darauf sah man die Sache in England als abgemacht an: alle Teufel aus der Hölle würden sie nicht rückgängig machen, meinte der König. Selbst der am 8. Juli erfolgte Tod Gregors XV. schien ohne Einfluß auf die Ausführung der Angelegenheit zu sein. Die Infantin begann Englisch zu lernen, während der Prinz sich dem Studium des Spanischen hingab. Die Infantin wurde endlich sogar Prinzessin von England genannt, die Begleitung des Prinzen hatte sie als ihre Fürstin zu betrachten. Auch der Vermählungstag war bereits festgesetzt. Die Hochzeit der Schwester und die Taufe der Tochter des Königs sollten an einem und demselben Tage gefeiert werden.[1]

Da traf eine neue Botschaft von England ein, welche die definitive und sofortige Rückgabe der Pfalz forderte. An demselben Tage, wo sein Sohn die beschlossene Ehe mit der spanischen Infantin eingehen würde, sollte sein Schwiegersohn auch mit der Pfalz wider vermählt werden — begehrte Jacob I. Der englische Gesandte brachte die Forderung seines Herrn an Philipp, der jedoch abermals die Verhandlungen ins Weite zu ziehen strebte. Er behauptete, die von ihm besetzten Plätze in der Pfalz nur im Auftrage des Kaisers inne zu haben, schlug abermals Verhandlungen mit Ferdinand II. vor und erklärte sich bereit, falls der Kaiser und der Herzog von Baiern nicht nachgeben würden, eine ebenso große Armee für den Pfalzgrafen aufzustellen, wie einst unter Spinola gegen ihn. Die bündigsten Versicherungen, bekräftigt durch Hand und Siegel, versprach er zu ertheilen. Allein alle Versprechungen fruchteten nichts mehr; nun erkannte der Prinz ebenso deutlich, wie seine Begleiter schon früher, daß Spanien nicht im Entferntesten gewillt sei, für die Rückgabe der Pfalz oder auch nur eines Theiles derselben einzutreten. Der englische Gesandte erhielt Auftrag, den brieflichen Verkehr mit der Infantin einzustellen und keine Audienz mehr nachzusuchen.[2]

Buckingham selbst, der die Vermählung ebenso ernstlich wie die Rückgabe der Pfalz betrieb, war sich vielleicht schon früher des Abenteuerlichen der ganzen Situation bewußt geworden. Er wies einst auf Philipps Versprechen hin, wenn der Kaiser in der Restitution der Pfalz Schwierigkeiten mache, seine Truppen mit denen Jacobs I. zu verbinden. Lachend

1) The Prince and Infanta were to sign the contract of mariage on St. James's day. Thomson, The life and times of George Villiers, duke of Buckingham II. S. 22.

2) J. Howel, Madrid 25. Aug., Epistolae S. 134.

erwiderte darauf Olivarez laut und vernehmlich, daß sein Herr eine solche Zusage niemals gegeben habe, sondern nur seinen ganzen Einfluß, und was ihm sonst zu Gebote stehe, für diesen Zweck beim Kaiser aufbieten wolle.[1] Der venetianische Gesandte sprach seine Ueberzeugung, daß keine Hochzeit erfolgen würde, offen aus.[2] Noch im Anfang August freilich hatte Olivarez und die übrigen spanischen Räthe der venetianischen Gesandtschaft auf ihre Ehre versichert, daß ihr König in der pfälzer Sache Jacob I. vollkommene Genugthuung verschaffen werde, da sie die Infantin jetzt als ihre eigne Angelegenheit betrachte, ohne indessen Glauben zu finden. Und so wurde der größte Theil der Begleiter des Prinzen gegen die spanischen Pläne täglich mißtrauischer. Sie pflegten wol zu sagen, daß ihr Prinz schließlich an Statt der Juno eine Wolke umarmen werde.

Vornehmlich aber griff ein tiefes Mißtrauen zwischen den beiden leitenden Staatsmännern, Buckingham und Olivarez, Platz. Auf den ersteren suchte ein Geschäftsträger des Pfalzgrafen noch außerdem einzuwirken. Wie es heißt, stellte er dem ehrgeizigen Staatsmanne sogar die Verheirathung seines Sohnes mit einer Tochter Elisabeths von England, der vertriebenen Böhmenkönigin, in Aussicht. Immer heftiger drangen außerdem die Freunde in der Heimath in ihn, seine und des Prinzen Rückkehr zu beschleunigen.

Und auch dieser fing zuletzt an die Dinge in ihrem wahren Lichte zu betrachten: gerechte Schaam über die unwürdige Rolle, die er auf Veranlassung eines kurzsichtigen Vaters und eines ränkevollen Ministers gespielt hatte, überkam ihn, und er erinnerte den Vater an die Pflichten gegen die einzige Tochter. „Sie müssen nun, Sire, auf meine Schwester und ihre Kinder bedacht sein, ohne sich weiter um mich zu kümmern; vergessen Sie, daß Sie jemals einen solchen Sohn gehabt haben.“[3]

Endlich traf der Befehl Jacobs I. zur Rückkehr des Prinzen ein. Allein noch zögerte dieser, der in der That eine Neigung empfunden zu haben scheint. Noch Ende Juli hatten die Brautwerber die Hoffnung nicht aufgegeben, die Infantin werde den Prinzen auf seiner für den 29. August festgesetzten Heimreise als Gattin begleiten. War dies freilich nicht der Fall, so betrachteten sie schon damals die ganze Werbung als vergeblich. Am 10. August gebot jedoch Jacob seinem Sohne sofort,

1) Rusdorff, Cuhn I. 139.
2) Howel, Epistolae S. 132.
3) Karl hat als König Bristol des Hochverraths anklagen lassen.

entweder mit oder ohne die Infantin heimzukehren. Er hatte also jeglicher Hoffnung entsagt.[1]

Und trotzdem wurden noch zwei Tage vor der Abreise des Prinzen die Bedingungen des Ehecontracts sowol von diesem selbst als auch vom König beschworen. Der König versprach, daß die Verheirathung zehn Tage nach dem Eintreffen der päpstlichen Genehmigung — man hatte auch Urban VIII. um seine Zustimmung ersuchen müssen — Statt finden sollte.[2] Der Prinz bestimmte noch den Infanten Don Carlos zum Procurator bei der Vermählung, ließ aber auch eine geheime Weisung an seine besondern Agenten zurück, die wirkliche Abschließung der Ehe bis auf weiteren Befehl hinauszuschieben.

Nach einer scharfen Scene mit Olivarez, in welcher sich beide Staatsmänner die Gefühle gegenseitiger Abneigung nicht verhehlten, verließ Buckingham Madrid, um die Abreise des Prinzen mit der englischen Flotte vorzubereiten. Am 9. September zog dann der Prinz selbst unter großen Festlichkeiten von der Hauptstadt ab; bei seiner Verabschiedung von der Prinzessin diente der englische Gesandte wie gewöhnlich als Dolmetsch. Donna Maria empfahl ihrem Bräutigam beim Scheiden noch ihre Glaubensgenossen in England; sie ließ Gebete für die glückliche Rückkehr des Ketzers veranstalten. Im Escurial gab der König dem Erben des englischen Thrones ein Abschiedsfest. Hier hatten beide kurz vor der Trennung noch ein Zwiegespräch ohne Zeugen; im Augenblicke des Scheidens drückte Philipp dem Prinzen die von ihm ausgestellte schriftliche Versicherung mit den zweideutigen Worten, daß dergleichen unter Fürsten nicht üblich sei, wider in die Hand. Am 24. September verabschiedete sich Karl von seiner spanischen Umgebung durch ein glänzendes Fest auf der englischen Flotte und fuhr dann frohes Herzens wider der Heimath zu. Von Segovia aus hatte er Bristol noch den Befehl zugehen lassen, von seiner Vollmacht nicht eher Gebrauch zu machen, als bis er versichern könne, daß die Prinzessin nicht sofort nach der Hochzeit in ein Kloster gehen werde.[3]

Unmittelbar nach der Abreise des Prinzen von Madrid verlautete das Gerücht, daß die Genehmigung des Papstes angelangt sei, und nun übergaben seine Vertrauten, um den Maßnahmen des unter spanischem

1) Vgl. den fragmentarischen Briefwechsel Jacobs, Karls und Buckinghams in Hardwick, State papers I. 399 ff.

2) Vgl. auch Calverts Brief an Roe, St. Martins-lane 7. Nov. 1623. Negotiations S. 190.

3) Rushworth I. 253.

Einflusse stehenden Grafen Bristol vorzubeugen, selbst ohne besondere Anweisung ihre Befehle, aus welchen man ersah, daß die mit so großer Mühe und unglaublichen Kosten beabsichtigte Verbindung beider Kronen im Scheitern begriffen sei. —

Noch im August nämlich tauchte, wie bereits erwähnt ist, ein anderer schon früher gemachter Vorschlag auf. Die Engländer proponierten die Verheirathung des ältesten Sohnes des Pfalzgrafen und der jüngern Tochter des Kaisers und die Widereinsetzung des pfälzischen Prinzen in die Länder seines Vaters. Dann sollte Jacob im äußersten Falle selbst Friedrich und seine Anhänger in Deutschland mit unterdrücken helfen, oder, wenn der Kaiser einem solchen Vergleiche Widerstand entgegen setzte, England mit Spanien im Bunde diesen zur Genehmigung zwingen.

Der östreichische Gesandte Graf Khevenhiller hat uns selbst mitgetheilt, mit welchen Gründen er diese Pläne bekämpfte.[1] Anfang September schlugen die Engländer die Errichtung einer achten Kurwürde für Baiern vor, und Olivarez verlangte wol mit Rücksicht hierauf nähere Auskunft von Khevenhiller, durch welche Zugeständnisse Ferdinand die Wirren in Deutschland beilegen wolle, so daß dieser einen besonderen Courier in die Heimath entsendete.

Der Restitution Friedrichs V. selbst trat jedoch der spanische Minister im Geheimen Rathe energisch entgegen, obwol er den übrigen englischen Vorschlägen von vorn herein nicht abgeneigt war. Nur sollte auch bei einer Widereinsetzung des pfälzischen Erbprinzen der Kaiser oder der Kurfürst von Baiern die Landesverwaltung führen. Olivarez nahm bereits eine neunte Kurwürde in Aussicht, für die er in Ludwig von Hessen eine taugliche Persönlichkeit erkannte, wenn man sie keinem Katholiken verleihen wolle.

Allein eine wirkliche Verbindung Englands mit Spanien gegen die deutschen Habsburger widerstrebte seinem politischen System durchaus. „Wenn der Kaiser dem Könige eine Maulschelle gäbe und ihn für einen Picaro tractierte, so könnte ihn der König doch nicht lassen, noch sein Feind werden. Kann er also des Königs in England Freundschaft neben des Kaisers erhalten, wol und gut; wo aber nicht, so breche man mit England, wenn es auch mit hundert spanischen Infantinnen verheirathet wäre, denn also erfordert es die Conservation der Christenheit, der katholischen Religion und des hochlöblichen Hauses," so sprach er selbst seinen

1) Khevenhiller X. 92.

obersten Grundsatz in der Behandlung dieser schwierigen Dinge aus. Und obwol die Partei im Geheimen Rathe, welche England auf jede Weise zufrieden zu stellen wünschte — auch Gondomar zählte zu ihr — nicht unbedeutend war, entschied Olivarez trotzdem die Sache endlich nach der entgegengesetzten Seite. Mit einschneidender Schärfe erklärte er dem Prinzen von Wales, daß in Spanien weder für den Pfalzgrafen noch für seine Kinder im Betreff der Kurwürde etwas zu erhalten sei, und daß der König selbst nach der Verheirathung seiner Schwester den Kaiser hoffentlich „nicht in allen vorfallenden Occasionen" hilflos lassen werde.[1] Und hierauf erfolgte die Abreise der Engländer ziemlich schnell. —

Mit Jubel wurde der von seiner vergeblichen Werbung heimkehrende Prinz in der Hauptstadt Großbritanniens empfangen. Und doch dauerte es nach allen diesen Vorgängen immer noch geraume Zeit, bis die Verhandlungen gänzlich abgebrochen wurden.

Auch nach seiner Rückkehr nach England schrieb der Prinz an die Infantin in seiner Muttersprache und sandte ihr englische Bücher. Auf der andern Seite erklärte er freilich auch seinem Vater, daß die Spanier bei der ganzen Angelegenheit keinen andern Zweck gehabt hätten, als ihn zu täuschen und den König samt seinem Lande in das Verderben zu stürzen. Mit Thränen in den Augen vernahm der altersschwache Regent diese Mittheilungen, gewann aber trotzdem erst allmälig die Klarheit des Geistes und die Energie des Willens, welche sein Volk schon so lange an ihm vermißt hatte.

Noch am 20. September machte er dem Pfalzgrafen Vorschläge, von denen er nun endlich wissen mußte, daß sie unausführbar waren, selbst wenn sie dieser genehmigt hätte. Er forderte[2] die persönliche Unterwerfung seines Schwiegersohnes unter den Kaiser durch einen persönlichen Fußfall und bot dafür seinem Enkel die ganze Pfalz unter Friedrichs Vormundschaft, ja sogar nach Maximilians Tode die Kurwürde. Sein Enkel sollte die kaiserliche Prinzessin heirathen und in Gemeinschaft mit der Infantin am englischen Hofe erzogen werden. Und während Khevenhiller in Madrid diesen und ähnlichen Ausgleichsversuchen auf das bestimmteste entgegen trat, wurden sie in Wien wenigstens dem Anschein nach ernstlich erwogen. Man fragte sich hier, ob die Zurückführung des Pfalzgrafen in seine

1) Khevenhiller X. 98.

2) Jacob an Friedrich, Whitehall 20. Nov. 1623 bei Meyer, Londorpius suppletus II. 602. Friedrichs Antwort vom 30. Dec., ebenda S. 603 ff.

Erblande, wenn er zum Katholicismus übertreten würde, nicht durchzusetzen sei.[1] Man wollte ihn dann zur Freistellung des Katholicismus im Gebiete von Kurpfalz und zur Uebersiedelung seiner beiden ältesten Söhne nach Wien, wo sie eine katholische Erziehung empfangen sollten, nöthigen. Ja es gieng sogar ein östreichischer Gesandter nach Baiern, um Maximilian für diesen oder einen ähnlichen Vergleich zu gewinnen. Man sagte ihm gegen Rückgabe der Pfalz die achte Kurwürde für sich und seine Nachkommen zu. Maximilian ließ sich indessen nicht erweichen; er wollte die neue Würde in jedem Falle behaupten und stellte anheim, den Pfalzgrafen in die zu errichtende achte Kurwürde einzusetzen.

Und so hatte der Pfalzgraf in der That Recht, wenn er allen diesen Plänen mit laut geäußertem Mißtrauen in ihre Lebensfähigkeit begegnete. Obwol er eine persönliche Unterwerfung, wie sie ihm Jacob zumuthete, nicht geradezu ablehnte, so versprach er sich doch von ihr nicht den geringsten Erfolg. Er meinte, der Kaiser würde dadurch „mit einem Stein zwei Würfe thun:" er würde in Ungarn die Fortschritte Bethlen Gabors mäßigen und aufhalten und die deutschen Fürsten noch furchtsamer machen, wenn sie sähen, wie sich der Pfalzgraf selbst Hände und Füße gebunden habe. Als wahrscheinliche Früchte einer derartigen Eheberedung bezeichnet er nur Betrug und Gewalt: der Kaiser suche durch einen derartigen Heirathstractat zwei oder drei Jahre zu temporisieren, um die Uebertragung der Kurwürde und der Erblande desto mehr zu sichern. Auch von der spanischen Heirath erwartet er nichts: Spanier und Oestreicher hätten ja im Verein zu seinem Verderben conspiriert. Dagegen ermahnt er den König, die Macht seiner drei Reiche und die freie Opferwilligkeit seiner Unterthanen, welche ihm selbst so vielfach zu Gute gekommen war, zu benutzen und sich endlich mit den Generalstaaten zu vereinigen.

Zuletzt trugen jedoch auch die Intriguen, welche die spanischen Gesandten zum Sturze ihres verhaßten Gegners Buckingham schmiedeten, noch dazu bei, das Vertrauen Jacobs auf seine eigne diplomatische Ueberlegenheit, aus dem der Starrsinn in der Verfolgung dieser Pläne hervorgieng, wankend zu machen. Die spanischen Gesandten behaupteten allerdings der Wahrheit gemäß in einer Audienz, daß Buckingham und seine Freunde die spanisch-englische Verbindung mit aller Macht zu sprengen sich bestrebten; allein sie fügten unkluger Weise auch hinzu, daß sie, falls der König nicht nachgeben würde, den Prinzen von Wales zum Nachfolger bestimmt

1) Khevenhiller X. 102, 107 ff.

und für Jacob selbst ein Landhaus zu seiner Erholung ausersehen hätten. Auf die weitere Frage des Königs nach den Urhebern dieser Verschwörung konnten sie indessen nur mit Schweigen antworten. Merkwürdiger Weise aber blieb auch Bristol diesen plumpen Versuchen zum Sturze Buckinghams nicht ganz fremd. Mit Buckingham, stellte er Jacob vor, würden seine Bestrebungen ihr Ziel niemals erreichen.

Auch der neue Papst, Urban VIII., beeilte sich, Jacob zu versichern, daß kein Monarch der Christenheit eine so väterliche Zuneigung zu ihm hege, als er, daß Europa sich der Hoffnung hingebe, ihn in der römischen Kirche triumphieren zu sehen. Constantin der Große, den die Kirche ebenfalls Britannien verdankte, wurde ihm zum Vorbild aufgestellt. Von dem Prinzen aber hoffte er, daß er in seinem Bestreben, sich mit einer katholischen Jungfrau zu verbinden, auch die himmlische Braut heimführen werde, deren Reize einst den König Salomo bezaubert hatten.

Anfang December, wo die päpstliche Genehmigung in Spanien anlangte, rüstete man sich in Madrid nochmals zur nahen Vermählung. Der neunte December wurde dazu festgesetzt; im März 1624 sollte die Infantin nach England abreisen. Den Herzog von Baiern dachte man auch hier durch irgend einen hohen Titel oder durch die achte Kurwürde zufrieden zu stellen.

Um diese Zeit erhielt indessen Bristol den gemessenen Befehl, vor unzweifelhafter Sicherstellung der Pfalz keinen Schritt mehr in der Sache zu thun. Er wagte es, dagegen zu verstoßen, und wurde von Neuem auf das strengste angewiesen sich zu fügen. Und darauf mußte denn auch Spanien den Schein fahren lassen, als ob es die Freundschaft Englands durch die Vermählung der Infantin mit dem ketzerischen Prinzen von England und durch die Restitution der Kurpfalz gewinnen wolle.[1]

Die Schlacht von Stadtlohn. Die ernestinischen Fürsten in der Gefangenschaft.

Es ist nicht recht klar, warum Christian in der Gegend um Nordheim einen längeren Aufenthalt nahm. Wahrscheinlich glaubte er doch noch immer an die Möglichkeit, den niedersächsischen Kreis auf seine Seite zu bringen und durch eine Schlacht auf dem Boden des Kreises die Ver-

1) Wir folgen hier Rushworth I. 106 ff. Vgl. dazu S. 253. Das die ganze Angelegenheit entscheidende Schreiben Karls ist vom 13. November. Rushworth I. 297.

hältnisse vollständig umzukehren. Er selbst scheint vor Begierde gebrannt zu haben, sich mit dem ligistischen Führer von Neuem zu messen und nahm öfter selbst an den Recognoscierungen Theil.

Eins dieser kleinen Scharmützel sollte auch für seinen Bruder Friedrich Ulrich verhängnißvoll werden. Der lutherische Herzog Franz Albrecht von Lauenburg, der ebenfalls unter Tilly diente, erschien nämlich am 25. Juni 1623 plötzlich von Witzenhausen her im Dorfe Geismar in der Nähe von Göttingen und ersuchte darauf den Rath von Göttingen um Freigebung der Straße nach Plesse.[1] Da sie ihm versagt wird, strebt der Herzog, im Walde von Geismar vorrückend, freie Bahn zu erlangen. Hier im Walde stößt er jedoch auf den Feind, der ebenfalls auf einer Recognoscierung begriffen ist.

Früh um 5 Uhr war Christian mit 5 Compagnien zu Roß und 1 Compagnie Dragoner mit Johann Ernst von Weimar und dem Obersten Kniphausen aufgebrochen. Jenseit Göttingen gieng Oberst Kniphausen mit der Avantgarde, 2 Compagnien Reiter, vor und schickte 20 Reiter als Spitze voraus. Als diese den Feind in einer ziemlich ansehnlichen Stärke erblicken, ziehen sie sich auf die 2 Compagnien zurück. Der Herzog von Lauenburg läßt Kniphausen zum Ueberfluß fragen, ob er Freund oder Feind sei, und bietet ihm ein Treffen an. Kniphausen entschuldigt sich, daß er keinen Befehl zum Schlagen habe und auch nicht als Feind ausgezogen sei. Unterdessen hatte sich Christian selbst genähert, und die Ligisten wollten, als sie sich einem stärkeren Corps gegenüber sahen, den Rückzug antreten. Dabei wurden sie jedoch von den Braunschweigern mit solcher Energie verfolgt, daß zwei Compagnien vollständig zersprengt, und die übrigen in das obengenannte Holz geworfen wurden. Hier aber empfing sie bewehrtes Landvolk noch übler: das ganze Regiment ward zersprengt. Mehr als 100 Mann wurden gefangen, 40 Wagen mit Gepäck, eine ansehnliche Anzahl von Pferden, auch eine nicht gering zu schätzende Beute an Gold und Kleidern kam in die Hände der Gegner. In der Kutsche des Herzogs befanden sich allein, wie es heißt, 20,000 Ducaten, von denen ein Reiter so glücklich war 2,000 an sich zu bringen.

---

1) Diarium goettingense. Mscpt. im Archiv der Stadt Göttingen. Diese Mittheilungen danke ich der Güte des Herrn Gymnasialdirectors Dr. Schmidt in Halberstadt; vgl. außerdem Havemann, Göttingen während der Zeit des dreißigjährigen Krieges. Archiv d. h. Ver. f. Niedersachsen. Jahrgang 1848, 76 ff.

Unter den Briefschaften, welche in Christians Hände fielen, fanden sich auch die Documente, welche die Ehre seines Hauses in unzweideutigster Weise an den Pranger stellten. Sein unglücklicher Bruder war durch seine Gemahlin, welche in einem unziemlichen Verhältniß zu dem geschlagenen Herzoge gestanden hatte, getäuscht worden.

Gefangen wurde auch ein französischer Oberstwachtmeister und ein anderer Officier, der von Geburt Italiener war. Die Bairischen aber rächten sich durch Niederbrennen von 12 dem Herzoge Georg gehörigen Dörfern.

Das glückliche Treffen erhöhte die Stimmung in Christians Heer nicht wenig; immer noch hoffte man, daß sich der niedersächsische Kreis endlich anschließen werde, und versprach sich vornehmlich von den dahin gerichteten Bemühungen Christians IV. bei Christian von Lüneburg guten Erfolg.

Christian der Jüngere selbst hatte am 27. Juni a. St. sein Hauptquartier bei Kloster Stein; von hier aus forderte er die Stadt Göttingen auf, sein Heer mit Proviant und Lebensmitteln jeder Art, selbst Feigen und Rosinen, Mandeln und Citronen zu unterstützen. Auch die Herzöge Friedrich von Altenburg und Wilhelm von Weimar stellten ähnliche Forderungen an die Stadt, die sich übrigens vollständig in Vertheidigungszustand gesetzt hatte und sich mit den Forderungen der Fürsten, so gut sie konnte, abfand.

Da brach Christian Ende Juni auf, und lagerte sich zum größten Schrecken der Stadt in ihrer unmittelbaren Umgebung auf der Maschwiese.

Wie es schien, wollte er also in der That, vielleicht um ein feindliches Zusammentreffen im niedersächsischen Kreise selbst zu vermeiden, dem immer noch im Hessischen sich aufhaltenden Tilly entgegenziehen. Auf die Kunde von der Schlappe des Herzogs von Lauenburg überschritt jedoch dieser am 3. Juli bei Eschwege die Werra und näherte sich Göttingen von Süden.

Christian selbst deckte die Stadt und hatte sich in der Gegend von Obernjesa concentriert. Drei hundert Dragoner hielten das südlich davon gelegene feste Haus Friedland besetzt. Nachdem sie bereits mehrere Aufforderungen Tilly's zur Uebergabe zurückgewiesen hatten, begann am 6. Juli früh ein Bombardement aus sechs halben Kartaunen, das gar bald einen weiteren Widerstand nutzlos erscheinen ließ. Nach der Zerstörung der Thürme capitulierte die halberstädtische Besatzung und erhielt freien Abzug.

Eine entscheidende Schlacht in der Nähe von Göttingen schien nunmehr unvermeidlich. Christian selbst soll namentlich aufs eifrigste bemüht gewesen sein, einen Zusammenstoß mit dem ihm auch persönlich verhaßten Feinde herbeizuführen. Nur dem Obersten Kniphausen hatte es, wie es damals hieß, der niedersächsische Kreis zu danken, daß er dieser Gefahr glücklich entgieng: er allein soll es hintertrieben haben, daß Christian nicht das Geschick seines Heeres und der niedersächsischen Stände zugleich auf diesen einen Wurf setzte. Den Versuchungen, durch kleine Scharmützel und Plänkeleien den Feind in Athem zu halten, konnte er jedoch nicht widerstehen.

Welches die Gründe waren, mit denen Kniphausen seinen jugendlich-stürmischen General bewog, seine streitbare und wol ausgerüstete Armee dem Wagniß einer Schlacht doch nicht auszusetzen, kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Ob er ihm die Gefahr des Kreises, seiner Erblande und seines Bisthums vor Augen stellte, oder ob er ihm die Aussicht, mit diesen Truppen in den Dienst einer auswärtigen Macht zu treten, allzu verlockend ausmalte, ist nicht zu entscheiden. Fast scheint es, als ob der Bischof schon jetzt, noch bevor er die definitive Entscheidung des Kreises kannte, eine neue Kriegsbestallung einer fremden Macht als letztes Auskunftsmittel angesehen habe.

In diesem Sinne war wenigstens die Antwort abgefaßt, welche er Johann Georg von Sachsen auf ein letztes Mahnschreiben aus seinem Feldlager zukommen ließ. Er versprach ihm, „um niemand im Wege zu sein oder einige ombrage zu geben," seine Armee demnächst vom Reichsboden abzuführen und sich in fremde Kriegsdienste zu begeben. Dann werde ja, setzte er spöttisch genug hinzu, „der Effect ausweisen, an wem der Defect gewesen," und welche Pläne die Gegner in dem geliebten Vaterlande deutscher Nation zur Ausführung bringen würden. In ganz ähnlicher Weise antworteten dem Kurfürsten von Sachsen auch die andern fürstlichen Heerführer; die Herzöge Ernst von Weimar und Friedrich von Altenburg wiesen das Ansinnen Johann Georgs, den kaiserlichen Pardon nun endlich anzunehmen, auch jetzt noch zurück. Johann Ernst theilte den Standpunct Christians vollkommen, er war sich bewußt, Mitkämpfer in einem Streite zu sein, den seiner Meinung nach unversöhnliche Principien erregt hatten. Ganz anders stellte sich jedoch sein altenburgischer Vetter zu der von ihm vertheidigten Sache. Er bekannte offen und ehrlich sich Christian angeschlossen zu haben, weil der Kaiser seine Dienste zurückgewiesen hatte. Für ihn war Christians kriegerischer Aufzug nur

eine Art Manöver, das er seiner militärischen Ausbildung halber nicht gern missen wollte. Seiner Anschauung nach konnte seine Theilnahme an diesem Feldzuge in keiner Weise als ein feindseliges Auftreten gegen den Kaiser angesehen werden, da er ja diesem selbst, ferner den Königen von Spanien und Polen und endlich dem ober- und niedersächsischen Kreise seine Dienste angeboten hatte. „Aber weiln damals keine Occasion, als haben wir uns hieher begeben und solches darum, daß wir als ein junger Fürst etwas Nützliches und Rühmliches vielmehr erfahren möchten, dann die unwiderbringliche gute Zeit vergebens zu passiern!“ Darum hielt es denn Herzog Friedrich auch für schimpflich und seiner Reputation sehr nachtheilig, von seinem Vorhaben abzustehen, bevor sein General mit der ganzen Armee diesen Pardon angenommen habe.

Da erscheinen am 11. Juli die Gesandten des niedersächsischen Kreises in Göttingen, um beiden einander gegenüber stehenden Heeren den letzten Bescheid der Stände zu übermitteln. Die Kreisversammlung zu Lüneburg hatte Georg Albrecht v. Weidenbach, Curt Apel v. Grießheim, Georg v. d. Wensen, Hans v. Westernhagen, Otto Vietingshausen und Franz Joachim v. Bockolt an Christian entsendet. Nochmals ersuchten sie ihn um Annahme des Pardons: „die Fürsten könnten nicht befinden, wie er auf diese Weise die deutsche Freiheit retten und die Religion zu sichern vermöge.“ Sie fürchteten, daß sein Versuch, da ja neue Truppen aus Böhmen heranzögen, nur den entgegengesetzten Erfolg haben werde. Nun, wo die Entscheidung durch die Waffen täglich zu erwarten stand, war für die immerhin compromittierten Kreisstände höchste Eile von Nöthen, wenn sie sich bei dem Kaiser noch von dem Verdachte reinigen wollten, daß sie insgeheim doch mit Christian unter einer Decke lägen. Auch wünschten sie der Kosten für die Landesvertheidigung entledigt zu sein.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieselbe Gesandtschaft darauf auch zu Tilly gegangen. Die Kreisversammlung hatte sie wol beauftragt, auch die Stellung der gehorsamen Kreisfürsten zum Kaiser und zum katholischen Heere genau zu bezeichnen und vor allem die Nachtheile, welche aus einer etwaigen Vereinigung der Kreistruppen mit den Ligisten den Ständen selbst erwachsen könnten, abzuwehren.[1] Tilly wurde verpflichtet, den

1) Ueber diese Verhandlungen sind die archivalischen Nachrichten noch nicht befriedigend. Ich füge daher noch eine Zeitungsnachricht bei, die wenigstens zu

Besitzstand der geistlichen und weltlichen Stände des Kreises zu schonen, ferner sich jeder Execution, unter welchem Vorwande es auch immer sei, zu enthalten, über eine bestimmte Ordnung im Marschieren zu wachen und den Kreis sofort zu verlassen, nachdem ihn Christian quittiert habe. Endlich trugen die Stände auch wolweislich Sorge, sich für die Zukunft freie Hand zu erhalten. Die Gesandten sollten sich vorsehen, „daß es für keine Conjunction oder perpetuierendes Werk angesehen und aufgenommen, sondern präcise und salvis omnino constitutionibus imperii dirigiert werden möge." Auch die Bestätigung dieses Vertrags durch den Kaiser, ferner auch seine Geltung für Cordova und Anholt sollte Tilly ins Werk setzen.[1] — Die Drohungen der Gesandten wirkten: noch am 11./21. Juli erließ Christian seine letzte geharnischte und vorwurfsvolle Mahnung an den Kreis[2] — er wolle innerhalb 3 Tagen seine Armee vom Boden des Reichs abführen und ausländische Dienste nehmen — und wandte sich dann nordwärts an Göttingen vorüber nach Hardegsen zu, während Tilly am 14./24. Juli über Jühnde nach Adelepsen vorgieng. Das braunschweigische Heer

---

weiteren archivalischen Forschungen Anlaß geben kann. Magdeburg 4. August: Der nieders. Kreis hat dem Fürsten Chr. aus Lüneburg 3 Legaten ins Läger geschickt und anmelden lassen, daß er den Kais. Pardon annehmen und sich aus diesem Kreis wenden wolle. Darauf er geantwortet, er sehe wol, daß sie die Augen noch nicht aufthun wollten, aber sie würden es nach seinem Abscheid erfahren, was geschehen würde. Er wollte zwar parieren..., aber mit dieser Versicherung, daß ihm an dem braunschweigischen Land, daran er auch Theil hätte, und an seinem Wahllande kein Schade vom Mons. Tilly geschehe, hat sich auch alsbald denselben Tag aufgemacht, 2 Meil mit seinem Volk aus seiner Sternschanz gewichen... uf Paderborn und Münster, Vorhabens zu dem Mansfelder zu stoßen und dem König in Frankreich zuzuziehen, welcher ihn mit seiner Armee in Bestallung genommen (?)..... Die Legaten, als sie Fürst Christians Antwort vernommen, haben alsbald einen Trommeter an Mons. Tilly gesandt, daß sie an ihn eine Werbung hätten vom niedersächs. Kreis.... Darauf er geantwortet, daß er folgendes Tags um 8 Uhr ihr warten wollte. Da sie aber ihre Sachen proponieret, hat er sich lange gewehret, endlich aber geantwortet, er wollte sehen, wo sich Fürst Christian würde hinwenden. Als F. Chr. hinweg, rückte Mons. Tilly in seine, des F. Chr., Sternschanze und gibt nun vor, es solle der nieders. Kreis den F. Chr. dahin halten, daß er den Spaniern in Brabant kein Schade thäte. Handschr. Zeitungen in der Stadtbibliothek zu Leipzig, Bd. 5.

1) Der Vertrag ist zu Reiffenberg am 13./23. Juli abgeschlossen worden. — Kgl. Staatsarchiv zu Magd. Erzstift Magd. I. XVIII. Niedersächs. Kreis 3. Havemann, Der Kreistag von Lüneburg, Arch. des hist. Ver. für Nieders. Jahrg. 1847, 18 ff.

2) Londorp I. 1117 ff.

begleiteten auch dänische Diplomaten, welche den Herzog endlich zu einer Resignation seines Bisthums bewogen. Er entsagte am 18. Juli zu Lemgo zu Gunsten des dänischen Prinzen Friedrich. — Bereits vor Göttingen scheinen auch die Verhandlungen des Herzogs über seinen abermaligen Uebertritt in die Dienste der Generalstaaten zum Abschluß gelangt zu sein.[1] Nach einer Mittheilung sendete er den älteren Herzog von Weimar aus dem Lager bei Göttingen nach dem Haag, wo er auch einen neuen Vertrag mit den Generalstaaten und Moriz von Oranien zu Stande brachte. Diesem zu Folge sollte Christian am 1. August zu Rees am Rhein eintreffen.[2]

Von jetzt ab ist es das eifrigste Bemühen Christians, einer Schlacht auszuweichen und sein Volk möglichst ohne Niederlage davon zu bringen. Gewiß war er auch bereits von der unter Colalto aus Böhmen herannahenden Verstärkung unterrichtet. Allein der ligistische General gab die Verfolgung des Feindes nicht auf, obwol er ihn auch nicht einholte, sondern stets zwei Tagemärsche hinter ihm zurückblieb. Wahrscheinlich wurde Tilly noch außerdem durch die Kreisgesandten abgehalten, Christian innerhalb Niedersachsens zum Stehen zu bringen.

So konnte der Bischof am 17./27. Juli mit allen seinen Truppen ungehindert bei Bodenwerder die Weser überschreiten, um seinen Weg in das Stift Paderborn und das Lippische zu nehmen, während sein Gegner erst am 19./29. Juli in der Nähe von Corvei anlangte. Da ihm die Stadt den Durchmarsch versagte, mußte er hier einen Tag liegen bleiben und stellte unterdessen in der Nähe von Höxter eine Schiffbrücke her, über welche er am 30. Juli n. St. Fußvolk und Artillerie hinüberführte, während die Reiterei in der Nähe von Höxter durch die Weser gieng. Schon am 30. Juli langte Tilly zu Nieheim im Stift Paderborn an und traf am 31. Juli in dem dem Grafen Simon von der Lippe gehörigen Flecken Horn ein. Darauf marschierte er am 1. August über eine große Haide, die lange Samen genannt, und nahm noch an demselben Tage in einem Dorfe Brock Quartier. Von da aus wendete er sich nach Halle in der Grafschaft Ravensberg, und von hier zog er westwärts der Ems

---

1) For after Brunswick had taken a resolution at Kettington (Göttingen?) in Brunswickland to joyn with the Prince of Orange, he declined all occasions of encountring with Tillie the Imperial General, who was with an Army at a good distance. Wilson, The history of Great Britain 242.

2) Capellen I. 186.

zu: am 3. Auguſt befand er ſich zu Füchtorf im Münſterſchen. Abends am 4. Auguſt langte dann Tilly in Greve an der Ems an und vereinigte ſich auch an dieſem Tage mit den ſchnell aus dem Münſterlande, welches ſie ärger als der grimmigſte Feind verwüſtet hatten, zuſammengezogenen Truppen des Grafen Anholt.

Beinahe hätte Tilly ſchon in Greve ſelbſt ſeinen Gegner ereilt; erſt früh am Morgen hatte er die Stadt verlaſſen; eine halbe Stunde vor dem Einrücken der Katholiſchen hörte man noch in der Stadt die Signale der braunſchweigiſchen Nachhut.[1]

Die Avantgarde des proteſtantiſchen Heeres befehligte Herzog Wilhelm von Weimar: ſie beſtand aus 2 Regimentern. Kniphauſen commandierte das Gros der Armee, der Graf Thurn und Herzog Bernhard von Weimar deckten mit der Cavallerie das Ganze. Alle drei Abtheilungen ſollten auf dem Marſche möglichſt gleiche Entfernung bewahren. Wenn die Nachhut dem Feinde Stand halten müßte, ſollten auch die voraufziehenden Abtheilungen Halt machen; und wenn die Vorhut eins der 7 Defilées paſſiere, welche ſie auf ihrem Marſche von Nienburg bis zur Brücke bei Stadtlohn zurück-

1) Zu einer eingehenderen Beſchreibung des Rückzugs der Braunſchweiger und der Schlacht ſelbſt reichen die mir bekannten Quellen noch lange nicht aus. Unſern Schilderungen liegen zu Grunde I. von gedruckten Quellen: 1) das an Einzelheiten reiche Schreiben Tilly's an die Infantin, Stadtlohn 7. Aug. (Billermont, Tilly 653—655). 2) Tilly's Schreiben an den Kaiſer, Stadtlohn 10. Aug. (Londorp II. 1197). 3) Schreiben aus dem kurf. bair. Feldlager zu Stadtlohn, 10. Aug. (Londorp I. 1118 ff., incorrecter und unvollſtändig bei Khevenhiller X. 188—197); das Schreiben ſcheint unmittelbar aus Tilly's Kanzlei zu ſtammen und iſt offenbar abhängig von dem Berichte Tilly's an den Kaiſer. 4) Ein bis jetzt ganz überſehener Bericht, der von Chriſtian von Braunſchweig ausgegangen iſt und ſich bei Wilson, The History of Great Britain 242 ff. findet. Ueber ſeine Abfaſſung leſen wir S. 246: this Relation was made by the Duke of Brunswick to Maurice Prince of Orange for his own Vindication. And from a French Copy that the Duke gave to the Earl of Essex, he translated it then into English, that some of our Nation there might partake of the true Knowledge of his Misfortunes. Die Angaben dieſes Berichts ſcheinen der Karte, welche das Theatrum Europ. enthält, zu Grunde zu liegen. II. Von ungedruckten Quellen ſind herangezogen: 1) Das in mehreren Archiven befindliche Schreiben Tilly's an den Abt von Fulda (erwähnt bei Röſe, Herz. Bernhard I. 341 Anm. 48). 2) Eine Schilderung vom 7. Auguſt, welche vornehmlich die Kämpfe in der Gegend von Ahaus enthält (Großherz. Arch. zu Weimar). 3) Ein Brief des niederländiſchen Reſidenten Foppius von Aitzema an Fürſt Chriſtian den Aelteren von Anhalt, Hamburg 30. Aug. 1623 (Herz. Archiv zu Bernburg). Er beruht auf einer ſchriftlichen Mittheilung des Grafen Ernſt Caſimir von Naſſau. —

legen mußten, hatten die beiden folgenden Treffen eine Frontstellung gegen den Feind einzunehmen. In ähnlicher Weise war der Vorhut und dem Gros der Armee vorgeschrieben, der Nachhut das Passieren der Defilées zu erleichtern.

Noch am 4. August kam es zu kleinen Scharmützeln. Mit dem Anbruche des nächsten Tages setzte Tilly seine Verfolgung fort. Es galt ihm, den flüchtigen Gegner um jeden Preis zum Stehen zu bringen und seine Vereinigung mit Mansfeld oder seinen Uebertritt in die Niederlande zu verhindern. Nach dem Aufbruche erfuhr er, daß ihm Christian nach Norden gegen Burgsteinfurt zu ausweich. Dies Städtchen erreichten die Ligisten am Abend des 5. August. Als Tilly noch einen Theil der feindlichen Cavallerie in der Nähe eines Waldes jenseit der Stadt entdeckte, ließ er seine Vorhut unter dem Obersten Avantagne vorgehen, freilich aber ohne Erfolg. Mit einem Verlust von einem Offizier, dem Markgrafen von Grano, und 12 Mann zogen sich die Reiter auf 500 M. Infanterie, die zu ihrer Unterstützung am Flusse entlang herbeikamen, zurück.

Eine Zeit lang schien es noch, als ob auch Christian hier eine Schlacht annehmen wollte, und Tilly rückte ihm in voller Schlachtordnung mit einem Theile seiner Armee entgegen. Allein der flüchtige Braunschweiger hielt zuletzt doch nicht Stand, und sein Gegner mußte vor allem auch seinen ermüdeten Truppen einige Ruhe gönnen.

So lagerte Tilly diese Nacht im freien Felde jenseit Burgsteinfurt und behielt einen vor der Stadt gelegenen Wald besetzt. Da erfuhr er, daß eine Verbindung mit Mansfeld nicht mehr im Plane des Herzogs von Braunschweig liege, sondern daß er bei Rees oder Schenkenschanz den Rhein zu überschreiten gedenke, um seine Schaaren den Generalstaaten zuzuführen. Schon vernahm man auch, daß diese ihre Truppen vorschöben, um sein Vorhaben zu erleichtern.

Die Braunschweiger lagen in der Nacht vor ihrer Niederlage bei Metelen und Schöppingen jenseit der Vechte. Ihre Avantgarde hatte bereits an diesem Tage Nienborg erreicht. Selbstverständlich hatte Christian von der Vereinigung Tilly's und Anholts Kenntniß. Das Gerücht schrieb dem erstern 84 Cornet, dem Grafen v. Anholt 27 Cornet Pferde zu; dazu kamen außerdem 7 Regimenter Fußvolk. Unter diesen Verhältnissen wurde Christian der Entschluß, dem Feinde ohne weiteres das Feld zu räumen, gewiß wesentlich erleichtert. Er ließ daher in allen Quartieren den Befehl geben, das Gepäck Abends 11 Uhr, die Artillerie um Mitter-

nacht vorauszuschicken, zwei Stunden darauf sollte dann der allgemeine Aufbruch in aller Stille vor sich gehen.

Allein unglücklicher Weise wurde dieser Befehl nicht ausgeführt; als sich der Herzog früh gegen 3 Uhr erhob, fand er Kniphausen und den Grafen v. Isenburg noch in den Betten. Die Nachhut konnte nun erst früh gegen 8 Uhr aufbrechen, und so gerieth von vorn herein alles in Verwirrung. Auf allen Wegen schoben sich die Wagen zwischen die marschierenden Truppen, und an eine Ordnung war nicht mehr zu denken. Schon früh gegen 8 Uhr wurde die Cavallerie der tilly'schen Avantgarde mit der braunschweigischen Nachhut handgemein. Als Tilly's Hauptarmee sichtbar wurde, zogen sich die Braunschweiger quer durch ein Wäldchen in eine Ebene, wo sie dem Feinde wider mehrere Eskadronen entgegenwarfen. Bei diesem neuen Zusammenstoß verloren die Ligisten einen Grafen Stirum.

In der Nähe des Amtshauses und der Windmühle von Ahaus wurde der Kampf zuerst hitziger; die Braunschweiger zogen sich von da gegen Wessum und Wüllen hin. Auf dem „wessemer Floet" und dem „wüllner Esch" kam man nun so stark an einander, daß die Braunschweiger erst an einer Landwehr am Ende des wüllner Esch wider Stand zu halten vermochten. Hier warf Christian sein Fußvolk dem Feinde entgegen und versuchte ihn durch Artillerie zum Weichen zu bringen. Allein trotzdem, daß man 14 schwere Geschütze zu gleicher Zeit abbrennen ließ, konnte sich der Herzog keines Erfolges rühmen: es wurde im Allgemeinen zu niedrig geschossen. So mußte Christian abermals nach Süden ausweichen und machte in einer Heide — Dünningsbusch — zwischen Ahaus und Stadtlohn wider Halt. In einem Wäldchen vor Stadtlohn nahm der größte Theil der braunschweigischen Armee, Infanterie und Cavallerie nebst 6 Geschützen, von Neuem Stellung.

Das Terrain begünstigte sie in sofern, als ihre linke Flanke von einem Morast gedeckt wurde. Es waren zuerst nur vier feindliche Regimenter, welche sich hier am Kampfe betheiligten: die beiden Infanterieregimenter von Valentin Schmidt und die Cavallerieregimenter des Grafen Adam v. Herberstorf und des Herzogs Adolf von Holstein, eines lutherischen Fürsten, der in seiner politischen Laufbahn durch den König von Dänemark aus dem Sattel gehoben war und nun dem Kriegshandwerk nachgieng. Diese vier Regimenter, die Avantgarde des tilly'schen Heeres, wurde durch eine Abtheilung Musketiere, die man aus allen Regimentern ausgelesen hatte, verstärkt. Nach ihnen rückten auch die Obersten v. Schönberg, der Graf von Fürstenberg, der Herzog von Sachsen-Lauenburg,

der zweite lutherische Fürst, welcher an diesem Tage auf der Seite der Katholischen focht, ferner Erwitte, Eynatten, Lindlo ins Treffen.

Auf Seiten der Braunschweiger führte der Graf von Thurn die Arrieregarde. Gleich im Anfang des Treffens mußte sich sein ganzes Regiment mit geringen Ausnahmen an die Feinde ergeben: er selbst entkam, zwei Mal verwundet, nur mit genauer Noth auf einem Wagen des Herzogs von Altenburg. Eben so wenig hielt das Regiment des Grafen von Isenburg Stand, sondern wich auf die Dragoner zurück, und diese, in dem allgemeinen Wirrwarr mit fortgerissen, suchten einen Stützpunct an der Infanterie. Die Verwirrung, welche hierdurch entstand, benutzte der Feind zu einem Sturm, welchem die Braunschweiger mit ihren ungeordneten Massen, denen noch dazu durch Wagen und Troß das Kämpfen erschwert wurde, nicht widerstehen konnten. Und nun glückte es dem Grafen von Anholt, die in einander geschobenen Heerestheile zu durchbrechen und von beiden Seiten einzuschließen. Der Sumpf, welcher bei der Aufstellung Deckung zu geben schien, wurde den Braunschweigern jetzt zum Verderben, weil er das Entkommen erschwerte.

So kam es, daß fast die ganze braunschweigische Infanterie, mit Ausnahme von etwa 2,000 M., welche Christian nach den Niederlanden retten konnte, verloren gieng: nach Tilly's Berechnung waren 6,000 bis 7,000 M. tot oder verwundet auf dem Schlachtfelde geblieben, gegen 4,000 M. gefangen. Die ganze Artillerie und Munition samt 85 Fähnlein und 16 Cornet, endlich 2 Silberwagen mußte Christian in den Händen des glücklichen Siegers zurücklassen.

Verhängnißvoll war auch das Loos vieler Offiziere; ja die Verwirrung war so groß, daß selbst mehrere Fürsten sich der Gefangenschaft nicht entziehen konnten. Herzog Friedrich von Altenburg, der so begierig war, in diesem Feldzuge eine Schule des practischen Dienstes durchzumachen, mußte theures Lehrgeld zahlen. Er selbst wurde gefangen, sein Gepäck vollständig geplündert. Von Münster aus ersuchte er kurz nach der Schlacht seinen Bruder Johann Philipp um einen Wechsel, „weil mein Pacasi alles weg, ich gar nichts davon bracht."

Der Herzog Wilhelm von Weimar, der in die Brust und durch den rechten Arm verwundet war, hatte sich mit seinem Stallmeister, Dietrich Scharten, in einem Wäldchen ergeben müssen, nachdem er sein Roß mit Sattel und Zeug im Moraste hatte stecken lassen. Alle seine übrigen Pferde mit Ausnahme eines weißen Zelters, den man hatte stehen lassen, waren ebenfalls eine Beute des Siegers geworden. Ebenso hatte er von seiner

Bagage nur einen Leibwagen, auf welchem sich das Silbergeschirr befand, gerettet. Durch Kauf gerieth der Herzog in die Hände des Oberstlieutenants Illo.

Unter den übrigen höheren Offizieren, welche Tilly's Glück und ihre eigne Unordnung in die Hände des Siegers geliefert hatte, befand sich der Oberst Frenk, die Grafen v. Isenburg, v. Löwenstein, v. Schlick, v. Wittgenstein, der Rheingraf Hans Philipp, die Obersten Spee, Mai, Sidon (?), der Oberstlieutenant Pithan (?) und 50 Hauptleute. —

Schon kurze Zeit nach der Schlacht war man darüber einig, die gefangenen Offiziere, ja selbst die Fürsten in Haft zu behalten und sie innerhalb der östreichischen Lande selbst zu internieren. Nach einem kurzen Aufenthalte in Stadtlohn wurde die Mehrzahl derselben nach Münster gebracht. Das Regiment des lutherischen Herzogs Adolf v. Holstein, welches so viel zum Siege beigetragen hatte, genoß die Ehre, die Fürsten gegen Ende des October nach Wien zu geleiten. Am 24. October führte der Oberstlieutenant Illo an der Spitze von 100 Pferden die beiden Fürsten mit den Obersten Frenk und Spee durch das protestantische Nürnberg; bei seiner Ankunft in Wien erhielt er vom Kaiser ein Geschenk von 1,200 Thalern. —

Die Kunde von der Niederlage dieses so wol ausgerüsteten Heeres schlug die Hoffnungen der Protestanten von Neuem darnieder. Selbst an den Höfen zu Berlin und Dresden sah man nun ein, wie sehr sich jetzt, nachdem gar kein Gegner der habsburgischen Bestrebungen auf dem Boden des Reichs mehr in den Waffen war, die Lage der protestantischen Interessen verschlimmert hatte.

Christian von Anhalt schrieb die Niederlage nicht zum geringsten Theile auch dem vollständig herabgekommenen Soldatenstande zu, an dessen moralischer Hebung er verzweifelte. „Es ist leider bei etzlichen wenigen Jahren hero die Soldateska zu Roß und Fuß dermaßen corrumpiert worden, daß ich gleichsam an Restauration ihrer Generosität und deboir sehr zu zweifeln anfange, und ist dieser eventus dem gemeinen Wesen abermals ein colpo mortale, also daß es fast scheinet, als möge der liebe Gott auf eine ganz andere, sonderbare Art die Seinigen zu erhalten und aus der babylonischen Servitut zu erretten Vorhabens sein.[1]"

In den Niederlanden verurtheilte man die Heerführung des Herzogs, welche der Vorsicht und der Stätigkeit vielfach entbehrt haben mag.

---

1) Christians Brief an Foppius von Aitzema, Flensburg 10./20. Sept. 1623. Herz. Arch. zu Bernburg.

Allein auch Moriz von Oranien iſt getadelt worden, daß er dem deutſchen Heere in der Umgebung von Stadtlohn nicht rechtzeitig die Hand geboten hat.[1]

Die Nachricht von der Gefangenſchaft der erneſtiniſchen Fürſten war kaum an den Höfen von Weimar, Dresden und Köthen bekannt geworden, als man auch bereits Verſuche zu ihrer Befreiung machte. Die Brüder der Gefangenen, der zur Zeit regierende Herzog Albrecht von Weimar, ferner der Herzog Johann Philipp von Altenburg ſuchten zu dieſem Behufe die Vermittelung Johann Georgs ſchon unmittelbar nach der Schlacht nach. Und ſo hartnäckig und mißtrauiſch Johann Georg auch gegen die Forderungen der niederſächſiſchen Kreisſtände ſich gezeigt hatte, ſo ängſtlich er ſich auch hütete, durch irgend eine Fürſprache für die bedrohten evangeliſchen Intereſſen Niederſachſens den Verdacht des Kaiſers zu erregen, ſo bereitwillig verſicherte er in dieſer rein perſönlichen Angelegenheit die verwandten erneſtiniſchen Höfe ſeiner Mitwirkung. Er wies ſeinen Agenten Johann Hoffmann, genannt Zeidler, ſchon am $\frac{28.\ \text{Aug.}}{7.\ \text{Sept.}}$ 1623 an, ſich der Sache anzunehmen und ein Schreiben Johann Philipps zu überreichen. Nur ſeine eigne Verwendung bei dem Kaiſer wollte er jetzt, wo die Sache noch ſo neu war, und der Verſuch, Ferdinand zur Milde zu ſtimmen, allerdings geringe Ausſicht auf Erfolg verſprach, noch nicht eintreten laſſen.

Zäher und zurückhaltender bewies ſich der Kurfürſt ſchon gegen die Weimaraner. Auf die widerholten Vermittelungsgeſuche des Herzogs Albrecht nannte er am $\frac{31.\ \text{Aug.}}{10.\ \text{Sept.}}$ die unterthänigſte Unterwerfung unter den Kaiſer als das einzige Mittel der Befreiung.

In Wien ſelbſt ſcheint man im Anfang in einer Art Verlegenheit über den glücklichen Fang geweſen zu ſein; einige Räthe waren wol der Meinung, der Kaiſer ſolle beide Fürſten dem Kurfürſten von Sachſen, falls dieſer eine Garantie für ihr weiteres politiſches Wolverhalten übernehmen würde, ohne Weiteres überlaſſen. Der Einwirkung Maximilians von Baiern maß man die ſchließliche Internierung der Fürſten und Oberſten in Wien, ſpäter in Neuſtadt, zu, wo ſie nach dem Ausdrucke des Fürſten von Eggenberg in „Ihrer Majeſtät gnädigen Händen" waren. Nachdem dieſe Ueberſiedelung aber einmal erfolgt war, glaubte

---

1) Capellen, Gedenkſchriften I. 186—189.

man eher, daß Ferdinand die jungen fürstlichen Heißsporne eine Zeit lang „in Melancholei vortriefen lassen" werde.

Einem günstigen Vorurtheile bei Offizieren und hohen Standespersonen begegnete von vorn herein Herzog Friedrich von Altenburg. Man machte außerdem zu seinen Gunsten geltend, daß er nur sehr spät in diesen bösen Wirrwarr gekommen und auch nicht viel Unheil angerichtet habe. Wenn der Fürst von Eggenberg Johann Hoffmann gegenüber auch jetzt noch die Ansicht aussprach, daß selbst Christian von Braunschweig der Gnade des Kaisers noch theilhaftig werden könne, so durfte man an Herzog Friedrichs baldiger Freigebung um so weniger zweifeln, mochten ihn auch einige beschuldigen, daß er bereits vor längerer Zeit seine Vereinigung mit Herzog Christian oder Mansfeld im Schilde geführt habe.

Am 3./13. October übersendete auch Herzog Albrecht von Weimar dem Kurfürsten von Sachsen das Concept einer Bittschrift für seinen Bruder Wilhelm. Es glitt in seiner außerordentlich geschickten Abfassung so glücklich über die Gegensätze hinweg, daß es trotz seiner unterthänigsten Formen die ganze Sache doch nicht vollständig blos stellte. Aber freilich in einer recht würdigen Lage befanden sich die Urenkel Johann Friedrichs des Großmüthigen nicht. Indem Herzog Albrecht an seinen Aeltervater erinnerte, bat er nicht nur, dies Beispiel kaiserlicher Huld wider zu erneuern, sondern auch durch neue „Ferdinandische Gnad, Güt und Wohlthat" an seinem Hause und dessen Nachkommenschaft zu mehren. Er stellte dem Kaiser vor, daß soldatischen Naturen „gemeiniglich ihr Wehr und Waffen besser als die Rechte bekannt seien," und ihnen daher auch ein Irrthum „vornehmlich, wenn er ins gemein und in großwichtigen, schweren Sachen begangen wird," mehr denn Andern in Gnaden nachgesehen werden könne. Darauf bittet er Ferdinand, wenn sein Bruder etwa „aus fatalischem Verhängniß des gerechten Gottes, aus Schwachheit menschlichen Verstandes, Mangel bessern Berichts, gemeinem Irrthum, Besorgung ungleicher Deutung und Nachrede, endlich aus Unvorsichtigkeit und frischem Geblüt der Jugend oder andern dergleichen, aus rechtem Wissen oder bösem Vorsatz nicht herrührenden Ursachen dem Kaiser zu nahe gewesen sei," es ihm allergnädigst zu verzeihen. Am 19. October 1623 kündigte endlich Albrecht dem Kurfürsten sogar seinen Besuch an; in der aus 25 Personen bestehenden Umgebung sollte sich auch der Rath Friedrich Hortleder befinden.

Doch auch von anderer Seite her fanden sich noch fürstliche Fürsprecher. Johann Georg wurde auch von den anhaltinischen Fürsten

gedrängt, die baldige Losgebung des Herzogs Wilhelm bei Ferdinand zu betreiben. Die Anhaltiner aber hatten zwiefaches Interesse Wilhelms Rückkehr sehnlichst zu wünschen. Den Sohn ihrer geistvollen und gemüthreichen Schwester Dorothea Maria hatten während seines Aufenthalts in den Harzgegenden in den Jahren 1622 und 1623 an die Familie seines Oheims Johann Georg noch engere Bande gefesselt. Außer von den anhaltinischen Brüdern giengen ferner auch Verwendungsschreiben vom Markgrafen Christian von Brandenburg-Culmbach so wie vom Landgrafen Ludwig von Hessen ein. —

Die Gefangenen scheinen im Anfang fröhlicher Hoffnung gewesen zu sein. Herzog Friedrich meldete wenigstens seinem Bruder Johann Wilhelm am 10./20. Nov. von Nußdorf aus, wie am 5./15. November Erzherzog Leopold zu Kloster Neuburg an beide Fürsten herangetreten sei und ihnen im Vorübergehen mitgetheilt habe, er hoffe, es werde nicht lange mehr währen. Friedrich versicherte ferner, der Kaiser hege gegen ihn persönlich das beste Wolwollen. Selbstverständlich unterließen auch die Herzöge nichts, was sie der Gnade Ferdinands II. versichern konnte.

Wilhelm selbst reichte mit seiner Neujahrsgratulation am 3. Januar ein Begnadigungsgesuch ein. Ihre Lage aber wurde allmälig um so drückender, als sie vollständig mittellos waren und sich nur auf die Unterstützung des kaiserlichen Hofes selbst angewiesen sahen. Schon am 27. October 1623 hatte wenigstens Herzog Wilhelm seiner eignen Aussage nach bereits 1,500 Thlr. von kaiserlichen und bairischen Offizieren entleihen müssen. Später suchte Herzog Friedrich vergebens bei wiener Kaufleuten 3,000 — 4,000 Thlr. aufzunehmen; selbst der Wirth in Neustadt, wo sich sein Gesinde mit den Pferden befand, weigerte sich weiter zu borgen.

Endlich hatte sich Johann Georg doch zur Einreichung eines Gnadengesuchs entschlossen. Es ist am 8./18. Januar 1624 abgefaßt und schließt sich dem Gedankengange der bei ihm eingelaufenen Vermittelungsschreiben aufs engste an. Die Jugend der Fürsten, ihre Lust, sich im Kriegshandwerk zu vervollkommnen, und die nahe Verwandtschaft mit seinem eignen Hause sind die Gründe, welche Johann Georg für zweckmäßig hielt, seiner Bitte bei Ferdinand II. Nachdruck zu verleihen. Johann Georg meinte, „die Jugend, so noch bei ihnen zu finden, der Appetit und die Begierde etwas Rühmliches im Kriegswesen zu sehen und zu erfahren, welches zwar zu loben, aber an einem andern Orte hätte geschehen sollen und können, habe sie in dies Unwesen hineingezogen." Ein Vorsatz, ja selbst nur der Gedanke Ferdinand II. „zu offendieren,"

sei bei ihnen gewiß nicht vorhanden gewesen. Er spricht die Hoffnung aus, daß sich seine Vettern diese „Correctur" zur Warnung gereichen lassen und künftig besser vorsehen würden. — Die kursächsische Verwendung erreichte ihr Ziel zunächst nicht. Zeidler meldete am 18. Febr. 1624, daß die schleunige Erledigung namentlich des Herzogs von Weimar noch keineswegs in sicherer Aussicht stehe. Eggenberg und andere Räthe waren der Ansicht, daß die Fürsten bisher die Größe ihres Vergehens noch nicht recht hätten erkennen wollen; es müsse bessere Erkenntniß und wirkliche Demüthigung vorausgehen. Eggenberg hatte dem sächsischen Agenten sogar untersagt, bei seiner Audienz die Sache nur überhaupt in Erwähnung zu bringen. Und als Zeidler nun wirklich[1] die Ueberreichung des Verwendungsschreibens berichtete, mußte er hinzufügen, daß Herzog Wilhelm „noch schwärzer im Buche abgemalt sei," als sein altenburgischer Leidensgenosse. Ferdinand II. hatte ihn seinem Fürsprecher gegenüber einen jungen Wolf genannt. Später entkräftete derselbe den auch von Johann Georg geltend gemachten Milderungsgrund der Jugend mit dem unbestreitbaren Satze: ein Herr von siebenundzwanzig Jahren sei nicht zu jung.

Um diese Zeit aber, wenn nicht schon früher, hatten die bei Stadtlohn aufgegriffenen Papiere Wilhelms seine Lage noch mißlicher gemacht. Der von seinen Unionsplänen, die nur mit neuen Säcularisationen enden konnten, zunächst bedrohte Kurfürst von Mainz, ferner aber auch Maximilian von Baiern drangen daher sehr nachdrücklich auf eine empfindliche Bestrafung ihrer protestantischen Gegner. Um den überdies nicht allzu hitzigen Eifer Johann Georgs für die Freilassung der Ernestiner noch mehr zu mäßigen, übersendete der Kurfürst von Mainz die Schriftstücke, welche bei Stadtlohn unter Wilhelms Gepäck gefunden worden waren, unter andern auch die Statuten jenes Friedbunds, abschriftlich an den Kurfürsten; Maximilian von Baiern aber schickte sogar seinen Kanzler nach Wien, um die Bestrafung Wilhelms energischer zu betreiben. Dazu kam noch, daß die weimarischen Brüder Johann Ernst und Bernhard durch ihren abermaligen Aufenthalt im Haag den Verdacht des Kaisers von Neuem erweckten. Gab man doch sogar in Wien vor, Schreiben des Pfalzgrafen und des Herzogs Johann Ernst in den Händen zu haben, in welchen sie Bethlen Gabor zur Befreiung der Fürsten aufforderten. Ein Gutachten des Reichshofrathes vom 24. März 1624 rieth daher auch unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den verdächtigen

1) Am 3. März 1624.

Aufenthalt der weimarischen Fürsten in Holland, Wilhelms Haft zu verlängern.

Indessen wurde am 5. Mai 1624 wenigstens Herzog Friedrich, nachdem er dem Kaiser auf der Jagd aufgewartet hatte, seiner Haft entledigt. Ungern trennte er sich von dem fürstlichen Freunde, der mit ihm die Gefahren des unbesonnenen Kriegszugs und der demüthigenden Gefangenschaft getheilt hatte. Herzog Wilhelm aber unterwarf der Reichshofrath v. d. Recke am 8. Juni 1624 einem Verhör über die von ihm angestrebte neue Union, dessen Resultat seiner baldigen Befreiung nicht günstig war. Antworten wie die, der von ihm gegründete Bund sei nur ein Vorschlag gewesen, oder er habe nicht so tief nachgedacht, sein Sekretär sei der Haupturheber des Werks, konnten ihm in der That bei seinen Gegnern kein Vertrauen erwecken.

Allein daneben scheinen auch noch andere, sehr wesentliche Gründe die Befreiung Wilhelms hingezogen zu haben. Obwol man die Kosten der Gefangenschaft beider Fürsten bereits am 6. Januar 1624 in Wien auf 80,000 Gulden schätzte, zog man es doch vor, die kostbaren Herren noch länger zurückzuhalten, weil auf jeden Fall der Preis für ihre Freilassung nicht gezahlt werden konnte oder noch nicht hoch genug war.[1]

Trotz aller Gnadengesuche verwandter und befreundeter Fürstenhöfe erlangte der junge ernestinische Wolf doch erst am ersten Weihnachtstage 1625 seine Freilassung.[2] An diesem Tage erhielt der kursächsische Agent Zeidler Auftrag, sich nach Neustadt zu begeben und dem Herzoge Wilhelm seine Befreiung anzukündigen. In einer Audienz gab ihm ein hoher kaiserlicher Cavalier im Auftrage Ferdinands II. noch anzuhören, „daß er eine Zeit lang mit das Factotum gewesen." —

---

1) Der Graf von Isenburg mußte für seine Freilassung neben dem Revers, gegen den Kaiser und die Liga nicht wider dienen zu wollen, für den kaiserlichen Pardon 12,000 Reichsthaler entrichten, welche ein Vetter der Kaiserin, Gonzaga, erhielt. Dem Fürsten v. Eggenberg aber hatte er eine Verehrung von 1,000 Reichsthalern zukommen lassen. So bedeutende Summen aufzuwenden, waren wenigstens wol eine Zeit lang die ernestinischen Höfe nicht im Stande. Herzog Albrecht versuchte im Jahre 1623 vergeblich bei den Herrn von Hoim gegen eine Versicherung des Domcapitels zu Halberstadt 10,000 Thaler aufzunehmen.

2) Ueber die Befreiung des Herzogs Wilhelm ist Röse, Herzog Bernhard Bd. I. S. 115 zu vergleichen. Im Uebrigen haben wir vorzugsweise nach den Acten des Kgl. Sächs. Haupt- und Staatsarchivs zu Dresden erzählt. Das betreffende Actenstück führt die Ueberschrift: Wie Hertzog Fridrich vnd Herzog Wilhelm .... gefangen 861.

Der Kaiser ließ Johann Georg ausdrücklich wissen, daß der Herzog allein der kursächsischen Fürsprache seine Befreiung zu danken habe; der kursächsische Agent am Kaiserhofe wußte sogar von noch höherem Einflusse zu berichten. Die Kaiserin selbst, der sich Wilhelm durch seine Kunstfertigkeit in mechanischen Arbeiten bemerklich gemacht hatte, soll nach ihm Wilhelms Entlassung endlich durchgesetzt haben.

Achtes Buch.

Der niedersächsische Kreis nach der Schlacht von Stadtlohn.

Der Kreistag von Braunschweig in den Monaten Juli und August. Die Kreisarmee. Niedersächsische und dänische Gesandte in Wien. Die Auflösung der Kreisarmee. Der Herzog Christian von Celle legt das Kreisoberstenamt nieder.

Die Niederlage Christians bei Stadtlohn brachte unter den Ständen des niedersächsischen Kreises nur neue Verwirrung hervor. Man hatte zwar endlich im letzten Augenblicke auf die dringenden Gesuche Tilly's Partei gegen den Herzog genommen, allein mehreren unter den Ständen war dieser Entschluß offenbar sehr schwer geworden. Und was konnten selbst die übrigen Glieder des Kreises auf die Beschuldigung des ligistischen Generals, den Gegner des Kaisers vorschnell aufgenommen und ihm Gelegenheit zur Verstärkung und Unterhaltung seiner Truppen gegeben zu haben, erwidern? Hatte man sich nicht trotz der gründlichen und widerholten Berathungen auf den Kreistagen einem Kaiser gegenüber, der an die Stelle seiner Wahlcapitulation den nackten militärischen Absolutismus zu setzen schien, in eine sehr schiefe Lage gebracht?

Und wenn auch nun einige Stände, wie der Administrator des Erzbisthums Magdeburg, ferner die lüneburgischen Brüder ihr politisches Verhalten selbst jetzt noch vollständig correct finden mochten, einer wenigstens von den übrigen trug dies Bewußtsein nicht in dem Grade in sich, Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel.

War ferner Tilly wirklich dazu ausersehen, im Bisthum Halberstadt neue Verhältnisse einzuführen, so konnte dies doch kaum ohne eine sehr merkliche Rückwirkung auf das Herzogthum Braunschweig selbst geschehen.

Hatte man aber einmal mit der katholischen Reaction in einem einzigen Stift des Kreises glücklich begonnen, so war es offenbar nur eine Frage der Zeit, wann die übrigen nachfolgen würden.[1]

Und bald verschlimmerte sich die Lage des Kreises noch mehr. Der ligistische Heerführer fühlte nach der gewonnenen Schlacht nur den sehnlichsten Wunsch, die ganze Kriegslast dem Staate aufzubürden, den er mit Recht als den Erbfeind der katholischen Hierarchie und des Hauses Habsburg betrachtete. Sein eifrigstes Bestreben gieng dahin, Mansfeld in Ostfriesland anzugreifen und den Kampf zu einem Angriffskrieg gegen den einzigen Hort protestantischer Freiheit und bürgerlicher Selbstständigkeit, gegen die vereinigten Niederlande, zu machen. Ohne Weiteres forderte er nur wenige Tage nach der Schlacht hierzu auch die Unterstützung des niedersächsischen Kreises und suchte auch noch außerdem Verstärkungen an sich zu ziehen.

Sehr verdächtig war in dieser Beziehung den Fürsten des Kreises vornehmlich ein Succurs durch ein Regiment hochdeutscher Knechte von 3,000 M., welche unter Colalto's Führung zu Tilly stoßen sollten. Sie kamen aus Böhmen und hatten ihren Marsch durch das Eichsfeld gerade nach dem Herzogthum Braunschweig zu nehmen. Anfangs August lagen sie in der Nähe von Eisenach und auf dem Eichsfelde, und der niedersächsische Kreis schickte sogar eine besondere Commission an die bedrohten Orte.

Tilly aber, der Friedrich Ulrich schon am 14. August ersucht hatte, sich über die Besetzung der Stadt Höxter zu beruhigen und der kaiserlichen Armee mit Rath und That Beistand zu erweisen, erließ am 17. August von Rheine aus ein neues Schreiben an den Herzog, in welchem er unter Berufung auf die Loyalität des Herzogs Heinrich Julius gegen das Haus Habsburg abermals um Gestattung des Durchzugs für den Grafen Colalto anhielt. Dies Gesuch sollten Drohungen unterstützen, die Friedrich Ulrich unmöglich mißverstehen konnte. Tilly erklärte dem Herzoge geradezu, daß ihm im Fall einer abschlägigen Antwort ein Befehl gegeben werden würde, welcher „zu Handhabung Ihrer Majestät Autorität, Würde und Hoheit, auch Beförderung gemeinsamen Wolstandes diensam und nöthig sei."

---

1) Der größte Theil der Actenstücke, welche der nachfolgenden Schilderung zu Grunde liegen, befindet sich im Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen Nr. 101.

In seiner Antwort auf das erste tilly'sche Schreiben begnügte sich Friedrich Ulrich mit der allgemeinen Bitte, Tilly möge es so anstellen, daß es den Reichsconstitutionen und den vielfachen Vertröstungen gemäß sei, und verwies auf eine bevorstehende Gesandtschaft an Ferdinand II. Im Betreff Colalto's betonte er, daß ihm der Durchzug nach einem Beschlusse des Kreises verweigert sei.

An jenem selben 7./17. August forderte jedoch Tilly auch von den Ständen Niedersachsens eine augenblickliche Vereinigung[1] ihrer Truppen mit der kaiserlich-ligistischen Armee. Mit „einträchtigem Herzen und Willen, unierter Stimm und Stärke" wollten sie beide die Generalstaaten durch Güte oder Gewalt nöthigen, die Feinde des Kaisers und die Störer des gemeinen Friedens Preis zu geben. Er bezeichnete dies als das einzige Mittel, den Kreis und die angrenzenden Lande vollständig zu beruhigen. Am 18./28. August widerholte er seine Aufforderung,[2] mit ihm vereinigt Mansfeld aus Ostfriesland zu vertreiben und drohte ihnen dafür, daß sie Colalto den Durchzug verweigert hatten, noch besonders mit der Ungnade seines kaiserlichen Herrn.

So war also die Forderung Tilly's, obwol die gegnerische Armee das Feld geräumt hatte, immer dieselbe geblieben. Die militärische Vergewaltigung drohte dem Kreise noch immer, und das Heer, mit dem sie allein hätte abgewehrt werden können, war aus den niedersächsischen Landen verwiesen und geschlagen worden! Es ist natürlich, daß unter solchen Verhältnissen die Stände das Bedürfniß doppelt lebhaft empfanden, Klarheit in die Situation zu bringen und sich vor allem zu versichern, in welcher Weise die Gegenpartei ihre günstige Stellung nach dem Siege zu benutzen gedenke.

Noch waren die Stände am Tage der Niederlage von Stadtlohn zu Braunschweig versammelt. Es mußte nun ihr eifrigstes Bemühen sein, die habsburgisch-ligistische Armee aus ihrer Nähe zu entfernen und vornehmlich ihren Einbruch in das Stift Halberstadt und das Herzogthum Braunschweig zu verhindern. Nachdem man sich des Herzogs Christian glücklich entledigt hatte, dachte niemand auch nur im Geringsten daran, die Schaaren der Gegner in den Kreis aufzunehmen. Daher ersuchten die Stände Ferdinand II. am 8./18. August, das weitere Vordringen Colalto's durch

1) Rheine am 7./17. Aug. Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen. Nr. 101.

2) Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen. Nr. 101.

das Hessische zu untersagen, und verlangten von Tilly an demselben Tage die Räumung von Höxter, um die Stadt mit ihren eignen Truppen zu besetzen. Sie baten in ihrer Angst auch den Kurfürsten von Brandenburg, sich die Verbindung beider sächsischer Kreise angelegen sein zu lassen, und wählten dann auch wirklich zu diesem Zwecke wider einmal eine aus dem Administrator von Magdeburg, dem Herzog Christian von Celle, dem Herzog von Holstein und der Stadt Mühlhausen bestehende Commission. Die größte Besorgniß aber erregte der barbarische, bei Freund und Feind verhaßte Kriegshaufe von angeblich 20,000 M., welchen der Marchese von Montenegro in den egerschen Kreis zur Unterstützung Tilly's geführt hatte.

Durch alle diese Schritte der Gegner sah sich der Kreis direct bedroht. Wie sollte man es denn endlich verstehen, wenn man gehorsame Stände gerade so wie die andern behandeln wollte, zumal da sich zur Zeit kein einziger Feind des Kaisers im Kreise befand? Auch diese Angelegenheit brachten die Stände durch ein Schreiben vom 9./19. August an den Kaiser. —

Das hauptsächlichste Resultat der Berathungen dieses Kreistags bestand jedoch darin, daß man eine Gesandtschaft an den Kaiser beschloß, um direct mit demselben über eine Besserung der Verhältnisse zu verhandeln. Arnd Preun, Christoph v. Bodendieck und Heinrich Husan wurden dazu ausersehen. Außerdem aber wurde auch Christian IV. ersucht, die Forderungen der Stände zu den seinigen zu machen. Um aber in jedem Falle versichert zu sein, daß man sich streng innerhalb der durch die Neutralität vorgeschriebenen Grenzen halte, sollten die Gesandten ihre Propositionen im Einvernehmen mit dem Kurfürsten von Sachsen feststellen und Johann Georg selbst zur Mitwirkung bei dem Kaiser heranziehn. Am 6./16. Aug. wurden die Instructionen, welche ihnen sowol bei dem Kurfürsten als bei dem Kaiser zur Richtschnur dienen sollten, ausgefertigt.

Nur die eigne Sicherheit vor fremder Gewalt — so stellte man Johann Georg vor — war auch jetzt noch das Ziel aller Bestrebungen der Kreisstände. Nun wollte man allerdings in die Versicherungen des Kaisers und des katholischen Bundes, als deutscher und aus deutschem Geblüt entsprossener Fürsten und aufrichtiger Patrioten, kein Mißtrauen setzen. Indessen, da friedhässige und hitzige Leute dazu antreiben könnten, diese Gelegenheit zu benutzen, da man ferner die Pläne der Gegner im Betreff des Bisthums Halberstadt noch nicht kannte, so erklärten die Stände dem Kurfürsten ihren Entschluß, die bereits im Februar beschlossen, aber durch Christians Erscheinen unterbrochenen Rüstungen wider aufzunehmen

und zu vervollständigen. Der König von Dänemark hatte sich sogar freiwillig erboten, dem Kreise noch 3,000 M. zu Fuß und 600 Reiter außer seinem Antheil zu stellen. Mit diesen Truppen sollten zunächst die Grenzen besetzt werden: kein einziger Stand im Reich, am allerwenigsten der Kaiser selbst, hatte sich, wie mehrfach betont wurde, eines Angriffs durch dies Kreisheer zu befahren; nur den Kreis selbst wollte man dadurch vor weiterer Verwüstung bewahren. Es war einstimmiger Beschluß der Stände, nunmehr „die Thür zuzuschließen" und keiner Partei mehr den Durchzug zu gestatten. Endlich aber eröffnete man Johann Georg, daß man von Tilly die Räumung Höxters fordere, und theilte ihm mit, wie die auf der Reise begriffene Gesandtschaft auf diese Puncte hin mit dem Kaiser selbst verhandeln solle. Auch an die so oft in Aussicht genommene, aber nie ins Werk gesetzte Verbindung der beiden sächsischen Kreise wurde schließlich noch einmal erinnert.

In der Mittheilung an den Kaiser selbst berief sich der Kreis zuerst im Allgemeinen auf seine Neutralität und betonte dann ausdrücklich, daß auch Friedrich Ulrich den Bruder nur in der lautersten Absicht, um ihn von Mansfeld zu trennen und der kaiserlichen Gnade fähig und geneigt zu machen, in seine Dienste genommen habe. Darauf erklärte er sich über seine eigne Stellung zu dem leidenschaftlichen Gegner Ferdinands II. in durchaus wahrheitsgemäßer Weise. Die Kreisfürsten hatten in der That als Gesamtheit weder von den Plänen Christians Kenntniß gehabt, noch sie gebilligt und sich an ihnen auch nur im Geringsten betheiligt. Ferdinand II. selbst konnte über die Mitschuld des Kreises nicht im Unklaren sein: nur der Herzog von Braunschweig war das Opfer einer gröblichen Täuschung geworden. — Die Stände sprachen dann weiter ihr Vertrauen zu Ferdinand II. aus, daß er den Kreis in seinem jetzigen Stande, in geistlicher und weltlicher Administration, in allen Rechten und Gerechtigkeiten unverrückt erhalten, vornehmlich aber „wegen der reformierten Erzstifter und Klöster, und was davon sonst dependieren möge und insonderheit das Stift Halberstadt betreffe, eine solche kaiserliche, versicherliche, willfährige Resolution ertheilen werde, daß Fürsten und Stände um so viel mehr bei der ganzen ehrbaren Welt zu rühmen und zu preisen hätten, daß sie Ihrer Kaiserlichen Majestät Wort billig getraut und darauf alle ihre consilia mit Bestand fundiert hätten." In der That, die Gesandten hatten noch den besondern Auftrag, bei dem siegreichen Kaiser die definitive Bestätigung der evangelischen Erzbischöfe, Administratoren und Besitzer reformierter Klöster und anderer Güter nachzusuchen! Durch diese

Bestätigung sollte der einzige feste Grund zu einem dauernden guten Einverständniß zwischen beiden Parteien gelegt werden. Nachdem die Waffen von Neuem für die Katholischen entschieden hatten, fühlten die niedersächsischen Stände das dringendste Bedürfniß, die territorialen Verhältnisse des Kreises, wie sie sich nun eben im Laufe der Zeit herausgebildet hatten, an welche das Bestehen des Protestantismus in diesen Landen zum bei weitem größten Theile geknüpft war, durch eine bindende Erklärung des Kaisers zu sichern und somit die böse Clausel des Religionsfriedens aufzuheben und den Rechtsboden zu gewinnen. Nur allzubald sollten sie jedoch empfinden, wie wahrheitsgetreu ihnen der Bischof von Halberstadt ihre eigne Zukunft in seinem vorwurfsvollen Abschiedsgruße geschildert hatte.[1]

Schon oben wurde bemerkt, daß der Kreistag auch den Beschluß faßte, die seit dem Februar mit so unglaublicher Lässigkeit betriebenen Rüstungen zu beschleunigen. Der Kreis wollte dieselben in solcher Ausdehnung fortsetzen, daß er sich vor jeder ihm von Außen her drohenden Gewalt sicher fühlen konnte. Die Thür jetzt zuzuschließen, hieß aber nichts anderes, als dem ligistischen General die Aufnahme in den Kreis verweigern, welche Herzog Christian im Einverständniß mit seiner Familie, wenn auch wider Willen der übrigen Kreisstände, erlangt hatte.

Und so waren denn nach allen bisherigen Vorgängen die Gegensätze von Neuem so geschärft, daß auch schon dieser Beschluß einer rein defensiven Bewaffnung einen Act der Feindseligkeit gegen Ferdinand II. und seine Verbündeten zu enthalten schien. Allein da man nach der Niederlage Christians für das Stift Halberstadt das Aergste zu befürchten hatte, durfte man doch wenigstens kein müßiger Zuschauer der kommenden Ereignisse bleiben.

Denselben Character energieloser Schwäche und Unentschiedenheit, von welchem alle niedersächsischen Kreistage der damaligen Zeit Zeugniß ablegen, tragen auch die Rüstungen des Kreises selbst. Diese Verfassung war auch in militärischer Beziehung durchaus unvermögend, den Bestrebungen der Kreisstände das Gewicht zu verleihen, welches ihnen schon der Ausdehnung des Kreises gemäß hätte innewohnen sollen. Anfangs Februar dieses

---

1) Der Kreistagsschluß ist vom 9. Aug. 1623 und findet sich auszugsweise in der Mecklenburgischen Apologia S. 225 flgde.

unglücklichen Jahres hatte man den Beschluß gefaßt, eine Kreisarmee aufzustellen. Bereits am 21. Februar sollten ungefähr 10,000 M. vor ihrem General, Herzog Georg von Lüneburg, zur Musterung bereit stehen. Am 14./24. März aber beschwerte sich der Kreisoberste Herzog Christian von Celle, daß kein einziger Fürst oder Stand auch nur einen einzigen Reiter oder Soldaten zur rechten Zeit auf den Generalmusterplatz entsendet habe, und bat abermals um Truppen. Gerade dadurch hatte man bei andern die Meinung erregt, der Kreistagsschluß sei nur „ein wortlicher Schluß" und zu „keiner Vollziehung zu bringen;" gerade dadurch hatte man den kriegführenden Fürsten den Einzug in den Kreis so ungemein erleichtert.

Ende April hatte man etwa 4,000 M. und darunter gegen 1,200 Reiter beisammen. Diese Kreistruppen waren zum größten Theil geworbene Mannschaften, deren Aufbringung zunächst nicht einmal dem Kreisobersten oder dem Kreisgeneral, sondern den einzelnen Ständen selbst oblag. Schon diese Maßregel war dem Bestreben, einigen Zusammenhang in die verschiedenen kleinen Truppenkörper zu bringen, hinderlich genug. Von der Reiterei war kaum die Hälfte bewaffnet, und um das Fehlende herbei zu schaffen, mangelte es vor allem an Geld. Nicht einmal der Kreisgeneral konnte zu seinem Solde gelangen, sondern war genöthigt, auf eigne Hand in Bremen Gelder aufzunehmen. Einen Grafen von Solms, den man als Obersten über die Artillerie angenommen hatte, mußte man wider entlassen, weil man nicht im Stande war, ihm seine Löhnung zu zahlen. Mehrere Stände hielten es überhaupt für gerathener, ihr Contingent zu Haus zu halten. Der König von Dänemark, der Anfangs Mai eine aus 300 Reitern bestehende Fahne, ein aus Adligen gebildetes Elitecorps, gesendet hatte, rief sie durch einen auf dem Hause Steinburg am 29. Mai 1623 ertheilten Befehl nach Hause zurück, weil er fürchten mochte, daß es am Ende doch noch zu einem ernsten Zusammenstoß der Kreistruppen mit Herzog Christian kommen werde.

Für die Stellung und Ausrüstung der Artillerie galten bisher noch die Bestimmungen eines Kreisabschieds vom Jahre 1556. Diesem zu Folge hatte das Erzstift Magdeburg mit dem Stift Halberstadt 1 Stück zur Artillerie und eben so Bremen und Hildesheim 1 Stück zu stellen. In derselben Weise war die Aufbringung des schweren Geschützes auch den weltlichen Fürsten und freien Städten auferlegt: Braunschweig-Wolfenbüttel, Braunschweig-Lüneburg, Dänemark-Holstein, Mecklenburg mit Lauenburg, ferner Lübeck mit Hamburg lieferten je ein Geschütz, während

Mühlhausen, Nordhausen und Goslar zusammen zu zwei „starken Falkonetlein" verpflichtet waren. Diese Geschütze waren früher achtpfündig gewesen. Da man aber eine Aenderung wünschte und sie in vierundzwanzigpfündige verwandeln wollte, schien auch eine neue Vertheilung der einzelnen Stücke erforderlich. In Zukunft sollten daher Magdeburg und Halberstadt eine halbe Kartaune aufbringen, eben so Bremen mit Hildesheim, Dänemark und Holstein, endlich auch Lüneburg. Braunschweig-Wolfenbüttel mit der Landschaft Calenberg wurden dagegen 2 halbe Kartaunen auferlegt. Grubenhagen, Reinstein, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen stellten zusammen 2 Quarten, die Stadt Lübeck allein eine. Der König von Dänemark sollte dem Kreise zu Ehren noch besonders eine Quart schicken. —

Diese neue Organisation mochte aber besonders wichtig erscheinen, weil einige Stände allen Mahnungen zum Trotz doch mit der Lieferung von Munition und Geschützen im Rückstand geblieben waren, so daß Christian IV. dem Kreise noch außerdem 3 halbe Kartaunen „itziger Art nach" samt Pulver, Kugeln und anderm Zubehör gegen eine Versicherung der Stände leihweise zu überlassen versprach.

Der Hauptgrund aber, weshalb die Wehrkraft des Kreises sich in so erbärmlicher Verfassung befand, lag doch zunächst in dem chaotischen Durcheinander, von welchem die politischen Bestrebungen der Stände Zeugniß ablegen. Nicht nur, daß die dynastischen Interessen der Fürsten in stetem Kampfe mit einander begriffen waren, welchen die Rücksicht auf die großen und reichen Bisthümer immer unversöhnlicher zu machen schien, sondern auch die Bestrebungen der Landstände bekämpften einander in gleicher Weise und vereinigten sich höchstens in der Neigung zur schärfsten Opposition gegen die landesherrliche Gewalt. Wo es sich nur immer noch thun ließ, suchten in weltlichen Territorien die Landstände den Willen ihres Gebieters von ihrer Entscheidung abhängig zu machen; in geistlichen Gebieten betrachteten sich Capitel und Stände den wechselnden Inhabern der höchsten Landesautorität gegenüber mehr und mehr als die eigentlichen Landesherren und erhoben Ansprüche, die von den untergeordneten Ständen und Corporationen mit noch größerer Zähigkeit zurückgewiesen wurden.

Den Hauptausschlag in politischen Dingen gaben schon seit längerer Zeit nur noch die Fürsten; die großen und reichen Städte des niedersächsischen Kreises, Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lübeck, Mühlhausen, Nordhausen und andere verstanden es nicht mehr, den Willen und die Gesinnungen des Bürgerthums den Interessen der Fürsten

gegenüber zur Geltung zu bringen. Die Landstädte glaubten am besten für sich zu sorgen, wenn sie sich so viel als möglich der Einwirkung der landesherrlichen Gewalt entzögen, und die Reichsstädte suchten wider aus allen Kräften sich den Anforderungen des Kreises zu entwinden.

Daß bei einem solchen Zustande die Aufbringung von Steuern namentlich in Kriegszeiten von besonderer Schwierigkeit war, liegt auf der Hand. Hatte man sich endlich auf dem Kreistage zur Uebernahme einer neuen Last geeinigt, so begann nach einiger Zeit in den Landtagen der einzelnen Territorien eine neue Debatte über die aufzubringenden Summen und ihre Vertheilung. Hier aber kämpften Geistlichkeit, Ritterschaft und Städte einen Kampf gegen einander, in welchem jeder Stand alle nur möglichen Rechte neben eingebildeten Ansprüchen, althergebrachte Gewohnheiten und neue Uebungen und Bräuche ins Treffen führte, um die gefürchtete Auflage von sich abzuwehren und den andern aufzubürden. Oft wurde die von den Kreistagen den Ständen auferlegte Summe durch die Landtage herabgesetzt; oft scheiterte an dem Widerspruche von Ritterschaft oder Clerus, zu den allgemeinen Lasten beizutragen, das ganze Werk. Ueber all diesen Verhandlungen verstrich aber der Zahlungstermin, und der Kreiseinnehmer sah sich außer Stande, den an ihn herantretenden Ansprüchen zu genügen. Dreißig Jahre hindurch und noch länger wurden einzelne Stände oder Unterstände mit bedeutenden Restbeträgen geführt und vergeblich an Zahlung erinnert. Häufig berechneten auch Kreisstände so hohe Auslagen für irgend welche allgemeine Bedürfnisse des Kreises, daß sie ihrerseits noch Forderungen an den Kreiskasten stellten.

Auch während des kritischen Sommers 1623 wurden diese Zustände im niedersächsischen Kreise nicht besser. Sogar das Erzstift Magdeburg war mit seiner Beisteuer zur dreifachen Tripelhilfe im Rückstande geblieben und mußte noch am 7./17. August erinnert werden. Hier war es vornehmlich die Stadt Magdeburg, welche durch ihre absolute Zahlungsverweigerung die Aufbringung der Steuerquote vereitelte. Noch im August hoffte man durch eine Anleihe von 7,500 Thalern, welche die Stadt Magdeburg vorschießen sollte, so wie durch die Summe von 5,000 Thalern, deren Zahlung Halle zufiel, die erzstiftischen Truppen zum Aufbruch zu bringen. Allein Halle kürzte seinen Beitrag um 2,000 Thlr., welche es auf die letzte Gesandtschaft nach Wien verwendet hatte.[1] — Auf dem letzten Kreistage zu Braunschweig (Juli und August) war der Beschluß

1) Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen Nr. 101.

gefaßt worden, bei der Stadt Bremen eine Anleihe von 50,000 Thalern nachzusuchen. Die Bitte wurde am 11. August wegen der schweren Ausgaben, welche die Stadt auf die Unterhaltung der eignen Truppen so wie auf den Ausbau der Festungswerke verwenden mußte, und endlich der schlechten Geschäftslage halber abgeschlagen.

In ähnlicher Weise wie die Stadt Magdeburg wollte auch Braunschweig den ganzen Betrag der Steuer der Landschaft aufbürden. Ein ständischer Ausschuß des Fürstenthums Calenberg bat Friedrich Ulrich geradezu um Erlaß der zuletzt bewilligten 14 Monate. Von den übrigen Kreisauflagen wollten sie 7 Monate um Martini des laufenden Jahres, und die letzten 7 erst gegen Ostern 1624 einliefern.

Die Stadt Bremen, so wie Domcapitel, Prälaten und Ritterschaft des Erzstifts Bremen, ferner Stade und Buxtehude wollten allein die unmittelbaren Unterthanen ihres Bischofs Johann Friedrich zur Zahlung heranziehn. Die Stadt Goslar weigerte sich geradezu, irgend einen Beitrag zur Unterhaltung des auf die alte Reichsstadt fallenden Contingents zu leisten. Goslars Beispiele folgte auch Hildesheim. Viel größeres Recht aber als die Stadt Hildesheim zur Weigerung, den ihr zukommenden Steuerantheil auf sich zu nehmen, beanspruchte derjenige Theil der Ritterschaft, welcher nicht im Stift ansässig war, sondern nur Güter in demselben besaß. Auf diesen berief sich aber auch die ansässige Ritterschaft, als sie die Befreiung von der ihr obliegenden Kreislast nachsuchte. Noch zur Zeit des Kreistages von Gardelegen mangelte es daher den Kreistruppen an Kraut und Loth, und der Kreisgeneral drohte geradezu, seine Stelle niederzulegen, wenn man den Beschlüssen des Kreistages nicht gewissenhafter nachkomme.

Ganz eigenthümliche Verhältnisse stellten sich nach dem Einzuge des Bischofs im Stift Halberstadt heraus. Trotz seiner offenbar wenig legalen Stellung zum niedersächsischen Kreise hatte sich Herzog Christian anfangs doch mit der Aufbringung der Tripelhilfe im Stift einverstanden erklärt. Bald erbot er sich jedoch in seiner Eigenschaft als Landesherr selbst Reiter und Knechte in das Halberstädtische zu schicken. Indes die erforderliche Anzahl von Truppen war vom Capitel bereits zusammengebracht: der Rittmeister Christof v. Hünecke commandierte im Namen des Stifts 160 M. zu Roß und die Capitäne Oswald v. Bodendieck und August Vitzthum v. Eckstädt 400 M. Fußtruppen; später wurde sogar wider Christians Befehl noch eine dritte Compagnie Infanterie aufgebracht. Dies kleine Contingent, welches Christian seinen eignen Truppen gern einverleibt hätte,

sendete man nun auch wirklich dem Kreisgeneral zu. Mitte Juli befand es sich in Petershagen, hatte aber bis dahin weder vom Domcapitel noch aus der Kreiskasse Sold erhalten.

Da Christian den Domherrn unter Androhung eines dreifach höhern Strafbetrags verboten hatte Zahlung zu leisten, mußten sich die Truppen an den Kreis halten. So beschwerten sich denn auch Rittmeister und Capitäne des Stifts noch am 19./29. Juli von Petershagen aus, daß sie nun schon den fünften Monat ohne Sold seien, und forderten ihn vom Kreise, an den sie durch das Capitel gewiesen waren. Der Kreiseinnehmer Kaspar Küchler entschuldigte sich mit dem Mangel einer Zahlungsanweisung. Da reichte der Domherr Johann Georg v. d. Schulenburg am $\frac{30. \text{ Juli}}{9. \text{ Aug.}}$ eine Bittschrift an den Kreis ein, in welcher er bat, die Truppen gegen eine Assekuration des Capitels zu befriedigen. Allein auch hierauf erhielt er unter dem 8./18. Aug. abschlägigen Bescheid.

Da die in Braunschweig bewilligten 14 Römermonate von den meisten Ständen noch nicht eingezahlt waren, schuldete man den Offizieren und vor allen dem General selbst für seine beiden Leibcompagnien so viel, daß selbst die 14 Römermonate nicht ausgereicht haben würden. Von den am 8. Februar zu Braunschweig verwilligten 14 Monaten war Mitte December erst etwa die Hälfte eingezahlt, wozu Braunschweig-Lüneburg, Mecklenburg, Holstein, Bremen, Hildesheim und die Stadt Lübeck beigetragen hatten, während die übrigen Stände mit der andern Hälfte noch im Rückstand waren. Dagegen hatte von den auf der letzten Kreisversammlung ausgeschriebenen 14 Monaten am 19. December kein einziger Stand auch nur einen Heller entrichtet.[1] Selbst die hohen Offiziere, welche 10 Monate im Dienste waren, hatten nur einen einzigen Monat Sold empfangen und forderten deshalb noch am 16. Dec. vom General Herzog Georg Bezahlung.

Es wurde oben erwähnt, daß der niedersächsische Kreis auch Johann Georg von Sachsen zu bewegen suchte, sich seinen Schritten bei dem Kaiser anzuschließen. Am 24. August 1623 hatte die auf der Reise nach Wien begriffene Gesandtschaft in Leipzig bei dem Kurfürsten Audienz, wurde aber in der Hauptsache am folgenden Tage durch Kaspar v. Schönberg

1) H. Georg von Braunschweig an H. Christian von Celle aus Nienburg 19. Dec. Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen vom 18. Nov. 1623 bis zu Ausgang Januarii Anno 1624. Nr. 103.

abschlägig beschieden. Nur seinen gütigen Beirath ließ der Kurfürst der Gesandtschaft zu Theil werden, und dieser war nicht geeignet, sie mit Vertrauen auf den glücklichen Ausgang der Sache zu erfüllen. Er ersuchte sie dringend, des halberstädter Bisthums in den Verhandlungen mit dem Kaiser gar nicht Erwähnung zu thun, und erklärte den Gesandten sogar geradezu, daß er nicht im Stande sei, Ferdinand II. unter den obwaltenden Verhältnissen zu rathen, die Truppen aus dem westfälischen Kreise zurückzuziehen. Noch weniger war er der Ansicht, daß der niedersächsische Kreis dem kaiserlichen Volke den Durchzug abschlagen dürfe. Weder durch einen besondern Gesandten noch auch nur durch eine schriftliche Empfehlung wollte er sich an den Bestrebungen des Kreises betheiligen. Ja nicht einmal zu einer „Generalrecommandation" konnte sich der zaghafte Kurfürst, der vergessen zu haben schien, daß Wittenberg immer noch eine kursächsische Stadt war, verstehen. Die Beilegung aller dieser Wirren beruhte seiner Ansicht nach auf — einem Schriftwechsel zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten, und davon wollte er nicht abgehen. Zuletzt mußte man froh sein, daß Schönberg wenigstens die Verwendung des kursächsischen Agenten in Wien zusagte. Nur sollte auch in dieser Verwendung der Abführung der tilly'schen Armee und der Beschleunigung des Friedenswerkes nicht einmal gedacht werden. In dem Antwortschreiben an die Stände des niedersächsischen Kreises billigte Johann Georg zwar die defensive Stellung derselben und auch die Besitznahme von Rinteln; im Uebrigen trug es aber doch sichtliche Spuren seines Bestrebens an sich, die Wirren des Kreises diesem selbst zu überlassen und sich möglichst wenig mit denselben zu schaffen zu machen. Er hob noch hervor, daß der Kreistag von Jüterbok eine Vereinigung der beiden Kreise zu kriegerischen Zwecken zurückgewiesen habe, und blieb auch für seine Person dabei, daß er sich ohne Vorwissen seiner Mitstände für dies Mal nicht weiter erklären könne.

Auch Sievert v. Pogwisch versuchte noch im Auftrage des Königs von Dänemark, Johann Georg zu einer Mitwirkung bei dem Kaiser heranzuziehen. Auch er machte auf seiner Reise nach Wien in Dresden Halt. Der Kurfürst erkannte wol die friedlichen Bestrebungen der niedersächsischen Kreisstände an und begleitete auch ihre wankenden Schritte mit seinen besten Wünschen; allein die Bitte des dänischen Gesandten, die Sache auch noch durch einen besondern Gesandten fördern zu helfen, schlug er rundweg ab.

Eine ziemliche Anzahl Gründe standen Johann Georg für seine feige Politik zu Gebote. Zuerst schien ihm die Zeit zu kurz, da die Gesandten

des niedersächsischen Kreises bereits auf dem Wege waren; dann waren ihm auch die Instructionen der letzteren unbekannt. Im Namen des obersächsischen Kreises hielt er es für unmöglich, sich an der Gesandtschaft zu betheiligen, weil ihm die Vollmacht dazu mangelte, und abermals keine Zeit vorhanden war, sie bei den Ständen auszuwirken. „Sollte aber — fuhr er fort — solche Nebenschickung von uns als einem Kurfürsten des Reichs vorgenommen werden, so erkennen wir uns zwar schuldig, demjenigen allenthalben getreulich nachzukommen, was diesfalls unser kurfürstliches Amt, so in Erhaltung gutes beständigen Friedens und Abwendung aller schädlichen Gefahr besteht, erfordert, befinden aber, daß solches alles für dies Mal ohne einigen Effect und Wirkung sei, und die kaiserliche Majestät sowol unsere geistlichen Mitkurfürsten es anders, als es von uns gemeint, aufnehmen und dahin ansehen würden, als wenn wir ihnen die Defensionsmittel entziehen und sie neben andern im westfälischen Kreis gesessenen Ständen in Gefahr und gänzlichen Ruin setzen wollten." Er erkannte dem Kaiser mit Rücksicht auf den noch immer in Ostfriesland verweilenden Mansfeld, und da man noch nicht wissen könne, wohin sich der Rest der braunschweigischen Armee wenden werde, auch jetzt noch ausdrücklich das Recht zur Besetzung des westfälischen Kreises zu. Ja noch mehr, so überwältigend war der Eindruck, den Tilly's Sieg bei Stadtlohn auf das durch dynastische Interessen und egoistische Fürstenpolitik zerrissene Norddeutschland machte, daß Johann Georg sogar fürchtete, man möchte nun auch an ihn die Zumuthung stellen, die Feinde des Kaisers bezwingen zu helfen und den westfälischen Kreis in Sicherheit zu bringen, „welches abzuschlagen schwer, zu bewilligen aber auch allerhand considerationes in gute, reife Acht zu nehmen."[1] Es ist natürlich, daß ein Fürst, der eher geneigt war, die schmähliche Rolle, welche er im böhmischen Kriege gespielt hatte, noch einmal zu agieren, sich dem Könige von Dänemark gegenüber nicht einmal zu einem Schreiben an Ferdinand II. verstehen wollte.

In Wien selbst aber war man so weit davon entfernt, die von den niedersächsischen Fürsten und Ständen übergebenen Puncte nur zur Unterlage einer gegenseitigen Verhandlung zu machen, daß man es sich vielmehr

1) Die Antwort des Kurfürsten auf Pogwisch' Propositionen ist Sizenroda 16. Aug. datiert. Königl. Geheimes Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen 101.

recht geflissentlich angelegen sein ließ, die Gesandten durch grobe Vernachlässigung der ihnen gebührenden Aufmerksamkeit noch kleinmüthiger zu machen. Am 6./16. September war die Botschaft des Kreises in Wien angelangt. Sofort nach ihrer Ankunft übergaben sie eine Denkschrift, bei deren Abfassung sie sich genau nach Johann Georgs Anweisung gerichtet hatten. Das Bisthum Halberstadt hatten sie nicht namentlich erwähnt, sondern es im Allgemeinen bei der Bezeichnung Erzstifter bewenden lassen. Am 8./18. September ertheilte ihnen Ferdinand II. in Person ohne Beisein eines Rathes Audienz und erwiderte ihre warmen Glückwünsche für sich und sein Haus mit der Entbietung seiner kaiserlichen Gnade. Er erkannte es an, daß er dem Kreise für seine „allerunterthänigste Affection" verpflichtet sei, und versprach auch auf die Eingabe „eine förderſame, gewisse Resolution." Allein als sich die Gesandten darauf zu Eggenberg begaben, wurden sie nicht einmal vorgelassen, sondern Eggenberg entschuldigte sich mit Ueberhäufung von Geschäften und mit seinen Obliegenheiten als Geheimer Rath. Doch war er zuvorkommend genug, ihnen anheim zu stellen, ein zweites Mal um Audienz nachzusuchen. Eine noch schnödere Behandlung wurde ihnen durch Strahlendorf zu Theil. Er bestimmte ihnen zwei Mal Zeit und Stunde der Audienz und ließ die Harrenden beide Male nicht vor sich. Keiner der kaiserlichen Räthe besuchte die Gesandten in ihren Quartieren außer Elvern, der sich auch sonst die Förderung ihrer Zwecke angelegen sein ließ. Und da nun die Räthe außerdem mit den ungarischen Angelegenheiten viel zu schaffen hatten, und ihnen die ganze Gesandtschaft sichtlich sehr ungelegen kam, stellten die Vertreter des niedersächsischen Kreises ihre Bemühungen um eine Audienz bald vollständig ein.

Der dänische Gesandte war früher angelangt und bereits am 3./13. Sept. zu Ebersdorf von dem Kaiser empfangen worden. Seine und der niedersächsischen Gesandten Eingaben kamen im Reichsrath zu gleicher Zeit in Berathung; der Bescheid wurde dann im Geheimen Rathe revidiert und von dem Reichshofrath und Geheimsekretär Johann Rudolf Pucher den niedersächsischen Gesandten im Original, dem dänischen in der Copie versiegelt ins Haus gebracht. Sie lauteten beide ablehnend.

Darauf hielten die niedersächsischen Gesandten eine Berathung, in welcher sie sich zu einer neuen Eingabe entschlossen. Sie forderten in ihrer Replik, daß sich Ferdinand II. wegen der niedersächsischen Stifter und Erzstifter, über deren zukünftiges Geschick sie der kaiserliche Bescheid im Dunkeln gelassen hatte, näher erklären sollte, und stellten sogar eine

Vereinigung der Kreistruppen, wenn der Kreis gebührend darum ersucht werde, in Aussicht; nur sollte denselben auf keinen Fall eine Verwendung außerhalb des Kreises zugemuthet werden. Zweitens aber baten sie, den Kreis mit Durchzügen und Einlagerungen zu verschonen, und forderten die Abführung der Besatzung aus Höxter. Der dritte Hauptpunct betraf die Abberufung der Armee des ligistischen Bundes, und endlich ersuchten sie den Kaiser im Allgemeinen um eine baldige Widerherstellung des Friedens.

Die Antwort, welche ihnen Ferdinand II. im Anfang des October hierauf gab, war nicht beruhigender als die erste. Er ertheilte keine Zusage im Betreff der protestantischen Stifter, sondern hielt es für zweckentsprechender, die jetzigen Inhaber in ihrer bangen Besorgniß für den Bestand der derzeitigen territorialen Verhältnisse eines großen Theiles des nördlichen Deutschlands zu erhalten. Zum Ueberfluß berief er sich dabei auch noch auf den Bescheid, der so eben dem Herzoge von Holstein, Johann Friedrich, auf die besondere Bitte um Ertheilung des kaiserlichen Indults für die Stifter Bremen und Lübeck geworden war. In ihm waren alle diese Forderungen als dem Religionsfrieden zuwider und als streitig bezeichnet, und Johann Friedrich wurde auf die Anerbietungen, welche der Kaiser im Jahre 1620 in Mühlhausen dem Kurfürsten von Sachsen zur weiteren Verhandlung mit den Inhabern der Stifter hatte machen lassen, verwiesen. Mit einem gewissen Schein des Rechts konnte Ferdinand II. hervorheben, daß Johann Georg auf diese Anerbietungen von den Administratoren der Stifter noch keine Erklärung zugegangen sei.

Ein ähnliches Schriftstück, wie die Replik der niedersächsischen Gesandten, übergab an demselben $\frac{22. \text{ Sept.}}{2. \text{ Oct.}}$ auch Pogwisch. In ihm ersuchte Christian IV. dem kaiserlichen Ansinnen zuwider, daß die Truppen des niedersächsischen Kreises auch in den Kämpfen außerhalb ihres Gebiets mitwirken sollten, Ferdinand II. gleichfalls um die Abführung der Truppen aus Höxter. Christian IV. konnte den wirksamen Schutz, welchen er selbst der Grafschaft Oldenburg und dem Erzstift Bremen gegen Mansfeld hatte angedeihen lassen, als einen thatsächlichen Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung, daß es der ligistischen Truppen nicht bedürfe, anführen. Ein anderer Punct, den er für die Befreiung des westfälischen Kreises anführte, fiel eben so schwer ins Gewicht. Der König sprach es nun geradezu aus, daß durch die neue Invasion kein Friede vorbereitet, sondern nur neue Unruhe erweckt werde.

Die Hauptsache aber, auf welche es auch dem Könige von Dänemark am meisten ankam, war doch immer die Lage der norddeutschen Stifter;

der Gesandte forderte deshalb von Neuem Indulten und Schutzbriefe oder wenigstens eine nähere Erklärung darüber, wie weit Ferdinand II. gesonnen sei den Religionsfrieden „auf die Stifter zu ziehen," und wer vor allen Dingen dabei interessiert sein solle. Indessen auch dies Mal war die Antwort des Kaisers unbefriedigend. Ueber die zu Mühlhausen gegebenen Erklärungen wollte Ferdinand II. auch jetzt nicht hinausgehen; er versicherte nur noch, daß er keinen Verdacht in den König setze.

Sievert v. Pogwisch hatte auch noch besondere Aufträge im Namen der wolfenbüttelischen Fürstenfamilie. Er sollte dem Kaiser versichern, daß weder der regierende Herzog noch seine Mutter dem Bischofe von Halberstadt irgend welchen Vorschub geleistet, sondern vielmehr allen Fleiß daran gesetzt hätten, ihn von seinen kriegerischen Unternehmungen abzubringen. Ferdinand II. schien diesen Versicherungen Glauben zu schenken; er sprach die Hoffnung aus, daß Friedrich Ulrich in derselben Treue gegen ihn, wie sein Vater gegen die früheren Kaiser, verharren werde. Allem Anschein nach war der Herzog von Braunschweig in dieser Beziehung von seinen eignen Unterthanen verdächtigt worden. Die Anverwandten des wegen seiner Frevelthaten gefangen gehaltenen Anton v. d. Streithorst verbreiteten wenigstens geradezu die Nachricht in Wien, daß die abgesetzten Statthalter und Landdrosten vornehmlich aus dem Grunde verfolgt würden, weil sie Herzog Christian keinen Vorschub wider den Kaiser geleistet hätten.

Ferdinand erklärte sich am 26. September 1623 gegen Friedrich Ulrich dem Anschein nach ziemlich beruhigend. Er nahm die Versicherung der Treue zu Gnaden an, obwol er auch geradezu aussprach, daß er recht wol wisse, was dieser Versicherung zuwider vorgegangen sei, und daß ihm dies „nicht unbilliges Nachdenken" verursache. Dennoch erkannte er an, daß die Vorgänge dieses Sommers mehr „dem Einflusse friedhässiger Leute" und einer von allen Seiten bedrängten Lage, als Friedrich Ulrichs eignem Uebelwollen zuzuschreiben seien. Allein seine doppelsinnige Versicherung, daß er die ganze Angelegenheit, wie sie augenscheinlich vorliege, erkenne und unbegründeten Angaben keinen Glauben beimessen werde, war doch für Friedrich Ulrich auch nicht gerade Vertrauen oder Hoffnung erweckend. —

Die Gesandtschaft hatte also ihren Zweck vollständig verfehlt. Man hatte den Kaiser und den Kreis von Politikern, unter deren Einflusse er stand, nicht bewegen können, auch nur das Geringste von den Vortheilen, welche ihm aus dem Siege des ligistischen Generals zugewachsen waren, aufzugeben. Im Gegentheil nahmen die Gesandten der niedersächsischen

Stände das Gefühl von Wien mit, als ob man geradezu darauf ausgegangen sei, sie und ihre Vollmachtgeber recht empfindlich zu demüthigen. Ohne eine Versicherung im Betreff der Abführung der Truppen, ohne die geringste Hoffnung, daß Ferdinand II. die Inhaber der geistlichen Güter auch wirklich bestätigen und so der Unsicherheit in den Territorialverhältnissen des Kreises ein Ende machen werde, kehrten die Gesandten von Wien zurück. Ja sie brachten noch ein Gefühl des Grolls und des Mißmuths über die rücksichtslose Weise, mit welcher man ihnen in der Kaiserstadt begegnet war, mit in die Heimath.

Allerdings hatte man sich gerade noch in den letzten Tagen ihrer Anwesenheit bemüht, die früheren Eindrücke zu verwischen. Während sie mit der kaiserlichen Antwort auf ihre zweite Eingabe von Tag zu Tage hingehalten wurden, erhielten sie wenigstens am 8./18. October, wie es hieß, auf besondern Befehl des Kaisers vom Grafen von Fürstenberg noch eine Einladung zur Tafel und wurden sogar am 13./23. October vom Hofmarschall an den Hof geladen und mit dem kaiserlichen Bildniß und goldnen Ketten beschenkt. Auch dem dänischen Gesandten war diese Ehre zugedacht gewesen; er hatte sich ihr jedoch durch die Abreise entzogen.

Allein diese verspäteten Höflichkeitsbezeugungen verwischten den Eindruck der letzten kaiserlichen Resolution vom 14./24. October in keiner Weise. Hatten die Gesandten doch auch noch die Aufforderung empfangen, ihre Herren zu veranlassen, Tilly mit Proviant zu versehen. Wenige Tage vor ihrer Abreise ließ sich auch Strahlendorf noch wegen der Audienzen entschuldigen, und erbot sich, die Gesandten jetzt zu hören, falls sie im Namen des Kreises noch etwas anzubringen hätten. Sie hielten es indessen für unnöthig, ihn weiter zu bemühen, und begaben sich wirklich auf den Heimweg.[1]

Es war natürlich, daß nach solchen Erfahrungen die Stimmung der Stände gegen den Kaiser nicht vertrauensvoller wurde. Schien es doch, als ob man nur den passenden Zeitpunct erwarte, um auch hier endlich, wenn auch unter milderen Formen als in Böhmen und in der Pfalz, die Rückkehr zum alten Glauben wenigstens in den ursprünglich geistlichen

1) Ihr Bericht an die Kreisstände aus Halle d. 31. October ist gleichfalls in den Beilagen der Mecklenburgischen Apologie abgedruckt S. 233. Ebendaselbst (S. 234 flgde.) findet sich der kaiserliche Bescheid an die Stände vom 22. Sept., die Replik der Gesandten vom 30. Sept. (S. 241 flgde.), so wie die kaiserliche Antwort hierauf vom 10. Oct. (S. 247 flgde.)

Territorien zu veranlassen. Die höchsten Besorgnisse hegte man für Halberstadt noch bis zum Beginn des Jahres 1624, und man scheint auch wirklich in Wien nach der Schlacht bei Stadtlohn ernstlich daran gedacht zu haben, den Katholicismus im Bisthum des heiligen Stephan selbst mit Waffengewalt wider herzustellen.

Die niedersächsischen Stände hatten in dem guten Glauben gehandelt, daß sie sich durch die Entfernung Christians auch der Armee Tilly's entledigen würden; einige von ihnen, wie Friedrich Ulrich, hatten das letztere geradezu gefordert. Nun sahen sie jedoch mit Schrecken, daß der schlaue Ligistenführer nicht nur die Stadt Höxter besetzt hielt, sondern mußten sogar gestatten, daß er sich im Verlauf des Octobers des Bisthums Minden und der Grafschaften Diepholz und Hoya bemächtigte.

Auch der Kurfürst von Sachsen sah die Lage der Dinge noch sehr ernst an; auch er rieth Christian Wilhelm noch, sich waffenbereit zu halten, um sich etwaiger neuer Durchzüge zu erwehren, und sagte dem niedersächsischen Kreise die Hilfe des obersächsischen zu.[1]

Beunruhigende Gerüchte ließen die Zukunft der sächsischen Stifter in einem noch trüberen Lichte erscheinen. So hieß es, daß zu Paderborn schon Wappen des Kurfürsten von Köln gemalt würden, um sie demnächst im Stift Hildesheim anzuschlagen. Die Mannschaften der kaiserlich-ligistischen Armee sprachen offen davon, daß sie für die Occupation der Stifter Magdeburg, Halberstadt und Hildesheim bestimmt seien und im Herzogthum Braunschweig ihr Winterlager halten würden.

An einen entsprechenden Widerstand von Seiten des Kreises war natürlich auch nicht im Entferntesten zu denken. Ja es wirkten sogar viele Gründe zu dem Entschlusse zusammen, das Kreisheer vollständig aufzulösen. Es dauerte nicht lange, so kamen die heroischen Beschlüsse, welche der Kreistag von Braunschweig am 9. August gefaßt hatte, einigen Ständen sehr verdächtig vor. Der abschlägige Bescheid, welchen Christian IV. in der Sache der Bisthümer erhielt, ferner die unüberwindlichen Schwierigkeiten, welche der Kreis in der Aufbringung und Verpflegung einer nur kleinen Anzahl von Truppen fand, mäßigten den Eifer der Stände, sich in Vertheidigungszustand zu setzen, sichtlich. Nach dem letzten Kreistags-

---

1) Johann Georg an Christian Wilhelm, Sizenroda 19. August. Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen Nr. 101.

beschlusse sollte die Tripelhilfe in triplo am 24. August zusammentreten, um dann ein Feldlager zu bilden. Für den Winter hatte man an die Besetzung von Hameln, Minden und Rinteln gedacht.

Allein der Graf Jobst Hermann von Schaumburg verweigerte den Kreistruppen die Aufnahme in Rinteln und war noch weniger geneigt, sein Land geradezu zum Sammelpuncte derselben zu machen. Mit Rücksicht hierauf benachrichtigte Friedrich Ulrich den Administrator von Magdeburg, daß er seine Truppen zur Zeit noch nicht abzusenden brauche; Christian von Celle aber theilte ihm mit, daß in seinem Lande die magdeburgischen Mannschaften nicht einmal gegen Bezahlung Verpflegung gewinnen könnten. Im Wolfenbüttelischen endlich hatten sich die Zustände in den letzten Augustwochen noch mehr verschlimmert. Die rothe Ruhr war ausgebrochen; bei Gandersheim und Seesen erhob sich das Landvolk, um die Einquartierung der eignen landesherrlichen Truppen und der Mannschaften des Kreises zu verhindern.

Und als nun jede Aussicht, den obersächsischen Kreis, namentlich den Kurfürsten von Sachsen zur Theilnahme heranzuziehen, geschwunden war, als die niedersächsischen Gesandten den Bericht über ihre Aufnahme in Wien erstatteten, und man alle Besorgnisse vor den Plänen der Gegenpartei bestätigt fand, als man die Gefahr näher rücken sah, daß man sich entweder mit Tilly vereinigen oder die gewaltsame Auflösung und Zerstreuung der Kreistruppen durch ihn gewärtigen müsse, riß auch dies letzte schwache Band, durch welches sich die Kreisstände noch zusammen zu halten versucht hatten.

Am 9./19. September meldete der Kreisoberste dem Administrator,[1] daß er Tilly durch den Oberstlieutenant Philipp Eberhard v. Wrede habe ersuchen lassen, den Kreis und die Pässe desselben mit Durchzügen und Einquartierungen zu verschonen, und theilt auch zugleich die Weigerung des Generals mit. Dieser hatte vielmehr trotzdem die Verproviantierung seines Heeres durch den Kreis gefordert und im Weigerungsfalle die Besetzung Mindens und anderer Plätze geradezu in Aussicht gestellt. Er hatte von Neuem um Unterstützungen zu Mansfelds Vertreibung aus Ostfriesland nachgesucht und sein Mißtrauen über die letzten Werbungen offen kund gegeben.

Und so fragt denn der Kreisoberste in demselben Schreiben vom 9. September geradezu bei dem Administrator an, ob es nicht gerathener

1) Königl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen Nr. 101.

sei, einem jeden Kreisstande sein Volk wider zuzuschicken und ihm anheimzugeben, nur die einfache Tripelhilfe zum Schutz des eignen Territoriums zu behalten, das übrige aber zu entlassen. Es sind eine große Anzahl Gründe, die dem Kreisobersten diese Maßregel annehmlich erscheinen lassen. Der Entschluß Friedrich Ulrichs seinerseits mit der Entlassung der Truppen vorzugehen,[1] die durch eine schlechte Ernte und die Verheerungen der Soldaten herbeigeführte augenblickliche Mittellosigkeit des Kreises, die Unlust oder das Unvermögen der Stände, den braunschweigischen Kreistagsbeschluß wirklich auszuführen, endlich die Furcht vor einer drohenden Meuterei, alles dies motivierte einen solchen Entschluß vollständig. Als Hauptgrund stellte der Kreisoberste jedoch die Besorgnis vor den Zumuthungen Tilly's voran, denen er auszuweichen wünschte. Die Antwort des Administrators auf diesen Vorschlag ist uns unbekannt geblieben; sie wird schwerlich verneinend ausgefallen sein.

Schon am 10. September ließ darauf Tilly den Obersten Otto Friedrich v. Schönberg in Minden und den Weserstrichen Quartier fordern. Vergebens suchte Christian von Celle die Einquartierung abzuwenden. Tilly beharrte auf seiner Forderung, $1\frac{1}{2}$ Regiment für den Winter in das Bisthum Minden einzunehmen, nur die Weser wollte er nicht überschreiten. Dagegen sollte Friedrich Ulrich drei Regimenter, welche nach dem Eichsfelde bestimmt waren, durch sein Land ziehen lassen. Tilly selbst äußerte sich bei dieser Gelegenheit in sehr bedrohlicher Weise: wenn sich die deutschen Fürsten nicht mit dem Kaiser vertrügen, würden sie in 20 Jahren nicht aus der Kriegslast kommen; er wüßte nicht, „wie man einen neutralen und einen dem Kaiser gehorsamen Fürsten in ein Subjectum zusammenbringen solle; es wäre ihm nichts daran gelegen, die niedersächsischen Fürsten möchten so viel werben, als sie wollten."

Und als nun einige dieser Fürsten auf einer unter dem Vorsitze des Herzogs Georg zu Lüneburg abgehaltenen Versammlung den Beschluß gefaßt hatten, die Kreistruppen Winterquartiere beziehen zu lassen, erklärte sich der magdeburgische Administrator am 15./25. November mit Entschiedenheit dagegen und bat, ihn und sein Stift mit der nie bewilligten oder im Kreisrath verabschiedeten Einquartierung zu verschonen.

Die Sache drängte aber um so mehr zur Entscheidung, als Tilly schon in der Mitte September um Stolzenau Quartier genommen hatte und sich Minden näherte. In derselben Zeit stieß auch Colalto mit

1) Er theilte ihn Herzog Christian von Celle bereits am 27. August mit.

3,000 M. Infanterie im Bisthum Münster zu Tilly's Schaaren, und Anholt hielt am 15. (oder 16.) September seinen Einzug in die Stadt Osnabrück. Binnen drei Tagen verlangte er von dem Rathe Bescheid auf seine Forderung, nach welcher die Stadt für 3,000 M. Infanterie und 200 Pferde Winterquartiere zu schaffen hatte.[1]

Schon am 26. September reichten daher die magdeburgischen Räthe ihrem Landesherrn eine Denkschrift ein, in welcher sie darthaten, daß man nur durch eine Abdankung der Truppen einer Verbindung mit Tilly gegen Mansfeld und Christian zuvorkommen könne. Der katholische Heerführer hatte in diesen Tagen auch Minden mit 3 Compagnien Infanterie und ebenso viel Cavallerie, Hoya mit der doppelten Anzahl und Diepholz mit einer Compagnie zu Roß und einer zu Fuß besetzt. Mit 3 Regimentern wollte er durch Braunschweig nach dem Eichsfelde gehen. — Obwol die Stände sich bei Kursachsen in der bittern Verlegenheit Rath holen wollten, trug der Bescheid Johann Georgs doch nichts dazu bei, ihre Lage zu klären. Ehe man Mansfelds und Braunschweigs sicher sei und Gewißheit vom Aufbruche Tilly's habe, fand der Kurfürst die gänzliche Abdankung bedenklich. Er schien zu befürchten, das kaiserliche Volk möchte dann nicht so bald abgeführt, sondern an den Pässen belassen werden.[2] In der That setzten sich die Ligisten unter großen Verheerungen in Stade und im Amt Polle fest, wo sie sich trotz aller Klagen und Beschwerden der gepeinigten Unterthanen und ihres Landesherrn auch noch Mitte Februar 1624 befanden.[3]

Christian IV. scheint den Plan gehegt zu haben, wenigstens die drei Stifter, Magdeburg, Halberstadt und Bremen, und das Herzogthum Braunschweig durch dänische Truppen zu sichern. Da diese Absicht jedoch an dem Administrator Christian Wilhelm schon wegen Halberstadt einen heftigen Gegner fand, verließen die Dänen die Fahnen des Kreises, nachdem der Administrator und Friedrich Ulrich ihre Mannschaften gleichfalls zurückgerufen hatten. Eine neue Position hatte dagegen Christian IV. durch die Verpfändung des hoya'schen Amtes Syke, welche Friedrich Ulrich am 29. Oct. für die am 7. Januar entliehenen 300,000 Thlr. eingehen mußte, im Kreise erlangt.

1) Anonyme Notiz vom 18. September, Kgl. Geheimes Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen Nr. 101.

2) Johann Georg an Christian von Celle aus Stolpen 8. October.

3) Vgl. einige hierauf bezügliche Actenstücke der Mecklenburgischen Apologie. Beil. S. 266—288.

Und so zogen denn die meisten Stände im October und November dieses Jahres ihre Mannschaften zurück; der Erzbischof von Bremen verjagte die Kreistruppen sogar mit Gewalt. Nur die celle'schen und mecklenburgischen Truppen blieben noch eine Zeit lang an der Weser stehen, um Tilly den Uebergang zu wehren. Endlich gab jedoch auch Christian von Celle, von Tilly geradezu bedroht, jeden Gedanken des Widerstandes auf und entließ seine Schaaren; Mitte December folgte ihm hierin auch Christian IV. Im Anfang des Jahres 1624 löste sich dann die Kreisarmee vollständig auf, und der Kreis hatte nichts anders durch sie gewonnen, als Schulden, die sich jeder Stand zu bezahlen weigerte.

So war man denn der Gefahr entgangen, die habsburgisch-ligistischen Heerschaaren durch die Kreistruppen zu verstärken. Daß es hohe Zeit war, überhaupt einen Entschluß zu fassen, zeigte ein neues Schreiben Ferdinands II.[1] (vom 22. Dec.), in welchem er die niedersächsischen Stände um eine kategorische Antwort auf die oft gestellte Forderung ersuchte.

Der Kreisoberste Christian von Celle aber hielt es bei der verworrenen Lage der Dinge für das gerathenste, sein Amt ganz niederzulegen. Das Schreiben, durch welches er dem Administrator Christian Wilhelm diesen Entschluß mittheilte, führt als Gründe desselben auf, „daß, da die Reichsconstitutionen und Abschiede in keinem Puncte zur Vollziehung zu bringen, die uns anvertraute Direction in Kriegsexpeditionen so wenig Effect gehabt, daß durchaus nichts zu Stande zu bringen."

Mit diesem Schritte des Herzogs von Celle wurde das Chaos im niedersächsischen Kreise vollständig.

Herzog Christian und sein Verhältniß zu seiner Familie nach der Schlacht bei Stadtlohn.

Auch nach der Niederlage bei Stadtlohn machte Christian noch einige Versuche, von Neuem in den niedersächsischen Kreis zu gelangen. Nachdem Moriz von Oranien die Ueberbleibsel seines Heeres wider gesammelt hatte, nahm der Bischof abermals holländische Dienste. Am 10./20. August trat sein neuer Dienstvertrag auf $2^1/_2$ Monate, nach welchem ihm für 3,000 Pferde und 2,500 M. Fußvolk monatlich 22,000 Gulden und außerdem noch die Summe von 50,000 Gulden gezahlt wurde, in Wirk-

---

1) Königl. Geheimes Staatsarchiv zu Berlin. Niedersächsische Kreissachen vom 18. Nov. bis zu Ausgang Januarii 1624. Nr. 103.

samkeit. Er sollte dadurch in den Stand gesetzt werden, abermals im Felde zu erscheinen.[1]

Und bald meldete auch Friedrich Ulrich Christian IV., daß der Oberst Kniphausen unterwegs sei, und bat ihn, dem der wolfenbüttelischen Fürstenfamilie so verhaßten Manne ja keine Audienz zu gewähren. Ein ähnliches Schreiben von demselben Tage erhielt der König auch noch von seiner Schwester Elisabeth. Friedrich Ulrich, der sich gerade damals bei seiner Mutter in Schöningen befand, befahl selbst seinem Hofmarschall und Geheimen Rathe Heinrich Julius von Knieſtädt, Kniphausen, wenn er sich in Wolfenbüttel melden sollte, abzuweisen, womit sich auch Christian IV. einverstanden erklärte.

Dieser war aus einem uns unbekannt gebliebenen Grunde auf den bei seinem unbesonnenen Neffen allmächtigen Rath im höchsten Grade aufgebracht. Er nennt ihn in seiner Antwort an die braunschweigischen Verwandten „einen losen Kerl, der an allem diesem Unwesen allein" Schuld trage, und gibt der Schwester den besorgnißvollen Rath, Friedrich Ulrich ja von einer Einmischung in die Händel seines Bruders abzumahnen: „Es ist hohe Zeit aufzuhören; wäre Bethlen Gabor nicht gekommen, so wäre es mit dem Land zu Braunschweig gegangen, gleich wie es itzt mit Hessen geht. Will Christian sich nicht sagen lassen, so muß man die Sache dennoch in Acht haben."

Eben so sorgsam suchte man den ränkevollen Mann vom Stift Halberstadt fern zu halten. Elisabeth schrieb in diesem Sinne am 9./19. December an den ehemaligen Oberkämmerer des Bischofs und jetzigen Amtmann von Schlanstedt, Heinrich Wernecke, und Friedrich Ulrich befahl ihm noch besonders, den Agenten des Bruders von einer Audienz bei ihm abzumahnen; er fürchtete, sich schon hierdurch bei seinen Mitständen von Neuem in Verdacht zu bringen.

Trotzdem ließen jedoch Elisabeth und Friedrich Ulrich auch jetzt noch nicht ab, unter Vorführung aller erdenklichen Gründe, Christian für die Aussöhnung mit dem Kaiser zu gewinnen. Friedrich Ulrich erinnerte ihn daran am 6./16. October 1623, wo allmälig der Zeitpunct herannahte, an welchem er die hildesheimischen Lehen vom Kaiser zu empfangen hoffte. Er stellte dem Bruder vor, daß er bei seiner fortgesetzten Weigerung Gefahr laufe, aus den Lehnbriefen ausgeschlossen zu werden, und führte ihm den gänzlichen Untergang ihres fürstlichen Geschlechts warnend vor Augen.

1) Roe, Negotiations S. 172. Carletons Brief an Roe, Haag 18./28. Aug. 1623.

Die Mutter sah in den widerholten Unfällen des Sohnes nur ein Gottesgericht über seine Pläne und machte ihm die bittersten Vorwürfe, daß er ihre wolmeinenden Absichten durch seine Halsstarrigkeit gekreuzt habe. „Wie fein hättest Du jetzunder gekonnt mit guter Reputation von diesem Werk kommen, hättest Du mir gefolget, hättest Du nicht so betrogen den König und alle Deine Herrn Verwandten, die es so herzlich gut mit Dich gemeinet. Kannst aber noch wol darvon kommen, wenn Du nur folgen willst! Folge mir doch noch dies Mal als Deiner Mutter; ich weiß, Gott wird Dir aus allem Deinem Unglück helfen, dann wer seiner Eltern Rath folget, dem gehet es allzeit besser, als wer andern bösen Leuten folget, und die nichts Gutes im Sinne haben." Und nach diesen rührenden Bitten mütterlicher Zärtlichkeit stellt sie ihm das Loos vor Augen, welches ihn, einen Herzog ohne Land, im Alter erwarte, und führt ihm die thatsächliche Unmöglichkeit zu Gemüth, ein meuterisches, aus Franzosen und Engländern bestehendes Heer ohne Mittel zu führen. „Danke von den Staaten ab, Du hast keine Ehre von ihnen; sie achten Deiner wie nichts, das weiß ich, denn sie bilden sich ein, Du kannst es nicht ändern, Du mußt ihnen dienen. Bedenke, in welch Unglück daß Du uns alle mit einander hie im Lande hast wegen Deines Kriegswesens gesetzt! Welche Seufzen hast Du wol auf Dich geladen, das erkenne Gott! In welche Gefahr hast Du mich als Deine Mutter gesetzet und Dein Vaterland! Ich hätte wol Ursach Dir zu fluchen, aber nein, — sondern ich bitte den lieben Gott, daß er Dir soll ein Mal die Augen öffnen und Dich aus diesem Unglück erlösen." [1]

Allein der rauhe soldatische Sinn des jungen Fürsten, der am 2./12. October 1623 von Neuem einen Dienstvertrag mit Mansfeld abgeschlossen hatte, ließ sich auch hierdurch nicht erweichen. Er erklärte der Mutter in einem Schreiben vom 19./29. November daß es ihm jetzt noch unmöglich sei sich zu entschließen; er hoffe nicht, daß der Kaiser seinem Bruder oder ihm das Land darum nehmen werde, weil er dem Kriege folge, da er ja nicht wider den Kaiser diene und überdies das

1) Vgl. Kurtze Gründl. Information. S. 134—139. Dieser Brief ist auch bei Lichtenstein, Die Schlacht bei Lutter S. 26, 27. gedruckt.

Reich zu verlassen gedenke. Abermals bittet er die schwer geprüfte Fürstin seine gnädige Frau Mutter zu bleiben und versichert ihr sein Bestes thun zu wollen, um mit Ehren von der französischen Liga loszukommen und sich dann wider bei ihr einzustellen. Kniphausen behauptet er entlassen zu haben: „Gott und ich wissen die Ursache."

Und trotz dieser Versicherungen scheint der Sohn die Mutter auch dies Mal hintergangen zu haben. Wenigstens ist so viel sicher, daß der Herzog diesem seinem Vertrauten noch am $\frac{24. \text{ Sept.}}{4. \text{ Oct.}}$ eine Vollmacht zur Erhebung einiger Summen ausstellte, die er von seinem Oberkämmerer Heinrich Wernecke noch beanspruchte. Jener aber wendete sich sogar noch in seiner Eigenschaft als Oberhauptmann der Grafschaft Blankenburg an den dortigen Sekretär Hoffmann mit dem Gesuche, die Summe von 800 Thalern an seinen Bruder Enno Wilhelm v. Kniphausen in Hamburg zu zahlen.

Dodo v. Kniphausen versuchte ferner selbst den Zorn der fürstlichen Familie zu beschwichtigen und sich namentlich von dem Vorwurfe zu reinigen, als ob er derjenige gewesen sei, welcher Christian zu seinen kriegerischen Unternehmungen im letzten Jahre angereizt habe. Er sendete am 10./20. Januar 1624 eine Denkschrift an die verwittwete Fürstin nach Schöningen ein, in welcher er behauptete, nicht weniger als 19 Gründe gegen die kriegerischen Unternehmungen seines jugendlichen Herrn ins Feld geführt zu haben. In einigen derselben stellte er sich so geschickt auf den Standpunct der Gegenpartei, daß er Elisabeths Unwillen nur noch in höherem Grade erregte. Noch an demselben Tage, an welchem sie diese ungeheuerliche Verantwortung, „wie der Wolf so bald zu einem Schaaf geworden," erhalten hatte, theilte sie dieselbe auch ihrem Sohne Friedrich Ulrich mit.

Der verschlagene Unterhändler erreichte bei der fürstlichen Familie nichts. Am 8./18. Januar 1624 befahl ihm Friedrich Ulrich, gestützt auf die Mittheilung des Bruders von seiner Entlassung, geradezu, die braunschweigischen Lande zu meiden, und ersuchte sogar am 8./18. Februar 1624 seinen Vertreter bei dem Kreistage einen förmlichen Beschluß auszuwirken, daß Kniphausen im ganzen niedersächsischen Kreise nicht weiter geduldet werden sollte. Er beschuldigte ihn dabei ganz offen, daß er Christian im vorigen Jahre angetrieben habe, bei seinen kriegerischen Plänen zu verharren, und daß er auch vor Kurzem wider mit gefährlichen Practiken umgegangen sei. Und dennoch ließ dieser von dem Versuche, sich Friedrich

Ulrich zu nähern, auch jetzt noch nicht ab. Widerholt verwendete sich sein bereits erwähnter Bruder bei dem braunschweigischen Geheimen Kammerrath Rautenberg, der sein Schwager gewesen zu sein scheint, für ihn. Rautenberg vermittelte auch wirklich ein neues Schreiben des unermüdlichen Drängers, in welchem er um Mittheilung der von der wolfenbütteliſchen Fürstenfamilie gegen ihn erhobenen Beschuldigungen so wie um die Erlaubniß, sich gegen dieselben zu verantworten, nachsuchte. Allein Friedrich Ulrich schickte dies Schreiben mit der besondern Warnung, sich mit dem Abenteurer weiter nicht einzulassen, seinem Kammerrath unerbrochen zurück.

Während dieser ganzen Zeit hörten Mutter und Bruder nicht auf, Christian auf das Eindringlichste zu ermahnen, das Waffenhandwerk zu quittieren und den kaiserlichen Pardon anzunehmen. Vornehmlich suchte ihn Friedrich Ulrich in einem Schreiben vom 5./15. Januar 1624, welches sich an den politischen Ehrgeiz des jungen Fürsten wendete, von Neuem seinen Wünschen geneigt zu machen. Er beruft sich darauf, daß er es mit der fürstlichen Reputation und der zeitlichen und ewigen Wolfahrt des Bruders treulich meine und selbst den innigen Wunsch hege, daß er unsterblichen Ruhm und ein ewiges, glorreiches Andenken erlangen möge. Ja er erbietet sich sogar unter Zuziehung des Oheims und der Mutter darauf hinzuwirken, daß ihm eine seinem Stande und seinen Fähigkeiten angemessene Laufbahn eröffnet werde. Weil er nun einmal all seine weltliche Lust und Liebe in die Waffen gesetzt habe, so könne er ja, falls es ihm anders beliebe, bei der Kaiserlichen Majestät in eine Kriegsbestallung wider den Erbfeind des christlichen Namens treten und dadurch mit großem Ansehn seine jetzige Laufbahn aufgeben, sein Leben in hoher fürstlicher Autorität bei allen Fürsten des römischen Reichs führen und sich einen unsterblichen Namen und alles gedeihliche Wachsthum an Land und Leuten erwerben. Und darin mußte Christian dem Bruder bei leidenschaftsloser Betrachtung der Dinge Recht geben, daß er von seinen jetzigen Freunden in der Zukunft wahrscheinlich nur geringen Dank ernten werde. Denn in der That waren schon in diesem Augenblicke die Generalstaaten wenig geneigt, einen Heerführer, dessen Unternehmungen zuletzt alle gescheitert waren, weiter zu verwenden.

Schon gegen Ende des Jahres 1623 waren alle Unterstützungen für die Truppen, die Christian noch unterhielt, ausgeblieben, und seine Verlegenheit wuchs, da er von Mutter und Bruder keinerlei Zuschüsse zu erwarten hatte, von Tage zu Tage nur noch mehr.

Da sendete er, von der Noth gedrängt, am 27. December 1623 den Major Westphal[1] zu dem dänischen Gesandten nach Oldenburg, um die Entlassung seiner Mannschaften zu veranlassen: da seine Armee geschlagen sei, und er von den Staaten mit Undank belohnt und von Mansfeld mit vergeblichen Hoffnungen auf neue Werbungen bei andern Staaten hingehalten werde, so bittet er um Durchzug für 600 Pferde und 1,000 Dragoner, die er im Stift Halberstadt abdanken wollte. Im Fall einer abschlägigen Antwort war sein Vertrauter beauftragt, einen Sold von ein oder zwei Monaten für die Truppen nachzusuchen; dann versprach er sie innerhalb 4 oder 5 Tagen abzudanken. Ferner trug er darauf an, man möge die Soldaten wenigstens einzeln durchlassen. Diese Bedingungen sollten Mutter und Bruder durch die dänischen Gesandten auf dem niedersächsischen Kreistage mitgetheilt werden. Da der Durchzug durch das oldenburgische Gebiet von vorn herein abgeschlagen wurde, so blieb dem braunschweigischen Agenten nichts übrig, als auf eine andere Proposition des dänischen Gesandten Heinrich Ranzau einzugehen.[2]

Dieser zu Folge zahlte der Herzog von Oldenburg am 30. Januar 9,000 Thlr., für welche sich Friedrich Ulrich mit der Herzogin-Mutter verbürgten, und Christian versprach von Neuem sich Ferdinand II. zu unterwerfen und sich bis zu seiner völligen Aussöhnung bei seinem Oheim Christian IV. von Dänemark aufzuhalten. Dieser Vertrag kam mit vollständiger Genehmigung Tilly's, dem die einzelnen Puncte vorher mitgetheilt waren, zu Stande.[3] Tilly selbst rühmte die Verdienste, welche sich der Graf von Oldenburg in dieser ganzen Angelegenheit erworben hatte, in einem besonderen Schreiben an Ferdinand II.[4] Friedrich Ulrich aber schickte am 8./18. Januar den oldenburgischen Geheimen Rath Christof Pflug und Philipp Adolf v. Münchhausen an seinen Bruder und empfahl ihm nochmals, nicht nach Holland, sondern zu Christian IV. zu gehen und endlich dem Kriege zu entsagen. Wolle er trotzdem auf dem bisher betretenen Wege nach dem Beispiele seiner Ahnen unsterblichen Nachruhm suchen,

---

1) Nicht Vertphole, wie in dem Schreiben Tilly's bei Villermont, Tilly S. 673 steht.

2) Der Accord wurde zu Oldenburg am 3. Januar 1624 geschlossen.

3) Der Text des Vertrags ist gedruckt in der öfter angeführten Information ... S. 156. Vgl. außerdem Mittendorff a. a. O. S. 93 und Villermont, Tilly S. 218, 219. Das Schreiben des Grafen von Oldenburg an Tilly bei Villermont a. a. O. S. 677, 678.

4) Vgl. Villermont a. a. O. S. 219, 676, 677.

so rieth er ihm nochmals, in die Dienste des Kaisers oder des Königs von Dänemark zu treten, von denen in jedem Falle mehr als von seinen bisherigen Kriegsherrn zu gewinnen sein werde.

Allein Christian dachte auch jetzt nicht im Entferntesten daran, sich unter den Einfluß seines vorsichtigeren Oheims zu stellen. Sofort nach dem Abschlusse dieses Vertrags brach er auch wider nach den Niederlanden auf. Bereits am 14./24. Februar schickte er von Utrecht aus durch jenen Westphal einen eigenhändigen Brief nebst 2 Blanketen an die Mutter, in welchem er sie abermals inständigst bittet, ihr Herz nicht von ihm abzuwenden und dafür zu sorgen, daß er nicht um sein Stift Halberstadt komme und bei seinem Oheim nicht in Ungnade falle. Am 29. Febr. a. St. befand er sich wider im Haag. Seine ganze stürmische Natur war auch jetzt noch so weit entfernt, sich in die Lage des Bruders und der Mutter hinein zu versetzen, daß er sich sogar in dieser Zeit gegen seinen Bruder auf das heftigste über die braunschweigischen Regierungsräthe Ernst v. Steinberg, Heinrich Julius v. Knieſtädt und Hans Christof v. Hardenberg und die Maßregeln, welche von seiner Familie getroffen waren, um seine verdächtigen Diener von Braunschweig und Halberstadt fern zu halten, beklagte.

Wir heben einige Stellen aus dem von Invectiven gegen den schwachen aber gutmüthigen Herzog strotzenden Briefe heraus:

Er erklärt, „nunmehr zu den Jahren und dem Stand gekommen zu sein, darinnen wir uns auf diese Weise bei der Nasen herumführen zu lassen keineswegs mehr schuldig erachten, auch daß wir ein viel höheres Interesse an E. L. Räthe Regierung haben, als daß E. L. Räthe sich in unser Thun und Lassen mengen und um unser Gebot und Verbot ihres Gefallens zu reformieren, zu corrigieren, zu ändern und zu meistern Macht haben oder befugt sein sollen. Dahero wir auch entschlossen, uns unsers Stifts und Grafschaft Regierung selbsten in der Person als in Antritt unserer Majorennität anzunehmen und darinnen eine solche Disposition zu machen, wie wir es zu ihrem Besten und unserer Wolfahrt dienlich und nützlich befinden werden, nicht zweifelnd, E. L. werden sich dieses brüderlich gefallen lassen, für Ihre Person dergleichen Mühe gern enthoben sein und Ihre Diener dahin anweisen, damit sie sich mit unsern Sachen nicht weiter bekümmern."

Seine Bitte an den Bruder aber lautet: „bitten E. L. wir aus getreuem brüderlichem Herzen, dieselben wollen doch um sich sehen und diese drei schädliche Personen von sich, Dero Hof und Rath removiern, und

derſelben Stelle mit andern friedliebenden und ihrem Vaterlande ſelbſten nützlichen Perſonen erſetzen, zugleich auch die Ohren vor ihr und ihresgleichen Einblaſen verſtopfen, uns aber hingegen als einem aufrichtigen Bruder auf Deutſch und Braunſchweigiſch trauen, daß wir mehr als ſie auf unſers gemeinen Stammhauſes Proſperität, Wachsthum und Zunehmen ſehen werden."

Hierauf empfing jedoch Chriſtian von Eliſabeth, obwol ſie auch jetzt ihre faſt leidenſchaftliche Liebe zu dem verlornen Sohne nicht zurückdrängen konnte, einen ſo ernſtlichen Verweis, daß ſein wilder und trotziger Muth, zumal jetzt ernſtliche Verlegenheiten hinzukamen, doch ſehr zu ſinken begann.

Eliſabeth beklagt,[1] daß er ſeine Umgebung trotz ihrer treuen Erinnerungen immer noch nicht entlaſſen habe und ſie ſogar noch in Schutz nehme. Selbſt die Kriegsluſt des Sohnes hält die Mutter, deren Urtheil doch in dieſem Puncte ſehr ſchwer in die Wagſchale fällt, nicht für den einzigen Grund aller ſeiner Unternehmungen. Seinen Räthen, denen vielleicht vor der Zeit, wo ſein Geld dahin ſei, bang werde, ſcheint ſie wenigſtens einen gleichen Theil der Schuld wie ihm ſelbſt beizumeſſen: „Ob aber dadurch, daß Du zum Kriege ſo große Luſt haſt, ſolche Leute ſich aller Beſchuldigung werden entbrechen können, das ſtehet dahin. Mancher, ſo etwas Böſes im Sinn hat, mußte es wol oft einſtellen, wenn er keinen Gehilfen dazu fänd; und da Du ja nicht davon abzubringen geweſen wäreſt, ſo hätte ſich wol andere Gelegenheit gefunden, dabei zwar nicht diejenigen Leute, Du aber wol zweifelsohne beſſer würdeſt proſperiert haben. Daß Du nun aber zu einem ſolchen Weſen angeführt biſt, darüber Du auch das Stift Halberſtadt verluſtig worden, ſolches haſt Du keinem Andern als den Leuten oder — da Du ſelbſt die Ehre haben willſt, daß Du alles für Dich allein ohne einzigen Rath wolleſt gethan haben, — Dir ſelbſt allein zu danken, und wäre wol zu wünſchen, daß Dir, ſo geſchwinde Du darum kommen, ſo leicht auch ein anderes wider zu erwerben ſtände." Daß man ſeine Diener mit ihrem Volke in Braunſchweig und Halberſtadt nicht von Neuem ſich habe ſammeln laſſen, dafür zieht ſie einen Beſchluß des niederſächſiſchen Kreiſes und die Rückſicht auf Tilly als Grund an und gibt dann ihrem Briefe eine Wendung, welche uns einen bezaubernden Blick in die ganze Tiefe dieſes ausgezeichneten deutſchen Frauengemüths geſtattet: „Laß Dir doch an dem

1) In ihrem Schreiben vom 30. März a. St.

Vorigen genügen, so fleht sie den Sohn an, und begehre nicht so inständig, Dein eigenes Vaterland so ganz und gar ohne einige Noth zu verderben und durch dessen Ruin nach Ehre und Reputation zu streben, wie denn dazu ein guter Anfang allbereit gemacht worden. Deine Diener betreffend vermeinte ich, daß ich Ursach genug habe, derselben etliche, denn sie sind nicht alle gleich, abzuschaffen, und wenn Du ja keine andere Anzeige hättest, wie treulich gut ich es mit Dir gemeint, so hast Du es daraus abzunehmen, zumal Du leicht erachten kannst, wie schmerzlich es meinem mütterlichen Herzen vorkommt, daß ich sehen muß, wie Du, der Du mir lieber als mein eigen Herz, von solchen Leuten zu solcher Resolution angeführt bist, dabei Du zeitliches und ewiges Unheil zu gewarten." Nicht die Diener Friedrich Ulrichs, sondern sich selbst und ihren Bruder nennt sie dann als die Urheber der Maßregeln, welche gegen seine Anhänger verhängt worden waren. Mit scharfen Worten verweist sie ihm weiter die Ungebührlichkeit, mit welcher der seines Bisthums verlustige, im Auslande zum Theil von fremder Gnade lebende junge Prinz den Bruder in der Wahl seiner Räthe hatte beschränken wollen. „Der jetzige Statthalter hat Deinen Bruder noch um kein Land und Leute gebracht, wie Dir Deine Leute gethan haben. Wollte Gott, daß Dir Deine Diener so treu wären, Du hättest das Stift noch, darum hat Dein Bruder keine Ursach sie abzuschaffen. Ehrliche Leute pflegen die Herren auf blos Angeben nicht abzuschaffen, das lerne von mir. Daß man Dich aber allhier nicht leiden will, darüber wolleſt Du Dein eigen Gewissen Dich berichten lassen, wie sehn- und flehentlich Du nun zum oftern vermahnet, erinnert und gebeten worden bist, von Deinem vorgehabten Unwesen abzustehen und Dich wider zu Lande und Leuten zu begeben. Du zieheſt ja selbst an, daß Dir die Ehre lieber als das Leben. Ob nun aber durch solche Mittel, wie bishero gebraucht worden, große Ehre zu erjagen, dabei sollte wol großer Zweifel vorfallen, und würden Dir die Mittel in Ehren zu leben nicht gemangelt haben, wenn Du nur mehr gutem als bösem Rath folgen wollteſt. Es ist aber, so viel als ich aus dem ganzen Schreiben abnehmen kann, Dir Alles nur und allein um Geld zu thun, vielleicht etwas Neues damit wider anzufangen.....

Folge Du mir nur, wie auch Andern, die es mit Dir gut meinen, schaffe diejenigen ab, die Dich davon abhalten, accomodiere und bequeme Dich J. M. dem Kaiser, stehe von der Widersetzlichkeit ab und erwarte alsdann bei meinem Bruder dem Könige Dero allergnädigste Resolution. Und da Du dann auf itzt erwähnten Fall von mir und Deinen Freunden

gelaſſen wirſt, alsdann haſt Du Urſach Dich zu beklagen. Da aber ſolches alles abermal nicht ſtattfinden, ſondern Du vielleicht auf den Gedanken gerathen ſollteſt, daß durch ſolche angedeutete Desperation Du mich irgend dahin bewegen wollteſt, ich ſollte und müßte Dir mit Geld aushelfen und Dich nichts deſto weniger mit Deinem Vornehmen auch mit Deinem eignen Schaden durch Geld oder andere Mittel ſtärken und zu Deinem eignen Unglück weitere Urſach geben, daran möchteſt Du Dich ſehr betrogen finden."

Auf den Schluß aber hat ſie die Hauptſache verſpart in einigen leider für uns zu dunkeln Worten. „Dein Gewiſſen wird Dir am meiſten Zeugniß geben, warum Dirs dann bei dieſem Werk am meiſten zu thun geweſen, und ob es allein das gemeine Weſen ſei! Mich zwar als einen Menſchen kann man leicht betrügen und hintergehen, obs wol ſchwer genug zu verantworten, ſonderlich gegen eine leibliche Mutter. Gott aber, deſſen Strafe Du Deiner eignen Bekenntniß nach bis daher hierbei gewaltig verſpürt, und dafür Du Dich ins Künftige wol zu hüten, wird ſich endlich nicht ſpotten laſſen!"

Der Eheſandel des Herzogs Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel.

Allein es war nicht nur die zärtliche Mutterliebe, welche den Herzog zur Umkehr hätte veranlaſſen können. Auch die Familienintereſſen des wolfenbütteliſchen Fürſtenhauſes geboten dringend nicht nur die Rückkehr Chriſtians, ſondern auch ſeine Ausſöhnung mit dem Kaiſer.

Es iſt bereits erwähnt worden, daß bei der Niederlage, welche der Herzog von Lauenburg in der Nähe von Göttingen erlitt, auch Briefe dieſes Herzogs an die Gemahlin Friedrich Ulrichs gefunden wurden, welche die Ehre ſeines Hauſes in empfindlichſter Weiſe an den Pranger ſtellten.

Die Herzogin hatte ſich ſofort nach dem Bekanntwerden der unglücklichen Geſchichte vom braunſchweigiſchen Hofe entfernt, war aber auf Befehl ihres Bruders, des Kurfürſten Georg Wilhelm, ins Brandenburgiſche gegangen. Friedrich Ulrich betrachtete in Folge davon die Ehe als aufgelöſt und bemächtigte ſich, da er die Herzogin als den ſchuldigen Theil anſah, der Mitgift und der ganzen Hinterlaſſenſchaft der Markgräfin.

Da die Ehe kinderlos, und auch Herzog Chriſtian unverheirathet war, ſo dachte man in der Umgebung des Herzogs zum Behuf ſeiner Wider-

verheirathung an eine Ehescheidung und brachte den ganzen Handel vor die theologische Facultät der Universität Wittenberg,[1] der man auch die betreffenden Schreiben in Copien übersendete. Es waren 11 Briefe, welche die neue Verwirrung am Hofe zu Wolfenbüttel und einen dauernden Zwist mit Kurbrandenburg erregt hatten. Die Gemahlin Friedrich Ulrichs hatte in ihnen die verwittwete Herzogin Elisabeth einen alten Schaafskopf genannt, sie hatte ihr den Tod durch Halsbrechen gewünscht. Franz Albrecht von Lauenburg hatte an die Herzogin geschrieben, wenn er mit den tilly'schen Truppen in Braunschweig einrücke, solle Schöningen, Elisabeths Wittwensitz, zuerst brennen. Von der Herzogin selbst war diesen Schreiben zu Folge der eigne Gemahl ein „Krum" tituliert worden; die Markgräfin wünschte, „daß Krum hät mögen den Hals brechen, sie wollte alles, was sie in der Welt hätte, darum geben, so es geschehen wäre." Ja es waren Schreiben vorhanden, in welchen der Herzogin Name mit noch ärgeren Beschuldigungen in Verbindung zu stehen schien. Sie hatte an ihren Vertrauten geschrieben, „wiltu kunstlen oder kanst, so thue es bald, dann es ist hohe Zeit." Dieses geheimnißvolle Wort schien eine Deutung in einem Schreiben des Herzogs an die Markgräfin zu finden, wo es hieß: Spinola habe Nachricht, daß „Krum gewiß todt sei;" er selbst, der Fürst, aber habe die sichere Hoffnung, „Kraßky werde ihn bald holen;" „ich wollte, daß es wahr wäre, so wäre ich einer Stunde überhoben, sonsten werde ich doch noch kunstlen müssen." Auch die Markgräfin hatte sich dieses dunkeln Wortes noch einmal bedient, indem sie an den Lauenburger schrieb, „wenn er sich wollte todt grämen, durfteſt du nicht kunstlen." [2]

Deutlicher schienen die Beweise einer unerlaubten Vertraulichkeit zwischen der Herzogin und dem Fürsten zu sein, die sie ganze vier Wochen hindurch in Wolfenbüttel genossen hatte. Man brachte einen Brief vor, in welchem sie das sehnsüchtige Verlangen, dem Fürsten Herz, Hände und Füße zu küssen, äußerte.

---

1) Das Gutachten derselben befindet sich abschriftlich im Kgl. Geheimen Archiv zu Kopenhagen.

2) Frisch, Wörterbuch I. 557. „künsteln, moliri aliquid artificiosi, conari aliquid et non habere artem sufficientem, meistens in spöttlichem Verstand." (Stalder, Schweiz. Idiotikon II. 144 „künzeln, künzeln, künseln — schmeicheln, liebkosen, mehr mit Gebärden als mit Worten.") Auch Göthe gebraucht das Wort in dem bekannten Briefe an Frau v. Stein über seinen Besuch in Sesenheim.

Die theologische Facultät zu Wittenberg betrachtete die Vergehungen der Herzogin als erwiesen. Ihr noch dem Jahre 1623 (6. Nov.) angehöriges Gutachten ertheilte Friedrich Ulrich, da die Herzogin sich an Gott und ihrem Gemahl versündigt habe, die Erlaubniß, zu einer zweiten Ehe zu schreiten, doch sollte eine förmliche Scheidung vorausgehen. Ja sie interpretierte das Wort „kunstlen" so, „daß es des Herzogs von Braunschweig Leben gelte." Dieses Gutachten der Facultät wurde auch dem Könige von Dänemark in Abschrift übersendet.

Der Kurfürst von Brandenburg freilich war nicht im Geringsten geneigt, in diesen Schreiben eine so schwere Verschuldung seiner Schwester anzuerkennen. Er bestritt, daß alles, was der Herzog von Lauenburg geschrieben habe, seiner Schwester gelte. Diese nahm es hochbetheuerlich auf sich, daß sie diejenigen Schreiben, „welche von der meisten Importanz sind," nie empfangen oder gesehen habe. Der Kurfürst behauptete, daß die verfänglichen Schreiben seiner Schwester dieser selbst nie im Original vorgezeigt seien, daß sie von derselben nicht als die ihrigen anerkannt würden. Der Deutung, nach welcher man gleich im Anfange dem Wort „kunstlen" den Sinn von „mortificieren, meuchlerisch aufräumen und über eine Seite bringen" untergelegt hatte, widersprach er entschieden. Der Herzog habe das Wort stets sprichwörtlich, auch über Tafel im Beisein Friedrich Ulrichs selbst gebraucht, wenn er etwas ihm Mißfälliges gesehen habe, und damit gemeint, „er müsse machen, daß es besser werde."

Auf das Entschiedenste ferner läugnete er den Ehebruch. Wenngleich alle Schreiben Briefe seiner Schwester wären, so finde sich doch durchaus nichts in ihnen, was nur von Fern einen Ehebruch andeute. „Ja, das mehr ist, so bezeugen J. L. mit hohem Betheuern, daß Ihre und des Herzogs Liebden noch niemalen Eheleute mit einander worden, und daß J. L. dahingegen Ihre Jungfrauschaft bis auf diese Stunde ganz und vollkommen behalten, auch vor deme, welchen man pro moecho halten will." [1]

Die Streitsache wurde trotz des Gutachtens der wittenberger Facultät nicht sofort ausgetragen, sondern war noch Ende des Jahres 1625 unentschieden. Am 26. Dec. 1625 unterzeichnete Friedrich Ulrich ein Document, in welchem seine Gemahlin unbeschadet ihrer hohen Ehre und fürstlichen Abkunft Abbitte zu leisten versprach, und Friedrich Ulrich dagegen seine Verzeihung zusicherte. Die Herzogin entsagte ihren Rechten und Ansprüchen,

1) Schreiben des Kurfürsten an Christian IV. Cöln a. d. Spree 25. Aug. 1623. Kgl. Geh. Archiv zu Kopenhagen.

wogegen der Herzog ihr drei Häuser zum Leibgedinge anwies. Allein das Schriftstück trägt keine brandenburgische Unterschrift und hat demgemäß die Sache noch nicht entschieden.

Unseres Wissens ist die Ehe Friedrich Ulrichs nicht förmlich getrennt worden, obwol sie sich thatsächlich schon im Jahre 1623 auflöste. Der ganze Handel aber mußte erwähnt werden schon um zu zeigen, in wie traurigen Verhältnissen ein protestantisches Fürstenhaus dahinsiechte, welches in jenen trüben Zeiten einen bedeutenden Einfluß auf eine bessere Gestaltung der Dinge hätte üben können. Nun kam zu dem Hader mit dem hohenzollerischen Administrator Christian Wilhelm, der sich durch die halberstädtische Stiftssache erhoben hatte, auch noch der viel ärgerlichere Zwist mit dem Kurhause Brandenburg wegen der Markgräfin ... Wie wären diese Fürsten geeignet gewesen, in hochherziger Vereinigung das Kleinod des Evangeliums zu retten? — Wie wichtig aber war es für die wolfenbütteler Linie, ja für den ganzen niedersächsischen Kreis, wenn nun eine Aussöhnung des Herzogs Christian mit dem Kaiser und darauf eine friedliche Rückkehr des erstern wirklich durchgesetzt wurde!

Herzog Christian von Braunschweig in Holland und seine Resignation.

Der Herzog selbst war in dieser ganzen Zeit in der drückendsten Geldverlegenheit. Es gab Augenblicke, wo er keinen Heller in der Tasche hatte und nur auf den Credit seiner Diener angewiesen war. Im Anfange behielt er noch einige Offiziere bei sich; auch diese mußte er jedoch endlich entlassen. Zuletzt konnte der junge Fürst nicht einmal ein eignes Hauswesen und eigne Tafel mehr halten; er speiste Anfangs März 1624 bei dem Prinzen von Oranien oder bei Friedrich V. von der Pfalz. Nicht einmal für seine allernächste Umgebung war er jetzt mehr im Stande Sorge zu tragen; seine Diener, unter andern auch jener Westphal,[1] dem wir diese Mittheilungen verdanken, zehrten auf ihre eigne Faust.

Trotzdem trieb ihn jedoch sein unauslöschlicher Thatendurst sofort nach der Abdankung der Truppen aufs Neue dazu, an den Kämpfen der Zeit mit aller Energie thätigen Antheil zu nehmen. Unmittelbar nach der

---

1) J. E. Westphal an die Herzogin Elisabeth, Amsterdam d. 1. März 1624, gedruckt als Anhang zu meinem Aufsatz „Elisabeth Stuart, Königin von Böhmen, Kurfürstin von der Pfalz." Histor. Zeitschrift Jahrg. 1870. Bd. 23. S. 325 ff.

Entlassung seiner Mannschaften sendete er seine Unterhändler nach allen Weltgegenden aus, um außerhalb eine militärische Verwendung zu suchen. Allein es war zunächst alles umsonst; selbst Frankreich, auf das er so sicher gezählt hatte, zog ihm andere Führer vor. Und so blieb ihm denn vor der Hand kein anderer Ausweg, als die weitere Entwickelung der Dinge im Haag ruhig abzuwarten. Da wandte er sich in seiner Bedrängniß am 13./23. Mai abermals an seine bekümmerte Mutter und bat sie mit zerknirschtem Herzen in den schmeichelndsten und unterwürfigsten Ausdrücken um Verzeihung und — um Geld.[1] Da ihm die mütterliche Liebe tausend Mal theurer ist als aller Welt Gut, erklärt er sich jetzt bereit, seine der Mutter verhaßten Diener abzuschaffen und sich ihrer nicht mehr anzunehmen. Er gibt ihr ferner in der drastischen Ausdrucksweise, die er mit den Eltern gemein hat, auch den Grund an, warum er sich dem Einflusse dieser bösen Rathgeber dem Warnungsrufe seines Gewissens zuwider so lange hingegeben hat. „Derowegen will ich sie meiner Schuldigkeit nach E. G. zu allem unterthänigen Gehorsam von mir schaffen, mich auch ihrer nicht mehr annehmen, sondern mich ihrer äußern, versichernd, so wahr als ich von Gott erschaffen bin, sie nie in meiner guten Gratien gewesen, wozu dann ich genugsam Ursache gehabt; habe aber müssen, wie man sagt, den Teufel anbeten, damit er kein Schaden thut. Denn sie um alle meine Sachen gewußt, mir auch versprochen, viel Geld zu Wege zu bringen, welches ich dann hoch von Nöthen gehabt!"

Er bekennt offen seine angeborne Neigung zum Kriege und gibt der Mutter auch Rechenschaft, warum er allen Ermahnungen zum Trotz die einmal ergriffene Partei nicht verlassen habe. Es war die leidenschaftliche Liebe zur Königin von Böhmen und die Verzweiflung, aus dem ganzen bösen Handel mit Ehren davon zu kommen. Zum Schluß versicherte er der Mutter unter den heiligsten Betheuerungen mit dem Gelde, um welches er sie so flehentlich bittet, nichts wider anzufangen, und verspricht ihr auch, sich sobald als möglich zu seinem Oheim zu begeben. Nur für den Augenblick trägt er Bedenken, sich Christians IV. unmittelbarem Einflusse unterzuordnen: „denn weil vermuthlich eine gute Occasion hie zu

1) Dieser Brief ist für die Characteristik des Herzogs viel wichtiger als das, wie es scheint, für einen besondern Zweck verfaßte Schreiben vom 5./15. Mai (vgl. Kurtze Gründl. Information ... S. 149 ff.); das Original befindet sich im Herzoglichen Landeshauptarchiv zu Wolfenbüttel XLVI. 4.

Lande sich präsentieren möchte, ich nicht gern davon sein wollte." So große Widersprüche des Characters legte der leidenschaftliche junge Fürst in einem Briefe an den Tag, der doch sonst alle Zeichen wahrer Aufrichtigkeit trägt.

Ob die rührende Schmeichelei gegen eine Mutter, die in ihrem Innern an dem starken, heldenmäßigen Sinne des Sohnes trotz aller äußern Mißbilligung seines Thuns doch noch Wolgefallen gehabt zu haben scheint, oder die Rücksicht auf seine bereits angegriffene Gesundheit Elisabeth noch einmal bewogen hat, Geld zu schicken, steht dahin. Wir erwähnen hier nur noch, daß sich Christian nicht nach Kopenhagen begab, sondern noch eine Zeit lang im Haag verweilte. Nur wenige Wochen nach dem zuletzt erwähnten Briefe an seine Mutter erschien ihm der zugemuthete Parteiwechsel eines „Cavaliers" vollständig unwürdig: „Derowegen haben Wir Uns entschlossen, Unser Fortune par la guerre zu suchen, hoffen auch zu Gott, er werde Uns wol erhalten."[1]

Schon im Juni 1624 unterhandelte Christian wider mit England, und nun rieth auch der König von Dänemark seiner Schwester vor der Hand im Betreff der Aussöhnung nicht weiter in ihn zu dringen, sondern den Ausgang der englischen Unterhandlungen abzuwarten.[2] Er fürchtete, daß, falls der Herzog noch während der Sühneverhandlungen von Neuem wider den Kaiser werben lasse, auch die Vermittler, vornehmlich aber das ganze braunschweigische Haus, nicht ohne empfindlichen Nachtheil davon kommen würden.

Und von dieser Zeit ab hören die Versuche Christians IV., seinen Neffen wider mit dem Kaiser auszusöhnen, wirklich auf. Da der König im Laufe des Jahres 1624 selbst allmälig gegen den Kaiser Partei nahm, hatte er nicht das geringste Interesse mehr, den kriegerischen Neffen von sich zu entfernen; wol aber war es ihm von höchster Wichtigkeit, seine stürmische Kampflust und seine Popularität bei den Soldaten für die eignen Zwecke zu benutzen.

Noch vor der Niederlage bei Stadtlohn hatte der Bischof von Halberstadt (am 18. Juli) zu Lemgo seinem Bisthum zu Gunsten seines Vettern, des Prinzen Friedrich von Dänemark, gegen eine Entschädigung, welche

1) Lichtenstein S. 28.

2) Elisabeth an Fr. Ulrich von Kronenburg aus am 17. Juni 1624. Herzogl. Archiv zu Wolfenbüttel.

freilich nie gezahlt wurde, entsagt.[1] Prinz Friedrich war damals bereits erwählter Bischof zu Verden, Coadjutor zu Bremen und Propst zu Halberstadt: Christians IV. Stellung in Niedersachsen war demnach hierdurch eine noch bessere geworden. Wurde ein dänischer Prinz Bischof von Halberstadt, so wäre Dänemarks Einfluß im Kreise von höchster Bedeutung geworden: das Kreisoberstenamt wäre dem Könige von selbst zugefallen. Allein Christian IV. erhielt die Regalien von Ferdinand II. nicht, und auch das Domcapitel von Halberstadt verweigerte der bedingten Resignation seine Anerkennung. Den dänischen Bemühungen um das Stift zum Trotz behauptete der Administrator Christian Wilhelm sein Recht als Coadjutor, wie sehr er auch damit den wolfenbüttelischen Interessen entgegenwirkte. Von den meisten Ständen des niedersächsischen Kreises unterstützt, setzte er unter der Beihilfe des Kurfürsten von Brandenburg seine Wahl endlich durch, obwol er sich eine ziemlich demüthigende Capitulation gefallen lassen mußte. Empfahl sich der Administrator dem Domcapitel doch vor allem auch durch seine Loyalität gegen den Kaiser und die neutrale Stellung, welche er beiden Parteien gegenüber bisher gewahrt hatte.

Als Christian IV. einsah, daß er mit seinen Ansprüchen nicht durchdringen werde, zog er sich keineswegs ganz entmuthigt zurück, sondern erklärte sich auch mit dem Coadjutorat für denselben Sohn zufrieden. Er hatte nämlich dem Domcapitel gegen eine Entschädigung eine neue vollständige Verzichtleistung des Herzogs Christian ausgewirkt, wofür ihn dieses durch die Uebertragung des Coadjutorats an seinen Sohn schadlos hielt. Der neu erwählte Postulatus war mit diesem Verlauf der Angelegenheit durchaus einverstanden: seine eigne Stellung im Kreise erhielt hierdurch einen mächtigen Rückhalt. Die verwickelten diplomatischen Verhandlungen über diese territoriale Neugestaltung zogen sich bis gegen Ende des Jahres 1624 hin: während bereits am 4. Juli dieses Jahres Christian Wilhelm als Administrator in den stiftischen Kirchen ausgerufen wurde.

Die Neubesetzung dieser stiftischen Pfründen hatte jedoch nicht nur eine Bedeutung für die dynastischen Beziehungen der Fürstengeschlechter des niedersächsischen Kreises, sondern es hing in der That bereits jetzt das Bestehen des Protestantismus im Stifte überhaupt von derselben ab. Wir sahen oben,[2] wie beharrlich die protestantische Majorität des Capitels zwei

1) Eine ausführliche Darstellung dieser Resignationsverhandlungen behalte ich mir für einen andern Ort vor. Urkundliches Material habe ich in den N. Mittheil. des Thür. Sächs. Vereins Bd. 13, S. 1—100 gegeben.

2) S. 215 ff.

katholischen Bewerbern, Raban Westphal und Anselm Casimir v. Umstadt, die wirkliche Residenz versagte, obwol unter Kaiser Matthias ein energischer Versuch zur Erhaltung der Klöster und katholischen Stände gemacht wurde. Der junge Bischof hatte sich indessen der Sache so weit angenommen, daß man in den Jahren 1618—20 die Angelegenheit ruhen ließ. Allein als nach der Schlacht am weißen Berge an Stelle des verstorbenen katholischen Dechanten Matthias v. Oppen ein protestantischer, Itel Johann v. Holle, erwählt wurde, protestierten die beiden Herren, und Wambold v. Umstadt erhob sogar Ansprüche auf das Portanariat. Noch verwickelter wurden die Verhältnisse, als nach dem Ableben des Dompropstes Philipp Siegismund († 19. März 1623) der Papst Gregor XV. unter Berufung auf das Concordat mit der deutschen Nation diese Pfründe abermals Wambold v. Umstadt verlieh, während die protestantischen Domherrn durch Wahl die Stelle dem Prinzen Friedrich von Dänemark übertrugen. Diese Wahl hatte am 12./22. Mai, also zu der höchst kritischen Zeit Statt, wo Herzog Christian das Stift mit seinen Völkern besetzt hielt.

Nach der Schlacht von Stadtlohn meldete sich jedoch Wambold v. Umstadt sofort bei dem Domcapitel an und forderte die Einweisung in seine Pfründe. Bald kamen hierzu auch katholische Bewerber um Stellen an den Stiftern U. L. Frauen und St. Bonifacii. Wenn nun das Domcapitel schon hierdurch in bange Besorgniß versetzt wurde, so brachte doch das Jahr 1624 noch größere Verlegenheit. Im Juli dieses Jahres liefen drei kaiserliche Mandate in Halberstadt ein, aus denen man schloß, daß die Zurückführung des Bisthums zur alten Lehre in Wien eine beschlossene Sache sei.

Das eine dieser Mandate gebot, dem Erzherzog Karl, dem Bruder des Kaisers, Bischof von Brixen und Passau und Administrator des Hochmeisterthums im deutschen Orden, eine erledigte Präbende am Hochstift, welche ihm versagt worden war, zu gewähren. Es forderte ferner sechs päpstliche Monate am Hochstift und am Stift U. L. Frauen und den apostolischen Monat an den Stiftern St. Pauli, St. Bonifacii und St. Pankratii. Im zweiten wurde dem Capitel geboten, die Einweisung der öfter genannten beiden Herren in ihre Pfründen am Hochstift nun wirklich zu vollziehen und namentlich Wambold v. Umstadt binnen zwei Monaten in die dem dänischen Prinzen bestimmte Dompropstei einzusetzen. Durch das dritte Hofdekret Ferdinands II. erhielten die Domherrn die Weisung dem katholischen Henning Soethoff das Decanat des Stiftes St. Bonifacii zu übergeben, auf welches er aus einem früheren kaiserlichen

Dekrete eine Berechtigung herleitete. In derselben Zeit unterzeichnete Ferdinand II. auch eine Urkunde, durch welche den Franziskanern die Andreaskirche wider überwiesen wurde.

Das kleine Ländchen gerieth durch diese auch in der Form so schroffen Befehle in die größte Verlegenheit, aus der es sich durch Hilfsgesuche nach allen Seiten hin und durch Vorstellungen bei dem Kaiser selbst zu retten versuchte. Auch in dieser Angelegenheit wurde es von den protestantischen Kurfürsten vollständig im Stiche gelassen. So viel wir sehen können, hat nur Christian IV. bei Ferdinand II. nachdrücklichen Widerspruch erhoben und auch Sachsen und Brandenburg auf die principielle Bedeutung dieser Maßregeln aufmerksam gemacht. Unter solchen Verhältnissen wurde am $\frac{26. \text{ Sept.}}{6. \text{ Oct.}}$ sein Sohn Friedrich von den Domherrn zum Coadjutor des Administrators Christian Wilhelm eingesetzt, und der König verpflichtete sich dafür in erster Linie zur Unterstützung der Domherrn gegen die kaiserlichen Mandate und zur Aufrechterhaltung der Reformation. Trotzdem erfolgten abermalige kaiserliche Pfründenverleihungen an Katholiken, und man erhielt sogar aus Wien die Nachricht, daß die förmliche Execution, zu welcher Mainz und Köln schon bestimmt waren, nur aus Rücksicht auf Christian IV., für dessen Schonung im Verlaufe des Jahres 1624 sich zahlreiche Gründe darboten, aufgegeben worden sei. —

Auch das Erzbisthum Magdeburg erfuhr in diesem Jahre einen Angriff auf seinen Bekenntnißstand, welcher den Landesherrn und seine Regierung in eine besorgnißvolle Aufregung versetzte. Drei von dem protestantischen Abte des Benedictinerklosters Ammensleben ausgewiesene katholische Brüder veranlaßten ohne Wissen und Willen des Administrators eine Visitation dieses Klosters durch drei Benedictineräbte der bursfelder Congregation. Nach derselben — sie hatte im März Statt — meldeten sich im October desselben Jahres zwei dieser Benedictineräbte wider und erklärten, daß sie vom Kaiser und ihrem Orden Auftrag zur Revision aller im Erzstift gelegenen Benedictinerklöster erhalten hätten. Man hatte es auch auf die Stiftungen Hillersleben, Bergen und Egeln abgesehen. Im März dieses Jahres unterzeichnete ferner Ferdinand II. auch einen Befehl, nach welchem der im Jahre 1620 seiner Präpositur in Wanzleben entsetzte Henning Soethoff zurückgeführt werden sollte. Ja er gebot am 30. Juli 1624 dem magdeburgischen Capitel die Rückgabe der Klöster an die katholischen Prälaten und Orden geradezu. Anfangs December berathschlagte eine ständische Commission zu Magdeburg über das diesen Katholisierungsversuchen gegenüber einzuhaltende Verfahren. In allen diesen

kaiserlichen Mandaten wurde der protestantische Landesherr natürlich umgangen oder höchstens als Markgraf von Brandenburg in Anspruch genommen. Sowol der Kaiser wie auch die Orden verhandelten nur mit dem Capitel.

Auch die Grafen von Stolberg wurden damals durch ähnliche kaiserliche Mandate in Unruhe versetzt. Zwei Schwestern des Jungfraunklosters Wasserlehr, dessen Aebtissin die Gräfin Maria Magdalena selbst war, hatten nach ihrer Verweisung gleichfalls bei Ferdinand II. Klage erhoben, der nach mehrfachen Befehlen im Juni 1624 sogar ein Executionsmandat gegen die Gräfin erließ.

Während man sich so im niedersächsischen Kreise des vordringenden Katholicismus möglichst zu erwehren suchte, war in Westfalen ein protestantischer Bischofssitz verloren gegangen. An Stelle des Herzogs Philipp Siegismund, Bischofs von Osnabrück, war der Cardinal Itel Friedrich v. Hohenzollern erwählt worden,[1] der auch am 3. December 1624 die Regierung antrat. Er ließ noch vor seinem Regierungsantritt durch einen Jesuiten eine Visitation seines Sprengels veranstalten, welche sich bis in den Mai des Jahres 1625 ausdehnte.

Konnte man es unter solchen Wahrnehmungen dem Capitel von Halberstadt wol verdenken, daß es die Sicherung der Reformation und des Territorialbestandes seines Bisthums sogar mit dänischer Hilfe erstrebte? Ja wäre es nicht am Ende in der That das Beste gewesen, den Sitz des heiligen Stephan Christian IV. auszuliefern, da Kursachsen und Brandenburg weder geneigt noch im Stande waren, die Aufgaben, welche die Zeit an protestantische deutsche Kurfürsten stellte, mit Kraft und Nachdruck hinauszuführen?

1) Am 18. April 1623.

Schlußwort.

Welche weitgreifende Veränderungen hatten doch in der kurzen Zeit von noch nicht drei Jahren seit der Schlacht am weißen Berge die Verhältnisse des alten Reichs erschüttert! Bis an die Grenzen von Holland drangen im August 1623 die katholischen Heere vor: in Westfalen, in Hessen so wie im niedersächsischen Kreise blieben sie endlich in drohender Haltung stehen. Wie ein Kartenhaus vor einem Lufthauch, so war das stolze Gebäude protestantischer Bundesgenossenschaften nach jener Schlacht zusammengefallen. Nach der Auflösung der Union hörte zunächst jede politische, außerhalb der lockern Kreisverfassung liegende Verbindung nicht katholischer deutscher Staaten auf. Die beiden lutherischen Fürsten Johann Georg von Sachsen und Ludwig von Hessen änderten auch jetzt ihre Stellung nicht, obwol sie sich sagen mußten, daß ihre katholischen Freunde den errungenen Vortheil für die Ausbreitung ihrer Confession eifrigst nützten. Diejenigen protestantischen Politiker, welche im Dienste der Pfalz und der Union ihre Lebensaufgabe gefunden hatten, Männer wie Christian von Anhalt, der Graf v. Solms, Camerarius, Plessen, waren flüchtig und suchten vergebens durch diplomatische Einsprachen die Unterstützung Hollands, Englands oder Dänemarks der niedergetretenen Sache zu gewinnen. Allein da sie gleichsam ohne Auftrag handelten, da sie keine auch noch so kleine reale Macht hinter sich hatten, so war ihr Streben vergebens. Wol hatte Anhalt von seinem Versteck Flensburg aus immer noch die verschiedensten Fäden der europäischen Diplomatie, welche einen Einigungspunct gegen das Haus Habsburg suchten, in der Hand, allein da die protestantischen Staaten Deutschlands einer solchen neuen Einigung entschieden abgeneigt waren, verzehrte sich auch sein glühender Eifer in hoffnungslosen Wünschen.

Ja, man muß es bekennen, die protestantischen Glieder des Reichs waren vollständig desorganisiert. So oft man Johann Georg auch darauf aufmerksam machte, daß jetzt eine Zeit sei, in welcher die Politik des Kurfürsten Moriz vielleicht mit weit glänzenderen Erfolgen erneuert werden

könne, er hat diese Zeit nie erkennen wollen. Daß der Protestantismus auch ein politisches Princip sei, schien er nicht zu wissen. Die pfälzischen Pläne, welche in ihren letzten Zielen auf eine politische Erneuerung des Reichs durch ein dem östreichischen Hause nicht angehöriges Oberhaupt unter staatsrechtlicher Gleichstellung aller Confessionen hinstrebten, hatten für seinen politischen Ehrgeiz nichts Verlockendes. Dieser war durch den Erwerb der Lausitzen vollständig befriedigt: sie erschienen als ein genügendes Aequivalent gegen den Zuwachs, welchen Brandenburg im Westen und Osten erhalten hatte. Dieses selbst aber hatte alle Kräfte aufzuwenden, um die neu erworbenen, von dem Kurlande so weit entlegenen Gebietstheile zusammenzuhalten. Wenn auch hier die Einsicht in den verworrenen Stand der Dinge eine klarere war als in Sachsen, so standen auf der andern Seite die Mittel des Staats tief unter den sächsischen. Und ferner, ohne Kursachsen oder gar gegen dasselbe konnte Brandenburg nichts Wesentliches zur Lösung der verwickelten Verhältnisse beitragen. Im niedersächsischen Kreise aber fand sich noch weniger eine Macht, welche im Stande gewesen wäre, die mißvergnügten Stände um sich zu sammeln und zu einem charaktervollen Entschlusse zu bewegen. Mißtrauen gegen das in die Territorialverhältnisse des Kreises sich eindrängende Dänemark, dynastische Zwistigkeiten und Eifersüchteleien, berechtigter Argwohn der Städte gegen die Fürsten hielten seine Stände dauernd getrennt. Die Rücksichtnahme auf den Bestand der protestantischen Bisthümer wies außerdem den Kreis als solchen auf eine durchaus neutrale Stellung hin.

So fiel die Wahrung der protestantischen Interessen Deutschlands naturgemäß schon jetzt dem Auslande zu. Holland, Dänemark und England allein konnten der siegreichen katholischen Strömung in Deutschland Halt gebieten.

Wir sahen aber, wie wenig Jacob I. geeignet war, seine welthistorische Aufgabe auch nur zu erkennen, und wie der ganz anders geartete Dänenkönig sich daher von der englischen Politik abhängig machte. So blieb nur das kleine Holland übrig, welches schon im eignen Staatsinteresse die Fortdauer des Kampfes in Deutschland wünschenswerth finden mußte. Die Generalstaaten boten dem jungen, leidenschaftlichen Welfen Mittel zu seinem westfälischen Kriegszuge im Jahre 1622, mit welchem sie auch Christian IV. in die Waffen zu bringen hofften. Allein dieser und mit ihm der ganze Feldzug mißglückte.

Mit besserem Erfolge schien das nächste Jahr die leidenschaftlichen Bestrebungen des kriegerischen Bischofs krönen zu wollen. Allein trotz der

nicht unbeträchtlichen Streitkräfte, welche er zusammenbrachte, konnten die Politiker der protestantischen Staaten Deutschlands kein Zutrauen zu seinen staatsmännischen Fähigkeiten gewinnen. War je ein Augenblick für Johann Georg günstig, als Schirmherr der protestantischen Interessen mit Achtung gebietendem Nachdruck einzutreten, so war es die Zeit, wo der halberstädter Bischof 25,000 Mann im Bisthum Halberstadt und in Braunschweig vereinigt hatte. Er hat auch diesen Augenblick ungenützt vorüber gehen lassen. Der Gedanke, das einmal gesammelte Heer im Dienste der schwer bedrohten gemeinsamen Sache zu verwerthen, hat für seine Politiker keine Anziehungskraft besessen.

Freilich hatte man auch in Kursachsen ein Gefühl von der Verschlimmerung der Verhältnisse, nachdem auch dies neue Heer geschlagen und zerstreut war. Nun standen ja die Katholischen in unmittelbarster Nähe. Allein zum Handeln hat auch dieses Gefühl nicht getrieben. Die Rolle des Handelns schienen die Verhältnisse mit zwingender Nothwendigkeit Dänemark zuzuweisen, dessen territoriale Machtentfaltung im niedersächsischen Kreise und in Westfalen die Ereignisse des Jahres 1623 von Neuem herausforderten. Hier galt es jetzt nicht nur den Schutz der protestantischen Stifter, denen, wie z. B. Halberstadt und Osnabrück, die katholische Restauration so nahe gerückt war, sondern auch die Vertheidigung des Herzogthums Braunschweig, dessen Fürstenfamilie sich einem so gewagten Spiele hingegeben hatte. Wird der König diese Aufgabe endlich in Angriff nehmen, oder wird er sich trotz klarster Erkenntniß der die ganze Gegenwart in Verwirrung bringenden feindlichen Strömungen in seinen Entschlüssen abermals von der Stellung der großen westeuropäischen Staaten zu einander und zum Reich leiten lassen?

Die Wahrscheinlichkeit spricht für das Letztere. Wie ungleich waren doch die Kräfte gewesen, welche seit dem Jahre 1621 den Kampf weiter geführt hatten! Auf der einen Seite ein Bund, der von dem am besten verwalteten katholischen Staate der damaligen Zeit geführt wurde, von Baiern, und außerdem am ganzen Hause Habsburg so wie auch am Papste sichere Stützen hatte, und welcher vor einer Bedrohung durch ein neues protestantisches Gegenbündniß gerade durch die Stellung desjenigen protestantischen Staates geschützt wurde, dem die Führung eines solchen Bündnisses hätte zufallen müssen, durch die Stellung Kursachsens. Dieser katholische Bund handelte im Namen der höchsten Reichsautorität, sein Führer war eines hohen Preises im Voraus gewiß. Nur irgend eine ähnliche formale Berechtigung haben Mansfeld und Braunschweig

in diesen Jahren nicht aufweisen können. Man wußte vielleicht damals viel genauer, als wir es jetzt aus sehr weit zerstreutem und unzulänglichem Material darthun können, mit welchen Fäden sie an England, Dänemark und Holland gefesselt waren. Die Existenz der Führer selbst war abhängig von den Schwankungen der europäischen Kabinete, welche gerade jene Jahre besonders auszeichnen.

Man hat nun von Seiten der verfassungsmäßigen Gewalten in protestantischen Territorien ihre Pläne allerdings mit größerer oder geringerer Lebendigkeit gebilligt, aber Gut und Blut dafür einzusetzen wagte man nicht. Oder wollte Jemand die halb freiwillige Unterstützung, welche Christian von Braunschweig in Halberstadt fand, der Größe der Sache, um die es sich handelte, auch nur annähernd angemessen nennen? Dazu kam, daß die Katholischen alle Vortheile eines planvollen, gemessenen, feste Ziele im Auge habenden Handelns genossen, während auf Seite der Protestanten Zerfahrenheit und Ueberstürzung im Handeln und Unklarheit des Zweckes alles verdarb.

Und wer wollte Gestalten wie die eines Maximilian, Tilly, Spinola, Anholt im Ernste mit Männern wie Friedrich von der Pfalz, Mansfeld, Braunschweig oder Wilhelm von Weimar auf eine Stufe stellen? Denn sprechen wir den Protestanten auch klarstes Bewußtsein von der Nothwendigkeit und der Berechtigung des Kampfes zu, in welchen sie eingetreten waren, den beiden letzteren fehlte doch jede politische Schulung eben so sehr wie ihrem verschlagenen Waffengenossen Mansfeld die Anziehungskraft eines reinen und großen Characters.

Und selbst in noch höherem Sinne war der Katholicismus der damaligen Zeit an Kraft des Schwunges und Tiefe der Einwirkung auf menschliches Wollen und Handeln dem Protestantismus entschieden überlegen. Das tiefe Autoritätsbedürfniß der Zeit, welches die Reformation nur erschüttern, nicht hatte brechen können, führte zu einer dogmatischen Gestaltung der neuen Lehre zuletzt durch Fürstenwort, welche den universellen Zusammenhang des Protestantismus auf zahlreichen Puncten unterbrach und ein hartnäckiges und beschränktes Staatskirchenthum an seine Stelle setzte. Das geschah zu derselben Zeit, wo der Romanismus, in allen europäischen Landen von neuem Leben durchdrungen, seine Aufgabe überall als eine gemeinsame erkannte und sich ihrer Durchführung aufopferungsbereit hingab.

Die dogmatische Sicherstellung der neuen Lehre aber, damals ausschließlich eine Sache der Geistlichen und der Fürsten, bezeichnet zugleich

den Zeitpunct, von dem an der gebildete Bürger in den Städten gleichgiltiger, wenn nicht gar mißtrauisch gegen die geistlichen Gewalten wurde, von dem an Leben und Streben der Menschen sich auch wider mehr über die ethischen Forderungen der Religion hinwegsetzte.

Alle diese Nachtheile aber traten um so deutlicher hervor, je mehr der Calvinismus an Bedeutung im Reiche selbst einbüßte. Er war es zuletzt gewesen, welcher die protestantischen Territorien in politische Verbindung zum nicht katholischen Auslande gesetzt, welcher die Weiterbildung des Reichs in Staat und Kirche in Angriff genommen hatte. Nach der Niederlage des Pfalzgrafen und der Flucht Anhalts zerfällt der Kern dieser Aufgabe: es handelt sich nur noch um Schutz vor übermächtiger Gewalt.

Dieser Schutz konnte nur von einem Staate nördlich des Mains geleistet werden. Ganz Süddeutschland lag gegen Ende des Jahres 1623 regungslos dem Sieger zu Füßen. Dort gab es aber in diesem und dem folgenden Jahre keine Macht, welche größeres Interesse an einer Wendung der Dinge gehabt hätte, als Dänemark, dem nun die frühere Aufgabe der Pfalz zufällt. Während der Pfalzgraf die Neubildung des Reichs von Böhmen aus versucht hatte, war nun der Schauplatz der Ereignisse in den niedersächsischen Kreis verlegt. Während jener eine ihm bereits übertragene Krone vertheidigte, konnte der Preis Christians IV. offenbar erst nach Beendigung des Kampfes deutlich bezeichnet werden. Schon jetzt aber durfte sich der König Hoffnung machen, daß er im Fall des Sieges in einer ganz neuen Stellung Dänemarks innerhalb des nordwestlichen Deutschlands beruhen werde. —

Halle, Buchdruckerei des Waisenhauses.

3 2044 020 528 923

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

RET' MAY 4 1982

MAY 2 - 1982

73 [illegible] 364

MAY [illegible] 1996

SEP 1 0 1996